

Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2014

Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung

Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2014
VORVERSION
Stand 8. April 2014

Hinweise für Leserinnen und Leser

Der Datenreport zum Berufsbildungsbericht stützt sich auf zentrale Indikatoren und Kennwerte, um Entwicklungen in der beruflichen Bildung in Deutschland darzustellen. Neben der textlichen Darstellung werden Tabellen → **Tabelle ...** und Schaubilder → **Schaubild ...** verwendet. Darüber hinausgehende und stärker differenzierte Datenwerte werden unter www.bibb.de/datenreport als Anhang im Internet → **Tabelle ... Internet** angeboten. Außerdem werden auf der Homepage des BIBB weiterführende Informationen und Daten bereitgestellt.

Ein blaues **E** innerhalb der Texte verweist auf Erläuterungen und Ergänzungen, die sich in blauen Kästen und in räumlicher Nähe zu den entsprechenden Textpassagen befinden. Hier werden beispielsweise Indikatoren und Kennwerte definiert, methodische Erläuterungen zu den verwendeten Datenquellen, Erhebungsverfahren, Stichprobengrößen gegeben und auf Besonderheiten und methodische Einschränkungen hingewiesen.

Inhaltsverzeichnis

A	Indikatoren zur beruflichen Ausbildung	9
A1	Ausbildungsmarktbilanz	9
A1.1	Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage.....	12
A1.2	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge – Ergebnisse aus der BIBB-Erhebung zum 30. September 2013	28
A1.3	Ausbildungsvermittlung: Die Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit	46
A1.4	Regionale Entwicklung der Berufsausbildung.....	64
A2	Vorausschätzung der Ausbildungsplatznachfrage und des Ausbildungsplatzangebots für 2014	70
A2.1	Rückblick auf die Vorausschätzung für 2013	70
A2.2	Vorausschätzung für 2014	71
A2.3	Ausblick auf die kommenden Jahre bis 2025	74
A3	Bildungsverhalten von Jugendlichen – Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012	78
A3.1	Ausbildungschancen von Bewerbern und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund nach Herkunftsregionen	78
A3.2	Ausbildungschancen von Altbewerbern und Altbewerberinnen	90
A4	Ausbildung im dualen System der Berufsausbildung	95
A4.1	Anerkannte Ausbildungsberufe	95
A4.1.1	Anzahl und Struktur anerkannter Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO.....	95
A4.1.2	Neue und modernisierte Ausbildungsberufe.....	98
A4.2	Gesamtbestand der Ausbildungsverhältnisse.....	101
A4.2.1	Entwicklungen nach Zuständigkeitsbereichen in der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember).....	101
A4.2.2	Ausbildung im öffentlichen Dienst	111
A4.3	Neuabschlüsse in der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember).....	113
A4.4	Berufsstrukturelle Entwicklungen in der dualen Berufsausbildung	125
A4.5	Alter der Auszubildenden und Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen im dualen System.....	135
A4.6	Vorbildung der Auszubildenden mit Neuabschluss.....	143
A4.6.1	Vorherige Berufsvorbereitung und berufliche Grundbildung bei Auszubildenden mit Neuabschluss.....	143
A4.6.2	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss bei Auszubildenden mit Neuabschluss.....	149
A4.7	Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen	160
A4.8	Teilnahmen an Abschlussprüfungen sowie Berufsabschlüsse.....	176
A4.9	Jugendliche mit Migrationshintergrund.....	184
A4.10	Betriebliche Ausbildungsbeteiligung.....	189
A4.10.1	Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik zur Ausbildungsbeteiligung.....	189

A4.10.2	Ausbildungsberechtigung, Ausbildungsaktivität und Übernahmeverhalten von Betrieben.....	197
A4.10.3	Betriebliche Ausbildungsbeteiligung und deren Entwicklung zwischen 2011 und 2013 – Ergebnisse aus dem BIBB-Qualifizierungspanel	202
A4.10.4	Ausbildungspersonal in der betrieblichen Ausbildung.....	216
A5	Berufsausbildung in berufsbildenden Schulen	220
A5.1	Berufsausbildung nach BBiG/HwO an Berufsfachschulen.....	223
A5.2	Ausbildungen mit Abschluss nach Landesrecht.....	223
A5.3	Ausbildungen in den Sozial- und Gesundheitsberufen.....	225
A5.4	Strukturelle Entwicklungen im berufsbildenden Schulsystem.....	228
A6	Die integrierte Ausbildungsberichterstattung im Überblick	230
A6.1	Das Ausbildungsgeschehen auf der Bundesebene	230
A6.2	Das Ausbildungsgeschehen in den Bundesländern.....	236
A6.3	Zusätzlich erworbene allgemeinbildende Abschlüsse im Übergangsbereich.....	240
A7	Regelangebote für bestimmte Zielgruppen	243
A7.1	Regelangebote und Programme im Übergang Schule – Beruf.....	243
A7.2	Die Entwicklung von Zusatzqualifikationen	255
A7.3	Die Entwicklung dualer Studiengänge	258
A8	Kosten und finanzielle Förderung der beruflichen Ausbildung	263
A8.1	Entwicklung der Ausbildungsvergütungen	263
A8.2	Ausgaben der öffentlichen Hand für die berufliche Ausbildung.....	267
A8.3	Kosten und Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung.....	271
A9	Ausbildung und Beschäftigung.....	273
A9.1	Arbeitslosenzugänge nach abgeschlossener dualer Ausbildung	273
A9.2	Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis zum Jahr 2030.....	275
A9.3	Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung	283
B	Indikatoren zur beruflichen Weiterbildung.....	289
B1	Beteiligungsstrukturen	289
B1.1	Beteiligung der Bevölkerung an berufsbezogener Weiterbildung.....	289
B1.2	Betriebliche Weiterbildung	297
B1.2.1	Betriebliche Weiterbildungsbeteiligung und Weiterbildungsquote	297
B1.2.2	Betriebliche Weiterbildung im europäischen Vergleich.....	300
B1.2.3	Betriebliche Weiterbildung und andere Strategien zur Deckung des Personalbedarfs	307
B2	Weiterbildungsanbieter	311
B2.1	Ergebnisse der wbmonitor Umfrage 2013.....	311
B2.1.1	Wirtschaftsklima und Anbieterstrukturen im Fokus des wbmonitor	311
B2.1.2	Lerndienstleistungen und neue Angebotsformen in der Weiterbildung	315
B2.2	Angebote der Träger der Erwachsenenbildung zur beruflichen Weiterbildung	319
B2.2.1	Berufliche Weiterbildung an Volkshochschulen	319
B2.2.3	Weiterbildungsstatistik im Verbund.....	323
B2.3	Fernlernen.....	326

B3	Öffentlich geförderte Weiterbildung	330
B3.1	SGB-III- und SGB-II-geförderte Weiterbildungsmaßnahmen.....	330
B3.2	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG).....	336
B3.3	Programm Weiterbildungsstipendium und Aufstiegsstipendium – Studieren mit Berufserfahrung	339
B3.3.1	Programm Weiterbildungsstipendium	339
B3.3.2	Programm Aufstiegsstipendium.....	340
B3.4	Förderung des nachträglichen Erwerbs eines Berufsabschlusses.....	342
B3.5	Ausgaben der öffentlichen Hand für Weiterbildung.....	344
B3.6	Tarifvertraglich geregelte Finanzierung der beruflichen Weiterbildung.....	349
B3.7	Programm Bildungsprämie.....	353
B4	Geregelte Fortbildungsabschlüsse.....	357
B4.1	Regelungen des Bundes, der Länder und der zuständigen Stellen für die berufliche Fortbildung und Umschulung	358
B4.2	Neuere Entwicklungen in Fortbildungsordnungen	358
B4.3	Berufliche Weiterbildung an Fachschulen.....	360
B4.4	Fortbildungs-/Meisterprüfungen nach BBiG	360
B4.5	Erwerbstätige mit Fortbildungsabschluss – Entwicklungen im Zeitverlauf.....	368
C	Schwerpunktthema: Lernen Erwachsener in Deutschland im europäischen Vergleich	373
C1	Europäische Datenquellen zum lebenslangen Lernen	374
C1.1	Der Labour Force Survey.....	374
C1.2	Der Adult Education Survey (AES) – Erhebung über die Beteiligung und Nichtbeteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen	376
C1.3	Der Continuing Vocational Training Survey (CVTS) – die Europäische Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung	378
C1.4	Teilnahmequoten in den 3 europäischen Erhebungen zum lebenslangen Lernen	380
C2	Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen.....	381
C2.1	LFS und AES: Stand und Entwicklung der Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen..	381
C2.2	Methodische Unterschiede von LFS und AES als Ursache divergierender Ergebnisse.....	384
C2.3	CVTS: Stand und Entwicklung der Beteiligung an betrieblicher Weiterbildung	387
C3	Beteiligung verschiedener Personengruppen am Lernen im Erwachsenenalter	389
C3.1	Alter.....	389
C3.2	Bildungsstand	392
C3.3	Geschlechtszugehörigkeit.....	394
C4	Betriebliche Weiterbildung	398
C4.1	Betriebliche Weiterbildung in Unternehmen verschiedener Größe	399
C4.2	Kurse und andere Formen betrieblicher Weiterbildung.....	400
C5	Zusammenfassung	403

D	Förderung von Berufsbildungsinnovationen durch Programme, Modellversuche und überbetriebliche Berufsbildungszentren	407
	Das Wichtigste in Kürze.....	407
D1	Bundes- und Länderprogramme zur Förderung der Berufsausbildung.....	308
D2	Modellversuche.....	409
D3	Förderung von überbetrieblichen Berufsbildungszentren (ÜBZ) und Kompetenzzentren	414
E	Monitoring zur Internationalisierung der Berufsbildung	417
	Das Wichtigste in Kürze.....	417
E1	Internationale Vergleichsstudien, Indikatoren und Benchmarks zur beruflichen Aus- und Weiterbildung	418
E2	Formen betriebsintegrierter Ausbildung in Europa.....	419
E3	Mobilität in Ausbildung und Beruf	427
E4	Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse	429
	Verzeichnis der Schaubilder	436
	Verzeichnis der Tabellen	440
	Verzeichnis der Tabellen und des Schaubilds im Internet	447

Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2014
 VORVERSION
 Stand 8. April 2014

A1 Ausbildungsmarktbilanz

Die Entwicklung 2013 im Überblick

Im Jahr 2013¹ sanken sowohl das Ausbildungsplatzangebot als auch die Ausbildungsplatznachfrage, und die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge fiel auf einen historischen Tiefstand, den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung. Zugleich nahmen die Passungsprobleme zu: Ein höherer Anteil des betrieblichen Ausbildungsangebots blieb unbesetzt, und mehr Ausbildungsplatznachfrager blieben bei ihrer Ausbildungsplatzsuche erfolglos. Insgesamt verschlechterte sich die Marktlage zulasten der Jugendlichen, und es gelang nicht mehr im selben Ausmaß wie in den 3 Jahren zuvor, ausbildungsinteressierte Jugendliche an dualer Berufsausbildung zu beteiligen. Dies sind die zentralen Ergebnisse der Ausbildungsmarktbilanz **E** auf der Grundlage der Daten aus der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September 2013² in Verbindung mit den Daten aus der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

2013 wurden bundesweit 564.200 Ausbildungsplatzangebote registriert (-20.300 bzw. -3,5 % gegenüber dem Vorjahr), darunter 542.600 betriebliche Angebote (-16.100 bzw. -2,9 %) und 21.700 „außerbetriebliche“ Angebote (-4.200 bzw. -16,3 %; → **Tabelle A1-1**). Insbesondere im Zuständigkeitsbereich von Industrie und Handel kam es zu einem größeren Rückgang des Ausbildungsangebots (-14.200 bzw. -4,0 %; **vgl. Kapitel A1.1**). Im Handwerk sank das Angebot bundesweit um 4.700 bzw. 3,0 %. Die Ausbildungsplatznachfrage verringerte sich bundesweit um 13.000 bzw. 2,1 % auf 614.300. Dies ist die niedrigste Zahl seit 2007, als die Berechnung der Ausbildungsplatznachfrage in der erweiterten Form erstmals möglich war. Gegenüber 2007 nahm die Ausbildungsnachfrage bereits um 142.600 bzw. 18,8 % ab → **Tabelle A1-2 Internet**. Ursache ist vor allem die negative demografische Entwicklung in

Deutschland bzw. die damit verbundene chronisch sinkende Zahl junger Menschen.

Die erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation (eANR) **E** verringerte sich 2013 auf 91,9 Ausbildungsangebote je 100 Ausbildungsplatznachfrager (-1,3 Prozentpunkte gegenüber 2012). Dabei sank die *betriebliche* eANR (betriebliche Angebote je 100 Nachfrager) nicht ganz so stark (-0,7 Prozentpunkte) wie die eANR insgesamt (d. h. unter Einschluss der außerbetrieblichen Plätze). In Ostdeutschland kam es sogar zu einer weiteren Verbesserung der betrieblichen eANR (+1,9 Prozentpunkte), weil hier der Rückgang der Ausbildungsplatznachfrage noch deutlich stärker als der Rückgang des betrieblichen Ausbildungsplatzangebots ausfiel.

Der nach Ländern höchste eANR-Wert wurde 2013 erneut aus Mecklenburg-Vorpommern vermeldet (2013: 104,7), der höchste *betriebliche* eANR-Wert wiederum aus Bayern (2013: 99,2). Besonders niedrige Angebots-Nachfrage-Relationen mit Gesamtwerten unter eANR = 90,0 wurden in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hessen und Hamburg registriert → **Tabelle A1-3 Internet**.

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge sank 2013 gegenüber dem Vorjahr um 20.600 bzw. 3,7 % auf 530.700 (**vgl. Kapitel A1.2**). So wenige Ausbildungsverträge gab es im wiedervereinigten Deutschland noch nie. Selbst im Jahr 2005, dem Jahr mit dem bisher niedrigsten Wert, waren es mit 550.200 Verträgen immer noch 19.500 Verträge mehr gewesen. In Ostdeutschland wurden 2013 nur noch 74.200 Neuabschlüsse registriert, also halb so viele wie noch 1999 (148.800). Im Westen verringerte sich die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge auf 456.500. Zwar gab es hier seit der Wiedervereinigung einige Jahre, in denen noch weniger Neuabschlüsse vermeldet wurden (das bisherige Minimum lag im Krisenjahr 2005 bei 434.200), doch war der Westen infolge des starken Vertragsrückgangs im Jahr 2013 (-15.900 gegenüber dem Vorjahr) nicht mehr in der Lage, die großen Vertragsverluste im Osten zu kompensieren und den bundesweiten Tiefstand bei den neu abgeschlossenen Verträgen zu verhindern.

1 Gemeint ist mit „Jahr“, wenn nicht explizit anders dargestellt, stets das Berichtsjahr der offiziellen Ausbildungsmarktbilanzierung, das am 1. Oktober des Vorjahres beginnt und am 30. September endet.

2 Vgl. dazu auch www.bibb.de/de/65706.htm.

Tabelle A1-1: Ausbildungsmarktentwicklung von 2009 bis 2013 (Stichtag 30. September)

	2009	2010	2011	2012	2013	Entwicklung 2013 gegenüber 2012	
						absolut	in %
Deutschland							
Ausbildungsplatzangebot							
• insgesamt	581.562	579.564	599.070	584.532	564.249	-20.283	-3,5 %
• besetzt	564.306	559.959	569.379	551.259	530.715	-20.544	-3,7 %
• zum 30.09. noch unbesetzt	17.255	19.605	29.689	33.274	33.534	+261	+0,8 %
• betrieblich ¹	535.761	538.521	568.608	558.627	542.568	-16.059	-2,9 %
• außerbetrieblich ²	45.801	41.043	30.459	25.905	21.678	-4.224	-16,3 %
Ausbildungsplatznachfrage³							
• insgesamt	652.848	640.332	641.700	627.243	614.277	-12.963	-2,1 %
• erfolgreich	564.306	559.959	569.379	551.259	530.715	-20.544	-3,7 %
• zum 30.09. noch suchend	88.540	80.371	72.319	75.984	83.564	+7.581	+10,0 %
Angebots-Nachfrage-Relation³							
• insgesamt	89,1	90,5	93,4	93,2	91,9	-1,3	–
• betrieblich	82,1	84,1	88,6	89,1	88,3	-0,7	–
Neue Ausbildungsverträge	564.306	559.959	569.379	551.259	530.715	-20.544	-3,7 %
West (alte Länder)							
Ausbildungsplatzangebot							
• insgesamt	479.790	484.125	509.265	499.344	483.738	-15.603	-3,1 %
• besetzt	465.309	468.297	484.884	472.353	456.471	-15.885	-3,4 %
• zum 30.09. noch unbesetzt	14.481	15.828	24.381	26.989	27.269	+279	+1,0 %
• betrieblich ¹	456.921	461.649	490.572	481.773	468.900	-12.876	-2,7 %
• außerbetrieblich ²	22.869	22.476	18.693	17.568	14.841	-2.730	-15,5 %
Ausbildungsplatznachfrage³							
• insgesamt	543.177	539.277	548.808	537.807	530.106	-7.698	-1,4 %
• erfolgreich	465.309	468.297	484.884	472.353	456.471	-15.885	-3,4 %
• zum 30.09. noch suchend	77.868	70.979	63.922	65.452	73.637	+8.184	+12,5 %
Angebots-Nachfrage-Relation³							
• insgesamt	88,3	89,8	92,8	92,8	91,3	-1,6	–
• betrieblich	84,1	85,6	89,4	89,6	88,5	-1,1	–
Neue Ausbildungsverträge	465.309	468.297	484.884	472.353	456.471	-15.885	-3,4 %
Ost (neue Länder und Berlin)							
Ausbildungsplatzangebot							
• insgesamt	101.643	95.325	89.670	85.068	80.436	-4.629	-5,4 %
• besetzt	98.997	91.662	84.495	78.903	74.244	-4.659	-5,9 %
• zum 30.09. noch unbesetzt	2.644	3.662	5.175	6.163	6.193	+30	+0,5 %
• betrieblich ¹	78.711	76.758	77.904	76.731	73.599	-3.135	-4,1 %
• außerbetrieblich ²	22.932	18.567	11.766	8.334	6.840	-1.497	-17,9 %
Ausbildungsplatznachfrage³							
• insgesamt	109.653	101.037	92.874	89.415	83.877	-5.538	-6,2 %
• erfolgreich	98.997	91.662	84.495	78.903	74.244	-4.659	-5,9 %
• zum 30.09. noch suchend	10.656	9.374	8.380	10.510	9.633	-876	-8,3 %
Angebots-Nachfrage-Relation³							
• insgesamt	92,7	94,3	96,5	95,1	95,9	+0,8	–
• betrieblich	71,8	76,0	83,9	85,8	87,7	+1,9	–
Neue Ausbildungsverträge	98.997	91.662	84.495	78.903	74.244	-4.659	-5,9 %

¹ Betrieblich = nicht (überwiegend) öffentlich finanziert.

² Außerbetrieblich = (überwiegend) öffentlich finanziert. Wert für West in 2009 noch untererfasst.

³ Nach der neuen, erweiterten Definition im Sinne des Berufsbildungsgesetzes (BBiG). Der Berufsbildungsbericht soll nach § 86 „die Zahl der (am 30. September) bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsplätze suchenden Personen“ angeben.

Anmerkungen: Bei der Berechnung wurden nachträgliche Korrekturen früherer Jahre berücksichtigt. Werte, die im Zusammenhang mit der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September stehen, wurden aufgrund von Bestimmungen des Datenschutzes auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Zeitreihe Bewerber und Berufsausbildungsstellen 2009–2013, Nürnberg, November 2013; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

2013 konnten 6,2 % des offiziell errechneten *betrieblichen* Ausbildungsplatzangebots nicht besetzt werden. Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze stieg um 300 bzw. 0,8 % auf 33.500. Dies ist der höchste Wert seit 1996. Dass es zu einem erneuten Anstieg der Vakanzen kam, obwohl die Zahl der betrieblichen Ausbildungsangebote insgesamt zurückging, zeigt, dass es für die Betriebe zunehmend schwieriger wird, Auszubildende für ihre Lehrstellen zu finden. Stellenbesetzungsprobleme gibt es vor allem im Handwerk und in jüngerer Zeit auch in der Landwirtschaft.

Deutlich mehr ausbildungsinteressierte Jugendliche (83.600) blieben 2013 erfolglos – trotz der geringeren Zahl der bei den Beratungs- und Vermittlungsdiensten gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber (vgl. **Kapitel A1.3**) bzw. der geringeren Ausbildungsplatznachfrage. Die Quote der zum Stichtag 30. September immer noch suchenden Bewerber lag bei 13,6 % bezogen auf die offizielle Gesamtzahl der 614.300 Ausbildungsplatznachfrager.

So kam es im zweiten Jahr in Folge dazu, dass sowohl die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze als auch die Zahl der erfolglos suchenden Jugendlichen zunahm, während das Ausbildungsplatzangebot und die Ausbildungsplatznachfrage zugleich rückläufig waren.

E Begriffe der Ausbildungsmarktbilanzierung

Zum offiziellen **Ausbildungsplatzangebot** eines Jahres zählen die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, die das BIBB im Rahmen seiner Erhebung zum 30. September bei den zuständigen Stellen zählt (= erfolgreich besetztes Angebot), und die bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) registrierten Berufsausbildungsstellen, die der Arbeitsverwaltung während des Berichtsjahres zur Vermittlung angeboten wurden und die am 30. September noch nicht besetzt waren (= erfolgloses Angebot).

Als **Ausbildungsplatznachfrager** gelten jene ausbildungsinteressierten Jugendlichen, die entweder einen neuen Ausbildungsvertrag abschlossen (und somit über die BIBB-Erhebung zum 30. September erfasst werden) oder zum Kreis der Ausbildungsstellenbewerber zählten, die am

30. September noch einen Ausbildungsplatz suchen. Ausbildungsstellenbewerber, die sich im Laufe des Berichtsjahres für eine Alternative entschlossen (z. B. erneuter Schulbesuch, Studium, Erwerbstätigkeit, berufsvorbereitende Maßnahme) und am 30. September nicht mehr oder vorerst nicht mehr nach einer Berufsausbildungsstelle suchen, werden grundsätzlich *nicht* zu den Ausbildungsplatznachfragern gerechnet (d. h. auch dann nicht, wenn sie diese Alternative aufgrund erfolgloser Bewerbungen anstrebten).

Bei der **statistischen Ermittlung der Höhe der Ausbildungsplatznachfrage** sind darüber hinaus 2 Ansätze zu unterscheiden: Die **traditionelle Berechnungsweise** definiert den Kreis der erfolglosen Nachfrage sehr eng. Sie lässt all jene am 30. September noch suchenden Ausbildungsstellenbewerber unberücksichtigt, die über eine alternative Verbleibsmöglichkeit verfügen. Bei der **neuen, erweiterten Berechnung** sind diese Personen dagegen einbezogen. Die verschiedenen Berechnungsweisen der Ausbildungsplatznachfrage erklären zugleich die Ergebnisunterschiede der beiden Varianten zur Berechnung der Angebots-Nachfrage-Relation.

Die **Angebots-Nachfrage-Relation (ANR)** gibt wieder, wie viele Berufsausbildungsangebote rechnerisch auf 100 Ausbildungsplatznachfrager entfielen. Da 2 Berechnungsweisen zur Ermittlung der Ausbildungsplatznachfrage genutzt werden, gibt es auch 2 Varianten in der ANR-Berechnung. In der Regel wird im BIBB-Datenreport die erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation (eANR) ausgewiesen.

Als **Ausbildungsstellenbewerber** werden jene ausbildungsinteressierten Jugendlichen bezeichnet, welche die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Agenturen für Arbeit (AA), der Jobcenter in gemeinsamen Einrichtungen (JC gE; zuvor Arbeitsgemeinschaften SGB II [ARGEn]) und der Jobcenter in alleiniger kommunaler Trägerschaft (JC zkT) in Anspruch nehmen und deren Eignung für die von ihnen angestrebten Ausbildungsberufe geklärt ist. Die Ausbildungsstellenbewerber bilden zusammen mit den gemeldeten Berufsausbildungsstellen die zentralen Größen der Ausbildungsmarktstatistik der BA.

Als **Ausbildungsinteressierte** gelten alle Jugendlichen, die entweder zu den erfolgreichen Ausbildungsplatznachfragern oder aber zumindest zu den registrierten Ausbildungsstellenbewerbern zählten. Es handelt sich somit um all jene Jugendlichen, die im Laufe eines Berichtsjahres den Wunsch

nach einer Ausbildung geäußert hatten und institutionell erfasst wurden, sei es über die Eintragung ihrer Ausbildungsverhältnisse bei den zuständigen Stellen oder – sofern sie erfolglos blieben – im Rahmen ihrer Registrierung bei den AA oder Jobcentern (JC). Die Zahl der institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen wird rechnerisch ermittelt, indem zur Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge jene registrierten Ausbildungsstellenbewerber hinzugerechnet werden, die nach der Verbleibstatistik der Arbeitsverwaltung nicht in eine Berufsausbildungsstelle einmündeten.

Durch den rechnerischen Bezug der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge auf die Zahl der ausbildungsinteressierten lässt sich die **Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Personen in duale Berufsausbildung (EQI)** ermitteln. Sie informiert darüber, wie hoch der Anteil unter den ausbildungsinteressierten Jugendlichen ausfällt, der für eine duale Berufsausbildung tatsächlich auch gewonnen werden konnte (Ulrich 2012a; Ulrich 2012b).

Nicht alle Jugendlichen, die sich für einen Ausbildungsplatz interessieren und auch als „ausbildungsreif“ gelten, werden als Ausbildungsplatznachfrager erfasst. Dies ist dann nicht der Fall, wenn sie ihren Vermittlungswunsch vor dem Stichtag der Ausbildungsmarktbilanzierung aufgeben (vgl. Kapitel A1.3). Die Gründe hierfür sind vielfältig. Zum Teil ziehen sie Alternativen vor, zum Teil verschieben sie ihren Ausbildungswunsch auf später – oft, weil sie bei ihrer Suche nach einer Lehrstellensuche erfolglos blieben und frühzeitig nach einer Zwischenlösung (erneuter Schulbesuch, Praktikum, Jobben) suchten.

Deshalb fällt die Zahl aller Personen, die sich im Laufe des Berichtsjahres als ausbildungsinteressiert gezeigt haben, höher aus als die offiziell registrierte Ausbildungsplatznachfrage **E**. 2013 lag die rechnerische Zahl der ausbildungsinteressierten Personen bei 816.500; dies waren 9.500 bzw. 1,2% weniger als im Vorjahr (vgl. Kapitel A1.1). Von diesen konnten 65,0% eine duale Berufsausbildung aufnehmen; 2012 hatte die Quote noch bei 66,7% und 2011 bei 68,2% gelegen. Dabei sind 2013 weibliche ausbildungsinteressierte merklich seltener bei der Ausbildungsplatzsuche erfolgreich (62,7%) als männliche ausbildungsinteressierte (66,6%) und Jugendliche in Ostdeutschland seltener (63,3%) als in Westdeutschland (65,3%).

A1.1 Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage

Ausgangslage der Ausbildungsmarktentwicklung 2013

Die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt wird bereits seit einigen Jahren stark durch die negative demografische Entwicklung beeinflusst. Seit 2004 ist die Zahl der nicht studienberechtigten Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus den allgemeinbildenden Schulen – die Hauptklientel der dualen Berufsausbildung – bundesweit bereits um mehr als 150.000 und damit um mehr ein Fünftel zurückgegangen, und für 2014 und die kommenden Jahre setzt sich der Rückgang kontinuierlich fort; bis 2025 ist mit einem weiteren Verlust von über 100.000 Personen zu rechnen (vgl. Kapitel A2). Das Jahr 2013 bildete jedoch eine Ausnahme im durchgehend negativen Trend. Denn gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der nicht studienberechtigten Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus den allgemeinbildenden Schulen bundesweit um 19.400 bzw. 3,6%. Zugleich nahm infolge der doppelten Abiturientenjahrgänge in Nordrhein-Westfalen und in Hessen die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen bundesweit um 14.200 bzw. 4,6% zu → **Tabelle A1.1-1**.

Da die Zahl der Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus den beruflichen Schulen nur um insgesamt 8.500 Personen sank und auch bei den ausbildungsinteressierten Personen aus früheren Schulentlassjahren nur mit geringen Rückgängen gerechnet werden konnte (die Bundesagentur für Arbeit [BA] registrierte insgesamt nur 2.100 Ausbildungsstellenbewerber aus früheren Schulentlassjahrgängen weniger), bestand Hoffnung darauf, dass sich das Nachfragepotenzial nach dualer Berufsausbildung im Jahr 2013 noch einmal entgegen dem allgemeinen Trend erhöhte (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A2). Diese Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht. Die Zahl der im Laufe des Berichtsjahres 2012/2013 institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen sank vielmehr erneut um 9.500 Personen bzw. 1,1% → **Tabelle A1.1-1**. Der Rückgang fiel allerdings merklich schwächer aus als in den 5 Jahren zuvor.

Tabelle A1.1-1: Entwicklung der Zahl der Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, der registrierten Ausbildungsstellenbewerber aus früheren Schulentlassjahren und der institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen

	Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen ¹		Abgänger und Absolventen aus beruflichen Schulen ¹		Registrierte Ausbildungsstellenbewerber aus früheren Schulentlassjahren ²		Institutionell erfasste ausbildungsinteressierte Personen ²
	nicht studienberechtigt	studienberechtigt	BVJ, BGJ und BFS	FOS und FGym	aus dem Vorjahr	aus früheren Jahren	
Deutschland							
2005	703.436	235.843	303.793	105.569	156.876	185.184	929.248
2006	696.817	249.949	312.659	107.827	171.789	213.459	973.647
2007	677.587	264.542	302.587	119.422	161.856	223.022	1.038.663
2008	634.609	272.474	291.495	121.522	128.539	191.854	954.351
2009	597.018	273.727	281.263	118.669	116.121	142.943	866.475
2010	568.787	273.616	270.786	123.330	110.218	150.724	846.858
2011	543.092	316.874	251.058	123.440	103.967	136.946	835.131
2012	535.590	310.576	229.664	125.703	99.101	134.445	825.992
2013	555.003	324.732	222.438	124.443	95.792	135.608	816.540
Entwicklung	+19.413	+14.156	-7.226	-1.260	-3.309	+1.163	-9.452
2012 bis 2013	+3,6 %	+4,6 %	-3,1 %	-1,0 %	-3,3 %	+0,9 %	-1,1 %
Alte Länder							
2005	554.729	176.892	259.679	82.879	113.851	128.820	730.162
2006	556.385	189.715	271.341	84.483	129.048	145.885	749.358
2007	559.809	197.365	264.778	96.919	125.888	155.000	821.594
2008	542.773	207.174	259.534	99.128	101.670	140.888	776.615
2009	520.761	218.117	255.035	97.009	93.996	106.944	718.138
2010	499.353	232.119	247.620	103.382	91.922	116.372	712.952
2011	477.985	281.117	230.846	106.668	86.962	104.947	710.089
2012	467.220	266.292	212.280	110.659	83.500	103.269	704.602
2013	483.841	288.538	204.969	109.878	80.197	104.751	698.465
Entwicklung	+16.621	+22.246	-7.311	-781	-3.303	+1.482	-6.137
2012 bis 2013	+3,6 %	+8,4 %	-3,4 %	-0,7 %	-4,0 %	+1,4 %	-0,9 %
Neue Länder und Berlin							
2005	148.707	58.951	44.114	22.690	42.913	56.279	198.855
2006	140.432	60.234	41.318	23.344	42.642	67.493	224.135
2007	117.778	67.177	37.809	22.503	35.927	67.966	216.944
2008	91.836	65.300	31.961	22.394	26.822	50.898	177.616
2009	76.257	55.610	26.228	21.660	22.092	35.969	148.237
2010	69.434	41.497	23.166	19.948	18.267	34.306	133.807
2011	65.107	35.757	20.212	16.772	16.962	31.954	124.949
2012	68.370	44.284	17.384	15.044	15.563	31.131	121.272
2013	71.162	36.194	17.469	14.565	15.475	30.278	117.248
Entwicklung	+2.792	-8.090	+85	-479	-88	-853	-4.024
2012 bis 2013	+4,1 %	-18,3 %	+0,5 %	-3,2 %	-0,6 %	-2,7 %	-3,3 %

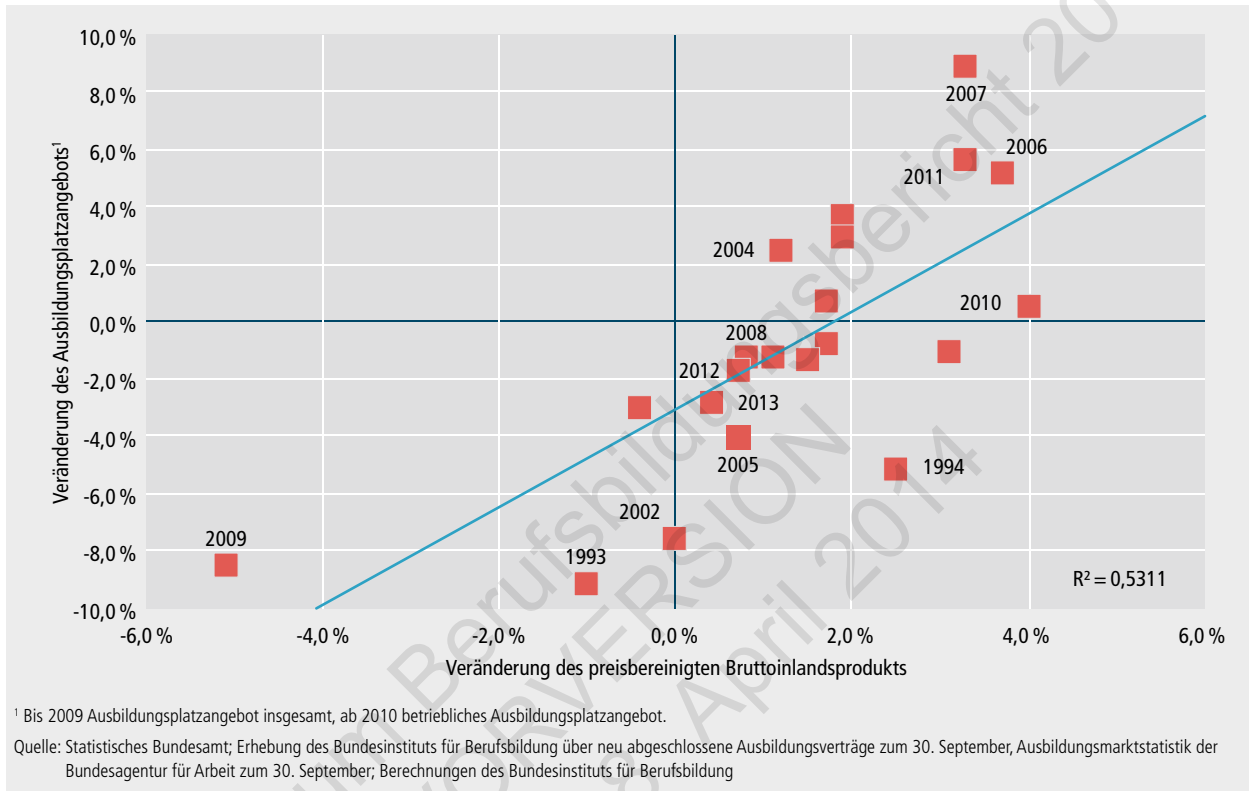
¹ Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen: Ist-Zahlen bis 2012, Schätzungen für 2013. Abgänger und Absolventen aus Berufsfachschulen ohne Absolventen aus vollqualifizierenden Berufsausbildungsgängen.

² Ist-Zahlen bis 2013. Abweichungen zwischen den Summen von West und Ost zur Gesamtzahl Deutschland aufgrund von regional nicht zuordenbaren Daten möglich. Bis 2008 ohne die bei den zugelassenen kommunalen Trägern (zkt) betreuten Bewerber. Zahlen für 2011 rückwirkend korrigiert.

Abkürzungen: BVJ = schulisches Berufsvorbereitungsjahr, BGJ = schulisches Berufsgrundbildungsjahr, BFS = Berufsfachschule (ohne vollqualifizierende Abschlüsse), FOS = Fachoberschule, FGym = berufliches Fachgymnasium

Quelle: Statistisches Bundesamt; Kultusministerkonferenz; Bundesagentur für Arbeit; Bundesinstitut für Berufsbildung; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schaubild A1.1-1: Zusammenhang zwischen der jährlichen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts und des Ausbildungsplatzangebots 1993 bis 2013



Warum es nicht gelang, das aus dem Kreis der Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen und -absolventinnen resultierende Nachfragepotenzial stärker zu aktivieren, ist zurzeit nicht eindeutig auszumachen. Zu berücksichtigen ist aber, dass nicht alle nicht studienberechtigten Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen mit Interesse an einer dualen Berufsausbildung sich unmittelbar um einen Ausbildungsplatz bewerben; ein nicht unerheblicher Teil strebt zunächst danach, wie auch an der beträchtlichen Absolventenzahl in → **Tabelle A1.1-1** abzulesen ist, noch in teilqualifizierenden beruflichen Schulen die eigene Qualifikation zu erhöhen.³ Insofern dürften die positiven Nachfrageeffekte der in 2013 einmalig gestiegenen Schulabgängerzahl zum Teil erst in 2014 oder noch später wirksam werden.

Die entgegen der Erwartung etwas geringere Zahl ausbildungsinteressierter Personen trug jedoch dazu bei, dass sich die Ausbildungsmarktlage 2013 nicht so massiv verschärfte, wie befürchtet worden war. Die über das ökonometrische Prognosemodell PROSIMA durchgeführte Schätzung der Ausbildungsmarktverhältnisse ließ einen deutlichen Einbruch der Angebots-Nachfrage-Relation um fast vier Prozentpunkte erwarten (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A2). Denn infolge eines nur schwachen Wirtschaftswachstums (PROSIMA rechnete mit einem Zuwachs des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 0,6 %) musste ein Rückgang des Ausbildungsplatzangebots einkalkuliert werden. In der Regel ist mit einem Anstieg des Ausbildungsplatzangebots erst ab einem stärkeren Zuwachs der Wirtschaftsleistung zu rechnen → **Schaubild A1.1-1**. Tatsächlich blieb der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts mit nur 0,4 % sogar noch ein wenig unter der PROSIMA-Schätzung zurück (Statistisches Bundesamt 2014), und das Ausbildungsplatzange-

3 Nach den Ergebnissen der BIBB-Schulabgängerbefragung 2012 möchte deutlich mehr als ein Viertel der nicht studienberechtigten Schulabgänger/-innen mit Interesse an einer dualen Berufsausbildung erst in einem späteren Jahr mit der Berufsausbildung beginnen (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A3.1).

bot schrumpfte deutlich, wie von PROSIMA vorhergesagt. Die unerwartet sinkende Ausbildungsplatznachfrage der Jugendlichen milderte jedoch die negativen Folgen für Ausbildungschancen der Jugendlichen.

Angebot und Nachfrage zum Stichtag 30. September

Ausbildungsplatzangebot

2013 wurden in Deutschland 564.200 Ausbildungsplätze innerhalb des dualen Berufsausbildungssystems angeboten; das sind 20.300 bzw. 3,5 % weniger als im Jahr zuvor. Im Vergleich zu früheren Jahren seit der Wiedervereinigung lag das Angebot damit auf einem sehr niedrigen Niveau → [Schaubild A1.1-2](#). Nur 2005 fiel das Angebot mit 562.800 noch etwas geringer aus. Das *betriebliche* Angebot sank 2013 gegenüber dem Vorjahr um rund 16.100 Plätze bzw. 2,9 % auf 542.600. Die Zahl der überwiegend öffentlich geförderten („außerbetrieblichen“) Plätze verringerte sich um 4.200 bzw. 16,3 % auf nunmehr 21.700.

Vom Rückgang des Ausbildungsangebots waren alle 16 Länder betroffen; die relativen Veränderungs-raten bewegten sich zwischen -0,9 % in Hamburg und -11,4 % im Saarland. Dabei fielen die relativen Rückgänge im Osten Deutschlands (insgesamt -5,4 %) deutlich stärker als im Westen (-3,1 %) aus → [Tabelle A1.1-2](#). Allein im Stadtstaat Hamburg wurde eine leichte Steigerung des *betrieblichen* Angebots beobachtet; dessen absolutes Ausmaß wurde jedoch vom dortigen Rückgang der „außerbetrieblichen“ Plätze übertroffen.

Nach Zuständigkeitsbereichen differenziert zeigte sich für 2013 folgendes Bild: Im Bereich von Industrie und Handel sank das Ausbildungsplatzangebot bundesweit von 351.100 (2012) um 14.200 bzw. 4,0 % auf nunmehr 336.900 und im Handwerk von 157.700 um 3,0 % auf 153.000. Das Ausbildungsplatzangebot im öffentlichen Dienst stieg um knapp 100 Plätze bzw. 0,7 % leicht an und lag 2013 bei 12.300. Im Bereich der Landwirtschaft fiel es mit 13.600 genauso hoch aus wie 2012. Bei den übrigen Stellen (freie Berufe, Hauswirtschaft, Seeschifffahrt) sank es insgesamt um 1.500 bzw. 3,0 % auf nunmehr 48.400 → [Tabelle A1.1-3](#).

Schaubild A1.1-2: Bundesweite Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots 1992 bis 2013

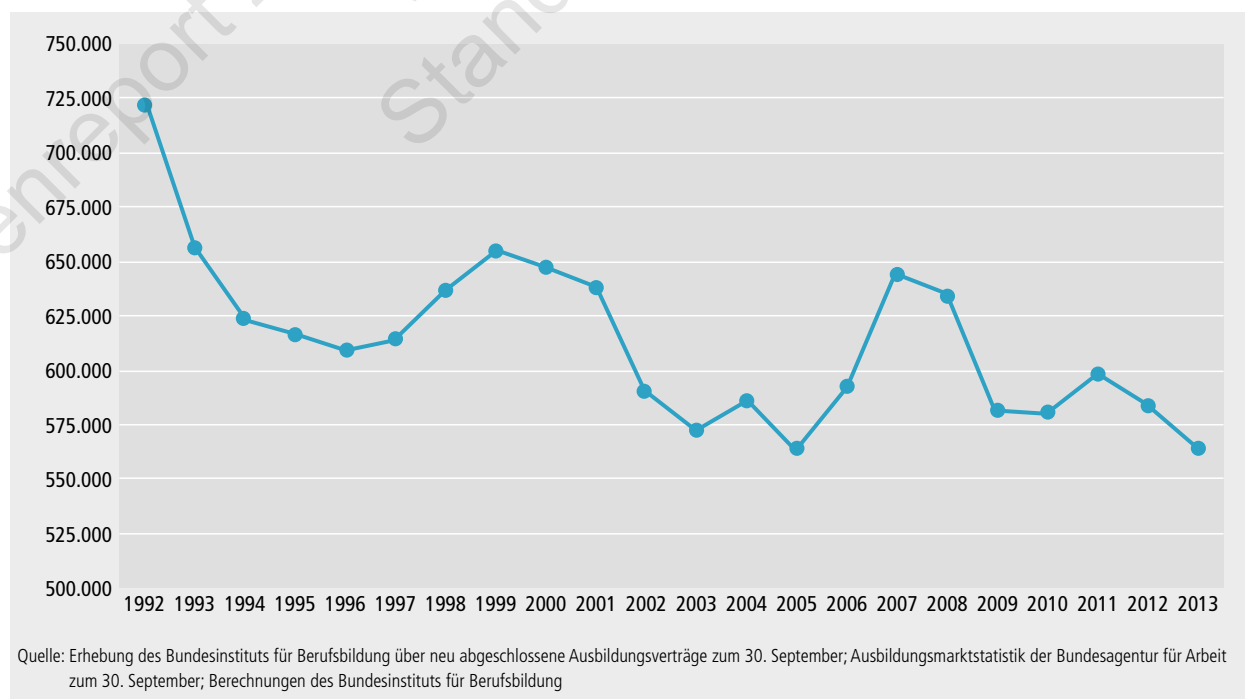


Tabelle A1.1-2: Entwicklung der Ausbildungsmarktvhältnisse 2012 und 2013 nach Bundesländern

	Ausbildungsplatzangebot										Ausbildungsplatznachfrage ¹						Angebots-Nachfrage-Relation ¹						
	insgesamt			betriebl. blich			darunter:				insgesamt			darunter:			insgesamt			darunter:			
	2013 zu 2012			2012			2013			Anteil erfolgreicher Angebote (in %)		insgesamt		Anteil erfolgreicher Nachfrager (in %)		2012		2013		2012		2013	
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9	Sp. 10	Sp. 11	Sp. 12	Sp. 13	Sp. 14	Sp. 15	Sp. 16	Sp. 17	Sp. 18					
Baden-Württemberg	81.864	79.284	-2.580	-3,2%	79.743	77.106	7,0	6,3	84.708	83.295	9,9	10,7	96,6	95,2	94,1	92,6	2,5	2,6					
Bayern	104.784	101.268	-3.516	-3,4%	102.429	99.000	9,2	9,3	102.474	99.771	7,0	7,8	102,3	101,5	100,0	99,2	2,3	2,3					
Berlin	18.426	17.469	-957	-5,2%	16.365	16.035	2,8	4,3	21.585	19.188	16,7	12,5	85,4	91,0	75,8	83,6	9,5	7,5					
Brandenburg	12.285	11.625	-660	-5,4%	11.091	10.620	8,2	10,1	13.284	12.318	14,4	14,4	92,5	94,4	83,5	86,2	9,0	8,2					
Bremen	6.378	6.216	-162	-2,5%	5.916	5.883	4,0	4,4	6.903	6.840	11,0	12,9	92,4	90,9	85,7	86,0	6,7	4,9					
Hamburg	14.316	14.193	-123	-0,9%	13.491	13.545	1,3	4,9	15.924	15.954	11,2	15,2	89,9	89,0	84,7	84,9	5,2	4,1					
Hessen	42.189	41.691	-498	-1,2%	40.086	39.864	4,9	5,1	46.689	47.223	13,8	16,0	90,4	88,3	85,9	84,4	4,5	3,9					
Mecklenburg-Vorpommern	9.627	9.240	-387	-4,0%	8.658	8.439	15,1	15,1	8.991	8.826	7,4	9,7	107,1	104,7	96,3	95,6	10,8	9,1					
Niedersachsen	60.816	58.731	-2.085	-3,4%	59.205	56.754	4,4	4,1	69.495	68.982	16,2	18,3	87,5	85,1	85,2	82,3	2,3	2,9					
Nordrhein-Westfalen	128.712	125.454	-3.258	-2,5%	123.387	122.202	3,8	4,4	145.452	144.570	14,7	16,9	88,5	86,8	84,8	84,5	3,7	2,2					
Rheinland-Pfalz	29.529	28.386	-1.143	-3,9%	28.146	27.138	4,0	4,7	32.778	31.527	13,3	14,0	90,1	90,0	85,9	86,1	4,2	4,0					
Saarland	8.730	7.734	-996	-11,4%	8.220	7.272	4,3	4,5	9.246	8.364	9,4	11,4	94,4	92,5	88,9	86,9	5,5	5,5					
Sachsen	19.953	19.236	-717	-3,6%	18.228	17.670	9,0	7,6	20.358	20.229	10,1	11,6	98,0	95,1	89,5	87,3	8,5	7,7					
Sachsen-Anhalt	12.555	11.424	-1.131	-9,0%	11.178	10.230	6,5	5,8	13.116	12.129	9,9	10,7	95,7	94,2	85,2	84,3	10,5	9,8					
Schleswig-Holstein	22.026	20.778	-1.248	-5,7%	21.153	20.130	4,1	4,2	24.135	23.580	12,3	15,5	91,3	88,1	87,6	85,4	3,6	2,7					
Thüringen	12.222	11.445	-777	-6,4%	11.211	10.605	10,0	11,6	12.081	11.184	8,1	8,6	101,2	102,3	92,8	94,8	8,4	7,5					
West	499.344	483.738	-15.606	-3,1%	481.773	468.900	5,6	5,8	537.807	530.106	12,2	13,9	92,8	91,3	89,6	88,5	3,3	2,8					
Ost	85.068	80.436	-4.632	-5,4%	76.731	73.599	8,0	8,4	89.415	83.877	11,8	11,5	95,1	95,9	85,8	87,7	9,3	8,2					
Deutschland	584.532	564.249	-20.283	-3,5%	558.627	542.568	6,0	6,2	627.243	614.277	12,1	13,6	93,2	91,9	89,1	88,3	4,1	3,5					

¹ Unter Zugrundelegung der neuen, erweiterten Nachfragedefinition.

Alle Absolutwerte auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Quelle: Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September; Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum 30. September; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A1.1-3: Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots nach Zuständigkeitsbereichen 2009 bis 2013

Zuständigkeitsbereich	Ausbildungsplatzangebote insgesamt													darunter:											
	betriebl. Angebot													unbesetzte betriebliche Stellen						unbesetzte betriebliche Stellen in %					
	2009	2010	2011	2012	2013	2013 zu 2012		2009	2010	2011	2012	2013	2009	2010	2011	2012	2013	2009	2010	2011	2012	2013			
Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9	Sp. 10	Sp. 11	Sp. 12	Sp. 13	Sp. 14	Sp. 15	Sp. 16	Sp. 17	Sp. 18	Sp. 19	Sp. 20	Sp. 21	Sp. 22				
Deutschland	581.562	579.564	599.070	584.532	564.249	-20.283	-3,5 %	535.761	538.521	568.608	558.627	542.568	17.255	19.605	29.689	33.274	33.534	3,2 %	3,6 %	5,2 %	6,0 %	6,2 %			
Industrie und Handel	343.254	342.282	360.321	351.066	336.882	-14.184	-4,0 %	318.984	320.343	344.532	338.841	325.776	9.850	11.239	17.539	18.445	18.342	3,1 %	3,5 %	5,1 %	5,4 %	5,6 %			
Handwerk	160.158	160.863	162.579	157.677	152.997	-4.680	-3,0 %	143.718	145.947	151.266	147.036	145.071	4.576	5.684	8.071	10.349	10.859	3,2 %	3,9 %	5,3 %	7,0 %	7,5 %			
Öffentlicher Dienst	13.782	13.725	12.498	12.258	12.348	90	0,7 %	13.731	13.689	12.459	12.195	12.324	59	169	95	250	235	0,4 %	1,2 %	0,8 %	2,0 %	1,9 %			
Landwirtschaft	14.865	14.205	13.764	13.617	13.614	-3	0,0 %	12.798	12.522	12.627	12.474	12.522	219	282	281	356	455	1,7 %	2,3 %	2,2 %	2,9 %	3,6 %			
Sonstige Stellen ¹	49.503	48.492	49.908	49.914	48.408	-1.506	-3,0 %	46.527	46.020	47.724	48.081	46.875	2.551	2.231	3.703	3.874	3.643	5,5 %	4,8 %	7,8 %	8,1 %	7,8 %			
Westdeutschland	479.790	484.125	509.265	499.344	483.738	-15.606	-3,1 %	456.921	461.649	490.572	481.773	468.900	14.481	15.828	24.381	26.989	27.269	3,2 %	3,4 %	5,0 %	5,6 %	5,8 %			
Industrie und Handel	279.216	282.753	303.576	297.681	287.268	-10.413	-3,5 %	269.751	273.033	295.527	290.724	280.473	8.192	8.850	14.149	14.664	14.657	3,0 %	3,2 %	4,8 %	5,0 %	5,2 %			
Handwerk	135.750	137.421	141.021	137.124	133.260	-3.864	-2,8 %	125.091	127.008	132.315	128.547	126.945	3.907	4.698	6.797	8.708	9.139	3,1 %	3,7 %	5,1 %	6,8 %	7,2 %			
Öffentlicher Dienst	10.617	10.857	9.984	9.726	9.756	30	0,3 %	10.587	10.824	9.963	9.678	9.732	55	160	93	164	143	0,5 %	1,5 %	0,9 %	1,7 %	1,5 %			
Landwirtschaft	11.286	10.830	10.911	10.797	10.764	-33	-0,3 %	10.362	10.035	10.353	10.077	10.086	153	161	161	204	234	1,5 %	1,6 %	1,6 %	2,0 %	2,3 %			
Sonstige Stellen ¹	42.921	42.264	43.770	44.010	42.690	-1.320	-3,0 %	41.127	40.749	42.414	42.747	41.664	2.174	1.959	3.180	3.249	3.096	5,3 %	4,8 %	7,5 %	7,6 %	7,4 %			
Ostdeutschland	101.643	95.325	89.670	85.068	80.436	-4.632	-5,4 %	78.711	76.758	77.904	76.731	73.599	2.644	3.662	5.175	6.163	6.193	3,4 %	4,8 %	6,6 %	8,0 %	8,4 %			
Industrie und Handel	63.954	59.439	56.652	53.304	49.548	-3.756	-7,0 %	49.152	47.217	48.912	48.036	45.237	1.576	2.299	3.297	3.701	3.618	3,2 %	4,9 %	6,7 %	7,7 %	8,0 %			
Handwerk	24.408	23.436	21.555	20.550	19.734	-816	-4,0 %	18.627	18.936	18.951	18.489	18.126	668	982	1.274	1.640	1.719	3,6 %	5,2 %	6,7 %	8,9 %	9,5 %			
Öffentlicher Dienst	3.165	2.868	2.514	2.532	2.592	60	2,4 %	3.144	2.865	2.499	2.520	2.592	4	9	2	86	92	0,1 %	0,3 %	0,1 %	3,4 %	3,5 %			
Landwirtschaft	3.579	3.375	2.853	2.817	2.850	33	1,2 %	2.436	2.490	2.274	2.397	2.436	66	121	120	152	221	2,7 %	4,9 %	5,3 %	6,3 %	9,1 %			
Sonstige Stellen ¹	6.534	6.210	6.096	5.862	5.712	-150	-2,6 %	5.352	5.250	5.268	5.292	5.208	330	251	480	584	543	6,2 %	4,8 %	9,1 %	11,0 %	10,4 %			

¹ Eine weitere Differenzierung ist an dieser Stelle nicht möglich.

Anmerkung: Als Folge von Datenschutzvorschriften werden im Rahmen der BA-Statistik Werte zwischen 1 und 2 nicht mehr ausgewiesen, darüber hinaus auch Summanden größer als 3 nicht, sofern sie einen Rückschluss auf die Größe anderer Summanden kleiner als 3 ermöglichen. Damit sind auch Weiterverarbeitungen der betroffenen Zahlen (z. B. im Zuge der Ermittlung relativer Werte) nicht mehr möglich. Die betroffenen Zellen sind hier jeweils mit einer Schätzung versehen.

Quelle: Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September. Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum 30. September. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Ausbildungsplatznachfrage

Die Ausbildungsplatznachfrage – zugrunde gelegt wird im Folgenden ausschließlich die erweiterte Berechnung, die in dieser Form seit 2007 möglich ist – sank 2013 bundesweit um 13.000 Personen bzw. 2,1 % auf nunmehr 614.300. Gegenüber 2007, als noch 756.800 Nachfrager gezählt wurden, beträgt der Rückgang 142.500 bzw. 18,8 %. Maßgeblich hierfür sind vor allem die ungünstige demografische Entwicklung und die damit verbundene chronisch sinkende Zahl junger Menschen.

Bis auf Hamburg und Hessen kam es in allen Bundesländern zu einem Rückgang der Nachfrage, selbst in Nordrhein-Westfalen, wo ein doppelter Abiturientenjahrgang die Schule verließ. Nur in Hessen bewirkten doppelte Entlassjahrgänge eine leichte Steigerung der Nachfrage um 1,1 % → [Tabelle A1-3 Internet](#). Die leicht steigende Nachfragezahl in Hamburg hat statistische Gründe. So gelang es in Hamburg erneut, den Kreis der registrierten Ausbildungsstellenbewerber, die den Kontakt zur Arbeitsverwaltung abbrechen und über deren Verbleib somit nichts bekannt ist, spürbar zu verkleinern (-343 bzw. -25,2 %) und damit den positiven Trend aus dem Vorjahr fortzusetzen – und dies, obwohl die Gesamtzahl der Ausbildungsstellenbewerber sogar noch zugenommen hatte (+81 bzw. +1,0 %). Es ist davon auszugehen, dass infolge der verbesserten Informationslage nun ein großer Teil der Bewerber, die früher unbekannt verblieben wären, als (erfolgreiche) Bewerber identifiziert werden konnten und damit rechnerisch bei der Ermittlung der Ausbildungsplatznachfrage (siehe [E](#) in Kapitel A1) Berücksichtigung fanden.

Angebots-Nachfrage-Relation

Da bundesweit nicht nur das Ausbildungsplatzangebot, sondern auch die Ausbildungsplatznachfrage zurückging, fielen die negativen Effekte auf die rechnerische Relation zwischen Angebot und Nachfrage (eANR) nicht so stark aus, wie dies bei einer ähnlich hohen Nachfrage wie im Vorjahr der Fall gewesen wäre. 2013 entfielen bundesweit 91,9 Angebote auf 100 Nachfrager. Im Vorjahr lag der Wert bei 93,2 Angeboten. Somit verschlechterte sich die Ausbildungs-

marktlage für die Ausbildungsplatznachfrager, auch wenn die Marktlage 2013 immer noch deutlich besser ausfiel als in den letzten Jahren des vergangenen Jahrzehnts → [Tabelle A1-2 Internet](#).

Zudem verbesserte sich zumindest in Ostdeutschland die erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation (von 95,1 in 2012 auf nunmehr 95,9). Zu dieser Verbesserung kam es, obwohl der Angebotsrückgang hier deutlich größer als im Westen war. Im Osten nahm jedoch die Nachfrage noch wesentlich stärker ab.

Die bundesweit höchsten Angebots-Nachfrage-Relationen wurden 2013 wie im Vorjahr in Mecklenburg-Vorpommern (104,7), Thüringen (102,3) und Bayern (101,5) gemessen. In allen 3 Ländern wurden demnach mehr Ausbildungsplatzangebote als Ausbildungsplatznachfrager registriert. Relativ niedrige Werte wurden dagegen aus Niedersachsen (85,1), Nordrhein-Westfalen (86,8) und Schleswig-Holstein (88,1) vermeldet → [Tabelle A1-3 Internet](#).

Seit einigen Jahren ist es möglich, den Wert der erweiterten Angebots-Nachfrage-Relation in eine betriebliche und eine außerbetriebliche Komponente aufzusplitteln (Ulrich 2012a, S. 53 f.). Die Berechnung einer *betrieblichen* Angebots-Nachfrage-Relation ist insofern angebracht, als allein das Angebot der Praxen, Betriebe und Verwaltungen den genuinen Kern des Marktgeschehens bildet. Die außerbetrieblichen Plätze sind dagegen eher kompensatorischer Natur und werden aufgrund von Entscheidungen der Ausbildungsvermittlung bzw. der bildungspolitischen Akteure geschaffen.

Wie → [Tabelle A1-1](#) am Anfang des Kapitels zeigt, hat sich die *betriebliche* Angebots-Nachfrage-Relation 2013 leicht verschlechtert. Mit $eANR_b = 88,3$ lag sie um 0,7 Prozentpunkte niedriger als ein Jahr zuvor. Im Westen erreichte die $eANR_b$ einen Wert von 88,5 (-1,1 Prozentpunkte gegenüber 2012). Im Osten fiel die Quote mit $eANR_b = 87,7$ niedriger als im Westen aus, doch kam es hier gegenüber dem Vorjahr ($eANR_b = 85,8$) wie bereits in den Vorjahren zu einer deutlichen Steigerung. Seit 2009 ist die *betriebliche* eANR in den neuen Ländern und Berlin um 15,9 Prozentpunkte angestiegen, 2009 lag die Quote noch bei $eANR_b = 71,8$. Im Zuge der Steigerung wurde, wie an

Tabelle A1.1-4: Ausbildungsberufe mit Besetzungs- und Versorgungsproblemen 2012 und 2013, Deutschland

Ausbildungsberuf ¹	Betriebliche Angebote		eANR _b		Anteile erfolgreicher Marktteilnehmer (in %)			
	2012	2013	2012	2013	Angebote		Nachfrager	
					2012	2013 ²	2012	2013 ²
Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	
Restaurantfachmann/-frau	5.511	5.115	127,9	129,3	29,8	30,2	8,5	8,3
Klempner/-in	507	525	121,6	124,6	22,9	24,7	4,6	4,3
Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk	11.709	11.448	117,4	123,3	22,1	25,6	5,4	6,3
Fleischer/-in	2.253	2.169	118,8	120,0	24,9	25,3	7,4	7,5
Fachmann/-frau für Systemgastronomie	2.784	2.550	122,4	118,2	22,0	19,5	4,1	4,5
Bäcker/-in	4.125	3.801	112,9	115,3	21,4	22,8	7,5	8,2
Hörgeräteakustiker/-in	993	1.026	109,4	111,1	13,2	14,3	4,5	4,7
Gebäudereiniger/-in	1.491	1.482	108,2	110,2	15,4	16,4	6,3	6,4
Glaser/-in	558	609	104,7	106,6	9,2	12,5	3,9	5,1
Hotelfachmann/-frau	11.943	11.886	108,2	105,7	13,0	11,9	5,3	6,3
Koch/Köchin	13.053	12.102	104,6	105,0	17,8	17,7	9,8	9,8
Mechatroniker/-in für Kältetechnik	1.257	1.248	102,6	103,6	6,3	5,7	2,6	2,2
Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugservice	522	579	95,6	103,4	8,3	12,6	7,0	8,4
Schornsteinfeger/-in	792	972	100,9	103,3	4,0	5,5	2,9	2,0
Raumausstatter/-in	816	741	75,3	75,7	6,5	7,0	22,9	23,4
Florist/-in	1.356	1.221	73,0	74,6	5,4	6,1	25,1	25,3
Bürokaufmann/-frau	19.575	18.666	76,0	73,8	2,7	2,7	22,0	24,6
Fahrzeuglackierer/-in	2.430	2.163	76,5	73,3	3,0	3,4	19,3	23,1
Biologielaborant/-in	516	513	79,2	72,5	0,0	0,6	20,8	27,9
Sport- und Fitnesskaufmann/-frau	1.914	1.971	73,4	71,7	6,2	7,0	30,3	32,7
Veranstaltungskaufmann/-frau	2.046	1.968	75,7	71,5	1,6	1,9	24,2	29,5
Mediengestalter/-in Digital und Print	3.597	3.363	72,0	68,5	1,3	1,8	27,6	31,2
Fotograf/-in	792	696	72,0	65,8	4,3	4,7	30,2	36,8
Fachlagerist/-in	4.674	4.584	65,0	64,1	2,8	2,9	18,6	21,3
Mediengestalter/-in Bild und Ton	606	636	59,5	59,1	0,7	2,4	40,4	42,1
Gestalter/-in für visuelles Marketing	756	747	58,7	55,6	2,8	2,4	42,5	44,7
Tierpfleger/-in	630	609	50,9	50,7	2,5	1,3	48,6	48,3

¹ Es werden nur Ausbildungsberufe des dualen Systems (nach BBiG/HwO) aufgeführt, in denen im Jahr 2013 mindestens 500 Ausbildungsstellen angeboten wurden.

² Rot markierte Werte zeigen eine Zunahme der Anteile erfolgreicher Marktteilnehmer von 2012 bis 2013 an.

Alle Absolutzahlen wurden auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Farblegende:

- ANR 2013 ≥ 120
- ANR 2013 zwischen 110 und 120
- ANR 2013 zwischen 100 und 110
- ANR 2013 zwischen 90 und 100
- ANR 2013 zwischen 80 und 90
- ANR 2013 zwischen 70 und 80
- ANR 2013 ≤ 70

Quelle: Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September; Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum 30. September; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schaubild A1.1-3: Problemtypen auf dem Ausbildungsmarkt

		Anteil der erfolgreichen Ausbildungsplatznachfrager/-innen	
		niedrig	hoch
Anteil der unbesetzten betrieblichen Ausbildungsplatzangebote	niedrig	kein Problem	Versorgungsproblem
	hoch	Besetzungsproblem	Passungsproblem

Quelle: Darstellung in Anlehnung an Matthes/Ulrich (2014, S. 5)

der außerbetrieblichen eANR ablesbar, die relative Bedeutung der kompensatorisch bereitgestellten, überwiegend öffentlich geförderten Berufsausbildung stark zurückgefahren (2007: $eANR_a = 20,9$ und 2013: $eANR_a = 8,2$).

Die *betriebliche* Angebots-Nachfrage-Relation unterscheidet sich jedoch nicht nur zwischen West- und Ostdeutschland, sondern vor allem, wenn sie differenziert für einzelne Ausbildungsberufe betrachtet wird. → **Tabelle A1.1-4** zeigt exemplarisch auf, welche stark besetzten Berufe im Jahr 2013 die höchsten sowie die niedrigsten Angebots-Nachfrage-Relationen aufwiesen, und stellt neben der Gesamtzahl der betrieblichen Angebote außerdem die Anteile unbesetzter *betrieblicher* Ausbildungsplatzangebote und erfolgloser Ausbildungsplatznachfrager dar. Die farbliche Markierung in der ersten Spalte wurde aus der Sicht der Jugendlichen vorgenommen und verdeutlicht, wie schwierig oder leicht es für diese ist, genügend Ausbildungsangebote in den von ihnen jeweils angestrebten Berufen zu finden. Schwarze und rote Markierungen zeigen eine besonders niedrige eANR an, die gewöhnlich mit einem hohen Anteil erfolgloser Nachfrager einhergeht.

Nur wenig Angebote in Relation zur Nachfrage gab es demnach z. B. in den Ausbildungsberufen Tierpfleger/-in ($eANR_b = 50,7$), Gestalter/-in für visuelles Marketing ($eANR_b = 55,6$) sowie Mediengestalter/-in Bild und Ton ($eANR_b = 59,1$). Im Jahr 2013 blieben in diesen Berufen zwischen 42% und 48% der Nachfrager mit ihren Bewerbungen erfolglos, während umgekehrt nur 1% bis 2% der betrieblichen Ausbildungsplatzangebote unbesetzt waren.

Umgekehrt gilt: Noch stärker als im vorausgegangenen Jahr lag 2013 die Anzahl der Ausbildungsange-

bote in den Berufen Restaurantfachmann/-fachfrau, Klempner/-in, Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk und Fleischer/-in weit über der Anzahl der Nachfrager, die sich auf diese Berufe bewerben. In diesen Berufen waren die Erfolgsaussichten der Ausbildungsplatznachfrager sehr hoch; nur wenige blieben bei der Suche erfolglos. Der Anteil unbesetzter Lehrstellen lag dagegen bei bis zu 30%.

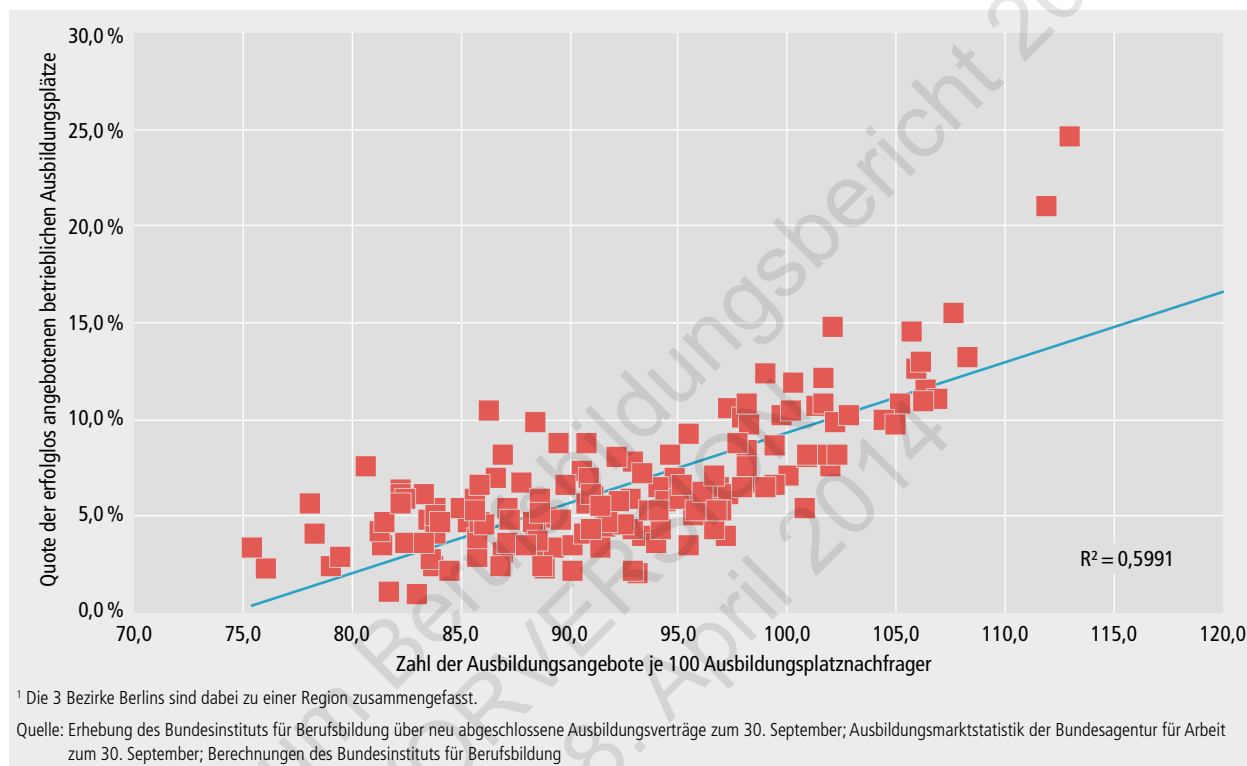
Der Vergleich der Anteile erfolgreicher Marktteilnehmer/-innen in den Jahren 2012 und 2013 zeigt, dass bei einem Großteil der Berufe häufig sowohl die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen als auch die Zahl der noch suchenden Bewerber zunahm (und nicht, wie normalerweise zu erwarten wäre, entweder Besetzungs- oder Versorgungsprobleme zunahmen). In → **Tabelle A1.1-4** sind dies jene Berufe, bei denen sowohl in Spalte 6 als auch in Spalte 8 rot markierte Werte vorkommen.

Erfolgreiche Ausbildungsmarktteilnehmer

Besetzungs-, Versorgungs- und Passungsprobleme

In der Mehrzahl der Fälle finden Anbieter und Nachfrager auf dem Ausbildungsmarkt zueinander. Dennoch gibt es einen substanziellen Teil der Marktteilnehmer/-innen, die ihren Ausbildungswunsch nicht realisieren können. Ist der Anteil der erfolglos angebotenen Ausbildungsstellen relativ hoch, die Quote der erfolgreichen Bewerber aber niedrig, sprechen wir von einem größeren Besetzungsproblem. Gibt es zwar nicht viele unbesetzte Plätze, aber relativ viele erfolglos suchende Ausbildungsplatznachfrager, liegt ein größeres Versorgungsproblem vor. Tritt der Fall auf, dass es sowohl relativ viele unbesetzte Lehrstellen als auch relativ viele zum Bilanzierungstichtag noch suchende Bewerber gibt,

Schaubild A1.1-4: **Der Zusammenhang zwischen der Marktlage (Angebots-Nachfrage-Relation) und der Quote unbesetzter betrieblicher Ausbildungsplatzangebote in den 154 Arbeitsagenturbezirken¹ im Jahr 2013**



handelt es sich nach Matthes/Ulrich (2014) um ein Passungsproblem → [Schaubild A1.1-3](#).

Erfolglos angebotene Ausbildungsplätze

Die absolute Zahl der am 30. September noch unbesetzten Ausbildungsplätze hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Belief sie sich 2009 noch auf 17.300, waren es 2013 bereits 33.500. Eine höhere Zahl gab es zuletzt im Jahr 1996. Der Anteil der unbesetzten Ausbildungsplätze, bezogen auf das betriebliche Ausbildungsangebot, bezifferte sich 2013 auf 6,2%. In Ostdeutschland fiel der Anteil der unbesetzten betrieblichen Ausbildungsplätze mit 8,4% noch einmal deutlich höher aus als in Westdeutschland (5,8%) → [Tabelle A1.1-3](#).

Während der Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen am betrieblichen Gesamtangebot im öffentlichen Dienst im Vergleich zum Vorjahr deutschlandweit leicht zurückgegangen ist (um -0,1 Prozentpunkte

auf 1,9%), ist er im Bereich Industrie und Handel (um +0,2 Prozentpunkte auf 5,6%) und im Handwerk (um +0,5 Prozentpunkte auf 7,5%) weiter gestiegen. Zunehmend von Besetzungsproblemen betroffen sind die landwirtschaftlichen Berufe. Der Anteil unbesetzter betrieblicher Stellen am betrieblichen Gesamtangebot hat sich von 2009 bis 2013 mehr als verdoppelt (von 1,7% auf 3,6%). In Ostdeutschland hat er sich mit einem Rekordwert von 9,1% seit 2009 sogar mehr als verdreifacht.

Die Ursachen für die steigende Zahl unbesetzter Plätze sind vielfältig. Statistische Analysen auf regionaler Ebene (Arbeitsagenturbezirke, Länder) zeigen, dass Besetzungsprobleme zunehmen, je mehr Ausbildungsplatzangebote in der Region den ausbildungsinteressierten Jugendlichen gegenüberstehen, weil sich hierdurch die Konkurrenzlage der Ausbildungsplatzanbieter verschärft. Bei einer niedrigen Angebots-Nachfrage-Relation von unter ANR = 85,0 blieben 2013 in den Arbeitsagenturbezirk-

ken im Schnitt deutlich unter 5 % der betrieblichen Angebote unbesetzt, während es bei einer Angebots-Nachfrage-Relation von mehr als ANR = 100,0 im Schnitt über 10 % waren → [Schaubild A1.1-4](#).

Die Intensität der Besetzungsprobleme ist aber auch von der Art des Angebots abhängig: Je höher der Anteil der gemeldeten Stellen im Handwerk an allen gemeldeten Berufsausbildungsstellen ausfällt, desto größer ist tendenziell das Besetzungsproblem (Ulrich u. a. 2014, S. 17). Hierin spiegeln sich die besonderen Nöte des Handwerks wider, deren Berufe zum Teil unter einem nicht besonders positiven Image leiden (Eberhard/Scholz/Ulrich 2009; Ulrich/Flemming/Granath 2011, S. 24 ff.). Es ist davon auszugehen, dass sich diese bereits in den vergangenen Jahren sichtbare Problematik weiter verschärft, wenn Jugendliche ihre Erfolgchancen auf dem Ausbildungsmarkt besser als bislang einschätzen und sich infolgedessen vermehrt für Berufe bewerben, die aus ihrer Sicht attraktiver sind.

Besetzungsprobleme nehmen außerdem zu, wenn in den Regionen der Anteil der gemeldeten Bewerber mit ausländischer Staatsangehörigkeit steigt (vgl. Ulrich u. a. 2014, S. 17). Seit Jahren ist bereits feststellbar, dass der Anteil der in eine Berufsausbildungsstelle einmündenden Bewerber mit ausländischer Staatsangehörigkeit weit unterdurchschnittlich ausfällt (Bundesagentur für Arbeit 2013c). Zu den Gründen wird seit längerer Zeit breit geforscht. Zum Teil spielt die im Schnitt immer noch niedrigere schulische Vorbildung eine Rolle; doch bleiben deutliche Unterschiede zwischen Migrantinnen und Nichtmigrantinnen auch dann noch erhalten, wenn die schulische Vorbildung kontrolliert wird (Beicht/Granato 2010; Eberhard u. a. 2013). So gibt es Hinweise darauf, dass Betriebe zum Teil Vorbehalte gegenüber der Einstellung nicht europäischer Bewerber haben (Imdorf 2010; Scherr/Janz/Müller 2013).

Erfolglose Ausbildungsplatznachfrage

Die Zahl der Ausbildungsstellenbewerber, die am 30. September 2013 noch eine Berufsausbildungsstelle suchten und deshalb auch als erfolglose Ausbildungsplatznachfrager gelten, betrug bundesweit

83.600; sie lag damit 7.600 bzw. 10,0 % über dem Vorjahr. In Westdeutschland stieg die Zahl der noch suchenden Bewerber von 2012 bis 2013 um 8.200 bzw. 12,5 % auf 73.600 Personen; im Osten hingegen sank sie um 900 bzw. 8,3 % auf 9.600 Personen.

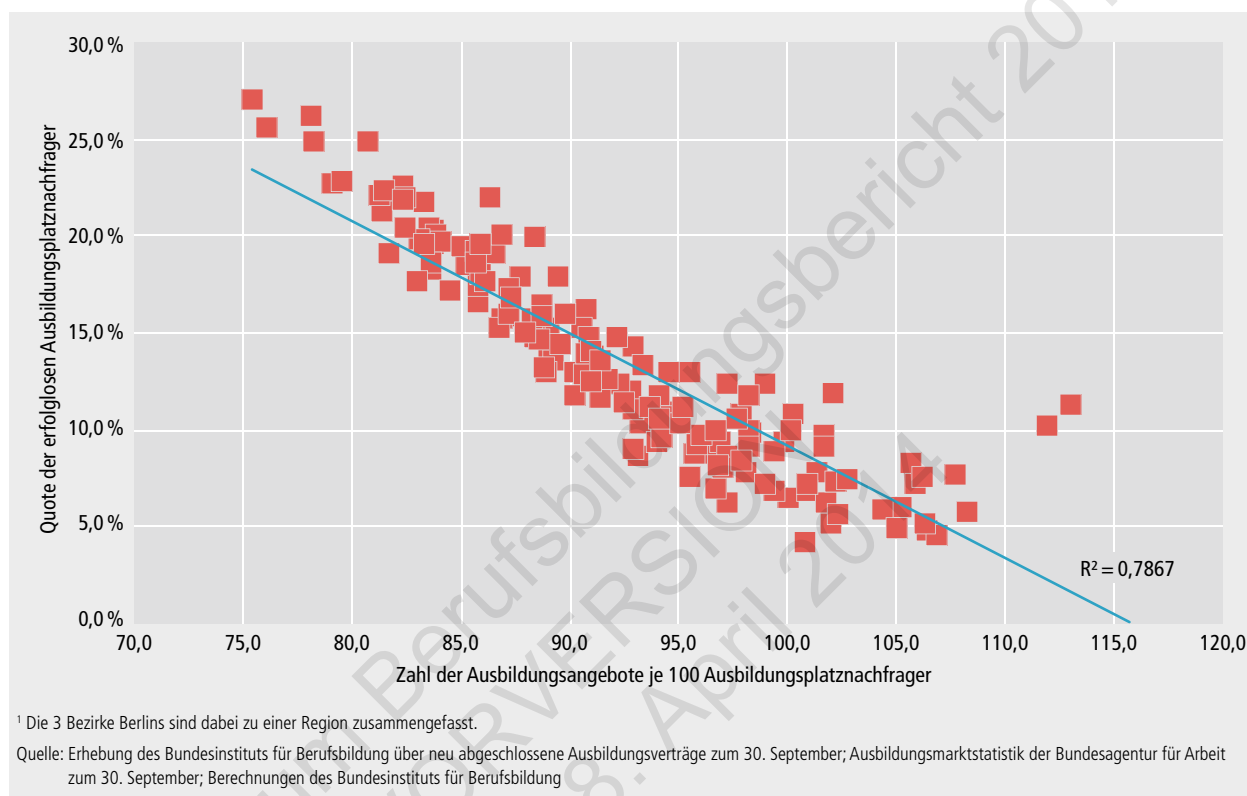
Die Gruppe der noch suchenden Ausbildungsstellenbewerber lässt sich innerhalb der Ausbildungsmarktstatistik der BA, die Auskunft über den Verbleib aller bei der Arbeitsverwaltung registrierten Bewerber gibt, unterteilen in:

- die Gruppe der sogenannten „unversorgten Bewerber“ (sie umfasste 2013 insgesamt 21.034 Personen) und
- die Gruppe der „Bewerber mit Alternative zum 30. September“ (ihre Zahl lag 2013 bei 62.530 Personen).

Während für die erste Gruppe keine alternative Verbleibsmöglichkeit – gegenüber dem Beginn einer Berufsausbildung – bekannt ist, ist dies bei der zuletzt genannten Gruppe der Fall. Die Alternativen, den nur zum Teil ein echter Ersatzcharakter für den Beginn einer vollqualifizierenden Berufsausbildung zukommt, bestanden 2013 zumeist in erneuter Schulbildung (30,7 %), im Verbleib in Fördermaßnahmen (23,3 %), in Erwerbstätigkeit (15,7 %), in Praktika (6,3 %), dem Bundes-/Jugendfreiwilligendienst (5,8 %) oder dem Beginn eines Berufsvorbereitungs-/Berufsgrundbildungsjahres (4,4 %). 11,4 % der „Bewerber mit Alternative zum 30. September“ setzten eine (zumeist öffentlich geförderte „außerbetriebliche“) Berufsausbildung fort, aus der sie sich heraus erneut für eine Berufsausbildungsstelle beworben hatten, und 2,2 % begannen ein Studium oder setzten es fort (Bundesagentur für Arbeit 2013b, S. 5).

Von den noch suchenden Bewerbern 2013 verfügten 40,8 % über einen mittleren Schulabschluss und 25,1 % sogar über eine Studienberechtigung (Bundesagentur für Arbeit 2013c). Bei den Bewerbern, die in eine Berufsausbildungsstelle einmünden, fällt der Anteil der Personen mit mittlerem Abschluss mit 47,8 % deutlich höher aus und der Anteil der Studienberechtigten mit insgesamt 19,6 % dagegen deutlich niedriger. Dies deutet darauf hin, dass ausbildungsinteressierte Studienberechtigte nicht per se leichter an einer Berufsausbildung zu beteiligen sind.

Schaubild A1.1-5: Zusammenhang zwischen der Marktlage (Angebots-Nachfrage-Relation) und der Quote erfolgloser Ausbildungsplatznachfrager in den 154 Arbeitsagenturbezirken¹ im Jahr 2013



Der Anteil der Personen mit maximal Hauptschulabschluss liegt in der Gruppe der noch Suchenden mit 31,3 % leicht höher als in der Gruppe der einmündenden Bewerber (28,5 %).

Die Quote der erfolglosen Ausbildungsplatznachfrager in den einzelnen Regionen wurde auch im Jahr 2013 sehr stark von der Angebotslage bestimmt. Bei einer niedrigen Angebots-Nachfrage-Relation von unter ANR = 85,0 waren in den Arbeitsagenturbezirken im Schnitt mehr als 20 % der Nachfrager auch noch am Stichtag 30. September auf Ausbildungsplatzsuche, während es bei einer Angebots-Nachfrage-Relation von mehr als ANR = 100,0 im Schnitt deutlich unter 10 % waren → [Schaubild A1.1-5](#). Da auch 2013 in vielen Regionen Angebots-Nachfrage-Relationen unter ANR = 90,0 vorherrschten, war es angesichts eines viel zu geringen Angebots nicht möglich, eine zufriedenstellende Versorgung der Ausbildungsplatznachfrager sicherzustellen (vgl. [Kapitel A1.4](#)).

Ergebnisse der Nachvermittlung

Für Jugendliche, die auch noch nach dem 30. September 2013 einen Ausbildungsplatz für das bereits begonnene Ausbildungsjahr 2013/2014 suchten, setzte die Arbeitsverwaltung die Vermittlungsbemühungen im vierten Kalenderquartal 2013 fort. Die Nachvermittlungsbedingungen waren jedoch nicht einfach. Die rechnerische Lücke zwischen der Zahl der Ende September noch suchenden Ausbildungsplatznachfrager (83.600) und der Zahl der noch unbesetzten Ausbildungsplätze (33.500) betrug rund 50.000 und fiel damit deutlich höher als 2012 (42.800) aus. Zudem melden sich ab dem 1. Oktober auch noch Jugendliche mit einem Nachvermittlungswunsch, die zuvor nicht als Ausbildungsstellenbewerber bei der BA gemeldet waren.

Die Zahl der Jugendlichen, für die zwischen Oktober und Dezember 2013 ein Vermittlungsauftrag (zeitweise oder dauerhaft) bestand, um in das bereits

Tabelle A1.1-5: Herkunft und Verbleib der Ausbildungsstellenbewerber, für die im vierten Quartal des Kalenderjahres 2013 zeitweise oder dauerhaft ein Vermittlungsauftrag für den Beginn einer Berufsausbildung bis Ende 2013 bestand

	bereits Bewerber im Berichtsjahr 2012/2013								kein Bewerber im letzten Berichtsjahr 2012/2013
	insgesamt				darunter:				
	insgesamt	bis zum 30.09. eingemündete Bewerber des letzten Berichtsjahres	andere ehemalige Bewerber des letzten Berichtsjahres	noch suchende Bewerber zum Ende des letzten Berichtsjahres	Bewerber mit Alternative zum 30.09. des letzten Berichtsjahres	darunter: unversorgte Bewerber am 30.09. des letzten Berichtsjahres	Sp. 7	Sp. 8	
Sp. 1 (Sp. 2 + Sp. 8)	Sp. 2 (Summe von Sp. 3 bis 5)	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8		
Deutschland									
Am 01.10.2013 weiterhin suchende oder nach dem 01.10.2013 erneut oder neu suchende Bewerber	68.148	49.343	6.382	7.203	35.758	14.818	20.940	18.805	100,0 %
darunter Status im Dezember 2013:									
→ eingemündete Bewerber	4.725	3.148	741	471	1.936	668	1.268	1.577	8,4 %
• Berufsausbildung ungefördert	3.712	2.667	548	351	1.768	611	1.157	1.045	5,6 %
• Berufsausbildung gefördert	1.013	481	193	120	168	57	111	532	2,8 %
→ andere ehemalige Bewerber, darunter:	8.542	6.937	548	676	5.713	1.496	4.217	1.605	8,5 %
• ohne Angabe eines Verbleibs	5.002	4.123	191	424	3.508	395	3.113	879	4,7 %
→ noch weiter suchende Bewerber, darunter:	54.881	39.258	5.093	6.056	28.109	12.054	15.455	15.623	83,1 %
• mit alternativer Verbleibsmöglichkeit	24.741	18.578	2.828	1.977	13.773	11.251	2.522	6.163	32,8 %
• ohne alternative Verbleibsmöglichkeit	30.140	20.680	2.265	4.079	14.336	1.403	12.933	9.460	50,3 %
Westdeutschland									
Am 01.10.2013 weiterhin suchende oder nach dem 01.10.2013 erneut oder neu suchende Bewerber	56.703	41.206	5.343	5.555	30.308	14.053	16.255	15.497	100,0 %
darunter Status im Dezember 2013:									
→ eingemündete Bewerber	3.663	2.442	591	340	1.511	613	898	1.221	7,9 %
• Berufsausbildung ungefördert	2.882	2.076	436	248	1.392	562	830	806	5,2 %
• Berufsausbildung gefördert	781	366	155	92	119	51	68	415	2,7 %
→ andere ehemalige Bewerber, darunter:	6.812	5.521	451	572	4.558	1.397	3.161	1.291	8,3 %
• ohne Angabe eines Verbleibs	3.838	3.138	150	309	2.679	366	2.313	700	4,5 %
→ noch weiter suchende Bewerber, darunter:	46.228	33.243	4.301	4.703	24.239	12.043	12.196	12.985	83,8 %
• mit alternativer Verbleibsmöglichkeit	22.149	16.921	2.454	1.698	12.769	10.755	2.014	5.228	33,7 %
• ohne alternative Verbleibsmöglichkeit	24.079	16.322	1.847	3.005	11.470	1.288	10.182	7.757	50,1 %
Ostdeutschland									
Am 01.10.2013 weiterhin suchende oder nach dem 01.10.2013 erneut oder neu suchende Bewerber	11.156	7.911	1.034	1.643	5.234	743	4.491	3.245	100,0 %
darunter Status im Dezember 2013:									
→ eingemündete Bewerber	1.041	685	149	131	405	49	356	356	11,0 %
• Berufsausbildung ungefördert	809	570	111	103	356	43	313	239	7,4 %
• Berufsausbildung gefördert	232	115	38	28	49	6	43	117	3,6 %
→ andere ehemalige Bewerber, darunter:	1.689	1.377	96	164	1.117	99	1.018	312	9,6 %
• ohne Angabe eines Verbleibs	1.134	956	40	115	801	29	772	178	5,5 %
→ noch weiter suchende Bewerber, darunter:	8.426	5.849	789	1.348	3.712	595	3.117	2.577	79,4 %
• mit alternativer Verbleibsmöglichkeit	2.540	1.631	372	278	981	481	500	909	28,0 %
• ohne alternative Verbleibsmöglichkeit	5.886	4.218	417	1.070	2.731	114	2.617	1.668	51,4 %

Quelle: Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

begonnene Ausbildungsjahr einzusteigen, betrug bundesweit 68.100 Personen (Bundesagentur für Arbeit 2013a). Dies sind insgesamt 2.700 mehr als im Vorjahr. Die Gesamtzahl der Nachvermittlungsaufträge setzte sich zusammen aus 49.300 Jugendlichen, die bereits im vergangenen Berichtsjahr 2012/2013 als Ausbildungsstellenbewerber registriert worden waren, und 18.800, auf die dies nicht zutraf.

Unter den 49.300 bereits im letzten Berichtsjahr registrierten Bewerbern befanden sich:

- 6.400 bzw. 2,3 % der 275.300 Bewerber, die ursprünglich in eine Berufsausbildungsstelle eingemündet waren,
- 20.900 bzw. 99,5 % der 21.000 Bewerber, die am 30. September ohne Alternative auf Ausbildungsplatzsuche waren („unversorgte Bewerber“),
- 14.800 bzw. 23,7 % der 62.500 Bewerber, die bis Ende September aus einer bestehenden Alternative heraus noch weiter nach einer Ausbildungsstelle gesucht hatten, sowie
- 7.200 bzw. 3,6 % der 202.300 Bewerber, die am 30. September zunächst anderweitig verblieben und zu diesem Zeitpunkt auch nicht mehr auf Ausbildungsplatzsuche waren.

→ **Tabelle A1.1-5** informiert darüber, welche Ergebnisse die Nachvermittlung bis Dezember 2013 für die 68.100 Bewerber mit Interesse an einem nachträglichen Einstieg in das bereits begonnene Ausbildungsjahr erbracht hatte. Die Zahl der Bewerber, die bis Ende 2013 in die angestrebte Berufsausbildung einmündete, lag bei 4.700 bzw. 6,9 % und fiel demnach noch niedriger als im Vorjahr (8,4 %) aus. 54.900 bzw. 80,5 % der Bewerber waren dagegen weiter auf Ausbildungsplatzsuche, darunter 24.700 ohne und 30.100 mit alternativer Verbleibsmöglichkeit. Die restlichen 8.500 bzw. 12,5 % Bewerber waren anderweitig (3.500) oder unbekannt (5.000) verblieben und hatten den Vermittlungsauftrag beendet.⁴

4 Ende Januar 2014 veröffentlichte die BA die abschließenden Ergebnisse der Nachvermittlung für das Jahr 2013 (Bundesagentur für Arbeit 2014). Von den insgesamt 72.000 Bewerbern mit Nachvermittlungsinteresse mündeten schließlich 17,2 % in eine ungeforderte (10,4 %) oder geförderte (6,7 %) Ausbildungsstelle ein. 53.900 (74,8 %) waren noch auf Suche, darunter 24.400 (33,9 %) mit und 29.400 (40,8 %) ohne alternative Verbleibsmöglichkeit. 4.700 waren anderweitig verblieben und hatten auf weitere Vermittlungsunterstützung verzichtet. Von 7.000 Bewerbern (9,6 %) war der Verbleib nicht bekannt.

Die Nachvermittlung in eine Ausbildungsstelle zwischen Oktober und Dezember 2013 gelang wie auch im letzten Jahr in Ostdeutschland etwas häufiger als in Westdeutschland. Während von den ostdeutschen Bewerbern 9,3 % in eine Berufsausbildung einmündeten (7,3 % in eine ungeforderte Stelle, 2,1 % in eine geförderte Stelle), lag der Anteil im Westen bei 6,5 % (5,1 % in eine ungeforderte Stelle, 1,4 % in eine geförderte Stelle).

Beteiligung ausbildungsinteressierter Personen an dualer Berufsausbildung

Neben den oben behandelten Indikatoren zur Ausbildungsplatznachfrage lassen sich Beteiligungsquoten ausbildungsinteressierter Jugendlicher (siehe **E in Kapitel A1**) an dualer Berufsausbildung errechnen. Ihr Vorteil besteht darin, dass sie alle institutionell irgendwie erfassbaren Personen berücksichtigen, die im Laufe des Berichtsjahres den Wunsch gehabt hatten, zum neuen Ausbildungsjahr eine duale Berufsausbildung zu beginnen – unabhängig davon, ob sie bei der BA gemeldet waren oder nicht, und auch unabhängig davon, ob für sie die Vermittlungsbemühungen zum 30. September weiterliefen oder nicht (Ulrich 2012a).

In → **Schaubild A1.1-6** wird wiedergegeben, wie sich seit den 1990er-Jahren der Anteil unter den ausbildungsinteressierten Personen entwickelte, der bis zum Bilanzierungstichtag 30. September auch tatsächlich einen neuen Berufsausbildungsvertrag unterschreiben und mit einer dualen Berufsausbildung beginnen konnte. Die Quote ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 Prozentpunkte gesunken und lag 2013 bundesweit bei 65,0 %.

Wie ein Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland zeigt, entwickelte sich die Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Personen in beiden Teilregionen nicht einheitlich. Lag sie im Osten bis 2007 deutlich unter den Werten des Westens, schnellte sie ab 2007 stark nach oben und übertraf 2009 und 2010 sogar die Werte der alten Länder. Ab 2011 sank sie wieder, während der Westen 2011 noch eine weitere Steigerung erzielte und erst 2012 einen Rückgang hinnehmen musste. Im Berichtsjahr 2013 sank die Einmündungsquote sowohl in Ost- als

Schaubild A1.1-6: Bundesweite Entwicklung der Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Personen in duale Berufsausbildung (in %)

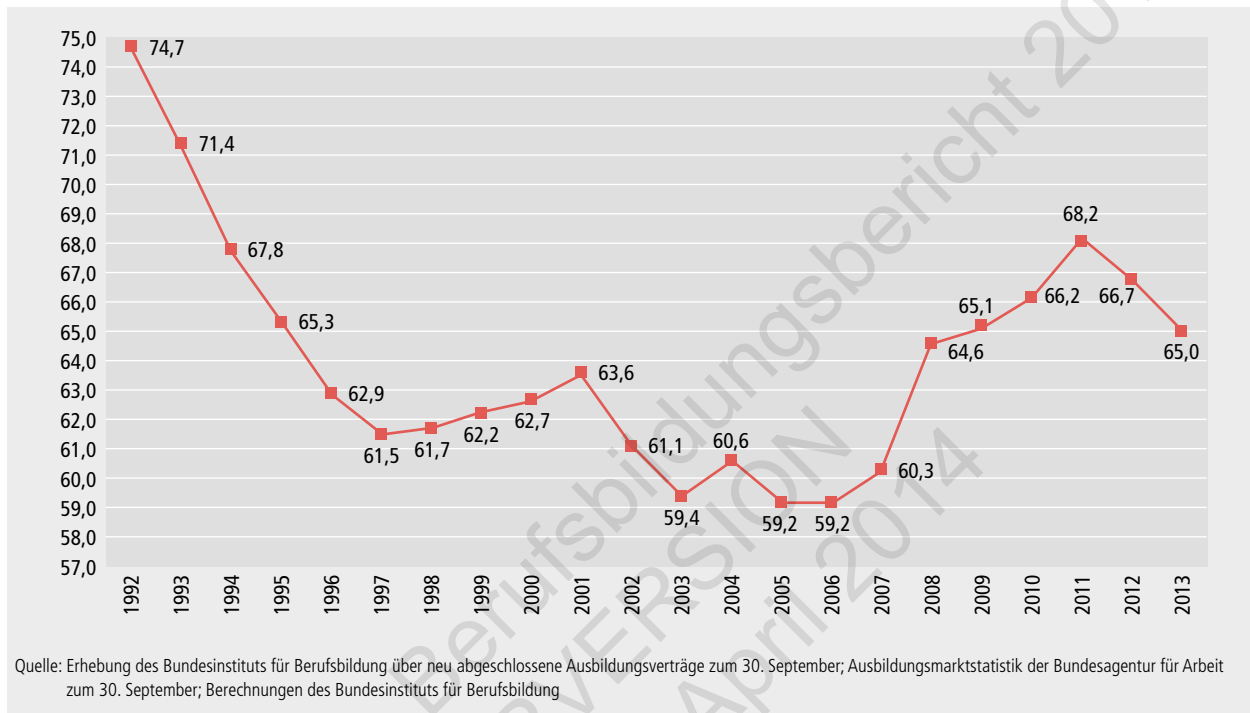
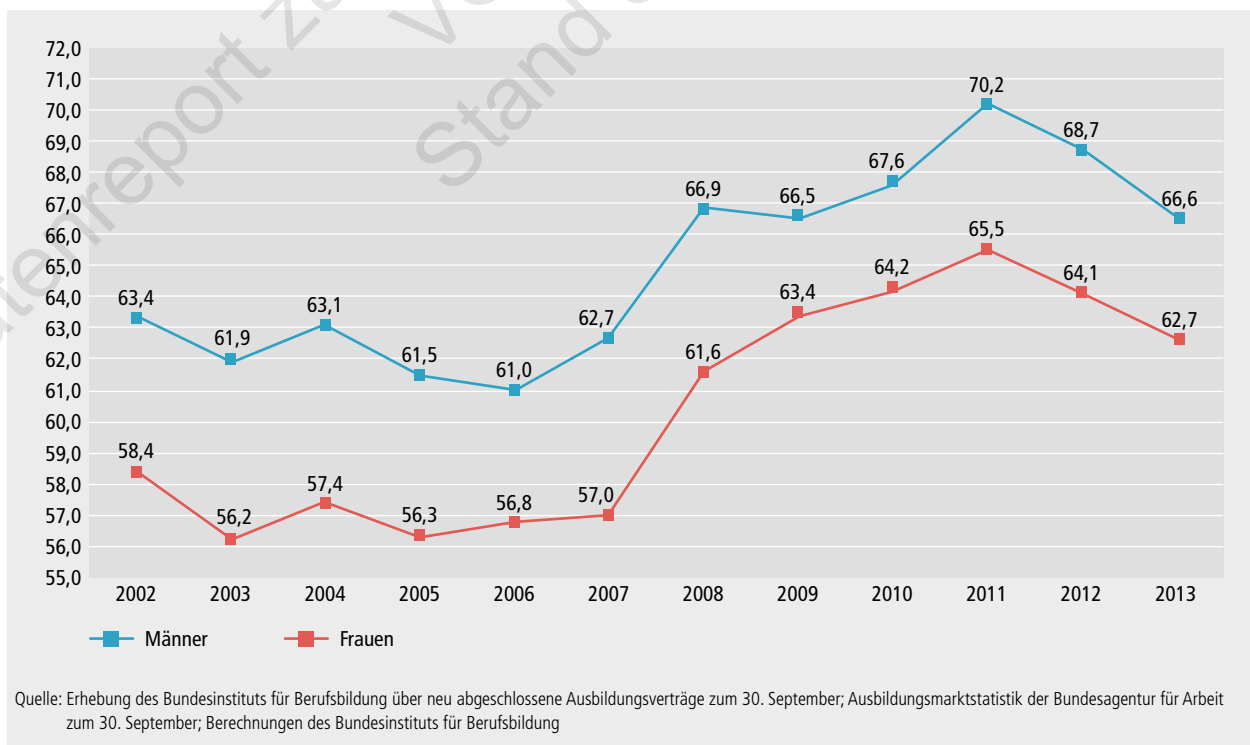


Schaubild A1.1-7: Entwicklung der Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Frauen und Männer (in %)



auch in Westdeutschland weiter um 1,7 Prozentpunkte. Zu den seit 2011 zu beobachtenden Rückgängen der Einmündungsquote hat auch der recht deutliche Abbau der kompensatorisch bereitgestellten, überwiegend öffentlich geförderten Ausbildungsplätze („außerbetriebliche“ Ausbildung) beigetragen.

Für den Zeitraum ab 2002 lässt sich die Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Personen geschlechtsspezifisch berechnen. Die Ergebnisse sind in → **Schaubild A1.1-7** abgebildet. Auch wenn die Einmündungsquote der Männer im Vergleich zu den Frauen seit dem letzten Jahr stärker abgenommen hat (-2,1 im Vergleich zu -1,3 Prozentpunkten), fällt die Einmündungsquote der männlichen Ausbildungsinteressierten nach wie vor um mehrere Prozentpunkte höher aus als die der weiblichen Ausbildungsinteressierten.

Bei der Interpretation des geschlechtsspezifischen Unterschiedes ist zu berücksichtigen, dass sich die Eingrenzung des Kreises ausbildungsinteressierter Personen bei beiden Geschlechtern auf die Interessenten an einer dualen Berufsausbildung bezieht. Allerdings ziehen junge Frauen, die eine Ausbildung im dualen System anstreben, häufiger als junge Männer zugleich auch eine vollzeitschulische Berufsausbildung in Erwägung. Des Weiteren ist zu vermuten, dass die niedrigeren Einmündungsquoten der weiblichen Ausbildungsinteressierten mit der relativ großen Bedeutung gewerblicher Berufe innerhalb des dualen Berufsausbildungssystems in Verbindung stehen. Das Interesse der Frauen an diesen Berufen ist weiterhin begrenzt; ihre dualen Berufsausbildungswünsche richten sich eher auf Dienstleistungsberufe. Tatsächlich lässt sich im Rahmen von Regionalanalysen zeigen, dass die Differenz zwischen der Einmündungsquote der Männer und der Frauen schwindet, je stärker die duale Berufsausbildung vor Ort von den Dienstleistungsberufen geprägt wird (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel 1.1).

(Stephanie Matthes, Joachim Gerd Ulrich, Simone Flemming, Ralf-Olaf Granath)

A1.2 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge – Ergebnisse aus der BIBB-Erhebung zum 30. September 2013

Bei der Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September 2013⁵ **E** haben die für die Berufsausbildung zuständigen Stellen für den Zeitraum vom 1. Oktober 2012 bis zum 30. September 2013 dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) bundesweit 530.715 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge gemeldet. Gegenüber der Vorjahreserhebung bedeutet dies einen Rückgang um 20.544 Verträge (-3,7%). Bundesweit wurde damit der niedrigste Wert seit der Wiedervereinigung erreicht → **Tabelle A1.2-1**. Im Westen fiel der Rückgang mit 3,4% (-15.885 Verträge) geringer aus als im Osten. Hier wurde ein Minus von 5,9% festgestellt (-4.659 Verträge). Diese Entwicklung resultiert sowohl aus einer sinkenden Zahl betrieblicher Ausbildungsverträge (um 16.320 bzw. -3,1% auf 509.034) als auch aus dem Abbau der überwiegend öffentlich finanzierten (außerbetrieblichen) Ausbildung (um 4.224 bzw. -16,3% auf nunmehr 21.678). Damit hat sich in Ostdeutschland die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2013 gegenüber 1999 halbiert. In Westdeutschland nahm die Zahl im gleichen Zeitraum lediglich um 5,3% ab.

Der Rückgang bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen von 2012 auf 2013 verteilt sich über alle 16 Bundesländer. Das Saarland liegt mit einem Rückgang von 11,6% an der Spitze, gefolgt von Sachsen-Anhalt (-8,4%) und Thüringen (-8,0%). Die geringsten Rückgänge verzeichneten Baden-Württemberg (-2,5%), Sachsen (-2,3%) und Hessen (-1,4%). Der vergleichsweise geringe Rückgang in Hessen dürfte mit dem doppelten Abiturientenjahrgang zusammenhängen, der in Teilen Hessens 2013

5 Diese Erhebung wird zur Vorbereitung der Berufsbildungsberichterstattung jährlich vom BIBB in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen durchgeführt. Ausführliche Ergebnisse aus der BIBB-Erhebung zum 30. September 2013 stehen unter www.bibb.de/de/65706.htm zur Verfügung. Für weitere Informationen zur Erhebung siehe www.bibb.de/dokumente/pdf/naa309_BIBB-Erhebung_Zusammenfassung_201103.pdf.

Aus Datenschutzgründen werden alle Absolutwerte auf ein Vielfaches von 3 gerundet dargestellt. Daraus können sich Abweichungen bei der Bildung von Summen aus Einzelwerten in Bezug auf Gesamtsummen sowie Differenzen bei Tabellendarstellungen ergeben.

entlassen wurde. Dies führte dort – entgegen des bundesweiten demografischen Abwärtstrends – zu einem Aufwuchs bei den institutionell erfassten Ausbildungsinteressierten. Auch in Nordrhein-Westfalen waren 2013 angesichts doppelter Abiturientenjahrgänge mehr institutionell erfasste Ausbildungsinteressierte als im Vorjahr zu verzeichnen. Dennoch sank die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge hier um 3,2% (vgl. Ulrich u. a. 2013, S. 36).

Die Umstellung auf achtjährige Gymnasien (G8) ist nun weitgehend abgeschlossen, lediglich in Teilen von Hessen wird es 2014 und in Schleswig-Holstein 2016 noch doppelte Abiturientenjahrgänge geben (vgl. Kultusministerkonferenz 2011).

E Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (kurz: Neuabschlüsse)

Bei der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September (kurz: BIBB-Erhebung zum 30. September) sind Neuabschlüsse definiert als die in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder Handwerksordnung (HwO) eingetragenen Berufsausbildungsverträge, die zwischen dem 1. Oktober des Vorjahres und dem 30. September des laufenden Jahres neu abgeschlossen und nicht vorzeitig wieder gelöst wurden. Entscheidend für die Zählung eines Neuabschlusses ist das Datum des Vertragsabschlusses, welches gemäß § 34 BBiG Absatz 2 Ziffer 5 in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse aufgenommen wird und damit von den zuständigen Stellen als Selektionskriterium herangezogen werden kann.

Die Neuabschlüsse werden geschlechtsspezifisch differenziert für Einzelberufe auf der Ebene der Arbeitsagenturbezirke erhoben und in den regionalen Gliederungen Bund, Ost, West, Länder und Arbeitsagenturbezirke ausgewiesen. Lediglich die Ausbildungsverträge für Menschen mit Behinderungen (Ausbildungen nach § 66 BBiG und § 42m HwO, **E** s. u.) werden für die Bereiche Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst und Hauswirtschaft in der Sammelgruppe „Behindertenberufe“ abgebildet.

Anschlussverträge werden gesondert erfasst (**E** s. u.). Sie werden im Gegensatz zur Erhebung zum 31. Dezember für die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (kurz: Erhebung zum 31. Dezember)

Tabelle A1.2-1: Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Ländern von 1995 bis 2013

	Ergebnisse im Zählzeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September																			2013 zu 2012	
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	absolut	in %
	Baden-Württemberg	69.036	68.730	70.197	73.818	76.332	77.289	77.067	72.582	70.803	73.278	71.853	73.992	81.216	82.185	74.811	74.550	78.813	76.317	74.391	-1.926
Bayern	89.346	90.132	91.989	97.059	96.801	98.295	101.223	95.316	91.926	93.396	90.219	93.006	102.204	102.987	93.564	94.326	97.746	95.310	92.028	-3.282	-3,4
Berlin	19.563	21.474	19.449	22.638	23.721	23.085	21.690	20.193	19.152	20.535	19.638	20.799	21.561	21.021	19.485	19.173	18.396	17.973	16.785	-1.191	-6,6
Brandenburg	20.223	21.606	19.629	21.399	21.369	19.896	18.825	18.576	18.492	17.919	16.416	19.572	18.489	17.721	15.066	13.623	12.120	11.370	10.551	-819	-7,2
Bremen	5.592	5.481	5.685	5.631	6.012	6.147	5.982	5.535	5.304	5.757	5.643	5.901	6.291	6.489	6.132	5.979	6.219	6.144	5.955	-186	-3,0
Hamburg	11.277	11.529	11.850	12.081	12.549	12.579	13.029	12.216	11.913	12.471	12.405	13.209	14.232	14.862	13.497	14.382	14.412	14.148	13.530	-618	-4,4
Hessen	38.658	38.736	39.435	41.214	42.606	42.075	42.147	38.361	37.812	38.727	37.662	39.426	43.377	42.666	39.453	40.233	41.166	40.245	39.660	-582	-1,4
Mecklenburg-Vorpommern	18.267	18.978	19.038	19.293	19.146	18.339	17.622	16.722	16.665	16.026	15.783	15.306	16.086	14.340	11.826	9.879	8.910	8.325	7.968	-357	-4,3
Niedersachsen	53.784	54.378	56.268	57.942	59.382	57.927	56.673	53.364	52.059	53.826	51.531	54.276	58.809	59.880	57.396	58.317	60.846	58.236	56.382	-1.854	-3,2
Nordrhein-Westfalen	115.395	112.557	117.366	122.589	128.436	128.640	126.069	115.512	111.045	115.986	111.189	115.671	132.033	131.901	121.503	122.310	126.552	124.017	120.084	-3.933	-3,2
Rheinland-Pfalz	26.436	27.081	28.347	29.808	30.693	30.810	29.943	27.513	26.937	27.921	26.445	28.038	31.845	30.696	28.851	28.494	28.971	28.407	27.102	-1.305	-4,6
Saarland	7.071	7.209	7.605	8.487	9.033	9.252	8.838	8.355	8.178	8.202	8.178	8.358	8.919	8.892	8.790	8.472	8.613	8.379	7.407	-972	-11,6
Sachsen	35.697	38.022	36.753	35.919	38.145	34.749	33.363	31.125	30.666	30.615	28.863	31.464	32.007	27.117	23.817	22.248	20.511	18.309	17.889	-417	-2,3
Sachsen-Anhalt	22.407	20.124	23.787	23.145	23.331	21.459	21.768	19.257	19.134	20.328	17.748	17.904	19.110	17.364	14.937	14.319	12.885	11.823	10.830	-993	-8,4
Schleswig-Holstein	19.485	18.813	19.581	20.103	20.370	20.067	19.212	18.672	18.768	19.314	19.035	20.340	21.858	22.044	21.315	21.231	21.546	21.156	19.932	-1.224	-5,8
Thüringen	20.535	19.473	20.541	21.402	23.091	21.084	20.790	19.026	18.780	18.684	17.571	18.894	17.847	16.176	13.869	12.420	11.676	11.103	10.221	-882	-8,0
Westdeutschland	436.083	434.649	448.323	468.732	482.214	483.081	480.183	447.426	434.748	448.875	434.163	452.214	500.787	502.605	465.309	468.297	484.884	472.353	456.471	-15.885	-3,4
Ostdeutschland	136.692	139.680	139.194	143.796	148.803	138.612	134.055	124.896	122.886	124.104	116.019	123.939	125.097	113.739	98.997	91.662	84.495	78.903	74.244	-4.659	-5,9
Deutschland	572.775	574.326	587.517	612.528	631.014	621.693	614.238	572.322	557.634	572.979	550.179	576.153	625.884	616.341	564.306	559.959	569.379	551.259	530.715	-20.544	-3,7

Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September

nicht zur Gesamtsumme der Neuabschlüsse hinzugerechnet. Dennoch gilt auch hier zu beachten, dass nicht alle Auszubildenden mit Neuabschluss Ausbildungsanfänger im dualen System sind; Ausbildungsverträge werden auch nach vorzeitigen Vertragslösungen oder im Falle von Zweitausbildungen innerhalb des dualen Systems neu abgeschlossen (vgl. Kapitel A4.3).

Aufgrund der o. g. und weiterer konzeptioneller Unterschiede stimmen die Definitionen der Neuabschlüsse im Rahmen der BIBB-Erhebung zum 30. September und der Erhebung zum 31. Dezember nicht überein (vgl. Kapitel A4.3; vgl. auch Uhly u. a. 2009).

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen

Bei der Entwicklung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge waren in nahezu allen Zuständigkeitsbereichen **E** im Vergleich zu 2012 Rückgänge zu verzeichnen. Lediglich bei den Berufen des öffentlichen Dienstes war insgesamt ein leichtes Plus festzustellen (+0,9 % bzw. +105 Verträge). Der stärkste prozentuale Rückgang erfolgte im Bereich Seeschifffahrt (-13,7 % bzw. -24 Verträge), gefolgt von der Hauswirtschaft (-7,5 % bzw. -207 Verträge). Im Bereich Industrie und Handel wurden 14.082 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge weniger registriert (-4,2 %), und das Handwerk hat einen Rückgang von 3,5 % (-5.190 Verträge) zu verzeichnen. Bei den freien Berufen beträgt der Rückgang 2,4 % (-1.044 Verträge), und in der Landwirtschaft liegt er bei 0,8 % (-102 Verträge) → **Tabelle A1.2-2**. Die Entwicklungen seit 1997 gehen aus → **Tabelle A1.2-3** hervor.

E Zuordnung der Ausbildungsverträge zu den Zuständigkeitsbereichen

Maßgeblich für die Zuordnung der Ausbildungsverträge zu den Bereichen ist i. d. R. die Art des Ausbildungsberufes und nicht der Ausbildungsbetrieb. So werden bspw. die Verträge der Auszubildenden, die im öffentlichen Dienst in Berufen der gewerblichen Wirtschaft ihre Ausbildung absolvieren, den Bereichen Industrie und Handel bzw. Handwerk (je nach zuständiger Stelle) zugeordnet. Ausnahmen bestehen für Auszubildende, die in einem Handwerksbetrieb in einem Beruf des Bereichs Industrie und Handel ausgebildet

werden (Industrieberuf im Handwerk); bei der Aggregation der Ausbildungsverträge für die Bereiche sind diese dem Handwerk zugeordnet. Gleiches gilt für Handwerksberufe, die in Betrieben von Industrie und Handel ausgebildet werden (Handwerksberuf in der Industrie). In der Aggregation sind diese Ausbildungsverträge dem Bereich Industrie und Handel zugerechnet.

Die Rede ist deshalb von „Zuständigkeitsbereichen“ und nicht von „Ausbildungsbereichen“, weil die tatsächliche Ausbildungsleistung in einzelnen Bereichen nicht mit den Zählergebnissen nach Zuständigkeiten übereinstimmen muss. So sind z. B. in einigen Ländern die Industrie- und Handelskammern auch die zuständige Stelle für den Ausbildungsbereich Hauswirtschaft oder für einzelne Berufe des öffentlichen Dienstes, und eine klare Aufteilung nach Ausbildungsbereichen ist nicht immer möglich. Zudem fallen Ausbildungsverträge, die der öffentliche Dienst oder die freien Berufe in den Ausbildungsberufen von Industrie und Handel oder Handwerk abschließen, nicht in ihren eigenen Zuständigkeitsbereich, sondern werden Industrie und Handel oder Handwerk zugerechnet.

Während in der BIBB-Erhebung zum 30. September das Betriebsmerkmal „Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst“ nicht erfasst wird, geschieht dies bei der Erhebung zum 31. Dezember für die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Dies ermöglicht eine genauere Ermittlung der Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes (vgl. Kapitel A4.2.1).

Im größten Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel wurden 2013 60,0 % aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge registriert (318.540 Verträge). Auf das Handwerk – als zweitgrößten Zuständigkeitsbereich – entfällt mit 26,8 % nahezu ein Viertel aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (142.137 Verträge). Bei den zuständigen Stellen der freien Berufe (Ärzte-, Zahnärzte-, Tierärzte-, Apotheker-, Steuerberater-, Anwalts- und Notarkammern) wurden 7,9 % (42.051 Verträge), im Bereich Landwirtschaft 2,5 % (13.158 Verträge) und im Bereich des öffentlichen Dienstes 2,3 % (12.114 Verträge) aller Neuabschlüsse verbucht. Auf den Bereich Hauswirtschaft entfielen 0,5 % aller Verträge (2.559), wobei hier im Vergleich zu den übrigen Bereichen mit 60,4 % mit Abstand der höchste Anteil von Verträgen nach § 66 BBiG (Ausbildungsregelungen der

Tabelle A1.2-2: Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2013 und Veränderung gegenüber 2012 nach Ländern und Zuständigkeitsbereichen¹

	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge																											
	Davon im Zuständigkeitsbereich:																											
	Insgesamt		Industrie und Handel		Handwerk		Öffentlicher Dienst		Landwirtschaft		Freie Berufe		Hauswirtschaft		Seeschifffahrt													
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %												
Baden-Württemberg	74.391	-1.926	-2,5	45.198	-1.887	-4,0	19.938	-111	-0,6	1.887	-30	-1,5	1.512	21	1,3	5.445	102	1,9	408	-21	-4,7	—	—	—	—			
Bayern	92.028	-3.282	-3,4	54.129	-1.824	-3,3	26.442	-900	-3,3	1.401	-93	-6,3	2.076	-15	-0,7	7.653	-447	-5,5	330	-3	-0,6	—	—	—	—	—		
Berlin	16.785	-1.191	-6,6	9.990	-1.062	-9,6	3.948	-165	-4,0	732	75	11,6	240	-30	-11,1	1.806	9	0,6	69	-18	-20,0	—	—	—	—	—		
Brandenburg	10.551	-819	-7,2	6.480	-555	-7,9	2.571	-174	-6,3	390	33	9,5	492	-24	-4,8	537	-66	-10,8	78	-33	-30,1	—	—	—	—	—		
Bremen	5.955	-186	-3,0	3.960	-198	-4,8	1.266	18	1,4	117	6	6,4	84	27	48,2	462	-33	-6,7	54	0	0,0	12	-9	-38,1	—	—		
Hamburg	13.550	-618	-4,4	9.495	-411	-4,1	2.460	-222	-8,3	198	51	34,0	123	-36	-22,2	1.140	12	1,1	45	-9	-15,1	69	-3	-2,8	—	—		
Hessen	39.660	-582	-1,4	24.654	-216	-0,9	10.170	-261	-2,5	1.032	-36	-3,5	741	6	0,7	3.024	-111	-3,5	36	36	—	—	—	—	—	—	—	
Mecklenburg-Vorpommern	7.968	-357	-4,3	5.010	-234	-4,5	1.800	-120	-6,2	237	-24	-8,8	348	-48	-11,9	468	48	11,1	93	18	22,1	6	3	75,0	—	—	—	
Niedersachsen	56.382	-1.854	-3,2	30.855	-1.281	-4,0	17.070	-696	-3,9	1.287	57	4,5	2.022	-6	-0,2	4.725	51	1,1	372	36	11,0	51	-15	-23,5	—	—	—	
Nordrhein-Westfalen	120.084	-3.933	-3,2	74.208	-2.310	-3,0	30.012	-1.098	-3,5	2.622	153	6,2	2.259	-120	-5,0	10.593	-390	-3,5	390	-171	-30,6	—	—	—	—	—	—	
Rheinland-Pfalz	27.102	-1.305	-4,6	15.297	-855	-5,3	8.115	-384	-4,5	549	-9	-1,6	717	12	1,7	2.214	-54	-2,3	210	-15	-6,6	—	—	—	—	—	—	
Saarland	7.407	-972	-11,6	4.395	-636	-12,7	2.196	-249	-10,1	84	-45	-35,7	159	-27	-14,0	507	-21	-3,8	66	6	8,3	—	—	—	—	—	—	
Sachsen	17.889	-417	-2,3	11.013	-837	-7,1	4.548	288	6,7	561	-24	-4,3	726	96	15,2	939	30	3,3	105	33	43,8	—	—	—	—	—	—	
Sachsen-Anhalt	10.830	-993	-8,4	6.786	-621	-8,4	2.787	-243	-8,0	315	-24	-7,4	438	-9	-2,2	405	-78	-16,0	102	-18	-15,0	—	—	—	—	—	—	
Schleswig-Holstein	19.932	-1.224	-5,8	10.416	-783	-7,0	6.450	-393	-5,7	441	0	-0,2	840	72	9,4	1.707	-87	-4,9	63	-27	-30,4	15	-3	-11,8	—	—	—	
Thüringen	10.221	-882	-8,0	6.654	-363	-5,2	2.361	-480	-16,9	264	18	6,9	381	-21	-5,4	426	-15	-3,6	132	-21	-13,1	—	—	—	—	—	—	
Westdeutschland	456.471	-15.885	-3,4	272.610	-10.407	-3,7	124.122	-4.296	-3,3	9.615	51	0,5	10.550	-63	-0,6	37.467	-972	-2,5	1.977	-165	-7,7	150	-27	-15,7	—	—	—	—
Ostdeutschland	74.244	-4.659	-5,9	45.930	-3.675	-7,4	18.015	-894	-4,7	2.499	54	2,2	2.628	-39	-1,4	4.581	-72	-1,5	582	-39	-6,4	6	3	75,0	—	—	—	—
Deutschland	530.715	-20.544	-3,7	318.540	-14.082	-4,2	142.137	-5.190	-3,5	12.114	105	0,9	13.158	-102	-0,8	42.051	-1.044	-2,4	2.559	-207	-7,5	156	-24	-13,7	—	—	—	—

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Ausbildungsverträge zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. [E in Kapitel A1.2](#)). Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2013

Tabelle A1.2-3: Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen¹ von 1997 bis 2013 in Deutschland

Ergebnisse im Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September													2013 zu 2012						
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	absolut	in %
Deutschland																			
Industrie und Handel	286.239	311.664	333.552	334.419	337.221	311.364	308.565	322.758	316.164	336.936	367.485	369.195	333.405	331.044	342.783	332.622	318.540	-14.082	-4,2
Handwerk	211.572	212.382	210.549	199.482	188.463	173.889	165.783	168.291	157.026	162.603	179.697	170.070	155.583	155.178	154.506	147.327	142.137	-5.190	-3,5
Öffentlicher Dienst ^{2,3}	16.521	15.198	14.940	15.576	15.381	14.814	13.821	15.129	14.172	14.082	13.413	13.227	13.725	13.554	12.402	12.009	12.114	105	0,9
Landwirtschaft	15.504	15.762	15.654	14.736	13.695	13.992	15.009	15.192	14.784	15.813	15.903	15.327	14.646	13.923	13.482	13.260	13.158	-102	-0,8
Freie Berufe ²	53.076	51.861	51.042	52.494	54.318	53.253	49.407	46.539	43.617	42.111	44.556	43.947	42.675	42.441	42.612	43.095	42.051	-1.044	-2,4
Hauswirtschaft ²	4.461	5.505	5.118	4.848	5.025	4.830	4.899	4.875	4.119	4.320	4.473	4.272	3.996	3.582	3.345	2.763	2.559	-207	-7,5
Seeschifffahrt	147	156	159	141	135	183	147	195	297	288	360	306	279	240	249	183	156	-24	-13,7
Insgesamt	587.517	612.528	631.014	621.693	614.238	572.322	557.634	572.979	550.179	576.153	625.884	616.341	564.306	559.959	569.379	551.259	530.715	-20.544	-3,7
Westdeutschland																			
Industrie und Handel	216.720	234.867	250.545	255.996	258.693	237.339	234.093	246.837	244.095	259.002	289.371	296.934	271.026	273.903	289.428	283.017	272.610	-10.407	-3,7
Handwerk	159.756	163.245	162.036	156.483	150.024	139.476	133.536	135.936	127.680	131.661	147.561	142.482	131.841	132.723	134.226	128.418	124.122	-4.296	-3,3
Öffentlicher Dienst ^{2,3}	12.351	11.484	11.487	11.709	11.520	11.214	10.605	11.433	10.950	10.764	10.146	10.149	10.563	10.698	9.891	9.564	9.615	51	0,5
Landwirtschaft	11.037	11.049	10.719	10.176	9.222	9.492	10.062	10.395	10.095	10.974	11.358	11.172	11.133	10.668	10.749	10.593	10.530	-63	-0,6
Freie Berufe ²	44.985	44.229	43.881	45.183	47.172	46.467	43.128	40.668	38.376	36.771	39.018	38.679	37.536	37.419	37.863	38.442	37.467	-972	-2,5
Hauswirtschaft ²	3.333	3.714	3.405	3.405	3.420	3.288	3.189	3.423	2.685	2.775	3.006	2.895	2.943	2.661	2.493	2.142	1.977	-165	-7,7
Seeschifffahrt	141	141	141	126	132	150	138	186	279	270	327	294	267	225	231	177	150	-27	-15,7
Insgesamt	448.323	468.732	482.214	483.081	480.183	447.426	434.748	448.875	434.163	452.214	500.787	502.605	465.309	468.297	484.884	472.353	456.471	-15.885	-3,4
Ostdeutschland																			
Industrie und Handel	69.519	76.794	83.007	78.420	78.528	74.025	74.472	75.924	72.069	77.934	78.111	72.261	62.379	57.138	53.355	49.605	45.930	-3.675	-7,4
Handwerk	51.816	49.137	48.513	42.999	38.439	34.410	32.247	32.355	29.346	30.945	32.136	27.588	23.739	22.455	20.283	18.909	18.015	-894	-4,7
Öffentlicher Dienst ^{2,3}	4.167	3.714	3.453	3.867	3.858	3.600	3.216	3.699	3.219	3.318	3.267	3.078	3.162	2.859	2.511	2.445	2.499	54	2,2
Landwirtschaft	4.467	4.713	4.935	4.557	4.473	4.500	4.950	4.797	4.689	4.839	4.545	4.155	3.513	3.255	2.733	2.667	2.628	-39	-1,4
Freie Berufe ²	8.088	7.635	7.164	7.311	7.146	6.786	6.282	5.868	5.241	5.340	5.538	5.268	5.139	5.022	4.749	4.653	4.581	-72	-1,5
Hauswirtschaft ²	1.128	1.791	1.713	1.443	1.608	1.542	1.710	1.452	1.434	1.545	1.467	1.374	1.056	921	852	621	582	-39	-6,4
Seeschifffahrt	9	15	18	12	3	33	9	12	18	21	30	12	12	15	15	3	6	3	75,0
Insgesamt	139.194	143.796	148.803	138.612	134.055	124.896	122.886	124.104	116.019	123.939	125.097	113.739	98.997	91.662	84.495	78.903	74.244	-4.659	-5,9

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Ausbildungsverträge zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. [E in Kapitel A1.2](#)).

² Ohne jene neuen Ausbildungsverträge, für die andere Stellen (Kammern) zuständig sind.

³ Ohne Laufbahnausbildung im Beamtenverhältnis.

Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Erhebung zum 30. September

zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderungen) zu verzeichnen ist → **Tabelle A1.2-4**. Auch der Anteil von überwiegend öffentlich finanzierten (außerbetrieblichen) Ausbildungen fällt im Bereich der Hauswirtschaft mit 55,2 % weit überdurchschnittlich aus. Im Vorjahr lag dieser Anteil allerdings noch bei 62,6 %, was den Abbau überwiegend öffentlich finanzierter Ausbildungen aufzeigt, von dem der Zuständigkeitsbereich Hauswirtschaft besonders betroffen ist. Auf den Bereich der Seeschifffahrt entfielen 156 Verträge. Über das „Maritime Bündnis“ werden weiterhin Anstrengungen unternommen, um das Engagement für die Ausbildung in der Seeschifffahrt zu stärken (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2013).

Zur Entwicklung des Gesamtbestandes der Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen vgl. **Kapitel A4.2.1**.

Geschlechtsspezifische Differenzierungen

Es wurden mehr neue Ausbildungsverträge mit Männern als mit Frauen abgeschlossen, wobei im Vergleich zum Vorjahr nur eine geringfügige Veränderung der Geschlechteranteile zu beobachten ist. 2012 wurden 59,3 % der Ausbildungsverträge mit Männern abgeschlossen, 2013 waren es 59,5 % (Frauen 2012: 40,7 % und 2013: 40,5 %) → **Tabelle A1.2-4**. Während der Frauenanteil in den Stadtstaaten Berlin (45,9 %), Hamburg (44,6 %) und Bremen (44,1 %) besonders hoch liegt, fällt er insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern Brandenburg (37,0 %), Thüringen (36,7 %) und Sachsen-Anhalt (36,6 %) unterdurchschnittlich aus.

Überwiegend von Männern abgeschlossene Ausbildungsverträge finden sich in den Zuständigkeitsbereichen Handwerk (75,6 %), Landwirtschaft (76,7 %) und Seeschifffahrt (94,3 %). Auch im Bereich Industrie und Handel wurden mehr Verträge mit Männern als mit Frauen neu abgeschlossen (60 %). Frauen stellen hingegen im öffentlichen Dienst den größeren Anteil (65,1 %). Noch deutlicher werden die Zuständigkeitsbereiche freie Berufe (93,5 %) und Hauswirtschaft (91,2 %) von den Frauen dominiert.

Ausbildungsverträge mit verkürzter Ausbildungsdauer

Der Anteil der Ausbildungsverträge mit bei Vertragsabschluss feststehender verkürzter Ausbildungsdauer **E** bleibt nahezu konstant bei 16 % (2012: 15,9 %) → **Tabelle A1.2-4**. Im Bereich Landwirtschaft (29,1 %) und im Handwerk (23,1 %) werden überdurchschnittlich häufig Ausbildungsverträge mit verkürzter Ausbildungsdauer geschlossen. Alle anderen Bereiche liegen hingegen unter dem bundesdeutschen Durchschnittswert, wobei die Anteile in den freien Berufen (8,0 %), dem öffentlichen Dienst (6,3 %) und der Seeschifffahrt (0,6 %) besonders niedrig ausfallen. Zur Verkürzung der Ausbildungsdauer nach Ergebnissen der Erhebung zum 31. Dezember vgl. **Kapitel A4.3**.



Verkürzung der Ausbildungsdauer

Eine Verkürzung der Ausbildungsdauer ist bei Anrechnung oder Anerkennung bestimmter (Aus-)Bildungsabschlüsse (z. B. Berufsgrundbildungsjahr, Besuch einer Berufsfachschule, mittlere oder höhere Bildungsabschlüsse) möglich (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2008). Bei der BIBB-Erhebung zum 30. September werden als verkürzte Verträge nur diejenigen berücksichtigt, bei denen die Verkürzung der Ausbildungsdauer mindestens 6 Monate beträgt und bereits bei Vertragsabschluss feststeht. Auch Verträge von Jugendlichen, die ihren Ausbildungsbetrieb (in Verbindung mit einem neuen Vertrag) während der Ausbildung wechseln (z. B. durch Konkurs), zählen als verkürzte Verträge.

Tabelle A1.2-4: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2013 nach strukturellen Merkmalen (Teil 1)

	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Alte Länder	Neue Länder und Berlin	Bundesgebiet
Alle Bereiche	Neue Ausbildungsverträge	92.028	16.785	10.551	5.955	13.530	39.660	7.968	56.382	120.084	27.102	7.407	17.889	10.830	19.932	10.221	456.471	74.244	530.715
	mit weiblichen Auszubildenden	38.124	7.698	3.900	2.628	6.036	16.011	3.153	22.464	48.036	10.647	3.024	6.855	3.966	8.160	3.747	185.481	29.319	214.800
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BfG/ § 42m HwO	15.876	3.024	1.146	621	1.596	5.097	888	10.185	17.841	4.410	1.569	1.482	1.065	2.520	945	76.581	8.529	85.107
Industrie und Handel	überwiegend öffentlich finanziert	5.400	1.242	1.080	450	1.275	3.240	1.026	4.611	11.385	2.562	588	1.881	1.482	1.926	1.434	38.202	8.142	46.344
	Neue Ausbildungsverträge	1.401	273	591	171	54	513	387	852	1.611	360	141	765	435	510	405	6.600	2.856	9.453
	mit weiblichen Auszubildenden	2.178	1.434	1.005	333	648	1.827	801	1.974	3.252	1.248	459	1.566	1.194	651	840	14.841	6.840	21.678
Handwerk	überwiegend öffentlich finanziert	45.198	9.990	6.480	3.960	9.495	24.654	5.010	30.855	74.208	15.297	4.395	11.013	6.786	10.416	6.654	272.610	45.930	318.540
	Neue Ausbildungsverträge	17.841	4.197	2.391	1.632	4.101	9.933	2.013	12.558	28.974	5.916	1.839	4.062	2.604	4.446	2.427	109.779	17.694	127.470
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBfG	6.510	2.088	732	384	921	2.649	600	4.185	12.183	2.436	981	822	639	1.041	552	38.472	5.436	43.908
Öffentlicher Dienst	überwiegend öffentlich finanziert	5.181	1.146	930	405	1.233	2.970	936	4.167	10.542	2.349	555	1.707	1.317	1.704	1.287	35.400	7.326	42.726
	Neue Ausbildungsverträge	450	132	321	90	6	336	207	222	894	93	66	390	42	285	210	2.793	1.302	4.092
	mit weiblichen Auszubildenden	1.194	825	636	165	345	957	606	900	1.218	546	240	1.170	534	327	540	6.795	4.311	11.106
Handwerk	überwiegend öffentlich finanziert	19.938	3.948	2.571	1.266	2.460	10.170	1.800	17.070	30.012	8.115	2.196	4.548	2.787	6.450	2.361	124.122	18.015	142.137
	Neue Ausbildungsverträge	5.151	1.260	564	408	675	2.322	444	3.996	6.792	1.950	549	1.260	627	1.599	540	30.003	4.692	34.695
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 42m HwO	8.958	612	339	183	459	1.977	186	4.671	4.554	1.635	486	498	351	1.134	291	30.624	2.277	32.901
Öffentlicher Dienst	überwiegend öffentlich finanziert	2.19	96	150	42	42	270	90	444	843	213	33	171	165	222	147	2.802	819	3.618
	Neue Ausbildungsverträge	579	36	84	42	21	102	108	279	378	102	6	156	225	84	63	1.842	672	2.514
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBfG	708	486	183	126	252	744	153	684	1.794	492	120	180	471	276	138	6.315	1.608	7.926
Öffentlicher Dienst	überwiegend öffentlich finanziert	1.887	732	390	117	198	1.032	237	1.287	2.622	549	84	561	315	441	264	9.615	2.499	12.114
	Neue Ausbildungsverträge	1.386	489	249	84	138	696	141	738	1.638	333	51	363	189	273	171	6.288	1.602	7.890
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBfG	441	6	9	12	21	81	0	21	51	3	3	3	6	3	27	714	48	765
Öffentlicher Dienst	überwiegend öffentlich finanziert	-	-	-	-	-	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0	0	0
	Neue Ausbildungsverträge	-	-	-	-	-	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0	0	0
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBfG	0	0	0	0	0	3	0	18	3	3	0	0	0	0	0	24	0	24

Tabelle A1.2-4: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2013 nach strukturellen Merkmalen (Teil 1 – Fortsetzung)

	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Alte Länder	Neue Länder und Berlin	Bundesgebiet
Landwirtschaft	Neue Ausbildungsverträge	1.512	2.076	240	492	84	123	741	348	2.022	2.259	159	726	438	840	381	10.530	2.628	13.158
	mit weiblichen Auszubildenden	375	486	48	153	21	27	177	57	453	408	48	222	105	222	105	2.376	690	3.066
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBIG	504	1.074	24	33	18	24	171	75	876	363	33	120	54	216	51	3.480	354	3.834
	überwiegend öffentlich finanziert	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	0	0
		156	174	36	108	–	–	51	9	159	183	66	42	129	69	36	912	390	1.302
Freie Berufe	Neue Ausbildungsverträge	5.445	7.653	1.806	537	462	1.140	3.024	468	4.725	10.593	507	939	405	1.707	426	37.467	4.581	42.051
	mit weiblichen Auszubildenden	5.208	7.290	1.650	477	432	1.053	2.844	420	4.377	9.864	474	846	357	1.563	387	35.202	4.137	39.336
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBIG	426	876	291	33	24	162	216	12	336	672	57	9	12	123	12	3.009	369	3.378
	überwiegend öffentlich finanziert	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	0	0
		12	18	0	0	0	3	33	6	39	6	3	3	0	0	0	117	6	123
Hauswirtschaft	Neue Ausbildungsverträge	408	330	69	78	54	45	36	93	372	390	66	105	102	63	132	1.977	582	2.559
	mit weiblichen Auszubildenden	393	306	57	66	48	39	36	81	336	360	60	99	84	54	117	1.830	504	2.331
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBIG	30	96	3	3	0	6	3	15	96	18	9	6	6	3	9	279	42	321
	überwiegend öffentlich finanziert	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	0	0
		216	213	69	78	36	27	27	66	189	156	99	30	87	63	96	1.053	492	1.545
Seeschifffahrt	Neue Ausbildungsverträge	–	–	–	–	12	69	–	6	51	–	–	–	–	15	–	150	6	156
	mit weiblichen Auszubildenden	–	–	–	–	0	3	–	0	3	–	–	–	–	0	–	9	0	9
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBIG	–	–	–	–	0	0	–	0	0	–	–	–	–	0	–	0	0	0
	überwiegend öffentlich finanziert	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	0	0
		–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2013 – Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Tabelle A1.2-4: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2013 nach strukturellen Merkmalen (Anteil in %) (Teil 2)

	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Alte Länder	Neue Länder und Berlin	Bundesgebiet	
Alle Bereiche	Neue Ausbildungsverträge	74.391	92.028	16.785	10.551	5.955	13.530	39.660	7.968	56.382	120.084	27.102	7.407	17.889	10.830	19.932	10.221	456.471	74.244	530.715
	mit weiblichen Auszubildenden	40,8%	41,4%	45,9%	37,0%	44,1%	44,6%	40,4%	39,6%	39,8%	40,0%	39,3%	40,8%	38,3%	36,6%	40,9%	36,7%	40,6%	39,5%	40,5%
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBG/§ 42m HwO	22,7%	17,3%	18,0%	10,9%	10,4%	11,8%	12,8%	11,1%	18,1%	14,9%	16,3%	21,2%	8,2%	9,8%	12,6%	9,2%	16,8%	11,5%	16,0%
	überwiegend öffentlich finanziert	1,9%	1,1%	1,6%	5,6%	2,9%	0,4%	1,3%	4,9%	1,5%	1,3%	1,3%	1,9%	4,3%	4,0%	2,6%	4,0%	1,4%	3,8%	1,8%
Industrie und Handel	Neue Ausbildungsverträge	45.198	54.129	9.990	6.480	3.960	9.495	24.654	5.010	30.855	74.208	15.297	4.395	11.013	6.786	10.416	6.654	272.610	45.930	318.540
	mit weiblichen Auszubildenden	39,5%	41,6%	42,0%	36,9%	41,2%	43,2%	40,3%	40,2%	40,7%	39,0%	38,7%	41,9%	36,9%	38,4%	42,7%	36,5%	40,3%	38,5%	40,0%
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBG	14,4%	13,3%	20,9%	11,3%	9,7%	10,7%	12,1%	12,0%	13,6%	16,4%	15,9%	22,3%	7,5%	9,4%	10,0%	8,3%	14,1%	11,8%	13,8%
	überwiegend öffentlich finanziert	11,5%	11,6%	11,5%	14,4%	10,2%	13,0%	12,1%	18,7%	13,5%	14,2%	15,3%	12,7%	15,5%	19,4%	16,4%	19,3%	13,0%	15,9%	13,4%
Handwerk	Neue Ausbildungsverträge	19.938	26.442	3.948	2.571	1.266	2.460	10.170	1.800	17.070	30.012	8.115	2.196	4.548	2.787	6.450	2.361	124.122	18.015	142.137
	mit weiblichen Auszubildenden	25,8%	24,8%	31,9%	21,9%	32,2%	27,4%	22,8%	24,7%	23,4%	22,6%	24,0%	25,0%	27,7%	22,5%	24,8%	22,9%	24,2%	26,0%	24,4%
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 42m HwO	44,9%	24,8%	15,5%	13,2%	14,5%	18,7%	19,4%	10,4%	27,4%	15,2%	20,2%	22,1%	10,9%	12,6%	17,6%	12,4%	24,7%	12,6%	23,1%
	überwiegend öffentlich finanziert	1,1%	1,8%	2,4%	5,8%	3,4%	1,7%	2,7%	5,0%	2,6%	2,8%	2,6%	1,5%	3,8%	5,9%	3,4%	6,3%	2,3%	4,5%	2,5%
Öffentlicher Dienst	Neue Ausbildungsverträge	1.887	1.401	732	390	117	198	1.032	237	1.287	2.622	549	84	561	315	441	264	9.615	2.499	12.114
	mit weiblichen Auszubildenden	73,5%	67,7%	66,9%	63,4%	71,6%	70,1%	67,3%	59,2%	57,4%	62,5%	60,8%	62,7%	65,0%	60,3%	61,9%	64,5%	65,4%	64,1%	65,1%
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBG	23,4%	5,9%	0,8%	2,6%	9,5%	11,2%	7,8%	0,0%	1,6%	1,9%	0,7%	2,4%	0,4%	1,6%	0,5%	9,8%	7,4%	2,0%	6,3%
	überwiegend öffentlich finanziert	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,2%	0,0%	1,4%	0,1%	0,4%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,3%	0,0%	0,2%

Tabelle A1.2-4: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2013 nach strukturellen Merkmalen (Anteil in %) (Teil 2 – Fortsetzung)

	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Alte Länder	Neue Länder und Berlin	Bundesgebiet
Landwirtschaft	Neue Ausbildungsverträge	1.512	2.076	240	492	84	123	741	348	2.022	717	159	726	438	840	381	10.530	2.628	13.158
	mit weiblichen Auszubildenden	24,8 %	23,4 %	20,0 %	31,2 %	26,5 %	22,0 %	23,9 %	16,3 %	22,5 %	22,2 %	29,4 %	30,4 %	24,0 %	26,4 %	27,7 %	22,6 %	26,3 %	23,3 %
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBG	33,3 %	51,8 %	9,6 %	6,5 %	20,5 %	20,3 %	23,2 %	21,2 %	43,3 %	16,1 %	20,6 %	16,7 %	12,1 %	25,8 %	13,6 %	33,0 %	13,5 %	29,1 %
	überwiegend öffentlich finanziert	10,3 %	8,4 %	15,0 %	22,1 %	–	–	6,7 %	2,6 %	7,9 %	8,1 %	9,4 %	17,9 %	15,8 %	9,4 %	9,7 %	8,7 %	14,8 %	9,9 %
Freie Berufe	Neue Ausbildungsverträge	5.445	7.653	1.806	537	462	1.140	3.024	468	4.725	2.214	507	939	405	1.707	426	37.467	4.581	42.051
	mit weiblichen Auszubildenden	95,7 %	95,3 %	91,3 %	88,8 %	93,7 %	92,3 %	94,1 %	89,3 %	92,7 %	94,6 %	93,5 %	90,3 %	88,1 %	91,7 %	90,9 %	93,9 %	90,3 %	93,5 %
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBG	7,8 %	11,4 %	16,1 %	6,0 %	5,0 %	14,2 %	7,2 %	2,6 %	7,1 %	5,3 %	11,0 %	1,1 %	3,0 %	7,2 %	2,8 %	8,0 %	8,1 %	8,0 %
	überwiegend öffentlich finanziert	0,2 %	0,2 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,4 %	1,1 %	1,1 %	0,8 %	0,0 %	0,2 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,3 %	0,1 %	0,3 %
Hauswirtschaft	Neue Ausbildungsverträge	408	330	69	78	54	45	36	93	372	210	66	105	102	63	132	1.977	582	2.559
	mit weiblichen Auszubildenden	95,8 %	92,7 %	85,3 %	82,3 %	89,1 %	88,9 %	97,3 %	85,1 %	90,3 %	92,9 %	92,3 %	94,3 %	83,3 %	85,9 %	87,2 %	92,5 %	86,6 %	91,2 %
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBG	7,3 %	29,5 %	5,9 %	2,5 %	1,8 %	13,3 %	5,4 %	16,0 %	25,5 %	4,6 %	13,8 %	5,7 %	4,9 %	6,3 %	6,8 %	14,2 %	7,1 %	12,5 %
	überwiegend öffentlich finanziert	52,6 %	64,4 %	100,0 %	100,0 %	67,3 %	57,8 %	73,0 %	69,1 %	50,8 %	39,7 %	46,9 %	82,9 %	96,1 %	100,0 %	71,4 %	53,3 %	84,7 %	60,4 %
Seeschifffahrt	Neue Ausbildungsverträge	–	–	–	–	12	69	–	6	51	–	–	–	–	15	–	150	6	156
	mit weiblichen Auszubildenden	–	–	–	–	0,0 %	4,3 %	–	14,3 %	7,7 %	–	–	–	–	6,7 %	–	5,3 %	14,3 %	5,7 %
	mit verkürzter Laufzeit in zweijährigen Berufen gemäß § 66 BBG	–	–	–	–	0,0 %	0,0 %	–	0,0 %	1,9 %	–	–	–	–	0,0 %	–	0,7 %	0,0 %	0,6 %
	überwiegend öffentlich finanziert	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0 %	0,0 %	0,0 %

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2013 – Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Berufen mit zweijähriger Ausbildungsdauer

Im Jahr 2013 wurden 46.344 Ausbildungsverträge für Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 18 oder 24 Monaten neu abgeschlossen → **Tabelle A1.2-4**. Damit wird knapp jeder zehnte (8,7 %) neu abgeschlossene Ausbildungsvertrag für Ausbildungsberufe geschlossen, deren Ausbildungsordnung eine zweijährige Ausbildungsdauer vorsieht (kurz: zweijährige Ausbildungsberufe⁶, vgl. **Kapitel A4.4**). In Ostdeutschland (11,0 %) fällt der Anteil – wie in den Vorjahren – deutlich höher aus als in Westdeutschland (8,4 %). Von den Neuabschlüssen in zweijährigen Ausbildungsberufen wurden 12,1 %

überwiegend öffentlich finanziert → **Tabelle A1.2-5**, ein deutlich höherer Anteil als bei den Neuabschlüssen insgesamt (4,1 %, s. u.).

Wie bereits in den vergangenen Jahren ist der Ausbildungsberuf Verkäufer/-in mit 25.872 neu abgeschlossenen Verträgen Spitzenreiter bei den zweijährigen Berufsausbildungen nach BBiG. Damit konzentriert sich mehr als die Hälfte aller neuen Verträge in zweijährigen Berufen auf diesen Beruf (55,8 %). Weitere stark besetzte zweijährige Berufe sind die Ausbildungsberufe Fachlagerist/-in (5.625), Maschinen- und Anlagenführer/-in (3.468), Fachkraft im Gastgewerbe (2.319) und Fachkraft für Kurier-, Express- und Postdienstleistungen (1.461).⁷ Für die Ausbildung zum Kraftfahrzeugservicemechaniker/-in,

Tabelle A1.2-5: **Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen, deren Ausbildungsordnung eine zweijährige Ausbildungsdauer vorsieht¹**

	2012		2013		Entwicklung 2013 zu 2012	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Deutschland						
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge mit zweijähriger Ausbildungsdauer insgesamt	49.773	100,0	46.344	100,0	-3.429	-6,9
betrieblich	43.083	86,6	40.734	87,9	-2.349	-5,5
überwiegend öffentlich finanziert (außerbetrieblich)	6.690	13,4	5.610	12,1	-1.080	-16,1
Westdeutschland						
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge mit zweijähriger Ausbildungsdauer insgesamt	40.539	100,0	38.202	100,0	-2.337	-5,8
betrieblich	36.672	90,5	34.818	91,1	-1.854	-5,1
überwiegend öffentlich finanziert (außerbetrieblich)	3.867	9,5	3.384	8,9	-480	-12,4
Ostdeutschland						
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge mit zweijähriger Ausbildungsdauer insgesamt	9.237	100,0	8.142	100,0	-1.092	-11,8
betrieblich	6.411	69,4	5.916	72,7	-495	-7,7
überwiegend öffentlich finanziert (außerbetrieblich)	2.823	30,6	2.226	27,3	-597	-21,2

¹ Ohne Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO).

Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2012, 2013

6 Die Angaben zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in zweijährigen Ausbildungsberufen beinhalten nicht die Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO). Bei der Anteilsbildung in → **Tabelle A1.2-4** (Teil 2, vierte Zeile) werden diese Angaben auf die Neuabschlüsse in allen dualen Ausbildungsberufen – also inkl. der Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung – bezogen. Die Anteilsbildung weicht von der Berechnungsweise bei der Erhebung zum 31. Dezember ab (vgl. **Kapitel A4.4**).

7 Ergebnisse aus der BIBB-Erhebung zum 30. September 2013 auf Berufsebene stehen unter der URL www.bibb.de/de/65706.htm in verschiedenen regionalen Gliederungen zur Verfügung.

die 2012 mit 1.329 Neuabschlüssen ebenfalls noch zu den stark besetzten zweijährigen Berufen zählte, wurden 2013 nur noch 348 Ausbildungsverträge erfasst (-73,9%). Ursache für diesen starken Rückgang ist, dass die Erprobungsverordnung des Berufs vor dem Hintergrund ungünstiger Evaluationsergebnisse nicht in Dauerrecht überführt wurde (vgl. Bertram/Stöhr/Schild 2011).

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Berufen für Menschen mit Behinderung

Im Erhebungszeitraum 2012/2013 registrierten die zuständigen Stellen 9.453 neue Ausbildungsverträge im Rahmen der Ausbildung von Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO → **Tabelle A1.2-4**.⁸ Bezogen auf das Vorjahr sind das 462 neue Verträge weniger (West: -5,0%; Ost: -3,8%), wobei der bundesweite Anteil unter allen Neuabschlüssen gegenüber dem Vorjahr stabil blieb (2012 und 2013 jeweils 1,8%) (vgl. **Kapitel A4.4**).

Nennenswert größere Anteile ergeben sich für die Berufe für Menschen mit Behinderung in den Zuständigkeitsbereichen Hauswirtschaft (60,4%) und Landwirtschaft (9,9%). In den Bereichen Industrie und Handel (1,3%) und im Handwerk (1,8%) liegen die Werte deutlich niedriger. Im öffentlichen Dienst, in den freien Berufen und in der Seeschifffahrt finden sich keine Neuabschlüsse in Berufen nach § 66 BBiG.

Betriebliche und überwiegend öffentlich finanzierte (außerbetriebliche) Ausbildungsverträge

Nach den Ergebnissen der BIBB-Erhebung zum 30. September 2013 werden bundesweit 21.678 bzw. 4,1% der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge überwiegend öffentlich finanziert **E**. In Ostdeutsch-

land fällt ihr Anteil mit 9,2% deutlich höher aus als in Westdeutschland mit 3,3% → **Tabelle A1.2-4**. Insgesamt setzt sich der Abbau der überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsplätze fort; 2012 waren noch 25.905 entsprechende Verträge zu verzeichnen (4,7% aller Neuabschlüsse). Somit ist ihre Zahl von 2012 auf 2013 um 16,3% gesunken. Hintergrund für diese Entwicklung ist vor allem, dass sich die *betriebliche* Angebots-Nachfrage-Relation in Ostdeutschland seit 2009 deutlich verbessert hat, weshalb die *außerbetrieblichen* Plätze, die überwiegend der Kompensation fehlender betrieblicher Ausbildungsstellen dienen, zunehmend abgebaut wurden (vgl. Ulrich u. a. 2013, S. 7).

E Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungen („außerbetriebliche Ausbildung“)

Als „außerbetriebliche Ausbildung“ wird jene Form der Berufsausbildung bezeichnet, die „überwiegend öffentlich finanziert“ wird und der Versorgung von Jugendlichen mit Marktbenachteiligungen, mit sozialen Benachteiligungen, mit Lernschwächen bzw. mit Behinderungen dient. Außerbetriebliche Ausbildung wird nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II und III) und über Länderprogramme durchgeführt (vgl. **Kapitel A7.1 und D1**). Maßgeblich für die Zurechnung zum außerbetrieblichen Vertragsvolumen ist die Finanzierungsform und nicht der Lernort. Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildung, die in Betrieben stattfindet, zählt demnach zur außerbetrieblichen Ausbildung.

In der BIBB-Erhebung zum 30. September werden aber nur jene überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnisse erfasst, die mit einem Ausbildungsvertrag verbunden sind. Ausschlaggebend für die Zuordnung ist, dass über 50% der Kosten des praktischen Teils im ersten Jahr der Ausbildung durch Zuwendungen der öffentlichen Hand bzw. der Arbeitsverwaltungen getragen werden. Schulische Ausbildungsplätze, die in den außerbetrieblichen Stellenmeldungen der BA enthalten sind, bleiben unberücksichtigt, da die entsprechenden Teilnehmenden nicht den rechtlichen Status eines „Auszubildenden“ haben.

Betriebliche Ausbildungsplätze, die mit einer staatlichen Prämie bezuschusst werden, zählen in der Regel nicht zu den „überwiegend öffentlich finanzierten“ Ausbildungen.

⁸ Menschen mit Behinderung sollen in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen nach BBiG/HwO ausgebildet werden (vgl. § 64 BBiG). Statistische Informationen hierzu werden aus Datenschutzgründen nicht erhoben, sodass nicht ermittelt werden kann, wie häufig dies geschieht. Für den Fall, dass für behinderte Menschen wegen Art und Schwere ihrer Behinderung eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nicht in Betracht kommt, finden die Ausbildungsregelungen der zuständigen Stellen Anwendung (Kammerregelungen nach § 66 BBiG und 42m HwO).

plätzen. Auch die regulären Ausbildungsverhältnisse des öffentlichen Dienstes werden nicht der außerbetrieblichen Ausbildung zugerechnet. Sie sind zwar öffentlich finanziert, richten sich aber nicht an die oben genannten Zielgruppen. Stammen die Ausbildungsverhältnisse des öffentlichen Dienstes aber aus speziellen Programmen (z. B. zur Versorgung marktbenachteiligter Jugendlicher), werden sie ebenfalls zum außerbetrieblichen Vertragsvolumen hinzugerechnet (vgl. **Kapitel A4.3** mit differenzierten Angaben zur Gesamtzahl der überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnisse).

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in neu geordneten Berufen

Im Jahr 2013 wurden 12 Ausbildungsberufe modernisiert (vgl. **Kapitel A4.1.2**), in denen insgesamt 25.848 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden (Ausbildungsverträge, die ggf. noch in den jeweiligen Vorgängerberufen abgeschlossen wurden, sind hier ebenfalls enthalten) → **Tabelle A1.2-6**. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein Rückgang um 1.188 Verträge (-4,4%), der aber nicht unmittelbar mit dem Neuordnungsgeschehen in Verbindung gebracht werden kann. Vielmehr zeigt sich auch bei den modernisierten Berufen der allgemeine Rückgang bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen, der mit -3,7% nur geringfügig niedriger lag. Die Neuabschlusszahlen und prozentualen Veränderungen in den 2013 modernisierten Ausbildungsberufen können im Einzelnen → **Tabelle A1.2-6** entnommen werden.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in neuen Berufen

Zwei Ausbildungsberufe wurden im Jahr 2013 neu geschaffen: die Fachkraft für Metalltechnik (825 Neuabschlüsse) und der Beruf Stanz- und Umformmechaniker/-in (15 Neuabschlüsse). In der Regel braucht es eine gewisse Anlaufzeit, bis sich die Betriebe, Verwaltungen, Praxen und sonstigen Ausbildungseinrichtungen auf die neuen Ausbildungsmöglichkeiten und -modalitäten in neu geschaffenen Ausbildungsberufen eingestellt haben. Häufig kommt es insbesondere im zweiten und dritten Jahr nach der Einführung des neuen Berufs nochmals zu Stei-

gerungen der Vertragszahlen. So startete beispielsweise der 2009 neu geschaffene Beruf Industrieelektriker/-in mit 81 Neuabschlüssen. Bis 2011 hat sich diese Zahl verfünffacht (411 Neuabschlüsse) und bis 2013 sogar versechsfacht (486 Neuabschlüsse). Es finden sich allerdings auch Berufe mit gegenläufigen Entwicklungen. Bei dem im Jahr 2011 neu geschaffenen Beruf Medientechnologe/Medientechnologin in der Druckverarbeitung war zunächst ein deutlicher Anstieg von 267 (2011) auf 324 (2012) Neuabschlüsse zu verzeichnen (+21,3%). Im Jahr 2013 ging die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge dann allerdings um 9,9% auf 291 zurück.

Anschlussverträge

Insgesamt wurden 7.980 Anschlussverträge zum 30. September 2013 gemeldet, was einem Zuwachs von 0,6% entspricht. Der starke Anstieg um 20,2%, der von 2011 auf 2012 zu beobachten war, setzte sich somit nicht fort → **Tabelle A1.2-7**. Anschlussverträge werden bei der Ausbildungsmarktanalyse nicht als neu abgeschlossene Ausbildungsverträge berücksichtigt, da die Ausbildung im Anschluss an eine vorangegangene abgeschlossene Berufsausbildung fortgeführt wird und die Jugendlichen nicht als Bewerber/-innen auf dem Ausbildungsstellenmarkt auftreten. Die Anschlussverträge werden als Leistungen der Wirtschaft gesondert in einer Tabelle ausgewiesen. Obwohl diese Vorgehensweise seit Jahren praktiziert wird, ist bei der BIBB-Erhebung zum 30. September weiterhin von einer Untererfassung auszugehen. Trotz Meldeausfällen ist erkennbar, dass die Fortführungsmöglichkeiten von zweijährigen Berufsausbildungen an Bedeutung gewinnen.

E Anschlussverträge

Als Anschlussverträge werden Ausbildungsverträge bezeichnet, die im Anschluss an eine vorausgegangene und abgeschlossene Berufsausbildung neu abgeschlossen werden und zu einem weiteren Abschluss führen. Dabei sind jedoch nur die Verträge für Berufsausbildungen zu berücksichtigen, die in den Ausbildungsordnungen als aufbauende Ausbildungsberufe definiert wurden (i. d. R. Einstieg in das dritte Ausbildungsjahr) oder die unter „Fortführung der Berufsausbildung“ genannt werden. Ein Beispiel ist die Weiterfüh-

Tabelle A1.2-6: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 2009 neu erlassenen oder modernisierten Berufen in Deutschland (Teil 1)

Neue und modernisierte Berufe von 2009 bis 2013	2009		2010		2011		2012		2013		Veränderungsrate 2013 zu 2012										
	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	absolut		in %							
												männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total				
Neue Berufe 2009																					
Industrietechniker/-in	78	3	81	240	12	252	378	33	411	435	30	468	462	24	486	24	6	18	5,7	-19,4	4,1
Werkfeuerwehmann/-frau	27	0	27	42	3	45	36	0	39	75	3	81	69	3	72	-9	0	-9	-10,5	-25,0	-11,3
Neue Berufe 2009 insgesamt	102	3	105	282	15	297	414	33	447	513	36	546	528	27	558	18	-6	9	3,3	-20,0	1,8
Modernisierte Berufe 2009																					
Bergbautechnologe/Bergbautechnologin ¹	102	0	102	66	3	69	87	3	93	99	0	99	84	3	87	-15	3	-12	-14,3	-	-12,2
Biologielaborant/-in	150	369	516	150	348	495	153	342	495	156	360	516	162	348	510	6	-12	-6	3,8	-3,3	-1,2
Chemielaborant/-in	711	1.008	1.719	711	918	1.629	858	945	1.803	765	912	1.680	786	858	1.644	21	-57	-36	2,7	-6,1	-2,1
Chemikant/-in	1.320	261	1.581	1.335	264	1.599	1.533	297	1.830	1.656	285	1.941	1.716	321	2.037	60	33	93	3,6	11,9	4,8
Fachkraft-Agrarservice	204	3	210	231	3	237	243	3	246	228	6	234	252	3	255	24	-3	21	11,0	-42,9	9,4
Fotograf/-in	195	591	786	216	573	789	213	537	753	198	570	768	150	519	669	-48	-51	-99	-24,6	-9,0	-13,0
Kaufmann/-frau im Einzelhandel	13.524	17.733	31.254	13.275	16.464	29.739	13.185	16.617	29.802	12.363	14.925	27.288	12.369	14.637	27.006	6	-288	-282	0,0	-1,9	-1,0
Keramiker/-in	12	24	39	9	27	36	6	21	27	6	24	30	9	24	33	3	0	3	33,3	4,3	10,3
Lacklaborant/-in	60	48	108	66	54	120	75	66	141	75	57	135	75	63	135	-3	3	3	-2,6	6,9	1,5
Musikfachhändler/-in ²	33	12	42	15	15	30	18	6	24	18	9	27	18	6	24	0	-3	-3	-5,3	-37,5	-14,8
Pharmakant/-in	120	135	255	108	135	243	126	150	279	147	165	312	141	138	279	-6	-24	-30	-4,1	-15,2	-10,0
Technischer Modellbauer/Technische Modellbauerin ³	273	42	315	246	48	291	315	54	369	321	63	384	294	66	360	-24	3	-24	-7,8	3,2	-6,0
Modernisierte Berufe 2009 insgesamt	16.698	20.226	36.924	16.431	18.849	35.280	16.815	19.041	35.856	16.035	17.373	33.408	16.056	16.980	33.036	21	-393	-372	0,1	-2,3	-1,1
Modernisierte Berufe 2010																					
Böttcher/-in	0	0	0	3	0	3	0	0	0	3	0	3	6	0	6	3	0	3	66,7	-	66,7
Büchsenmacher/-in	18	0	18	15	0	15	18	0	18	18	0	18	18	0	18	3	0	3	11,8	0,0	11,1
Feinwerkmechaniker/-in	2.670	114	2.787	2.460	93	2.553	2.991	99	3.090	2.922	132	3.054	2.718	105	2.820	-204	-27	-231	-7,0	-21,2	-7,6
Geometiker/-in ⁴	18	18	36	24	9	33	90	42	135	90	45	135	90	45	138	3	0	3	2,2	0,0	1,5
Milchtechnologe/Milchtechnologin ⁵	195	57	252	186	63	249	195	51	249	192	57	249	177	72	249	-15	15	0	-7,8	25,9	0,0
Papiertechnologe/Papiertechnologin	195	18	213	198	21	219	219	12	231	219	24	243	228	12	240	9	-12	-3	3,6	-47,8	-1,2
Pferdewirt/-in	159	720	879	111	606	717	138	663	801	111	663	774	105	660	765	-6	-3	-9	-6,3	-0,5	-1,3
Revierjäger/-in	24	0	24	33	0	33	21	0	21	15	0	15	15	0	15	0	0	-3	-6,7	-100,0	-12,5
Segelmacher/-in	24	6	30	21	9	33	18	3	21	15	12	30	24	9	33	9	-6	3	56,3	-38,5	13,8
Technischer Konfektionär/Technische Konfektionärin	39	6	45	54	15	69	57	15	75	36	24	60	39	24	63	3	0	3	8,3	4,3	6,8
Vermessungstechniker/-in ⁶	522	198	720	492	177	669	435	135	570	432	117	549	483	144	627	51	27	78	11,8	22,9	14,2
Modernisierte Berufe 2010 insgesamt	3.864	1.140	5.004	3.594	999	4.596	4.185	1.026	5.211	4.053	1.077	5.130	3.903	1.071	4.974	-150	-6	-156	-3,7	-0,5	-3,0
Neue Berufe 2011																					
Medientechnologe/Medientechnologin	0	0	0	0	0	0	183	84	267	252	72	324	213	81	291	-39	6	-33	-15,5	9,6	-9,9
Druckverarbeitung	0	0	0	0	0	0	183	84	267	252	72	324	213	81	291	-39	6	-33	-15,5	9,6	-9,9
Neue Berufe 2011 insgesamt	0	0	0	0	0	0	183	84	267	252	72	324	213	81	291	-39	6	-33	-15,5	9,6	-9,9

Tabelle A1.2-6: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 2009 neu erlassenen oder modernisierten Berufen in Deutschland (Teil 2)

Neue und modernisierte Berufe von 2009 bis 2013	2009			2010			2011			2012			2013			Veränderungsrate 2013 zu 2012						
	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	absolut		in %							
													männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total				
Modernisierte Berufe 2011																						
Augenoptiker/-in	594	1.836	2.430	675	1.848	2.520	618	1.803	2.421	615	1.764	2.379	675	1.725	2.400	60	-39	21	9,7	-2,3	0,8	
Bootbauer/-in	129	15	144	114	9	123	135	15	150	156	24	180	138	21	156	-18	-3	-21	-11,6	-16,7	-12,3	
Buchbinder/-in	309	144	453	267	144	411	81	54	138	42	63	105	9	36	48	-33	-24	-57	-76,7	-40,3	-55,2	
Buchhändler/-in	90	489	579	108	558	663	99	558	657	72	384	456	81	363	441	9	-24	-15	11,1	-6,0	-3,3	
Fachkraft für Lederverarbeitung	0	12	12	0	9	9	0	15	15	0	9	9	0	3	6	0	-3	-3	-	-50,0	-37,5	
Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugservice	540	6	546	519	3	522	525	6	528	498	9	507	6	513	9	-3	-3	6	2,0	-44,4	1,2	
Mechatroniker/-in	6.657	420	7.077	6.384	399	6.783	7.242	462	7.704	7.458	540	7.998	7.068	501	7.572	-390	-39	-429	-5,2	-7,0	-5,4	
Mediengestalter/-in Flexografie	0	0	0	0	0	0	3	3	3	0	3	3	0	3	3	0	0	0	-	-	50,0	
Medientechnologe/Medientechnologin Druck ⁸	1.014	111	1.125	942	102	1.044	990	111	1.101	879	99	981	774	105	879	-105	3	-102	-12,0	4,0	-10,4	
Medientechnologe/Medientechnologin Siebdruck ¹⁰	102	54	159	108	36	144	108	36	144	102	45	147	93	51	144	-9	3	-6	-8,8	8,7	-3,4	
Packmitteltechnologe/-in ¹¹	396	33	429	417	51	468	432	51	483	399	42	444	420	33	453	18	-9	9	4,8	-20,9	2,3	
Technischer Produktdesigner/Technische Produktdesignerin ¹²	1.215	870	2.085	1.245	759	2.004	1.500	948	2.448	1.749	1.062	2.811	1.806	966	2.775	57	-93	-36	3,3	-8,9	-1,3	
Technischer Systemplaner/Technische Systemplanerin ¹³	483	351	834	528	276	804	552	318	870	681	339	1.020	681	315	993	0	-27	-27	0,0	-7,6	-2,5	
Textilgestalter/-in im Handwerk ¹⁴	9	9	18	0	6	9	0	3	6	0	3	3	0	3	6	0	0	0	-	0,0	25,0	
Tourismuskaufmann/-frau (Kaufmann/-frau für Privat- und Geschäftsreisen) ¹⁵	300	1.596	1.896	330	1.632	1.959	342	1.797	2.139	342	1.773	2.115	327	1.704	2.031	-15	-69	-84	-4,4	-3,9	-4,0	
Modernisierte Berufe 2011 insgesamt	11.838	5.946	17.784	11.637	5.835	17.469	12.624	6.177	18.804	12.999	6.159	19.158	12.582	5.832	18.417	-414	-327	-741	-3,2	-5,3	-3,9	
Modernisierte Berufe 2012																						
Fachgestalter/Fachangestellte für Arbeitsmarktdienstleistungen ¹⁶	330	861	1.191	306	852	1.158	210	501	711	123	336	459	42	126	171	-81	-210	-288	-65,0	-62,2	-63,0	
Pharmazeutisch-kaufmännischer Angestellter/Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte	93	1.896	1.989	60	1.638	1.698	66	1.554	1.620	54	1.311	1.368	57	1.293	1.353	3	-18	-15	5,5	-1,4	-1,1	
Schilder- und Lichtreklamehersteller/-in	243	114	354	273	132	405	270	141	408	231	150	381	243	129	375	12	-18	-6	5,2	-12,8	-1,8	
Schornsteinfeger/-in	636	69	705	519	84	603	549	60	612	693	69	762	816	105	921	123	36	159	17,7	52,2	20,9	
Verfahrensmechaniker/-in für Kunststoff- und Kautschuktechnik	1.941	159	2.100	2.220	144	2.367	2.532	183	2.712	2.343	189	2.532	2.181	189	2.370	-162	0	-162	-6,9	0,0	-6,4	
Modernisierte Berufe 2012 insgesamt	3.243	3.099	6.342	3.381	2.850	6.231	3.627	2.439	6.066	3.444	2.055	5.502	3.342	1.845	5.187	-105	-210	-315	-3,0	-10,2	-5,7	
Neue Berufe 2013																						
Fachkraft für Metalltechnik	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stanz- und Umformmechaniker/Umformmechanikerin	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Neue Berufe 2013 insgesamt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Modernisierte Berufe 2013																						
Fertigungsmechaniker/-in	1.005	126	1.131	900	108	1.008	861	123	981	774	129	900	756	105	864	-15	-21	-39	-2,1	-17,2	-4,2	
Fluggeräteelektroniker/-in ¹⁷	141	15	156	120	18	141	132	21	153	105	15	117	117	9	123	12	-6	6	11,5	-42,9	5,1	
Fluggerätmechaniker/-in	702	75	777	648	72	720	636	60	693	594	81	675	591	84	672	-6	3	-3	-0,8	2,5	-0,4	
Fräser/-in	51	3	54	33	0	36	24	0	24	15	0	15	6	0	6	-9	0	-9	-57,1	-100,0	-60,0	
Klempner/-in	471	6	477	480	9	489	465	9	474	387	9	396	396	9	405	9	0	6	2,1	-10,0	1,8	

Tabelle A1.2-6: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 2009 neu erlassenen oder modernisierten Berufen in Deutschland (Teil 3)

Neue und modernisierte Berufe von 2009 bis 2013	2009		2010		2011		2012		2013		Veränderungsrate 2013 zu 2012							
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	total	absolut	in %					
												männlich	weiblich	total				
Kraftfahrzeugmechaniker/-in	17.430	564	18.159	588	19.788	678	20.466	729	20.049	18.594	696	19.290	-726	-3,8	-4,5	-3,8		
Mediengestalter/-in Digital und Print ¹⁹	1.626	2.109	1.665	2.100	1.632	2.226	3.858	2.127	3.615	1.998	3.378	-105	-12,9	-7,1	-6,1	-6,5		
Milchwirtschaftlicher Laborant/Milchwirtschaftliche Laborantin	21	135	33	132	33	126	159	138	177	39	132	171	0	-6	0,0	-4,4	-3,4	
Orthopädietechnik-Mechaniker/Orthopädietechnik-Mechanikerin ²⁰	246	171	258	144	402	261	150	186	462	231	177	408	-45	-9	-15,9	-5,3	-11,7	
Pflanzentechnologie/Pflanzentechnologin ²¹	6	3	9	6	9	6	12	6	12	6	12	18	0	6	0,0	120,0	54,5	
Schiffsmechaniker/-in	264	15	279	234	237	12	249	168	15	183	147	9	156	-18	-6	-24	-11,4	-13,7
Weintechnologie/Weintechnologin ²²	69	12	81	54	42	12	54	57	12	69	48	9	54	-9	-6	-15	-17,5	-38,5
Werkstoffprüfer/-in	231	63	294	198	267	87	351	282	93	378	228	78	306	-57	-15	-72	-19,8	-19,1
Modernisierte Berufe 2013 insgesamt	22.260	3.297	25.557	22.791	3.264	26.052	24.375	23.508	3.543	27.051	22.539	3.315	25.854	-969	-228	-1,197	-4,1	-4,4

Erläuterungen

- Bergbautechnologe/-in incl. Vorgänger: Bergmechaniker.
- Musikfachhändler/-in incl. Vorgänger: Musikalienhändler/-in.
- Technische(r) Modellbauer/-in incl. Vorgänger: Modellbauer/-in, Modellbauer/-in FR Anschauungsmodellbau, Modellbauer/-in FR Produktionsmodellbau, Modellbauer/-in FR Gießereimechaniker/-in, Modellbaumechaniker/-in, Modellbaumechaniker/-in, Modellbaumechaniker/-in FR Karoseriemodellbau.
- Geometiker/-in incl. Vorgänger: Kartograf/-in.
- Milchtechnologe/-in incl. Vorgänger: Molkefachmann/-frau.
- Vermessungstechniker/-in incl. Vorgänger: Bergvermessungstechniker/-in.
- Fachkraft für Lederverarbeitung incl. Vorgänger: Schuh- und Lederwarenstepper/-in.
- Mediengestalter/-in Flexografie incl. Vorgänger: Flexograf/-in.
- Medientechnologe/-in Druck incl. Vorgänger: Drucker/-in, Drucker/-in FR Flachdruck, Drucker/-in FR Hochdruck, Drucker/-in FR Tiefdruck.
- Medientechnologe/-in Siebdruck incl. Vorgänger: Siebdrucker/-in.
- Packmitteltechnologe/-in incl. Vorgänger: Verpackungsmittelmechaniker/-in.
- Technische(r) Produktdesigner/-in incl. Vorgänger: Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin FR Holztechnik, Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin FR Maschinen- und Anlagentechnik.
- Technische(r) Systemplaner/-in incl. Vorgänger: Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin FR Elektrotechnik, Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin FR Heizungs-, Klima- und Sanitärtechnik, Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin FR Stahl- und Metallbau-technik.
- Textilgestalter/-in im Handwerk incl. Vorgänger: Sticker/-in, Stricker/-in, Weber/-in.
- Tourismuskaufmann/-frau (Kaufmann/-frau für Privat- und Geschäftsreisen) incl. Vorgänger: Reiseverkehrskaufmann/-frau.
- Fachangestellter/-r für Arbeitsmarktdienstleistungen incl. Vorgänger: Fachangestellter/-r für Arbeitsförderung.
- Fluggeräteelektroniker/-in incl. Vorgänger: Elektroniker/-in für Luftfahrttechnische Systeme.
- Landwirtschaftlich-technischer Laborant/Landwirtschaftlich-technische Laborantin, Landwirtschaftlicher Laborant/Landwirtschaftliche Laborantin ohne die Berufsbezeichnung, Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien FR Mediendesign, Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien FR Mediendesign, Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien FR Medientechnik.
- Mediengestalter/-in Digital und Print incl. Vorgänger: Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien, Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien FR Medientechnik.
- Digital- und Printmedien FR Medienoperating, Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien FR Medientechnik.
- Orthopädietechnik-Mechaniker/Orthopädietechnik-Mechanikerin incl. Vorgänger: Orthopädiemechaniker/-in und Bandagist/-in.
- Pflanzentechnologie/Pflanzentechnologin incl. Vorgänger: Landwirtschaftlich-technische Laborant/Landwirtschaftlich-technische Laborantin, Landwirtschaftlicher Laborant/Landwirtschaftliche Laborantin.
- Weintechnologie/Weintechnologin incl. Vorgänger: Weinküfer/-in.

Vorgänger werden nur aufgeführt, wenn im abgebildeten Zeitraum Meldungen vorliegen.

Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September

Tabelle A1.2-7: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Anschlussverträge mit Veränderungsrate zum Vorjahr unterteilt nach Regionen und Zuständigkeitsbereichen 2011 bis 2013

Zuständigkeitsbereich	2011				2012				2013					
	Neuabschlüsse	Anschlussverträge	Summe	Veränderungsrate in %	Neuabschlüsse	Anschlussverträge	Veränderungsrate in %	Veränderungsrate in %	Neuabschlüsse	Anschlussverträge	Veränderungsrate in %	Veränderungsrate in %	Summe	Veränderungsrate in %
Westdeutschland														
Industrie und Handel	289.428	3.744	293.172	-2,2	283.017	4.851	287.868	-1,8	272.610	5.211	-3,7	7,4	277.821	-3,5
Handwerk	134.226	1.440	135.666	-4,3	128.418	1.602	130.017	-4,2	124.122	1.467	-3,3	-8,3	125.589	-3,4
Öffentlicher Dienst	9.891	0	9.891	-3,3	9.564	0	9.564	-3,3	9.615	0	0,5	-	9.615	0,5
Landwirtschaft	10.749	0	10.749	-1,5	10.593	0	10.593	-1,5	10.530	0	-0,6	-	10.530	-0,6
Freie Berufe	37.863	-	37.863	1,5	38.442	0	38.442	1,5	37.467	-	-2,5	-	37.467	-2,5
Hauswirtschaft	2.493	0	2.493	-14,1	2.142	0	2.142	-14,1	1.977	0	-7,7	-	1.977	-7,7
Seeschifffahrt	231	-	231	-23,3	177	-	177	-23,3	150	-	-15,7	-	150	-15,7
Insgesamt	484.884	5.184	490.068	-2,6	472.353	6.450	478.806	-2,3	456.471	6.678	-3,4	3,5	463.149	-3,3
Ostdeutschland														
Industrie und Handel	53.355	1.110	54.462	-7,0	49.605	1.149	50.754	-6,8	45.930	1.029	-7,4	-10,4	46.959	-7,5
Handwerk	20.283	306	20.589	-6,8	18.909	330	19.239	-6,6	18.015	270	-4,7	-17,9	18.288	-5,0
Öffentlicher Dienst	2.511	0	2.511	-2,6	2.445	0	2.445	-2,6	2.499	0	2,2	-	2.499	2,2
Landwirtschaft	2.733	0	2.733	-2,5	2.667	0	2.667	-2,5	2.628	0	-1,4	-	2.628	-1,4
Freie Berufe	4.749	-	4.749	-2,0	4.653	-	4.653	-2,0	4.581	-	-1,5	-	4.581	-1,5
Hauswirtschaft	852	0	852	-27,0	621	0	621	-27,0	582	0	-6,4	-	582	-6,4
Seeschifffahrt	15	-	15	-75,0	3	-	3	-75,0	6	-	75,0	-	6	75,0
Insgesamt	84.495	1.416	85.911	-6,6	78.903	1.479	80.382	-6,4	74.244	1.302	-5,9	-12,0	75.546	-6,0
Deutschland														
Industrie und Handel	342.783	4.851	347.634	-3,0	332.622	6.000	338.622	-2,6	318.540	6.240	-4,2	4,0	324.780	-4,1
Handwerk	154.506	1.749	156.255	-4,6	147.327	1.932	149.259	-4,5	142.137	1.740	-3,5	-9,9	143.877	-3,6
Öffentlicher Dienst	12.402	0	12.402	-3,2	12.009	0	12.009	-3,2	12.114	0	0,9	-	12.114	0,9
Landwirtschaft	13.482	0	13.482	-1,7	13.260	0	13.260	-1,7	13.158	0	-0,8	-	13.158	-0,8
Freie Berufe	42.612	-	42.612	1,1	43.095	-	43.095	1,1	42.051	-	-2,4	-	42.051	-2,4
Hauswirtschaft	3.345	0	3.345	-17,4	2.763	0	2.763	-17,4	2.559	0	-7,5	-	2.559	-7,5
Seeschifffahrt	249	-	249	-26,6	183	-	183	-26,6	156	-	-13,7	-	156	-13,7
Insgesamt	569.379	6.600	575.979	-3,2	551.259	7.929	559.188	-2,9	530.715	7.980	-3,7	0,6	538.695	-3,7

Absolutwerte werden aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2011, 2012, 2013

zung einer erfolgreich beendeten zweijährigen Ausbildung zum/zur Bauten- und Objektbeschichter/-in durch eine einjährige Anschlussausbildung zum/zur Maler/-in und Lackierer/-in. Anschlussverträge werden im Rahmen der BIBB-Erhebung zum 30. September nicht als neu abgeschlossene Ausbildungsverträge gezählt, sondern gesondert ausgewiesen.

Anschlussverträge finden sich nur in den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel und im Handwerk. Im Bereich Industrie und Handel wurden 2013 rund drei Viertel (78,2% bzw. 6.240 Verträge) aller Anschlussverträge geschlossen (Handwerk: 21,8% bzw. 1.740 Verträge).

Das ist insbesondere auf den Umstand zurückzuführen, dass bei der Ausbildung im Beruf Verkäufer/-in die Möglichkeit besteht, die zweijährige Ausbildung nach erfolgreichem Abschluss im Beruf Kaufmann/-frau im Einzelhandel fortzuführen. 2013 wurden im Bereich Industrie und Handel 4.962 Anschlussverträge für diesen Beruf registriert. Ein weiterer stark besetzter Beruf mit Fortführungsmöglichkeit ist die Ausbildung für die Fachkraft für Lagerlogistik – hier wurden für den Bereich Industrie und Handel 555 Anschlussverträge gemeldet. Im Bereich Handwerk verteilen sich die Anschlussverträge v. a. auf die Berufe Kraftfahrzeugmechatroniker/-in (477 Anschlussverträge), Maler/-in und Lackierer/-in (432 Anschlussverträge) sowie Maurer/-in (303 Anschlussverträge). Ergebnisse zu Anschlussverträgen auf Basis der Erhebung zum 31. Dezember werden in **Kapitel A4.3** dargestellt.

(Andreas Krewerth, Simone Flemming, Ralf-Olaf Granath)

A1.3 Ausbildungsvermittlung: Die Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat den gesetzlichen Auftrag, Berufsberatung durchzuführen, Ausbildungsstellen zu vermitteln sowie Berufsausbildung zu fördern. Im Rahmen der Ausbildungsvermittlung berät die BA sowohl Betriebe, die Ausbildungsstellen anbieten, als auch Jugendliche, die eine duale Berufsausbildung nach BBiG/HwO anstreben, wobei die Inanspruchnahme dieser Dienste durch Arbeitgeber und Jugendliche freiwillig ist. Über diesen Vermittlungs- und Beratungsdienst führt die BA die Ausbildungsmarktstatistik, die monatlich⁹ nach dem Bestand an Ausbildungsstellen und Bewerbern bzw. Bewerberinnen sowie deren Verbleib ausgewertet wird. Der Vermittlungs- bzw. Erhebungszeitraum beginnt am 1. Oktober eines Jahres und endet am 30. September des Folgejahres. Die Ausbildungsmarktstatistik der BA wird neben der BIBB-Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30. September (vgl. Kapitel A1.2) zur Angebots- und Nachfrageberechnung, also zur Ausbildungsmarktbilanz, herangezogen.¹⁰

Seit Januar 2005 sind auch die Träger der Grundversicherung für die Ausbildungsvermittlung zuständig. Jugendliche, die im Sinne des SGB II hilfsbedürftig sind, werden von den Jobcentern betreut. Zu unterscheiden sind Jobcenter in gemeinsamer Einrichtung mit der Arbeitsagentur (JC gE) und Jobcenter der zugelassenen kommunalen Träger (JC zKT). Wie die Arbeitsagenturen, so führen auch die Jobcenter eine Statistik über das Vermittlungsgeschehen. Dabei verwenden die JC zKT ein anderes Verfahren als die Arbeitsagenturen und die JC gE. Aufgrund dieser unterschiedlichen Erhebungsverfahren konnten die Daten der JC zKT in den Jahren von 2005 bis 2008 nicht mit den Daten der Arbeitsagenturen und JC gE verknüpft werden. Die Veröffentlichungen für

diesen Zeitraum beinhalten somit keine Angaben der JC zKT. Seit 2009 können die BA-Daten zu den gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen um die der JC zKT ergänzt werden, sodass nun wieder Angaben über die Gesamtgruppe aller gemeldeten Bewerber/-innen vorliegen. Die Statistiken zu den gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen von 2005 bis 2008 sind daher nur eingeschränkt mit Daten ab 2009 vergleichbar. Durch die Datenzusammenführung ergeben sich zum Teil Doppelzählungen, die jedoch relativ gering ausfallen (2013: 4.747 Doppelzählungen). Solche Doppelerfassungen entstehen beispielsweise, wenn ein bei den Arbeitsagenturen oder JC gE gemeldeter Bewerber bzw. eine Bewerberin infolge des Eintretens von Hilfsbedürftigkeit im Sinne von SGB II im weiteren Verlauf der Ausbildungsstellenuche von den JC zKT unterstützt wird.

Statistische Angaben zu den gemeldeten Ausbildungsstellen beinhalten allerdings weiterhin nur die Daten der Arbeitsagenturen und JC gE. Nach Einschätzung der BA gibt es jedoch nur wenige bei den JC zKT gemeldete Ausbildungsstellen, die nicht gleichzeitig auch bei den Arbeitsagenturen gemeldet sind (Bundesagentur für Arbeit 2013a).

Gemeldete Ausbildungsstellen

Im Berichtsjahr 2013 wurden 504.542 Ausbildungsstellen und damit 12.560 (-2,4%) weniger Stellen als im Vorjahr und 15.012 (-2,9%) weniger Berufsausbildungsstellen als im Berichtsjahr 2011 zur Vermittlung angeboten → **Tabelle A1.3-1**. Der Großteil der gemeldeten Stellen stammte wie auch in den Jahren zuvor aus dem Bereich der Industrie- und Handelskammern (283.185 bzw. 56,1%) und Handwerkskammern (117.048 bzw. 23,2%).

Im Bereich Industrie und Handel wurden im Berichtsjahr 2013 mit 283.185 Ausbildungsplätzen weniger Stellen als im Vorjahr (-6.776 bzw. -2,3%) angeboten. Auch im Handwerk wurde ein Rückgang verbucht, nachdem es 2012 noch einen Anstieg gegeben hatte (+4.555 bzw. +4,0%). Allerdings fiel der Rückgang im Handwerk relativ gering aus (-423 bzw. -0,4%), und mit 117.048 registrierten Ausbildungsstellen im Berichtsjahr 2013 lag das Angebot über der Zahl der gemeldeten Stellen im Jahr 2011 (112.916).

9 Die Angaben werden für die Monate März bis September erfasst. Trotz monatlicher Auswertungen der Daten kann eine Aussage zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt erst nach Abschluss des Geschäftsjahres der BA zum 30. September getroffen werden.

10 Für Informationen zur Angebots- und der Nachfrageberechnung siehe www.bibb.de/de/wlk8237.htm.

Tabelle A1.3-1: Bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldete Berufsausbildungsstellen¹, Berichtsjahre 2011, 2012 und 2013

Ausbildungsbereiche	Berichtsjahr 2013 ²						Berichtsjahr 2012 ²						Berichtsjahr 2011 ²					
	Bundesgebiet		alte Länder		neue Länder		Bundesgebiet		alte Länder		neue Länder		Bundesgebiet		alte Länder		neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	283.185	56,1	234.676	55,9	48.382	57,4	289.961	56,1	239.413	55,9	50.292	57,1	291.053	56,0	238.781	56,2	51.991	55,1
Handwerk	117.048	23,2	99.740	23,7	17.283	20,5	117.471	22,7	99.882	23,3	17.563	19,9	112.916	21,7	93.575	22,0	19.295	20,4
öffentlicher Dienst	12.526	2,5	10.133	2,4	2.392	2,8	12.317	2,4	9.957	2,3	2.360	2,7	13.006	2,5	10.832	2,6	2.174	2,3
Landwirtschaft	6.243	1,2	4.170	1,0	2.073	2,5	6.295	1,2	4.173	1,0	2.122	2,4	6.706	1,3	4.501	1,1	2.205	2,3
freie Berufe	34.737	6,9	30.622	7,3	4.114	4,9	34.237	6,6	29.991	7,0	4.242	4,8	32.286	6,2	28.127	6,6	4.159	4,4
sonstige Stelle/ keine Zuordnung möglich	33.336	6,6	27.908	6,6	5.383	6,4	37.574	7,3	30.817	7,2	6.660	7,6	40.823	7,9	33.150	7,8	7.532	8,0
keine Angabe	17.467	3,5	12.744	3,0	4.723	5,6	19.247	3,7	14.376	3,4	4.871	5,5	22.764	4,4	15.708	3,7	7.056	7,5
Insgesamt³	504.542	100,0	419.993	100,0	84.350	100,0	517.102	100,0	428.609	100,0	88.110	100,0	519.554	100	424.674	100	94.412	100

¹ Ohne bei den Jobcentern der zugelassenen kommunalen Träger (JC zKT) gemeldete Stellen.

² Jeweils Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.

³ Die Summe der für alte und neue Länder ausgewiesenen Zahlen der Ausbildungsstellen ist wegen nicht zuordenbarer Fälle jeweils etwas geringer als die Gesamtangabe für das Bundesgebiet.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Im Bereich Landwirtschaft ging die Zahl der gemeldeten Stellen 2013 erneut zurück. Mit einem Minus von 52 Stellen (bzw. -0,8 %) fiel die Abnahme jedoch deutlich geringer aus als im Berichtsjahr 2012 (-411 bzw. -6,1 %).

Lediglich bei den freien Berufen (+500 bzw. +1,5 %) und im öffentlichen Dienst (+209 bzw. +1,7 %) nahm das Stellenangebot 2013 leicht zu. Während bei den freien Berufen eine Erhöhung auch in den beiden Vorjahren zu beobachten war, war das Stellenangebot im öffentlichen Dienst im Vorjahr noch zurückgegangen (-689 bzw. -5,3 %).

Gemeldete Ausbildungsstellenbewerber/-innen

Im Berichtsjahr 2013 wurden insgesamt 561.168 Jugendliche als Ausbildungsstellenbewerber/-innen registriert **E**. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Bewerberzahl lediglich um 615 bzw. 0,1 % ab. Damit gab es 2013 bundesweit fast genauso viele Bewerber/-innen wie 2012 (561.783). In den alten Ländern lag die Zahl der gemeldeten Bewerber/-innen

2013 bei 468.759 und hatte sich damit im Vergleich zum Jahr zuvor (468.661) kaum verändert (+98 bzw. +0,02 %). In den neuen Ländern war 2013 mit 91.098 Bewerbern und Bewerberinnen gegenüber dem Vorjahr (92.914) ein leichter Rückgang zu verzeichnen (-1.816 bzw. -2,0 %).

E Bewerber/-innen für Ausbildungsstellen bei der Bundesagentur für Arbeit

Bei der Bundesagentur für Arbeit werden nur diejenigen Ratsuchenden als Ausbildungsstellenbewerber/-innen geführt, die ausbildungsreif¹¹ sind (Müller-Kohlenberg/Schober/Hilke 2005, S. 22).

Was die schulische Vorbildung betraf, so verfügten im Berichtsjahr 2013 fast alle gemeldeten Bewerber/-innen mindestens über einen Hauptschulabschluss; nur 1,6 % hatten keinen Haupt-

¹¹ Siehe hierzu den Kriterienkatalog der Bundesagentur für Arbeit zur Ausbildungsreife: www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Veroeffentlichungen/Ausbildung/Nationaler-Pakt-fuer-Ausbildung-und-Fachkraefte-nachwuchs-Kriterienkatalog-zur-Ausbildungsreife.pdf

Tabelle A1.3-2: Geschlecht, Schulabschluss, besuchte Schule, Staatsangehörigkeit und Alter der bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen, Berichtsjahre 2012 und 2013

Merkmale der Bewerber/-innen	Berichtsjahr 2013 ¹				Berichtsjahr 2012 ¹							
	Bundesgebiet ²		neue Länder		Bundesgebiet ²		alte Länder		neue Länder			
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %		
Geschlecht												
männlich	313.047	55,8	261.074	55,7	51.169	56,2	309.755	55,1	257.893	55,0	51.761	55,7
weiblich	248.121	44,2	207.685	44,3	39.929	43,8	252.028	44,9	210.768	45,0	41.153	44,3
Schulabschluss												
ohne Hauptschulabschluss	8.868	1,6	6.191	1,3	2.676	2,9	9.341	1,7	6.481	1,4	2.859	3,1
Hauptschulabschluss	156.414	27,9	130.849	27,9	25.498	28,0	165.136	29,4	138.774	29,6	26.314	28,3
Realschulabschluss	237.904	42,4	197.167	42,1	40.405	44,4	238.368	42,4	197.986	42,2	40.321	43,4
Fachhochschulreife	71.073	12,7	65.265	13,9	5.733	6,3	70.113	12,5	64.134	13,7	5.952	6,4
allgemeine Hochschulreife	65.377	11,7	52.959	11,3	12.005	13,2	58.902	10,5	46.147	9,8	12.692	13,7
keine Angaben	21.532	3,8	16.328	3,5	4.781	5,2	19.923	3,5	15.139	3,2	4.776	5,1
Besuchte Schule												
allgemeinbildende Schule	292.456	52,1	226.530	48,3	65.361	71,7	287.081	51,1	221.625	47,3	65.352	70,3
berufsbildende Schule	233.772	41,7	214.991	45,9	18.655	20,5	239.307	42,6	219.659	46,9	19.581	21,1
Hochschule und Akademien	19.840	3,5	15.875	3,4	3.782	4,2	17.056	3,0	13.363	2,9	3.668	3,9
keine Angabe	9.803	1,7	7.444	1,6	1.955	2,1	13.627	2,4	10.754	2,3	2.867	3,1
Staatsangehörigkeit												
deutsch	492.776	87,8	406.542	86,7	86.077	94,5	495.727	88,2	407.505	87,0	88.083	94,8
ausländisch	67.432	12,0	61.408	13,1	4.870	5,3	65.083	11,6	60.311	12,9	4.703	5,1
<i>darunter:</i>												
türkisch	30.309	5,4	28.578	6,1	1.729	1,9	30.707	5,5	28.958	6,2	1.749	1,9
italienisch	5.399	1,0	5.267	1,1	84	0,1	5.398	1,0	5.314	1,1	78	0,1
Alter												
15 Jahre und jünger	15.880	2,8	15.079	3,2	790	0,9	17.933	3,2	17.096	3,6	829	0,9
16 bis 18 Jahre	276.611	49,3	231.874	49,5	44.613	49,0	273.468	48,7	230.439	49,2	42.940	46,2
19 bis 20 Jahre	132.788	23,7	114.811	24,5	17.759	19,5	138.560	24,7	118.655	25,3	19.851	21,4
21 bis 24 Jahre	109.069	19,4	87.836	18,7	20.849	22,9	110.846	19,7	87.462	18,7	23.341	25,1
25 Jahre und älter/keine Angabe	26.820	4,8	19.159	4,1	7.087	7,8	20.976	3,7	15.009	3,2	5.953	6,4
Insgesamt²	561.168	100,0	468.759	100,0	91.098	100,0	561.763	100,0	468.661	100,0	92.914	100,0

¹ Jeweils Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.

² Abweichungen der Gesamtzahlen gegenüber den Summen der Einzelwerte sind auf nicht zuordenbare Angaben zurückzuführen.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

schulabschluss erreicht. 27,9 % besaßen einen Hauptschul- und 42,4 % einen Realschulabschluss. 12,7 % hatten die Fachhochschul- und 11,7 % die allgemeine Hochschulreife erworben. Die Zahl der Ausbildungsstellenbewerber/-innen mit allgemeiner Hochschulreife fiel in den neuen Ländern mit 13,2 % etwas höher aus als in den alten Ländern (11,3 %), jedoch näherten sich die Zahlen im Vergleich zum Vorjahr (13,7 % vs. 9,8 %) leicht an. Dagegen lag 2013 – ebenso wie im Vorjahr – der Anteil der Bewerber/-innen mit Fachhochschulreife in den alten Ländern (13,9 %) deutlich höher als in den neuen Ländern (6,3 %). Für insgesamt 21.532 bzw. 3,8 % der Bewerber/-innen fehlten 2013 die Angaben zum Schulabschluss → [Tabelle A1.3-2](#).

Mehr als die Hälfte der gemeldeten Bewerber/-innen (52,1 %) hatte als letzte Schulform eine allgemeinbildende Schule besucht, weitere 41,7 % eine berufsbildende Schule, und 3,5 % besuchten eine Hochschule oder Akademie. In den neuen Ländern lag der Anteil der Bewerber/-innen, die zuletzt eine berufsbildende Schule besuchten, mit 20,5 % weniger als halb so hoch wie in den alten Ländern (45,9 %). Stattdessen wiesen Bewerber/-innen aus den neuen Ländern wesentlich häufiger eine allgemeinbildende Schule als letzte Schulform auf als in den alten Ländern (71,7 % vs. 48,3 %). Diese strukturellen Unterschiede zwischen den neuen und alten Ländern lassen sich seit Jahren aufzeigen und dürften auf regionale Disparitäten in der Angebotsstruktur und im Umgang mit erfolglosen Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen zurückzuführen sein (Eberhard 2012; Eberhard/Ulrich 2010). Während in den neuen Ländern der Übergangsbereich nur schwach ausgebaut ist, besitzt er in den alten Ländern ein hohes Gewicht. Erfolgreiche ausbildungsreife Ausbildungsstellenbewerber/-innen aus den alten Ländern münden somit häufiger in Übergangsmaßnahmen ein als Bewerber/-innen aus den neuen Ländern.

Der Anteil der Bewerber/-innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit fiel in den neuen Ländern (5,3 %) geringer aus als in den alten Ländern (13,1 %) und lag im Bundesgebiet bei 12,0 %.

Verbleib der gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen

Bis zum Abschluss des Berichtsjahres am 30. September 2013 mündeten 49,1 % (275.342) der Bewerber/-innen und damit ein etwas geringerer Anteil als im Vorjahr (51,1 %) in eine Berufsausbildungsstelle ein. 47,2 % (264.792) begannen im Berichtsjahr 2013 eine Alternative zu einer Berufsausbildung (z. B. Schule, Praktikum, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme) oder verzichteten ohne nähere Angabe zum Verbleib auf eine weitere Unterstützung der Vermittlungsdienste der BA. Die übrigen 21.034 (3,7 %) Bewerber/-innen waren bis zum Ende des Berichtsjahres offiziell noch unversorgt. Damit war der Anteil der offiziell unversorgten Bewerber/-innen im Vergleich zum Vorjahr (15.637 bzw. 2,8 %) leicht angestiegen → [Tabelle A1.3-3](#).

Für die Jugendlichen, die in eine Berufsausbildung einmündeten (275.342), konnte der Vermittlungsauftrag abgeschlossen werden. Auch für den größten Teil der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen (106.640) sowie für die unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen (95.622) fanden zum Abschluss des Berichtsjahres keine weiteren Vermittlungsbemühungen mehr statt. Die restlichen 62.530 Jugendlichen, die in eine Alternative eingemündet waren, wünschten weiterhin eine Ausbildungsstellenvermittlung durch die BA. Somit liefen nicht nur für die offiziell unversorgten Bewerber/-innen (21.034) die Vermittlungsbemühungen weiter, sondern auch für einen Teil (62.530) der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen, sodass nach Abschluss des Geschäftsjahres am 30. September 2013 insgesamt noch 83.564 (14,9 %) Bewerber/-innen auf Ausbildungsstellensuche waren.

Tabelle A1.3-3: **Verbleib der im Berichtsjahr 2013¹ bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen**

Art des Verbleibs	Insgesamt		Status des Vermittlungsauftrages							
			Vermittlungsauftrag abgeschlossen				Vermittlungsauftrag läuft weiter			
			durch Einmündung in Berufsausbildung		bei alternativem oder nicht bekanntem Verbleib		bei alternativem Verbleib		ohne alternativen Verbleib	
			absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
I. Einmündung in Berufsausbildung	275.342	100,0	275.342	100,0						
<i>davon:</i>										
Berufsausbildung ungefördert	247.079	89,7	247.079	89,7						
Berufsausbildung gefördert	28.263	10,3	28.263	10,3						
II. Alternativer Verbleib	169.170	30,1			106.640	100,0	62.530	100,0		
<i>davon:</i>										
Schulbildung	72.894	13,0			53.717	50,4	19.177	30,7		
Studium	10.322	1,8			8.943	8,4	1.379	2,2		
berufsvorbereitendes Jahr	2.037	0,4			1.038	1,0	999	1,6		
Berufsgrundbildungsjahr	4.278	0,8			2.546	2,4	1.732	2,8		
Praktikum	6.330	1,1			2.421	2,3	3.909	6,3		
Verbleib in bisheriger Berufsausbildung	14.255	2,5			7.171	6,7	7.084	11,3		
<i>davon:</i> Berufsausbildung ungefördert	4.774	0,9			3.606	3,4	1.168	1,9		
Berufsausbildung gefördert	9.481	1,7			3.565	3,3	5.916	9,5		
Erwerbstätigkeit	28.139	5,0			18.306	17,2	9.833	15,7		
Bundeswehr	1.160	0,2			926	0,9	234	0,4		
Bundes-/Jugendfreiwilligendienst	9.051	1,6			5.420	5,1	3.631	5,8		
berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	14.685	2,6			3.315	3,1	11.370	18,2		
berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme – Reha	402	0,1			299	0,3	103	0,2		
Einstiegsqualifizierung	2.956	0,5			712	0,7	2.244	3,6		
sonstige Förderung	2.603	0,5			1.787	1,7	816	1,3		
sonstige Rehaförderung	58	< 0,1			39	< 0,1	19	< 0,1		
III. Verbleib nicht bekannt/ohne alternativen Verbleib	116.656	100,0			95.622	100,0			21.034	100,0
Insgesamt	561.168	100,0	275.342	49,1	202.262	36,0	62.530	11,1	21.034	3,7

¹ Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Alternativ verbliebene Bewerber/-innen

169.170 (30,1 %) der gemeldeten Bewerber/-innen hatten eine Alternative zu einer Berufsausbildung begonnen. Nahezu zwei Drittel von ihnen (106.640 bzw. 63,0 %) wünschten zunächst einmal keine Vermittlung in eine Ausbildungsstelle mehr; dagegen liefen für 62.530 (37,0 %) der alternativ Verbliebenen auf deren Wunsch hin auch nach Abschluss des Berichtsjahres am 30. September 2013 die Vermittlungsbemühungen weiter.

Bewerber/-innen ohne weiteren Vermittlungswunsch

Von den 106.640 Bewerbern und Bewerberinnen, die eine Alternative zu einer Ausbildung begannen und keine weiteren Vermittlungsbemühungen wünschten, mündeten fast zwei Drittel (64,4 % bzw. 68.665) in Schule, Studium, berufsvorbereitendes Jahr, Berufsgrundbildungsjahr oder Praktikum ein. Der größte Teil (50,4 % bzw. 53.717) nahm eine Schulbildung auf. 1.038 Jugendliche (1,0 %) fingen

mit einem berufsvorbereitenden Jahr an, weitere 2.546 (2,4 %) mit einem Berufsgrundbildungsjahr. 8.943 (8,4 %) begannen ein Studium und 2.421 (2,3 %) ein Praktikum. Die Einmündung in Erwerbsarbeit bildete die zweithäufigste Verbleibsform: 18.306 Jugendliche (17,2 %) entschlossen sich hierzu. 7.171 (6,7 %) verblieben in ihrer bisherigen Berufsausbildung, obwohl sie eigentlich den Wechsel in eine andere Ausbildung angestrebt hatten. 926 Jugendliche (0,9 %) gingen zur Bundeswehr, weitere 5.420 (5,1 %) absolvierten den Bundes- oder Jugendfreiwilligendienst. Insgesamt 6.152 (5,8 %) Jugendliche mündeten in Fördermaßnahmen ein: 3.315 (3,1 %) in berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, 712 (0,7 %) in eine Einstiegsqualifizierung und 1.787 (1,7 %) in sonstige Förderarten. Förderungen im Rehabilitationsbereich erhielten 299 Jugendliche im Rahmen von berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen und weitere 39 im Rahmen sonstiger Rehaförderung (insgesamt 0,3 %).

Vergleich der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen mit und ohne weiteren Vermittlungswunsch

Neben den 106.640 alternativ verbliebenen Jugendlichen, deren Vermittlungsauftrag abgeschlossen war, suchten 62.530 Bewerber/-innen mit einer Alternative zum Ende des Berichtsjahres weiterhin nach einer Ausbildungsstelle und hielten ihren Vermittlungswunsch aufrecht. Vergleicht man diese beiden Gruppen miteinander (keine weitere Vermittlung mehr erwünscht vs. weitere Vermittlung erwünscht), wird deutlich, dass sich die jeweiligen Anteile in den einzelnen Verbleibsformen unterscheiden. → **Tabelle A1.3-3** zeigt, dass insbesondere die Einmündung in Fördermaßnahmen mit einem häufigeren Wunsch nach weiterer Vermittlung in Zusammenhang steht: Fast ein Viertel (23,3 % bzw. 14.522) der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch waren in Fördermaßnahmen eingemündet, davon die meisten in berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (11.370 bzw. 18,2 %). Demgegenüber befanden sich nur 6.152 (5,8 %) der alternativ verbliebenen Jugendlichen ohne weiteren Vermittlungswunsch in einer Fördermaßnahme (berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme im Rehabereich,

Einstiegsqualifizierung, sonstige Förderung, sonstige Förderung im Rehabereich).

Ein ebenfalls großer Abstand zwischen den beiden Gruppen lässt sich hinsichtlich des Verbleibs in der Schule feststellen. Während der Anteil der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch, die nun eine Schule besuchten, bei 30,7 % (19.177) lag, fiel der Schüleranteil bei den alternativ verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen ohne weiteren Vermittlungswunsch mit 50,4 % (53.717) wesentlich höher aus. Darüber hinaus war auch der Anteil der Studienanfänger/-innen unter den alternativ verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen mit weiterem Vermittlungswunsch deutlich geringer als in der Vergleichsgruppe (2,2 % bzw. 1.379 vs. 8,4 % bzw. 8.943). Der Anteil der Erwerbstätigen lag bei den Bewerbern und Bewerberinnen mit weiterem Vermittlungswunsch (9.833 bzw. 15,7 %) leicht unter dem der Jugendlichen ohne weiteren Vermittlungswunsch (18.306 bzw. 17,2 %). Des Weiteren zeigten sich Unterschiede hinsichtlich der Einmündung in ein Praktikum und in die Einstiegsqualifizierung. Jugendliche mit weiterem Vermittlungswunsch verblieben öfter in einem Praktikum (6,3 % vs. 2,3 %) und häufiger in einer Einstiegsqualifizierung (3,6 % vs. 0,7 %) als Jugendliche ohne weiteren Vermittlungswunsch. Zudem führten Bewerber/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch häufiger ihre bisherige Berufsausbildung weiter (11,3 %) als Bewerber/-innen ohne weiteren Vermittlungswunsch (6,7 %). Die Anteile der alternativ Verbliebenen mit weiterem Vermittlungswunsch, die ein berufsvorbereitendes Jahr (1,6 % vs. 1,0 %), ein Berufsgrundbildungsjahr (2,8 % vs. 2,4 %), gemeinnützige bzw. soziale Dienste (5,8 % vs. 5,1 %) begannen oder zur Bundeswehr gingen (0,4 % vs. 0,9 %), lagen dagegen ähnlich hoch wie in der Gruppe der alternativ Verbliebenen ohne weiteren Vermittlungswunsch.

Ausbildungsstellenbewerber/-innen, die die Schule vor dem Berichtsjahr 2013 verlassen haben

Von den insgesamt 561.168 im Berichtsjahr 2013 bei den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen um eine Berufsausbildungsstelle waren 231.400 bzw. 41,2 %

Tabelle A1.3-4: Entwicklung der Zahl der bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen, welche die Schule bereits vor dem Berichtsjahr verließen

Region/Schulabgangsjahr		Berichtsjahr 2013 ¹	Berichtsjahr 2012 ¹	Veränderung 2013 zu 2012	
				absolut	in %
Bundesgebiet					
gemeldete Bewerber/-innen insgesamt ²	absolut	561.168	561.783	-615	-0,1
<i>darunter:</i>					
Schulabgang vor dem Berichtsjahr ³	absolut	231.400	233.546	-2.146	-0,9
	in % von insgesamt	41,2	41,6		
<i>davon:</i>					
Schulabgang im Vorjahr	absolut	95.792	99.101	-3.309	-3,3
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr“	41,4	42,4		
Schulabgang im Vorvorjahr oder früher	absolut	135.608	134.445	1.163	0,9
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr“	58,6	57,6		
Alte Länder					
gemeldete Bewerber/-innen insgesamt ²		468.759	468.661	98	< 0,1
<i>darunter:</i>					
Schulabgang vor dem Berichtsjahr ³	absolut	184.948	186.769	-1.821	-1,0
	in % von insgesamt	39,5	39,9		
<i>davon:</i>					
Schulabgang im Vorjahr	absolut	80.197	83.500	-3.303	-4,0
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr“	43,4	44,7		
Schulabgang im Vorvorjahr oder früher	absolut	104.751	103.269	1.482	1,4
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr“	56,6	55,3		
Neue Länder					
gemeldete Bewerber/-innen insgesamt ²		91.098	92.914	-1.816	-2,0
<i>darunter:</i>					
Schulabgang vor dem Berichtsjahr ³	absolut	45.753	46.694	-941	-2,0
	in % von insgesamt	50,2	50,3		
<i>davon:</i>					
Schulabgang im Vorjahr	absolut	15.475	15.563	-88	-0,6
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr“	33,8	33,3		
Schulabgang im Vorvorjahr oder früher	absolut	30.278	31.131	-853	-2,7
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr“	66,2	66,7		

¹ Jeweils Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.

² Die Summe der für alte und neue Länder ausgewiesenen Bewerberzahlen ist jeweils etwas geringer als die Gesamtangabe für das Bundesgebiet, was auf nicht zuordenbare Fälle zurückzuführen ist.

³ Im Berichtsjahr 2013 war für insgesamt 3.649 Bewerber/-innen (alte Länder: 2.688, neue Länder: 559) keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden, im Berichtsjahr 2012 für insgesamt 5.054 Bewerber/-innen (alte Länder: 3.737, neue Länder: 1.313).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

bereits vor dem Berichtszeitraum (Oktober 2012 bis September 2013) von der allgemeinbildenden oder beruflichen Schule abgegangen **E**. Von ihnen hatten 41,4 % die Schule im Vorjahr verlassen und 58,6 % noch früher → **Tabelle A1.3-4**. Verglichen mit dem vorherigen Berichtsjahr 2012 reduzierte sich die Zahl der Bewerber/-innen mit Schulabgang in früheren Jahren (Vorjahr: 233.546) um 2.146 bzw. 0,9 %. Ihr relativer Anteil an allen Bewerbern und

Bewerberinnen (Vorjahr: 41,6 %) ging im aktuellen Berichtsjahr 2013 um lediglich 0,4 Prozentpunkte zurück.

In den alten Ländern nahm die Zahl der Bewerber/-innen aus früheren Schulentlassjahrgängen im Berichtsjahr 2013 um 1,0 % ab und in den neuen Ländern um 2,0 %. Der relative Anteil der Bewerber/-innen mit Schulabgang in vorherigen Jahren

an allen Bewerbern und Bewerberinnen fiel in den neuen Ländern mit 50,2% nach wie vor wesentlich höher aus als in den alten Ländern mit 39,5%. Die Bewerber/-innen mit früherem Schulabgang hatten in den alten Ländern mit 43,4% erheblich häufiger die Schule erst ein Jahr zuvor beendet als in den neuen Ländern mit 33,8%. In den neuen Ländern waren sie dagegen wesentlich öfter (66,2%) bereits 2 Jahre zuvor oder noch früher von der Schule abgegangen als in den alten Ländern (56,6%). Verglichen mit dem vorherigen Berichtsjahr 2012 blieb die Verteilung der Bewerber/-innen nach Zeitpunkt des Schulabgangs in den alten und neuen Ländern nahezu unverändert → **Tabelle A1.3-4**.

E Bewerber/-innen um Berufsausbildungsstellen, die die Schule vor dem Berichtsjahr verlassen haben

In der Ausbildungsmarktstatistik der BA werden die Bewerber/-innen um Berufsausbildungsstellen nach dem Schulabgangsjahr differenziert. Es werden folgende Gruppen unterschieden:

- Bewerber/-innen mit Schulabgang im Berichtsjahr,
- Bewerber/-innen mit Schulabgang im Vorjahr,
- Bewerber/-innen mit Schulabgang in früheren Jahren.

Das Schulabgangsjahr bezieht sich dabei nicht nur auf die allgemeinbildende Schule, sondern es werden auch im Anschluss an die allgemeinbildende Schule besuchte berufliche Schulen berücksichtigt. Für das Schulabgangsjahr zählt also die zuletzt beendete allgemeinbildende oder berufliche Schule.

Bei den Bewerbern und Bewerberinnen mit Schulabgang vor dem Berichtsjahr handelt es sich somit um Personen, die im Laufe des aktuellen Berichtszeitraums keine Schule mehr besuchten, sondern an einer berufsvorbereitenden Maßnahme der BA teilnahmen, eine Einstiegsqualifizierung oder ein sonstiges Betriebspraktikum absolvierten, einen gemeinnützigen bzw. sozialen Dienst leisteten, eine erneute Ausbildung anstrebten (z. B. nach einer ohne Abschluss beendeten Ausbildung), einer Erwerbstätigkeit nachgingen, auf Arbeits- bzw. Ausbildungssuche waren oder aus privaten Gründen zu Hause blieben. Sie sind in der Vergangenheit häufig als „Altbewerber/-innen“ bezeichnet worden, obwohl unbekannt ist, ob sie sich in den Vorjahren tatsächlich einmal um eine Ausbildungsstelle beworben

haben oder nicht. In dieser Bewerbergruppe dürfte sich daher ein mehr oder weniger großer Anteil von Jugendlichen befinden, die vor dem aktuellen Berichtsjahr überhaupt noch keine Berufsausbildung angestrebt und sich daher früher auch noch nie beworben haben. Umgekehrt werden nach dieser Definition aber auch Jugendliche, die nach erfolglosen Bewerbungen um eine Berufsausbildungsstelle teilqualifizierende schulische Bildungsgänge absolvierten, als aktuelle Schulabgänger/-innen eingestuft und nicht als Altbewerber/-innen.

Aus diesem Grund enthält die BA-Statistik inzwischen auch Angaben über die Bewerber/-innen für Berufsausbildungsstellen, die nicht nur im aktuellen Berichtsjahr, sondern bereits auch in einem früheren Berichtsjahr mit Unterstützung einer Arbeitsagentur oder eines Jobcenters eine Ausbildungsstelle gesucht haben (vgl. Gehricke/Kahler/Kohlmann 2010). Für das Berichtsjahr 2013 wurden die Zahlen der Bewerber/-innen veröffentlicht, die 1 oder 2 Jahre vorher bereits einmal bei einer Arbeitsagentur oder einem Jobcenter registriert waren (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2013). Aus diesen Angaben geht allerdings nicht hervor, wann die Jugendlichen *erstmal*s Bewerber/-innen waren.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung definiert die Personengruppe der Altbewerber/-innen anders: Im Rahmen von Stichprobenerhebungen, wie der regelmäßig durchgeführten BA/BIBB-Bewerberbefragung, werden als Altbewerber/-innen diejenigen Personen betrachtet, die sich tatsächlich bereits einmal für einen früheren Ausbildungsbeginn als im jeweils aktuellen Ausbildungsjahr beworben haben (vgl. **Kapitel A3.2**). Erfasst wird dabei das Jahr, für welches sich der/die Jugendliche *erstmal*s um eine Ausbildungsstelle bemühte. Dabei spielt weder das Schulabgangsjahr eine Rolle noch die Frage, ob der/die Jugendliche früher bereits bei einer Arbeitsagentur oder einem Jobcenter als Bewerber/-in um eine Ausbildungsstelle gemeldet war. Diese Definition hat den Vorteil, Aufschluss über die Gesamtdauer der bisherigen Such- und Bewerbungsprozesse der Jugendlichen zu geben.

Im Hinblick auf die Strukturmerkmale der Bewerber/-innen ist für das Berichtsjahr 2013 Folgendes festzustellen: Die Verteilung nach Geschlecht unterschied sich insgesamt nicht nennenswert zwischen Bewerbern und Bewerberinnen mit Schulabgang in den Vorjahren (Männer: 55,2%, Frauen: 44,8%) und Bewerber/-innen mit Schulabgang im aktuellen Jahr

Tabelle A1.3-5: **Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2013¹ bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – Bundesgebiet**

Merkmale der Bewerber/-innen	Insgesamt		Schulabgangsjahr ²							
			Schulabgang im Berichtsjahr		Schulabgang vor dem Berichtsjahr		darunter:			
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht										
männlich	313.047	55,8	183.260	56,2	127.778	55,2	51.870	54,1	75.908	56,0
weiblich	248.121	44,2	142.859	43,8	103.622	44,8	43.922	45,9	59.700	44,0
Schulabschluss										
ohne Hauptschulabschluss	8.868	1,6	2.150	0,7	6.205	2,7	2.188	2,3	4.017	3,0
Hauptschulabschluss	156.414	27,9	69.232	21,2	86.243	37,3	27.488	28,7	58.755	43,3
Realschulabschluss	237.904	42,4	156.105	47,9	81.267	35,1	32.404	33,8	48.863	36,0
Fachhochschulreife	71.073	12,7	51.059	15,7	19.940	8,6	11.813	12,3	8.127	6,0
allgemeine Hochschulreife	65.377	11,7	47.488	14,6	17.806	7,7	11.437	11,9	6.369	4,7
keine Angabe	21.532	3,8	85	0,0	19.939	8,6	10.462	10,9	9.477	7,0
Art des Verbleibs										
Schule/Studium/Praktikum	95.861	17,1	90.597	27,8	5.083	2,2	3.111	3,2	1.972	1,5
Berufsausbildung	289.597	51,6	168.027	51,5	120.499	52,1	58.704	61,3	61.795	45,6
davon:										
<i>Berufsausbildung ungefordert</i>	251.853	44,9	161.373	49,5	89.557	38,7	47.700	49,8	41.857	30,9
<i>Berufsausbildung gefördert</i>	37.744	6,7	6.654	2,0	30.942	13,4	11.004	11,5	19.938	14,7
Erwerbstätigkeit	28.139	5,0	5.719	1,8	21.946	9,5	5.487	5,7	16.459	12,1
gemeinnützige/soziale Dienste	10.211	1,8	7.481	2,3	2.713	1,2	1.763	1,8	950	0,7
Fördermaßnahmen	20.704	3,7	12.449	3,8	8.149	3,5	3.487	3,6	4.662	3,4
ohne Angabe eines Verbleibs	116.656	20,8	41.846	12,8	73.010	31,6	23.240	24,3	49.770	36,7
Insgesamt	561.168	100,0	326.119	100,0	231.400	100,0	95.792	100,0	135.608	100,0

¹ Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.

² Im Berichtsjahr 2013 war für insgesamt 3.649 Bewerber/-innen keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

(Männer: 56,2%, Frauen: 43,8%) → **Tabelle A1.3-5**. In beiden Bewerbergruppen waren junge Männer demnach deutlich häufiger vertreten als junge Frauen. Dies traf auch bei einer Differenzierung nach alten und neuen Ländern zu → **Tabellen A1.3-6 und A1.3-7**.

Insgesamt besaßen Bewerber/-innen aus früheren Schulentlassjahren vergleichsweise selten einen mittleren Schulabschluss (35,1%) oder die (Fach-) Hochschulreife (16,3%), dagegen wiesen sie relativ häufig einen Hauptschulabschluss auf (37,3%) oder hatten diesen nicht erreicht (2,7%). Besonders oft hatten Bewerber/-innen, die die Schule bereits vor

Tabelle A1.3-6: **Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2013¹ bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – alte Länder**

Merkmale der Bewerber/-innen	Insgesamt		Schulabgangsjahr ²							
			Schulabgang im Berichtsjahr		Schulabgang vor dem Berichtsjahr		darunter:			
							Schulabgang im Vorjahr		Schulabgang im Vorvorjahr oder noch früher	
absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
Geschlecht										
männlich	261.074	55,7	157.326	56,0	102.319	55,3	43.344	54,0	58.975	56,3
weiblich	207.685	44,3	123.797	44,0	82.629	44,7	36.853	46,0	45.776	43,7
Schulabschluss										
ohne Hauptschulabschluss	6.191	1,3	1.627	0,6	4.129	2,2	1.531	1,9	2.598	2,5
Hauptschulabschluss	130.849	27,9	60.533	21,5	69.500	37,6	22.928	28,6	46.572	44,5
Realschulabschluss	197.167	42,1	132.014	47,0	64.711	35,0	27.632	34,5	37.079	35,4
Fachhochschulreife	65.265	13,9	47.360	16,8	17.837	9,6	10.739	13,4	7.098	6,8
allgemeine Hochschulreife	52.959	11,3	39.512	14,1	13.377	7,2	8.858	11,0	4.519	4,3
keine Angabe	16.328	3,5	77	0,0	15.394	8,3	8.509	10,6	6.885	6,6
Art des Verbleibs										
Schule/Studium/Praktikum	86.330	18,4	81.967	29,2	4.219	2,3	2.656	3,3	1.563	1,5
Berufsausbildung	238.860	51,0	140.246	49,9	97.832	52,9	49.020	61,1	48.812	46,6
davon:										
<i>Berufsausbildung ungefördert</i>	209.325	44,7	135.218	48,1	73.448	39,7	40.342	50,3	33.106	31,6
<i>Berufsausbildung gefördert</i>	29.535	6,3	5.028	1,8	24.384	13,2	8.678	10,8	15.706	15,0
Erwerbstätigkeit	24.058	5,1	5.237	1,9	18.439	10,0	4.908	6,1	13.531	12,9
gemeinnützige/soziale Dienste	8.500	1,8	6.218	2,2	2.268	1,2	1.496	1,9	772	0,7
Fördermaßnahmen	18.155	3,9	11.396	4,1	6.675	3,6	3.091	3,9	3.584	3,4
ohne Angabe eines Verbleibs	92.856	19,8	36.059	12,8	55.515	30,0	19.026	23,7	36.489	34,8
Insgesamt	468.759	100,0	281.123	100,0	184.948	100,0	80.197	100,0	104.751	100,0

¹ Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.

² Im Berichtsjahr 2013 war für insgesamt 2.688 Bewerber/-innen keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

2 oder mehr Jahren beendet hatten, maximal einen Hauptschulabschluss (46,3%). Demgegenüber verfügten Bewerber/-innen, die die Schule im aktuellen Jahr verlassen hatten, wesentlich häufiger über einen mittleren oder höheren Schulabschluss (47,9% bzw. 30,3%) und viel seltener über maximal einen Hauptschulabschluss (21,7%) → [Tabelle A1.3-5](#). Dabei ist zu berücksichtigen, dass für insgesamt 8,6%

der Bewerber/-innen aus vorangegangenen Schulabgangsjahren keine Angaben zum Schulabschluss vorlagen, während für diejenigen, die im aktuellen Jahr von der Schule abgegangen waren, nahezu vollständige Informationen hierzu vorhanden waren. Sowohl in den alten Ländern als auch in den neuen Ländern verfügten Bewerber/-innen aus früheren Schulentlassjahren wesentlich häufiger über maxi-

Tabelle A1.3-7: **Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2013¹ bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – neue Länder**

Merkmale der Bewerber/-innen	Insgesamt		Schulabgangsjahr ²							
			Schulabgang im Berichtsjahr		Schulabgang vor dem Berichtsjahr		darunter:			
							Schulabgang im Vorjahr		Schulabgang im Vorjahr oder noch früher	
absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
Geschlecht										
männlich	51.169	56,2	25.821	57,7	25.030	54,7	8.458	54,7	16.572	54,7
weiblich	39.929	43,8	18.965	42,3	20.723	45,3	7.017	45,3	13.706	45,3
Schulabschluss										
ohne Hauptschulabschluss	2.676	2,9	523	1,2	2.075	4,5	657	4,2	1.418	4,7
Hauptschulabschluss	25.498	28,0	8.677	19,4	16.698	36,5	4.550	29,4	12.148	40,1
Realschulabschluss	40.405	44,4	24.037	53,7	16.278	35,6	4.746	30,7	11.532	38,1
Fachhochschulreife	5.733	6,3	3.671	8,2	2.056	4,5	1.061	6,9	995	3,3
allgemeine Hochschulreife	12.005	13,2	7.870	17,6	4.122	9,0	2.517	16,3	1.605	5,3
keine Angabe	4.781	5,2	8	0,0	4.524	9,9	1.944	12,6	2.580	8,5
Art des Verbleibs										
Schule/Studium/Praktikum	9.445	10,4	8.571	19,1	848	1,9	449	2,9	399	1,3
Berufsausbildung	50.244	55,2	27.700	61,8	22.401	49,0	9.637	62,3	12.764	42,2
davon:										
<i>Berufsausbildung ungefördert</i>	42.037	46,1	26.074	58,2	15.845	34,6	7.311	47,2	8.534	28,2
<i>Berufsausbildung gefördert</i>	8.207	9,0	1.626	3,6	6.556	14,3	2.326	15,0	4.230	14,0
Erwerbstätigkeit	3.983	4,4	477	1,1	3.447	7,5	568	3,7	2.879	9,5
gemeinnützige/soziale Dienste	1.708	1,9	1.261	2,8	444	1,0	266	1,7	178	0,6
Fördermaßnahmen	2.547	2,8	1.052	2,3	1.473	3,2	396	2,6	1.077	3,6
ohne Angabe eines Verbleibs	23.171	25,4	5.725	12,8	17.140	37,5	4.159	26,9	12.981	42,9
Insgesamt	91.098	100,0	44.786	100,0	45.753	100,0	15.475	100,0	30.278	100,0

¹ Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.

² Im Berichtsjahr 2013 war für insgesamt 559 Bewerber/-innen keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

mal einen Hauptschulabschluss als diejenigen, die im aktuellen Jahr die Schule beendet hatten → [Tabellen A1.3-6 und A1.3-7](#).

Auch hinsichtlich des Verbleibs gab es erhebliche Unterschiede, je nachdem, wie lange der letzte Schulbesuch zurücklag: So konnten 49,5% der Bewerber/-innen, die im aktuellen Jahr die Schule

verlassen hatten, in eine ungeförderter Berufsausbildung vermittelt werden, während dies bei denjenigen mit einem Schulabgang in den Vorjahren nur auf insgesamt 38,7% zutraf → [Tabelle A1.3-5](#). War die Schule ein Jahr zuvor beendet worden, befanden sich die Bewerber/-innen allerdings mit 49,8% ebenso häufig in ungeförderter Berufsausbildung wie bei einem Schulabgang im aktuellen Jahr. Erfolgte der

Schulabgang bereits 2 oder mehr Jahre zuvor, ging der betreffende Anteil dagegen auf 30,9 % zurück. Für die Bewerber/-innen aus früheren Schulentlassjahrgängen gab es eine starke Kompensation durch die geförderte Berufsausbildung: Insgesamt 13,4 % von ihnen verblieben in einem solchen Ausbildungsverhältnis. Damit war der Anteil der Bewerber/-innen, die insgesamt in eine (geförderte oder ungeförderte) Berufsausbildung vermittelt wurden, bei einem Verlassen der Schule in vorherigen Jahren mit 52,1 % sogar etwas höher als bei einem Schulabgang im aktuellen Jahr (51,5 %). Besonders häufig konnte eine Berufsausbildung aufgenommen werden, wenn die Schule ein Jahr zuvor beendet worden war (61,3 %), während dies bei einem zwei oder mehr Jahre zurückliegenden Schulbesuch weit seltener gelang (45,6 %).

Zwischen alten und neuen Ländern waren im Hinblick auf den Verbleib der Bewerber/-innen relativ starke Abweichungen zu verzeichnen: In den alten Ländern konnten insgesamt 49,9 % der Bewerber/-innen mit Schulabgang im aktuellen Jahr in eine (geförderte oder ungeförderte) Berufsausbildung vermittelt werden, bei denjenigen aus früheren Schulentlassjahrgängen fiel der Anteil mit 52,9 % etwas höher aus. In den neuen Ländern, in denen die Vermittlungsquote in Berufsausbildung im Vergleich zu den alten Ländern insgesamt höher lag, war dies anders: Bewerber/-innen, die die Schule im aktuellen Jahr beendet hatten, verblieben mit 61,8 % viel häufiger in Berufsausbildung als diejenigen mit Schulabgang in vorangegangenen Jahren mit 49,0 %
→ **Tabellen A1.3-6 und A1.3-7.**

Bundesweit lagen den Arbeitsagenturen und Jobcentern von den Bewerbern und Bewerberinnen, die die Schule bereits in früheren Jahren verlassen hatten, mit 31,6 % wesentlich häufiger keine Informationen zum Verbleib vor als von denjenigen mit aktuellem Schulabgang (12,8 %). Der Anteil der offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen betrug 24,3 %, wenn die Schule ein Jahr zuvor beendet worden war. Besonders oft war der Verbleib jedoch unbekannt, wenn der Schulabgang schon 2 Jahre oder länger zurücklag (36,7 %). Dies deutet darauf hin, dass die Neigung der Bewerber/-innen, sich nicht mehr bei der Arbeitsverwaltung zurückzumelden, mit der

Dauer der (erfolglosen) Ausbildungsplatzsuche deutlich ansteigt.

An dieser Stelle soll auch kurz auf die Ergebnisse eingegangen werden, die die BA-Statistik zusätzlich über die Bewerber/-innen ausweist, die nicht nur im aktuellen Berichtsjahr, sondern bereits in einem früheren Berichtsjahr mit Unterstützung einer Arbeitsagentur oder eines Jobcenters eine Ausbildungsstelle gesucht hatten **E**. Von den insgesamt 561.168 Bewerbern und Bewerberinnen des Berichtsjahrs 2013 waren demnach 165.779 bereits in einem der beiden Vorjahre als Ausbildungsstellenbewerber/-in registriert – dies entspricht einem Anteil von 29,5 %. In den alten Ländern lag der betreffende Anteil mit 29,7 % nur wenig höher als in den neuen Ländern mit 29,2 %.

Unbesetzte Berufsausbildungsstellen und unvermittelte Bewerber/-innen zum 30. September

Die unbesetzten Berufsausbildungsstellen **E** in Betrieben stellen auf der Angebotsseite und die zum 30. September noch Ausbildungsstellen suchenden Bewerber/-innen auf der Nachfrageseite die bei der Vermittlung nicht zum Zuge gekommenen „Restgrößen“ in der Bilanz des Ausbildungsstellenmarkts dar. Damit gehen beide Größen in die Berechnung des Gesamtangebots sowie der Gesamtnachfrage ein (**vgl. Kapitel A1.1**).

E Zum 30. September noch unbesetzte Berufsausbildungsstellen

Die BA definiert unbesetzte Berufsausbildungsstellen als alle gemeldeten Berufsausbildungsstellen, die bis zum Stichtag am 30. September nicht besetzt und nicht zurückgezogen wurden. Das heißt, unbesetzte Ausbildungsstellen sind betriebliche Berufsausbildungsstellen¹², die im Laufe des Berichtsjahres gemeldet wurden und am 30. September immer noch zur Vermittlung zur Verfügung stehen.

12 Zur Definition von betrieblichen und außerbetrieblichen Berufsausbildungsstellen siehe www.bibb.de/de/wlk30323.htm.

Tabelle A1.3-8: Bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldete unbesetzte Ausbildungsstellen und unvermittelte Bewerber/-innen, Berichtsjahre 2012 und 2013¹ nach Ländern

Bundesland	Gemeldete Ausbildungsstellen ²						Gemeldete Bewerber/-innen						Unbesetzte Ausbildungsplätze je un- vermittelten Bewerber bzw. unvermittelte Bewerberin	
	Insgesamt		Unbesetzte Ausbildungsstellen ²		Anteil der unbesetzten Ausbildungsstellen an allen gemeldeten Ausbildungsstellen		Insgesamt		Unvermittelte Bewerber/-innen		Anteil der unver- mittelten Bewerber/ -innen an allen ge- meldeten Bewerbern und Bewerberinnen		2013	2012
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Baden-Württemberg	72.172	74.331	4.895	5.548	6,8	7,5	66.109	65.318	8.905	8.392	13,5	12,8	0,55	0,66
Bayern	95.196	94.439	9.239	9.472	9,7	10,0	81.075	82.257	7.742	7.163	9,5	8,7	1,19	1,32
Berlin	14.550	14.553	684	451	4,7	3,1	22.093	21.785	2.404	3.610	10,9	16,6	0,28	0,12
Brandenburg	11.895	13.501	1.073	914	9,0	6,8	14.340	14.758	1.768	1.915	12,3	13,0	0,61	0,48
Bremen	5.089	4.672	261	234	5,1	5,0	4.765	4.496	885	760	18,6	16,9	0,29	0,31
Hamburg	10.866	10.625	664	169	6,1	1,6	8.446	8.365	2.423	1.776	28,7	21,2	0,27	0,10
Hessen	33.547	36.460	2.030	1.945	6,1	5,3	44.938	44.965	7.563	6.444	16,8	14,3	0,27	0,30
Mecklenburg-Vorpommern	11.617	12.018	1.272	1.304	10,9	10,9	8.839	8.947	858	666	9,7	7,4	1,48	1,96
Niedersachsen	52.997	53.591	2.348	2.580	4,4	4,8	64.934	68.173	12.601	11.259	19,4	16,5	0,19	0,23
Nordrhein-Westfalen	101.360	104.151	5.372	4.694	5,3	4,5	143.958	141.251	24.487	21.436	17,0	15,2	0,22	0,22
Rheinland-Pfalz	25.195	25.869	1.285	1.122	5,1	4,3	29.274	29.361	4.425	4.373	15,1	14,9	0,29	0,26
Saarland	6.149	6.357	327	353	5,3	5,6	6.284	6.533	957	869	15,2	13,3	0,34	0,41
Sachsen	20.040	20.858	1.346	1.645	6,7	7,9	21.150	21.801	2.340	2.049	11,1	9,4	0,58	0,80
Sachsen-Anhalt	12.959	13.058	593	730	4,6	5,6	13.336	14.023	1.299	1.292	9,7	9,2	0,46	0,57
Schleswig-Holstein	17.422	18.114	848	872	4,9	4,8	18.976	17.942	2.935	2.830	15,5	15,8	0,29	0,31
Thüringen	13.289	14.122	1.225	1.119	9,2	7,9	11.340	11.600	964	978	8,5	8,4	1,27	1,14
Alte Länder³	419.993	428.609	27.269	26.989	6,5	6,3	468.759	468.661	73.637	65.452	15,7	14,0	0,37	0,41
Neue Länder³	84.350	88.110	6.193	6.163	7,3	7,0	91.098	92.914	9.633	10.510	10,6	11,3	0,64	0,59
Bundesgebiet³	504.542	517.102	33.534	33.274	6,6	6,4	561.168	561.783	83.564	75.984	14,9	13,5	0,40	0,44

¹ Jeweils Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.

² Ohne bei den Jobcentern der zugelassenen kommunalen Träger (JC zkt) gemeldete Stellen.

³ Die Summen der für die einzelnen Länder ausgewiesenen Zahlen sind wegen nicht zuordenbarer Fälle jeweils etwas geringer als die Gesamtangaben.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Zum 30. September noch unvermittelte Bewerber/-innen

Nach § 86 Absatz 2b BBiG ist die Zahl der bei der BA gemeldeten und am 30. September noch Ausbildungsplätze suchenden Bewerber/-innen zu berichten. Diese auch als noch unvermittelte Bewerber/-innen bezeichnete Gruppe setzt sich aus den offiziell unversorgten Bewerbern und Bewerberinnen und den alternativ verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen mit weiterem Vermittlungswunsch zusammen.¹³

Im Berichtsjahr 2013 blieben von den insgesamt 504.542 gemeldeten Stellen 33.534 unbesetzt.¹⁴ Der Anteil der unbesetzten Stellen lag bei 6,6 % und damit leicht höher als im Vorjahr (33.274 bzw. 6,4 %).

Der Anteil der noch unvermittelten Bewerber/-innen an allen Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen nahm 2013 im Vergleich zum Berichtsjahr 2012 ebenfalls leicht zu → **Tabelle A1.3-8**. Für 14,9 % (83.564) liefen nach Abschluss des Berichtsjahres am 30. September 2013 die Vermittlungsbemühungen weiter; im Vorjahr lag ihr Anteil bei 13,5 % (75.984). Nach Regionen differenziert zeigt sich eine starke Varianz: In den alten Bundesländern fiel der Anteil der unvermittelten Bewerber/-innen höher aus (15,7 % bzw. 73.637) als in den neuen Ländern (10,6 % bzw. 9.633). Im Vergleich zum Berichtsjahr 2012 stieg ihre Zahl in den alten Ländern (+12,5 % bzw. +8.185), während sie in den neuen Ländern sank (-8,3 % bzw. -877). Der höchste Anteil an unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen wurde 2013 in Hamburg (28,7 %) und der niedrigste in Thüringen (8,5 %) registriert. In allen Bundesländern bis auf Berlin, Brandenburg und Schleswig-Holstein nahm der Anteil der unvermittelten Bewerber/-innen im Ver-

gleich zum Vorjahr zu. Den höchsten Zuwachs gab es 2013 in Hamburg (28,7 % vs. 21,2 %). In Berlin konnte dagegen der größte Rückgang verbucht werden (10,9 % vs. 16,6 %).

Dass der Anteil der unvermittelten Bewerber und Bewerberinnen im Berichtsjahr 2013 in Hamburg mit 28,7 % überdurchschnittlich hoch ausfiel und im Vergleich zum Vorjahr stark gestiegen war, sollte nicht vorschnell mit einer besonders angespannten Lage in diesem Bundesland erklärt werden. Vielmehr dürfte der hohe Anteil der unvermittelten Bewerber/-innen auch auf die Umstellung der Ausbildungsvermittlung im Rahmen des Hamburger Modells zurückzuführen sein. So hat Hamburg im September 2012 als erstes Bundesland flächendeckend eine Jugendberufsagentur eingerichtet, die das Ziel hat, alle Jugendlichen bis zum Eintritt in Ausbildung oder Arbeit zu betreuen. Unter anderem werden alle Schulabsolventen und -absolventinnen so lange aktiv angesprochen, bis sie eine Ausbildung bzw. Arbeit aufgenommen haben. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund des engen Kontakts der Jugendberufsagenturen zu den Bewerbern und Bewerberinnen die Lage der Jugendlichen statistisch besser abgebildet wird.

Betrachtet man die Relation der unbesetzten Ausbildungsstellen zu den unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen, so war 2013 eine große rechnerische Lücke feststellbar: Auf Bundesebene betrug die Stellen-Bewerber-Relation 0,40. Das heißt, einem unvermittelten Bewerber bzw. einer unvermittelten Bewerberin stand rechnerisch noch nicht einmal eine Ausbildungsstelle zur Verfügung – und dennoch hat sich das Verhältnis im Vergleich zu früheren Berichtsjahren (z. B. 2010: 0,23 Ausbildungsstellen je Bewerber/-in) zugunsten der unvermittelten Bewerber/-innen verbessert. Gleichwohl verschlechterte sich das Verhältnis im Vergleich zum vorherigen Berichtsjahr 2012 (0,44 Ausbildungsstellen je Bewerber/-in) leicht. Eine leichte Verbesserung der Versorgungslage war jedoch in den neuen Ländern feststellbar (0,64 vs. 0,59), während sich die Situation in den alten Ländern verschlechterte (0,41 vs. 0,37). Damit fiel im Berichtsjahr 2013 – wie auch schon in den Vorjahren – das Verhältnis zwischen unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen und

13 Der Berufsbildungsbericht sowie der Datenreport zum Berufsbildungsbericht berücksichtigen seit einigen Jahren die so definierte Personengruppe. In der Vergangenheit wurden in der Berichterstattung meist nur die offiziell unversorgten Bewerber/-innen betrachtet. Bisweilen wird der Kreis der unvermittelten Bewerber/-innen auch aktuell noch abweichend definiert: Zum Beispiel zählt der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs lediglich die offiziell unversorgten Bewerber/-innen zu den erfolglosen Ausbildungsbewerbern und -bewerberinnen und lässt die alternativ verbliebenen Bewerber/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch außen vor, obwohl für diese die Vermittlungsbemühungen der BA weiterlaufen.

Tabelle A1.3-9: **Unbesetzte Ausbildungsstellen und unvermittelte Bewerber/-innen, Berichtsjahre 2012 und 2013¹ nach Berufsbereichen**

Berufsbereich	Unbesetzte Ausbildungsstellen ²		Unvermittelte Bewerber/-innen		Unbesetzte Plätze je unvermittelten Bewerber bzw. unvermittelte Bewerberin	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Land-, Tier- und Forstwirtschaftsberufe	285	228	1.116	1.098	0,3	0,2
Gartenbauberufe und Floristik	300	285	1.305	1.305	0,2	0,2
Rohstoffgewinnung und -aufbereitung, Glas- und Keramikherstellung und -verarbeitung	201	177	63	63	3,2	2,8
Kunststoffherstellung und -verarbeitung, Holzbe- und -verarbeitung	600	606	2.532	2.319	0,2	0,3
Papier- und Druckberufe, technische Mediengestaltung	201	210	1.662	1.533	0,1	0,1
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallbauberufe	1.044	987	2.619	2.364	0,4	0,4
Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe	1.056	936	7.080	6.165	0,1	0,2
Mechatronik-, Energie- und Elektroberufe	1.419	1.359	3.411	2.829	0,4	0,5
technische Forschungs-, Entwicklungs-, Konstruktions- und Produktionssteuerungsberufe	126	165	825	705	0,2	0,2
Textil- und Lederberufe	156	126	303	303	0,5	0,4
Lebensmittelherstellung und -verarbeitung	3.882	4.125	1.938	2.013	2,0	2,0
Bauplanungs-, Architektur- und Vermessungsberufe	15	24	63	57	0,2	0,4
Hoch- und Tiefbauberufe	993	864	1.155	1.170	0,9	0,7
(Innen-)Ausbauberufe	981	864	2.289	2.310	0,4	0,4
Gebäude- und versorgungstechnische Berufe	1.029	930	1.089	939	0,9	1,0
Mathematik-, Biologie-, Chemie- und Physikberufe	126	78	*	897	*	*
Geologie-, Geografie- und Umweltschutzberufe	54	33	*	24	*	*
Informatik-, Informations- und Kommunikationstechnologieberufe	582	510	2.277	1.845	0,3	0,3
Verkehrs- und Logistikberufe (außer Fahrzeugführung)	1.251	777	3.879	3.366	0,3	0,2
Führer/-innen von Fahrzeug- und Transportgeräten	414	501	441	405	0,9	1,2
Schutz-, Sicherheits- und Überwachungsberufe	141	186	369	345	0,4	0,5
Reinigungsberufe	285	279	90	93	3,2	3,0
Einkaufs-, Vertriebs- und Handelsberufe	336	369	2.757	2.436	0,1	0,2
Verkaufsberufe	7.866	8.427	15.576	14.475	0,5	0,6
Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe	4.263	4.668	3.681	3.327	1,2	1,4
Berufe in Unternehmensführung und -organisation	1.134	1.065	10.932	9.552	0,1	0,1
Berufe in Finanzdienstleistungen, Rechnungswesen und Steuerberatung	666	627	1.797	1.527	0,4	0,4
Berufe in Recht und Verwaltung	471	399	2.121	1.914	0,2	0,2
medizinische Gesundheitsberufe	1.407	1.377	5.148	4.824	0,3	0,3
nicht medizinische Gesundheits-, Körperpflege- und Wellnessberufe, Medizintechnik	1.842	1.710	2.376	2.469	0,8	0,7
Erziehung, soziale und hauswirtschaftliche Berufe, Theologie	69	48	327	*	0,2	*
sprach-, literatur-, geistes-, gesellschafts- und wirtschaftswissenschaftliche Berufe	0	*	15	18	0,0	*
Werbung, Marketing, kaufmännische und redaktionelle Medienberufe	120	123	462	396	0,3	0,3
Produktdesign und kunsthandwerkliche Berufe, bildende Kunst, Musikinstrumentenbau	129	117	1.020	960	0,1	0,1
darstellende und unterhaltende Berufe	45	*	771	723	0,1	*
nicht zugeordnete Berufe (incl. Berufe für Menschen mit Behinderungen)	45	51	948	873	0,0	0,1
Insgesamt	33.534	33.273	83.562	75.984	0,4	0,4

¹ Jeweils Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.

² Ohne bei den Jobcentern der zugelassenen kommunalen Träger (JC zkt) gemeldete Stellen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

unbesetzten Stellen in den neuen Ländern (0,64) höher aus als in den alten Ländern (0,37). Wiederum gestalteten sich die Verhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern besonders günstig. Hier standen 2013 einem unvermittelten Bewerber bzw. einer unvermittelten Bewerberin rein rechnerisch 1,48 Stellen zur Verfügung. Dennoch gab es auch in Mecklenburg-Vorpommern eine Verschlechterung im Vergleich zum Vorjahr, als einem unvermittelten Bewerber bzw. einer unvermittelten Bewerberin rein rechnerisch fast 2 Stellen (1,96 Stellen) gegenüberstanden. Relativ günstig waren die Verhältnisse mit mehr unbesetzten Stellen als unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen 2013 außerdem in Bayern (1,19) und Thüringen (1,27).

Neben der starken regionalen Varianz zeigen sich zudem berufsspezifische Disparitäten beim Verhältnis zwischen den noch unbesetzten Stellen und den unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen. Bundesweit konnten 2013 lediglich in den Berufsbereichen der Rohstoffgewinnung und -aufbereitung, Glas- und Keramikherstellung und -verarbeitung (3,2), der Lebensmittelherstellung und -verarbeitung (2,0), der Reinigungsberufe (3,2) und der Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe (1,2) mehr unbesetzte Stellen als unvermittelte Bewerber/-innen verbucht werden. In allen übrigen Berufsbereichen gab es zum Ende des Vermittlungsjahres am 30. September 2013 mehr unvermittelte Bewerber/-innen als unbesetzte Stellen. Unterdurchschnittlich fiel die Stellen-Bewerber-Relation z. B. in der Gruppe der Papier- und Druckberufe, der technischen Mediengestaltung, der Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe sowie im Bereich der darstellenden und unterhaltenden Berufe (jeweils 0,1) aus → [Tabelle A1.3-9](#).

Unvermittelte Bewerber/-innen nach Strukturmerkmalen

35.997 junge Frauen und 47.567 junge Männer blieben 2013 insgesamt offiziell unvermittelt und suchten am Ende des Berichtsjahrs 2013 weiterhin nach einer Ausbildungsstelle. Nur sehr wenige unvermittelte Bewerber/-innen (1.471 bzw. 1,8 %) verfügten über keinen Hauptschulabschluss. 29,5 % (24.658) wiesen einen Hauptschulabschluss auf.

Jugendliche mit mittleren Abschlüssen bildeten wie auch schon im letzten Berichtsjahr den größten Anteil der unvermittelten Ausbildungsplatzbewerber/-innen (34.059 bzw. 40,8 %). Rund ein Viertel der unvermittelten Bewerber/-innen besaß eine Studienberechtigung (20.933 bzw. 25,1 %). Damit nahm der Anteil der Studienberechtigten unter den unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen im Vergleich zum Vorjahr (17.953 bzw. 23,6 %) leicht zu. Der Anteil der Bewerber/-innen, zu denen keine Angaben zum Schulabschluss vorlagen, fiel mit 2,9 % bzw. 2.383 verhältnismäßig gering aus. Mehr als die Hälfte der unvermittelten Bewerber/-innen (44.210 bzw. 52,9 %) hatte zuvor eine berufsbildende Schule besucht und weitere 40,3 % (33.692) eine allgemeinbildende Schule. Bei der Gesamtgruppe der gemeldeten Bewerber/-innen hatte dagegen die Mehrheit zuvor eine allgemeinbildende Schule (52,1 %) und lediglich 41,7 % eine berufsbildende Schule besucht.

14,3 % aller unvermittelten Bewerber/-innen besaßen eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit. Damit lag die Ausländerquote bei den unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen etwas höher als in der Gesamtgruppe aller gemeldeten Bewerber/-innen (12,0 %). Einen Überblick über die Strukturmerkmale der unvermittelten Bewerber/-innen gibt → [Tabelle A1.3-10](#).

Zusammenfassung

Im Berichtsjahr 2013 wurden der BA 504.542 Ausbildungsstellen zur Vermittlung angeboten. Gleichzeitig waren 561.168 Jugendliche als Bewerber/-innen registriert. Damit war die Zahl der gemeldeten Stellen im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken, während die Bewerberzahl ähnlich hoch ausfiel wie im Berichtsjahr 2012.

Der Anteil der Bewerber/-innen, die die Schule vor dem aktuellen Berichtsjahr verließen, veränderte sich 2013 kaum. Wie im Vorjahr fiel ihr Anteil in den neuen Ländern mit 50,2 % wesentlich höher aus als in den alten Ländern (39,5 %). Bundesweit befand sich rund die Hälfte der Bewerber/-innen aus früheren Schulentlassjahrgängen am Ende des Berichtsjahrs 2013 in einer Berufsausbildung, davon

Tabelle A.1.3-10: Unvermittelte Bewerber/-innen nach Geschlecht, Schulabschluss, besuchter Schule, Staatsangehörigkeit und Alter, Berichtsjahre 2012 und 2013¹

Merkmale der Bewerber/-innen	Berichtsjahr 2013				Berichtsjahr 2012					
	Bundesgebiet ²		neue Länder		Bundesgebiet ²		alte Länder		neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht										
männlich	47.567	56,9	41.947	57,0	5.420	56,3	42.049	55,3	5.746	54,7
weiblich	35.997	43,1	31.690	43,0	4.213	43,7	33.935	44,7	4.764	45,3
Schulabschluss										
ohne Hauptschulabschluss	1.471	1,8	1.064	1,4	407	4,2	1.548	2,0	582	5,5
Hauptschulabschluss	24.658	29,5	21.383	29,0	3.265	33,9	23.300	30,7	3.669	34,9
Realschulabschluss	34.059	40,8	30.069	40,8	3.901	40,5	30.955	40,7	3.982	37,9
Fachhochschulreife	12.307	14,7	11.681	15,9	614	6,4	11.108	14,6	644	6,1
allgemeine Hochschulreife	8.686	10,4	7.520	10,2	1.076	11,2	6.845	9,0	1.107	10,5
keine Angaben	2.383	2,9	1.920	2,6	370	3,8	2.228	2,9	526	5,0
Besuchte Schule										
allgemeinbildende Schule	33.692	40,3	27.188	36,9	6.372	66,1	30.864	40,6	6.914	65,8
berufsbildende Schule	44.210	52,9	41.773	56,7	2.411	25,0	40.290	53,0	2.585	24,6
Hochschule und Akademien	3.042	3,6	2.579	3,5	422	4,4	2.232	2,9	370	3,5
keine Angabe	1.742	2,1	1.404	1,9	251	2,6	1.844	2,4	432	4,1
Staatsangehörigkeit										
deutsch	71.492	85,6	62.415	84,8	9.060	94,1	65.375	86,0	9.706	92,4
ausländisch	11.925	14,3	11.094	15,1	554	5,8	10.449	13,8	782	7,4
<i>darunter:</i>										
türkisch	5.610	6,7	5.410	7,3	200	2,1	5.238	6,9	317	3,0
italienisch	913	1,1	896	1,2	< 3	< 0,1	834	1,1	14	0,1
Alter										
15 Jahre und jünger	2.238	2,7	2.037	2,8	199	2,1	2.321	3,1	181	1,7
16 bis 18 Jahre	36.919	44,2	34.943	47,5	3.967	41,2	33.475	44,1	3.963	37,7
19 bis 20 Jahre	21.949	26,3	19.889	27,0	2.029	21,1	20.556	27,1	2.488	23,7
21 bis 24 Jahre	18.048	21,6	15.470	21,0	2.504	26,0	16.793	22,1	3.068	29,2
25 Jahre und älter/keine Angabe	4.410	5,3	1.298	1,8	934	9,7	2.839	3,7	810	7,7
Insgesamt	83.564	100,0	73.637	100,0	9.633	100,0	75.984	100,0	10.510	100,0

¹ Jeweils Zeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September.

² Abweichungen der Gesamtzahlen gegenüber den Summen der Einzelwerte sind auf nicht zuordenbare Angaben zurückzuführen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

rund ein Viertel in einer geförderten Ausbildung. Im Vergleich zu den Bewerbern und Bewerberinnen aus dem aktuellen Schulentlassjahr verblieben Bewerber/-innen aus früheren Entlassjahren überdurchschnittlich häufig unbekannt, was darauf hindeutet, dass sich ihre institutionelle Bindung zur BA stark abschwächte.

Ende September 2013 waren 83.564 (14,9%) Bewerber/-innen offiziell auf der Suche nach einer Ausbildungsstelle. Ihnen standen 33.534 (6,6%) unbesetzte Stellen gegenüber. Damit hat nicht nur die Zahl der unvermittelten Bewerber/-innen, sondern auch die Zahl der unbesetzten Stellen leicht zugenommen. Rein rechnerisch standen am Ende des Berichtsjahres 2013 lediglich 0,4 unbesetzte Stellen einem unvermittelten Bewerber bzw. einer unvermittelten Bewerberin gegenüber. Bundesweit reichte das Angebot somit selbst rechnerisch nicht aus, um alle unvermittelten Bewerber/-innen zu versorgen. Allerdings waren große regionale Unterschiede in der Versorgungslage der unvermittelten Bewerber/-innen feststellbar, wobei die Stellen-Bewerber-Relation 2013 zugunsten der unvermittelten Bewerber/-innen in den neuen Ländern insgesamt günstiger ausfiel als in den alten Ländern. Neben regionalen Disparitäten zeigten sich zudem starke Unterschiede bei der Stellen-Bewerber-Relation nach Berufsbereichen.

(Ursula Beicht, Verena Eberhard)

A1.4 Regionale Entwicklung der Berufsausbildung

Die Ausbildungschancen von Jugendlichen und die Möglichkeiten von Betrieben, angebotene Ausbildungsstellen zu besetzen, können regional erheblich variieren. Im Folgenden werden solche regionalen Unterschiede anhand ausgewählter Indikatoren zur Ausbildungsmarktsituation in den Arbeitsagenturbezirken **E** dargestellt. Neben zuvor bereits verwendeten Indikatoren, wie die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und der unbesetzten Ausbildungsstellen, der Umfang überwiegend öffentlich finanzierter Ausbildungsverhältnisse und die Angebots-Nachfrage-Relation (vgl. Kapitel A1.1 bis A1.3), dient die betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation in der erweiterten Fassung **E** als zentraler Indikator zur Beschreibung der regionalen Ausbildungsstellenmärkte.

Anders als in bisherigen Ausgaben des BIBB-Datenreports muss sich die diesjährige Regionalanalyse auf eine Beschreibung der Ausbildungsmarktsituation im aktuellen Berichtsjahr beschränken und auf den üblichen Vorjahresvergleich verzichten. Grund dafür ist die neue, zum 1. Januar 2013 in Kraft getretene Gebietsstruktur der Bundesagentur für Arbeit **E**, durch die die aktuellen Regionaldaten nicht mehr vollständig mit denen früherer Berichtsjahre vergleichbar sind. Ebenso muss auf die bislang übliche Auswertung der regionalen Schulabgängerdaten verzichtet werden, weil diese von den Bundesländern nicht einheitlich nach dem aktuellen Gebietsstand gemeldet wurden. Indikatoren, die auf regionalen Schulabsolventenzahlen basieren, können daher vorläufig nicht verwendet werden. Dies betrifft namentlich das Verhältnis des betrieblichen Ausbildungsstellenangebotes, der Ausbildungsplatznachfrage sowie des Bestands unversorgter Bewerber/-innen zu den Absolventen allgemeinbildender Schulen.

E Regionale Differenzierung nach Arbeitsagenturbezirken

Zum 1. Januar 2013 hat die Bundesagentur für Arbeit die schrittweise vorgenommene Änderung ihrer Gebietsstruktur abgeschlossen. Mit dieser Restrukturierung ist der Zuschnitt der Arbeitsagenturbezirke an bestehenden Kreisgrenzen

ausgerichtet und die Anzahl der Agenturbezirke von 176 auf 154 reduziert worden. Infolgedessen sind die für das Berichtsjahr 2013 vorliegenden Regionaldaten nicht mehr vollständig mit denen früherer Ausgaben des Datenreports vergleichbar. Weil für die neuen Arbeitsagenturbezirke keine Vorjahresdaten existieren, lässt sich auf der regionalen Ebene lediglich die Ausbildungsmarktsituation im Berichtsjahr, nicht aber die Veränderung zum Vorjahr abbilden.

Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation in der erweiterten Fassung

Anders als die allgemeine Angebots-Nachfrage-Relation (vgl. Kapitel A1.1) bezieht sich die betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation beim Ausbildungsangebot ausschließlich auf betriebliche Ausbildungsstellen und lässt überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsplätze unberücksichtigt. In der erweiterten Fassung berücksichtigt sie bei der Ausbildungsplatznachfrage zudem auch Jugendliche, die zwar in eine Alternative zur gewünschten Ausbildung gemündet sind, sich aber weiterhin an einem betrieblichen Ausbildungsplatz interessiert zeigen. Sofern nicht anders ausgewiesen, legen die nachfolgenden Angaben zur betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relation die erweiterte Fassung zugrunde.

Ausbildungsstellenmarkt

Im Berichtsjahr 2013 entfielen bundesweit durchschnittlich 88,3 betriebliche Ausbildungsstellenangebote auf 100 Nachfragende nach erweiterter Definition. Mit einem Minus von 0,7 Punkten ist die betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation im Vergleich zum Vorjahr insgesamt leicht zurückgegangen und hat sich von einem ausgeglichenen Verhältnis weiter entfernt → **Tabelle A1.4-1**. Über alle Arbeitsagenturbezirke variierte die betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation deutlich → **Schaubild A1.4-1**. Bei einer Standardabweichung **E** von 8,1 streute sie zwischen 72,4 und 124,0. Die niedrigsten Quotienten entfielen auf die Agenturbezirke Recklinghausen, Hameln und Gießen, die höchsten auf die Bezirke Stralsund, Passau und Weilheim → **Tabelle A1.4-2 Internet**.

Tabelle A1.4-1: Ausgewählte Indikatoren zur regionalen Ausbildungsmarktsituation 2013

Indikatoren zur regionalen Situation und deren Entwicklung	Ausbildungsmarktsituation 2013			
	über-durchschnittlich	durchschnittlich	unter-durchschnittlich	insgesamt
Ausbildungsstellenmarkt				
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	79.929	394.080	56.706	530.715
Veränderung gegenüber 2012 (in %)	–	–	–	-3,7
Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation nach erweiterter Definition ¹	101,3	87,7	77,3	88,3
Veränderung gegenüber 2012	–	–	–	-0,7
Angebots-Nachfrage-Relation nach alter Definition	110,3	101,6	96,2	102,3
Veränderung gegenüber 2012	–	–	–	-0,8
Ausbildungsangebot				
Gesamtangebot	89.295	415.701	59.181	564.249
Veränderung gegenüber 2012 (in %)	–	–	–	-3,5
Betrieblich angebotene Ausbildungsstellen	86.958	399.213	56.328	542.568
Veränderung gegenüber 2012 (in %)	–	–	–	-2,9
Anteil am Gesamtangebot (in %)	97,4	96,0	95,2	96,2
Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsstellen	2.337	16.488	2.853	21.678
Veränderung gegenüber 2012 (in %)	–	–	–	-16,3
Anteil am Gesamtangebot (in %)	2,6	4,0	4,8	3,8
Unbesetzte Ausbildungsstellen	9.366	21.621	2.475	33.534
Veränderung gegenüber 2012 (in %)	–	–	–	0,8
Unbesetzte Ausbildungsstellen pro 100 betrieblich abgebotene Ausbildungsstellen	10,8	5,4	4,4	6,2
Veränderung gegenüber 2012	–	–	–	0,2
Unbesetzte Ausbildungsstellen pro 100 unversorgte Bewerber/-innen nach erweiterter Definition	157,4	35,4	15,3	40,1
Veränderung gegenüber 2012	–	–	–	-53,4
Ausbildungsnachfrage				
Gesamtnachfrage nach erweiterter Definition	85.881	455.196	72.906	614.277
Veränderung gegenüber 2012 (in %)	–	–	–	-2,1
Gesamtnachfrage nach alter Definition	80.967	409.068	61.500	551.748
Veränderung gegenüber 2012 (in %)	–	–	–	-2,7
Unversorgte Bewerber/-innen nach erweiterter Definition	5.952	61.116	16.200	83.565
Veränderung gegenüber 2012 (in %)	–	–	–	34,5
Unversorgte Bewerber/-innen nach erweiterter Definition pro 100 Nachfrager/-innen nach erweiterter Definition	6,9	13,4	22,2	13,6

¹ Gesamtzahl betrieblicher Ausbildungsverträge zuzüglich unbesetzter Ausbildungsstellen pro 100 Nachfrager/-innen nach erweiterter Definition.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung; Bundesagentur für Arbeit

E Standardabweichung

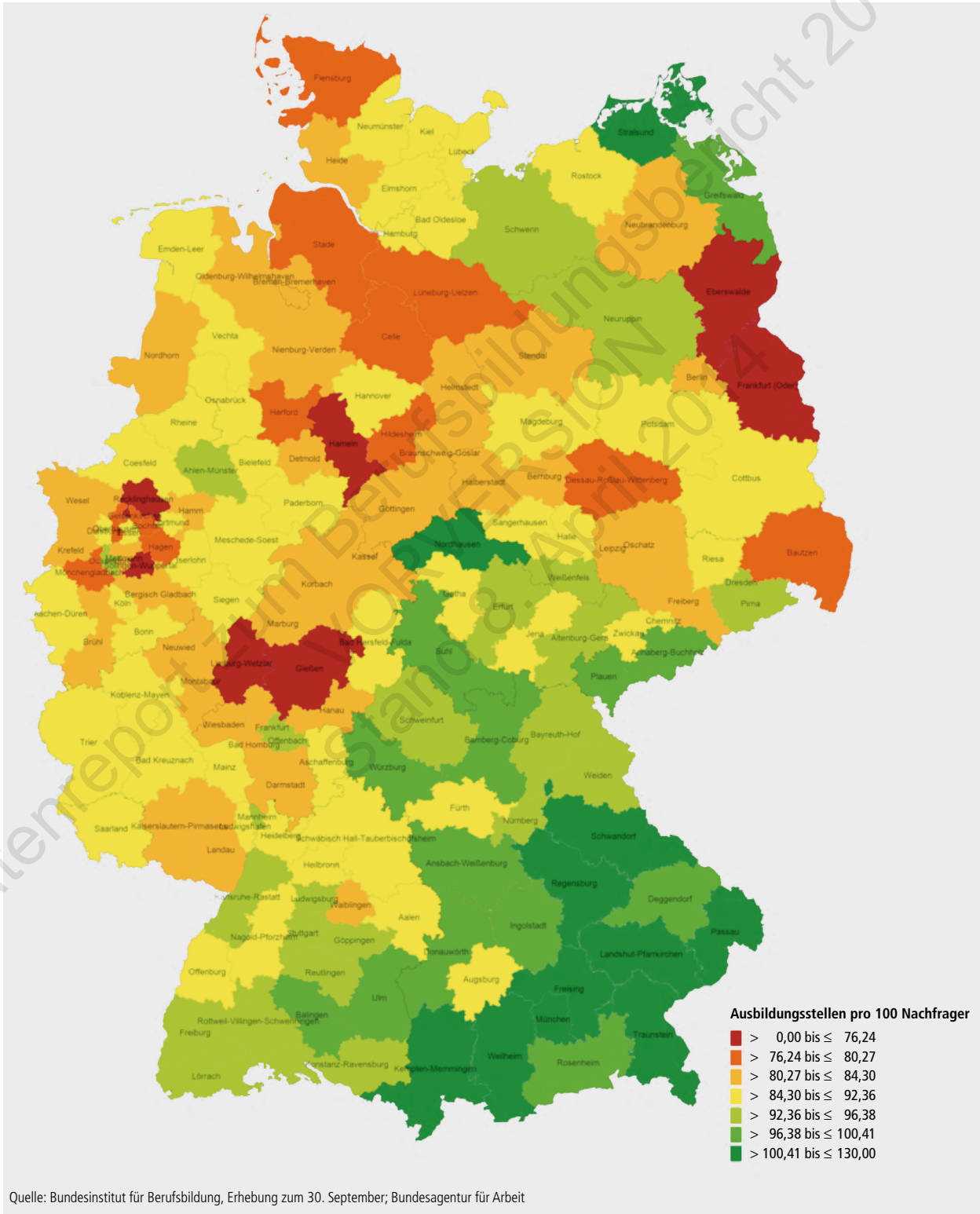
Die Standardabweichung gehört zu den Streumaßen und gibt an, um welchen durchschnittlichen Betrag die Beobachtungswerte einer Stichprobe oder Grundgesamtheit von ihrem Mittelwert differieren. Als Zentralmaß dient üblicherweise das arithmetische Mittel der Beobachtungswerte. Bei den regionalen Angebots-Nachfrage-Relationen wäre dies allerdings wenig sinnvoll, weil Regionen mit unterschiedlich großen Ausbildungsmärkten dadurch gleich gewichtet und die Ergebnisse entsprechend verzerrt würden. Als Referenzgröße für die Standardabweichung wird deshalb nicht das arithmetische Mittel aller regionalen betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relationen herangezogen, sondern die betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation für Gesamtdeutschland. Auf diese Weise lassen sich nicht

nur Verzerrungen aufgrund inkommensurabler regionaler Ausbildungsmärkte vermeiden, sondern auch regional nicht zuordenbare Fälle in die Mittelwertberechnung einbeziehen, die anderenfalls unberücksichtigt blieben.

Insgesamt 110 Agenturbezirke (71,4 %) hatten eine betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation, die um maximal eine Standardabweichung von der betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relation Gesamtdeutschlands abwich. Mit Quotienten im Intervall von 80,3 bis 96,4 bildeten diese Bezirke das Mittelfeld.

Deutlich überdurchschnittlich war die Ausbildungsmarktsituation in 24 Agenturbezirken (15,6 %), deren betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation den gesamtdeutschen Wert um mehr als eine Standard-

Schaubild A1.4-1: Betriebliche Ausbildungsstellenangebote je 100 Nachfragende nach erweiterter Definition in den Arbeitsagenturbezirken im Jahr 2013



abweichung überschritt (ANRe > 96,4). Mit 16 Bezirken entfielen die meisten auf Bayern, die übrigen zu je 2 Fällen auf Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen.

Bei weniger als 80,3 Ausbildungsstellenangeboten je 100 Nachfragende präsentierte sich die Situation in 20 Agenturbezirken (13,0%) stark unterdurchschnittlich. Die Mehrzahl davon lag in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mit 8 und 5 Bezirken. Jeweils 2 Bezirke befanden sich in Brandenburg und Hessen und je einer in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein.

Ausbildungsplatzangebot

Mit rund 564.200 Ausbildungsstellen war das gesamte Ausbildungsplatzangebot in Deutschland um 3,5 % geringer als im Vorjahr. Die betrieblich angebotenen Ausbildungsstellen gingen um 2,9 % zurück und machten im Berichtsjahr 96,2 % des gesamten Ausbildungsplatzangebotes aus. Die Zahl der überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsstellen verringerte sich um 16,3 % auf 21.678, was einem Anteil von 3,8 % am Gesamtangebot entspricht. Bei Werten von 0,5 % (Freiburg) bis 14,8 % (Sangershausen) variierte der Anteil der überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsstellen zwischen den einzelnen Regionen erheblich. Ein Vergleich zwischen dem obersten und dem untersten Dezil zeigt, dass mit Ausnahme von Gießen, Wiesbaden und Waiblingen die Bezirke mit den höchsten Anteilswerten in Ostdeutschland lagen, wohingegen die Bezirke mit den niedrigsten Anteilswerten vorwiegend im Süden und Westen Deutschlands anzutreffen waren.

Trotz des gesunkenen Ausbildungsplatzangebotes nahm die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen bundesweit um 0,8 % auf 33.534 zu. Von allen betrieblich angebotenen Ausbildungsstellen blieben zuletzt 6,2 % unbesetzt, wobei sich erhebliche Unterschiede auf regionaler Ebene zeigten. Während in den Agenturbezirken Kassel (0,9%), Herford (1,0%) und Magdeburg (2,0%) höchstens jeder 50. betrieblich angebotene Ausbildungsplatz nicht besetzt wurde, blieb in den Bezirken Stralsund (27,7%), Greifswald (24,6%) und Nordhausen (21,0%) mehr als ein Fünftel des Ausbildungsstellenangebotes offen.

Ausbildungsplatznachfrage

Weniger stark als das Angebot ging die Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen zurück. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Gesamtnachfrage nach erweiterter Definition um 2,1 % auf 614.277 Nachfragende. Dieser Rückgang und die gestiegene Ausbildungsplatzvakanz konnten jedoch nicht verhindern, dass die Zahl der unversorgten Bewerber/-innen nach erweiterter Definition bundesweit kräftig wuchs und um 34,5 % auf 83.565 zulegte. Ihr Anteil an der erweiterten Ausbildungsplatznachfrage betrug zuletzt 13,6 %. Große Unterschiede zeigen sich wiederum auf der Ebene der Agenturbezirke, wo der Anteil unversorgter Bewerber/-innen um 22,8 Prozentpunkte streute. Die niedrigsten Anteile fanden sich in den im Südosten Deutschlands liegenden Bezirken Dresden (4,2%), Schwandorf (4,5%) und Annaberg-Buchholz (4,8%). Die höchsten Anteilswerte entfielen auf die Bezirke Recklinghausen (27,0%), Solingen-Wuppertal (26,2%) und Hameln (25,6%).

Im Bundesdurchschnitt entfielen 40,1 unbesetzte Ausbildungsstellen auf 100 unversorgte Bewerber/-innen. Die Gesamtzahl der unversorgten Bewerber/-innen überstieg dabei die der unbesetzten Ausbildungsstellen um mehr als 50.000. Betrachtet man die Situation auf regionaler Ebene, zeigt sich in 125 der 154 Agenturbezirke (81,2%) ein Überhang an unversorgten Bewerbern/Bewerberinnen gegenüber den unbesetzten Ausbildungsplätzen. Die mit Abstand größten Überhänge fanden sich in Hamburg und Berlin, wo die Zahl der unversorgten Bewerber/-innen die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze jeweils um mehr als 1.700 überschritt. Den Gegenpol bildete der Agenturbezirk München, der mit knapp 580 Stellen den größten Überhang an unbesetzten Ausbildungsplätzen gegenüber den unversorgten Bewerbern/Bewerberinnen aufwies.

Hohe Anteile an unversorgten Bewerbern/Bewerberinnen oder an unbesetzten Ausbildungsstellen resultieren häufig aus quantitativ unausgeglichenen Ausbildungsstellenmärkten. Erhöhte Umfänge an unbesetzten Ausbildungsstellen und unversorgten Bewerbern/Bewerberinnen sind allerdings nicht in jedem Fall mit rechnerisch unausgeglichenen Ausbil-

dungsstellenmärkten zu erklären, sondern teilweise auf andere Faktoren zurückzuführen. Dies gilt vor allem dort, wo sich Angebot und Nachfrage zahlenmäßig die Waage halten. Gründe, weshalb Angebot und Nachfrage selbst bei quantitativ ausgeglichenen Ausbildungsmarktverhältnissen nicht vollständig zueinanderfinden, können berufliche oder regionale Mismatches, aber auch Inkompatibilitäten zwischen den Ansprüchen, Anforderungen und Eigenschaften der Betriebe und der Jugendlichen sein.

Derartige Passungsprobleme liegen vor, wenn ein erhöhter Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen mit einem erhöhten Anteil unversorgter Bewerber/-innen einhergeht (vgl. Matthes/Ulrich 2014). Dies war bei 15 Agenturbezirken der Fall, in denen beide Anteilswerte überdurchschnittlich hoch ausfielen. 3 Bezirke traten dabei besonders hervor: In Riesa und Lübeck lagen beide Anteilswerte um mehr als eine halbe Standardabweichung über dem Bundesdurchschnitt, in Bautzen sogar um mehr als eine ganze Standardabweichung.¹⁵

Regionen mit überdurchschnittlicher Angebots-Nachfrage-Relation

Ausbildungsstellenmarkt

In den 24 Agenturbezirken mit überdurchschnittlicher Angebots-Nachfrage-Relation kamen 101,3 betriebliche Ausbildungsstellenangebote auf 100 Nachfragende nach erweiterter Definition. Rechnerisch bestand damit ein leichter Angebotsüberhang, der faktisch allerdings nur die Hälfte der genannten Bezirke betraf. Die übrigen 12 kamen auf Quotienten von unter 100, wiesen also weniger Ausbildungsplatzangebote als Nachfragende auf. Damit war die Ausbildungsmarktsituation selbst in Regionen mit klar überdurchschnittlicher Angebots-Nachfrage-Relation für Jugendliche zum Teil angespannt. Insgesamt wurden hier 79.929 neue Ausbildungsverträge geschlossen, was einem Anteil von 15,1 % aller bundesweiten Neuabschlüsse entspricht.

Ausbildungsangebot

89.295 Ausbildungsplätze sind in den Bezirken mit überdurchschnittlicher Angebots-Nachfrage-Relation angeboten worden; das waren 15,8 % des gesamten Ausbildungsplatzangebotes in Deutschland. Darunter befanden sich 2.338 überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsstellen, deren Anteil mit 2,6 % klar unter dem Bundesdurchschnitt lag.

Die aus betrieblicher Sicht ungünstige Angebots-Nachfrage-Relation spiegelte sich in einer verhältnismäßig hohen Anzahl an unbesetzten Ausbildungsstellen wider, die zuletzt bei 9.366 lag und 10,8 % des regionalen betrieblichen Ausbildungsplatzangebotes ausmachte. Die 24 Bezirke vereinigten damit allein 27,9 % aller unbesetzten Ausbildungsstellen in Deutschland auf sich.

Ausbildungsnachfrage

Nach erweiterter Definition hatten 85.882 Personen in den Agenturbezirken mit überdurchschnittlicher Angebots-Nachfrage-Relation einen Ausbildungsplatz nachgefragt; das entsprach einem Anteil von rund 14,0 % der gesamtdeutschen Nachfrage. Die Zahl der unversorgten Bewerber/-innen betrug 5.953, womit durchschnittlich 6,9 unversorgte Bewerber/-innen auf 100 Nachfragende nach erweiterter Definition kamen.

Regionen mit unterdurchschnittlicher Angebots-Nachfrage-Relation

Ausbildungsstellenmarkt

In den Regionen mit unterdurchschnittlicher Angebots-Nachfrage-Relation entfielen lediglich 77,3 betriebliche Ausbildungsplatzangebote auf 100 Nachfragende nach erweiterter Definition. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge lag bei 56.700, das waren 10,7 % aller Neuabschlüsse in Deutschland.

¹⁵ Beim Anteil der unbesetzten an den betrieblich angebotenen Ausbildungsstellen betrug die Standardabweichung 3,9 Prozentpunkte, beim Anteil der unversorgten Bewerber/-innen an der erweiterten Ausbildungsplatznachfrage 5,4 Prozentpunkte.

Ausbildungsangebot

Das Ausbildungsangebot in den Bezirken mit überdurchschnittlicher Angebots-Nachfrage-Relation umfasste 59.180 Ausbildungsstellen, die 10,5 % des deutschen Gesamtangebotes ausmachten. Von diesen Stellen waren 2.852 überwiegend öffentlich finanziert, was einer Quote von 4,8 % entspricht.

Der starke Nachfrageüberhang ging mit einem unterdurchschnittlich niedrigen Anteil an unbesetzten Ausbildungsstellen einher. Von 100 betrieblich angebotenen Stellen blieben im Schnitt 4,4 unbesetzt, womit die Lehrstellenvakanz klar unter dem Niveau der Vergleichsregionen lag. Insgesamt waren zum 30. September 2.475 Ausbildungsstellen noch nicht besetzt.

Ausbildungsnachfrage

Nach der erweiterten Nachfragedefinition gab es in den 20 Bezirken 72.906 Ausbildungsstellenbewerber/-innen. Mit insgesamt 16.200 unversorgten Bewerbern/Bewerberinnen hatte dort mehr als jede/fünfte Nachfragende (22,2 %) zum 30. September noch keine Ausbildungsstelle gefunden.

Betriebliche Ausbildungsbeteiligung in den Regionen

Erhebliche Unterschiede zwischen den Agenturbezirken zeigten sich auch beim Anteil der Ausbildungsbetriebe an allen Betrieben (Ausbildungsbetriebsquote) und dem Anteil der Auszubildenden an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Ausbildungsquote) (vgl. Kapitel A4.10.1).

Über die 150 zum Stichtag 31. Dezember 2012 existierenden Agenturbezirke¹⁶ variierte die Ausbildungsbetriebsquote zwischen 12,9 % (Annaberg-Buchholz) und 31,9 % (Coesfeld) bei einer Standardabweichung von 4,6 Prozentpunkten¹⁷ → [Tabelle](#)

A1.4-3 Internet. In 93 Fällen wich der Anteil der ausbildenden Betriebe an allen Betrieben um maximal eine Standardabweichung von der gesamtdeutschen Ausbildungsbetriebsquote ab, womit 62 % der Agenturbezirke bei der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung im Mittelfeld lagen. In 22 Agenturbezirken (14,7 %) fiel die Ausbildungsbetriebsquote höher und in 35 Bezirken (23,3 %) niedriger aus. Während die Regionen mit stark überdurchschnittlichen Quoten größtenteils auf Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen entfielen, befanden sich die Regionen mit auffällig niedrigen Quoten vorwiegend in Ostdeutschland. Ausnahmen waren die Agenturbezirke Frankfurt/Main und München, die ebenfalls weit unterdurchschnittliche Ausbildungsbetriebsquoten aufwiesen.

Die Ausbildungsquote streute über die Agenturbezirke zwischen 3,8 % (München) und 8,7 % (Heide) bei einer Standardabweichung von 1,1 Prozentpunkten. Von den 150 Bezirken wichen 95 (63,3 %) bei der Ausbildungsquote um nicht mehr als eine Standardabweichung von der gesamtdeutschen Quote ab und markierten hier den mittleren Bereich. Demgegenüber kamen 30 Bezirke (20 %) auf deutlich überdurchschnittliche und 25 Bezirke (16,7 %) auf stark unterdurchschnittliche Quoten. Ähnlich wie beim Anteil der ausbildenden Betriebe an allen Betrieben fanden sich die überdurchschnittlichen Ausbildungsquoten ausnahmslos in Bezirken westdeutscher Flächenländer und die unterdurchschnittlichen Quoten primär in ostdeutschen Regionen. Ausnahmen bildeten hier wiederum die Regionen München und Frankfurt/Main, die gemeinsam mit Düsseldorf die westdeutschen Agenturbezirke mit den niedrigsten Ausbildungsquoten waren.

(Tobias Hucker)

16 Im Zuge der schrittweisen Änderung der Gebietsstruktur lag die Zahl der Agenturbezirke zum 31. Dezember 2012 unter den entsprechenden Bestandszahlen vor und nach der Neustrukturierung. Unabhängig von den verschiedenen Stichtagen lassen sich die regionalen Ausbildungs- und Ausbildungsbetriebsquoten daher nur eingeschränkt zu den anderen Regionalindikatoren in Beziehung setzen, denen bereits die neue Gebietsstruktur zugrunde liegt.

17 Referenzwerte für die ausgewiesenen Standardabweichungen sind die Ausbildungsbetriebsquote bzw. die Ausbildungsquote für Gesamtdeutschland, die bei 21,3 % resp. 5,6 % lagen.

A2 Vorausschätzung der Ausbildungsplatznachfrage und des Ausbildungsplatzangebots für 2014¹⁸

Die Höhe des Ausbildungsplatzangebots ist von zahlreichen Determinanten abhängig, die sich teilweise gegenseitig beeinflussen und deren Veränderungen zum Teil nur schwer vorherzusagen sind. Dazu zählen unter anderem die Entwicklung der Gesamtwirtschaft (z. B. Veränderungen des Bruttoinlandsproduktes und des Auftragseingangs der Unternehmen), des Arbeitsmarktes (z. B. der Zahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen) und der demografischen Verhältnisse (vgl. Troltsch/Walden 2007).

Zur Abschätzung des Ausbildungsplatzangebots hat das BIBB deshalb den Aufbau eines „Ökonometrischen Prognose- und Simulationsmodells des Ausbildungssystems“ (PROSIMA) veranlasst. Dabei handelt es sich um ein komplexes, zeitreihengestütztes Prognosemodell, das vielfältige Einflussgrößen auf die Entwicklung des Ausbildungsplatzangebotes berücksichtigt. Eine umfassende Beschreibung des Modells findet sich z. B. bei Lösch/Kau (2005) und im BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A2.

A2.1 Rückblick auf die Vorausschätzung für 2013

Für das Jahr 2013 wurde von PROSIMA ein Angebot von 562.500 Ausbildungsstellen vorhergesagt (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A2). Der tatsächliche Wert von 564.200 wurde somit nahezu getroffen. Dies entspricht einer Angebotssenkung von insgesamt 3,5 % gegenüber dem Vorjahr. Unterschiede ergaben sich allerdings in der Zahl der besetzten und unbesetzten Ausbildungsstellen. Da vermutet wurde, dass das Nachfragepotenzial **E** nach Ausbildungsplätzen von 2012 auf 2013 aufgrund von doppelten Abiturjahrgängen in Nordrhein-Westfalen und Hessen sowie einer insgesamt leicht ansteigenden Zahl an nicht studienberechtigten Schulabgängerinnen und -abgängern aus allgemeinbildenden Schulen zunimmt, wurde davon ausgegangen, dass die

angebotenen Ausbildungsstellen auch wieder leichter besetzt werden können. Dies war jedoch nicht der Fall. So hat sich die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen nicht wie vorhergesagt verringert, sondern blieb nahezu konstant im Vergleich zum Jahr 2012 bei 33.500 Ausbildungsplätzen. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ging hingegen auf 530.700 zurück, lag aber im Vertrauensintervall der PROSIMA-Schätzung, das allenfalls einen Rückgang auf 525.700 Plätze vermuten ließ.

Obwohl das Nachfragepotenzial nach Ausbildungsplätzen im Jahr 2013 entgegen der Erwartung nicht gestiegen ist (vgl. Kapitel A1.1), wurde die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen relativ gut abgebildet. Der tatsächliche Wert von 614.300 Ausbildungssuchenden lag innerhalb des Vertrauensintervalls; PROSIMA taxierte den ungünstigen Fall der Nachfrageentwicklung im Jahr 2013 auf einen Wert von 609.000. Jedoch war die Entwicklung nicht so positiv, wie aufgrund der Punktschätzung von 629.400 Ausbildungssuchenden vermutet wurde. Die Ergebnisse zeigen, dass die Treffsicherheit der Projektion von PROSIMA stark von den beiden latenten Größen des Angebots- und Nachfragepotenzials abhängt. Für die Schätzung der Ausbildungsplatznachfrage und des Ausbildungsplatzangebotes für das Jahr 2014 wird deshalb ein besonderes Augenmerk auf die beiden Potenzialgrößen gelegt.

E Angebotspotenzial und Nachfragepotenzial

Zum **Nachfragepotenzial** werden alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen gerechnet, die sich zwischen dem 1. Oktober des Vorjahres und dem 30. September für eine duale Berufsausbildung interessieren. Im Unterschied zur Ausbildungsplatznachfrage zählen hierzu auch jene Personen, die ihr Ausbildungsinteresse noch vor dem 30. September wieder aufgeben oder auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

Das **Angebotspotenzial** entspricht der latenten Gesamtzahl der dualen Ausbildungsplätze, welche die Betriebe, Praxen und Verwaltungen zu Beginn der Planungsperiode als mögliches Ausbildungsangebot in Betracht ziehen, neu einzurichten oder wieder zu besetzen gedenken – unabhängig davon, ob sie die Arbeitsverwaltung über ihre Absichten und Stellen informieren, wie intensiv sie suchen und wie erfolgreich sie bei der Akquisition von Auszubildenden sind.

¹⁸ Wenn im Folgenden von „Jahr“ oder „Berichtsjahr“ die Rede ist, ist – sofern nicht explizit anders vermerkt – stets der Zeitraum vom 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September des genannten Jahres gemeint.

A2.2 Vorausschätzung für 2014

Entwicklung des Angebots- und Nachfragepotenzials

Beim Angebots- und Nachfragepotenzial **E** handelt es sich um latente Größen innerhalb von PROSIMA, die das Gesamtpotenzial an Ausbildungsplätzen beinhalten, die Betriebe, Praxen und Verwaltungen neu einzurichten oder wieder zu besetzen gedenken, und das Gesamtpotenzial an Bewerberinnen und Bewerbern, die bis zum Stichtag Interesse an einer Ausbildung gezeigt haben. Diese Größen werden jedes Jahr über Zustandsraummodelle geschätzt und aktualisiert. Vereinfacht gesagt kann durch diese Methode eine Variable, die faktisch nicht unmittelbar beobachtbar und empirisch zugänglich ist, vorausgeschätzt werden, indem die Veränderung von relevanten, beobachtbaren Indikatoren über den Zeitraum für ihre Schätzung herangezogen wird (Lösch/Kau/Walden 2008).¹⁹ Die Prognose der Potenzialgrößen erfolgt dann mithilfe einer Regressionsgleichung im rekursiven Gleichungssystem von PROSIMA. Alternativ kann die Vorhersage der Potenzialgrößen aber auch anhand der Zustandsraummodelle erfolgen und dann als exogene Größen an PROSIMA übergeben werden. Für die Vorausschätzung des Ausbildungsplatzangebots und der Ausbildungsplatznachfrage des Jahres 2014 wurden beide Varianten getestet (Lösch/Maier 2014).

Für das Nachfragepotenzial ergeben sich sowohl in der Vorhersage in PROSIMA als auch in der Vorhersage anhand des Zustandsraummodells ähnliche Werte. In beiden Fällen sinkt das Nachfragepotenzial im Jahr 2014 im Vergleich zu 2013. Die Ursache hierfür liegt in der demografischen Entwicklung begründet, die vor allem durch die recht deutlich zurückgehenden Schulabgängerzahlen aus den allgemeinbildenden Schulen sichtbar wird → **Tabelle A2.2-1**. Da in keinem Bundesland mehr doppelte Abiturjahrgänge erwartet werden, spielen die hierdurch hervorgerufenen Sondereffekte auch nur in

kleinem Maße, über die Zahl der Schulabgänger/-innen aus dem Vorjahr, eine Rolle.

Eine Herausforderung für das Jahr 2014 stellt die Schätzung des Angebotspotenzials dar. Nach vier Jahren zurückgehender Wachstumsdynamik (2010: +4,2%; 2011: +3,0%; 2012: +7,0%; 2013: +0,4%) geht die Bundesregierung erstmals wieder von einem Anstieg des realen Bruttoinlandsproduktes um 1,8 Prozent aus (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2014) aus. Obwohl PROSIMA in seiner endogenen Prognose je nach Annahme des Auftragsingangs aus dem Ausland ein Wachstum von 2,0% bis 2,5% erreicht und somit nahe am vorhergesagten Wert der Bundesregierung liegt, wird für die Prognose ein Wachstum von 1,8% angenommen und exogen gesetzt, um die Vergleichbarkeit zu anderen Analysen des Arbeitsmarktes zu gewährleisten.²⁰

Fraglich bleibt indes, inwieweit sich das Wirtschaftswachstum auf die Bereitschaft der Betriebe, Praxen und Verwaltungen auswirkt, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen der Prognose mithilfe des Zustandsraummodells ergibt sich als Folge zweier gegenläufiger Entwicklungen ein Angebotspotenzial wie im Jahr 2013: Während der wirtschaftliche Aufschwung positiv auf das Angebotspotenzial wirkt, führt der demografiebedingte Nachfragerückgang zu einer sinkenden Erfolgswahrscheinlichkeit in der Stellenbesetzung – mit negativen Effekten auf das Angebotspotenzial. Dieser statistisch positive Zusammenhang zwischen Ausbildungsplatznachfrage und -angebot führt dazu, dass sich das Angebotspotenzial nicht wesentlich erhöht, sondern nahezu auf dem Stand des Vorjahres verweilt. In der endogenen Prognose von PROSIMA ist die Nachfrageabhängigkeit bzw. die Erfolgswahrscheinlichkeit bei vergangenen Stellenbesetzungen noch bedeutsamer, sodass hier, trotz positiver wirtschaftlicher Entwicklung, mit einem Rückgang des Angebotspotenzials um ca. 2% für das Jahr 2014 zu rechnen ist.

Nachfolgend wird das Angebotspotenzial, das mithilfe des Zustandsraummodells prognostiziert wurde,

¹⁹ Zwar lässt sich mit einem Zustandsraummodell die Güte der Schätzwerte zu den latenten Variablen nicht näher bestimmen, da diese nicht bekannt sind. Man kann aber die unbeobachteten Zustandsvariablen in einen Zusammenhang mit beobachtbaren Variablen bringen, indem versucht wird, diese beobachtbaren Größen mithilfe der Zustandsvariablen zu erklären.

²⁰ Die Ergebnisse der Prognose unter Berücksichtigung des endogen prognostizierten Wachstums des Bruttoinlandsproduktes entsprechen den in → **Tabelle A2.2-1** dargestellten Ergebnissen.

als exogene Größe in PROSIMA gesetzt. Demnach ist ein ähnlich hohes Angebotspotenzial wie im Vorjahr 2013 zu erwarten. Daneben wird gleichwohl auch eine etwas pessimistischere Alternative berechnet, für den Fall, dass sich die Betriebe, Praxen und Verwaltungen aufgrund bereits erfolgter häufiger Nichtbesetzung ihrer Stellen gegen die Bereitstellung eines Ausbildungsplatzes entscheiden (Lösch/Maier 2013).

Entwicklung von Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage

→ **Tabelle A2.2-1** zeigt die Ergebnisse der Vorausschätzung für das Jahr 2014 unter der Annahme, dass das Angebotspotenzial auf dem Stand des Vorjahres verharrt bzw. sich nur leicht erhöht. Das tatsächlich bereitgestellte Ausbildungsangebot würde dann 567.100 Plätze betragen und läge damit leicht über dem Wert des Jahres 2013.²¹ Aufgrund der zurückgehenden Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wird die Zahl der Neuabschlüsse von Ausbildungsverträgen aber um circa 4.000 Verträge fallen und einen Punktwert von 526.600 erreichen. Das Vertrauensintervall liegt bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 % zwischen 513.900 und 539.300 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen.

Im Handwerk lässt sich beobachten, dass gerade hier der demografische Abschwung durch den konjunkturellen Aufschwung gemildert werden kann. Hier spielt insbesondere der zu erwartende höhere Auftragseingang im Baugewerbe eine Rolle. Durch eine steigende Nachfrage nach Wohnraum sowie Immobilien als Kapitalanlagen wächst die Zahl neu genehmigter Bauvorhaben. Für 2014 prognostiziert die Bundesbank eine Steigerung der Wohnungsbauinvestitionen um 5,5 % (Deutsche Bundesbank 2013). PROSIMA geht deshalb davon aus, dass nach Jahren des Rückgangs die Anzahl der Neuabschlüsse von Ausbildungsverträgen im Handwerk vorerst stagnieren wird, während die Entwicklung im Bereich Industrie und Handel weiterhin leicht rückläufig (-1 % im Vergleich zu 2013) sein wird.

Das leicht gestiegene Ausbildungsplatzangebot und die um -11.000 Personen auf 603.300 Personen zurückgehende Ausbildungsplatznachfrage (erweiterte Definition) hat zur Folge, dass die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze im Vergleich zum Jahr 2013 um rund 7.000 Plätze (+17,3 %) auf 40.500 Plätze steigen könnte, wobei das Vertrauensintervall zwischen 28.700 und 52.300 Plätzen liegt. Angemerkt werden muss allerdings, dass sich die unbesetzten Ausbildungsstellen bereits in der Vergangenheit nur schwer vorausschätzen ließen, da sie zum einen stark von den beiden latenten Größen des Angebots- und Nachfragepotenzials abhängen und zum anderen aber auch von der Bereitschaft der Betriebe, ihre Ausbildungsstellen bei der Bundesagentur für Arbeit zu melden. So kann es sein, dass ein Betrieb bei wiederholten erfolglosen Ausschreibungen beschließt, nicht mehr auszuschreiben, obwohl eine Stelle zur Verfügung stünde. Ebenfalls kann sich eine Firma dazu entschließen, jemanden auszubilden, obwohl kein Ausbildungsplatzangebot gemeldet war. Die Meldebereitschaft ist somit eine unbekannte Größe, die sich in PROSIMA nur schwer handhaben lässt. Aus diesem Grund wurde neben der exogenen Setzung eines nahezu gleichbleibenden Ausbildungspotenzials auch wie bislang eine endogene Fortschreibung des Ausbildungspotenzials in PROSIMA vorgenommen. In diesem Fall würde das Ausbildungsplatzangebot wie erwähnt um 2 % gegenüber dem Jahr 2013 fallen, sodass sich hier ein leicht pessimistischeres Abbild des Ausbildungsstellenmarktes zum 30. September 2014 ergibt.

Unter der Voraussetzung eines abnehmenden Angebotspotenzials beträgt die Zahl der tatsächlich registrierten Ausbildungsplatzangebote lediglich 555.100 Plätze, wovon ähnlich wie in 2013 nur rund 33.200 unbesetzt bleiben.²² Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge würde dann statt um 4.000 (wie in → **Tabelle A2.2-1** dargestellt) um knapp 9.000 Plätze auf 521.900 fallen.²³ Auch die Angebots-Nachfrage-Relation würde sich aus Sicht

21 Unter Berücksichtigung des üblichen Schätzfehlers ist der tatsächliche Wert des Ausbildungsplatzangebots mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 % im Bereich zwischen 564.700 und 569.500 zu vermuten.

22 Das Vertrauensintervall liegt mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 % beim Ausbildungsplatzangebot zwischen 536.500 und 573.700 Plätzen, wovon 16.000 bis 50.400 unbesetzt bleiben könnten.

23 Unter Berücksichtigung einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 % liegt das Vertrauensintervall der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zwischen 508.800 und 535.000 neuen Verträgen.

Tabelle A2.2-1: Einschätzung der Ausbildungsmarktentwicklung zum 30. September 2014 (Angaben in Tsd.)

	Ist-Wert 2013	Prognose für 2014				
		Untere Grenze des Vertrauensintervalls	Punktschätzung durch PROSIMA	Obere Grenze des Vertrauensintervalls	Veränderung gegenüber 2013	Standardabweichung der Punktschätzung ¹
Ausbildungsplatzangebot	564,2	(564.748) ²	567,1	(569.452) ²	+2,9	(1.2) ²
Unbesetzte Ausbildungsplätze	33,5	28,7	40,5	52,3	+7,0	6,0
Ausbildungsplatznachfrage (erweiterte Definition)	614,3	586,4	603,3	620,2	-11,0	8,6
Ausbildungsplatznachfrage (alte Definition)	551,7	528,2	541,9	555,6	-9,8	7,0
Unversorgte Bewerber	21,0	9,0	15,3	21,6	-5,7	3,2
Noch suchende Bewerber mit Alternative zum 30.09.	62,6	55,7	61,4	67,1	-1,2	2,9
Angebots-Nachfrage-Relation (erweiterte Definition)	91,9	91,5	94,0	96,5	+2,1	1,3
Angebots-Nachfrage-Relation (alte Definition)	102,3	102,1	104,6	107,1	+2,3	1,3
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	530,7	513,9	526,6	539,3	-4,1	6,5

¹ Maß für die Unsicherheit der Punktschätzung. Durch Verdoppelung der Standardabweichung lässt sich ungefähr der Wertebereich nach unten und oben abschätzen (Vertrauensintervall), innerhalb dessen der wahre Wert zu vermuten ist (bei fünfprozentiger Irrtumswahrscheinlichkeit).

² Aufgrund der exogenen Setzung des Angebotspotenzials in PROSIMA ist die Standardabweichung der Punktschätzung sehr gering. In Wahrheit ist die Unsicherheit auch hier etwas größer. So beträgt die Standardabweichung bei der endogenen Prognose in PROSIMA rd. 9.500 Ausbildungsplätze. Bei dieser Größe läge das Vertrauensintervall zwischen 548.500 und 585.700 angebotenen Ausbildungsplätzen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung; Bundesagentur für Arbeit; Lösch/Maier (2014)

der Bewerberinnen und Bewerber etwas verschlechtern. Anstelle von 94,0 (erweiterte Definition) bzw. 104,6 (alte Definition) Ausbildungsplatzangeboten auf 100 Ausbildungsplatznachfrager/-innen kämen dann lediglich 92,7 (erweiterte Definition)²⁴ bzw. 103,3 (alte Definition)²⁵ Angebote. In beiden Fällen verbessert sich aber die Situation aus Sicht der Bewerber/-innen im Vergleich zum Jahr 2013.

Das Nachfragepotenzial ist von einer alternativen Entwicklung des Angebotspotenzials bzw. der wirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 2014 relativ unberührt. Aufgrund des demografischen Rückgangs wird die Zahl der unversorgten Bewerber auf ca. 15.300 abnehmen, die Zahl der noch suchenden Bewerber mit Alternative zum 30. September bleibt mit 61.400 jedoch auf nahezu gleichem Niveau wie im Jahr 2013 (62.600 Personen).

Die Ergebnisse von PROSIMA für das Jahr 2014 zeigen, dass der zu erwartende konjunkturelle Aufschwung den jüngsten Abwärtstrend in der Entwicklung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge stoppen könnte. Es bedarf aber auch der Bereitschaft der Betriebe, Praxen und Verwaltungen, selbst bei möglicherweise begrenzten Erfolgsaussichten Ausbildungsplätze anzubieten. Denn durch den kontinuierlichen Abbau der öffentlich finanzierten Ausbildungsplätze gewinnt das betriebliche Ausbildungsplatzangebot eine immer größere Bedeutung in der Versorgung der ausbildungsinteressierten Jugendlichen (Ulrich u. a. 2013).

Als hilfreich kann sich in diesem Zusammenhang erweisen, wenn der Stellenwert einer Fachkräftesicherung durch duale Ausbildung aus betrieblicher Sicht erhalten bleibt bzw. zunimmt. Zudem sollte darauf hingewirkt werden, dass sich das Stellenbesetzungsrisiko gleichmäßiger als bislang über die Regionen, Betriebe und vor allem auch Berufe verteilt. Ein mäßiges Risiko für alle Anbieter, Ausbildungsplätze nicht besetzen zu können, dürfte für das

24 Das Vertrauensintervall liegt mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 % zwischen 89,0 und 96,4.

25 Das Vertrauensintervall liegt mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 % zwischen 99,6 und 107,0.

gesamte Angebotsvolumen geringere negative Folgen haben als eine stark ungleiche Risikoverteilung, bei der manche Anbieter zwar sogar deutliche Nachfrageüberschüsse aufweisen, viele andere aber kaum noch darauf hoffen können, ihre Plätze tatsächlich besetzen zu können. Eine gleichmäßigere Risikoverteilung kann jedoch nur gelingen, wenn die stark nach Berufen streuenden Attraktivitätsunterschiede dualer Berufsausbildung verringert werden (Schier/Ulrich 2014).

Zudem ist es für die Besetzbarkeit von betrieblichen Ausbildungsplatzangeboten wichtig, den ausbildungsinteressierten Jugendlichen ein betont nüchternes, realistisches Bild von der Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu vermitteln. Ein zu positives Bild der Ausbildungsmarktlage birgt die Gefahr, dass Bewerber/-innen ihre Erfolgchancen überschätzen. Sie gelangen infolgedessen zur Überzeugung, sich nicht mehr für vermeintlich weniger attraktive Berufe mit faktisch guten Bewerbungsaussichten interessieren zu müssen, sondern konzentrieren ihre Bewerbungen auf attraktivere Berufe, in denen ihre Chancen tatsächlich aber oft nur unterdurchschnittlich ausfallen. Die Folge sind wachsende Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt – es gibt mehr erfolglos suchende Jugendliche –, und zugleich bleibt ein großer und wichtiger Teil des Angebots unbesetzt (Matthes/Ulrich 2014).

Sollten die Betriebe aufgrund vorheriger erfolgloser Rekrutierungsversuche ihr Interesse an einer Fachkräfterekrutierung mittels dualer Ausbildung zurückfahren, wird die Entwicklung der Neuverträge zwangsläufig sehr rasch dem demografischen Trend folgen. Unter Berücksichtigung einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 % könnte die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge dann im schlimmsten Falle auf bis zu 508.800 Verträge im Jahr 2014 sinken.²⁶

²⁶ Dieser Wert entspricht der unteren Grenze des Vertrauensintervalls (5 % Irrtumswahrscheinlichkeit) bei einer endogenen Vorhersage des Angebotspotenzials in PROSIMA.

A2.3 Ausblick auf die kommenden Jahre bis 2025

Wie → **Tabelle A2.3-1** zeigt, ist in den kommenden Jahren mit einer weiteren deutlichen Schrumpfung des Nachfragepotenzials nach dualer Berufsausbildung zu rechnen. Denn die Zahl der Schulabgänger/-innen und -absolventen und -absolventinnen aus den allgemeinbildenden und aus den beruflichen Schulen geht bundesweit bis 2025 relativ kontinuierlich zurück.²⁷

Diese Negativentwicklung wird ausschließlich durch die Lage in den alten Ländern ausgelöst. So sinkt hier die Zahl der nicht studienberechtigten Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus allgemeinbildenden Schulen – die Hauptklientel der dualen Berufsausbildung – zwischen 2013 und 2015 um weitere 119.200 Personen bzw. -24,6 % auf nur noch 364.600. Dies führt nicht nur unmittelbar zu einem geringeren Nachfragepotenzial, sondern auch mittelbar. Denn damit sinkt nicht nur der Umfang der Schulabgänger/-innen und -absolventen und -absolventinnen, die unmittelbar eine Berufsausbildung beginnen wollen. Es wird damit zeitverzögert auch deutlich weniger Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus teilqualifizierenden beruflichen Schulen geben. Ursächlich hierfür sind jene Jugendliche, die sich nach der allgemeinbildenden Schule in einer beruflichen Schule weiterqualifizieren möchten, bevor sie eine Berufsausbildung (oder ein Studium) starten → **Tabelle A2.3-1**. Da zudem 2014 die Umstellung von G9 auf G8 abgeschlossen ist, ist im Westen nun auch bei der Zahl der studienberechtigten Absolventen/Absolventinnen aus den allgemeinbildenden Schulen ein Negativtrend vorherrschend.

Etwas positiver ist die Entwicklung dagegen in Ostdeutschland. Hier steigen die Zahlen in den kommenden Jahren leicht an; dies gilt für die Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen mit

²⁷ Die Berechnungen fußen auf der Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2012 bis 2025 der Kultusministerkonferenz, die im Mai 2013 veröffentlicht wurde (Kultusministerkonferenz 2013). Sie berücksichtigen aber den jüngsten Ist-Stand und aktualisieren auf dieser Basis die Vorausberechnungen der KMK. Die Aktualisierung erfolgt, indem die die von der KMK erwarteten Veränderungsraten auf die letzten Ist-Zahlen von 2012 projiziert werden.

und ohne Studienberechtigung ebenso wie für die Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus allgemeinbildenden und teilqualifizierenden beruflichen Schulen. Diese Veränderungen finden jedoch auf einem sehr niedrigen Niveau statt. Der massive Einbruch der letzten Jahre (z. B. 2001 noch

175.200 nicht studienberechtigte Schulabgänger/-innen und -absolventen und -absolventinnen aus allgemeinbildenden Schulen, 2013 nur noch 71.200) lässt sich mit den leichten Zuwächsen nicht einmal näherungsweise kompensieren.

Tabelle A2.3-1: **Vorausgeschätzte Entwicklung der Zahl der Schulabgänger/-innen und -absolventen und -absolventinnen bis zum Jahr 2025 (Teil 1)**

Jahr	Aus allgemeinbildenden Schulen				Aus beruflichen Schulen			
	nicht studienberechtigt		studienberechtigt		BVJ, BGJ und BFS		FOS und FGYM	
	absolut	2013 = 100	absolut	2013 = 100	absolut	2013 = 100	absolut	2013 = 100
Deutschland								
2013	555.003	100,0	324.732	100,0	222.438	100,0	124.443	100,0
2014	546.607	98,5	281.987	86,8	222.537	100,0	126.088	101,3
2015	533.934	96,2	293.212	90,3	218.207	98,1	126.487	101,6
2016	523.097	94,3	299.070	92,1	214.016	96,2	126.089	101,3
2017	499.923	90,1	289.628	89,2	210.021	94,4	124.031	99,7
2018	479.665	86,4	288.547	88,9	203.792	91,6	122.631	98,5
2019	471.403	84,9	284.687	87,7	197.422	88,8	119.245	95,8
2020	463.020	83,4	277.431	85,4	192.757	86,7	115.675	93,0
2021	461.865	83,2	277.769	85,5	188.480	84,7	113.229	91,0
2022	450.901	81,2	272.639	84,0	186.126	83,7	111.256	89,4
2023	450.567	81,2	274.039	84,4	182.986	82,3	109.636	88,1
2024	449.541	81,0	267.825	82,5	181.274	81,5	108.560	87,2
2025	445.091	80,2	266.481	82,1	179.270	80,6	107.913	86,7
Alte Länder								
2013	483.841	100,0	288.538	100,0	204.969	100,0	109.878	100,0
2014	473.052	97,8	243.200	84,3	205.142	100,1	111.327	101,3
2015	456.984	94,4	249.890	86,6	200.513	97,8	111.276	101,3
2016	446.302	92,2	254.745	88,3	195.954	95,6	110.252	100,3
2017	423.046	87,4	243.369	84,3	191.969	93,7	107.762	98,1
2018	403.314	83,4	241.870	83,8	185.861	90,7	105.951	96,4
2019	395.073	81,7	239.915	83,1	179.645	87,6	102.604	93,4
2020	385.416	79,7	233.043	80,8	174.973	85,4	99.386	90,5
2021	384.078	79,4	233.211	80,8	170.695	83,3	96.647	88,0
2022	373.218	77,1	227.381	78,8	168.332	82,1	94.713	86,2
2023	371.857	76,9	228.497	79,2	165.132	80,6	92.975	84,6
2024	369.191	76,3	222.415	77,1	163.430	79,7	91.812	83,6
2025	364.635	75,4	220.679	76,5	161.351	78,7	90.773	82,6

Tabelle A2.3-1: **Vorausgeschätzte Entwicklung der Zahl der Schulabgänger/-innen und -absolventen und -absolventinnen bis zum Jahr 2025 (Teil 2)**

Jahr	Aus allgemeinbildenden Schulen				Aus beruflichen Schulen			
	nicht studienberechtigt		studienberechtigt		BVJ, BGJ und BFS		FOS und FGym	
	absolut	2013=100	absolut	2013=100	absolut	2013=100	absolut	2013=100
Neue Länder und Berlin								
2013	71.162	100,0	36.194	100,0	17.469	100,0	14.565	100,0
2014	73.555	103,4	38.787	107,2	17.395	99,6	14.760	101,3
2015	76.950	108,1	43.322	119,7	17.694	101,3	15.211	104,4
2016	76.795	107,9	44.325	122,5	18.063	103,4	15.838	108,7
2017	76.877	108,0	46.259	127,8	18.051	103,3	16.269	111,7
2018	76.351	107,3	46.677	129,0	17.932	102,6	16.680	114,5
2019	76.330	107,3	44.772	123,7	17.777	101,8	16.641	114,3
2020	77.604	109,1	44.388	122,6	17.784	101,8	16.288	111,8
2021	77.787	109,3	44.558	123,1	17.785	101,8	16.582	113,8
2022	77.683	109,2	45.258	125,0	17.794	101,9	16.543	113,6
2023	78.710	110,6	45.542	125,8	17.854	102,2	16.660	114,4
2024	80.350	112,9	45.410	125,5	17.844	102,1	16.748	115,0
2025	80.456	113,1	45.802	126,5	17.919	102,6	17.140	117,7

Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus Berufsfachschulen ohne Absolventen/Absolventinnen aus vollqualifizierenden Berufsausbildungsgängen.

Abkürzungen: BVJ = schulisches Berufsvorbereitungsjahr, BGJ = schulisches Berufsgrundbildungsjahr, BFS = Berufsfachschule (ohne vollqualifizierende Abschlüsse), FOS = Fachoberschule, FGym = berufliches Fachgymnasium

Quelle: Statistisches Bundesamt; Kultusministerkonferenz; Bundesinstitut für Berufsbildung, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Die Aussichten für eine dauerhafte Sicherung des notwendigen Fachkräftenachwuchses in Westdeutschland sind somit alles andere als günstig. Dies zeigt nicht zuletzt eine Vorausberechnung der Zahl der institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen, die sich über einen recht einfachen linearen Regressionsansatz leicht bewerkstelligen lässt, bei dem die verschiedenen Schulabgängerzahlen zur Schätzung herangezogen werden.

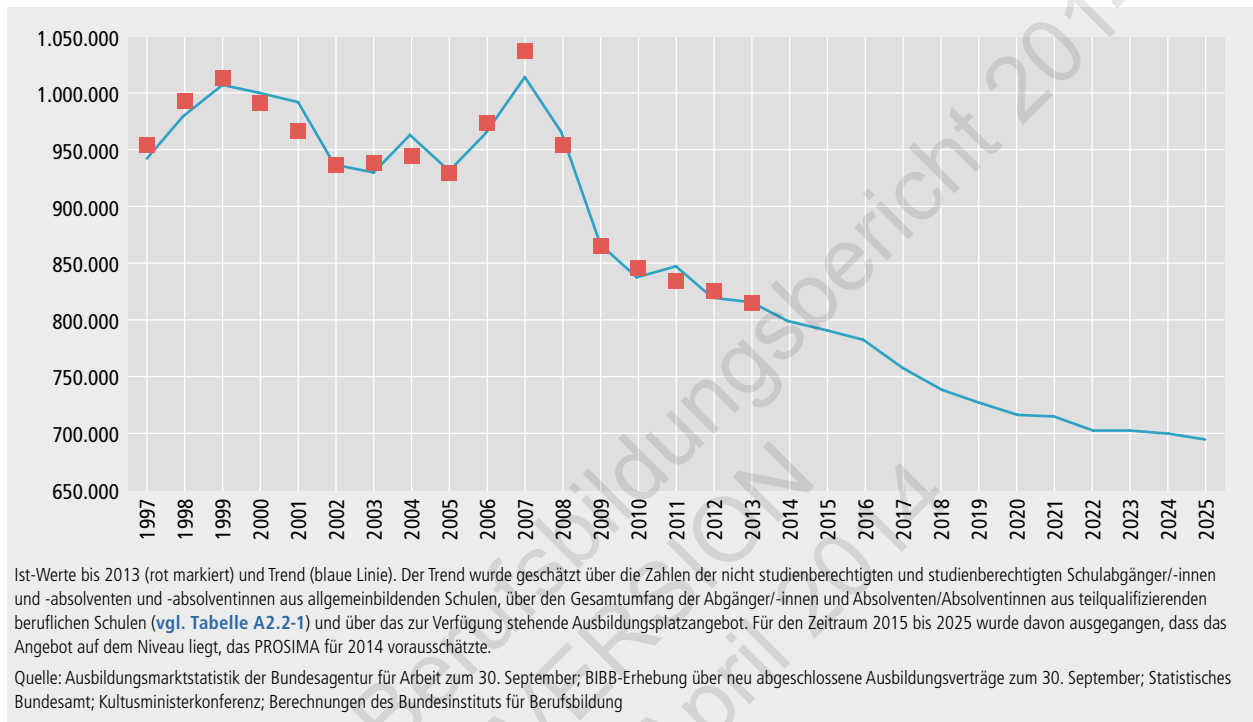
E Zahl der institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen

Die Zahl der **institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen** ist mit jenen Jugendlichen identisch, die entweder einen neuen Ausbildungsvertrag unterschreiben oder aber sich zumindest bei der Bundesagentur für Arbeit als Ausbildungsstellenbewerber registrieren lassen (Ulrich 2012). Sie kann als eine empirische Annäherung an die latente Nachfragepotenzialgröße interpretiert werden, die im Rahmen von PROSIMA Verwendung findet.

Wie → **Schaubild A2.3-1** zeigt, wird die Negativentwicklung bei den Schulabgängerzahlen die Zahl der institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen stark verringern; spätestens 2025 dürfte ihr Umfang erstmals die 700.000er-Marke unterschreiten – und damit um rund 340.000 Personen niedriger als 2007 bzw. um rund 120.000 Personen niedriger als 2013 ausfallen.

Sehr wahrscheinlich ist diese Schätzung sogar noch zu optimistisch ausgefallen, da sie auch auf der Annahme fußt, dass das Ausbildungsplatzangebot in den kommenden Jahren zumindest auf dem Niveau gehalten werden kann, das PROSIMA für 2014 vorausgesagt hatte. PROSIMA macht aber deutlich, dass nicht nur die Nachfrageentwicklung von der Angebotsentwicklung abhängig ist, sondern auch die Angebots- von der Nachfrageentwicklung. Sollte das Angebot sich an die sinkende Nachfrage anpassen und z. B. bis 2025 unter die 500.000er-Marke fallen, wird die Zahl der ausbildungsinteressierten Personen weitaus rascher

Schaubild A2.3-1: Zahl der institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen 1997 bis 2025



und kräftiger sinken. Umso notwendiger ist es, den Umfang des Ausbildungsplatzangebots und der Ausbildungsplatznachfrage so weit wie möglich zu stabilisieren. Nur so können Negativentwicklungen auf den beiden Seiten des Ausbildungsmarktes gebremst werden, die sich in ihrer Dynamik auf verhängnisvolle Weise gegenseitig verstärken.

(Tobias Maier, Caroline Neuber-Pohl, Joachim Gerd Ulrich)

A3 Bildungsverhalten von Jugendlichen – Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerber- befragung 2012

Die BA/BIBB-Bewerberbefragung **E** wird zurzeit im Abstand von 2 Jahren gemeinsam von der Bundesagentur für Arbeit (BA) und dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) auf Weisung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) durchgeführt. Die repräsentative Befragung von Jugendlichen, die bei der BA als Ausbildungsstellenbewerber/-innen gemeldet waren, soll die Daten der Ausbildungsmarktstatistik der BA (vgl. [Kapitel A1.3](#)) ergänzen. So können insbesondere detaillierte Angaben zu den Such- und Bewerbungsprozessen und dem Verbleib der Ausbildungsstellenbewerber/-innen gewonnen werden. Ermöglicht werden auch Analysen zu 2 bildungspolitisch relevanten Gruppen, welche die BA-Statistik derzeit nicht präzise ausweisen kann: die Gruppe der Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund ([Kapitel A3.1](#)) und die der Altbewerber/-innen ([Kapitel A3.2](#)).

E BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012

Es handelt sich um eine schriftlich-postalische Repräsentativbefragung von Jugendlichen, die im Vermittlungsjahr 2011/2012 (1. Oktober 2011 bis 30. September 2012) bei den Arbeitsagenturen und den Jobcentern in gemeinsamer Trägerschaft als Ausbildungsstellenbewerber/-innen registriert waren. Die BA zog hierfür eine Stichprobe aus allen Bewerbern und Bewerberinnen, die ihren Wohnsitz in Deutschland hatten. 13.200 zufällig ausgewählte Personen wurde der Fragebogen zugesandt (Bruttostichprobe). Nach Abschluss der Erhebung, die von Anfang Dezember 2012 bis Mitte Februar 2013 dauerte, lagen 4.100 weitgehend vollständig ausgefüllte und auswertbare Fragebogen vor (Nettostichprobe). Die Rücklaufquote betrug somit 31 %. Die Erhebungsdaten wurden über eine Soll-Ist-Anpassung – nach den Merkmalen Wohnregion, Geschlecht und offiziell registrierter Verbleib der Bewerber/-innen – gewichtet und auf die Grundgesamtheit der Bewerber/-innen mit inländischem Wohnsitz hochgerechnet.

A3.1 Ausbildungschancen von Bewerbern und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund nach Herkunftsregionen

Personenkreis der Ausbildungsstellen- bewerber/-innen

Von den Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen des Vermittlungsjahres 2011/2012 hatte nach der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012 ein Viertel (25 %) einen Migrationshintergrund **E** (vgl. auch BIBB-Datenreport 2013, Kap. A3.2.2). Von ihnen stammte über ein Drittel (36 %) aus osteuropäischen und den GUS-Staaten. Es kann davon ausgegangen werden, dass sie bzw. ihre Familien größtenteils als (Spät-)Aussiedler/-innen nach Deutschland gekommen waren, und zwar insbesondere mit Öffnung des Ostblocks ab Ende der 1980er-Jahre. Ein Drittel (33 %) der Bewerber/-innen mit einer Zuwanderungsgeschichte wies eine Herkunft aus der Türkei oder arabischen Staaten auf. Weit überwiegend handelte es sich bei ihnen um Nachfahren türkischer „Gastarbeiter/-innen“, die vor allem in den 1960er-Jahren zuwanderten. 18 % der Migranten und Migrantinnen hatten eine südeuropäische Herkunft. Auch ihre Familien waren vermutlich oftmals im Rahmen der Gastarbeiteranwerbung zugezogen. 12 % der Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund stammten aus anderen Staaten der Erde; sie bildeten die heterogenste Migrantengruppe, sowohl was die Herkunftsregionen als auch was die Zuwanderungsgründe anbetrifft (Beicht 2011).

E Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund

Im Rahmen der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012 wurde der Migrationshintergrund wie folgt indirekt definiert: Bewerber/-innen, die in Deutschland geboren wurden und alleine die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und ausschließlich Deutsch als Muttersprache gelernt hatten, wurden als Deutsche ohne Migrationshintergrund eingeordnet; für alle anderen wurde von einem Migrationshintergrund ausgegangen (vgl. [Kapitel A4.9](#)).

- **Persönliche Merkmale**

Insgesamt waren 62 % der Ausbildungsstellenbewerber/-innen, die aus einer Familie mit einer Zuwanderungsgeschichte stammten, in Deutschland geboren → **Tabelle A3.1-1**. Als Muttersprache hatten 68 % der Migranten und Migrantinnen Deutsch gelernt, und zwar größtenteils gemeinsam mit der Sprache ihres Herkunftslandes (63 %), seltener als einzige Sprache (6 %). Knapp ein Drittel (32 %) hatte Deutsch nicht von Kindheit an, sondern erst später erlernt. Besonders häufig traf dies auf Jugendliche osteuropäischer Herkunft zu (50 %), da sie auch größtenteils nicht in Deutschland geboren waren (70 %). Für Bewerber/-innen türkisch-arabischer Herkunft stellte dagegen Deutsch meistens eine Muttersprache dar (82 %), denn sie lebten weit überwiegend bereits seit ihrer Geburt in Deutschland (85 %).

Zwei Drittel (66 %) der Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund waren deutsche Staatsangehörige. Die meisten von ihnen besaßen ausschließlich einen deutschen Pass (52 %), eher wenige verfügten über eine doppelte Staatsangehörigkeit (14 %). Nur gut ein Drittel (34 %) der Migranten und Migrantinnen hatte ausschließlich eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die Bewerber/-innen osteuropäischer Herkunft waren meistens deutsche Staatsbürger/-innen (87 %); sie oder ihre Eltern hatten wahrscheinlich größtenteils als (Spät-)Aussiedler/-innen bereits mit der Einreise die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Erheblich seltener waren dagegen Bewerber/-innen südeuropäischer Herkunft (39 %) und türkisch-arabischer Herkunft (53 %) im Besitz eines deutschen Passes.

Unter den Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen mit und ohne Migrationshintergrund waren

Tabelle A3.1-1: Persönliche Merkmale der Bewerber/-innen nach Migrationshintergrund (in %)

Persönliche Merkmale	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund	davon: mit Herkunft aus:				Insgesamt
			osteuropäischen Staaten, GUS-Staaten	südeuropäischen Staaten	Türkei, arabischen Staaten	anderen Staaten	
Geburtsland							
in Deutschland geboren	100	62	30	78	85	69	91
im Ausland geboren	0	38	70	22	15	31	9
Muttersprache (erste erlernte Sprache)							
nur Deutsch	100	6	4	6	4	16	77
Deutsch gemeinsam mit anderer Sprache	0	63	46	68	78	59	15
nur andere Sprache	0	32	50	25	18	24	8
Staatsangehörigkeit							
nur deutsche Staatsangehörigkeit	100	52	72	23	44	62	88
deutsche und andere Staatsangehörigkeit	0	14	15	16	9	17	3
nur ausländische Staatsangehörigkeit	0	34	13	62	47	21	8
Geschlecht							
männlich	55	56	53	62	55	56	55
weiblich	45	44	47	38	45	44	45
Alter							
16 Jahre und jünger	19	14	11	19	15	13	17
17 Jahre	25	18	18	21	18	13	23
18 Jahre	15	18	18	19	19	16	16
19 bis 20 Jahre	23	29	29	28	30	30	25
21 Jahre und älter	18	21	24	14	18	28	19
Insgesamt (je Merkmal)	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012, gewichtete Ergebnisse

junge Frauen mit 44 % bzw. 45 % merklich seltener vertreten als junge Männer. Der Hauptgrund hierfür war, dass Frauen generell häufiger eine schulische Berufsausbildung anstreben und weniger Interesse an einer dualen Berufsausbildung haben. Besonders niedrig fiel der Frauenanteil unter den Bewerbern und Bewerberinnen südeuropäischer Herkunft aus (38 %).

Über zwei Drittel (68 %) der Bewerber/-innen aus Familien mit einer Migrationsgeschichte waren bereits 18 Jahre oder älter, der entsprechende Anteil lag bei denjenigen ohne Migrationshintergrund mit 56 % deutlich niedriger.

- **Vorhandene schulische Qualifikationen**

Die erreichten allgemeinbildenden Schulabschlüsse unterschieden sich nicht nur zwischen den Bewerbern und Bewerberinnen mit und ohne Migrationshintergrund relativ stark, sondern auch zwischen den einzelnen Migrantengruppen gab es Unterschiede → **Tabelle A3.1-2**. Insgesamt wiesen Migranten

und Migrantinnen im Vergleich zu Jugendlichen ohne eine Zuwanderungsgeschichte erheblich öfter einen Haupt- oder Sonderschulabschluss bzw. keinen Schulabschluss auf (39 % vs. 30 %) und verfügten deutlich seltener über einen mittleren Schulabschluss (45 % vs. 51 %) oder eine Studienberechtigung (13 % vs. 17 %). Bewerber/-innen türkisch-arabischer Herkunft besaßen am häufigsten maximal einen Hauptschulabschluss (47 %) und hatten nur selten einen höheren Schulabschluss erreicht (10 %).

Auch bei den Schulnoten, die die Bewerber/-innen auf ihrem letzten Schulzeugnis in Deutsch und Mathematik erhalten hatten, zeigten sich deutliche Unterschiede. So kamen gute bis sehr gute Deutschnoten bei Migranten und Migrantinnen seltener vor als bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (19 % vs. 25 %), ausreichende oder schlechtere Noten hingegen häufiger (28 % vs. 22 %). Die Mathematiknoten fielen bei Migranten und Migrantinnen ebenfalls ungünstiger aus, allerdings waren hier die Abweichungen im Vergleich zu Bewerbern und Bewerberinnen ohne Zuwanderungsgeschichte gerin-

Tabelle A3.1-2: Schulische Qualifikation der Bewerber/-innen nach Migrationshintergrund (in %)

Schulische Qualifikation	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund	davon: mit Herkunft aus:				Insgesamt
			osteuropäischen Staaten, GUS-Staaten	südeuropäischen Staaten	Türkei, arabischen Staaten	anderen Staaten	
Schulabschluss							
maximal Hauptschulabschluss	30	39	36	41	47	30	33
mittlerer Schulabschluss	51	45	44	49	42	52	50
(Fach-)Hochschulreife	17	13	18	9	10	15	16
keine Angabe	2	2	2	2	1	4	2
Letzte Deutschnote							
sehr gut oder gut	25	19	22	19	17	15	23
befriedigend	51	48	49	51	46	49	51
ausreichend oder schlechter	22	28	24	25	34	30	23
keine Angabe	3	5	5	6	3	6	3
Letzte Mathematiknote							
sehr gut oder gut	26	22	27	18	19	24	25
befriedigend	36	34	35	35	34	30	36
ausreichend oder schlechter	36	39	33	41	44	40	36
keine Angabe	3	5	4	6	3	6	3
Insgesamt (je Merkmal)	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012, gewichtete Ergebnisse

ger. Bewerber/-innen türkisch-arabischer Herkunft schnitten sowohl bei den Deutsch- als auch den Mathematiknoten am schlechtesten ab, Bewerber/-innen osteuropäischer Herkunft dagegen innerhalb der Gruppe der Migranten und Migrantinnen am besten. Sie wiesen in Mathematik sogar etwas häufiger als Jugendliche ohne Migrationshintergrund eine gute bis sehr gute Note auf.

- **Such- und Bewerbungsprozesse**

Die Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund waren bei der Ausbildungssuche sehr aktiv → **Tabelle A3.1-3**. So fragten jeweils über zwei Fünftel (43 % bzw. 41 %) auf eigene Initiative bei Betrieben nach Ausbildungsstellen. Dabei erkundigten sich Migranten und Migrantinnen im Durchschnitt bei noch mehr Betrieben als Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund (23 % vs. 20 %). Der Großteil der Jugendlichen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte verschickte schriftliche Bewerbungen an Betriebe. Migranten und Migrantinnen bewarben sich zwar seltener in schriftlicher Form als Jugendliche ohne Migrationshintergrund (78 % vs. 86 %), wenn sie dies aber taten, versendeten sie im Durchschnitt erheblich mehr Bewerbungen (41 % vs. 32 %). Die meisten Bewerbungen verschickten Jugendliche türkisch-arabischer Herkunft (46 %). Deutlich über die Hälfte der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund (56 % bzw. 59 %) bewarb sich auf Ausbildungsstellen in unterschiedlichen Berufen. Migranten und Migrantinnen zogen dabei noch mehr Berufe in ihre Bewerbungsaktivitäten ein als Jugendliche ohne Zuwanderungsgeschichte (7 % vs. 5 %). 11 % der Migranten und Migrantinnen berücksichtigten bei ihren Bewerbungen auch Betriebe, die über 100 km von ihrem Wohnort entfernt lagen. Sie zeigten damit eine fast ebenso hohe räumliche Flexibilität wie Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund, von denen sich 13 % überregional bewarben. Allerdings gab es große Unterschiede zwischen den Herkunftsgruppen: So bewarben sich Jugendliche osteuropäischer Herkunft mit 14 % mehr als doppelt so oft bei weit entfernten Betrieben wie diejenigen südeuropäischer Herkunft (6 %).

Trotz ihrer sehr intensiven Bemühungen wurden junge Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte

erheblich seltener von Betrieben zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Während sich zwei Drittel (67 %) der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund persönlich in Betrieben vorstellen konnten, waren dies bei den Migranten und Migrantinnen nur 55 %. Am geringsten war der Anteil bei Jugendlichen südeuropäischer Herkunft mit 51 %. Die durchschnittliche Zahl der geführten Vorstellungsgespräche unterschied sich dann allerdings nicht zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund. Im Verlauf des Such- und Bewerbungsprozesses absolvierten zwei Drittel (67 %) der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund betriebliche Praktika, bei denjenigen mit einer Zuwanderungsgeschichte waren es mit 60 % etwas weniger. Migranten und Migrantinnen führten dann aber im Durchschnitt ebenso viele Praktika durch wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund (jeweils 4 %).

Die Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund sprachen deutlich seltener mit ihren Eltern über ihre Berufswahl und Ausbildungssuche als diejenigen ohne Migrationshintergrund (62 % vs. 73 %). Am wenigsten unterhielten sich Jugendliche mit Herkunft aus anderen Staaten mit ihren Eltern hierüber (53 %). Mit Freunden bzw. Bekannten führten Migranten und Migrantinnen ebenfalls etwas seltener Gespräche über diese Themen als Bewerber/-innen ohne Zuwanderungsgeschichte (57 % vs. 60 %), mit Ausnahme der Jugendlichen türkisch-arabischer Herkunft (61 %). Jeweils weniger als ein Zehntel der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund (7 % bzw. 8 %) wurden während des Berufswahlprozesses und der Ausbildungssuche durch einen/eine Berufseinstiegsbegleiter/-in unterstützt. Besonders selten erhielten Jugendliche türkisch-arabischer Herkunft (5 %) sowie Jugendliche mit Herkunft aus anderen Staaten (2 %) eine solche Einstiegsbegleitung.

Migranten und Migrantinnen hatten sich im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund öfter schon für ein früheres Ausbildungsjahr erfolglos um eine Ausbildungsstelle beworben, waren also sogenannte Altbewerber/-innen (34 % vs. 30 %). Am häufigsten traf dies auf Jugendliche südeuropäischer Herkunft zu (38 %). Die Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund hatten auch etwas öfter bereits eine

Tabelle A3.1-3: Aktivitäten und Unterstützung der Bewerber/-innen im Such- und Bewerbungsprozess nach Migrationshintergrund

Aktivitäten/Unterstützung	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund	davon: mit Herkunft aus:				Insgesamt
			osteuropäischen Staaten, GUS-Staaten	südeuropäischen Staaten	Türkei, arabischen Staaten	anderen Staaten	
Such- und Bewerbungsaktivitäten							
bei Betrieben nach Ausbildungsangeboten erkundigt (Anteil in %)	41	43	43	44	43	42	42
wenn zutreffend: durchschnittliche Anzahl der Anfragen bei Betrieben	20	23	21	26	23	20	21
schriftliche Bewerbungen verschickt (Anteil in %)	86	78	80	74	79	76	84
wenn zutreffend: durchschnittliche Anzahl der Bewerbungen	32	41	37	40	46	43	34
für mehrere Berufe beworben (Anteil in %)	59	56	57	55	55	60	58
wenn zutreffend: durchschnittliche Anzahl der Berufe	5	7	6	7	7	7	6
auch außerhalb der Region beworben (Anteil in %)	13	11	14	6	9	16	13
an Vorstellungsgesprächen teilgenommen (Anteil in %)	67	55	58	51	55	58	64
wenn zutreffend: durchschnittliche Anzahl der Vorstellungsgespräche	5	5	5	6	5	5	5
Praktika absolviert (Anteil in %)	67	60	60	56	64	60	65
wenn zutreffend: durchschnittliche Anzahl der Praktika	4	4	4	4	4	4	4
Unterstützung							
mit den Eltern oft über die Berufswahl unterhalten (Anteil in %)	73	62	61	63	65	53	70
mit Freunden und Bekannten oft über die Berufswahl unterhalten (Anteil in %)	60	57	56	54	61	58	59
Unterstützung durch Berufseinstiegsbegleiter/-in (Anteil in %)	8	7	8	9	5	2	7
Vorgelagerte Aktivitäten							
bereits für ein früheres Ausbildungsjahr beworben (Altbewerber)	30	34	36	38	30	33	31
berufsvorbereitende Maßnahme absolviert (Anteil in %)	15	17	17	16	20	14	15
Berufsvorbereitungsjahr o. Ä. absolviert (Anteil in %)	8	9	8	11	10	5	8
betriebliche Einstiegsqualifizierung absolviert (Anteil in %)	4	3	4	3	2	1	4

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012, gewichtete Ergebnisse

berufsvorbereitende Maßnahme absolviert (17 % vs. 15 %), am häufigsten hatten diejenigen türkisch-arabischer Herkunft schon hieran teilgenommen (20 %). Ein Berufsvorbereitungs-, Berufseinstiegs- oder Berufsorientierungsjahr hatten Bewerber/-innen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte etwa gleich oft besucht (9 % bzw. 8 %). Eine betriebliche Einstiegsqualifizierung hatten Migranten und Migrantinnen dagegen etwas seltener als Jugendliche ohne Migrationshintergrund durchlaufen (3 % vs. 4 %).

Sucherfolg der Ausbildungsstellenbewerber/-innen

Von den gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen des Vermittlungsjahres 2011/2012 waren bis Ende 2012 bzw. Anfang 2013 insgesamt 40 % erfolgreich in eine betriebliche Ausbildung in Berufen nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO) eingemündet. Zu beachten ist aber, dass Einmündungen in Ausbildungsverhältnisse, die zwischenzeitlich bereits wieder gelöst worden waren, hierbei nicht berücksichtigt sind, da diese in der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012 nicht erfasst wurden. Als erfolgreicher Übergang in betriebliche

Ausbildung zählte daher nur, wenn Bewerber/-innen im betreffenden Vermittlungsjahr oder in der Nachvermittlungsphase eine entsprechende Ausbildung aufgenommen hatten und dort bis zum Befragungszeitpunkt verblieben waren. Bei Migranten und Migrantinnen war der Anteil derjenigen, die erfolgreich eine betriebliche Ausbildung begonnen hatten, mit 29 % erheblich geringer als bei Bewerbern und Bewerberinnen ohne Zuwanderungsgeschichte mit 4 % → **Tabelle A3.1-4**. Am seltensten gelang es Jugendlichen türkisch-arabischer Herkunft, eine betriebliche Ausbildung aufzunehmen, und zwar lediglich einem Viertel (25 %). Auch Bewerber/-innen mit Herkunft aus anderen Staaten hatten selten (28 %) bei der Suche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz Erfolg. Für Jugendliche osteuropäischer und südeuropäischer Herkunft waren zwar die Aussichten etwas günstiger – von ihnen mündeten jeweils 31 % in betriebliche Ausbildung ein –, aber immer noch weit geringer als für diejenigen ohne Migrationshintergrund.

Der Erfolg beim Übergang in betriebliche Ausbildung hing relativ stark vom erreichten Schulabschluss ab. Bewerber/-innen, die über einen

Tabelle A3.1-4: Einmündung der Bewerber/-innen in betriebliche bzw. betriebliche/außerbetriebliche Berufsausbildung nach Migrationshintergrund und Schulabschluss (Anteil je Personengruppe in %)

Einmündung in	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund	davon: mit Herkunft aus:				Insgesamt
			osteuropäischen Staaten, GUS-Staaten	südeuropäischen Staaten	Türkei, arabischen Staaten	anderen Staaten	
betriebliche Ausbildung							
bei maximal Hauptschulabschluss	34	26	27	32	21	35	31
bei mittlerem Schulabschluss	48	29	32	28	29	25	44
bei (Fach-)Hochschulreife	49	35	38	46	24	34	46
Insgesamt	44	29	31	31	25	28	40
betriebliche/außerbetriebliche Ausbildung							
bei maximal Hauptschulabschluss	44	37	40	40	32	38	42
bei mittlerem Schulabschluss	51	33	35	32	33	27	47
bei (Fach-)Hochschulreife	51	37	40	52	24	34	48
Insgesamt	49	35	37	37	32	30	45

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012, gewichtete Ergebnisse

Hauptschulabschluss, einen Sonderschulabschluss oder keinen Schulabschluss verfügten, mündeten am seltensten in betriebliche Ausbildung ein: Bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund waren es nur 34 % und bei Migranten und Migrantinnen lediglich 26 %. Am niedrigsten lag die Einmündungsquote bei maximal Hauptschulabschluss und türkisch-arabischer Herkunft mit 21 %. Bei Vorliegen eines mittleren Schulabschlusses gelang es häufiger, eine betriebliche Ausbildung aufzunehmen: Für Bewerber/-innen ohne Zuwanderungsgeschichte betrug die Einmündungsquote dann 48 %, für diejenigen mit Migrationshintergrund 29 %. Damit war für Migranten und Migrantinnen der Vorteil eines mittleren Schulabschlusses gegenüber maximal einem Hauptschulabschluss allerdings viel geringer als für Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Bewerber/-innen südeuropäischer Herkunft erhielten bei einem mittleren Schulabschluss mit 28 % sogar seltener einen betrieblichen Ausbildungsplatz als bei maximal einem Hauptschulabschluss (32 %). Bei Jugendlichen aus anderen Staaten war dies sogar noch wesentlich ausgeprägter, denn sie mündeten bei einem mittleren Schulabschluss mit 25 % sehr selten, bei einem Hauptschulabschluss dagegen mit 35 % relativ häufig in betriebliche Ausbildung ein.

Normalerweise verbessern sich bei einem höheren Schulabschluss die Aussichten auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz nochmals deutlich. Allerdings stellte das Vermittlungsjahr 2011/2012 wegen der doppelten Abiturientenjahrgänge in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen eine Sondersituation dar. Die Zahl der studienberechtigten Bewerber/-innen stieg hierdurch erheblich an und führte zu einer verschärften Konkurrenz untereinander um die von ihnen begehrten betrieblichen Ausbildungsplätze (Beicht 2013). Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund, die über eine Studienberechtigung verfügten, mündeten daher mit 49 % kaum häufiger in betriebliche Ausbildung ein als diejenigen mit mittlerem Schulabschluss (48 %). Anders verhielt es sich bei den Jugendlichen mit einer Zuwanderungsgeschichte: Sie erhielten bei Vorliegen einer Studienberechtigung mit 35 % deutlich häufiger eine betriebliche Ausbildungsstelle als bei einem mittleren Schulabschluss (29 %), allerdings wiederum erheblich seltener

als vergleichbare Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund (49 %). Ganz ungünstig schnitten studienberechtigte Bewerber/-innen türkisch-arabischer Herkunft ab; deren Einmündungsquote war mit 24 % sogar niedriger als bei denjenigen mit mittlerem Schulabschluss (29 %). Dagegen gelang studienberechtigten Jugendlichen südeuropäischer Herkunft die Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung mit 46 % vergleichsweise oft.

Außerbetriebliche Ausbildungsplätze in BBiG/HwO-Berufen wurden vor allem für leistungsschwächere Jugendliche bereitgestellt, die nicht in eine betriebliche Ausbildung vermittelt werden konnten. Meistens handelte es sich um lernbeeinträchtigte oder sozial benachteiligte Jugendliche oder um junge Menschen mit Behinderungen, die in der außerbetrieblichen Ausbildung eine besondere Betreuung erhielten. Wurde die Einmündung in die außerbetriebliche Ausbildung berücksichtigt, erhöhten sich zwar insgesamt die Anteile der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund, die eine duale Berufsausbildung aufnehmen konnten → [Tabelle A3.1-4](#). Der Abstand zwischen beiden Gruppen blieb jedoch nahezu unverändert.

Durch die außerbetriebliche Ausbildung stieg vor allem der Anteil der erfolgreich eingemündeten Bewerber/-innen mit maximal Hauptschulabschluss deutlich an, und zwar auf 44 % bei denjenigen ohne Migrationshintergrund und 37 % bei denjenigen mit einer Zuwanderungsgeschichte. Für Migranten und Migrantinnen waren damit die Aussichten auf eine duale Ausbildung bei einem Hauptschulabschluss sogar merklich besser als bei einem mittleren Schulabschluss. Denn bei Vorliegen der mittleren Reife mündeten nur 33 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in duale Ausbildung ein. Der Effekt, dass die Aufnahme einer dualen Ausbildung bei maximal einem Hauptschulabschluss öfter als bei einem mittleren Schulabschluss gelang, betraf alle Migrantengruppen – mit Ausnahme der Jugendlichen türkisch-arabischer Herkunft. Diese mündeten bei maximal Hauptschulabschluss (32 %) und mittlerem Schulabschluss (33 %) in etwa gleich häufig ein.

Chancenunterschiede in der betrieblichen Ausbildung

Der Erfolg bei der Suche nach einer betrieblichen Ausbildung hängt von vielfältigen Faktoren ab. Nach einem ressourcentheoretischen Ansatz zur Erklärung der Übergangschancen verfügen Individuen über unterschiedliche Ressourcen, welche die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Einmündung in Berufsausbildung erhöhen oder vermindern (Eberhard 2012). Orientiert an diesem Erklärungsansatz wurde anhand der Daten der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012 untersucht, welche Merkmale der Bewerber/-innen und welche Rahmenbedingungen ihrer Ausbildungssuche die Chance, erfolgreich in eine betriebliche Ausbildung einzumünden, statistisch nachweisbar beeinflussen. Zu diesem Zweck wurde eine binäre logistische Regressionsanalyse durchgeführt. Hiermit lässt sich der eigenständige Effekt jedes einzelnen Merkmals auf die Einmündungschancen feststellen, da jeweils alle anderen einbezogenen Größen kontrolliert werden. In dem Regressionsmodell wurden – neben dem Migrationshintergrund der Bewerber/-innen – die Schulabschlüsse, die letzten Schulnoten in Deutsch und Mathematik, das Alter, das Geschlecht, das Vorhandensein gesundheitlicher Einschränkungen, zentrale Merkmale des Such- und Bewerbungsprozesses sowie die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt in der Wohnregion berücksichtigt. Als Indikator für die Marktlage wurde die Relation des betrieblichen Ausbildungsstellenangebots zu allen ausbildungsinteressierten Jugendlichen in den jeweiligen Arbeitsagenturbezirken herangezogen (Ulrich 2012). Da die Einmündungsquoten in betriebliche Ausbildung bei den einzelnen Schulabschlussniveaus für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund sehr unterschiedlich ausfallen, wurde darüber hinaus auch ein entsprechender Interaktionsterm in das Regressionsmodell aufgenommen. Die Ergebnisse der Regressionsanalyse können im Einzelnen → [Tabelle A3.1-5 Internet](#) entnommen werden.

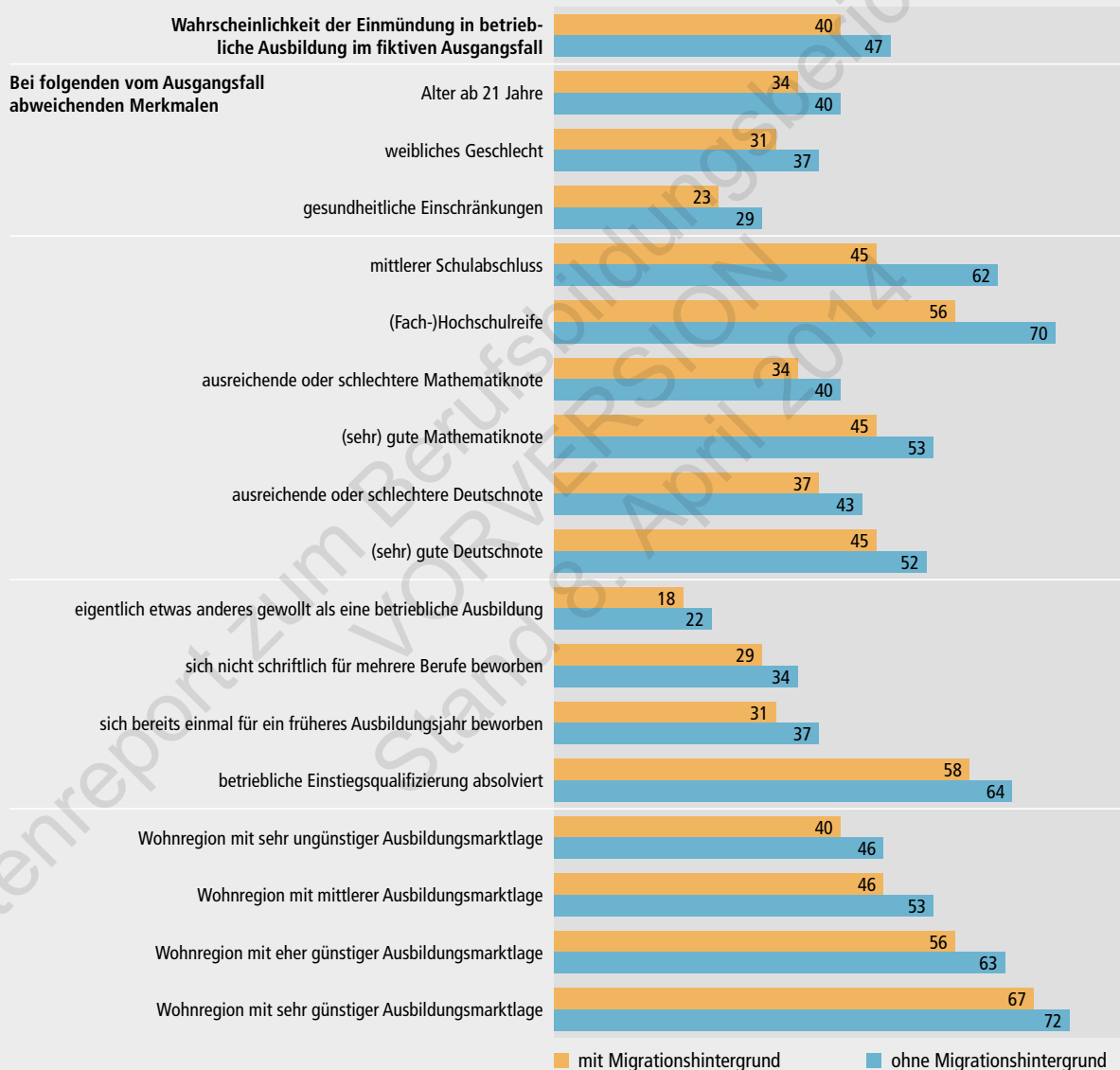
Wie stark sich die einzelnen Merkmale, jeweils für sich gesehen, fördernd oder hemmend auf den Einmündungserfolg in betriebliche Ausbildung auswirkten, kann am Beispiel eines fiktiven Ausbil-

dungsstellenbewerbers aufgezeigt werden. Zu diesem Zweck wurden ausgehend von den Ergebnissen der Regressionsanalyse für bestimmte Merkmalskonstellationen die jeweiligen Einmündungswahrscheinlichkeiten berechnet. Zunächst wurde ein *fiktiver Ausgangsfall* konstruiert: Hierbei handelte es sich um einen männlichen Bewerber, der unter 21 Jahre alt war, keine gesundheitlichen Einschränkungen aufwies, einen Hauptschulabschluss besaß und auf dem letzten Schulzeugnis eine befriedigende Mathematik- und Deutschnote erhalten hatte. Zudem war eine betriebliche Ausbildung sein primärer Wunsch, er hatte sich schriftlich für mehrere Berufe beworben, war kein Altbewerber, hatte keine Einstiegsqualifizierung absolviert und lebte in einer Region mit einer eher ungünstigen Situation auf dem Ausbildungsmarkt. Von 100 Bewerbern, die dieser Beschreibung entsprachen, mündeten rechnerisch 47 erfolgreich in eine betriebliche Ausbildung ein, sofern sie keinen Migrationshintergrund hatten, d. h., die Erfolgswahrscheinlichkeit betrug dann 47 %. Bei einem Migrationshintergrund sank sie dagegen auf 40 %.

Wie stark die Erfolgswahrscheinlichkeit für einen solchen Bewerber – einmal mit und einmal ohne Migrationshintergrund – zu- oder abnahm, wenn sich jeweils *einzelne* Merkmale veränderten, zeigt → [Schaubild A3.1-1](#). Hatte die betreffende Person – abweichend vom Ausgangsfall – ein höheres Alter, handelte es sich um eine Frau oder lagen gesundheitliche Einschränkungen vor, so ließ dies die Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung jeweils weniger wahrscheinlich werden, wobei die Aussichten bei einem Migrationshintergrund immer noch deutlich geringer ausfielen. Ein mittlerer und höherer Schulabschluss wirkten sich positiv aus, bei Vorliegen eines Migrationshintergrunds allerdings weit weniger, als wenn ein solcher nicht vorhanden war. Gute und sehr gute Mathematik- und Deutschnoten hatten ebenfalls einen fördernden Effekt, während ausreichende oder schlechtere Noten die Aussichten sinken ließen. Als sehr ungünstig erwies es sich, wenn jemand eigentlich lieber etwas anderes machen wollte: Dann reduzierte sich die Wahrscheinlichkeit, in eine betriebliche Ausbildung einzumünden, beträchtlich. Ebenfalls negativ wirkte sich aus, wenn keine schriftlichen Bewerbungen für

Schaubild A3.1-1: **Wahrscheinlichkeit der Einmündung in betriebliche Ausbildung bei bestimmten Merkmalsausprägungen (in %)**

Fiktiver Ausgangsfall: Bewerber – einmal mit und einmal ohne Migrationshintergrund –, unter 21 Jahre alt, männlich, keine gesundheitlichen Einschränkungen, mit Hauptschulabschluss, befriedigender Mathematik- und Deutschnote auf dem letzten Schulzeugnis, wollte auf jeden Fall eine betriebliche Ausbildung machen, hat sich schriftlich für mehrere Berufe beworben, hat sich nicht bereits für ein früheres Ausbildungsjahr beworben, hat keine Einstiegsqualifizierung absolviert, lebt in einer Region mit eher ungünstiger Situation auf dem Ausbildungsmarkt.



Erläuterung: Zunächst wurde für den fiktiven Ausgangsfall (siehe oben) die Wahrscheinlichkeit der Einmündung in betriebliche Ausbildung anhand eines statistischen Modells (logistische Regression) berechnet. Diese Wahrscheinlichkeit liegt bei 40 %, wenn der Bewerber einen Migrationshintergrund hat, und bei 47 %, wenn der Bewerber keinen Migrationshintergrund hat. Dann wurde ermittelt, wie hoch die Wahrscheinlichkeiten ausfallen, wenn einzelne Merkmale vom Ausgangsfall abweichen. Es wurden nur Merkmale berücksichtigt, die einen statistisch signifikanten Einfluss auf die Einmündungschancen haben. Beispiel: Wenn statt des Hauptschulabschlusses ein mittlerer Schulabschluss vorhanden ist, beträgt die Einmündungswahrscheinlichkeit bei ansonsten gleichen Bedingungen wie im Ausgangsfall 45 % (mit Migrationshintergrund) bzw. 62 % (ohne Migrationshintergrund).

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012

mehrere Berufe erfolgten oder wenn jemand Altbewerber/-in war. Als ausgesprochen förderlich stellte sich hingegen die Teilnahme an einer betrieblichen Einstiegsqualifizierung heraus.

Aber nicht nur Merkmale der Bewerber/-innen bestimmten ihren Erfolg bei der Suche, sondern auch die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt in der Wohnregion hatte großen Einfluss. Bereits bei einer mittleren Ausbildungsmarktlage waren die Aussichten auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz deutlich höher als bei einer sehr schlechten. War die Marktsituation sehr günstig, fiel die Erfolgswahrscheinlichkeit sogar mehr als eineinhalbmal so groß aus. Für Migranten und Migrantinnen bedeutete dies zum Beispiel, dass sie mit einem Hauptschulabschluss in einer Region mit sehr günstigen Marktverhältnissen eher erfolgreich waren als mit einem höheren Schulabschluss in einer sehr ungünstigen Region.

Bewertung des Verbleibs durch die Jugendlichen

Am Jahresende 2012 bzw. Jahresanfang 2013 waren von den Bewerbern und Bewerberinnen ohne Migrationshintergrund 49 % erfolgreich in eine betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildung in BBiG/HwO-Berufen eingemündet, von denjenigen mit Migrationshintergrund dagegen lediglich 35 %. 4 % der Jugendlichen ohne und 3 % derjenigen mit Migrationshintergrund hatten aus einem bestehenden Ausbildungsverhältnis heraus nach einer neuen Ausbildungsstelle gesucht und waren dann doch in ihrer ursprünglichen, bereits vor dem Vermittlungsjahr begonnenen dualen Ausbildung verblieben, sie zählten damit *nicht* zu den erfolgreich eingemündeten Bewerbern und Bewerberinnen. Jeweils 6 % der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund nahmen alternativ eine Ausbildung in einem Schulberuf auf und jeweils 2 % ein Studium. Alles in allem befanden sich demnach 61 % der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund und 46 % der Migranten und Migrantinnen in einer vollqualifizierenden Ausbildung. Am seltensten traf dies auf Jugendliche türkisch-arabischer Herkunft mit 40 % zu.

Die übrigen Bewerber/-innen gingen am Jahresende 2012 vielfältigen anderen Aktivitäten nach → **Tabelle A3.1-6**. Viele Jugendliche nahmen alternative, nicht vollqualifizierende Bildungsmöglichkeiten wahr: Sie besuchten weiter eine allgemeinbildende Schule, gingen auf eine Fachoberschule bzw. eine teilqualifizierende Berufsfachschule oder nahmen an einer teilqualifizierenden Bildungsmaßnahme (Berufsvorbereitungsjahr o. Ä., Berufsgrundbildungsjahr, berufsvorbereitende Maßnahme, Einstiegsqualifizierung, Praktikum) teil. In einer dieser Alternativen waren insgesamt 21 % der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund und 32 % der Migranten und Migrantinnen anzutreffen. Jugendliche südeuropäischer Herkunft setzten dabei relativ häufig ihren allgemeinbildenden Schulbesuch fort (16 %), und Jugendliche türkisch-arabischer Herkunft besuchten oft eine teilqualifizierende Berufsfachschule bzw. Fachoberschule (13 %).

Ein kleinerer Teil der Bewerber/-innen ging einer Erwerbstätigkeit nach, jobbte oder leistete einen Freiwilligendienst; bei Migranten und Migrantinnen kam dies mit insgesamt 10 % kaum öfter vor als bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund mit 9 %. Die restlichen Bewerber/-innen waren arbeitslos oder blieben aus privaten Gründen zu Hause. Bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund war hier der Anteil mit insgesamt 13 % deutlich höher als bei denjenigen ohne Migrationshintergrund mit 9 %. Am häufigsten befanden sich Bewerber/-innen türkisch-arabischer Herkunft (15 %) und mit Herkunft aus anderen Staaten (20 %) außerhalb des Bildungs- und Erwerbssystems.

Wie die Bewerber/-innen ihren Verbleib bewerteten, war dementsprechend unterschiedlich → **Schaubild A3.1-2**. Von den Jugendlichen mit einer Zuwanderungsgeschichte gaben nur insgesamt 49 % an, ihr Verbleib sei wunschgemäß gewesen oder es habe sich zumindest um eine Alternative gehandelt, die sie von vornherein ebenfalls in Betracht gezogen hätten. Bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund traf dies dagegen auf immerhin 63 % zu. Ein Teil der Bewerber/-innen hatte sich mit der eigentlich nicht angestrebten Situation arrangiert und erachtete diese nun als ganz gut oder schätzte sie wenigstens als sinnvolle Überbrückung ein:

Tabelle A3.1-6: Verbleib der Bewerber/-innen am Jahresende 2012 nach Migrationshintergrund (in %)

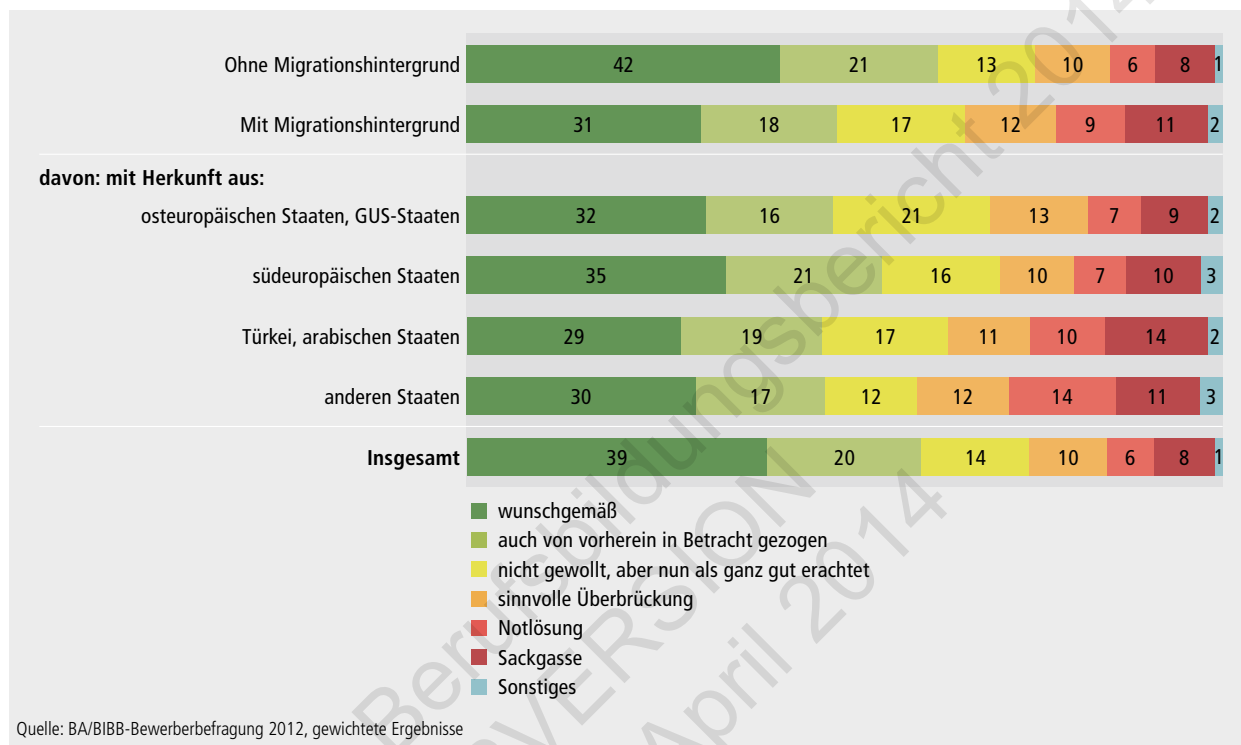
Verbleibsform	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund	davon: mit Herkunft aus:				Insgesamt
			osteuro-päischen Staaten, GUS-Staaten	südeuro-päischen Staaten	Türkei, arabischen Staaten	anderen Staaten	
betriebliche Ausbildung (aktuell eingemündet)	44	29	31	31	25	28	40
außerbetriebliche Ausbildung (aktuell eingemündet)	5	6	7	6	7	2	5
Verbleib in ursprünglicher betrieblicher/ außerbetrieblicher Ausbildung	4	3	4	4	2	2	4
Ausbildung in einem Schulberuf	6	6	8	5	4	8	6
Studium an einer (Fach-)Hochschule, Berufsakademie	2	2	3	1	2	3	2
allgemeinbildende Schule	5	9	6	16	7	10	6
teilqualifizierende Berufsfachschule/ Fachoberschule	7	10	10	5	13	7	8
Berufsvorbereitungsjahr o. Ä., Berufsgrundbildungsjahr	3	3	3	2	5	0	3
berufsvorbereitende Maßnahme der Arbeitsagentur bzw. des Jobcenters	3	6	8	1	7	8	4
Einstiegsqualifizierung	1	2	2	2	1	1	1
Praktikum	2	2	2	2	2	1	2
Bundesfreiwilligendienst, freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr	3	1	2	1	1	0	3
Erwerbstätigkeit	2	4	3	5	3	6	2
Jobben	4	5	4	6	5	5	4
Arbeitslosigkeit	7	11	7	10	13	15	8
Sonstiges, z. B. zu Hause aus privatem Grund, Auslandsaufenthalt	2	2	2	1	2	5	2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012, gewichtete Ergebnisse

29 % derjenigen mit und 23 % derjenigen ohne Zuwanderungsgeschichte äußerten sich so. Große Unzufriedenheit kam bei den Jugendlichen zum Ausdruck, die ihren Verbleib als Notlösung oder sogar als Sackgasse bezeichneten. Von den Migranten und Migrantinnen waren dies immerhin 20 %, von den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund dagegen nur 14 %. Am häufigsten unzufrieden mit ihrer Situation waren die Bewerber/-innen türkisch-arabischer Herkunft (24 %) und mit Herkunft aus anderen Staaten (25 %).

Die Bewertung des Verbleibs hing sehr stark davon ab, ob die Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung gelungen war oder nicht. Bei einer erfolgreichen Einmündung beurteilten 97 % der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund und 92 % der Migranten und Migrantinnen ihre Situation eher positiv („wunschgemäß“ bis „nun als ganz gut erachtet“). Die differierenden Einschätzungen waren somit vor allem auf den unterschiedlich häufigen Erfolg bei der Suche nach einer betrieblichen Ausbildung zurückzuführen.

Schaubild A3.1-2: Bewertung des Verbleibs durch die Bewerber/-innen nach Migrationshintergrund (in %)



Fazit

Der Zugang zu betrieblicher Ausbildung war im Vermittlungsjahr 2011/2012 für die Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund deutlich schwieriger als für diejenigen ohne Migrationshintergrund, und zwar nicht allein wegen ihrer oft schlechteren schulischen Qualifikationen. Vielmehr waren ihre Einmündungschancen selbst *unter gleichen Bedingungen* geringer. Die Gründe hierfür liegen wahrscheinlich vor allem in den Auswahlprozessen der Betriebe bei der Vergabe ihrer Ausbildungsplätze (Imdorf 2010). Bei betrieblichen Personalverantwortlichen besteht immer Unsicherheit darüber, welche Lernmotivation und Leistungsfähigkeit die Bewerber/-innen haben, wie zuverlässig sie sind und ob sie in die betriebliche Belegschaft passen (Becker 2011). Bei der Einstellung von Migranten und Migrantinnen werden oft eher Schwierigkeiten erwartet als bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (Boos-Nünning 2008). Solche Bedenken bzw. Vorurteile können die Bewerberauswahl für die betrieblichen Ausbildungsstellen erheblich beeinflussen.

Angesichts der demografischen Entwicklung wird es für Betriebe künftig immer schwieriger, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Umso wichtiger ist es, dass sie mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund bei der Vergabe ihrer Ausbildungsstellen berücksichtigen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass bald viele ihrer Ausbildungsplätze vakant bleiben. Eine große Herausforderung für die nächsten Jahre ist es daher, wirksame Strategien zu entwickeln, um Betriebe verstärkt für die Ausbildung von Migranten und Migrantinnen zu gewinnen. Denn zum einen kann es sich Deutschland angesichts des künftig drohenden Fachkräftemangels kaum leisten, die Potenziale der hier lebenden jungen Menschen nicht auszuschöpfen. Zum anderen stellt ein Berufsabschluss in der heutigen Arbeitswelt die unverzichtbare Grundlage für eine dauerhafte und existenzsichernde Beschäftigung dar und ist damit eine der bedeutendsten Voraussetzungen für die gesellschaftliche Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund.

(Ursula Beicht, Julia Gei)

A3.2 Ausbildungschancen von Altbewerbern und Altbewerberinnen

Von den Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen des Vermittlungsjahres 2012 (1. Oktober 2011 bis 30. September 2012) waren nach der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012 insgesamt 31 % Altbewerber/-innen.²⁸ Der Anteil der Altbewerber/-innen ging damit gegenüber früheren Jahren deutlich zurück. So hatte er nach den BA/BIBB-Bewerberbefragungen 2006 und 2008 noch jeweils bei 40 % und 2010 bei 38 % gelegen.²⁹ Dennoch stellten die Altbewerber/-innen 2012 nach wie vor eine bedeutende Gruppe unter den bei Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen dar.

E Altbewerber/-innen

Im Rahmen der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012 wird von folgender Definition ausgegangen: Altbewerber/-innen sind „all diejenigen Personen, die angeben, sich bereits einmal für einen früheren Ausbildungsbeginn als den des jeweils aktuellen Ausbildungsjahres beworben zu haben“ (Ulrich/Krekel 2007). Dabei wird auch genau erfasst, für welches Jahr sich die Bewerber/-innen erstmals um eine Ausbildungsstelle bemüht haben.

Demgegenüber werden im Rahmen der BA-Ausbildungsmarktstatistik 2 andere Definitionen verwendet, um den Personenkreis der „Altbewerber/-innen“ abzugrenzen. Zum einen werden dort die Bewerber/-innen danach differenziert, ob sie die Schule im Berichtsjahr oder bereits im Vorjahr oder

früher beendet haben. Bei den Bewerbern und Bewerberinnen aus früheren Schulentlassjahrgängen ist allerdings unbekannt, ob sie sich in den Vorjahren tatsächlich einmal um eine Ausbildungsstelle beworben haben oder nicht. Zum anderen werden in der BA-Statistik die Bewerber/-innen danach unterschieden, ob sie erstmals im aktuellen Berichtsjahr bei einer Arbeitsagentur oder einem Jobcenter gemeldet waren oder bereits schon in einem früheren Berichtsjahr. Bei den früheren Bewerbern und Bewerberinnen wird allerdings nicht ausgewiesen, in welchem Berichtsjahr sie erstmals als Bewerber/-innen registriert waren (vgl. [E in Kapitel A1.2](#)).

Einmündungserfolg der Altbewerber/-innen und erstmaligen Bewerber/-innen

Von den Altbewerbern und Altbewerberinnen des Vermittlungsjahres 2012 waren bis Ende 2012 bzw. Anfang 2013 insgesamt 32 % erfolgreich in eine betriebliche Ausbildung in Berufen nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO) eingemündet.³⁰ Bei den Bewerbern und Bewerberinnen, die sich 2012 erstmals um eine Ausbildungsstelle beworben hatten, lag die Einmündungsquote in betriebliche Ausbildung mit 45 % deutlich höher. Innerhalb der Gruppe der Altbewerber/-innen waren nochmals große Unterschiede zu verzeichnen, je nachdem, wie lange die erstmalige Bewerbung um einen Ausbildungsplatz bereits zurücklag. Hatten sich Altbewerber/-innen erstmals für das Vorjahr beworben, so nahmen 38 % erfolgreich eine betriebliche Ausbildung auf, erfolgte die Erstbewerbung bereits für das Vorvorjahr, waren es nur 31 %. Bei denjenigen, die sich noch früher zum ersten Mal um einen Ausbildungsplatz bemüht hatten, ging der Anteil sogar auf 25 % zurück → [Schaubild A3.2-1](#).³¹

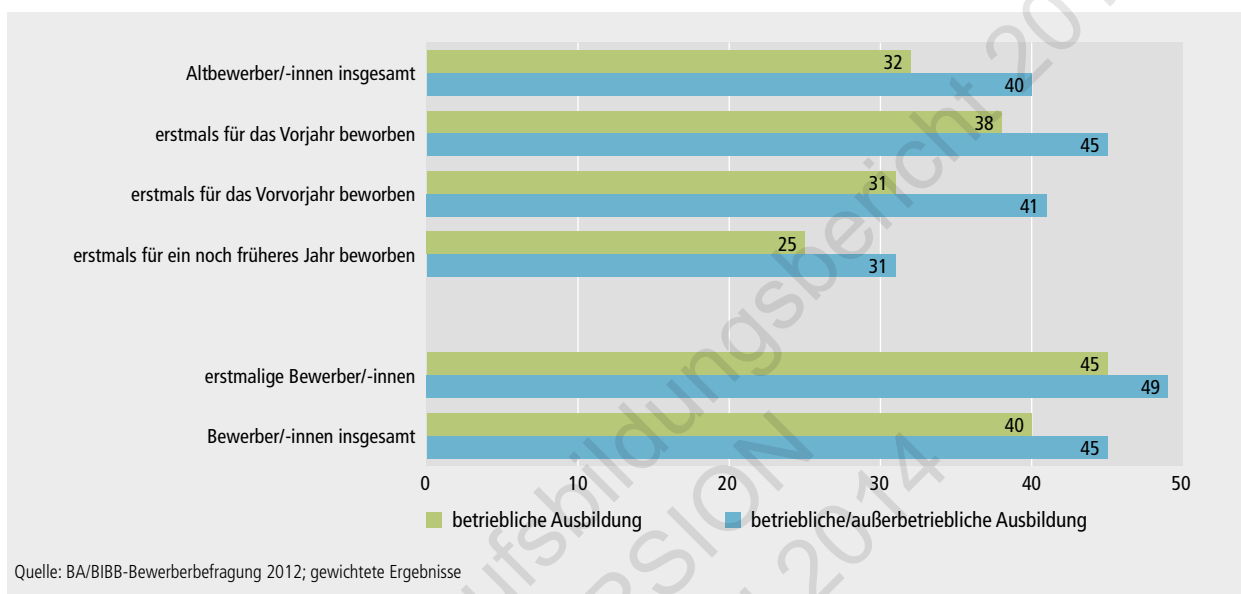
28 Zu den Ergebnissen der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012 hinsichtlich der Merkmale und des Verbleibs der Altbewerber/-innen 2012 vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A3.2.1. Demnach lag bei den Altbewerbern und Altbewerberinnen – im Vergleich zu den sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen – der Frauenanteil deutlich höher (49 % vs. 43 %). Jugendliche mit Migrationshintergrund waren unter den Altbewerbern und Altbewerberinnen etwas häufiger vertreten (27 % vs. 23 %). Die Altbewerber/-innen hatten wesentlich öfter bereits die Volljährigkeit erreicht (88 % vs. 46 %). Hinsichtlich der Schulabschlüsse traten kaum Unterschiede auf, teilweise verfügten die Altbewerber/-innen sogar über etwas bessere Abschlüsse als die sonstigen Bewerber/-innen. So hatten sie häufiger die Fachhochschulreife (12 % vs. 5 %) und seltener noch keinen Schulabschluss erreicht (1 % vs. 2 %).

29 Zu beachten ist, dass jeweils für einen kleineren Teil der Bewerber/-innen anhand der erhobenen Daten nicht geklärt werden konnte, ob es sich um Altbewerber/-innen oder erstmalige Bewerber/-innen handelte. In den BA/BIBB-Bewerberbefragungen 2010 und 2012 traf dies auf jeweils 6 % der Bewerber/-innen zu, 2008 auf 8 % und 2006 auf 5 % der Bewerber/-innen.

30 Als erfolgreicher Übergang in Berufsausbildung wurde hier nur gezählt, wenn Bewerber/-innen im betreffenden Vermittlungsjahr oder in der Nachvermittlungsphase eine entsprechende Ausbildung aufgenommen hatten und dort bis zum Befragungszeitpunkt verblieben waren. Nicht berücksichtigt werden konnten Einmündungen in Ausbildungsverhältnisse, die zwischenzeitlich bereits wieder gelöst worden waren, denn diese wurden in der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012 nicht erfasst.

31 Die Einmündungsquoten lagen damit jeweils etwas niedriger als die Anteile der Bewerber/-innen, die zum Befragungszeitpunkt in Ausbildung verblieben waren (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A3.2.1). Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich ein kleiner Teil der Bewerber/-innen aus einer bestehenden Ausbildung heraus um einen anderen Ausbildungsplatz bemühte. Personen, die dann doch in ihrem ursprünglichen Ausbildungsverhältnis verblieben waren, wurden nicht zu den erfolgreich eingemündeten Bewerbern und Bewerberinnen gerechnet. Bei ihnen war vielmehr von einer hohen Gefahr auszugehen, dass sie ihre bestehende Ausbildung vorzeitig ohne Abschluss beenden würden.

Schaubild A3.2-1: **Einstimmungsquoten der Altbewerber/-innen und erstmaligen Bewerber/-innen in betriebliche bzw. betriebliche/außerbetriebliche Ausbildung (in %)**



Wird zusätzlich zur betrieblichen Ausbildung auch der Übergang in eine außerbetriebliche Ausbildung nach BBiG/HwO³² berücksichtigt, so sind für alle Bewerbergruppen merklich höhere Einstimmungsquoten zu verzeichnen. Dabei wird deutlich, dass Altbewerber/-innen stärker von der außerbetrieblichen Ausbildung profitierten als erstmalige Bewerber/-innen (Zunahme um 8 Prozentpunkte vs. 4 Prozentpunkte). Für Altbewerber/-innen aus dem Vorvorjahr nahm der Anteil erfolgreicher Übergänge durch die außerbetriebliche Ausbildung am meisten zu (10 Prozentpunkte), für diejenigen aus noch früheren Jahren dagegen am wenigsten (6 Prozentpunkte) → **Schaubild A3.2-1**.

Chancenunterschiede beim Übergang in Ausbildung

Ob der Übergang in eine Berufsausbildung nach BBiG/HwO gelingt oder nicht, hängt von vielen verschiedenen Faktoren ab (Eberhard 2012). Ne-

ben persönlichen Merkmalen und den schulischen Voraussetzungen der Bewerber/-innen spielen das Bewerbungsverhalten und die Rahmenbedingungen der Ausbildungssuche eine entscheidende Rolle. Um der Frage nachzugehen, ob sich durch diese Faktoren die geringeren Erfolge der Altbewerber/-innen bei der Ausbildungssuche vollständig erklären lassen oder ob es zusätzliche Nachteile gibt, die allein mit dem Status „Altbewerber/-in“ zusammenhängen, wurden multivariate Analysen (binäre logistische Regressionen) durchgeführt. Diese ermöglichen es festzustellen, welche Merkmale bzw. Bedingungen einen eigenständigen Einfluss auf die Einstimmungschancen in betriebliche bzw. betriebliche/außerbetriebliche Ausbildung haben, da alle jeweils anderen einbezogenen Faktoren kontrolliert werden. In die Analysen wurden – neben dem Merkmal „Altbewerber/-in“ – die Schulabschlüsse, die letzten Schulnoten in Deutsch und Mathematik, das Alter, das Geschlecht, zentrale Merkmale des Such- und Bewerbungsprozesses sowie die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt in der Wohnregion³³ einbe-

32 Außerbetriebliche Ausbildungsplätze in BBiG/HwO-Berufen wurden vor allem für leistungsschwächere Jugendliche bereitgestellt, die nicht in eine betriebliche Ausbildung vermittelt werden konnten. Meistens handelte es sich um lernbeeinträchtigte oder sozial benachteiligte Jugendliche oder um junge Menschen mit Behinderungen, die in der außerbetrieblichen Ausbildung eine besondere Betreuung erhielten.

33 Als Indikatoren für die Marktlage wurde die Relation des betrieblichen bzw. des betrieblichen/außerbetrieblichen Ausbildungsstellenangebots zu allen ausbildungsinteressierten Jugendlichen in den jeweiligen Arbeitsagenturbezirken herangezogen (zur Berechnung dieser Indikatoren vgl. Ulrich 2012).

zogen.³⁴ Die Analyseergebnisse sind im Einzelnen in → **Tabelle A3.2-1 Internet** ausgewiesen.

Die Analysen ergaben, dass Altbewerber/-innen im Vergleich zu erstmaligen Bewerbern und Bewerberinnen auch dann signifikant schlechtere Einmündungschancen in betriebliche Ausbildung hatten, wenn alle anderen Einflussfaktoren berücksichtigt wurden.³⁵ Bei Differenzierung der Altbewerber/-innen nach dem Jahr ihrer Erstbewerbung zeigte sich zudem, dass die Chancen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz umso geringer ausfielen, je länger die erstmalige Bewerbung bereits zurücklag.³⁶ Auch die zusätzliche Einbeziehung der außerbetrieblichen Ausbildung änderte an den signifikant geringeren Übergangschancen der Altbewerber/-innen insgesamt gesehen nichts.³⁷ Lediglich bei den Altbewerbern und Altbewerberinnen aus dem Vorjahr war nun kein signifikanter Unterschied mehr im Vergleich zu den Erstbewerbern und Erstbewerberinnen festzustellen.

Einflüsse auf den Einmündungserfolg von Altbewerbern und Altbewerberinnen

Betrachtet wurde außerdem, welche Merkmale bzw. Bedingungen der Ausbildungssuche sich *innerhalb* der Gruppe der Altbewerber/-innen als förderlich bzw. hemmend für den Einmündungserfolg ausgewirkt haben. In die hierzu durchgeführten multivariaten Analysen (binäre logistische Regressionen) wurden wiederum die gleichen Faktoren einbezogen wie in die vorangegangenen Analysen, die sich auf Alt- und erstmalige Bewerber/-innen bezogen. Wie sich die Altbewerber/-innen nach diesen Merkmalen jeweils verteilten, geht aus → **Tabelle A3.2-2** hervor. Zudem werden die Einmündungsquoten in betriebliche bzw. betriebliche/außerbetriebliche Ausbildung in den betreffenden Teilgruppen der Altbewerber/-innen ausgewiesen. Welche Faktoren einen eigen-

ständigen Einfluss auf die Übergangschancen der Altbewerber/-innen hatten, ist den Ergebnissen der beiden Regressionsmodelle zu entnehmen, die ebenfalls in der Tabelle enthalten sind.

Was die Einmündung in betriebliche Ausbildung anbetrifft, zeigt sich in den Analyseergebnissen zunächst nochmals, dass die Chancen signifikant geringer wurden, wenn die erstmalige Bewerbung nicht im Vorjahr, sondern bereits vor 2 Jahren erfolgte, und sich weiter verschlechterten, wenn die Erstbewerbung noch früher stattfand (siehe Modell 1). Einen sehr förderlichen Effekt auf den Übergangserfolg hatte die Teilnahme an einer Einstiegsqualifizierung, hierdurch verdoppelten sich die Erfolgchancen gegenüber denjenigen, die keine solche Maßnahme absolvierten. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass relativ viele Teilnehmer/-innen an einer Einstiegsqualifizierung anschließend von ihrem Praktikumsbetrieb in ein Ausbildungsverhältnis übernommen werden. Auch das Vorliegen einer Studienberechtigung verbesserte die Aussichten auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz für Altbewerber/-innen erheblich, verglichen mit denjenigen mit maximal einem Hauptschulabschluss stiegen die Chancen wiederum auf das Doppelte an.³⁸ Auch gute Schulnoten in Mathematik wirkten sich günstig aus, d. h., die Aussichten bei relativ schlechten Noten waren deutlich geringer. Wichtig für eine Einmündung in betriebliche Ausbildung war zudem, dass sich Altbewerber/-innen schriftlich auf mehrere Berufsbewerbungen bewarben; sie erhöhten damit ihre Chancen um die Hälfte gegenüber denjenigen, die dies nicht taten. Darüber hinaus ergaben sich signifikante Einflüsse nur noch für Faktoren, die die Übergangschancen in betriebliche Ausbildung für die Altbewerber/-innen verminderten. Dies war der Fall, wenn sie eigentlich lieber etwas anderes als eine betriebliche Ausbildung gemacht hätten, wenn gesundheitliche Einschränkungen ihre Ausbildungssuche erschwerten oder wenn sie einen Migrationshintergrund hatten.

34 Die Auswahl der einbezogenen Variablen orientierte sich an dem ressourcentheoretischen Ansatz zur Erklärung der Übergangschancen in Berufsausbildung von Eberhard 2012.

35 Siehe hierzu → **Tabelle A3.2-1 Internet**, Modelle A1 und A2.

36 Auf die Einflüsse der übrigen einbezogenen Variablen wird an dieser Stelle nicht eingegangen, da die Analysen allein der Feststellung dienten, ob das Merkmal „Altbewerber/-in“ einen eigenständigen Einfluss hatte.

37 Siehe hierzu → **Tabelle A3.2-1 Internet**, Modelle A3 und A4.

38 Der Schulabschluss und die Schulnoten stellen für Betriebe in der Regel wichtige Indikatoren für das Leistungspotenzial der Bewerber/-innen dar und haben daher bei der Kandidatenauswahl für die Besetzung von Ausbildungsstellen besonderes Gewicht. Dass sich diese Einflüsse in den Regressionsergebnissen für die Altbewerber/-innen nicht deutlicher zeigen – so ist z. B. kein signifikanter positiver Effekt eines mittleren Schulabschlusses erkennbar –, könnte mit der relativ geringen Fallzahl zusammenhängen, die für die Gruppe der Altbewerber/-innen zur Verfügung stand.

Tabelle A3.2-2: Merkmale der Altbewerber/-innen (Verteilungen) und Einmündung in betriebliche bzw. betriebliche/außerbetriebliche Ausbildung (Einmündungsquoten und Einflüsse auf die Einmündung)

Merkmale/Einflussfaktoren		Verteilungen der Bewerber/-innen ¹ (hochgerechnet bzw. gewichtet)		Einmündungsquoten (gewichtet)		Einflüsse auf die Einmündung (logistische Regressionen, ungewichtet) ²	
				betriebliche Ausbildung	betriebliche/ außerbetriebliche Ausbildung	betriebliche Ausbildung (Modell 1)	betriebliche/ außerbetriebliche Ausbildung (Modell 2)
				absolut	in %	in %	in %
Bewerbungsmerkmale	Altbewerber/-in						
	aus dem Vorjahr	66.899	41	38	45	1,000	1,000
	aus dem Vorvorjahr	44.856	28	31	41	,706 *	,800
	aus noch früheren Jahren/keine Jahresangabe	50.499	31	25	31	,536 ***	,512 ***
	Berufsvorbereitung absolviert (BvB/BVJ)³	53.368	33	32	47	1,130	1,521 **
	Einstiegsqualifizierung absolviert (EQ)³	11.846	7	43	56	2,056 **	2,161 **
	schriftliche Bewerbungen für mehrere Berufe³	117.567	73	35	41	1,513 *	1,310 +
	überregionale Bewerbungen³	29.325	18	32	37	,940	,881
	eigentlich etwas anderes gewollt³	16.495	10	21	24	,445 **	,422 ***
durch Berufseinstiegsbegleiter unterstützt³	13.647	8	34	51	1,117	1,700 *	
gesundheitl. Einschränkung erschwerte Suche³	19.743	12	17	27	,412 ***	,541 **	
Schulische Bildungsvoraussetzungen	Schulabschluss						
	maximal Hauptschulabschluss	48.181	30	28	41	1,000	1,000
	mittlerer Schulabschluss	80.523	50	32	38	1,283	1,034
	Studienberechtigung	31.585	20	40	42	2,028 **	1,450 +
	letzte Mathematiknote						
	sehr gut oder gut	33.526	21	40	45	1,000	1,000
	befriedigend	57.288	35	33	40	,771	,851
	ausreichend oder schlechter/keine Angabe	71.440	44	28	36	,663 *	,765
	letzte Deutschnote						
sehr gut oder gut	32.398	20	41	49	1,000	1,000	
befriedigend	84.894	52	33	39	1,033	,905	
ausreichend oder schlechter/keine Angabe	44.962	28	26	34	,798	,753	
Persönliche Merkmale	Geschlecht						
	männlich	82.201	51	31	39	1,000	1,000
	weiblich	80.053	49	34	40	1,036	,910
	Alter						
	bis 20 Jahre	101.252	62	34	42	1,000	1,000
21 Jahre und älter	60.176	37	29	35	,848	,866	
Migrationshintergrund							
nein	117.508	72	34	41	1,000	1,000	
ja	43.478	27	27	36	,724 *	,789	
Ausbildungsmarktlage	(betriebliche) Stellenangebote zu Ausbildungsinteressierten im Arbeitsagenturbezirk in %						
	unter 55 %	26.071	16	31	38	1,000	1,000
	55 % bis unter 65 %	50.037	31	30	38	,962	,960
	65 % bis unter 75 %	61.538	38	33	41	1,108	1,048
	75 % bis unter 85 %	21.410	13	35	41	1,356	1,172
	85 % und mehr	3.198	2	39	40	1,558	1,100
Altbewerber/-innen gesamt	162.254	100	32	40			
Nagelkerkes R²					,114	,108	
Ungewichtete Fallzahl					n = 1.152	n = 1.152	

¹ Durch fehlende Angaben bei einzelnen Merkmalen treten Abweichungen zur Gesamtsumme auf.

² Die ausgewiesenen Exponentalkoeffizienten e^B geben an, welchen Einfluss die verschiedenen Merkmale auf die Einmündungschance haben. Werte größer als 1 weisen auf einen verglichen mit der jeweiligen Referenzgruppe positiven Einfluss hin, Werte kleiner als 1 auf einen negativen. Signifikanzniveau: + p < 0,1, * p < 0,05, ** p < 0,01, *** p < 0,001 (zweiseitiger Test).

³ Die Altbewerber/-innen, auf die das Merkmal nicht zutrifft, sind hier nicht ausgewiesen. Sie bilden bei den logistischen Regressionen jeweils die Referenzgruppe (e^B = 1,000).

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012

Bei der Besetzung der außerbetrieblichen Ausbildungsplätze spielen ganz andere Kriterien eine Rolle als bei der betrieblichen Ausbildung (Eberhard 2012). Da die außerbetriebliche Ausbildung vor allem für leistungsschwächere Jugendliche vorgesehen ist, die nicht in eine betriebliche Ausbildung vermittelt werden können, kommen hier insbesondere Bewerber/-innen mit eher geringen schulischen Voraussetzungen zum Zuge. Die Einflüsse des Schulabschlusses und der Schulnoten schwächen sich daher ab, wenn die Einmündung in betriebliche und außerbetriebliche Ausbildung zusammen betrachtet wird. Was die Übergangschancen der Altbewerber/-innen in betriebliche/außerbetriebliche Ausbildung anbetrifft, sind daher nahezu keine Effekte der schulischen Voraussetzungen mehr festzustellen (siehe Modell 2). Dafür gewinnen aber 2 andere Bedingungen erheblich an Bedeutung: So lagen für Altbewerber/-innen, die eine berufsvorbereitende Maßnahme (BvB) oder ein Berufsvorbereitungsjahr o. Ä. absolvierte hatten, die Einmündungschancen in Ausbildung nun um die Hälfte höher als für diejenigen, die nicht an einer Berufsvorbereitung teilgenommen hatten. Dies dürfte vor allem damit zusammenhängen, dass die Teilnahme an einer Berufsvorbereitung oft die Voraussetzung dafür ist, einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten. Auch verbesserten sich die Aussichten auf einen Ausbildungsplatz für Altbewerber/-innen, die durch eine Berufseinstiegsbegleitung unterstützt wurden, signifikant im Vergleich zu denjenigen, die keine solche Unterstützung erhielten. Zurückzuführen ist dies wahrscheinlich darauf, dass Berufseinstiegsbegleiter/-innen relativ häufig auf eine Vermittlung der von ihnen unterstützten Jugendlichen in eine außerbetriebliche Ausbildung hinwirken.

Fazit

Der Anteil der Altbewerber/-innen an allen bei den Arbeitsagenturen und den Jobcentern gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen ging nach den Ergebnissen der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012 zwar gegenüber 2006, 2008 und 2010 deutlich zurück, dennoch stellten sie mit 31 % nach wie vor eine nicht zu vernachlässigende Gruppe dar. Altbewerber/-innen sind von besonderer bildungspolitischer Relevanz, da sie nicht nur bereits in Vorjahren

bei ihren Bemühungen um eine Ausbildungsstelle erfolglos blieben, sondern auch bei der erneuten Suche seltener erfolgreich sind als Bewerber/-innen, die erstmals eine Ausbildung anstreben. Der Einmündungserfolg von Altbewerbern und Altbewerberinnen in betriebliche Ausbildung nimmt zudem immer weiter ab, je länger sie einen Ausbildungsplatz suchen. Möglicherweise hängen die geringeren Übergangschancen der Altbewerber/-innen damit zusammen, dass ihre andauernde Erfolglosigkeit zum Stigma wird (vgl. Solga 2005, S. 189 ff.). Ein negativer Effekt könnte aber auch von ihrem höheren Alter ausgehen: So haben Bewerber/-innen, die bereits über 20 Jahre alt sind, generell erheblich schlechtere Chancen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz als jüngere Bewerber/-innen. Dies lässt sich damit erklären, dass Betriebe eine Präferenz für Bewerber/-innen haben, die aus ihrer Sicht für eine Ausbildung weder zu jung noch zu alt sind (vgl. Imdorf 2011). Zwar profitieren die Altbewerber/-innen mehr als die erstmaligen Bewerber/-innen von der außerbetrieblichen Ausbildung, ihre Chancennachteile werden hierdurch jedoch nicht ausgeglichen. Für Altbewerber/-innen, die über mehrere Jahre keinen Ausbildungsplatz erhalten, besteht eine hohe Gefahr der Resignation und einer dauerhaften Ausbildungslosigkeit (vgl. Kapitel A9.3). Daher ist es von besonderer Bedeutung, wirksame Strategien zu entwickeln, um Altbewerbern und Altbewerberinnen schnellstmöglich zu einer Berufsausbildung zu verhelfen.

(Ursula Beicht, Julia Gei)

A4 Ausbildung im dualen System der Berufsausbildung

A4.1 Anerkannte Ausbildungsberufe

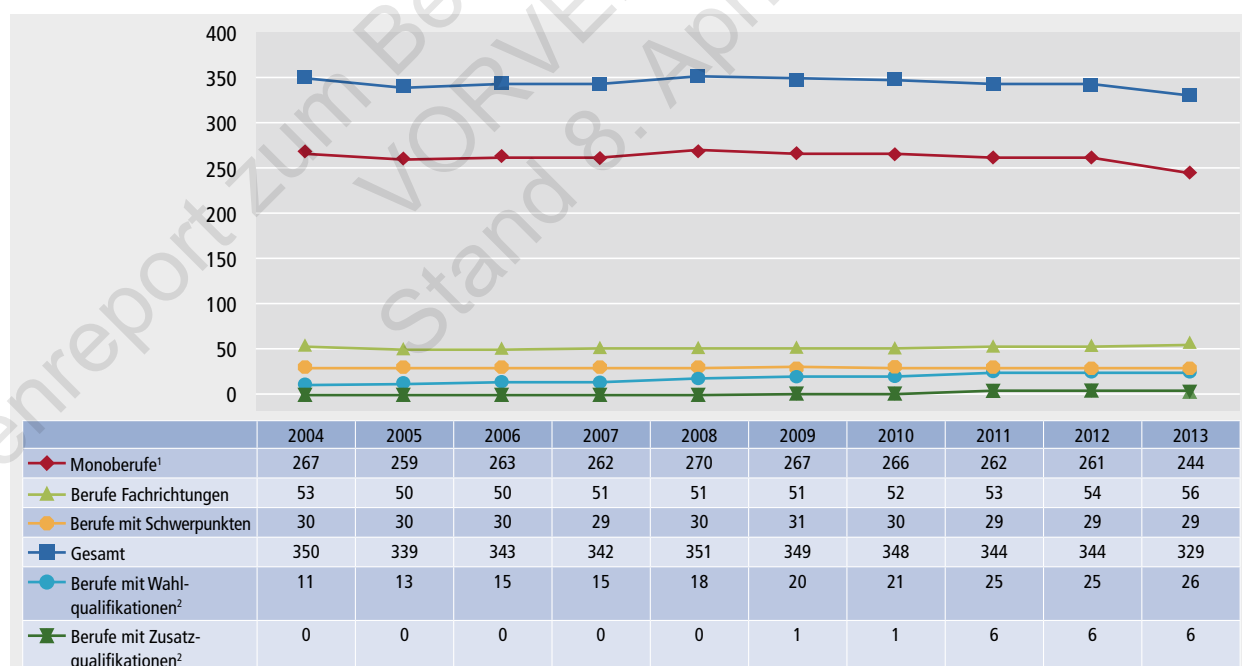
A4.1.1 Anzahl und Struktur anerkannter Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO

Die nachfolgenden Beschreibungen und Definitionen beziehen sich auf Ausbildungsberufe, die nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO) staatlich anerkannt sind oder als staatlich anerkannt gelten. Als staatlich anerkannt im Sinne des § 4 BBiG gelten nach § 104 Absatz 1 BBiG auch die vor dem 1. September 1969 anerkannten Lehrberufe und Anlernberufe oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberufe, deren Berufsbilder, Berufsbildungs-

pläne, Prüfungsanforderungen und Prüfungsordnungen bis zum Erlass von Ausbildungsordnungen nach § 4 BBiG anzuwenden sind.³⁹

Die Anzahl der anerkannten Ausbildungsberufe nach BBiG und HwO hat sich 2013 im Vergleich zu den Vorjahren verringert. Dies ist wesentlich auf die Verordnung über die Berufsausbildung zur „Fachkraft für Metalltechnik“ zurückzuführen, mit der 11 „Altberufe“, also Berufe, die schon vor Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes galten, abgelöst wurden. Zu diesen Berufen gehörten: Drahtwarenmacher/-in, Drahtzieher/-in, Federmacher/-in, Fräser/-in, Gerätezusammensetzer/-in, Kabeljungwerker/-in, Maschinenzusammensetzer/-in, Metallschleifer/-in, Revolverdreher/-in, Schleifer/-in und Teilezurichter/-in (BGBl I [2013] 16 – 8.4.2013). Im Zeitraum von 2004 bis 2013 reduzierte sich die Anzahl von 350 auf 329 → [Schaubild A4.1.1-1](#).

Schaubild A4.1.1-1: Struktur anerkannter Ausbildungsberufe (2004 bis 2013)



¹ In den Monoberufen sind Altausbildungsberufe (die vor dem BBiG von 1969 erlassen wurden) und ein vergleichbar geregelter Ausbildungsberuf (nach § 104 Abs. 1 BBiG) enthalten.

² Wahlqualifikationen und Zusatzqualifikationen werden bei der Gesamtzahl der Ausbildungsberufe nicht berücksichtigt.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge)

39 Außerhalb des Geltungsbereichs des BBiG (§ 3 Absatz 2 Nummer 3) gibt es darüber hinaus den vergleichbaren betrieblichen Ausbildungsgang „Schiffsmechaniker/-in“. Dieser Ausbildungsgang wird bei der folgenden Darstellung nicht mitgezählt.

Diese Reduzierung schlägt sich auch bei der Verteilung der Strukturmodelle **E** der Ausbildungsberufe nieder:

- die Anzahl der Monoberufe ging zurück; sie betrug 267 im Jahr 2004 und 244 im Jahr 2013,
- die Anzahl der Ausbildungsberufe mit Binnendifferenzierung (Fachrichtungen oder Schwerpunkte) hat sich von 2004 (83 Ausbildungsberufe) bis 2013 (85 Ausbildungsberufe) leicht erhöht. Ihr Anteil an allen Ausbildungsberufen stieg auf rund 26%,
- Ausbildungsberufe mit Wahlqualifikationen werden seit 2000 erlassen. Damals gab es 5 anerkannte Ausbildungsberufe mit Wahlqualifikationen, bis zum Jahr 2013 ist die Gesamtzahl auf 26 gestiegen.
- Ausbildungsberufe mit Zusatzqualifikationen können seit 2005 erlassen werden. Ihre Gesamtzahl ist bis 2013 auf sechs gestiegen.

E Strukturmerkmale

Monoberufe beschreiben in sich geschlossene Ausbildungsgänge, deren Qualifikationsprofil formal keine Spezialisierung aufweist. Für alle Auszubildenden sind die Ausbildungsinhalte somit identisch.

Ausbildungsberufe mit Binnendifferenzierung sind Ausbildungsgänge mit besonderen Ausbildungsinhalten für einzelne Aufgabenbereiche oder Tätigkeitsfelder. Die Spezialisierung erfolgt insbesondere in Form von Schwerpunkten und Fachrichtungen. Eine Differenzierung nach **Schwerpunkten** berücksichtigt betriebliche Besonderheiten. Im 2. und 3. Ausbildungsjahr beanspruchen Schwerpunkte in der Regel nicht mehr als 6 Monate der gesamten Ausbildungszeit. Wenn branchenspezifische Besonderheiten vorliegen, erfolgt eine stärkere Differenzierung über **Fachrichtungen**. Das 3. Ausbildungsjahr ist zur Vermittlung der nötigen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten vorgesehen. Im Unterschied zu Schwerpunkten werden die Prüfungsanforderungen für jede Fachrichtung festgelegt.

Die Verwendung von **Wahlqualifikationen** kommt vor allem für hoch spezialisierte Branchen in Betracht, in denen jeder Betrieb ein anderes Spektrum bearbeitet und eine über Fachrichtungen hinausgehende Spezialisierung erforderlich ist. Mit diesem Modell können unterschiedliche

„Qualifikationsbündel“ in der 2. Hälfte der Ausbildung individuell zu einem beruflichen Profil kombiniert werden. Die Anzahl der angebotenen und auszuwählenden Wahlqualifikationseinheiten sowie der zeitliche Umfang während der Ausbildung weisen zum Teil eine erhebliche Variationsbreite auf.

Seit der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes 2005 können Zusatzqualifikationen in Ausbildungsordnungen aufgenommen werden, die die berufliche Handlungsfähigkeit ergänzen oder erweitern. In der Regel kann eine nicht gewählte Wahlqualifikation als Zusatzqualifikation absolviert werden, die geprüft und im Zeugnis dokumentiert wird.

Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit

Die Anzahl der Ausbildungsberufe, die auf weitere Berufsausbildungen angerechnet **E** werden können, hat sich von 2004 (14 Ausbildungsberufe) bis 2013 (24 Ausbildungsberufe) deutlich erhöht. Im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl der Ausbildungsberufe, auf die andere Ausbildungsberufe angerechnet werden können, von 31 (2004) auf 65 (2013) an → **Tabelle A4.1.1-1**.

E Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit

Die Ausbildungsordnungen (AO) regeln eigenständige Ausbildungsberufe mit unterschiedlicher Ausbildungsdauer. Nach dem Berufsbildungsgesetz (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 BBiG) kann eine abgeschlossene Berufsausbildung, die 18 bis 24 Monate dauert, in einem in der AO festgelegten Ausbildungsberuf fortgesetzt werden. Diese Berufe, auf die angerechnet werden kann, haben eine Ausbildungsdauer von 36 bis 42 Monaten.

Es wird unterschieden nach Ausbildungsberufen, die angerechnet werden können, und Ausbildungsberufen, auf die angerechnet werden kann. Bei Ausbildungsberufen mit Anrechnungsmöglichkeiten handelt es sich nicht um Stufenbildung im Sinne des § 5 Abs. 2 Nr. 1 BBiG.

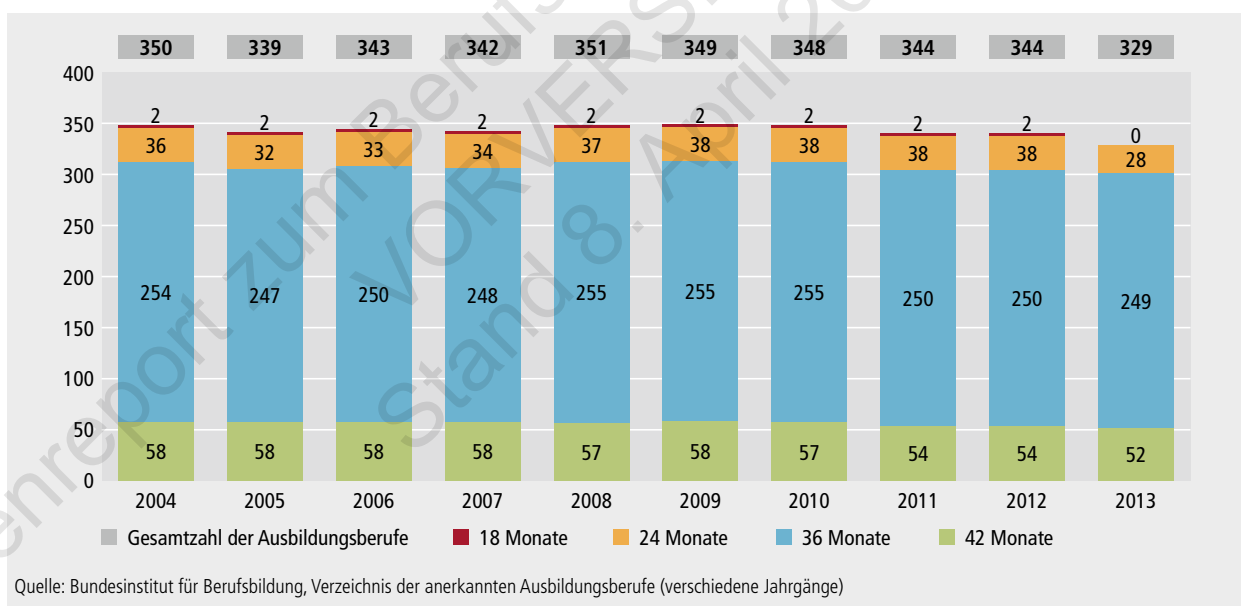
Tabelle A4.1.1-1: Anzahl der Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit (2004 bis 2013)¹

Jahr	Ausbildungsberufe, die angerechnet werden können	Ausbildungsberufe, auf die angerechnet werden kann	Gesamtzahl der Ausbildungsberufe
2004	14	31	350
2005	19	44	339
2006	17	45	343
2007	19	47	342
2008	22	49	351
2009	23	56	349
2010	23	63	348
2011	24	65	344
2012	24	65	344
2013	24	65	329

¹ Dies betrifft Berufe, die eine Anrechnung nach BBiG § 5 Absatz 2 Satz 4 ermöglichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge)

Schaubild A4.1.1-2: Anzahl der Ausbildungsberufe nach Ausbildungsdauer (2004 bis 2013)



Ausbildungsdauer

Die Ausbildungsdauer soll grundsätzlich nicht mehr als 3 und nicht weniger als 2 Jahre betragen (§ 5 Abs. 1 Satz 2 BBiG). Abweichungen von dieser Regelung sind möglich; so werden beispielsweise auch Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 3,5 Jahren verordnet.

Von 2004 bis 2013 sank die Anzahl der Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 42 Monaten von 58 auf 52. Die Anzahl der Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 36 Monaten (254 im Jahr 2004 und 249 im Jahr 2013) blieb relativ konstant.⁴⁰ Die Anzahl der Ausbildungsberufe mit einer

⁴⁰ Bis 2007 gab es den Ausbildungsberuf Mathematisch-technische/-r Assistent/-in mit einer Ausbildungsdauer von 30 Monaten. Dieser wird hier zu den 36-monatigen Ausbildungsberufen gezählt.

Ausbildungsdauer von 24 Monaten ging von 36 im Jahre 2004 auf 28 im Jahre 2012 zurück. Darüber hinaus sind die 2 bisher fortgeltenden Ausbildungsberufe mit einer 18-monatigen Ausbildungsdauer wegen des Erlasses einer neuen Ausbildungsordnung nicht mehr anzuwenden⁴¹ → **Schaubild A4.1.1-2**.

A4.1.2 Neue und modernisierte Ausbildungsberufe

Von 2004 bis 2013 wurden insgesamt 179 Ausbildungsberufe neu geordnet **E**. Darunter waren 149 modernisierte und 29 neue Ausbildungsberufe → **Tabelle A4.1.2-1**. Im Jahr 2013 wurden 12 modernisierte⁴² und zwei neue Ausbildungsberufe in Kraft gesetzt → **Tabelle A4.1.2-2**.

Tabelle A4.1.2-1: **Anzahl der neuen und modernisierten Ausbildungsberufe (2004 bis 2013)**

Jahr	neu	modernisiert	insgesamt
2004	5	27	32
2005	5	18	23
2006	4	17	21
2007	3	20	23
2008	7	12	19
2009	2	12	14
2010	0	11	11
2011	1	15 ¹	17
2012	0	5	5
2013	2	12 ²	14
Insgesamt	29	149	179

¹ Der Schiffsfahrtskaufmann/die Schiffsfahrtskauffrau wird nicht den modernisierten Ausbildungsberufen zugeordnet (vgl. Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Berufsausbildung zum Schiffsfahrtskaufmann/zur Schiffsfahrtskauffrau vom 9. Juni 2011 [BGBl. I Nummer 28, Seite 1075]).

² Einschließlich des vergleichbaren betrieblichen Ausbildungsgangs „Schiffsmechaniker/-in“ (außerhalb des Geltungsbereichs des BBiG [§ 3 Absatz 2 Nummer 3]).

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge)

41 Es handelt sich um die 1939 erlassenen Ausbildungsberufe Gerätezusammensetzer/-in und Maschinenzusammensetzer/-in und die Verordnung über die Berufsausbildung zur Fachkraft für Metalltechnik vom 2. April 2013.

42 Um die Neuordnungsverfahren vollständig abzubilden wird hier die Modernisierung des vergleichbaren betrieblichen Ausbildungsgangs „Schiffsmechaniker/-in“ (außerhalb des Geltungsbereichs des BBiG [§ 3 Absatz 2 Nummer 3]) mitgezählt.

Ein Neuordnungsverfahren (für die Modernisierung eines bereits bestehenden Ausbildungsberufes oder für einen neuen Ausbildungsberuf) dauert derzeit durchschnittlich 10 Monate.

E Neuordnung von Ausbildungsberufen

Ausgangspunkt einer Neuordnung von Ausbildungsberufen im dualen System auf der Grundlage der §§ 4 Abs. 1 BBiG und 25 Abs. 1 HwO ist ein entsprechender Qualifikationsbedarf in der Wirtschaft. Wenn die Inhalte eines Ausbildungsberufs modernisiert werden sollen oder ein neuer Ausbildungsberuf entstehen soll, geht die Initiative hierfür in der Regel von den Fachverbänden, den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber, den Gewerkschaften oder vom Bundesinstitut für Berufsbildung aus (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2011b).

Die Klassifikation nach neuen und modernisierten Ausbildungsberufen wird (auf die Neuordnungen) seit 1996 angewandt – das Jahr, seit dem das Neuordnungsgeschehen intensiviert wurde. Hintergrund für die damals rasante Ausweitung der Ordnungsarbeit war die „... Diskussion um die qualifikatorischen Konsequenzen aus den Entwicklungen in strategisch bedeutsamen Technologien, dem Sprung von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft, der Globalisierung des Wirtschaftens und der damit verbundenen Umgestaltung der Arbeitsorganisation“ (Bundesinstitut für Berufsbildung 1998, S. 1).

Neu geordnete Ausbildungsberufe⁴³

Der Begriff „neu geordnet“ wird verwendet, wenn eine Ausbildungsordnung erlassen wird. Es handelt sich um den Oberbegriff, der sowohl neue als auch modernisierte Ausbildungsberufe sowie (bloße) Überführungen in Dauerrecht umfasst. Die Merkmale neu bzw. modernisiert werden nicht auf die Berufe für Menschen mit Behinderung (§ 66 BBiG bzw. § 42m HwO) angewandt.

Neue Ausbildungsberufe

Ein Ausbildungsberuf wird dann als neu bezeichnet, wenn mit seiner Ausbildungsordnung kein Vorgängerberuf nach BBiG/HwO aufgehoben wird.

43 Grundlage der Darstellung ist eine neue Typisierung von neu geordneten (neuen oder modernisierten) Ausbildungsberufen. Hierdurch können sich Abweichungen zu früher veröffentlichten Daten ergeben.

Tabelle A4.1.2-2: Neue und modernisierte Ausbildungsberufe 2013

Neu oder modernisiert	Bezeichnung	Ausbildungsdauer (Monate)	Ausbildungsbereich ¹	Strukturmerkmale				Anrechenbarkeit		Prüfungsmodalität ²
				Monoberuf	mit Schwerpunkten	mit Fachrichtungen	mit Wahlqualifikationen	Ausbildungsberuf kann angerechnet werden	Ausbildungsberuf, auf den angerechnet werden kann	
neu	Fachkraft für Metalltechnik	24	IH	nein	nein	ja	nein	ja	nein	traditionell
neu	Stanz- und Umformmechaniker/ Stanz- und Umformmechanikerin	36	IH	ja	nein	nein	nein	nein	ja	GAP
modernisiert	Fertigungsmechaniker/ Fertigungsmechanikerin	36	IH	ja	nein	nein	nein	nein	ja	GAP
modernisiert	Fluggerätelektroniker/ Fluggerätelektronikerin	42	IH	ja	nein	nein	nein	nein	nein	GAP
modernisiert	Fluggerätmechaniker/ Fluggerätmechanikerin	42	IH	nein	nein	ja	nein	nein	nein	GAP
modernisiert	Klempner/Klempnerin	42	Hw	ja	nein	nein	nein	nein	nein	GAP
modernisiert	Kraftfahrzeugmechatroniker/ Kraftfahrzeugmechatronikerin	42	Hw, IH	nein	ja	nein	nein	nein	nein	GAP
modernisiert	Mediengestalter Digital und Print/Mediengestalterin Digital und Print	36	Hw, IH	nein	nein	ja	ja	nein	nein	traditionell
modernisiert	Milchwirtschaftlicher Laborant/ Milchwirtschaftliche Laborantin	36	Lw	ja	nein	nein	nein	nein	nein	traditionell
modernisiert	Orthopädietechnik-Mechaniker/ Orthopädietechnik-Mechanikerin	36	Hw	nein	ja	nein	nein	nein	nein	GAP
modernisiert	Pflanzentechnologe/ Pflanzentechnologin	36	Lw	ja	nein	nein	nein	nein	nein	traditionell
modernisiert	Schiffsmechaniker/ Schiffsmechanikerin	36	Seeverk	ja	nein	nein	nein	nein	nein	GAP
modernisiert	Weintechnologe/Weintechnologin	36	Hw, IH	ja	nein	nein	nein	nein	nein	traditionell
modernisiert	Werkstoffprüfer/Werkstoffprüferin	42	IH	nein	nein	ja	nein	nein	nein	GAP

¹ Ausbildungsbereiche: IH = Industrie und Handel; Hw = Handwerk; öD = öffentlicher Dienst; FB = Freie Berufe

² Prüfungsmodalität: traditionell = Zwischenprüfung und Abschluss- bzw. Gesellenprüfung; GAP = gestreckte Abschluss- bzw. Gesellenprüfung

³ Vergleichbarer betrieblicher Ausbildungsgang außerhalb des Geltungsbereichs des BBiG (§ 3 Absatz 2 Nummer 3).

Quelle: VO Berufsausbildung zur Fachkraft für Metalltechnik vom 02.04.2013 (BGBl. I vom 08.04.2013 S. 628)

VO Berufsausbildung zum Stanz- und Umformmechaniker und zur Stanz- und Umformmechanikerin vom 02.04.2013 (BGBl. I vom 08.04.2013 S. 641)⁴

VO Berufsausbildung zum Fertigungsmechaniker und zur Fertigungsmechanikerin vom 02.04.2013 (BGBl. I vom 08.04.2013 S. 648)

VO Berufsausbildung zum Fluggerätelektroniker und zur Fluggerätelektronikerin und zu den Elektroberufen in der Industrie vom 28.06.2013 (BGBl. I vom 12.07.2013 S. 2201)

VO Berufsausbildung zum Fluggerätmechaniker und zur Fluggerätmechanikerin vom 26.06.2013 (BGBl. I vom 03.07.2013 S. 1890)

VO Berufsausbildung zum Klempner und zur Klempnerin (Klempner-Ausbildungsverordnung – KlempnerAusv) vom 21.06.2013 (BGBl. I vom 26.06.2013 S. 1614)

VO Berufsausbildung zum Kraftfahrzeugmechatroniker und zur Kraftfahrzeugmechatronikerin vom 14.06.2013 (BGBl. I vom 20.06.2013 S. 1578)

VO Berufsausbildung zum Mediengestalter Digital und Print und zur Mediengestalterin Digital und Print vom 26.04.2013 (BGBl. I vom 14.05.2013 S. 1173)

VO Berufsausbildung zum Milchwirtschaftlichen Laboranten und zur Milchwirtschaftlichen Laborantin (Milchwirtschaftliche-Laboranten-Ausbildungs-VO – MilchLAusv) vom 29.05.2013 (BGBl. I vom 06.06.2013 S. 1405)

VO Berufsausbildung zum Orthopädietechnik-Mechaniker und zur Orthopädietechnik-Mechanikerin (Orthopädieausbildungsverordnung – OrthAusv) vom 15.05.2013

(BGBl. I vom 27.05.2013 S. 1358)

VO Berufsausbildung zum Pflanzentechnologen und zur Pflanzentechnologin (Pflanzentechnologenausbildungsverordnung – PflanzTechnAusv) vom 12.03.2013 (BGBl. I vom 18.03.2013 S. 482)

VO Berufsausbildung in der Seeschifffahrt (See-Berufsausbildungsverordnung – See-BAV) vom 10.09.2013 (BGBl. I vom 13.09.2013 S. 3565)

VO Berufsausbildung zum Weintechnologen und zur Weintechnologin vom 15.05.2013 (BGBl. I vom 27.05.2013 S. 1369)

VO Berufsausbildung zum Werkstoffprüfer und zur Werkstoffprüferin vom 25.06.2013 (BGBl. I vom 28.06.2013 S. 1693)

Modernisierte Ausbildungsberufe

Ausbildungsberufe, mit deren Ausbildungsordnung ein Vorgängerberuf aufgehoben oder geändert wird, gelten als modernisiert. Berichtigungen von Ausbildungsordnungen gelten nicht als Modernisierung (z. B. Schreib- oder Nummerierungsfehler). Vorgängerberufe nach BBiG/HwO sind staatlich anerkannte oder als anerkannt geltende Ausbildungsberufe (siehe Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe). Ein Vorgängerberuf wird aufgehoben, wenn die Ausbildungsordnung außer Kraft tritt oder wenn entsprechende Vorschriften zu bisher festgelegten Berufsbildern, Berufsbildungsplänen und Prüfungsanforderungen nicht mehr angewandt werden.

Für weitere Erläuterungen zu Erprobungsverordnungen, Überführung in Dauerrecht, Hinweisen zur Zuordnung vor 2003 und Inkrafttreten- und Erlassdatum siehe **E** im BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.1.2.

Im Jahr 2014 werden die nachfolgenden modernisierten Ausbildungsordnungen in Kraft treten (Stand März 2014⁴⁴):

- Fachkraft für Speiseeis
- Karosserie- und Fahrzeugbaumechaniker/Karosserie- und Fahrzeugbaumechanikerin
- Kaufmann für Büromanagement/Kauffrau für Büromanagement
- Kaufmann für Versicherungen und Finanzen/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen
- Land- und Baumaschinenmechatroniker/Land- und Baumaschinenmechatronikerin
- Polsterer/Polsterin
- Süßwarentechnologe/Süßwarentechnologin
- Zupfinstrumentenmacher/Zupfinstrumentenmacherin
- Zweiradmechatroniker/Zweiradmechatronikerin

(Katrin Gutschow)

⁴⁴ Eine aktuelle Übersicht über Berufe, die sich in der Neuordnung bzw. Modernisierung befinden, kann im Internet unter www.bibb.de/de/846.htm abgerufen werden.

A4.2 Gesamtbestand der Ausbildungsverhältnisse

A4.2.1 Entwicklungen nach Zuständigkeitsbereichen in der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember)

Die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember) **E** erfasst Auszubildenden-, Vertrags- und Prüfungsdaten im dualen System. Im Folgenden werden daraus die Bestandszahlen der Auszubildenden **E** nach Zuständigkeitsbereichen betrachtet. Sie geben Aufschluss über den Umfang der gesamten Ausbildungsleistung von Betrieben und Berufsschulen. Analysen zu berufsstrukturellen Entwicklungen (vgl. Kapitel A4.4) und zur Vorbildung der Auszubildenden (vgl. Kapitel A4.6.1 und A4.6.2) erfolgen auf Basis der Neuabschlussdaten.

E Die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (kurz: Berufsbildungsstatistik) ist eine Totalerhebung von Auszubildenden-, Vertrags- und Prüfungsdaten zu staatlich anerkannten Ausbildungsberufen (§ 4 Absatz 1 Berufsbildungsgesetz [BBiG] bzw. § 25 Absatz 1 Handwerksordnung [HwO]) sowie dualen Ausbildungsberufen in Erprobung nach § 6 BBiG bzw. § 27 HwO.⁴⁵ Auch Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO sind hierin enthalten. Die Daten werden nach § 88 BBiG durch die statistischen Ämter des Bundes und der Länder bei den zuständigen Stellen erhoben und an das BIBB zum Zwecke der Erstellung des Berufsbildungsberichts und der Durchführung der Berufsbildungsforschung übermittelt. Erfasst werden u. a. auch Daten zum Ausbildungspersonal (vgl. Kapitel A4.10.3), zu Externenprüfungen (vgl. Kapitel A4.8) und zu Fortbildungs- und

Umschulungsprüfungen (vgl. Kapitel B4.4). Vollzeitschulische Berufsausbildungen und sonstige Berufsausbildungen, die nicht nach BBiG bzw. HwO geregelt sind, werden nicht erfasst.

Mit Artikel 2a des Berufsbildungsreformgesetzes (BerBiRefG) vom 23. März 2005 (Bundesgesetzblatt 2005, S. 931)⁴⁶ wurde 2007 die frühere Aggregatdatenerhebung auf eine Individualdatenerfassung umgestellt und erhielt einen ausweiteten Merkmalskatalog. Hierdurch eröffnen sich neue Analysemöglichkeiten. Bis 2006 wurden die Daten in Form von Tabellen erfasst. Bei diesen im **Aggregat erfassten Daten** waren die Analysemöglichkeiten auf die wenigen Merkmalskombinationen, die die jeweilige Erfassungstabelle enthielt, beschränkt. Mit der **Individualdatenerfassung** wird für jedes Ausbildungsverhältnis, das in das von der zuständigen Stelle geführte Verzeichnis eingetragen ist, ein Datensatz mit allen in § 88 BBiG festgelegten Merkmalen erhoben. Die Individualdaten ermöglichen bei der Auswertung der Daten eine freie Kombination der erfassten Merkmale. Grundsätzlich ist aufgrund der erhebungstechnischen Umstellung der Vergleich der Daten ab 2007 mit denen der Vorjahre nicht uneingeschränkt möglich.

Die Daten der Berufsbildungsstatistik werden mit der **Fachserie 11, Reihe 3** des Statistischen Bundesamtes (Destatis) veröffentlicht und können im Publikationsservice von Destatis kostenfrei heruntergeladen werden (www.destatis.de). Außerdem stellt das BIBB Auszubildenden- und Vertragsdaten der Berufsbildungsstatistik auch im Onlinedatensystem Auszubildende (DAZUBI) bereit, das eine Ergänzung zum BIBB-Datenreport darstellt (www.bibb.de/dazubi). Dort können Daten, Berechnungen und ergänzende Berufsmerkmale für die einzelnen Ausbildungsberufe und Bundesländer abgerufen werden. Zu den Daten liegen umfangreiche Erläuterungen vor.

Um **Datenschutz** zu gewähren, veröffentlicht das BIBB alle Daten der Berufsbildungsstatistik nur noch als gerundete Werte (Vielfaches von 3; der Datenfehler beträgt dadurch je ausgewiesener Zahl maximal 1; detaillierte Erläuterungen siehe unter www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_daten.pdf).

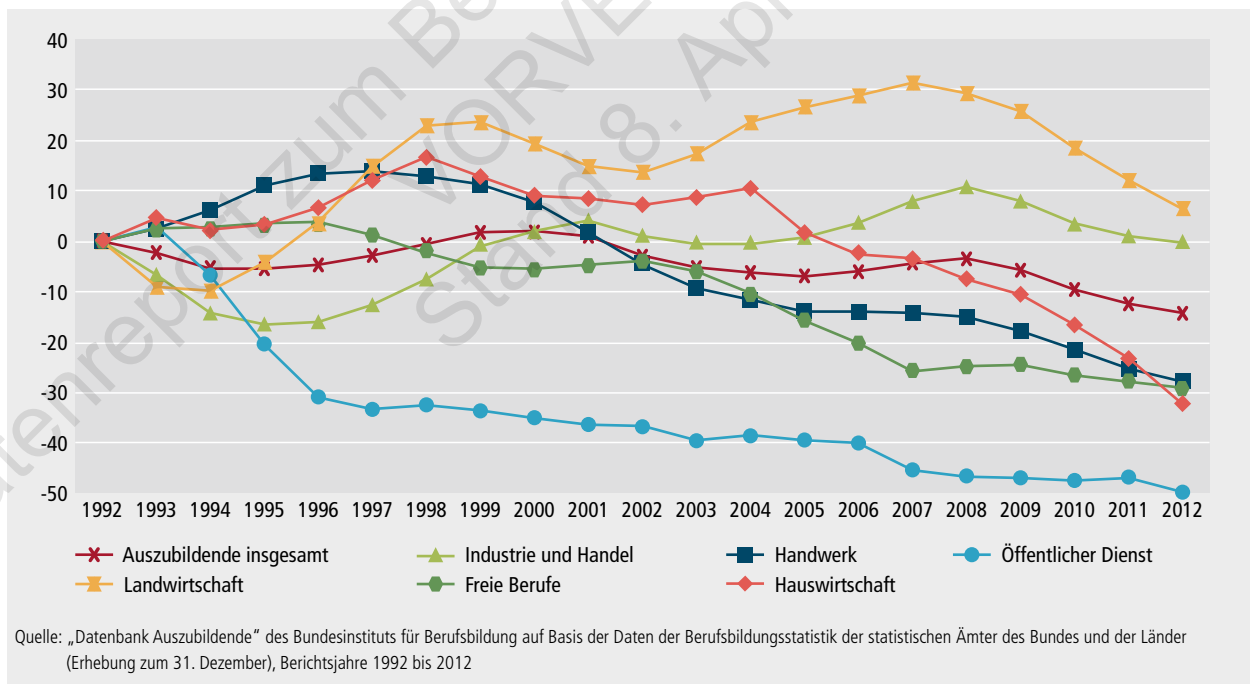
⁴⁵ Daten über Auszubildende wurden seit 1950 von den zuständigen Stellen erfasst. Die Berufsbildungsstatistik wurde mit dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz vom 7. September 1976 als Bundesstatistik eingeführt. Die Auszubildendenzahl wurde differenziert nach Geschlecht ab 1977 erfasst; ausländische Auszubildende wurden erst ab 1982 gesondert erfasst. Die Rechtsgrundlage der Bundesstatistik hat sich mehrfach geändert. Zur Entwicklung der Berufsbildungsstatistik seit 1950 siehe Werner 2000 und Uhly 2006.

⁴⁶ Siehe www.bibb.de/dokumente/pdf/z3_berufsbildungsreformgesetz.pdf.

Gesamtbestand 2012 und Entwicklung im Zeitverlauf

Am 31. Dezember 2012 waren bundesweit 1.429.977 Personen als Auszubildende in einer dualen Berufsausbildung nach BBiG bzw. HwO gemeldet. Die Bestandszahlen schwanken im Zeitverlauf → **Schaubild A4.2.1-1**. Insgesamt weisen sie nach Höchstwerten um das Jahr 2000 (1.702.017) eine sinkende Tendenz auf. Gegenüber 2011 ging die Zahl der Auszubildenden 2012 um 30.681 (-2,1%) zurück. 85,5% der Auszubildenden stammten aus den westlichen (1.222.032) und 14,5% (207.945) aus den östlichen Bundesländern → **Tabelle A4.2.1-1**. Da die Bestände in den östlichen Bundesländern stärker zurückgehen (2012: -8,3%), verschieben sich die regionalen Anteile zunehmend. 1996 wurde noch jeder vierte Auszubildende (25,7%) in Ostdeutschland ausgebildet.

Schaubild A4.2.1-1: Entwicklung der Zahl der Auszubildenden am 31. Dezember von 1992 bis 2012 nach Zuständigkeitsbereichen (Basis = 1992)



E Erfassung von Auszubildenden

Bei der Zählung der Auszubildenden erfolgt im Rahmen der Berufsbildungsstatistik eine stichtagsbezogene Abgrenzung. Bei den Neuabschlüssen und Prüfungsdaten ist sie hingegen zeitraumbezogen. Zum Auszubildendenbestand zählen alle Personen, die jeweils zum 31. Dezember in einem Ausbildungsverhältnis mit einem Ausbildungsvertrag nach BBiG bzw. HwO stehen.⁴⁷

Seit den 1990er-Jahren war die Zahl der Auszubildenden verstärkt angebotsinduziert, Aufschwünge oder Krisen im Wirtschafts- und Beschäftigungssystem bestimmten demzufolge die Entwicklung im dualen System (Troltsch/Walden 2007). In den letzten Jahren gewann der demografische Wandel zunehmend an Dynamik, sodass der Rückgang des

47 Zu den Prüfungen werden alle Prüfungen des Kalenderjahres gezählt (Zeitraumbezug) und zu den Neuabschlüssen alle im Kalenderjahr abgeschlossenen Ausbildungsverträge, die bis zum 31. Dezember nicht wieder gelöst wurden (Kombination Zeitraum und Stichtag); wenn Personen mit einem im Kalenderjahr neu abgeschlossenen Ausbildungsvertrag vor dem 31. Dezember erfolgreich eine Abschlussprüfung abgelegt haben, zählen sie nicht mehr zu den Auszubildenden gemäß der Berufsbildungsstatistik.

Tabelle A4.2.1-1: Auszubildende am 31. Dezember nach Zuständigkeitsbereichen¹, Bundesgebiet sowie West- und Ostdeutschland 1992 bis 2012 (Teil 1)

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschiffahrt ²
Westdeutschland								
1992	1.345.305	670.959	445.761	58.371	23.904	138.201	7.713	399
1993	1.286.754	621.078	439.947	57.162	22.722	138.069	7.431	342
1994	1.226.262	567.627	442.242	49.431	22.359	136.542	7.749	309
1995	1.194.042	536.532	448.635	40.551	22.725	137.175	8.136	291
1996	1.182.429	528.513	449.946	34.884	23.694	136.596	8.475	318
1997	1.201.866	548.637	451.680	33.900	25.482	132.651	9.186	330
1998	1.240.449	584.679	454.773	35.319	27.000	128.475	9.843	360
1999	1.279.602	627.159	455.142	35.001	27.177	125.409	9.393	324
2000	1.297.203	653.001	448.560	34.482	26.025	125.802	8.988	345
2001	1.296.327	669.348	430.893	34.137	25.005	127.887	8.718	339
2002	1.255.635	651.726	407.028	34.155	24.336	129.516	8.523	348
2003	1.226.493	639.924	392.391	32.685	25.194	127.449	8.484	360
2004	1.214.025	639.213	384.258	33.213	26.628	121.581	8.685	444
2005	1.210.179	649.818	377.124	32.964	27.456	114.483	7.734	600
2006	1.232.169	674.169	380.214	32.652	28.131	108.765	7.512	723
2007 ³	1.264.941	712.734	384.594	29.199	29.340	100.623	7.557	894
2008	1.298.139	742.383	386.940	28.770	29.844	102.825	7.380	–
2009	1.283.979	734.139	380.286	28.638	30.219	103.284	7.413	–
2010	1.252.665	718.059	368.829	28.950	29.193	100.530	7.104	–
2011	1.233.819	713.091	356.610	29.655	28.563	99.195	6.705	–
2012	1.222.032	714.591	347.775	28.350	27.615	97.686	6.015	–
Ostdeutschland								
1992	320.904	170.646	107.688	12.984	8.700	16.359	4.359	171
1993	342.558	165.432	127.797	16.350	6.960	20.793	5.199	24
1994	353.619	156.354	145.863	17.301	7.050	22.431	4.602	18
1995	385.296	166.332	166.716	16.173	8.532	23.172	4.350	18
1996	409.800	178.809	177.867	14.490	10.197	23.997	4.428	12
1997	420.813	187.647	179.223	13.710	11.931	23.937	4.353	9
1998	417.315	194.205	170.208	12.864	13.089	22.665	4.254	30
1999	418.728	205.857	161.730	12.456	13.209	21.192	4.245	39
2000	404.814	207.813	147.603	11.838	12.897	20.445	4.179	42
2001	388.341	206.793	133.590	11.316	12.525	19.698	4.389	33
2002	366.807	198.432	120.825	11.079	12.717	19.296	4.422	39
2003	355.137	198.444	109.974	10.653	13.095	18.282	4.653	36
2004	350.040	198.699	104.913	10.806	13.770	17.130	4.677	42
2005	343.260	198.399	100.059	10.401	13.857	15.936	4.566	42
2006	338.448	198.636	96.399	10.320	13.893	14.877	4.266	57
2007 ³	329.832	197.583	90.474	9.795	13.554	14.247	4.110	66
2008	315.204	191.838	84.099	9.270	12.363	13.842	3.792	–
2009	287.478	174.933	75.285	9.342	10.809	13.731	3.381	–
2010	255.663	155.340	66.078	8.637	9.474	13.152	2.979	–
2011	226.839	137.595	57.597	8.343	8.064	12.666	2.571	–
2012	207.945	126.471	52.359	7.617	7.149	12.168	2.181	–

Tabelle A4.2.1-1: Auszubildende am 31. Dezember nach Zuständigkeitsbereichen¹, Bundesgebiet sowie West- und Ostdeutschland 1992 bis 2012 (Teil 2)

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschiffahrt ²
Bundesgebiet								
1992	1.666.209	841.605	553.449	71.355	32.604	154.560	12.072	570
1993	1.629.312	786.513	567.744	73.512	29.685	158.862	12.633	366
1994	1.579.878	723.981	588.102	66.732	29.409	158.973	12.351	327
1995	1.579.338	702.867	615.351	56.721	31.257	160.350	12.486	309
1996	1.592.226	707.322	627.813	49.374	33.894	160.593	12.903	327
1997	1.622.679	736.284	630.903	47.613	37.413	156.588	13.536	342
1998	1.657.764	778.884	624.981	48.183	40.089	151.137	14.097	390
1999	1.698.330	833.016	616.872	47.457	40.386	146.598	13.638	363
2000	1.702.017	860.811	596.163	46.320	38.922	146.247	13.170	387
2001	1.684.668	876.141	564.480	45.453	37.530	147.585	13.107	372
2002	1.622.442	850.158	527.853	45.237	37.053	148.812	12.945	387
2003	1.581.630	838.368	502.365	43.338	38.292	145.731	13.137	396
2004	1.564.065	837.915	489.171	44.019	40.398	138.711	13.362	486
2005	1.553.436	848.217	477.183	43.365	41.313	130.419	12.300	639
2006	1.570.614	872.805	476.616	42.972	42.024	123.642	11.778	780
2007 ³	1.594.773	910.320	475.065	38.994	42.894	114.870	11.667	963
2008	1.613.343	934.221	471.039	38.043	42.204	116.664	11.172	–
2009	1.571.457	909.072	455.568	37.980	41.028	117.015	10.794	–
2010	1.508.328	873.402	434.907	37.587	38.667	113.682	10.086	–
2011	1.460.658	850.689	414.207	37.998	36.624	111.861	9.276	–
2012	1.429.977	841.062	400.131	35.967	34.764	109.854	8.196	–

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. **E** in Kapitel A1.2). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

² Seit 2008 nimmt der Zuständigkeitsbereich Seeschiffahrt an der Berufsbildungsstatistik nicht mehr teil.

³ Die Daten sind seit 2007 aufgrund weitreichender meldetechnischer Umstellungen nicht uneingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1992 bis 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zeile von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

Auszubildendenbestands neben der Wirtschafts- und Finanzkrise auch auf den starken demografischen Einbruch in der jugendlichen Wohnbevölkerung zurückzuführen ist. Dies gilt insbesondere für Ostdeutschland. Zur langfristigen Entwicklung der Auszubildendenzahlen in den alten Ländern seit 1977 siehe BIBB-Datenreport 2013. Zur Analyse der aktuellen Entwicklungen am Ausbildungsstellenmarkt für das Berichtsjahr 2013 vgl. Kapitel A1 und Ulrich u. a. 2013.

Bestandsentwicklung in den Zuständigkeitsbereichen

Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist in der Regel nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. **E** in Kapitel A1.2). So sind in der Berufsbildungsstatistik alle Auszubildenden, die z. B. im öffentlichen Dienst oder in den freien Berufen für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, (je nach zuständiger Stelle) den Bereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

Die Auszubildendenbestände in den einzelnen Zuständigkeitsbereichen haben sich im Zeitverlauf unterschiedlich entwickelt. In den letzten Jahren sind in allen Zuständigkeitsbereichen rückläufige Tendenzen zu beobachten → **Schaubild A4.2.1-1, Tabelle A4.2.1-1.**

Der größte Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel meldete zum 31. Dezember 2012 bundesweit 841.062 Auszubildende. Die Zahl ging im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 9.627 Personen (-1,1 %) zurück, wobei der Bestand im Westen um 1.500 Personen zunahm (+0,2%) und im Osten um 11.124 (-8,1%) sank. In den vergangenen 20 Jahren zeigt sich insgesamt eine positive Bestandsentwicklung. Nach einem Tiefstwert im Berichtsjahr 1995 mit 702.867 Auszubildenden infolge der Entwicklungen in den Metall- und Elektroberufen v. a. in Westdeutschland stieg die Zahl der Auszubildenden wieder an. Sie liegt seit der Jahrtausendwende auf dem gleichen Niveau wie 1992 oder höher. Ein Höchstwert wurde 2008 mit 934.221 Auszubildenden erreicht.

Im Handwerk ging der Auszubildendenbestand im Jahr 2012 bundesweit um 14.076 Personen (-3,4%) auf 400.131 Personen zurück. Nach einem kurzfristigen Anstieg bis Mitte der 1990er-Jahre im Zuge des Aufbaus handwerklicher Wirtschaftsstrukturen in Ostdeutschland sinkt die Zahl der Auszubildenden seit 1998. Die rückläufige Entwicklung ist in den ostdeutschen und den westdeutschen Ländern zu beobachten. Gegenüber dem Vorjahr betrug der Rückgang 2012 in Ostdeutschland -9,1% (-5.238), in Westdeutschland fiel er mit -2,5% (-8.835) schwächer aus.

In den dualen Ausbildungsberufen des Zuständigkeitsbereichs des öffentlichen Diensts bestanden am 31. Dezember 2012 35.967 Auszubildende. Insgesamt ist der Auszubildendenbestand in den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes seit Anfang der 1990er-Jahre fast stetig zurückgegangen. 1992 umfasste der Bereich noch 71.355 Auszubildende; 2012 war es nur noch rund die Hälfte. Der Abwärtstrend nach 1994 ging v. a. auf Privatisierungen im Post- und Bahnbereich und den Wechsel der entsprechenden Ausbildungsberufe in den Zuständigkeitsbereich von Industrie und Handel zurück. Der stärkere Rückgang 2007 dürfte zum einen auf die Umstellungen

in der Berufsbildungsstatistik zurückzuführen sein.⁴⁸ Zum anderen wurde er durch ein verändertes Ausbildungsverhalten im öffentlichen Dienst hervorgerufen (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.2.1). Schließlich ist auch hier von demografischen Effekten auszugehen. Während die Bestandsentwicklung von 2007 bis 2011 insgesamt eher kleine Veränderungen aufwies, ist 2012 gegenüber 2011 mit -2.031 Personen (-5,3%) ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen.

Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik wird das Betriebsmerkmal „Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst“ erfasst. Für das Jahr 2012 können zu den 35.967 gemeldeten Auszubildenden des öffentlichen Dienstes demzufolge mindestens 17.085 Auszubildende hinzugerechnet werden, die im öffentlichen Dienst in Berufen der anderen Zuständigkeitsbereiche ausgebildet wurden (zu 39,2% gehörten sie dem Bereich Industrie und Handel, zu 28,3% dem Handwerk und zu 20,5% der Landwirtschaft an; den freien Berufen und der Hauswirtschaft entstammten 8,0% bzw. 4,0% der Auszubildenden). Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass die „Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst“ im Rahmen der Berufsbildungsstatistik insgesamt noch untererfasst ist. Ein Vergleich mit den Daten der Personalstandsstatistik der statistischen Ämter (vgl. **Kapitel A4.2.2**) deutet auf eine Untererfassung von ca. 15% hin⁴⁹.

Am 31. Dezember 2012 befanden sich in den freien Berufen 109.854 Personen in einer dualen Berufsausbildung. Die Zahl sank gegenüber dem Vorjahr um 2.007 Auszubildende (-1,8%). Für Ostdeutschland fiel der Rückgang stärker aus (-3,9%) als für Westdeutschland (-1,5%). Bundesweit war in diesem Bereich mit 160.593 Auszubildenden im Jahr 1996 die höchste

48 Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes führte die Umstellung der Datenlieferung im Jahr 2007 insbesondere im Zuständigkeitsbereich des öffentlichen Dienstes zu Einschränkungen in der zeitlichen Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Allerdings zeigt sich auch in der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im Jahr 2007 ein starker Rückgang in den Berufen des öffentlichen Dienstes (siehe www.bibb.de/de/14492.htm). Insofern ist unklar, in welchem Ausmaß der Rückgang in den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes in der Berufsbildungsstatistik durch die Umstellung der Datenlieferung und in welchem Maße durch reale Entwicklungen bedingt ist.

49 Für diesen Vergleich wurde die Auszubildenden-Bestandszahl zum Stichtag 30. Juni auf Basis der Individualdatensätze der Berufsbildungsstatistik berechnet. Diese wurde mit der Auszubildendenzahl aus der Personalstandsstatistik (allerdings ohne „Arbeitnehmer im Pflegedienst“ und zumindest ohne einen Teil der „Auszubildenden an Unikliniken und Krankenhäuser“) verglichen.

Zahl an Auszubildenden erreicht worden. Der anschließend einsetzende Rückgang kann mit kleineren Unterbrechungen bis heute nachverfolgt werden. 2012 befanden sich ca. 30% weniger Auszubildende im Bereich der freien Berufe als Anfang der 1990er-Jahre.

In den Berufen der Landwirtschaft waren im Berichtsjahr 2012 34.764 Auszubildende gemeldet. Gegenüber 2011 waren dies 5,1% (1.860 Verträge) weniger. In den ostdeutschen Ländern ging der Bestand stärker zurück (-11,3%) als in den westdeutschen Ländern (-3,3%). Längerfristig hatte der Bestand an Auszubildenden in diesem Zuständigkeitsbereich seit 1992 zugenommen. Er stieg von 32.604 (1992) zunächst auf 40.386 (1999) an und erreichte 2007 mit 42.894 einen Höchstwert. Ab 2008 gingen die Bestandszahlen jedoch kontinuierlich zurück und lagen 2012 fast auf dem Niveau von 1992.

Der Bereich Hauswirtschaft ist ein kleiner Zuständigkeitsbereich, dem vergleichsweise wenige Ausbildungsberufe zugeordnet werden. Dementsprechend fällt die Zahl der Auszubildenden mit 8.196 (2012) relativ gering aus. Nach einem Zuwachs Mitte der 1990er-Jahre ist der Bestand hier seit Ende der 1990er-Jahre rückläufig.⁵⁰ 2011 war die Zahl der Auszubildenden zum ersten Mal unter 10.000 abgesunken. Im Berichtsjahr 2012 befanden sich etwa ein Drittel weniger Auszubildende in diesem Zuständigkeitsbereich als 1992.

Unter den Zuständigkeitsbereich Seeschifffahrt fällt der Ausbildungsberuf Schiffsmechaniker/-in. Der Bereich ist entsprechend klein. Ab dem Jahre 2004 war er zuletzt deutlich angewachsen und erreichte 963 Auszubildende. Seit 2008 wird er nicht mehr für die Berufsbildungsstatistik gemeldet.⁵¹

50 Der deutliche Rückgang der Auszubildenden im Zuständigkeitsbereich der Hauswirtschaft in Westdeutschland im Jahr 2005 (-11%) ist teilweise durch veränderte Zuständigkeiten bedingt, denn für das Land Hessen werden Hauswirtschaftler/-innen seit 2005 nicht mehr unter dem Bereich Hauswirtschaft, sondern unter dem Bereich Industrie und Handel gemeldet.

51 Da der Ausbildungsberuf nicht nach BBiG oder HwO geordnet ist, sondern einen vergleichbar geregelten Beruf außerhalb des Geltungsbereichs des BBiG darstellt, wurde er bis 2007 freiwillig gemeldet (die gesetzliche Grundlage für die Berufsbildungsstatistik, insbesondere § 88 BBiG, betrifft nur Ausbildungsberufe, die nach BBiG bzw. HwO geregelt sind). Mit den erweiterten Meldepflichten im Rahmen der Revision der Berufsbildungsstatistik durch das Berufsbildungsreformgesetz wurde die Datenmeldung im Jahr 2008 eingestellt. Ausbildungsverträge werden im Zuständigkeitsbereich der Seeschifffahrt weiterhin abgeschlossen.

Frauen in den dualen Ausbildungsberufen

Am 31. Dezember 2012 waren 557.121 Frauen unter den Auszubildenden im dualen System, dies entspricht einem Anteil von 39,0% an allen Auszubildenden → **Tabelle A4.2.1-2**. Der Wert schwankt seit 1992 zwischen 39% und 41%; in Westdeutschland waren 39,1%, in Ostdeutschland 38,2% der Auszubildenden weiblich. Gegenüber ihrem Anteil in der Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter (48,7%) waren Frauen im dualen System damit unterrepräsentiert (**vgl. Kapitel A4.5**). Häufiger sind sie in vollzeitschulischen Berufsausbildungsgängen zu finden (**vgl. Kapitel A5**). Auch innerhalb des dualen Systems zeigen sich deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. So variiert der Frauenanteil in den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen deutlich. Am höchsten war er 2012 im Bereich der freien Berufe (94,0%) und in der Hauswirtschaft (91,8%). Auch in den Berufen des öffentlichen Dienstes lagen die Anteile seit 1998 bei mindestens 63% (2012: 65,2%). In den großen Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel sowie Handwerk waren die Anteile dagegen niedriger. In den Berufen von Industrie und Handel waren Frauen zu 38,6% vertreten. Der Wert liegt seit Jahren zwischen 39% und 43%. Im Handwerk waren Frauen mit 22,7% deutlich seltener unter den Auszubildenden zu finden. Ihr Anteil hat sich seit Anfang der 1990er-Jahre kaum verändert (1992: 22,1%). Leichte Zuwächse ab 1995 resultierten aus starken Rückgängen bei den männlich dominierten Berufen im Bau- und Ausbaugewerbe. Gering und weiter abnehmend war der Frauenanteil 2012 mit 21,9% auch in der Landwirtschaft.

Insgesamt gibt es bei den Ausbildungsberufen im dualen System eine deutliche Geschlechtersegregation. Die berufsstrukturellen Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind seit Mitte der 1980er-Jahre nahezu unverändert (**vgl. Uhly 2007**). Ein Großteil der Ausbildungsberufe ist entweder überwiegend mit Frauen oder überwiegend mit Männern besetzt; entsprechend variieren die Frauenanteile deutlich (**vgl. Kapitel A4.4**). Unterteilt man die dualen Ausbildungsberufe auf Basis des jeweiligen Frauenanteils am Auszubildendenbestand im Jahr 1977 bzw. des ersten Jahres des Auftretens des Berufs (oder seines Vorgängerberufes), zeigt sich, dass die Mehrheit

Tabelle A4.2.1-2: Frauenanteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen¹, Bundesgebiet 1992 bis 2012 (in %)

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschiffahrt ²
1992	40,8	41,8	22,1	50,7	35,7	95,0	97,0	1,9
1993	40,4	41,8	20,8	52,0	34,3	95,1	96,7	2,5
1994	40,0	42,7	19,6	54,1	33,1	94,8	96,3	4,0
1995	39,8	43,2	19,2	56,7	32,7	94,9	95,7	4,2
1996	39,8	43,5	19,3	59,2	31,7	95,0	95,4	5,5
1997	39,9	43,5	19,8	62,3	30,7	95,3	95,0	7,3
1998	40,0	43,1	20,6	62,9	29,7	95,3	94,9	5,9
1999	40,5	43,4	21,3	63,0	28,5	95,5	94,6	4,4
2000	40,9	43,2	21,9	64,4	28,5	95,6	94,6	5,4
2001	41,0	42,4	22,4	64,6	27,2	95,6	94,1	6,2
2002	41,0	41,4	22,6	65,3	26,4	95,6	93,8	5,2
2003	40,6	40,5	22,7	64,9	25,2	95,5	93,0	4,3
2004	40,1	39,8	22,7	64,2	24,1	95,3	92,8	4,3
2005	39,7	39,5	22,9	63,4	23,2	95,1	92,5	4,1
2006	39,5	39,5	23,1	63,5	22,4	95,2	92,5	3,9
2007 ³	39,3	39,6	23,3	64,1	22,4	95,0	92,1	4,5
2008	39,6	39,8	23,7	64,3	23,0	95,0	92,2	–
2009	39,9	39,9	24,0	64,8	22,9	94,9	92,5	–
2010	39,8	39,6	23,8	65,3	22,7	94,7	92,5	–
2011	39,3	39,0	23,2	65,1	22,2	94,4	92,4	–
2012	39,0	38,6	22,7	65,2	21,9	94,0	91,8	–

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. [§ in Kapitel A1.2](#)). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

² Seit 2008 nimmt der Zuständigkeitsbereich Seeschiffahrt an der Berufsbildungsstatistik nicht mehr teil.

³ Die Daten sind seit 2007 aufgrund weitreichender meldetechnischer Umstellungen nicht uneingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1992 bis 2012

der Frauen eine Ausbildung in einem überwiegend weiblich besetzten oder weiblich dominierten Beruf absolviert, d. h. in einem Beruf mit mindestens 60 % bzw. 80 % Frauenanteil → [Tabelle A4.2.1-3](#).

2012 waren in Westdeutschland 37,2 % aller weiblichen Auszubildenden des dualen Systems in weiblich dominierten Berufen. Gegenüber 1980 (44,7 %) ist der Anteil um 7,5 Prozentpunkte gesunken. Weitere 18,4 % der Frauen befanden sich 2012 in einer Ausbildung in einem überwiegend weiblich besetzten Beruf, d. h. mit einem Frauenanteil von 60–80 %. Im Vergleich zu 1980 (23,4 %) ist der Wert

ebenfalls abgesunken. In den männlich dominierten und überwiegend männlich besetzten Ausbildungsberufen (Frauenanteil 0–20 % bzw. 20–40 %) befanden sich mit 10,3 % und 9,4 % anteilig zwar fast doppelt so viele Frauen wie noch 1980. Insgesamt erscheinen die Anteile jedoch weiterhin gering. Die gemischt besetzten Berufe umfassten rund ein Viertel der weiblichen Auszubildenden im dualen System (24,7 %). Ihr Anteil stieg gegenüber 1980 (21,0 %) um 17,6 %.

In Ostdeutschland stellt sich die Situation etwas anders dar. Die Zuordnung des Berufs erfolgt auch hier

Tabelle A4.2.1-3: **Weibliche Auszubildende (Bestände) in männlich und weiblich besetzten Ausbildungsberufen, Westdeutschland 1980, 1995 und 2012, Ostdeutschland 1995 und 2012**

Gruppe der Ausbildungsberufe ¹	Weibliche Auszubildende									
	Insgesamt, Anzahl					Anteil an der Gesamtzahl der weiblichen Auszubildenden (in %)				
	Westdeutschland			Ostdeutschland		Westdeutschland			Ostdeutschland	
	1980	1995	2012	1995	2012	1980	1995	2012	1995	2012
Männlich dominierte Berufe (0–20 % weibliche Auszubildende)	34.344	42.888	49.344	26.136	13.650	5,4	8,9	10,3	17,7	17,2
Überwiegend männlich besetzte Berufe (20–40 % weibliche Auszubildende)	35.106	32.361	44.865	6.024	5.592	5,5	6,7	9,4	4,1	7,0
Gemischt besetzte Berufe (40–60 % weibliche Auszubildende)	134.226	124.800	117.942	36.408	17.550	21,0	26,0	24,7	24,7	22,1
Überwiegend weiblich besetzte Berufe (60–80 % weibliche Auszubildende)	149.424	66.852	87.657	25.281	15.981	23,4	13,9	18,4	17,2	20,1
Weiblich dominierte Berufe (80–100 % weibliche Auszubildende)	285.945	213.846	177.792	53.541	26.727	44,7	44,5	37,2	36,3	33,6
Insgesamt	639.048	480.750	477.600	147.387	79.500	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹ Gruppenbildung nach dem Anteil der weiblichen Auszubildenden im jeweiligen Beruf (bzw. dessen Vorgängerberuf) in Westdeutschland im Jahre 1977 oder später (für die Berufe, die nach 1977 zum ersten Mal auftreten).

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1980, 1995 und 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zeile von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

auf Basis der Daten von 1977 in den alten Ländern oder des ersten Jahres des Erscheinens eines neuen Berufs. Es wird nicht analysiert, ob in Ostdeutschland eine geschlechtsspezifische Segregation vorliegt und wie stark diese ausfällt, sondern ob sie der in Westdeutschland vorliegenden (bzw. damals vorliegenden) entspricht. So befand sich in Ostdeutschland 2012 mit 17,2 % fast jede fünfte Frau in einem männlich dominierten Beruf. Dieser vergleichsweise höhere Wert war bereits 1995 zu beobachten. Der Anteil der Frauen, die in einem überwiegend männlich besetzten Beruf ausgebildet werden, ist allerdings mit 7,0 % niedriger als in Westdeutschland. Das Gewicht der gemischt besetzten Berufe scheint tendenziell abzunehmen, sie wurden 2012 von 22,1 % der ostdeutschen Auszubildenden besetzt (1995: 24,7 %). Der Anteil der Frauen, die in Ostdeutschland in einem überwiegend weiblich besetzten Beruf ausgebildet wurden, lag 2012 mit 20,1 % etwas höher als in Westdeutschland (18,4 %).

Mit 33,6 % waren es etwas weniger Frauen, die in Ostdeutschland in einem weiblich dominierten Beruf ausgebildet wurden (Westen: 37,2 %).

Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in den dualen Ausbildungsberufen

In der Berufsbildungsstatistik wird die Staatsangehörigkeit⁵² der Auszubildenden erfasst, ein möglicher Migrationshintergrund kann jedoch nicht ausgewiesen werden (zu differenzierteren Analysen zur Ausbildungssituation der ausländischen Jugendlichen bzw. der Jugendlichen mit Migrationshintergrund siehe [Kapitel A4.9](#)). Der Anteil der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit unter den

⁵² Als ausländische Auszubildende werden alle Auszubildenden ohne deutschen Pass gezählt. Jugendliche, die sowohl über eine deutsche als auch eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, werden nicht als ausländische Auszubildende erfasst.

Tabelle A4.2.1-4: Ausländeranteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen¹, Bundesgebiet 1992 bis 2012 (in %)

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschiffahrt ²
1992	7,2	6,4	9,4	2,6	1,2	7,5	2,4	0,9
1993	7,8	6,9	9,8	3,0	1,2	8,3	2,7	1,6
1994	8,0	7,2	9,7	3,1	1,4	8,5	2,9	1,2
1995	7,7	7,0	9,0	3,1	1,8	8,6	3,6	1,0
1996	7,3	6,7	8,3	2,7	1,6	9,0	4,1	1,2
1997	6,8	6,3	7,6	2,4	1,4	8,8	4,5	1,2
1998	6,3	5,9	7,0	2,4	1,1	8,2	4,7	1,8
1999	5,9	5,6	6,6	2,3	0,9	8,0	3,9	1,7
2000	5,7	5,2	6,4	2,1	0,9	8,2	4,2	1,3
2001	5,5	5,0	6,2	2,2	0,8	7,9	4,3	0,3
2002	5,3	4,7	6,0	2,0	0,9	8,3	4,2	0,8
2003	5,0	4,4	5,7	2,1	0,8	8,3	4,1	2,0
2004	4,6	4,0	5,3	1,8	0,8	7,7	4,2	2,5
2005	4,4	3,8	5,1	1,7	0,8	7,3	4,0	2,2
2006	4,2	3,7	4,8	1,7	0,8	7,1	3,8	1,4
2007 ³	4,3	3,9	4,9	1,5	0,7	7,7	3,2	1,1
2008	4,5	4,1	5,2	1,5	0,7	8,1	3,6	–
2009	4,8	4,3	5,5	1,8	0,8	8,5	4,1	–
2010	5,1	4,5	5,9	1,7	0,7	9,1	4,6	–
2011	5,3	4,7	6,1	1,7	0,8	9,4	5,3	–
2012	5,5	4,9	6,3	1,9	0,9	10,0	5,8	–

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. [§ in Kapitel A1.2](#)). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

² Seit 2008 nimmt der Zuständigkeitsbereich Seeschiffahrt an der Berufsbildungsstatistik nicht mehr teil.

³ Die Daten sind seit 2007 aufgrund weitreichender meldetechnischer Umstellungen nicht uneingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1992 bis 2012

Auszubildenden ist seit Anfang der 1990er-Jahre stark zurückgegangen → [Tabelle A4.2.1-4](#). Um das Ausmaß der Integration in die duale Berufsausbildung abzuschätzen, muss allerdings ein Bezug zum Ausländeranteil in der Wohnbevölkerung hergestellt werden. Der Ausländeranteil unter den Auszubildenden ist hierzu nicht der geeignete Indikator. So sank der Ausländeranteil unter den Auszubildenden des dualen Systems seit Mitte der 1990er-Jahre z. T. auch durch verstärkte Einbürgerungen. In der

Wohnbevölkerung ging der Ausländeranteil ebenfalls zurück. Ob die Entwicklung im dualen System jener der Wohnbevölkerung entspricht oder auf andere Faktoren zurückzuführen ist, lässt sich anhand der Ausbildungsbeteiligungsquoten betrachten (vgl. [Kapitel A4.5](#)).

Der Ausländeranteil eignet sich jedoch für einen Vergleich der Zuständigkeitsbereiche oder für Analysen berufsspezifischer Besonderheiten.

Nachdem der Anteil der Auszubildenden mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit seit Mitte der 1990er-Jahre kontinuierlich zurückgegangen war (1992: 7,2 %, 2006: 4,2 %), stieg die Zahl der ausländischen Personen im dualen System seit 2007 wieder an. 2012 wurden 78.726 Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit gezählt; der Ausländeranteil unter den Auszubildenden im dualen System betrug damit 5,5 % (Vorjahr: 5,3 %). Die Zunahme ist in allen Zuständigkeitsbereichen zu beobachten. Am häufigsten waren ausländische Personen mit 10,0 % im Bereich der freien Berufe vertreten. Hier lag ihr Anteil schon immer höher und schwankte seit Anfang der 1990er-Jahre nur geringfügig zwischen 7 % und 9 %. Der aktuelle Wert stellt einen Höchstwert dar. Einzelne Berufe dieses Zuständigkeitsbereichs wie Pharmazeutisch-kaufmännische/-r Angestellte/-r (19,3 %) oder Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r (15,1 %) waren sogar überproportional mit ausländischen Auszubildenden besetzt. In beiden Berufen waren fast ausschließlich weibliche Auszubildende (95,9 % bzw. 99,3 %) zu finden.

Auch in den großen Zuständigkeitsbereichen Handwerk und Industrie und Handel setzte sich 2012 der seit 2007 feststellbare Anstieg des Ausländeranteils fort. Im Handwerk besaßen 6,3 % der Auszubildenden keine deutsche Staatsangehörigkeit (2011: 6,1 %), in Industrie und Handel machten diese Jugendlichen 4,9 % der Auszubildenden aus (2011: 4,7 %).

In der Hauswirtschaft war der Anteil der ausländischen Auszubildenden in den 1990er-Jahren zunächst auf 4,7 % (1998) angestiegen. Die Entwicklung stockte jedoch um das Jahr 2000 und war zeitweise auch rückläufig. Seit 2007 zeigt sich wieder ein Aufwärtstrend. Mit einem Ausländeranteil von 5,8 % unter den Auszubildenden (2011: 5,3 %) setzte sich dieser Trend 2012 fort.

Mit Abstand am niedrigsten war 2012 der Anteil der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in den Berufen des öffentlichen Dienstes (1,9 %) und der Landwirtschaft (0,9 %). Er hat sich im Vorjahresvergleich nur geringfügig erhöht. Mitte der 1990er-Jahre gab es in diesen beiden Bereichen noch leicht höhere Ausländeranteile (1995: 3,1 % bzw. 1,8 %).

Generell sind Ausbildungsberufe im dualen System⁵³, die zu 10 % oder mehr von Auszubildenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit besetzt sind, nur in geringem Maße zu finden. Von den Berufen mit mindestens 100 Auszubildenden gehörten 2012 (sortiert nach der Anzahl der Auszubildenden insgesamt)⁵⁴: Verkäufer/-in (11,1 %), Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r (15,1 %), Friseur/-in (16,2 %), Maschinen- und Anlagenführer/-in (11,7 %), Fahrzeuglackierer/-in (10,8 %), Fachmann/Fachfrau für Systemgastronomie (11,1 %), Fachkraft im Gastgewerbe (13,4 %), Pharmazeutisch-kaufmännische/-r Angestellte/-r (19,3 %), Kraftfahrzeugservicemechaniker/-in (10,3 %), Fertigungsmechaniker/-in (10,3 %), Fliesen-, Platten- und Mosaikleger/-in (10,4 %), Teilezurichter/-in (12,0 %), Verfahrensmechaniker/-in in der Hütten- und Halbzeugindustrie (10,4 %), Stuckateur/-in (14,9 %), Industrieelektriker/-in (11,2 %), Servicekraft für Schutz und Sicherheit (15,4 %), Tankwart/-in (11,4 %), Industrie-Isolierer/-in (15,5 %), Änderungsschneider/-in (19,1 %), Servicefahrer/-in (10,4 %) und Estrichleger/-in (14,0 %).

(Naomi Gericke, Nicole Lissek)

⁵³ Staatlich anerkannte Ausbildungsberufe oder Ausbildungsberufe in Erprobung (ohne Berufe für Menschen mit Behinderung).

⁵⁴ Ausbildungsberufe, Fachrichtungen, Zuständigkeitsbereiche und Vorgängerberufe ggf. zusammengefasst.

A4.2.2 Ausbildung im öffentlichen Dienst

Im öffentlichen Dienst werden nicht nur spezielle Berufe für den öffentlichen Dienst, sondern auch Berufe, die bei den Industrie- und Handels- oder Handwerkskammern eingetragen werden, und Berufe des Gesundheitswesens ausgebildet. In der Personalstandsstatistik des Statistischen Bundesamtes zählen darüber hinaus auch Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst, Anwärterinnen und Anwärter sowie Referendarinnen und Referendare zum Personal in Ausbildung.

Nach dieser erweiterten Abgrenzung befanden sich am Stichtag 30. Juni 2012 rund 206.900 Personen in einer Ausbildung im öffentlichen Dienst (Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit sowie rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform). 107.800 Personen absolvierten ihre Ausbildung in einem Beamtenverhältnis. 21.100 hatten einen Ausbildungsvertrag im Rahmen eines Hochschulstudiums oder im Anschluss an ein solches abgeschlossen, ohne in ein Beamtenverhältnis übernommen zu werden. Für die übrigen Ausbildungsberufe wurden 78.100 Auszubildende gemeldet. Dabei handelt es sich überwiegend um Ausbildungen nach dem BBiG sowie für Gesundheitsfachberufe. Bei den folgenden Ausführungen wird unter dem Begriff „Auszubildende“ nur der zuletzt genannte Personenkreis berücksichtigt **E**.

E Ausbildung im öffentlichen Dienst

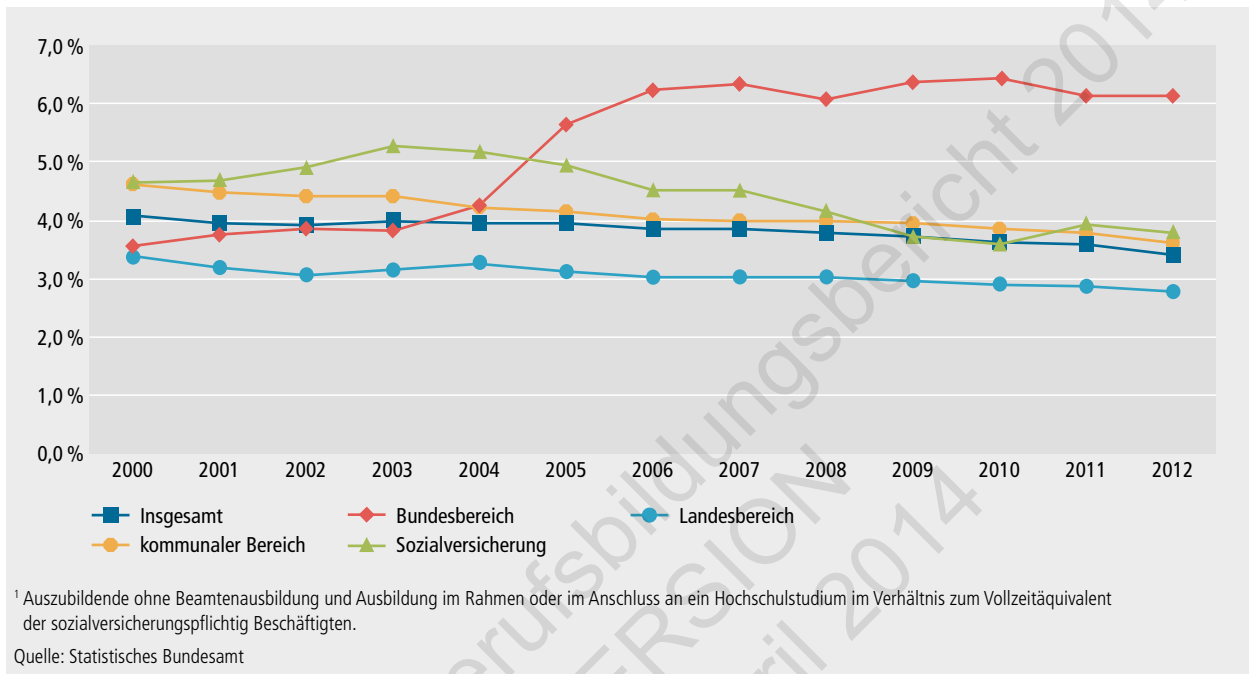
Die Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes ist nicht mit den gemeldeten Zählergebnissen nach Zuständigkeitsbereichen vergleichbar (vgl. Kapitel A4.2.1), da Ausbildungsverträge, die der öffentliche Dienst in Ausbildungsberufen von Industrie, Handel oder Handwerk abschließt, diesen Zuständigkeitsbereichen zugerechnet werden.

Hinsichtlich der Ausbildungsquoten ist zu berücksichtigen, dass aufgrund des Erhebungsstichtags der Personalstandsstatistik zum 30. Juni die Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes nur unvollständig wiedergegeben wird. Zu diesem Stichtag können bereits ganze Ausbildungs-

jahrgänge die Ausbildung beendet haben, während neue Ausbildungsjahrgänge erst zu einem späteren Zeitpunkt des Jahres die Ausbildung antreten. Aus der Statistik des Bundesministeriums des Innern zur Ausbildungsleistung des Bundes ergibt sich für den Stichtag 15. Oktober 2012 eine Ausbildungsquote von 7,5 %.

Setzt man die 78.100 Auszubildenden ins Verhältnis zum Vollzeitäquivalent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, erhält man zum Stichtag 30. Juni 2012 eine Ausbildungsquote von 3,4 %. Relativ viele Ausbildungsverhältnisse gab es im Bundesbereich mit einer Quote von 6,0 %. Im Landesbereich lag die Quote bei nur 2,7 %, im kommunalen Bereich bei 3,6 % und bei der Sozialversicherung bei 3,7 %.

Insgesamt ist die Ausbildungsquote im öffentlichen Dienst seit dem Jahr 2000 leicht gesunken → **Schaubild A4.2.2-1**. Dabei war die Entwicklung in den einzelnen Beschäftigungsbereichen unterschiedlich. Während bei den Ländern und bei den Kommunen ein leichter Rückgang zu verzeichnen war, hat die Ausbildungsinitiative beim Bund zu einem erheblichen Anstieg der Ausbildungsquote geführt. Seit 2000 hat sich die Quote hier nahezu verdoppelt. Bei der Sozialversicherung war die Quote in den Jahren 2004 bis 2010 rückläufig. Das lag vor allem an weniger Ausbildungsverhältnissen bei der Kranken- und Rentenversicherung sowie an der steigenden Zahl der Beschäftigten bei der Bundesagentur für Arbeit in diesem Zeitabschnitt. Der Rückgang im kommunalen Bereich ist nicht zuletzt auf die Ausgliederung kommunaler Krankenhäuser aus dem öffentlichen Dienst zurückzuführen, da diese einen relativ hohen Ausbildungsanteil aufweisen. Mitte 2012 befanden sich 14.600 Ausbildungsplätze des öffentlichen Dienstes in Krankenhäusern und Hochschulkliniken und Pflegeeinrichtungen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Krankenhäuser, die in privater Rechtsform z. B. als GmbH betrieben werden, nicht zum öffentlichen Dienst zählen, selbst wenn sie sich vollständig im Eigentum der öffentlichen Hand befinden. So gab es weitere 21.400 Auszubildende in privatrechtlichen Krankenhäusern, die mehrheitlich öffentlichen Arbeitgebern gehörten.

Schaubild A4.2.2-1: Entwicklung der Ausbildungsquoten¹ im öffentlichen Dienst

Mit einem Anteil von 61,4% waren weibliche Auszubildende im öffentlichen Dienst deutlich in der Mehrheit. Dieser Anteil ist seit dem Jahr 2006 nahezu konstant. Davor gab es einen leichten Rückgang, der ebenfalls teilweise auf die Ausgliederung von Krankenhäusern zurückzuführen ist. Im Jahr 2000 hatte der Frauenanteil noch bei 66,5% gelegen.

Mitte 2012 gab es in den neuen Ländern einschließlich Berlin 15.200 Ausbildungsplätze des öffentlichen Dienstes; 62.900 befanden sich im früheren Bundesgebiet. Damit ist die Ausbildungsplatzquote in den neuen Ländern mit nur 2,6% deutlich niedriger als in den alten Ländern, wo die Quote bei 3,7% lag.

(Alexandros Altis, Statistisches Bundesamt)

A4.3 Neuabschlüsse in der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember)

Die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder erfasst unter dem Begriff „neu abgeschlossene Ausbildungsverträge“ **E** (kurz: Neuabschlüsse) die Ausbildungsverhältnisse, bei denen der Vertrag im Kalenderjahr neu abgeschlossen wurde, die im Kalenderjahr auch angetreten wurden und die bis zum 31. Dezember nicht gelöst wurden. Somit unterscheidet sich der Neuabschlussbegriff im Rahmen der Berufsbildungsstatistik von dem Begriff der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge der BIBB-Erhebung zum 30. September nicht nur hinsichtlich des Zeitbezugs, sondern auch darin, dass bei der Berufsbildungsstatistik nicht nach dem Vertragsabschlussdatum, sondern nach dem Antritt der Ausbildung gezählt wird. Mit der Revision der Berufsbildungsstatistik durch das Berufsbildungsreformgesetz (BerBiRefG) wurden neben der Umstellung auf eine Individualdatenerfassung ab 2007 auch zusätzliche Merkmale eingeführt **E**. Im Folgenden wird zum einen eine Übersicht über die Neuabschlüsse 2012 nach ausgewählten neuen Merkmalen gegeben, und zum anderen werden Ausbildungsanfänger/-innen von anderen Arten von Neuabschlüssen abgegrenzt. Denn Neuabschlüsse sind nicht mit Ausbildungsanfängern und -anfängerinnen gleichzusetzen⁵⁵; auch bei Betriebs- oder Berufswechsel, bei Anschlussverträgen oder bei Mehrfachausbildungen werden Ausbildungsverträge neu abgeschlossen und neue Ausbildungsverhältnisse angetreten.

E Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (kurz: Neuabschlüsse)

Neuabschlüsse sind im Rahmen der Berufsbildungsstatistik definiert als die in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder Handwerksordnung (HwO) eingetragenen Berufsausbildungsverträge, die im jeweiligen Kalenderjahr begonnen haben und die am 31. Dezember noch bestehen (Definition bis 2006)

bzw. die bis zum 31. Dezember nicht gelöst wurden (Definition seit 2007); dabei werden nur solche Ausbildungsverhältnisse erfasst, die auch angetreten wurden.

Die Definition der Neuabschlüsse im Rahmen der Berufsbildungsstatistik und der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September stimmen aufgrund konzeptioneller Unterschiede beider Erhebungen nicht überein; siehe zum Vergleich beider Erhebungen Uhly u. a. 2009. Zudem ist zu beachten, dass Neuabschlüsse nicht mit Ausbildungsanfängern und -anfängerinnen gleichzusetzen sind.

Bevor die verschiedenen Arten von Neuabschlüssen **E** betrachtet werden, werden die Neuabschlusszahlen nach Zuständigkeitsbereichen und im Vorjahresvergleich, wie sie sich im Rahmen der Berufsbildungsstatistik zeigen, skizziert. Die aktuelle Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt wird nicht auf Basis der Berufsbildungsstatistik, sondern anhand der Neuabschlusszahlen der BIBB-Erhebung zum 30. September 2013 in **Kapitel A1.1** dargestellt.

Im Berichtsjahr 2012 wurden insgesamt 549.003⁵⁶ Ausbildungsverträge neu angetreten und bis zum 31. Dezember 2012 nicht wieder gelöst. Die Zahl der Neuabschlüsse ist damit gegenüber dem Vorjahr (565.824) um knapp 3 % zurückgegangen → **Tabelle A4.3-1**. In den ostdeutschen Ländern – mit Ausnahme von Berlin – sind im Vorjahresvergleich Rückgänge von ca. 6 % bis 9 % zu verzeichnen. In den meisten westdeutschen Ländern hat sich die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um maximal 3 % verringert; mit 5 % fällt nur der Rückgang in Niedersachsen etwas stärker aus, wo im Vorjahr jedoch größere Zuwachsraten zu beobachten waren.

55 Hierbei handelt es sich um einen altbekannten Sachverhalt (vgl. z. B. Uhly 2006; Althoff 1984), dennoch werden die Neuabschlüsse immer wieder als Indikator für Ausbildungsanfänger/-innen verwendet.

56 Alle Zahlen der Berufsbildungsstatistik sind aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Tabelle A4.3-1: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen¹ sowie Ländern 2011 und 2012**

Land	Neuabschlüsse insgesamt		Industrie und Handel		Handwerk ²		Öffentlicher Dienst		Landwirtschaft		Freie Berufe		Hauswirtschaft	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012
Baden-Württemberg	78.945	77.466	48.417	47.883	21.069	20.052	1.839	1.971	1.491	1.545	5.601	5.541	528	477
Bayern	98.370	95.715	58.077	57.069	28.509	27.054	1.422	1.410	2.133	2.070	7.818	7.779	405	333
Berlin	17.922	17.853	10.779	10.908	4.458	4.233	624	630	249	264	1.680	1.704	135	114
Brandenburg	12.123	11.340	7.887	7.125	2.712	2.712	384	351	483	468	549	579	111	105
Bremen	6.072	5.967	4.125	4.068	1.239	1.167	129	120	48	60	468	495	60	54
Hamburg	13.713	13.425	9.933	9.516	2.508	2.523	132	132	141	138	966	1.065	30	57
Hessen	40.611	39.726	25.395	24.786	10.461	10.254	1.179	1.050	708	693	2.868	2.943	–	–
Mecklenburg-Vorpommern	8.886	8.289	5.664	5.331	1.977	1.860	276	249	390	372	456	402	120	78
Niedersachsen	61.176	58.365	34.116	32.271	18.630	17.844	1.347	1.224	2.067	2.061	4.596	4.632	420	333
Nordrhein-Westfalen ²	126.501	124.008	78.063	76.482	32.994	32.019	2.505	2.475	2.550	2.388	9.780	10.026	609	618
Rheinland-Pfalz	28.827	28.008	16.428	15.999	8.775	8.388	576	558	693	687	2.103	2.172	255	201
Saarland	7.692	7.575	4.368	4.341	2.370	2.349	90	114	210	168	588	543	66	57
Sachsen	20.115	18.516	12.987	11.898	4.668	4.287	588	591	762	723	927	873	183	147
Sachsen-Anhalt	12.411	11.535	7.869	7.356	3.090	2.793	354	345	459	447	495	477	147	120
Schleswig-Holstein	20.880	20.280	11.301	11.055	6.633	6.474	462	318	801	777	1.680	1.656	–	–
Thüringen	11.577	10.932	7.500	7.095	2.745	2.586	285	249	411	414	456	435	177	156
Bundesgebiet insgesamt	565.824	549.003	342.912	333.183	152.838	146.592	12.195	11.787	13.602	13.275	41.031	41.319	3.246	2.847

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. **E** in Kapitel A1.2). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet. Für die Länder Hessen und Schleswig-Holstein meldet der Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel die Hauswirtschaftsberufe.

² Aufgrund eines Meldefehlers im Bereich Handwerk in Nordrhein-Westfalen hinsichtlich der vorzeitigen Vertragslösungen ist auch die Zahl der Neuabschlüsse hier überschätzt (vermutlich um ca. 400 Verträge); ein Teil der gelösten Verträge, bei denen die Lösung nicht gemeldet war (1.197 Verträge), hatten den Vertragsbeginn in 2012 und wurden aufgrund der fehlenden Vertragslösungsmeldung fälschlicherweise als Neuabschluss gezählt. Da nur bekannt ist, bei wie vielen Verträgen die Lösungsangabe fehlt, nicht jedoch bei welchen der Verträge der Individualstatistik, kann keine genauere Angabe gemacht werden.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2011 und 2012, Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

E Neue Merkmale der Berufsbildungsstatistik

Folgende neue Merkmale werden seit dem Berichtsjahr 2007 im Rahmen der Berufsbildungsstatistik erfasst:

- Teilzeitberufsausbildungsverhältnisse
- Finanzierungsart (überwiegend öffentliche vs. betriebliche Finanzierung)
- vorherige Berufsausbildung der Auszubildenden
- Anschlussverträge (werden aus den erhobenen Angaben zur vorherigen Berufsausbildung sowie zu Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages ermittelt)
- Monat und Jahr ausbildungsrelevanter Ereignisse (Beginn, Lösung, Prüfung, Ende)

- Abkürzung des Ausbildungsvertrages (als Variable gemeldet; kann aber auch aus dem Vergleich der nach Ausbildungsordnung vorgesehenen Dauer und den Variablen zu dem vereinbarten Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages berechnet werden)
- Wirtschaftszweig der Ausbildungsstätte^{*57}

57 In diesem Kapitel werden die mit * gekennzeichneten Merkmale aus verschiedenen Gründen nicht dargestellt: Analysen differenziert nach Wirtschaftszweigen können aufgrund der fehlenden Angaben aus dem Handwerk noch nicht erfolgen. Auf tiefer gegliederte Regionalanalysen wird bei deskriptiven Analysen verzichtet (bei multivariaten Modellen werden Regionalvariablen aufgenommen). Die neuen bzw. modifizierten Merkmale zum allgemeinbildenden Schulabschluss sowie zur Berufsvorbereitung und Grundbildung der Auszubildenden (vor 2007 beides zusammen erfasst mit der schulischen Vorbildung) werden in **Kapitel A4.6.1 und A4.6.2** behandelt. Auf Befunde zur Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst wird in **Kapitel A4.2.1** eingegangen (vgl. auch **Kapitel A4.2.2**).

- Ort der Ausbildungsstätte*
- Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst* (vgl. **Kapitel A4.2.1**)
- höchster allgemeinbildender Schulabschluss* (vgl. **Kapitel A4.6.2**)
- Maßnahmen der Berufsvorbereitung oder beruflichen Grundbildung* (vgl. **Kapitel A4.6.1**)

Der allgemeinbildende Schulabschluss sowie vorherige Maßnahmen der Berufsvorbereitung und -grundbildung sind nicht gänzlich neue Merkmale der Berufsbildungsstatistik, sie stellen eine Modifikation und Erweiterung der früheren Erfassung der schulischen Vorbildung der Jugendlichen mit Neuabschluss dar.

Umsetzungsprobleme der Datenmeldungen nach der Revision der Berufsbildungsstatistik konnten im Berichtsjahr 2011 weiter reduziert werden. Allerdings ist die Wirtschaftszweigzugehörigkeit der Ausbildungsstätte noch nicht auswertbar, da für den Zuständigkeitsbereich Handwerk Angaben überwiegend fehlen. Außerdem gibt es weiterhin Hinweise darauf, dass folgende Merkmale noch untererfasst sind: vorherige Berufsausbildung, vorherige Teilnahme an beruflicher Grundbildung oder Berufsvorbereitung, Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst (vgl. www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berichtsjahre.pdf).

Siehe hierzu auch die Datenblätter im BIBB-Online-Datensystem DAZUBI, in dem die Daten zu einzelnen Ausbildungsberufen und Ländern abgerufen werden können: www.bibb.de/dazubi.

→ **Tabelle A4.3-2** stellt für ausgewählte neue Merkmale die Zahl und den Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2012 nach Zuständigkeitsbereichen und Ländern dar.⁵⁸

Überwiegend öffentlich finanzierte Berufsausbildungsverhältnisse

Überwiegend öffentliche Finanzierung von Berufsausbildungsverhältnissen wird im Rahmen der Berufsbildungsstatistik analog zur BIBB-Erhebung

über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September definiert (vgl. **Kapitel A1**). Überwiegend öffentlich finanzierte Berufsausbildungsverhältnisse dienen der Versorgung von Jugendlichen mit Marktbenachteiligung (wegen Lehrstellenmangels kann kein Ausbildungsplatz gefunden werden), mit sozialen Benachteiligungen, mit Lernschwäche sowie mit Behinderung. Im Rahmen der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der BIBB-Erhebung über die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gelten solche Auszubildenden, bei denen die öffentliche Förderung mehr als 50 % der Gesamtkosten im ersten Jahr der Ausbildung beträgt, als überwiegend öffentlich finanziert.⁵⁹ Etwaige Erträge durch die Mitarbeit der Auszubildenden bleiben dabei unberücksichtigt. Von allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wurden für das Berichtsjahr 2012 im Rahmen der Berufsbildungsstatistik 5,1 % als überwiegend öffentlich finanziert gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr (5,7 %) ist dieser Anteil somit nochmals zurückgegangen. Er variiert deutlich nach Bundesländern: In Ostdeutschland liegt der Anteil zwischen ca. 10 % und 13 % und fällt somit höher aus als in Westdeutschland, wo eine überwiegend öffentliche Finanzierung für maximal 6,7 % der Neuabschlüsse (zum Teil auch deutlich geringer) gemeldet wurde. Zur Analyse der überwiegend öffentlichen Finanzierung von Auszubildenden im Zusammenhang mit der Ausbildungsmarktbilanz 2013 auf Basis der BIBB-Erhebung zum 30. September vgl. **Kapitel A1**.

In Ausbildungsberufen des Zuständigkeitsbereichs der Hauswirtschaft machen überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverträge im Berichtsjahr 2012 bundesweit 63,2 % aller Neuabschlüsse aus; in den Landwirtschaftsberufen sind es 9,5 %, im Handwerk 7,7 % und im Bereich Industrie und Handel 4,1 %. In Berufen der Zuständigkeitsbereiche freie Berufe und öffentlicher Dienst sind lediglich 0,2 % bzw. 0,4 % als überwiegend öffentlich finanziert gemeldet.

58 → **Tabelle A4.3-1** enthält ausschließlich Daten zu unmittelbar gemeldeten Variablen. Neue Merkmale der Berufsbildungsstatistik, die aus den Meldungen zu verschiedenen Variablen ermittelt werden, werden in → **Tabelle A4.3-2** dargestellt.

59 Dabei zählen zu den Gesamtkosten die Auszubildendenvergütung, aber auch alle weiteren im Zusammenhang mit der Ausbildung anfallenden Personal- und Sachkosten sowie Gebühren.

Tabelle A4.3-2: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen¹ und Ländern (absolut und in % der Neuabschlüsse)² 2012 (Teil 1)

Land	Neuabschlüsse mit jeweiligem Merkmal insgesamt		Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft
	absolut	in %						
Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverträge								
Baden-Württemberg	2.418	3,1	2,9	3,7	0,0	1,0	0,3	58,5
Bayern	2.598	2,7	1,8	4,8	0,0	4,9	0,1	55,0
Berlin	2.295	12,9	12,5	17,5	0,0	36,4	0,0	84,2
Brandenburg	1.308	11,5	12,7	8,2	0,0	16,0	0,0	100,0
Bremen	402	6,7	5,5	9,8	0,0	45,0	1,2	61,1
Hamburg	783	5,8	4,0	12,6	0,0	26,1	0,3	84,2
Hessen	2.187	5,5	4,9	8,4	0,3	12,6	0,7	
Mecklenburg-Vorpommern	975	11,8	13,3	10,3	1,2	0,8	1,5	73,1
Niedersachsen	1.845	3,2	2,3	4,2	0,0	7,1	0,4	60,4
Nordrhein-Westfalen	6.018	4,9	2,1	12,5	0,2	7,0	0,1	35,9
Rheinland-Pfalz	1.431	5,1	4,4	6,0	1,1	11,4	0,3	65,7
Saarland	492	6,5	5,5	6,3	0,0	37,5	0,0	78,9
Sachsen	1.866	10,1	11,2	6,0	0,0	19,1	0,3	93,9
Sachsen-Anhalt	1.437	12,5	9,8	17,5	0,0	23,5	0,6	97,5
Schleswig-Holstein	858	4,2	4,0	5,5	0,0	7,3	0,2	
Thüringen	1.065	9,7	8,5	8,9	7,2	16,7	0,0	92,3
Bundesgebiet insgesamt	27.978	5,1	4,1	7,7	0,4	9,5	0,2	63,2
Teilzeitberufsausbildung								
Baden-Württemberg	141	0,2	0,2	0,0	0,9	0,2	0,7	1,3
Bayern	144	0,2	0,2	0,0	0,2	0,1	0,4	0,0
Berlin	114	0,6	0,5	0,4	1,0	12,5	0,0	2,6
Brandenburg	9	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5	0,0
Bremen	42	0,7	0,7	0,3	2,5	0,0	1,2	5,6
Hamburg	69	0,5	0,4	1,0	0,0	0,0	0,8	0,0
Hessen	174	0,4	0,4	0,0	0,3	0,0	2,2	
Mecklenburg-Vorpommern	33	0,4	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Niedersachsen	129	0,2	0,3	0,1	0,0	0,0	0,4	0,0
Nordrhein-Westfalen	234	0,2	0,2	0,0	1,3	0,0	0,4	0,0
Rheinland-Pfalz	27	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,3	0,0
Saarland	54	0,7	0,6	0,0	0,0	0,0	3,9	10,5
Sachsen	12	0,1	0,0	0,0	0,5	0,0	0,3	0,0
Sachsen-Anhalt	3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Schleswig-Holstein	147	0,7	0,8	0,6	1,9	0,0	0,5	
Thüringen	12	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Bundesgebiet insgesamt	1.344	0,2	0,3	0,1	0,7	0,3	0,6	0,7
Neuabschlüsse mit mindestens 6 Monaten Abkürzung – ohne Anschlussverträge²								
Baden-Württemberg	21.687	28,0	22,9	48,6	0,2	36,5	6,9	10,1
Bayern	23.130	24,2	25,0	24,7	7,0	50,6	12,1	26,1
Berlin	3.288	18,4	21,5	16,2	0,5	11,4	12,5	7,9
Brandenburg	1.326	11,7	11,7	15,2	0,0	13,5	2,6	5,7
Bremen	996	16,7	19,5	14,1	0,0	0,0	6,1	11,1
Hamburg	3.267	24,3	26,7	19,7	25,0	13,0	16,3	10,5
Hessen	7.974	20,1	22,1	20,4	7,1	24,2	5,4	
Mecklenburg-Vorpommern	1.101	13,3	14,1	12,3	0,0	26,6	3,0	15,4
Niedersachsen	12.648	21,7	20,8	26,7	0,2	43,8	3,7	27,0
Nordrhein-Westfalen	23.040	18,6	21,7	16,4	9,2	15,7	5,5	4,4
Rheinland-Pfalz	5.331	19,0	20,9	20,1	0,5	23,6	6,2	0,0
Saarland	1.614	21,3	25,2	19,0	0,0	12,5	9,4	5,3
Sachsen	2.148	11,6	11,6	13,9	1,0	16,2	2,7	10,2
Sachsen-Anhalt	1.077	9,3	11,2	6,0	0,0	16,1	2,5	2,5
Schleswig-Holstein	3.282	16,2	16,8	17,7	0,9	24,3	5,4	
Thüringen	1.560	14,3	15,8	12,5	9,6	14,5	4,1	9,6
Bundesgebiet insgesamt	113.466	20,7	21,3	23,8	4,1	29,3	7,2	11,5

Tabelle A4.3-2: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen¹ und Ländern (absolut und in % der Neuabschlüsse)² 2012 (Teil 2)

Land	Neuabschlüsse mit jeweiligem Merkmal insgesamt		Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft
	absolut	in %						
Neuabschlüsse mit vorheriger Berufsausbildung								
Baden-Württemberg	8.715	11,3	11,2	13,9	2,7	7,4	5,7	14,5
Bayern	12.171	12,7	9,8	19,9	2,3	20,3	9,4	3,6
Berlin	3.291	18,4	15,1	29,6	15,2	10,2	15,5	7,9
Brandenburg	2.778	24,5	26,4	26,1	13,7	14,7	11,9	8,6
Bremen	663	11,1	9,1	21,6	12,5	5,0	1,8	16,7
Hamburg	1.101	8,2	6,9	17,0	4,5	2,2	0,8	0,0
Hessen	4.176	10,5	7,5	19,7	7,1	5,6	6,0	–
Mecklenburg-Vorpommern	1.602	19,3	16,5	25,8	16,9	23,4	26,1	15,4
Niedersachsen	5.325	9,1	7,1	14,5	8,3	0,0	7,1	0,0
Nordrhein-Westfalen	12.831	10,3	8,4	17,8	5,2	5,2	4,1	2,9
Rheinland-Pfalz	2.862	10,2	5,6	21,6	2,2	13,5	2,5	0,0
Saarland	783	10,3	3,4	23,9	10,5	5,4	8,8	10,5
Sachsen	4.035	21,8	22,8	23,0	3,0	22,4	14,1	18,4
Sachsen-Anhalt	990	8,6	5,2	14,8	16,5	12,1	13,8	10,0
Schleswig-Holstein	2.235	11,0	4,7	22,1	1,9	12,4	11,2	–
Thüringen	1.704	15,6	12,4	24,8	12,0	20,3	9,0	17,3
Bundesgebiet insgesamt	65.259	11,9	9,8	18,7	6,2	10,4	7,1	7,3
Neuabschlüsse mit vorheriger nicht erfolgreich absolvierter dualer Berufsausbildung								
Baden-Württemberg	4.572	5,9	4,7	10,6	0,2	2,5	2,3	8,2
Bayern	6.669	7,0	4,7	14,2	0,6	0,0	1,3	0,0
Berlin	2.004	11,2	7,3	24,4	1,9	10,2	7,7	7,9
Brandenburg	1.440	12,7	12,3	17,9	0,9	9,0	4,7	8,6
Bremen	393	6,6	4,3	17,5	2,5	5,0	0,6	11,1
Hamburg	690	5,1	3,8	12,7	2,3	0,0	0,3	0,0
Hessen	2.805	7,1	4,6	15,4	1,1	0,4	2,7	–
Mecklenburg-Vorpommern	948	11,4	9,1	19,2	1,2	14,5	9,0	15,4
Niedersachsen	2.904	5,0	2,5	10,9	2,2	0,0	2,9	0,0
Nordrhein-Westfalen	7.683	6,2	4,0	13,8	1,1	0,5	1,4	1,9
Rheinland-Pfalz	1.884	6,7	2,2	17,8	0,0	2,6	1,2	0,0
Saarland	564	7,4	1,2	20,4	0,0	3,6	4,4	10,5
Sachsen	2.346	12,7	13,2	14,6	0,5	15,4	1,7	16,3
Sachsen-Anhalt	510	4,4	2,2	10,2	0,9	8,7	1,9	10,0
Schleswig-Holstein	1.557	7,7	3,0	16,2	0,0	5,8	7,6	–
Thüringen	876	8,0	9,0	5,3	3,6	13,8	2,8	13,5
Bundesgebiet insgesamt	37.848	6,9	4,7	13,9	1,0	3,4	2,4	5,2
Neuabschlüsse mit vorheriger erfolgreich absolvierter dualer Berufsausbildung								
Baden-Württemberg	3.771	4,9	6,1	3,0	2,4	4,3	2,1	5,7
Bayern	5.313	5,6	5,4	5,1	1,5	10,7	7,5	1,8
Berlin	1.197	6,7	7,7	4,5	12,4	0,0	5,5	0,0
Brandenburg	1.770	15,6	20,8	7,0	11,1	5,1	5,7	0,0
Bremen	258	4,3	4,7	4,1	10,0	5,0	0,6	0,0
Hamburg	351	2,6	2,6	3,7	2,3	2,2	0,6	0,0
Hessen	1.275	3,2	3,0	4,1	2,3	5,2	1,6	–
Mecklenburg-Vorpommern	840	10,1	11,1	6,8	14,5	8,1	14,2	0,0
Niedersachsen	2.268	3,9	4,6	3,3	4,9	0,0	2,8	0,0
Nordrhein-Westfalen	4.899	4,0	4,4	3,7	2,8	4,6	1,6	1,0
Rheinland-Pfalz	870	3,1	3,1	3,5	1,6	8,3	0,7	0,0
Saarland	264	3,5	3,4	3,7	7,9	1,8	3,9	0,0
Sachsen	1.389	7,5	7,9	6,8	2,0	6,2	11,0	2,0
Sachsen-Anhalt	573	5,0	5,1	3,5	13,0	2,0	10,1	0,0
Schleswig-Holstein	675	3,3	1,8	5,9	0,9	6,6	2,7	–
Thüringen	777	7,1	3,3	18,2	8,4	5,1	6,2	3,8
Bundesgebiet insgesamt	26.484	4,8	5,2	4,4	4,1	5,1	3,6	1,8

Tabelle A4.3-2: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen¹ und Ländern (absolut und in % der Neuabschlüsse)² 2012 (Teil 3)**

Land	Neuabschlüsse mit jeweiligem Merkmal insgesamt		Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft
	absolut	in %						
Neuabschlüsse mit vorheriger schulischer Berufsausbildung								
Baden-Württemberg	879	1,1	1,4	0,5	0,2	0,6	1,7	0,6
Bayern	1.326	1,4	1,5	0,8	0,4	9,7	0,6	0,9
Berlin	123	0,7	0,3	0,7	3,3	0,0	2,3	0,0
Brandenburg	360	3,2	4,3	1,4	1,7	0,6	2,1	0,0
Bremen	21	0,4	0,2	0,8	0,0	0,0	0,6	0,0
Hamburg	81	0,6	0,6	1,1	0,0	0,0	0,3	0,0
Hessen	252	0,6	0,5	0,3	3,7	0,0	1,7	–
Mecklenburg-Vorpommern	39	0,5	0,3	0,2	1,2	0,8	3,0	0,0
Niedersachsen	213	0,4	0,1	0,5	1,2	0,0	1,6	0,0
Nordrhein-Westfalen	459	0,4	0,2	0,4	1,6	0,0	1,2	0,0
Rheinland-Pfalz	159	0,6	0,5	0,5	0,5	2,2	0,6	0,0
Saarland	90	1,2	1,7	0,4	5,3	0,0	0,6	0,0
Sachsen	417	2,3	2,6	2,0	0,5	0,8	1,4	0,0
Sachsen-Anhalt	72	0,6	0,2	1,2	2,6	1,3	1,9	0,0
Schleswig-Holstein	54	0,3	0,1	0,4	0,9	0,4	1,1	–
Thüringen	57	0,5	0,1	1,4	1,2	2,2	0,0	0,0
Bundesgebiet insgesamt	4.602	0,8	0,8	0,6	1,3	1,9	1,2	0,3

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. **E** in Kapitel A1.2). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

² Da Anschlussverträge keine Abkürzung im Sinne der §§ 7 und 8 BBiG darstellen, ohne Berücksichtigung der Anschlussverträge. Insbesondere im Bereich Industrie und Handel weichen die Meldungen zur Abkürzung bei den beiden Erhebungen „Berufsbildungsstatistik“ und „BIBB-Erhebung über die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30. September“ deutlich voneinander ab. Es kann davon ausgegangen werden, dass sie bei der BIBB-Erhebung zum 30. September untererfasst sind.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Auf Basis der Individualdaten der Berufsbildungsstatistik können darüber hinausgehende Analysen durchgeführt werden, wie z. B. die Differenzierung der Neuabschlüsse mit überwiegend öffentlicher Finanzierung und Personenmerkmalen der Auszubildenden; zu differenzierten Ergebnissen siehe BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.3.

Teilzeitberufsausbildung

Die Möglichkeit der Teilzeitberufsausbildung wurde 2005 im Berufsbildungsgesetz verankert. Teilzeitausbildungsverhältnisse sind Berufsausbildungsverhältnisse mit einer Verkürzung der täglichen oder wöchentlichen Ausbildungszeit nach § 8 Absatz 1 Satz 2 BBiG. Sie machen bislang einen sehr geringen Anteil aller Neuabschlüsse aus. Für das Berichtsjahr 2012 wurden – wie auch in den Vorjahren – nur 0,2 % aller Neuabschlüsse bzw. 1.344 Neuabschlüsse als Teilzeitberufsausbildungsverhältnisse gemeldet; in keinem Bundesland ist dieser Anteil größer als 0,7 %.

Der Teilzeitanteil ist bei den weiblichen Auszubildenden (ca. 0,6 %), die häufiger innerfamiliäre Tätigkeiten übernehmen, höher als bei den männlichen. Von den männlichen Auszubildenden wurden nur sehr wenige mit einem Teilzeitausbildungsverhältnis gemeldet (0,03 % bzw. 90 Neuabschlüsse). Zur weiteren Charakterisierung der Teilzeitberufsausbildung auf Basis der Berufsbildungsstatistik siehe Gericke/Lissek 2013.

Neuabschlüsse mit einer Verkürzung der Ausbildungsdauer von mindestens 6 Monaten

Die reguläre Ausbildungsdauer (die gemäß der Ausbildungsordnung vorgesehene Dauer) und die tatsächliche Ausbildungszeit können aus verschiedenen Gründen voneinander abweichen. Mit der Variablen „Abkürzung der Ausbildungsdauer“ erhebt die Berufsbildungsstatistik solche Verkürzungen der Ausbildungsdauer, die gemäß § 8 oder § 7 BBiG

vereinbart und im Ausbildungsvertrag festgehalten werden. Auszubildende und Ausbildungsbetriebe können solche Abkürzungen gemeinsam beantragen, wenn ein nach Rechtsverordnung von den jeweiligen Landesregierungen anrechnungsfähiger Bildungsgang einer „berufsbildenden Schule oder die Berufsausbildung in einer sonstigen Einrichtung ganz oder teilweise auf die Ausbildungszeit angerechnet“ (§ 7 BBiG) werden soll oder wenn „zu erwarten ist, dass das Ausbildungsziel in der gekürzten Zeit erreicht wird“⁶⁰ (§ 8 BBiG). Nicht gemeint sind kürzere Ausbildungszeiten aufgrund vorzeitiger Prüfungszulassung und sogenannte Anschlussverträge, bei denen wegen einer vorausgegangenen zweijährigen Berufsausbildung, die gemäß Ausbildungsordnung anzurechnen ist, eine kürzere Ausbildungsdauer bei Vertragsabschluss vereinbart wurde.

Auf Basis der Berufsbildungsstatistik lässt sich die Verkürzung des Ausbildungsvertrages zum einen direkt aus der Variablen Verkürzung ermitteln, zum anderen auch indirekt über Berufsinformationen und die Meldungen zum vereinbarten Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages.⁶¹ → **Tabelle A4.3-2** enthält die Werte auf Basis der unmittelbaren Meldungen zur Abkürzung der Ausbildungsdauer.

Von allen Neuabschlüssen werden im Rahmen der Berufsbildungsstatistik 20,7 % mit einer Verkürzung von mindestens 6 Monaten gemeldet. Ein überdurchschnittlich hoher Anteil verkürzter Ausbildungsverträge (28,0 %) wird aus Baden-Württemberg sowie mit jeweils ca. 24 % aus Hamburg und Bayern gemeldet. Insgesamt sind diese Verkürzungen überproportional häufig im Zuständigkeitsbereich Landwirtschaft (29,3 %) zu verzeichnen; leicht überproportional fallen sie auch im Handwerk (23,8 %) aus. In den anderen Zuständigkeitsbereichen fallen sie nur in einzelnen Ländern höher aus.

60 Siehe hierzu die „Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung zur Abkürzung und Verlängerung der Ausbildungszeit/zur Teilzeitausbildung“ vom 27. Juni 2008.

61 Die Verkürzung kann auch auf Basis des Vergleichs von der nach Ausbildungsordnung vorgesehenen Dauer und der vereinbarten Dauer des Ausbildungsvertrages (errechnet aus den Meldungen zum vereinbarten Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages) ermittelt werden. Die gemeldete Variable der Abkürzung wurde erstmals im BIBB-Datenreport 2012, Tabelle A4.3-2 ausgewiesen.

Neuabschlüsse mit vorheriger Berufsausbildung

Neben der Teilnahme an vorheriger beruflicher Grundbildung oder Berufsvorbereitung (vgl. **Kapitel A4.6.1**) kann eine vorherige Berufsausbildung ein weiterer Grund für kürzere Ausbildungsverträge sein → **Tabelle A4.3-2**. Die Berufsbildungsstatistik unterscheidet 3 Ausprägungen einer vorherigen Berufsausbildung: eine vorherige duale Berufsausbildung, die erfolgreich abgeschlossen wurde, eine vorherige duale Berufsausbildung, die nicht abgeschlossen wurde, und eine erfolgreich abgeschlossene schulische Berufsausbildung. Insgesamt wurde für 11,9 % der Neuabschlüsse mindestens eine Art dieser Vorbildung gemeldet (Mehrfachnennungen sind möglich)⁶². Hierbei handelt es sich mehrheitlich um eine vorherige duale Berufsausbildung, und zwar sowohl zuvor nicht erfolgreich absolvierte (6,9 % bzw. 37.848) als auch erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildungen im dualen System (4,8 % bzw. 26.484); für vergleichsweise wenige Auszubildende mit Neuabschluss (0,8 % bzw. 4.602) wurde eine vorherige abgeschlossene schulische Berufsausbildung⁶³ gemeldet.

Hinsichtlich der vorherigen Berufsausbildung zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Ländern sowie den Zuständigkeitsbereichen. Überdurchschnittlich hohe Anteile von Neuabschlüssen mit einer vorherigen Berufsausbildung wurden für das Handwerk gemeldet (Bundesdurchschnitt 18,7 %). Höhere Anteile gab es in Ostdeutschland mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt auch im Bereich Industrie und Handel (12,4 % bis 26,4 %; Bundesdurchschnitt 9,8 %). Vergleichsweise hoch fallen sie in Ostdeutschland auch in den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes aus (12,0 % bis 16,9 %; Bundesdurchschnitt 6,2 %). Auch in den Ausbildungsberufen der Landwirtschaft und der Hauswirtschaft findet man in mehreren Ländern höhere Anteile an Neuabschlüssen, bei denen eine vorherige Berufsausbildung gemeldet wurde.

62 Insgesamt liegen hier nur bei 0,6 % der Neuabschlüsse Mehrfachnennungen vor.

63 Unter diejenigen mit vorheriger schulischer Berufsausbildung fallen nicht die „Externenprüfungen“ (nach § 43 Absatz 2 oder § 45 Absatz 2 und 3 BBiG), denn diese werden nicht mit den Auszubildendendaten, sondern als eine Gruppe der sonstigen Prüfungen erhoben.

Insgesamt sind für höhere Anteile von Neuabschlüssen mit vorheriger Berufsausbildung vor allem vorherige nicht erfolgreich beendete duale Berufsausbildungen ausschlaggebend. Der Anteil an Neuabschlüssen, die mit einer vorherigen erfolgreich absolvierten dualen Berufsausbildung gemeldet wurden, fällt insgesamt lediglich in Brandenburg (15,6 %) und Mecklenburg-Vorpommern (10,1 %) relativ hoch aus. Höhere Werte zeigen sich darüber hinaus in mehreren Ländern in den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes und in wenigen Ländern auch in anderen Bereichen. Hinsichtlich einer vorherigen absolvierten schulischen Berufsausbildung ergibt sich lediglich für die dualen Ausbildungsberufe der Landwirtschaft Bayerns (9,7 %) ein relativ hoher Anteil.

Es liegen jedoch Hinweise vor, dass die vorherige Berufsausbildung immer noch untererfasst ist. Die Auswertung der Individualdaten hat ergeben, dass bei 9,4 % der Neuabschlüsse eine Verkürzung⁶⁴ von mindestens 11 Monaten vorliegt, obwohl keine vorherige Berufsausbildung gemeldet wurde. Selbst wenn man das Alter, den Schulabschluss und die berufliche Grundbildung als weitere potenzielle Abkürzungsgründe kontrolliert, bleiben ca. 3 % ungeklärte Verkürzungen.

Die Variablen vorherige Berufsausbildungen, Abkürzungen des Ausbildungsvertrages bzw. die Erhebung der vereinbarten Dauer der Ausbildungsverträge wurden u. a. deshalb in die Berufsbildungsstatistik aufgenommen, um Erstanfänger und Erstanfängerinnen einer dualen Berufsausbildung (kurz: Ausbildungsanfänger/-innen bzw. Anfänger/-innen) von anderen Arten von Neuabschlüssen abgrenzen zu können. Da von einer Untererfassung vorheriger Berufsausbildungen ausgegangen wird, reicht es zur Abgrenzung der Anfänger/-innen sowie anderer Arten von Neuabschlüssen nicht aus, die vorherige Berufsausbildung zu berücksichtigen; es müssen zusätzlich Angaben zur vertraglich vereinbarten Ausbildungsdauer herangezogen werden.⁶⁵

64 Sie wurde ermittelt aus dem Vergleich der nach Ausbildungsordnung vorgesehenen Dauer und dem vertraglich vereinbarten Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages.

65 Für die Abkürzung wird nicht die gemeldete Abkürzung verwendet, sondern die aus den Meldungen zum vereinbarten Vertragsbeginn und -ende berechnete Verkürzung herangezogen.

Ausbildungsanfänger/-innen und andere Arten von Neuabschlüssen

Nicht alle neuen Ausbildungsverträge werden von Ausbildungsanfängern und -anfängerinnen abgeschlossen **E**. Der Neuabschluss stellt ein vertragsbezogenes Merkmal dar, das auch dann vorliegt, wenn:

- ein Ausbildungsvertrag vorzeitig gelöst wird und ein neuer Ausbildungsvertrag in einem anderen Beruf (Berufswechsel innerhalb des dualen Systems) und/oder mit einem anderen Ausbildungsbetrieb (Ausbildungsbetriebswechsler innerhalb des dualen Systems) abgeschlossen wird;
- eine vorherige zweijährige Berufsausbildung in einem „Fortführungsberuf“ fortgeführt wird (Anschlussverträge innerhalb des dualen Systems).

Außerdem kann nach erfolgreichem Abschluss einer dualen Berufsausbildung erneut ein Ausbildungsvertrag in einem Beruf des dualen Systems abgeschlossen werden, der keinen Anschlussvertrag darstellt (Mehrfachausbildungen innerhalb des dualen Systems).

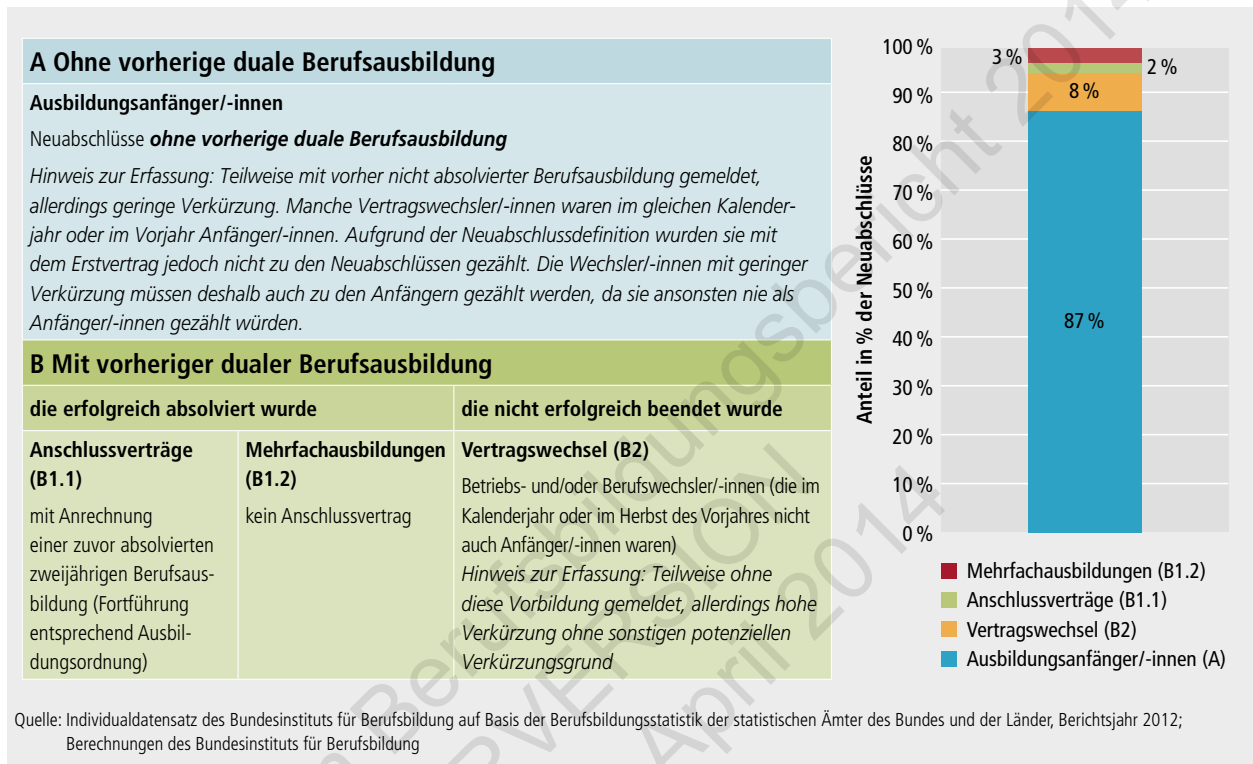
Insofern sind nicht alle Neuabschlüsse mit Anfängern und Anfängerinnen im dualen System (nach BBiG bzw. HwO) gleichzusetzen. Zudem haben einige Auszubildende des dualen Systems zuvor eine Ausbildung außerhalb des dualen Systems begonnen oder abgeschlossen (Mehrfachausbildungen).

E Ausbildungsanfänger/-innen als Teilgruppe der Neuabschlüsse

Ausbildungsverträge werden nicht nur von Anfängerinnen und Anfängern, sondern auch bei Berufs- und/oder Betriebswechsel, bei sogenannten Anschlussverträgen sowie bei Mehrfachausbildungen abgeschlossen.

Neuabschlüsse von Auszubildenden, die mit einer vorherigen dualen Berufsausbildung (erfolgreich beendet oder nicht erfolgreich beendet) gemeldet werden, werden i. d. R. nicht als Anfänger/-innen gezählt; Ausnahmen sind solche Verträge mit sehr geringer Verkürzung, bei denen der erste Ausbildungsvertrag möglicherweise in das gleiche Kalenderjahr fiel. Diese Ausnahme wird nur bei der Abgrenzung

Schaubild A4.3-1: Ausbildungsanfänger/-innen und andere Arten von Neuabschlüssen, Bundesgebiet 2012



bezüglich der Neuabschlüsse angewandt, da bei diesen aufgrund der Neuabschlussdefinition ansonsten manche Auszubildende des dualen Systems niemals als Anfänger/-innen gezählt würden.

Diejenigen ohne vorherige duale Berufsausbildung gelten i. d. R. als Anfänger/-innen. Ausnahmen sind Verträge mit einer starken Verkürzung ohne sonstigen offensichtlichen Verkürzungsgrund; denn dies lässt darauf schließen, dass die vorherige duale Berufsausbildung irrtümlicherweise nicht gemeldet wurde. Zu Details der Abgrenzung siehe BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A4.3 oder Uhly 2012, S. 6 f.

Um eine Abgrenzung von wirklichen Ausbildungsanfängern vornehmen zu können, sind verschiedene Wege denkbar. Bezogen auf die Anfänger/-innen innerhalb des dualen Systems, würde auch eine bundesweite (zuständigkeits- und regionenübergreifende) unveränderliche Personenummer für die Auszubildenden entsprechende Analysen erlauben. Anhand dieser Personenummern könnten verschiedene Meldungen für die jeweilige Person bei der Datenanalyse verknüpft werden, und die Erfassung

von vorherigen dualen Berufsausbildungen wäre nicht erforderlich. Der Einführung einer solchen Personenummer standen jedoch datenschutzrechtliche Bedenken entgegen. Deshalb wurde in der Berufsbildungsstatistik der Weg der Erfassung der vorherigen Berufsausbildung sowie der Ausbildungsdauer gewählt, auch wenn die Erhebung von vorherigen Berufsausbildungen im Rahmen der Berufsbildungsstatistik nicht unproblematisch ist.⁶⁶

→ **Schaubild A4.3-1** gibt einen Überblick darüber, wie sich die Neuabschlüsse auf Ausbildungsanfänger/-innen und andere Arten (Nichtanfänger/-innen) aufteilen.

Verwendet man zur Abgrenzung der *Ausbildungsanfänger und Ausbildungsanfängerinnen* **E** nicht allein die Angaben zur vorherigen dualen Berufsausbildung

⁶⁶ Die Jugendlichen müssen dem Ausbildungsbetrieb dies mitteilen (auch wenn sie kein Eigeninteresse an dieser Informationsweitergabe haben oder dies ihren Interessen sogar entgegensteht), der Betrieb muss dies an die zuständige Stelle melden (auch dann, wenn er kein Eigeninteresse an dieser Information hat).

bildung, sondern auch die zur vereinbarten Vertragsdauer, so kann man ca. 87 % der Neuabschlüsse als Ausbildungsanfänger/-innen identifizieren → **Tabelle A4.3-3**. Die anderen knapp 13 % teilen sich auf in diejenigen mit einer zuvor bereits erfolgreich absolvierten dualen Berufsausbildung (knapp 5 %) und solche mit Vertragswechsel (ca. 8 %). Letztere sind diejenigen, die zuvor bereits einen dualen Ausbildungsvertrag abgeschlossen und nach der Vertragslösung erneut einen Ausbildungsvertrag im gleichen oder in einem anderen Ausbildungsberuf (*Ausbildungs- oder Betriebswechsel* innerhalb des dualen Systems) neu abgeschlossen haben⁶⁷; wobei nur diejenigen mit einer längeren Verkürzung (mindestens 6 Monate) zu den Vertragswechslern gezählt werden, die anderen werden noch zu den Anfängern gezählt. Die 5 % der Neuabschlüsse, die mit einer vorherigen absolvierten dualen Berufsausbildung gemeldet wurden, lassen sich weiter aufteilen in Mehrfachausbildungen im dualen System und in sogenannte Anschlussverträge. Gemäß der hier verwendeten Abgrenzung handelt es sich bei weniger als 2 %⁶⁸ der Neuabschlüsse um *Anschlussverträge* **E**, also um die Fortführung einer zuvor abgeschlossenen zweijährigen Berufsausbildung im dualen System. Bei ca. 3 % der Neuabschlüsse handelt es sich folglich um *Mehrfachausbildungen* innerhalb des dualen Systems.

E Anschlussverträge (in Fortführungsberufen)

Als Anschlussverträge werden solche Neuabschlüsse bezeichnet, die eine **Fortführung einer bereits erfolgreich abgeschlossenen zweijährigen Berufsausbildung** in einem (i. d. R. drei- oder vierjährigen) Ausbildungsberuf darstellen. Wobei nur solche Fortführungen zu Anschlussverträgen gezählt werden, bei denen die Ausbildungsordnung die Anrechnung der zweijährigen Berufsausbildung explizit vorsieht (§ 5 Absatz 2 Nr. 4 BBiG). Bisher sind solche Fortführungen ausschließlich in Berufen der Zuständigkeitsbereiche

67 Möglicherweise befinden sich hierunter auch einige Auszubildende, die nach nicht bestandener Abschlussprüfung ohne Vertragslösung einen neuen Ausbildungsvertrag abschließen; i. d. R. dürfte es sich aber um solche Auszubildenden handeln, die zuvor eine Vertragslösung im dualen System hatten.

68 Die Zahl der Anschlussverträge fällt bei der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September deutlich geringer aus; es gibt Hinweise darauf, dass die Zahl der Anschlussverträge dort untererfasst ist (vgl. Uhly 2011).

Industrie und Handel sowie Handwerk vorgesehen. In den Ausbildungsordnungen ist von Fortführung/Fortsetzung der Berufsausbildung, von aufbauenden Ausbildungsberufen, von Anrechnungsregelungen und in älteren Ausbildungsordnungen auch (noch) von Stufenausbildung⁶⁹ die Rede. Die dualen Ausbildungsberufe, auf die eine abgeschlossene zweijährige duale Berufsausbildung laut Ausbildungsordnung angerechnet werden kann, werden im Folgenden „Fortführungsberufe“ genannt.

Dieses Merkmal wird im Rahmen der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder nicht gemeldet, sondern auf Basis von Berufsinformationen und Meldungen zur Dauer des Ausbildungsvertrages sowie zur Vorbildung ermittelt.

Anschlussverträge werden in der Berufsbildungsstatistik folgendermaßen abgegrenzt⁷⁰:

- Es handelt sich um einen Ausbildungsberuf, bei dem laut Ausbildungsordnung die Fortführung einer abgeschlossenen zweijährigen dualen Berufsausbildung vorgesehen ist („Fortführungsberuf“),
- es liegt eine zuvor abgeschlossene duale Berufsausbildung vor, und
- die Dauer des Ausbildungsvertrags liegt in einem Bereich +/- 3 Monate um die laut Ausbildungsordnung vorgesehene Restdauer⁷¹ bei Anschlussverträgen.

Generell bleibt die Einschränkung zu beachten, dass die auf Basis der Berufsbildungsstatistik ermittelte Anschlussvertragszahl nur als Höchstwert zu interpretieren ist. Denn hinsichtlich des dritten Abgrenzungskriteriums wird angenommen, dass die kürzere Ausbildungsdauer aufgrund

69 Hinsichtlich des Begriffs der Stufenausbildung ist im Anschluss an die Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) vom 23. März 2005 eine Begriffsklärung erfolgt. Von der bislang üblichen Begriffsverwendung wird nun abgewichen. „Echte“ Stufenausbildung im Sinne des BBiG liegt derzeit nicht vor. Es handelt sich hierbei um eine Stufung, bei der nach der ersten Stufe kein Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf erworben wird. Bei dieser Stufenausbildung endet der Ausbildungsvertrag stets erst nach Abschluss der letzten Stufe (§ 21 Absatz 1 BBiG).

70 Nach einer detaillierten Auswertung der Individualdaten hat sich gezeigt, dass die frühere Operationalisierung der Anschlussverträge, die im BIBB-Datenreport 2010 noch Anwendung fand, problematisch war. Deshalb wurde sie modifiziert (zu den Details siehe Uhly 2011).

71 Die Ausbildungsordnungen legen fest, in welches Ausbildungsjahr des jeweiligen Fortführungsberufs der Einstieg bei Anschlussverträgen erfolgt; aus dieser Angabe und der nach Ausbildungsordnung vorgesehenen regulären Dauer des „Fortführungsberufs“ kann man die maximale Restdauer ermitteln. Hierbei ist nicht die Verkürzung im Sinne des § 8 BBiG gemeint.

Tabelle A4.3-3: **Ausbildungsanfänger/-innen, Anschlussverträge, Mehrfachausbildungen und Vertragswechsler nach Ländern bzw. Zuständigkeitsbereichen¹; als Teilgruppen der Neuabschlüsse und Teilgruppen der begonnenen Ausbildungsverträge (absolut und in % der Neuabschlüsse bzw. der begonnenen Verträge) 2012**

Land/Zuständigkeitsbereich	Ausbildungsanfänger/-innen		Anschlussverträge ²		Mehrfachausbildungen		Vertragswechsel		Neuabschlüsse insgesamt	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Teilgruppen der Neuabschlüsse³										
Baden-Württemberg	67.761	87,5	1.674	2,2	2.094	2,7	5.934	7,7	77.466	100,0
Bayern	83.100	86,8	1.689	1,8	3.624	3,8	7.302	7,6	95.715	100,0
Berlin	15.360	86,0	288	1,6	912	5,1	1.293	7,2	17.853	100,0
Brandenburg	8.808	77,7	258	2,3	1.509	13,3	762	6,7	11.340	100,0
Bremen	5.349	89,6	129	2,2	129	2,2	363	6,1	5.967	100,1
Hamburg	12.048	89,7	105	0,8	246	1,8	1.029	7,7	13.425	100,0
Hessen	35.403	89,1	564	1,4	711	1,8	3.051	7,7	39.726	100,0
Mecklenburg-Vorpommern	6.837	82,5	207	2,5	633	7,6	609	7,3	8.289	100,0
Niedersachsen	50.202	86,0	810	1,4	1.458	2,5	5.895	10,1	58.365	100,0
Nordrhein-Westfalen	109.827	88,6	1.971	1,6	2.928	2,4	9.279	7,5	124.008	100,0
Rheinland-Pfalz	24.624	87,9	450	1,6	420	1,5	2.514	9,0	28.008	100,0
Saarland	6.618	87,4	33	0,4	234	3,1	693	9,1	7.575	100,0
Sachsen	15.765	85,1	456	2,5	930	5,0	1.362	7,4	18.516	100,0
Sachsen-Anhalt	10.221	88,6	165	1,4	408	3,5	741	6,4	11.535	100,0
Schleswig-Holstein	17.523	86,4	255	1,3	420	2,1	2.085	10,3	20.280	100,0
Thüringen	9.396	85,9	204	1,9	573	5,2	762	7,0	10.932	100,0
Industrie und Handel	291.837	87,6	7.533	2,3	9.810	2,9	24.003	7,2	333.183	100,0
Handwerk	122.907	83,8	1.722	1,2	4.728	3,2	17.232	11,8	146.592	100,0
Öffentlicher Dienst	11.241	95,4	0	0,0	483	4,1	63	0,5	11.787	100,0
Landwirtschaft	11.367	85,6	0	0,0	678	5,1	1.227	9,2	13.275	100,0
Freie Berufe	38.925	94,2	0	0,0	1.479	3,6	915	2,2	41.319	100,0
Hauswirtschaft	2.565	90,1	0	0,0	51	1,8	234	8,2	2.847	100,1
Bundesgebiet insgesamt	478.845	87,2	9.255	1,7	17.229	3,1	43.674	8,0	549.003	100,0
Land/Zuständigkeitsbereich	Ausbildungsanfänger/-innen		Anschlussverträge ²		Mehrfachausbildungen		Vertragswechsel		Begonnene Ausbildungsverträge insgesamt	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Teilgruppen der begonnenen Ausbildungsverträge³										
Baden-Württemberg	71.436	85,3	1.740	2,1	2.316	2,8	8.268	9,9	83.757	100,0
Bayern	86.799	83,8	1.788	1,7	4.005	3,9	11.028	10,6	103.617	100,0
Berlin	16.674	82,0	306	1,5	1.020	5,0	2.346	11,5	20.343	100,0
Brandenburg	9.156	73,2	270	2,2	1.731	13,8	1.350	10,8	12.510	100,0
Bremen	5.682	86,6	135	2,1	141	2,1	603	9,2	6.561	100,0
Hamburg	13.221	86,7	111	0,7	270	1,8	1.641	10,8	15.243	100,0
Hessen	36.975	86,0	591	1,4	780	1,8	4.659	10,8	43.005	100,0
Mecklenburg-Vorpommern	7.398	78,4	222	2,4	732	7,8	1.080	11,5	9.432	100,0
Niedersachsen	54.195	84,6	834	1,3	1.575	2,5	7.437	11,6	64.041	100,0
Nordrhein-Westfalen	117.780	87,0	2.046	1,5	3.147	2,3	12.456	9,2	135.429	100,0
Rheinland-Pfalz	26.223	85,0	474	1,5	477	1,5	3.672	11,9	30.849	100,0
Saarland	7.059	83,8	33	0,4	261	3,1	1.065	12,6	8.421	100,0
Sachsen	16.122	78,6	471	2,3	1.026	5,0	2.898	14,1	20.517	100,0
Sachsen-Anhalt	11.364	87,0	180	1,4	480	3,7	1.032	7,9	13.056	100,0
Schleswig-Holstein	18.897	83,0	273	1,2	468	2,1	3.123	13,7	22.761	100,0
Thüringen	10.233	84,3	210	1,7	651	5,4	1.044	8,6	12.138	100,0
Industrie und Handel	312.246	86,2	7.875	2,2	10.848	3,0	31.341	8,7	362.307	100,0
Handwerk	128.400	78,4	1.809	1,1	5.274	3,2	28.206	17,2	163.692	100,0
Öffentlicher Dienst	11.325	94,3	0	0,0	501	4,2	189	1,6	12.015	100,0
Landwirtschaft	12.087	84,4	0	0,0	729	5,1	1.497	10,5	14.313	100,0
Freie Berufe	42.450	91,6	0	0,0	1.683	3,6	2.196	4,7	46.329	100,0
Hauswirtschaft	2.706	89,4	0	0,0	51	1,7	270	8,9	3.027	100,0
Bundesgebiet insgesamt	509.211	84,6	9.684	1,6	19.089	3,2	63.699	10,6	601.683	100,0

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. [E in Kapitel A1.2](#)). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

² Hierbei werden nur solche Fortführungen zu Anschlussverträgen gezählt, bei denen die Ausbildungsordnung die Anrechnung der zweijährigen Berufsausbildung explizit vorsieht (§ 5 Absatz 2 Nr. 4 BBiG).

³ Begonnene Ausbildungsverträge sind alle im Berichtsjahr gemeldeten Ausbildungsverträge, die im Berichtsjahr begonnen haben; zu den Neuabschlüssen zählen nur die begonnenen Ausbildungsverträge des Berichtsjahres, die bis zum 31. Dezember des Jahres nicht vorzeitig gelöst wurden. Die Neuabschlusszählung vermeidet Doppelzählungen von Personen, die im Kalenderjahr mehrere Ausbildungsverträge abgeschlossen haben; sie erfasst allerdings nicht alle begonnenen Ausbildungsverträge.

Quelle: Individualdatensatz des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Berichtsjahr 2012; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

der Anrechnung einer vorherigen zweijährigen dualen Berufsausbildung erfolgt ist, die laut Ausbildungsordnung auf den „Fortführungsberuf“ angerechnet wurde; es ist jedoch nicht auszuschließen, dass hierbei auch Neuabschlüsse im Anschluss an eine zuvor abgeschlossene duale Berufsausbildung gezählt werden, die keine Anschlussverträge im engeren Sinne der Definition von „Anschlussverträgen“ sind (vgl. Uhly 2011).

Wie → **Tabelle A4.3-3** zeigt, variiert der Anteil der Anschlussverträge nach Bundesländern nur in geringem Maße; sie machen in den einzelnen Ländern zwischen 0,4 % und 2,5 % der Neuabschlüsse aus. Bislang können Anschlussverträge ausschließlich in den beiden Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel sowie Handwerk abgeschlossen werden. Der Anteil an allen Neuabschlüssen fällt in den Berufen von Industrie und Handel mit 2,3 % zwar relativ gering aus, er ist aber deutlich höher als bei den Handwerksberufen (1,2 %).

Mehrfachausbildungen liegen in Brandenburg mit 13,3 % der Neuabschlüsse überproportional häufig vor. Nach Zuständigkeitsbereichen differenziert zeigt sich, dass Mehrfachausbildungen innerhalb des dualen Systems überproportional häufig in den Berufen der Landwirtschaft (5,1 %) und in geringerem Maße auch in den Berufen des öffentlichen Dienstes gemeldet werden (4,1 %).

Der Anteil der Vertragswechsel liegt in den einzelnen Ländern zwischen 6,1 % und 10,3 %. Im Zuständigkeitsbereich Handwerk liegt er mit 11,8 % deutlich höher als in den anderen Zuständigkeitsbereichen; am geringsten fällt dieser Anteil in den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes (0,5 %) aus; mit 2,2 % ist der Anteil der Vertragswechsel unter den Neuabschlüssen auch in den freien Berufen relativ gering.

Aufgrund dieser Abgrenzung von Neuabschlüssen, die Ausbildungsanfänger/-innen sind, lassen sich weitere Indikatoren zum dualen System verbessern. Beispielsweise kann statt der Ausbildungsbeteiligungsquote der Jugendlichen die Ausbildungsanfängerquote des dualen Systems berechnet werden; die Ausbildungsbeteiligungsquote hatte den Anteil der Jugendlichen, die einen dualen Ausbildungsvertrag

abschließen, überschätzt (vgl. **Kapitel A4.5**). Für verschiedene Fragestellungen ist es jedoch sinnvoll, nicht nur die Neuabschlüsse, sondern alle begonnenen Ausbildungsverträge eines Kalenderjahres heranzuziehen. Denn gemäß der Neuabschlussdefinition werden bei dieser Zählgröße Verträge nur dann berücksichtigt, wenn sie nicht bis zum 31. Dezember des Jahres gelöst wurden.⁷² Deshalb wurde **Tabelle A4.3-3** erweitert; die Differenzierungen Anfänger und Anfängerinnen, Anschlussverträge, Mehrfachausbildungen und Vertragswechsel können auch für alle begonnenen Verträge des Kalenderjahres vorgenommen werden. Will man beispielsweise betrachten, wie viele Personen nach einer Vertragslösung wieder einen dualen Ausbildungsvertrag abschließen, ist es sinnvoll, alle begonnenen Ausbildungsverträge mit der entsprechenden Vorbildung zu betrachten. Demnach wurden 63.699 der begonnenen Ausbildungsverträge 2012 mit einer vorherigen dualen Berufsausbildung, die nicht erfolgreich beendet wurde, gemeldet. Diese Größenordnung entspricht in etwa 45 % der Zahl der vorzeitig gelösten Verträge und liegt nahe bei dem Anteil der Vertragswechsel unter den Vertragslösungen, wie er auch aus Befragungen von Auszubildenden resultiert (vgl. **Kapitel A4.7**).

(Alexandra Uhly)

⁷² Das bietet den Vorteil, dass Personen, die mehrere Ausbildungsverträge im Laufe eines Kalenderjahres abschließen, nicht mehrfach gezählt werden; das kann allerdings auch dazu führen, dass nicht alle Personen, die einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen hatten, gezählt werden.

A4.4 Berufsstrukturelle Entwicklungen in der dualen Berufsausbildung

Im Rahmen der Dauerbeobachtungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) werden auch berufsstrukturelle Analysen vorgenommen. Sie geben Aufschluss über Entwicklungsperspektiven im dualen System und ermöglichen u. a. die Abschätzung von Chancen für unterschiedliche Gruppen von Jugendlichen (vgl. Uhly 2010; Uhly/Troltsch 2009).

Betrachtet werden im Folgenden Produktions- und Dienstleistungsberufe, technische Ausbildungsberufe, neue Ausbildungsberufe, zweijährige Ausbildungsberufe und Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung. Die Analysen erfolgen auf Basis der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember vgl. [E in Kapitel A4.2.1](#)), die sich besonders für langfristige Entwicklungen eignet. Die Statistik erfasst zudem weitere Merkmale wie die allgemeinbildenden Schulabschlüsse unter den Auszubildenden, die mit den Daten verknüpft werden können. Als Grundlage der Analysen dienen die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (vgl. [E in Kapitel A4.3](#)).⁷³

Tertiarisierung der dualen Berufsausbildung

Wie im Beschäftigungssystem nimmt auch in der dualen Berufsausbildung die Bedeutung der Dienstleistungsberufe [E](#) zu (Walden 2007). Der Anteil der Dienstleistungsberufe ist im dualen System jedoch etwas niedriger. Denn die Berufsausbildung im Bereich der mittleren Qualifikationsebene erfolgt gerade im Bereich von Dienstleistungsberufen häufig nicht nach BBiG/HwO, sondern („vollzeitschulisch“) an Berufsfachschulen, v. a. an Schulen des Gesundheitswesens. Im Berichtsjahr 2012 wurden im dualen System rund 325.878 neue Verträge in den Dienstleistungsberufen abgeschlossen. Gemessen an allen Neuabschlüssen machte dies einen Anteil von 59,4 % aus. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr (-2,7 %) entsprach damit der Entwicklung im dualen System insgesamt (-3,0 %) → [Tabelle A4.4-1](#).

Gegenüber 1993 (52,2 %) ist der Anteil der Dienstleistungsberufe aber deutlich gestiegen. Diese Entwicklung ging fast ausschließlich auf die Zunahme der Verträge in den primären Dienstleistungsberufen zurück. Ihre Zahl wuchs in diesem Zeitraum um 28.053 (+14,2 %). Seit 2010 schwächt sich die Entwicklung der primären Dienstleistungsberufe allerdings ab; im Berichtsjahr 2011 sank die Zahl der Verträge um 0,6 %, im Berichtsjahr 2012 um 4,3 %. In den sekundären Dienstleistungsberufen wurden im Berichtsjahr 2012 100.611 Verträge abgeschlossen. Dies machte 18,3 % an allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen aus (zu Entwicklungen einzelner Berufe und Branchen innerhalb dieser Gruppe siehe Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012, Kapitel A4.4). Mit der Modernisierung der Berufsausbildung durch Neuordnung von Ausbildungsberufen konnte sich der Anteil der Auszubildenden in den sekundären Dienstleistungsberufen insgesamt stabilisieren.

Langfristig zurückgegangen ist die Zahl der Neuabschlüsse in den Produktionsberufen. 1993 machte diese Berufsgruppe mit 272.907 Verträgen noch fast die Hälfte aller Neuabschlüsse im dualen System aus (47,8 %). Im Berichtsjahr 2012 waren es fast ein Fünftel weniger (18,2 %). Es wurden nur noch 223.125 Verträge abgeschlossen, was einem Anteil von 40,6 % an allen Neuabschlüssen entsprach. Gegenüber dem Vorjahr betrug der Rückgang 3,3 % → [Tabelle A4.4-1](#).

Unter den 10 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen des dualen Systems im Berichtsjahr 2012 finden sich 6 primäre Dienstleistungsberufe, 2 sekundäre Dienstleistungsberufe und 2 Produktionsberufe.⁷⁴

Männer waren 2012 mit einem Anteil von 87,7 % in den Produktionsberufen überrepräsentiert, Frauen machten 2012 einen Anteil von 60,0 % in den Dienstleistungsberufen aus. Die Tertiarisierung

73 Aktuelle Entwicklungen schlagen sich hierin deutlicher nieder als in den Bestandszahlen. Bestandszahlen haben zudem den Nachteil, dass in ihnen Berufe je nach Ausbildungsdauer unterschiedlich stark vertreten sind und damit die quantitative Bedeutung verzerrt wird (zweijährige Ausbildungsberufe sind i. d. R. unterrepräsentiert, dreieinhalbjährige sind eher überrepräsentiert).

74 Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel, Verkäufer/-in, Bürokaufmann/-kauffrau, Industriekaufmann/-kauffrau, Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel, Friseur/-in sind primäre Dienstleistungsberufe; Medizinischer Fachangestellter/ Medizinische Fachangestellte und Bankkaufmann/-kauffrau sind den sekundären Dienstleistungsberufen zugeordnet; Industriemechaniker/-in und Kraftfahrzeugmechaniker/-in zählen zu den Produktionsberufen.

Tabelle A4.4-1: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Produktions- und Dienstleistungsberufen¹, Bundesgebiet 1980² und 1993 bis 2012³

Berufsgruppe	Jahr	1980	1993	1996	1999	2002	2005	2008	2009	2010	2011	2012
Insgesamt, absolut												
Produktionsberufe		342.030	272.907	287.607	295.530	251.874	241.575	257.412	232.140	226.938	230.856	223.125
Dienstleistungsberufe		328.827	298.299	291.768	340.029	316.209	317.487	350.154	329.028	332.094	334.965	325.878
davon:												
primäre DL-Berufe		240.369	197.214	199.194	237.516	215.274	228.258	249.198	234.780	236.847	235.293	225.267
sekundäre DL-Berufe		88.458	101.085	92.574	102.513	100.935	89.229	100.956	94.248	95.244	99.672	100.611
Insgesamt		670.857	571.206	579.375	635.559	568.083	559.062	607.566	561.171	559.032	565.824	549.003
Männer, absolut												
Produktionsberufe		–	241.230	254.049	260.253	222.300	214.209	225.834	202.584	198.726	203.061	195.777
Dienstleistungsberufe		–	84.402	83.631	102.693	101.796	112.719	127.269	119.652	126.756	133.272	130.473
davon:												
primäre DL-Berufe		–	56.109	57.891	69.438	68.433	80.583	89.478	85.230	90.966	94.134	91.101
sekundäre DL-Berufe		–	28.293	25.740	33.255	33.366	32.136	37.791	34.419	35.787	39.138	39.372
Insgesamt		–	325.629	337.680	362.946	324.099	326.928	353.103	322.236	325.482	336.333	326.253
Frauen, absolut												
Produktionsberufe		–	31.677	33.555	35.277	29.571	27.363	31.578	29.556	28.212	27.795	27.348
Dienstleistungsberufe		–	213.897	208.137	237.336	214.413	204.768	222.885	209.379	205.338	201.693	195.405
davon:												
primäre DL-Berufe		–	141.105	141.303	168.075	146.841	147.675	159.720	149.550	145.881	141.159	134.166
sekundäre DL-Berufe		–	72.792	66.834	69.258	67.569	57.093	63.165	59.829	59.457	60.534	61.239
Insgesamt		–	245.577	241.695	272.613	243.984	232.134	254.463	238.935	233.550	229.488	222.753
Insgesamt, in % aller Neuabschlüsse												
Produktionsberufe		51,0	47,8	49,6	46,5	44,3	43,2	42,4	41,4	40,6	40,8	40,6
Dienstleistungsberufe		49,0	52,2	50,4	53,5	55,7	56,8	57,6	58,6	59,4	59,2	59,4
davon:												
primäre DL-Berufe		35,8	34,5	34,4	37,4	37,9	40,8	41,0	41,8	42,4	41,6	41,0
sekundäre DL-Berufe		13,2	17,7	16,0	16,1	17,8	16,0	16,6	16,8	17,0	17,6	18,3
Insgesamt		100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹ Berufsgruppendifferenzierung nach Tätigkeitsschwerpunkten durch das BIBB; in Anlehnung an Kupka/Biersack (IAB) 2005, modifiziert nach Hall 2007; siehe Uhly/Troltsch 2009 sowie www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-p-dl_2011.pdf.

² 1980 Westdeutschland und Berlin-West; Neuabschlusszahlen 1980 nicht nach Geschlecht differenziert gemeldet.

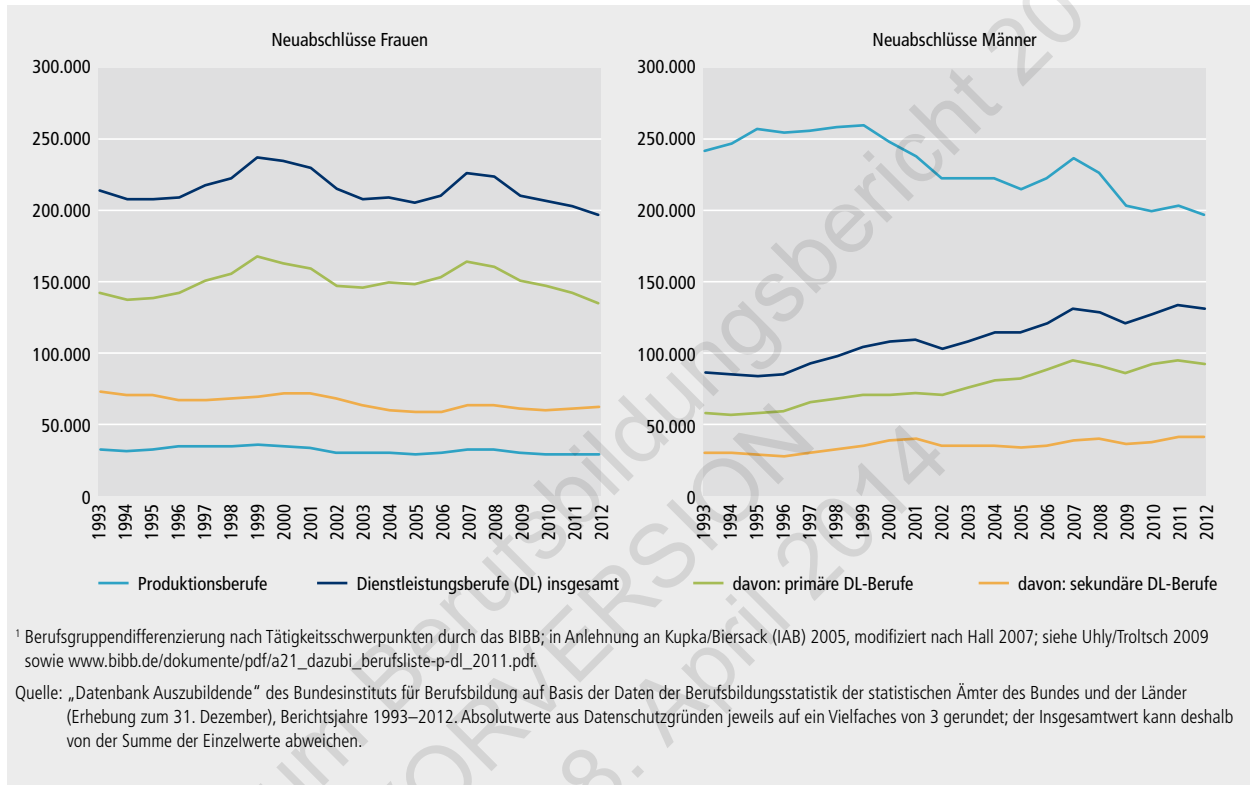
³ Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 bis 2008 vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1980 (Westdeutschland) und 1993–2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

verlief dennoch nicht zuungunsten der Männer. Zwischen 1993 und 2012 stieg der Männeranteil in den Dienstleistungsberufen von 28,3% auf 40,0%. Die steigenden Tendenzen fanden sich in den sekundären Dienstleistungsberufen (+38,3%), vor allem aber in den primären (+62,4%) → **Schaubild A4.4-1**. Der Gesamtanstieg in den Dienstleistungsberufen in den vergangenen 20 Jahren um 46.071 Verträge (1993:

84.402; 2012: 130.473) hat den Rückgang in den Produktionsberufen (-45.453) mehr als kompensiert. So haben sich die Frauen- und Männeranteile im dualen System seit 1993 trotz der Tertiarisierung kaum verändert (vgl. **Kapitel A4.2.1**). Unter den Frauen ging die Zahl der Neuabschlüsse in den primären (-4,9%) und sekundären Dienstleistungsberufen (-15,9%) eher zurück → **Tabelle A4.4-1**.

Schaubild A4.4-1: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Produktions- und Dienstleistungsberufen¹ nach Geschlecht, Bundesgebiet 1993 bis 2012



E Klassifizierung der Produktions- und Dienstleistungsberufe

Im Berichtsjahr 2012 wurde die Berufsbildungsstatistik auf die **Klassifikation der Berufe (KldB) 2010** der Bundesagentur für Arbeit umgestellt. Die Erhebungsberufe werden seither mit einer Berufskennziffer nach der „Klassifikation der Berufe 2010 (KldB 2010) der Bundesagentur für Arbeit (BA)“ gemeldet, die die bislang verwendete KldB 1992 des Statistischen Bundesamtes ablöst <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Klassifikation-der-Berufe/KldB2010/KldB2010-Nav.html>.

Zum Zwecke der Fortführung der berufsstrukturellen Analysen in diesem Kapitel wurde die Gliederung nach **Produktions- und Dienstleistungsberufen** weiterhin auf Basis der Klassifikation der Berufe (KldB) des Jahres 1992 (Statistisches Bundesamt 1992) vorgenommen. Die oberste Gliederungseinheit unterscheidet neben der Kategorie „sonstige Arbeitskräfte“ 5 „Berufsbereiche“. Entsprechend

der Konzeption des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)⁷⁵ werden in Anlehnung an Bells Konzept eines quartären Sektors (Informationsgesellschaft) nicht die 3 Bereiche Landwirtschaft, Produktion und Dienstleistung unterschieden, sondern die Produktionsberufe (Landwirtschaft, Bergbau und Fertigungsberufe) von den primären und sekundären Dienstleistungsberufen abgegrenzt (vgl. Wolff 1990, S. 64).

Auf der Basis der Berufskennziffern (KldB 1992) werden Produktions- von primären und sekundären Dienstleistungsberufen in diesem Kapitel wie folgt unterschieden:

⁷⁵ Siehe Berufsgliederung des IAB: <http://bisds.infosys.iab.de/bisds/erlaeuterungen.htm>.

Produktionsberufe

- I Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau
- II Bergleute, Mineralgewinner
- III Fertigungsberufe ohne Berufsgruppe 52 „Warenprüfer/Versandfertigmacher“

Primäre Dienstleistungsberufe

- Berufsgruppe 52 „Warenprüfer/Versandfertigmacher“
- aus V Dienstleistungsberufe: Berufsgruppen 66–68 (Warenkaufleute), 71–74 (Verkehrsberufe), 771–773 (Buchhalter; Kassenfachleute), 78–81 (Büroberufe; Ordnungs- und Sicherheitsberufe), 90–93 (Berufe der Körperpflege; Hotel- und Gaststättenberufe; Haus- und ernährungswirtschaftliche Berufe; Reinigungs- und Entsorgungsberufe)

Sekundäre Dienstleistungsberufe

- IV Technische Berufe
- aus V Dienstleistungsberufe: Berufsgruppen 69 und 70 (Dienstleistungskaufleute), 75 und 76 (Berufe in der Unternehmensleitung, -beratung und -prüfung), 774–776 (Fachinformatiker/-in und Mathematisch-technischer Softwareentwickler/Mathematisch-technische Softwareentwicklerin), 7791 (IT-Kaufleute), 82–89 (Schriftwerkschaffende, -ordnende und künstlerische Berufe; Gesundheitsdienstberufe; Sozial- und Erziehungsberufe)⁷⁶

Eine vollständige Liste der Produktions- und Dienstleistungsberufe findet sich unter www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-p-dl_2012.pdf.

Als sekundäre Dienstleistungstätigkeiten werden Tätigkeiten zusammengefasst, die auch als „Kopf-“ oder „Wissensarbeit“ bezeichnet werden; es handelt sich um Berufe mit den Tätigkeitsschwerpunkten Forschen, Entwickeln, Organisieren, Managen, Betreuen, Pflegen, Beraten, Lehren und Publizieren (vgl. Kupka/Biersack 2005). Unter die primären Dienstleistungsberufe fallen Berufe mit den Tätigkeitsschwerpunkten: Handels- und Bürotätigkeiten sowie allgemeine Dienste wie Reinigen, Bewirten, Lagern, Transportie-

ren. Aufgrund von Plausibilitätsüberlegungen, Analysen auf Basis der Berufsbildungsstatistik (Uhly 2007a) und Analysen der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2006 (Hall 2007), die eine Modifikation der Berufszuordnung ergeben haben, weicht die Abgrenzung teilweise von der IAB-Einteilung⁷⁷ ab (vgl. Uhly/Troltsch 2009). Diese Berufsgruppe entspricht nicht der Berufsgruppe der wissensintensiven Berufe nach Tiemann (2010), der sowohl unter den Dienstleistungsberufen als auch den Produktionsberufen wissensintensive Berufe abgrenzt.

Duale Berufsausbildung in technischen Ausbildungsberufen

Im Berichtsjahr 2012 wurden in den Technikberufen **E** 144.861 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge gemeldet. Damit ging die Zahl gegenüber dem Vorjahr um 0,6 % zurück. Der prozentuale Anteil der Technikberufe an den Neuabschlüssen bewegt sich seit Ende der 1990er-Jahre zwischen 24 % und 26 %. Mit 26,4 % wird 2012 ein Höchstwert erreicht → **Table A4.4-2**. Unverändert blieb in den technischen Ausbildungsberufen die Geschlechterverteilung. So schwankte der Frauenanteil in den technischen Berufen seit 1993 zwischen 10 % und 12 %. Im Berichtsjahr 2012 erreichte er 11,8 %. Hierbei scheinen individuelle, aber auch betriebliche Gründe eine Rolle zu spielen (Beicht/Walden 2012); Frauen, die eine betriebliche Ausbildung in Fertigungs- oder technischen Berufen anstreben, weisen auch bei gleichen Schulqualifikationen geringere Realisierungschancen gegenüber ihren männlichen Bewerbern auf.

76 3 Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung werden trotz einer Berufskennziffer entsprechend den sekundären Dienstleistungsberufen aufgrund der Tätigkeitsbeschreibungen den primären Dienstleistungsberufen zugeordnet (Assistent/-in in sozialen Einrichtungen, Fachhelfer/-in für personale Dienstleistungen und Fachkraft für Medien- und Informationsdienste).

77 Dienstleistungskaufleute werden dort den primären Dienstleistungsberufen zugeordnet. Außerdem werden in der Zuordnung des IAB die Berufe der Körperpflege (Friseur/-in und Kosmetiker/-in) unter den sekundären und Datenverarbeitungsfachleute/Informatiker unter den primären Dienstleistungsberufen erfasst.

Tabelle A4.4-2: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in technischen Ausbildungsberufen¹, Bundesgebiet 1980² und 1993 bis 2012³**

Jahr	absolut	in % aller Neuabschlüsse	darunter Frauen	Frauenanteil in den Technikberufen (in %)
1980	185.805	27,7	–	–
1993	136.392	23,9	16.953	12,4
1996	131.655	22,7	15.747	12,0
1999	151.908	23,9	17.904	11,8
2002	145.224	25,6	16.476	11,3
2005	136.251	24,4	13.731	10,1
2008	156.714	25,8	17.472	11,1
2009	135.411	24,1	15.927	11,8
2010	133.464	23,9	15.453	11,6
2011	145.686	25,7	16.764	11,5
2012	144.861	26,4	17.067	11,8

¹ Zur Abgrenzung der technischen Ausbildungsberufe siehe auch Uhly 2007b sowie www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-t_2012.pdf.

² 1980 Westdeutschland und Berlin-West; Neuabschlüsse wurden 1980 noch nicht differenziert nach Geschlecht erhoben.

³ Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 bis 2008 vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1980 (Westdeutschland) und 1993–2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

E Technische Ausbildungsberufe

Hier wird eine breiter gefasste Abgrenzung von technischen Ausbildungsberufen als die des Berufsbereichs IV der Klassifikation der Berufe des Statistischen Bundesamtes (KldB 1992) herangezogen, denn diese ist eng begrenzt auf Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker sowie Techniker und technische Sonderfachkräfte. Technische Berufe des Berufsbereichs der Fertigungsberufe sind dort nicht enthalten. Auch in der Fachliteratur findet sich keine konkrete Definition der technischen Berufe des gewerblich-technischen Bereichs. Die hier verwendete Berufsauswahl basiert auf der im Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit des Jahres 2002 (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2003, S. 12 ff.) zugrunde gelegten Abgrenzung (vgl. auch Trotsch 2004), die in 2 Einzelstudien (Uhly 2005 und 2007b) fortgeführt wurde. Technische Ausbildungsberufe sind demnach solche, deren Tätigkeits- und Kenntnisprofile hohe Technikanteile (z. B. hohe Anteile von Überwachen, Steuern von Maschinen, Anlagen, technischen Prozessen etc.) ergeben haben.

Eine vollständige Liste der technischen Ausbildungsberufe findet sich unter www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-t_2012.pdf.

Neue Berufe in der dualen Berufsausbildung

Durch die Neuordnung von Ausbildungsberufen wurde seit 1996 die Modernisierung der dualen Berufsausbildung intensiviert. Diese Entwicklung ging aus von einer „Diskussion um die qualifikatorischen Konsequenzen aus den Entwicklungen in strategisch bedeutsamen Technologien, dem Sprung von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft, der Globalisierung des Wirtschaftens und der damit verbundenen Umgestaltung der Arbeitsorganisation“ (Bundesinstitut für Berufsbildung 1998, S. 1). 1999 einigten sich die Sozialpartner auf eine Fortführung dieser Modernisierungsoffensive.

Seit 1996 wurden 82 Ausbildungsberufe neu geschaffen. In diesen Berufen wurden 2012 65.451 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen → [Tabelle A4.4-3](#)

Internet. Dies entsprach einem prozentualen Anteil von 11,9% an allen Neuabschlüssen. Am stärksten besetzt war darunter der 1997 neu eingeführte Beruf Fachinformatiker/-in mit 10.398 Neuabschlüssen, gefolgt von dem aus 1998 stammenden Beruf Mechatroniker/-in mit 7.947 Neuabschlüssen. Mit etwas Abstand schlossen sich die Ausbildungsberufe Automobilkaufmann/-kauffrau aus 1998 (4.263 Neuabschlüsse), Maschinen- und Anlagenführer/-in aus 2004 (3.729 Neuabschlüsse), Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien aus 1998 (3.561 Neuabschlüsse) sowie Technischer Produktdesigner/Technische Produktdesignerin aus 2005 (2.838 Neuabschlüsse) an. Hohe Vertragszahlen hatten weiterhin die Berufe Fahrzeuglackierer/-in aus 2003 (2.523 Neuabschlüsse), Fachmann/Fachfrau für Systemgastronomie aus 1998 (2.124 Neuabschlüsse), Veranstaltungskaufmann/-kauffrau aus 2001 (1.974 Neuabschlüsse) und Informations- und Telekommunikationssystem-Elektroniker/-in aus 1997 (1.767 Neuabschlüsse).

Unmittelbar nach Inkrafttreten der neuen Ausbildungsordnungen sind die Vertragszahlen in der Regel relativ niedrig. Danach entwickeln sie sich in den einzelnen Berufen z. T. sehr unterschiedlich → **Tabelle A4.4-3 Internet**. So wurden im Beruf Fachinformatiker/-in bei der Einführung 1997 zunächst 1.779 Verträge abgeschlossen, im Berichtsjahr 2001 waren es jedoch bereits 10.506 Verträge. Darauf folgte ein zeitweise ebenso rasanter Rückgang auf 7.461 (2005), der jedoch wieder insgesamt in einen Aufwärtstrend mündete. Die Vertragszahlen in dem 1998 eingeführten Beruf Mechatroniker/-in sind demgegenüber relativ gleichmäßig von 1.311 auf 7.947 Verträge im Berichtsjahr 2012 gestiegen. Einflüsse der wirtschaftlichen Krisensituation um die Jahre 2009 und 2010 sind aber in beiden Berufen erkennbar. Eine andere Entwicklung weist der Beruf Technischer Produktdesigner/Technische Produktdesignerin auf. Hier vollzog sich mit 27 Neuabschlüssen im Berichtsjahr 2005 zunächst ein sehr verhaltener Start. Auch in den darauffolgenden 5 Jahren umfasste der Beruf nur wenige Hundert Verträge (2010: 384 Verträge). Im Berichtsjahr 2011 stieg die Zahl jedoch sprunghaft auf 2.130 Verträge an, 2012 folgte ein weiterer deutlicher Zuwachs auf 2.838 Verträge.

Andere Berufe wie die 1998 eingeführten Berufe Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien und Fachmann/Fachfrau für Systemgastronomie oder die 1997 eingeführten Berufe Informations- und Telekommunikationssystem-Elektroniker/-in und Informations- und Telekommunikationssystem-Kaufmann/Kauffrau wiesen nach einer ersten Phase des Vertragszuwachses über viele Jahre wieder sinkende Tendenzen auf. Insgesamt bleibt ein Großteil der neuen Ausbildungsberufe aber nach einigen Jahren vergleichsweise gering besetzt. Eine Konzentration auf wenige Ausbildungsberufe ist jedoch im gesamten System der dualen Berufsausbildung zu beobachten. So finden sich in den 20 am stärksten besetzten Berufen mehr als die Hälfte aller Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag. In ca. zwei Drittel aller staatlich anerkannten Ausbildungsberufe bzw. dualen Ausbildungsberufe in Erprobung werden jeweils weniger als 500 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen.

Die Entwicklung zweijähriger Ausbildungsberufe

In den letzten 10 Jahren wurde verstärkt das Ziel verfolgt, zweijährige⁷⁸ („theoriegedinderte“) Ausbildungsberufe speziell für Jugendliche mit schlechten Startchancen zu schaffen (Kath 2005; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2005). Das Potenzial dieser Berufe zur Verbesserung der Chancen der Jugendlichen wird allerdings kontrovers diskutiert (vgl. Uhly/Kroll/Krekel 2011, S. 5 f.). Seit 2003 traten 12 neue Ausbildungsordnungen für zweijährige Ausbildungsberufe in Kraft, 6 weitere wurden modernisiert. Im Berichtsjahr 2012 wurden in den staatlich anerkannten Ausbildungsberufen oder Ausbildungsberufen in Erprobung, deren Ausbildungsordnung eine zweijährige Ausbildungsdauer vorsieht, 49.650 Neuabschlüsse gemeldet. Sie bildeten damit einen Anteil von 9,2% an allen Neuabschlüssen

78 Innerhalb des dualen Systems machen die dreijährigen Ausbildungsberufe den größten Anteil aus. Neben den zweijährigen Ausbildungsberufen bestehen – insbesondere im Bereich der Metall- und Elektroberufe – auch Ausbildungsberufe, deren Ausbildungsordnung eine Ausbildungsdauer von 42 Monaten vorsehen (dreieinhalbjährige Ausbildungsberufe). Das BIBB hat auch zu den dreieinhalbjährigen Ausbildungsberufen Sonderanalysen auf Basis verschiedener Statistiken und Erhebungen durchgeführt (vgl. Frank/Walden 2012).

Tabelle A4.4-4: Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in zweijährigen Ausbildungsberufen¹ an allen Neuabschlüssen, Westdeutschland, Ostdeutschland und Bundesgebiet 1993 bis 2012²

Westdeutschland³	1993	1996	1999	2002	2005	2008	2009	2010	2011	2012
Zweijährige Berufe	14.907	13.203	17.508	16.767	25.065	37.866	38.685	41.043	41.676	40.554
Alle staatlich anerkannten Berufe ⁴	449.007	429.636	477.378	434.409	429.231	486.033	454.107	461.646	474.801	463.278
Anteil in zweijährigen Berufen (in %)	3,3	3,1	3,7	3,9	5,8	7,8	8,5	8,9	8,8	8,8
Ostdeutschland⁵	1993	1996	1999	2002	2005	2008	2009	2010	2011	2012
Zweijährige Berufe	6.021	10.308	16.128	13.005	16.230	14.445	13.101	11.454	9.981	9.096
Alle staatlich anerkannten Berufe ⁴	114.387	138.924	146.397	119.556	114.930	106.695	92.886	85.047	79.398	75.348
Anteil in zweijährigen Berufen (in %)	5,3	7,4	11,0	10,9	14,1	13,5	14,1	13,5	12,6	12,1
Bundesgebiet	1993	1996	1999	2002	2005	2008	2009	2010	2011	2012
Zweijährige Berufe	20.928	23.514	33.636	29.769	41.295	52.311	51.786	52.497	51.660	49.650
Alle staatlich anerkannten Berufe ⁴	563.394	568.560	623.775	553.965	544.161	592.725	546.993	546.693	554.196	538.626
Anteil in zweijährigen Berufen (in %)	3,7	4,1	5,4	5,4	7,6	8,8	9,5	9,6	9,3	9,2

¹ Berufe mit 24 oder mit 18 Monaten Ausbildungsdauer; bis 1999 inklusive Ausbildungsberuf Gerüstbauer/-in, der erst seit 2000 dreijährig ist, und bis 2000 inklusive Berufskraftfahrer/-in, der erst seit 2001 dreijährig ist; ohne Berufe für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO.

² Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 bis 2008 siehe BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4; im Datenreport 2010 fehlten jedoch noch die Neuabschlüsse des Berufs Berufskraftfahrer/-in, der bis einschließlich des Jahres 2000 zweijährig war und jährlich seit 1983 ca. 0,1 % der Neuabschlüsse ausmachte.

³ Westdeutschland ohne Berlin.

⁴ Ohne Berufe für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO; inklusive Ausbildungsberufe in Erprobung nach § 6 BBiG bzw. § 27 HwO.

⁵ Ostdeutschland inklusive Berlin.

„Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1993–2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.“

→ **Tabelle A4.4-4.**⁷⁹ Die Neuabschlüsse entfielen zu 90,6 % auf den Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel und zu 9,4 % auf das Handwerk. Der am stärksten besetzte zweijährige Ausbildungsberuf war 2012 der Beruf Verkäufer/-in (26.124 Neuabschlüsse). Es folgten mit großem Abstand die Berufe Fachlagerist/-in (5.961 Neuabschlüsse), Maschinen- und Anlagenführer/-in (3.729 Neuabschlüsse), Fachkraft im Gastgewerbe (2.712 Neuabschlüsse), Fachkraft für Kurier-, Express- und Postdienstleistungen (2.100 Neuabschlüsse), Kraftfahrzeugservicemechaniker/-in (1.323 Neuabschlüsse), Hochbaufacharbeiter/-in (1.218 Neuabschlüsse), Tiefbaufacharbeiter/-in (1.146 Neuabschlüsse), Teilezurichter/-in (1.041 Neuabschlüsse) und Bauten- und Objektbeschichter/-in (1.035 Neuabschlüsse).

⁷⁹ Alle Werte zu den zweijährigen Ausbildungsberufen beziehen sich ausschließlich auf die staatlich anerkannten dualen Ausbildungsberufe und die dualen Ausbildungsberufe in Erprobung; die Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO) sind nicht einbezogen.

Die überwiegende Mehrheit (ca. 97 %) der Jugendlichen, die im Jahr 2012 in einem zweijährigen Ausbildungsberuf einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, befand sich in einem Beruf, dessen Ausbildungsordnung die Möglichkeit der Anrechnung der Ausbildung in einem i. d. R. drei- bzw. dreieinhalbjährigen Ausbildungsberuf vorsieht.⁸⁰ Allerdings erfasst die Berufsbildungsstatistik nicht, ob die Ausbildung nach Abschluss der zweijährigen Berufsausbildung auch wirklich fortgeführt wird. Um echte Ausbildungsverläufe zu ermitteln, wäre eine feste Personennummer notwendig. Seit dem Berichtsjahr 2008 wird aber die Zahl der Anschluss-

⁸⁰ Nicht einbezogen sind die dualen Berufe für Menschen mit Behinderung und die Neuabschlüsse des Ausbildungsberufs Teilezurichter/-in, obwohl für diesen in der Praxis auch Fortführungsregelungen bestehen, z. B. das 1999 entwickelte Projekt Südwestmetall gemeinsam mit der Arbeitsagentur, dem DGB, der Industriekammer und der Jugendhilfe Ortenau e.V. (siehe www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/pa_fb_ausbildung.html). Für den aus dem Jahr 1939 stammenden Beruf liegt jedoch keine bundeseinheitliche Ausbildungsordnung vor. Es handelt sich hierbei um einen Beruf nach § 104 Absatz 1 BBiG bzw. § 122 Absatz 4 HwO.

verträge ermittelt.⁸¹ Eine exakte Zahl lässt sich auf Basis der Berufsbildungsstatistik allerdings nicht berechnen. Der ermittelte Wert kann lediglich als Höchstwert betrachtet werden und dabei eine Überschätzung darstellen (vgl. Uhly 2011). Von allen Neuabschlüssen des Jahres 2012 ließen sich maximal 9.255⁸² Verträge als Anschlussverträge ausmachen. 2012 waren es demnach maximal 26 % der Absolventinnen und Absolventen zweijähriger Ausbildungsberufe mit Fortführungsmöglichkeit, die ihre Ausbildung fortführten. Dieser Anteil fiel relativ gering aus. Vertiefende Analysen der zweijährigen Berufe auf Basis der Berufsbildungsstatistik sowie der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September für das Berichtsjahr 2009 ergaben, dass der Fortführungsanteil innerhalb der einzelnen zweijährigen Berufe deutlich variiert, jedoch in keinem Beruf über 50 % liegt (vgl. Uhly/Kroll/Krekel 2011).

Die Entwicklung der Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung

Im Berichtsjahr 2012 wurden in Berufen für Menschen mit Behinderung (§ 66 BBiG und § 42m HwO) **E** 10.380 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen (Bestand am 31. Dezember 2012: 28.581 Auszubildende). Gegenüber dem Vorjahr waren es 1.245 Verträge (-10,7 %) weniger. Der Anteil an den Neuabschlüssen insgesamt lag bei 1,9 %. Bis 2004 hatte es zunächst lange eine Zunahme der Vertragszahlen gegeben (2007: 15.762). Spätestens 2007 waren jedoch eine Trendwende und ein deutlicher Rückgang zu beobachten, der sich auch 2012 fortsetzte → **Tabelle A4.4-5**.

81 Sie wird als Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in potenziellen Fortführungsberufen mit einer entsprechend kürzeren Vertragsdauer und dem Vorliegen einer vorherigen abgeschlossenen dualen Berufsausbildung der Auszubildenden berechnet (vgl. **Kapitel A4.3**). Somit kann der rechnerische Anteil der Anschlussverträge an den Ausbildungsabsolventen in zweijährigen Ausbildungsberufen als näherungsweise Berechnung des Anteils derer herangezogen werden, die eine zweijährige Ausbildung in einem dualen Ausbildungsberuf fortführen.

82 Im Rahmen der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge werden deutlich weniger Anschlussverträge gemeldet; allerdings gibt es Hinweise darauf, dass dort die Anzahl der Anschlussverträge untererfasst ist (vgl. **Kapitel A4.3** sowie Uhly 2011).

E Duale Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung

Im Regelfall sollen „behinderte Menschen ... in anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet werden“ (§ 64 BBiG). Nur wenn aufgrund der Behinderung eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nicht infrage kommt, sollen Menschen mit Behinderung nach besonderen Regelungen ausgebildet werden. Bei diesen Ausbildungsberufen handelt es sich um Berufe mit speziellen Ausbildungsregelungen der zuständigen Stellen (§ 66 BBiG bzw. § 42m HwO) (vgl. **Kapitel A7.1**).

Bei den Daten der Berufsbildungsstatistik ist zu beachten, dass **kein personenbezogenes Merkmal** zur Behinderung erhoben wird. Erfasst wird lediglich, ob es sich bei den jeweiligen Meldungen der Ausbildungsverträge um staatlich anerkannte Ausbildungsberufe (bzw. duale Ausbildungsberufe in Erprobung) oder um Ausbildungsgänge gemäß einer Regelung der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderung handelt.

In Ostdeutschland lag der Anteil der Neuabschlüsse in den Berufen für Menschen mit Behinderung seit 1993 durchgehend mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Er stieg insbesondere Mitte und Ende der 1990er-Jahre auf Höchstwerte von bis zu 5,5 %. Seit 2005 ging der Anteil dieser Berufe wieder zurück, 2012 betrug er 4,0 %. In Westdeutschland stieg der Anteil bis 2004 auf 2,0 % an und war seither mit Ausnahme des Jahres 2009 rückläufig (2012: 1,5 %).

Betrachtet man die Berufe für Menschen mit Behinderung, so verfügten 2012 die meisten Auszubildenden über einen Hauptschulabschluss (57,4 %), ein großer Teil hatte keinen Hauptschulabschluss (39,5 %), und höhere Schulabschlüsse waren nur in geringem Maße vertreten. So besaßen 2,8 % der Auszubildenden einen Realschulabschluss und 0,3 % eine Studienberechtigung.

Die tatsächliche Ausbildungssituation von Menschen mit Behinderung im dualen System kann auf Basis der Berufsbildungsstatistik allerdings nicht abgebildet werden, denn ein personenbezogenes Merkmal zu einer vorliegenden Behinderung von Auszubildenden ist in dieser Erhebung nicht vorhanden. Es kön-

Tabelle A4.4-5: Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Berufen für Menschen mit Behinderung¹, Bundesgebiet, Westdeutschland und Ostdeutschland 1993 bis 2012², in % der Neuabschlüsse

Jahr	Bundesgebiet	Westdeutschland	Ostdeutschland
1993	1,4	1,0	3,0
1996	1,9	1,2	4,0
1999	1,9	1,3	3,6
2002	2,5	1,7	5,3
2005	2,7	1,9	5,5
2008	2,4	1,8	5,2
2009	2,5	2,0	5,1
2010	2,2	1,8	4,6
2011	2,1	1,7	4,4
2012	1,9	1,5	4,0

¹ Berufe für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO (bis April 2005 § 48 BBiG bzw. § 42b HwO); Neuabschlüsse in diesen Berufen wurden erst ab 1987 erfasst.

² Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 bis 2008 vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1993 bis 2012

Tabelle A4.4-6: Staatlich anerkannte Ausbildungsberufe und Ausbildungsregelungen der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderung (§ 66 BBiG/§ 42m HwO) nach Art der Förderung, Berichtsjahr 2012

Neu abgeschlossene Verträge	Insgesamt	Überwiegend betrieblich finanziert	Überwiegend öffentlich finanziert	darunter:			
				Sonderprogramm des Bundes/Landes (i. d. R. für marktbenachteiligte Jugendliche)	Förderung nach § 242 SGB III (außerbetriebliche Ausbildung für sozial Benachteiligte bzw. Lernbeeinträchtigte)	Förderung nach §§ 100 Nr. 3, 235a und 236 SGB III (außerbetriebliche Ausbildung für Menschen mit Behinderung – Reha)	nur für Brandenburg: betriebsnahe Förderung
Verträge in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen	538.623	517.272	21.354	4.608	14.079	2.655	9
Verträge in Berufen nach Ausbildungsregelung der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderung (§ 66 BBiG/§ 42m HwO)	10.380	3.756	6.624	279	1.215	5.130	0
Duales System insgesamt	549.003	521.028	27.978	4.887	15.294	7.785	9

Quelle: Individualdatenerfassung der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Ingesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

nen lediglich – wie oben dargestellt – berufsbezogene Betrachtungen erfolgen oder Ausbildungsverhältnisse ausgewertet werden, die im ersten Jahr der Ausbildung eine spezielle Art der Förderung erfahren. Will man diese Angaben als Einschätzung für den Personenkreis der Auszubildenden mit Behinderung verwenden, stellen sich 2 Probleme (vgl. Gericke/Flemming 2013). Die Angaben zu Verträgen, die nach Kammerregelungen der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderung abgeschlossen wurden, decken nicht alle Verträge behinderter Menschen im dualen System ab. Denn Menschen mit Behinderung schließen auch Verträge in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen ab, das BBiG sieht dies sogar als Regelfall vor (§ 64 BBiG). Hinweis hierauf gibt die Tatsache, dass im Berichtsjahr 2012 rund 2.655 Ausbildungsverhältnisse in staatlich anerkannten Berufen außerbetrieblich „nach §§ 100 Nr. 3, 235a und 236 SGB III (außerbetriebliche Ausbildung für Menschen mit Behinderung – Reha)“ (vgl. Kapitel A7.2) gefördert wurden → Tabelle A4.4-6. Hierunter fanden sich als am stärksten besetzte Berufe Verkäufer/-in, Bürokaufmann/-kauffrau, Fachlagerist/-in, Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation, Maler/-in und Lackierer/-in, Fachkraft im Gastgewerbe, Tischler/-in, Friseur/-in, Bauten- und Objektbeschichter/-in oder Hauswirtschafter/-in.

Andererseits sind auch die statistischen Angaben zur Art der Förderung nicht ausreichend, um den Personenkreis behinderter Menschen abzubilden. Denn nicht alle Ausbildungsverhältnisse mit Auszubildenden mit Behinderung werden öffentlich gefördert. So war unter den Verträgen, die nach Kammerregelung der zuständigen Stellen erfolgten, über ein Drittel (36,2%) überwiegend „betrieblich“ finanziert. Um wirklich belastbare Aussagen zur Situation von Auszubildenden mit Behinderung im dualen System treffen zu können, erscheint die Durchführung gesonderter Stichprobenerhebungen notwendig.

(Naomi Gericke)

A4.5 Alter der Auszubildenden und Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen im dualen System

In der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder wird das Geburtsjahr der Auszubildenden im dualen System erfasst. Die Altersangaben liegen seit der Revision der Berufsbildungsstatistik nicht nur für die neu abgeschlossenen Verträge, sondern auch in weiteren Differenzierungen vor. Sie werden im ersten Abschnitt dieses Kapitels beschrieben. Mithilfe von Altersangaben lässt sich unter Hinzunahme von Bevölkerungsdaten die Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen im dualen System ermitteln. Die vom Bundesinstitut für Berufsbildung hierzu berechneten Indikatoren werden im zweiten Abschnitt des Kapitels behandelt.

Alter der Auszubildenden

Das Durchschnittsalter der Auszubildenden mit Neuabschluss ist in den letzten 20 Jahren kontinuierlich angestiegen. Beigetragen haben hierzu längere Schulzeiten im Sekundarbereich I, zunehmend höhere Schulabschlüsse der Auszubildenden und verlängerte Übergangsprozesse in die Berufsausbildung in den vergangenen Jahren.⁸³ 1993 waren die Jugendlichen durchschnittlich 18,5 Jahre alt und mehr als die Hälfte unter ihnen noch jünger als 18 Jahre → [Tabelle A4.5-1](#). Im Berichtsjahr 2012 betrug das Durchschnittsalter 20,0 Jahre, und die unteren Altersgruppen (16- bis 17-Jährige) umfassten nur noch 11,1 % und 16,2 %. Seit 3 Jahren stagniert das Durchschnittsalter allerdings. In Ostdeutschland war im aktuellen Berichtsjahr sogar erstmals ein Rückgang zu beobachten. Das Alter sank von 20,6 Jahren auf 20,5 Jahre, bedingt vor allem durch Entwicklungen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Insgesamt variierten die Durchschnittswerte über die Länder zwischen Höchstwerten von 21,2 Jahren in Berlin und 20,9 Jahren in Hamburg bis zu Tiefstwerten von 18,9 Jahren in Bayern. Die ostdeutschen Auszubildenden waren dabei mit 20,5 Jahren etwas

älter als diejenigen in Westdeutschland (20,0 Jahre) → [Tabelle A4.5-2](#).⁸⁴

Auch Altersangaben der Ausbildungsanfänger/-innen⁸⁵ (vgl. [Kapitel A4.3](#)) und Absolventen/Absolventinnen der dualen Ausbildung (vgl. [Kapitel A4.8](#)) können durch die Revision der Berufsbildungsstatistik 2007 ausgewertet werden. Im Berichtsjahr 2012 waren unter den Auszubildenden mit Neuabschluss 478.845 Ausbildungsanfänger/-innen⁸⁶. Ihr Durchschnittsalter lag wie in den Vorjahren bei 19,8 Jahren → [Tabelle A4.5-3](#). Die 17-, 18- und 19-Jährigen bildeten die größten Altersgruppen (zusammen: 49,2 %). Nur 12,6 % waren jünger als 17 Jahre, 38,2 % hatten bereits mindestens das 20. Lebensjahr erreicht. Die Frauen waren bei Ausbildungsbeginn mit 20,0 Jahren durchschnittlich etwas älter als die Männer (19,7 Jahre). Sie mündeten häufiger mit höheren Schulabschlüssen, v. a. mit Studienberechtigung, in das duale System, während unter den männlichen Anfängern der Personenanteil mit Hauptschulabschluss vergleichsweise groß ist. Allerdings wirkt sich nicht nur die unterschiedliche Länge eines Schulbesuchs auf das Alter aus, sondern auch unterschiedlich verlaufende Übergangs- und Einmündungsprozesse in eine duale Ausbildung, wie am Anteil zuvor besuchter berufsvorbereitender oder grundbildender Maßnahmen erkennbar ist (vgl. [Kapitel A4.6.1 und A4.6.2](#)).

Weiter gestiegen war im Berichtsjahr 2012 nur das Durchschnittsalter der ausländischen Ausbildungsanfänger/-innen. Es lag bei 20,5 Jahren (2011 und 2010: 20,3 Jahre). Angesichts des großen Anteils an Personen mit Hauptschulabschluss erscheint es relativ hoch und deutet auch hier auf verzögerte Übergänge und Einmündungsschwierigkeiten hin.

83 Zu Determinanten der Übergangsdauer in die duale Berufsausbildung siehe die Analysen auf Basis der Daten der BIBB-Übergangsstudien 2006 und 2011 von Eberhard/Beicht/Krewerth/Ulrich 2013; Beicht/Friedrich/Ulrich 2007.

84 Zur langfristigen Altersentwicklung der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag siehe BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A4.5.

85 Hierbei wurde die Abgrenzung der Anfänger und Anfängerinnen auf Basis der Neuabschlusszahlen gewählt, die zwar geringere Anfängerzahlen ergibt als die Abgrenzung auf Basis der begonnenen Ausbildungsverträge, aber den Vorteil bietet, dass Mehrfachzählungen von Personen eher vermieden werden und so die Anfängerquote nicht überschätzt wird.

86 Nicht alle Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag sind Ausbildungsanfänger/-innen. Ausbildungsverträge werden u. a. auch bei Anschlussverträgen, Zweitausbildungen, erneuter Ausbildung nach vorzeitiger Lösung eines ersten Vertrags oder bei Wechsel von einer außerbetrieblichen in eine betriebliche Ausbildungsstelle abgeschlossen.

Tabelle A4.5-1: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Alter, Bundesgebiet 1993 bis 2012 (in %)**¹

Jahr	Altersjahrgang									40-Jährige und älter (absolut)	Durchschnittsalter	Neuabschlüsse insgesamt	Fehlende Altersangaben
	16-Jährige und jünger	17-Jährige	18-Jährige	19-Jährige	20-Jährige	21-Jährige	22-Jährige	23-Jährige	24-Jährige bis unter 40-Jährige				
1993	24,8	27,7	15,8	11,2	7,6	4,5	2,8	2,1	3,4	–	18,5	571.206	133.281
1994	23,1	27,3	16,8	11,3	8,3	4,7	2,7	1,6	4,2	–	18,6	567.438	135.837
1995	22,3	27,1	17,2	11,9	8,4	4,9	2,6	1,5	4,1	–	18,6	578.583	144.522
1996	22,5	26,2	16,9	12,2	8,8	5,2	2,8	1,5	3,8	–	18,7	579.375	112.011
1997	20,9	26,8	17,0	12,2	9,2	5,8	2,9	1,5	3,7	–	18,7	598.110	108.111
1998	20,1	25,8	17,8	12,3	9,5	6,0	3,2	1,6	3,7	–	18,8	611.820	110.793
1999	18,8	25,1	17,8	13,3	9,9	6,2	3,4	1,9	3,7	–	18,8	635.559	109.863
2000	18,2	24,5	18,4	13,4	10,3	6,3	3,4	1,9	3,7	–	18,9	622.968	102.948
2001	18,1	24,7	18,0	13,2	10,2	6,5	3,5	2,0	3,8	–	18,9	609.576	104.874
2002	17,5	23,7	18,0	13,2	10,4	6,7	3,9	2,2	4,4	–	19,0	568.083	97.920
2003	16,6	23,5	17,8	13,1	10,4	7,1	4,2	2,6	4,7	–	19,1	564.492	102.072
2004	15,2	22,4	17,7	13,4	11,0	7,4	4,6	2,9	5,5	–	19,2	571.977	267
2005	14,3	21,7	17,8	14,2	11,3	7,5	4,6	3,1	5,6	–	19,3	559.062	474
2006	14,4	20,0	17,8	14,6	11,8	7,6	4,7	3,1	5,8	–	19,3	581.181	855
2007	11,7	20,2	17,6	15,6	12,5	8,2	5,0	3,2	6,0	563	19,5	624.177	–
2008	11,5	17,9	18,2	15,5	13,1	8,6	5,4	3,4	6,4	728	19,7	607.566	–
2009	11,1	17,2	16,1	15,9	13,2	9,2	6,0	3,9	7,4	864	19,8	561.171	–
2010	10,4	16,7	15,7	14,8	13,9	9,4	6,4	4,3	8,3	969	20,0	559.032	–
2011	10,6	16,2	15,7	15,2	13,4	9,8	6,2	4,4	8,8	882	20,0	565.824	–
2012	11,1	16,2	15,2	15,2	12,9	9,0	6,5	4,4	9,5	1.086	20,0	549.003	–

¹ Die Durchschnittsaltersberechnung bis zum Berichtsjahr 2006 basiert auf hochgerechneten Neuabschlusszahlen, wobei die Hochrechnung getrennt je Bereich und Bundesland erfolgt (um unterschiedliche Altersverteilungen in den Bereichen und Ländern zu berücksichtigen). Bei der Berechnung des Durchschnittsalters gingen die Altersgruppen mit +0,5 in die Berechnungen ein, also z. B. 17 mit 17,5; die obere und untere Altersgruppe gingen mit 24,5 bzw. 16,5 ein. Da bislang unbekannt ist, wie hoch das Alter der einzelnen Personen in diesen Gruppen ist und da das genaue Geburtsdatum unbekannt ist, kann eine exakte Durchschnittsaltersberechnung nicht erfolgen. Die Veränderungen im Zeitverlauf sind jedoch interpretierbar. Seit 2007 wird im Rahmen der Individualdatenerfassung der Berufsbildungsstatistik das Geburtsjahr erhoben. Ab dem Berichtsjahr 2007 gehen daher bei der Berechnung des Durchschnittsalters nicht die gruppierten Altersdaten ein. Da bei sehr hohen Altersangaben die Wahrscheinlichkeit einer fehlerhaften Datenerfassung größer ist, werden alle Auszubildenden mit Neuabschluss im Alter von 40 und älter nicht in die Berechnung des Durchschnittsalters einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1993 bis 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

Tabelle A4.5-2: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Alter und Region 2012 (in %)¹

Bundesland	Altersjahrgang									40-Jährige und älter (absolut)	Durchschnittsalter	Neuabschlüsse insgesamt
	16-Jährige und jünger	17-Jährige	18-Jährige	19-Jährige	20-Jährige	21-Jährige	22-Jährige	23-Jährige	24-Jährige bis unter 40-Jährige			
Baden-Württemberg	11,5	17,9	17,1	15,3	11,9	8,4	5,9	3,8	8,2	249	19,8	77.466
Bayern	24,9	22,5	15,9	11,6	8,0	5,4	3,7	2,4	5,6	141	18,9	95.715
Berlin (ab 1991 mit Berlin-Ost)	4,0	10,1	11,9	14,0	13,6	12,1	10,0	7,6	16,8	42	21,2	17.853
Brandenburg	7,1	15,4	15,4	13,9	11,3	8,5	8,6	6,0	13,8	6	20,6	11.340
Bremen	4,6	9,3	15,5	17,5	15,7	12,4	8,3	5,3	11,4	9	20,7	5.967
Hamburg	5,1	9,8	13,0	15,5	15,6	12,5	8,8	6,4	13,3	24	20,9	13.425
Hessen	9,3	14,3	15,1	16,3	14,3	9,9	6,8	4,4	9,7	123	20,2	39.726
Mecklenburg-Vorpommern	8,6	17,8	15,5	13,1	9,9	7,4	7,8	6,1	13,7	9	20,4	8.289
Niedersachsen	6,5	15,1	18,5	17,7	13,8	9,3	6,2	4,3	8,5	102	20,1	58.365
Nordrhein-Westfalen	5,3	12,0	13,3	17,7	17,1	11,5	7,8	5,0	10,2	198	20,5	124.008
Rheinland-Pfalz	12,6	17,0	14,8	15,0	13,2	8,8	6,0	3,8	8,9	51	19,9	28.008
Saarland	10,6	11,6	14,2	16,9	13,5	9,5	7,5	4,9	11,3	24	20,4	7.575
Sachsen	11,9	21,5	13,6	11,4	8,8	7,0	7,1	5,3	13,5	27	20,2	18.516
Sachsen-Anhalt	10,4	17,8	15,8	12,7	9,8	7,0	7,7	5,6	13,1	15	20,3	11.535
Schleswig-Holstein	10,0	16,3	15,0	15,1	13,6	9,2	6,5	4,5	9,8	57	20,1	20.280
Thüringen	11,8	19,3	12,7	12,7	9,3	7,4	7,6	5,9	13,3	9	20,3	10.932
Westdeutschland	11,5	16,1	15,4	15,6	13,3	9,1	6,2	4,1	8,7	978	20,0	470.541
Ostdeutschland	8,8	16,8	13,8	12,9	10,6	8,5	8,2	6,1	14,2	108	20,5	78.465
Deutschland	11,1	16,2	15,2	15,2	12,9	9,0	6,5	4,4	9,5	1.086	20,0	549.003

¹ Bei der Berechnung des Durchschnittsalters gingen die Altersgruppen mit +0,5 in die Berechnungen ein, also z. B. 17 mit 17,5; die obere und untere Altersgruppe gingen mit 24,5 bzw. 16,5 ein. Da bei sehr hohen Altersangaben die Wahrscheinlichkeit einer fehlerhaften Datenerfassung größer ist, werden alle Auszubildenden mit Neuabschluss im Alter von 40 und älter nicht in die Berechnung des Durchschnittsalters einbezogen.

Hinweis: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag sind nicht mit Ausbildungsanfänger/-innen im dualen System gleichzusetzen. Siehe hierzu auch [Kapitel A4.3](#)

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

Die deutsche Vergleichsgruppe war im Durchschnitt 19,7 Jahre alt.

Das Alter der Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen stieg 2012 deutlicher als im Vorjahr. So

waren Auszubildende mit bestandener Abschlussprüfung durchschnittlich 22,6 Jahre alt (2011: 22,0 Jahre) → [Tabelle A4.5-3](#). Über die Hälfte der Auszubildenden war beim erfolgreichen Abschluss der Ausbildung 20 bis 22 Jahre alt. 10,8 % waren

Tabelle A4.5-3: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag, Ausbildungsanfänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen nach Alter, Bundesgebiet 2012**

Personen- gruppe	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag											
	Absolut- angaben	Altersjahrgang (in %)									40 Jahre und älter (absolut)	Durch- schnitts- alter ¹
		bis 16 Jahre	17 Jahre	18 Jahre	19 Jahre	20 Jahre	21 Jahre	22 Jahre	23 Jahre	24 Jahre bis 39 Jahre		
Insgesamt	549.003	11,1	16,2	15,2	15,2	12,9	9,0	6,5	4,4	9,5	1.086	20,0
Männer	326.253	12,3	17,9	15,3	13,9	11,6	8,5	6,4	4,4	9,6	420	20,0
Frauen	222.753	9,4	13,7	15,1	17,1	14,7	9,7	6,7	4,3	9,3	666	20,2
Deutsche	515.802	11,4	16,4	15,2	15,2	12,9	8,9	6,5	4,3	9,2	954	20,0
Ausländer/ -innen	33.204	7,6	12,6	16,0	15,1	13,1	9,9	6,9	5,1	13,6	132	20,7
Personen- gruppe	Ausbildungsanfänger/-innen											
	Absolut- angaben	Altersjahrgang (in %)									40 Jahre und älter (absolut)	Durch- schnitts- alter ¹
		bis 16 Jahre	17 Jahre	18 Jahre	19 Jahre	20 Jahre	21 Jahre	22 Jahre	23 Jahre	24 Jahre bis 39 Jahre		
Insgesamt	478.845	12,6	17,9	16,0	15,3	12,4	8,2	5,8	3,8	8,0	657	19,8
Männer	284.634	14,0	19,8	16,0	13,8	11,0	7,7	5,8	3,9	8,1	228	19,7
Frauen	194.211	10,6	15,1	15,9	17,4	14,4	9,0	5,8	3,7	7,9	429	20,0
Deutsche	450.111	12,9	18,2	15,9	15,2	12,4	8,2	5,8	3,8	7,7	546	19,7
Ausländer/ -innen	28.734	8,7	14,1	17,2	15,4	12,6	8,9	6,2	4,7	12,4	111	20,5
Personen- gruppe	Absolventen/Absolventinnen											
	Absolut- angaben	Altersjahrgang (in %)									40 Jahre und älter (absolut)	Durch- schnitts- alter ¹
		bis 19 Jahre	20 Jahre	21 Jahre	22 Jahre	23 Jahre	24 Jahre	25 Jahre	26 Jahre	27 Jahre bis 39 Jahre		
Insgesamt	445.443	10,8	17,5	18,6	17,2	12,8	8,5	5,2	3,3	6,0	906	22,6
Männer	258.630	10,3	18,3	19,8	16,1	11,6	8,3	5,5	3,6	6,4	432	22,6
Frauen	186.813	11,5	16,3	17,0	18,7	14,6	8,6	4,9	3,0	5,5	477	22,6
Deutsche	423.693	11,0	17,6	18,6	17,2	12,8	8,4	5,2	3,3	5,8	798	22,6
Ausländer/ -innen	21.750	8,3	14,2	18,2	16,9	13,2	9,2	6,0	3,8	10,2	111	23,2

¹ Bei der Berechnung des Durchschnittsalters für die Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Ausbildungsanfänger/-innen gingen die Altersgruppen mit +0,5 in die Berechnungen ein, also z. B. 17 mit 17,5. Da bei sehr hohen Altersangaben die Wahrscheinlichkeit einer fehlerhaften Datenerfassung größer ist, werden alle Auszubildenden mit Neuabschluss, Ausbildungsanfänger/-innen und Absolventen im Alter von 40 Jahren und älter nicht in die Berechnung des Durchschnittsalters einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

jünger, 35,8 % hatten mindestens das 23. Lebensjahr erreicht. Wie auch im Vorjahr unterschieden sich männliche und weibliche Auszubildende altersmäßig nicht. Absolventen/Absolventinnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit dagegen wiesen mit 23,2 Jahren ein höheres Alter auf als jene mit deutscher Staats-

angehörigkeit (22,6 Jahre). Gegenüber Absolventen/Absolventinnen, die erstmals ihre Ausbildung im dualen System abschlossen, gab es beim Durchschnittsalter keinen Unterschied.

Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen im dualen System

Quoten zur Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen **E** werden als Indikator für die quantitative Bedeutung des dualen Systems sowie als Maß der Integration verschiedener Personengruppen interpretiert. Sie geben den Anteil der Jugendlichen in der Wohnbevölkerung an, die eine duale Berufsausbildung nach BBiG bzw. HwO beginnen oder erfolgreich abschließen. Wie lange die Übergangsphase von der allgemeinbildenden Schule bis zu diesem Ereignis dauert, bleibt dabei unberücksichtigt. Generell dient die Quote vor allem dem Vergleich im Zeitverlauf und vergleichenden Analysen verschiedener Personengruppen. Zur Berechnung werden Daten aus der Berufsbildungsstatistik und der Bevölkerungsfortschreibung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder verwendet.

Ausbildungsanfängerquote: Anteil der Jugendlichen 2012, die eine Ausbildung beginnen

Die Ausbildungsanfängerquote stellt den am besten geeigneten Indikator dar, um den Anteil der Jugendlichen zu bemessen, die eine duale Berufsausbildung beginnen. Denn die Quote vermeidet die Überschätzung durch Mehrfachzählungen von Verträgen, wie sie bei der früheren Ausbildungsbeteiligungsquote auftraten **E**. Für das Berichtsjahr 2012 ergibt sich ein rechnerischer Anteil von 55,7 %⁸⁷ an der Wohnbevölkerung, der irgendwann im Laufe seiner Biografie eine duale Berufsausbildung beginnt → **Tabelle A4.5-4**. Nach den zuletzt steigenden Tendenzen ist die Ausbildungsanfängerquote damit erstmals wieder um 2,1 % gesunken (2011: 56,9%). Eine sich abschwächende Wirtschaftskonjunktur und der Abbau sogenannter außerbetrieblicher Stellen hatten das Ausbildungsangebot im Berichtsjahr 2012 zurückgehen lassen (BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A1.1). Hinzu kamen eine demografisch bedingte sinkende Nachfrage und eine zunehmende Studierneigung der Schulabgänger/-innen. Dabei sank 2012 die Zahl der

Anfänger/-innen im dualen System stärker (-3,7%) als die Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter (-1,5%). Der Rückgang der Ausbildungsanfänger/-innen fand v. a. in den Altersgruppen der 21-Jährigen (-10,9%), der 20-Jährigen (-6,7%) und der 18-Jährigen (-5,9%) statt. Die rückläufige Ausbildungsbeteiligung war dabei in beiden Landesteilen gleichermaßen zu beobachten. Sie betrug in Westdeutschland 56,1% (-2,3%), im östlichen Bundesgebiet 53,4% (-2,2%).

E Ausbildungsanfängerquote der Jugendlichen (AAQ)

Nicht alle Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag sind Ausbildungsanfänger/-innen (vgl. **Kapitel A4.3**). Die frühere, auf Basis der Neuabschlüsse berechnete Ausbildungsbeteiligungsquote überschätzt den Anteil der Ausbildungsanfänger/-innen, weil u. a. auch bei Betriebs- oder Berufswechsel ein Neuabschluss erfolgt (zu Einschränkungen bei der Berechnung vgl. Uhly 2006 und Althoff 1997).

Anhand der Angaben zur vorherigen Berufsausbildung der Auszubildenden und zur faktischen Ausbildungsdauer sowie der Daten zu Schulqualifikationen und Alter lassen sich seit der Revision der Berufsbildungsstatistik zumindest näherungsweise die Ausbildungsanfänger/-innen unter den Neuabschlüssen im dualen System identifizieren. Bei der Berechnung der AAQ werden anstelle der Neuabschlüsse die Anfänger/-innen nach Alter auf die Wohnbevölkerung bezogen (vgl. Gericke/Uhly 2012; Gericke/Uhly/Ulrich 2011). Die AAQ gibt den rechnerischen Anteil einer synthetischen Alterskohorte in der Wohnbevölkerung wieder, der erstmals eine Ausbildung mit Ausbildungsvertrag im dualen System beginnt.

$$AAQ = \sum_{i=16}^{24} \frac{\text{Ausbildungsanfänger}_i}{\text{Wohnbevölkerung}_i} \times 100$$

i = Alter*

* Ausbildungsanfänger/-innen im Alter von „16 und jünger“ werden in der unteren Altersgruppe zusammengefasst; jene im Alter von „24 und älter“ werden in der oberen Altersgruppe zusammengefasst.

87 Nicht ausgeschlossen werden kann, dass es sich hierbei noch um eine Untergrenze handelt, da ein Teil der Neuabschlüsse von den zuständigen Stellen nach dem Stichtag in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse nachgetragen wird.

Tabelle A4.5-4: **Ausbildungsanfängerquote nach Personenmerkmal und Region¹, 2009 bis 2012 (in %)²**

Jahr	Ausbildungsanfängerquote								
	Gesamt	Deutsche davon:			Ausländer/-innen davon:			West	Ost
		Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen		
2009	53,5 ³	56,4	63,6	48,9	27,5	29,3	25,8	53,6	53,7
2010	54,9	57,8	66,1	49,0	29,5	32,1	26,8	55,1	54,4
2011	56,9	60,2	70,2	49,6	29,8	32,6	26,9	57,4	54,6
2012	55,7	58,9	68,7	48,6	29,4	31,7	27,0	56,1	53,4

¹ Da die Berufsbildungsstatistik den Wohnort der Auszubildenden nicht erfasst, können Pendlerbewegungen nicht berücksichtigt werden. Diese können die berechneten Quoten für einzelne Regionen verzerren, da Pendler bei den Ausbildungsanfängerzahlen dem Ort der Ausbildungsstätte zugeordnet werden, während sie bei der Wohnbevölkerung am Ort ihres Hauptwohnsitzes erfasst sind.

² Seit der Umstellung auf eine Individualdatenerfassung im Berichtsjahr 2007 kann unter den Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag die Personengruppe der Ausbildungsanfänger/-innen identifiziert werden; da somit Mehrfachzählungen des Vertragsabschlusses vermieden werden können, erfolgt die Einführung der Ausbildungsanfängerquote.

³ Die Berechnungsweise der Ausbildungsanfängerquote wurde im Laufe des Jahres 2011 verfeinert. Die im BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.5, ausgewiesene Ausbildungsanfängerquote für das Berichtsjahr 2009 wurde neu berechnet.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2009 bis 2012, und Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes, Berichtsjahre 2009 bis 2012; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Die Höhe der AAQ ist aufgrund zweier Aspekte mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Es wurde einerseits keine Korrektur des Effektes der doppelten Abiturjahrgänge vorgenommen. Daher könnte die AAQ geringfügig erhöht sein. Außerdem erfolgte die Berechnung der AAQ auf Basis der **Bevölkerungsfortschreibung** auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten). Differenzierte Altersangaben aus dem Zensus 2011 konnten für das Berichtsjahr 2012 noch nicht berücksichtigt werden. In der Altersgruppe der unter 18-Jährigen wird für den Zensus eine Abweichung von ca. -0,8 % und in der der 18- bis 29-Jährigen von ca. -2,1 % angegeben (Statistisches Bundesamt 2013).⁸⁸

Die Ausbildungsbeteiligung im dualen System variiert zwischen verschiedenen Personengruppen. In der männlichen Wohnbevölkerung betrug der Anteil, der eine Ausbildung im dualen System beginnt, 64,7 % (-2,3 %); in der weiblichen Bevölkerung lag die AAQ bei 46,2 % (-1,9 %). Bei beiden Geschlechtern war die Zahl der Anfänger/-innen 2012 um rund 3,5 % gesunken. Das unterschiedliche Maß der Ausbildungsbeteiligung ist v. a. auf geschlechtsspe-

zifische Bildungs- und Berufsorientierungen und die höheren schulischen Qualifikationen der Frauen zurückzuführen, die ihnen neben dem dualen System auch schulische Berufsausbildungen oder akademische Wege eröffnen. Die Chancen auf einen Neabschluss hängen aber auch mit Zugangsbedingungen im dualen System zusammen. Frauen, die eine betriebliche Ausbildung in Fertigungs- oder technischen Berufen anstreben, haben gegenüber ihren männlichen Bewerbern auch bei gleichen Schulqualifikationen geringere Realisierungschancen (Beicht/Walden 2012).

Die Zahl der ausländischen Ausbildungsanfänger/-innen war in den vergangenen Jahren angestiegen. Doch die Ausgangswerte sind niedrig, die Situation der Jugendlichen ausländischer Staatsangehörigkeit ist unverändert schwierig. 2012 lag die Ausbildungsanfängerquote in der ausländischen Wohnbevölkerung bei 29,4 % und sank damit wie die Gesamtquote leicht ab (2011: 29,8 %). Die Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen deutscher Staatsangehörigkeit erreichte 58,9 % (-1,3 %) und fiel damit wieder unter die 60 %-Marke. Vertragsabschlüsse von ausländischen Ausbildungsanfängern/Ausbildungsanfängerinnen konzentrieren sich noch

⁸⁸ Wenn entsprechend niedrigere Bevölkerungszahlen für die Berechnung der AAQ verwendet werden, liegt die AAQ für 2012 um ca. 1 Prozentpunkt höher.

stärker als die anderer Personengruppen auf ein enges Berufsspektrum. Nachfrage- und angebotsseitige Gründe wirken gleichermaßen ein. Ausländische Jugendliche haben vielfach niedrigere Schulabschlüsse, die die Perspektiven im dualen System einschränken. Studien zu Migranten weisen aber nach, dass auch bei Kontrolle der schulischen Leistung und des Wunsches nach einer betrieblichen Ausbildung deutlich geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz bestehen als bei der entsprechenden Vergleichsgruppe (vgl. Kapitel A4.9; Beicht 2011; Friedrich 2009).⁸⁹ Nach BIBB-Analysen sind diese auch nicht auf einseitige Berufswünsche zurückzuführen. Denn die ursprünglichen Berufsinteressen von Migranten und Migrantinnen sind nach Beicht (2012) ebenso vielfältig wie die von Ausbildungssuchenden ohne Migrationshintergrund. In der Vergangenheit wurden vielmehr Verdrängungstendenzen und ein spezifisches betriebliches Auswahlverhalten beobachtet, das in Zusammenhang mit der allgemeinen Ausbildungsstellenmarktsituation steht. Bei angespannter Lage griffen Betriebe demnach weniger auf ausländische Bewerber/-innen zurück (Uhly/Granato 2006; Granato/Werner 1999). Tatsächlich verschlechterte sich die Marktlage 2012 leicht, die Ausbildungsstellenbewerber/-innen fanden weniger freie Stellen vor als im Vorjahr.⁹⁰ Zu beachten ist dabei, dass den betreffenden Personen aufgrund der tendenziell niedrigeren Schulabschlüsse ohnehin weniger alternative (schulische oder akademische) Bildungswege offenstehen.

Ausbildungsabsolventenquote: Anteil der Jugendlichen, die 2012 einen Abschluss machten

Entscheidend ist nicht allein das Einmünden in eine Berufsausbildung, sondern auch das erfolgreiche Absolvieren und Erlangen eines qualifizierten Berufsabschlusses. Im Berichtsjahr 2012 bestanden 445.443 Auszubildende im dualen System ihre Abschlussprüfung (vgl. Kapitel A4.8). 421.728 Auszubildende bzw. 94,7 % schlossen darunter

erstmalig erfolgreich eine duale Ausbildung ab. Um Mehrfachzählungen zu vermeiden, werden diese Erstabsolventen und nicht sämtliche Absolventen/Absolventinnen in Bezug gesetzt zur entsprechenden Wohnbevölkerung. Daraus ergibt sich für das Berichtsjahr 2012 eine Ausbildungsabsolventenquote (AbsQ) **E** von 44,2 %⁹¹ → **Tabelle A4.5-5**. Gegenüber dem Vorjahr (46,5 %) ist der rechnerische Anteil, der in der Wohnbevölkerung erfolgreich eine duale Ausbildung abschloss, deutlich abgesunken (-4,9 %). Regional differenziert zeigen sich z. T. noch niedrigere Werte. Während die AbsQ in der westdeutschen Bevölkerung bei 45,3 % (-4,6 %) lag, sank sie in der östlichen Bevölkerung von 42,1 % auf 38,9 % (-7,6 %). Damit kommen zeitversetzt Entwicklungen unter den Neuabschlüssen früherer Jahre zum Ausdruck. 2009 war die Zahl der Verträge bundesweit um -7,6 % eingebrochen, in den ostdeutschen Ländern sogar um -13,0 %.

E Ausbildungsabsolventenquote der Jugendlichen (AbsQ)

Nicht nur die Ausbildungsanfängerquote, sondern auch der Anteil der Absolventen/Absolventinnen gibt Auskunft über die Bedeutung des dualen Systems. Um Mehrfachzählungen zu vermeiden, werden hierzu nur jene Absolventen und Absolventinnen betrachtet, die zuvor nicht bereits eine duale Ausbildung mit Vertrag erfolgreich abgeschlossen haben. Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik können diese Erstabsolventen/-absolventinnen nach Alter differenziert werden. Die AbsQ gibt den rechnerischen Anteil einer synthetischen Alterskohorte in der Wohnbevölkerung wieder, der eine duale Berufsausbildung mit Ausbildungsvertrag erfolgreich absolviert hat. Die Quote berechnet sich auf Basis der Berufsbildungsstatistik und der Bevölkerungsfortschreibung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, jeweils zum Stichtag 31. Dezember. Auszubildende mit bestandener Abschlussprüfung, die zuvor noch keine duale Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, werden der Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter gegenübergestellt (vgl. Gericke/Uhly 2012).

89 Migranten und Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sind formal nicht gleichzusetzen. Die Studienergebnisse können daher nur bedingt auf die Situation der Ausländer/-innen übertragen werden.

90 Die erweiterte ANR sank von 93,4 % (2011) auf 93,2 % (2012).

91 Nicht ausgeschlossen werden kann, dass es sich bei diesem Wert um eine Unterschätzung handelt. In den Statistiken der großen Zuständigkeitsbereiche Handwerk und Industrie und Handel wurden für das Berichtsjahr 2012 höhere Zahlen an Ausbildungsabsolventen gemeldet als in der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Tabelle A4.5-5: Ausbildungsabsolventenquote¹ nach Personenmerkmal und Region², 2009 bis 2012 (in %)

Jahr	Ausbildungsabsolventenquote								
	Gesamt	Deutsche davon:			Ausländer/-innen davon:			West	Ost
		Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen		
2009	45,6	49,2	55,7	42,4	16,5	17,5	15,5	46,7	41,6
2010	46,3	50,0	56,3	43,4	17,1	18,0	16,2	47,4	42,0
2011	46,5	50,4	57,4	43,0	17,9	18,7	17,0	47,5	42,1
2012	44,2	48,3	55,3	40,9	16,5	17,1	15,8	45,3	38,9

¹ Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik und der Umstellung auf eine Individualdatenerfassung kann unter den Auszubildenden mit bestandener Abschlussprüfung nach Alter und vorheriger Berufsausbildung differenziert werden; für das Berichtsjahr 2009 erfolgte im Zuge dessen die Einführung der Ausbildungsabsolventenquote. Die Berechnungsweise der Ausbildungsabsolventenquote wurde im Laufe des Jahres 2011 allerdings weiter verfeinert, sodass die im Vorjahr im BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.5, ausgewiesene Ausbildungsabsolventenquote neu berechnet wurde.

² Da die Berufsbildungsstatistik den Wohnort der Auszubildenden nicht erfasst, können Pendlerbewegungen nicht berücksichtigt werden. Diese können die berechneten Quoten für einzelne Regionen verzerren, da Pendler bei den Ausbildungsabsolventen dem Ort der Ausbildungsstätte zugeordnet werden, während sie bei der Wohnbevölkerung am Ort ihres Hauptwohnsitzes erfasst sind.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2009 bis 2012, und Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes, Berichtsjahre 2009 bis 2012; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

$$\text{AbsQ} = \sum_{i=19}^{27} \frac{\text{Erstabsolventen}_i}{\text{Wohnbevölkerung}_i} \times 100$$

$i = \text{Alter}^*$

* *Erstabsolventen im Alter von „19 und jünger“ werden in der unteren Altersgruppe zusammengefasst; jene im Alter von „27 und älter“ werden in der oberen Altersgruppe zusammengefasst.*

In der männlichen Bevölkerung lag die Absolventenquote 2012 mit 50,5 % höher. Der Anteil der Frauen betrug 37,7 %. In der deutschen Bevölkerung erreichte die AbsQ einen Wert von 48,3 %, unter den Ausländern lediglich 16,5 %.

Abgelöst: Ausbildungsbeteiligungsquote der Jugendlichen (AQ)

Bis zur Revision der Berufsbildungsstatistik im Jahr 2007 konnten aus der Berufsbildungsstatistik nur Neuabschlüsse bzw. Bestandsangaben (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.7) zur Quantifizierung der Ausbildungsbeteiligung verwendet werden. Da einige Personen im Laufe ihres Lebens wiederholt Ausbildungsverträge abschließen, überschätzte diese AQ den Anteil der Jugendlichen, die in ihrer Biografie irgendwann eine Ausbildung beginnen. Eine bessere Berechnungsweise war mit der Aggregatdatenerhebung der Berufsbildungsstatistik nicht möglich. Mit der Einführung der Ausbildungsanfängerquote können Mehrfachzählungen ausgelassen und der Anfängeranteil genauer bestimmt werden. Die frühere AQ eignet sich vor allem für Vergleiche im längerfristigen Zeitverlauf (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A4.5).

(Naomi Gericke)

A4.6 Vorbildung der Auszubildenden mit Neuabschluss

A4.6.1 Vorherige Berufsvorbereitung und berufliche Grundbildung bei Auszubildenden mit Neuabschluss

In der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder wird seit 2007 erfasst, ob die Auszubildenden im dualen System zuvor eine berufsvorbereitende Qualifizierung und/oder berufliche Grundbildung **E** abgeschlossen haben und um welche Art der Maßnahme(n) es sich handelt. Nach anfänglichen Meldeproblemen hat sich die Datenlage verbessert; es ist jedoch nicht auszuschließen, dass die Angaben zur vorherigen Teilnahme an Maßnahmen des Übergangsbereichs noch untererfasst sind.⁹²

E Berufsbildungsstatistik: Erfassung der berufsvorbereitenden Qualifizierung oder beruflichen Grundbildung seit 2007

Im Jahr 2007 wurde die Berufsbildungsstatistik neu konzipiert und auf eine Individualstatistik mit erweitertem Merkmalskatalog umgestellt. Seither werden 3 Vorbildungsarten getrennt voneinander erfasst: der höchste allgemeinbildende Schulabschluss (**Kapitel A4.6.2**), eine vorausgegangene berufsvorbereitende Qualifizierung oder berufliche Grundbildung sowie Angaben zu einer vorherigen Berufsausbildung. Auf diese Weise kann die Vorbildung für alle Auszubildenden mit Neuabschluss jeweils vollständig ausgewiesen werden.

Als berufsvorbereitende Qualifizierung und berufliche Grundbildung werden nur abgeschlossene berufsvorbereitende und grundbildende Qualifizierungen von mindestens 6 Monaten Dauer erfasst. Unterschieden werden:

- Betriebliche Qualifizierungsmaßnahme (Einstiegsqualifizierung [EQ], Qualifizierungsbaustein, Betriebspraktikum)
- Berufsvorbereitungsmaßnahme⁹³
- Schulisches Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)
- Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) (damit ist nicht das BGJ in kooperativer Form [Teilzeit] gemeint)

- Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss (BFS)

Mehrfachnennungen sind möglich. Verlaufsdaten, die die Übergangsprozesse bis zum Einmünden in eine Ausbildungsstelle abbilden, liegen jedoch nicht vor, da die jeweiligen Zeitpunkte, zu denen die Qualifizierungen absolviert wurden, nicht mit erhoben werden.

Aufgrund von Umsetzungsschwierigkeiten der revidierten Berufsbildungsstatistik wurde dieses Merkmal erst ab dem Berichtsjahr 2008 veröffentlicht. Generell sind die neu eingeführten Merkmale der Berufsbildungsstatistik in den ersten Jahren noch mit Vorsicht zu interpretieren, da u. a. nicht ausgeschlossen werden kann, dass unter der Ausprägung „liegt nicht vor“ auch fehlende Angaben gemeldet wurden. Analysen auf Basis der BIBB-Übergangsstudie (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A3.3) sowie der Schulabgängerstatistik der statistischen Ämter geben Hinweise darauf, dass das Merkmal „berufsvorbereitende Qualifizierung und berufliche Grundbildung“ unterfasst ist.⁹⁴

Für Zeitreihen des früheren Merkmals „schulische Vorbildung“ bis 2006 und dessen Erfassung siehe BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4.

Auszubildende mit vorheriger Teilnahme an Berufsvorbereitung und beruflicher Grundbildung 2012

Im Berichtsjahr 2012 wurden unter den Auszubildenden mit Neuabschluss 58.443 (10,6%) mit vorheriger berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung gemeldet → **Tabelle A4.6.1-1**. Im Vergleich zu den Vorjahren ist der Anteil weiter leicht gesunken. Dieser anhaltende Rückgang korrespondiert mit der seit 2005 kontinuierlich sinkenden Anzahl an Anfängern/Anfängerinnen im Übergangsbereich von 417.647 (2005) auf 259.727 (2012) (vgl. **Kapitel A6.1**).

⁹² Vgl. hierzu www.bibb.de/dokumente/pdf/Ab10_revision.pdf.

⁹³ Berufsvorbereitungsmaßnahmen, die mindestens 6 Monate dauern und keiner der anderen genannten Kategorien zuzuordnen sind.

⁹⁴ Berechnungen auf Grundlage der BIBB-Übergangsstudie 2011 und Daten der Schulstatistik des Statistischen Bundesamtes deuten auf eine Untererfassung in der Berufsbildungsstatistik hin. Auf Basis dieser Berechnungen wären bundesweit näherungsweise 88 bzw. 86 Tsd. Personen als Auszubildende mit Neuabschluss und vorheriger Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung zu erwarten.

Tabelle A4.6.1-1: **Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Zuständigkeitsbereichen¹, Bundesgebiet 2012 (Mehrfachnennungen möglich)**

Zuständigkeitsbereich	Neuabschlüsse insgesamt	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung											
		insgesamt		darunter:									
				betriebliche Qualifizierungsmaßnahme		Berufsvorbereitungsmaßnahme		schulisches Berufsvorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrundbildungsjahr		Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss	
absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
Industrie und Handel	333.183	23.205	7,0	2.508	0,8	3.720	1,1	3.246	1,0	1.557	0,5	13.092	3,9
Handwerk	146.592	26.424	18,0	4.545	3,1	5.694	3,9	3.363	2,3	4.698	3,2	9.225	6,3
Öffentlicher Dienst	11.787	1.401	11,9	1.128	9,6	57	0,5	27	0,2	42	0,4	150	1,3
Landwirtschaft	13.275	2.139	16,1	174	1,3	651	4,9	339	2,6	816	6,1	231	1,7
Freie Berufe	41.319	4.008	9,7	2.031	4,9	750	1,8	480	1,2	267	0,6	843	2,0
Hauswirtschaft	2.847	1.266	44,5	51	1,8	693	24,3	324	11,4	60	2,1	183	6,4
Insgesamt	549.003	58.443	10,6	10.440	1,9	11.565	2,1	7.779	1,4	7.440	1,4	23.724	4,3

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsbetrieb (vgl. [3 in Kapitel A1.2](#)). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Unterschiede nach Zuständigkeitsbereichen

Die Anteile berufsvorbereitender Qualifizierung und beruflicher Grundbildung unter den Auszubildenden mit Neuabschluss waren je nach Zuständigkeitsbereich sehr unterschiedlich. Zudem erfolgte der insgesamt zu beobachtende Rückgang des Anteils berufsvorbereitender Qualifizierung und beruflicher Grundbildung nicht in allen Bereichen gleichermaßen, z. T. gab es auch Anstiege (zu den Vorjahreswerten siehe BIBB-Datenreport 2013, Tabelle A4.6.1-1) → [Tabelle A4.6.1-1](#).

Im Bereich Hauswirtschaft wurde mit 44,5 % weiterhin der höchste Anteil gemeldet. Dies bedeutet einen Anstieg von 4 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr (40,8 %). Der hohe Anteilswert im Bereich Hauswirtschaft liegt u. a. darin begründet, dass sehr viele Auszubildende in diesem Bereich höchstens über den Hauptschulabschluss verfügten (vgl. [Kapitel A4.6.2](#)).

Den zweithöchsten Anteil an Personen, die zuvor Maßnahmen des Übergangsbereichs durchlaufen haben, gab es mit 18,0 % im Handwerk. Hierbei handelt es sich um einen leichten Rückgang zum Berichtsjahr 2011 (18,4 %). An dritter Stelle rangierte der Bereich Landwirtschaft mit 16,1 %; hier ist der Anteilswert im Vergleich zum Vorjahr (15,4 %) leicht gestiegen. Im Bereich des öffentlichen Dienstes lag der Anteil bei 11,9 % und entsprach damit dem Vorjahreswert. Ein Großteil machte die betriebliche Qualifizierungsmaßnahme aus (9,6 %). In den freien Berufen hat mit 9,7 % etwa ein Zehntel der Auszubildenden zuvor Maßnahmen der berufsvorbereitenden Qualifizierung oder der beruflichen Grundbildung durchlaufen. 2012 lag der Anteil leicht über dem Vorjahreswert (9,1 %).

Der größte Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel wies mit 7,0 % den geringsten Anteil an Auszubildenden mit Neuabschluss auf, die zuvor eine berufsvorbereitende Qualifizierung oder berufliche

Grundbildung abgeschlossen hatten. Dieser Wert ging gegenüber dem Vorjahr (7,5 %) um einen halben Prozentpunkt zurück.

Regionale Unterschiede

Nach Bundesländern differenziert zeigen sich folgende Unterschiede → **Tabelle A4.6.1-2**: In Bayern,

Hessen (je 6,4 %), Thüringen (6,7 %) und Bremen (6,8 %) lagen die Anteile an berufsvorbereitender Qualifizierung und beruflicher Grundbildung 2012 bei unter 7 %. In Baden-Württemberg (15,9 %) ⁹⁵, Sachsen (14,7 %) und Niedersachsen (13,4 %) hingegen wurden Werte deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 10,6 % erreicht.

Tabelle A4.6.1-2: Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Bundesländern 2012 (Mehrfachnennungen möglich)

Region	Neuabschlüsse insgesamt	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung											
		insgesamt		darunter:									
				betriebliche Qualifizierungsmaßnahme		Berufsvorbereitungsmaßnahme		schulisches Berufsvorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrundbildungsjahr		Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss	
absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Baden-Württemberg	77.466	12.294	15,9	1.122	1,4	1.017	1,3	1.602	2,1	618	0,8	8.406	10,9
Bayern	95.715	6.114	6,4	1.503	1,6	1.173	1,2	699	0,7	2.574	2,7	285	0,3
Berlin	17.853	1.548	8,7	282	1,6	579	3,2	231	1,3	30	0,2	462	2,6
Brandenburg	11.340	1.299	11,5	279	2,5	831	7,3	117	1,0	27	0,2	72	0,6
Bremen	5.967	408	6,8	111	1,9	108	1,8	63	1,1	24	0,4	126	2,1
Hamburg	13.425	1.131	8,4	315	2,3	264	2,0	369	2,7	33	0,2	204	1,5
Hessen	39.726	2.556	6,4	621	1,6	639	1,6	474	1,2	264	0,7	696	1,8
Mecklenburg-Vorpommern	8.289	882	10,6	117	1,4	516	6,2	186	2,2	9	0,1	87	1,0
Niedersachsen	58.365	7.833	13,4	1.698	2,9	945	1,6	657	1,1	555	1,0	4.419	7,6
Nordrhein-Westfalen	124.008	14.163	11,4	2.064	1,7	2.274	1,8	897	0,7	1.680	1,4	7.596	6,1
Rheinland-Pfalz	28.008	2.553	9,1	729	2,6	573	2,0	456	1,6	369	1,3	603	2,2
Saarland	7.575	717	9,5	210	2,8	150	2,0	90	1,2	267	3,5	66	0,9
Sachsen	18.516	2.730	14,7	288	1,6	1.050	5,7	990	5,3	510	2,8	132	0,7
Sachsen-Anhalt	11.535	1.113	9,6	96	0,8	477	4,1	435	3,8	168	1,5	99	0,9
Schleswig-Holstein	20.280	2.373	11,7	699	3,4	774	3,8	357	1,8	306	1,5	393	1,9
Thüringen	10.932	732	6,7	306	2,8	195	1,8	153	1,4	6	0,1	84	0,8
West	470.541	50.139	10,7	9.075	1,9	7.914	1,7	5.667	1,2	6.690	1,4	22.788	4,8
Ost	78.465	8.304	10,6	1.365	1,7	3.651	4,7	2.112	2,7	750	1,0	936	1,2
Bundesgebiet	549.003	58.443	10,6	10.440	1,9	11.565	2,1	7.779	1,4	7.440	1,4	23.724	4,3

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

95 In Baden-Württemberg erfolgte durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg im Jahr 2011 eine Umschlüsselung für das Berufsgrundbildungsjahr, wenn dieses an einer Berufsfachschule absolviert wurde. Deshalb gab es hier für 2011 keine Meldungen. Im Berichtsjahr 2012 wurde das BGJ für Baden-Württemberg wieder gemeldet.

Tabelle A4.6.1-3: **Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung, Berichtsjahre 2010 bis 2012 (Mehrfachnennungen möglich)**

Region	Berichtsjahr	Neuabschlüsse insgesamt	darunter:		darunter:	
			vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung		überwiegend öffentlich finanzierte Stellen	
		absolut	absolut	in %	absolut	in %
West	2010	469.869	49.500	10,5	24.564	5,2
	2011	482.787	52.884	11,0	21.099	4,4
	2012	470.541	50.139	10,7	19.035	4,0
Ost	2010	89.163	11.703	13,1	17.301	19,4
	2011	83.037	9.495	11,4	11.430	13,8
	2012	78.465	8.304	10,6	8.940	11,4
Bundesgebiet	2010	559.032	61.203	10,9	41.865	7,5
	2011	565.824	62.382	11,0	32.529	5,7
	2012	549.003	58.443	10,6	27.978	5,1

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2010 bis 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Die Anteile in Ost und West hatten sich in den Vorjahren bereits zunehmend angenähert, 2012 lagen beide Teile des Bundesgebiets gleichauf → **Tabelle A4.6.1-3**. Noch vor wenigen Jahren wiesen die östlichen Bundesländer deutlich höhere Anteile einer vorausgegangenen beruflichen Grundbildung und berufsvorbereitenden Qualifizierung auf. Dies stand im Zusammenhang mit der übrigen Förderlandschaft. Aufgrund des enormen Lehrstellenmangels im östlichen Bundesgebiet waren dort in der Vergangenheit stärker als im Westen außerbetriebliche Stellen eingerichtet worden. Überwiegend öffentlich finanzierte Stellen waren zudem an bestimmte Fördervoraussetzungen geknüpft (Eberhard/Ulrich 2010), die u. a. vorlagen, wenn die Auszubildenden zuvor an einer berufsvorbereitenden Maßnahme von mindestens 6 Monaten Dauer teilgenommen hatten.⁹⁶

Ein hoher Anteil öffentlich finanzierter Stellen ging somit einher mit einem hohen Anteil von Meldungen Auszubildender mit berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung.

Aus den genannten Gründen war der Anteil öffentlich finanzierter Ausbildungsstellen unter den Neuabschlüssen 2010 in den östlichen Bundesländern (19,4 %) noch deutlich höher als im Westen (5,2 %). Im Berichtsjahr 2012 sank der Anteil der öffentlich finanzierten Stellen im Osten auf 11,4 % ab, im Westen ging der Anteil auf 4,0 % zurück. Für das Bundesgebiet ergab sich ein Anteilswert von 5,1 %. Die BIBB-Erhebung zum 30. September 2012 wies ähnliche Werte für die überwiegend öffentlich finanzierten Stellen unter den Neuabschlüssen 2012 aus (Ost 10,6 %; West 3,7 %; Bundesdurchschnitt 4,7 %) (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A1.2). Das starke Absinken des Anteils öffentlich finanzierter Neuabschlüsse ist darauf zurückzuführen, dass im Osten die Förderung von Ausbildungsplätzen für marktbenachteiligte Jugendliche in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgefahren wurde (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.2.2).

⁹⁶ Die Förderungsfähigkeit aufgrund der Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Maßnahme mit mindestens 6-monatiger Dauer wurde mit der Aufhebung des § 242 SGB III zum 1. April 2012 ebenfalls aufgehoben. Seit dem 1. April 2012 ist die außerbetriebliche Ausbildung für sozial Benachteiligte bzw. Lernbeeinträchtigte geregelt durch § 74 Absatz 1 Nummer 2 SGB III, § 76 SGB III und § 78 SGB III. Zu den Finanzierungsarten der Berufsausbildung siehe die Erläuterungen unter www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_daten.pdf.

Berufsvorbereitung nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss

Maßnahmen der berufsvorbereitenden Qualifizierung und beruflichen Grundbildung richten sich vornehmlich an Jugendliche mit Schwierigkeiten an der sogenannten „ersten Schwelle“. Einer dieser Nachteile beim Übergang in die Berufsausbildung kann ein niedriger Schulabschluss sein, auch wenn Schulabschlüsse keine formelle Zugangsvoraussetzung für eine Berufsausbildung nach BBiG/HwO sind. So zeigen sich auch unter den Auszubildenden mit Neuabschluss je nach Schulabschluss differierende Anteile berufsvorbereitender Qualifizierung und beruflicher Grundbildung → **Tabelle A4.6.1-4**.

Von den Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss hatte mehr als ein Viertel (25,4 %) zuvor eine Maßnahme im Übergangsbereich durchlaufen, und bei denjenigen mit Hauptschulabschluss war es noch etwa ein Sechstel (16,2 %). Die größte Schulabschlussgruppe unter den Neuabschlüssen machten mit 42,3 % diejenigen mit Realschulabschluss aus (vgl. **Kapitel A4.6.2**). Unter ihnen befanden sich knapp 9 % mit einer vorausgegangenen berufsvor-

bereitenden oder berufsbildenden Maßnahme; bei den Auszubildenden mit Studienberechtigung waren es 5,2 %.

Die Anteile gingen in allen Schulabschlussgruppen leicht zurück (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Tabelle A4.6.1-4). Unter den Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss machten Berufsvorbereitungsmaßnahmen weiterhin den höchsten Anteil aus (13,5 %). In der Gruppe der Auszubildenden mit Hauptschulabschluss gab es keine anteilig auffälligen Einzelmaßnahmen. Die Auszubildenden mit Realschulabschluss hatten am häufigsten eine Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Abschluss absolviert (4,8 %); erwartungsgemäß wurde für diese Gruppe selten ein Berufsvorbereitungsjahr (0,5 %) gemeldet. Unter den Neuabschlüssen waren bei Studienberechtigten die Maßnahmenanteile sehr niedrig. Dies hängt auch damit zusammen, dass der Übergangsbereich häufig dazu dient, höhere Schulabschlüsse zu vermitteln. Dennoch wurde für diese Gruppe 3,6 % mit vorausgegangenem Besuch einer Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Abschluss sowie 1,2 % mit einer betrieblichen Qualifizierungsmaßnahme gemeldet.

Tabelle A4.6.1-4: Auszubildende mit Neuabschluss und vorheriger Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach höchstem allgemeinbildendem Schulabschluss, Berichtsjahr 2012

Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	Neuabschlüsse insgesamt	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung												
		insgesamt		darunter:										
				betriebliche Qualifizierungsmaßnahme		Berufsvorbereitungsmaßnahme		schulisches Berufsvorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrundbildungsjahr		Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss		
absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Ohne Hauptschulabschluss	15.516	3.945	25,4	360	2,3	2.097	13,5	1.065	6,9	159	1,0	510	3,3	
Hauptschulabschluss	168.126	27.156	16,2	4.725	2,8	6.828	4,1	5.349	3,2	4.656	2,8	7.080	4,2	
Realschulabschluss	231.048	19.983	8,6	3.759	1,6	2.334	1,0	1.188	0,5	2.313	1,0	11.070	4,8	
Studienberechtigung	130.968	6.780	5,2	1.578	1,2	270	0,2	96	0,1	258	0,2	4.662	3,6	
Insgesamt	549.003	58.443	10,6	10.440	1,9	11.565	2,1	7.779	1,4	7.440	1,4	23.724	4,3	

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Tabelle A4.6.1-5: **Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Personengruppen, Bundesgebiet 2012 (Mehrfachnennungen möglich)**

Personen- gruppe	Neu- abschlüsse insgesamt	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung											
		insgesamt		darunter:									
				betriebliche Qualifizierungs- maßnahme		Berufs- vorbereitungs- maßnahme		schulisches Berufs- vorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrund- bildungsjahr		Berufsfachschule ohne voll- qualifizierenden Berufsabschluss	
absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
Männer	326.253	37.638	11,5	5.055	1,5	7.083	2,2	5.022	1,5	6.021	1,8	15.963	4,9
Frauen	222.753	20.805	9,3	5.385	2,4	4.482	2,0	2.757	1,2	1.419	0,6	7.761	3,5
Deutsche	515.802	53.898	10,4	9.639	1,9	10.614	2,1	6.864	1,3	7.068	1,4	21.969	4,3
Ausländer/ -innen	33.204	4.545	13,7	798	2,4	951	2,9	915	2,8	372	1,1	1.755	5,3
Insgesamt	549.003	58.443	10,6	10.440	1,9	11.565	2,1	7.779	1,4	7.440	1,4	23.724	4,3

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Auszubildende nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Je nach Geschlecht sind unterschiedliche Anteile der berufsvorbereitenden Qualifizierung und beruflichen Grundbildung unter den Neuabschlüssen zu erkennen → **Tabelle A4.6.1-5**. Unter den männlichen Auszubildenden waren die Anteile mit 11,5 % höher als unter den weiblichen (9,3 %). In beiden Geschlechtergruppen gingen die Anteile im Vergleich zum Vorjahr um jeweils rund einen halben Prozentpunkt zurück (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Tabelle A4.6.1-5). Sowohl für Männer als auch für Frauen mit Neuabschluss wurde am häufigsten die Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Abschluss (Männer: 4,9 %; Frauen: 3,5 %) gemeldet. Deutliche Unterschiede nach Geschlecht zeigen sich bei betrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen (Männer: 1,5 %; Frauen: 2,4 %) und beim schulischen Berufsvorbereitungsjahr (Männer: 1,8 %; Frauen: 0,6 %).

Auch bezüglich der Staatsangehörigkeit (deutsch/ausländisch) gab es Unterschiede hinsichtlich der vorausgegangenen Teilnahme an Maßnahmen des Übergangsbereichs → **Tabelle A4.6.1-5**. Während

unter denjenigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit 13,7 % zuvor berufsvorbereitende bzw. grundbildende Maßnahmen absolviert hatten, waren es unter den deutschen Auszubildenden mit Neuabschluss nur 10,4 %. Bei beiden Gruppen hat sich der Anteil im Vergleich zum Vorjahr verringert, bei ausländischen Auszubildenden etwas stärker (von 14,5 % auf 13,7 %) als bei deutschen Auszubildenden (von 10,8 % auf 10,4 %). Die Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Abschluss wurde unabhängig von der Staatsangehörigkeit am häufigsten gemeldet (deutsch: 4,3 %; ausländisch: 5,3 %). Unterschiede zeigen sich hinsichtlich des schulischen Berufsvorbereitungsjahres (deutsch: 1,3 %; ausländisch: 2,8 %). Bei den übrigen Maßnahmen waren die Unterschiede zwischen Auszubildenden mit und ohne deutschen Pass geringer.

(Nicole Lissek)

A4.6.2 Höchster allgemeinbildender Schulabschluss bei Auszubildenden mit Neuabschluss

Die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder erfasst zu allen Auszubildenden im dualen System den höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss. Die Angaben können seit der Revision der Berufsbildungsstatistik 2007 beliebig mit allen anderen Angaben der Statistik kombiniert werden; hierdurch wurden die Analyse-möglichkeiten erweitert **E**.

E Erfassung des höchsten allgemeinbildenden Schulabschlusses in der Berufsbildungsstatistik

Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik 2007⁹⁷ wird der höchste allgemeinbildende Schulabschluss der Auszubildenden als eigenständiges Merkmal erfasst – neben den Informationen über eine vorangegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflichen Grundbildung (vgl. Kapitel A4.6.1) sowie einer vorherigen Berufsausbildung. Die Schulform, d. h., wo der Abschluss erworben wurde, ist dabei unerheblich. Unterschieden werden folgende Kategorien:

- ohne Hauptschulabschluss,
- Hauptschulabschluss,
- Realschulabschluss oder vergleichbarer Abschluss,
- Studienberechtigung,
- im Ausland erworbener Abschluss, der den obigen Kategorien nicht zugeordnet werden kann („Restkategorie“).

Da es bei den Angaben zu „im Ausland erworbener Abschluss, der nicht zuordenbar ist“ 2008 erhebliche Probleme bei der Datenerhebung gab und auch in den Folgejahren noch davon auszugehen ist, dass hier über die eigentliche Abschlussgruppe hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, wird diese Kategorie in den dargestellten Tabellen nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Bis 2006 wurden Angaben zum allgemeinbildenden Schulabschluss nur alternativ zu Abschlüssen an der zuletzt besuchten beruflichen Schule gemeldet (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.5.1). Daten zur schulischen Vorbildung bis 2006 und zum höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss ab 2007 können daher nur eingeschränkt miteinander verglichen werden. Ein Vergleich der Angaben im Zeitverlauf ist erst ab dem Berichtsjahr 2007 möglich, wobei in den ersten Jahren nach der Revision der Berufsbildungsstatistik Veränderungen mit Vorsicht zu interpretieren sind.

Zeitreihen bis zum Berichtsjahr 2006 finden sich im BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4.1.

Unter den Auszubildenden mit Neuabschluss sind die einzelnen Schulabschlussarten unterschiedlich stark vertreten. Die größte Gruppe stellten im Berichtsjahr 2012 mit 42,3 %⁹⁸ (231.048) diejenigen mit Realschulabschluss → **Tabelle A4.6.2-1**. Knapp ein Drittel (168.126) wurde mit Hauptschulabschluss gemeldet. Mit 24,0 % (130.968) verfügte annähernd jede/-r vierte Auszubildende über eine Studienberechtigung. Der Anteil derjenigen ohne Hauptschulabschluss war mit 2,8 % (15.516) sehr gering.

Seit 2009 sind sowohl die absoluten Zahlen als auch die Anteile derjenigen ohne Hauptschulabschluss, mit Hauptschulabschluss und mit Realschulabschluss rückläufig. Bei den Studienberechtigten gab es hingegen absolut und in Relation zu den anderen Abschlussarten deutliche Anstiege. Der Anteil dieser Gruppe an den Neuabschlüssen nahm von 20,3 % im Berichtsjahr 2009 auf 24,0 % im Jahr 2012 zu. Bei einer differenzierten Betrachtung dieses Anteils nach Bundesländern ist zu beachten, dass es 2012 in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen „doppelte Abiturjahrgänge“ gab.⁹⁹ Auch die

97 Mit Artikel 2a des Berufsbildungsreformgesetzes (BerBiRefG) vom 23. März 2005 (Bundesgesetzblatt 2005, S. 931), der zum 1. April 2007 in Kraft getreten ist, sind weitreichende Änderungen der Berufsbildungsstatistik eingeleitet worden. Die Erhebung der statistischen Ämter ist in § 88 BBiG geregelt. Die frühere Aggregatdatenerhebung wurde in 2007 auf eine Individualdatenerfassung umgestellt und erhielt einen ausgeweiteten Merkmalskatalog (www.bibb.de/dokumente/pdf/Ab10_revision.pdf).

98 In dieser Darstellung sind die Abschlüsse der Kategorie „im Ausland erworben und nicht einer der anderen Abschlüsse zuordenbar“ von der Prozentuierung ausgenommen, da davon auszugehen ist, dass hier auch fehlende Angaben enthalten sind. Andere Darstellungen (z. B. Klaukien 2011) weisen hingegen auch diese Meldungen prozentual aus.

99 In Baden-Württemberg stieg die Zahl der Absolventen/Absolventinnen mit allgemeiner Hochschulreife von 35.374 im Jahr 2011 auf 59.538 in 2012, in Berlin von 11.863 auf 17.155, in Brandenburg von 6.689 auf 9.512 und in Bremen von 2.860 auf 3.889 (vgl. Statistisches Bundesamt 2013a). Das heißt, es gibt etwa 33.000 (2011: 50.000) zusätzliche Absolventen/Absolventinnen.

Tabelle A4.6.2-1: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Region 2012**

Region	Neuabschlüsse insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss									
		ohne Hauptschulabschluss		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss		Studienberechtigung		keine Angaben ¹	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Baden-Württemberg	77.466	1.578	2,0	24.501	31,7	34.695	45,0	16.401	21,3	294	–
Bayern	95.715	2.106	2,2	40.293	42,2	40.698	42,6	12.384	13,0	231	–
Berlin (ab 1991 mit Berlin-Ost)	17.853	774	4,3	4.830	27,1	6.597	37,0	5.625	31,6	24	–
Brandenburg	11.340	612	5,4	2.934	25,9	4.758	42,0	3.036	26,8	0	–
Bremen	5.967	114	1,9	1.236	20,9	2.529	42,9	2.022	34,3	66	–
Hamburg	13.425	351	2,6	3.309	24,7	4.671	34,8	5.073	37,8	24	–
Hessen	39.726	1.194	3,0	11.763	29,7	16.086	40,6	10.572	26,7	114	–
Mecklenburg-Vorpommern	8.289	528	6,4	2.196	26,5	4.032	48,7	1.524	18,4	9	–
Niedersachsen	58.365	1.263	2,2	15.786	27,3	28.458	49,3	12.231	21,2	630	–
Nordrhein-Westfalen	124.008	3.642	3,0	31.914	26,1	44.340	36,3	42.312	34,6	1.797	–
Rheinland-Pfalz	28.008	597	2,1	9.747	34,9	11.730	42,0	5.880	21,0	54	–
Saarland	7.575	297	3,9	2.589	34,3	2.298	30,4	2.373	31,4	18	–
Sachsen	18.516	672	3,6	4.332	23,4	9.723	52,5	3.777	20,4	9	–
Sachsen-Anhalt	11.535	645	5,6	2.757	23,9	6.276	54,5	1.848	16,0	9	–
Schleswig-Holstein	20.280	738	3,6	7.284	36,0	8.370	41,3	3.852	19,0	36	–
Thüringen	10.932	405	3,7	2.658	24,4	5.787	53,0	2.061	18,9	21	–
Ost	78.465	3.639	4,6	19.707	25,1	37.173	47,4	17.871	22,8	75	–
West	470.541	11.880	2,5	148.419	31,8	193.875	41,5	113.100	24,2	3.267	–
Bundesgebiet	549.003	15.516	2,8	168.126	30,8	231.048	42,3	130.968	24,0	3.345	–

¹ Unter „keine Angaben“ fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon auszugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

G8-Abschlüsse in Bayern und Niedersachsen im Jahr 2011 wirkten sich möglicherweise noch auf die Neuabschlüsse 2012 aus. Die „doppelten Abiturjahrgänge“ führten dazu, dass vor allem studienberechtigte Bewerber/-innen miteinander auf dem Ausbildungsmarkt in Konkurrenz traten; Bewerber/-innen mit niedrigeren Schulabschlüssen wurden – wie Beicht anhand der Daten der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012 zeigt – hierdurch nicht verdrängt (vgl. Beicht 2013).

Die regionale Differenzierung der Schulabschlussarten unter den Neuabschlüssen zeigt, dass 2012 zum Teil starke Unterschiede zwischen den Bun-

desländern bestanden → **Tabelle A4.6.2-1**. Dies ist jedoch nicht nur mit dem jeweiligen regionalen Ausbildungsmarkt begründbar, sondern hängt auch damit zusammen, dass die Schulabschlüsse unter den Schulabgängern und Schulabgängerinnen in den Bundesländern unterschiedlich verteilt waren. Während z. B. 2012 in Bayern 25,0 % die Schule mit Hauptschulabschluss verließen, waren es in Mecklenburg-Vorpommern nur 12,7 %. Andererseits gab es in den Stadtstaaten wie z. B. Hamburg (54,4 %) sehr hohe Anteile an Schulabsolventen und -absolventinnen mit Studienberechtigung, wohingegen in Sachsen weniger als 30 % diesen Abschluss erworben hatten (vgl. Statistisches Bundesamt 2013a).

Tabelle A4.6.2-2: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Zuständigkeitsbereich¹, Bundesgebiet 2009 bis 2012**

Zuständigkeitsbereich ¹	Berichtsjahr	Neuabschlüsse insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss									
			ohne Hauptschulabschluss		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss		Studienberechtigung		keine Angaben ²	
			absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	2012	333.183	7.887	2,4	79.335	24,0	144.291	43,6	99.210	30,0	2.457	–
	2011	342.912	7.869	2,3	84.210	24,8	148.278	43,6	99.486	29,3	3.069	–
	2010	332.571	8.163	2,5	84.591	25,7	147.882	44,9	88.965	27,0	2.970	–
	2009	332.232	8.436	2,6	82.701	25,6	145.926	45,3	85.389	26,5	9.780	–
Handwerk	2012	146.592	5.463	3,7	73.671	50,4	53.769	36,8	13.311	9,1	381	–
	2011	152.838	5.877	3,9	79.278	52,0	55.050	36,1	12.279	8,1	354	–
	2010	154.839	6.474	4,2	82.710	53,5	54.681	35,4	10.743	6,9	231	–
	2009	155.589	8.070	5,2	83.448	53,7	54.135	34,8	9.729	6,3	207	–
Öffentlicher Dienst	2012	11.787	33	0,3	366	3,1	5.586	47,4	5.793	49,2	9	–
	2011	12.195	30	0,2	483	4,0	5.976	49,0	5.697	46,8	9	–
	2010	12.960	36	0,3	561	4,3	6.783	52,4	5.577	43,0	3	–
	2009	13.500	15	0,1	618	4,6	7.239	53,7	5.619	41,7	12	–
Landwirtschaft	2012	13.275	1.065	8,1	5.934	45,0	4.251	32,2	1.935	14,7	90	–
	2011	13.602	1.218	9,0	6.180	45,7	4.224	31,2	1.896	14,0	84	–
	2010	14.253	1.251	8,8	6.369	45,0	4.848	34,3	1.683	11,9	102	–
	2009	15.006	1.548	10,4	6.897	46,2	4.842	32,5	1.635	11,0	87	–
Freie Berufe	2012	41.319	261	0,6	7.185	17,6	22.791	55,7	10.683	26,1	399	–
	2011	41.031	351	0,9	6.936	17,1	22.842	56,4	10.401	25,7	501	–
	2010	40.860	252	0,6	6.576	16,3	23.808	58,9	9.756	24,2	465	–
	2009	40.917	255	0,6	6.417	15,9	24.159	59,7	9.609	23,8	477	–
Hauswirtschaft	2012	2.847	807	28,5	1.635	57,7	357	12,6	36	1,3	9	–
	2011	3.246	936	28,9	1.890	58,3	372	11,5	45	1,4	6	–
	2010	3.546	1.029	29,1	2.016	57,0	444	12,6	45	1,3	9	–
	2009	3.924	1.122	29,2	2.211	57,5	462	12,0	51	1,3	81	–
Insgesamt	2012	549.003	15.516	2,8	168.126	30,8	231.048	42,3	130.968	24,0	3.345	–
	2011	565.824	16.281	2,9	178.980	31,9	236.739	42,1	129.804	23,1	4.020	–
	2010	559.032	17.208	3,1	182.823	32,9	238.449	42,9	116.769	21,0	3.783	–
	2009	561.171	19.443	3,5	182.286	33,1	236.763	43,0	112.032	20,3	10.644	–

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. [E in Kapitel A1.2](#)). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet. Seit 2008 werden Auszubildende der Seeschifffahrt in der Berufsbildungsstatistik nicht mehr gemeldet.

² Unter „keine Angaben“ fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon auszugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2009 bis 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Wie in den Jahren zuvor unterschieden sich die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Schulabschlüssen in West- und Ostdeutschland. Im Osten lag der Anteil der Neuabschlüsse ohne Hauptschulabschluss (4,6 %) fast doppelt so hoch wie im Westen (2,5 %). Auch der Realschulabschlussanteil (47,4 %) lag etwas über dem des Westens (41,5 %). Hingegen gab es im Westen einen leicht höheren Anteil an Auszubildenden mit Hauptschulabschluss (31,8 %) als im Osten (25,1 %). Zudem wurde im Westen mit 24,2 % (Ost: 22,8 %) ein etwas höherer Anteil an Studienberechtigten gemeldet. Im Westen war bei diesen der Anteil im Vergleich zum Vorjahr (2011: 23,1 %) stärker angestiegen als im Osten (22,9 %).

Auffällig ist weiterhin der hohe Anteil derjenigen mit Hauptschulabschluss in Bayern (42,2 %). Auch in Schleswig-Holstein (36,0 %), Rheinland-Pfalz (34,9 %), im Saarland (34,3 %) und in Baden-Württemberg (31,7 %) lagen die Werte bei mehr als 30 % der Neuabschlüsse. Die Werte unter den Schulabgängern und -abgängerinnen 2012 schwankten in den genannten Ländern zwischen 16,7 % (Baden-Württemberg) und 27,6 % (Saarland) (vgl. Statistisches Bundesamt 2013a).

Für einige östliche Länder wurden verhältnismäßig hohe Anteile an Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss gemeldet. In Mecklenburg-Vorpommern waren es 6,4 %, in Sachsen-Anhalt 5,6 % und in Brandenburg 5,4 %. Ihr Anteil unter den Schulabgängern und -abgängerinnen lag in Mecklenburg-Vorpommern bei überdurchschnittlichen 12,2 %, in Sachsen-Anhalt bei 11,2 % und in Brandenburg bei 7,1 % (vgl. Statistisches Bundesamt 2013a).

In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurde mehr als die Hälfte der Neuabschlüsse mit einem Realschulabschluss gemeldet. Im Saarland waren es hingegen nur 30,4 %.

Der höchste Anteil an Studienberechtigten unter den Neuabschlüssen lag in Hamburg mit 37,8 % vor. Ebenfalls über 30 % bewegten sich die Anteile in Berlin, Bremen, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen. Im Saarland war eine deutliche Zunahme von 27,9 % auf 31,4 % festzustellen. Bayern (13,0 %) und Sachsen-Anhalt (16,0 %) wiesen die geringsten Werte auf.

Nach Zuständigkeitsbereichen variieren die Anteile der verschiedenen Schulabschlüsse unter den Neuabschlüssen deutlich. Mit Ausnahme der Hauswirtschaft ist in allen Bereichen eine Zunahme des Anteils der Studienberechtigten zu erkennen → **Tabelle A4.6.2-2**. Im größten Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel waren 2012 zu einem Großteil Auszubildende mit Hauptschulabschluss (43,6 %) zu finden. Aufgrund des Anstiegs in den letzten Jahren lag der Anteil der Studienberechtigten bei 30,0 %. Der Bereich Handwerk war zu mehr als der Hälfte mit Auszubildenden mit Hauptschulabschluss besetzt (50,4 %), 36,8 % hatten einen Realschulabschluss und nur 9,1 % eine Studienberechtigung.

Im Bereich öffentlicher Dienst zeigt sich ein deutlicher Trend hinsichtlich der Zunahme bei den Studienberechtigten: Ihr Anteil stieg von 41,7 % im Jahr 2009 auf 49,2 % (2012) an. Somit gab es hier erstmals einen höheren Anteil an Auszubildenden mit Studienberechtigung als mit Realschulabschluss (47,4 %). Im Bereich Landwirtschaft wurden überdurchschnittlich viele Jugendliche ohne Hauptschulabschluss (8,1 %) ausgebildet. Einen weitaus größeren Teil machten jedoch diejenigen mit Hauptschulabschluss (45,0 %) oder Realschulabschluss (32,2 %) aus. Studienberechtigte waren mit 14,7 % in geringerem Umfang vertreten.

Die Mehrheit der Auszubildenden in den freien Berufen verfügte über einen Realschulabschluss (55,7 %). Im Berichtsjahr 2009 lag der Anteil noch bei fast 60 %. Mehr als ein Viertel (26,1 %) hatte mittlerweile eine Studienberechtigung. Im Zuständigkeitsbereich Hauswirtschaft hatte die Mehrheit der Auszubildenden einen Hauptschulabschluss (86,2 %). Studienberechtigte waren sehr selten vertreten (1,3 %). Ein Grund für den hohen Anteil geringer Schulabschlüsse ist möglicherweise, dass 4 von 5 Berufen, d. h. 60,1 % der Neuabschlüsse dieses Bereichs, nach § 66 BBiG geregelt werden.

Höchster allgemeinbildender Schulabschluss nach Personengruppen

Im Vergleich zu 2011 hat sich der Anteil der Studienberechtigten unter den Auszubildenden mit Neuabschluss in allen betrachteten Personengruppen 2012 leicht erhöht (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Tabelle A4.6.2-3). Im Gegenzug ist in allen Gruppen der Anteil derjenigen mit maximal Hauptschulabschluss leicht zurückgegangen. Somit gibt es zwar insgesamt die Tendenz zu höheren Abschlüssen, die Unterschiede zwischen den Gruppen bleiben jedoch bestehen.

Während 29,7% der weiblichen Auszubildenden eine Studienberechtigung besaßen, waren es unter den männlichen Auszubildenden nur 20,1% → **Tabelle A4.6.2-3**. Andererseits hatten 38,3% der Männer maximal einen Hauptschulabschluss, bei den Frauen waren es nur 26,8%. Die Realschulabschlussanteile lagen nah beieinander (Männer: 41,6%; Frauen: 43,4%). Obwohl die männlichen Auszubildenden geringere Abschlüsse aufwiesen, ist auch bei ihnen eine Tendenz zu höheren Studi-

enberechtigtenanteilen auszumachen. Auch bei den Frauen hat dieser Anteil im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Die geringeren Schulabschlüsse der Männer sind allerdings nicht nur im dualen System zu erkennen. Auch unter den Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen gab es im Jahr 2012 einen höheren Anteil mit maximal Hauptschulabschluss (27,4%) und einen geringeren Anteil mit Studienberechtigung (33,0%) als bei den Schulabsolventinnen (19,7% bzw. 40,6%).

Mehr als die Hälfte der ausländischen Auszubildenden mit Neuabschluss (53,0%) verfügte über maximal einen Hauptschulabschluss. Bei den Deutschen lag dieser Anteil bei 32,4%. Demgegenüber hatten 24,6% der Auszubildenden mit deutschem Pass eine Studienberechtigung, während diejenigen mit ausländischer Staatsangehörigkeit nur einen Anteil von 13,9% aufwiesen. Diese Verteilung spiegelt die Verteilung der allgemeinbildenden Schulabschlüsse insgesamt wider: Eine Studienberechtigung erlangten 2012 nur 17,8% der ausländischen Absolventinnen und Absolventen; unter den Deutschen war der Anteil mit 38,6% mehr als doppelt so hoch (vgl.

Tabelle A4.6.2-3: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, Bundesgebiet 2012

Personengruppe	Neuabschlüsse insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss									
		ohne Hauptschulabschluss		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss		Studienberechtigung		keine Angaben ¹	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Männer	326.253	10.641	3,3	113.598	35,0	134.982	41,6	65.211	20,1	1.815	–
Frauen	222.753	4.875	2,2	54.528	24,6	96.063	43,4	65.757	29,7	1.527	–
Deutsche	515.802	14.085	2,7	152.298	29,7	220.281	42,9	126.453	24,6	2.688	–
Ausländer/-innen	33.204	1.434	4,4	15.828	48,6	10.767	33,1	4.518	13,9	657	–
Insgesamt	549.003	15.516	2,8	168.126	30,8	231.048	42,3	130.968	24,0	3.345	–

¹ Unter „keine Angaben“ fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon auszugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Statistisches Bundesamt 2013a). Im Zeitverlauf ist jedoch auch bei den ausländischen Auszubildenden eine Erhöhung des Anteils der Studienberechtigten festzustellen.

Auszubildende ohne Hauptschulabschluss

Im Berichtsjahr 2012 wurden unter den Neuabschlüssen 15.516 (2,8 %) Auszubildende ohne Hauptschulabschluss gemeldet. Der Anteil dieser Schulabschlussgruppe im dualen System ging in den letzten Jahren zurück; 2009 betrug er noch 3,5 %. Im östlichen Landesteil war der Anteil ohne Hauptschulabschluss wie bereits im Vorjahr fast doppelt so hoch (4,6 %) wie im westlichen Teil (2,5 %) → [Tabelle A4.6.2-1](#). Unter den ausländischen Auszubildenden gab es einen höheren Anteil an Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss (4,4 %) als bei den deutschen (2,7 %). Die Auszubildenden ohne Hauptschulab-

schluss wiesen ein hohes Durchschnittsalter von 20,5 Jahren auf. Wie in → [Tabelle A4.6.1-4](#) dargestellt, haben 26,1 % der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss vor dem Neuabschluss bereits eine berufsvorbereitende Qualifizierung oder berufliche Grundbildung absolviert. Der hohe Altersdurchschnitt kann somit zumindest teilweise mit längeren Übergangswegen nach dem Schulabgang erklärt werden.

In den meisten Zuständigkeitsbereichen waren Auszubildende ohne Hauptschulabschluss nur selten vertreten → [Tabelle A4.6.2-2](#). Nur im Bereich Hauswirtschaft wurde ein hoher Anteil (28,5 %) gemeldet.

Besonders häufig waren Jugendliche ohne Hauptschulabschluss in der Berufsgruppe der Berufe für Menschen mit Behinderung zu finden (39,5 %) → [Tabelle A4.6.2-4](#). Auch in den zweijährigen Beru-

Tabelle A4.6.2-4: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Berufsgruppen¹, Bundesgebiet 2012

Berufsgruppe ¹	Neuabschlüsse insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss									
		ohne Hauptschulabschluss		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss		Studienberechtigung		keine Angaben ²	
		absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut
Produktionsberufe	223.125	8.229	3,7	88.869	40,0	96.366	43,4	28.635	12,9	1.029	–
Dienstleistungsberufe	325.878	7.287	2,3	79.260	24,5	134.682	41,6	102.336	31,6	2.316	–
Primäre Dienstleistungsberufe	225.267	6.279	2,8	69.909	31,3	92.958	41,6	54.507	24,4	1.614	–
Sekundäre Dienstleistungsberufe	100.611	1.008	1,0	9.348	9,4	41.724	41,8	47.829	47,9	702	–
Technikberufe	144.861	2.310	1,6	35.679	24,7	74.343	51,5	31.914	22,1	612	–
Neue Berufe	65.448	1.560	2,4	12.501	19,2	27.597	42,4	23.367	35,9	426	–
Zweijährige Berufe ³	49.650	2.625	5,3	28.953	58,9	15.483	31,5	2.106	4,3	486	–
Berufe für Menschen mit Behinderung	10.380	4.041	39,5	5.862	57,4	288	2,8	27	0,3	162	–
Ausbildungsberufe insgesamt	549.003	15.516	2,8	168.126	30,8	231.048	42,3	130.968	24,0	3.345	–

¹ Erläuterungen zur Untergliederung der Berufsgruppen siehe [Kapitel A4.4](#).

² Unter „keine Angaben“ fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon zugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.

³ Zweijährige Berufe ohne Berufe für Menschen mit Behinderung.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Tabelle A4.6.2-5: Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und ohne Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2012

Ausbildungsberufe ¹	Auszubildende ohne Hauptschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs ²
	Anzahl ³	in %	in %
Verkäufer/-in	957	6,2	3,7
Maler/-in und Lackierer/-in	540	3,5	6,9
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	525	3,4	1,7
Friseur/-in	462	3,0	3,9
Koch/Köchin	456	2,9	4,3
Fachlagerist/-in	429	2,8	7,3
Werker/-in im Gartenbau (36 Monate)/Gartenbauhelfer/-in (§ 66 BBiG)	414	2,7	41,8
Hauswirtschaftshelfer/-in (§ 66 BBiG) ⁴	390	2,5	47,6
Beikoch/Beiköchin (36 Monate) (§ 66 BBiG)	360	2,3	34,4
Fachpraktiker/-in Hauswirtschaft (§ 66 BBiG) ⁴	297	1,9	54,1

¹ Bei modernisierten Ausbildungsberufen ggf. einschließlich der Vorgängerberufe.

² Anteil an allen Auszubildenden des Berufs, bei denen Angaben zum Schulabschluss vorliegen.

³ Neuabschlüsse ohne Angaben zum Schulabschluss sind hier nicht berücksichtigt.

⁴ Die Ausbildung im Beruf „Fachpraktiker/-in Hauswirtschaft (§ 66 BBiG)“ orientiert sich an der Ausbildung zum Hauswirtschafter/zur Hauswirtschafterin und kann als Nachfolgerberuf des Berufs „Hauswirtschaftshelfer/-in (§ 66 BBiG)“ betrachtet werden (vgl. „Empfehlung für eine Ausbildungsregelung Fachpraktiker Hauswirtschaft/Fachpraktikerin Hauswirtschaft gemäß § 66 BBiG/§ 42m HwO“, Bundesanzeiger-Beilage [2011] 120a, 11. August 2011).

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

fen, die sich eher an Auszubildende mit niedrigerer schulischer Vorbildung richten, wurde ein verhältnismäßig hoher Anteil (5,3 %) gemeldet. Demgegenüber lag der Wert bei den sekundären Dienstleistungsberufen lediglich bei 1,0 % und bei den Technikberufen nur bei 1,6 %.

Wie im Vorjahr war der Beruf „Verkäufer/-in“ (6,2 %) unter den Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss deutlich am stärksten besetzt → [Tabelle A4.6.2-5](#). Dennoch machte dieser Schulabschluss unter allen Auszubildenden des Berufs nur 3,7 % aus. Wie bereits oben erwähnt, war ein großer Teil der Auszubildenden in den Berufen für Menschen mit Behinderung ohne Hauptschulabschluss. So erklärt es sich, dass 4 Berufe in der Liste zu finden sind, die nach § 66 BBiG geregelt werden.

Die Ausbildungsberufe der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss lassen eine relativ breite Streuung erkennen; die 10 am stärksten besetzten Berufe machten nur 31,1 % aller Ausbildungsberufe innerhalb dieser Schulabschlussgruppe aus.

Auszubildende mit Hauptschulabschluss

Auszubildende mit Hauptschulabschluss hatten einen Anteil von 30,8 % (168.126) aller Neuabschlüsse im Berichtsjahr 2012. Im Westen lag dieser Wert mit 31,8 % etwas höher als im Osten (25,1 %) → [Tabelle A4.6.2-1](#). Im Vergleich zum Vorjahr ging der Anteil in beiden Teilen des Bundesgebiets leicht zurück. Männer mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag verfügten mit 35,0 % deutlich häufiger über diesen Schulabschluss als Frauen (24,6 %) → [Tabelle A4.6.2-3](#). Bei den Auszubildenden mit Neuabschluss

Tabelle A4.6.2-6: Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2012

Ausbildungsberufe ¹	Auszubildende mit Hauptschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden mit Hauptschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs ²
	Anzahl ³	in %	in %
Verkäufer/-in	14.466	8,6	55,9
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	10.953	6,5	34,6
Kraftfahrzeugmechatroniker/-in	7.734	4,6	39,1
Friseur/-in	7.590	4,5	64,0
Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk	6.669	4,0	71,8
Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	5.712	3,4	55,5
Maler/-in und Lackierer/-in	5.658	3,4	71,8
Koch/Köchin	5.376	3,2	51,0
Fachkraft für Lagerlogistik	4.284	2,5	41,3
Elektroniker/-in	4.149	2,5	36,8

¹ Bei modernisierten Ausbildungsberufen ggf. einschließlich der Vorgängerberufe.

² Anteil an allen Auszubildenden des Berufs, bei denen Angaben zum Schulabschluss vorliegen.

³ Neuabschlüsse ohne Angaben zum Schulabschluss sind hier nicht berücksichtigt.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

und ausländischer Staatsangehörigkeit war der Hauptschulabschlussanteil mit 48,6 % viel größer als bei den Deutschen (29,7 %). Das Durchschnittsalter der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss lag mit 19,6 Jahren etwas niedriger als bei denen ohne Hauptschulabschluss.

Sehr hohe Anteile an Auszubildenden mit Hauptschulabschluss gab es in den Bereichen Handwerk (50,4 %), Landwirtschaft (45,0 %) und Hauswirtschaft (57,7 %) → **Tabelle A4.6.2-2**. Im Bereich öffentlicher Dienst wurden hingegen nur 3,1 % gemeldet. In den zweijährigen Berufen hatten knapp 60 % der Auszubildenden einen Hauptschulabschluss → **Tabelle A4.6.2-4**. Auch unter den Berufen für Menschen mit Behinderung lag der Wert ähnlich hoch (57,4 %). Ein überdurchschnittlich hoher Anteil fand sich zudem in den Produktionsberufen (40,0 %). Bei den Dienstleistungsberufen waren Auszubildende mit Hauptschulabschluss insgesamt zu knapp einem Viertel (24,5 %) vertreten. Allerdings hatten sie bei den sekundären Dienstleistungsberufen nur einen Anteil

von 9,4 %, während sie bei den primären Dienstleistungsberufen 31,3 % umfassten.

Der Beruf „Verkäufer/-in“ war (wie bei Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss) am stärksten besetzt (8,6 %) → **Tabelle A4.6.2-6**. Auszubildende mit Hauptschulabschluss stellten mehr als die Hälfte (55,9 %) aller Neuabschlüsse in diesem Beruf. Bei allen Berufen der Liste machten die Auszubildenden mit Hauptschulabschluss mindestens ein Drittel der Auszubildenden des jeweiligen Berufs aus, bei den Berufen „Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik“ waren es sogar mehr als 70 %. Unter den 10 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen reihte sich neu der Beruf „Elektroniker/-in“ ein; dafür ist der Beruf „Metallbauer/-in“ im Berichtsjahr 2012 nicht mehr unter den ersten 10 Plätzen zu finden. Die Konzentration auf bestimmte Ausbildungsberufe ist mit 43,2 % etwas stärker als bei denjenigen ohne Hauptschulabschluss.

Auszubildende mit Realschulabschluss

Auszubildende mit Realschulabschluss waren 2012 mit 42,3 % unter den Neuabschlüssen vertreten. Dieser Anteil ist gegenüber den Vorjahren minimal gesunken. Der Wert lag im Osten mit 47,4 % etwas höher als im Westen (41,5 %). Im Osten war der Rückgang etwas stärker (2011: Ost 46,7 %; West 41,4 %) → **Tabelle A4.6.2-1**. Durchschnittlich waren die Auszubildenden mit Realschulabschluss bei Neuabschluss bereits 19,5 Jahre alt.

Da Auszubildende mit Realschulabschluss die größte Schulabschlussgruppe im dualen System darstellen, sind sie auch in den einzelnen Bereichen stark vertreten. Eine Ausnahme bildet die Hauswirtschaft mit nur 12,6 % im Berichtsjahr 2012 → **Tabelle A4.6.2-2**. In den freien Berufen war der Anteil mit 55,7 % sehr hoch, allerdings in den letzten Jahren leicht rückläufig.

fig. Auch im Handwerk ist der Anteil etwas gesunken und lag bei 50,4 %.

Innerhalb der Berufsgruppen ist ein überdurchschnittlicher Anteil (51,5 %) bei den Technikberufen zu verzeichnen → **Tabelle A4.6.2-4**. In den Produktionsberufen, Dienstleistungsberufen und den neuen Berufen lagen die Werte zwischen 41 % und 43 %. Auch in den zweijährigen Berufen war der Anteil mit 31,5 % ungewöhnlich hoch. Unter den Berufen für Menschen mit Behinderung waren sehr wenige Auszubildende mit Realschulabschluss vertreten (2,8 %).

Der am stärksten besetzte Beruf unter den Auszubildenden mit Realschulabschluss war „Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel“ (6,7 %) → **Tabelle A4.6.2-7**. Diese Schulabschlussgruppe machte dort zudem fast die Hälfte der Auszubildenden aus (49,1 %). Der hohe Realschulabschlussanteil in den

Tabelle A4.6.2-7: Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Realschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2012

Ausbildungsberufe ¹	Auszubildende mit Realschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden mit Realschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs ²
	Anzahl ³	in %	in %
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	15.534	6,7	49,1
Bürokaufmann/-kauffrau	10.935	4,7	55,6
Kraftfahrzeugmechatroniker/-in	9.924	4,3	50,1
Medizinische/-r Fachangestellte/-r	9.228	4,0	65,7
Verkäufer/-in	9.105	3,9	35,2
Industriemechaniker/-in	9.087	3,9	63,8
Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel	6.915	3,0	44,6
Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r	6.414	2,8	56,6
Industriekaufmann/-kauffrau	6.390	2,8	32,4
Elektroniker/-in	6.006	2,6	53,3

¹ Bei modernisierten Ausbildungsberufen ggf. einschließlich der Vorgängerberufe.

² Anteil an allen Auszubildenden des Berufs, bei denen Angaben zum Schulabschluss vorliegen.

³ Neuabschlüsse ohne Angaben zum Schulabschluss sind nicht berücksichtigt.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Ingesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Tabelle A4.6.2-8: Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Studienberechtigung am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2012

Ausbildungsberufe ¹	Auszubildende mit Studienberechtigung	Anteil an allen Auszubildenden mit Studienberechtigung	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs ²
	Anzahl ³	in %	in %
Industrie Kaufmann/-kauffrau	12.834	9,8	65,1
Bankkaufmann/-kauffrau	9.570	7,3	71,9
Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel	7.653	5,8	49,3
Bürokaufmann/-kauffrau	5.982	4,6	30,4
Fachinformatiker/-in	5.958	4,5	57,9
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	4.599	3,5	14,5
Steuerfachangestellte/-r	4.113	3,1	61,8
Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation	4.062	3,1	34,7
Kaufmann/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen	3.651	2,8	65,1
Kaufmann/Kauffrau für Spedition und Logistikdienstleistung	3.072	2,3	54,6

¹ Bei modernisierten Ausbildungsberufen ggf. einschließlich der Vorgängerberufe.

² Anteil an allen Auszubildenden des Berufs, bei denen Angaben zum Schulabschluss vorliegen.

³ Neuabschlüsse ohne Angaben zum Schulabschluss sind hier nicht berücksichtigt.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

freien Berufen zeigt sich auch bei den 10 am stärksten besetzten Berufen. Ersichtlich wird dies durch die Berufe „Medizinische/-r Fachangestellte/-r“ sowie „Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r“. In diesen Berufen lagen die Realschulabschlussanteile bei über 55 %. Auch in dieser Liste steht 2012 an zehnter Stelle der Beruf „Elektroniker/-in“. Diesen Rangplatz belegte im Vorjahr noch der Beruf „Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation“. Die 10 am stärksten besetzten Berufe machten bereits deutlich mehr als ein Drittel (38,8 %) aller Auszubildenden mit Real-schulabschluss aus.

Auszubildende mit Studienberechtigung

Der Anteil der Auszubildenden mit Studienberechtigung ist im Berichtsjahr 2012 erneut angestiegen und erreichte 24,0 % (130.968). Wie im Vorjahr war der Wert in Westdeutschland (24,2 %) etwas höher als in Ostdeutschland (22,8 %) → [Tabelle A4.6.2-1](#).

Im Westen ist zudem eine stärker steigende Tendenz zu beobachten.

In den letzten Jahren ist nicht nur der Anteil der Studienberechtigten unter den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen im dualen System sondern auch die Studienanfängerquote gestiegen.¹⁰⁰ Die Studienanfängerquote gibt den Anteil derjenigen an, die im Lebensverlauf ein Studium beginnen.¹⁰¹ Mit 54,6 % wird für das Jahr 2012 ein hohes Niveau

¹⁰⁰ Es ist nicht bestimmbar, wie hoch der Anteil der Anfänger/-innen im dualen System ist, die zuvor bereits ein Studium begonnen haben oder in Zukunft eines aufnehmen werden. Allerdings ist aus dem HIS-Studienberechtigtenpanel ersichtlich, dass 8,3 % der Studienberechtigten 2012 entweder zuvor oder mit Erwerb der Studienberechtigung eine betriebliche Ausbildung absolviert haben (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Tabelle A4.6.3-3).

¹⁰¹ Für die Berechnung der Studienanfängerquote wird (wie auch für die Ausbildungsanfängerquote [AAQ]) das Quotensummenverfahren herangezogen, bei dem die Anfänger/-innen auf die Wohnbevölkerung im jeweiligen Alter bezogen werden. Die Studienanfängerquote und die Ausbildungsanfängerquote werden getrennt voneinander berechnet und addieren sich nicht auf 100 % (vgl. [I.3 in Kapitel A4.5](#)).

erreicht (vgl. Statistisches Bundesamt 2013b). Diese parallelen Anstiege sind damit begründbar, dass sich der Anteil der Studienberechtigten im Verhältnis zu allen allgemeinbildenden Abschlussarten langfristig deutlich erhöht hat; er stieg von 24,7 % im Jahr 1992 auf 36,7 % im Jahr 2012 (vgl. Statistisches Bundesamt 2013a).

Das Durchschnittsalter der studienberechtigten Auszubildenden betrug 21,4 Jahre und lag somit erwartungsgemäß höher als bei den anderen Schulabschlüssen.

Unter den Frauen (29,7 %) war der Anteil der Studienberechtigten deutlich höher als unter den männlichen Auszubildenden (20,1 %). Auszubildende mit ausländischer Staatsangehörigkeit hatten sehr viel seltener eine Studienberechtigung erworben (13,9 %) als Personen mit deutschem Pass (24,6 %) → [Tabelle A4.6.2-3](#).

Im Bereich Hauswirtschaft sind die Anteile der Studienberechtigten seit Jahren konstant niedrig (1,3 %), in allen anderen Zuständigkeitsbereichen sind Anstiege zu beobachten → [Tabelle A4.6.2-2](#). Besonders stark war diese Zunahme im Bereich öffentlicher Dienst. Während der Wert 2009 noch bei 41,7 % lag, betrug er im Berichtsjahr 2012 bereits 49,2 %.

Knapp die Hälfte der sekundären Dienstleistungsberufe war mit Auszubildenden mit Studienberechtigung besetzt (47,9 %) → [Tabelle A4.6.2-4](#). In den Produktionsberufen hingegen war der Anteil der Studienberechtigten eher gering (12,9 %). Unter den neuen Berufen hatten Studienberechtigte ebenfalls einen überdurchschnittlich hohen Anteil von 35,9 %. Erwartungsgemäß waren in den zweijährigen Berufen nur wenige Studienberechtigte zu finden (4,3 %).

Der am stärksten besetzte Beruf unter den Studienberechtigten war weiterhin „Industriekaufmann/-kauffrau“ → [Tabelle A4.6.2-8](#). In diesem Beruf befand sich ein Zehntel (9,8 %) aller Studienberechtigten unter den Neuabschlüssen; sie machten in diesem Beruf fast zwei Drittel (65,1 %) der Auszubildenden aus. Noch höher war der Anteil nur beim Beruf „Bankkaufmann/-kauffrau“ (71,9 %). Insgesamt 7 der 10 am stärksten besetzten Berufe waren zu

etwa der Hälfte und mehr mit Studienberechtigten besetzt. Auffällig ist der Beruf „Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel“, in dem der entsprechende Wert nur bei 14,5 % lag. Im Vergleich zum Vorjahr zeigten sich kaum Veränderungen in der Reihenfolge. Wie bereits in den Vorjahren ist die Streuung der Berufe eher gering. Die 10 am stärksten besetzten Berufe umfassten 2012 bereits 47,0 % aller Ausbildungsberufe, die Studienberechtigte ergreifen.

(Nicole Lissek)

A4.7 Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen

Begonnene Ausbildungsverhältnisse werden nicht immer bis zum erfolgreichen Abschluss durchlaufen. Endgültig nicht bestandene Abschlussprüfungen oder vorzeitige Vertragslösungen **E** können zu einem Ende des Ausbildungsverhältnisses ohne Berufsabschluss führen. Dieses Kapitel hat vorzeitige Lösungen von Ausbildungsverträgen zum Gegenstand und basiert auf Daten der Berufsbildungsstatistik. Analysen zu nicht erfolgreichen Abschlussprüfungen werden hier nur im Zusammenhang der Betrachtung des Ausbildungsverlaufes der Ausbildungsanfänger und Ausbildungsanfängerinnen 2008 skizziert (siehe hierzu ausführlicher Uhly 2014a); Analysen zum Prüfungserfolg finden sich in **Kapitel A4.8**. Unter vorzeitigen Vertragslösungen versteht man vor Ablauf der im Ausbildungsvertrag genannten Ausbildungszeit gelöste Ausbildungsverträge; diese erfolgen i. d. R. durch Aufhebungsvertrag oder durch Kündigung. Nach § 22 BBiG kann ein Ausbildungsverhältnis während der Probezeit (maximal 4 Monate) von beiden Seiten jederzeit und ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden. Nach der Probezeit ist eine ordentliche Kündigung mit einer Kündigungsfrist von 4 Wochen nur noch seitens der Auszubildenden möglich, und zwar aus den beiden Gründen „Ausbildung in einer anderen Berufstätigkeit“ oder „Aufgabe der Berufsausbildung“. Will der Ausbildungsbetrieb den Vertrag nach der Probezeit kündigen, muss dieser – in Anbetracht der besonderen Bedeutung des Ausbildungsverhältnisses für die berufliche Entwicklung – einen „wichtigen Grund“ angeben.

Das Thema der vorzeitigen Vertragslösungen erfuhr im Jahr 2013 eine außerordentliche mediale Präsenz, wobei die Lösungsquoten häufig fehlinterpretiert wurden (vgl. Uhly 2013a). Das vorherrschende Bild über Jugendliche als „die Ausbildungsabbrecher“, denen es an Ausbildungsreife und Durchhaltevermögen mangelt, ist eine einseitige und verengte Sicht auf die komplexen und vielfältigen Phänomene, die hinter den vorzeitigen Vertragslösungen stehen. Die Begriffe „vorzeitige Vertragslösungen“ und „Ausbildungsabbruch“ im dualen System sind nicht deckungsgleich. Beispielsweise können (nach dem

weiteren Ausbildungsverlauf) folgende Arten von Vertragslösungen unterschieden werden (vgl. Uhly 2013a): Vertragswechsel innerhalb des Systems der dualen Berufsausbildung (mit und ohne Berufswechsel), vorübergehende Abbrüche der dualen Ausbildung, endgültige Abbrüche der dualen Ausbildung und gänzliche Ausbildungsabbrüche (es wird keinerlei Berufsausbildungsaktivität mehr nachgegangen). Nicht jede vorzeitige Vertragslösung ist ein Abbruch der dualen Berufsausbildung, ebenso geht nicht jedem Abbruch eine Vertragslösung voraus. Beide Phänomene haben eine gemeinsame Schnittmenge, sind jedoch nicht deckungsgleich **E**.

Die Berufsbildungsstatistik erhebt den weiteren Verlauf nach Vertragslösung nicht, sodass auf Basis dieser Daten Abbrüche im hier verwendeten Wortsinne nicht identifiziert werden können. Allerdings wird als Vorbildung der Auszubildenden auch erfasst, ob vor Antritt des aktuellen Ausbildungsverhältnisses eine „vorherige duale Berufsausbildung nicht erfolgreich beendet wurde“. Betrachtet man die Zahl derjenigen, die mit einer solchen Vorbildung erneut einen Ausbildungsvertrag beginnen, so liegen diese bei einer Größenordnung von ca. 45 % der Zahl der gelösten Ausbildungsverträge; wobei von einer Untererfassung dieser Vorbildung auszugehen ist (vgl. **Kapitel A4.3** und Uhly 2014b). Verschiedene Befragungen von Auszubildenden mit vorzeitiger Vertragslösung kommen hinsichtlich des weiteren Ausbildungsverlaufs alle zu ähnlichen Ergebnissen (vgl. Schöngen 2003; Piening u. a. 2012; Ernst/Spvacek 2012); demnach befinden sich nach Vertragslösung ca. die Hälfte der Auszubildenden erneut in einem Ausbildungsverhältnis des dualen Systems (ca. 30 % ohne Berufswechsel, 20 % mit Berufswechsel). Von den verbleibenden 50 % stellt nur ein Teil endgültige Ausbildungsabbrüche dar. Die Größenordnungen können auf Basis der Studien nur grob differenziert werden, denn alle diese Studien befragen jeweils nur zu einem Befragungszeitpunkt (keine Panelerhebungen), der zudem zeitnah zur Vertragslösung liegt. Deshalb kann auf Basis dieser Studien nicht beurteilt werden, ob diejenigen mit oder ohne neuen Ausbildungsvertrag längerfristig in diesem Zustand verbleiben und ob eine duale Berufsausbildung erfolgreich absolviert wird.

Die Gründe für Vertragslösungen sind vielfältig und komplex und werden im Rahmen der Berufsbildungsstatistik nicht (mehr) erhoben **E**. Verschiedenen Studien (vgl. Schöngen 2003; Piening u. a. 2012; Ernst/Spvacek 2012; Mischler 2014), die Auszubildende und Ausbildungsbetriebe (sowie teilweise auch Berufsschulen) direkt nach den Ursachen von vorzeitigen Vertragslösungen befragen, kommen zu dem Ergebnis, dass Auszubildende mit vorzeitig gelöstem Vertrag überwiegend Gründe wie Konflikte mit Ausbildern und Vorgesetzten, eine mangelnde Ausbildungsqualität und ungünstige Arbeitsbedingungen nennen. In geringerem Maße werden auch persönliche und gesundheitliche Gründe sowie falsche Berufsvorstellungen genannt. Betriebe nennen überwiegend mangelnde Ausbildungsleistungen der Auszubildenden und deren mangelnde Motivation oder Integration in das Betriebsgeschehen. Dieses Antwortverhalten zeigt sich relativ stabil im Vergleich der unterschiedlichen Studien. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass die direkte Frage nach Gründen noch keine Ursachenanalyse darstellt und – wie die Befunde zeigen – die Gefahr nachträglicher Rechtfertigungen sowie wechselseitiger Schuldzuschreibungen besteht.

E Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge (kurz: Vertragslösungen) der Berufsbildungsstatistik

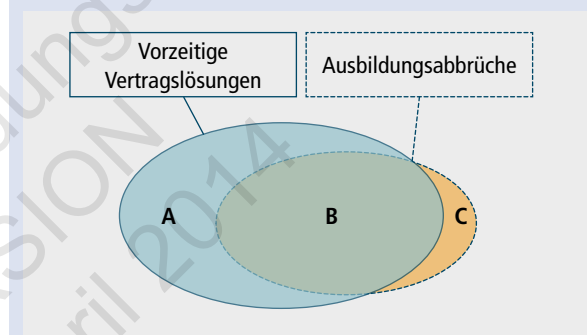
Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge sind definiert als vor Ablauf der im Berufsausbildungsvertrag genannten Ausbildungszeit gelöste Ausbildungsverträge. Eine Form der vorzeitigen Lösung eines Berufsausbildungsverhältnisses stellt dabei die Kündigung von Ausbildungsverträgen dar. Sie wird in § 22 Berufsbildungsgesetz geregelt. Weitere Fälle vorzeitiger Vertragslösung können sein: der Abschluss von Aufhebungsvereinbarungen; das Schließen eines gerichtlichen Vergleichs, der eine Aufhebung zum Gegenstand hat; die Anfechtung des Ausbildungsvertrags, z. B. wegen Irrtums oder wegen Täuschung nach §§ 119 ff. BGB; der Tod des Auszubildenden (nicht der Tod des Ausbildenden, da dann in der Regel dessen Rechtsnachfolger Ausbilder wird); die tatsächliche Beendigung wegen Fernbleibens von der Ausbildung oder wegen unterlassener Ausbildung.

In der Berufsbildungsstatistik (siehe **E** in Kapitel A4.2.1 und **E** in Kapitel A4.3) werden als Vertragslösungen grundsätzlich nur solche Verträge erfasst, die tatsächlich

angetreten wurden. Bereits vor dem Beginn der Ausbildung gelöste Ausbildungsverträge gehen somit nicht in die Meldungen ein.

Vorzeitige Vertragslösung ≠ Ausbildungsabbruch

Vertragslösungen sind nicht mit Ausbildungsabbrüchen gleichzusetzen. Ein Großteil der Jugendlichen mit gelöstem Ausbildungsvertrag verbleibt mit einem neuen Ausbildungsvertrag im dualen System (A), nur ein Teil der Vertragslösungen stellt auch Abbrüche dar (B) (vgl. Uhly 2014b).



Es gibt jedoch auch Ausbildungsabbrüche ohne Vertragslösungen (C). Dies ist dann der Fall, wenn die Abschlussprüfung endgültig nicht bestanden oder nicht alle Wiederholungsmöglichkeiten in Anspruch genommen werden. Da Ausbildungsverträge befristet sind, erfolgt bei Abbruch nicht zwingend eine Vertragslösung. Die Indikatoren „vorzeitige Vertragslösung“ und „Ausbildungsabbruch“ haben also eine gemeinsame Schnittmenge, sind jedoch nicht deckungsgleich.

Auch wenn in der Alltagssprache vermutlich bei Vertragslösungen jeder Art davon gesprochen wird, dass ein Auszubildendenverhältnis abgebrochen wurde, ist die trennscharfe Begriffsverwendung im Bereich der indikatorengestützten Berufsbildungsberichterstattung, der Wissenschaft sowie der bildungspolitischen Diskussion erforderlich. Für den Hochschulbereich berechnet beispielsweise das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH die Studienabbruchquote (siehe **E** Abbruchquote), die im engeren Sinne eine Abbruchquote darstellt und Hochschul- sowie Fachwechsel nicht mit einbezieht. Deshalb ist es sinnvoll, auch für die duale Berufsausbildung den Abbruchbegriff nicht für alle Vertragslösungen zu verwenden und die Vertragslösungsquote (siehe **E** Vertragslösungsquote) nicht als Abbruchquote zu bezeichnen.

Berufsbildungsstatistik erhebt den Ausbildungsverlauf nur jeweils bis zum Vertragsende

Die Berufsbildungsstatistik erhebt den weiteren Ausbildungsverlauf der Auszubildenden nach Vertragslösung nicht. Außerdem wird im Rahmen der Berufsbildungsstatistik auch keine feste Personennummer erfasst (die über alle Jahre und auch bei Vertragswechsel hinweg gleichbleibend ist), die über die Verknüpfung der Meldungen zu verschiedenen Verträgen der einzelnen Auszubildenden erlauben würde, den weiteren Ausbildungsverlauf innerhalb des dualen Systems nachzuzeichnen. Somit liegen auch nach der Revision der Berufsbildungsstatistik keine echten Verlaufsdaten vor (vgl. Uhly 2006, S. 58, siehe auch Uhly 2014a). Das BIBB hatte im Zuge der Revision der Berufsbildungsstatistik mit dem Berufsbildungsreformgesetz 2005 die Einführung einer solchen Personennummer vorgeschlagen. Diese wurde jedoch aufgrund von Datenschutzbedenken nicht eingeführt. Deshalb kann auf Basis der Berufsbildungsstatistik der Ausbildungsverlauf nur bis zur Beendigung eines Ausbildungsvertrages (z. B. aufgrund einer Vertragslösung oder einer sonstigen Beendigung des Ausbildungsverhältnisses) betrachtet werden.

Berufsbildungsstatistik erhebt die Gründe für Vertragslösungen nicht (mehr)

Das Berufsbildungsförderungsgesetz von 1982 sah die Erhebung der Gründe vorzeitiger Vertragslösungen vor. Da die Erhebung aber wenig aussagekräftig war, entfielen diese Merkmale mit dem Dritten Rechtsbereinigungsgesetz von 1990 (vgl. Werner 2000, S. 26). Die Erfassung der Gründe war v. a. an formalen Kriterien der rechtlichen Regelung zur Kündigung von Ausbildungsverträgen orientiert: „Lösung während der Probezeit“, „aus wichtigem Grund durch den Auszubildenden“, „aus wichtigem Grund durch den Auszubildenden“, „Berufsaufgabe oder Berufswechsel“, „im gegenseitigen Einvernehmen“, „durch den Auszubildenden“ und „ohne Angabe“ (vgl. Statistisches Bundesamt 1991, S. 107). Diese Differenzierung gab wenig Aufschluss über die eigentlichen Gründe.

Im Folgenden wird das Vertragslösungsgeschehen auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (vgl. **E** in Kapitel A4.2.1 und **E** in Kapitel A4.3) dargestellt. Da die Berufsbildungsstatistik, die die zentrale statistische Datenquelle der Analyse der vorzeitigen Vertragslösungen darstellt, leider gar keine Differen-

zierung der Arten von vorzeitigen Vertragslösungen **E** nach Ausbildungsverläufen erlaubt, betreffen die hier dargestellten Befunde immer Vertragslösungen insgesamt und nicht Ausbildungsabbrüche im Speziellen. Zunächst wird das Vertragslösungsgeschehen für das Berichtsjahr 2012 skizziert; hierbei wird auch der Zeitraum zwischen Beginn der Ausbildung und Vertragslösung betrachtet. Außerdem werden die Vertragslösungsquoten (kurz: Lösungsquote) zum einen im längerfristigen Zeitverlauf sowie in der Differenzierung nach einigen Personenmerkmalen der Auszubildenden sowie nach Ländern, Zuständigkeitsbereichen und Ausbildungsberufen berichtet. Vertragslösungsquoten werden hierbei erstmals auch differenziert in Lösungsquoten innerhalb und nach der Probezeit ausgewiesen.¹⁰² Zudem werden einige Befunde der Analyse des Vertragslösungsgeschehens für die Anfängerkohorte 2008 betrachtet; ausführlichere Analysen hierzu siehe Uhly 2014a. Ein solcher Kohortendatensatz wurde auf Basis der Meldungen der verschiedenen Berichtsjahre der Berufsbildungsstatistik gebildet (vgl. Uhly 2012).

Vorzeitige Vertragslösungen 2012

Im Berichtsjahr 2012 wurden bundesweit ca. 150.000 Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst → **Tabelle A4.7-1**. Betrachtet man den Zeitraum zwischen Beginn der Ausbildungsverträge und der vorzeitigen Lösung für die Vertragslösungen des Berichtsjahres 2012, so zeigt sich, dass der größte Teil der gelösten Ausbildungsverträge innerhalb des ersten Jahres nach Beginn des Ausbildungsvertrages erfolgte. Circa zwei Drittel aller Vertragslösungen fielen 2012 in den Zeitraum der ersten 12 Monate nach Vertragsbeginn; 33,9% aller Vertragslösungen erfolgten noch während der ersten 4 Monate (Probezeit¹⁰³) und 31,9% zwischen dem

¹⁰² Diese Differenzierung ist erst seit dem Berichtsjahr 2009 möglich. Zuvor ist lediglich der Anteil der Vertragslösungen in der Probezeit an allen Vertragslösungen zu ermitteln. Die Ergebnisse zur Lösungsquote während und nach der Probezeit entsprechen jedoch den Befunden der Verteilung der Vertragslösungen über die Zeit nach Beginn der Ausbildung, die auch schon in den Jahren zuvor berichtet wurden.

¹⁰³ Nach § 20 BBiG muss sie mindestens einen Monat und kann bis zu 4 Monate dauern. Da die Vertreter der zuständigen Stellen im Arbeitskreis Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes jedoch angaben, dass die 4 Monate i. d. R. voll ausgeschöpft werden, wurde auf die gesonderte Erfassung dieses Merkmals im Rahmen der Berufsbildungsstatistik verzichtet und die Probezeit immer mit 4 Monaten nach Vertragsbeginn kalkuliert.

Tabelle A4.7-1: **Vorzeitige Vertragslösungen nach Zuständigkeitsbereichen¹ und Zeitpunkt der Vertragslösung² (absolut und in %³), Bundesgebiet 2012**

Zuständigkeitsbereich	Vorzeitige Vertragslösungen insgesamt		davon gelöst:									
			in der Probezeit		nach 5 bis 12 Monaten		nach 13 bis 24 Monaten		nach 25 bis 36 Monaten		nach mehr als 36 Monaten	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	79.464	100,0	27.846	35,0	26.454	33,3	18.537	23,3	5.505	6,9	1.122	1,4
Handwerk ⁴	52.746	100,0	16.458	31,2	16.173	30,7	13.905	26,4	5.322	10,1	885	1,7
Öffentlicher Dienst	831	100,0	219	26,4	243	29,2	231	27,8	120	14,4	18	2,2
Landwirtschaft	3.396	100,0	969	28,5	984	29,0	954	28,1	417	12,3	72	2,1
Freie Berufe	11.271	100,0	4.752	42,2	3.198	28,4	2.175	19,3	984	8,7	162	1,4
Hauswirtschaft	927	100,0	168	18,1	300	32,4	276	29,8	150	16,2	33	3,6
Bundesgebiet insgesamt⁴	148.635	100,0	50.412	33,9	47.349	31,9	36.078	24,3	12.501	8,4	2.295	1,5

¹ Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe (vgl. [E in Kapitel A1.2](#)).

² Zeitraum zwischen Beginn und Vertragslösung (in Monaten).

³ Anteil der Vertragslösungen, bei denen der Ausbildungsbeginn eine bestimmte Anzahl an Monaten zurückliegt, an allen Vertragslösungen (es handelt sich nicht um die Lösungsquote und auch nicht um echte Verlaufsdaten).

⁴ Aufgrund eines Meldefehlers einer Handwerkskammer fehlen 1.194 vorzeitige Vertragslösungen aus dem Zuständigkeitsbereich Handwerk.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahr 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

fünften und zwölften Monat. Auch in das zweite Jahr nach Vertragsbeginn fällt mit ca. 24 % noch ein großer Anteil der Lösungen; bei knapp 10 % der Lösungen lag der Vertragsbeginn weiter als 24 Monate zurück. Diese Verteilung zeigt sich auch in den früheren Jahren; in den letzten Jahren ist lediglich der Anteil der vorzeitigen Vertragslösungen innerhalb der Probezeit (4 Monate) bzw. innerhalb der ersten 12 Monate nach Ausbildungsbeginn von knapp 31 % auf knapp 34 % bzw. von 62 % auf knapp 66 % leicht angestiegen.

In den Ausbildungsberufen des Zuständigkeitsbereichs freie Berufe finden vorzeitige Vertragslösungen mit 42,2 % aller Vertragslösungen überproportional häufig in der Probezeit statt. In den Ausbildungsberufen der Hauswirtschaft treten Lösungen noch in vergleichsweise starkem Maße zu späteren Zeitpunkten der Ausbildung auf; fast 20 % der Lösungen erfolgten in diesen Berufen später als 2 Jahre nach Beginn des Ausbildungsvertrages. Ansonsten zeigt sich insgesamt eine ähnliche Verteilung der Vertragslösungen über die Zeit nach Beginn des Ausbildungsverhältnisses im Vergleich der Zuständigkeitsbereiche.

E Vertragslösungsquote („Schichtenmodell“, neue Berechnungsweise)

Die Wahl der Bezugsgröße: begonnene Verträge oder Auszubildendenbestand?

Das BIBB berechnet die Vertragslösungsquote (kurz: Lösungsquote) als Anteil der vorzeitigen Vertragslösungen an allen begonnenen Ausbildungsverträgen. Zu den begonnenen Ausbildungsverträgen werden dabei nicht nur die Neuabschlüsse, sondern auch jene im Kalenderjahr begonnenen Ausbildungsverträge gezählt, die bis zum 31. Dezember des betreffenden Jahres wieder gelöst wurden. Diese Quote bringt das Risiko zum Ausdruck, dass begonnene Ausbildungsverträge im Laufe der Zeit vorzeitig gelöst werden. Im Gegensatz zur BIBB-Berechnung misst eine Quote, die die Zahl der vorzeitigen Vertragslösungen eines Kalenderjahres in Relation zum Auszubildendenbestand¹⁰⁴ des gleichen Jahres setzt, das Risiko, dass ein im Kalenderjahr bestehen-

¹⁰⁴ Hierbei müsste die Zahl der Vertragslösungen durch die Summe aus Bestandszahl der Auszubildenden zum 31. Dezember des Berichtsjahres und der Zahl der Vertragslösungen des Berichtsjahres dividiert werden, denn Letztere sind in der Zählgröße Auszubildendenbestand nicht enthalten.

der Vertrag gelöst wird. Das Risiko einer vorzeitigen Vertragslösung variiert deutlich im Zeitverlauf nach Beginn der Ausbildung; zwei Drittel aller Vertragslösungen finden in den ersten 12 Monaten statt. Deshalb sind im Auszubildendenbestand aus den Vorjahren diejenigen mit sehr hohem Vertragslösungsrisiko nicht mehr enthalten und so fällt die mit Bestandszahlen berechnete Quote deutlich niedriger aus. Entscheidend ist jedoch, dass beide Indikatoren (Lösungsquote des BIBB und die mit Bestandszahlen berechneten Quoten) keine Abbruchquoten darstellen.

Berechnet man die Lösungsquote als Anteil an den begonnenen Verträgen, kann die Lösungszahl eines Jahres jedoch nicht in Relation zur Zahl der begonnenen Verträge des betrachteten Jahres gesetzt werden. Denn die gelösten Verträge stammen aus unterschiedlichen Beginnjahrgängen. Insbesondere wenn man die Lösungsquote für einzelne Berufe oder Berufsgruppen berechnet, ist zu beachten, dass die Größe der Beginnjahrgänge von Jahr zu Jahr deutlich schwanken kann.

Deshalb berechnet das BIBB die Lösungsquote nach einem Quotensummenverfahren als sogenanntes „Schichtenmodell“, indem die Lösungen des aktuellen Berichtsjahres differenziert werden nach dem jeweiligen Jahr des Beginns des gelösten Ausbildungsvertrages. Es werden Teilquoten für die einzelnen Beginnjahre berechnet, die dann zur Lösungsquote summiert werden. Die so berechnete Quote kann interpretiert werden als die näherungsweise Berechnung des Anteils der gelösten Ausbildungsverträge an den im Berichtsjahr begonnenen Ausbildungsverträgen.¹⁰⁵

Die Lösungsquote nach dem Schichtenmodell wird entsprechend folgender Formel berechnet:

$$LQ_{\text{neu}} = \left(\frac{\text{Lösungen im Jahr}_{0r} \text{ die Beginn des Ausbildungsvertrages im Jahr}_0 \text{ hatten}}{\text{Anzahl der im Jahr}_0 \text{ begonnenen Ausbildungsverträge}} + \frac{\text{Lösungen im Jahr}_{0r} \text{ die Beginn des Ausbildungsvertrages im Jahr}_{-1} \text{ hatten}}{\text{Anzahl der im Jahr}_{-1} \text{ begonnenen Ausbildungsverträge}} + \frac{\text{Lösungen im Jahr}_{0r} \text{ die Beginn des Ausbildungsvertrages im Jahr}_{-2} \text{ hatten}}{\text{Anzahl der im Jahr}_{-2} \text{ begonnenen Ausbildungsverträge}} + \frac{\text{Lösungen im Jahr}_{0r} \text{ die Beginn des Ausbildungsvertrages im Jahr}_{-3 \text{ oder früher}} \text{ hatten}}{\text{Anzahl der im Jahr}_{-3 \text{ oder früher}} \text{ begonnenen Ausbildungsverträge}} \right) \times 100$$

LQ: Lösungsquote; Jahr₀: aktuelles Berichtsjahr; Jahr₋₁: Vorjahr; Jahr₋₂: Vorvorjahr; Jahr₋₃: Vorvorvorjahr

Wie ist diese Formel zu verstehen?

Betrachtet man zunächst die erste Teilquote, so enthält diese für das Berichtsjahr 2012 nur einen Teil der Verträge, die in 2012 begonnen wurden und vorzeitig gelöst wurden (nämlich die, die bereits in 2012 gelöst wurden). Dieser Anteil wird sich noch erhöhen, da einige der in 2012 begonnenen Verträge noch in 2013 und später gelöst werden. Im Berichtsjahr 2012 ist noch unbekannt, bei wie vielen Verträgen das sein wird. Man kann die Vergangenheitswerte stellvertretend hierfür verwenden. Die in 2011 oder früher begonnenen Verträge, die in 2012 gelöst wurden, können als stellvertretende Größen für die in 2012 begonnenen Verträge, die in den kommenden Jahren gelöst werden, betrachtet werden. Die Differenzierung wird aus pragmatischen Gründen auf 4 Teilquoten begrenzt.

¹⁰⁵ Zur detaillierten Beschreibung des Schichtenmodells und dessen Interpretation siehe www.bibb.de/de/wlk59779.htm.

LQ_{neu} und LQ_{alt}

Das Quotensummenverfahren wurde auch schon vor der Revision der Berufsbildungsstatistik angewandt (LQ_{alt}), allerdings konnten hierbei für die einzelnen Bestandteile nur Näherungswerte verwendet werden. Bei LQ_{neu} wird im Vergleich zu LQ_{alt} eine verbesserte Berechnungsweise angewandt, sie kann jedoch erst ab dem Berichtsjahr 2009 berechnet werden. Zum Vergleich der neuen Berechnungsweise (LQ_{neu}) mit der früheren (LQ_{alt}) des Schichtenmodells siehe BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.8 und www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_daten.pdf.

Differenzierung von Lösungsquoten

Mit der Revision der Berufsbildungsstatistik im Jahr 2007 wurde eine Differenzierung von Vertragslösungen und Lösungsquoten nach allen erfassten Merkmalen der Berufsbildungsstatistik möglich. Seit dem Berichtsjahr 2009 lassen sich damit neben berufsspezifischen und regionalen Lösungsquoten auch personengruppenspezifische Quoten (bezüglich der Auszubildenden) berechnen.

Die Anfängerkohorte 2008

Der BIBB-Kohortendatensatz (vgl. Uhly 2012) erlaubt für die Anfängerkohorte 2008 die Ex-post-Analyse des Ausbildungsverlaufs, allerdings nur bis zur Vertragslösung oder einem sonstigen Ende des Ausbildungsvertrages. Auf Basis dieses Datensatzes kann der Anteil der gelösten Verträge im Nachhinein ermittelt werden. Mit dem aktuellen Datenstand (Berichtsjahr 2012) können für alle in 2008 begonnenen Ausbildungsverhältnisse zumindest die ersten 48 Monate nach Beginn des Vertrages betrachtet werden; somit ist ein Zeitraum abgedeckt, zu dem die in 2008 begonnenen Ausbildungsverträge i. d. R. beendet sind.

Hinsichtlich des Anteils vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge besteht der Vorteil des Kohortendatensatzes darin, dass keine komplexe Formel angewandt werden muss (man muss keinen Näherungswert ermitteln), sondern der einfache Anteil berechnet wird (wie viele der Verträge wurden gelöst). Ein Nachteil der Ex-post-Berechnung ist die lange Zeitdauer, die vergeht, bis der Anteil der gelösten Verträge ermittelt werden kann. Der ex post ermittelte Anteil gelöster Verträge der Anfängerkohorte 2008 ergibt einen Wert, der nur geringfügig höher ist als die für das Berichtsjahr 2008 ermittelte Lösungsquote (Schichtenmodell). Der ex ante

berechnete Näherungswert des Schichtenmodells ergibt also valide Werte und wird künftig weitergeführt.

Auf Basis des Kohortendatensatzes können zudem multivariate Zusammenhänge zwischen verschiedenen berufs-, personenbezogenen und regionalen Variablen einerseits sowie der „Lösungswahrscheinlichkeit“ andererseits analysiert werden. Die Analyse des Kohortendatensatzes ergänzt somit die Lösungsquotenberechnung, ersetzt sie jedoch nicht.

Zu weiteren Details zur Lösungsquotenberechnung siehe www.bibb.de/de/wlk59779.htm und www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_daten.pdf.

Die Vertragslösungsquote **E** der dualen Berufsausbildung, die als Näherungswert für den Anteil der gelösten Ausbildungsverträge an den im Berichtsjahr begonnenen Ausbildungsverträgen interpretiert werden kann, beträgt im Berichtsjahr 2012 insgesamt 24,4 % (LQ_{neu}); während der Probezeit beträgt die Lösungsquote 8,4 %, nach der Probezeit 16 % → **Tabelle A4.7-2**. Die Studienabbruchquote von Studierenden deutscher Hochschulen, die den Anteil der deutschen Studienanfänger und Studienanfängerinnen angibt, die überhaupt kein Studium abschließen¹⁰⁶, liegt für den Absolventenjahrgang 2010 für Diplomstudiengänge bei 23 % und für Bachelorstudiengänge bei 28 % (Heublein u. a. 2012 **Aktualisierungsvorbehalt**).¹⁰⁷ Im Vergleich dazu fällt die Quote vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge im dualen System vergleichsweise moderat aus, insbesondere da zu berücksichtigen ist, dass ein Großteil der Auszubildenden mit gelöstem Vertrag die duale Ausbildung noch fortsetzt (vgl. Ernst/Spévacek 2012; Piening u. a. 2012; Schöngen 2003, S. 37), also keine endgültigen Ausbildungsabbrecher und Ausbildungsabbrecherinnen darstellt. Leider kann auf Basis der Berufsbildungsstatistik nicht erfasst werden, bei welchen Vertragslösungen es sich um Abbrüche handelt. Eine der Studienabbruchquote vergleichbare Abbruchquote **E** für die duale Berufsausbildung

¹⁰⁶ Fach- und Hochschulwechsel, die zu einem Abschluss führen, bedeuten also keinen Studienabbruch.

¹⁰⁷ Die Studienabbruchquote wird von HIS aus dem Vergleich von Absolventen- und Anfängerzahlen ermittelt. Die Abbruchquote der Bachelorstudiengänge bedeutet, „dass von 100 deutschen Studienanfängern der Jahrgänge 2006/2007 im Bachelorstudium 28 ihr Studium erfolglos abgebrochen haben“ (Heublein u. a. 2012, S. 1).

kann auf Basis der vorliegenden Daten nur durch einen Vergleich von Erstabsolventenzahlen 2012 und Anfängerzahlen der Vorjahre grob kalkuliert werden. Die Abbruchquote liegt bezogen auf die Erstabsolventen 2012 nach einer solchen Kalkulation (siehe Uhly 2014b) bei ca. 16 % der begonnenen Ausbildungsverträge. Diese Kalkulation der Abbruchquote im dualen System ist aufgrund der Datenlage jedoch mit Unsicherheit behaftet und könnte eine leichte Überschätzung darstellen; eine Differenzierung nach Berufen ist derzeit nicht möglich.¹⁰⁸

E Abbruchquote – Vergleich von Absolventen- und Anfängerkohorten

Eine Ausbildungsabbruchquote für die duale Berufsausbildung, die mit der vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW, ehemals Abteilung Hochschulforschung und Hochschulentwicklung der HIS GmbH) berechneten Studienabbruchquote vergleichbar ist, kann nur grob anhand eines Vergleichs der Daten zu den Erstabsolventen/-absolventinnen mit den Anfängerzahlen der vorangegangenen Jahrgänge kalkuliert werden. Da diese Größen erst seit dem Berichtsjahr 2009 berechnet werden können (bzw. in erster „vorsichtiger“ Einschätzung zum Berichtsjahr 2008 vorliegen), ist das Berichtsjahr 2012 das erste Jahr, zu dem die grobe Einschätzung der Abbruchquote für das duale System insgesamt möglich ist.

Die Wahl der korrespondierenden Anfängerkohorte

Die Studienabbruchquote wird vom DZHW auf Basis des Vergleichs einer Erstabsolventenkohorte mit der korrespondierenden Anfängerkohorte berechnet (siehe Heublein u. a. 2012). Zur Ermittlung der korrespondierenden Anfängerkohorte benötigt man für die Studierenden bzw. Auszubildenden das Studien- bzw. Ausbildungsbeginnjahr.

Für die Studierenden liegt aus der Hochschulstatistik die Information über das erste Hochschulsemester vor, für die Auszubildenden wird mit der Berufsbildungsstatistik nur erhoben, wann ein Ausbildungsvertrag begonnen hat. Bei Vertragswechsel entspricht dies nicht dem Ausbildungsbeginn. Da die Zahl der Ausbildungsanfänger und Ausbildungsanfängerinnen von Jahr zu Jahr schwankt, beeinflusst die Wahl der Anfängerjahrgänge für die Berechnung der Abbruchquote die Höhe der Quote deutlich. Je weiter die Analyse differenziert wird (Abbruchquoten für bestimmte Personengruppen, für bestimmte Berufe etc.), umso stärker kann die Abbruchquote durch eine inadäquate Wahl der korrespondierenden Anfängerkohorte verzerrt sein. Da zudem keine Daten über Berufswechsel (von welchem Beruf wird in welchen gewechselt) vorliegen, können auch keine berufsspezifischen „Schwundquoten“ berechnet werden. Deshalb kann unter der gegenwärtigen Datenlage für die duale Berufsausbildung nur eine grobe Kalkulation der Abbruchquote erfolgen. Auf Basis der Meldungen zu den Abschlussprüfungen, des Vertragsbeginns und der Vorbildung resultiert eine Quote von ca. 16 % (zur genauen Berechnung siehe Uhly 2014b).

Datenunsicherheiten – eventuelle Überschätzung

Diese Kalkulation der Abbruchquote im dualen System ist aufgrund verschiedener Aspekte mit Unsicherheit behaftet. Zum einen weil das Ausbildungsbeginnjahr unbekannt ist und deshalb die Wahl der korrespondierenden Anfängerkohorte problematisch ist (s. o.). Zum anderen weil unsicher ist, ob alle Abschlussprüfungen fristgerecht gemeldet wurden. Ein Vergleich der Meldungen der Berichtsjahre 2008 bis 2012 für die Ausbildungsanfänger/-innen 2008 hat gezeigt, dass mit den Meldungen aus 5 Berichtsjahren insgesamt für gut 6 % der in 2008 gemeldeten Anfänger/-innen in der Folge ein Ausbildungsende ohne gemeldeten Beendigungsgrund vorliegt oder gar keine Meldung mehr erfolgt. Es ist anzunehmen, dass die Ursachen hierfür variieren: Vertrag nicht verlängert, Unterbrechung der Ausbildung, Prüfungsergebnis oder Vertragslösung verspätet eingetragen etc. Wenn die Zahl der Abschlussprüfungen aufgrund nicht fristgerechter Meldungen der Prüfungsergebnisse untererfasst ist, wird die Abbruchquote entsprechend überschätzt (vgl. Uhly 2014b).

¹⁰⁸ Auch auf Basis der Sonderauswertung der BIBB-Übergangsstudie 2011 (Beicht/Walden 2013) kann keine Abbruchquote berechnet werden; siehe hierzu Uhly/Beicht 2013. Der Anteil von Auszubildenden, die eine duale Berufsausbildung ohne Abschluss beendet hatten (von denen einige danach erneut eine duale Berufsausbildung beginnen), wie er auf Basis der BIBB-Übergangsstudie resultiert, fällt aus verschiedenen Gründen geringer aus: Zum einen ist anzunehmen, dass sehr kurze Vertragsdauern im dualen System deutlich untererfasst sind. Zum anderen sind lediglich die ersten 36 Monate nach Ausbildungsbeginn erfasst (spätere Beendigungen ohne Abschluss sind also nicht einbezogen). Außerdem wird mit der Übergangsstudie nur ein eingeschränkter Personenkreis (Geburtsjahrgänge 1987 bis 1992) befragt, und sie bezieht sich auf einen anderen Bezugszeitraum als die auf Basis der Absolventenkohorte 2012 kalkulierte Abbruchquote.

Vorzeitige Vertragslösungen und Vertragslösungsquoten 1993 bis 2012

Mit 24,4 % liegt die Lösungsquote des Berichtsjahres 2012 im üblichen Schwankungsbereich der letzten beiden Dekaden. Sie schwankt bundesweit seit Anfang der 1990er-Jahre zwischen 20 % und 25 % der begonnenen Ausbildungsverträge → **Tabelle A4.7-2**. Damit hat sich die Lösungsquote im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr nicht weiter erhöht. Dass dieses Thema derzeit eine sehr große Aufmerksamkeit erfährt, ist somit nicht durch Veränderungen der Lösungsquote selbst zu erklären. Dies ist eher aufgrund der Risiken hinsichtlich eines Fachkräftemangels infolge der demografischen Entwicklung und der Entwicklung der Studierneigung der Schulabgänger/-innen zu sehen (vgl. Uhly 2013a).

Wie kann diese Schwankung der Lösungsquote erklärt werden? Der Anteil vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge schwankt deutlich mit der Ausbildungsstellenmarktlage. Auch wenn theoretisch verschiedene Effektrichtungen denkbar sind (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A4.7), zeigt sich empirisch, dass die Lösungsquote steigt, wenn sich die Lage am Ausbildungsstellenmarkt aus Sicht der Auszubildenden verbessert – das Verhältnis von angebotenen Ausbildungsstellen zu nachgefragten Ausbildungsstellen steigt (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A4.7 und Uhly 2013a, S. 4). Dieser Zusammenhang war auch schon in der Vergangenheit zu beobachten (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2006, S. 121). Dies kann folgendermaßen interpretiert werden: Mit einer Verbesserung der Chance auf einen alternativen Ausbildungsplatz

Tabelle A4.7-2: **Vorzeitige Vertragslösungen und Vertragslösungsquote¹ in % der begonnenen Ausbildungsverträge, Bundesgebiet 1993 bis 2012**

Jahr	LQ _{alt}	LQ _{neu}	LQ _{neu_Probezeit}	LQ _{neu_nach_Probezeit}
1993	23,2	–	–	–
1994	23,6	–	–	–
1995	22,7	–	–	–
1996	21,3	–	–	–
1997	20,5	–	–	–
1998	21,3	–	–	–
1999	22,1	–	–	–
2000	23,7	–	–	–
2001	23,7	–	–	–
2002	24,1	–	–	–
2003	21,9	–	–	–
2004	21,0	–	–	–
2005	19,9	–	–	–
2006	19,8	–	–	–
2007 ²	–	–	–	–
2008	21,5	–	–	–
2009	22,6	22,1	7,0	15,1
2010	23,3	23,0	7,5	15,5
2011	24,5	24,4	8,2	16,2
2012 ³	24,6	24,4	8,4	16,0

¹ 1993: einfache Lösungsquote, ab 1994 berechnet nach dem sogenannten Schichtenmodell des BIBB. Im Zuge der Revision der Berufsbildungsstatistik konnte die Berechnungsweise der Lösungsquote verbessert werden; die neue Berechnungsweise (LQneu) sowie die Differenzierung der Lösungsquote innerhalb und nach der Probezeit ist erst ab 2009 möglich.

² Für 2007 wurden aufgrund erheblicher Meldeprobleme keine Lösungsdaten veröffentlicht. Werte vor und nach 2007 können aufgrund weitreichender Umstellungen in der Berufsbildungsstatistik nicht unmittelbar miteinander verglichen werden.

³ Für das Berichtsjahr 2012 fehlen aufgrund eines Meldefehlers einer Handwerkskammer 1.194 vorzeitige Vertragslösungen aus dem Zuständigkeitsbereich Handwerk. Da die Individualdaten nicht korrigiert werden können, kann die Lösungsquote, die diese Fälle einbezieht, nicht genau berechnet werden. Insgesamt ist jedoch nicht mit einem Effekt zu rechnen, der die Lösungsquote um mehr als 0,2 Prozentpunkte erhöht.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 1993 bis 2012; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

werden Auszubildende, die mit einem eingegangenen Ausbildungsverhältnis unzufrieden sind bzw. einen nicht präferierten Ausbildungsplatz innehaben, den Vertrag eher lösen.¹⁰⁹ Ebenso ist denkbar, dass Ausbildungsbetriebe in Zeiten einer aus ihrer Sicht erfolgten Verschlechterung der Ausbildungsstellenmarktlage eher weniger präferierte Bewerber und Bewerberinnen auf Ausbildungsstellen einstellen und diese Ausbildungsverhältnisse ein höheres Vertragslösungsrisiko aufweisen.

Lösungsquoten nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit der Auszubildenden

In den meisten der 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe ist die Lösungsquote der Verträge von Frauen geringer als die der Männer → **Tabelle A4.7-7**. Im Gesamtdurchschnitt zeigt sich jedoch für das Berichtsjahr 2012, dass die Lösungsquote der mit Frauen abgeschlossenen Ausbildungsverträge

mit durchschnittlich 24,9 % insgesamt etwas höher ausfällt als die der Männer (24 %) → **Tabelle A4.7-3**. Während der Probezeit liegt die Lösungsquote der Frauen bei 9,4 % und damit fast 2 Prozentpunkte über der Quote der Männer; nach der Probezeit fällt die Lösungsquote der Frauen um 1 Prozentpunkt geringer aus als die der Männer → **Tabelle A4.7-4**.

Vergleichsweise hohe Lösungsquoten der Frauen ergeben sich in den Zuständigkeitsbereichen Handwerk, Landwirtschaft und – mit geringerem Abstand zu den Männern – auch im Bereich Industrie und Handel → **Tabelle A4.7-3**. In den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes und der freien Berufe fallen die Lösungsquoten der Frauen niedriger aus als die der Männer. Auffallend ist, dass die Lösungsquoten der Frauen in jenen Zuständigkeitsbereichen besonders hoch ausfallen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind; umgekehrt fallen die Lösungsquoten der Männer in den Zuständigkeitsbereichen

Tabelle A4.7-3: **Vertragslösungsquoten (LQ_{neu} in %)¹ nach Personenmerkmalen und Zuständigkeitsbereichen², Bundesgebiet 2012**

Personenmerkmal	Insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft
Geschlecht							
männlich	24,0	21,0	29,8	8,7	21,9	28,9	27,5
weiblich	24,9	22,7	36,3	5,4	26,9	24,2	26,5
Staatsangehörigkeit							
deutsche Staatsangehörigkeit	23,9	21,3	31,0	6,6	23,0	24,5	26,1
ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Ausländer/-innen)	31,2	28,9	38,0	7,2	33,0	24,8	34,0
Höchster allgemeinbildender Schulabschluss							
ohne Hauptschulabschluss	38,8	36,7	43,5	5,6	34,8	39,3	31,3
mit Hauptschulabschluss	34,6	34,3	36,1	13,2	25,7	30,1	27,2
mit Realschulabschluss	21,1	19,5	25,5	7,0	20,0	24,0	13,8
mit Studienberechtigung	13,4	12,0	20,4	5,5	13,4	21,6	16,5
Insgesamt	24,4	21,7	31,5	6,6	23,0	24,5	26,6

¹ Schichtenmodell des BIBB nach neuer Berechnungsweise; in % der begonnenen Ausbildungsverträge.

² Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe (vgl. **in Kapitel A1.2**).

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2009 bis 2012; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

109 Die Berufsbildungsstatistik erfasst ausschließlich angetretene Ausbildungsverhältnisse. Somit kann ausgeschlossen werden, dass die steigende Lösungsquote auf multiple Vertragsabschlüsse einzelner Ausbildungsplatzsuchender, die dann nur eines der Ausbildungsverhältnisse antreten, zurückzuführen ist.

Tabelle A4.7-4: **Vertragslösungsquoten (LQ_{neu} in %)¹ nach Lösungszeitpunkt und Personenmerkmalen sowie Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 2012**

Personenmerkmal	Während der Probezeit (4 Monate)	Nach der Probezeit	Insgesamt
Geschlecht			
männlich	7,6	16,4	24,0
weiblich	9,4	15,4	24,9
Staatsangehörigkeit			
deutsche Staatsangehörigkeit	8,2	15,7	23,9
ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Ausländer/-innen)	10,5	20,7	31,2
Höchster allgemeinbildender Schulabschluss			
ohne Hauptschulabschluss	10,6	28,2	38,8
mit Hauptschulabschluss	11,4	23,2	34,6
mit Realschulabschluss	7,6	13,5	21,1
mit Studienberechtigung	5,3	8,1	13,4
Zuständigkeitsbereich²			
Industrie und Handel	7,7	14,0	21,7
Handwerk	10,0	21,4	31,5
Öffentlicher Dienst	1,8	4,8	6,6
Landwirtschaft	6,8	16,3	23,0
Freie Berufe	10,3	14,2	24,5
Hauswirtschaft	5,5	21,0	26,6
Insgesamt	8,4	16,0	24,4

¹ Schichtenmodell des BIBB nach neuer Berechnungsweise; in % der begonnenen Ausbildungsverträge.

² Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe (vgl. [E in Kapitel A1.2](#)).

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2009 bis 2012; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

vergleichsweise hoch aus, in denen der Männeranteil an den Auszubildenden geringer ausfällt.¹¹⁰

Deutliche Unterschiede in den Lösungsquoten zeigen sich auch bei den Verträgen der Auszubildenden mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit.

Von den Ausbildungsverträgen der ausländischen Auszubildenden werden im Durchschnitt 31,2 % vorzeitig gelöst, von den Ausbildungsverträgen der Auszubildenden mit deutschem Pass nur 23,9 % → [Tabelle A4.7-3](#). Diese Relation zeigt sich gleichermaßen bei den Probezeitlösungen und den Lösungen nach der Probezeit → [Tabelle A4.7-4](#). Höhere Lösungsquoten bei den ausländischen Auszubildenden ergeben sich in allen Zuständigkeitsbereichen

→ [Tabelle A4.7-3](#). Die Abstände der Lösungsquoten deutscher und ausländischer Auszubildender fallen in den dualen Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes und der freien Berufe deutlich geringer aus als in den anderen Zuständigkeitsbereichen. Auch bei den 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen des dualen Systems ergeben sich in fast allen dieser Berufe größere Lösungsquoten bei den Ausbildungsverträgen ausländischer Auszubildender → [Tabelle A4.7-7](#). Teilweise sind die Unterschiede in den Lösungsquoten zwischen deutschen und ausländischen Auszubildenden auch auf Unterschiede hinsichtlich des höchsten allgemeinbildenden Schulabschlusses zurückzuführen.

Lösungsquoten nach allgemeinbildendem Schulabschluss

Bei der Betrachtung der Lösungsquoten nach dem zuvor erworbenen allgemeinbildenden Schulabschluss → [Tabelle A4.7-3](#) zeigt sich deutlich, dass

110 In den Bereichen Landwirtschaft und Handwerk sind weniger als ein Viertel aller Auszubildenden Frauen. In den Bereichen öffentlicher Dienst (65 %) und freie Berufe (94 %) ist dagegen der Frauenanteil sehr hoch (vgl. [Kapitel A4.2.1](#)). Auf Basis der Betrachtung von Lösungsquoten bei einzelnen (männlich bzw. weiblich dominierten) Ausbildungsberufen weist auch Huth (2000, S. 37 f.) auf einen solchen Zusammenhang hin.

die Lösungsquote umso höher ausfällt, je niedriger der allgemeinbildende Schulabschluss der Auszubildenden ist (vgl. [Kapitel A4.6.2](#)). So weisen Auszubildende ohne Hauptschulabschluss mit 38,8 % eine nahezu dreimal höhere Lösungsquote auf als Studienberechtigte (13,4 %). Bei den Verträgen der Auszubildenden mit Hauptschulabschluss ergibt sich für das Berichtsjahr 2012 eine Lösungsquote von 34,6 %. Die Verträge von Auszubildenden mit Realschulabschluss werden zu 21,1 % vorzeitig gelöst. Diese Rangfolge der Abschlussgruppen ergibt sich in fast allen Zuständigkeitsbereichen. In den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes fällt die Lösungsquote bei den Ausbildungsverträgen derjenigen ohne Hauptschulabschluss relativ gering aus; allerdings ist hier die Zahl der Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss (Neuabschlüsse) mit rd. 30 extrem niedrig. In den Ausbildungsberufen der freien Berufe und des Handwerks fallen die Lösungsquoten der Studienberechtigten mit über 20 % vergleichsweise hoch und nur etwa halb so hoch wie die derjenigen ohne Hauptschulabschluss aus.

Dabei finden sich über alle Schulabschlüsse hinweg ähnliche Relationen von Lösungsquoten während und nach der Probezeit → [Tabelle A4.7-4](#). Allerdings ist der Anteil der Probezeitlösungsquote an der Gesamtlösungsquote der jeweiligen Vorbildungsgruppe umso höher, je höher der allgemeinbildende Schulabschluss. Die vorbildungsspezifischen Unterschiede in der Höhe der Lösungsquoten fallen somit nach der Probezeit stärker aus.

Vertragslösungsquoten nach Ländern, Zuständigkeitsbereichen und Ausbildungsberufen

Die Lösungsquoten unterscheiden sich deutlich zwischen den Ländern, sie reichen von durchschnittlich knapp 22 % in Baden-Württemberg und Bayern bis hin zu gut 33 % in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin → [Tabelle A4.7-5](#). Insgesamt fallen die Lösungsquoten in Ostdeutschland eher höher aus¹¹¹;

¹¹¹ Hierbei ist allerdings zu beachten, dass in Ostdeutschland der Anteil der öffentlich finanzierten Auszubildenden höher ausfällt und Vertragslösungen auch bei einem Wechsel von solchen Ausbildungsplätzen in ein betrieblich finanziertes Berufsausbildungsverhältnis auftreten können; solche Vertragswechsel können als Erfolge betrachtet werden.

allerdings liegen sie auch in Hamburg, Schleswig-Holstein und im Saarland bei knapp 28 %.¹¹²

Ebenso deutlich variieren die Lösungsquoten zwischen den Zuständigkeitsbereichen → [Tabelle A4.7-5](#). In den Berufen des Handwerks zeigt sich mit über 30 % im Bundesdurchschnitt die höchste Lösungsquote, gefolgt von den Berufen der Hauswirtschaft mit 26,6 %. Eine extrem niedrige durchschnittliche Lösungsquote von nur 6,6 % ergibt sich lediglich in den Berufen des Zuständigkeitsbereichs öffentlicher Dienst. In den Ausbildungsberufen der freien Berufe liegt sie mit 24,5 % nahe beim Durchschnittswert, und in den beiden Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel sowie Landwirtschaft fällt sie mit knapp 22 % und 23 % leicht unterdurchschnittlich aus.

Differenziert man die Quote nach Lösungen während und nach der Probezeit, so fällt auf, dass bei dem Zuständigkeitsbereich freie Berufe die Lösungsquote während der Probezeit relativ hoch und bei der Hauswirtschaft relativ gering ausfällt → [Tabelle A4.7-4](#).

Die Lösungsquoten variieren noch deutlicher zwischen den einzelnen dualen Ausbildungsberufen → [Tabelle A4.7-6](#). Betrachtet man die 20 Berufe¹¹³ mit den jeweils höchsten und niedrigsten Lösungsquoten, ergeben sich weitgehend übereinstimmende Ergebnisse gegenüber den Vorjahren. Unter den Berufen mit sehr hohen Lösungsquoten von ca. 40 % bis über 50 % sind vor allem die Berufe des Hotel- und Gaststättengewerbes (z. B. Restaurantfachmann/-fachfrau, Koch/Köchin, Fachkraft im Gastgewerbe), Dienstleistungsberufe aus den Tätigkeitsbereichen Körperpflege, Transport und Reinigung sowie weitere primäre Dienstleistungsberufe¹¹⁴ (z. B. Kosmetiker/-in, Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice, Gebäudereiniger/-in, Servicekraft für Schutz und Sicherheit,

¹¹² Die auffallend niedrigen Werte in der Landwirtschaft Bremens und der Hauswirtschaft Hamburgs sind mit großer Wahrscheinlichkeit auf Meldefehler zurückzuführen und stellen eine deutliche Untererfassung dar. Da beide Bereiche gemessen an allen begonnenen Ausbildungsverträgen vergleichsweise klein ausfallen, verzerrten diese Fehlmeldungen die Lösungsdaten insgesamt nur in sehr geringem Maße.

¹¹³ Einbezogen wurden duale Ausbildungsberufe mit mindestens 300 neu abgeschlossenen Verträgen im Jahre 2012.

¹¹⁴ Zur Unterscheidung von primären und sekundären Dienstleistungsberufen sowie Fertigungsberufen siehe [Kapitel A4.4](#).

Tabelle A4.7-5: **Vertragslösungsquoten in % der begonnenen Ausbildungsverträge (LQ_{neu})¹ nach Zuständigkeitsbereichen² und Ländern 2012**

Land	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft ³	Freie Berufe	Hauswirtschaft ³	Insgesamt
Baden-Württemberg	18,7	29,2	4,4	20,6	23,4	25,6	21,6
Bayern	18,5	28,5	3,3	14,7	25,5	18,9	21,7
Berlin (ab 1991 mit Berlin-Ost)	30,4	47,4	10,2	41,2	22,4	16,7	33,3
Brandenburg	26,9	38,0	7,1	31,6	28,1	20,0	29,2
Bremen ³	21,4	38,4	23,7	1,6	23,3	31,5	25,1
Hamburg ³	23,6	40,9	7,8	25,1	38,1	5,1	27,9
Hessen	21,4	29,7	8,6	25,5	21,7	–	23,3
Mecklenburg-Vorpommern	32,3	40,0	5,6	34,7	27,8	39,7	33,4
Niedersachsen	21,4	30,0	5,9	19,6	22,5	26,8	23,8
Nordrhein-Westfalen	20,1	28,9 ⁴	8,3	22,9	24,9	26,1	22,7 ⁴
Rheinland-Pfalz	22,0	34,8	8,6	24,9	24,2	32,9	26,1
Saarland	21,4	39,6	6,6	33,4	20,3	46,0	27,5
Sachsen ³	26,5	34,1	6,5	29,3	24,0	35,7	27,8
Sachsen-Anhalt	30,9	38,4	2,2	29,8	28,3	31,0	31,9
Schleswig-Holstein	26,1	34,0	4,8	25,7	22,1	–	27,9
Thüringen	27,7	36,4	5,8	22,3	29,4	19,7	29,1
Bundesgebiet	21,7	31,5⁴	6,6	23,0	24,5	26,6	24,4

¹ Schichtenmodell des BIBB nach neuer Berechnungsweise; in % der begonnenen Ausbildungsverträge; zur Berechnung des Anteils fließen Daten aus den 4 letzten Berichtsjahren ein.

² Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe (vgl. [E in Kapitel A1.2](#)).

³ Die auffallend niedrigen Werte in der Landwirtschaft in Bremen und der Hauswirtschaft in Hamburg sind mit großer Wahrscheinlichkeit auf Meldefehler zurückzuführen und stellen vermutlich eine deutliche Untererfassung dar. In den Vorjahren lag auch ein Meldefehler für die Landwirtschaft und Hauswirtschaft Sachsens vor; dieser ist nun behoben.

⁴ Für das Berichtsjahr 2012 fehlen aufgrund eines Meldefehlers einer Handwerkskammer 1.194 vorzeitige Vertragslösungen aus dem Zuständigkeitsbereich Handwerk. Da die Individualdaten nicht korrigiert werden können, kann die Lösungsquote, die diese Fälle einbezieht, nicht genau berechnet werden. Insgesamt ist jedoch davon auszugehen, dass die Lösungsquote im Handwerk NRW eher bei 32 %, in NRW insgesamt eher bei 23,6 % und der Bundesdurchschnitt im Handwerk bei über 32 % liegt; siehe hierzu auch die Hinweise zu den Berichtsjahren in DAZUBI: www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berichtsjahre.pdf.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2009 bis 2012; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Berufskraftfahrer/-in); außerdem weisen Bauberufe relativ hohe Lösungsquoten auf (z. B. Bauten- und Objektbeschichter/-in, Gerüstbauer/-in sowie Maler und Lackierer/Malerin und LackiererIn). Auch wenn im Durchschnitt im Handwerk die Lösungsquote höher ausfällt, findet man sehr hohe Lösungsquoten nicht in besonderer Weise in Handwerksberufen; auch in anderen Zuständigkeitsbereichen – insbesondere in Industrie und Handel – findet man Berufe mit sehr hohen Lösungsquoten. Allerdings gibt es kaum größere Handwerksberufe mit sehr niedrigen Lösungsquoten. Niedrige Lösungsquoten von (z. T. deutlich) unter 8 % weisen neben den Ausbildungsberufen des Zuständigkeitsbereichs öffentlicher Dienst (z. B. Verwaltungsfachangestellte/-r,

Sozialversicherungsfachangestellte/-r) vor allem sekundäre Dienstleistungsberufe (z. B. Bankkaufmann/-kauffrau, Medienkaufmann/-kauffrau für Digital und Print), aber auch technische Produktionsberufe der Industrie auf (Elektroniker/-in für Automatisierungstechnik, Fluggerätmechaniker/-in, Chemikant/-in).¹¹⁵

Betrachtet man die 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe des dualen Systems → [Tabelle A4.7-7](#), die zusammen mehr als die Hälfte aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge umfassen, so

¹¹⁵ Auf eine differenzierte Betrachtung der Lösungsquote während und nach der Probezeit wird hier verzichtet, da sich keine besonderen Auffälligkeiten zeigen.

Tabelle A4.7-6: Ausbildungsberufe¹ mit den höchsten und niedrigsten Vertragslösungsquoten in %², Bundesgebiet 2012

Ausbildungsberufe mit den höchsten Lösungsquoten	Zuständigkeitsbereich ³	Neuabschlüsse	Lösungsquote (LQ _{neu})	Ausbildungsberufe mit den niedrigsten Lösungsquoten	Zuständigkeitsbereich ³	Neuabschlüsse	Lösungsquote (LQ _{neu})
Kosmetiker/-in	IH/HwEx	324	53,2	Verwaltungsfachangestellte/-r	ÖD/HwEx	5.286	4,7
Restaurantfachmann/-fachfrau	IH/HwEx	3.774	50,7	Fachangestellte/-r für Medien- und Informationsdienste	IH/ÖD	591	5,0
Koch/Köchin	IH/HwEx	10.719	48,4	Verfahrensmechaniker/-in in der Hütten- und Halbzeugindustrie	IH/HwEx	546	5,2
Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice	IH/HwEx	477	46,2	Bankkaufmann/-kauffrau	IH/ÖD	13.323	6,1
Gebäudereiniger/-in	Hw	1.257	46,2	Sozialversicherungsfachangestellte/-r	ÖD	2.463	6,2
Servicekraft für Schutz und Sicherheit	IH	270	46,0	Elektroniker/-in für Automatisierungstechnik	IH/HwEx	1.935	6,4
Berufskraftfahrer/-in	IH/HwEx	3.273	45,9	Fluggerätmechaniker/-in	IH/HwEx	672	6,7
Fachkraft im Gastgewerbe	IH/HwEx	2.712	45,1	Chemikant/-in	IH/HwEx	1.938	6,7
Friseur/-in	Hw	11.892	44,6	Biologielaborant/-in	IH	504	6,9
Fachkraft für Schutz und Sicherheit	IH	1.008	44,3	Fertigungsmechaniker/-in	IH/HwEx	882	6,9
Bauten- und Objektbeschichter/-in	Hw	1.035	42,7	Straßenwärter/-in	IH/ÖD	381	7,4
Fachmann/Fachfrau für Systemgastronomie	IH/HwEx	2.124	42,2	Medienkaufmann/-kauffrau für Digital und Print	IH	879	7,4
Pferdewirt/-in	Lw	786	41,4	Industriekaufmann/-kauffrau	IH/HwEx	19.764	7,5
Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk	IH/HwEx	9.303	41,0	Chemielaborant/-in	IH/HwEx	1.680	7,8
Klempner/-in	Hw	381	40,6	Forstwirt/-in	Lw	612	7,8
Gerüstbauer/-in	IH/Hw	438	39,6	Elektroniker/-in für Betriebstechnik	IH/HwEx	6.306	7,8
Bäcker/-in	IH/Hw	3.330	39,2	Fachangestellte/-r für Arbeitsmarktdienstleistungen	ÖD	594	7,8
Hotelfachmann/-fachfrau	IH/HwEx	9.867	39,0	Schiffahrtskaufmann/-kauffrau	IH	339	7,8
Maler/-in und Lackierer/-in	Hw	7.890	38,4	Werkzeugmechaniker/-in	IH/HwEx	3.492	7,9
Sport- und Fitnesskaufmann/-kauffrau	IH	1.734	37,8	Werkstoffprüfer/-in	IH/HwEx	381	8,1

¹ Ausbildungsberufe, in denen mindestens 300 Ausbildungsverträge im Jahr 2012 begonnen hatten.

² Schichtenmodell des BIBB nach neuer Berechnungsweise; in % der begonnenen Ausbildungsverträge; zur Berechnung des Anteils fließen Daten aus den 4 letzten Berichtsjahren ein.

³ IH = Industrie und Handel; Hw = Handwerk; HwEx = IH-Beruf im Handwerk ausgebildet; ÖD = Öffentlicher Dienst; Lw = Landwirtschaft.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2009 bis 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

zeigt sich auch hier die große Bandbreite an Lösungsquoten von 6 % (Bankkaufmann/-kauffrau) bis 48 % (Koch/Köchin).

Der Ausbildungsverlauf der Anfängerkohorte 2008

Die Einführung der Individualdatenerhebung durch das Berufsbildungsreformgesetz von 2005 und die Erfassung von Monat und Jahr von ausbildungsrele-

vanten Ereignissen (Vertragsbeginn und Ende, Abschlussprüfung und Wiederholungsprüfungen sowie vorzeitige Vertragslösung) haben die Möglichkeit eröffnet, aus den Meldungen zu mehreren Berichtsjahren solche Datensätze zu bilden, die eine Analyse des Ausbildungsverlaufs von Anfängern und Anfängerinnen eines Jahres (Kohortendatensätze) erlauben. Da im ersten Jahr der Revision (2007 in Kraft getreten) noch erhebliche Meldeprobleme bestanden, ist die Anfängerkohorte 2008 die erste, für die ein solcher

Tabelle A4.7-7: Vertragslösungsquoten (in %)¹ in den 20 am stärksten besetzten dualen Ausbildungsberufen, Bundesgebiet 2012

Duale Ausbildungsberufe (BBiG/HwO)²	Zuständigkeitsbereich³	Neuabschlüsse	Vertragslösungsquoten (LQ _{neu})				
			Insgesamt	Frauen	Männer	Ausländer/-innen	Deutsche
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	IH/HwEx	31.902	22,0	21,0	23,3	24,9	21,7
Verkäufer/-in	IH/HwEx	26.157	32,2	31,3	33,6	34,9	31,9
Kraftfahrzeugmechatiker/-in	IH/Hw/HwEx	19.833	22,5	31,4	22,2	28,4	22,1
Bürokaufmann/-kauffrau	IH/HwEx	19.788	23,3	22,7	25,0	27,7	23,1
Industriekaufmann/-kauffrau	IH/HwEx	19.764	7,5	7,0	8,4	11,4	7,4
Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel	IH/HwEx	15.591	14,4	13,7	14,9	17,5	14,3
Industriemechaniker/-in	IH/HwEx	14.289	8,5	9,9	8,4	9,6	8,5
Medizinische/-r Fachangestellte/-r	FB	14.232	22,3	22,1	35,9	24,5	22,0
Bankkaufmann/-kauffrau	IH/ÖD	13.323	6,1	5,5	6,9	9,8	6,0
Friseur/-in	Hw	11.892	44,6	43,1	55,4	42,5	45,0
Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation	IH/HwEx	11.775	22,7	21,4	27,6	30,4	22,2
Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r	FB	11.427	24,3	24,2	41,0	23,6	24,5
Elektroniker/-in	Hw	11.307	31,4	44,0	31,2	44,3	30,5
Koch/Köchin	IH/HwEx	10.719	48,4	48,1	48,5	53,1	48,2
Fachkraft für Lagerlogistik	IH/HwEx	10.446	21,8	18,2	22,2	24,1	21,6
Fachinformatiker/-in	IH/HwEx	10.398	14,4	17,9	14,2	24,5	14,2
Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	IH/Hw	10.323	31,0	32,3	31,0	38,2	30,5
Hotelfachmann/-fachfrau	IH/HwEx	9.867	39,0	38,9	39,2	44,9	38,5
Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk	IH/HwEx	9.303	41,0	40,1	48,1	40,6	41,0
Tischler/-in	Hw	7.980	26,2	26,9	26,1	31,7	26,0
Duale Ausbildungsberufe insgesamt		549.003	24,4	24,9	24,0	31,2	23,9

¹ Schichtenmodell des BIBB nach neuer Berechnungsweise; in % der begonnenen Ausbildungsverträge; zur Berechnung des Anteils fließen Daten aus den 4 letzten Berichtsjahren ein.

² Duale Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO, jeweils ggf. inklusive Vorgängerberufe.

³ IH = Industrie und Handel; Hw = Handwerk; HwEx = IH-Beruf im Handwerk ausgebildet; ÖD = Öffentlicher Dienst; FB = Freie Berufe.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember), Berichtsjahre 2009 bis 2012. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

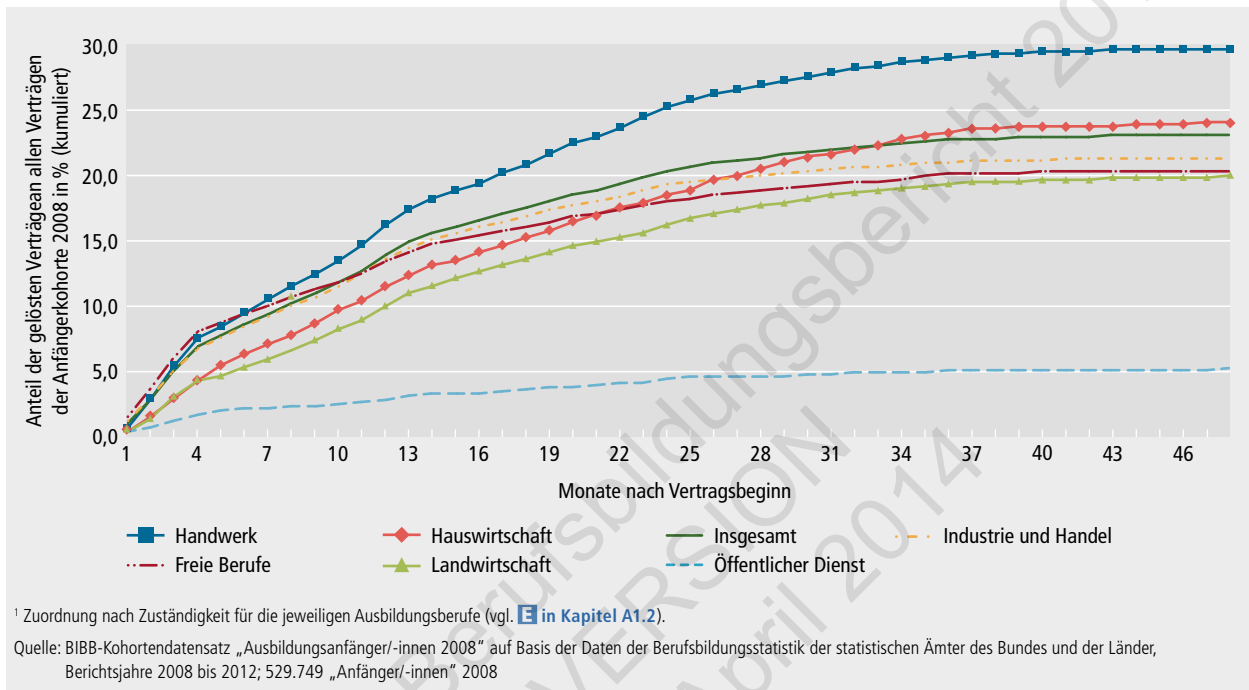
Datensatz gebildet werden kann. Für diese kann der Ausbildungsverlauf nach Beginn der Ausbildung monatsgenau analysiert werden; mit dem aktuellen Datenstand (2012) lassen sich für alle Anfänger und Anfängerinnen 2012 mindestens 48 Monate nach Beginn der Ausbildung erfassen. Allerdings kann der Verlauf immer nur bis zum Ende eines Ausbildungsvertrages bzw. bis zur Abschlussprüfung¹¹⁶ betrachtet werden. Denn die Berufsbildungsstatistik erfasst

keine – über die Jahre – unveränderliche Personennummer für die einzelnen Auszubildenden, anhand derer man die Meldungen aus verschiedenen Verträgen für eine Person verknüpfen könnte. Ebenso wird keine solche Nummer für die Ausbildungsbetriebe erhoben.¹¹⁷ Wenn Ausbildungsverträge gelöst werden, bleibt also unbekannt, ob die Auszubildenden erneut eine duale Berufsausbildung antreten oder ob der Ausbildungsbetrieb die Ausbildungsstelle wieder besetzt. Trotz dieser Einschränkungen liefert der Kohortendatensatz erweiterte Analysemöglichkeiten.

116 In manchen Fällen wird eine Abschluss- bzw. Wiederholungsprüfung noch nach Ablauf des Ausbildungsvertrages abgelegt, dies sind die einzigen Fälle, in denen der Ausbildungsverlauf mit der Berufsbildungsstatistik über das Vertragsende hinaus abgebildet werden kann.

117 Das BIBB hatte vorgeschlagen, beides aufzunehmen, leider war dies aufgrund von Datenschutzbedenken nicht durchsetzbar.

Schaubild A4.7-1: Vorzeitige Vertragslösungen in den ersten 48 Monaten nach Ausbildungsbeginn der Anfängerkohorte 2008 nach Zuständigkeitsbereichen¹ (kumulierter Anteil der gelösten Verträge in %)



Zum einen kann der Anteil gelöster Verträge ex post ermittelt werden, ohne auf die relativ komplexe Berechnungsformel des „Schichtenmodells“ zurückgreifen zu müssen. Es zeigt sich, dass 23,2% der Ausbildungsverträge der Anfänger und Anfängerinnen des Jahres 2008 bis zum 31. Dezember 2012 gelöst waren → [Schaubild A4.7-1](#). Der für das Berichtsjahr 2008 berechnete Näherungswert (Lösungsquote nach dem Schichtenmodell) betrug 21,5%¹¹⁸ → [Tabelle A4.7-2](#). Somit hat sich die Validität der BIBB-Berechnungsformel der Lösungsquote bestätigt.¹¹⁹

Zum anderen lässt sich der monatsgenaue Verlauf des Vertragslösungsgeschehens genauer verfolgen. Beispielsweise können die bereits mit der Differenzierung von Probezeit- und Gesamtlösungsquoten ersichtlichen Unterschiede zwischen den Zustän-

digkeitsbereichen genauer betrachtet werden. Im Zuständigkeitsbereich freie Berufe steigt der Anteil gelöster Verträge in den ersten Monaten sehr stark an, nach der Probezeit flacht die Kurve des kumulierten¹²⁰ Anteils vorzeitig gelöster Verträge deutlich ab. In den Berufen der Hauswirtschaft bleibt der Anteil vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge lange unterhalb des Anteils im dualen System insgesamt und übersteigt diesen aufgrund der relativ vielen Lösungen zu einem späten Ausbildungszeitpunkt erst ab dem 34. Monat nach Ausbildungsbeginn. In den Handwerksberufen steigt der Anteil gelöster Verträge innerhalb der ersten 2 Jahre nach Ausbildungsbeginn relativ stark an. Zum Vergleich dieser Verläufe zwischen weiteren Berufs- und Personengruppierungen siehe BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.7 und Uhly 2014a.

Weiterhin kann der Prüfungserfolg der Anfängerkohorte betrachtet werden; dies allerdings nur hinsichtlich des ersten Ausbildungsverhältnisses.

¹¹⁸ Er fällt niedriger aus als der ex post ermittelte Wert, da die Lösungsquote in den 3 Jahren nach 2008 angestiegen ist.

¹¹⁹ Der Kohortendatensatz wurde auf Ausbildungsanfänger/-innen (im Sinne von Erstanfängern) begrenzt, bei der Lösungsquotenberechnung fließen dagegen auch begonnene Verträge von solchen Auszubildenden ein, die zuvor bereits einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen hatten. Dennoch liegen die Werte nahe beieinander.

¹²⁰ Dargestellt ist der monatlich hinzukommende Anteil gelöster Verträge der Ausbildungsanfänger/-innen 2008.

Bei Vertragswechsel ist der Prüfungserfolg der Anfänger und Anfängerinnen damit nicht erfasst. Bis spätestens zum 31. Dezember 2012 haben gut 75 % der Anfängerkohorte 2008 die Abschlussprüfung im ersten Ausbildungsverhältnis erfolgreich abgelegt. 1,4 % haben nicht bestanden, und nur 0,3 % sind im ersten Ausbildungsvertrag als endgültig durchgefallen gemeldet. Gut 23 % sind nicht bzw. noch nicht zur Abschlussprüfung angetreten, die meisten davon waren die Auszubildenden mit vorzeitig gelöstem Ausbildungsvertrag; zu ausführlicheren Analysen des Ausbildungsverlaufs der Anfängerkohorte 2008 siehe Uhly 2014a.

Auf Basis des Kohortendatensatzes können außerdem die Ergebnisse zu den differenzierten Lösungsquoten im Rahmen von multivariaten Modellen überprüft werden, zumindest hinsichtlich der anderen im Rahmen der Berufsbildungsstatistik erhobenen Merkmale.¹²¹ So kann man z. B. aus einer höheren Lösungsquote einer bestimmten Personengruppe nicht ableiten, dass diese Personen aufgrund ihrer personalen Merkmale in stärkerem Maße Ausbildungsverträge vorzeitig lösen. Die Zusammenhänge sind komplex. Vertragslösungen können bei einer Personengruppe hoch ausfallen, weil sie stärker in Ausbildungsberufen, Betrieben oder Regionen mit hohen Lösungsquoten zu finden sind. Zum anderen können die Lösungsquoten in Berufen höher ausfallen, weil Personen mit höherer Lösungswahrscheinlichkeit in diesen Berufen zu finden sind oder weil sie in Betrieben, Branchen oder Regionen mit höheren Lösungsquoten anzutreffen sind. Zur Klärung dieser komplexen Zusammenhänge besteht noch ein erheblicher Forschungsbedarf.

Multivariate Analysen erlauben die Prüfung des Effektes einzelner Variablen unter Kontrolle der anderen Variablen. Leider enthalten die Daten der Berufsbildungsstatistik nahezu keine betrieblichen Merkmale, sodass deren Einfluss nicht unmittelbar geprüft werden kann. Deshalb wurden solche Merkmale für eine Analyse als Durchschnittsgrößen

in den Ausbildungsberufen auf Basis der BIBB-Erhebung der Kosten und des Nutzens der betrieblichen Ausbildung 2007 ermittelt und der Kohortendatensatz entsprechend erweitert. Außerdem wurden über den erfassten Ort der Ausbildungsstätte Variablen zur Ausbildungsstellenmarktlage aufgenommen. Eine logistische Mehrebenenanalyse auf Basis dieses erweiterten Kohortendatensatzes der Anfänger und Anfängerinnen 2008 (mit Stand Berichtsjahre 2008 bis 2011; vgl. Uhly/Rohrbach-Schmidt 2013) hat ergeben, dass der berufliche Kontext einen von den Personenmerkmalen der Auszubildenden unabhängigen Einfluss auf das Vertragslösungsrisiko hat. In manchen Ausbildungsberufen fällt das Vertragslösungsrisiko also nicht nur deshalb höher aus, weil in diesen Berufen eher Jugendliche mit geringeren Schulabschlüssen zu finden sind; das erhöhte Lösungsrisiko hat auch betriebliche Ursachen. Je höher beispielsweise die betrieblichen Nettokosten der Ausbildung sind (je eher die Ausbildung einem Investitionsmodell folgt), desto geringer ist das Vertragslösungsrisiko. In Berufen mit durchschnittlich sehr hohen Nettokosten von über 15.000 € (je Auszubildenden und Ausbildungsjahr) fällt die Lösungsquote mehr als 11 Prozentpunkte geringer aus als in Berufen mit durchschnittlichen Nettoerträgen von knapp 7.000 €. In Berufen, bei denen die Betriebsgröße im Durchschnitt bei 300 Beschäftigten liegt, fällt das Vertragslösungsrisiko um gut 18 Prozentpunkte geringer aus als in Berufen mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von rund 7 Beschäftigten.¹²² Der Effekt des Schulabschlusses bleibt allerdings auch bei Kontrolle der beruflichen bzw. betrieblichen Merkmale bestehen, er fällt nur etwas geringer aus als bei der bivariaten Betrachtung. Der Effekt der Staatsangehörigkeit der Auszubildenden geht im multivariaten Modell deutlich zurück.

(Alexandra Uhly)

¹²¹ Der Kohortendatensatz kann durch weitere Variablen aus anderen Statistiken und Erhebungen erweitert werden, indem über die Berufs- und Regionalvariable entsprechende Daten hinzugespielt werden. Zu den Ergebnissen der Analyse des erweiterten Datensatzes siehe Uhly/Rohrbach-Schmidt 2013.

¹²² Hier wird die Wahrscheinlichkeit geschätzt, dass Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst werden. Das Ergebnis zeigt, dass das Risiko einer Vertragslösung in kleineren Betrieben höher ist als in größeren Betrieben. Im Gegensatz dazu wird auf Basis des BIBB-Qualifizierungspanels (vgl. Kapitel A4.10.3) der Anteil der Betriebe betrachtet, in denen es eine oder mehrere Vertragslösungen gab. Dieser Anteil nimmt mit der Betriebsgröße zu, was nicht verwundert, da mit der Größe der Betriebe auch die Anzahl der Auszubildenden wächst – und damit die Zahl der Ausbildungsverträge, die vorzeitig gelöst werden können.

A4.8 Teilnahmen an Abschlussprüfungen sowie Berufsabschlüsse

In allen anerkannten Ausbildungsberufen finden am Ende der Ausbildungszeit Abschlussprüfungen (Gesellenprüfungen) statt. Sie dienen dem Nachweis der erreichten beruflichen Qualifikation, indem festgestellt wird, ob der/die Prüfungsteilnehmende die für den Berufsabschluss und die qualifizierte Ausübung des erlernten Berufes erforderlichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten (berufliche Handlungsfähigkeit) erworben hat (BBiG § 38/HwO § 32). Wird die Abschlussprüfung nicht bestanden, kann sie bis zu zweimal wiederholt werden (BBiG § 37 Abs. 1/HwO § 31 Abs. 1) (Wiederholungsprüfungen).

Zur Abschlussprüfung werden Auszubildende zugelassen, die die reguläre bzw. vertraglich festgelegte Ausbildungszeit zurückgelegt haben („fristgemäße Zulassung“; BBiG § 43 Abs. 1/HwO § 36 Abs. 1). Die Zulassung kann aber auch vor Ablauf der regulären Ausbildungszeit erfolgen, wenn die Leistungen der Auszubildenden besonders gut sind („vorzeitige Zulassung“; BBiG § 45 Abs. 1/HwO § 37 Abs. 1). Wird die Ausbildungszeit verlängert, um das Ausbildungsziel zu erreichen (BBiG § 8 Abs. 2/HwO § 27b Abs. 2), erfolgt die Zulassung zur Abschlussprüfung entsprechend später („Zulassung nach Verlängerung“).

Neben Auszubildenden können auch Personen zur Abschlussprüfung zugelassen werden, die in keinem Ausbildungsverhältnis stehen. Zugelassen werden können zum einen Personen, die über eine Mindestdauer praktischer Erfahrungen in dem Beruf verfügen, in dem sie die Prüfung ablegen wollen, oder auf andere Weise nachweisen können, dass sie die beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten erworben haben, die die Zulassung zur Prüfung rechtfertigen (BBiG § 45 Abs. 2 und 3/HwO § 37 Abs. 2). Zum anderen haben Personen, die einen einem anerkannten Ausbildungsberuf gleichgestellten schulischen Bildungsgang abgeschlossen haben, die Möglichkeit, zur Abschlussprüfung zugelassen zu werden (BBiG § 43 Abs. 2/HwO § 36 Abs. 2). Über den Weg dieser sogenannten Externenprüfung können sich Personen die erworbenen beruflichen Qualifikationen auf eine in der Arbeitswelt aner-

kannte Weise zertifizieren lassen und darüber ihre beruflichen Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten verbessern.

Die folgenden Ergebnisse zu den im Berichtsjahr 2012 durchgeführten Abschlussprüfungen Auszubildender und Externer basieren auf Daten aus der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (nachfolgend als Berufsbildungsstatistik bezeichnet).¹²³ **E**

E Statistik über Abschlussprüfungen

Bis 2006 wurden mit der Aggregatdatenerfassung der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember) ausschließlich die während des Kalenderjahres (= Berichtszeitraum) in den dualen Ausbildungsberufen abgelegten Abschlussprüfungen und damit die Zahl der *Prüfungsteilnahmen* und nicht die Zahl der *Prüfungsteilnehmer/-innen* erhoben. Seit der Umstellung auf Individualdaten im Jahr 2007 lassen sich sowohl Teilnahmen als auch Teilnehmer/-innen ausweisen.

Die Zahl der *Prüfungsteilnahmen* setzt sich wie folgt zusammen:

- Teilnahmen von Prüflingen, die im Berichtsjahr zum ersten Mal an der Abschlussprüfung teilnehmen (Erstprüfung).
- Teilnahmen von Prüflingen, die an Wiederholungsprüfungen zu der im Berichtsjahr nicht bestandenen Abschlussprüfung teilnehmen (Wiederholungsprüfung).
- Teilnahmen von Prüflingen, die im Berichtsjahr an Wiederholungsprüfungen zu einer in einem früheren Jahr nicht bestandenen Abschlussprüfung teilnehmen (ebenfalls Wiederholungsprüfung).

Damit werden Teilnehmer/-innen, die eine im Berichtsjahr durchgeführte Abschlussprüfung nicht bestanden haben und im Berichtsjahr an Wiederholungsprüfungen zu dieser

¹²³ Von 1993 bis 2006 erfolgten die Erhebungen auf Grundlage der §§ 4 und 5 des Berufsbildungsförderungsgesetzes. Seit dem 1. April 2007 bildet die revidierte Fassung des § 88 des Berufsbildungsgesetzes die Rechtsgrundlage. Damit erfolgte eine Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf Individualdaten. Für den betrachteten Zeitraum liegen bis 2006 somit vergleichbare Daten zu Abschlussprüfungen vor; ab 2007 ist ein Vergleich mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich, wobei umstellungsbedingt für das Berichtsjahr 2007 keine Angaben zu Abschlussprüfungen veröffentlicht wurden (Statistisches Bundesamt 2008; Schmidt 2008).

nicht bestandenen Prüfung teilnehmen, bei den Prüfungsteilnahmen mehrfach gezählt; das wird für die Berechnung und Beurteilung der Erfolgsquoten berücksichtigt (vgl. Werner 1998). Allerdings wurde für die Jahre 2007 bis 2009 bei den Wiederholungsprüfungen nur maximal eine (die letzte) Wiederholungsprüfung im Kalenderjahr erfasst. Seit 2010 werden – wie dies auch bis 2006 erfolgte – alle in einem Kalenderjahr durchgeführten Wiederholungsprüfungen gezählt. Damit fällt die Zahl aller Prüfungsteilnahmen sowie die der Teilnahmen an Wiederholungsprüfungen für die Jahre 2007 bis 2009 tendenziell geringer aus als für die Jahre bis 2006 bzw. ab 2010.

Bei der Zahl der *Prüfungsteilnehmer/-innen* handelt es sich im Unterschied zur Zahl der Prüfungsteilnahmen, die eine fallbezogene Größe ist, um eine personenbezogene Größe. Entsprechend wird jede Person, die sich im Berichtsjahr prüfen lässt, unabhängig von der Anzahl ihrer Prüfungsteilnahmen, nur einmal gezählt. Somit ist die Zahl der Prüfungsteilnehmer/-innen in der Regel kleiner als die der Prüfungsteilnahmen in einem Kalenderjahr. Eine Ausnahme besteht bei alleiniger Betrachtung der Erstprüfungen, hier ist die Zahl der Teilnehmer/-innen identisch mit der der Teilnahmen.

Mit der Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf Individualdaten hat sich auch die Erfassung der sogenannten *Externenprüfung* geändert. Bis zum Jahr 2006 sind Teilnahmen an der Externenprüfung in der Statistik der Abschlussprüfungen enthalten (für den Bereich Handwerk auch die Umschulungsprüfungen). Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an Externenprüfungen sind jedoch keine Auszubildenden; sie werden daher nicht bei den Auszubildenden nachgewiesen. Für einzelne Ausbildungsberufe kann deshalb die Zahl der Teilnahmen an Prüfungen ggf. die der Auszubildenden übersteigen. Die Meldung zu Externenprüfungen erfolgt differenziert nach der Art der Zulassung (abgeschlossener einschlägiger schulischer Bildungsgang oder Mindestdauer einschlägiger Berufspraxis).

Bis zum Berichtsjahr 2006 meldete der Bereich Handwerk im Gegensatz zu den anderen Zuständigkeitsbereichen die Externenprüfungen nicht gesondert, sodass sie aus den Abschlussprüfungsdaten nicht extrahiert werden können. Seit 2007 werden Umschulungsprüfungen und Externenprüfungen generell gesondert erfasst; bei Externenprüfungen werden jedoch nach wie vor nur Teilnahmen gezählt.

Die Umstellung der Berufsbildungsstatistik von einer Aggregatdatenerhebung zu einer Individualdatenerfassung bietet grundsätzlich erweiterte Analysemöglichkeiten. Beispielsweise können Erfolgsquoten differenziert nach höchstem allgemeinbildendem Schulabschluss der Auszubildenden betrachtet werden. Zudem kann die Berechnung des Indikators Erfolgsquote auf Basis von Individualdaten grundsätzlich verbessert werden. So kann die Erfolgsquote nicht nur wie bisher bezogen auf die Prüfungsteilnahmen (fallbezogene Erfolgsquote: EQ I), sondern jetzt auch exakt – statt wie bislang nur näherungsweise – bezogen auf die Prüfungsteilnehmer/-innen (personenbezogene Erfolgsquote: EQ II_{neu}) berechnet werden. Ferner lässt sich als neuer Indikator die Erfolgsquote bei Erstprüfungen (EQ_{EP}) bestimmen, welche den Anteil derer ausweist, die die Abschlussprüfung im ersten Versuch bestehen.¹²⁴ Bei Zeitreihen wird aus Vergleichsgründen die bisherige Berechnungsweise auf Basis der Prüfungsfälle beibehalten. Die fallbezogene Erfolgsquote liegt dabei in der Regel etwas niedriger als die personenbezogene Erfolgsquote.

Abschlussprüfungen Auszubildender und Berufsabschluss

→ **Tabelle A4.8-1** zeigt die Entwicklung der Prüfungsteilnahmen an Abschlussprüfungen in der dualen Berufsausbildung anhand ausgewählter Zeitpunkte seit Beginn dieses Jahrtausends.¹²⁵ Zwischen 2000 und 2006 bewegte sich die Anzahl der durchgeführten Abschlussprüfungen zwischen knapp 560.000 und rund 600.000. Seit dem Jahr 2008 wurden deutlich weniger Prüfungsfälle gezählt, da seit der Umstellung der Berufsbildungsstatistik im Jahr 2007 die durchgeführten Externen- und zum Teil auch Umschulungsprüfungen nicht mehr in den Teilnahmen an Abschlussprüfungen enthalten sind. Für das Jahr 2009 ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg der durchgeführten Abschlussprüfungen um rund 15.000 Fälle (+3,0%) auf annähernd 520.000 Teilnahmen zu verzeichnen. 2010 stieg die Zahl der Prüfungsteilnahmen abermals um rund 15.000 Fälle (+3,1%). Dieser Anstieg ist dabei in Teilen auf die

¹²⁴ Detaillierte Ausführungen zu den einzelnen Erfolgsquoten finden sich in Ebbinghaus/Gericke/Uhly 2012.

¹²⁵ Für eine umfassende, jahresbezogene Darstellung seit 1993 vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

Tabelle A4.8-1: **Teilnahmen an Abschlussprüfungen in der beruflichen Ausbildung und Prüfungserfolg 2000 bis 2012, Deutschland**

Jahr	Prüfungsteilnahmen						
	Männer	Frauen	insgesamt	darunter:			
				bestandene Prüfungen		Wiederholungsprüfungen ¹	
	Anzahl			Anzahl	in % ² (EQ I)	Anzahl	in %
2000	341.499	247.104	588.603	502.578	85,4	57.468	9,8
2002	346.467	255.864	602.331	513.444	85,2	60.267	10,0
2004	329.379	245.583	574.962	492.837	85,7	61.422	10,7
2006	327.651	231.648	559.299	479.574	85,7	54.825	9,8
2007 ³	–	–	–	–	–	–	–
2008	296.883	207.558	504.438	454.851	90,2	29.184	5,8
2009	304.176	215.433	519.609	468.852	90,2	30.804	5,9
2010	310.686	225.105	535.791	479.031	89,4	32.850	6,1
2011	311.415	220.086	531.501	476.580	89,7	38.523	7,2
2012	290.889	204.324	495.213	445.443	89,9	34.731	7,0

¹ In den Jahren 2008 und 2009 wurde jeweils nur eine – die letzte – Wiederholungsprüfung erfasst, bis zum Jahr 2006 und ab dem Jahr 2010 sind alle Wiederholungsprüfungen erfasst.

² Anteil bestandener Prüfungen an allen durchgeführten Prüfungen (Erfolgsquote I).

³ Durch die Neukonzeption und Umstellung der Berufsbildungsstatistik im Jahr 2007 ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse vor und nach der Umstellung eingeschränkt. Für das Jahr 2007 wurden infolge der methodischen Umstellung der Statistik keine Teilnahmen an Abschlussprüfungen ausgewiesen. Bis 2006 einschließlich der Teilnehmer/-innen an Externenprüfungen, ab dem Berichtsjahr 2008 ohne Externenprüfungen. Bis 2007 einschließlich Teilnahmen an Abschlussprüfungen im Zuständigkeitsbereich Seeschifffahrt.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte sind aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

veränderte Erfassung bei den Wiederholungsprüfungen zurückzuführen. Für die Jahre 2008 und 2009 wurde jeweils nur eine (die letzte) Wiederholungsprüfung gezählt, seit 2010 werden – wie auch in den Jahren bis 2006 – alle (d. h. bis zu 2) Wiederholungsprüfungen erfasst. Für das Jahr 2011 zeigt sich mit einem Minus von rund 4.000 Fällen (-0,8%) gegenüber dem Vorjahr nur eine geringfügige Veränderung in der Anzahl durchgeführter Abschlussprüfungen. Im Jahr 2012 ist ein erneuter Rückgang bei den durchgeführten Abschlussprüfungen zu beobachten, wobei das deutliche Minus von rund 36.000 Prüfungsfällen (-6,8%) gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen auf die niedrigen Neuabschlusszahlen in den Jahren 2009 und 2010¹²⁶ zurückzuführen

ist. Zugleich markiert die Anzahl der rund 495.000 im Berichtsjahr durchgeführten Abschlussprüfungen den niedrigsten Wert seit der Umstellung der Berufsbildungsstatistik im Jahr 2006. Der Anteil der auf Frauen entfallenden Prüfungsteilnahmen ist über den betrachteten Zeitraum hinweg mit Werten zwischen gut 41% und knapp 43% relativ konstant geblieben.

Im Berichtsjahr 2012 haben gut 445.000 Männer und Frauen die Abschlussprüfung bestanden und damit ihre Ausbildung mit einem qualifizierten Berufsabschluss beendet. Bezogen auf die insgesamt rund 495.000 im Berichtsjahr durchgeführten Abschlussprüfungen liegt die Erfolgsquote I (EQ I) mit 89,9% geringfügig über dem Vorjahresniveau von 89,7%. Die Erfolgsquote I liegt damit erneut über den bis 2006 beobachteten Erfolgsquoten I. Hierin

126 Vgl. hierzu BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.3.

Tabelle A4.8-2: **Teilnahmen an Abschlussprüfungen 2012 und Prüfungserfolg nach Zuständigkeitsbereichen¹, Deutschland**

Zuständigkeitsbereich ¹	Prüfungsteilnahmen							
	Männer	Frauern	insgesamt	Veränderung gegenüber 2011 in %	darunter:			
					bestandene Prüfungen		Wiederholungen	
	Anzahl			Anzahl	in % ² (EQ I)	Anzahl	in %	
Industrie und Handel ³	178.821	124.953	303.771	-7,0	277.371	91,3	19.395	6,4
Handwerk	95.328	30.333	125.661	-8,5	108.216	86,1	11.382	9,1
Öffentlicher Dienst	4.395	8.562	12.957	4,5	12.249	94,5	345	2,7
Landwirtschaft	10.140	3.009	13.146	-7,0	11.184	85,1	1.227	9,3
Freie Berufe	1.992	34.584	36.576	-2,9	33.618	91,9	2.190	6,0
Hauswirtschaft	216	2.886	3.102	-4,4	2.805	90,4	192	6,2
Alle Bereiche	290.889	204.324	495.213	-6,8	445.443	89,9	34.731	7,0

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. [E](#) in Kapitel A1.2). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

² Anteil bestandener Prüfungen an allen durchgeführten Prüfungen (Erfolgsquote I); die Berechnung erfolgt auf Basis der gerundeten Absolutwerte (siehe Quellenangabe).

³ Einschließlich Banken, Versicherungen, Verkehrs- und Gastgewerbe.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte sind aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

kommt der allgemein geringere Prüfungserfolg der Teilnehmer/-innen an den Externenprüfungen zum Ausdruck, die bis zur Umstellung der Berufsbildungsstatistik im Jahr 2007 in die Berechnung der Erfolgsquote I mit eingingen.¹²⁷ Zugleich bleibt die Erfolgsquote I im Berichtsjahr leicht hinter den für die Jahre 2008 und 2009 beobachteten Erfolgsquoten I zurück, was auf die unterschiedliche Erfassung der Wiederholungsprüfungen bis 2006 bzw. ab 2010 zurückgeht [E](#).

Legt man nicht die Anzahl der Prüfungsteilnahmen, sondern die der Prüfungsteilnehmer/-innen als Bezugsgröße zugrunde, beläuft sich der Prüfungserfolg (Erfolgsquote II_{neu}) im Jahr 2012 auf 92,4 % und erreicht damit einen um 0,2 Prozentpunkte besseren Wert als im Vorjahr, in welchem die personenbezogene Erfolgsquote II_{neu} bei 92,2 % lag.

→ [Tabelle A4.8-2](#) zeigt, dass die Anzahl der durchgeführten Abschlussprüfungen in nahezu allen Zuständigkeitsbereichen gegenüber dem Vorjahr deutlich abgesunken ist. Allein im Bereich öffentlicher Dienst fiel die Anzahl der durchgeführten Abschlussprüfungen im Vorjahresvergleich um 4,5 % höher aus. In allen anderen Zuständigkeitsbereichen wurden gegenüber dem Vorjahr weniger Abschlussprüfungen durchgeführt. Im Bereich Handwerk ist mit einem Minus von 8,5 % der deutlichste Rückgang, im Bereich freie Berufe mit einem Minus von 2,9 % der geringste Rückgang zu verzeichnen.

Die teilnahmebezogenen Erfolgsquoten (EQ I: Anteil bestandener Prüfungen an allen durchgeführten Prüfungen) haben sich in fast allen Zuständigkeitsbereichen gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert, und zwar zwischen 0,1 Prozentpunkten im Bereich Industrie und Handel sowie Hauswirtschaft und 1,3 Prozentpunkten im Bereich Landwirtschaft.¹²⁸

¹²⁷ Die Erfolgsquote der extern zur Abschlussprüfung Zugelassenen bewegte sich in der Zeit von 1993 bis 2006 zwischen 70 % und 81 %, vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

¹²⁸ Vgl. hierzu BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A4.8.

Allein im Bereich freie Berufe fällt die teilnahmebezogene Erfolgsquote mit einem Minus von 1,5 Prozentpunkten niedriger als im Vorjahr aus. Dennoch fiel die Erfolgsquote I im Bereich freie Berufe mit einem Wert von 91,9 % im Berichtsjahr 2012 – wie auch im Vorjahr – mit am höchsten aus und wurde nur von der im Bereich öffentlicher Dienst erzielten Erfolgsquote I von 94,5 % übertroffen → **Tabelle A4.8-2**. Die niedrigsten teilnahmebezogenen Erfolgsquoten wurden im Berichtsjahr – ebenfalls wie im Vorjahr – für die Bereiche Handwerk mit 86,1 % und Landwirtschaft mit 85,1 % beobachtet.

Viele Prüfungsteilnehmer/-innen, die nicht erfolgreich waren, wiederholen die Abschlussprüfung, um den gewünschten Berufsabschluss zu erlangen. Im Berichtsjahr 2012 betrug der Anteil der Wiederholungsprüfungen an allen durchgeführten Abschlussprüfungen 7,0 % → **Tabelle A4.8-1**, ein Zuwachs um 1,3 Prozentpunkte gegenüber dem Berichtsjahr 2011.¹²⁹ Allerdings tritt nur ein Teil der erfolglosen Prüfungsteilnehmer/-innen in dem Jahr zur Wiederholungsprüfung an, in dem die erste Abschlussprüfung (Erstprüfung) nicht bestanden wurde. Im Jahr 2012 nahmen knapp 9.700 Prüflinge, denen die Erstprüfung im Berichtsjahr misslang, an der ersten Wiederholungsprüfung teil, gut 5.500 davon mit Erfolg. Von den rund 3.100 erneut erfolglosen Kandidaten und Kandidatinnen traten knapp 120 noch im selben Jahr zur zweiten Wiederholungsprüfung an. Etwas mehr als der Hälfte von ihnen gelang der Berufsabschluss.

Erste Teilnahme an der Abschlussprüfung und Berufsabschluss

Ein umfassenderes Bild über das Prüfungsgeschehen erhält man, wenn man nicht nur den Anteil erfolgreicher Prüfungen an allen Abschlussprüfungen betrachtet, sondern darüber hinaus noch in den Blick nimmt, wie viele junge Männer und Frauen die Abschlussprüfung im ersten Anlauf (Erstprüfung) bestehen.

Im Berichtsjahr 2012 unterzogen sich annähernd 267.000 junge Männer und etwas weniger als 192.000 junge Frauen zum ersten Mal der Abschlussprüfung im erlernten Ausbildungsberuf → **Tabelle A4.8-3**. Wie bei den Teilnahmen an Abschlussprüfungen insgesamt ist auch bei den Teilnahmen an Erstprüfungen gegenüber dem Vorjahr ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen; er beträgt hier -6,6 %. Mit 92,5 % wurde die große Mehrheit aller Erstprüfungsteilnehmer/-innen fristgemäß nach Ablauf der regulären bzw. vertraglich vereinbarten Ausbildungsdauer zur Abschlussprüfung zugelassen; 5,7 % nahmen aufgrund besonderer Ausbildungsleistungen vorzeitig an der Erstprüfung teil, 1,8 % nach Verlängerung der Ausbildungszeit. 91,8 % der Teilnehmenden gelang es, direkt im ersten Versuch einen qualifizierten Berufsabschluss zu erwerben. Die Erfolgsquote bei Erstprüfungen (EQ_{EP}) liegt damit um 0,3 Prozentpunkten über dem Vorjahresniveau.

Aus → **Tabelle A4.8-3** geht zudem hervor, dass zwischen den Zuständigkeitsbereichen leichte Unterschiede beim Anteil der Erstprüfungsteilnehmer/-innen mit vorzeitiger Prüfungszulassung resp. Prüfungszulassung nach Verlängerung der Ausbildungszeit bestehen. Am höchsten ist der Anteil vorzeitig zur Abschlussprüfung Zugelassener im Bereich Industrie und Handel, er liegt hier bei 7,2 %. Am niedrigsten ist er mit 0,4 % im Bereich Hauswirtschaft. Der Anteil der nach Verlängerung der Ausbildungszeit an der Abschlussprüfung Teilnehmenden ist im Bereich Industrie und Handel mit 0,7 % am geringsten, im Handwerk und in den freien Berufen mit jeweils 3,8 % am höchsten. Auch in Bezug auf die Erfolgsquote bei Erstprüfungen lassen sich Unterschiede zwischen den Zuständigkeitsbereichen ausmachen. In den Bereichen von Industrie und Handel, des öffentlichen Dienstes, der freien Berufe und der Hauswirtschaft geht die EQ_{EP} zwischen 0,6 und 3,6 Prozentpunkte über den Durchschnitt hinaus, hingegen bleibt sie in den Bereichen Handwerk und Landwirtschaft um 3,8 bzw. 5,0 Prozentpunkte hinter dem Durchschnitt zurück. Mit Ausnahme des Bereichs Hauswirtschaft, der ein Minus von 0,2 Prozentpunkten zu verzeichnen hat, ist die Quote erfolgreich absolvierter Erstprüfungen in allen Zuständigkeitsbereichen gegenüber dem Vorjahr angestiegen; in den Bereichen Industrie und Handel

¹²⁹ Vgl. hierzu BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A4.8.

Tabelle A4.8-3: Erste Teilnahme an Abschlussprüfungen in 2012 und Prüfungserfolg nach Zuständigkeitsbereichen¹, Deutschland

Zuständigkeitsbereich ¹	Teilnehmende										
	Männer	Frauen	insgesamt	darunter:							
				Art der Zulassung						Prüfungserfolg	
				fristgemäß		vorzeitig		nach Verlängerung		bestanden	
	Anzahl			Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in % ² (EQ _{EP})
Industrie und Handel ³	166.863	117.513	284.376	261.888	92,1	20.592	7,2	1.896	0,7	264.945	93,2
Handwerk	86.265	28.014	114.282	107.529	94,1	2.415	2,1	4.338	3,8	100.608	88,0
Öffentlicher Dienst	4.209	8.400	12.612	11.694	92,7	723	5,7	195	1,5	12.027	95,4
Landwirtschaft	9.183	2.736	11.919	11.367	95,4	180	1,5	372	3,1	10.347	86,8
Freie Berufe	1.875	32.508	34.383	30.708	89,3	2.355	6,8	1.323	3,8	32.103	93,4
Hauswirtschaft	204	2.706	2.910	2.829	97,2	12	0,4	69	2,4	2.688	92,4
Alle Bereiche	268.605	191.877	460.482	426.018	92,5	26.277	5,7	8.190	1,8	422.721	91,8

¹ Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. nicht der Ausbildungsbetrieb, sondern die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. [I](#) in Kapitel A1.2). Auszubildende, die z. B. in Betrieben des öffentlichen Dienstes oder der freien Berufe für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet.

² Erfolgsquote bei Erstprüfungen (EQ_{EP}): Anteil erfolgreicher Erstprüfungen an allen Erstprüfungen.

³ Einschließlich Banken, Versicherungen, Verkehrs- und Gastgewerbe.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte sind aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Ingesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

sowie Handwerk um jeweils 0,3 Prozentpunkte, im öffentlichen Dienst um 0,6 Prozentpunkte, in den freien Berufen um 0,9 Prozentpunkte und in der Landwirtschaft um 1,2 Prozentpunkte.¹³⁰

Bei einer nach Bundesländern differenzierten Betrachtung fällt auf, dass die Erfolgsquote bei Erstprüfungen in allen ostdeutschen Bundesländern unterhalb des gesamtdeutschen Durchschnitts verbleibt. Bezogen auf die westdeutschen Bundesländer trifft dies auf das Saarland, auf Hessen sowie auf Rheinland-Pfalz zu. In Nordrhein-Westfalen entspricht die EQ_{EP} dem Bundesdurchschnitt, in den übrigen 6 westdeutschen Bundesländern wird der Gesamtdurchschnitt überschritten → [Tabelle A4.8-4 Internet](#).

Deutliche Variationen in der EQ_{EP} zeigen sich zudem zwischen einzelnen Ausbildungsberufen, was nicht zuletzt mit der unterschiedlichen schulischen Vorbildung der Auszubildenden bzw. Prüfungsteilnehmenden in den einzelnen Berufen in Beziehung steht → [Tabelle A4.8-5 Internet](#).

Externe Prüfungsteilnahmen und Berufsabschluss

Neben der Abschlussprüfung nach einer regulären Ausbildung eröffnet das Berufsbildungsgesetz auch die Möglichkeit, als externer Prüfungsteilnehmer/externe Prüfungsteilnehmerin zur Abschlussprüfung vor der zuständigen Stelle zugelassen zu werden. Diese Möglichkeit steht vor allem Absolventen und Absolventinnen vollzeitschulischer Bildungsgänge und ausbildungslosen Personen mit Berufserfahrung offen (BBiG § 45 Abs. 2 und 3 bzw. BBiG § 43 Abs. 2/ HwO § 37 Abs. 2 bzw. HwO § 36 Abs. 2).

¹³⁰ Vgl. hierzu BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A4.8.

Tabelle A4.8-6: **Teilnahmen an Externenprüfungen 2012 nach Zuständigkeitsbereichen¹, Deutschland**

Zuständigkeitsbereich ¹	Teilnahmen							Prüfungserfolg			
	Männer	Frauen	insgesamt	darunter: Zulassungsart				bestandene Prüfungen bei Zulassungsart		bestandene Prüfungen insgesamt	
				abgeschlossener schulischer Bildungsgang		Berufserfahrung		abge- schlossener schulischer Bildungs- gang	Berufs- erfahrung		
	Anzahl			Anzahl	in % ³	Anzahl	in % ³	in % ³	in % ³	Anzahl	in % ³
Industrie und Handel ²	15.867	10.308	26.172	4.968	19,0	21.204	81,0	78,9	77,8	20.409	78,0
Handwerk	1.815	645	2.457	1.149	46,8	1.308	53,2	86,2	89,7	2.160	87,9
Öffentlicher Dienst	192	246	438	96	21,9	342	78,1	84,4	92,1	396	90,4
Landwirtschaft	753	525	1.278	102	8,0	1.176	92,0	82,4	87,8	1.116	87,3
Freie Berufe	30	324	351	183	52,1	168	47,9	73,8	76,8	264	75,2
Hauswirtschaft	75	2.226	2.301	1.248	54,2	1.050	45,6	87,0	84,9	1.977	85,9
Alle Bereiche	18.729	14.268	33.000	7.749	23,5	25.251	76,5	81,2	79,3	26.322	79,8

¹ Maßgeblich für die Zuordnung zu den Zuständigkeitsbereichen ist die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf (vgl. **E** in Kapitel A1.2).

² Einschließlich Banken, Versicherungen, Verkehrs- und Gastgewerbe.

³ Die Berechnung erfolgt auf Basis der gerundeten Absolutwerte (siehe Quellenangabe).

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte sind auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

→ **Tabelle A4.8-6** weist die Teilnahmen an Externenprüfungen im Berichtsjahr 2012 insgesamt sowie differenziert nach Zuständigkeitsbereichen aus.¹³¹ Wie im Jahr zuvor war die Anzahl der Teilnahmen an Externenprüfungen (einschließlich Wiederholungsprüfungen) auch im Berichtsjahr 2012 rückläufig. Mit 33.000 durchgeführten Externenprüfungen unterschritt die Zahl der Teilnahmen das Vorjahresniveau um knapp 1.700 Fälle.¹³² Eine niedrigere Teilnahmezahl gab es zuletzt 2008 mit knapp 29.000 durchgeführten Externenprüfungen, wobei hier noch Einschränkungen aufgrund der seit 2006 veränderten Erfassung externer Prüfungsteilnahmen in der Berufsbildungsstatistik in Rechnung zu stellen sind **E**.

Der im Jahr 2012 beobachtete Rückgang bei den Teilnahmen an Externenprüfungen geht auf beide Formen der Zulassung zur Externenprüfung zurück. Allerdings sind die Rückgänge bei Teilnahmen, die auf einer Zulassung aufgrund eines abgeschlossenen schulischen Bildungsganges basieren, mit einem Minus von 9,6 % gegenüber dem Vorjahr ausgeprägter als die Rückgänge bei den Teilnahmen, denen eine Zulassung aufgrund von Berufserfahrung zugrunde liegt. Das Minus gegenüber dem Vorjahr beträgt hier 3,3 %.

Der Anteil der Externenprüfungen an allen im Jahr 2012 erfolgten Abschlussprüfungen¹³³ liegt bei 6,2 %, was annähernd dem Vorjahreswert entspricht. Zwischen den einzelnen Zuständigkeitsbereichen

¹³¹ Für eine Darstellung der Entwicklung der Teilnahmen an Externenprüfungen zwischen 1993 und 2006 vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

¹³² Vgl. hierzu BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A4.8.

¹³³ D. h. einschließlich der Externenprüfungen.

variieren die Anteilswerte der Externenprüfung allerdings erheblich. Mit Abstand die größte Bedeutung für den Erwerb eines Berufsabschlusses kommt der Externenprüfung im Bereich Hauswirtschaft zu. Hier belief sich der Anteil der Teilnahmen externer Prüfungskandidaten an allen durchgeführten Abschlussprüfungen im Berichtsjahr auf knapp 43 %. Dagegen fiel die Externenprüfung im Bereich der freien Berufe mit knapp 1 % so gut wie gar nicht ins Gewicht. Zwischen diesen beiden Extremen liegen die übrigen Bereiche mit Anteilen von 1,9 % im Handwerk, 3,3 % im öffentlichen Dienst, 7,9 % im Bereich Industrie und Handel und 8,9 % in der Landwirtschaft. Änderungen gegenüber dem Vorjahr haben sich damit kaum ergeben.

Ferner verdeutlicht → **Tabelle A4.8-6**, dass die beiden Formen der Zulassung zur Externenprüfung eine unterschiedliche Rolle spielen. Bei 76,5 % der externen Prüfungsfälle erfolgte die Zulassung aufgrund der gesetzlich geforderten Mindestdauer einschlägiger berufspraktischer Erfahrung (Vorjahr: 75,3 %), in den übrigen Fällen (23,5 %; Vorjahr 24,7 %) absolvierten die Prüfungskandidaten und -kandidatinnen einen einem anerkannten Ausbildungsberuf gleichgestellten schulischen Bildungsgang. In den einzelnen Zuständigkeitsbereichen kommt den beiden Zulassungsformen allerdings unterschiedliche Bedeutung zu. In Industrie und Handel, im öffentlichen Dienst sowie im Bereich Landwirtschaft dominiert die Berufserfahrung als Zulassungsvoraussetzung. Im Handwerk, in den freien Berufen und in der Hauswirtschaft haben die beiden Zulassungsformen ähnliche Gewichte, mit einem leichten Überhang der Berufserfahrung als Zulassungsart im Handwerk und in den freien Berufen und einem leichten Überhang von Teilnahmen durch schulisch qualifizierte Kandidaten in der Hauswirtschaft. Losgelöst vom Verhältnis zwischen den beiden Zulassungsarten zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr in den Bereichen Industrie und Handel und freie Berufe ein leichter und in der Hauswirtschaft ein deutlicher Anstieg des Anteils der aufgrund von Berufserfahrung zur Externenprüfung Zugelassenen. In den übrigen 3 Zuständigkeitsbereichen hat sich der Anteil der aufgrund von Berufserfahrung zur Externenprüfung Zugelassenen im Vorjahresvergleich hingegen leicht verringert.

Gut 26.300 extern zugelassene Prüfungsteilnehmer/-innen haben im Jahr 2012 die Prüfung bestanden und somit auf diesem Wege einen qualifizierten Berufsabschluss erworben. Das sind rund 1.000 über die Externenprüfung erworbene Berufsabschlüsse weniger als im Vorjahr. Die Erfolgsquote (Anteil bestandener Prüfungen an allen durchgeführten Prüfungen) fiel mit 79,8 % um knapp einen Prozentpunkt höher aus als im Vorjahr. Zwischen den Zuständigkeitsbereichen bestehen allerdings Unterschiede in Bezug auf die Erfolgsquote: Im Handwerk, im öffentlichen Dienst, in der Landwirtschaft sowie in der Hauswirtschaft gingen 2012 überdurchschnittlich viele extern zugelassene Prüfungsteilnehmende erfolgreich aus der Prüfung, in den freien Berufen und im Bereich Industrie und Handel lag die Erfolgsquote unter dem Durchschnitt. Ferner zeigen sich auch Unterschiede in der Erfolgsquote in Abhängigkeit der Zulassungsart. Mit Ausnahme der Bereiche Industrie und Handel sowie Hauswirtschaft lagen die Erfolgsquoten der berufserfahrenen externen Prüfungsteilnehmer im Berichtsjahr über denen der schulisch qualifizierten Prüfungskandidaten und -kandidatinnen.

(Margit Ebbinghaus)

A4.9 Jugendliche mit Migrationshintergrund

Eine berufliche Ausbildung hat einen starken Einfluss auf den beruflichen Werdegang und die spätere Erwerbsbiografie. Hinsichtlich des Zugangs zu einer beruflichen Ausbildung spielt der Migrationshintergrund (MH) von jungen Menschen **E** eine wichtige Rolle. Den Potenzialen und Ressourcen junger Menschen mit Migrationshintergrund sowie ihren Schwierigkeiten beim Zugang in berufliche Ausbildung gilt eine zunehmende bildungspolitische Aufmerksamkeit (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2010). Seltener wird bisher ihr Bildungserfolg im Verlauf und bei Abschluss einer Ausbildung in den Blick genommen (Beicht/Granato/Ulrich 2011).

E Migrationshintergrund (MH)

„Migrationshintergrund“ ist in der Regel ein Konstrukt aus mehreren Merkmalen, das in verschiedenen Erhebungen und Studien auf unterschiedliche Weise operationalisiert wird. In den empirischen Untersuchungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) werden meist die aktuelle Staatsangehörigkeit und die Muttersprache (bzw. die erste/-n erlernte/-n Sprache/-n), teilweise auch das Geburtsland und in Deutschland verbrachte Zeiten verwendet. Studien, die sich auf den Mikrozensus stützen, können auf die Merkmale Staatsangehörigkeit, Einbürgerung, Geburtsland und auf entsprechende Angaben zu den Eltern zurückgreifen. Außerdem wird im Mikrozensus zwischen Personen mit eigener Migrationserfahrung (Ausländer, Deutsche [Spät-] Aussiedler und Eingebürgerte) sowie Personen ohne eigene Migrationserfahrung (Ausländer der 2. und 3. Generation, Deutsche, d. h. Eingebürgerte, Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil) unterschieden.

Unterschiedliche Definitionen und in der Folge uneinheitliche Kategorisierungen von Personen als solche mit bzw. ohne Migrationshintergrund führen nicht nur zu erheblichen quantitativen Unterschieden der so bestimmten Gruppe, sondern können auch die Ergebnisse von Studien und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen beeinflussen. Die Offenlegung der für die Definition von Migrationshintergrund jeweils verwen-

deten Kriterien und die Begründung ihrer Auswahl ist deswegen zwingend erforderlich (Settelmeyer/Erbe 2010; Statistisches Bundesamt 2013).

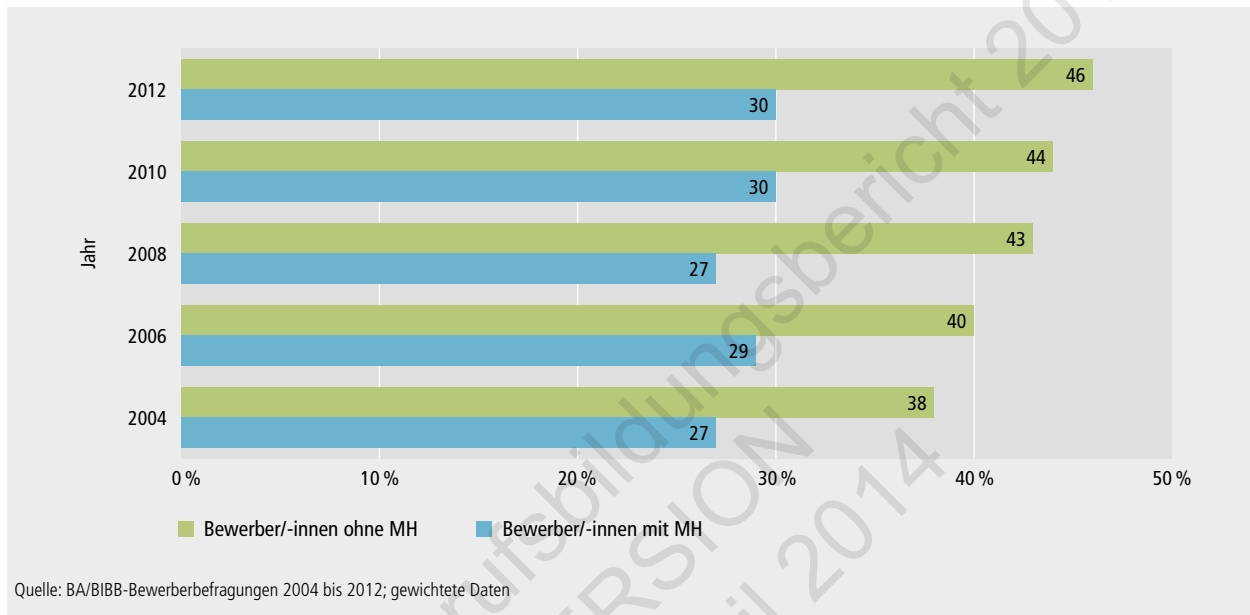
Bildungserfolg von Jugendlichen mit Migrationshintergrund beim Zugang in eine berufliche Ausbildung

Der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine Berufsausbildung ist für Jugendliche mit Migrationshintergrund auch weiterhin oft besonders schwierig und langwierig (vgl. Kapitel A3.1; BIBB-Datenreport 2013, 2011 und 2009, jeweils Kapitel A3; Beicht 2011; Beicht 2012; Beicht/Granato 2011).

Die BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012¹³⁴ zeigt, dass etwas mehr als ein Drittel der bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) registrierten Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund in eine duale Berufsausbildung eingemündet ist (35 %), und zwar 29 % in eine betriebliche und 6 % in eine nicht betriebliche Ausbildung (vgl. Kapitel A3.1). Von denjenigen ohne Migrationshintergrund sind es dagegen 49 % (44 % in betriebliche und 5 % in nicht betriebliche Ausbildung). Auch unter Berücksichtigung des Schulabschlusses münden Bewerber und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund seltener in eine betriebliche Ausbildung ein. Besonders deutlich sind die Unterschiede bei einem mittleren Abschluss: Während (knapp) die Hälfte der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund (48 %) in eine betriebliche Ausbildung eingemündet ist, sind es bei denjenigen mit Migrationshintergrund nur 29 %. Deutliche Unterschiede treten bei einer Differenzierung nach der Herkunftsregion auch innerhalb der Gruppe der Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund auf. Während die Einmündungsquote in eine betriebliche Berufsausbildung bei einer Herkunft aus osteuropäischen bzw. GUS-Staaten sowie aus südeuropäischen Staaten jeweils bei 31 % liegt, beträgt sie bei einer türkisch-arabischen Herkunft lediglich 25 %.

134 In den BA/BIBB-Bewerberbefragungen gelten alle Jugendlichen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die in Deutschland geboren wurden und mit Deutsch als alleiniger Muttersprache aufwuchsen, als Personen ohne Migrationshintergrund. Alle anderen Personen werden als Bewerber/-innen mit einem Migrationshintergrund betrachtet (vgl. Kapitel A3.1).

Schaubild A4.9-1: Verbleib in betrieblicher Ausbildung – Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund 2004 bis 2012



Wird der Verbleib¹³⁵ von Bewerber/-innen betrachtet, d. h. in welchen Bildungsgängen oder sonstigen Aktivitäten sie sich am Jahresende befinden, so zeigt sich erneut eine deutliche Diskrepanz zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund: Ende 2004 waren von den Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund 27 % in betrieblicher Ausbildung; 2012 lag ihr Anteil bei 30 % (+3 Prozentpunkte). Demgegenüber stieg der Anteil der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund, die sich zum Jahresende in einer betrieblichen Ausbildung befanden, um 8 Prozentpunkte von 38 % (2004) auf 46 % (2012) an. Die Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund konnten demnach deutlich seltener von der sich verbessernden Lage auf dem Ausbildungsmarkt profitieren → [Schaubild A4.9-1](#).

Auf Basis der Berufsbildungsstatistik sowie der Bevölkerungsfortschreibung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder kann die Ausbildungsanfängerquote ausländischer und deutscher Jugendlicher berechnet werden (vgl. [Kapitel A4.5](#)). Demnach war die Ausbildungsanfängerquote ausländischer Jugendlicher 2012 mit 29,4 % nur halb so hoch wie die deutscher Jugendlicher (58,9 %). Die Quote hat sich damit gegenüber 2009 sowohl bei ausländischen Jugendlichen (2009: 27,5 %) als auch bei deutschen Jugendlichen (2009: 56,4 %) etwas erhöht (vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.5), wobei sich der Abstand zwischen den beiden Gruppen kaum veränderte. Weitere Unterschiede zeigen sich bei der Differenzierung nach Geschlecht. 2012 betrug die Ausbildungsanfängerquote junger Frauen ausländischer Nationalität 27,0 %, die junger Männer ausländischer Nationalität 31,7 %. Die Ausbildungsanfängerquote deutscher Frauen lag 2012 mit 48,6 % rund 22 Prozentpunkte höher als die ausländischer Frauen und die der männlichen deutschen Jugendlichen mit 68,7 % sogar rund 37 Prozentpunkte über derjenigen männlicher Jugendlicher ausländischer. Zu beachten ist, dass die hier berücksichtigte Staatsangehörigkeit von Personen nicht mit dem Merkmal Migrations-

135 Die Verbleibsquote in betrieblicher Ausbildung liegt etwas höher als die Einmündungsquote in betriebliche Ausbildung. Zu den Bewerbern und Bewerberinnen, die in einer betrieblichen Ausbildung verbleiben, zählen auch einige Jugendliche (rund 4 %), die „aus einem bestehenden Ausbildungsverhältnis heraus nach einer neuen Ausbildungsstelle gesucht“ hatten und dann schließlich in ihrer ursprünglichen Ausbildung verblieben sind: Sie werden nicht zu den erfolgreich eingemündeten Bewerbern und Bewerberinnen gezählt (vgl. [Kapitel A3.1](#); Beicht 2011, S. 14).

hintergrund gleichgesetzt werden kann. Aus der Ausbildungsanfängerquote abgeleitete Aussagen zur Teilhabe junger Menschen mit Migrationshintergrund an beruflicher Ausbildung können sich nur auf die Teilgruppe der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit beziehen.

Auf die Fragen, wie es zu den Unterschieden in den Ausbildungschancen zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund kommt und welche Folgen diese Unterschiede für ihren weiteren berufsbildenden Werdegang haben, können die amtlichen Statistiken (z. B. Berufsbildungsstatistik, Schulstatistik, integrierte Ausbildungsberichterstattung; vgl. **Kapitel A6**) keine Antworten geben. Hierzu muss auf Stichprobenerhebungen zurückgegriffen werden. Auf der Grundlage von Stichprobenuntersuchungen des BIBB hat das inzwischen beendete Forschungsprojekt „Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ in den vergangenen Jahren die Übergangsprozesse und Einmündungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund in eine berufliche Ausbildung untersucht (Granato u. a. 2011). Dabei zeigte sich, dass trotz einer hohen Bildungsorientierung (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A4.9) und engagierter Suchaktivitäten junge Menschen bei einem Migrationshintergrund erheblich häufiger schwierige Übergangsprozesse auf dem Weg in eine berufliche Ausbildung durchlaufen. Weder ungünstigere schulische Voraussetzungen und Schulleistungen bzw. berufliche Orientierungen, Berufspräferenzen oder Suchstrategien noch die bisher untersuchten kulturellen und sozialen Ressourcen bzw. Unterstützungsangebote im Übergangsprozess oder die regionale Ausbildungsmarktlage können die geringeren Zugangschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund bzw. bestimmter Herkunftsgruppen in eine berufliche Ausbildung abschließend erklären (vgl. **Kapitel A3.1**; Beicht 2011; Beicht 2012; Beicht/Granato 2011; Diehl/Friedrich/Hall 2009; Geier/Kuhnke/Reißig 2011; Hupka-Brunner u. a. 2011; Kohlrausch 2011; Seeber 2011; Ulrich 2011).

Wenngleich prekäre Übergangsprozesse und geringere Einmündungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund in eine berufliche Ausbildung hinreichend empirisch belegt sind, lassen sie sich

nicht abschließend erklären (Granato u. a. 2011). Lag der Fokus bisher auf dem Übergang Schule – Ausbildung, stellt sich nunmehr die Frage, welche Bedeutung die geringeren Einmündungschancen in eine berufliche Ausbildung für den Ausbildungsverlauf und den erfolgreichen Abschluss einer beruflichen Ausbildung haben. Nachfolgend wird daher vor allem darauf eingegangen, wie sich die geringeren Zugangschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf die Platzierung in berufliche Ausbildung auswirken, welchen Bildungserfolg sie in der Ausbildung erreichen und welche Faktoren sich auf den Ausbildungserfolg auswirken.

Bildungserfolg von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Verlauf und beim Abschluss einer beruflichen Ausbildung

Wie Jugendliche den Verlauf des Übergangs Schule – Ausbildung einschätzen, hängt in hohem Maße davon ab, ob es ihnen gelingt in eine berufliche Ausbildung einzumünden. So bewerten 92 % der Bewerber/-innen mit und 97 % derjenigen ohne Migrationshintergrund, die erfolgreich in eine betriebliche Ausbildung eingemündet sind, ihre Situation eher positiv (vgl. **Kapitel A3.1**). Zu fragen ist, inwieweit diese Bewertungen mit einer unterschiedlichen Platzierung im Ausbildungssystem zusammenhängen.

Auszubildende mit Migrationshintergrund werden, so die BIBB-Übergangsstudie, mit 42 % signifikant seltener im Wunschberuf ausgebildet als Auszubildende ohne Migrationshintergrund (52 %; Beicht/Granato/Ulrich 2011).¹³⁶ Auch unter Berücksichtigung zentraler Einflussfaktoren finden Schulabgänger/-innen bei einem Migrationshintergrund signifikant seltener einen Ausbildungsplatz in ihrem

¹³⁶ Basis der folgenden Ergebnisse auf der Grundlage der BIBB-Übergangsstudie 2006 sind in Westdeutschland lebende Probanden, welche die allgemeinbildende Schule maximal mit einem mittleren Abschluss verlassen haben und denen der Einstieg in eine vollqualifizierende Ausbildung gelungen ist (vgl. Beicht/Granato/Ulrich 2011). Der Migrationshintergrund wird indirekt definiert: Kein Migrationshintergrund wird angenommen, wenn ein/-e Jugendliche/-r die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, zudem als Kind in der Familie zuerst ausschließlich die deutsche Sprache gelernt hat und außerdem Vater sowie Mutter in Deutschland geboren sind. Trifft eine dieser Bedingungen nicht zu, wird von einem Migrationshintergrund ausgegangen (vgl. Beicht/Granato/Ulrich 2011). Rund 20 % der Probanden haben nach dieser Definition einen Migrationshintergrund.

„Wunschberuf“ (Diehl/Friedrich/Hall 2009). Auch andere Indikatoren weisen auf eine ungünstigere Platzierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der beruflichen Ausbildung hin. Auszubildende mit Migrationshintergrund werden, so die BIBB-Übergangsstudie, signifikant seltener betrieblich ausgebildet (mit MH 71 %, ohne MH 77 %). Zudem finden sie sich mit 41 % häufiger in Ausbildungsberufen wieder, in denen die durchschnittliche Vertragslösungsquote höher ist (ohne MH 33 %). Darüber hinaus werden Auszubildende mit Migrationshintergrund mit 64 % signifikant häufiger öfter als Nichtmigranten/-migrantinnen mit 53 % in solchen dualen Ausbildungsberufen ausgebildet, in denen sie schulisch höher qualifiziert sind als der Durchschnitt der Auszubildenden in diesem Beruf (Beicht/Granato/Ulrich 2011).

Überproportional häufig erhalten sie, so eine Studie im Bremer Handwerk, ihre Ausbildung in Betrieben, die von ungünstigeren Ausbildungsbedingungen geprägt sind (Quante-Brandt/Grabow 2009). Sie leisten beispielsweise häufiger Überstunden und erhalten hierfür seltener einen (finanziellen) Ausgleich als Auszubildende ohne Migrationshintergrund (Quante-Brandt/Grabow 2009). Seltener als einheimische Auszubildende haben sie, unter Kontrolle zentraler Einflussgrößen, die Möglichkeit, im Ausbildungsprozess Selbstständigkeit zu entwickeln. Die Fehlertoleranz der Auszubildenden im Arbeits- und Lernprozess erweist sich ihnen gegenüber als geringer. Dadurch sind sie an 2 für die Entwicklung „beruflicher Handlungsfähigkeit entscheidenden Aspekten der Ausbildung“ benachteiligt und haben im Verlauf ihrer handwerklichen Ausbildung seltener die Möglichkeit, berufliche Handlungskompetenzen zu entwickeln (Quante-Brandt/Grabow 2009, S. 46). Diese zum Teil regional und sektoral begrenzten empirischen Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich ein Migrationshintergrund ungünstig auf die Platzierung in Ausbildung sowie benachteiligend auf Ausbildungsbedingungen und -verlauf auswirken kann.

Dennoch durchläuft die große Mehrheit der Auszubildenden mit Migrationshintergrund die Ausbildung erfolgreich (77 %), allerdings signifikant seltener als Auszubildende ohne Migrationshintergrund (85 %).

Auch ihre Prüfungsnoten fallen signifikant ungünstiger aus ([sehr] gute Prüfungsnote: mit MH 43 %, ohne MH 53 %). Zudem münden sie nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung deutlich seltener in eine qualifizierte Berufstätigkeit ein (mit MH 52 %, ohne MH 63 %) und werden – nach Abschluss einer betrieblichen Ausbildung – auch seltener von ihrem Ausbildungsbetrieb übernommen (mit MH 58 %, ohne MH 67 %) (vgl. Beicht/Granato/Ulrich 2011).

Inwieweit die aufgezeigten Ausbildungsbedingungen für die Erfolgchancen am Ende der Ausbildung relevant sind, wurde anhand multivariater Analysen untersucht (Beicht/Granato/Ulrich 2011).¹³⁷ Dabei zeigt sich: Unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen der Ausbildung (Höhe der statistischen Vertragslösungsquote im Ausbildungsberuf, Ausbildung im Wunschberuf, Ausbildungsform u. a.), der schulischen Voraussetzungen sowie familiärer und kultureller Ressourcen lässt sich kein signifikanter Unterschied zwischen Auszubildenden mit und ohne Migrationshintergrund beim Erfolg der betrieblichen Ausbildung feststellen (vgl. Beicht/Granato/Ulrich 2011).

Fazit

Diese Ergebnisse weisen darauf hin, dass bei gleichen Ausbildungsbedingungen Auszubildende mit und ohne Migrationshintergrund am Ende der Ausbildung gleichermaßen erfolgreich sind im Hinblick auf den Abschluss einer Ausbildung, die Prüfungsnote, die Übernahmequote nach der Ausbildung und die Einmündung in eine qualifizierte

137 Zur Identifizierung wichtiger Einflussgrößen wurden auf der Grundlage der BIBB-Übergangsstudie binär logistische bzw. Cox-Regressionen gerechnet. Berücksichtigt wurden folgende Einflussfaktoren: Ausbildungsbedingungen (betriebliche versus nicht betriebliche Ausbildung, Höhe der statistischen Vertragslösungsquote im Ausbildungsberuf, Anteil von Auszubildenden mit niedrigeren Schulabschlüssen im Ausbildungsberuf, Ausbildung im Wunschberuf, Ausbildung in einem Dienstleistungsberuf), individuelle schulische Voraussetzungen (Schulabschluss, Noten im Schulabgangszeugnis), die Übergangsbioografie (Besuch Übergangsmaßnahme, Besuch Fachoberschule/Fachgymnasium, Erwerb [höherer] Schulabschluss), sozio-ökonomischer Status der Familie (Berufsabschluss Eltern, qualifizierte Erwerbsarbeit), weitere familiäre bzw. soziale Ressourcen (offenes, problemorientiertes Gesprächsklima in der Familie, Interesse der Eltern an schulischem Engagement der Kinder), Situation auf dem Arbeitsmarkt in der Wohnregion (Arbeitslosenquote), soziodemografische Merkmale (Migrationshintergrund, Geschlecht, Siedlungsdichte in der Wohnregion). Für den erfolgreichen Übergang in Berufstätigkeit wurde zusätzlich der Einfluss der Note im Abgangszeugnis der Ausbildung berücksichtigt (Beicht/Granato/Ulrich 2011).

Berufstätigkeit (vgl. Beicht/Granato/Ulrich 2011). Der *Verlauf* der Bildungsetappe „Berufsausbildung“ trägt unter Kontrolle der ungünstigeren Rahmenbedingungen (und kultureller und sozialer Ressourcen) zwar nicht zu einer *zusätzlichen* Vertiefung von Ungleichheit bei. Allerdings lassen sich die Verwerfungen, die für Jugendliche mit Migrationshintergrund beim Eintritt in eine berufliche Ausbildung entstehen, beim *Ergebnis* einer beruflichen Ausbildung *nicht* kompensieren. Insgesamt gesehen (re-)produziert die Bildungsetappe berufliche Ausbildung Verwerfungen entlang der Ungleichheitsachse ethnische Herkunft weniger im Verlauf, sondern vorrangig beim Zugang in berufliche Ausbildung, da es Jugendlichen mit Migrationshintergrund auch unter Kontrolle zentraler Merkmale seltener gelingt, einen Ausbildungsplatz zu finden.

Die Mehrheit der Auszubildenden mit Migrationshintergrund ist beim Abschluss der beruflichen Ausbildung zwar erfolgreich; sie könnten noch erfolgreicher sein, wenn sie die gleichen Ausbildungsbedingungen wie Auszubildende ohne Migrationshintergrund vorfinden würden, was bisher seltener der Fall ist. Denn nur bei gleichen

Rahmenbedingungen der Ausbildung sowie gleichen kulturellen und sozialen Ressourcen haben Auszubildende mit Migrationshintergrund die gleichen Chancen auf erfolgreichen Abschluss und Verwertung der Ausbildung wie Nichtmigranten/Nichtmigrantinnen (Beicht/Granato/Ulrich 2011). Angesichts des künftig zu erwartenden Fachkräftemangels ist es für Betriebe zunehmend wichtiger, Jugendliche mit Migrationshintergrund als Auszubildende einzustellen und ihnen ebenso wie Auszubildenden ohne Migrationshintergrund (gleich) gute Ausbildungsbedingungen zur Verfügung zu stellen, um ihre Potenziale für die berufliche Qualifizierung tatsächlich ausschöpfen zu können (vgl. Granato u. a. 2011). Eine Studie des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2014) zeigt hier deutlichen Handlungsbedarf, denn Bewerber/-innen mit einem deutschen Namen haben eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, eine Antwort auf ihre Bewerbung für eine Ausbildungsstelle zu erhalten, als Bewerber/-innen mit einem türkischen Namen.

(Mona Granato, Verena Eberhard)

Datenreport zum VO VERBIBL 2014/15
Stand 8. April 2015

A4.10 Betriebliche Ausbildungs- beteiligung

A4.10.1 Ergebnisse der Beschäftigungs- statistik zur Ausbildungsbeteiligung

Beteiligung der Betriebe an der beruflichen Ausbildung

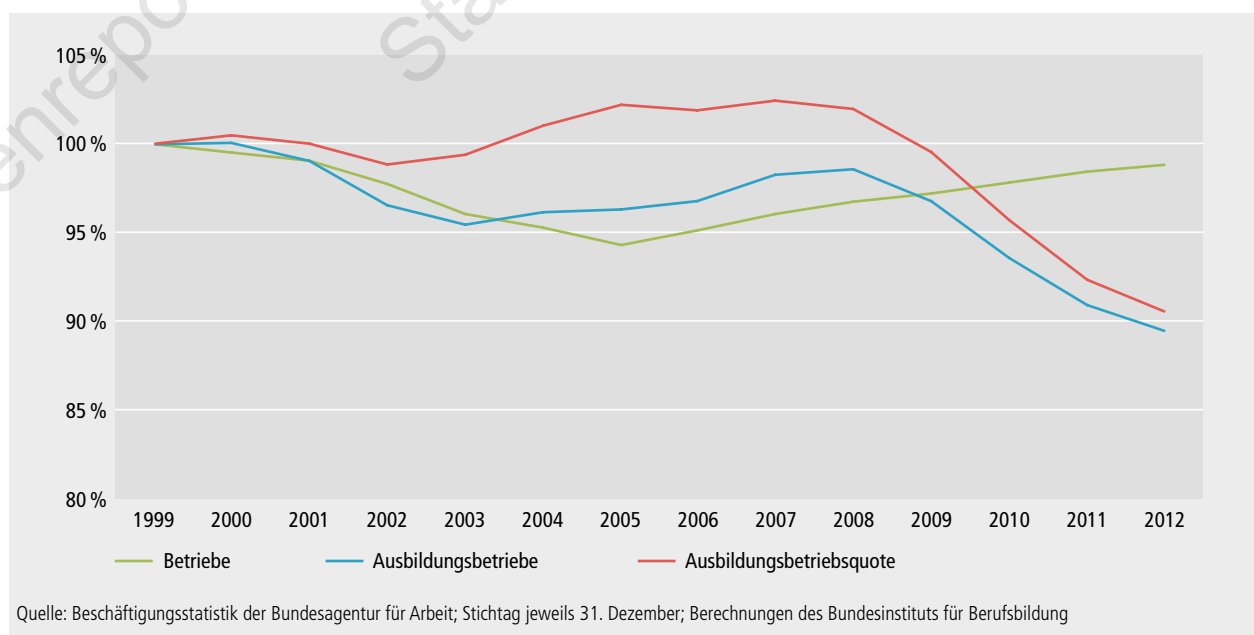
Von den bundesweit 2,102 Mio. Betrieben mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigtenverhältnis **E** beteiligten sich zum 31. Dezember 2012 rund 447.700 Betriebe an der beruflichen Ausbildung Jugendlicher. Damit schrumpfte die Zahl der Ausbildungsbetriebe im Berichtsjahr 2012 um 7.300 (-1,6 %) auf ihren niedrigsten Wert seit 1999 → **Schaubild A4.10.1-1**. Gleichzeitig nahm der betriebliche Gesamtbestand zum siebten Mal in Folge zu und erhöhte sich um 8.200 Betriebe (+0,4 %). Gegenüber den 3 Vorjahren haben sich die Verluste bei den Ausbildungsbetrieben und die Zugewinne bei den Betrieben insgesamt verringert, wodurch der Rückgang der Ausbildungsbetriebsquote **E** leicht gebremst wurde. Mit einem Minus von 0,4 Prozentpunkten sank die Ausbildungsbetriebs-

quote allerdings wiederum und erreichte eine neue Tiefstmarke von 21,3 % → **Tabellen A4.10.1-1 bis A4.10.1-3 Internet**.

Wie in den vergangenen Jahren waren sowohl die neuen als auch die alten Bundesländer von der rückläufigen Ausbildungs-beteiligung der Betriebe betroffen. In den alten Ländern sank die Zahl der Ausbildungsbetriebe um rund 5.400 auf 385.400 (-1,4 %), während der betriebliche Gesamtbestand um 7.300 (+0,4 %) stieg. Die Ausbildungsbetriebsquote im Westen nahm um 0,4 Prozentpunkte ab und betrug zuletzt 23,1 % → **Tabellen A4.10.1-4 bis A4.10.1-6 Internet**.

In den neuen Ländern ging die Zahl der Ausbildungsbetriebe mit einem Minus von 2.000 Betrieben (-3,1 %) weniger stark zurück als im Vorjahreszeitraum, sank aber noch immer schneller als in den alten Ländern. Die betriebliche Gesamtzahl legte dagegen geringfügig zu und erhöhte sich um 900 auf 432.300 Betriebe (+0,2 %). Die Ausbildungsbetriebsquote im Osten verringerte sich um 0,5 Prozentpunkte auf 14,4 % → **Tabellen A4.10.1-7 bis A4.10.1-9 Internet**.

Schaubild A4.10.1-1: **Entwicklung der betrieblichen Ausbildungs-beteiligung in Deutschland zwischen 1999 und 2012 (Referenzjahr 1999 = 100 %)**



E Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich Auszubildender, die kranken-, renten- oder pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die der Arbeitgeber Beitragsanteile zu entrichten hat.

Auszubildende

Als Auszubildende zählen alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Ausbildung, die der Bundesagentur für Arbeit über die Personengruppenschlüssel 102, 121, 122, 141 und 144 gemeldet wurden. Dies sind in der Regel Auszubildende, deren Ausbildungsverhältnis den Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) bzw. der Handwerksordnung (HwO) unterliegt oder die eine Berufsausbildung auf unter Bundesflagge fahrenden Seeschiffen der Kauffahrteischifffahrt absolvieren. Aufgrund relativ weit gefasster Zuordnungskriterien fallen darunter auch Auszubildende im Gesundheitswesen, deren Ausbildung nicht durch das BBiG/die HwO geregelt ist.

Bis 2011 wurden Auszubildende ausschließlich über die Personenschlüssel 102 und 141 gemeldet. Seit dem Berichtsjahr 2012 stehen mit den Personengruppenschlüsseln 121, 122 und 144 drei zusätzliche Meldeschlüssel zur Verfügung, die eine feinere Differenzierung der Gruppe der Auszubildenden ermöglichen. Unter anderem können Auszubildende, die einen Vertrag mit einer außerbetrieblichen Einrichtung geschlossen haben, dadurch gesondert ausgewiesen werden. Auf die Bestandszählung hat die Einführung der neuen Personengruppenschlüssel keinen Einfluss, sodass die für 2012 angegebenen Bestandszahlen direkt mit den Zahlen der Vorjahre vergleichbar sind.

Ausbildungsbetriebsquote¹³⁸

Die Ausbildungsbetriebsquote bezeichnet den Anteil der Betriebe mit Auszubildenden an allen Betrieben mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einschließlich der Ausbildungsbetriebe. Bei der Berechnung der Ausbildungsbetriebsquote wird nicht zwischen Betrieben mit und ohne Ausbildungsberechtigung differenziert. Insofern unterscheidet sich die Ausbildungsbetriebsquote von der sogenannten Ausbildungsaktivität, die den Anteil der auszubildenden Betriebe an allen ausbildungsberechtigten Betrieben ausweist (vgl. Kapitel 4.10.2).

Ausbildungsquote

Die Ausbildungsquote bezeichnet den Anteil der Auszubildenden an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einschließlich Auszubildender.

Ausbildung und Beschäftigung

Weiter gesunken ist 2012 auch die Ausbildungsquote

E → Tabellen A4.10.1-10 bis A4.10.1-12 Internet.

Anders als in den Vorjahren war für den Quotenrückgang allerdings hauptsächlich das anhaltende Beschäftigungswachstum und weniger die rückläufige Zahl der Auszubildenden verantwortlich. Während der Bestand der Auszubildenden bundesweit nur leicht um 1.400 auf rund 1,641 Mio. zurückging (-0,1 %), konnte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 355.200 auf 29,143 Mio. zulegen (+1,2 %). Die Ausbildungsquote setzte ihre Talfahrt mit verringerter Geschwindigkeit fort und erreichte mit 5,6 % einen neuen Tiefstwert → **Schaubild A4.10.1-2**.

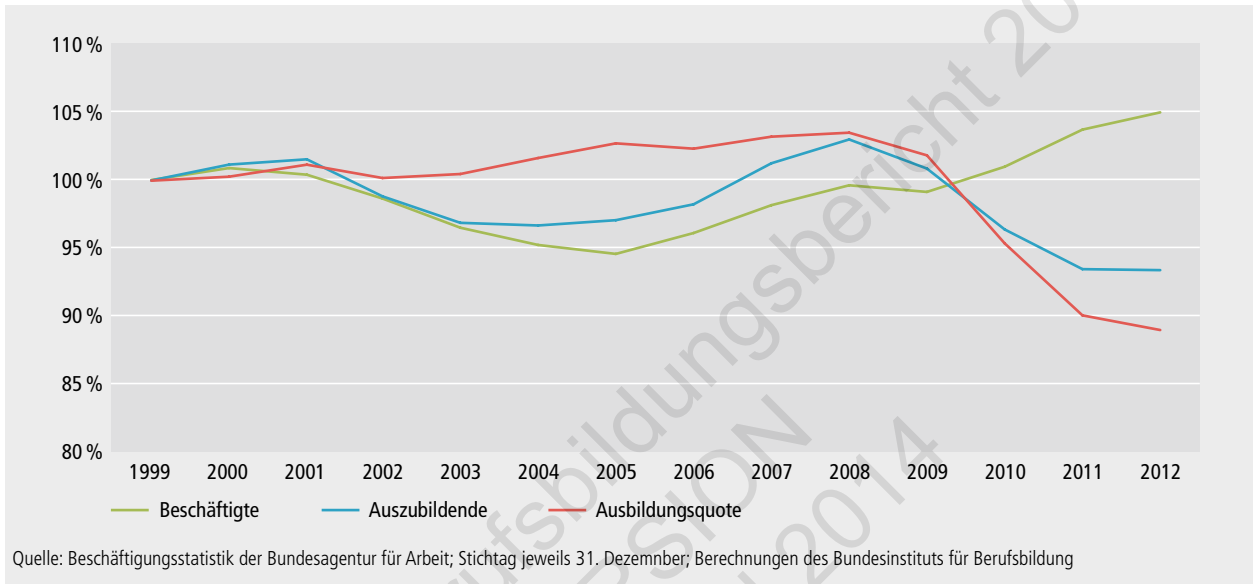
Bei der Entwicklung des Auszubildendenbestands zeigt sich eine deutliche Diskrepanz zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Im Westen nahm die Zahl der Auszubildenden nach 3 Verlustjahren erstmals wieder zu und erhöhte sich um 14.500 auf 1,406 Mio. (+1,0 %). Gleichzeitig stieg die Zahl der Beschäftigten um 321.400 auf 23,682 Mio. (+1,4 %) an. Weil der Bestand der Auszubildenden etwas langsamer wuchs als die Gesamtheit der Beschäftigten, sank die Ausbildungsquote im Westen leicht von 6,0 % auf 5,9 % → **Tabellen A4.10.1-13 bis A4.10.1-15 Internet**.

Anders als im Westen ging die Zahl der Auszubildenden im Osten weiter zurück und schrumpfte um rund 16.000 auf 234.600. Mit einem Minus von 6,4 % fiel das Negativwachstum des Auszubildendenbestands allerdings niedriger aus als in den 3 Vorjahren, die teilweise Verlustraten im zweistelligen Prozentbereich aufwiesen.¹³⁹ Bei der Beschäftigung setzte sich der bisherige Wachstumstrend in abgeschwächter Form fort. Die Zahl der sozial-

¹³⁸ Ausführliche methodische Hinweise zu den im Folgenden verwendeten Daten und Indikatoren finden sich im BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.9.1 und bei Hucker/Troltsch 2012.

¹³⁹ Vgl. Datenreport 2013, Kapitel A4.10.1.

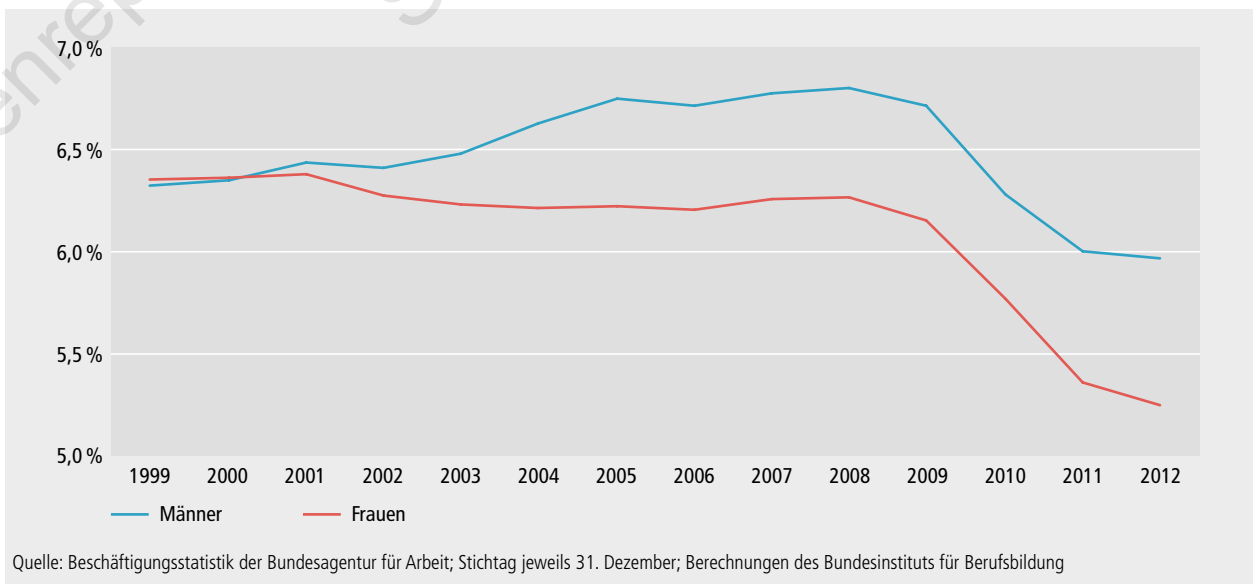
Schaubild A4.10.1-2: **Entwicklung von Ausbildung und Beschäftigung in Deutschland zwischen 1999 und 2012 (Referenzjahr 1999 = 100 %)**



versicherungspflichtig Beschäftigten kletterte um 33.800 auf 5,461 Mio., was einem Anstieg von 0,6 % entspricht. Beide Entwicklungen ließen die Ausbildungsquote in den neuen Ländern erneut sinken;

sie fiel binnen Jahresfrist um 0,3 Prozentpunkte auf 4,3 % → [Tabellen A4.10.1-16 bis A4.10.1-18 Internet](#).

Schaubild A4.10.1-3: **Entwicklung der geschlechtsbezogenen Ausbildungsquoten in Deutschland zwischen 1999 und 2012**



Geschlechtsspezifische Differenzierungen

Die Unterschiede zwischen der Ausbildungsbeteiligung von Männern und Frauen haben 2012 weiter zugenommen. Während die Zahl der männlichen Auszubildenden bundesweit um 2.800 (+0,3%) stieg und dem positiven Beschäftigungstrend bei den Männern (+0,9%) folgte, ging die Zahl der weiblichen Auszubildenden um 4.200 (-0,6%) zurück und entwickelte sich konträr zur Beschäftigung der Frauen, die um 1,6% zunahm. Der Abstand zwischen den geschlechtsbezogenen Ausbildungsquoten hat sich dadurch erneut vergrößert. blieb die Ausbildungsquote der Männer mit 6,0% auf dem Vorjahresniveau, sank die der Frauen um 0,2 Prozentpunkte auf 5,2% → **Schaubild A4.10.1-3**. Insgesamt korrespondieren diese Abweichungen mit den Differenzen, die zwischen den geschlechtsbezogenen Ausbildungsbeitragsquoten bestehen (vgl. **Kapitel A4.5**).

Bei der geschlechtsspezifischen Ausbildungsbeteiligung zeigen sich nach wie vor gravierende Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern. Lagen in den alten Ländern die geschlechtsbezogenen Ausbildungsquoten mit 6,2% bei den Männern und 5,6% bei den Frauen gut 0,5 Prozentpunkte auseinander, war der Quotenabstand in den neuen Ländern wesentlich größer. Mit Ausbildungsquoten von 5,0% bei Männern und 3,7% bei Frauen betrug die Differenz hier 1,3 Prozentpunkte → **Tabelle A4.10.1-39 Internet**.

Betriebliche Ausbildungsbeteiligung in den Bundesländern

Die betriebliche Ausbildungsbeteiligung variierte im Berichtsjahr erheblich zwischen den einzelnen Bundesländern, wie ein Vergleich der länderspezifischen Ausbildungsbetriebsquoten zeigt → **Tabelle A4.10.1-37 Internet**. Den mit 27,2% höchsten Anteil ausbildender Betriebe hatte das Saarland gefolgt von Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, die auf Anteilswerte von 25,1% und 24,5% kamen. Das Schlusslicht bildete Berlin, wo sich lediglich 13,0% der Betriebe an der Ausbildung Jugendlicher beteiligten.

Gegenüber dem Vorjahr war die Ausbildungsbetriebsquote in sämtlichen Bundesländern rückläufig. Die Verlustspanne reichte von -0,1 Prozentpunkten

in Baden-Württemberg bis zu -0,7 Prozentpunkten in Mecklenburg-Vorpommern. Die Streuung der Ausbildungsbetriebsquote über die Länder nahm dagegen leicht von 14,3 auf 14,2 Prozentpunkte ab.

Besonders große Diskrepanzen gab es zwischen neuen und alten Bundesländern. Dies gilt nicht nur für die Höhe der Ausbildungsbetriebsquote, deren Höchstwert im Osten (Sachsen-Anhalt: 15,6%) selbst unter dem niedrigsten Wert im Westen (Hamburg: 17,7%) zurückblieb, sondern auch für die Quotenstreuung, die in den neuen Ländern wesentlich geringer als in den alten Ländern ausfiel. Lagen Maximum und Minimum im Osten um 2,5 Prozentpunkte auseinander, betrug der Abstand im Westen insgesamt 9,5 Prozentpunkte.

Größere Abweichungen zeigen sich auch beim Vergleich der länderspezifischen Ausbildungsquoten, die sich mit Werten von 4,1% (Berlin) bis 6,8% (Schleswig-Holstein) deutlich zwischen den einzelnen Bundesländern unterschieden → **Tabelle A4.10.1-38 Internet**. Auffällig ist, dass die Ausbildungsquote – anders als die Ausbildungsbetriebsquote – nicht in allen Ländern zurückging. Während sie in Hamburg praktisch unverändert blieb und in Baden-Württemberg und Hessen um 0,2 bzw. 0,1 Prozentpunkte zulegen konnte, nahm die Quote jedoch in den meisten Bundesländern ab. Den mit -0,5 Prozentpunkten stärksten Rückgang verzeichnete Mecklenburg-Vorpommern, gefolgt von Brandenburg und Sachsen-Anhalt, die auf Verluste von jeweils -0,4 Prozentpunkten kamen.

Betriebliche Ausbildungsbeteiligung nach Berufen

Mit den Beschäftigungsdaten für das Berichtsjahr 2012 ist es erstmals möglich, berufsdifferenzierende Analysen zur betrieblichen Ausbildungsbeteiligung nach der Klassifikation der Berufe 2010 (KldB 2010) **E** vorzunehmen. Hierfür stehen dem BIBB aggregierte Bestandszahlen zu Auszubildenden und Beschäftigten auf der Ebene der 10 Berufsbereiche (1-Steller) und der 37 Berufshauptgruppen (2-Steller) zur Verfügung. Mangels entsprechender Vorjahresdaten beschränkt sich die folgende Auswertung auf eine Querschnittsanalyse zum Stichtag 31. Dezember 2012.

E Berufsfachliche Gliederung

Ab dem Datenreport 2014 erfolgt die berufsfachliche Differenzierung der BA-Daten zur betrieblichen Ausbildungsbeteiligung nach der Klassifikation der Berufe 2010 (KldB 2010), die die zuvor verwendete Klassifizierung der Berufe 1988 (KldB 1988) abgelöst hat. Die neue Systematik bietet den Vorteil, den aktuellen beruflichen Strukturen des Arbeitsmarktes besser gerecht zu werden und eine höhere Anschlussfähigkeit an die internationale Berufsklassifikation ISCO-08 aufzuweisen. Weil eine eindeutige Überführung früherer nationaler Berufsklassifikationen in die KldB 2010 oft nicht möglich ist (vgl. Wiemer/Reimer/Lewerenz 2011), sind die nachfolgend ausgewiesenen berufsbezogenen Bestandszahlen und Indikatoren mit den berufsdifferenzierenden Angaben früherer Ausgaben des BIBB-Datenreports nicht direkt vergleichbar.

Wie angesichts der unterschiedlichen Qualifikationsanforderungen in den verschiedenen Berufsfeldern zu erwarten war, variierte die Ausbildungsquote zwischen den 37 Berufshauptgruppen erheblich. Am höchsten war die Ausbildungsquote bei den Mechanik-, Energie- und Elektroberufen (12,2%), den nicht medizinischen Gesundheits-, Körperpflege- und Wellnessberufen und den medizintechnischen Berufen (11,8%) sowie den (Innen-)Ausbauberufen (11,3%). Die niedrigsten Ausbildungsquoten entfielen dagegen auf jene Berufe, die entweder häufig von Un- und Angelernten oder hauptsächlich von Personen mit akademischen Bildungsabschlüssen ausgeübt werden. Dementsprechend markierten die Reinigungsberufe (0,5%), die sprach-, literatur-, geistes-, gesellschafts- und wirtschaftswissenschaftlichen Berufe (0,8%) und die lehrenden und ausbildenden Berufe (0,8%) das untere Ende des Spektrums → **Tabelle A4.10.1-40 Internet**.

Ähnlich wie in Gesamtdeutschland verteilen sich die berufsbezogenen Ausbildungsquoten innerhalb der alten und der neuen Länder. Mit einer Spannweite von 9,1 Prozentpunkten streute die Ausbildungsquote im Osten allerdings weniger stark als im Westen, wo die höchste berufsbezogene Ausbildungsquote um 12,6 Prozentpunkte über der niedrigsten lag → **Tabellen A4.10.1-41 bis A4.10.1-42 Internet**.

Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung nach Betriebsgröße

Wie schon im Vorjahr ging der gesunkene Bestand an Ausbildungsbetrieben ausschließlich auf Verluste im kleinstbetrieblichen Bereich zurück. Die Zahl der ausbildenden Betriebe sank in diesem Größensegment um 4,5%, während sie in allen anderen Betriebsgrößeklassen anstieg. Den prozentual stärksten Zuwachs an Ausbildungsbetrieben verzeichneten die Großbetriebe mit einem Plus von 2,5%, gefolgt von den mittleren und kleinen Betrieben mit Wachstumsraten von 1,9% und 1,3%.

Bei den mittleren und großen Betrieben stieg die Zahl der Ausbildungsbetriebe schneller als die Gesamtzahl der Betriebe, sodass die Ausbildungsquote hier jeweils zulegen konnte. Bei den mittleren Betrieben erhöhte sie sich um 0,8 und bei den Großbetrieben um 1,0 Prozentpunkte. Quotenrückgänge verzeichneten hingegen die Klein- und Kleinstbetriebe mit Verlusten von 0,2 und 0,7 Prozentpunkten → **Tabellen A4.10.1-1 bis A4.10.1-3 Internet**.

In den alten Bundesländern zeigte sich ein ähnliches Bild. Auch hier beschränkte sich der Bestandsverlust der Ausbildungsbetriebe auf die Klasse der Kleinstbetriebe, in der 4,3% weniger Betriebe ausbildeten als im Vorjahr. In den übrigen Betriebsgrößeklassen stieg die Zahl der Ausbildungsbetriebe um 1,8% bis 2,4%, was aber nicht verhindern konnte, dass die Gesamtzahl der ausbildenden Betriebe im Westen um 1,4% abnahm. Die Ausbildungsquote entwickelte sich in den einzelnen Betriebsgrößeklassen sehr unterschiedlich. Unter den großen und mittleren Betrieben legte die Zahl der Ausbildungsbetriebe überproportional zu, wodurch die Ausbildungsquote um 1,0 bzw. 0,8 Prozentpunkte anstieg. Bei den Kleinbetrieben blieb die Ausbildungsquote hingegen unverändert, während sie in der Klasse der Kleinstbetriebe erneut zurückging und 0,7 Prozentpunkte verlor → **Tabellen A4.10.1-4 bis A4.10.1-6 Internet**.

In den neuen Bundesländern ging die Anzahl der Ausbildungsbetriebe sowohl im kleinst- als auch im kleinstbetrieblichen Bereich zurück. Mit einem Minus von 6,4% waren die Kleinstbetriebe besonders stark von diesem Rückgang betroffen, während die Ver-

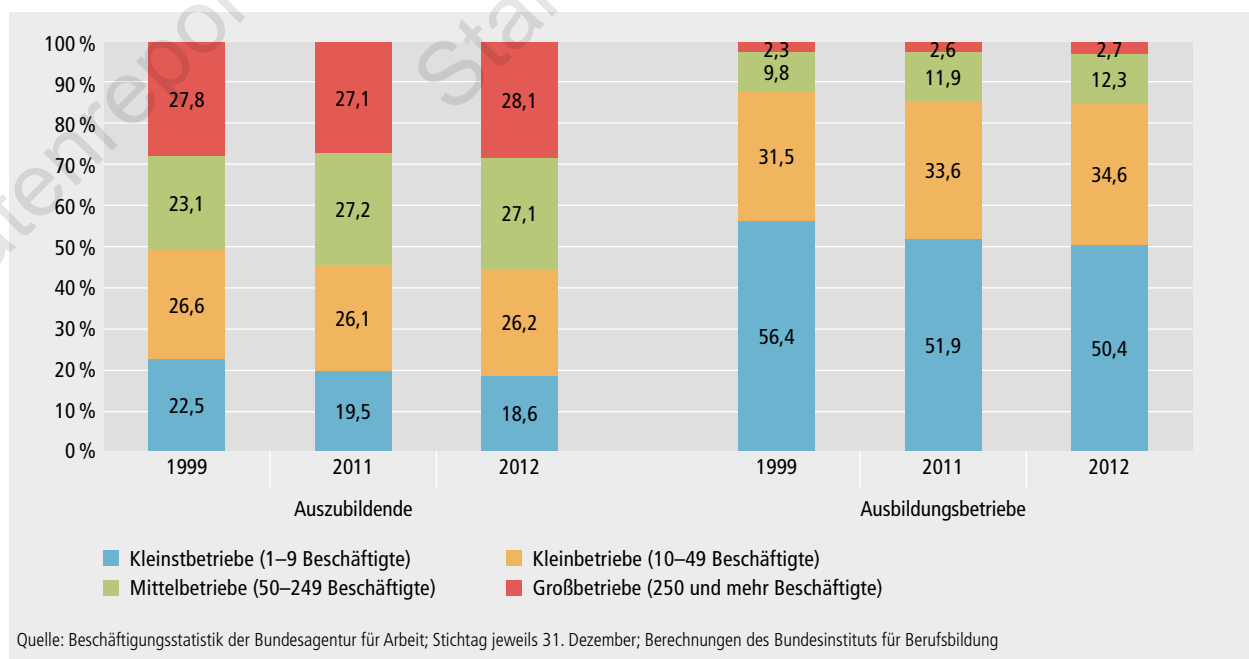
luste bei den auszubildenden Kleinbetrieben mit -1,4 % wesentlich geringer ausfielen. Die mittleren und großen Ausbildungsbetriebe verzeichneten dagegen Zuwächse von 0,9 % und 2,7 %. Uneinheitlich entwickelte sich im Osten die Ausbildungsbetriebsquote, die lediglich bei den Großbetrieben zulegen konnte und dort um einen Prozentpunkt stieg. In den übrigen Betriebsgrößenklassen ging die Quote zurück und verlor zwischen -0,5 und -0,9 Prozentpunkte → **Tabellen A4.10.1-6 bis A4.10.1-9 Internet.**

Auffällige Unterschiede zwischen den betrachteten Betriebsgrößenklassen gab es bei der bundesweiten Bestandsentwicklung der Auszubildenden. Nahezu spiegelbildlich entwickelten sich die Auszubildendenzahlen im kleinst- und großbetrieblichen Bereich. Während die Kleinbetriebe 15.800 Personen weniger ausbildeten als im Vorjahr (-4,9 %), konnten die Großbetriebe die Zahl ihrer Auszubildenden um einen ähnlich hohen Betrag von 15.400 steigern (+3,5 %). Die anderen Betriebsgrößenklassen verzeichneten dagegen nur schwache Veränderungen. In den kleinen Betrieben blieb die Zahl der Auszubildenden im Vergleich zum Vorjahr praktisch kon-

stant, in den mittleren Betrieben ging sie leicht um 0,2 % zurück. Anders als der Auszubildendenbestand nahm die Gesamtzahl der Beschäftigten in allen 4 Betriebsgrößenklassen zu. Die Wachstumsspanne reichte von +0,3 % bei den Kleinstbetrieben bis zu +1,9 % bei den Großbetrieben. Die Ausbildungsquote entwickelte sich über die einzelnen Betriebsgrößenklassen unterschiedlich. Leichte Quotenverluste von -0,3 und -0,1 Prozentpunkten bei den Kleinst- und Kleinbetrieben standen einem geringfügigen Quotenzuwachs bei den Großbetrieben von 0,1 Prozentpunkten gegenüber → **Tabellen A4.10.1-10 bis A4.10.1-12 Internet.**

In den alten Bundesländern nahm die Zahl der Auszubildenden lediglich bei den Kleinbetrieben ab und verringerte sich dort um 4,7 %. Die anderen Größenklassen verzeichneten Zuwächse zwischen 0,9 % und 5,1 % und ließen die Gesamtzahl der Auszubildenden im Westen trotz des hohen Verlustes im kleinstbetrieblichen Bereich leicht ansteigen. Im Gegensatz zu den Auszubildenden nahmen die Beschäftigten in allen Größenklassen zahlenmäßig zu. Den größten prozentualen Zuwachs verzeich-

Schaubild A4.10.1-4: **Prozentuale Verteilung der Auszubildenden und Ausbildungsbetriebe auf Betriebsgrößenklassen 1999, 2011 und 2012 in Deutschland**



neten die Kleinbetriebe mit einem Plus von 2,0%, das geringste Beschäftigungswachstum hatten die Kleinstbetriebe mit +0,3%. Bei der Ausbildungsquote beschränkten sich die Rückgänge auf den Bereich der Kleinst- und Kleinbetriebe, wo die Quote um 0,4 bzw. 0,1 Prozentpunkte nachgab. Bei den mittleren Betrieben blieb die Quote konstant, während sie bei den Großbetrieben um 0,2 Prozentpunkte zulegte → **Tabellen A4.10.1-13 bis A4.10.1-15 Internet**.

Weiterhin angespannt blieb die Lage in den neuen Ländern. Trotz der insgesamt positiven Beschäftigungsentwicklung ging hier die Zahl der Auszubildenden in allen Betriebsgrößenklassen deutlich zurück. Die Rückgänge variierten zwischen -5,1% bei den Kleinbetrieben und -7,3% bei den mittleren Betrieben. Die Ausbildungsbetriebsquote sank dadurch klassenübergreifend und gab um 0,4 Prozentpunkte bei den Großbetrieben und um jeweils 0,3 Prozentpunkte in den übrigen Betriebsgrößenklassen nach → **Tabellen A4.10.1-16 bis A4.10.1-18 Internet**.

Die Ergebnisse stützen frühere Beobachtungen, dass sich die betriebliche Ausbildung zunehmend von Kleinstbetrieben zu kleinen und mittelgroßen Betrieben verlagert.¹⁴⁰ Dieser Trend setzte sich 2012 fort und ließ den Anteil der Kleinstbetriebe an allen Ausbildungsbetrieben um 1,5 Prozentpunkte auf 50,4% fallen. Gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der kleinen und mittleren Ausbildungsbetriebe zusammen um 1,4 Prozentpunkte auf 46,9%. Ein leichtes Plus gab es zudem bei den ausbildenden Großbetrieben, die ihren Anteil um 0,1 Punkte auf 2,7% steigern konnten.

Parallel dazu hat sich auch die Verteilung der Auszubildenden auf die einzelnen Betriebsgrößenklassen verändert. Allein 2012 schrumpfte der Anteil der in Kleinstbetrieben beschäftigten Auszubildenden von 19,5% auf 18,6%, während die Auszubildenden von Großbetrieben ihren Anteil von 27,1% auf 28,1% vergrößern konnten. Dagegen ist der Prozentsatz der Auszubildenden kleiner und mittlerer Betriebe erstmals seit 2004 nicht weiter gestiegen und stagnierte bei 53,3% → **Schaubild A4.10.1-4**.

140 Vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.9.1.

Entwicklung der betrieblichen Ausbildungs-beteiligung nach Wirtschaftszweigen

Uneinheitlich hat sich die betriebliche Ausbildungs-beteiligung in den verschiedenen Wirtschaftsabschnitten **E** entwickelt.¹⁴¹ Anders als 2011, als fast sämtliche Wirtschaftsabschnitte Bestandsrückgänge bei den Ausbildungsbetrieben verzeichneten, stieg 2012 die Zahl der Ausbildungsbetriebe in knapp der Hälfte der Wirtschaftsabschnitte an. Die stärksten prozentualen Zuwächse gab es in den Abschnitten Information und Kommunikation (+3,5%), Grundstücks- und Wohnungswesen (+3,0%) und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (+1,8%).

E Wirtschaftliche Gliederung

Ab dem BIBB-Datenreport 2012 erfolgt die wirtschaftsfachliche Differenzierung der betrieblichen Ausbildungs-beteiligung nach den 21 Abschnitten der „Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 2008“ (WZ 2008), deren Struktur sich erheblich von früheren Systematiken unterscheidet (vgl. Statistisches Bundesamt 2008). Daten und Indikatoren zu einzelnen Wirtschaftszweigen sind daher nicht mehr direkt mit wirtschaftszweigbezogenen Angaben in früheren Ausgaben des Datenreports vergleichbar.

In allen anderen Wirtschaftsabschnitten entwickelte sich die Zahl der Ausbildungsbetriebe dagegen negativ. Die größten prozentualen Verluste entfielen auf das Gastgewerbe (-7,7%), das verarbeitende Gewerbe (-3,1%) und die Land- und Forstwirtschaft bzw. Fischerei (2,9%).

Wie zuvor kam das verarbeitende Gewerbe auf den höchsten Anteil an Ausbildungsbetrieben; die Ausbildungsbetriebsquote betrug hier 33,7%. Stark überdurchschnittliche Anteilswerte fanden sich zudem im Baugewerbe (28,8%), im Gesundheits- und Sozialwesen (27,9%), in der öffentlichen Verwaltung und Sozialversicherung (27,0%) sowie im Bereich

141 Aufgrund ihrer sehr niedrigen Bestände an Auszubildenden und Ausbildungsbetrieben werden die Wirtschaftsabschnitte T (Private Haushalte) und U (Exterritoriale Organisationen und Körperschaften) in der folgenden Analyse nicht berücksichtigt. Bereits geringe absolute Bestandsveränderungen können hier zu außergewöhnlich hohen prozentualen Ausschlägen führen, die einen Gesamtvergleich der wirtschaftszweigbezogenen Veränderungsdaten verzerren würden.

Handel und Kfz-Reparatur (24,6 %). Die niedrigsten Ausbildungsbetriebsquoten hatten die Wirtschaftsabschnitte Grundstücks- und Wohnungswesen (7,5 %), Verkehr und Lagerei (10,0 %) sowie Erziehung und Unterricht (9,8 %) → [Tabellen A4.10.1-19 bis A4.10.1-21 Internet](#).

In den alten Ländern zeigte sich ein sehr ähnliches Bild. Auch hier schrumpfte die Zahl der Ausbildungsbetriebe am stärksten im Gastgewerbe (-7,4 %), im Bereich der sonstigen Dienstleistungen (-6,8 %) und im verarbeitenden Gewerbe (-2,8 %). Die höchsten Zuwachsraten verzeichneten im Westen die Wirtschaftsabschnitte Grundstücks- und Wohnungswesen (+3,8 %), Information und Kommunikation (+3,3 %) sowie Erziehung und Unterricht (+2,7 %). Die Entwicklung der Ausbildungsbetriebsquote variierte zwischen → [Tabellen A4.10.1-22 bis A4.10.1-24 Internet](#).

In den neuen Ländern verzeichneten das Gastgewerbe (-8,5 %), die sonstigen Dienstleistungen (-8,0 %) und der Bereich der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung (-5,4 %) die prozentual stärksten Verluste an Ausbildungsbetrieben. Zugewinne gab es lediglich in den Wirtschaftsabschnitten Information und Kommunikation (+4,9 %), sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (+4,4 %) sowie Grundstücks- und Wohnungswesen (+0,4 %) → [Tabellen A4.10.1-25 bis A4.10.1-27 Internet](#).

Uneinheitlich entwickelten sich in Deutschland die nach Wirtschaftsabschnitten differenzierten Auszubildendenzahlen, die zwar in 10 Fällen zulegen konnten, mehrheitlich aber rückläufig waren. Mit einem Plus von 14,4 % verzeichnete der Abschnitt Information und Kommunikation den mit Abstand größten prozentualen Zuwachs an Auszubildenden, gefolgt von den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (+9,6 %) und dem Bereich Verkehr und Lagerei (+8,4 %). Die größten Verluste an Auszubildenden entfielen auf die Abschnitte Erziehung und Unterricht (-13,3 %), Erbringung von sonstigen Dienstleistungen (-12,8 %) und Gastgewerbe (-6,9 %), in denen gleichzeitig die größten Rückgänge bei der Ausbildungsquote auftraten. Die Quote sank hier um 1,1 bis 0,8 Prozentpunkte → [Tabellen A4.10.1-28 bis A4.10.1-30 Internet](#).

Im Westen entwickelten sich die wirtschaftszweigbezogenen Auszubildendenbestände ähnlich wie in Gesamtdeutschland, Verluste fielen hier allerdings geringer und Zuwächse höher aus. Die Spanne reichte von +15,2 % (Information und Kommunikation) bis zu -9,3 % (Erbringung von sonstigen Dienstleistungen).

Im Osten verbuchte eine deutliche Mehrheit der Wirtschaftsabschnitte Rückgänge bei den Auszubildenden. Die mit Abstand höchsten prozentualen Verluste gab es in den Bereichen Erziehung und Unterricht (-28,6 %) und sonstige Dienstleistungen (-28,1 %), die 2011 bereits ähnlich hohe Verlustraten verzeichneten. Positiv entwickelten sich dagegen die Auszubildendenbestände in den Bereichen Verkehr und Lagerei (+11,0 %), Information und Kommunikation (+8,4 %) sowie Grundstücks- und Wohnungswesen (+6,2 %) → [Tabellen A4.10.1-31 bis A4.10.1-36 Internet](#).

(Tobias Hucker)

A4.10.2 Ausbildungsberechtigung, Ausbildungsaktivität und Übernahmeverhalten von Betrieben

Das betriebliche Bildungsverhalten steht seit 1995 im Mittelpunkt der Zusammenarbeit zwischen dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), hier insbesondere dem Forschungsbereich „Betriebe und Beschäftigung“. Anhand gemeinsam erarbeiteter Indikatoren erfolgt die Analyse betrieblicher Bildungsaktivitäten (vgl. u. a. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A4.11.2; BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A4.10.2; BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A4.10.1; BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.10.3; Möller/Stegmaier 2008). Mit den Daten des IAB-Betriebspanels **E** können Aussagen dazu getroffen werden, wie viele Betriebe in Deutschland die gesetzlichen Voraussetzungen zur Berufsausbildung erfüllen, also ausbildungsberechtigt sind, wie hoch der Anteil der Betriebe ist, die tatsächlich ausbilden, und wie viele der Ausbildungsabsolventen vom Ausbildungsbetrieb in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen werden. Grundlage für die hier vorgestellten Ergebnisse ist eine Expertise¹⁴² des IAB, die nicht nur diese Indikatoren, sondern auch weitere Fragen zum Aus- und Weiterbildungsverhalten deutscher Betriebe diskutiert. Die Ergebnisse werden nachstehend nach Regionen (Ost-/Westdeutschland¹⁴³) und Betriebsgröße getrennt dargestellt, die Expertise bietet zusätzlich nach Wirtschaftszweigen getrennte Daten.

E IAB-Betriebspanel

Das IAB-Betriebspanel ist eine Erhebung, deren Grundgesamtheit die Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit darstellt. In ihr sind alle Betriebe in Deutschland erfasst, die mindestens eine/einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte/-n haben. Die Erhebung verwendet den Betrieb als Untersuchungseinheit, also die örtliche Einheit, in der die konkreten Tätigkeiten eines Unternehmens durchgeführt werden. Das IAB-Betriebspanel wird als jährliche Panelerhebung (Stichtag: 30. Juni) realisiert, und es gehen derzeit

die Angaben von rund 16.000 Betrieben ein. Die Rücklaufquoten liegen je nach Welle zwischen 63 % und 73 %. Inhaltlich ist das IAB-Betriebspanel eine Mehrthemenbefragung. Während die Angaben zur Ausbildung jährlich erhoben werden, stehen die Angaben zur betrieblichen Weiterbildung erst seit 2007 jährlich zur Verfügung, vorher wurden die Angaben alle 2 Jahre erhoben. Alle Angaben basieren auf der Hochrechnung von Stichprobendaten. Somit kann die wahre Zahl von der ausgewiesenen abweichen, kleine Veränderungen sollten daher nur mit Vorsicht interpretiert werden. Zudem sind manche Zellen der Tabellen mit einem Asterisk(*) versehen, was darauf hinweist, dass die Anzahl der hinter den Angaben stehenden befragten Betriebe für eine inhaltliche Interpretation zu gering ist. Weitere Hinweise zur Datengrundlage finden sich bei Fischer u. a. (2008).

Ausbildungsberechtigung

Der Indikator Ausbildungsberechtigung zeigt an, ob die gesetzlichen Voraussetzungen zum Ausbildungsbetrieb erfüllt sind. Die Betriebe werden direkt gefragt, ob sie die Voraussetzungen zur Berufsausbildung alleine, im Verbund oder nicht erfüllen.

Ausbildungsaktivität

Der Indikator Ausbildungsaktivität bildet den Anteil der ausbildungsberechtigten Betriebe ab, die gemäß einer Kombination verschiedener Szenarien als ausbildungsaktiv bezeichnet werden können. Die tatsächliche Ermittlung erfolgt nach der Befragung der Betriebe anhand unterschiedlicher Kriterien, wie etwa des Bestandes an Auszubildenden, der Zahl der Neuzugänge und Abgänge im laufenden Ausbildungsjahr u. v. m. (siehe IAB-Expertise).

Übernahmequote

Der Indikator Übernahmequote ist ein Quotient mit der Anzahl der in ein Beschäftigungsverhältnis übernommenen Auszubildenden als Zähler und der Anzahl der Ausbildungsabsolventen und -absolventinnen des Betriebs als Nenner. Der Referenzzeitraum ist das Kalenderjahr.

Hinweis: Aufgrund eines Programmierfehlers in der Berechnung der Quote in den bisherigen Berichten weichen die für den diesjährigen Bericht ermittelten Werte – auch für die zurückliegenden Jahre ab 2000 – zum Teil hiervon ab. Diese Abweichungen bewegen sich meist in einer Größenordnung von 1 bis 3 Prozentpunkten. Grundlegende Trends und Zusammenhänge sind hiervon allerdings nicht betroffen.

142 Die Expertise ist unter: www.bibb.de/datenreport einsehbar.

143 Seit der Welle 2007 wird Berlin vollständig zu den neuen Ländern gezählt, zuvor wurde Westberlin den alten und Ostberlin den neuen Ländern zugeschlagen.

Ausbildungsberechtigung

Beabsichtigt ein Betrieb, sich in der Berufsausbildung zu engagieren, muss er die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen. Ausbildungsberechtigt **E** ist er, wenn die „Ausbildungsstätte nach Art und Einrichtung für die Berufsausbildung geeignet ist und die Zahl der Auszubildenden in einem angemessenen Verhältnis zur Zahl der Ausbildungsplätze oder zur Zahl der beschäftigten Fachkräfte steht“. Zudem müssen sowohl der Arbeitgeber (u. a. zum Abschluss von Ausbildungsverträgen) wie auch das Ausbildungspersonal befähigt bzw. geeignet sein, um die Berufsausbildung inhaltlich und strukturell durchführen zu können. Ein Betrieb kann die Ausbildungsberechtigung allein erlangen oder auch im Verbund mit anderen Betrieben oder Bildungseinrichtungen zur Ausbildung berechtigt sein.¹⁴⁴

→ **Tabelle A4.10.2-1** zeigt, dass wie im Vorjahr etwa 58 % aller Betriebe in Deutschland die formalen Ausbildungsvoraussetzungen erfüllen. Auch im längerfristigen Vergleich ist der Anteil der ausbildungsberechtigten Betriebe nur leichten Schwankungen unterworfen. Fast alle ausbildungsberechtigten

Betriebe erfüllen die gesetzlichen Voraussetzungen allein (55 %), etwa 4 % aller Betriebe erfüllen die Voraussetzungen im Verbund mit anderen Betrieben oder Bildungsstätten. Betrachtet man die einzelnen Regionen, fällt eine regionale Differenz von 6 Prozentpunkten auf: Sind in den alten Ländern etwa 59 % ausbildungsberechtigt, trifft dies auf etwa 53 % in den neuen Ländern zu. Des Weiteren sind in den neuen Ländern anteilig mehr Betriebe im Verbund ausbildungsberechtigt (6 % gegenüber 3 % in den alten Bundesländern).

Betrachtet man einzelne Betriebsgrößenklassen, zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen der Zahl der Beschäftigten und dem Anteil ausbildungsberechtigter Betriebe → **Tabelle A4.10.2-2**. Ist jeder zweite Kleinstbetrieb ausbildungsberechtigt, sind es bereits 3 von 4 Betrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten. Etwa 88 % der Mittelbetriebe mit 50 bis 499 Beschäftigten erfüllen die Ausbildungsvoraussetzungen, und lediglich 3 % der Großbetriebe dürfen nicht ausbilden. Nicht nur die alleinige Ausbildungsberechtigung, auch die Verbundberechtigung wächst mit der Betriebsgröße. Im Jahr 2011 sind 8 % der Großbetriebe im Verbund zur Ausbildung berechtigt.

Tabelle A4.10.2-1: Ausbildungsberechtigung (in %)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Alte Länder													
keine Berechtigung	40	44	42	39	42	40	40	40	39	40	39	40	41
Berechtigung im Verbund	2	3	3	4	3	4	4	4	3	3	4	3	3
Berechtigung	59	54	55	58	56	57	57	57	58	58	58	57	57
Neue Länder													
keine Berechtigung	49	51	49	47	51	49	50	51	48	49	48	48	47
Berechtigung im Verbund	4	6	5	5	5	5	4	4	4	4	4	5	6
Berechtigung	49	46	48	50	46	47	47	46	49	48	49	49	49
Bundesgebiet													
keine Berechtigung	41	45	43	40	43	42	42	42	41	42	41	42	42
Berechtigung im Verbund	2	4	4	5	3	4	4	4	4	3	4	3	4
Berechtigung	57	52	54	56	54	55	55	55	56	56	56	56	55

Ausbildungsberechtigung: Anteil der zur Ausbildung berechtigten, im Verbund berechtigten oder nicht berechtigten Betriebe an allen Betrieben. Da es sich um Mehrfachantworten handelt, kann die Summe der Angaben zur Berechtigung über 100 % liegen.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000–2012, hochgerechnete Angaben

144 Vgl. §§ 27, 28 BBiG.

Tabelle A4.10.2-2: **Ausbildungsberechtigung nach Betriebsgröße (in %)**

Bundesgebiet		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
1–9 Beschäftigte	keine Berechtigung	47	52	49	46	50	48	48	49	49	49	49	50	50
	Berechtigung im Verbund	1	3	3	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3
	Berechtigung	52	46	48	51	47	49	50	48	49	49	49	48	47
10–49 Beschäftigte	keine Berechtigung	30	30	29	27	27	28	29	28	25	28	26	26	26
	Berechtigung im Verbund	4	5	5	6	5	6	5	5	5	4	5	4	5
	Berechtigung	68	66	67	68	69	68	68	69	71	70	71	71	70
50–499 Beschäftigte	keine Berechtigung	18	16	16	14	14	14	14	14	13	13	12	12	12
	Berechtigung im Verbund	8	8	8	8	7	8	9	9	8	8	9	7	8
	Berechtigung	77	79	78	81	81	81	80	80	82	82	82	83	83
500+ Beschäftigte	keine Berechtigung	6	4	5	4	3	3	3*	3*	4	3	3	4	3
	Berechtigung im Verbund	11	11	11	10	10	11	13	11	11	9	11	8	8
	Berechtigung	88	91	88	90	91	92	91	93	92	93	91	93	94

Ausbildungsberechtigung: Anteil der zur Ausbildung berechtigten, im Verbund berechtigten oder nicht berechtigten Betriebe an allen Betrieben. Da es sich um Mehrfachantworten handelt, kann die Summe der Angaben zur Berechtigung über 100 % liegen.

* = weniger als 30 Fälle (beteiligt)

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000–2012, hochgerechnete Angaben

Seit dem Jahr 2000 weist der Anteil ausbildungsberechtigter Betriebe eine positive Entwicklung auf – bis auf die Kleinstbetriebe. Hier zeigen sich besonders in den ersten Jahren deutliche Schwankungen, in den letzten 5 Jahren verbleibt der Anteil auf einem Niveau von ca. 50 %. Unterscheidet man nach Regionen, zeigen sich analoge Entwicklungsverläufe. Von den ostdeutschen Großbetrieben ist im Jahr 2012 ein deutlich höherer Anteil ausbildungsberechtigt. Dabei sollte jedoch die geringe Zahl der Betriebe, die diesem Anteil zugrunde liegt, beachtet werden → **Tabelle A4.10.2-3 Internet**.

Ausbildungsaktivität

Wie viele Betriebe nutzen im Jahr 2012 die vorhandene Ausbildungsberechtigung? Die Betriebe engagieren sich im dualen System, weil sie die Vorteile der eigenen Fachkräftesicherung schätzen. Natürlich verursacht die Ausbildung des eigenen Fachkräftenachwuchses auch Kosten. Kleinere Betriebe haben nicht nur einen geringeren Nachwuchsbedarf, sondern auch häufiger Schwierigkeiten, finanzielle und personelle Ressourcen für die Ausbildung bereitzustellen. Sie bilden daher öfter in größeren Zeitabstän-

den aus (vgl. Fischer u. a. 2007). Danach beteiligen sich 27 % der ausbildungsberechtigten Betriebe dauerhaft nicht an der Berufsausbildung, zum großen Teil sind dies kleine Betriebe.

Um die Ausbildungsaktivität **E** abzubilden, wurde aufgrund des zwischen den Ausbildungsjahren liegenden Erhebungstichtages (30. Juni) eine sehr weitgehende Definition gewählt. Nach dieser Definition beteiligen sich im Jahr 2012 etwas mehr als die Hälfte aller ausbildungsberechtigten Betriebe an der Berufsausbildung → **Tabelle A4.10.2-4**. Wie bei der Ausbildungsberechtigung steigt auch hier der Anteil ausbildungsaktiver Betriebe mit der Zahl der Beschäftigten. Während 38 % der Kleinstbetriebe ausbilden, waren es gut 2 von 3 Kleinbetrieben, 87 % der Mittelbetriebe und nahezu alle Großbetriebe. Vergleicht man die Ausbildungsaktivitäten mit denen des Vorjahres, zeigt sich im kleinstbetrieblichen Segment ein Rückgang um 4 Prozentpunkte. Damit ist der Anteil ausbildungsaktiver Kleinstbetriebe so gering wie seit 9 Jahren nicht mehr. Unterscheidet man nach Regionen, wird deutlich, dass der Rückgang durch die alten Länder verursacht wird. Bildeten 2011 44 % der westdeutschen Kleinstbetriebe aus, sind dies

Tabelle A4.10.2-4: Ausbildungsaktivität nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Alte Länder													
1–9 Beschäftigte	38	43	44	38	42	43	42	42	43	43	43	44	41
10–49 Beschäftigte	68	73	70	66	71	70	69	70	71	73	72	70	69
50–499 Beschäftigte	83	86	87	85	87	87	87	87	86	87	86	86	87
500+ Beschäftigte	92	94	96	96	94	95	93	95	95	97	96	97	95
Gesamt	49	54	54	49	53	54	53	54	55	55	55	56	54
Neue Länder													
1–9 Beschäftigte	36	42	38	35	41	37	35	39	38	33	31	30	30
10–49 Beschäftigte	80	81	75	73	77	77	73	71	73	72	68	67	66
50–499 Beschäftigte	88	92	89	90	91	89	89	87	90	88	87	87	87
500+ Beschäftigte	97	95	98	98	97	97	96	96	97	98	100	98	98
Gesamt	51	55	50	47	53	50	49	51	51	48	46	44	44
Bundesgebiet													
1–9 Beschäftigte	38	43	43	38	42	42	41	41	42	41	41	42	38
1–49 Beschäftigte	70	74	70	67	72	71	70	70	71	72	71	69	68
50–499 Beschäftigte	84	87	87	86	88	87	87	87	87	87	85	87	87
500+ Beschäftigte	93	94	96	96	95	95	94	95	96	97	97	97	96
Gesamt	50	55	53	49	53	53	52	53	54	54	53	54	52

Ausbildungsaktivität: Anteil der ausbildenden Betriebe an allen ausbildungsberechtigten Betrieben.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000–2012, hochgerechnete Angaben

2012 nur noch 41%. In den neuen Ländern zeigen sich dagegen kaum Veränderungen. Trotzdem sind westdeutsche Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten deutlich ausbildungsaktiver als ihre ostdeutschen Nachbarn.

Betrachtet man die Ausbildungsaktivitäten über einen längeren Zeitraum hinweg, werden besonders bei Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten in den neuen Ländern stark rückläufige Tendenzen deutlich. In den alten Bundesländern unterliegen die Anteile ausbildungsaktiver Betriebe auch Schwankungen, diese sind jedoch von geringem Ausmaß. Während 2012 ostdeutsche Kleinbetriebe einen Rückgang um 6 Prozentpunkte und Kleinbetriebe sogar um 14 Prozentpunkte gegenüber dem Jahr 2000 verzeichnen, ist der Anteil ausbildender Kleinbetriebe in Westdeutschland um 3 Prozentpunkte gestiegen. In Betrieben ab 50 Beschäftigten zeigen sich kaum regionale oder zeitliche Differenzen.

Übernahme von erfolgreichen Absolventen und Absolventinnen

Die Übernahme selbst ausgebildeter Fachkräfte in ein Beschäftigungsverhältnis bezeichnet einen bedeutenden Teil des Übergangs vom Ausbildungszum Arbeitsmarkt. Anhand der Daten des IAB-Betriebspanels kann die Übernahmequote **E** ermittelt werden. Diese gibt an, wie viele Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen ein Beschäftigungsverhältnis im Ausbildungsbetrieb aufnehmen. Damit kann die zweite Schwelle zwar nicht in ihrer Gesamtheit beurteilt werden, da Übergänge in Qualifizierung (Aufnahme eines Studiums oder anderer beruflicher Qualifikationen) oder in andere Betriebe nicht erfasst werden. Für die Berufsausbildung ist dieser Indikator jedoch von hoher Relevanz, da eine Amortisation der Ausbildungskosten i. d. R. durch anschließende Beschäftigungsphasen erreicht wird.

Tabelle A4.10.2-5: **Übernahmequote nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)**

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Alte Länder													
1–9 Beschäftigte	46	43	47	50	40	50	45	49	51	43	47	59	49
10–49 Beschäftigte	60	50	52	54	53	51	58	57	62	57	58	60	65
50–499 Beschäftigte	65	66	61	58	60	58	58	69	70	64	67	71	73
500+ Beschäftigte	74	77	72	68	68	69	73	75	78	74	77	81	79
Gesamt	61	59	57	57	55	57	58	63	66	60	63	68	67
Neue Länder													
1–9 Beschäftigte	49	41	41	31	41	34	45	45	35	45	50	61	58
10–49 Beschäftigte	49	46	50	44	50	51	49	54	51	53	54	60	59
50–499 Beschäftigte	41	44	42	39	43	36	43	44	53	47	51	57	57
500+ Beschäftigte	48	36	43	37	33	34	46	46	41	58	64	73	77
Gesamt	46	43	44	39	43	40	45	47	47	50	53	60	60
Bundesgebiet													
1–9 Beschäftigte	46	43	46	47	40	48	45	48	48	44	47	59	50
10–49 Beschäftigte	57	50	51	52	53	51	56	56	60	56	57	60	64
50–499 Beschäftigte	60	61	57	54	57	54	55	63	67	60	64	68	70
500+ Beschäftigte	70	70	68	63	62	64	69	70	72	73	76	80	79
Gesamt	58	55	55	53	53	54	56	60	62	58	61	66	66

Übernahmequote: Anteil der in ein Beschäftigungsverhältnis im ausbildenden Betrieb übernommenen Auszubildenden an allen Ausbildungsabsolventen (siehe Hinweis in [E](#) zu Datenkorrekturen).

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000 bis 2012, hochgerechnete Angaben

Im Jahr 2012 werden 2 von 3 Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen. Unterscheidet man nach Betriebsgrößen, ist die Wahrscheinlichkeit der Übernahme in Kleinstbetrieben am geringsten – hier wird nur jeder zweite Absolvent/jede zweite Absolventin im Ausbildungsbetrieb weiterbeschäftigt → **Tabelle A4.10.2-5**. In Kleinbetrieben werden 64 % der Absolventen und Absolventinnen übernommen, in Mittelbetrieben 70 % und in Großbetrieben 79 %. Im Vergleich zum Vorjahr sinkt die Übernahmequote in Kleinstbetrieben um 9 Prozentpunkte, Kleinbetriebe übernehmen 2012 einen höheren Anteil ihrer Absolventen und Absolventinnen (+4 Prozentpunkte). Der deutliche Rückgang der Übernahmequote in Kleinstbetrieben ist vorwiegend auf das Übernahmeverhalten westdeutscher Kleinstbetriebe zurückzuführen. Mit 49 % weist die Quote einen Rückgang um 10 Prozentpunkte auf. In ostdeutschen Kleinstbetrieben ist die Übernahmequote mit 58 % überdurchschnittlich hoch

und sinkt im Vergleich zum Vorjahr um 3 Prozentpunkte. Betrachtet man einen längeren Zeitraum, muss der kurzfristige Rückgang relativiert werden, da im Jahr 2011 besonders hohe Übernahmequoten ausgewiesen wurden. In Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten wird trotz des Rückgangs im Vergleich zu den anderen Jahren ein hoher Anteil der Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen übernommen (ca. 58 %). Weiterhin ist eine regionale Differenz bei den Mittelbetrieben ersichtlich – in ostdeutschen Betrieben werden mit 57 % weniger Absolventen und Absolventinnen weiterbeschäftigt als in westdeutschen Betrieben. Ein wesentlicher Grund dieser geringeren Übernahmetätigkeit ist im hohen Anteil der hier angesiedelten außerbetrieblichen Ausbildung zu suchen.

(Silke Hartung, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg)

A4.10.3 Betriebliche Ausbildungs- beteiligung und deren Entwicklung zwischen 2011 und 2013 – Ergebnisse aus dem BIBB-Qualifizierungspanel

Die betriebliche Ausbildung spielt im Vergleich zu anderen Formen der Rekrutierung von Arbeits- und Fachkräften trotz aller Probleme auf den regionalen Ausbildungsstellenmärkten weiterhin eine wichtige Rolle (vgl. Troltsch u. a. 2014; Christ/Sudheimer 2013). Betriebe klagen zwar seit Jahren darüber, dass sie zunehmend Probleme haben, Jugendliche für eine Ausbildung im eigenen Betrieb zu gewinnen und ihre angebotenen Ausbildungsstellen nicht besetzen zu können (vgl. Ebbinghaus/Gerhards 2013; Troltsch/Mohr/Gerhards 2013a, 2013b; Gerhards/Troltsch 2012; Troltsch/Gerhards/Mohr 2012). Angesichts des recht hohen Anteils von Betrieben mit neuen Ausbildungsangeboten für Jugendliche scheinen Betriebe jedoch weiterhin stark an dieser Form der Rekrutierung von Nachwuchskräften interessiert zu sein (vgl. Gerhards/Troltsch/Walden 2014, 2013c).

Im folgenden Beitrag wird für die Ausbildungsjahre 2010/2011 bis 2012/2013 untersucht,

- wie sich die Beteiligung von Betrieben an der Ausbildung von Jugendlichen entwickelt hat,
- wie sich das Ausbildungsverhalten der Betriebe strukturell verändert hat,
- welche Betriebe Ausbildungsstellen neu angeboten und bei der Deckung ihres Bedarfs an Nachwuchskräften besondere Probleme hatten und
- welche Betriebe besonders von vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen betroffen waren.

Diese Fragen sollen auf Grundlage der ersten 3 Erhebungswellen des BIBB-Qualifizierungspanels **E** aus den Jahren 2011 bis 2013 beantwortet werden. Auf dieser Datenbasis lassen sich nicht nur repräsentative Aussagen über die aktuellen Geschehnisse auf dem Ausbildungsstellenmarkt treffen; durch die wiederholte Befragung derselben Betriebseinheiten können auch Aussagen darüber getroffen werden, aus welchen Gründen sich Veränderungen auf Betriebsebene ergeben haben.¹⁴⁵

¹⁴⁵ Panel- bzw. Längsschnitterhebungen, d. h. die wiederholte Befragung derselben Betriebseinheiten bzw. Personen, lassen Aussagen darüber zu, welche Ursachen für bestimmte Entwicklungen auf Betriebsebene vorliegen. Dies ist bei Querschnitterhebungen, die Befragungen zu einem bestimmten Zeitpunkt durchführen, nur bedingt möglich.

E BIBB-Qualifizierungspanel

Das BIBB-Betriebspanel zu Qualifizierung und Kompetenzentwicklung ist eine jährlich durchgeführte Wiederholungsbefragung, mit der repräsentative Längsschnittdaten zum Qualifizierungsgeschehen von Betrieben in Deutschland erhoben werden. Das BIBB-Qualifizierungspanel wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) seit 2010 finanziert und vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in Zusammenarbeit mit TNS Infratest Sozialforschung durchgeführt.

Die Auswahl der Betriebe erfolgt über eine disproportional geschichtete Zufallsstichprobe aus der Grundgesamtheit aller Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die erforderlichen Betriebsadressen wurden von der Bundesagentur für Arbeit (BA) und vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zur Verfügung gestellt. Die Daten werden über computergestützte persönlich-mündliche Interviews (CAPI) durch die Interviewer von TNS Infratest Sozialforschung erhoben (vgl. Gerhards/Mohr/Troltsch 2013a; Gerhards u. a. 2013b).

Bei den ersten drei Erhebungswellen zwischen 2011 und 2013 nahmen jeweils 2.000 Betriebe an der Befragung teil. Jeweils etwa 75 % der befragten Betriebe und Unternehmen beteiligten sich auch in der jeweiligen Folgebefragung an der Erhebung (Panelquote).

Zur Untersuchung der betrieblichen Veränderungen werden im Folgenden 5 Indikatoren verwendet und nach ausgewählten betrieblichen Strukturmerkmalen dargestellt:

Die beiden Indikatoren Ausbildungsbetriebsquote **E** und Anteil an Betrieben mit Konstanz oder Wechsel in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung **E** bilden das grundlegende Geschehen auf der Angebotsseite des Ausbildungsstellenmarktes ab. Hierbei wird unterschieden zwischen der generellen Ausbildungsbeteiligung zu einem bestimmten Stichtag und der Fluktuation in der Beteiligung über einen bestimmten Zeitraum hinweg. Diese Fluktuationen sind ein wichtiges Kriterium zur Beurteilung des Ausbildungsstellenmarktes. Über längere Zeiträume hinweg gibt es jeweils relativ stabile Anteile von konstant auszubildenden und nicht auszubildenden

Betrieben. Für die Versorgung des Ausbildungsstellenmarktes mit Ausbildungsstellen ist daher mit entscheidend, wie der Saldo von ein- bzw. aussteigenden Betrieben ausfällt.

Bei den Indikatoren Anteil an Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten **E**, Anteil an Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen **E** und Anteil an Betrieben mit vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen **E** zeigen sich die direkten oder indirekten Folgen von Entwicklungen, die auch mit der Nachfrageseite des Ausbildungsstellenmarktes zusammenhängen. Zum Beispiel steht das Angebot an Ausbildungsstellen und die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen und damit die betriebliche Ausbildungsbeteiligung insgesamt in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Nachfrage von Jugendlichen nach geeigneten Ausbildungsmöglichkeiten

E Indikatoren

Ausbildungsbetriebsquote

Anteil von ausbildenden Betrieben an allen Betrieben mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im jeweiligen Ausbildungsjahr.

Konstanz und Wechsel in der Ausbildungsbeteiligung

Anteil von Betrieben, die im Vorjahresvergleich entweder konstant ausbilden, konstant nicht ausbilden, aus Ausbildung aus- oder in Ausbildung einsteigen.

Anteil an Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten

Anteil von Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten für das jeweilige Ausbildungsjahr an allen Ausbildungsbetrieben.

Anteil an Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen

Anteil von Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen an allen Betrieben mit neuen Ausbildungsstellenangeboten für das jeweilige Ausbildungsjahr.

Anteil an Betrieben mit vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen

Anteil von Betrieben mit vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen an allen Betrieben mit Auszubildenden in den letzten 3 Jahren.

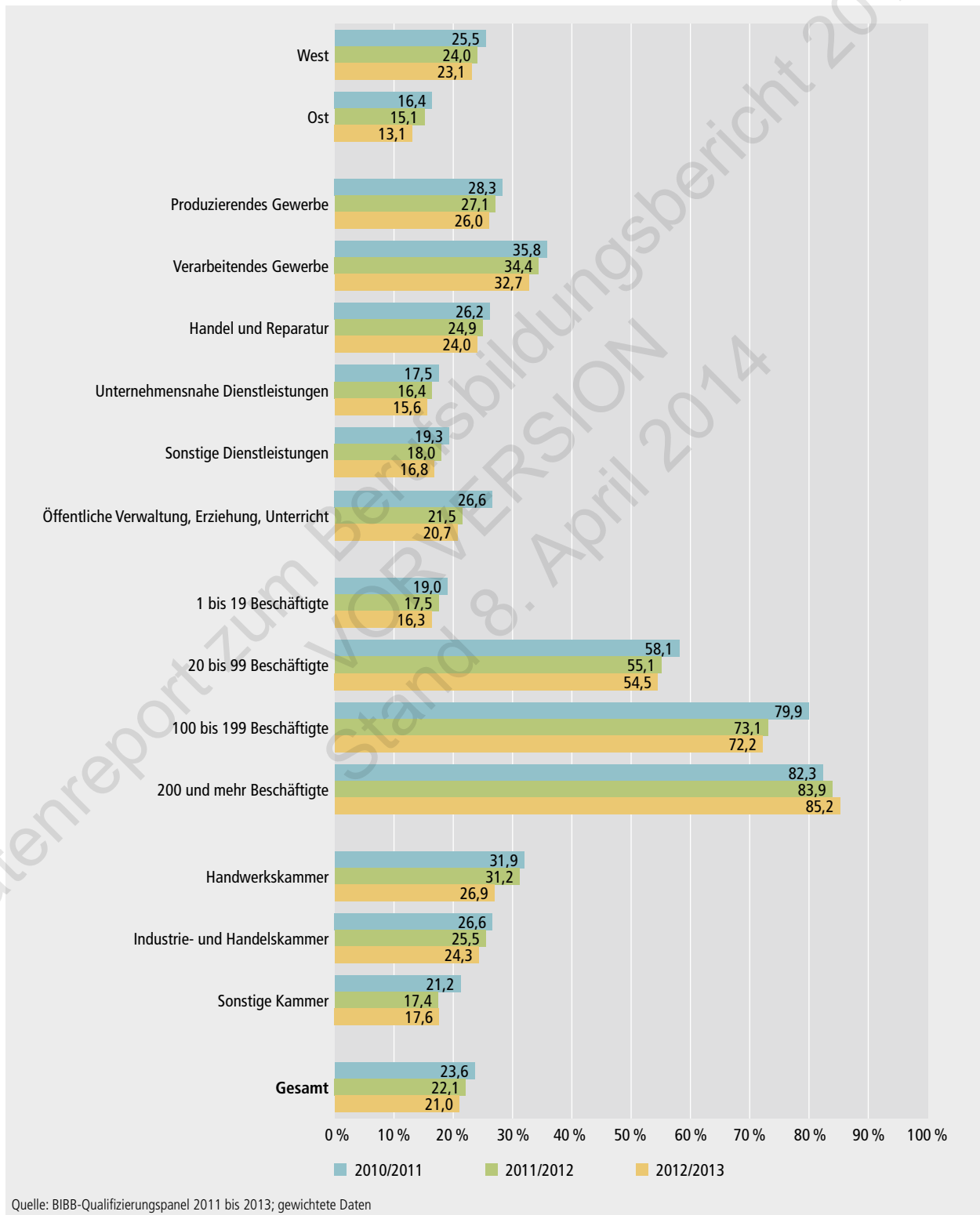
Ausbildungsbeteiligung von Betrieben nach Strukturmerkmalen

Insgesamt ist der Anteil ausbildender Betriebe – ähnlich wie in der Grundgesamtheit (vgl. Kapitel A4.10.1) – in den 3 Berichtsjahren von 23,6% im Jahr 2011 erst auf 22,1% und dann auf 21,0% kontinuierlich zurückgegangen → **Schaubild A4.10.3-1**. Damit engagieren sich im Vergleich zum Ausbildungsjahr 2010/2011 im Berichtsjahr 2012/2013 etwa 50.000 Betriebe weniger an der Ausbildung von Jugendlichen, was auch bedeutet, dass mittlerweile mit rund 430.000 Ausbildungsbetrieben nur noch jeder fünfte Betrieb mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in einem Ausbildungsberuf nach BBiG/HwO ausbildet.

Dabei hat vor allem die Ausbildungsbeteiligung von Betrieben aus Ostdeutschland im Untersuchungszeitraum weiter an Stellenwert eingebüßt. Hier hat sich die Ausbildungsbetriebsquote von 16,4% auf 13,1% um 3,3 Prozentpunkte nochmals auf einen historischen Tiefststand verringert. Bei westdeutschen Betrieben fiel der Rückgang der Ausbildungsbeteiligung mit 2,4 Prozentpunkten dagegen etwas moderater aus. Der insgesamt rückläufige Trend in der Ausbildungsbeteiligung von Betrieben ist – ausgehend von einem unterschiedlichen Niveau – in allen Wirtschaftssektoren zu verzeichnen. Starke Rückgänge finden sich aber insbesondere in Wirtschaftssektoren, die im Ausbildungsjahr 2011/2012 ein hohes Ausgangsniveau aufgewiesen haben, bei der öffentlichen Verwaltung in Höhe von 5,9 und beim verarbeitenden Gewerbe in Höhe von 3,1 Prozentpunkten.

Ähnliche Trends ergibt auch die Analyse der Ausbildungsbetriebsquoten nach Betriebsgrößenklassen. Hier sind es vor allem die kleineren und größeren mittelständischen Betriebe, die mit 3,6 bzw. 7,7 Prozentpunkten die höchsten Rückgänge in der Ausbildungsbeteiligung zu verzeichnen hatten, obwohl sie zu den ausbildungsintensiven Betrieben zu zählen sind. Entgegen diesem Trend hat sich die Ausbildungsbetriebsquote von Betrieben mit 200 und mehr Beschäftigten um 2,9 Prozentpunkte erhöht. Einbrüche in der Ausbildungsbeteiligung sind dagegen für den Bereich der Handwerksbetriebe zu berichten.

Schaubild A4.10.3-1: **Ausbildungsbetriebsquoten in den Ausbildungsjahren 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 nach Strukturmerkmalen (in %)**



Hier liegt ein Rückgang mit überdurchschnittlichen 5,5 Prozentpunkten vor.

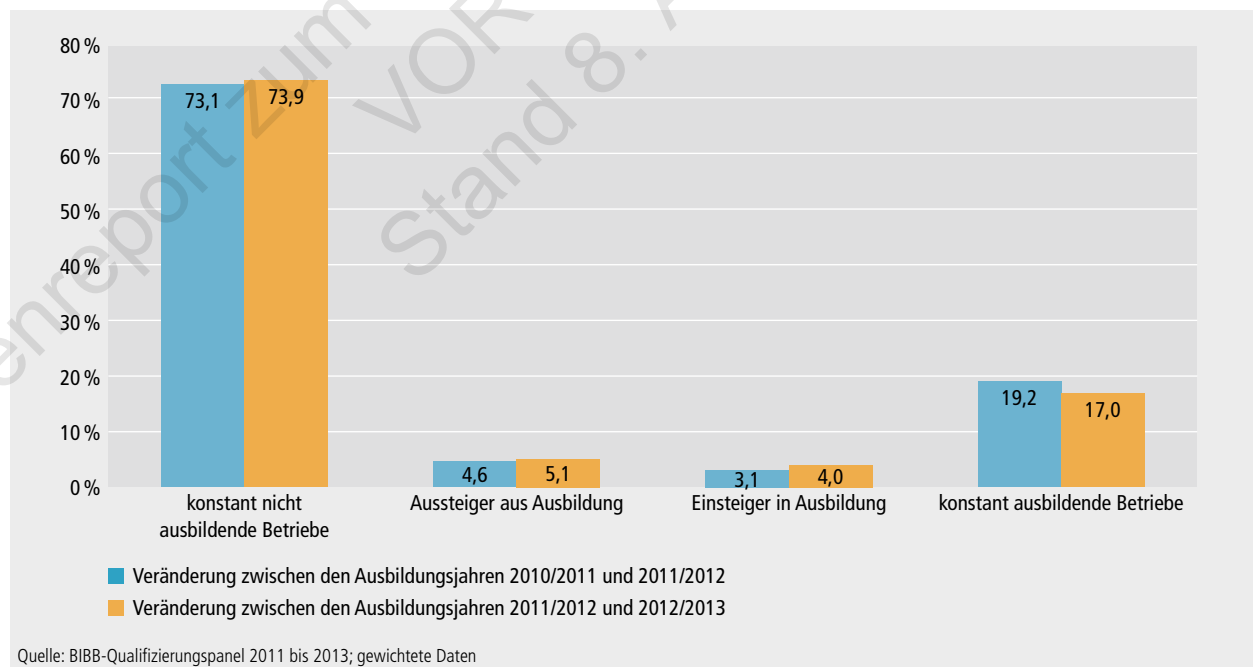
Veränderungen in der Ausbildungsbeteiligung von Betrieben

Eine erste Erklärung zu diesen Entwicklungen in den Ausbildungsbetriebsquoten bieten die Ergebnisse einer Analyse des Ausbildungsverhaltens der befragten Betriebe in den 3 untersuchten Ausbildungsjahren (zum generellen Vorgehen vgl. Troeltsch 2010). An den Auswertungen ist zu erkennen, dass sich mit 73,9% knapp 3 von 4 Betrieben sowohl im Ausbildungsjahr 2012/2013 als auch 2011/2012 nicht an der Ausbildung Jugendlicher beteiligten → **Schaubild A4.10.3-2**. Dieser Anteil liegt allerdings im vorhergehenden Ausbildungsjahr in der gleichen Größenordnung und kann damit nicht weiter zur Klärung rückläufiger Ausbildungsbetriebsquoten herangezogen werden.

Die für die aktuelle Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt interessanteren Gruppen sind die Betriebe, die zwischen 2012 und 2013 entweder aus der Ausbildung aus- (5,1%) oder in die Ausbildung eingestiegen (4,0%) sind.¹⁴⁶ Hier zeigt sich, dass eine zunehmende Fluktuation auf der Angebotsseite des Ausbildungsstellenmarktes möglicherweise einen Teil der Gesamterklärung für die zurückgehende betriebliche Ausbildungsbeteiligung darstellt. Beide Gruppen haben nämlich im Vergleich zum Ausbildungsjahr 2011/2012 höhere Anteile. Dies geht zulasten von Betrieben mit einer konstanten Ausbildungsbeteiligung, deren Anteil im Vergleich der beiden Ausbildungsjahre von 19,2% auf 17,0% zurückgegangen ist.

In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies, dass die Ausbildungsbetriebe, die sich im Ausbildungsjahr 2011/2012 an der Ausbildung beteiligten, zu 85,9% konstant ausbildende Betriebe waren (390.000 Betriebe) und zu 14,1% zu den Einsteigern gehörten

Schaubild A4.10.3-2: Veränderungen in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung zwischen den Ausbildungsjahren 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 (in %)



¹⁴⁶ Zu erwähnen ist, dass zur Gruppe der sogenannten Aussteiger nicht nur Betriebe gehören, die sich endgültig aus der Ausbildung verabschieden, sondern auch Betriebe, die aufgrund ihres Fachkräftebedarfs nur zeitweise aus der Ausbildung aussteigen und bei steigendem Fachkräftebedarf oder aufgrund anderer Entwicklungen die Ausbildung Jugendlicher wieder aufnehmen.

(64.000 Betriebe). Im Vergleich dazu bildeten im Ausbildungsjahr 2012/2013 nur noch 80,8 % auch im Vorjahr aus (349.000 Betriebe), während der Anteil der Einsteiger auf 19,2 % angestiegen ist (83.000 Betriebe). Welche Betriebe besonders an diesen Entwicklungen beteiligt waren, soll im Folgenden näher untersucht werden.

Strukturmerkmale zu den Veränderungen im Ausbildungsverhalten von Betrieben

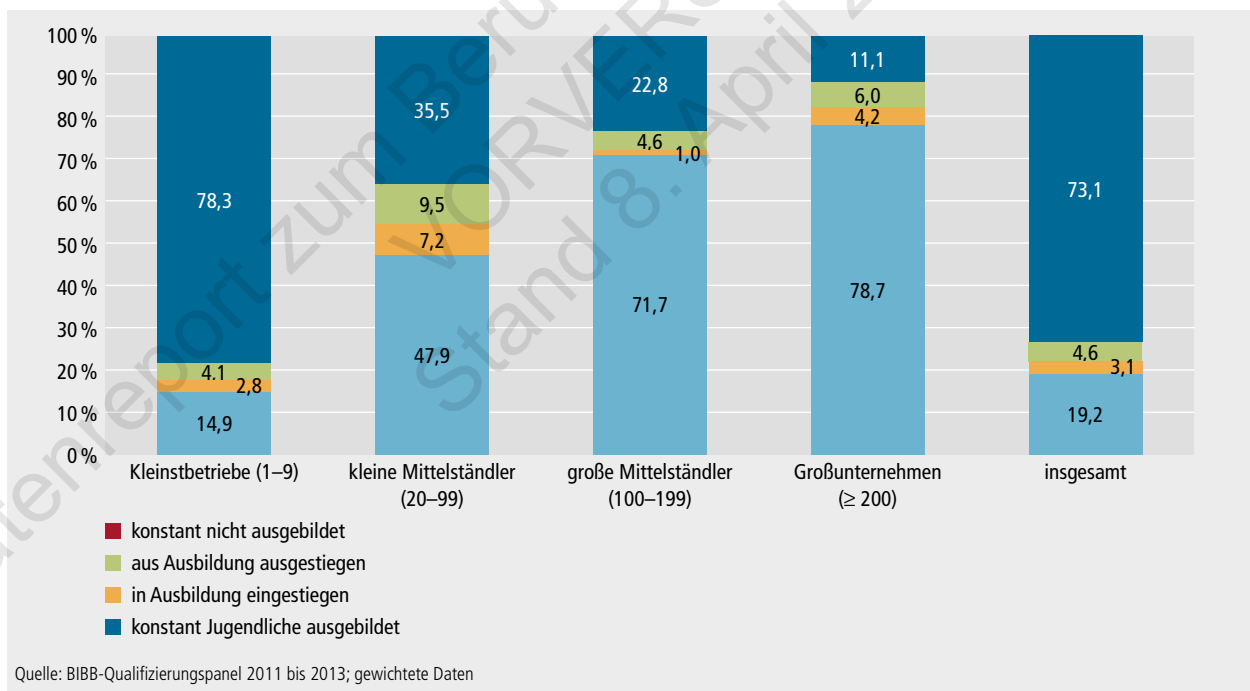
• Betriebsgrößenklassen

Wie schon die Auswertungen zur Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit zeigen (vgl. Kapitel A4.10.1), steigt der Anteil konstant ausbildender

Betriebe mit zunehmender Betriebsgröße deutlich an. Gleichzeitig nimmt der Anteil konstant nicht ausbildender Betriebe immer weiter ab → **Schaubilder A4.10.3-3 und A4.10.3-4**.¹⁴⁷ Dieser generelle Zusammenhang hat sich im direkten Vergleich der beiden Ausbildungsjahre 2011/2012 und 2012/2013 nicht wesentlich verändert. Im Einzelnen sind allerdings deutliche Veränderungen in den Anteilswerten der Betriebe zu erkennen.

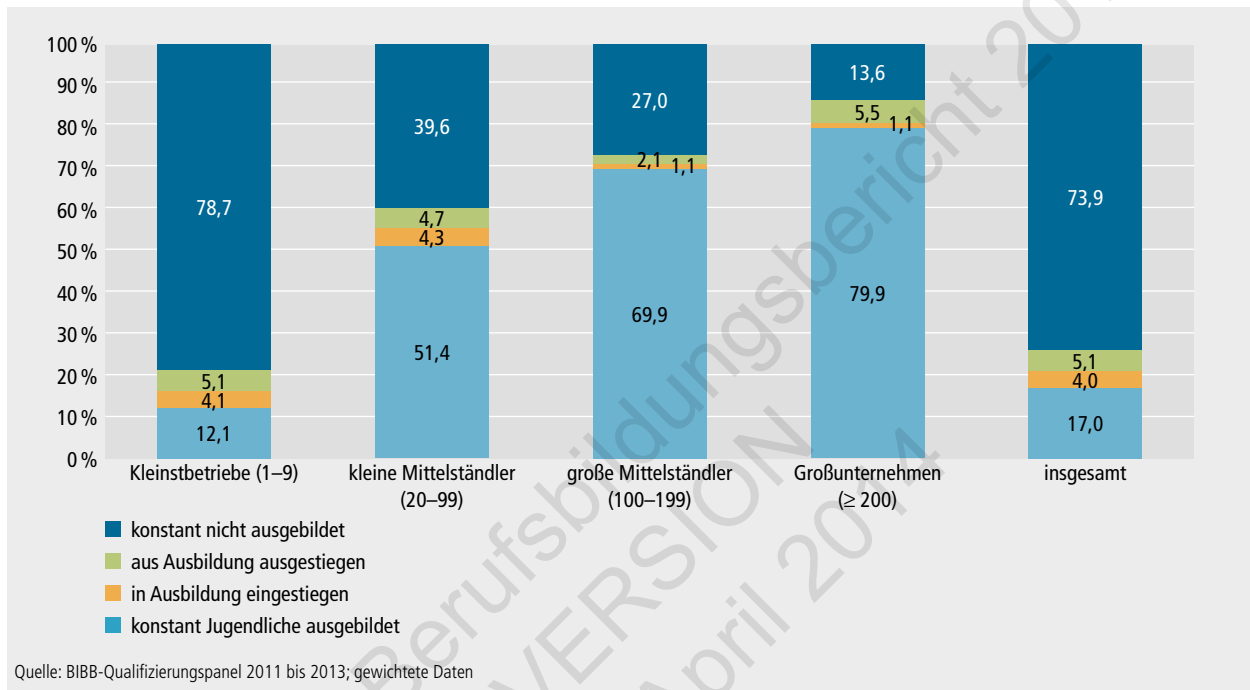
Generell bleibt festzuhalten, dass für die durchschnittliche rückläufige Entwicklung des Anteils konstant ausbildender Betriebe vor allem die Entwicklungen bei Kleinbetrieben – in gewissem Ausmaß auch größere mittelständische Betriebe – eine wich-

Schaubild A4.10.3-3: Veränderungen in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung zwischen den Ausbildungsjahren 2010/2011 und 2011/2012 nach Betriebsgrößenklassen (in %)



¹⁴⁷ Für den Zweijahresvergleich 2011/2012 nach Betriebsgrößenklassen wurde bei einem Klassenwechsel des Betriebs durch veränderte Beschäftigtenzahlen die jeweils aktuellere Einordnung der Betriebe nach Betriebsgrößenklassen vorgenommen, da in den meisten Fällen ein Beschäftigungswachstum dazu geführt hat. Für den Zweijahresvergleich 2012/2013 wurden dagegen die Angaben aus dem Jahr 2012 verwendet, da hier eine Mehrheit der Betriebe, die die Betriebsgrößenklasse gewechselt haben, Beschäftigungsrückgänge zu verzeichnen hatten und daher in eine niedrigere Betriebsgrößenklasse eingeordnet werden mussten.

Schaubild A4.10.3-4: Veränderungen in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung zwischen den Ausbildungsjahren 2011/2012 und 2012/2013 nach Betriebsgrößenklassen (in %)



tige Rolle spielt. Hier ist der Anteil dieser Betriebe um fast 3 Prozentpunkte auf 12,1 % zurückgegangen. Was die Gruppe der mittelständischen Betriebe und der Großbetriebe anbelangt, zeigt sich, dass sich die Fluktuationen in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung sehr stark verändert haben. Die Anteile für den (erneuten) Einstieg in Ausbildung als auch für den Ausstieg haben sich über die Ausbildungsjahre deutlich verringert. Gleichzeitig sind auch die Anteile der in beiden Ausbildungsjahren nicht ausbildenden Betriebe zum Teil deutlich gestiegen.

Nach Betriebsgrößenklassen betrachtet scheint sich die Ausbildungsbeteiligung im Beobachtungszeitraum stabilisiert zu haben, da bei größeren Betrieben eine höhere Konstanz in der konstanten Ausbildungs- wie auch in der Nichtbeteiligung zu verzeichnen ist. Ungünstig für den Ausbildungsstellenmarkt ist sicherlich, dass vor allem der Anteil konstant nicht ausbildender Betriebe gestiegen ist. Anders verhält es sich bei den Kleinbetrieben mit bis zu 20 Beschäftigten, da hier ein signifikanter Wechsel in der Ausbildungsbeteiligung vorkommt.

• Wirtschaftssektoren

Betriebe aus dem produzierenden und verarbeitenden Gewerbe gehören zu den Betrieben, die mit durchschnittlich 26,2 % im Ausbildungsjahr 2012/2013 nicht nur die höchste, sondern auch die stabilste Ausbildungsbeteiligung aufweisen → **Schaubilder A4.10.3-5 und A4.10.3-6**. Demgegenüber kommen Betriebe aus dem unternehmensnahen und personenbezogenen Dienstleistungssektor mit 11 % bzw. 15 % auf verhältnismäßig niedrige Werte beim Verbleib in der Ausbildung von Jugendlichen. In diesen beiden Wirtschaftssektoren finden sich auch die höchsten Anteile an konstant nicht ausbildenden Betrieben. In diesem Zusammenhang fällt auf, dass Betriebe und Behörden der öffentlichen Verwaltung im Vergleich zu anderen Sektoren mit 11,2 % überdurchschnittlich stark aus der Ausbildung ausgestiegen sind. Die Ausbildungsjahre 2011/2012 und 2012/2013 unterscheiden sich in den verschiedenen Anteilen nur unwesentlich und liefern somit keinen Beitrag zur Erklärung der rückläufigen Ausbildungsbetriebsquoten. Ausschlaggebend sind in diesem Zusammenhang Entwicklungen nach Betriebsgrößenklassen.

Schaubild A4.10.3-5: Veränderungen in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung zwischen den Ausbildungsjahren 2010/2011 und 2011/2012 nach Wirtschaftssektoren (in %)

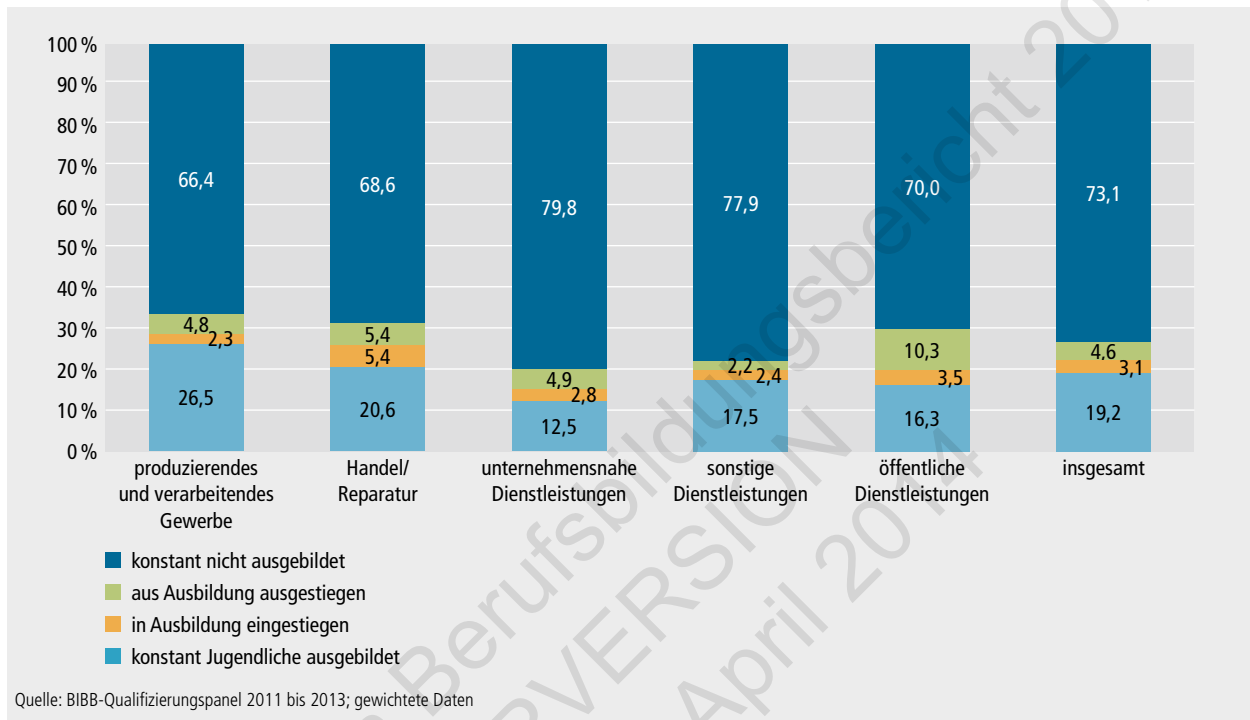


Schaubild A4.10.3-6: Veränderungen in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung zwischen den Ausbildungsjahren 2011/2012 und 2012/2013 nach Wirtschaftssektoren (in %)

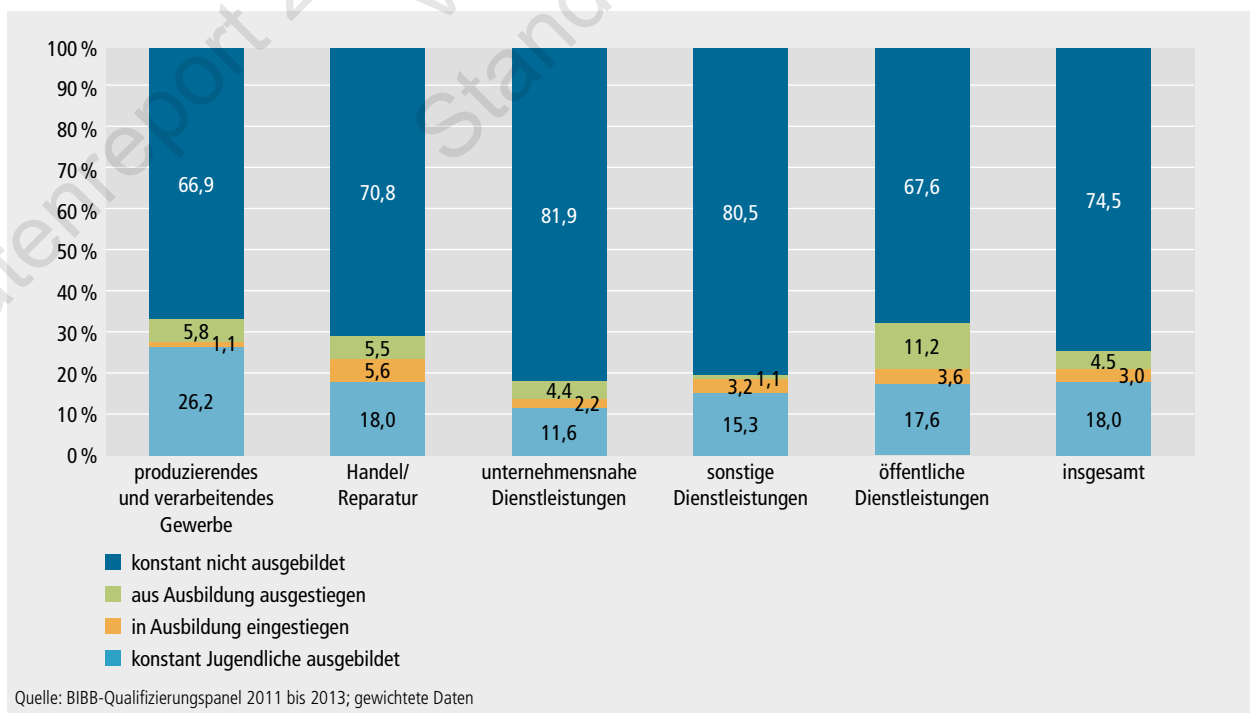
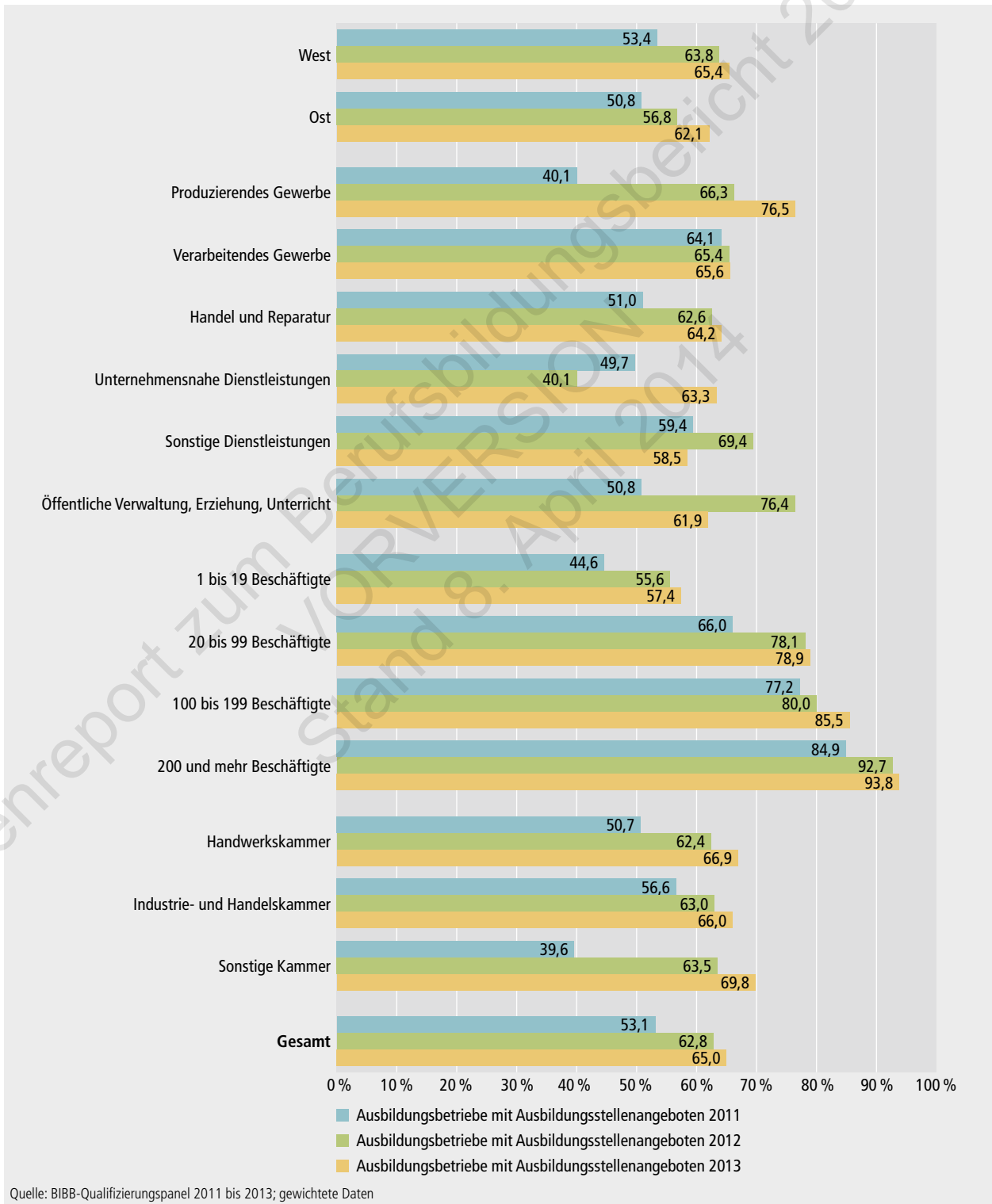


Schaubild A4.10.3-7: Veränderung des Anteils an Ausbildungsbetrieben mit Ausbildungsstellenangeboten für die Ausbildungsjahre 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 an allen Ausbildungsbetrieben nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %)



Strukturmerkmale von Betrieben mit Angeboten an Ausbildungsstellen

Von den befragten ausbildenden Betrieben haben insgesamt 53,1 % für das Ausbildungsjahr 2010/2011 Ausbildungsstellen nach BBiG oder HwO angeboten → **Schaubild A4.10.3-7**. Der Anteil an Betrieben mit Angeboten an Ausbildungsstellen für das Ausbildungsjahr 2011/2012 ist mit 62,8 % um 9,7 Prozentpunkte gestiegen. Für das Ausbildungsjahr 2012/2013 hat sich die Zahl der Neuangebote nochmals auf 65,0 % erhöht. Diese Steigerung entspricht dem allgemeinen Trend auf dem Ausbildungsstellenmarkt, wie er auch von der Bundesagentur für Arbeit zur Entwicklung der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Berufsausbildungsstellen berichtet wird. Trotz des Rückgangs in der Zahl der Ausbildungsbetriebe wurde offensichtlich von den verbleibenden Ausbildungsbetrieben das Gesamtangebot an Ausbildungsstellen erhöht.

Dieser Trend zeichnete sich schon im vergangenen Jahr ab, da trotz negativer Erfahrungen bei der Besetzung von Ausbildungsstellen ein größerer Teil der befragten Betriebe seine Angebote für das kommende Ausbildungsjahr trotzdem aufstocken wollte (Gerhards 2012).

Im Ausbildungsstellenangebot zeigen sich für das Ausbildungsjahr 2012/2013 kaum noch Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern. Während im Westen der Anteil der ausbildenden Betriebe mit Angeboten für Jugendliche überproportional auf 65,4 % gestiegen ist, liegt dieser Anteil für das Ausbildungsjahr 2012/2013 im Osten bei 62,1 % zwar niedriger als in den alten Bundesländern, aber um über 11 Prozentpunkte höher als der Wert im Vergleichsjahr 2010/2011.

• Wirtschaftssectoren

Für das Ausbildungsjahr 2012/2013 bieten nach Wirtschaftssectoren **E** betrachtet vor allem Betriebe aus dem Bereich des produzierenden Gewerbes mit 76,5 % anteilmäßig weit überdurchschnittlich viele Ausbildungsstellen an. In allen anderen Sektoren liegen diese Anteile entweder im Durchschnitt aller Betriebe oder zum Teil deutlich darunter. Besonders bei den sogenannten sonstigen Dienstleistungen und

dem Bereich öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht haben sich im Vergleich zum vorhergehenden Ausbildungsjahr Rückgänge in den Anteilswerten ergeben.

E Klassifikation der Wirtschaftssektoren im BIBB-Qualifizierungspanel

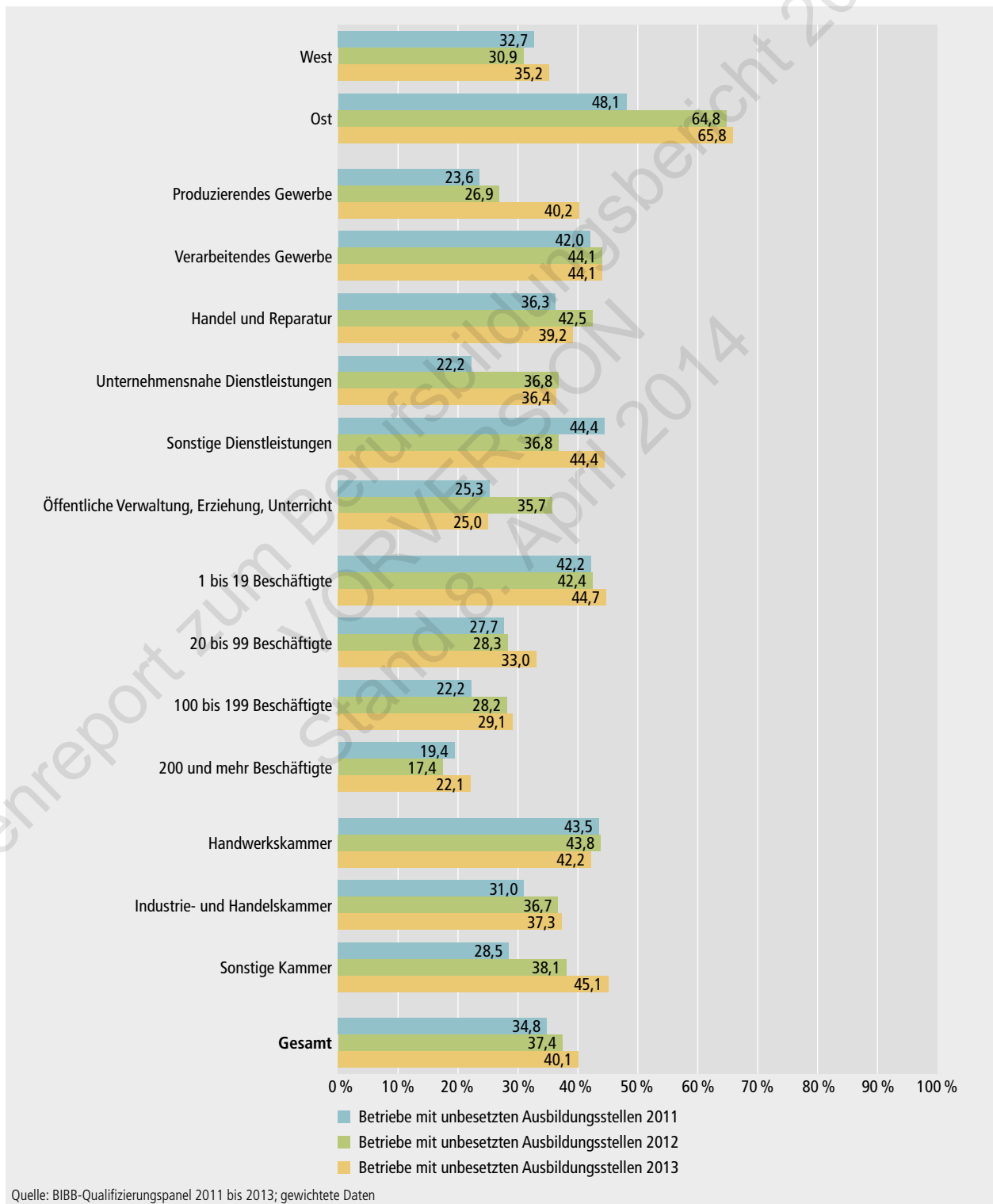
- **Produzierendes Gewerbe** (Land-/Forstwirtschaft, Bergbau, Energie-/Wasserversorgung, Abfallwirtschaft)
- **Verarbeitendes Gewerbe** (verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe)
- **Handel und Reparatur** (Kfz-Handel, Groß-/Einzelhandel, Reparaturgewerbe)
- **Unternehmensnahe Dienstleistungen** (Finanz-/Versicherungsdienstleistungen, wirtschaftliche, wissenschaftliche und freiberufliche Dienstleistungen)
- **Sonstige Dienstleistungen** (Verkehrs-/Lagergewerbe, Informations-/Kommunikationsgewerbe, Beherbergungs-/Gastronomiegewerbe, Organisationen ohne Erwerbscharakter)
- **Öffentliche Dienstleistungen** (öffentliche Verwaltung, Erziehung/Unterricht, Gesundheits-/Sozialwesen)

• Betriebsgrößenklassen

Die klarsten Unterschiede zwischen den Betrieben zeigen sich, wenn nach Betriebsgrößenklassen unterschieden wird: Mit steigender Betriebsgröße nimmt der Anteil an Ausbildungsbetrieben mit Neuangeboten an Ausbildungsstellen deutlich zu: von 57,4 % bei den Kleinstbetrieben mit bis zu 19 Beschäftigten bis hin zu 93,8 % bei den Großbetrieben mit 200 und mehr Beschäftigten, wobei Betriebe mit weniger als 100 Beschäftigten im Vergleich zum Ausbildungsjahr 2010/2011 die deutlichsten Steigerungen im Anteil ausbildungsinteressierter Betriebe aufweisen.

Auch nach der Kammerzugehörigkeit zeigt sich ein unterschiedliches Angebotsverhalten über die Jahre: 66,0 % der Ausbildungsbetriebe mit einer IHK-Mitgliedschaft stellen Ausbildungsstellen zur Verfügung; bei den ausbildenden Betrieben mit einer Zugehörigkeit zur Handwerkskammer sind dies 66,9 %. Den höchsten Anteil an Neuangeboten bieten mit 69,8 % Betriebe, die Mitglied in einer Kammer der freien Berufe, einer Landwirtschaftskammer o. a. sind. Damit hat sich das Interesse von Betrieben an einer eigenen Ausbildung offensichtlich weiter erhöht.

Schaubild A4.10.3-8: **Veränderung des Anteils an Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen an allen Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten für das Ausbildungsjahr 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %)**



Strukturmerkmale von ausbildenden Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen

Von den Betrieben mit Ausbildungsangeboten für das Ausbildungsjahr 2012/2013 konnten im Berichtsjahr mit 40,1 % durchschnittlich 2 von 5 Betrieben ihre neu angebotenen Ausbildungsstellen teilweise oder vollständig nicht besetzen → **Schaubild A4.10.3-8**. Dieser Anteil beträgt im Osten Deutschlands 65,5 %, während im Westen ein deutlich niedrigerer Anteil von 35,2 % Schwierigkeiten bei der Besetzung der Ausbildungsstellen hatte. Probleme, interessierte Ausbildungsbewerber/-innen einzustellen, hatten somit vor allem ostdeutsche Betriebe; der Anteil ist gegenüber dem Ausbildungsjahr 2010/2011 um 17,7 Prozentpunkte gestiegen.¹⁴⁸

• Wirtschaftssectoren

Abgesehen vom generellen Anstieg der Zahl von Betrieben mit Besetzungsproblemen, zeichnet sich nach Wirtschaftsbereichen ein relativ einheitliches Bild für das Ausbildungsjahr 2012/2013 ab: Für die meisten Wirtschaftssectoren gilt, dass der Anteil an Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen in etwa dem Durchschnitt aller Betriebe entspricht. Lediglich im Wirtschaftssector der öffentlichen Verwaltung ergibt sich mit einem Prozentanteil von 25 ein sehr niedriger Wert. Ähnlich ist die Entwicklung zwischen den Ausbildungsjahren 2010/2011 und 2012/2013: Im produzierenden Gewerbe ist es mit 16,6 Prozentpunkten und bei Betrieben aus dem Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen mit 14,2 Prozentpunkten nahezu zu einer Verdoppelung der Anteile an Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen gekommen; das ist angesichts der Attraktivität der Ausbildungsberufe im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen ein erstaunliches Ergebnis.

• Betriebsgrößenklassen

Der Anteil derjenigen Ausbildungsbetriebe, die Probleme mit der Besetzung von Ausbildungsstellen haben, sinkt mit steigender Betriebsgröße: Bei Großbetrieben mit 200 und mehr Beschäftigten beträgt beispielsweise der Anteil von Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen im Ausbildungsjahr 2012/2013 nur 22,1 %, während er bei den Kleinstbetrieben mit 44,7 % doppelt so hoch liegt. Damit bestehen vor allem bei Kleinstbetrieben mit bis zu 19 Beschäftigten überdurchschnittliche Probleme, ihre Ausbildungsangebote vollständig oder überhaupt besetzen zu können. Für die mittelständischen Betriebe hat sich in den letzten 3 Ausbildungsjahren mit Steigerungen um bis zu 6,9 Prozentpunkte eine überdurchschnittliche Verschlechterung bei der Besetzung ihrer Ausbildungsstellen ergeben.

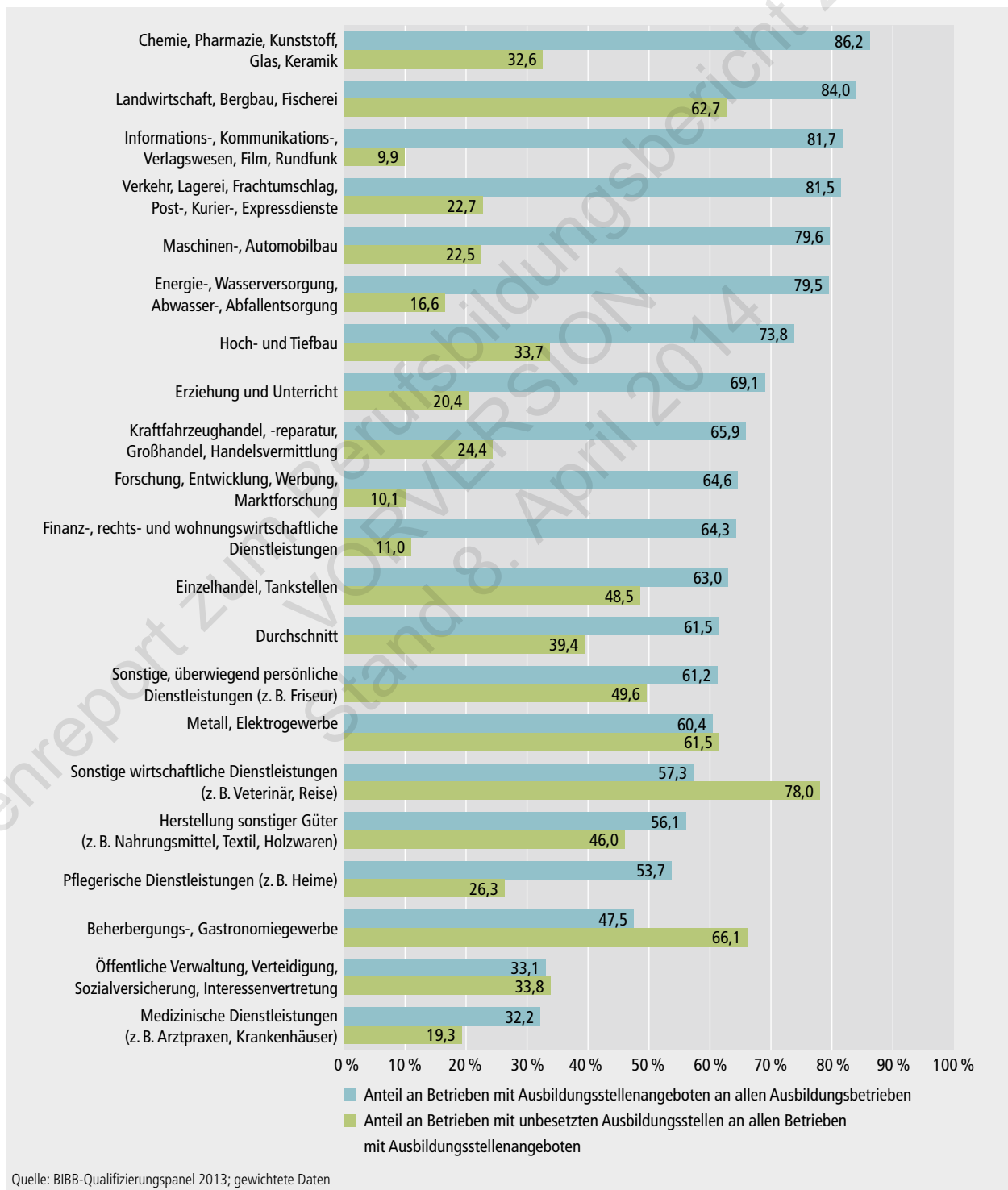
Dies spiegelt sich auch bei der Kammerzugehörigkeit der Betriebe wider. Hier zeigen sich zwischen Handwerks- und IHK-Bereich unterschiedliche Erfolgchancen bei der Besetzung ihrer Ausbildungsstellen. Handwerksbetriebe haben mit einem Anteil von 42,2 % gleichbleibend größere Schwierigkeiten, Ausbildungsstellen zu besetzen, die Anteile von Industrie- und Handelsunternehmen liegen bei 37,3 %, allerdings mit steigender Tendenz.

Zusammenhang zwischen Ausbildungsangeboten und erfolgreicher Besetzung von Ausbildungsstellen

Die Betrachtung des Zusammenhangs zwischen dem sektoralen Anteil an Betrieben mit Neuangeboten an Ausbildungsstellen und dem sektoralen Anteil an Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen ergibt folgendes Ergebnis: Je höher der sektorale Anteil an Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten, desto niedriger ist der Anteil an Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen → **Schaubild A4.10.3-9**. Dieser Zusammenhang ist auch statistisch nachweisbar. Das heißt, dass ein Wirtschaftssector umso erfolgreicher bei der Besetzung seiner Ausbildungsstellen ist und damit umso besser seinen Fachkräftebedarf decken kann, je mehr Betriebe Ausbildungsstellen anbieten. Ist der Anteil an Betrieben, die Ausbildungsstellen anbieten, dagegen niedrig, wachsen die Schwierig-

¹⁴⁸ In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass ein Betrieb auch dann der Gruppe derjenigen mit unbesetzten Ausbildungsstellen zugeordnet wird, wenn er von seinem Gesamtangebot an Ausbildungsstellen nur eine einzelne Stelle nicht besetzen konnte, ansonsten aber auf dem Ausbildungsstellenmarkt erfolgreich nach Bewerbern für seine Ausbildungsstellen gesucht hat.

Schaubild A4.10.3-9: Anteil an Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten an allen Ausbildungsbetrieben und Anteil an Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen an allen Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten im Ausbildungsjahr 2012/2013 nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %)



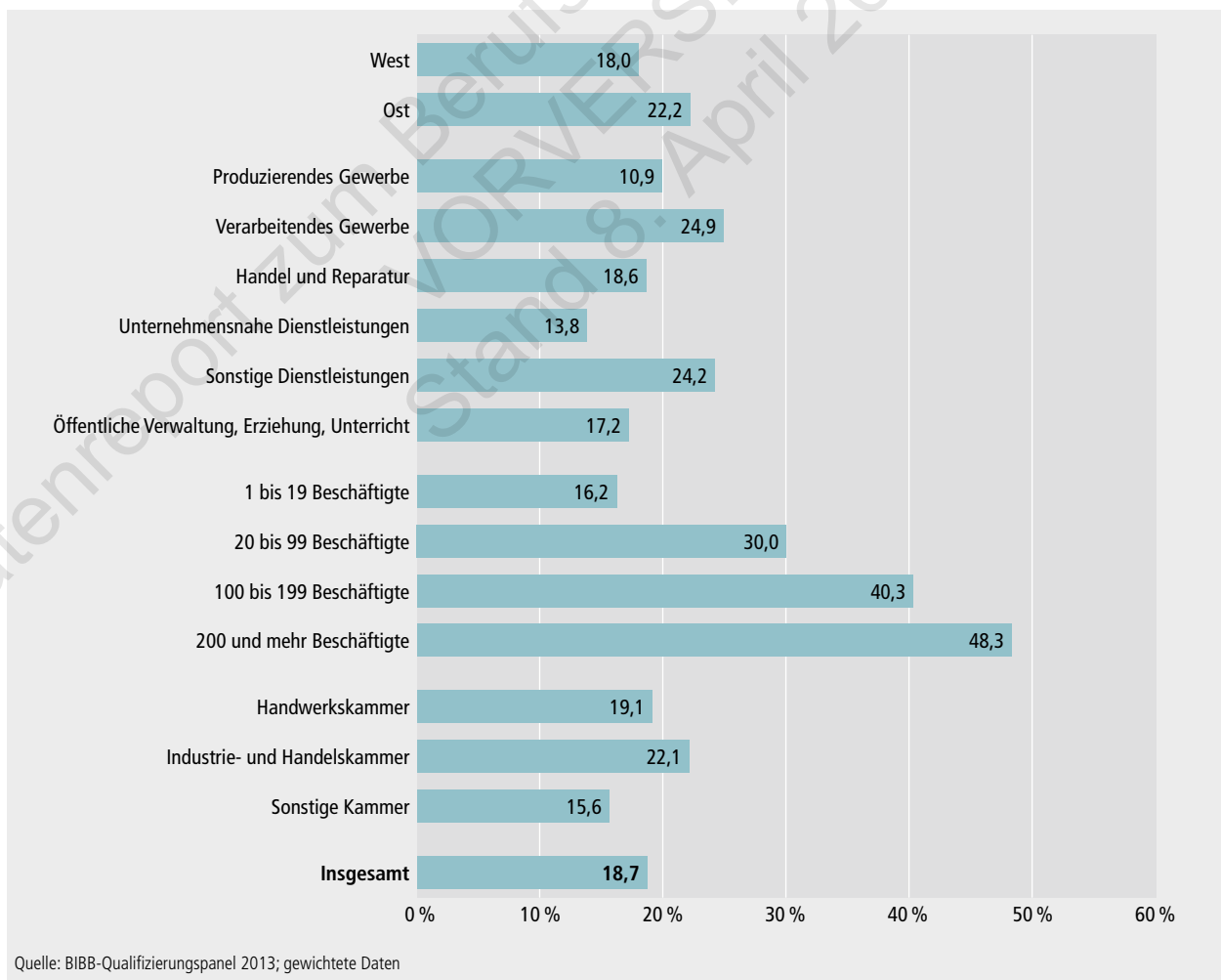
keiten, Ausbildungsstellen zu besetzen. Dies scheint insgesamt ein Maßstab für die Attraktivität und die erfolgreiche Besetzung von Ausbildungsstellen eines Sektors zu sein.

Betriebe mit vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen

Der fünfte Indikator zur Situation der betrieblichen Berufsausbildung misst den Anteil an Betrieben mit vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen. Da bei dieser Auswertung Betriebe die Untersuchungseinheit darstellen, sind die Ergebnisse nicht mit den Analyseergebnissen zu den vorzeitigen Lösungen

von Ausbildungsverträgen auf Basis der Berufsausbildungsstatistik vergleichbar (vgl. Kapitel A4.7). Die Betriebe waren in der dritten Erhebungswelle aufgefordert, Angaben zum Bestand an vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen in den letzten 3 Jahren zu machen (vgl. Christ 2012, 2013). Im Durchschnitt berichtet mit 18,7 % fast jeder fünfte Betrieb, dass es in diesem Zeitraum zur vorzeitigen Lösung mindestens eines Ausbildungsvertrages gekommen ist → **Schaubild A4.10.3-10**. Betriebe aus Ostdeutschland sind hiervon öfters betroffen: Hier meldeten 22,2 % der Betriebe vorzeitige Vertragslösungen; in Westdeutschland waren es 18,0 %.

Schaubild A4.10.3-10: Anteil von Betrieben mit vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen in den letzten 3 Jahren an allen Betrieben, die in dieser Zeit Auszubildende hatten (in %)



Die Auswertung nach Wirtschaftszweigen ergibt ein heterogenes Bild. Betriebe mit vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen kommen überdurchschnittlich häufig im verarbeitenden Gewerbe und bei den sonstigen Dienstleistungen vor. Hier erreichen die Anteile Werte von 24,9 % und 24,2 %. Niedrig sind die Anteile dagegen im produzierenden Gewerbe (10,9 %) und bei den unternehmensnahen Dienstleistungen (13,8 %).

Mit der Betriebsgröße steigt die Anzahl der Ausbildungsverhältnisse und damit die Wahrscheinlichkeit, dass es auf Betriebsebene zu mindestens einer Vertragslösung kommt. Die Verteilung nach Betriebsgrößenklassen zeigt deshalb, dass mit steigender Betriebsgröße der Anteil an Betrieben mit vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen zunimmt. Bei den Betrieben mit 200 und mehr Beschäftigten ist jeder zweite Betrieb von Vertragslösungen betroffen. Bei den Kleinstbetrieben ist dies nur etwa jeder sechste Betrieb.

Bei den Handwerksbetrieben liegt der Anteil an Betrieben mit Vertragslösungen bei 19,1 % und damit niedriger als bei Betrieben aus dem Industrie- und Handelsbereich, der auf einen Anteil von 22,1 % kommt.

Gefragt wurden die Betriebe auch, ob in den letzten 3 Jahren (2010 bis 2012) der Anteil vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge zugenommen hat, gleich geblieben ist oder abgenommen hat. 46,7 % der Betriebe geben an, dass sich in dieser Zeit keine Veränderungen ergeben haben. Mit 33,8 % berichtet jeder dritte Betrieb von einer Zunahme des Anteils vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge. Für 19,5 % der Betriebe ist der Anteil an vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen zurückgegangen.

Für die meisten der befragten Betriebe trat das Problem vorzeitiger Vertragslösungen nach der Probezeit auf: 54 % aller Betriebe mit vorzeitig gelösten Verträgen in den letzten 3 Jahren machten hierzu entsprechende Angaben. 27 % der Betriebe gaben an, dass während der Probezeit Verträge vorzeitig gelöst wurden, 8,4 % hatten sowohl während als auch nach der Probezeit Vertragslösungen zu verzeichnen. Bei 6,1 % der Betriebe wurden Verträge schon vor der Probezeit vorzeitig gelöst.

(Klaus Troltsch, Sabine Mohr, Christian Gerhards, Alexander Christ, Swetlana Sudheimer)

A4.10.4 Ausbildungspersonal in der betrieblichen Ausbildung

Die gesetzlichen Bestimmungen sehen vor, dass Ausbilder/-innen im dualen System neben den beruflichen auch über die berufs- und arbeitspädagogischen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen müssen, die für die Vermittlung der Ausbildungsinhalte benötigt werden. Darüber hinaus ist die persönliche Eignung erforderlich. Die in den Betrieben für die Ausbildung verantwortlichen Personen müssen diese fachliche und persönliche Eignung nachweisen. Dies geschieht in der Regel durch eine Prüfung nach der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) **E**. Von den Betrieben wird das Ausbildungspersonal dann den zuständigen Stellen gemeldet. Die Mehrheit der registrierten Ausbilder/-innen bildet nebenberuflich aus. Nur eine Minderheit ist ausschließlich für die Ausbildung zuständig. Mit dem Internetportal www.foraus.de bietet das BIBB Ausbildern und Ausbilderinnen eine Informations- und Kommunikationsplattform zur Unterstützung der täglichen Ausbildungspraxis an.

E Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO)

Geltungsbereich (§ 1)¹⁴⁹

Ausbilder und Ausbilderinnen haben für die Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) den Erwerb der berufs- und arbeitspädagogischen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten nach dieser Verordnung nachzuweisen. Dies gilt nicht für die Ausbildung im Bereich der Angehörigen der freien Berufe.

Berufs- und arbeitspädagogische Eignung (§ 2)

Die berufs- und arbeitspädagogische Eignung umfasst die Kompetenz zum selbstständigen Planen, Durchführen und Kontrollieren der Berufsausbildung in den Handlungsfeldern:

1. Ausbildungsvoraussetzungen prüfen und Ausbildung planen,

2. Ausbildung vorbereiten und bei der Einstellung von Auszubildenden mitwirken,
3. Ausbildung durchführen und
4. Ausbildung abschließen.

Prüfung (§ 4)

Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem praktischen Teil. Im schriftlichen Teil sind fallbezogene Aufgaben aus allen Handlungsfeldern innerhalb von 180 Minuten zu bearbeiten. Der praktische Teil der Prüfung ist in zwei Teile aufgeteilt, bestehend aus der Präsentation einer Ausbildungssituation und einem Fachgespräch mit einer Dauer von insgesamt maximal 30 Minuten. Hierfür wählt der/die Prüfungsteilnehmer/-in eine berufstypische Ausbildungssituation aus.

Historie

Die AEVO wurde 1972 erlassen und 1999 erstmals novelliert. Für den Zeitraum vom 01. August 2003 bis zum 31. Juli 2009 wurde sie ausgesetzt und nach einer zweiten Novellierung 2009 wieder eingesetzt.

Ausbildereignungsprüfungen

Im Jahr 2012 wurden insgesamt 91.284 Ausbildereignungsprüfungen in den Ausbildungsbereichen Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst und Hauswirtschaft durchgeführt.¹⁵⁰ 65,1 % der Prüfungsteilnehmer waren Männer, der Frauenanteil lag bei 34,9 %. 85.269 Personen haben die Prüfung bestanden, was einer Erfolgsquote von 93,4 % entspricht. In den neuen Ländern gab es 14.865 bestandene Prüfungen → **Tabelle A4.10.4-1**. Der Frauenanteil bei den erfolgreich absolvierten AEVO-Prüfungen lag bei 35,4 % (neue Länder: 37,5 %; alte Länder: 34,9 %). Es zeigt sich, dass 2012 die Zahl der Prüfungen erneut angestiegen ist.¹⁵¹

Insgesamt 47.295 der registrierten Ausbilder/-innen hatten ihre fachliche Eignung nicht durch eine Prü-

¹⁵⁰ Die Angaben basieren, sofern nicht anders angegeben, auf den Daten des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 11, Reihe 3.

¹⁵¹ Zum Vergleich: 2011 gab es 85.392 Prüfungsteilnahmen, davon waren 80.280 erfolgreich.

¹⁴⁹ Siehe www.bibb.de/dokumente/pdf/ausbilder_eignungsverordnung.pdf.

Tabelle A4.10.4-1: Bestandene Ausbildungsereignungsprüfungen 2010, 2011 und 2012 nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder

Ausbildungsbereich	Bundesgebiet						Alte Länder						Neue Länder					
	2010		2011		2012		2010		2011		2012		2010		2011		2012	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	46.371	69,0	57.516	71,6	60.780	71,3	37.047	70,1	46.434	72,1	50.445	71,7	9.324	65,1	11.082	69,8	10.335	69,5
Handwerk	19.395	28,9	21.111	26,3	22.779	26,7	14.841	28,1	16.815	26,1	18.768	26,7	4.551	31,7	4.296	27,0	4.011	27,0
Landwirtschaft	468	0,7	639	0,8	666	0,8	312	0,6	411	0,6	369	0,5	153	1,1	228	1,4	297	2,0
Öffentlicher Dienst	933	1,4	963	1,2	996	1,2	621	1,2	684	1,1	774	1,1	312	2,2	279	1,8	222	1,5
Hauswirtschaft	18	–	51	0,1	48	0,1	18	–	51	0,1	48	0,1	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	67.182	100,0	80.280	100,0	85.269	100,0	52.839	100,0	64.392	100,0	70.404	100,0	14.343	100,0	15.888	100,0	14.865	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

Tabelle A4.10.4-2: Bestandene Meisterprüfungen 2010, 2011 und 2012 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht

Ausbildungsbereich	Insgesamt						Geschlecht											
	2010		2011		2012		2010				2011				2012			
							männlich		weiblich		männlich		weiblich		männlich		weiblich	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	9.678	31,0	11.325	32,1	12.015	32,7	9.081	93,8	597	6,2	10.671	94,2	654	5,8	11.250	93,6	765	6,4
Handwerk	19.659	63,0	22.236	63,1	22.674	61,7	15.948	81,1	3.711	18,9	17.910	80,5	4.326	19,5	18.303	80,7	4.371	19,3
Landwirtschaft	1.407	4,5	1.482	4,2	1.743	4,7	1.125	80,0	282	20,0	1.029	69,4	453	30,6	1.326	76,1	417	23,9
Öffentlicher Dienst	189	0,6	93	0,3	210	0,6	171	90,5	18	9,5	84	90,3	9	9,7	195	92,9	15	7,1
Hauswirtschaft	270	0,9	114	0,3	135	0,4	3	1,1	264	97,8	3	2,6	111	97,4	–	–	132	97,8
Insgesamt	31.203	100,0	35.247	100,0	36.777	100,0	26.328	84,4	4.875	15,6	29.697	84,2	5.553	15,8	31.074	84,5	5.700	15,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

fung nach AEVO nachweisen müssen; 37.242 dieser von der Eignungsprüfung befreiten Personen entfielen auf den Ausbildungsbereich Industrie und Handel.

Meisterprüfungen

Insgesamt 40.473 Personen haben 2012 an Meisterprüfungen in den Bereichen Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst und Hauswirtschaft teilgenommen. Davon waren 84,7 %

Männer und 15,3 % Frauen. 36.777 der Teilnehmenden haben die Prüfung bestanden. Die Erfolgsquote lag damit bei 90,9 % → **Tabelle A4.10.4-2**. Im Bereich Hauswirtschaft lag der Anteil der Frauen bei den bestandenen Meisterprüfungen mit 97,8 % erneut mit großem Abstand am höchsten. Danach folgten die Bereiche Landwirtschaft mit 23,9 % und Handwerk mit 19,3 %. 7,1 % der erfolgreichen Prüfungsabsolventinnen gab es im öffentlichen Dienst, 6,4 % waren es in Industrie und Handel.

Zahl der bei den zuständigen Stellen registrierten Ausbilder/-innen

Insgesamt 671.985 Ausbilder/-innen waren 2012 in den Bereichen Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst, freie Berufe und Hauswirtschaft in Deutschland registriert. In den alten Ländern waren es 577.389 (85,9 %), in den neuen Ländern betrug die Zahl 94.596 (14,1 %). Im Bereich Industrie und Handel waren 43,3 % der Ausbilder/-innen tätig, 36,0 % arbeiteten im Handwerk und weitere 13,7 % in den freien Berufen. Im

Tabelle A4.10.4-3: Zahl der Ausbilder/-innen 2010, 2011 und 2012 nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder

Ausbildungsbereich	Bundesgebiet						Alte Länder						Neue Länder					
	2010		2011		2012		2010		2011		2012		2010		2011		2012	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	280.224	41,5	276.789	41,6	290.763	43,3	235.155	40,9	231.990	40,9	247.185	42,8	45.069	44,8	44.799	45,6	43.578	46,1
Handwerk	253.434	37,5	250.260	37,6	241.956	36,0	218.271	38,0	216.081	38,1	211.449	36,6	35.163	34,9	34.179	34,8	30.507	32,2
Landwirtschaft	22.341	3,3	22.344	3,4	23.226	3,5	18.612	3,2	18.639	3,3	18.351	3,2	3.729	3,7	3.705	3,8	4.875	5,2
Öffentlicher Dienst	18.909	2,8	19.029	2,9	20.709	3,1	15.585	2,7	16.074	2,8	17.541	3,0	3.324	3,3	2.955	3,0	3.168	3,3
Freie Berufe	97.182	14,4	93.930	14,1	92.160	13,7	84.246	14,7	81.750	14,4	80.241	13,9	12.936	12,8	12.183	12,4	11.919	12,6
Hauswirtschaft	3.105	0,5	3.153	0,5	3.168	0,5	2.646	0,5	2.679	0,5	2.622	0,5	462	0,5	474	0,5	546	0,6
Insgesamt	675.198	100,0	665.508	100,0	671.985	100,0	574.515	100,0	567.213	100,0	577.389	100,0	100.683	100,0	98.295	100,0	94.596	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

Tabelle A4.10.4-4: Zahl der Ausbilder/-innen 2010, 2011 und 2012 nach Geschlecht, alte und neue Länder

Geschlecht	Bundesgebiet						Alte Länder						Neue Länder					
	2010		2011		2012		2010		2011		2012		2010		2011		2012	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
weiblich	158.604	23,5	158.136	23,8	162.447	24,2	125.412	21,8	125.622	22,1	130.815	22,7	33.192	33,0	32.511	33,1	31.632	33,4
männlich	516.594	76,5	507.372	76,2	509.538	75,8	449.103	78,2	441.591	77,9	446.574	77,3	67.491	67,0	65.784	66,9	62.961	66,6
Insgesamt	675.198	100,0	665.508	100,0	671.985	100,0	574.515	100,0	567.213	100,0	577.389	100,0	100.683	100,0	98.295	100,0	94.596	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

Tabelle A4.10.4-5: Alter des Ausbildungspersonals 2010, 2011 und 2012 nach Geschlecht

Ausbildungs- bereich	Insgesamt						Geschlecht											
	2010		2011		2012		2010		2011		2012							
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich						
29 Jahre und jünger	30.429	4,5	30.594	4,6	32.373	4,8	15.690	3,0	14.739	9,3	15.822	3,1	14.772	9,3	16.881	3,3	15.495	9,5
30 bis 39 Jahre	120.564	17,9	115.344	17,3	116.061	17,3	82.542	16,0	38.022	24,0	78.252	15,4	37.092	23,5	77.961	15,3	38.100	23,5
40 bis 49 Jahre	264.390	39,2	255.111	38,3	247.791	36,9	204.264	39,5	60.126	37,9	196.083	38,6	59.028	37,3	189.417	37,2	58.371	35,9
50 Jahre und älter	259.815	38,5	264.459	39,7	275.760	41,0	214.098	41,4	45.717	28,8	217.218	42,8	47.241	29,9	225.279	44,2	50.481	31,1
Insgesamt	675.198	100,0	665.508	100,0	671.985	100,0	516.594	100,0	158.604	100,0	507.372	100,0	158.136	100,0	509.538	100,0	162.447	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt. Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

Bereich Landwirtschaft lag der Anteil bei 3,5 %, im öffentlichen Dienst waren es 3,1 % und in der Hauswirtschaft 0,5 %. Gegenüber dem Vorjahr hat die Gesamtzahl der gemeldeten Ausbilder/-innen um 6.477 zugenommen → [Tabelle A4.10.4-3](#).

Der Anteil der gemeldeten Ausbilderinnen lag 2012 im gesamten Bundesgebiet bei 24,2 %. In den neuen Ländern war er mit 33,4 % erneut deutlich höher als in den alten Ländern (22,7 %) → [Tabelle A4.10.4-4](#).

Die größte Altersgruppe stellten die über 50-Jährigen (41,0 %), gefolgt von den 40- bis 49-Jährigen (36,9 %) und den 30- bis 39-Jährigen (17,3 %). Lediglich 4,8 % der Ausbilder/-innen waren jünger als 30 Jahre → [Tabelle A4.10.4-5](#).

(Thomas Neuhaus, Michael Härtel)

A5 Berufsausbildung in berufsbildenden Schulen

Die berufsbildenden Schulen stellen Ausbildungsangebote für junge Menschen bereit, die zu einem anerkannten Abschluss führen. Anders als beim Ausbildungsstellenmarkt der dualen Berufsausbildung ist hier nicht das Angebot an Ausbildungsplätzen die limitierende Größe sondern die Nachfrage. Jedes Land schätzt im Vorfeld des Schuljahres den Bedarf und plant dementsprechend Personal, Räume und Ausstattung. Daher kann auch nicht von einem Schulberufs-„system“ gesprochen werden, da die Länder – z. T. sogar jede Schulbehörde – eigenständig ein Angebot zur Verfügung stellen.

Die Ziele, Inhalte und Abschlüsse der schulischen Ausbildungen werden gleichwohl von der Kultusministerkonferenz bundesweit in Rahmenvereinbarungen geregelt. Vermittelt werden die schulischen Ausbildungen an unterschiedlichen Schularten: Berufskollegs, Berufsfachschulen, Berufsschulen, Fachschulen sowie Schulen des Sozial- und Gesundheitswesens – wobei die Benennung z. T. in den Ländern variiert **E**. Diese schulartenspezifische Differenzierung ist geschichtlich gewachsen und landesrechtlich kodifiziert.

E Schularten und Bildungsangebote

Die Kernaufgaben der unterschiedlichen Schularten in der Ausbildung sind:

- **(Vollzeit-)Berufsfachschulen** haben u. a. das Ziel, Schülerinnen und Schüler zu einem (schulischen) Berufsausbildungsabschluss oder zu einem Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf (BBiG/HwO) zu führen sowie allgemeinbildende Inhalte und Abschlüsse zu vermitteln.
- **(Teilzeit-)Berufsschulen** sind Partner und eigenständiger Lernort im Rahmen der dualen Berufsausbildung (BBiG/HwO).
- **Fachschulen** sind grundsätzlich eine Einrichtung der Weiterbildung. Sie bilden jedoch auch Erzieher/-innen o. n. A. und Heilerziehungspfleger/-innen bzw. Heilerzieher/-innen aus.

• Schulen des Gesundheitswesens

vermitteln die Ausbildung für nichtakademische Gesundheitsdienstberufe. Die Aufnahme erfolgt i. d. R. erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres.

(Vgl. Fachserie „Berufliche Schulen“, Erläuterungen)

Um das Feld der schulischen Ausbildung zu beschreiben, gibt es 2 statistische Zugänge:

- **Fachserie „Berufliche Schulen“**
Die Fachserie weist die Schüler/-innen und Absolventen/Absolventinnen in Berufsgattungen nach (5-Steller der KldB2010). Damit ist die Fachserie für die Beobachtung von berufsstruktureller Entwicklung unverzichtbar.¹⁵² Daten liegen bis einschließlich 2012 vor.
- **Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE)**
Die iABE dokumentiert seit 2005 bundesweit vergleichbar die Einmündung von Anfängern und Anfängerinnen in berufsbildenden Angeboten. Durch die bundesweit einheitliche Struktur von Bildungskonten und -sektoren konnten seit 2005 auch die Bildungsbereiche erfasst werden, zu denen auf Landesebene bisher keine Daten vorlagen bzw. -liegen. Die bundeseinheitliche Betrachtung der iABE schaut auf die Form des Abschlusses bzw. das spätere Berufsfeld und vernachlässigt die Ausbildungs- und Lernorte. Anfängerdaten liegen bis 2013 vor (vgl. **Kapitel A6**).

Während die iABE die Daten nach dem jeweiligen Bildungsgang erhebt, hat die Fachserie die unterschiedlichen Schularten im Blick. Wegen unterschiedlichen Zuordnungen von Daten kann es zu geringfügigen Abweichungen zwischen beiden Datenquellen kommen.

Systeme der beruflichen Bildung an Schulen

Die Ausbildung an den berufsbildenden Schulen sowie den Erziehungs-/Gesundheitsschulen ist sehr heterogen. Sie kann unterschieden werden nach der Regelungsebene (Bundes- vs. Landesrecht) oder

¹⁵² Die Fachserie ist ein lang eingeführtes Instrument, um die berufsbildenden Schulen in den Ländern zu erfassen und zu beschreiben. Ergänzt wird die Erhebung an den Schulen z.T. noch durch die Erfassung der Ausbildung in den Institutionen des Gesundheitswesens. Die Schulstatistik ist eine „koordinierte Länderstatistik“ (Statistisches Bundesamt 2011).

Tabelle A5-1: **Anfänger/-innen in vollqualifizierenden schulischen Ausbildungsgängen (Schüler/-innen im 1. Schuljahr)**

Bildungskonto (iABE)	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2005–2013
Berufsabschlüsse an BFS nach BBiG/HwO	11.472	11.903	9.813	8.780	6.709	6.118	5.874	5.506	4.903	-57,30 %
Berufsabschlüsse an BFS außerhalb BBiG/HwO	32.514	31.341	29.683	25.693	23.352	20.677	19.223	17.564	15.793	-51,40 %
Bildungsgänge an BFS und FG, die Berufsabschluss und HZB vermitteln	29.159	31.477	32.171	34.191	25.623	25.718	24.379	24.234	24.294	-16,70 %
Ausbildung in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens*	142.709	140.504	143.099	143.296	153.840	159.850	160.141	164.776	167.252	17,20 %
Summe	215.854	215.225	214.766	211.960	209.524	212.363	209.617	212.080	212.241	-1,70 %

BBiG – Berufsbildungsgesetz; BFS – Berufsfachschule; FG – Fachgymnasium; HwO – Handwerksordnung; HZB – Hochschulzugangsberechtigung.

* Die iABE unterscheidet nicht die Bildungsgänge im Gesundheitsbereich nach bundes- oder landesrechtlichen Regelungen.

Quelle: „Integrierte Ausbildungsberichterstattung“ auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit, Datenstand: 07.02.2014

dem Berufsbereich (Sozialberufe, Gesundheitsberufe sowie Beamtenausbildung):

Die Ebenen finden sich wieder in der Berufsausbildung in „anerkannten Ausbildungsberufen“ nach BBiG/HwO an berufsbildenden Schulen (Bundesrecht) sowie in der Ausbildung an berufsbildenden Schulen mit Abschluss nach Landesrecht (Assistentenausbildung mit oder ohne Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung-HZB).

Die Hervorhebung der Ausbildungen im Pflege-, Gesundheits- und Sozialsektor spiegelt die quantitative Bedeutung dieses Sektors sowie die Unvergleichbarkeit zu den Ausbildungen im dualen System.¹⁵³ Auch die Ausbildungen in den Pflege-, Gesundheits- und Sozialberufen kann wiederum in bundes- oder landesrechtlich geregelte Ausbildungen unterschieden werden **E**.

Die schulischen Ausbildungen sind ein Bestandteil der beruflichen, nicht-universitären Ausbildungen¹⁵⁴. Statistisch erfasst und beschrieben werden sie wie folgt:¹⁵⁵

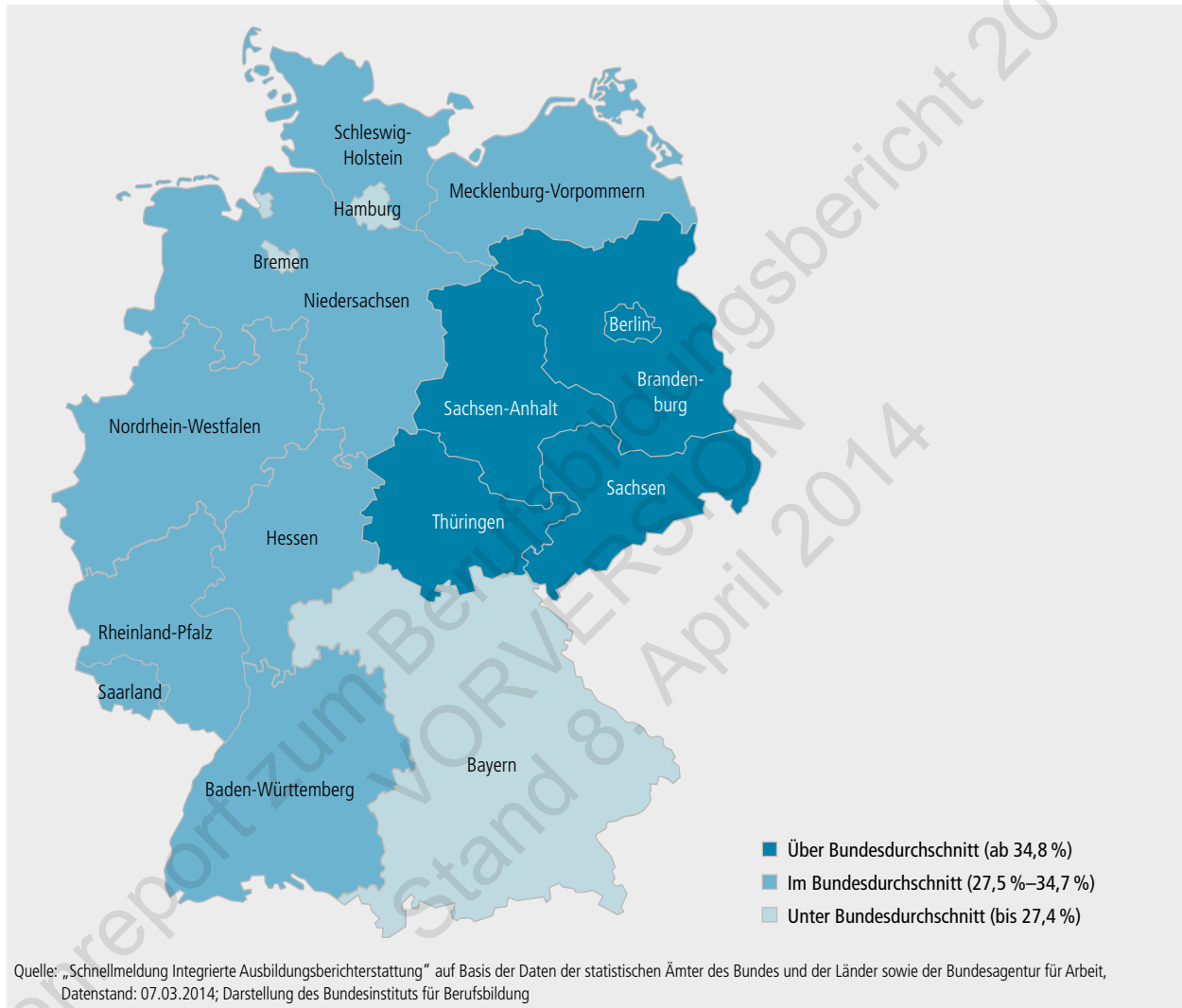
- Berufsausbildung in BBiG-Berufen
- Vollzeitschulisch (Gleichstellung von Prüfungszeugnissen: 7 Schulen, §§ 43, 50 BBiG)
 - Assistentenausbildungen nach Landesrecht („staatl. geprüft“) (ca. 90 Berufe)
 - ohne Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung
 - mit Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung
 - Berufe des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens
 - bundesrechtlich geregelte Ausbildungsregelungen (17 Berufe)
 - landesrechtlich geregelte Ausbildungsregelungen (50 Berufe)

153 Damit hat der Sektor eine Funktion übernommen, die weit über die ehemals propagierte „Ergänzungsfunktion“ hinaus reicht (vgl. Hahn 1998, S. 151, 164).

154 Die Systematik der Ausbildungsbranche umfasst auch die „Berufsausbildung im dualen System“ sowie die „Beamtenausbildung“, um den iABE-Bildungssektor „Berufsausbildung“ insgesamt abzubilden.

155 Die beruflichen Ausbildungswege wären der Vollständigkeit halber noch zu ergänzen um das duale System (ca. 345 Ausbildungsberufe in teilzeitschulischer Form) und der Beamtenausbildung auf den unterschiedlichen Verwaltungsebenen.

Schaubild A5-1: Die „schulische“ Berufsausbildung in den Ländern 2013 (100 % = Anfänger/-innen im iABE-Sektor „Berufsausbildung“)



Die 3 schulischen Bildungsbereiche haben sich in den letzten Jahren wie in → **Tabelle A5-1** dargestellt entwickelt.

Für die „schulisch“ vermittelten Berufsausbildungen gilt:

- Die Anfänger/-innen in den Berufen des Sozial- und Gesundheitsdienstes stellen mit 79 % den größten Anteil.
- Dieser Anteil ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen (+17 %).
- Die anderen Berufsausbildungen gehen kontinuierlich zurück – seit 2008 sogar die Bildungs-

gänge, die zugleich mit der Ausbildung eine Hochschulzugangsberechtigung (HZB) vermitteln (-17 %).

- Die schulische Berufsausbildung nach BBiG hat am meisten abgebaut und fällt quantitativ kaum noch ins Gewicht. (-57 %)

Neben dem Vergleich der Daten im Zeitverlauf bzw. der Bereiche untereinander, ist der regionale Vergleich aufschlussreich: Da die Bildungsaufwendungen von den Ländern (teil)finanziert werden, sind die Daten auch ein Ausweis ihrer ausbildungspolitischen Verpflichtungen → **Schaubild A5-1**.

Der Anteil des „schulischen“ Ausbildungsanteils am gesamten Sektor „Berufsausbildung“¹⁵⁶ beträgt 30,8 % im Bundesgebiet; die westlichen Flächenländer boten den Anfängern/Anfängerinnen 2013 zu 29,1 % schulische Ausbildungen an, die östlichen Flächenländer mit 39,8 % in weit höherem Umfang.

Die Spannweite der Anteile zwischen 19 % (Bremen) und 43 % (Berlin) macht das unterschiedliche Engagement der Länder deutlich. Eine Erklärung des Engagements kann nur unter Hinzuziehung von Metadaten erfolgen (vgl. Kapitel A6.2).

A5.1 Berufsausbildung nach BBiG/HwO an Berufsfachschulen

Die duale Berufsausbildung in „anerkannten Ausbildungsberufen“ nach BBiG/HwO in Betrieb und Berufsschule wird ergänzt durch einige wenige Ausbildungsgänge an Berufsfachschulen. Dort werden die Inhalte der Ausbildungen laut der anerkannten Ausbildungsrahmenplänen umgesetzt; die Abschlussprüfung wird vor einer Handwerks-/Handelskammer abgelegt oder die Schulprüfung wird der

Kammerprüfung gleichgestellt¹⁵⁷. Die schulische Berufsausbildung in den BBiG-Berufen zeigt einen Schwerpunkt in den in → **Tabelle A5.1-1** dargestellten Berufen (KldB 2010, 5-Steller). Die schulische und die betriebliche Berufsausbildung ist in den abgebildeten Berufsgattungen sehr unterschiedlich auf die beiden Lernorte verteilt: Die Berufe in der Kosmetik und Anlageberater/-innen und sonstige Finanzdienstleistungsberufe werden beispielsweise sehr viel häufiger von Berufsfachschulen angeboten¹⁵⁸. In anderen Ausbildungsgängen ist das Verhältnis umgekehrt, wie das Beispiel der Büro- und Sekretariatskräfte eindrucklich zeigt.

A5.2 Ausbildungen mit Abschluss nach Landesrecht

Die Ausbildungen nach Landesrecht führen meist zum Abschluss „Staatlich geprüfter Assistent/Staatlich geprüfte Assistentin“ (manchmal: „staatlich anerkannt“) **E**. Das fängt bei dem/der Staatlich geprüften Assistent/Staatlich geprüften Assistentin für Freizeitwirtschaft an und geht alphabetisch bis zum/

Tabelle A5.1-1: Berufsausbildungen nach BBiG/HwO – rein schulisch vs. dual (2012)

KldB 2010*	Berufsgattung (1.Schuljahr vs. neu abgeschlossene Verträge)	schulisch	dual**
82322	Berufe in der Kosmetik	1.320	324
72122	Anlageberater/-innen – und sonstige Finanzdienstleistungsberufe	1.176	252
71402	Büro- und Sekretariatskräfte (o. Spezialisierung)	937	32.727
28222	Berufe in der Bekleidungs-, Hut- und Mützenherstellung	518	870

Aufgeführt sind nur Berufsgattungen mit über 500 Anfänger/-innen im Schulbereich.

* KldB 2010: Klassifikation der Berufe. Wegen der Umstellung der Statistik von der KldB 1975/92 auf die KldB 2010 ist ein direkter Vergleich mit früheren Jahren nur eingeschränkt möglich.

** Da die Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet sind, kann der Gesamtwert von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2 (schulisch) und Reihe 3 (dual), Schuljahr 2012/2013. Datenstand 10.02.2014.

156 Die „schulische Berufsausbildung“ in der iABE“ bezieht Anfänger/-innen in folgenden Bildungsgängen ein: „I 02 Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO“, „I 03 Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO“, „I 04 Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln“ und „I 05 Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildung in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens“. Weitere Konten des iABE-Sektors „I Berufsausbildung“ sind „I 01 Berufsausbildung im dualen System nach BBiG inkl. vergleichbare Berufsausbildung“ sowie „I 06 Beamtenausbildung mittlerer Dienst“. Zur iABE-Systematik vgl. BIBB-Datenreport 2012, Kapitel A6 und indikatorik.bibb.de/de/57264.htm.

157 Die „Gleichstellung von Prüfungszeugnissen“ erfolgt durch Rechtsverordnung über das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie oder das sonst zuständige Fachministerium im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung nach Anhörung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung (§ 50 BBiG). Die Bewilligung wird befristet erteilt und ist zzt. für 7 berufsbildende Schulen ausgesprochen; vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2013, S. 185 ff.

158 Die Berufsfachschulen (BFS) sind ein quantitativ bedeutender Träger von beruflichen Qualifizierungsangeboten. Die beschriebenen BBiG-Ausbildungsanfänger stellen jedoch gerade 2,6 % der insgesamt 261.122 Anfänger/-innen an BFS.

zur Staatlich geprüften Zytologieassistenten/Staatlich geprüften Zytologieassistentin.¹⁵⁹

Oft sind die Berufsausbildungen landestypisch ausgelegt (z. B. staatlich geprüfte Keramformer, Bayern) und nur dort vertreten; jedoch gibt es auch Ausbildungen, die in mehreren Ländern gleichermaßen angeboten werden wie z. B. der staatlich geprüfte Gymnastiklehrer/die staatlich geprüfte Gymnastiklehrerin (Bayern, Hessen, NRW, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein).

Die am stärksten besetzten landesgeregelten Ausbildungen stellen die Berufe in der Haus- und Familienpflege (KldB 83142) mit 19.357 Ausbildungsanfänger/-innen und die Berufe in der Kinderbetreuung und -erziehung (KldB 83112) mit 16.777 Ausbildungsanfänger/-innen.

E Ausbildungen nach Landesrecht

Die Ausbildung an Berufsfachschulen zum „Staatlich geprüften Assistenten“ mit Angabe der jeweiligen Richtung ist ein Angebot der Länder, das sich in der Regel an Realschulabsolventen bzw. Schülerinnen und Schüler mit einem mittleren Schulabschluss richtet. Klassische Angebotsfelder sind die Bereiche Labortechnik, Kommunikations- und Gestaltungstechnik sowie Sekretariat und Fremdsprachen. Rechtsgrundlagen für die Berufsabschlüsse finden sich in den Schulgesetzen der Länder, die auch Ausbildung und Prüfung regeln.

Die Bildungsgänge dauern mindestens 2 Jahre und können unter bestimmten Bedingungen zur Fachhochschulreife führen. (vgl. Kultusministerkonferenz 2012).

Im Folgenden werden die Ausbildungsgänge (Neuanfänger/-innen) betrachtet, die nicht zu einem Abschluss in den Sozial- und Gesundheitsberufen führen (vgl. Kapitel A5.3). In → **Tabelle A5.2-1** sind Ausbildungsgänge aufgeführt, die deutschlandweit jeweils mehr als 1.000 Neuanfänger/-innen haben. Der Vergleich der Ausbildungen nach den KldB 2010-Kategorien zeigt,

- dass es Ausbildungen gibt, für die keine statistische Entsprechung zwischen schulischer und betrieblicher Ausbildung vorzuliegen scheint (nach der KldB2010)¹⁶⁰,
- dass es bei Entsprechungen Übergewichte in den landesrechtlich geregelten Ausbildungen gibt (Berufe in der Wirtschaftsinformatik) und in der dualen Ausbildung (Berufe in der kaufmännischen und technischen Betriebswirtschaft).

Interessant ist zudem der Vergleich von Ausbildungen, die sowohl nach BBiG geregelt sind als auch nach landesgesetzlichen Regelungen ausgebildet werden, wie z. B. der/die Kosmetiker/-in (Brandenburg, Hessen [„staatlich anerkannt“] sowie Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen [„staatlich geprüft“]). In einer solchen Ausbildung zum/zur Kosmetiker/-in (KldB 2010: 82322) befanden sich nach den unterschiedlichen Regelungen im Jahr 2012 (Bestand):

- BBiG/HwO – dual (Handel, Handwerk): 834 Auszubildende
- BBiG – schulisch, Berufe in der Kosmetik 2): 2.060 Schüler/-innen
- Landesrecht, Berufe in der Kosmetik 1)¹⁶¹: 1.587 Schüler/-innen

Bemerkenswert ist der quantitative Unterschied zwischen den Kosmetik-Ausbildungen: Mehr als doppelt so viele Auszubildende werden in den Berufsfachschulen nach BBiG ausgebildet (in Relation zu den betrieblichen Ausbildungsverhältnissen). Auch die landesgesetzliche Ausbildung erreicht fast die doppelte Anzahl – wenn auch auf einem anderen Qualifikationsniveau („1) Fachlich ausgerichtete Tätigkeiten“ bzw. „2) Komplexe Spezialistentätigkeiten“).

¹⁶⁰ BMBF/KMK sehen jedoch den Fremdsprachenkorrespondenten/die Fremdsprachenkorrespondentin in einer Entsprechung zum/zur Bürokaufmann/-kauffrau – auf Ebene der Berufsgruppe (3-Steller). Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung/Kultusministerkonferenz: Gegenüberstellung dualer und landesrechtlich geregelter Berufsausbildungsabschlüsse vom 1.8.2013

¹⁶¹ Die Fachserie 11, Reihe 2 und Reihe 3 unterteilt die Tätigkeiten nach Schwierigkeitsgraden: 1) Fachlich ausgerichtete Tätigkeiten; 2) Komplexe Spezialistentätigkeiten; 3) Helfer-/Anlernertätigkeiten; 4) Hoch komplexe Tätigkeiten (Statistisches Bundesamt 2013, Schuljahr 2012/13).

Tabelle A5.2-1: Stark besetzte Ausbildungen nach Landesrecht im Vergleich (2012)

KldB 2010	Berufsgattung* (Anfänger/-innen vs. neu abgeschlossene Verträge)	schulisch	dual**
71302	Berufe in der kaufm. und techn. Betriebswirtschaft	8.394	19.764
71412	Fremdsprachensekretäre/-sekretärinnen und Fremdsprachenkorrespondenten/-korrespondentinnen (1)	4.737	./.
71413	Fremdsprachensekretäre/-sekretärinnen und Fremdsprachenkorrespondenten/-korrespondentinnen (2)	1.287	./.
43112	Berufe in der Wirtschaftsinformatik	3.824	1.149
43102	Berufe in der Informatik (o. Spezialisierung)	3.808	6.192
23212	Berufe in der Digital- und Printmediengestaltung	3.086	3.483
26302	Berufe in der Elektrotechnik (o. Spezialisierung)	2.076	./.
41322	Berufe im chemisch-technischen Laboratorium	1.519	1.743
41212	Berufe im biologisch-technischen Laboratorium	1.458	681
71402	Büro- und Sekretariatskräfte (o. Spezialisierung)	1.254	32.727
43122	Berufe in der technischen Informatik	1.150	./.

* Die Fachserie 11, Reihe 2, 2012/13 unterteilt die Tätigkeiten nach Schwierigkeitsgraden (S. 81): (1) Fachlich ausgerichtete Tätigkeiten; (2) Komplexe Spezialistentätigkeiten; (3) Helfer-/Anlernertätigkeiten; (4) Hoch komplexe Tätigkeiten.

** Da die Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet sind, kann der Gesamtwert von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2 (schulisch) und Reihe 3 (dual) Schuljahr 2012/13

Zum Stellenwert der landesgeregelten Ausbildungen

Die landesgeregelten Ausbildungen können u. a. durch einen Blick auf ihren Stellenwert in den berufsbiographischen Verläufen eingeordnet werden. D. h., dient diese schulische Ausbildung als Vorbereitung, Warteschleife oder Weiterbildung in Relation zu einer dualen Berufsausbildung nach BBiG/HwO? Eine erste Auskunft gibt dazu die Berufsbildungsstatistik zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen im dualen System zum 31. Dezember, die das Merkmal „Vorherige Berufsausbildung“ erhebt (vgl. Kapitel A4.3). Nach dieser Statistik hatten von allen dualen Neuabschlüssen 2012 bereits 4.602 eine „erfolgreich abgeschlossene schulische Berufsausbildung“ durchlaufen¹⁶²; das waren rechnerisch 12,8 % der Absolventen/Absolventinnen 2012 aus schulischen Ausbildungen an Berufsfachschulen und

Fachgymnasien.¹⁶³ Hier stellt sich die Frage, inwieweit eine Doppelqualifizierung oder lediglich eine schulische Warteschleife vorliegt.

Leider weist die Statistik für die landesrechtlich geregelten Ausbildungen (Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2) eine vorherige Berufsausbildung im dualen System nicht aus, sodass der umgekehrte Vergleich nicht möglich ist.

A5.3 Ausbildungen in den Sozial- und Gesundheitsberufen

Eine Ausbildung in den Gesundheitsberufen sowie Berufen des Sozialwesens erfolgt i. d. R. an Schulen des Gesundheitswesens sowie an Berufsfachschulen

162 „Datensystem Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember).

163 Im gleichen Jahr begannen auch 26.484 Absolventen/Absolventinnen einer dualen Berufsausbildung eine neue Ausbildung im dualen System. Das waren rechnerisch 5,9 % der Absolventen/Absolventinnen 2012. Zu weiteren Daten der Berufsbildungsstatistik siehe Kapitel A4.3.

Tabelle A5.3-1: 10 stärkste Ausbildungen in Gesundheits- und Sozialberufen* 2012

KldB 2010	Berufsgattung**	1. Schuljahr	weiblich in %
83112	Berufe in der Kinderbetreuung und -erziehung (1)	39.143	84 %
81302	Berufe in der Gesundheits-/Krankenpflege (o. Spezialisierung) (1)	26.040	80 %
82102	Berufe in der Altenpflege (ohne Spezialisierung) (1)	21.511	78 %
83142	Berufe in der Haus- und Familienpflege (1)	19.357	79 %
73223	Verwaltende Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen (2)	7.247	84 %
81342	Berufe im Rettungsdienst (1)	4.690	28 %
83132	Berufe in Heilerziehungspflege und Sonderpädagogik (1)	3.787	73 %
81723	Berufe in der Ergotherapie (2)	3.563	88 %
81301	Berufe in der Gesundheits-/Krankenpflege (o. Spezialisierung) (3)	3.003	79 %
83211	Berufe in der Hauswirtschaft (3)	1.976	87 %
	Alle Schüler/-innen im 1. Schuljahr	166.289	79 %

* Hier werden nur die Schüler/-innen abgebildet, die keine duale Ausbildung nach BBiG machen: Das sind alle Anfänger/-innen im Gesundheits-/Sozial- und Pflegewesen abzgl. der Schüler/-innen an Teilzeit-Berufsschulen. Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, Tab. 2.9

** Die Fachserie unterteilt die Tätigkeiten nach Schwierigkeitsgraden: (1) Fachlich ausgerichtete Tätigkeiten; (2) Komplexe Spezialistentätigkeiten; (3) Helfer-/Anlernertätigkeiten; (4) Hochkomplexe Tätigkeiten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, Schuljahr 2012/13

und Fachschulen¹⁶⁴. Die unterschiedlichen, nicht-akademischen Bildungsgänge von dem/der Altenpflegehelfer/-in bis zu dem/der Zytologie-Assistent/Zytologie-Assistentin sind gelistet im Verzeichnis weiterer Regelungen für die Berufsbildung (Bundesinstitut für Berufsbildung 2013); davon sind 50 Ausbildungen nach Landesrecht geregelt und 17 Ausbildungen nach Bundesrecht. Die bundesrechtlichen Bildungsgänge dauern in der Mehrzahl 36 Monate, die landesrechtlichen zwischen 12 und 48 Monaten – je nach Eingangsvoraussetzung.¹⁶⁵

Etwa gleich viele Auszubildende begannen 2012 ihre Ausbildung an Berufsfachschulen und an Schulen des Gesundheitswesens (jeweils 31 %). An Fachschulen sowie Fach-/Berufsakademien¹⁶⁶ hatten 21 %

aller Anfänger/-innen begonnen und an den Teilzeitberufsschulen¹⁶⁷ (= duales System) waren 17 % registriert. Der Schwerpunkt der Ausbildungen lag in den Bereichen Pflege und Erziehung → **Tabelle A5.3-1**. Die Daten zeigen sowohl die starke weibliche Präsenz in diesen Ausbildungsgängen (außer im Rettungsdienst) als auch die Vielzahl der Schüler/-innen in Ausbildungen nach Landesrecht.¹⁶⁸

Wenn man auf die Anfänger/-innen in den verschiedenen Bildungsgängen nach der schulischen Vorbildung schaut, so werden große Unterschiede zwischen den Teilnehmenden deutlich → **Tabelle A5.3-2**. Nach den Daten der iABE sind die Anfänger/-innen in den Bildungsgängen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens durchgängig höher qualifiziert als der Durchschnitt aller Ausbildungsanfänger/-innen. Auffällig ist zudem der hohe Anteil

¹⁶⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, „Erläuterungen“.

¹⁶⁵ Daneben gibt es noch Kurzlehrgänge (z. B. zum Desinfektor/-in in Bremen: 1 Monat) sowie Langzeitausbildungen (z. B. Heilerziehungspfleger/-in in Baden-Württemberg: 60 Monate).

¹⁶⁶ Wobei „Fachschulen“ Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung sind und an eine berufliche Erstausbildung und an Berufserfahrungen anschließen (vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, „Erläuterungen“).

¹⁶⁷ In der Fachserie werden auch die BBiG-Ausbildungen im Gesundheitssektor erfasst: „Teilzeitberufsschulen“.

¹⁶⁸ Eine eindeutige Unterscheidung zwischen landesgeregelten Ausbildungen und Ausbildungen nach Bundesrecht ist nicht möglich. Vermutlich sind die Ausbildungen auf Stufe 1) und 3) nach Landesrecht geregelt.

Tabelle A5.3-2: Vorbildung der Anfänger/-innen in der Ausbildung (2012)

Bildungskonto (iABE)	Insg.	Hochschulreife	Mittl. Abschluss	Hauptschulabschluss	Sonstige
Sektor „Berufsausbildung“ (I)	726.560	23 %	48 %	26 %	3 %
„Ausbildung in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens“ (I 05)	164.776	27 %	52 %	20 %	1 %
darunter: an Schulen des Gesundheitswesens	62.373	37 %	44 %	18 %	1 %

Quelle: „Integrierte Ausbildungsberichterstattung“ auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit, Datenstand: 07.02.2014; Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

derjenigen mit Hochschulreife an den Schulen des Gesundheitswesens¹⁶⁹.

Betrachtet man daneben die Verteilung der Vorbildung in den Ländern, so zeigt sich, dass die regionalen Unterschiede noch größer sind als die Lernortunterschiede: So schwankt der Anteil der Anfänger/-innen mit Hochschulreife im Bildungskonto (I 05) zwischen Sachsen-Anhalt (13 %) und Berlin (45 %), der Anteil derjenigen mit mittlerem Abschluss zwischen Nordrhein-Westfalen (37 %) und Thüringen (68 %).

Um diese Sachverhalte jedoch angemessen zu interpretieren, ist es erforderlich, die regionalen Besonderheiten zu sehen, insbesondere Demografiedaten, Ausbildungsmarktzahlen und die Lage am Arbeitsmarkt (vgl. Kapitel A6.2); nur dann können die Daten in ihren Zusammenhang eingebettet werden. Zusätzlich sind landesspezifische Metadaten zu den Erhebungen erforderlich, da es keine Bundesstatistik in diesem Bereich gibt.

(Friedel Schier)

169 Daten aus der Fachserie 11, Reihe 2.

A5.4 Strukturelle Entwicklungen im berufsbildenden Schulsystem

Vor dem Hintergrund der Heterogenität vollzeitschulischer Ausbildungsgänge in Deutschland und der unterschiedlichen Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituationen in den einzelnen Bundesländern gestalten sich die strukturellen Entwicklungen im berufsbildenden Schulsystem sehr vielfältig. Der jährliche Datenreport zum Berufsbildungsbericht fokussiert ausgewählte Aspekte vollzeitschulischer Ausbildungsgänge mit einem Abschluss außerhalb BBiG/HwO. In diesem Kontext stehen aktuell folgende strukturelle Entwicklungen im Mittelpunkt: die *europass* Zeugniserläuterungen, die Erzieher/-innenausbildung sowie neue Entwicklungen in der Ausbildung bundesrechtlich geregelter Gesundheitsfachberufe.

Europass Zeugniserläuterungen für landesrechtlich geregelte Berufsausbildungsabschlüsse

Europass Zeugniserläuterungen gehören zu den standardisierten und europaweit einheitlichen *europass* Dokumenten. Mit ihnen können Qualifikationen europaweit verständlich dargestellt werden. Sie beschreiben die Standards des jeweiligen Ausbildungsberufs und liefern eine Kurzbeschreibung der durch die Berufsausbildung erworbenen Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen sowie Hinweise zu Dauer, Art und Niveau der Ausbildung. Dies soll die Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer innerhalb Europas erleichtern. Für landesrechtlich geregelte Berufsbildungsabschlüsse, zu denen insbesondere die Assistenten-/Assistentinnenberufe und die Erzieher-/Erzieherinnenausbildung gehören, werden die *europass* Zeugniserläuterungen derzeit von den Kultusministerien der Länder gemeinsam mit dem Sekretariat der Kultusministerkonferenz erarbeitet. Die aktuell verfügbaren Zeugniserläuterungen für Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen und Fachschulen liegen in deutscher, englischer und französischer Sprache vor und werden kontinuierlich ergänzt (vgl. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder 2013a).

Aktuelle Entwicklungen in der Erzieher/-innenausbildung in Deutschland

Die Erzieher/-innenausbildung in Deutschland ist nicht bundeseinheitlich nach Berufsbildungsgesetz (BBiG), sondern landesrechtlich entsprechend den jeweiligen Schulgesetzen geregelt. In einzelnen Aspekten wie z. B. der Gesamtdauer der Qualifizierung gibt es Unterschiede zwischen den Bundesländern. Auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung über Fachschulen (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 7. November 2002 i. d. F. vom 12. Dezember 2013) erkennen die Bundesländer die Abschlüsse gegenseitig an (vgl. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder 2013b, S. 9).

Die Anforderungen an die pädagogische Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher sind in den letzten Jahren gestiegen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere der Bedeutungszuwachs der frühkindlichen Bildung sowie die Aufnahme der Kinder unter 3 Jahren. Aber auch der Fachkräftemangel und der Bedarf an männlichen Fachkräften prägen aktuell die Entwicklungen in diesem Berufsfeld. Diese Herausforderungen haben Auswirkungen auf die Qualifizierung. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Umsetzung eines kompetenzorientierten Qualifikationsprofils (vgl. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder 2011) und aktuelle Modellprogramme als strukturelle Entwicklungen hervorzuheben:

- **Kompetenzorientiertes Qualifikationsprofil für die Erzieherausbildung**
Die in dem „Kompetenzorientierten Qualifikationsprofil für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern an Fachschulen/Fachakademien (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 1. Dezember 2011)“ beschriebenen Kompetenzen sind für die Umsetzung in den Ländern verbindlich. Das Qualifikationsprofil „definiert das Anforderungsniveau des Berufes und erhält die Formulierung der beruflichen Handlungskompetenzen, über die eine qualifizierte Fachkraft verfügen muss, um den Beruf dem Anforderungsniveau entsprechend kompetent ausüben zu können. Darüber hinaus verfolgt das Qualifikationsprofil das Ziel, die Anrechnung von an Fachschulen erworbenen Qualifikationen auf ein Hochschulstudium und umgekehrt zu ermöglichen“ (Sekretariat der Ständigen Konferenz

der Kultusminister der Länder 2011, S. 3). Die Länder sehen in dem Qualifikationsprofil einen Beitrag zur besseren Vergleichbarkeit der erworbenen Qualifikationen und der Erhöhung der Transparenz (vgl. ebd. 2011, S. 8).

- **Modellprogramm „MEHR Männer in Kitas“**
Mit dem Modellprogramm „MEHR Männer in Kitas“ soll der Anteil männlicher Fachkräfte in Kindertagesstätten erhöht werden. 3 Jahre nach Start des Modellprogramms ist die Zahl der männlichen Fachkräfte insgesamt von 9.979 um 51,4% auf 15.113 gestiegen. Das im Jahr 2010 gestartete Modellprogramm, das aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert wurde, hat insgesamt 16 Modellprojekte in 13 Bundesländern auf den Weg gebracht. Zu den unterschiedlichen Ideen, den Anteil männlicher Erzieher in Kindertagesstätten zu steigern, zählten u. a. Schülerpraktika, Schnuppertage, Einbindung beruflicher Quereinsteiger, runde Tische für männliche Erzieher, aktive Väterarbeit sowie eine intensive Öffentlichkeitsarbeit. Auch berufserfahrenen Quereinsteigern soll der Weg geebnet werden. Die Koordinationsstelle „Männer in Kitas“ unterstützt und berät seit 2010 Akteurinnen und Akteure aus der Praxis (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2013).
- **Kita-Tätigkeit begleitende Ausbildung**
Kita-Tätigkeit begleitende Ausbildung ist derzeit nur in Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen möglich. Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit konnten im Jahr 2012 deutschlandweit nur 706 Personen eine Umschulung beginnen. Ziele der nächsten ESF-Förderperiode von 2014 bis 2020 ist die bundesweite Erprobung und Optimierung einer erwachsenengerechten, Kita-Tätigkeit begleitenden Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin und die Erhöhung des Männeranteils an den neuen Modellprojekten auf 40% (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2013).

- **Pilotprojekt des BMWi: „Ausbildung von Arbeitskräften aus Vietnam zu Pflegefachkräften“**
Vor dem Hintergrund des steigenden Bedarfs an Pflegefachkräften in Deutschland nimmt die Gewinnung internationaler Fachkräfte, die nach deutschen Standards ausgebildet werden, an Bedeutung zu. In diesem Kontext können ab Herbst 2013 im Rahmen eines Modellvorhabens des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) rund 100 junge Vietnamesinnen und Vietnamesen in den Bundesländern Berlin, Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen eine Altenpflegeausbildung beginnen¹⁷⁰. In Absprache mit Pflegeverbänden und den Ländern konnten in den genannten Bundesländern entsprechende Ausbildungseinrichtungen gewonnen werden. Ein umfangreiches Angebot zur Begleitung der Teilnehmer/-innen (z. B. durch Regionalkoordination, vietnamesische Mentoren, interkulturelles Training) soll sicherstellen, dass die Pflegekräfte bestens integriert werden und sie die deutschen Pflegestandards erlernen (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2013).
- **Modernisierung der Rettungsassistentenausbildung zum/zur Notfallsanitäter/-in**
Das Gesetz über den Beruf der Notfallsanitäterin und des Notfallsanitäters trat am 1. Januar 2014 in Kraft und löst das Rettungsassistentengesetz vom 10. Juli 1989 ab. Im Rahmen der Neuregelung wurde eine grundlegende Neugestaltung der Ausbildung vorgenommen. Neben der Anhebung der Ausbildungsdauer von bisher 2 Jahren auf 3 Jahre enthält die Neuregelung eine umfassende Beschreibung des Ausbildungsziels und definiert Qualitätsanforderungen an die Schulen und Einrichtungen der praktischen Ausbildung (vgl. Bundesministerium für Gesundheit 2013).

(Maria Zöller)

Berufsausbildung in bundesrechtlich geregelten Gesundheitsfachberufen

Strukturelle Entwicklungen im Bereich der Gesundheitsfachberufe wurden im BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A5.4 aufgezeigt. Ergänzend werden nachfolgend 2 weitere aktuelle Aspekte hervorgehoben:

¹⁷⁰ Modellvorhaben auf der Grundlage der 2012 verabschiedeten „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“ (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A5.4).

A6 Die integrierte Ausbildungsberichterstattung im Überblick

Die integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE) ist ein bundesweites Berichtssystem, mit dessen Hilfe Strukturen und Entwicklungen des beruflichen (Aus-)Bildungsgeschehens abgebildet werden können. Im Mittelpunkt des Systems von (Bildungs-)Sektoren und Konten stehen die formalisierten, quantitativ erfassbaren Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote **E**.

E Grundlagen der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE)

Die iABE stellt Daten bereit zur Nutzung von Bildungsangeboten

- zum „Ausbildungsgeschehen“,
- zu „Sonstigen Wegen“¹⁷¹ der beruflichen Bildung.

Das Ausbildungsgeschehen – nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule (Sekundarstufe I) – wird in 4 Sektoren („Berufsausbildung“, „Integration in Berufsausbildung/Übergangsbereich“, „Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung“ und „Studium“) erfasst, welche sich durch ihre Zielsetzungen unterscheiden (vgl. <http://indikatorik.bibb.de/de/57264.htm>). Im nächsten Schritt werden Bildungsprogramme mit vergleichbarem berufspädagogischen Inhalt zu Konten zusammengefasst und entsprechend ihren Zielen den Sektoren zugeordnet. Der Sektor „Integration in Berufsausbildung (Übergangsbereich)“ besteht z. B. aus 10 Konten, die sich zum Teil aus mehreren Bildungsprogrammen zusammensetzen. Das Ausbildungsgeschehen umfasst im Kernbereich jene Konten, die mittels amtlicher Statistiken quantitativ abgebildet werden können. Die iABE integriert Daten aus unterschiedlichen amtlichen Statistiken die nach dem Bildungsgangprinzip erhoben wurden (z. B. Statistik zu allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, Förderstatistik der BA).

171 Unter „Sonstigen Wegen“ werden weitere Werdegänge von Jugendlichen erfasst: „Beschäftigung mit Qualifizierung“, „Gesellschaftliche Dienste“, „Sonstige Wege mit und ohne abgeschlossene Berufsausbildung“. Die Quantifizierung der „Sonstigen“ dient dem Ziel, den Verbleib aller jungen Menschen vollständig zu dokumentieren.

A6.1 Das Ausbildungsgeschehen auf der Bundesebene

Für die Sektoren und Konten der iABE liegen Daten zu Anfängerinnen und Anfängern, zu Bildungsteilnehmenden – sogenannte „Bestandsdaten“ – sowie zu Absolventen/Abgängern vor.¹⁷² Die Bestandsdaten bilden alle Schüler/-innen bzw. Teilnehmende eines Bildungsganges zu einem Stichtag ab, während die Anfängerdaten nur die Neuzugänge darstellen. Die Zahl der Absolventen/Abgänger setzt sich zusammen aus der Zahl der „erfolgreichen“ Absolventen/Absolventinnen und den „erfolglosen“ Abgängern/Abgängerinnen eines Bildungsganges.¹⁷³

Die Anfänger-, Bestands- und Absolventen-/Abgängerdaten unterscheiden sich erheblich, insbesondere bei mehrjährigen Bildungsgängen. So befanden sich im Jahr 2012 rund 2 Mio. Jugendliche in einer vollqualifizierenden Berufsausbildung (Bestand), während nur rund 727.000 (Anfänger/-innen) eine solche begannen und 703.000 (Absolventen/Abgänger) aus einer solchen entlassen wurden.

Um die Bedeutung der Bildungssektoren bzw. -konten des Ausbildungsgeschehens einordnen zu können, ist es erforderlich, diese an Referenzgrößen zu spiegeln. Je nach Fragestellung müssen unterschiedliche Datentypen (Anfänger/-innen, Bestände, Absolventen/Abgänger) und Bezugsgrößen (z. B. die Wohnbevölkerung einer Altersgruppe oder die Summe aller Anfänger/-innen) ins Verhältnis gesetzt werden: So sind z. B. für die Frage, in welchen Bildungssektoren sich die Jugendlichen eines bestimmten Alters befinden, die Jugendlichen der Altersgruppe (Bestandsdaten) in Relation zur Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter zu setzen (z. B. Jugendliche in Bildung im Alter von 15 bis 19 Jahren – Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 19 Jahren). Geht es um die Bedeutung der einzelnen Sektoren des Ausbildungsgeschehens, so werden die Anfänger/-innen eines Sektors ins Verhältnis zu allen Anfängern und Anfängerinnen des Ausbildungsgeschehens gesetzt

172 Zur genauen Definition der Anfänger-, Bestands- und Absolventen-/Abgängerdaten sowie zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden der unterschiedlichen Indikatoren vgl. Dionisius/Lissek/Schier 2012.

173 Vorzeitige Aussteiger, d. h. die Jugendlichen, die einen Bildungsgang während des Schuljahres verlassen, werden weder als Absolventen noch als Abgänger erfasst.

Schaubild A6.1-1: Junge Menschen in formaler Bildung nach Altersgruppen 2006 bis 2012 (in %) (Bestandsdaten; 100 % = Wohnbevölkerung im jeweiligen Alter)

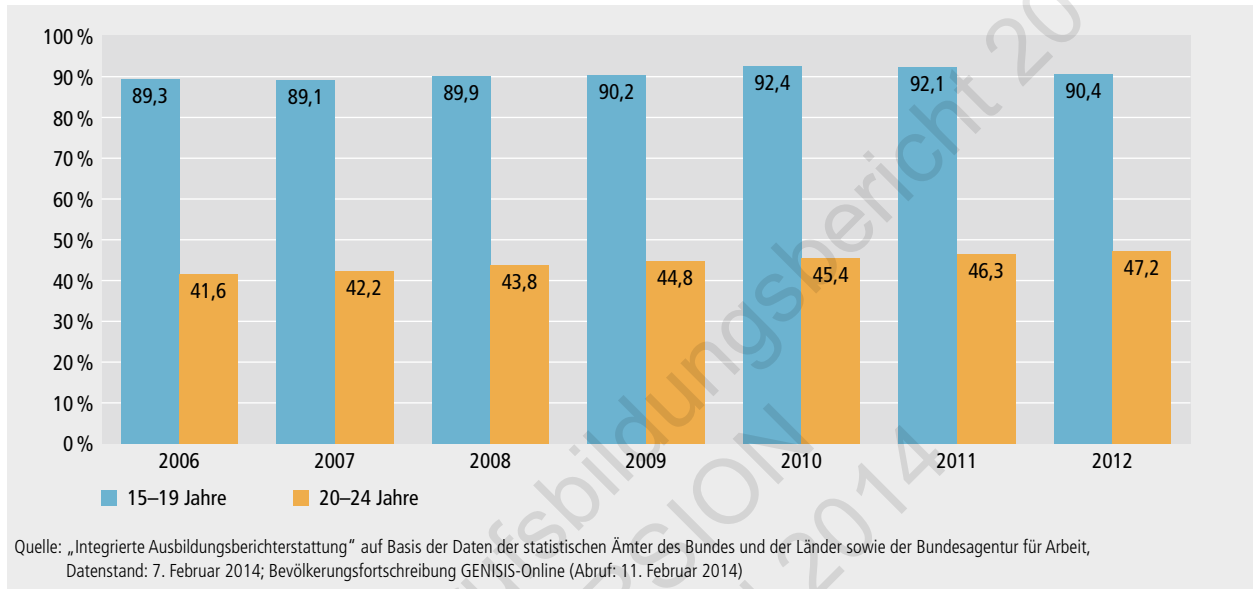


Schaubild A6.1-2: Jugendliche in den Sektoren der iABE nach Alter 2012 (in %) (Bestandsdaten; 100 % = Wohnbevölkerung im jeweiligen Alter)

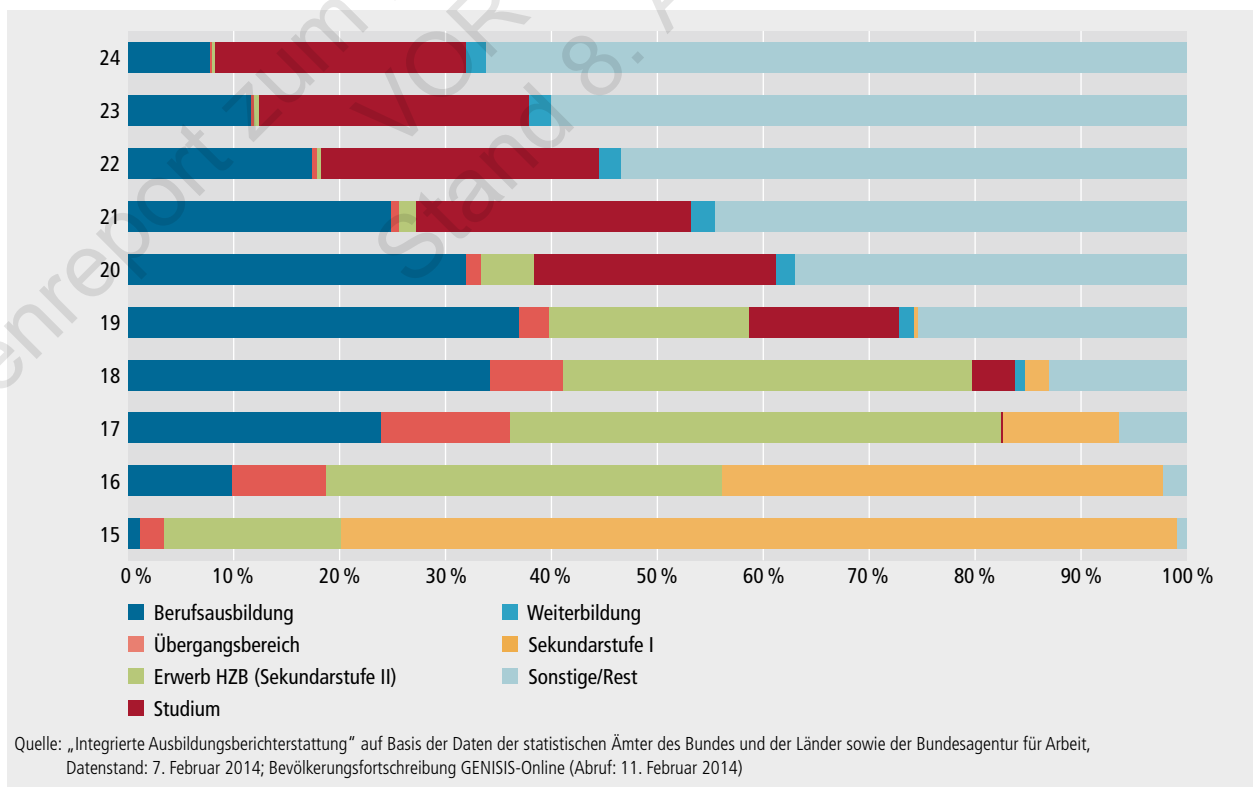


Tabelle A6.1-1: Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) sowie ausgewählte Referenzgrößen – Bundesübersicht 2005 bis 2013 (Teil 1)

Sektoren Konten der iABE	2013 ¹		2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	Veränderung 2013 zu 2005 (in %)
	Anfänger/- innen (absolut)	Anteil der Konten am Sektor (in %)									
I Sektor: Berufsausbildung	718.630	100	726.560	741.023	729.577	728.484	776.917	788.893	751.563	739.149	-2,8
I 01 Berufsausbildung im dualen System nach BBiG/HwO	477.457	66,4	484.200	502.181	489.040	491.211	526.719	535.956	498.597	481.854	-0,9
I 01a Kooperatives BG in Teilzeit ³	19.970	2,8	21.323	21.396	20.860	21.307	32.605	33.504	32.874	35.488	-43,7
I 02 Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	4.903	0,7	5.506	5.874	6.118	6.709	8.780	9.813	11.903	11.472	-57,3
I 03 Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	15.793	2,2	17.564	19.223	20.677	23.352	25.693	29.683	31.341	32.514	-51,4
I 04 Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln	24.294	3,4	24.234	24.379	25.718	25.623	34.191	32.171	31.477	29.159	-16,7
I 05 Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildung in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens ⁴	167.252	23,3	164.776	160.141	159.850	153.840	143.295	143.099	140.503	142.709	17,2
I 06 Berufsausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis (Beamtenausbildung mittlerer Dienst) ⁵	8.961	1,2	8.957	7.829	7.314	6.442	5.634	4.667	4.868	5.953	50,5
II Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)	257.626	100,0	259.727	281.662	316.494	344.515	358.969	386.864	412.083	417.647	-38,3
II 01 Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss der Sekundarstufe I vermitteln	49.905	19,4	52.086	49.182	54.180	59.812	59.940	63.976	67.949	68.095	-26,7
II 02a Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, die angerechnet werden kann	36.127	14,0	35.708	44.051	47.479	49.821	51.776	55.548	59.341	58.706	-38,5
II 02b Berufsbildungsjahr (Vollzeitschulisch)	27.352	10,6	26.938	28.144	30.620	32.473	42.688	44.337	46.446	48.581	-43,7
II 03a Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, ohne Anrechnung	21.127	8,2	17.682	21.816	24.790	28.226	29.841	31.947	27.811	29.106	-27,4
II 03b Berufsvorbereitungsjahr inkl. einjähriger Berufseinsteigklassen ⁶	42.347	16,4	41.061	38.479	40.661	41.973	42.571	46.841	55.339	58.431	-27,5
II 03c Bildungsgänge an Berufsschulen für erwerbstätigenwerbslose Schüler ohne Ausbildungsvertrag	15.748	6,1	16.285	16.250	19.186	20.875	21.364	25.789	28.671	27.035	-41,7
II 03d Bildungsgänge an Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeine Abschlüsse der Sekundarstufe I anstreben ⁸	2.304	0,9	2.389	6.127	6.808	8.968	9.958	11.498	13.192	13.477	-82,9
II 04 Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen	3.894	1,5	3.835	3.821	3.854	3.724	3.531	3.391	3.561	3.524	10,5
II 05 Berufsvorbereitende Bildungsgänge der Bundesagentur für Arbeit	47.496	18,4	51.274	58.389	69.933	77.934	78.080	80.193	86.171	91.811	-48,3
II 06 Einstiegsqualifizierung (Bundesagentur für Arbeit)	11.326	4,4	12.469	15.403	18.983	20.709	19.220	23.344	23.602	18.881	-40,0
Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeitsverwaltung an beruflichen Schulen ⁹	22.981	8,9	25.099	27.136	32.448	34.712	36.715	39.727	41.703	44.444	-48,3

Tabelle A6.1-1: Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) sowie ausgewählte Referenzgrößen – Bundesübersicht 2005 bis 2013 (Teil 2)

Sektoren Konten der iABE ²	Anfänger/- innen (absolut)	Anteil der Konten am Sektor (in %)	2013 ¹	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	Veränderung 2013 zu 2005 (in %)
			525.018	505.935	492.696	554.704	526.684	514.603	466.700	454.423	15,5	
III Sektor: Erwerb HZB (Sekundarstufe II)		100										
III 01 Bildungsgänge an Fachoberschulen, die eine HZB vermitteln, ohne vorangehende Berufsausbildung	59.811	11,4	57.041 ³	67.975	68.846	65.969	62.560	63.861	60.898			-1,8
III 02 Bildungsgänge an Fachgymnasien (Berufliche Gymnasien), die eine HZB vermitteln	64.698	12,3	61.252	56.468	57.203	52.737	52.692	52.546	51.715			25,1
III 03 Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine HZB vermitteln	42.815	8,2	41.942	43.464	42.897	32.649	32.158	34.050	34.395			24,5
III 04 Sekundarstufe II an allgemeinbildenden Schulen	357.694	68,1	345.700	335.847	385.758	363.248	316.054	316.243	307.415			16,4
IV Sektor: Studium^{10,11}	510.672	100	498.636	428.000	447.890	400.600	373.510	355.472	366.242			39,4
Insgesamt^{12,13}	2.011.945		1.990.857	2.037.687	2.048.665	2.051.090	2.012.731	1.985.819	1.977.464			1,7
Ausgewählte Referenzgrößen		2013	2010	2009	2008	2007	2006	2005				Veränderung 2013 zu 2005 (in %)
Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 19 Jahren	4.009.000		4.071.631	4.140.394	4.080.462	4.479.630	4.642.964	4.835.789				-17,1
Absolventen/Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen	879.735		851.409	870.744	907.083	942.129	946.764	939.279				-6,3
Altbewerber/-innen	231.400		233.546	240.913	260.942	320.393	384.878	342.060				-32,4
Ausbildungsplatzangebot	564.249		584.547	599.070	579.564	635.758	644.028	591.540				0,3
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September (BBIG/HWO) insgesamt	530.715		551.271	569.379	559.959	616.342	625.885	576.153				-3,5
Arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren (Jahresdurchschnitt)	46.518		46.693	47.748	55.268	66.646	82.821	109.158				-62,5

¹ Vorläufige Ergebnisse.

² Für Hinweise/Metadaten zu den Jahren 2005 bis 2013 vgl. Statistisches Bundesamt: Schnellmeldungen Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern; Qualitäts- und Ergebnisbericht – Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wiesbaden 2011.

³ Eine abweichende Zuordnung des BGI-Kooperativ führt zu geringfügigen Unterschieden für die Sektoren Berufsausbildung und Übergangsbereich mit den Ergebnissen des Landesprojektes zur integrierten Ausbildungsberichterstattung in Hessen.

⁴ Zu den Schulen des Gesundheitswesens in Hessen besteht keine gesetzliche Auskunftspflicht; daher kein vollständiger Nachweis.

⁵ Beamtenausbildung; ohne Beamtenanwärter des Bundes, deren Dienort im Ausland ist (Vorjahresdaten).

⁶ Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltungen, soweit möglich (nicht in Rheinland-Pfalz).

⁷ Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltungen, soweit möglich (nicht in Baden-Württemberg).

⁸ Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltungen, soweit möglich.

⁹ Wegen möglicher Doppelzählungen werden Anfänger/-innen nur nachrichtlich ausgewiesen.

¹⁰ Inkl. Studierender im 1. Studienjahr an Berufsakademien (Vorjahresdaten).

¹¹ In Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen 2012 sowie in Nordrhein-Westfalen 2013 doppelte Abiturientenjahrgang; in Hessen 2012–2014 teilweise doppelte Abiturientenjahrgänge durch die verteilte Einführung von G8 über 3 Jahre.

¹² Anfängerdefinition teilweise landesspezifisch, teilweise 1. Jahrgangsstufe (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen).

¹³ Für das Berichtsjahr 2013 zum Teil Vorjahresdaten in Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland.

Quelle: Integrierte Ausbildungsberichterstattung auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit (Schnellmeldung 7. März 2014 und Arbeitsunterlage 3. Juli 2014); Bevölkerungsforschung auf Basis der Volkszählung 1987; Bevölkerungsberechnung (mittlere Bevölkerung Untergrenze), Genesis-Online Datenbank (Abruf: 11. Februar 2014); BIBB-Datenreport 2013 (vgl. BIBB-Datenreport 2014, Kapitel A.1), KMK: Absolventen der allgemeinbildenden Schulen (Dokumentation 1982/2012 und 2002/2013); Bundesagentur für Arbeit (2013); Ausbildungsstellenmarkt und Arbeitsmarkt in Zahlen

(z. B. Anfänger/-innen im Sektor „Berufsausbildung“ – alle Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen).¹⁷⁴

Zur Einschätzung der Bildungssituation können auch weitere Bezugsgrößen hinzugezogen werden, wie beispielsweise die Absolventen/Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen, das Ausbildungsplatzangebot, die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30. September (nach BBiG/HwO) oder die arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren → **Tabelle A6.1-1**.

E Vergleich der Indikatoren

Sowohl die iABE als auch der Bericht „Bildung in Deutschland“ nutzen Anfängerdaten der „Statistik Berufliche Schulen“, die nach dem „Bildungsgangprinzip“ erhoben wurden (vgl. **E** in Kapitel A5). Obwohl beide Berichtssysteme die gleichen Daten nutzen, haben die Indikatoren einen anderen Fokus: Die Bezugsgrößen bilden unterschiedliche Grundgesamtheiten ab.

Die Anfänger/-innen im Sektor „Berufsausbildung“ ergeben in Bezug zu den Anfängern/Anfängerinnen in den 4 iABE-Bildungssektoren den Indikator „Relative Bedeutung der Wege zur Berufsausbildung“; dieser beträgt 35,5 % (2010).

Die Autorengruppe Bildungsberichterstattung fokussiert auf das „berufliche Ausbildungssystem“ und unterscheidet dort 3 Sektoren: duales System, Schulberufssystem, Übergangssystem.

Der Bericht „Bildung in Deutschland“ weist eine Quote der Neuzugänge ins duale System mit 47,4 % aus (2010), als Anteil der Neuzugänge ins duale System an der Summe aller Neuzugänge ins Ausbildungssystem (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, S. 102).

Indikatoren zur Bildungsbeteiligung von Jugendlichen

Setzt man die jungen Menschen im Alter von 15 bis 19 Jahren im Ausbildungsgeschehen ins Verhältnis zur gleichaltrigen Wohnbevölkerung, so befanden sich im Jahr 2012 in Deutschland ca. 63 % im Aus-

bildungsgeschehen. Wenn man die Jugendlichen hinzurechnet, die die Sekundarstufe I besuchten (27,0 %), oder sich bereits in Weiterbildung befanden (0,5 %) besuchten insgesamt 90,4 % der jungen Menschen unter 20 Jahren¹⁷⁵ ein Bildungsangebot beruflicher oder allgemeinbildender Art.

Das → **Schaubild A6.1-1** stellt die Veränderung des Anteils der Jugendlichen dar, die sich in formaler Bildung befanden. Während sich der Anteil der Jugendlichen in formaler Bildung in der Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen zwischen 2006 und 2012 kaum verändert hat (+1,1 Prozentpunkte), stieg er für die Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen um rund 5,6 Prozentpunkte. Steigende Anteile von Jugendlichen in formaler Bildung sind aber nicht per se als positiv zu bewerten, genauso wenig wie fallende Anteile grundsätzlich negativ eingeschätzt werden sollten.¹⁷⁶ Um eine angemessene Einschätzung vornehmen zu können, ist es wichtig, den Bereich der „Sonstigen/Rest“ möglichst vollständig aufzuklären. So wäre beispielsweise ein sinkender Anteil von jungen Erwachsenen in formaler Bildung nicht als negativ zu bewerten, wenn gleichzeitig der Anteil der Erwerbstätigen mit abgeschlossener Berufsausbildung steigen würde.

Das → **Schaubild A6.1-2** zeigt, welche Qualifizierungsangebote junge Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren besuchten – geordnet nach den Sektoren des Ausbildungsgeschehens. Es zeigt eine deutliche qualifikationsspezifische Prägung der jeweiligen Altersgruppe:

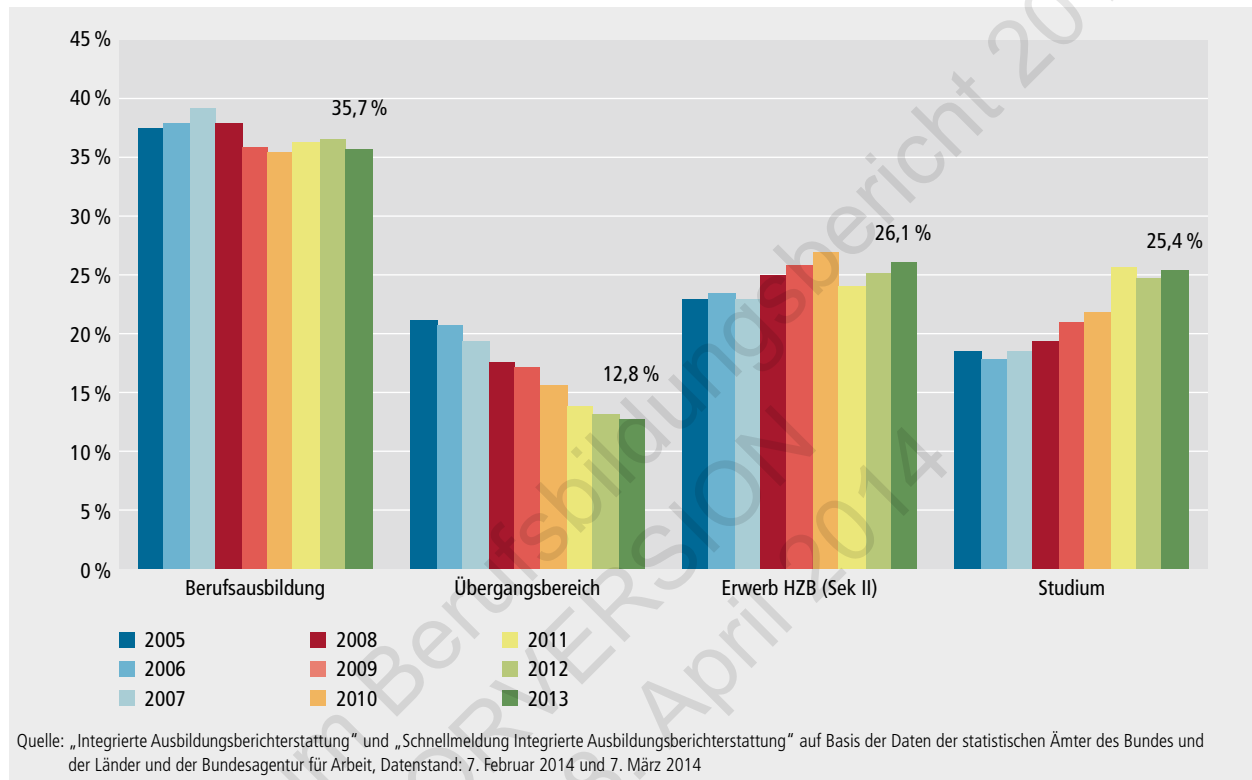
- In der Altersgruppe der 15-Jährigen befanden sich noch 79,1 % der Jugendlichen in der „Sekundarstufe I“.
- Der Anteil der Jugendlichen im Übergangsbereich war im Alter von 17 Jahren vergleichsweise hoch (12,2 %).
- Unter den 19-Jährigen waren die meisten Jugendlichen in „Berufsausbildung“ (37 %).

¹⁷⁵ Nach der Berechnung der OECD liegt die Bildungsbeteiligung der Altersgruppe im Jahr 2011 bei 92 %. Dieser Wert liegt oberhalb des OECD-Durchschnitts (84 %) und auch über dem Durchschnitt der EU-21 (87 %) (vgl. OECD 2013, S. 330).

¹⁷⁶ Es kann sein, dass die jüngere Altersgruppe nach der Schule stärker in non-formale Angebote wie Freiwilligendienste einmündet; ältere Jugendliche können wieder stärker an formaler Bildung partizipieren, wenn sie z. B. Angebote der Zweit- oder Weiterbildung stärker nutzen.

¹⁷⁴ Detaillierte Indikatorenbeschreibungen finden sich unter <http://indikatorik.bibb.de/de/62264.htm>.

Schaubild A6.1-3: **Entwicklung der Sektorenanteile am Ausbildungsgeschehen 2005 bis 2013**
(100 % = alle Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen)



- Der Anteil der „Sonstigen/Rest“ nahm bei den Älteren erwartungsgemäß zu und hatte in der Altersklasse der 24-Jährigen einen Anteil von 66,1%.¹⁷⁷

Indikatoren zur Bedeutung der Bildungssektoren

Im Jahr 2013 beginnen 35,7 % der Anfänger/-innen des Ausbildungsgeschehens eine vollqualifizierende Berufsausbildung (718.630), während 12,8 % in den Übergangsbereich (257.626) einmünden. Rund 26,1 % streben eine Hochschulzugangsberechtigung (525.018) an. Zugleich beginnen 25,4 % ein Studium (510.672) → [Schaubild A6.1-3](#).

Betrachtet man die Anfängerzahlen 2013, so sind im Vergleich zu 2005 ca. 160.000 Jugendliche (-38,3 %) weniger in die Maßnahmen des Übergangsbereichs eingemündet. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Anfänger/-innen im größten Sektor, der Berufsausbildung, um 2,8 % gefallen. Die Zahl der jungen Menschen, die eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben wollen, ist seit 2005 um 15,5 % gestiegen, und die Zahl der Studienanfänger/-innen hat sich um 39,4 % erhöht → [Tabelle A6.1-1](#).

Das → [Schaubild A6.1-3](#) zeigt ergänzend die Entwicklung der Bedeutung der Bildungssektoren. Hier wird der Anfängeranteil des jeweiligen Sektors an der Summe aller Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen abgebildet. Die Entwicklung der Anteile entspricht der Entwicklung der Absolutwerte: Auch relativ betrachtet gehen seit 2005 die Sektoren „Berufsausbildung“ (-1,7 Prozentpunkte) und „Integration in Berufsausbildung“ (-8,3 Prozentpunkte) zurück, während die Sektoren „Erwerb der

¹⁷⁷ Unter den „Sonstigen/Rest“ werden sowohl junge Menschen erfasst, die sich in nonformalen Ausbildungs- und Qualifizierungsangeboten befinden, als auch Personen, die sich bereits im Erwerbsleben befinden. Die Quantifizierung dieses Bereiches dient dem Ziel, den Verbleib einer Altersklasse vollständig zu dokumentieren.

Hochschulzugangsberechtigung“ (+3,1 Prozentpunkte) und „Studium“ (+6,9 Prozentpunkte) angestiegen sind.

Insgesamt muss berücksichtigt werden, dass in den letzten Jahren die Umstellung auf das 8-jährige Gymnasium (G8) – zeitversetzt in den einzelnen Bundesländern¹⁷⁸ – doppelte Entlassjahrgänge nach der Sekundarstufe I bzw. nach dem Abitur hervorgerufen hat. Im Ausbildungsgeschehen stiegen in den entsprechenden Jahren die Anfänger/-innen in den Sektoren „Erwerb der HZB (Sek II)“ (verkürzte Mittelstufe) und im Sektor „Studium“ (doppelte Abiturjahrgänge). Im Jahr 2010 zeigte sich beispielsweise deutlich der Ausschlag des bevölkerungsreichsten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen im Sektor „Erwerb der HZB (Sek II)“ sowie 3 Jahre später im Sektor „Studium“.

A6.2 Das Ausbildungsgeschehen in den Bundesländern

Die Bedeutung der Bildungssektoren in den Bundesländern stellt sich unterschiedlich dar: In den Sektoren „Berufsausbildung“ und „Integration in Berufsausbildung (Übergangsbereich)“ zeigen sich z. B. deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland → **Schaubild A6.2-1**. So beträgt der Anteil des Sektors „Berufsausbildung“ am Ausbildungsgeschehen im Osten rund 39,1 %, während er im Westen bei rund 35,1 % liegt. Die niedrigsten Werte verzeichnet das Land Baden-Württemberg (30,9 %), die höchsten Werte das Land Sachsen-Anhalt (45,0 %). Auch der Übergangsbereich zeigt eine große Varianz zwischen den einzelnen Bundesländern mit einem generellen Unterschied von Ost und West: Der Anteil des Übergangsbereichs ist im Westen (13,7 %) stärker ausgeprägt als im Osten (7,8 %). Den höchsten Wert erreicht Schleswig-Holstein (19,5 %), den niedrigsten Brandenburg (6,9 %).

178 Doppelte Abiturjahrgänge: 2007 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt; 2008 Mecklenburg-Vorpommern; 2009 Saarland; 2010 Hamburg; 2011 Bayern, Niedersachsen; 2012 Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen; 2013 Hessen (1,5-facher Jahrgang), Nordrhein-Westfalen; 2016 Schleswig-Holstein (vgl. Kultusministerkonferenz 2011, S. 65).

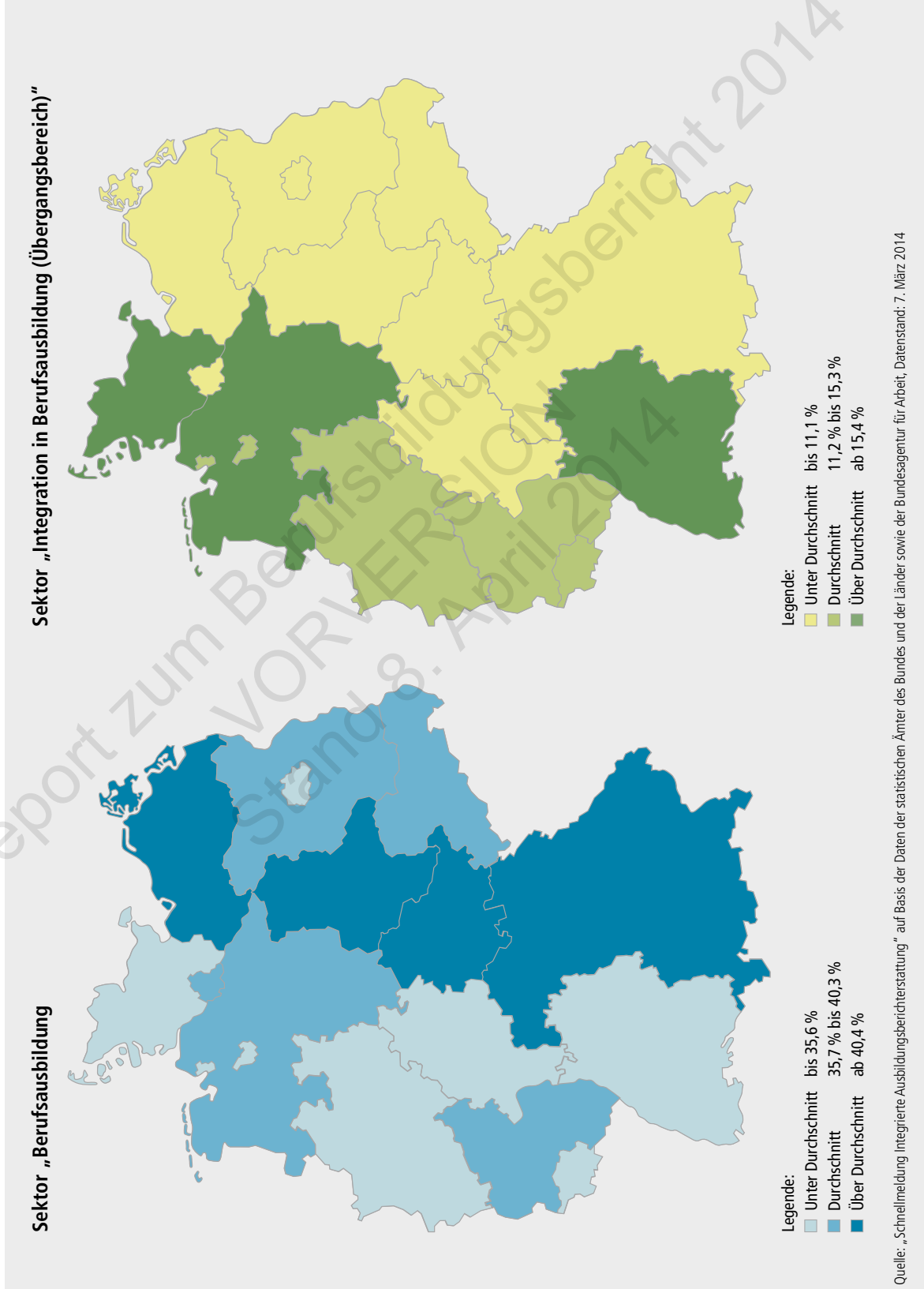
Wie bedeutsam die Bildungssektoren und Konten im jeweiligen Land sind, hängt insbesondere vom Umgang mit der Ausbildungsplatzsituation, der demografischen Entwicklung sowie der Lage am Arbeitsmarkt ab.

So können die im → **Schaubild A6.2-1** deutlich hervortretenden Ost-West-Unterschiede zum Teil auf den unterschiedlichen „institutionellen Umgang“ mit erfolglosen Ausbildungsplatzbewerbern (Eberhard/Ulrich 2011) zurückgeführt werden: Jugendliche, die in der dualen Ausbildung keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, münden in Ostdeutschland vor allem in vollqualifizierende schulische (insbesondere in sogenannte „Assistentenberufe“, vgl. **Kapitel A5**) oder außerbetriebliche Berufsausbildungen ein; sie werden entsprechend im Sektor „Berufsausbildung“ gezählt. Betrachtet man den Übergangsbereich in den einzelnen Bundesländern genauer, so finden sich auch innerhalb desselben Sektors beträchtliche Unterschiede in der Angebotspalette: So wird beispielsweise das Berufsgrundbildungsjahr nur in rund der Hälfte der Länder angeboten; Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen sind nur in 2 Bundesländern etabliert. Lediglich die von der Bundesagentur für Arbeit (BA) finanzierten Maßnahmen (BvB, EQ) werden in allen 16 Bundesländern angeboten (vgl. Dionisius/Lissek/Schier 2011, S. 5).

Ein Teil der Ost-West-Unterschiede kann auf die unterschiedlichen demografischen Entwicklungen zurückgeführt werden: Die verringerten Schülerzahlen aufgrund zurückgegangener Geburten in den 1990er-Jahren führten zu einer stärkeren Entlastung der Ausbildungsnachfrage in den neuen Bundesländern als in den alten Bundesländern. So verzeichneten die neuen Bundesländer zwischen 2005 und 2012 rund 50 % weniger Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren; im gleichen Zeitraum ist die Anzahl der Jugendlichen im Westen nur um rund 8 % gesunken. Den stärksten Rückgang gab es in Mecklenburg-Vorpommern (-58 %), die schwächsten Rückgänge in Hamburg und Niedersachsen (-3,5 %).

Auch die Lage am Arbeitsmarkt bestimmt die Bedeutung der Bildungssektoren: In Ländern mit guter

Schaubild A6.2-1: Anteile der Sektoren am Ausbildungsgeschehen in den Bundesländern 2013
 (100 % = alle Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen)



Beschäftigungslage münden überdurchschnittlich viele Jugendliche in duale Berufsausbildung ein (vgl. Kapitel A2). Dies gilt auch für die Stadtstaaten. Allerdings steigt bei den Ländern mit einem überdurchschnittlich günstigen und aussichtsreichen Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen auch die Zahl der Einpendler. So ist zum Beispiel in ländlichen Regionen mit geringer Einwohnerdichte eine ausgeprägte Bereitschaft zur regionalen Mobilität zu erkennen.¹⁷⁹ Unter Druck geraten in diesem Fall besonders ansässige Schulabgänger/-innen, die sich – trotz günstigen Ausbildungsplatzangebots – mit einer starken Konkurrenz auseinandersetzen müssen. Die schulischen Bildungsangebote sind hingegen eher beschäftigungsunabhängig.

Dass bei der Interpretation der Daten immer die landesspezifischen Besonderheiten berücksichtigt werden müssen, verdeutlicht folgendes Beispiel: Das Land Baden-Württemberg verzeichnet einen relativ hohen Anteil von Anfängern/Anfängerinnen im Übergangsbereich (18,2%). Auf Basis dieser Daten könnte vermutet werden, dass ausbildungsinteressierte Jugendliche in Baden-Württemberg entweder zu großen Teilen als nicht „ausbildungsreif“ eingestuft werden oder als sogenannte „Marktenachteiligte“ in den Übergangsbereich gedrängt werden. Die wirtschaftliche Situation des Landes sowie die Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Jugendlichen (EQI) in die duale Berufsausbildung war 2012 in Baden-Württemberg jedoch besser als im Bundesdurchschnitt. Eine Erklärung für diese widersprüchlichen Daten findet sich unter anderem in den Besonderheiten der baden-württembergischen Ausbildungstradition: Ein Teil der Jugendlichen absolviert zunächst einen Bildungsgang an einer Berufsfachschule, der formal dem Übergangsbereich zugerechnet wird – obwohl Ausbildungs(vor)verträge mit Betrieben

179 In der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2006 gaben 47 % der Bewerber/-innen aus den Regionen mit weniger als 100 Einwohnern je km² an, sich auch auf Lehrstellen beworben zu haben, die mehr als 100 km vom Heimatort entfernt lagen. In den Großstädten mit einer Einwohnerdichte von 1.000 und mehr waren es dagegen nur 19 %. Die unterschiedliche Mobilitätsneigung bei den Land- und Großstadtjugendlichen führt dazu, dass die Nettobewegungen in die Ballungszentren nahezu allesamt positiv ausfallen: Es finden mehr Jugendliche aus dem regionalen Umfeld ihren Ausbildungsplatz in den Großstädten, als Großstadtjugendliche ihre Ausbildung außerhalb der Heimatregion antreten (vgl. Ulrich/Eberhard/Krekel 2007).

vorliegen (Landesinstitut für Schulentwicklung und Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011, S. 158 ff.).

Betrachtet man die Veränderung der Bildungssektoren in den verschiedenen Bundesländern über die Zeit, so zeigen sich auch hier deutliche Unterschiede: Beispielsweise sank die Zahl der Anfänger/-innen im Sektor „Berufsausbildung“ in Mecklenburg-Vorpommern um 46 %, während sie in Hamburg um rund 18 % anstieg. Im Übergangsbereich ist die Tendenz in allen Bundesländern rückläufig; die Größenordnungen unterscheiden sich jedoch erheblich: Während die Anzahl der Anfänger/-innen in Thüringen um mehr als 69,8 % zurückging, waren es in Schleswig-Holstein nur gut 0,3 % weniger. Für Erklärungen müssen auch hier wieder die institutionellen Angebote der Länder, die unterschiedlichen demografischen Entwicklungen sowie die Lage am Arbeitsmarkt herangezogen werden. Am Beispiel von Thüringen und Schleswig-Holstein soll dies kurz skizziert werden:

- Für Thüringen zeigen die Daten der iABE, dass die Anzahl der Anfänger/-innen sowohl im Übergangsbereich als auch im Sektor „Berufsausbildung“ seit dem Jahr 2005 gesunken ist. Dies ist insbesondere auf die demografische Entwicklung zurückzuführen: Im Zeitraum von 2005 bis 2012 sank die Anzahl der 15- bis 19-Jährigen um 53,7 % von ca. 152.000 auf 71.000. Diese deutlich geringere Zahl von Jugendlichen konnte auf dem Ausbildungsstellenmarkt besser versorgt werden. Dies zeigen auch die gestiegene Angebots-Nachfrage-Relation (2007¹⁸⁰ = 88 % und 2012 = 101,2 %, vgl. Kapitel A1.1) sowie die im gleichen Zeitraum um rund 65 % gesunkene Anzahl von Arbeitslosen unter 20 Jahren (Rückgang von 2.872 auf 991). Entsprechend ist im Vergleich zu anderen Bundesländern der Anteil von Jugendlichen im Übergangsbereich, die bereits über einen Realschulabschluss verfügten – also sich vermutlich in sogenannten „Warteschleifen“ befinden –, mit 10,2 % vergleichsweise niedrig (Bundesdurchschnitt = 25,3 %).

180 Zahlen zur erweiterten ANR sowie zu den Arbeitslosen liegen erst ab dem Jahr 2007 vor.

Tabelle A6.2-1: Anfänger/-innen in den Sektoren 2005 und 2013 nach Bundesländern

	Sektor „Berufsausbildung“			Sektor „Integration in Berufsausbildung (Übergangsbereich)“		
	2005	2013	Veränderung zu 2005	2005	2013	Veränderung zu 2005
Deutschland	739.150	718.630	-2,8 %	417.649	257.626	-38,3 %
Baden-Württemberg	99.364	96.042	-3,3 %	78.606	56.740	-27,8 %
Bayern	105.467	111.176	5,4 %	37.756	19.198	-49,2 %
Berlin	28.779	29.955	4,1 %	12.252	6.443	-47,4 %
Brandenburg	24.343	14.011	-42,4 %	6.374	2.584	-59,5 %
Bremen	6.988	7.360	5,3 %	3.894	3.223	-17,2 %
Hamburg	15.375	18.201	18,4 %	8.522	3.595	-57,8 %
Hessen	50.557	51.348	1,6 %	28.860	16.967	-41,2 %
Mecklenburg-Vorpommern	20.069	10.770	-46,3 %	5.477	2.049	-62,6 %
Niedersachsen	73.359	79.048	7,8 %	65.290	40.003	-38,7 %
Nordrhein-Westfalen	149.862	167.401	11,7 %	88.614	61.149	-31,0 %
Rheinland-Pfalz	34.313	36.445	6,2 %	24.846	14.462	-41,8 %
Saarland	7.364	8.430	14,5 %	5.333	3.842	-28,0 %
Sachsen	47.336	29.290	-38,1 %	16.775	5.577	-66,8 %
Sachsen-Anhalt	26.841	17.398	-35,2 %	9.890	3.801	-61,6 %
Schleswig-Holstein ¹	23.457	25.934	10,6 %	14.949	14.907	-0,3 %
Thüringen	25.675	15.821	-38,4 %	10.211	3.086	-69,8 %
Ost	173.043	117.245	-32,2 %	60.979	23.540	-61,4 %
West	566.106	601.385	6,2 %	356.670	234.086	-34,4 %

¹ Die Entwicklung der Anfängerdaten in Schleswig-Holstein ist zu einem Großteil auf geänderte Zuordnungen von Bildungsgängen zurückzuführen und daher im Zeitverlauf nicht vergleichbar.

Quelle: „Integrierte Ausbildungsberichterstattung“ und „Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung“ auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit, Datenstand: 7. Februar 2014 und 7. März 2014

- Für Bremen zeigen die Daten ein anderes Bild: Während die Anzahl der Anfänger/-innen im Sektor „Berufsausbildung“ um rund 5,3 % stieg, sanken die Einmündungen in den Übergangsbereich nur um 17,2 %. Der demografische Effekt ist in Bremen mit einem Rückgang der 15- bis 19-Jährigen von 2005 bis 2012 um 7,2 % vergleichsweise moderat. Entsprechend wird der Ausbildungsstellenmarkt zwar entlastet, jedoch weniger stark. Auch sank der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren um 20,1 %, doch blieb die Angebots-Nachfrage-Relation (2007 = 85,1 % und 2012 = 92,4 %) unter 100. Entsprechend fanden sich im Bremer Über-

gangsbereich mehr Jugendliche in „Warteschleifen“ – rund ein Drittel verfügte bereits über einen Realschulabschluss. Gleichzeitig nutzten 30,3 % der Jugendlichen die Übergangsangebote des Bundeslandes¹⁸¹ zum Erwerb eines höheren allgemeinbildenden Abschlusses (vgl. Kapitel A6.3).

¹⁸¹ Ohne Maßnahmen der BA.

A6.3 Zusätzlich erworbene allgemeinbildende Abschlüsse im Übergangsbereich

Die iABE umfasst im Sektor „Integration in Berufsausbildung (Übergangsbereich)“ 10 Bildungskonten, d. h. Maßnahmen und Schulangebote für Jugendliche nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule, die nicht zu einem beruflichen Abschluss führen. Sie unterscheiden sich in Voraussetzungen, Inhalten und Zielen. Nach Beicht (2010) erfüllt der Übergangsbereich 3 Funktionen: den Erwerb der Ausbildungsreife, den Erwerb höherer Bildungsabschlüsse und die Überbrückung der Ausbildungslosigkeit. Hier soll der Erwerb höherer Bildungsabschlüsse näher betrachtet werden.

Auf Basis der iABE-Daten kann für die Maßnahmen des Übergangsbereichs der Anteil der Absolventen/Abgänger mit „zusätzlich erworbenem allgemeinbildenden Abschluss“ **E** als sogenannte „Höherqualifizierungsquote“ berechnet werden. Die Quote zeigt an, wie viele Jugendliche – gemessen an der Zahl der Absolventen/Abgänger – einen zusätzlichen allgemeinbildenden Abschluss erworben haben und damit ihre Qualifikation verbessern konnten. Hierdurch können sich ihre Chancen auf dem Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt erhöhen.

E Absolventen/Abgänger im Übergangsbereich

Für die Darstellung des Sektors „Integration in Berufsausbildung (Übergangsbereich)“ werden in der integrierten Ausbildungsberichterstattung Daten aus

- der Statistik Berufliche Schulen von Destatis (Konten II 01 bis II 03d) und
- der Förderstatistik der BA (Konten II 04 und II 05) zusammengeführt (integriert).

Generell übernimmt die iABE – weil der Großteil der Konten hierüber abgebildet wird – die Begrifflichkeiten der Statistik Berufliche Schulen. Hier werden „Anfänger/-innen“, „Bestände (Schüler/-innen)“ und „Absolventen/Abgänger“ definiert. Die BA erhebt Daten zu den „Zugängen“, „Beständen“ und „Abgängen“ nach dem sogenannten „Stock-Flow-Modell“. Diese sind nur eingeschränkt mit den Daten der Schulstatistik vergleichbar. Für die berufsvor-

reitenden Maßnahmen (BvB) sowie die Einstiegsqualifizierungen (EQ) der BA wird in der iABE – stellvertretend für die „Anfänger/-innen“, „Bestände“ und „Absolventen/Abgänger“ – der Bestand am Jahresende verwendet. Dabei wird unterstellt, dass bei unterjährigen Maßnahmen davon ausgegangen werden kann, dass gilt: Eintritte = Bestände = Austritte. Da das Ausbildungsjahr im September beginnt und bis Dezember auch die unvermittelten Ausbildungsplatzbewerber/-innen alternativ eingemündet sein sollten, wurde der Stichtag für Maßnahmen der BA am Jahresende gewählt.

Auch im Hinblick auf die bezüglich der „Absolventen/Abgänger“ bzw. „Austritte“ erhobenen Merkmale unterscheiden sich die Schul- und die Förderstatistik. Während die „Absolventen/Abgänger“ nach dem Merkmal „mit neu erworbenem Hauptschulabschluss“, „mit neu erworbenem Realschulabschluss“ ausgewertet werden können, stellt die BA folgende Merkmale zur Verfügung: „Hauptschulabschluss angestrebt“, „Hauptschulabschluss angestrebt – aber nicht erworben“, „Hauptschulabschluss erworben“. Entsprechend sind die Daten zurzeit nicht miteinander vergleichbar. Die Auswertungen zu den „neu erworbenen allgemeinbildenden Abschlüssen“ beziehen sich hier nur auf die berufsschulischen Maßnahmen des Übergangsbereichs.

Insgesamt hatten in den Länderangeboten des Übergangsbereichs¹⁸² knapp ein Drittel (30,6%) der 192.498 (2012) Absolventen/Abgänger einen höheren allgemeinbildenden Schulabschluss erworben; 10,5% erreichten einen Hauptschulabschluss und 20,1% einen mittleren Abschluss (Realschulabschluss) → **Tabelle A6.3-1**.

Vergleicht man die Konten des Übergangsbereichs, so variierten die Höherqualifizierungsquoten von 2,1% bis 54,5%. Während in „Bildungsgängen für Schüler/-innen ohne Ausbildungsvertrag (AV), die allgemeine Abschlüsse der Sek I anstreben“, im Jahr 2012 kaum zusätzliche allgemeinbildende Abschlüsse erworben wurden (2,1%), erreichten 54,5% der Schüler/-innen in „Allgemeinbildenden Programmen zur Erfüllung der Schulpflicht bzw. Abschlüsse der Sek I“ einen zusätzlichen Abschluss.

¹⁸² Derzeit können die Daten für die berufsvorbereitenden Bildungsgänge (BvB) und Einstiegsqualifizierung (EQ) der BA noch nicht zugespielt werden.

Tabelle A6.3-1: Höherqualifizierungsquoten im Übergangsbereich – Anteile der Absolventen/Abgänger mit neu erworbenem allgemeinbildenden Abschluss 2012

Konto	Kontoname in der IABE	Absolventen/Abgänger 2012			Höherqualifizierungsquoten												
		Insgesamt	davon weiblich	davon männlich	Anteile der Absolventen/Abgänger mit neu erworbenem Hauptschulabschluss			Anteile der Absolventen/Abgänger mit neu erworbenem mittleren Abschluss			Anteile der Absolventen/Abgänger mit neu erworbenem Haupt- oder mittleren Abschluss						
					Insgesamt	Weiblich	Männlich	Insgesamt	Weiblich	Männlich	Insgesamt	Weiblich	Männlich				
II	Sektor: Integration in Berufsausbildung (Übergangsbereich) ¹	256.241	109.627	146.614													
II 01	Allgemeinbildende Programme an Berufsfachschulen (Erfüllung der Schulpflicht bzw. Abschlüsse der Sek. I)	49.446	23.397	26.049	2,6 %	2,2 %	2,8 %	52,0 %	57,1 %	47,3 %	54,5 %	59,3 %	50,2 %				
II 02a	Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, die angerechnet werden kann	36.269	13.661	22.608	0,1 %	0,2 %	0,1 %	18,5 %	25,0 %	14,6 %	18,6 %	25,1 %	14,7 %				
II 02b	Berufgrundbildungsjahr (Vollzeitschulisch)	25.922	9.659	16.263	10,2 %	11,9 %	9,1 %	17,7 %	20,4 %	16,1 %	27,8 %	32,2 %	25,2 %				
II 03a	Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, ohne Anrechnung	22.898	11.022	11.876	3,9 %	3,2 %	4,6 %	5,7 %	5,5 %	5,8 %	9,6 %	8,7 %	10,4 %				
II 03b	Berufsvorbereitungsjahr inkl. einjähriger Berufseinstiegsklassen	37.520	15.182	22.338	39,5 %	40,4 %	38,8 %	0,2 %	0,1 %	0,2 %	39,6 %	40,6 %	39,0 %				
II 03c	Bildungsgänge an Berufsschulen für erwerbstätige/enwerbslose Schüler ohne Ausbildungsvertrag	15.789	6.587	9.202	3,6 %	3,3 %	3,9 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	3,9 %	3,6 %	4,1 %				
II 03d	Bildungsgänge an Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeine Abschlüsse der Sek I anstreben	968	373	595	2,1 %	3,5 %	1,2 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	2,1 %	3,5 %	1,2 %				
II 04	Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen	3.686	3.165	521	0,0 %	0,0 %	0,0 %	7,4 %	7,6 %	6,7 %	7,4 %	7,6 %	6,7 %				
II 05	Berufsvorbereitende Bildungsgänge (BA)	51.274	21.355	29.919				keine Angaben	keine Angaben	keine Angaben							
II 06	Einstiegsqualifizierung (BA)	12.469	5.226	7.243				keine Angaben	keine Angaben	keine Angaben							
	Summe Länderangebote (ohne BA) (Konto II 01 bis II 04)	192.498	83.046	109.452	10,5 %	10,1 %	10,8 %	20,1 %	23,6 %	17,4 %	30,6 %	33,8 %	28,2 %				

¹ Quoten für den Sektor „Integration in Berufsausbildung (Übergangsbereich)“ können nicht berechnet werden, da keine vergleichbaren Zahlen für BvB und EQ vorliegen. Quelle: „Integrierte Ausbildungsberichterstattung“ auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder und der Bundesagentur für Arbeit, Datenstand: 7. März 2014

Hier ist allerdings zu beachten, dass die schulische Vorbildung, die Jugendliche zu Beginn einer Integrationsmaßnahme mitbrachten, ebenfalls höchst unterschiedlich ausfiel: So verfügten Jugendliche, die ein „Pflichtpraktikum vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen“ absolvierten, beispielsweise bereits zu einem Großteil über einen mittleren Abschluss.

Im Folgenden werden die Höherqualifizierungsquoten im Hinblick auf Unterschiede zwischen Männern und Frauen betrachtet. Von den rund 83.046 Absolventinnen/Abgängerinnen in Länderangeboten im Jahr 2012 erwarben rund 10,1 % einen Hauptschulabschluss und 23,6 % einen mittleren Abschluss. Die Höherqualifizierungsquote der jungen Frauen lag insgesamt bei 33,8 %. Die Quote für die rund 109.452 männlichen Absolventen/Abgänger, die einen Hauptschulabschluss erwarben, ist mit knapp 10,8 % vergleichbar mit der Quote der jungen Frauen. In Bezug auf den Erwerb eines mittleren Abschlusses schnitten die männlichen Jugendlichen jedoch mit 17,4 % vergleichsweise schlecht ab. Mit insgesamt 28,2 % war die Höherqualifizierungsquote der jungen Männer demnach 5,6 Prozentpunkte niedriger → [Tabelle A6.3-1](#).

Bessere Quoten erreichten die Frauen insbesondere in „Allgemeinbildenden Programmen an Berufsfachschulen zur Erfüllung der Schulpflicht bzw. Abschlüssen der Sek. I“ (9,2 Prozentpunkte) sowie den „Bildungsgängen an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, die angerechnet werden kann“ (10,4 Prozentpunkte).

Um die geschlechtsspezifische Höherqualifizierung angemessen einordnen zu können, ist ein Vergleich mit der Eingangsqualifikation erforderlich – auch wenn es sich bei diesem Kohortenvergleich aufgrund der Aggregatdaten nicht um dieselben Jugendlichen handeln muss. Ein Vergleich mit der Vorbildung der Anfänger/-innen aus dem Jahr 2011 zeigt, dass die jungen Mädchen kein schlechteres Startniveau hatten: So brachten rund 27,9 % der jungen Mädchen der Anfängerkohorte 2011 in den Ländermaßnahmen bereits einen Realschulabschluss mit. Unter den jungen Männern waren es nur 26,7 %.

(Regina Dionisius, Amelie Illiger, Friedel Schier)

A7 Regelangebote für bestimmte Zielgruppen

A7.1 Regelangebote und Programme im Übergang Schule – Beruf

Angebote des Übergangs erleben aktuell eine Bedeutungsverschiebung. Jahrelang hatten sie dazu beigetragen, all die Jugendlichen aufzufangen, die der Markt nicht aufnahm. Später schien die demografische Entwicklung Übergangsmaßnahmen entbehrlich zu machen und in vielen Diskursen wurde ihre Abschaffung gefordert. Tatsächlich kommt es derzeit zu Widersprüchen am Ausbildungsmarkt: Vielfach – mit Schwerpunkten auf bestimmten Branchen und Regionen – ist ein Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern festzustellen. Gleichzeitig bleibt nach wie vor eine große Zahl von Jugendlichen ohne Ausbildung. Es trifft insbesondere diejenigen, die den Anforderungen und Auswahlkriterien der Unternehmen aus unterschiedlichen Gründen nicht entsprechen.

Daraus ergibt sich die Aufgabe, die Kluft zu verringern, die zwischen den Voraussetzungen der Jugendlichen und den Anforderungen/Erwartungen der Ausbildungsbetriebe besteht. Neuere Maßnahmenkonzepte setzen dazu an beiden Seiten an: sie unterstützen die Jugendlichen, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um eine Ausbildung beginnen und erfolgreich abschließen zu können; gleichzeitig tragen sie dazu bei, die Ausbildungsqualität im Betrieb zu verbessern.

Konzeptionelle Veränderungen finden in neueren Bundes- und Länderprogrammen sowie Modellversuchen einen Niederschlag. Im BIBB-Modellversuchsförderschwerpunkt „Qualitätsentwicklung und -sicherung in der betrieblichen Berufsausbildung“ wurden u. a. Qualifizierungskonzepte für das Ausbildungspersonal entwickelt (vgl. Kapitel D2).

Im Jahr 2013 wurde die „assistierte Ausbildung“ in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Dieses Kooperationsmodell bezieht neben Betrieb und Berufsschule einen dritten Partner ein. Der Bildungsträger bietet unterstützende Dienstleistungen für Auszubildende und für Betriebe an. Ein zentrales

Kennzeichen ist dabei das Normalitätsprinzip: es handelt sich um eine reguläre betriebliche Berufsausbildung mit einem Ausbildungsvertrag und tariflicher Ausbildungsvergütung, die durch umfassende Vorbereitungs- und Unterstützungsfunktionen flankiert wird. Die assistierte Ausbildung richtet die Ausbildung an den jeweiligen Voraussetzungen der Jugendlichen und der Betriebe aus – und akzeptiert die Vielfalt dieser Ausgangsbedingungen. Kontinuierlich verfügbare Unterstützung, Individualisierung und Flexibilisierung schaffen Zugänge und sichern den Ausbildungserfolg. Chancen bietet dieses Modell auch für die Umsetzung der Inklusion in der beruflichen Bildung. Mehrjährige Erfahrungen liegen aus Baden-Württemberg vor; hier wurden seit 2004 die Modelle Diana und Carpo durchgeführt.¹⁸³ Die assistierte Ausbildung wurde im BIBB-Förderschwerpunkt „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“ eingesetzt. Gemeinsam mit Betrieben und Bildungsträgern wurden hier Modelle erprobt, die Menschen auf unterschiedlichen Wegen in Ausbildung bringen (vgl. Kapitel D2).

Neben neueren Entwicklungen bestehen in der Regelförderung im Übergang Schule – Beruf traditionelle Ansätze der Förderung weiter fort.

Überblick über die Handlungsfelder im Übergang Schule – Beruf

Maßnahmen für junge Menschen im Übergang von der Schule in den Beruf umfassen verschiedene Handlungsfelder:

- **Berufsorientierung**

Angebote zur Berufsorientierung ermöglichen Schülerinnen und Schülern, eigene Interessen und Kompetenzen sowie Anforderungen von Berufen, Branchen und der Arbeitswelt kennenzulernen und beide Seiten miteinander in Bezug zu setzen. Die einzelnen Bausteine der Berufsorientierung sollen konzeptionell verbunden werden und möglichst aufeinander aufbauen. So setzen Verfahren der Kompetenzfeststellung bereits ab der 7. Klasse an und

¹⁸³ siehe dazu: Good Practice Center: Assistierte Ausbildung – ein Zukunftsmodell www.good-practice.de/infoangebote_beitrag4156.php

schaffen Gelegenheiten, eigene Stärken zu erleben. Zeigt sich dabei Förderbedarf, sollen die Ergebnisse Anhaltspunkte für eine anschließende individuelle Förderung liefern. Praktika in Betrieben oder Berufsbildungsstätten ermöglichen Jugendlichen, Berufsfelder in der Praxis zu erleben und ihre Erfahrungen in Hinblick auf die eigene Person, Ziele und Aufgaben zu reflektieren.

In der Berufsorientierung stehen zahlreiche Angebote nebeneinander; sie werden finanziert u. a. durch die Bundesagentur für Arbeit (BA), die Kultusministerien, z. T. unter Verwendung von ESF-Mitteln, das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie die Jugendhilfe (Angebote für spezifische Zielgruppen). In vielen Ländern gibt es Ansätze, landesweit und regional die Kooperation von allgemeinbildenden Schulen, Berufsberatung, Betrieben, Jugendsozialarbeit und anderen regionalen Akteuren zu fördern und einheitliche Qualitätsstandards zu entwickeln.

• Hilfen im Übergang

Zahlreiche Maßnahmen sollen junge Menschen insbesondere an den kritischen Übergängen absichern. Wurden früher i. d. R. die erste Schwelle von der Schule in die Ausbildung und die zweite von der Ausbildung in dauerhafte Beschäftigung unterschieden, müssen heute insbesondere junge Menschen mit ungünstigen Startchancen in ihren Erwerbsbiografien viele Schwellen und Hürden überwinden. Eine Reihe von Angeboten unterstützt die Gestaltung der eigenen beruflichen und privat-gesellschaftlichen Biografie, so z. B. die „Hilfen im Übergang Schule – Beruf“ im Rahmen der Jugendsozialarbeit (Jugendhilfe); sie bietet *einzelfallbezogene* Beratungs- und Betreuungsangebote.

Über die individuelle Gestaltung hinaus bezeichnet das Übergangsmanagement die regionale *Steuerung*. Es soll dauerhafte, vernetzte Strukturen für die passgenaue Beratung und Vermittlung von Jugendlichen aufbauen und die Abstimmung regionaler Qualifizierungsangebote ermöglichen. In einem kooperativen Prozess wird der individuelle Förder- und Unterstützungsbedarf der einzelnen Jugendlichen mit dem vor Ort zugänglichen Angebot an Bildung, Ausbildung, Arbeit und sozialpädagogischer Förderung zusammengeführt.

Hilfen im Übergang wurden im Berichtsjahr 2012 von unterschiedlichen Seiten finanziert: durch die Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“ des BMBF-Modellprogramms „Perspektive Berufsabschluss“, das Programm „Jugend stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und entsprechende Programme der Länder (zu finden im Portal LänderAktiv des Good Practice Centers [GPC] des BIBB). Darüber hinaus fördert das stadt- und ortsteilbezogene Arbeitsmarktprogramm ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Projekte im Übergang Schule – Beruf.

Neue Wege in die Ausbildung erprobt das durch das BMBF geförderte Programm Jobstarter Connect. Es entwickelt und erprobt Lösungsansätze für eine frühzeitige Integration junger Menschen in die duale Berufsausbildung mittels bundeseinheitlicher Ausbildungsbausteine. Das Programm umfasst verschiedene Teilsysteme der beruflichen Bildung und unterschiedliche Zielgruppen im Übergang zwischen Schule und Beruf.

• Berufs(ausbildungs)vorbereitung

Die Berufs(ausbildungs)vorbereitung (BBiG §§ 1, 68 ff.) vermittelt Grundlagen für den Erwerb beruflicher Handlungsfähigkeit und soll an eine Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf heranführen. Berufs(ausbildungs)vorbereitung wird von unterschiedlichen Seiten angeboten:

- als berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der BA (Grundlage: SGB III), die bei Trägern, z. T. aber auch in Betrieben stattfindet;
- als Einstiegsqualifizierung in Betrieben, finanziert durch die BA;
- in berufsbildenden Schulen auf der Grundlage der Schulgesetze der Länder (z. B. als Berufsvorbereitungsjahr – BVJ)¹⁸⁴;
- als ergänzende Angebote der Jugendhilfe (SGB VIII), z. B. in Jugendwerkstätten.

184 Vgl. Kapitel A6 bzgl. Daten zu Anfängern/Anfängerinnen in schulischen Angeboten der Berufsvorbereitung.

• Berufsausbildung

Zu den Regelangeboten in der Förderung der Ausbildung gehören die ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH) und die Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung (BaE). Das Angebot wird von Bildungsträgern im Auftrag der BA erbracht.

Ausbildungsbegleitende Hilfen unterstützen junge Menschen, die in einer betrieblichen Ausbildung sind und bei denen der erfolgreiche Ausbildungsabschluss gefährdet ist. Die Maßnahmen umfassen Stützunterricht und individuelle sozialpädagogische Begleitung zur Sicherung des Ausbildungserfolges. Dabei soll die Aufnahme, Fortsetzung sowie der erfolgreiche Abschluss einer erstmaligen betrieblichen Berufsausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen ermöglicht und ein Ausbildungsabbruch verhindert werden.

Die Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) ist eine spezifische Form der dualen Berufsausbildung für Jugendliche, denen eine Ausbildungsstelle in einem Betrieb nicht vermittelt werden kann. Die praktische Ausbildung absolvieren die Auszubildenden in einer eigenen Ausbildungseinrichtung (z. B. bei einem Bildungsträger) bzw. in kooperierenden Betrieben. Das Konzept verbindet fachpraktische Unterweisung, Förderunterricht und eine sozialpädagogische Begleitung. Der Berufsschulunterricht findet in Berufsschulen statt.

• Berufliche Nachqualifizierung und sonstige Qualifizierung

Qualifizierungsangebote und Nachqualifizierungsprogramme (vgl. Kapitel B3.4) wenden sich an junge Erwachsene, die über Arbeitserfahrung verfügen, aber noch keinen Berufsabschluss erworben haben. Qualifizierung und Beschäftigung werden dabei kombiniert. Der modulare Aufbau ermöglicht differenzierte und individualisierte Qualifizierungswege. Je nach gesetzlicher Grundlage können sie in Betrieben, bei Bildungsträgern oder Einrichtungen der öffentlichen Hand stattfinden.

Darstellung der Maßnahmen

Der größte Teil der Regelangebote liegt in der Zuständigkeit der BA → **Tabelle A7.1-1**.¹⁸⁵ Relevante Neuerungen, Veränderungen und Ergänzungen werden in den Vordergrund gestellt. Neben den Bildungs-, Förder- und Qualifizierungsangeboten, die im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt derzeit als Regelangebote durchgeführt werden, bieten verschiedene Bundesministerien Sonder- und Modellprogramme im Übergang Schule – Beruf an → **Tabelle A7.1-2**. Programmrichtlinien beschreiben die Konzeption und Durchführung dieser zeitlich begrenzten Sonder- und Modellprogramme. Darüber hinaus existieren zahlreiche Programme der Bundesländer (vgl. **Kapitel D1**).¹⁸⁶

Die folgende Darstellung gliedert die Angebote nach Handlungsfeldern. Hinweise auf Akteure, gesetzliche Grundlagen und Verantwortungsebenen sind jeweils enthalten.

Das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ umfasst mit den 2 Förderinitiativen „Regionales Übergangsmangement“ und „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ 2 Handlungsfelder, die Förderinitiativen werden jeweils unter den Rubriken Übergang Schule – Beruf und Nachqualifizierung dargestellt.

Handlungsfeldübergreifend setzen sich die auffälligen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die auch in den letzten Jahren zu verzeichnen waren, fort → **Schaubild A7.1-1**. Der Schwerpunkt der Förderung liegt im Osten nach wie vor mehr bei der außerbetrieblichen Berufsausbildung, im Westen bei den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen. In Ostdeutschland ist der Bestand der BaE-Plätze seit

¹⁸⁵ Das nachfolgend verwendete Zahlenmaterial stammt, soweit nicht anders angegeben, aus den Förderstatistiken der BA. Diese sind teilweise frei über das Statistikportal der BA zugänglich: <http://statistik.arbeitsagentur.de>, hier „Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen“ → „Förderung der Berufsausbildung“; teilweise sind Sonderauswertungen für das BIBB erstellt worden.

¹⁸⁶ Ausführliche Übersichten über Bundes- und Länderprogramme finden sich auf dem Internetportal zum BIBB-Datenreport <http://datenreport.bibb.de/html/index.html> („Dokumentation der Bundes- und Länderprogramme zur Förderung der Berufsausbildung in Deutschland“, Tabellen D1-1 bis D1-3 Internet (vgl. **Kapitel D1**)) sowie unter www.good-practice.de/1060.php (Bundesprogramme) und im Webportal LänderAKTIV www.laenderaktiv.de (Förderprogramme der Länder).

Tabelle A7.1-1: Regelangebote der Bundesagentur für Arbeit

Berufsorientierung	Berufsvorbereitung	Berufsausbildung	Berufliche Nachqualifizierung, sonstige Qualifizierung
Erweiterte Berufsorientierung	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB)	Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE)	Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer
Vertiefte erweiterte Berufsorientierung	Einstiegsqualifizierung (EQ)	Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH)	Arbeitsgelegenheiten (Mehraufwandvariante) mit Qualifizierungsanteil
Berufseinstiegsbegleitung	Aktivierungshilfen EQ plus	Ausbildungsbonus	

Quelle: Zusammenstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A7.1-2: Auswahl für den Bereich der Benachteiligtenförderung relevanter Förderinitiativen und Sonderprogramme des Bundes 2012

Förderzeitraum	Ziel	Zielgruppe	Größenordnung ¹	Informationen im Internet
BMBF: Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung – Bildungsketten der Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“	2010–2017 Individuelle Begleitung und präventive Förderung im Übergang Schule – Beruf	Benachteiligte Schüler und Schülerinnen	380 Mio. € bis 2014 (ohne BOP)	http://www.bildungsketten.de
BMBF: Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten (BOP): Potenzialanalysen und Werkstatttage	verstetigt Erkennen von Potenzialen, Fähigkeiten und Begabungen sowie frühzeitige, praxisbezogene Berufsorientierung als Grundlage für Praktikum und Berufswahl	Schüler/-innen, die an allgemeinbildenden Schulen den Hauptschulabschluss oder Vergleichbares anstreben	60 Mio. € (in 2012) ca. 300 Projekte (in 2012)	http://www.bibb.de/berufsorientierung
BMBF: Perspektive Berufsabschluss mit den Förderinitiativen „Regionales Übergangsmangement“ und „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“	01/2008–12/2013 Förderinitiative 1: Optimierung des Übergangsmangement Schule – Ausbildung Förderinitiative 2: Nachqualifizierung durch strukturelle Verbesserung der beruflichen Integrationsförderung	Programme zu strukturellen Veränderungen, bezogen auf Jugendliche und junge Erwachsene mit schlechteren Startchancen An- und Ungelernte	67 Mio. € Förderinitiative 1: 55 Projekte Förderinitiative 2: 42 Projekte	http://www.perspektive-berufsabschluss.de/
BMBF: Neue Wege in die duale Ausbildung	2011–2014 Aufzeigen innovativer Wege in die Ausbildung	Junge Menschen mit vielfältigen (Bildungs-) Biografien	2,1 Mio. Euro (in 2012)	http://www.bibb.de/de/55819.htm
BMBF: JOBSTARTER CONNECT	2009–2015 Sicherung des Fachkräftebedarfs und Verbesserung des Übergangs in das duale Berufsausbildungssystem durch Ausbildungsbausteine	Akteure am Übergang Schule – Berufsausbildung	60 Mio. € 27 Projekte in 1. Förderrunde	http://www.jobstarter.de/de/1208.php
BMFSFJ: JUGEND STÄRKEN ² mit den Programmen „Kompetenzagenturen“ und „Schulverweigerung – die 2. Chance“	09/2011–12/2013 Kompetenzagenturen: Verbesserung und Ausweitung von Unterstützungsleistungen für benachteiligte Jugendliche zur eigenständigeren Lebensführung Schulverweigerung – die 2. Chance: Reintegration von Schulverweigerern in Schulen, Erhöhen ihrer Chancen auf einen Schulabschluss	Jugendliche mit multiplen Problemlagen (potenzielle) Schulverweigerer/-innen, Eltern, Lehrkräfte	50 Mio. € ³ 181 Kompetenzagenturen 191 Koordinierungsstellen (Stand: Dezember 2013)	http://www.jugend-staerken.de/ http://www.kompetenzagenturen.de/ http://www.zweitechance.eu/
BMVBS: Soziale Stadt Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)	2008–2015 Förderung von Projekten zur Beschäftigung, Bildung und Qualifizierung Stärkung der Ökonomie in Verbindung mit städtebaulichen Investitionen	Jugendliche, Langzeitarbeitslose	bis zu 184 Mio. € 87 Projekte in 2. Förderrunde, 222 Projekte insgesamt	http://www.biwaq.de/cln_032/nn_343982/DE/1/Programm/node.html?__nnn=true

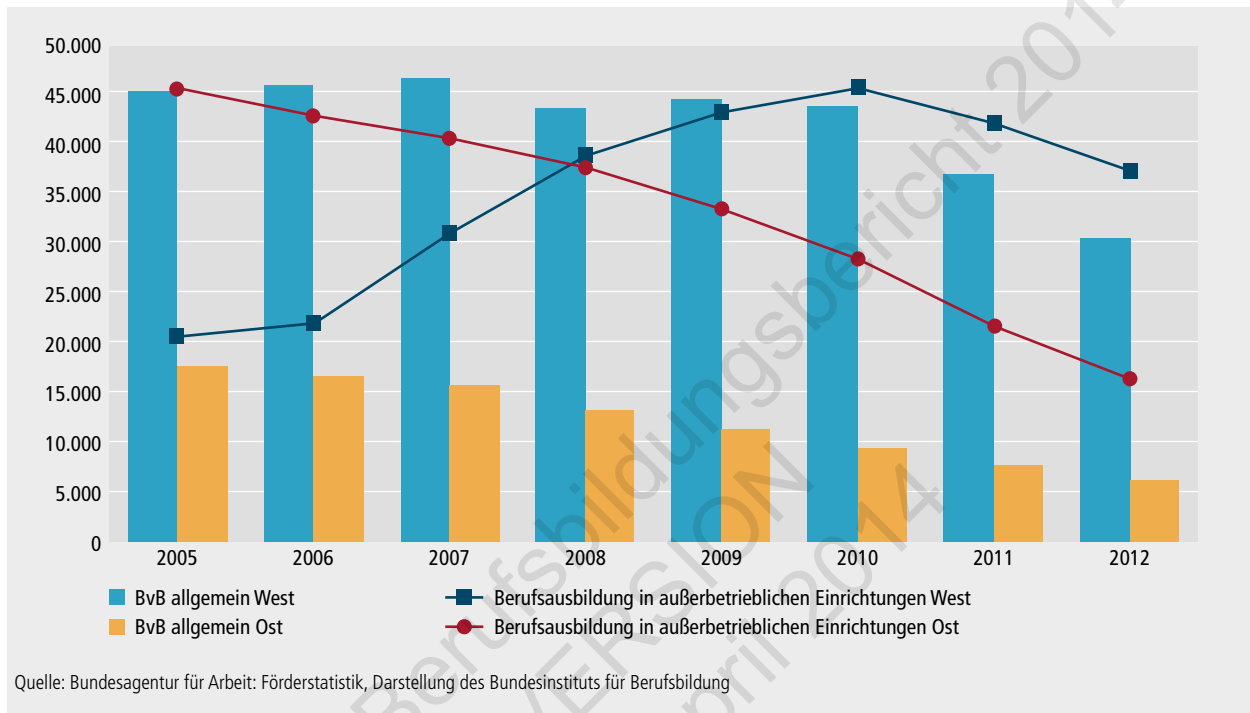
¹ Alle folgenden Angaben in dieser Spalte „Größenordnung“ beziehen sich auf die gesamte Förderdauer, wenn nicht anders angegeben.

² Die weiteren Programme der Initiative „Jugend stärken“ sind „Aktiv in der Region“, „Jugendmigrationsdienste“ und „Stärken vor Ort“.

³ Bei den beiden Förderprogrammen „Kompetenzagenturen“ und „2. Chance“ sind Kofinanzierungen erforderlich, die aus Kommunalen Mitteln (örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe) eingebracht werden müssen.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Deutscher Bundestag, Bundesinstitut für Berufsbildung; Darstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schaubild A7.1-1: Teilnehmende in BvB und BaE in West- und Ostdeutschland (Jahresdurchschnittsbestand)



2004 durchgängig mehr als doppelt so hoch wie der Bestand bei BvB (Jahresdurchschnittsbestand (JD-Bestand) 2012 BaE Ost: 16.380, BvB Ost: 6.185). In Westdeutschland liegen BvB- und BaE-Bestandszahlen mittlerweile auf einem ähnlich hohen Niveau (JD-Bestand: BaE West 2012: 37.631, BvB West: 38.199).

1. Handlungsfeld Berufsorientierung

Die Berufsorientierung soll junge Menschen befähigen, eigene Kompetenzen und Interessen in Bezug zu setzen zu beruflichen Anforderungen; sie soll gleichzeitig dazu beitragen Abschlüsse und Anschlüsse zu sichern. Berufsorientierung ist zum einen Aufgabe der BA. Darüber hinaus und häufig in Verbindung mit Bundesmitteln sind in zahlreichen Bundesländern eigene Programme zur Berufsorientierung entstanden oder im Entstehen.

BA: Berufsorientierungsmaßnahmen (§ 48 SGB III)

Berufsorientierung ist eine gesetzliche Aufgabe der BA (§ 33 SGB III). Berufsorientierungsmaßnahmen (§ 48 SGB III) ergänzen dieses Dienstleistungsange-

bot der BA und den laut Lehrplan durch die Schule durchzuführenden Teil der Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung. Berufsorientierungsmaßnahmen setzen sich aus verschiedenen Kernelementen zusammen: umfassende Information zu Berufsfeldern, Interessenerkundung, Eignungsfeststellung/Kompetenzfeststellung, Strategien zur Berufswahl- und Entscheidungsfindung, fachpraktische Erfahrungen im Betrieb, Reflexion von Eignung, Neigungen und Fähigkeiten zur Verbesserung der Selbsteinschätzung, Realisierungsstrategien sowie sozialpädagogische Begleitung und Unterstützung.

Die bisherigen Maßnahmen der vertieften und erweiterten vertieften Berufsorientierung sind mit der Instrumentenreform zum 31. März 2012 ausgelaufen.

Bis dahin wurde noch ein durchschnittlicher Bestand von 12.966 Teilnehmenden ermittelt. In den Vorjahren war der JD-Bestand für die vertiefte und erweiterte vertiefte Berufsorientierung deutlich gesunken, zuletzt um fast 20.000 Plätze im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr. 2011 gab es 146.395 Zugänge, 2010 waren es noch 171.268. Die Berufsorientierung

neuer Fassung nach § 48 SGB III war nach Angaben der BA aus technischen Gründen noch nicht für das Berichtsjahr 2012 auswertbar¹⁸⁷.

BA: Berufseinstiegsbegleitung (SGB III § 49)

Aufgabe der Berufseinstiegsbegleitung ist es, junge Menschen beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine Berufsausbildung zu unterstützen. Dabei handelt es sich um Maßnahmen zur individuellen Begleitung und Unterstützung förderungsbedürftiger junger Menschen. Berufseinstiegsbegleitung zielt auf die Eingliederung der jungen Menschen in eine Berufsausbildung. Zwischenziele sind Schulabschlüsse, die Berufsorientierung und -wahl, eine Ausbildungsstelle und in stabiles Berufsausbildungsverhältnis. Die Berufseinstiegsbegleitung beginnt in der Regel mit dem Besuch der Vorabgangsklasse der allgemeinbildenden Schule und endet in der Regel ein halbes Jahr nach Beginn einer Berufsausbildung.

Für eine Erprobungsphase wurden zunächst 1.000 Schulen ausgewählt, die zum Hauptschulabschluss führen, insbesondere Förder- und Sonderschulen und Schulen mit hohem Migrationsanteil. Im Jahr 2012 umfasste die Förderung nach Auskunft der BA 23.303 Plätze (Zugänge). Das ist ein erneuter Anstieg gegenüber den Vorjahren (2010: 14.651 Plätze, 2011: 22.831 Plätze).

Darüber hinaus sollen im Rahmen der Initiative „Bildungsketten“ des BMBF hauptamtliche Berufseinstiegsbegleiter/-innen bis zu 30.000 bildungsgefährdete Schüler/-innen von rund 1.000 ausgewählten Schulen¹⁸⁸ beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die Ausbildung unterstützen. Seit November 2010 haben 917 Berufseinstiegsbegleiter/-innen ihre Arbeit aufgenommen. Ihre Zahl soll bis Ende 2014 auf etwa 1.000 aufgestockt werden.

BMBF: Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten

Das Programm wurde 2010 nach einer Programmphase verstetigt. Es wendet sich an Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen, die einen Schulabschluss der Sekundarstufe I anstreben. Mit diesem Programm will das BMBF den Übergang zwischen Schule und Ausbildung erleichtern und die Zahl der Ausbildungsabbrecher/-innen senken.

Es beginnt mit einer Potenzialanalyse ab Klasse 7, bei der die Schülerinnen und Schüler ihre Potenziale, Fähigkeiten Interessen und Neigungen kennenlernen und diese zur Grundlage ihrer Praktikums- und Berufswahl machen. Die Potenzialanalyse liefert Hinweise für die Werkstatttage und für die individuelle Förderung, z. B. im Rahmen der Berufseinstiegsbegleitung. Ab der 8. Klasse erhalten die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, in Werkstätten in mindestens 3 verschiedenen Berufsfeldern ihre Fähigkeiten und Stärken praktisch zu erproben. Das Programm läuft über 2 Wochen (80 Stunden) in den überbetrieblichen Bildungsstätten (ÜBS) oder Trägereinrichtungen; dazu kooperieren diese mit den Schulen und Lehrkräften.

Das BIBB führt die Förderung für das BMBF durch und bewilligte 2012 für insgesamt rund 185.000 Schülerinnen und Schüler 300 Projekte. Für das Jahr 2012 sah der Haushaltsplan 65 Mio. € vor, ausgezahlt wurden 60 Mio. € (2011: 120.000 Schülerinnen und Schüler, 360 Projekte).

2. Handlungsfeld: Übergang von der Schule in den Beruf

BMBF: Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement

Die Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement innerhalb des BMBF-Programms „Perspektive Berufsabschluss“ will den Aufbau von regionalen Übergangsmanagements anstoßen, die Umsetzung wirksamer Verfahren des Übergangsmanagements unterstützen und die in der Entwicklung und Erprobung des Übergangsmanagements gewonnenen Erfahrungen, Einsichten, Standards und Instrumente

¹⁸⁷ Stand Februar 2014

¹⁸⁸ Die Auswahl der Schulen kann eingesehen werden unter: www.bildungsland-schaft.eu/uploads/Berufseinstiegsbegleitung/2008_11_04_liste_der_schulen_mit_berufseinstiegsbegleitung.pdf

für eine Nachnutzung für Politik, Verwaltungen und Praxis bundesweit bereitstellen. 2012 war das letzte Jahr der ersten Förderrunde des Regionalen Übergangsmagements. Die Förderinitiative stimmte an 55 Standorten die verschiedenen bereits vorhandenen Förderangebote und Unterstützungsleistungen aufeinander ab, um Jugendlichen einen problemloseren Anschluss von der Schule in eine Berufsausbildung zu erleichtern. Die Projekte waren bei Kommunen angesiedelt¹⁸⁹.

BMFSFJ: Kompetenzagenturen (JUGEND STÄRKEN)

Kompetenzagenturen unterstützen besonders benachteiligte Jugendliche dabei, ihren Weg in einen Beruf und in die Gesellschaft zu finden. Sie bieten Hilfen für diejenigen, die vom bestehenden System der Hilfeangebote für den Übergang von der Schule in den Beruf nicht (mehr) erreicht werden. Ansprechpartner/-innen suchen die Jugendlichen auf, vereinbaren gemeinsam mit ihnen individuelle Förder- und Qualifizierungspläne und kontrollieren die Umsetzung. Sie begleiten die Jugendlichen langfristig und beziehen dabei ihr familiäres und persönliches Umfeld ein.

Bundesweit standen 181 Kompetenzagenturen zur Verfügung. Das BMFSFJ förderte das Programm aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen der Initiative „JUGEND STÄRKEN“¹⁹⁰.

BMFSFJ: Schulverweigerung – die 2. Chance (JUGEND STÄRKEN)

Das Programm Schulverweigerung – Die 2. Chance richtet sich an Jugendliche, die ihren Hauptschulabschluss durch aktive oder passive Schulverweigerung gefährden. Ziel des Programms ist es, diese Jugendlichen in das Schulsystem zurückzuführen und ihre Chancen auf einen Schulabschluss zu verbessern. Bundesweit standen 191 Anlauf- und Beratungsstellen zur Verfügung. Das Programm wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert.¹⁹¹

3. Handlungsfeld Berufsvorbereitung

Seit 2008 ging die Zahl berufsvorbereitender Maßnahmen zurück → **Schaubild A7.1-2**, allerdings zunächst im Osten deutlicher als im Westen. Nachdem im Jahr 2011 der Jahresdurchschnittsbestand an Teilnehmenden in West- und Ostdeutschland erstmals gleichermaßen gesunken war, ist auch für das Jahr 2012 ein ähnlich starker Rückgang in den alten und neuen Bundesländern zu verzeichnen (West: -17,6 %, Ost: -19,5 %). Wie in den letzten Jahren befand sich mehr als ein Viertel der Teilnehmenden in einer Einstiegsqualifizierung, also in einer betrieblichen Berufsvorbereitung, der weitaus größte Teil davon in Westdeutschland.

BA: Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB) (SGB III §§ 51 und 52)

Mit den BvB wird die Eingliederung in Ausbildung oder, wenn dieses Ziel nicht erreicht werden kann, die Aufnahme einer Beschäftigung angestrebt. Zur Zielgruppe gehören – unabhängig von der erreichten Schulbildung – Jugendliche und junge Erwachsene, sofern sie ohne berufliche Erstausbildung sind, ihre allgemeine Schulpflicht erfüllt und in der Regel das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, insbesondere junge Menschen, die noch nicht über die erforderliche Ausbildungsreife oder Berufseignung verfügen oder deren Vermittelbarkeit am Ausbildungsmarkt durch die weitere Förderung verbessert werden kann. Die maximale individuelle Förderdauer beträgt i. d. R. bis zu 10 Monaten bzw. bis zu 12 Monaten, wenn im Rahmen der BvB der Hauptschulabschluss erworben wird. Sie kann in begründeten Fällen verlängert werden. Ausnahmen betreffen junge Menschen mit Behinderung und junge Menschen, die innerhalb der BvB ausschließlich an einer Übergangsqualifizierung teilnehmen.

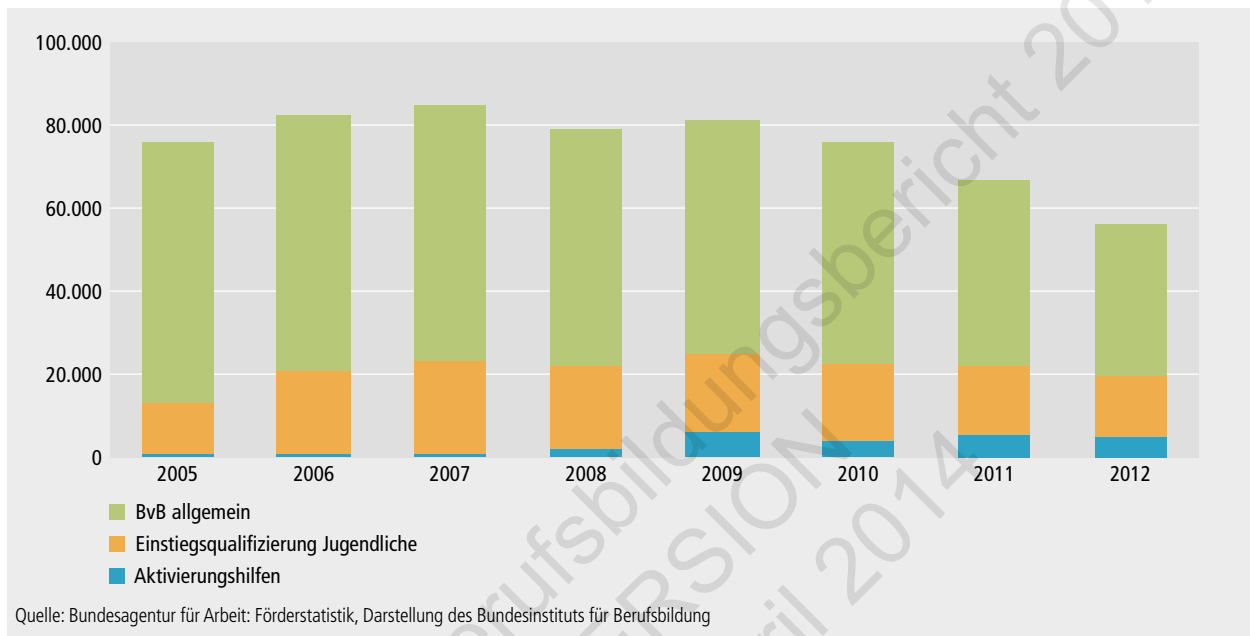
Ende 2012 wurde die Möglichkeit geschaffen, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen mit produktionsorientiertem Ansatz durchzuführen (BvB-Pro). Damit sollen im Sinne größerer Flexibilität passgenaue Lösungen vor Ort erarbeitet werden, z. B. Produktionsschulen, Jugendwerkstätten und vergleichbare Angebote auf Landesebene. (Hierfür liegen noch keine Zahlen vor.)

189 Siehe: www.perspektive-berufsabschluss.de

190 Siehe: www.kompetenzagenturen.de

191 Siehe: www.zweitechance.eu

Schaubild A7.1-2: Maßnahmen der Berufsvorbereitung der Bundesagentur für Arbeit – Teilnehmende in ausgewählten Maßnahmen (Jahresdurchschnittsbestand)



Die statistischen Angaben zur BvB bilden die demografische Entwicklung und die Entspannung am Ausbildungsmarkt mittlerweile deutlich ab. Die Maßnahmeplätze (Zugänge) gingen von 2009 bis 2012 um rund 40.000 zurück. Nachdem in den Jahren 2005 bis 2007 durchschnittlich jeweils rund 63.000 Teilnehmende im Rahmen der BvB allgemein gefördert worden waren, ging der JD-Bestand im Jahr 2012 bereits zum fünften Mal in Folge auf nun 36.810 zurück → **Schaubild A7.1-1**. Knapp 42 % der Teilnehmenden waren weiblich.

In Ostdeutschland ging die Zahl um rund 20 % zurück (2011: 7.679, 2012: 6.185), in Westdeutschland betrug der Rückgang der BvB-Teilnehmenden im Jahresdurchschnitt rund 18 % (2011: 37.181, 2012: 30.620).

Die Teilnehmendenzahl an rehaspezifischen BvB blieb 2012 mit einem Jahresdurchschnitt von 10.609 Teilnehmenden in etwa gleich (2011: 10.778 Teilnehmende). Es wurden im selben Jahr knapp 15.180 Zugänge gezählt. Die Zahl junger Menschen mit Behinderung, die an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme teilgenommen

haben, kann allerdings höher liegen, denn auch diese Jugendlichen können an einer allgemeinen BvB teilnehmen, wenn mit dieser Leistung eine „Teilhabe am Arbeitsleben“¹⁹² erreicht wird. Die Bereitstellung beziehungsweise Gewährung individueller rehaspezifischer Leistungen im Einzelfall schließt eine Teilnahme an einer allgemeinen BvB nicht aus. Junge Menschen mit Behinderung können an BvB allgemein mit einer individuellen Förderdauer von bis zu 11 Monaten – mit dem ausschließlichen Ziel der Arbeitsaufnahme bis zu 18 Monaten – gefördert werden.

*BA: Aktivierungshilfen für Jüngere
(SGB III § 45 Abs. 1 S. 1 Nr. 1)*

Im Vorfeld von Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung richten sich Aktivierungshilfen an Jugendliche, die z. B. für eine Förderung im Rahmen berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen (noch) nicht in Betracht kommen, z. B. aufgrund vielfältiger und schwerwiegender Hemmnisse insbesondere im

192 Geschäftsanweisungen BvB der BA

Bereich Motivation/Einstellungen, Schlüsselkompetenzen und sozialer Kompetenzen (Bundesagentur für Arbeit 2009f, S. 3 f.). Die Zielgruppe sind junge Menschen, die die allgemeine Schulpflicht erfüllt haben, über keine berufliche Erstausbildung verfügen und wegen der in ihrer Person liegenden Gründe ohne diese Förderung nicht bzw. noch nicht eingegliedert werden können. Ziel ist, die Personen für eine berufliche Qualifizierung zu motivieren und sie zu stabilisieren. Die Förderdauer beträgt in der Regel 6 Monate, eine Verlängerung bis zu 12 Monaten ist möglich.

Die Zugänge betragen 2012 insgesamt 17.998 und sind gegenüber dem Vorjahr (17.919) leicht gestiegen → [Schaubild A7.1-2](#).

BA: Einstiegsqualifizierung (SGB III § 45a)

Die betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ)¹⁹³ wurde zum 1. Oktober 2007 als Leistung für Arbeitgeber gesetzlich verankert. Sie soll jungen Menschen mit erschwerten Vermittlungsperspektiven ein „Türöffner“ in eine betriebliche Berufsausbildung sein. Eine EQ, die mindestens 6 und längstens 12 Monate dauert, dient der Vermittlung und Vertiefung von Grundlagen für den Erwerb beruflicher Handlungsfähigkeit. Die Inhalte einer EQ orientieren sich an den Inhalten eines anerkannten Ausbildungsberufes. Zur Zielgruppe gehören nicht vollzeitschulpflichtige junge Menschen unter 25 Jahren:

- Ausbildungsbewerber/-innen mit individuell eingeschränkten Vermittlungsperspektiven, die auch nach dem 30. September eines Jahres noch nicht in Ausbildung vermittelt sind;
- Teilnehmer/-innen, die noch nicht in vollem Umfang über die erforderliche Ausbildungsbefähigung verfügen;
- Lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche.

Für Jugendliche, die einer zusätzlichen Förderung bedürfen, bietet ‚EQ plus‘ eine Kombination aus Einstiegsqualifizierung und ausbildungsbegleitenden Hilfen.

Der JD-Bestand für EQ war in den Vorjahren zurückgegangen, von 22.295 Plätzen im Jahr 2007 auf 18.558 im Jahr 2009. Dieser Trend hat sich, abgesehen von einem kleinen Anstieg im Jahr 2010, fortgesetzt → [Schaubild A7.1-2](#). An einer EQ nahmen im Jahr 2012 im Jahresdurchschnitt 14.206 junge Menschen teil. Der Anteil der weiblichen Teilnehmer lag, ebenso wie bei BvB allgemein, bei knapp 42%. Die EQ ist in Westdeutschland deutlich mehr verbreitet als in den östlichen Bundesländern. Die Plätze im Osten (1.716) machen im Jahresdurchschnitt nur ca. 12% der Gesamtzahl für 2012 aus (12.487 Plätze in Westdeutschland).

4. Handlungsfeld Berufsausbildung

Den größeren Teil der Förderung im Handlungsfeld Berufsausbildung macht die Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) aus; die 2. Säule bilden die ausbildungsbegleitenden Hilfen. Hier zeigt sich eine Schwerpunktverschiebung: weg von Sonderwegen hin zu einer Förderung innerhalb einer betrieblichen Ausbildung. So sind die Zahlen für BaE 2012 deutlich zurückgegangen, während die durchschnittlichen Teilnehmendenzahlen für abH gleich blieben.

BA: Außerbetriebliche Berufsausbildung (SGB III § 76)

Für lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche, bei denen eine Vermittlung in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis auch mit ausbildungsbegleitenden Hilfen und nach Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Maßnahme nicht erfolgreich ist und für die eine Einstiegsqualifizierung nicht in Frage kommt, kann eine Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung gefördert werden. Nach der vorzeitigen Lösung eines betrieblichen oder außerbetrieblichen Berufsausbildungsverhältnisses kann die Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung fortgesetzt werden, wenn eine Eingliederung in betriebliche Berufsausbildung aussichtslos erscheint. Auch wenn nach einer Berufsausbildung kein festes Arbeitsverhältnis entsteht, kann eine weitere Ausbildung gefördert werden.

193 Vormalis Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ).

Im Jahr 2012 war der JD-Bestand für BaE mit 54.013 Auszubildenden insgesamt deutlich niedriger als im Vorjahr mit 67.789 Personen. Von 2006 (63.857 Auszubildende) bis 2009 (76.831 Auszubildende) hatte der JD-Bestand jährlich zugenommen, im Jahr 2010 erfolgte die Trendwende mit immer noch 74.170 Auszubildenden. Der Wandel zeigt sich deutlicher in Ostdeutschland, hier wurden im Jahresdurchschnitt mit 16.380 Auszubildenden fast 30 % weniger gefördert als im Vorjahr. In Westdeutschland waren es 2012 mit durchschnittlich 37.631 Auszubildenden immerhin auch rund 16 % weniger als 2011.

Sieht man sich die Zugänge an, die die aktuelleren Entwicklungstendenzen (nur des letzten Jahres) abbilden, ist der beschriebene Trend noch deutlicher zu erkennen. Im Jahr 2012 haben insgesamt 27.626 Auszubildende eine BaE begonnen. Im Westen gab es 20.675 Eintritte, im Osten waren es 6.948. Im Verhältnis zum Vorjahr ging die Zahl im Westen um 10 % zurück, im Osten mehr als doppelt so stark, nämlich um 21 %.

In ihrer öffentlich zugänglichen Statistik zur Berufswahl und Berufsausbildung in Deutschland differenziert die BA seit dem Berichtsjahr 2012 zwischen den Maßnahmearten BaE integrativ und BaE kooperativ. Bei der integrativen BaE obliegt dem Bildungsträger sowohl die fachtheoretische als auch die fachpraktische Unterweisung. Letztere wird durch betriebliche Ausbildungsphasen von in der Regel mindestens 40 Arbeitstagen je Ausbildungsjahr ergänzt. Bei der kooperativen BaE wird die fachpraktische Unterweisung in den betrieblichen Phasen durch einen Kooperationsbetrieb durchgeführt¹⁹⁴. Die Zugänge in die BaE integrativ lagen 2012 bei 12.931 Personen, während bei der BaE kooperativ 14.695 Zugänge verzeichnet wurden.

Darüber hinaus weist die BA in der Veröffentlichung „Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben“ 1.774 Zugänge in außerbetriebliche Berufsausbildung gem. § 76 SGB III aus. Bezogen auf Schwerbehinderte werden 237 Zugänge für das Jahr 2012 genannt.

194 Geschäftsanweisungen BaE der BA, S. 6 f.

*BA: Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH)
(SGB III § 75)*

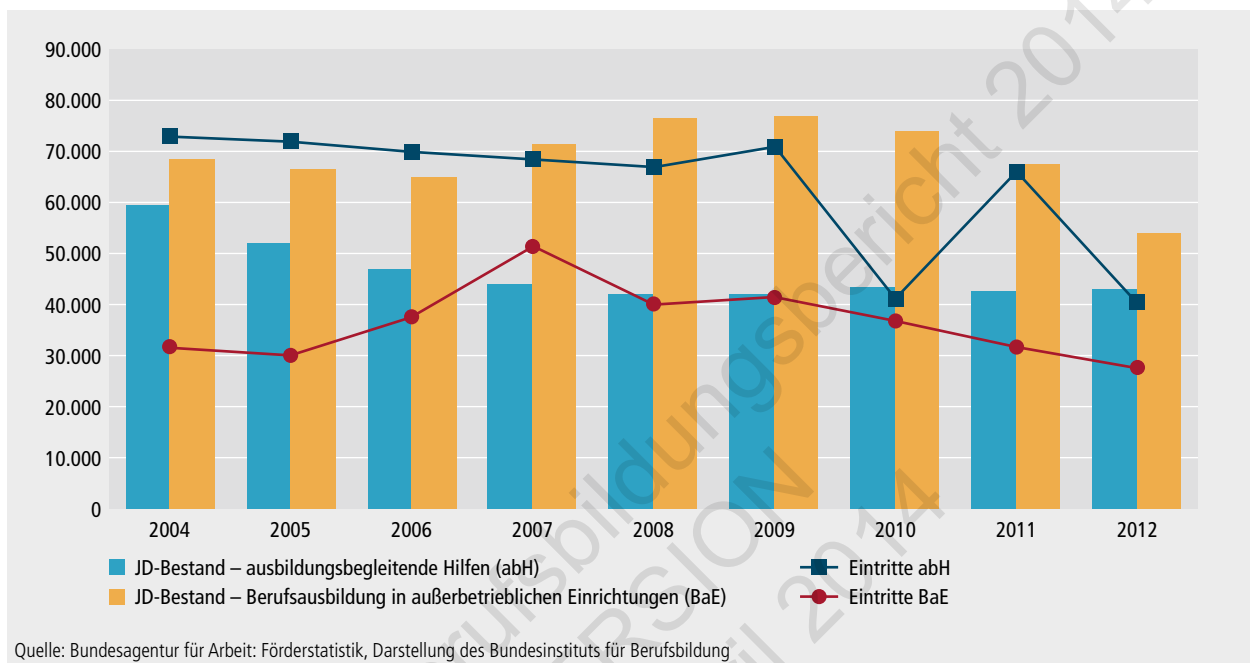
Förderungsbedürftige junge Menschen können während einer Einstiegsqualifizierung oder einer betrieblichen Ausbildung ausbildungsbegleitende Hilfen erhalten. Unterstützt werden Maßnahmen zum Abbau von Sprach- und Bildungsdefiziten, zur Förderung fachpraktischer und fachtheoretischer Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten und zur sozialpädagogischen Begleitung. Die Maßnahmen müssen über betriebs- und ausbildungsübliche Inhalte hinausgehen.

AbH kommt außerdem in Frage, wenn ein betriebliches Ausbildungsverhältnis vorzeitig gelöst wurde und Unterstützung bis zur Aufnahme einer weiteren Ausbildung erforderlich ist sowie dann, wenn eine abH-unterstützte Ausbildung beendet ist und eine Fortführung erforderlich ist, um ein Arbeitsverhältnis zu begründen oder zu festigen. AbH enden spätestens 6 Monate nach Begründung eines Arbeitsverhältnisses.

Im Jahr 2012 betrug der JD-Bestand für abH 42.935 Teilnehmende. Diese Zahl hatte von 2005 bis 2009 jährlich kontinuierlich abgenommen, war 2010 erstmals wieder angestiegen und verbleibt seit 2011 auf ähnlichem Niveau → **Schaubild A7.1-3**. Die Zahl der Zugänge in abH ist 2012 mit insgesamt 40.371 Personen allerdings um fast 40 % stark gesunken. In den Vorjahren lagen die Eintritte oftmals bei knapp 70.000 Plätzen (2006 = 69.124; 2007 = 67.931; 2008 = 67.146; 2009 = 71.100). Laut Auskunft der BA spiegelt jedoch der JD-Bestand von abH die Entwicklung realistischer wieder als die Zahl der Eintritte¹⁹⁵.

195 Die Eintritte in abH werden stark von der vertraglichen Ausgestaltung der Maßnahmen beeinflusst. Jugendliche, die abH über 2 Maßnahmen hinweg unterbrechungsfrei in Anspruch nehmen, müssen technisch aus der alten Maßnahme aus- und in die neue Maßnahme eingebucht werden. Dies führt im Statistikverfahren zu einer Austritts- und zu einer erneuten Eintrittszählung. Dieser Effekt war im Jahr 2010 deutlich geringer als in den Jahren 2009 und 2011, da im Jahr 2009 erstmals Maßnahmen mit einer Vertragslaufzeit von 2 Jahren ausgeschrieben wurden. Um den doppelten Erfassungsaufwand bei diesen Fällen einzusparen, sind laut Auskunft der BA programmtechnische Änderungen geplant, deren Umsetzung auch dazu führen wird, dass im Statistikverfahren die Zählung von Ein- und Austritten korrekt erfolgen kann.

Schaubild A7.1-3: Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit zur Förderung der Berufsausbildung



Junge Frauen sind in beiden Maßnahmen – wie bereits in den Jahren zuvor – unterrepräsentiert: sie stellten 2012 in BaE 41 %, in abH sogar nur 35 % der Teilnehmenden.

BA: Ausbildungsbonus (aufgehoben, alte Fassung SGB III § 421r)

Der Ausbildungsbonus wurde 2009 auf Beschluss des Bundestags ausgeweitet. Es handelte sich um einen einmaligen pauschalen Zuschuss für Unternehmen, die zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze für förderungsbedürftige junge Menschen schaffen oder Azubis aus insolventen Unternehmen übernehmen.

Der Ausbildungsbonus war ursprünglich befristet bis zum 31. Dezember 2013, ist dann aber mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen bereits ab 1. April 2012 weggefallen. Im Jahr 2012 hatten Betriebe noch für 426 Ausbildungsstellen (Eintritte bzw. Bewilligungen) einen Ausbildungsbonus erhalten. 2011 gab es 2.092 Bewilligungen. Im Jahr 2010 waren noch 15.771 Eintritte zu verzeichnen.

5. Handlungsfeld: Nachqualifizierung/sonstige Qualifizierung

Seit 1995 ist in Modellversuchen zur berufsbegleitenden Nachqualifizierung und auf Landesebene eine Vielzahl von Modellen, Konzepten und Initiativen entwickelt worden. Entsprechende Strukturen für eine Förderung aufzubauen und Nachqualifizierung als eigenes Handlungsfeld zu etablieren, ist das Ziel der Förderinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ des aktuellen BMBF-Programms „Perspektive Berufsabschluss“ → [Tabelle A7.1-2](#).

BA: Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer/-innen (aufgehoben, alte Fassung SGB III § 421o)

Bis zum Jahr 2012 konnten Arbeitgeber zur Eingliederung von Personen, die bei Aufnahme der Beschäftigung das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Zuschüsse erhalten, wenn diese vor Aufnahme der Beschäftigung mindestens 6 Monate arbeitslos (§ 119 SGB III) waren, nicht über einen Berufsabschluss verfügten und im Rahmen des Arbeitsverhältnisses qualifiziert werden. Inhalt der Qualifizierung sollte die betriebsnahe Vermittlung

von arbeitsmarktverwertbaren Kenntnissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten sein, die die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern und auf einen beruflichen Abschluss vorbereiten können. Sie konnte auch durch einen Träger durchgeführt werden, wenn eine Qualifizierung im Betrieb nicht möglich ist.

Mit Wirkung vom 1. April 2012 wurde die Vorschrift durch das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt aufgehoben.

BA: Arbeitsgelegenheiten (SGB II §§ 3, 16, Grundsicherung für Arbeitsuchende)

Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH ME) sind nachrangig gegenüber Vermittlung in Arbeit, Ausbildung, Qualifizierung oder anderen Eingliederungselementen. Sie sollen an den allgemeinen Arbeitsmarkt heranführen, die soziale Integration fördern und Beschäftigungsfähigkeit erhalten. AGH ME für junge Menschen unter 25 Jahren (U 25) sollen insbesondere mit Qualifizierungselementen gestaltet sein (z. B. Sprachkurse); diese sind bis zu einer Dauer von 8 Wochen zulässig, Praktika bei einem oder mehreren Arbeitgebern bis zu einer Dauer von 4 Wochen.

AGH ME sollen im Rahmen der Eingliederungsvereinbarung als zweckmäßiges Modul einer ganzheitlichen Betreuungs- und Integrationsstrategie einen Teilschritt in einer Förderkette darstellen. Die Strategie soll individuell auf die Bedarfsgemeinschaft abgestimmt sein. Für junge Menschen mit besonderen Problemlagen soll eine begleitende und möglichst umfassende sozialpädagogische Betreuung sichergestellt werden (Bundesagentur für Arbeit 2009e).

Im Jahr 2012 wurde in den AGH U 25 ME mit Qualifizierungsanteil mit insgesamt 50.635 Zugängen an Teilnehmenden gegenüber 84.680 im Jahr 2011 ein auffällig starker Rückgang von über 40 % verzeichnet.

BMBF: „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ (Förderprogramm: Perspektive Berufsabschluss)

Die Förderinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ ist als Strukturveränderungsprogramm angelegt. Sie will nachhaltig geeignete Rahmenbedingungen für Nachqualifizierung schaffen und so zur Verringerung des Anteils an- und ungelerner junger Erwachsener mit und ohne Beschäftigung beitragen. Dazu werden im Zusammenwirken mit den regional tätigen Arbeitsmarktakteuren – insbesondere Kammern, Unternehmen, Unternehmensverbände, Gewerkschaften, Träger der Arbeitsförderung/Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Bildungsträger, kommunale/regionale Wirtschaftsförderung – Konzepte für bedarfsgerechte Nachqualifizierung regional angepasst und implementiert, bestehende Fördermöglichkeiten transparent gemacht und gebündelt sowie Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für Betroffene und insbesondere auch für kleine und mittlere Unternehmen aufgebaut. Arbeitslosen An- und Ungelernten werden Möglichkeiten eröffnet, nachträglich einen Berufsabschluss zu erwerben und so ihre Beschäftigungschancen zu verbessern. Unternehmen werden Wege aufgezeigt, Qualifizierungspotenziale an- und ungelerner Beschäftigter zu erschließen und so ihren Fachkräftebedarf zu decken. Die Förderinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ schafft durch 42 Projekte geeignete Rahmenbedingungen, um an- und ungelerten jungen Erwachsenen mit und ohne Beschäftigung einen nachträglichen Berufsabschluss zu ermöglichen. Durch die Entwicklung regionaler Strukturen soll die Nachqualifizierung zum Regelangebot werden.

(Petra Lippegaus-Grünau, Thomas Materna)

A7.2 Die Entwicklung von Zusatzqualifikationen

Zusatzqualifikationen sind ein Instrument, mit dem Betriebe und Jugendliche die duale Berufsausbildung flexibel, differenziert und individuell gestalten können. Während sie Betrieben die Möglichkeit bieten, individuelle Qualifikationsanforderungen abzudecken und schnell und bedarfsgerecht auf Veränderungen zu reagieren, ermöglichen sie Jugendlichen, die Inhalte ihrer Ausbildung über die Ausbildungsordnung hinaus nach eigenen Interessen zu erweitern.

In der fachwissenschaftlichen Diskussion sowie in der Berufsbildungspraxis werden unter Zusatzqualifikationen Maßnahmen verstanden, die

- parallel zur Berufsausbildung oder unmittelbar im Anschluss daran stattfinden,
- einen zeitlichen Mindestumfang von 40 Stunden nicht unterschreiten und
- zertifiziert werden können.

Gerade für leistungsstarke Abiturientinnen und Abiturienten wird die berufliche Bildung durch diese Aufwertung zur Erfolg versprechenden Alternative zum Studium. Aus dem gleichen Grund spielen Zusatzqualifikationen eine wichtige Rolle in der Bildungspolitik. Zudem verbessert die Anrechnung von Zusatzqualifi-

kationen auf Fort- oder Weiterbildungen die Verflechtung zwischen beruflicher Aus- und Weiterbildung (siehe hierzu BBiG § 53 Fortbildungsordnung).

Gesetzliche Grundlage ist das Berufsbildungsgesetz (BBiG). Gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 5 werden unter Zusatzqualifikationen Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten verstanden, die über die Ausbildungsinhalte hinausgehen. Da die Inhalte der Zusatzqualifikationen nicht in den Ausbildungsordnungen geregelt sind, fallen sie nicht unter das BBiG. Sie unterscheiden sich damit grundsätzlich von kodifizierten Zusatzqualifikationen.

Zusatzqualifikationen bleiben ein beliebtes Instrument zur beruflichen Qualifizierung: Nachdem die Anzahl der Modelle in der vorangegangenen Periode um nur 1 % gestiegen ist, wurden zum Stichtag 30. April 2013 mit 2.314 Modellen knapp 3 % mehr unterschiedliche Zusatzqualifikationen angeboten als im Vorjahr. Faktisch verzeichnete die Datenbank AusbildungPlus im Berichtsjahr 66 neue Modelle → [Tabelle A7.2-1](#).

Anbieter

Nachdem die Zahl der Angebote in den vergangenen 2 Jahren rückläufig war, wurde 2013 die höchste Zahl seit Inbetriebnahme der Datenbank

Tabelle A7.2-1: Zusatzqualifikationen – Modelle, Anzahl der Unternehmen und Auszubildenden 2004 bis 2013

Jahr	Modelle Zusatzqualifikationen	Veränderung zum Vorjahr in %	Angebote von Unternehmen	Veränderung zum Vorjahr in %	Auszubildende	Veränderung um Vorjahr in %
2004	2.107		9.996		65.097	
2005	2.160	2,5	11.772	17,8	72.945	12,1
2006	2.124	-1,7	11.860	0,7	67.811	-7,0
2007	2.177	2,5	13.292	12,1	76.125	12,3
2008	2.257	3,7	14.292	7,5	77.724	2,1
2009	2.253	-0,2	15.108	5,7	81.102	4,3
2010	2.262	0,4	16.902	11,9	80.040	-1,3
2011	2.227	-1,6	16.197	-4,2	83.316	4,1
2012	2.248	0,9	16.103	-0,6	85.015	2,0
2013	2.314	2,9	17.626	9,5	85.699	0,8

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

AusbildungPlus verzeichnet → **Tabelle A7.2-2**. Diese Steigerung ist insbesondere auf die technischen Zusatzqualifikationen zurückzuführen, bei denen sich die Zahl der Anbieter seit dem Vorjahr mehr als verdoppelt hat. Insgesamt waren 17.626 Angebote für Zusatzqualifikationen von 2.314 verschiedenen Anbietern in der Datenbank AusbildungPlus zum Stichtag 30. April 2013 verzeichnet; dies sind 9,5 % mehr als im Vorjahr.

Inhaltliche Schwerpunkte

Zusatzqualifikationen bieten inhaltlich ein breites Spektrum → **Tabelle A7.2-3**. Die meisten von ihnen werden im vierten Jahr in Folge im Bereich der *internationalen Qualifikationen* angeboten. 34.562 Auszubildende hatten 2013 die Wahl zwischen 717 verschiedenen Modellen internationaler Zusatzqualifikationen. Am zweit- und drittstärksten sind

Tabelle A7.2-2: Anbieter von Zusatzqualifikationen 2004 bis 2013

Jahr	Ausbildungs- betrieb	Berufsschule	HWK	IHK	Fachhoch- schule/ Universität	Hersteller/ Lieferant	Verband/ Bildungs- einrichtung	Sonstige	Summe
2004	343	780	227	282	0	27	43	405	2.107
2005	332	880	220	269	0	13	44	402	2.160
2006	332	906	208	200	0	13	50	415	2.124
2007	317	1.036	207	192	0	8	49	368	2.177
2008	316	1.116	208	195	1	6	52	363	2.257
2009	312	1.085	208	195	1	6	54	392	2.253
2010	310	1.090	209	189	2	6	56	400	2.262
2011	287	1.090	207	187	2	6	56	392	2.227
2012	295	1.098	202	185	3	6	55	404	2.248
2013	292	1.127	208	188	4	6	58	431	2.314

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

Tabelle A7.2-3: Inhaltliche Schwerpunkte von Zusatzqualifikationen 2004 bis 2013

Inhaltliche Schwerpunkte	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Kaufmännische Qualifikationen	266	275	260	238	244	251	261	259	260	282
Internationale Qualifikationen	538	570	606	646	718	709	708	700	703	717
Technik	334	338	322	312	306	309	307	303	324	334
EDV/IT	293	307	263	282	282	274	270	261	253	253
Körper/Gesundheit	116	104	97	93	90	90	88	89	88	97
Medien/Telekommunikation	33	31	30	28	28	28	20	20	20	20
Gartenbau/Land- u. Forstwirtschaft, Tierpflege	10	11	13	12	12	11	11	11	11	10
Bau-/Ausbauwesen	135	133	127	125	126	126	129	128	131	129
Tourismus/Gastronomie	41	43	47	48	49	56	54	58	60	57
Fächerübergreifende Qualifikationen	133	135	149	156	160	157	166	151	150	141
Sonstige	74	66	60	58	59	62	67	62	57	66
Fachhochschulreife	134	147	150	179	183	180	181	185	189	206
Sozialwesen – neu –									2	2
Summe	2.107	2.160	2.124	2.177	2.257	2.253	2.262	2.227	2.248	2.314

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

Tabelle A7.2-4: Regionale Verteilung von Zusatzqualifikationen 2004 bis 2013

Bundesland	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Baden-Württemberg	373	385	374	399	398	397	398	398	405	432
Bayern	118	117	113	115	117	110	120	119	118	127
Berlin	60	57	65	71	72	74	70	70	72	87
Brandenburg	79	80	76	59	57	57	56	56	55	39
Bremen	10	10	8	7	7	7	7	7	8	8
Hamburg	43	41	40	46	46	48	43	45	46	49
Hessen	128	124	136	138	139	148	159	154	148	149
Mecklenburg-Vorpommern	58	49	47	48	48	45	48	47	50	50
Niedersachsen	188	199	181	188	188	183	177	171	167	177
Nordrhein-Westfalen	408	455	468	476	542	541	543	524	536	541
Rheinland-Pfalz	68	66	68	61	59	57	52	50	49	45
Saarland	14	17	14	16	16	18	18	17	17	22
Sachsen	295	292	284	276	296	301	300	295	297	299
Sachsen-Anhalt	39	37	28	29	30	28	27	26	30	31
Schleswig-Holstein	44	43	43	56	56	54	55	55	56	61
Thüringen	182	188	179	192	186	185	189	193	194	197
Summe	2.107	2.160	2.124	2.177	2.257	2.253	2.262	2.227	2.248	2.314

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

erneut die Bereiche *Technik* (334 Modelle für 3.957 Auszubildende) und *kaufmännische Qualifikationen* (282 Modelle für 16.024 Auszubildende). Die Angebote im Bereich *Informationstechnologie* haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht geändert (253 Modelle), bieten mit 8.006 Auszubildenden aber 215 (+2,8 %) jungen Menschen mehr die Möglichkeit einer Zusatzqualifikation.

Das deutlichste Wachstum konnte mit einem Plus von 10,2 % der Bereich *Körperpflege und Gesundheit* verzeichnen. Hier wurden 97 Modelle für 1.400 Auszubildende angeboten. Hohe Zuwächse gab es außerdem bei Zusatzqualifikationen, die die Auszubildenden mit der *Fachhochschulreife* abschließen (9.226 Auszubildende konnten zwischen 206 Modellen wählen: +9 %), sowie bei den kaufmännischen Qualifikationen (16.024 Auszubildende bei 282 Modellen: +8,5 %).

Zurückgegangen ist die Anzahl unterschiedlicher Modelle in den Bereichen *fachübergreifende Qualifikationen* (-6 % auf 141), *Tourismus und Gastronomie* (-5 % auf 57) und *Bau- und Ausbaugesamtheit* (-1,5 % auf

129). Der Rückgang bei diesen Modellen kann nicht mit einer Umverteilung der Angebote begründet werden, da in allen rückläufigen Bereichen auch die Zahl der Anbieter bzw. Angebote sowie die Anzahl der Auszubildenden zurückgegangen ist.

Regionale Verteilung

Zusatzqualifikationen für Auszubildende werden in Deutschland flächendeckend in allen Bundesländern angeboten → **Tabelle A7.2-4**. Die stärksten regionalen Schwerpunkte des Angebots fanden sich 2013 erneut in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Sachsen, gefolgt von Thüringen, Niedersachsen, Hessen und Bayern. Die größten Zuwächse verzeichneten das Saarland (+29,4 %) und Berlin (+20,8 %). Weniger Modelle als im Vorjahr wurden nur in Brandenburg (-29,1 %) und Rheinland-Pfalz (-8,2 %) angeboten. Insgesamt hatten 85.699 Auszubildende die Chance, eine Zusatzqualifikation zu erwerben – 22.293 davon in Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Baden-Württemberg (15.753) und Niedersachsen (9.190).

(Vera Verhey, Jochen Goeser)

A7.3 Die Entwicklung dualer Studiengänge

Das duale Studium bleibt auf Wachstumskurs. Das große Interesse bei Jugendlichen, Betrieben sowie (Fach-)Hochschulen und Berufsakademien an dieser speziellen Ausbildungsform ist weiterhin ungebrochen. So verzeichnete die AusbildungPlus-Datenbank im Jahr 2013 mit 11,4% wieder eine zweistellige Zuwachsrate bei der Anzahl der dualen Studiengänge **E** für die Erstausbildung, nachdem diese im Vorjahr bei 3,5% und 2011 bei 20% gelegen hatte. Seit ihrer Einführung in den 1970er-Jahren erfreut sich diese Studienform stetig wachsender Beliebtheit, da sie den Beteiligten eine Reihe von Vorteilen bietet: Für Unternehmen stellt sie eine Möglichkeit dar, ihren Fachkräftenachwuchs besonders praxisgerecht auszubilden. Zudem können sie Bewerberinnen und Bewerber durch diese attraktive Ausbildungsform frühzeitig an das Unternehmen binden. Jugendliche wiederum schätzen neben der Praxisnähe dualer Studiengänge besonders die Möglichkeit, während des Studiums ein Einkommen zu erzielen und die guten Übernahmechancen in den Unternehmen. Die Praxisnähe und der gute Kontakt zu den Unternehmen bietet den Hochschulen unter anderem eine willkommene Grundlage zur Abgrenzung gegenüber anderen Ausbildungsinstitutionen.

E Duale Studiengänge

Als dualer Studiengang wird ein Studium an einer Hochschule oder Berufsakademie mit integrierter Berufsausbildung bzw. Praxisphasen in einem Unternehmen bezeichnet. Neben dem Begriff des dualen Studiums werden für diese Studienform auch Bezeichnungen wie „Verbundstudium“, „kooperatives Studium“, „Studium mit vertiefter Praxis“ u. v. m. verwendet. Von klassischen Studiengängen unterscheidet sich ein dualer Studiengang durch einen höheren Praxisbezug, der abhängig von Studiengang und Hochschule variiert. Kennzeichnend für duale Studiengänge sind außerdem immer die beiden Lernorte Hochschule bzw. Akademie und Betrieb, an denen sie stattfinden. Berufspraxis und Studium sind organisatorisch und curricular miteinander verzahnt. In der Literatur werden 4 Typen von dualen Studiengängen unterschieden:

- **Ausbildungsintegrierende duale Studiengänge** verbinden das Studium mit einer Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf. Dabei werden die Studienphasen und die Berufsausbildung sowohl zeitlich als auch inhaltlich miteinander verzahnt. Es wird neben dem Studienabschluss, mittlerweile ist das im Regelfall der Bachelor, noch ein zweiter anerkannter Abschluss in einem Ausbildungsberuf erworben.
- **Praxisintegrierende duale Studiengänge** verbinden das Studium mit längeren Praxisphasen im Unternehmen. Zwischen den Lehrveranstaltungen an der Hochschule und der praktischen Ausbildung besteht ein inhaltlicher Bezug. Voraussetzung für eine Immatrikulation in einen praxisintegrierenden Studiengang ist eine vertragliche Bindung an ein Unternehmen, häufig in Form eines Arbeitsvertrags oder auch Praktikanten- oder Volontariatsvertrags.
- **Berufsintegrierende duale Studiengänge** sind Studiengänge für die berufliche Weiterbildung. Das Studium wird mit einer beruflichen Teilzeittätigkeit kombiniert. Ein wechselseitiger inhaltlicher Bezug zwischen der beruflichen Tätigkeit und dem Studium ist auch bei diesem Modell vorgesehen.
- **Berufsbegleitende duale Studiengänge** ähneln Fernstudiengängen. Das Studium wird neben einer Vollzeitberufstätigkeit hauptsächlich im Selbststudium mit Begleitseminaren absolviert. Im Unterschied zu normalen Fernstudiengängen leistet bei diesem Modell der Betrieb einen spezifischen, dem Studium förderlichen Beitrag. Das kann beispielsweise die Freistellung von der Arbeit für die Präsenzphasen oder das Bereitstellen von betrieblichen Arbeitsmitteln sein.

Ausbildungs- und praxisintegrierende duale Studiengänge sind Angebote für die berufliche Erstausbildung und richten sich an Studienberechtigte mit Hochschul- bzw. Fachhochschulreife. Berufsintegrierende und berufsbegleitende duale Studiengänge sind auf die berufliche Weiterbildung ausgerichtet und sprechen diejenigen an, die neben ihrer beruflichen Tätigkeit ein Studium absolvieren möchten.

In der AusbildungPlus-Datenbank **E** wurden 1.461 (30. April 2013) verschiedene duale Studiengänge erfasst. Diese Zahl enthält sowohl die dualen Studiengänge für die Erstausbildung wie auch die für die berufliche Weiterbildung. Letztere wurden 2012 erstmals in die Datenbank aufgenommen. Ihre Zahl sank leicht von 474 auf 447. Die Zahl der dualen Studienplätze lag vergleichsweise stabil bei rund 64.000, während die Zahl der Unternehmenskooperationen stark zurückging. Dies ist jedoch auf die Korrektur fehlerhafter Angaben in der Datenbank zurückzuführen und stellt einen Einmaleffekt dar. In → **Tabelle A7.3-1** wird die Entwicklung des Angebots von dualen Studiengängen von 2004 bis 2013 auf Basis der AusbildungPlus-Datenbank dargestellt.

E AusbildungPlus

Die Datenbank AusbildungPlus ist ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördertes Projekt des Bundesinstituts für Berufsbildung. Sie bietet einen Überblick

über bundesweite Ausbildungsangebote mit Zusatzqualifikation und über duale Studiengänge (www.ausbildungplus.de). Diese werden seit 2001 in einer Datenbank erfasst und interessierten Jugendlichen, Unternehmen, Bildungsanbietern und der Wissenschaft zugänglich gemacht. Die AusbildungPlus-Datenbank stellt mit ihrem umfassenden Datenbestand einen sehr guten Indikator für Trends und Entwicklungen im Bereich hochwertiger Ausbildungsangebote dar. Die Daten basieren auf freiwilligen Angaben der Ausbildungsinstitutionen und bilden das entsprechende Angebot nicht im Sinne einer statistischen Vollerhebung ab. Dies gilt insbesondere für die Angabe der Zahl der Studienplätze. Da hierzu nicht von allen Ausbildungsinstitutionen Angaben vorliegen, dürfte ihre tatsächliche Zahl deutlich höher sein.

Anbieter

Eine große Steigerung registrierte die AusbildungPlus-Datenbank bei den dualen Studienangeboten von Universitäten. Dieses stieg um 90 % von 30 auf 57 duale Studienangebote für die Erstausbil-

Tabelle A7.3-1: Duale Studiengänge 2004 bis 2013

Jahr	Anzahl dualer Studiengänge	Veränderung zum Vorjahr in %	Angebote von Unternehmen	Veränderung zum Vorjahr in %	Studierende	Veränderung zum Vorjahr in %
2004	512		18.168		40.982	
2005	545	6,4	18.911	4,1	42.467	3,6
2006	608	11,6	22.003	16,4	43.536	2,5
2007	666	9,5	24.246	10,2	43.220	-0,7
2008	687	3,2	24.572	1,3	43.991	1,8
2009	712	3,6	26.121	6,3	48.796	10,9
2010	776	12,5	27.900	8,9	50.764	6,1
2011	929	20,0	40.874	47,0	61.195	21,0
2011 ¹	879	k.A.	40.555	k.A.	59.628	k.A.
2012 ¹	910	3,5	45.630	12,5	64.093	7,5
2013 ¹	1.014	11,4	39.622	-13,2	64.358	0,4

¹ Werte beziehen sich ausschließlich auf Studiengänge für die Erstausbildung.

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

Tabelle A7.3-2: Anbieter von dualen Studiengängen 2004 bis 2013

Jahr	Fachhochschulen	Berufsakademien	Universitäten	Verwaltungs- und Wirtschafts-akademien	Sonstige Hochschulen	Summe
2004	278	184	13	37	k.A.	512
2005	213	279	15	38	k.A.	545
2006	280	279	15	34	k.A.	608
2007	292	322	23	29	k.A.	666
2008	311	324	23	29	k.A.	687
2009	328	333	24	27	k.A.	712
2010	394	164	29	0	189	776
2011	545	153	28	0	203	929
2011 ¹	510	142	28	0	199	879
2012 ¹	537	137	30	0	206	910
2013 ¹	584	155	57	0	218	1.014

¹ Werte beziehen sich ausschließlich auf Studiengänge für die Erstausbildung.

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

derung. Dies ist besonders auffällig, da seit 2010 kaum Veränderungen im Angebot der Universitäten verzeichnet werden konnten. Dennoch bleiben duale Studiengänge für die Erstausbildung eine Domäne der Fachhochschulen. Sie boten 2013 mit 584 die meisten dualen Studiengänge an. In der Kategorie „sonstige Hochschulen“ verzeichnet die AusbildungPlus-Datenbank 218 Studiengänge, darin enthalten sind auch die Angebote der dualen Hochschule Baden-Württemberg. Sie wurde in → **Tabelle A7.3-2** ab 2010, mit der Zusammenfassung der Berufsakademien in Baden-Württemberg zur dualen Hochschule Baden-Württemberg, unter der Kategorie „sonstige Hochschulen“ geführt. Die Berufsakademien standen mit 155 Studienangeboten an dritter Stelle. Die Wirtschafts- und Verwaltungsakademien (VWA) werden nicht mehr gesondert ausgewiesen. Sie sind privatrechtliche Bildungseinrichtungen, die eine duale Abiturientenausbildung anbieten. Die Absolventen/Absolventinnen dieser Ausbildung erwerben in der Regel erst durch Kooperationen mit staatlich anerkannten Hochschulen oder Akademien einen akademischen Abschluss und werden in der Auswertung

der AusbildungPlus-Datenbank bei den prüfenden Ausbildungsinstitutionen mitgezählt.

Fachrichtungen

Das Angebot dualer Studiengänge für die Erstausbildung in der AusbildungPlus-Datenbank konzentriert sich auf die Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften sowie auf die Informatik. → **Tabelle A7.3-3** zeigt sehr deutlich den Einfluss der Unternehmen auf das Fächerspektrum dualer Studiengänge: Duale Studienplätze werden in den Fächern angeboten, mit deren Absolventen/Absolventinnen die Unternehmen ihren künftigen Fachkräftebedarf decken möchten. Der Anteil der Wirtschaftswissenschaften war mit über 40% des Gesamtangebots in den Jahren von 2004 bis 2013 stabil. Das Schwerpunktfach ist die Betriebswirtschaftslehre. Auffällig war die Steigerung im Bereich Sozialwesen. Sie übertraf mit rund 32% die Steigerungsrate von 24% aus dem Jahr 2012 deutlich. Mit 2 dualen Studienangeboten im Fach Kommunikationsdesign entwickelte sich darüber hinaus ein unter dualen Studiengängen bisher noch gar nicht vertretener Fachbereich.

Tabelle A7.3-3: Fachrichtung von dualen Studiengängen 2004 bis 2013

Anzahl dualer Studiengänge nach Fachrichtung und Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2011 ¹	2012 ¹	2013 ¹
Architektur	0	0	1	1	1	1	1	0	0	0	0
Bauingenieurwesen	15	17	24	25	27	25	29	37	37	43	46
Elektrotechnik	47	48	51	56	60	65	77	87	87	91	98
Informatik	72	83	93	97	103	108	113	133	122	111	124
Ingenieurwesen	34	33	34	35	31	34	42	58	58	75	78
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	84	89	98	97	104	106	120	142	140	150	169
Mathematik	1	1	1	1	1	1	1	2	2	3	3
Sozialwesen	0	0	0	23	23	23	23	27	25	31	41
Verkehrstechnik/Nautik	5	5	7	10	10	10	11	13	13	13	15
Wirtschafts- und Gesellschaftslehre	15	24	21	14	14	13	12	17	16	8	7
Wirtschaftsingenieurwesen	16	19	24	24	26	26	28	35	35	42	46
Wirtschaftswissenschaften	223	226	254	282	286	300	319	378	344	343	385
Sonstiges	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	2
Summe	512	545	608	666	687	712	776	929	879	910	1.014

¹Werte beziehen sich ausschließlich auf Studiengänge für die Erstausbildung.

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

Tabelle A7.3-4: Regionale Verteilung dualer Studiengänge 2004 bis 2013

Bundesland	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2011 ¹	2012 ¹	2013 ¹
Baden-Württemberg	141	152	167	192	194	201	214	236	228	237	245
Bayern	21	24	28	48	55	62	67	126	125	154	172
Berlin	21	22	23	21	21	23	24	27	25	20	25
Brandenburg	4	4	3	3	3	4	3	2	2	4	7
Bremen	2	2	4	6	6	6	8	8	8	7	7
Hamburg	8	13	12	13	13	14	15	16	16	12	15
Hessen	40	45	50	66	70	74	68	70	65	66	75
Mecklenburg-Vorpommern	2	2	5	5	7	6	6	9	7	7	7
Niedersachsen	68	71	72	62	61	59	60	65	64	70	73
Nordrhein-Westfalen	86	93	112	112	114	113	156	198	171	157	183
Rheinland-Pfalz	8	9	12	12	12	13	12	23	21	25	31
Saarland	6	6	8	9	9	9	11	10	9	9	10
Sachsen	52	51	58	65	69	71	72	77	77	79	82
Sachsen-Anhalt	2	2	5	9	10	10	11	14	13	14	24
Schleswig-Holstein	21	19	19	14	14	15	16	15	15	15	25
Thüringen	30	30	30	29	29	32	33	33	33	34	33
Summe	512	545	608	666	687	712	776	929	879	910	1.014

¹Werte beziehen sich ausschließlich auf Studiengänge für die Erstausbildung.

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

Tabelle A7.3-5: Fachrichtung von dualen Studiengängen für die Weiterbildung 2012 und 2013

Fachrichtung	Duale Studiengänge für die Weiterbildung	
	April 2012	April 2013
Ingenieurwesen, allgemein	10	7
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	14	10
Elektrotechnik	6	2
Informatik	63	54
Wirtschafts- und Gesellschaftslehre	47	47
Wirtschaftswissenschaften	331	322
Sozialwesen	3	5
Summe	474	447

Quelle: AusbildungPlus-Datenbank

Regionale Verteilung

Die Bundesländer mit den meisten dualen Studienangeboten für die Erstausbildung waren 2013 Baden-Württemberg mit 245 Angeboten, Nordrhein-Westfalen mit 183 und Bayern mit 172 Studiengängen, wie → [Tabelle A7.3-4](#) zeigt. Besonders auffällig ist dabei die Entwicklung in Bayern, das sein Angebot dualer Studiengänge für die Erstausbildung in den vergangenen 5 Jahren verdreifacht hat.

Duale Studiengänge für die Weiterbildung

Bei den dualen Studiengängen für die Weiterbildung, die in der AusbildungPlus-Datenbank verzeichnet sind, dominieren die Wirtschaftswissenschaften, wie

in → [Tabelle A7.3-5](#) dargestellt. 369 Studienangebote entfallen auf die Wirtschaftswissenschaften und die Rubrik Wirtschafts- und Gesellschaftslehre mit Kombinationen aus Wirtschafts- und Rechtswissenschaften. Informatik liegt mit 54 Studiengängen an zweiter Stelle. Außerdem sind 19 ingenieurwissenschaftliche Angebote in der AusbildungPlus-Datenbank enthalten. Von diesen dualen Studienangeboten werden 234 mit einem Bachelor abgeschlossen. Die Anzahl der Angebote, die mit einem Master abschließen, stieg von 184 auf 192. Dies zeigt, dass sich neue Möglichkeiten zum Erwerb des Masters im Bereich der dualen Studiengänge für die Weiterbildung entwickeln.

(Jochen Goeser)

A8 Kosten und finanzielle Förderung der beruflichen Ausbildung

A8.1 Entwicklung der Ausbildungsvergütungen

In der dualen Berufsausbildung hat jede/-r Auszubildende gegenüber ihrem/seinem Ausbildungsbetrieb einen Anspruch auf eine angemessene und mit jedem Ausbildungsjahr ansteigende Vergütung (§ 17 Berufsbildungsgesetz). Die Ausbildungsvergütungen sind damit sowohl für die Auszubildenden als auch für die ausbildenden Betriebe von erheblicher finanzieller Bedeutung. Für die Auszubildenden haben die Vergütungen die Funktion, spürbar zur Deckung ihrer Lebenshaltungskosten beizutragen; gleichzeitig sollen sie eine Entlohnung für ihre im Betrieb geleistete produktive Arbeit darstellen. Für die Betriebe sind die Ausbildungsvergütungen der größte Kostenfaktor bei der Durchführung der Berufsausbildung; auf sie entfallen durchschnittlich 46 % der Bruttoausbildungskosten (vgl. Kapitel A8.3, Schönfeld u. a. 2010).

In den meisten Wirtschaftszweigen schließen die Tarifpartner (Arbeitgeber und Gewerkschaften) Vereinbarungen über die Höhe der Ausbildungsvergütungen ab.¹⁹⁶ Tarifgebundene Betriebe¹⁹⁷ müssen ihren Auszubildenden mindestens die tariflich festgelegten Vergütungssätze zahlen, d. h., niedrigere Vergütungsbeträge sind unzulässig, übertarifliche Zuschläge aber möglich. Nicht tarifgebundene Betriebe können dagegen die in ihrem Wirtschaftszweig geltenden tariflichen Ausbildungsvergütungen deutlich unterschreiten, und zwar nach derzeitiger Rechtsprechung um bis zu 20 %. Dennoch zahlen auch diese Betriebe häufig freiwillig die tariflichen Vergütungssätze.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) untersucht die Entwicklung der tariflichen Ausbildungs-

vergütungen **E** in den alten Ländern seit 1976 und in den neuen Ländern seit 1992. Obwohl die Tarifbindung der Betriebe seit Mitte der 1990er-Jahre deutlich abgenommen hat (vgl. Kohaut/Ellguth 2013), werden die Vergütungszahlungen in der betrieblichen Berufsausbildung nach wie vor stark durch die tariflichen Regelungen geprägt. Nach der BIBB-Kosten-Nutzen-Erhebung 2007 waren in den alten Ländern 84 % der Ausbildungsbetriebe tarifgebunden oder orientierten sich an einem Tarif; in diesen Betrieben wurden 91 % der Auszubildenden ausgebildet (vgl. Kapitel A8.3, Beicht/Walden 2012). In den neuen Ländern war eine Tarifbindung bzw. Anlehnung an eine tarifliche Regelung allerdings weit seltener und traf nur auf 70 % der Betriebe (mit 72 % der Auszubildenden) zu. 30 % der ostdeutschen Betriebe (mit 28 % der Auszubildenden) nutzten somit den Flexibilitäts-spielraum bei den Ausbildungsvergütungen, den eine fehlende Tarifbindung ermöglicht.

E Tarifliche Ausbildungsvergütungen

Tarifliche Vereinbarungen zu den Ausbildungsvergütungen werden meistens für einen bestimmten Wirtschaftszweig in einer bestimmten Region (Tarifbereich) geschlossen. Innerhalb eines Tarifbereichs werden in der Regel für *alle* Auszubildenden – unabhängig vom Ausbildungsberuf – einheitliche monatliche Vergütungssätze für die einzelnen Ausbildungsjahre festgelegt. Ist ein Wirtschaftszweig in mehrere Tarifregionen untergliedert, so variieren die Vergütungssätze oft zwischen den betreffenden Regionen, wobei größere Abweichungen meistens nur zwischen den alten und den neuen Ländern auftreten. Sehr stark unterscheidet sich die Höhe der tariflichen Ausbildungsvergütungen jedoch zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen.

Jährlich zum Stand 1. Oktober wird im BIBB eine Auswertung tariflicher Ausbildungsvergütungen durchgeführt. Die Grundlage bilden dabei rund 500 Vergütungsvereinbarungen aus den gemessen an den Beschäftigtenzahlen größten Tarifbereichen Deutschlands. Die Angaben werden jeweils vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales zur Verfügung gestellt. Getrennt nach alten und neuen Ländern werden die Vergütungsdurchschnitte für stärker besetzte Ausbildungsberufe ermittelt. Derzeit sind 184 Berufe in den alten und 152 Berufe in den neuen Ländern einbezogen. In diesen Berufen werden 89 % aller Auszubildenden in

196 Insbesondere im Dienstleistungssektor sowie im Handwerk gibt es jedoch auch Bereiche, in denen keine tariflichen Regelungen der Ausbildungsvergütungen getroffen werden oder tarifliche Vereinbarungen nur für bestimmte Regionen existieren.

197 Eine Tarifbindung besteht in der Regel dann, wenn der Betrieb dem tarifschließenden Arbeitgeberverband eines Wirtschaftszweigs angehört. In eher seltenen Fällen werden Tarifvereinbarungen für allgemein verbindlich erklärt, dann gelten die Regelungen für alle Betriebe des betreffenden Wirtschaftszweigs.

den alten und 80 % in den neuen Ländern ausgebildet. Im Rahmen der Auswertungen wird zunächst pro Ausbildungsberuf ein Durchschnitt über die tariflichen Vergütungssätze der Wirtschaftszweige bzw. Tarifbereiche berechnet, in denen der betreffende Beruf schwerpunktmäßig bzw. typischerweise ausgebildet wird (vgl. Beicht 2011). Anschließend werden auf Basis der ermittelten berufsspezifischen Vergütungsdurchschnitte weitere Durchschnittswerte, z. B. für die einzelnen Ausbildungsbereiche, gebildet, wobei die betreffenden Berufe jeweils mit dem Gewicht ihrer Auszubildendenzahlen berücksichtigt werden.

Aktuelle Vergütungsstrukturen 2013

In den alten Ländern betragen die tariflichen Ausbildungsvergütungen 2013 im Durchschnitt 767 € pro Monat.¹⁹⁸ Sie erhöhten sich damit um 4,1 % gegenüber dem Vorjahreswert von 737 €. ¹⁹⁹ In den neuen Ländern stieg der monatliche Vergütungsdurchschnitt auf 708 € an, also um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr (674 €). Der Vergütungsanstieg fiel damit 2013 wie im Jahr zuvor relativ stark aus: 2012 waren die tariflichen Vergütungen in den alten Ländern ebenfalls um durchschnittlich 4,1 % angehoben worden und in den neuen Ländern um 5,0 % → **Schaubild A8.1-1**. Durch die etwas stärkere prozentuale Vergütungssteigerung in den neuen Ländern hat sich 2013 der Abstand zum westdeutschen Tarifniveau verringert: Nun wurden 92 % der westlichen Vergütungshöhe erreicht, im Vorjahr waren es 91 %. Bezogen auf das gesamte Bundesgebiet lag der Durchschnitt der tariflichen Ausbildungsvergütungen 2013 bei 761 € pro Monat. Dies entsprach einem Anstieg um 4,2 % gegenüber dem Vorjahr (730 €).

Zwischen den einzelnen Ausbildungsberufen bestanden 2013 beträchtliche Vergütungsunterschiede.²⁰⁰

198 Die tariflichen Ausbildungsvergütungen gelten nicht in der aus öffentlichen Mitteln finanzierten außerbetrieblichen Ausbildung. Dort erhalten die Auszubildenden in der Regel wesentlich niedrigere Vergütungen, die gesetzlich bzw. durch Verordnung festgelegt sind.

199 Die tariflichen Ausbildungsvergütungen stellen Bruttobeträge dar. Überschreitet die monatliche Vergütung die Geringverdienergrenze von 325 €, so muss der/die Auszubildende hiervon den Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung leisten, andernfalls trägt der Ausbildungsbetrieb die gesamten Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil). Gegebenenfalls erfolgt auch ein Lohnsteuerabzug von der Ausbildungsvergütung.

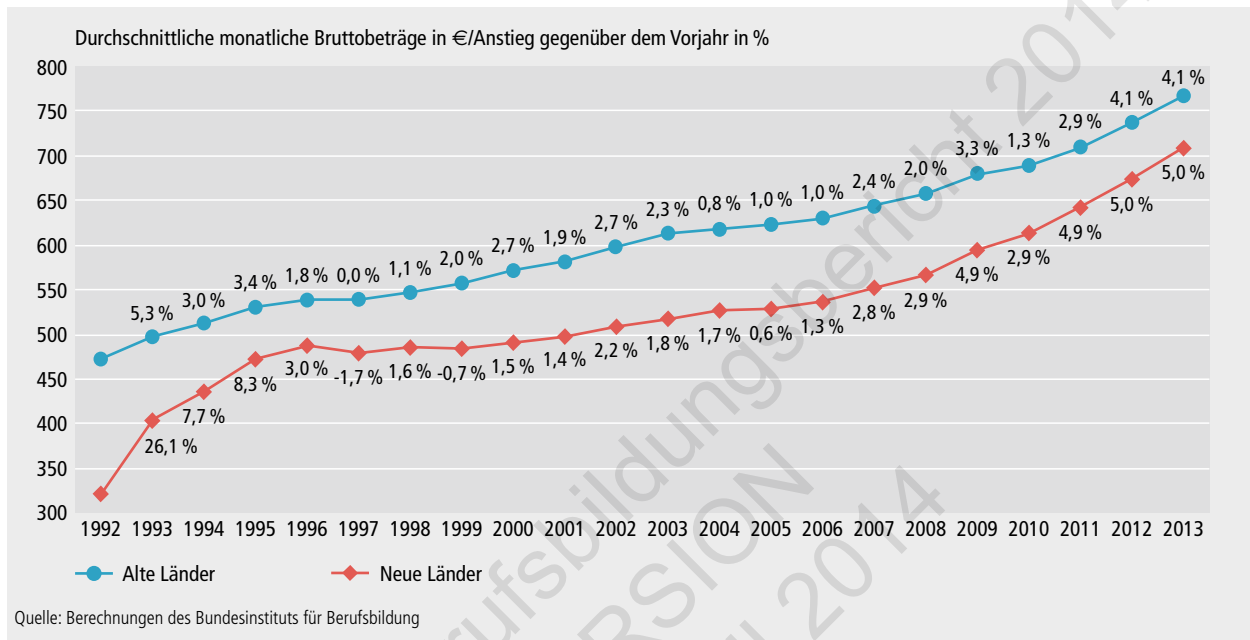
200 Eine Gesamtübersicht mit den Ergebnissen für alle erfassten Ausbildungsberufe 2013 ist abrufbar unter www.bibb.de/de/783.htm.

Sehr hoch lagen die tariflichen Vergütungsdurchschnitte beispielsweise in den Berufen Mechatroniker/Mechatronikerin (alte Länder: 938 €, neue Länder: 921 €), Kaufmann/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen (alte Länder und neue Länder: 935 €) sowie Medientechnologe/Medientechnologin Druck (alte Länder und neue Länder: 905 €). In den alten Ländern waren auch in den Berufen des Bauhauptgewerbes (zum Beispiel Maurer/Maurerin) sehr hohe Ausbildungsvergütungen tariflich vereinbart: Sie betragen dort durchschnittlich 999 € im Monat, während sie in den neuen Ländern mit 803 € deutlich geringer ausfielen. Eher niedrig waren die tariflichen Vergütungsdurchschnitte zum Beispiel in den Berufen Florist/-in (alte Länder: 571 €, neue Länder: 312 €), Maler/-in und Lackierer/-in (alte und neue Länder: 558 €), Bäcker/-in (alte und neue Länder: 550 €), und Friseur/-in (alte Länder: 469 €, neue Länder: 269 €).

Die Auszubildenden verteilten sich 2013 wie folgt nach Höhe der berufsspezifischen Ausbildungsvergütungen: In den alten Ländern kamen 26 % der Auszubildenden auf hohe monatliche Beträge von 900 € und mehr. Für 61 % bewegten sich die Vergütungen zwischen 600 € und unter 900 €. Relativ gering waren die Beträge für 13 % der Auszubildenden mit weniger als 600 €. In den neuen Ländern gab es für 16 % der Auszubildenden eine Vergütung von 900 € und mehr. Für 52 % der Auszubildenden lagen die Vergütungen zwischen 600 € und unter 900 €. 32 % der Auszubildenden hatten Vergütungen von weniger als 600 €.

Nach Ausbildungsbereichen unterschied sich das Niveau der tariflichen Ausbildungsvergütungen 2013 erheblich. In den alten Ländern wurde in Industrie und Handel mit 839 € pro Monat ein relativ hoher Durchschnitt erreicht, ebenso im öffentlichen Dienst mit 830 €. Weit darunter lagen die durchschnittlichen Beträge im Handwerk (638 €), bei den freien Berufen (656 €) und in der Landwirtschaft (658 €). Noch größere Unterschiede gab es in den neuen Ländern: Hier war der Vergütungsdurchschnitt im öffentlichen Dienst mit 830 € am höchsten, gefolgt von Industrie und Handel mit 764 €. Erheblich niedriger fielen auch hier die Durchschnittswerte im Handwerk (542 €), in der Landwirtschaft (559 €) und bei den freien Berufen

Schaubild A8.1-1: Entwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen 1992 bis 2013



(668 €) aus.²⁰¹ Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass vor allem innerhalb der Ausbildungsbereiche Industrie und Handel sowie Handwerk die Vergütungen der einzelnen Berufe sehr stark differieren.

Es waren 2013 auch deutliche Vergütungsunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Auszubildenden festzustellen. In den alten Ländern betrug der durchschnittliche Monatsbetrag für männliche Auszubildende 781 € und für weibliche 745 €. In den neuen Ländern kamen männliche Auszubildende auf 726 € und weibliche auf 674 €. Die abweichenden Vergütungsdurchschnitte resultierten ausschließlich aus der unterschiedlichen Verteilung von männlichen und weiblichen Auszubildenden auf die Berufe. In Berufen, in denen weit überwiegend junge Männer ausgebildet wurden, waren die Ausbildungsvergütungen teilweise sehr hoch. Umgekehrt wurden in den Berufen, in denen sehr stark junge Frauen vertreten waren, häufiger relativ niedrige Vergütungen gezahlt.

201 Für den Ausbildungsbereich der freien Berufe wurde 2013 in den alten Ländern ein niedrigerer Vergütungsdurchschnitt als in den neuen Ländern ermittelt. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der Beruf Zahnmedizinischer Fachangestellter/Zahnmedizinische Fachangestellte, der in den alten Ländern eine vergleichsweise geringe Vergütung aufwies, in den neuen Ländern aufgrund fehlender tariflicher Vereinbarungen nicht einbezogen war.

Bei den bisherigen Angaben handelte es sich immer um Durchschnittswerte über die gesamte Ausbildungsdauer der Berufe. Für die einzelnen Ausbildungsjahre wurden 2013 folgende Durchschnittswerte ermittelt: In den alten Ländern betragen die monatlichen Vergütungen im 1. Ausbildungsjahr 691 €, im 2. Jahr 764 €, im 3. Jahr 845 € und im 4. Jahr 876 €. In den neuen Ländern ergaben sich im 1. Ausbildungsjahr durchschnittlich 638 €, im 2. Jahr 707 €, im 3. Jahr 771 € und im 4. Jahr 849 € pro Monat.²⁰²

Der Vergütungsanstieg 2005 bis 2012 vor dem Hintergrund der Preissteigerung sowie der Lohn- und Gehaltsentwicklung

In den alten Ländern erhöhten sich die tariflichen Ausbildungsvergütungen von 2005 bis 2012 durchschnittlich um insgesamt 18,3% → **Tabelle A8.1-1**.²⁰³ In den neuen Ländern lag der entsprechende Gesamtanstieg bei 27,4%. Hierbei handelt es sich um die nominalen Vergütungssteigerungen. Der reale Zuwachs, d. h. der tatsächliche Zugewinn an Kaufkraft, ergibt

202 Beim 4. Ausbildungsjahr ist zu beachten, dass in den Vergütungsdurchschnitt bei Weitem nicht alle erfassten Berufe eingingen, sondern nur diejenigen mit einer dreieinhalbjährigen Ausbildungsdauer.

203 Zur Langzeitentwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 1976 bis 2010 vgl. Beicht 2011.

Tabelle A8.1-1: **Nominaler und realer Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen (AV) sowie nominaler Anstieg der Tarifverdienste 2005 bis 2012**

Jahr	Durchschnittliche AV pro Monat in €	Gesamtanstieg seit 2005 in %				Anstieg gegenüber dem Vorjahr in %			
		nominaler Anstieg der AV	Preis-anstieg ¹	realer Anstieg der AV	nominaler Anstieg der Tarifverdienste ²	nominaler Anstieg der AV	Preis-anstieg ¹	realer Anstieg der AV	nominaler Anstieg der Tarifverdienste ²
Alte Länder									
2005	623								
2006	629	1,0	1,5	-0,5	1,0	1,0	1,5	-0,5	1,0
2007	644	3,4	3,9	-0,5	2,6	2,4	2,3	0,1	1,6
2008	657	5,5	6,6	-1,1	6,0	2,0	2,6	-0,6	3,3
2009	679	9,0	6,9	2,1	9,0	3,3	0,3	3,0	2,8
2010	688	10,4	8,1	2,3	10,7	1,3	1,1	0,2	1,6
2011	708	13,6	10,4	3,2	12,4	2,9	2,1	0,8	1,5
2012	737	18,3	12,5	5,8	15,8	4,1	2,0	2,1	3,0
Neue Länder									
2005	529								
2006	536	1,3	1,5	-0,2	0,8	1,3	1,5	-0,2	0,8
2007	551	4,2	3,9	0,3	2,1	2,8	2,3	0,5	1,3
2008	567	7,2	6,6	0,6	7,4	2,9	2,6	0,3	5,2
2009	595	12,5	6,9	5,6	10,6	4,9	0,3	4,6	3,0
2010	612	15,7	8,1	7,6	12,7	2,9	1,1	1,8	1,9
2011	642	21,4	10,4	11,0	14,4	4,9	2,1	2,8	1,5
2012	674	27,4	12,5	14,9	18,1	5,0	2,0	3,0	3,2

¹ Basiert auf dem vom Statistischen Bundesamt ermittelten Verbraucherpreis-Gesamtindex.

² Basiert auf dem vom Statistischen Bundesamt ermittelten Index der tariflichen Monatsverdienste im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich ohne Sonderzahlungen.

Quelle: Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

sich erst nach Berücksichtigung der Preissteigerung. Hierfür wird der vom Statistischen Bundesamt ermittelte Verbraucherpreisindex (Gesamtindex für Deutschland) herangezogen. Danach stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland von 2005 bis 2012²⁰⁴ um insgesamt 12,5 % an. In den alten Ländern betrug die reale Erhöhung der tariflichen Ausbildungsvergütungen in diesem Zeitraum somit lediglich 5,8 %. In den neuen Ländern ist mit einem Plus von 14,9 % ein deutlich stärkerer prozentualer Realanstieg festzustellen, allerdings basierend auf einem erheblich niedrigeren Ausgangsniveau als in den alten Ländern.

Inwieweit die Anhebung der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 2005 bis 2012 der allgemeinen

Lohn- und Gehaltsentwicklung entsprach, lässt sich anhand der vom Statistischen Bundesamt ermittelten Indizes der tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmer/-innen beurteilen. In den alten Ländern war demnach der prozentuale Gesamtanstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen im betreffenden Zeitraum mit 18,3 % etwas höher als bei den tariflichen Monatsverdiensten der Arbeitnehmer mit 15,8 % → **Tabelle A8.1-1**. In den neuen Ländern nahmen die tariflichen Vergütungen der Auszubildenden dagegen mit 27,4 % deutlich stärker zu als die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmer mit 18,1 %.

(Ursula Beicht)

204 Für 2013 lagen die Angaben noch nicht vor.

A8.2 Ausgaben der öffentlichen Hand für die berufliche Ausbildung

→ **Tabelle A8.2-1** dokumentiert die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für die berufliche Ausbildung von 2001 bis 2013. Es finden alle Aufwendungen Berücksichtigung, welche verursachungsgerecht in Zusammenhang mit der Entwicklung, Verbesserung, Durchführung und Förderung von Ausbildungsgängen nach § 1 Absatz 1 und 2 BBiG stehen. Ausgaben, die zwar einen Bezug zur beruflichen Bildung aufweisen, aber nach dem Verursacherprinzip nicht eindeutig dem Berufsbildungssystem zugerechnet werden können, sind nicht enthalten. Dies betrifft z. B. die Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe des Bundesministeriums für Familie, Senioren und Jugend (BMFSFJ), die teilweise zwar den Übergang in den Arbeitsmarkt erleichtern sollen, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit auch stattfinden würden, wenn ein Berufsbildungssystem nicht existierte.

Durch Kreuze wird in → **Tabelle A8.2-1** angedeutet, ob eine Ausgabenposition eher durch die anerkannten Berufsausbildungen des dualen Systems (DS), durch die Maßnahmen des Übergangssystems (ÜS) und/oder durch das Schulberufssystem (SBS) verursacht wird. Die Einteilung ist allerdings nicht exakt; eine Position kann Ausgaben für einen oder mehrere Bereiche enthalten. Zudem existiert keine eindeutige definitorische Abgrenzung des ÜS.²⁰⁵ Weiterhin schließen einige Einzelpositionen Aufwendungen für Weiterbildung in teilweise beträchtlichem Umfang ein (vgl. **Kapitel B3.5**). Durch Summierung der entsprechend markierten Zeilen der Tabelle erhält man infolge dieser Abgrenzungsschwierigkeiten jeweils lediglich eine Obergrenze der öffentlichen Gesamtausgaben für die berufliche Ausbildung in DS, ÜS und SBS. Die tatsächlich den jeweiligen Sektoren zurechenbaren Ausgabenvolumina liegen vermutlich etwas niedriger.

205 Die Elemente des Übergangsbereichs bilden nach Meinung vieler Experten keine abgestimmte, zweckgebundene Einheit, sodass auch der Begriff „Übergangssystem“ umstritten ist. Die Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012) versteht unter dem Übergangssektor alle Maßnahmen, die keinen vollqualifizierenden beruflichen Abschluss vermitteln, sondern auf die Aufnahme einer Ausbildung vorbereiten. Die Förderung der außerbetrieblichen Ausbildung wird in diesem Beitrag zu den durch das duale System verursachten Ausgaben gerechnet, da sie ein Substitut für die betriebliche Ausbildung darstellt und das duale System ergänzt.

Folgende weitere Hinweise sind bei der Interpretation der Tabelle sowie bei Vergleichen mit Vorjahren zu berücksichtigen:

Für die Bundesministerien sind alle Aufwendungen erfasst, die nach sachlichen Erwägungen der beruflichen Bildung zuzuordnen sind. Aufgrund des Funktionenplans werden sie in der Jahresrechnungstatistik und im Bildungsfinanzbericht des Statistischen Bundesamtes zwar meist den Bereichen Weiterbildung und Arbeitsmarktpolitik zugeordnet. Faktisch dienen die in → **Tabelle A8.2-1** ausgewiesenen Positionen aber zu großen Teilen der Ausbildungsförderung. Sie sind an den Haushaltstiteln der Ministerien orientiert und fassen teilweise mehrere Förderprogramme und Maßnahmen zusammen.²⁰⁶ Da es regelmäßig zu Abgrenzungsänderungen kommt, kann die Entwicklung einzelner Haushaltstitel nur schwer im Zeitablauf interpretiert werden. Unterhaltsleistungen an berufliche Vollzeitschüler/-innen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) bilden die mit Abstand größte Ausgabenposition auf Bundesebene. Sie werden zu 100 % als Zuschuss gewährt und zu 65 % vom Bund bzw. zu 35 % von den Ländern getragen.

Die Ausgaben der Länder und Kommunen für berufliche Schulen (Teilzeit- und Vollzeitberufsschulen, Berufsaufbauschulen, Berufsfachschulen, Fachoberschulen, Berufsoberschulen, berufliche Gymnasien) sind der Jahresrechnungstatistik des Statistischen Bundesamtes entnommen.²⁰⁷ Da die Belastung der öffentlichen Haushalte dargestellt werden soll, ist das Konzept der Grundmittel anzuwenden. Hier werden die Nettoausgaben mit den unmittelbaren Einnahmen der öffentlichen Hand verrechnet. Die vorläufigen Ist-Ausgaben im Jahr 2011 betragen gut 8,0 Mrd. €. ²⁰⁸ Für das Jahr 2012 wurden in den öffentlichen Haushalten knapp 8,1 Mrd. € veran-

206 Detailliertere Informationen zu einzelnen Programmen oder Fördermaßnahmen, die einen Bezug zur beruflichen Ausbildung aufweisen, finden sich in **Kapitel D1**.

207 Bei Redaktionsschluss lagen dem Statistischen Bundesamt keine aktuellen Daten aus der Jahresrechnungstatistik vor, sodass in diesem Absatz lediglich die bereits im Vorjahr dargelegte Entwicklung bis 2011 wiedergegeben wird.

208 Dieser Wert beinhaltet auch die Fachschulen, die eher der Weiterbildung als der Ausbildung zuzurechnen sind (vgl. **Kapitel B3.5**). Zum Vergleich: Die in der Finanzstatistik für das Jahr 2012 ausgewiesenen Grundmittel für das gesamte Bildungswesen lagen bei ca. 106,8 Mrd. €, wobei es sich hierbei aber noch um vorläufige Ist-Angaben handelt (siehe Statistisches Bundesamt 2013).

Tabelle A8.2-1: Öffentliche Aufwendungen für die berufliche Ausbildung (Teil 1)

	2001	2006	2010 ¹⁷	2011	2012	2013	DS	SBS	ÜS	Enthält WB ¹⁸
	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €				
BMBF¹										
Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten ²	0,043	0,029	0,043	0,040	0,040	0,040	X		X	
Sonderprogramme des Bundes, der neuen Länder und Berlin zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern ³	0,095	0,077	0,032	0,016	0,006	0,023	X	X		
Schüler-BAföG für berufliche Vollzeitschüler (BFS, BAS sowie FOS ohne BB) ⁴	0,148	0,221	0,253	0,271	0,277	k.A.		X	X	
Internationaler Austausch und Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung	0,007	0,005	0,010	0,011	0,012	0,011	X	X		X
Innovationen und Strukturentwicklung der beruflichen Bildung	k.A.	0,044	0,050	0,101	0,091	0,088	X	X	X	X
BIBB (Betrieb und Investitionen)	0,028	0,027	0,030	0,028	0,030	0,039	X	X	X	X
Begabtenförderung in der beruflichen Bildung ⁵	0,014	0,015	0,035	0,039	0,042	0,045				X
Sonderprogramm Lehrstelleneentwickler und Regionalverbände Berufsbildung in den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost)	0,021	–	–	–	–	–	X			
Zukunftsinitiative für Berufliche Schulen (ZIBS)	0,175	–	–	–	–	–	X	X		X
Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung	–	–	0,019	0,035	0,060	0,075			X	
BMWi¹										
Berufliche Bildung für den Mittelstand – Lehrlingsunterweisung ⁶	0,042	0,040	0,047	0,046	0,043	0,045	X			
Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen ⁷	–	–	0,003	–	0,003	0,004	X		X	
BMAS⁸										
Leistungen für Menschen mit Behinderung im Rechtskreis SGB II ⁸										
• Teilnahmekosten für Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben	k.A.	0,076	0,084	0,076	0,065	0,062				X
Spezielle Maßnahmen für Jüngere im Rechtskreis SGB II ⁸										
• Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Auszubildender	k.A.	0,166	0,378	0,331	0,222	0,169	X		X	
• Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung	k.A.	0,001	0,001	0,001	0,000	0,000			X	
• Einstiegsqualifizierung ⁹	k.A.	–	0,017	0,016	0,012	0,011			X	
Länder¹⁰										
Berufliche Schulen ¹¹										
• Teilzeitberufsschule	3,453	2,870	3,147	3,158	3,145	k.A.	X			
• Berufsfachschulen	1,965	2,365	2,270	2,260	2,225	k.A.		X	X	
• Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr	0,502	0,501	0,390	0,386	0,379	k.A.			X	
• Andere berufsbildende Schulen (außer Fachschulen)	0,954	1,095	1,453	1,539	1,582	k.A.		X		
Schüler-BAföG für berufliche Vollzeitschüler (BFS, BAS sowie FOS ohne BB) ⁴	0,079	0,119	0,136	0,146	0,149	k.A.		X	X	
Ausbildungsprogramme der Länder ¹²										
• Westdeutschland ¹²	0,053	0,126	ca. 0,5	ca. 0,5	ca. 0,5	k.A.	X	X	X	
• Ostdeutschland	0,120	0,066					X	X	X	

Tabelle A8.2-1: Öffentliche Aufwendungen für die berufliche Ausbildung (Teil 2)

	2001	2006	2010 ¹⁷	2011	2012	2013	DS	SBS	ÜS	Enthält WB ¹⁸
	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €				
Bundesagentur für Arbeit⁸										
Berufsausbildungsbeihilfen (BAB, betriebliche Berufsausbildung, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen) einschließlich BAB-Zweitausbildung	0,405	0,506	0,579	0,540	0,454	0,390	X		X	
Lehrgangskosten für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	0,388	0,365	0,326	0,293	0,241	0,221			X	
Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher	0,811	0,808	0,672	0,587	0,493	0,416	X		X	
Berufsfördernde Bildungsmaßnahmen für Behinderte										
• für die Erstausbildung	k.A.	0,323	0,295	0,284	0,222	0,202				
• nicht auf berufliche Erstausbildung oder WB aufteilbare Bildungsausgaben	k.A.	1,690	1,871	1,806	1,747	1,716				X
Ausbildungsbonus ¹³	–	–	0,036	0,032	0,021	0,012	X			
Einstiegsqualifizierung ⁹	–	0,070	0,055	0,049	0,039	0,031			X	
Maßnahmen zur vertieften Berufsorientierung ¹⁴	k.A.	0,004	0,066	0,061	0,059	0,049			X	
Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit ¹⁵	0,862	–	–	–	–	–			X	
Berufseinstiegsbegleitung für Jugendliche	–	–	0,055	0,060	0,053	0,066			X	
Förderung von Jugendwohnheimen ¹⁶	0,044	0,004	–	–	–	0,001	X	X	X	X

¹ Ist-Werte gemäß Haushaltsrechnungen des Bundes. Haushaltsansätze für 2013.

² Die Angaben enthalten die Ausgaben für Investitionen und laufende Zwecke.

³ Der Bund trägt 50 % der Gesamtförderung von Bund und Ländern.

⁴ Förderung für Schüler/-innen an Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen und in Fachoberschulklassen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen. Ist-Werte für alle angegebenen Kalenderjahre gemäß BAföG-Statistik des Statistischen Bundesamtes. Die Angaben wurden zu 65 % dem Bund und zu 35 % den Ländern zugerechnet. Bis zum Datenreport 2012 wurde der Länderanteil nicht separat ausgewiesen.

⁵ Dem Zweck nach enthält diese Position eher Ausgaben für die berufliche Weiterbildung (Weiterbildungsstipendium) und die Förderung akademischer Bildung (Aufstiegsstipendium).

⁶ Bis zum Jahr 2011 weist diese Tabellenzeile die im entfallenen Titel „Förderung von Lehrgängen der überbetrieblichen beruflichen Bildung im Handwerk“ zusammengefassten Ausgaben des BMWi aus.

⁷ Die Programmausgaben werden seit 2012 nicht mehr in einem eigenen Titel ausgewiesen, sondern sind in den Titel „Fachkräftesicherung für kleine und mittlere Unternehmen“ integriert.

⁸ Ist-Ausgaben für das jeweilige Haushaltsjahr.

⁹ Seit 1. Oktober 2008 als Regelleistung im Rahmen des SGB III. Vorher als Sonderprogramm aus dem BMAS-Haushalt finanziert.

¹⁰ Ist-Werte für 2001, 2006 und 2010. Vorläufige Ist-Werte für 2011, Haushaltsansätze für 2012. Soll-Werte für 2013 lagen bei Redaktionsschluss nicht vor.

¹¹ Grundlage für die Schätzung der Ausgaben in den Kalenderjahren 2001, 2006, 2010 und 2011: Schülerzahlen der im jeweiligen Kalenderjahr endenden und beginnenden Schuljahre sowie Ausgaben für die beruflichen Schulen. Grundlage der Schätzung für das Jahr 2012: Schülerzahlen des Schuljahres 2011/2012 sowie Ausgaben für die beruflichen Schulen. Ab dem Datenreport 2011 wurde das Ausgabenkonzept von Nettoausgaben auf Grundmittel umgestellt. Da dies auch rückwirkend für die Jahre ab 2007 geschah, unterscheidet sich die Angabe für das Jahr 2010 leicht von der entsprechenden Angabe in früheren Datenreporten.

¹² Bis 2006: Veranschlagtes Mittelvolumen nach Angaben der Länder (einschließlich ESF-Mittel) für das im jeweiligen Kalenderjahr beginnende Ausbildungsjahr. Die Angabe für das Jahr 2006 enthält nicht die Programme des Landes Rheinland-Pfalz, da vom zuständigen Ministerium keine Informationen vorlagen. Die für die Jahre 2010 und 2011 ausgewiesenen Werte basieren auf einer BIBB-Erhebung, die Hinweise im Text sind zu beachten.

¹³ Entfallen seit dem 1. April 2012.

¹⁴ Voraussetzung für die Förderung ist gemäß § 33 SGB III die Beteiligung Dritter in Höhe von mindestens 50 %. Zum Anteil öffentlicher und privater Mittel im Rahmen dieser Kofinanzierung liegen jedoch keine Zahlen vor.

¹⁵ Nur Ausgaben für Leistungen nach Artikel 2, 3, 4, 6, 7 und Qualifizierungsanteil nach Artikel 9 (bei Quali-ABM nur Zuschüsse zur Qualifizierung) des Sofortprogramms, teilweise mitfinanziert aus ESF-Mitteln. Die Jahre 2006 ff. enthalten möglicherweise Restbeträge, die hier nicht ausgewiesen werden.

¹⁶ Die institutionelle Förderung im Bereich der Aus- und Weiterbildung wurde 2009 abgeschafft. Seit April 2012 können jedoch wieder Leistungen für den Aufbau, die Erweiterung, den Umbau und die Ausstattung von Jugendwohnheimen erbracht werden.

¹⁷ Für Angaben zu den Jahren 2007 bis 2009 siehe Datenreporte 2012 und 2013.

¹⁸ Positionen, die in signifikantem Umfang auch Weiterbildungsausgaben enthalten, sind mit Kreuz gekennzeichnet.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Bundeshaushaltspläne
 Bundesministerium der Finanzen, Haushaltsrechnung des Bundes
 Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2 – Berufliche Schulen
 Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 7 – BAföG
 Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.1 – Rechnungserg GesamtHH
 Bundesagentur für Arbeit, Quartalsberichte
 Bundesagentur für Arbeit, Statistiken zu Einnahmen und Ausgaben im Rechtskreis SGB II
 Bundesagentur für Arbeit, Statistiken zu Einnahmen und Ausgaben in den Rechtskreisen SGB II und SGB III
 Auskünfte des Statistischen Bundesamtes (Januar 2013) und der Bundesagentur für Arbeit (Januar 2014)

schlagt. Zwischen 2006 und 2011 nahmen die öffentlichen Ausgaben damit nominal um 9,5 % zu. Die Pro-Kopf-Ausgaben je Schüler/-in an beruflichen Schulen (inkl. Fachschulen) stiegen sogar um 14,1 % auf 2.881 €, was den zurückgehenden Schülerzahlen zuzuschreiben ist.²⁰⁹ Bezogen auf den vom Statistischen Bundesamt ermittelten Verbraucherpreisindex für Deutschland beträgt der Anstieg allerdings nur 0,5 %; je Schüler/-in 4,7 %. Von den für das Jahr 2012 eingestellten Haushaltsmitteln entfallen geschätzte 3,1 Mrd. € auf die Teilzeitberufsschulen. Dies folgt aus der Verwendung von Schülertagen des Ausbildungsjahres 2011/2012 als Verteilungsschlüssel. Mit den verbleibenden 4,9 Mrd. € werden weitere Schularten im beruflichen Bildungswesen finanziert, wie z. B. Berufsfachschulen, Fachgymnasien, Fachoberschulen, das Berufsvorbereitungsjahr und das Berufsgrundbildungsjahr.

Die landeseigenen Ausbildungsförderungsprogramme können nicht genau quantifiziert werden. Wie die Bundesprogramme werden sie in der Jahresrechnungsstatistik möglicherweise größtenteils zum Bereich der Weiterbildung oder der Arbeitsmarktpolitik gezählt. Einen Überblick über die Förderprogramme zur Berufsausbildung sowie Informationen zu Fördergegenstand, -berechtigten und -bedingungen gibt **Kapitel D1**. Die Fördermittel in den einzelnen Programmen wurden durch eine vom BIBB beauftragte Erhebung bei den zuständigen Ministerien für das Jahr 2010 ermittelt. Das gesamte Volumen kann allerdings nur sehr grob abgeschätzt werden. Einerseits liegen nicht für alle Programme Informationen vor. Andererseits führt die Studie auch Programme auf, die zwar einen Bezug zur Berufsbildung aufweisen, aber nicht ursächlich durch das Berufsausbildungssystem bedingt sein müssen. Größenordnungsmäßig lag das geplante Fördervolumen der Länder im Jahr 2010 im Bereich einer halben Milliarde €. Hierin sind auch Mittel des Europäischen Sozialfonds enthalten.²¹⁰

Die berufsbildungsbezogenen Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) betreffen neben der Berufs-

ausbildung auch Berufsorientierung und -vorbereitung (vgl. **Kapitel A7.1**). Nicht berücksichtigt ist in **→ Tabelle A8.2-1** die Förderung der Integration an der zweiten Schwelle, welche eine beschäftigungspolitische Maßnahme darstellt. Ein Großteil der BA-Mittel fließt der Unterstützung besonders benachteiligter Auszubildender (und hier wiederum der außerbetrieblichen Ausbildung) und Behinderter zu (vgl. **Kapitel A7.1**). Allerdings ist zu beachten, dass es – je nach Aussagezweck – eventuell nicht sinnvoll ist, die in der Tabelle ausgewiesenen Kosten der Maßnahmen für Behinderte vollständig dem Berufsausbildungssystem zuzurechnen, da sie nicht ursächlich mit ihm in Zusammenhang stehen müssen. Auf eine Zuordnung zum dualen System oder dem Übergangssystem wird daher gänzlich verzichtet. Änderungen im Instrumentarium der BA ergaben sich durch die am 1. April 2012 in Kraft getretene Instrumentenreform. So ist z. B. nun wieder die institutionelle Förderung von Jugendwohnheimen möglich. Entfallen ist hingegen der Ausbildungsbonus (weitere Details siehe Pressemitteilung 012/2012 der BA zur Instrumentenreform).

Der Finanzierungsbeitrag der öffentlichen Hand wird durch den Beitrag der ausbildenden Betriebe in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst ergänzt. Deren Aufwendungen werden traditionell durch das BIBB geschätzt. Nach Berechnungen, welche auf einer repräsentativen Erhebung für das Jahr 2007 basieren, betragen die Bruttokosten, d. h. die Ausbildungskosten, ohne Berücksichtigung der Ausbildungserträge rd. 23,8 Mrd. €. Die Nettokosten der Betriebe für die Ausbildung im dualen System lagen bei rd. 5,6 Mrd. € (vgl. Schönfeld u. a. 2010), wobei zu bedenken ist, dass auch den Nettokosten noch Erträge gegenüberstehen, die allerdings schwer zu quantifizieren sind, wie z. B. eingesparte Personalgewinnungskosten oder ein Imagegewinn.²¹¹ Durch den produktiveren Einsatz der Auszubildenden in den Betrieben sind die Nettokosten seit der letzten Erhebung stark gesunken (vgl. Beicht/Walden 2002, S. 42).

(Normann Müller)

209 Diese Rechnung basiert jeweils auf den gewichteten Schülerzahlen aus beiden für das jeweilige Kalenderjahr relevanten Ausbildungsjahren (vgl. auch die entsprechende Fußnote in **→ Tabelle A8.2-1**).

210 Vgl. auch die in **Kapitel B3.5** beschriebene Problematik bei der Berücksichtigung von ESF-Mitteln.

211 Das Statistische Bundesamt schätzt die betrieblichen Ausgaben für die duale Ausbildung im Jahr 2010 auf 7,7 Mrd. €. Anders als in der hier zitierten Schätzung der Nettokosten werden dort vereinfachend die Personalkosten der Auszubildenden mit den von den Letzteren erbrachten produktiven Erträgen gleichgesetzt (vgl. **Kapitel A8.3**).

A8.3 Kosten und Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung

In 4 Erhebungen für die Jahre 1980, 1991, 2000 und 2007 hat das BIBB die Kosten und den Nutzen der dualen Berufsausbildung in Betrieben ermittelt. In der zweiten Jahreshälfte 2013 wurde eine weitere Befragung durchgeführt. Ergebnisse dieser Erhebung für das Ausbildungsjahr 2012/2013 werden Mitte des Jahres 2014 veröffentlicht.

Im Jahr 2007 betragen die durchschnittlichen Bruttokosten pro Auszubildenden/pro Auszubildende und Jahr 15.288 €. Diese setzen sich aus den Personalkosten der Auszubildenden (9.490 €) und der Ausbilder/-innen (3.292 €) sowie den Anlage- und Sachkosten (691 €) und sonstigen Kosten (1.814 €) zusammen. Den Bruttokosten standen Erträge durch die produktiven Leistungen der Auszubildenden in Höhe von 11.692 € gegenüber, die 76 % der Bruttokosten deckten. Nach Abzug der Erträge von den Bruttokosten ergaben sich somit für einen Ausbildungsbetrieb durchschnittliche Nettokosten in Höhe von 3.596 € pro Jahr und Auszubildenden/Auszubildende. Die Kosten, die für die Auszubildenden während der Ausbildung durchschnittlich anfallen, können durch die Übernahme der Auszubildenden und die damit eingesparten Personalgewinnungs- und Einarbeitungskosten für neue Fachkräfte sowie durch weniger gut messbare Faktoren, wie etwa Imagegewinn oder die Verringerung des Risikos von Fehleinstellungen, kompensiert werden. Werden diese Nutzenaspekte berücksichtigt, dürfte der Gesamtnutzen die Kosten, die während der Ausbildung angefallen sind, für einen Großteil der Betriebe mehr als aufwiegen (vgl. hierzu ausführlich Schönfeld u. a. 2010; für eine Zusammenfassung BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A9.3).

Mit Nutzenaspekten aus Sicht der Auszubildenden befasste sich u. a. das BIBB-Forschungsprojekt „Ausbildungskosten und ihr Einfluss auf Erwerbsverläufe und Betriebserfolg“²¹². Durch die Verknüpfung der Daten der BIBB-Kosten-Nutzen-Erhebung von 2007 mit Betriebs- und Individualdaten der Bun-

desagentur für Arbeit (z. B. zu Erwerbs- und Lohnverläufen ehemaliger Auszubildender), für die etwa zwei Drittel der befragten Betriebe ihre Erlaubnis erteilt haben, konnte untersucht werden, ob der erfolgreiche Übergang in den Arbeitsmarkt mit den Ausbildungskosten und der Ausbildungsorganisation des jeweiligen Ausbildungsbetriebs zusammenhängt. Auf Berufsebene zeigte sich, dass es in Berufen mit im Durchschnitt höheren Nettoausbildungskosten höhere Übernahmequoten gibt und die ehemaligen Auszubildenden auch höhere Löhne nach der Ausbildung erzielen. Die Höhe der Ausbildungskosten ist schwach negativ mit der Wahrscheinlichkeit eines Berufswechsels korreliert.

Für die individuelle Ebene zeigte sich, dass betriebliche Ausbildungsinvestitionen einen positiven Effekt auf den ein Jahr nach der Ausbildung erzielten Fachkraftlohn haben. Auch die betriebliche Ausbildungsorganisation, d. h. die Aufteilung der Arbeitszeit im Betrieb auf produktive Zeiten, in denen einfache Arbeiten bzw. Fachkräftetätigkeiten ausgeführt werden, und Lernzeiten, hat einen positiven Einfluss auf den späteren Arbeitsmarkterfolg der Jugendlichen. Dieser Effekt ist aber nur in einigen der gewählten Modellspezifikationen signifikant und daher nicht als robust anzusehen.

Das Statistische Bundesamt (Statistisches Bundesamt 2012; Statistisches Bundesamt 2013) stellt jährlich die Ausgaben der öffentlichen Haushalte (Bund, Länder und Gemeinden), des privaten Bereichs (Unternehmen, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck) sowie des Auslands für den gesamten Bildungsbereich von der Kinderkrippe bis zur Erwachsenenbildung im Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft zusammen.²¹³ Die Daten der BIBB-Kosten-Nutzen-Erhebung von 2007 werden dabei für die Schätzung der Ausgaben für die betriebliche Ausbildung im dualen System genutzt. Grundlage der Schätzung sind die sogenannten Bildungsprozesskosten (vgl. Baumann/Schönfeld/Wenzelmann

212 Siehe www2.bibb.de/tools/foddb/pdf/eb_21302.pdf.

213 Es besteht aus den 3 Teilbereichen Bildungsbudget (Ausgaben für das formale [u. a. Schulen, Kindergärten, Hochschulen] und das nonformale Bildungssystem [u. a. Krippen, Horte, Volkshochschulen, betriebliche Weiterbildung]), Budget für Forschung und Entwicklung und Budget für sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur. Die Ausgaben für die betriebliche Ausbildung im dualen System werden im Bildungsbudget ausgewiesen.

Tabelle A8.3-1: Auszug aus dem Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft – Ausgaben in Mrd. €

	1995	2007	2008	2009	2010
Bildungsbudget	125,4	147,8	153,9	164,6	172,4
davon:					
Betriebliche Ausbildung im dualen System ¹	10,4	10,8	11,1	10,9	10,6
Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft	162,5	204,1	214,2	224,8	234,7

¹ Ausgaben der betrieblichen, überbetrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildung im dualen System, ohne Berufsschulen, einschließlich ausbildungsrelevanter Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS).
Quelle: Statistisches Bundesamt, Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft

2010), die sich aus den Personalkosten der Ausbilder/-innen, den Anlage- und Sachkosten und den sonstigen Kosten zusammensetzen. Die Personalkosten der Auszubildenden werden nicht berücksichtigt, da sie als Kompensation für die geleistete produktive Arbeit der Auszubildenden verstanden werden und nicht unmittelbar den Bildungsprozess finanzieren, sondern den Lebensunterhalt sichern. Die budgetrelevanten Ausgaben betragen somit 5.797 € je Auszubildenden/Auszubildende. Zur Ermittlung der Gesamtausgaben wird dieser Wert mit der Zahl der Auszubildenden in den Betrieben multipliziert. So ergibt sich ein Betrag von rund 8,5 Mrd. €, der 2007 für die betriebliche Ausbildung aufgewandt wurde. Da das Budget jährlich berechnet wird, die Kosten-Nutzen-Erhebungen jedoch in größeren Zeitabständen durchgeführt werden, werden für die Zwischenjahre die Ergebnisse auf der Basis der vorliegenden BIBB-Daten und ergänzender Informationen fortgeschrieben: Hierfür werden die Bildungsprozesskosten je Auszubildenden bzw. je Auszubildende mit der Veränderung des Preisindex des Bruttoinlandsprodukts zwischen dem Erhebungsjahr 2007 und dem jeweiligen Berichtsjahr des Budgets sowie der Zahl der Auszubildenden in einem betrieblichen Ausbildungsverhältnis im jeweiligen Jahr geschätzt.

Zu den Ausgaben für die betriebliche Ausbildung werden noch die Ausgaben für die überbetriebliche und außerbetriebliche duale Ausbildung (ohne Berufsschulen) sowie ausbildungsrelevante Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit addiert. Insgesamt werden im Bildungsbudget für das Jahr 2010 Ausgaben für die duale Ausbildung in Höhe von 10,6 Mrd. € ausgewiesen → [Tabelle A8.3-1](#). Dies ent-

spricht 0,4 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Die öffentlichen Haushalte trugen rund 2,9 Mrd. € zur Finanzierung bei, auf den privaten Bereich entfielen rund 7,7 Mrd. €. Die Ausgaben für die betriebliche Ausbildung im dualen System haben sich seit 2008 verringert. Dies hängt mit dem Rückgang der Auszubildendenzahlen zusammen ([vgl. Kapitel A4.2.1 und Tabelle A4.2.1-1](#)).

(Gudrun Schönfeld, Felix Wenzelmann)

A9 Ausbildung und Beschäftigung

A9.1 Arbeitslosenzugänge nach abgeschlossener dualer Ausbildung

Berufliche Ausbildung leistet einen wesentlichen Beitrag zur Integration ins Erwerbsleben und zur Sicherung der Zukunftschancen junger Menschen. Ein erfolgreicher Einstieg in die Arbeitswelt ist eine grundlegende Voraussetzung zur Realisierung individueller Berufs- und Arbeitschancen. Diese „zweite Schwelle“ markiert die Schnittstelle zwischen Berufsausbildung und Arbeitsmarkt, an der entscheidende Weichen für den späteren Berufsverlauf gestellt werden. Die Phase des Übergangs vom Ausbildungs- in das Beschäftigungssystem verläuft jedoch nicht für alle Ausbildungsabsolventinnen und Ausbildungsabsolventen reibungslos. Vielmehr kann sie von Brüchen und Unwägbarkeiten begleitet sein.

Der folgende Abschnitt analysiert aus der Perspektive der Ausbildungsabsolventinnen und Ausbildungsabsolventen die berufliche Übergangsphase junger Menschen mit dualer Ausbildung. Anhand von Daten aus der amtlichen Statistik wird dargestellt, wie groß der Anteil der erfassten Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen ist, die sich unmittelbar nach der Ausbildung arbeitslos melden. Das Übernahmeverhalten aus Sicht der Betriebe wird in [Kapitel A4.10.2](#) anhand der Daten des IAB-Betriebspanels betrachtet. Aufgrund von Datenrevisionen in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) für das Jahr 2011 ergeben sich Korrekturen gegenüber den im BIBB-Datenreport 2013 ausgewiesenen Werten [E](#).

E Datenrevisionen in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) für 2011

In den Statistiken der BA für das Jahr 2011 gab es nachträgliche Datenrevisionen, die auch Veränderungen für die Arbeitslosenquote nach erfolgreich abgeschlossener dualer Ausbildung zur Folge hatten. Die Angaben im BIBB-Datenreport 2013, Kapitel A9.1.1 für das Jahr 2011 sind wie folgt zu korrigieren:

Die Arbeitslosenquote lag bei 31,5 % (statt 28,9 %). Der Rückgang 2011 fiel geringer aus als angegeben (2 statt

5 Prozentpunkte). In Ostdeutschland betrug die Quote 45,5 % und in Westdeutschland 28,5 %. Anders als berichtet gab es 2011 keine Angleichung zwischen den alten und den neuen Ländern.

Bei jungen Männern ging die Arbeitslosigkeit zurück (2010: 33,9 %, 2011: 30,0 %); bei jungen Frauen zeigten sich nur geringe Veränderungen (2010: 33,8 %, 2011: 33,6 %). Die Differenz der Arbeitslosenquoten zwischen weiblichen und männlichen Fachkräften betrug 4 Prozentpunkte (statt 3 Prozentpunkte). Besonders die Arbeitslosenquote für ostdeutsche junge Frauen (48,2 % statt: 42,2 %) wurde deutlich korrigiert. Die Arbeitslosenquote dieser Gruppe ging demnach 2011 nicht um 4 Prozentpunkte zurück, sondern stieg um 2 Prozentpunkte an.

Über die Zahl der Personen, die sich direkt nach einer betrieblichen Ausbildung arbeitslos meldeten, wird jährlich Bericht erstattet. Dabei beziehen sich die Angaben zur Arbeitslosigkeit auf den Zeitpunkt unmittelbar nach der Ausbildung, unabhängig von der Dauer der Arbeitslosigkeit.

Im Jahr 2011 meldeten sich nach Hochrechnungen, die auf Angaben der BA basieren, 131.000 Personen nach abgeschlossener (außer-)betrieblicher Ausbildung arbeitslos → [Tabelle A9.1-1](#). Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Absolventen/Absolventinnen einer dualen Ausbildung (445.000 Personen) ergibt sich eine Arbeitslosenquote von 29,5 %. Das bedeutet einen leichten Rückgang in Höhe von 2,0 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr (31,5 %). Im Jahr 2010 war die Arbeitslosenquote bereits um 2,4 Prozentpunkte zurückgegangen.

Die Arbeitslosenquote im unmittelbaren Anschluss an die Ausbildung variiert weiterhin zwischen alten und neuen Ländern. Diese Quote, die Sucharbeitslosigkeit einschließt²¹⁴, ist in den neuen Ländern 15 Prozentpunkte höher als in den alten (42,1 % zu 27,1 %). Die Differenz zwischen alten und neuen Ländern ist gegenüber 2011 um 2 Prozentpunkte zurückgegangen. Denn während der Anteil der Arbeitslosen 2012 in den alten Ländern im Vergleich zu 2011 um mehr als 1 Prozentpunkt sank, ging er

214 Daher ist davon auszugehen, dass die Arbeitslosenquote im ersten Jahr nach der Ausbildung stark sinkt (vgl. auch Dorau/Höhns 2006).

Tabelle A9.1-1: Arbeitslosenzugänge nach erfolgreich beendeter dualer Ausbildung in Deutschland nach Geschlecht 2010 bis 2012

	Jahr	Männer			Frauen			Insgesamt		
		West	Ost	Bundesgebiet	West	Ost	Bundesgebiet	West	Ost	Bundesgebiet
Zugang an Arbeitslosen nach abgeschlossener (außer-) betrieblicher Ausbildung	2012	55.164	16.816	71.980	46.405	12.929	59.334	101.569	29.745	131.314
	2011 ¹	60.928	21.554	82.482	51.316	16.244	67.560	112.244	37.798	150.042
	2010	67.524	25.354	92.878	52.219	17.109	69.328	119.743	42.463	162.206
Erfolgreiche Teilnehmer mit vorausgegangener Ausbildung ²	2012	216.633	41.997	258.630	158.148	28.665	186.813	374.781	70.662	445.443
	2011 ¹	225.843	49.410	275.253	167.625	33.702	201.330	393.468	83.112	476.580
	2010	220.845	53.070	273.915	168.405	36.711	205.116	389.250	89.781	479.031
Quote: arbeitslos nach erfolgreich abgeschlossener dualer Ausbildung	2012	25,5 %	40,0 %	27,8 %	29,3 %	45,1 %	31,8 %	27,1 %	42,1 %	29,5 %
	2011 ¹	27,0 %	43,6 %	30,0 %	30,6 %	48,2 %	33,6 %	28,5 %	45,5 %	31,5 %
	2010	30,6 %	47,8 %	33,9 %	31,0 %	46,6 %	33,8 %	30,8 %	47,3 %	33,9 %

¹ Revidierte Angaben der Bundesagentur für Arbeit für das Jahr 2011.

² Aus Datenschutzgründen sind die Absolventenzahlen der Berufsbildungsstatistik jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

in den neuen Ländern um über 3 Prozentpunkte zurück (2011: Ost 45,5 %, West 28,5 %). Seit 2008, als diese Differenz beinahe 20 Prozentpunkte betrug, ist der Unterschied zwischen west- und ostdeutscher Arbeitslosenquote deutlich gesunken, verbleibt aber auf hohem Niveau.

Verglichen mit dem Vorjahr zeigt sich sowohl bei jungen Männern als auch bei jungen Frauen ein Rückgang der Arbeitslosenquote. Sowohl bei den jungen männlichen Fachkräften (2011: 30,0 %, 2012: 27,8 %) als auch bei den jungen Frauen (2011: 33,6 %, 2012: 31,8 %) beträgt der Rückgang 2 Prozentpunkte. Die Arbeitslosenquote liegt 2012 bei jungen Frauen weiterhin 4 Prozentpunkte über der Quote der jungen Männer. Lediglich 2009 und 2010 lagen die Arbeitslosenquoten der männlichen und der weiblichen Fachkräfte auf ähnlichem Niveau. Diese Angleichung ging mit einem relativ starken Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den männlichen Fachkräften einher, vermutlich bedingt durch die Wirtschaftskrise, die stärker die klassischen konjunktursensiblen Industriesektoren getroffen hatte, in denen der Anteil männlicher Fachkräfte relativ hoch ist. Gerade dort ging 2011 die Arbeitslosigkeit besonders stark zurück, sodass das Arbeitslosigkeits-

risiko bei den jungen Frauen seit 2011 wieder höher ist als das der jungen Männer.

In den alten Ländern waren 25,5 % (2011: 27,0 %) der jungen Männer und 29,3 % (2011: 30,6 %) der jungen Frauen nach dem dualen Ausbildungsabschluss arbeitslos. In den neuen Ländern waren es 40,0 % (2011: 43,6 %) der jungen Männer und 45,1 % (2011: 48,2 %) der jungen Frauen. Sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern zeigt sich bei weiblichen und männlichen Fachkräften ein ähnlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Insgesamt hat sich die Situation 2012 im Vergleich zum Vorjahr leicht verbessert. Dies gilt für junge Frauen und Männer gleichermaßen, weshalb die Arbeitslosenquote der weiblichen Fachkräfte weiterhin über der der männlichen liegt. In Ostdeutschland ist sie hingegen etwas stärker zurückgegangen als in Westdeutschland. Daher haben sich die Anteile der Arbeitslosigkeit junger Fachkräfte in Ost und West weiter angenähert, verbleiben allerdings in den neuen Ländern weiterhin auf einem wesentlich höheren Niveau.

(Ralf Dorau)

A9.2 Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis zum Jahr 2030

Gesamtwirtschaftliche Arbeitsmarktentwicklung bis 2030

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Zuwanderung nach Deutschland infolge der europäischen Wirtschaftskrise haben das BIBB und das IAB ihre Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen **E** zum nunmehr dritten Mal erneuert (Maier u. a. 2014a). Während in der zweiten Projektionswelle bereits die zunehmende Erhöhung der Erwerbsquoten, insbesondere bei Frauen und Älteren, sowie eine fortschreitende Bildungsexpansion als maßgebliche Einflussfaktoren für die zukünftig bereitstehenden Erwerbspersonen berücksichtigt werden konnten, wird in der dritten Projektionswelle auch den seit dem Jahr 2010 zunehmenden Wanderungsgewinnen Rechnung getragen. Im Gegensatz zur zweiten Projektionswelle wird nun angenommen, dass anstelle einer konstanten Nettozuwanderung von rund 100.000 Personen pro Jahr ab 2014 ein weiterer Anstieg auf jährlich 200.000 Personen bis zum Jahr 2020 stattfindet. Danach verharrt die Nettozuwanderung auf diesem Niveau (Variante 1W2 der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung).

E BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen

Die BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen (QuBe-Projekt), die in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung (GWS) und dem Fraunhofer Institut für Angewandte Informationstechnologie (FIT) entstanden sind, zeigen anhand von Modellrechnungen auf, wie sich das Angebot und die Nachfrage nach Qualifikationen und Berufen langfristig entwickeln können. Datengrundlage ist hierbei der Mikrozensus (in der vorliegenden Projektion bis zum Jahre 2011): eine amtliche Repräsentativstatistik des Statistischen Bundesamtes über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, an der jährlich ein Prozent aller Haushalte in Deutschland beteiligt ist, angepasst an die Eckwerte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (in der vorliegenden Projektion bis zum Jahre 2012). Die Lohninformationen stammen aus der

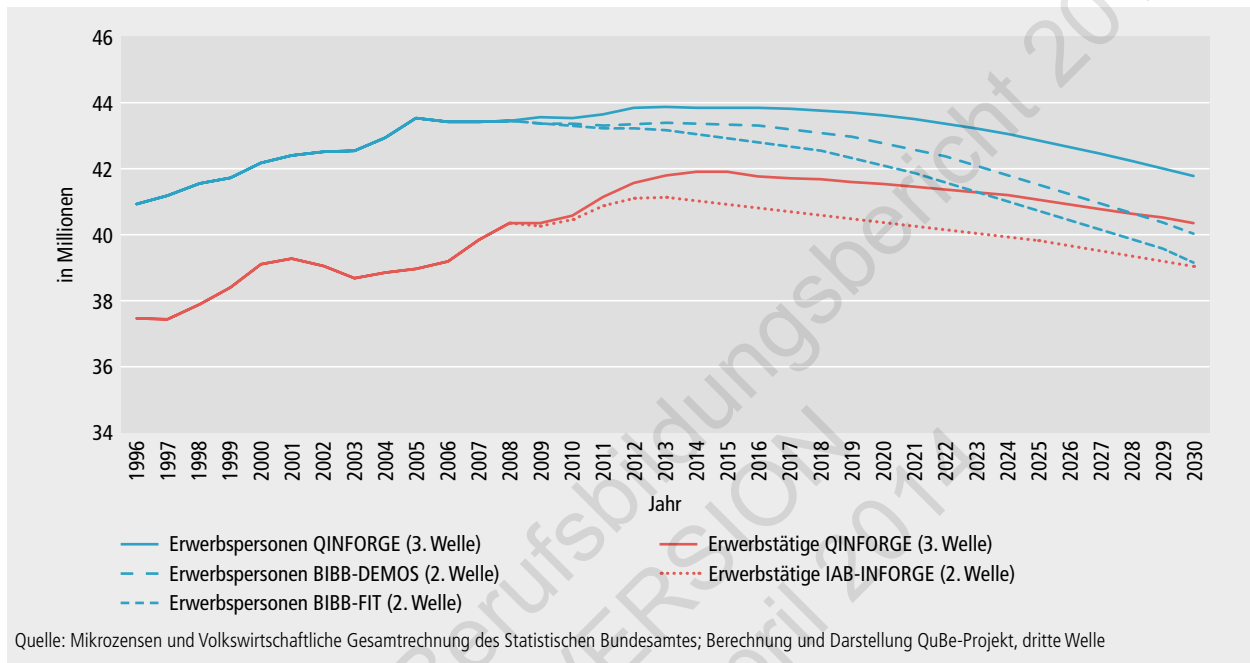
Beschäftigtenhistorik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (in der vorliegenden Projektion bis zum Jahre 2011). Für die Berufsdifferenzierung hat das BIBB eine einheitliche Berufsfeldsystematik entwickelt, welche die Berufe auf der Dreistellerebene der Klassifikation der Berufe entsprechend ihren Tätigkeiten gruppiert (Tiemann u. a. 2008). Zur einfacheren Darstellung werden diese 54 Berufsfelder auf 12 Berufshauptfelder aggregiert (siehe Tabelle 4 in Maier u. a. 2014b).

Die vorliegenden Ergebnisse basieren auf der Basisprojektion der dritten Projektionswelle. Diese basiert auf den Methodiken der ersten (Helmrich/Zika 2010) und zweiten Welle (Helmrich u. a. 2012; Zika u. a. 2012) und nimmt zudem weitere Erneuerungen mit auf. So wird auf der Bedarfsseite das bisherige IAB/INFORGE-Modell (Hummel u. a. 2010; Schnur/Zika 2009) erweitert, indem das berufsspezifisch zur Verfügung stehende Arbeitskräfteangebot in Köpfen und Stunden bei der Lohnbestimmung für die Berufsfelder mit berücksichtigt wird (QINFORGE). Auf der Angebotsseite werden die Vorteile der bisherigen beiden Angebotsmodelle BIBB-FIT (Kalinowski/Quinke 2010) und BIBB-DEMOS (Drosdowski/Wolter 2010) in einem Angebotsmodell vereint und zugleich Lohnabhängigkeiten der beruflichen Flexibilität modelliert. Das Arbeitsangebot reagiert hierdurch auf die sich veränderten Löhne in den Berufsfeldern. Jedoch wird mit dem QuBe-Projekt in der Basisprojektion ein empiriebasiertes Konzept verfolgt: Es werden nur die bislang nachweisbaren Verhaltensweisen in die Zukunft projiziert. In der Vergangenheit nicht feststellbare Verhaltensänderungen sind somit nicht Teil der Basisprojektion. Dies gilt auch für die modellierten Markt Anpassungsmechanismen. Alle Erneuerungen in der Modellierung sind ausführlich in Maier u. a. 2014b beschrieben. → **Schaubild A9.2-1 Internet** gibt einen groben Überblick über die Funktionsweise des Modells. Für weitere Informationen siehe www.QuBe-Projekt.de.

Insgesamt wird durch die veränderte Bevölkerungsentwicklung, wegen der weiterhin steigenden Erwerbsquoten von Frauen und Älteren und wegen der durch die Wanderung erfolgenden Verjüngung der deutschen Bevölkerung²¹⁵ die Zahl der Erwerbspersonen von 2012 bis zum Jahre 2030 „nur“ um rund 2,10 Mio. auf 41,78 Mio. sinken. Die gestiegene Net-

215 In der Regel wandern eher jüngere Personen zu und eher ältere ab (Maier u. a. 2014b, S. 24 ff.).

Schaubild A9.2-2: Arbeitsmarktentwicklung bis zum Jahr 2030 nach Erwerbstätigen und Erwerbspersonen – in Mio. Personen



tozuwanderung hat aber nicht nur Auswirkungen auf das Angebot an Erwerbspersonen, sondern auch auf den Bedarf an Erwerbstätigen. Sie steigert auch die Binnennachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Dennoch wird auch der Bedarf an Arbeitskräften in absoluten Größen langfristig rückläufig sein und im Jahr 2030 bei etwa 40,36 Mio. erwerbstätigen Personen liegen. Aufgrund der höheren Zuwanderung fällt er allerdings um rund 1 Mio. Personen höher aus als noch 2012 projiziert (Helmrich u. a. 2012).

→ **Schaubild A9.2-2** gibt die aktuelle langfristige Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitskräfteangebots und -bedarfs im Vergleich zur vorherigen, zweiten Projektionswelle wieder. Wie darin ersichtlich, wurden im Vergleich zur zweiten Welle die beiden Angebotsmodelle BIBB-FIT und BIBB-DEMOS zu einem Modell vereint **E**. Obwohl gesamtwirtschaftlich das Arbeitskräfteangebot den Arbeitskräftebedarf übersteigt, bedeutet dies jedoch nicht, dass sich genügend Arbeitskräfte für jede Tätigkeit finden lassen. Denn wie sich zeigen wird, weichen Arbeitsangebot und -bedarf für bestimmte Qualifikationen und Berufe voneinander ab, sodass Engpässe berufsspezifisch ausgeprägt sind. Aber auch regio-

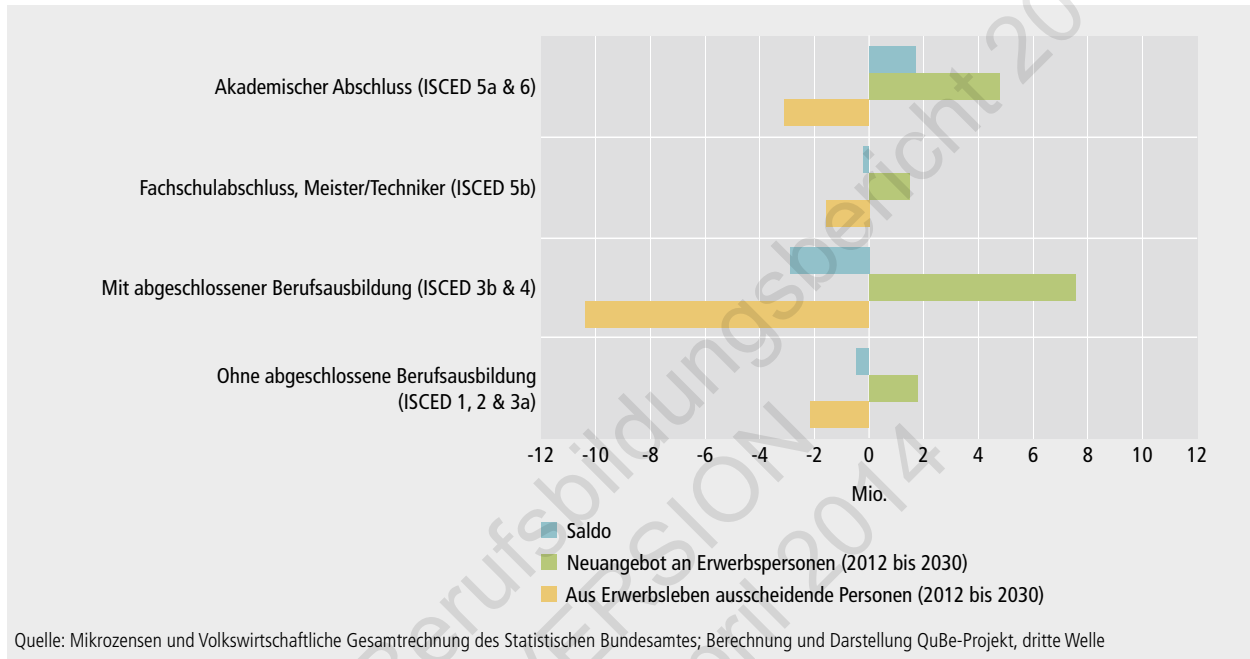
nale Engpässe werden bei dieser gesamtdeutschen Betrachtung nicht berücksichtigt.

Fachkräfteengpässe vor allem bei Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung

Eine Hauptursache für ein mögliches Passungsproblem zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage ist in der Qualifikationsentwicklung zu finden. So werden im Zeitraum von 2012 bis 2030 rund 10,46 Mio. Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung²¹⁶ den Arbeitsmarkt verlassen, jedoch werden nur 7,55 Mio. in diesem Zeitraum einen Beruf innerhalb dieser Qualifikationsstufe erlernen. Insgesamt geht somit das Angebot an Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung um rund 2,90 Mio. Erwerbspersonen bis zum Jahr 2030 zurück → **Schaubild A9.2-3**. Auf der anderen Seite erhöht sich das Neuangebot an Erwerbspersonen mit akademischem Abschluss in diesem Zeitraum um 4,77 Mio., während nur 3,10 Mio. Personen aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Es kann somit bis zum Jahr 2030 ein

²¹⁶ Damit ist ein vollqualifizierender Berufsabschluss entsprechend der ISCED-Kategorie 3b und 4 gemeint.

Schaubild A9.2-3: **Entwicklung des Neuangebotes an Erwerbspersonen im Vergleich zu aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Personen 2012 bis 2030 (in Mio.)**



Zugewinn von rund 1,66 Mio. Erwerbspersonen mit einem akademischen Abschluss verzeichnet werden.

Stellt man die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots dem entsprechenden -bedarf nach Qualifikationsstufen gegenüber → **Schaubild A9.2-4**, so wird deutlich dass gerade im *tertiären Bereich* (Meister, Techniker, [Fach-]Hochschule) das zunehmende Angebot zwar in den ersten Jahren von der Nachfrageseite aufgenommen wird; langfristig ist nach den derzeitigen Entwicklungen allerdings nicht absehbar, dass dieses Angebot auch im oberen Qualifikationssegment beschäftigt wird. Denn die bisherige Entwicklung der Nachfrage spiegelt einen solchen Anstieg nicht wider.

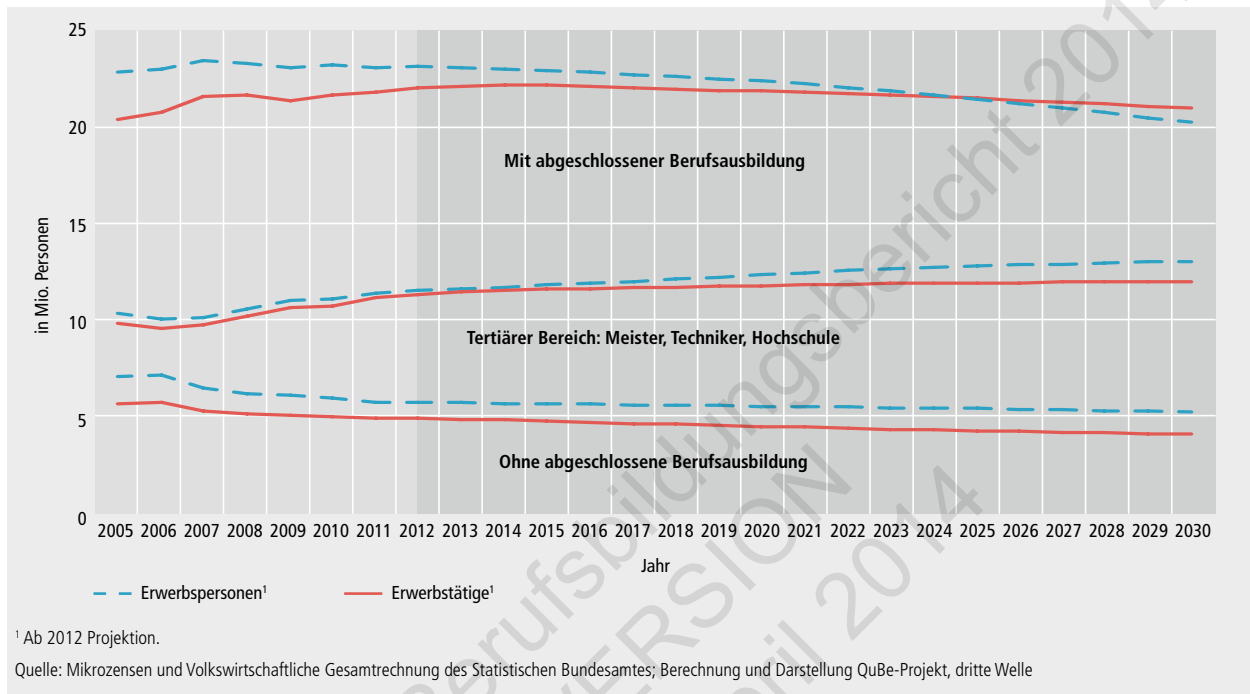
Betrachtet man die *Personen mit abgeschlossener Berufsbildung*, so wird ersichtlich, dass zwar auch die Nachfrage nach dieser Qualifikationsstufe zurückgeht, jedoch nicht in dem ausgeprägten Maß wie das Arbeitsangebot. Hier wird es trotz einer erhöhten Zuwanderung durch das beginnende altersbedingte Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge („Babyboomer-Generation“) voraussichtlich zu Engpässen ab Mitte der 2020er-Jahre kommen.

Der Bedarf an Arbeitskräften *ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung* wird zwischen 2011 und 2030 um rund 0,9 Mio. Personen sinken. Auch das Angebot geht in diesem Zeitraum zurück, allerdings nicht im selben Maße, sodass bis zum Jahr 2030 die Unterbeschäftigung der Personen ohne Berufsabschluss auf rund 1,2 Mio. ansteigen wird. Aktuelle Entwicklungen deuten zwar darauf hin, dass sich der Anteil der nicht formal Qualifizierten in der Gruppe der 20- bis 29-Jährigen seit 2005 kontinuierlich verringert (**vgl. Kapitel A9.3**). Um eine langfristige Reduzierung dieser Personengruppe voranzutreiben, müssten aber auch ältere Erwerbspersonen nachqualifiziert werden (Maier u. a. 2012, S. 17–23). Dies wäre auch aus einer gesamtwirtschaftlichen Perspektive sinnvoll, um die entstehende Fachkräftelücke im mittleren Qualifikationsbereich zu schließen.

Fachkräfteausbildung über und unter Bedarf

Engpässe bei der Personalrekrutierung für die Unternehmen sind jedoch seltener ein Problem der Qualifikationsstufe der Bewerber/-innen, sondern der fachlichen Qualifikationen und der Kompetenzen. Daher vergleichen die BIBB-IAB-Qualifikations- und

Schaubild A9.2-4: Erwerbstätige und Erwerbspersonen nach Qualifikationsniveaus (ISCED)



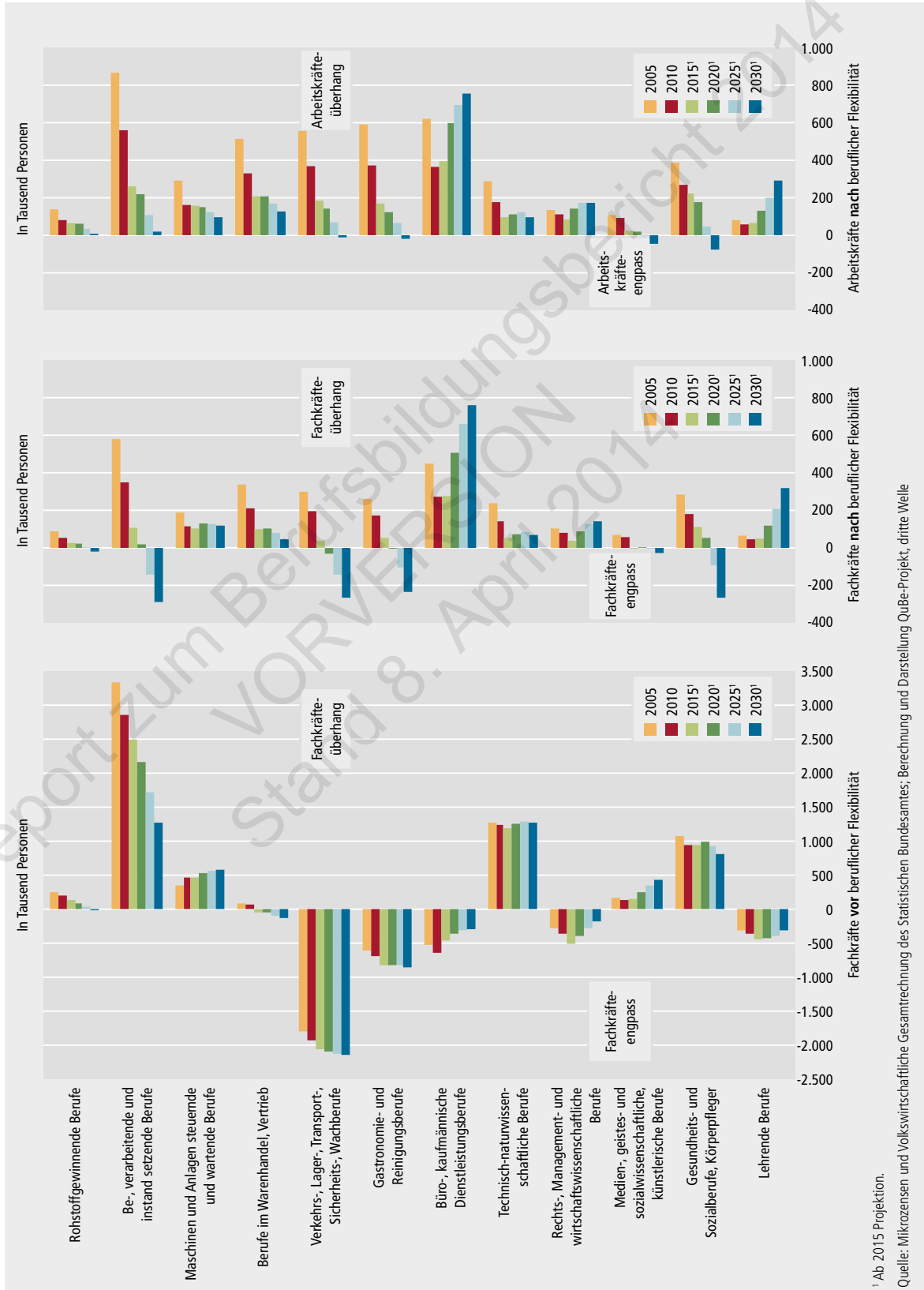
Berufsfeldprojektionen auch die Passung von Angebot und Bedarf auf der Ebene von 54 Berufsfeldern bzw. 12 Berufshauptfeldern **E**. Hinter dem Merkmal Berufsfeld stehen jeweils spezifische Tätigkeitscluster, wobei die Berufe bezogen auf deren Tätigkeiten innerhalb der Berufsfelder homogen und zwischen den Berufsfeldern heterogen sind.

E Berufshauptfelder (BHF) und Berufsfelder (BF)

Für die Projektion des zukünftigen Arbeitskräftebedarfs und -angebots sind die Daten aus dem Mikrozensus auf Basis der Klassifikation der Berufe (KldB 1992) für den ausgeübten Beruf und ab 2005 auch für den erlernten Beruf verwendet worden. Der Detaillierungsgrad der Angaben im Mikrozensus zum ausgeübten Beruf bzw. zur Aus- oder Weiterbildungsfachrichtung auf der Basis der Klassifizierung der Berufe ist allerdings für längerfristige Qualifikations- und Arbeitsmarktprojektionen zu feinmaschig. Projektionen, die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in einem Zeitraum von bis zu 15 Jahren umfassen, sind auf der Ebene von Einzelberufen wissenschaftlich seriös nicht umsetzbar. Daher wurde auf der Basis der 369 Berufsordnungen (3-Steller) der KldB 1992 eine Verdichtung zu 54 Berufsfeldern vorgenommen (Tiemann u. a. 2008).

Inwieweit in einem Berufsfeld ein zukünftiger Engpass vorherrschen wird oder nicht, hängt von unterschiedlichen Betrachtungsweisen ab. Zunächst kann der Bedarf an Fachkräften eines spezifischen Berufshauptfeldes mit dem Angebot derjenigen verglichen werden, die einen Beruf in diesem Berufshauptfeld erlernt haben. Diese Betrachtungsweise wird in der linken Abbildung des → **Schaubildes A9.2-5** verdeutlicht. Hier wird dargestellt, in welchen Berufshauptfeldern unter Bedarf ausgebildet wurde bzw. wird und in welchen über Bedarf. Auffällig ist dabei vor allem der im Zeitraum 2005 bis 2030 stark zurückgehende Fachkräfteüberhang in den „Be-, verarbeitenden und Instand setzenden Berufen“ – ein Berufshauptfeld, welches vor allem durch die duale Berufsausbildung geprägt ist.

Schaubild A9.2-5: Gewinn- und Verlustrechnung für Fach- und Arbeitskräfte vor und nach Einbezug beruflicher Flexibilität nach Berufshauptfeldern 2005 bis 2030



¹ Ab 2015 Projektion.

Quelle: Mikrozensus und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes; Berechnung und Darstellung QuBe-Projekt, dritte Welle

Fachkräfteengpässe in Berufshauptfeldern mit vorwiegend mittlerem Qualifikationsniveau

Viele Erwerbstätige bleiben aber nicht in ihrem erlernten Beruf, sondern wechseln im Verlauf ihres Erwerbslebens in ein anderes Berufshauptfeld. Die

Gründe hierfür sind mannigfaltig. Anreiz für einen Wechsel können sowohl bessere Beschäftigungs- oder Einkommenschancen, bessere Arbeitsbedingungen, Aufstiegschancen, aber auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein (vgl. z. B. Hall 2010). Das Ausmaß der beruflichen Flexibilität pro Berufshauptfeld beschreibt die sogenannte Flexibilitätsmatrix

Tabelle A9.2-1: Berufliche Flexibilitätsmatrix 2011 auf der Ebene der Berufshauptfelder

Berufshauptfeld des erlernten Berufs	Anteilswerte ¹ für Wechsel von erlerntem Berufs- in ausgeübtes Berufshauptfeld												Zeilenpro-zente
	P 1	P 2	P 3	P 4	P 5	P 6	P 7	P 8	P 9	P 10	P 11	P 12	
1: Rohstoffgewinnende Berufe	50,7 %	8,8 %	2,9 %	5,9 %	12,1 %	6,5 %	5,0 %	2,2 %	2,5 %	0,9 %	2,0 %	0,6 %	100,0 %
2: Be-, verarbeitende und instand setzende Berufe	1,8 %	47,7 %	7,8 %	5,3 %	15,5 %	5,6 %	3,7 %	6,7 %	2,8 %	1,2 %	1,5 %	0,5 %	100,0 %
3: Maschinen und Anlagen steuernde und wartende Berufe	1,2 %	16,7 %	41,0 %	4,5 %	12,9 %	5,4 %	3,9 %	6,9 %	2,7 %	2,8 %	1,5 %	0,5 %	100,0 %
4: Berufe im Warenhandel, Vertrieb	0,8 %	2,8 %	1,0 %	50,1 %	6,5 %	10,6 %	16,6 %	1,4 %	4,8 %	1,6 %	3,2 %	0,5 %	100,0 %
5: Verkehrs-, Lager-, Transport-, Sicherheits-, Wachberufe	1,0 %	6,0 %	1,8 %	4,5 %	66,4 %	4,4 %	8,6 %	2,1 %	2,0 %	0,9 %	1,5 %	0,7 %	100,0 %
6: Gastronomie- und Reinigungsberufe	3,0 %	4,9 %	2,4 %	8,8 %	8,7 %	56,5 %	6,1 %	1,2 %	3,0 %	1,1 %	3,6 %	0,8 %	100,0 %
7: Büro-, kaufmännische Dienstleistungsberufe	0,5 %	1,4 %	0,5 %	8,7 %	4,3 %	4,0 %	67,4 %	2,3 %	5,9 %	1,9 %	2,5 %	0,6 %	100,0 %
8: Technisch-naturwissenschaftliche Berufe	0,8 %	7,8 %	2,3 %	4,7 %	4,0 %	2,6 %	7,7 %	50,1 %	10,7 %	4,0 %	1,7 %	3,6 %	100,0 %
9: Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftliche Berufe	0,3 %	0,9 %	0,2 %	7,9 %	1,9 %	1,6 %	25,2 %	4,2 %	49,1 %	4,6 %	1,7 %	2,4 %	100,0 %
10: Medien-, geistes- und sozialwissenschaftliche, künstlerische Berufe	0,4 %	1,9 %	0,7 %	6,3 %	2,4 %	3,1 %	9,9 %	7,2 %	7,8 %	43,8 %	4,6 %	11,9 %	100,0 %
11: Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpfleger	0,4 %	1,9 %	0,5 %	4,2 %	2,1 %	5,2 %	6,1 %	0,7 %	1,7 %	1,2 %	72,5 %	3,4 %	100,0 %
12: Lehrende Berufe	0,2 %	0,7 %	0,3 %	2,1 %	1,3 %	3,0 %	3,9 %	1,0 %	1,5 %	2,5 %	5,1 %	78,3 %	100,0 %
Ohne berufliche Ausbildung	2,9 %	16,8 %	5,8 %	10,3 %	17,3 %	27,1 %	6,9 %	2,2 %	2,2 %	2,3 %	5,5 %	0,8 %	100,0 %
In Schule/Ausbildung	2,0 %	14,8 %	4,1 %	14,2 %	7,5 %	10,5 %	15,6 %	5,8 %	1,7 %	5,2 %	15,0 %	3,5 %	100,0 %
Gesamt	2,4 %	13,9 %	4,8 %	10,4 %	9,7 %	10,3 %	15,4 %	8,0 %	5,7 %	3,5 %	12,2 %	3,7 %	100,0 %

¹ Die Nummer nach dem „P“ stellt die Nummer des jeweiligen Berufshauptfeldes dar.

Lesebeispiel: So befinden sich beispielsweise in der rot umrandeten Zelle der Spalte „P 9“ die Anteilswerte der Erwerbstätigen, die aus den technisch-naturwissenschaftlichen Berufen in das Berufshauptfeld „Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftliche Berufe“ wandern.

Quelle: Mikrozensus 2011; Berechnung und Darstellung QuBe-Projekt, dritte Welle

des BIBB → **Tabelle A9.2-1**, die für die 12 BIBB-Berufshauptfelder aufzeigt, wer mit welchem erlernten Beruf in welchem ausgeübten Beruf arbeitet. Es geht hier nicht um die Gründe des Wechsels, sondern um die Darstellung der Chancen und möglichen Konkurrenzen zwischen Berufshauptfeldern, die mit einem bestimmten erlernten Beruf verbunden sind.

Wird diese Flexibilitätsmatrix bei der Entwicklung des Angebots in der Projektion berücksichtigt, so werden die „beruflichen Wanderungsbewegungen“ teilweise zu einem Ausgleich von Angebot und Bedarf führen und vor allem zeigen, wohin Personen ohne eine formale berufliche Qualifikation wandern – welche Berufsfelder (besser: Berufshauptfelder) also gerade von dieser Gruppe profitieren. Die mittlere Abbildung in → **Schaubild A9.2-5** stellt eine Bilanzierung von Fachkräften unter Berücksichtigung der beruflichen Flexibilitäten dar. Es werden sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite nur Personen betrachtet, die mindestens einen vollqualifizierenden Berufsabschluss aufweisen können. Dabei zeigt sich, dass zum einen durch die berufliche Zuwanderung Fachkräftelücken geschlossen werden können. Dies ist zum Beispiel in den „Berufen im Warenhandel, Vertrieb“ oder den „Büro-, kaufmännischen Dienstleistungsberufen“ der Fall. Zum anderen können aber auch durch den stärkeren beruflichen Abstrom als Zustrom, wie in den „Rohstoffgewinnenden Berufen“, den „Be-, verarbeitenden und Instandsetzenden Berufen“, den „Medien-, geistes- und sozialwissenschaftlichen Berufen“ und den „Gesundheits- und Sozialberufen, Körperpflegern“, Fachkräfteengpässe entstehen.

Arbeitskräfteengpässe: Das Potenzial liegt in der Arbeitszeit

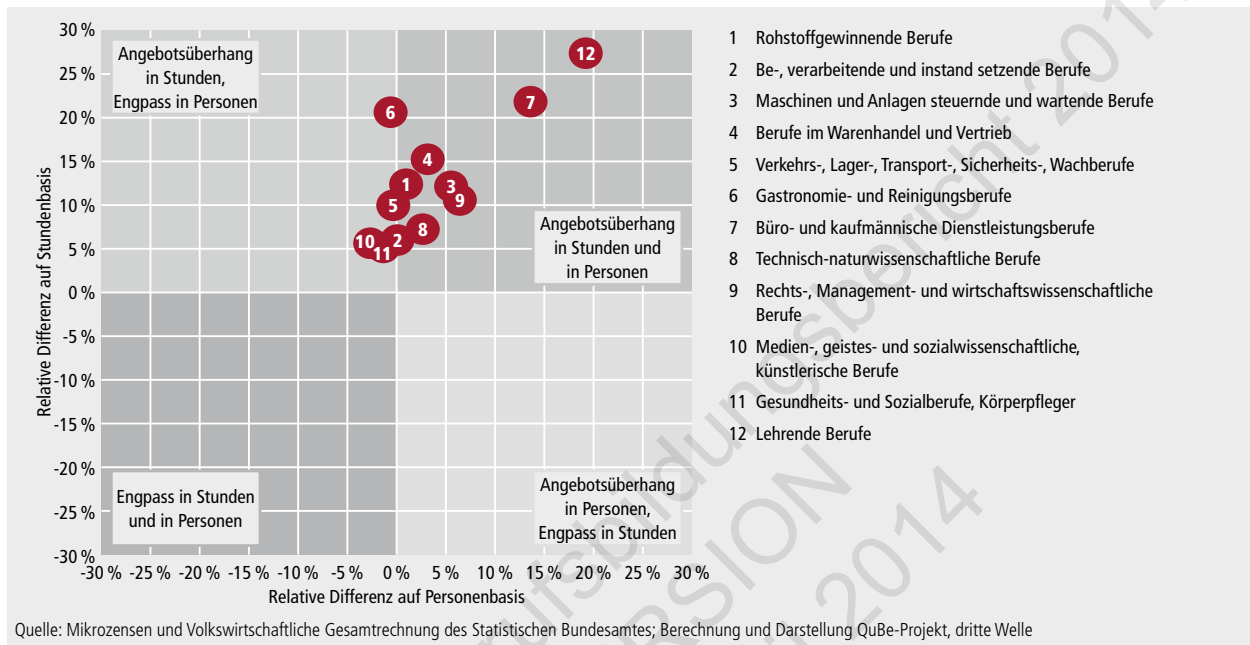
Wird der Fokus auf alle Arbeitskräfte gerichtet, d. h. die Fachkräfte und die formal beruflich nicht Qualifizierten in die Betrachtung einbezogen, so zeigt sich, dass bis 2030 in 4 Berufshauptfeldern ein rechnerischer Arbeitskräfteengpass bestehen wird: In den „Verkehrs-, Lager-, Transport-, Sicherheits-, Wachberufen“, den „Gastronomie- und Reinigungsberufen“, den „Medien-, geistes- und sozialwissenschaftlichen Berufen“ sowie den „Gesundheits- und Sozialberufen, Körperpflegern“ (linke Abbildung in → **Schaubild A9.2-5**).

E Arbeitsvolumenpotenzial

Das Arbeitsvolumenpotenzial ist ein hypothetisches Konstrukt, das angibt, wie groß das Arbeitsangebot, gemessen in Stunden, tatsächlich ist. Zur Berechnung dieses Konstrukts wird im Mikrozensus auf die Zahl der gewünschten wöchentlichen Arbeitsstunden zurückgegriffen, sofern diese über den regelmäßig tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden liegen (Zika u. a. 2012, S. 8).

Doch die Anzahl der benötigten Personen ist auch abhängig von der unterstellten Stundenzahl, welche eine Personengruppe zu arbeiten bereit ist (Zika u. a. 2012, S. 8). Bezieht man dieses Arbeitsvolumenpotenzial **E** der Erwerbspersonen in die Berechnung ein, so ergibt sich insgesamt eine aus der Sicht der Unternehmen entspannte Lage des Arbeitsmarktes im Jahre 2030 → **Schaubild A9.2-6**. In den Berufshauptfeldern „Gastronomie- und Reinigungsberufe“ und „Verkehrs-, Lager-, Transport-, Sicherheits-, Wachberufe“ ist in diesem Fall noch ein durchaus ausreichendes Arbeitsangebot nach Stunden vorhanden. Auch bei den „Medien-, geistes- und sozialwissenschaftlichen Berufen“ und bei den „Gesundheits- und Sozialberufen, Körperpflegern“ wäre dies rein rechnerisch der Fall. Bei Letzteren ist das vorhandene nicht ausgeschöpfte Stundenangebot aber vor allem in den darin enthaltenen Sozialberufen feststellbar. Bei den „Gesundheitsberufen ohne Approbation“, die beispielsweise die Pflegeberufe enthalten, liegt die relative Differenz in Stunden im Jahr 2030 bei -1%. Bedenkt man, dass beispielsweise unter den Berufshauptfeldern die „Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftlichen Berufe“ im Jahre 2010 mit 9% den geringsten Angebotsüberhang in Stunden aufwiesen, so wird deutlich, dass Rekrutierungsschwierigkeiten nicht erst dann entstehen, wenn das Arbeitsvolumenpotenzial nicht ausreicht, sondern bereits dann, wenn die relative Differenz weniger als 10% beträgt.

Schaubild A9.2-6: Bilanzierung auf Berufshauptfeldebene nach Personen und Stunden im Jahre 2030



Was beeinflusst die dargestellte Arbeitsmarktentwicklung?

Die BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen zeigen, welche Entwicklungen der deutsche Arbeitsmarkt nimmt, wenn an den derzeit beobachtbaren Trends festgehalten wird. Fach- bzw. Arbeitskräftelücken wie auch -überhänge werden in der Realität allerdings nicht so eintreten. Sowohl regional als auch unterhalb der hier dargestellten Berufshauptfelder kann es zu Engpässen kommen, die auf den höheren Aggregatebenen nicht auftreten. Zudem können antizipatorische Anpassungsreaktionen der Unternehmen auf der Nachfrageseite, sich wandelnde Ausbildungs- und Berufsoptionen der Jugendlichen auf der Angebotsseite sowie mögliche politische Interventionen Arbeitskräftelücken und -überhänge entschärfen. Dennoch zeigen die Ergebnisse, dass eine zunehmende Zuwanderung nach Deutschland die gesamtwirtschaftliche Arbeitsmarktsituation aus Sicht der Unternehmen entspannt und dass Teile der Arbeitsnachfrage durch das Ausschöpfen des vorhandenen Arbeitsvolumenpotenzials befriedigt werden könnten. Dieses Potenzial müsste allerdings auch „vor Ort“ erschlossen werden. Dies könnte z. B. mit Konzepten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelingen (Wünsche u. a. 2013).

Dennoch wird aller Voraussicht nach auch die Erschließung des zusätzlichen Potenzials im Arbeits-

volumen und durch Zuwanderung vermutlich nicht ausreichen, um langfristig 2 Passungsprobleme struktureller Art zu vermeiden: die Diskrepanz zwischen dem weiterhin bestehenden Bedarf an Fachkräften auf der mittleren Qualifikationsebene und dem langfristig stärker zurückgehenden Fachkräfteangebot auf dieser Ebene sowie die fachliche Kongruenz von auf dem Arbeitsmarkt angebotenen Fähigkeiten mit den nachgefragten Tätigkeiten. In der Berechnung der hier dargestellten Ergebnisse wurde bereits berücksichtigt, dass Arbeitskräfteengpässe zu Lohnsteigerungen in den entsprechenden Berufen führen können und dass die Erwerbspersonen im Rahmen der mit ihrem erlernten Beruf verknüpften beruflichen Flexibilität auf die veränderten Entlohnungsmöglichkeiten reagieren (Maier u. a. 2014a). Allerdings führen die bereits in der Vergangenheit existierenden Entlohnungsunterschiede zwischen Berufsfeldern auch dazu, dass nicht alle Engpässe durch Lohnanpassungen beglichen werden können. Zwar können höhere Löhne auf der mittleren Qualifikationsebene im vorwiegend industriellen Bereich drohende Fachkräfteengpässe hinauszögern; allerdings wird die Engpasssituation in den Berufen des Handwerks, mit einer im Vergleich zur Industrie traditionell geringeren durchschnittlichen Entlohnung, hierdurch noch verschärft.

Tobias Maier, Gerd Zika (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

A9.3 Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung

Der Rückgang der Ungelerntenquote bei jungen Erwachsenen in den letzten Jahren hat sich 2011 fortgesetzt (20- bis 34-Jährige: 2005 – 16,9%, 2011 – 14,1%) → **Tabelle A9.3-1**. Die nachfolgenden Ergebnisse beruhen auf den Daten des Mikrozensus 2011. Sie beziehen sich auf die 20- bis 34-Jährigen, die in 3 Kohorten von je 5 Jahrgängen (20 bis 24, 25 bis 29 und 30 bis 34 Jahre) betrachtet werden.

Im Jahr 2011 waren 2.082.000 junge Menschen im Alter von 20 bis unter 35 Jahren ohne formale Qualifikation (nicht formal Qualifizierte, nfQ **E**). Das waren 66.000 weniger als 2010, was einem Rück-

gang des Anteils von 14,7% auf 14,1% an dieser Alterskohorte entspricht. Dieser Rückgang erfolgte bei allen 3 Alterskohorten → **Tabelle A9.3-1**: Von 2010 auf 2011 fiel die Quote der nfQ in der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen von 13,9% auf 13,1%, bei den 25- bis 29-Jährigen von 14,4% auf 13,9% und in der Gruppe der 30- bis 34-Jährigen von 15,9% auf 15,3%. Bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen ist ein Rückgang von 14,1% auf 13,5% zu erkennen.²¹⁷ Der Anteil junger Leute ohne Berufsabschluss steigt also von der jüngsten bis zur ältesten Teilkohorte an. Gut 100.000 der 30- bis 34-Jährigen – davon 80% mit Hochschulzugangsberechtigung – befinden sich noch in Ausbildung oder Studium und nicht alle schließen mit Erfolg ab.

Tabelle A9.3-1: Junge Erwachsene ohne Berufsausbildung von 1996 bis 2011

Jahr	20- bis 24-Jährige	20- bis 29-Jährige		20- bis 34-Jährige	
	Ungelerntenquote (in %)	Ungelerntenquote (in %)	absolut (in Mio., hochgerechnet)	Ungelerntenquote (in %)	absolut (in Mio., hochgerechnet)
1996	14,8	14,6	1,57	14,7	2,59
1997	15,0	14,6	1,50	14,3	2,45
1998	15,1	14,7	1,45	14,1	2,34
1999	14,8	14,7	1,40	14,6	2,37
2000	14,4	14,4	1,32	13,9	2,17
2001	14,3	14,5	1,32	14,1	2,15
2002	15,1	15,2	1,37	14,6	2,20
2003	14,6	14,9	1,36	14,6	2,15
2004 ¹	14,5	14,9	1,37	14,3	2,05
2005	16,5	16,5	1,57	16,9	2,40
2007	14,5	15,2	1,45	15,3	2,24
2008	15,3	14,9	1,46	14,9	2,16
2009	14,1	14,6	1,44	15,2	2,21
2010	13,9	14,1	1,39	14,7	2,15
2011	13,1	13,5	1,33	14,1	2,08

¹ Aufgrund einer veränderten Erhebungsmethode sind die Ergebnisse des Mikrozensus ab 2005 nur unter Vorbehalt vergleichbar (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel A8).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 1996 bis 2011, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

²¹⁷ Im Herbst 2013 legte das Institut der Wirtschaft eine Studie zu jungen Menschen ohne beruflichen Abschluss vor, die ebenfalls auf den Daten des Mikrozensus 2011 beruht. Die Studie beschränkt die Gruppe der jungen Erwachsenen auf die 20- bis 29-Jährigen und kommt für diese Gruppe auf eine Ungelerntenquote von 13,4%, das ist 0,1% weniger als die Berechnung des BIBB ergibt. Die Definition der Ungelerntenquote des IW folgt einer älteren Berechnungsweise des BIBB, sie rechnet diejenigen, die „in den letzten 12 Monaten eine (berufliche) Schule oder Hochschule besucht haben, ... nicht der Gruppe der jungen Menschen ohne beruflichen Abschluss zu, sondern der Gruppe der Personen in Ausbildung“ (Esselmann/Geis/Malin 2013, S. 2).

Tabelle A9.3-2: Junge Erwachsene ohne beruflichen Abschluss im Alter von 20 bis 34 Jahren 2011

	mit beruflichem Abschluss		ohne beruflichen Abschluss		zusammen		Anteil nicht formal Qualifizierte in v. H.
	abs. (in Tsd.)	in v. H.	abs. (in Tsd.)	in v. H.	abs. (in Tsd.)	in v. H.	
männlich	6.440.452	50,8	1.062.960	51,1	7.503.412	50,8	14,2
weiblich	6.236.403	49,2	1.019.193	48,9	7.255.596	49,2	14,0
alle	12.676.855	100,0	2.082.153	100,0	14.759.008	100,0	14,1
20 bis 24 Jahre	4.304.029	34,0	650.721	31,3	4.954.750	33,6	13,1
25 bis 29 Jahre	4.240.333	33,4	683.100	32,8	4.923.433	33,4	13,9
30 bis 34 Jahre	4.132.493	32,6	748.333	35,9	4.880.826	33,1	15,3
alle	12.676.855	100,0	2.082.154	100,0	14.759.009	100,0	14,1
darunter							
20–29 Jahre	8.544.362	67,4	1.333.821	64,1	9.804.259	66,9	13,5
Hauptschulabschluss	2.044.056	16,1	943.046	45,3	2.987.102	20,2	31,6
Realschulabschluss	4.298.647	33,9	410.127	19,7	4.708.774	31,9	8,7
Studienberechtigung	6.091.006	48,0	349.304	16,8	6.440.310	43,6	5,4
kein Abschluss	243.146	1,9	379.677	18,2	622.823	4,2	61,0
alle	12.676.855	100,0	2.082.154	100,0	14.759.009	100,0	14,1
Deutsche	11.203.881	88,4	1.354.418	65,0	12.558.299	85,1	10,8
Ausländer*	1.472.973	11,6	727.735	35,0	2.200.708	14,9	33,1
alle	12.676.854	100,0	2.082.153	100,0	14.759.007	100,0	14,1
Ostdeutschland	2.736.513	21,6	335.915	16,3	3.072.428	20,8	10,9
Westdeutschland	9.940.341	78,4	1.746.239	83,7	11.686.580	79,2	14,9
gesamt	12.676.854	100,0	2.082.154	100,0	14.759.008	100,0	14,1

* Auch doppelte Staatsangehörigkeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2011; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

E Nicht formal Qualifizierte (nfQ)

Unter nfQ bzw. „Ungelernte“ werden alle (erwerbsfähigen) Personen zusammengefasst, die keine „erfolgreiche, zertifizierte Teilnahme an formalen (standardisierten, staatlich geregelten oder anerkannten) Bildungsgängen (Gottleben 1987, S. 1) vorweisen können, also keinen Abschluss einer dualen oder rein schulischen Berufsausbildung oder eines Fachhochschul- oder Hochschulstudiums (oder gleichwertigen Abschlusses) haben. Personen mit Anlernausbildung, bzw. mit einem Praktikum gelten ebenfalls als nicht formal qualifiziert. Da sich unter den nfQ vor allem in den untersuchten Altersjahrgängen noch eine erhebliche Anzahl an

Personen befindet, die ihre berufliche Ausbildung noch nicht beendet haben oder ihren freiwilligen Wehrdienst, Bundesfreiwilligendienste oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr leisten, wurden bei der Auswertung der Mikrozensusdaten folgende Personen nicht zu denjenigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung gezählt: Schüler/-innen, Studierende, Auszubildende, Freiwilligendienstleistende.

Unterschiede nach Geschlecht, Schulabschlüssen und Region

Nachdem sich die Anteile der 20- bis unter 35-jährigen Männer und Frauen ohne formale Qualifikation in

den letzten Jahren immer weiter angenähert hatten, war 2010 ein Gleichstand erreicht. 2011 unterschritten Frauen mit 14,0% zum ersten Mal die Quote der Männer von 14,2% → **Tabelle A9.3-2**. Die Quote an nfQ hängt sehr stark mit den erreichten Schulabschlüssen zusammen und die Zusammensetzung der nfQ nach Schulabschlüssen hat sich in den letzten Jahren auch kaum verändert → **Tabelle A9.3-2**.

Von den Personen, die über keinen Schulabschluss verfügen, sind 61% ohne einen Berufsabschluss. Bei denjenigen mit Hauptschulabschluss sind es knapp 32% und bei denjenigen mit Realschulabschluss sind es 9%. Von den Personen mit Hochschulzugangsberechtigung sind es gut 5%.²¹⁸

Der Rückgang des Anteils nicht formal Qualifizierter beschränkt sich fast ausschließlich auf Westdeutschland. Hier fiel die Quote von 15,7% auf 14,9%, während sie in Ostdeutschland, wo der Anteil nfQ immer niedriger lag, mit 10,9% praktisch gleich blieb. Allerdings sind es die ostdeutschen Länder, die den Anteil nicht formal qualifizierter Frauen unter den der Männer drücken. Obwohl in Ostdeutschland nur knapp 21% der 20- bis 34-jährigen Bevölkerung leben, reicht die Differenz zwischen Männern und Frauen von 1,9 Prozentpunkten aus, um bundesweit das Vorzeichen umzukehren.

Zwischen 2000 bis 2010 stieg die Zahl der studienberechtigten Schulabsolventen/-absolventinnen um 11,8 Prozentpunkte (von 37,2% auf 49,0%). Hochschulzugangsberechtigte erreichen häufiger einen Berufsabschluss als Absolventen/Absolventinnen mit anderen Schulabschlüssen. Steigt ihr Anteil an einer Altersgruppe an, erhöht sich erwartungsgemäß der Anteil beruflich Qualifizierter an der entsprechenden Kohorte → **Tabelle A9.3-3**.

218 Bei den Schulabschlüssen handelt es sich nicht nur um die Abschlüsse, mit denen die allgemeinbildende Schule verlassen wurde. Hauptschul- und Realschulabschlüsse können auch im Berufsvorbereitungsjahr und bei Vorliegen bestimmter Bedingungen im Rahmen einer erfolgreich abgeschlossenen Berufsausbildung erworben werden. Der mit 3,9% außerordentlich niedrig erscheinende Anteil derer ohne Schulabschluss an allen Schulabschlüssen gibt einen Eindruck davon, in welchem Maße nach Verlassen der Schule noch allgemeine Schulabschlüsse erworben werden. Vgl. Vereinbarung über den Abschluss der Berufsschule (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 01.06.1979 i. d. F. vom 04.06.1997); siehe www.kmk.org/dokumentation/veroeffentlichungen-beschluesse/bildung-schule/berufliche-bildung.html.

Tabelle A9.3-3: Studienberechtigte aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen 2000 und 2010 (Anteile an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung in %)

	2000	2010
zusammen	37,2	49,0
männlich	33,8	45,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Reihe 1, 2011

Die Quote von 5,4% nfQ unter den 20- bis 34-Jährigen mit Hochschulzugangsberechtigung setzt sich zusammen aus 4,9% der Frauen und 6,1% der Männer dieser Gruppe. Es sind die jungen Frauen mit Hochschulzugangsberechtigung, die dafür sorgen, dass die Frauen die Männer beim Erreichen eines Berufsabschlusses überflügeln → **Tabelle A9.3-4**.

Erwerbstätigkeit und Einkommensquellen

Von den 20- bis 24-Jährigen sind schon 65% erwerbstätig, 83% der beruflich Qualifizierten und 50% der nfQ. Die Erwerbstätigenquote steigt in jeder Kohorte; von den 30- bis 34-Jährigen zählen 87% der Gelernten, aber nur 59% der nfQ als erwerbstätig → **Tabelle A9.3-5**.

Mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung ist die Erwartung verknüpft, dass man von seiner Erwerbstätigkeit leben kann. Am höchsten ist der Anteil junger Menschen, die das von sich sagen, in der Kohorte der 30- bis 34-jährigen Männer mit beruflichem Abschluss. In dieser Altersgruppe ist die Erwerbsquote mit 92% am höchsten, und 90% geben an, dass sie ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbseinkommen bestreiten²¹⁹. Das Maximum der nicht formal qualifizierten erwerbstätigen Männer liegt mit 73% ebenfalls in dieser Altersgruppe, den überwiegenden Lebensunterhalt können aber nur 66% aus Erwerbseinkommen bestreiten. Auch die Erwerbstätigenquote der beruflich qualifizierten jungen Frauen ist bei den 30- bis 34-Jährigen mit 81% am höchsten, Erwerbstätigkeit als Haupteinkommensquelle geben 74% an. Junge Frauen ohne

219 Im Mikrozensus lautet die Frage 143: „Woraus beziehen Sie überwiegend die Mittel für Ihren Lebensunterhalt?“ (9 Antwortmöglichkeiten).

Tabelle A9.3-4: Anteil nicht formal Qualifizierter im Alter von 20 bis 34 Jahren nach Schulabschluss und Geschlecht (in %)

Schulabschluss	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Anteil der Frauen am Schulabschluss
Hauptschulabschluss	27,1	38,4	31,6	39,3
Realschulabschluss	8,4	9,0	8,7	51,1
Hochschulzugangsberechtigung	6,1	4,9	5,4	52,5
ohne Schulabschluss	59,0	63,1	61,0	47,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2011, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A9.3-5: Erwerbstätigenquoten nach formaler Qualifikation, Geschlecht und Altersgruppe (in %)

Schulabschluss	20- bis 24-Jährige			25- bis 29-Jährige			30- bis 34-Jährige		
	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt
Erwerbstätigenquote insgesamt	67,0	63,3	65,2	80,0	74,6	77,3	88,1	74,9	81,6
formal Qualifizierte	83,5	82,0	82,7	87,5	83,2	85,3	91,9	81,1	86,6
nicht formal Qualifizierte	57,6	41,9	50,4	65,2	42,9	54,3	73,0	45,1	58,7
Erwerbseinkommen als Haupteinkommensquelle insgesamt	59,0	53,6	56,4	75,6	67,3	71,5	85,6	66,9	76,4
formal Qualifizierte	81,0	77,5	79,2	85,1	77,3	81,2	90,4	73,8	82,2
nicht formal Qualifizierte	51,5	33,5	43,2	58,9	33,1	46,2	66,3	34,0	49,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2011; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Berufsabschluss sind in den betrachteten Kohorten zu 42 % bis 45 % erwerbstätig. Nur ein Drittel – halb so viel wie bei den Männern dieser Gruppe – gibt Erwerbseinkommen als überwiegende Einkommensquelle an → **Tabelle A9.3-5**.

Erwerbslosigkeit

Zu den Erwerbslosen werden hier auch die arbeitssuchenden Nichterwerbspersonen gezählt. Von allen 20- bis 34-Jährigen bezeichneten sich 2011 zum Befragungszeitpunkt 5,6 % als erwerbslos und arbeitssuchend, von den jungen Männern aller Kohorten weniger als 7 %, von den Frauen weniger als 5 %. Betrachtet man die Erwerbslosenquoten nach beruflicher Qualifikation, dann sinkt die der beruflich Qualifizierten um ca. einen Prozentpunkt. Dafür wird der schwierige Berufseinstieg der Ungelernten sichtbar in einer Erwerbslosenquote, die von 18 % (20 bis 24 Jahre) über 15 % (25 bis 29 Jahre) auf 12 % (30

bis 34 Jahre) fällt; sie liegt bei den Männern jeweils höher als bei den Frauen → **Tabelle A9.3-6**.

Nur 2 % der nfQ geben Arbeitslosengeld I als überwiegende Einkommensquelle an, zehnmal so viele nennen Leistungen nach Hartz IV. In der jüngsten Kohorte liegt der Anteil der Frauen um 50 % über dem der Männer, später gleichen sich die Quoten an. Zum Vergleich: Von den beruflich qualifizierten 20- bis 34-Jährigen geben nur 4 % Leistungen nach Hartz IV als überwiegende Einkommensquelle an. Der geringe Anteil des Arbeitslosengeldes im Vergleich zu Hartz IV-Leistungen kann als Indiz für längere Arbeitslosigkeit betrachtet werden.

Staatsangehörigkeit/Migrationshintergrund

Von den 20- bis 25-jährigen mit deutscher Staatsangehörigkeit haben 45 % ihre Ausbildung abgeschlossen, fast genauso viele befinden sich noch in

Tabelle A9.3-6: **Erwerblosenquote und Hartz IV als Haupteinkommensquelle nach Geschlecht und formaler Qualifikation 2011 (Anteile in %)**

	20- bis 24-Jährige			25- bis 29-Jährige			30- bis 34-Jährige		
	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt
Erwerbstätigenquote insgesamt									
formal Qualifizierte	5,9	4,7	5,3	5,5	3,7	4,6	4,6	3,8	4,2
nicht formal Qualifizierte	21,7	14,2	18,2	18	11,3	14,7	14,5	9,5	11,9
Hartz IV als Haupteinkommensquelle insgesamt									
formal Qualifizierte	2,1	3,4	2,7	3,9	4	3,9	4,2	4,2	4,2
nicht formal Qualifizierte	15,5	23,5	19,2	21,7	23,2	22,4	20,2	20,3	20,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2011; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Ausbildung. Die Quote steigt auf 79 % bei den 25-bis 29-Jährigen und 87 % bei den 30- bis 34-Jährigen. In der jüngsten Kohorte haben erst 30 % der jungen Menschen ohne deutschen Pass (dazu zählen auch diejenigen mit doppelter Staatsbürgerschaft) eine abgeschlossene Ausbildung. In Ausbildung befinden sich fast so viele wie bei den Deutschen. Allerdings gelten schon 28 % als nicht formal qualifiziert und dieser Anteil steigt in den beiden älteren Kohorten auf 33 % bzw. 37 %. In den beiden älteren Kohorten liegt die Quote der Frauen hier entgegen des Gesamttrends um 4 % über der der Männer.

Das Konzept des Migrationshintergrundes ist gegenüber der Staatsangehörigkeit aussagekräftiger, weil es erlaubt, zwischen Personen mit eigener und ohne eigene Migrationserfahrung zu unterscheiden und auch weil es die Zuwanderung von Eingebürgerten sichtbar macht. 20- bis 34-jährige Deutsche ohne Migrationserfahrung bleiben zu 9,6 % ohne Berufsabschluss, zugewanderte Migranten/Migrantinnen dreimal so häufig. In Deutschland Geborene mit Migrationshintergrund, aber ohne eigene Migrationserfahrung, liegen dazwischen → [Tabelle A9.3-7](#).

Tabelle A9.3-7: **20- bis 34-Jährige ohne Berufsabschluss nach Migrationsstatus 2011 (in %)**

	Männer	Frauen	Insgesamt
Deutsche	11,2	10,3	10,8
Ausländer*	31,5	34,6	33,1
Deutsche ohne Migrationshintergrund	10,0	9,2	9,6
zugewandert	28,4	31,2	29,8
Migranten ohne eigene Migrationserfahrung	23,8	20,4	22,4

* Auch doppelte Staatsangehörigkeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2011; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Nicht formal Qualifizierte mit Hochschulzugangsberechtigung

Knapp 350.000 der 20-bis 34-jährigen nfQ verfügen über eine Hochschulzugangsberechtigung (HZB), das ist jede/-r Sechste der 2,082 Mio. Ihre Position auf dem Arbeitsmarkt ist erheblich besser (62,0 %) als die der nfQ insgesamt (54,6 %) → [Tabelle A9.3-8](#). Bei den nicht formal qualifizierten Frauen wirkt sich eine HZB stärker aus als bei den nicht formal quali-

Tabelle A9.3-8: Erwerbsstatus 20- bis 34-Jähriger 2011 (Anteil in %)

Erwerbsstatus		20- bis 34-Jährige					
		Männlich	Weiblich	Insgesamt	darunter mit Hochschulzugangsberechtigung		
					Männlich	Weiblich	Insgesamt
erwerbstätig	nicht formal Qualifizierte	65,4	43,4	54,6	68,2	55,0	62,0
	mit abgeschlossener Berufsausbildung	88,4	82,1	85,3	87,1	84,0	85,5
erwerbslos	nicht formal Qualifizierte	18,0	11,5	14,8	10,4	6,6	8,7
	mit abgeschlossener Berufsausbildung	5,2	4,0	4,6	3,1	2,7	2,9

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2011; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A9.3-9: Erwerbseinkommen als Haupteinkommensquelle 2011 (Anteile in %)

	20- bis 34-Jährige					
	Männlich	Weiblich	Insgesamt	darunter mit Hochschulzugangsberechtigung		
				Männlich	Weiblich	Insgesamt
nicht formal Qualifizierte	59,0	33,5	46,5	63,9	46,8	55,9
mit abgeschlossener Berufsausbildung	86,4	75,9	81,2	84,0	78,6	81,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2011; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

fizierten Männern: Die Erwerbstätigenquote der 20- bis 34-jährigen Frauen ohne Berufsabschluss, aber mit HZB liegt mit 55 % über der aller ungelerten Frauen (43,4 %). Bei den nicht formal qualifizierten Männern ist der Anteil der Erwerbstätigen insgesamt höher (65,4 %), der Einfluss einer HZB fällt aber geringer aus (68,2 %) als bei den Frauen.

Von allen 20- bis 34-jährigen nfQ lebt weniger als die Hälfte (46,5 %) hauptsächlich vom eigenen Erwerbseinkommen, Frauen nur zu einem Drittel (33,5 %). Verfügen nfQ über eine HZB, steigt der Anteil um 10 Prozentpunkte (55,9 %), bei den Frauen (46,8 %) sogar um 13 Prozentpunkte → [Tabelle A9.3-9](#).

(Uta Braun, Manuel Schandock, Sabrina Weller)

B Indikatoren zur beruflichen Weiterbildung

B1 Beteiligungsstrukturen

B1.1 Beteiligung der Bevölkerung an berufsbezogener Weiterbildung

Die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit „employability“ der Bevölkerung über den gesamten Lebenslauf hinweg ist eines der zentralen Ziele des europäischen Aktionsprogramms zum Lebenslangen Lernen („Education and Training – ET 2020“; Europäische Kommission 2001, S. 9). Entsprechend hat Weiterbildung in der politischen Diskussion einen hohen Stellenwert für den Aufbau und Erhalt von Qualifikationen und Kompetenzen einer alternden Erwerbsbevölkerung (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 135). Mit dem Adult Education Survey (AES) existiert eine umfangreiche Datengrundlage, auf deren Basis differenzierte Analysen der Weiterbildungsbeteiligung nach Personengruppen, Berufsbezug, Lernformen und vielen weiteren Kriterien möglich sind **E**.²²⁰

E Messung der Beteiligung an berufsbezogener Weiterbildung im Adult Education Survey (AES) und in anderen Berichtssystemen

Der AES ist als Erhebung zur Erwachsenenbildung aufgrund einer Verordnung (EG) Nr. 452/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates nunmehr verpflichtend für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Er ist die Ein-Themen-Befragung, die das Lernen Erwachsener derzeit am differenziertesten erfasst. Die Piloterhebung zum AES wurde auf freiwilliger Basis in 29 Ländern zwischen 2006 und 2008 durchgeführt; 2011/2012 fand die erste Regelerhebung in Anwendung der Verordnung (EG) 823/2010 der Kommission statt.

Dabei wurden in den beteiligten Ländern jeweils repräsentative Stichproben der 25- bis 64-Jährigen zu ihren Lernaktivitäten in den letzten 12 Monaten befragt. Die Erfassung der Lernaktivitäten erfolgt nach der Classification of Learning Activities (CLA; Eurostat 2006) getrennt nach formaler Bildung, nonformaler Bildung und informellem Lernen. Zusätzlich werden Informationen zum sozio-demografischen Hintergrund, zur Bildungsbiografie, zu den Themen und den Anbietern von Bildungsmaßnahmen, zu Weiterbildungsbarrieren, Teilnahmemotiven, Kostenübernahme, neuen Lernformen (E-Learning) und Kompetenzen im Bereich der PC-Kenntnisse und Fremdsprachen erfragt.

Die Erhebung erfolgt „gestützt“, d. h., den Befragten werden verschiedene mögliche Lernaktivitäten und Themen beispielhaft genannt, um die Erinnerung an die Teilnahme anzuregen. Daher liegen die gemessenen Teilnahmequoten des AES deutlich über denen anderer Erhebungen (z. B. dem Mikrozensus), in denen die Weiterbildungsteilnahme ungestützt erfragt wird und bei denen die Weiterbildungsteilnahme nur eine unter vielen Fragen zu anderen Themen ist. Der Berufsbezug der nonformalen Maßnahmen wird im AES über die Frage nach dem subjektiven Zweck der Bildungsteilnahme dargestellt: Wurde hauptsächlich aus beruflichen Gründen oder mehr aus privatem Interesse teilgenommen? Weiter ausdifferenziert wird nach betrieblicher, individueller berufsbezogener und nicht berufsbezogener Weiterbildung. Im Jahr 2010 fand in Deutschland eine zusätzliche Zwischenerhebung des AES statt, deren Daten hier ebenfalls ausgewertet werden. Von 1979 bis 2007 wurde in Deutschland im dreijährigen Turnus das Berichtssystem Weiterbildung (BSW) erstellt, in dem die Erhebung beruflicher Weiterbildung nach einem anderen Konzept erfolgte (für die entsprechende Zeitreihe und Erläuterungen zu methodischen Details vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel B1.1).

Für eine differenzierte Bildungsberichterstattung ist es von Interesse, die Beteiligung an berufsbezogener von nicht berufsbezogener Weiterbildung zu trennen, um die Teilnahme an Lernaktivitäten mit beruflichem Kontext und Arbeitsplatzbezug separat beschreiben zu können. In der Tradition der deut-

220 Im Beitrag werden die im BIBB-Datenreport 2012, Kapitel B1.1 dargestellten Ergebnisse fortgeschrieben. Die Ergebnisse für 2012 basieren auf eigenen Berechnungen mit den AES-Daten 2012 (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2014).

schen Bildungsberichterstattung wurde lange Zeit nach allgemeiner und beruflicher Weiterbildung unterschieden, die im Berichtssystem Weiterbildung (BSW) nach einer je eigenen Systematik abgefragt wurden. Diese Unterscheidung lässt sich mit der Datengrundlage des AES nicht mehr in der gleichen Weise abbilden. Der AES unterscheidet sich vom BSW einerseits durch die Zuordnung der abgefragten Lernaktivitäten (formal – nonformal – informell **E**) als auch durch die Abbildung des beruflichen Bezugs der Lernaktivität (für nähere Erläuterungen vgl. Bilger/Kuper 2013b, S. 36 ff.).

E Formale – nonformale – informelle Bildung

Unter die formale Bildung fallen alle „regulären Bildungsgänge“, d. h. bei Erwachsenen der sog. „zweite Bildungsweg“, Umschulungen und Aufstiegsfortbildungen, die zu einem anerkannten Abschluss führen (Kuper u. a. 2013b, S. 250). Non-formale Bildung umfasst hingegen Kurse oder Lehrgänge, kurzzeitige Bildungs- oder Weiterbildungsveranstaltungen, Schulungen am Arbeitsplatz oder Privatunterricht in der Freizeit (Bilger/Kuper 2013a, S. 27). Informelles Lernen umschließt alle übrigen Lernaktivitäten, die vom Individuum bewusst und zielgerichtet (intentional) unternommen werden und ohne institutionalisierte Lehrer-Lerner-Beziehungen stattfinden (Kuwan/Seidel 2013, S. 264). Dies ist das Verständnis des AES; andere Erhebungen weichen in ihren Definitionen zum Teil davon ab.

Unter dem Begriff „Weiterbildung“ werden in der Berichterstattung zum deutschen AES nunmehr alle Maßnahmen der nonformalen Bildung gefasst. Ein Hintergrund für diese Abgrenzung ist, dass es im AES schwierig ist, zwischen wiederaufgenommener formaler Bildung und formaler Erstausbildung zu unterscheiden, die ja auch erst später im Erwachsenenalter stattfinden kann. Da zudem die nonformalen Aktivitäten das Gros aller Weiterbildungsmaßnahmen darstellen und die quantitativen Effekte einer Einrechnung der formalen Bildung in die Teilnahmequoten für Weiterbildung gering sind²²¹, erscheint die Beschränkung auf nonformale Bildung hier vertretbar.

221 Bei Einrechnung der formalen Bildung in eine Gesamtteilnahmequote an Weiterbildung betrug der Unterschied mit den Daten des AES 2010 2 Prozentpunkte; dies hängt auch damit zusammen, dass Personen, die formale Bildung besuchen, häufig gleichzeitig auch an nonformaler Bildung teilnehmen (v. Rosenblatt/Bilger 2011b, S. 211 f.).

Im AES wird anhand der vorliegenden Informationen eine Dreigliederung der Weiterbildungsaktivitäten nach den Sektoren betriebliche, individuelle berufsbezogene und nicht berufsbezogene Weiterbildung vorgenommen, die erstmals mit den Daten von 2007 dargestellt wurde (v. Rosenblatt/Bilger 2008, S. 75) und mit den Daten von 2010 mit einer leicht modifizierten Definition fortgeführt wurde (v. Rosenblatt/Bilger 2011a, S. 35 ff.) **E**. Im AES 2012 erfolgte erneut eine Veränderung der Definition dergestalt, dass die Informationsbasis für die Zuordnung von Lernaktivitäten zu einer der 3 Kategorien erweitert wurde **E**.

E Betriebliche – individuelle berufsbezogene – nicht berufsbezogene Weiterbildung

Als betriebliche Weiterbildung gelten im deutschen AES Lernaktivitäten, die ganz oder überwiegend in der bezahlten Arbeitszeit bzw. einer bezahlten Freistellung stattfinden und/oder für die der Arbeitgeber ganz oder anteilig direkte Kosten, wie Kursgebühren oder Kosten für Lehrmaterialien, übernommen hat (z. B. Spanischkurs für Mitarbeiter/-innen, die ins Ausland gehen sollen, während der Arbeitszeit).²²² Als individuelle berufsbezogene Weiterbildung werden solche Lernaktivitäten eingeordnet, die nicht unter die betriebliche Weiterbildung fallen, aber von den Individuen „hauptsächlich aus beruflichen Gründen“ wahrgenommen wurden (z. B. Spanischkurs in der Freizeit ohne relevante Kostenbeteiligung des Arbeitgebers, wenn der/die Teilnehmende damit einen beruflichen Zweck verbindet). Nicht berufsbezogene Weiterbildung sind solche Aktivitäten, die nicht betrieblich im o. g. Sinne sind und nach Auskunft des/der Befragten „mehr aus privaten Gründen“ belegt wurden (z. B. Spanischkurs in der Freizeit, wenn der/die Teilnehmende dies aus privaten Gründen, z. B. Urlaub, lernt).²²³ Der Anteil an Weiterbildungsaktivitäten, die gemäß dieser Definition betrieblich waren, ist im Zeitverlauf gestiegen. Während im AES 2010 59 % aller nonformalen Lernaktivitäten der betrieblichen Weiterbildung, 23 % der individuellen

222 Im AES 2007 ist das Zusatzkriterium für die Abgrenzung der betrieblichen Weiterbildung nicht die betriebliche Finanzierung, sondern die betriebliche Anordnung der Maßnahme (v. Rosenblatt/Bilger 2008, S. 74 f.). Die in diesem Beitrag dargestellten Werte nutzen für 2007 die jahresspezifische Definition, da eine einheitliche Berechnung aufgrund der Unterschiede in der Erhebungstechnik nicht möglich ist.

223 Das Beispiel „Spanischkurs“ wurde bewusst gewählt, um die Wirkung der neuen Definitionskriterien zu verdeutlichen. Wie bei jeder Definition gibt es auch hier Unschärfbereiche (z. B. Bildungsurlaub; von Rosenblatt/Gnähns 2011, S. 125 f.).

berufsbezogenen Weiterbildung und 18 % der nicht berufsbezogenen Weiterbildung zuzuordnen waren, sind es 2012 mit der vergleichbaren Definition 64 % der Aktivitäten, die zur betrieblichen Weiterbildung zählen, sowie jeweils 18 % für individuelle berufsbezogene und nicht berufsbezogene Weiterbildung (Bilger/Kuper 2013b, S. 45).

Erweiterung der Informationsbasis

Infolge einer veränderten Vorgabe im Manual des europäischen AES wurden 2012 die Zuordnungsregeln von Weiterbildungsaktivitäten zu den 3 Sektoren verändert, indem die Informationsbasis für die Zuordnung erweitert wurde. Neben Erwerbstätigen wurden auch Personen in betrieblicher Ausbildung nach der zeitlichen Verortung der Weiterbildungsaktivität gefragt, die Nachfragen zur Kostenübernahme des Arbeitgebers wurden detaillierter, und es wurden auch zukünftige Arbeitgeber einbezogen (Bilger/Kuper 2013b, S. 38 ff.). In der Folge wird nach dieser Definition ein höherer Anteil von Weiterbildungsaktivitäten als betrieblich klassifiziert (2012: 69 %), entsprechend weniger Aktivitäten werden als individuell berufsbezogen gewertet (13 %). Auf die Einordnung nicht berufsbezogener Weiterbildungsaktivitäten wirkt sich diese Erweiterung der Informationsbasis nur unterhalb der Ein-Prozent-Schwelle aus (Bilger/Kuper 2013b, S. 41).

In den folgenden Darstellungen werden alle Werte für die betriebliche und individuelle berufsbezogene Weiterbildung für 2012 in 2 Varianten berichtet: zum einen nach der Definition von 2010, um einen Trendvergleich zu ermöglichen, zum anderen nach der neuen Definition mit erweiterter Informationsbasis von 2012 (2012-erw.). Berufsbezogene Weiterbildung insgesamt wird hier definiert als Teilnahme einer Person an mindestens einer Weiterbildungsaktivität in einem der beiden Sektoren. Diese Wahl des Begriffs berufsbezogen soll auch deutlich machen, dass hier nunmehr ein anderer Ausschnitt des Lernens Erwachsener dargestellt wird als bei der beruflichen Weiterbildung nach BSW. Diese Gesamtquote berufsbezogener Weiterbildung ist von der Änderung der Informationsbasis nur marginal betroffen.

Teilnahme an berufsbezogener Weiterbildung

Die Teilnahmequote **E** ist der zentrale Indikator für die Beteiligung der erwerbsfähigen Bevölkerung an

berufsbezogener Weiterbildung. Die Teilnahmequoten werden für die 25- bis 64-jährige Bevölkerung als Annäherung an die erwerbsfähige Bevölkerung im Erwachsenenalter ausgewiesen. Auch in der europäischen Berichterstattung und der internationalen Berichterstattung der OECD wird auf diese Altersgruppe Bezug genommen, um so näherungsweise die Weiterbildungsaktivitäten und nicht die Erstausbildung zu erfassen.

E Teilnahmequote an berufsbezogener Weiterbildung

Die Teilnahmequote gibt den Anteil der Teilnehmer/-innen an allen befragten Personen wieder, die in den zurückliegenden 12 Monaten mindestens an einer Maßnahme teilgenommen haben, die der berufsbezogenen Weiterbildung zuzurechnen ist: Dies sind nonformale Bildungsmaßnahmen der betrieblichen oder individuellen berufsbezogenen Bildung. Diese werden für 2012 in 2 Definitionsvarianten dargestellt: im Trendvergleich definiert wie 2010 und auf Basis der erweiterten Informationsbasis, die ab 2012 gilt (in → **Tabelle B1.1-1** bezeichnet mit „2012-erw.“).

Im Jahr 2007 nahmen insgesamt fast zwei Fünftel der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung mindestens an einer berufsbezogenen Weiterbildungsmaßnahme teil (39 %) → **Tabelle B1.1-1**. Im AES 2010 fiel die Teilnahmequote an berufsbezogener Weiterbildung auf 36 %. Eine Erklärung für diesen Rückgang ist die Wirtschaftskrise im Jahr 2009, auf das sich die Beteiligungsinformationen des AES 2010 hauptsächlich beziehen (v. Rosenblatt/Bilger 2011a, S. 27 f.). Für diese Begründung spricht, dass sich der Rückgang in der betrieblichen Weiterbildung stärker auswirkt als in der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung. Im AES 2012 stieg die Beteiligung auf über zwei Fünftel (42 %) an.²²⁴

Dieser Anstieg ist vor allem auf eine Erhöhung der Beteiligung an betrieblicher Weiterbildung zurückzuführen: Im Trendvergleich stieg die Teilnahmequote von 2010 auf 2012 um 7 Prozentpunkte auf 35 %, nach der neuen Berechnungsweise (erweiterte Infor-

²²⁴ Dieses Muster des Gesamttrends wird bei der Differenzierung nach Einzelmerkmalen nicht mehr kommentiert, es sei denn, das beobachtete Muster weicht von diesem Gesamttrend ab.

Tabelle B1.1-1: Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung nach verschiedenen Differenzierungsmerkmalen 2007 bis 2012 (in %)

	Berufsbezogene Weiterbildung insgesamt				Betriebliche Weiterbildung				Individuelle berufsbezogene Weiterbildung			
	Trendvergleich				Trendvergleich				Trendvergleich			
	2007	2010	2012	2012- erw. ¹	2007	2010	2012	2012- erw. ¹	2007	2010	2012	2012- erw. ¹
Region												
Deutschland	39	36	42	42	30	28	35	37	13	12	11	8
Alte Länder	38	36	41	41	30	28	35	36	13	12	10	8
Neue Länder	42	36	47	47	32	27	39	40	14	12	12	10
Geschlecht												
Männer	43	38	46	47	35	30	40	41	13	11	9	8
Frauen	34	33	38	38	26	25	30	32	13	13	12	9
Erwerbsstatus												
Erwerbstätige Vollzeit	51	46	54	54	43	39	48	49	15	12	10	8
Erwerbstätige Teilzeit	40	40	46	46	31	30	37	40	14	14	14	10
Arbeitslose	22	21	22	22	8	4	6 ³	6 ³	15	18	17	16 ²
Personen in schulischer/beruflicher Bildung; Studierende	47	25	35 ²	35 ²			15 ³	16 ³	36	17	22 ³	20 ³
Sonstige Nichterwerbstätige	7	7	10	10	4	3	5 ²	6 ²	4	5	5 ²	4 ²
Alter												
25 bis 34 Jahre	42	34	45	45	32	24	37	38	14	14	12	10
35 bis 49 Jahre	44	41	47	47	35	33	39	41	14	13	12	9
50 bis 64 Jahre	29	30	36	36	23	23	30	31	10	10	9	7
Migrationshintergrund												
Deutsche ohne Migrationshintergrund	41	38	46	46	32	30	38	40	14	12	11	9
Deutsche mit Migrationshintergrund	28	25	28	28	23	18	21 ²	22	8	10	9	8 ³
Ausländer	24	22	24 ²	24 ²	17	13	18 ²	19 ²	9	11	6 ³	6 ³
Schulabschluss												
Niedrig	24	21	27	27	19	15	22	23	7	7	6	5
Mittel	44	39	45	45	35	30	38	40	13	12	10	8
Hoch	55	49	57	57	42	39	47	49	23	17	17	14
Berufsabschluss												
Keine Berufsausbildung	19	18	25	25	13	10	18	19	7	10	7	7 ²
Lehre/Berufsfachschule	38	33	37	37	31	26	32	33	11	9	8	7
Meister/Andere Fachschule	53	48	58	58	43	41	51	53	17	13	12	9 ²
(Fach-)Hochschulabschluss	57	56	61	61	44	43	50	52	24	22	19	15
absolut maximal (ungewichtet)	6.509	6.103	6.213	6.213	6.509	6.103	6.213	6.213	6.509	6.103	6.213	6.213

¹ 2012-erw. = erweitertet Informationsbasis.

² Fallzahl (ungewichtet) 40–79 Fälle.

³ Fallzahl (ungewichtet) 20–39 Fälle.

Quelle: Adult Education Survey (AES) 2007, 2010, 2012; Berechnungen des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung

mationsbasis) sogar auf 37 %. Die Teilnahmequote an der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung ist dagegen im Trendverlauf gesunken; nach der neuen Berechnung (erweiterte Informationsbasis) liegt sie bei 8 %. Das Niveau der Beteiligung ist in der betrieblichen Weiterbildung deutlich höher als in der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung: Der

Zugang zu berufsbezogener Weiterbildung erfolgt also in vielen Fällen über den Betrieb. Damit dient ein großer Teil der berufsbezogenen Weiterbildung der Weiterqualifizierung bzw. Kompetenzerweiterung zur Deckung eines Bedarfs im aktuellen Arbeitszusammenhang und wird deshalb vom Betrieb gefördert. Dies impliziert jedoch auch, dass Erwerbs-

tätige von vornherein deutlich größere Chancen haben, sich beruflich weiterzubilden, als Personen, die aktuell nicht erwerbstätig sind.

Die Zahlen zeigen, dass Betriebe einen zunehmenden Beitrag zur Weiterbildung von Individuen leisten und dass dieser Beitrag in der Vergangenheit unterschätzt wurde. Allerdings leisten auch die Individuen in nicht unerheblichem Umfang Eigenbeiträge als Kofinanzierung in Form von Geld oder Freizeit: Im AES 2012 waren 17 % aller Weiterbildungsaktivitäten zwischen (zukünftigem) Arbeitgeber und Individuum in diesem Sinne kofinanziert (Behringer/Bilger/Schönfeld 2013, S. 144).

Der Vergleich zwischen alten und neuen Ländern zeigt sowohl für betriebliche als auch für individuelle berufsbezogene Weiterbildung 2007 und 2012 eine höhere Beteiligung in den neuen Ländern → **Tabelle B1.1-1**. Lediglich im Jahr 2010 lag die Beteiligung unter der der alten Länder bzw. gleichauf, was auf die spezifische wirtschaftliche Lage in Ostdeutschland und der dortigen Betriebe zurückgeführt wurde (vgl. v. Rosenblatt/Bilger 2011a, S. 30). Die Ost-West-Differenz ist 2012 ausgeprägt zugunsten der neuen Länder und bleibt für die betriebliche Weiterbildung in der multivariaten Analyse unter Kontrolle von soziodemografischen Merkmalen, Unternehmensgröße und Branche bestehen (vgl. Kuper/Unger/Hartmann 2013, S. 102).

Die Teilnahmequote im Sektor der nicht berufsbezogenen Weiterbildung lag 2012 deutschlandweit in der hier betrachteten Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen bei 11 % (2007: 9 %, 2010: 10 %) und ist damit kontinuierlich leicht angestiegen. Ein Vergleich der Teilnahmequote in der allgemeinen Weiterbildung in weiter zurückliegenden Jahren ist aufgrund der unterschiedlichen Messkonzepte nicht möglich (für die Darstellung der Kategorien beruflicher Weiterbildung und allgemeiner Weiterbildung im BSW vgl. v. Rosenblatt/Bilger 2008, S. 36 und S. 39).

Unterschiede in der Beteiligung an berufsbezogener Weiterbildung nach Geschlecht

Frauen beteiligen sich weniger an berufsbezogener Weiterbildung als Männer → **Tabelle B1.1-1**. Im Jahr

2012 sind zwar die Teilnahmequoten gegenüber 2010 gemäß dem Gesamttrend wieder angestiegen, der Unterschied zwischen Männern und Frauen ist jedoch auch gewachsen – er beträgt im Trendvergleich 8 Prozentpunkte und bei Betrachtung der erweiterten Informationsbasis 9 Prozentpunkte. Die Differenzierung zwischen betrieblicher und individueller berufsbezogener Weiterbildung zeigt, dass Männer deutlich höhere Teilnahmequoten in der betrieblichen Weiterbildung aufweisen als Frauen, wobei der Abstand im Zeitverlauf gewachsen ist. Frauen nehmen hingegen mehr an individueller berufsbezogener Weiterbildung teil. Die Beteiligung hat im Zeitverlauf bei den Frauen stagniert, bei den Männern abgenommen; die erweiterte Informationsbasis zeigt methodenbedingt noch geringere Werte. Diese geschlechtsspezifischen Muster hängen eng mit Erwerbstätigkeitsmustern von Männern und Frauen zusammen (siehe nächsten Abschnitt).

Unterschiede in der Beteiligung an berufsbezogener Weiterbildung nach Erwerbsstatus

→ **Tabelle B1.1-1** zeigt die Unterschiede in der Beteiligung an berufsbezogener Weiterbildung nach Erwerbsstatus. Die höchste Beteiligungsquote in der betrieblichen Weiterbildung weisen aktuell Vollzeit-erwerbstätige auf, von denen 2012 mehr als die Hälfte (54 %) in den 12 Monaten vor der Befragung wenigstens an einer Maßnahme der berufsbezogenen Weiterbildung teilgenommen hatten. In Teilzeit Erwerbstätige haben sich 2012 zu 46 % an berufsbezogener Weiterbildung beteiligt. Arbeitslose waren zu 22 %, Personen in Ausbildung mit 35 % an berufsbezogener Weiterbildung beteiligt, sonstige Nichterwerbstätige (Hausfrauen/-männer, Rentner/-innen, Wehr-/Zivildienstleistende, Personen in Elternzeit und Sonstige) zu jeweils 10 %. Die Teilnahmequoten liegen für alle Erwerbsstatusgruppen mit Ausnahme der Arbeitslosen auf einem deutlich höheren Niveau als 2010. Dies ist plausibel, da die Arbeitslosen kaum von betrieblicher Weiterbildung profitieren²²⁵, der Haupt-

²²⁵ Dass Arbeitslose und sonstige Nichterwerbstätige auch vereinzelt an betrieblicher Weiterbildung teilgenommen haben, ist überwiegend der Tatsache geschuldet, dass hier der aktuelle Erwerbsstatus berichtet wird, die Weiterbildungsaktivitäten aber bis zu 12 Monate vorher und damit ggf. in Erwerbstätigkeit stattgefunden haben können.

anstieg der Beteiligung aber dort zu verzeichnen ist. Die Beteiligung in der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung verharrte hingegen auf ähnlichem Niveau, bei den Vollzeitwerbstätigen liegt die Beteiligung unter dem Niveau der Vorjahre. Man kann vermuten, dass eine Vollzeitwerbstätigkeit einer Beteiligung an individueller berufsbezogener Weiterbildung Grenzen setzt, und dass bei Vorliegen eines betrieblichen Angebotes individuelles Engagement subjektiv weniger notwendig erscheinen könnte.

Die unterschiedlichen Teilnahmequoten von Männern und Frauen hängen eng mit der unterschiedlichen Einbindung ins Erwerbsleben zusammen. Vergleicht man die Weiterbildungsteilnahme nur von vollzeiterwerbstätigen Frauen und Männern, so liegt die Teilnahmequote von Frauen an betrieblicher Weiterbildung nach neuer Berechnung (erweiterte Informationsbasis) mit 48 % nur knapp unter der Beteiligung der Männer (49 %). Die insgesamt geringere Teilnahmequote der Frauen an berufsbezogener Weiterbildung ist also vermittelt über den Unterschied in der Erwerbsbeteiligung. In multivariaten Analysen verschwindet der Geschlechtseffekt, wenn der Erwerbsstatus kontrolliert wird (vgl. Kuper/Unger/Hartmann 2013a, S. 98).

Unterschiede in der Beteiligung an berufsbezogener Weiterbildung nach Altersgruppen

Wie auch mit Daten des BSW für die berufliche Weiterbildung gezeigt wurde, sind die 35- bis 49-Jährigen die weiterbildungsaktivste Altersgruppe; dies gilt auch für die hier dargestellte berufsbezogene Weiterbildung, in der sich knapp die Hälfte (47 %) an berufsbezogener Weiterbildung beteiligen → **Tabelle B1.1-1**. Im Jahr 2012 war die Beteiligung der 25- bis 34-Jährigen jedoch anders als in den Vorjahren mit 45 % nur unwesentlich geringer als die der nächstälteren Gruppe. In der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung liegt die Beteiligung der Altersgruppen weniger stark auseinander als in der betrieblichen Weiterbildung, die Beteiligung hat über die Jahre stagniert mit sinkender Tendenz.

Die jüngste Altersgruppe, die im AES erfasst wird, sind die 18- bis 24-Jährigen. Ihre Beteiligung an

berufsbezogener Weiterbildung insgesamt liegt 2012 (nach beiden Berechnungsweisen ermittelt) bei 33 %. Die Beteiligung an betrieblicher Weiterbildung liegt im Trendvergleich bei 17 %, bei erweiterter Informationsbasis bei 23 %. An individueller berufsbezogener Weiterbildung beteiligte sich diese Altersgruppe zu 19 % (Trendvergleich) bzw. 12 % (erweiterte Informationsbasis). Bei dieser jüngsten Altersgruppe liegt im Gegensatz zu den anderen Gruppen das Teilnahmeniveau an betrieblicher Weiterbildung 2012 noch unter dem Niveau von 2007, während es bei der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung darüber liegt (vgl. Leven u. a. 2013, S. 84).

Unterschiede in der Beteiligung an berufsbezogener Weiterbildung nach Migrationshintergrund

Migrantinnen und Migranten gehören zu den Problemgruppen des Arbeitsmarktes, da sie häufig gering qualifiziert sind oder nur über in Deutschland nicht anerkannte Qualifikationen verfügen. Eine Beteiligung an berufsbezogener Weiterbildung könnte diese Defizite ausgleichen helfen. Die in → **Tabelle B1.1-1** dargestellten Teilnahmequoten nach Migrationshintergrund müssen vorsichtig interpretiert werden, da sie die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund tendenziell überschätzen. Da die Befragung des AES in deutscher Sprache durchgeführt wird, haben nur Personen mit ausreichend deutschen Sprachkenntnissen, also eine positiv selektierte Gruppe, an der Befragung teilgenommen; zudem stellen mangelnde Sprachkenntnisse der (in der Regel deutschen) Unterrichtssprache per se ein Hindernis für die Beteiligung an Weiterbildung dar (vgl. Leven u. a. 2013, S. 92) **E**.

E Definition des Migrationshintergrundes

Die Einteilung der Befragten nach Migrationshintergrund erfolgt im AES 2010 und 2012 anhand der Kriterien Staatsangehörigkeit und Muttersprache. Folgende Kategorien werden unterschieden:

- Deutsche ohne Migrationshintergrund: Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die in ihrer Kindheit zuerst die deutsche Sprache erlernten,

- Deutsche mit Migrationshintergrund: Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die in ihrer Kindheit zuerst eine andere als die deutsche Sprache erlernten,
- Ausländer: Personen mit einer anderen als der deutschen Staatsangehörigkeit (vgl. Leven u. a. 2013, S. 90).²²⁶

Die Befunde machen deutlich, dass ein Anstieg der Teilnahmequote über die Zeit in der berufsbezogenen Weiterbildung insgesamt nur bei Deutschen ohne Migrationshintergrund zu beobachten ist → **Tabelle B1.1-1**. Sowohl Deutsche mit Migrationshintergrund als auch Ausländerinnen und Ausländer beteiligten sich 2012 nur auf dem Niveau von 2007 an berufsbezogener Weiterbildung, wobei die Beteiligung der Deutschen mit Migrationshintergrund mit 28 % über der der Ausländerinnen und Ausländer liegt (24 %). Die Differenzierung nach Weiterbildungssegmenten zeigt leichte Verschiebungen zwischen den Segmenten, die allerdings wegen der geringen Fallzahlen mit Vorsicht zu interpretieren sind.

Unterschiede in der Beteiligung an berufsbezogener Weiterbildung nach Schulabschluss

Neben der Erwerbssituation ist der Schulabschluss **E** einer Person einer der wichtigsten Einflussfaktoren auf die Teilnahme an Weiterbildung, der auch bei Kontrolle anderer Merkmale in multivariaten Analysen seinen Einfluss behält (siehe Kuper/Unger/Hartmann 2013a, S. 97): Je höher der Schulabschluss einer Person, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich an Weiterbildung beteiligt. Dieses Bild zeigt sich auch für die berufsbezogene Weiterbildung mit den aktuellen Daten des AES → **Tabelle B1.1-1**.

E Kategorisierung der Schulabschlüsse

Folgende Einstufung der Befragten nach Schulabschlüssen wurde vorgenommen:

- Niedriger Schulabschluss: Hauptschulabschluss und darunter
- Mittlerer Schulabschluss: mittlere Reife, POS 10. Klasse u. Ä.
- Hoher Schulabschluss: Abitur, Fachhochschulreife, EOS 12. Klasse u. Ä.

Personen, die noch Schüler/-in waren oder keine Angabe gemacht haben, wurden aus der Analyse ausgeschlossen.

Grundsätzlich zeigt die Betrachtung der Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung jeweils einen deutlichen Abstand zwischen den niedrigsten Teilnahmequoten der Personen mit niedriger Schulbildung zu solchen mit mittlerer Schulbildung und von dort wieder zu Personen mit Abitur, Fachhochschulreife oder einem gleichwertigen Abschluss. Dieser findet sich auch bei Betrachtung der Einzelsegmente betriebliche und individuelle berufsbezogene Weiterbildung. Im Zeitverlauf konnten jedoch Personen mit niedriger Schulbildung insgesamt und in allen Teilbereichen eine ähnliche Erhöhung der Teilnahmequote verzeichnen wie die höher qualifizierten Gruppen. In der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung hat ihre Teilnahme im Gegensatz zu Rückgängigen bei den höheren Schulabschlussgruppen stagniert.

Unterschiede in der Beteiligung an berufsbezogener Weiterbildung nach beruflichem Abschluss

Ähnlich wie beim Schulabschluss unterscheiden sich die Teilnahmequoten auch nach dem höchsten beruflichen Abschluss. Hier schlägt sich der Umstand nieder, dass in Deutschland generell ein enger Zusammenhang zwischen allgemeinen und beruflichen Bildungsabschlüssen besteht. → **Tabelle B1.1-1** belegt, wie mit zunehmender Qualifikation die Teilnahmequote steigt.

2012 ist in der betrieblichen Weiterbildung erstmals kein Unterschied im Teilnahmeniveau zwischen Personen mit Meister- oder anderem Fachschulabschluss und Personen mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss zu beobachten. In der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung zeigt sich ein deutlicher Abstand, während die Beteiligungsquoten

²²⁶ In der publizierten Auswertung des AES 2007 wurde eine andere Einteilung nach Staatsangehörigkeit und Herkunftsland vorgenommen (vgl. TNS Infratest Sozialforschung 2007); die hier dargestellten Auswertungen benutzen für alle Erhebungsjahre einheitlich die AES-Definition von 2010 und 2012.

der Personen ohne Berufsausbildung und mit einem beruflichen Abschluss wie 2010 nah beieinander liegen. Wie beim Schulabschluss hat die Benachteiligung der geringer qualifizierten Gruppen 2012 nicht zugenommen.

Zusammenfassend lässt sich für die Teilnahme an nonformaler berufsbezogener Weiterbildung festhalten, dass die Teilnahmequoten insgesamt und bezogen auf die meisten der betrachteten Teilgruppen zwischen 2007 und 2010 leicht zurückgegangen und 2012 über das Niveau von 2007 hinaus angestiegen sind. Das Gesamtbild wird maßgeblich durch einen Anstieg der betrieblichen Weiterbildung geprägt; die Beteiligung an individueller berufsbezogener Weiterbildung stagnierte. Die festgestellten gruppenspezifischen Unterschiede entsprechen den bekannten Mustern sozialer Ungleichheit in der Weiterbildungsbeteiligung.

Informelle berufsbezogene Weiterbildung

Schon seit einigen Jahren steht das informelle Lernen auf der bildungspolitischen Agenda. Informelles Lernen gilt als passende Antwort auf den „... schnellen Wandel von Arbeitsanforderungen in wissensbasierten Tätigkeiten, der allein mit berufsorientierten Erstausbildungskonzepten oder formalen Bildungsinterventionen nicht zu bewältigen ist“ (Severing 2010, S. 149). Auch angesichts der selektiven Beteiligungsmuster an formalisierten Lernformen wurde bereits 2001 „... die Anerkennung und Förderung des informellen Lernens als ein zentraler Ansatz zur Einbeziehung der bisher Bildungsbenachteiligten in ein nachhaltiges lebenslanges Lernen aller“ (Dohmen 2001) gesehen. Besonderes Interesse finden in den letzten Jahren Verfahren zur Anerkennung informell erworbener Kompetenzen (vgl. Kuwan/Seidel 2013, S. 264). In diesem Kontext sind auch die Beteiligungsquoten an verschiedenen Formen informellen Lernens und deren Messung für Forschung und Bildungspolitik interessant.

In der Definition des AES gelten als informelles Lernen „... Lernaktivitäten ohne institutionalisierte Lehrer-Lerner-Beziehungen, die als bewusstes und zielgerichtetes (intentionales) Lernen erfolgen, aber weder als formales noch als nonformales Lernen klassifiziert werden können“ (Kuwan/Seidel 2013,

S. 264). Beispiele sind das Lernen von Familienmitgliedern, Freunden oder Kollegen, das Lesen von Büchern/Fachzeitschriften, gezielte Nutzung von PC oder Internet sowie Wissenssendungen im Fernsehen, Radio oder auf Video/DVD o. Ä. (Kuwan/Seidel 2013, S. 266).

In den letzten Jahren gab es unterschiedliche Konzepte zur Erfassung des informellen Lernens im AES 2007, AES 2010 und AES 2012. Unterschiede der Erhebungsinstrumente bestanden u. a. im Ausmaß der Unterstützung der Erinnerung (z. B. durch Nennung der o. g. Beispiele) und in der Möglichkeit der Differenzierung des informellen Lernens nach berufsbezogen und nicht berufsbezogen. Daher sind über die letzten Jahre keine Trendaussagen möglich (Kuwan/Seidel 2013, S. 266 ff.).

2012 wurde eine gestützte Fragetechnik verwendet, in der die o. g. Lernwege explizit genannt wurden, sowie eine Differenzierung nach beruflichen und privaten Gründen und nach zeitlicher Verortung der Lernaktivität in der Arbeitszeit oder Freizeit eingeführt. Die Teilnahmequote der 25- bis 64-Jährigen am informellen Lernen insgesamt liegt bei 47 %. Betrachtet man nur die Teilnahmequote an informellen Lernaktivitäten, die „mehr aus beruflichen Gründen“ durchgeführt wurden, so ergibt sich für diese Altersgruppe eine Teilnahmequote von 24 % (Berechnungen basieren auf Informationen zu maximal 2 informellen Lernaktivitäten pro Person). Dabei ist zu berücksichtigen, dass Schulungen am Arbeitsplatz zur nonformalen Bildung gezählt werden, sodass das Ausmaß der informellen Lernaktivitäten am Arbeitsplatz mit dieser Zahl eher unterschätzt wird (Kuwan/Seidel 2013, S. 265). Von den informellen Lernaktivitäten, die die betrachtete Altersgruppe mehr aus beruflichen Gründen durchgeführt hat, fanden 24 % in der Arbeitszeit, 25 % in etwa zu gleichen Teilen in Arbeits- und Freizeit sowie 50 % in der Freizeit statt (Rundungsdifferenzen).

Für ein vollständiges Bild der berufsbezogenen Bildungsaktivitäten Erwachsener muss das informelle Lernen in Zukunft einbezogen werden; eine angemessene Datengrundlage dazu, die einen Trendvergleich ermöglicht, wäre wünschenswert.

(Elisabeth Reichart, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

B1.2 Betriebliche Weiterbildung

Mit dem demografischen und wirtschaftsstrukturellen Wandel wächst der Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften. Die Weiterbildung erfährt damit einen enormen Bedeutungszuwachs. Qualifizierungsprozesse und insbesondere die betriebliche Weiterbildung sind sowohl für die Arbeitskräfte als auch für die Betriebe von hoher Bedeutung, da von ihr der Erhalt und Ausbau der Beschäftigungsfähigkeit abhängt. Die Beurteilung betrieblicher Weiterbildungsaktivitäten erfolgt seit vielen Jahren anhand der Daten des IAB-Betriebspanels (**Kapitel B1.2.1**) und der CVTS-Studien (Continuing Vocational Training Survey) (**Kapitel B1.2.2**).

B1.2.1 Betriebliche Weiterbildungsbeteiligung und Weiterbildungsquote

Das IAB-Betriebspanel²²⁷ stellt seit 1995 Informationen zur betrieblichen Weiterbildung für das gesamte Bundesgebiet bereit. Anhand der Daten kann die Beteiligung der Betriebe an Weiterbildungsmaßnahmen und der Anteil der in Weiterbildung einbezogenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ausgewiesen werden. Bis zum Jahr 2007 wurden die Weiterbildungsdaten in zweijährigem Rhythmus erhoben. Seitdem werden die Basisinformationen (außer Weiterbildungsquote nach Qualifikationsniveau) jährlich erfragt. Weitere Informationen zur Weiterbildung (z. B. nach Wirtschaftszweigen) und methodische Erläuterungen sind der diesem Kapitel zugrunde liegenden Expertise des IAB zu entnehmen (**vgl. Kapitel A4.10.2**)²²⁸.

Ein Betrieb gilt im IAB-Betriebspanel als Weiterbildungsbetrieb, wenn er formelle oder informelle Weiterbildungsmaßnahmen fördert, indem er seine Beschäftigten dafür von der Arbeitszeit freistellt oder die Kosten für die Maßnahmen teilweise oder ganz übernimmt. Anhand der Weiterbildungsbeteiligung und der Weiterbildungsquote **E** liefern die Daten einen Überblick über die Weiterbildungsaktivitäten deutscher Betriebe.

E Weiterbildungsbeteiligung

Der Indikator Weiterbildungsbeteiligung bezieht die Anzahl der Betriebe, die gemäß einer Frage des IAB-Betriebspanels im 1. Halbjahr eines Jahres weiterbildungsaktiv waren, auf die Anzahl aller Betriebe in Deutschland.

Weiterbildungsquote

Der Indikator Weiterbildungsquote wird als Quotient der Summe aller an Weiterbildungsmaßnahmen partizipierenden Mitarbeiter/-innen im 1. Halbjahr (Zähler) und der Summe aller Mitarbeiter/-innen zum Stichtag der Befragung (Nenner) ermittelt.

Weiterbildungsbeteiligung

Gut jeder zweite Betrieb (53 %) fördert 2012 Weiterbildungsaktivitäten. Damit bestätigt sich das hohe Beteiligungsniveau von 2011 – hier kam es gegenüber 2010 zu einem Anstieg um 9 Prozentpunkte. Erklärungsansätze für diese Entwicklung sind der demografische Wandel und der durch den Übergang geburtenstarker Jahrgänge in rentennahe Altersgruppen gestiegene Bedarf an Fachkräften sowie Ausgleichsprozesse für die nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 zurückhaltenden Weiterbildungsaktivitäten. Dabei ist der Anteil weiterbildungsaktiver Betriebe unabhängig von der Beschäftigtenzahl auf dem Vorjahresniveau und damit höher als in den vorangegangenen Jahren → **Tabelle B1.2.1-1**.

Mit der Zahl der Beschäftigten steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ein Betrieb weiterbildungsaktiv ist. Bedenkt man, dass kleine Betriebe einen geringeren Bedarf an Fachkräften, dafür aber größere Schwierigkeiten bzgl. des personellen und finanziellen Aufwandes, der für die Durchführung von Bildungsmaßnahmen notwendig ist, als große Betriebe haben, ist der Anteil weiterbildungsaktiver Betriebe nicht als gering zu schätzen. Während sich 44 % der Kleinstbetriebe in der Weiterbildung ihrer Mitarbeiter/-innen engagieren, trifft dies auf 70 % der Kleinbetriebe, 90 % der Mittelbetriebe und nahezu alle Großbetriebe zu. Unter Berücksichtigung der Regionen wird ersichtlich, dass kaum regionale

227 Für nähere Informationen vgl. Fischer u. a. 2008.

228 Die Expertise ist unter www.bibb.de/datenreport einsehbar.

Tabelle B1.2.1-1: Weiterbildungsbeteiligung nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)

	2001	2003	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Alte Länder									
1–9 Beschäftigte	27	33	33	36	39	36	34	43	44
10–49 Beschäftigte	56	58	62	62	68	62	62	69	70
50–499 Beschäftigte	80	84	84	86	87	82	84	92	90
500+ Beschäftigte	97	98	97	95	98	97	98	98	98
Gesamt	36	41	42	45	49	44	44	52	53
Neue Länder									
1–9 Beschäftigte	29	37	38	41	44	39	38	48	45
10–49 Beschäftigte	58	63	62	67	67	61	61	70	68
50–499 Beschäftigte	82	87	85	86	90	82	84	90	91
500+ Beschäftigte	96	94	96	97	97	92	99	100	95
Gesamt	37	44	45	48	51	45	45	55	52
Bundesgebiet									
1–9 Beschäftigte	28	34	34	37	40	36	35	44	44
10–49 Beschäftigte	57	59	62	63	68	62	62	69	70
50–499 Beschäftigte	81	85	84	86	88	82	84	91	90
500+ Beschäftigte	97	97	97	95	98	96	98	98	98
Gesamt	36	42	43	45	49	45	44	53	53

Weiterbildungsbeteiligung: Anteil der Betriebe, die (in-)direkt Weiterbildung finanziert haben, an allen Betrieben.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2001 bis 2012, hochgerechnete Angaben

Differenzen vorhanden sind. Gegenüber dem Vorjahr werden nur geringfügige Veränderungen in den neuen Ländern deutlich: In Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten sinkt der Anteil weiterbildungsaktiver Betriebe um 2 bis 3 Prozentpunkte.

Weiterbildungsquote

Im Jahr 2012 beträgt der Anteil der in Weiterbildung einbezogenen Mitarbeiter/-innen an allen Beschäftigten 32 %. Nahezu jeder dritte Beschäftigte nimmt demnach an betrieblich geförderten Weiterbildungsmaßnahmen teil. Damit erhöht sich der Anteil geringfügig gegenüber dem Vorjahr und kann analog

der Weiterbildungsbeteiligung der Betriebe das hohe Niveau des Vorjahres bestätigen. Gegenüber dem Anfang der hier vorliegenden Betrachtungen verzeichnet die Weiterbildungsquote einen Anstieg um 14 Prozentpunkte → [Tabelle B1.2.1-2](#). Unterscheidet man nach Regionen, zeigt sich, dass in den neuen Ländern ein höherer Anteil der Mitarbeiter/-innen weitergebildet wird; mit etwa 35 % liegt der Anteil etwa 4 Prozentpunkte über der Weiterbildungsquote in den alten Ländern. Gegenüber dem Vorjahr ist in den alten Ländern eine leichte Erhöhung festzustellen. Eine Betrachtung der Weiterbildungsquote nach einfachen und qualifizierten Tätigkeiten ist im aktuellen Jahr leider nicht möglich.

Tabelle B1.2.1-2: Weiterbildungsquote nach Qualifikationen, alte und neue Länder (in %)

	2001	2003	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Alte Länder									
Einfache Tätigkeiten	6	11	8	9	–	12	–	14	–
Qualifizierte Tätigkeiten	21	27	22	27	–	33	–	39	–
Gesamt	18	22	20	21	25	25	25	29	31
Neue Länder									
Einfache Tätigkeiten	8	12	9	13	–	16	–	20	–
Qualifizierte Tätigkeiten	21	31	27	33	–	35	–	43	–
Gesamt	19	26	25	27	30	29	30	35	35
Bundesgebiet									
Einfache Tätigkeiten	6	11	8	10	–	12	–	15	–
Qualifizierte Tätigkeiten	21	28	23	29	–	32	–	40	–
Gesamt	18	23	21	22	26	25	26	31	32

Weiterbildungsquote: Anteil der weitergebildeten Beschäftigten an allen Beschäftigten.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2001 bis 2012, hochgerechnete Angaben

Betrachtet man die Weiterbildungsquote in einzelnen Betriebsgrößenklassen, zeigt sich kein eindeutiger Zusammenhang → **Tabelle B1.2.1-3 Internet**. In Betrieben von 10 bis 499 Beschäftigten nimmt jede/-r dritte Beschäftigte an Weiterbildungsmaßnahmen teil. In Kleinst- und Großbetrieben wird ein geringerer Anteil (etwa 28 %) der Mitarbeiter/-innen weitergebildet. In den alten Ländern zeigt sich ein ähnliches Muster. Betriebe in den neuen Ländern bilden einen um etwa 3 Prozentpunkte erhöhten Anteil ihrer Mitarbeiter/-innen weiter – in ostdeutschen Mittelbetrieben beträgt die regionale Differenz sogar 5 Prozentpunkte. Gegenüber dem Vorjahr haben die Betriebe mit 10 bis 499 Beschäftigten den Anteil der in Weiterbildung einbezogenen Mitarbeiter/-innen leicht erhöht. Dagegen zeigt sich in den neuen Bundesländern ein Rückgang der Weiterbildungsquote in Kleinstbetrieben (um 4 Prozentpunkte) und in Großbetrieben (um 2 Prozentpunkte). Insgesamt kann wiederholt festgestellt werden, dass kleine Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten zwar eine deutlich

geringere Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen aufweisen, hinsichtlich des Anteils einbezogener Mitarbeiter/-innen jedoch auf dem Niveau der Großbetriebe liegen.

(Silke Hartung, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg)

B1.2.2 Betriebliche Weiterbildung im europäischen Vergleich

Die vierte europäische Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung CVTS4

Die betrieblich finanzierte Weiterbildung ist ein wichtiger Teil des lebenslangen Lernens. 2011 wurde die vierte europäische Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung (CVTS4 – Continuing Vocational Training Survey) **E** durchgeführt. Sie stellt für 29 Staaten Daten zu betrieblichen Weiterbildungsaktivitäten für das Jahr 2010 zur Verfügung. Da die wichtigsten Definitionen und Variablen in den verschiedenen Erhebungen weitgehend identisch sind, können Entwicklungen und Veränderungen im Vergleich zu den Jahren 2005 (CVTS3) und 1999 (CVTS2) aufgezeigt werden.²²⁹ In Deutschland wurde die Erhebung vom Statistischen Bundesamt und einigen statistischen Landesämtern durchgeführt (Statistisches Bundesamt 2013; Vollmar 2013). Die europäischen Ergebnisse werden in der Eurostat-Datenbank²³⁰ veröffentlicht. Im Oktober 2013 liegen Ergebnisse für 26 Länder²³¹ vor.

Die zentralen Ergebnisse aus CVTS4 wurden im BIBB-Datenreport 2013, Kapitel B1.2.2, dargestellt. In Deutschland gab es bei 3 der 4 Kernindikatoren eine positive Entwicklung: So boten 2010 73 % der Unternehmen Weiterbildung in der Form von Kursen oder anderen Formen an (+4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2005), die Teilnahmequote der Beschäftigten an Weiterbildungskursen stieg um 9 Prozentpunkte auf 39 %, und der Anteil der betrieblichen Ausgaben für Weiterbildung an den Gesamtarbeitskosten erhöhte sich von 0,6 % auf 0,8 %. Die Stunden in Weiterbildungskursen je 1.000 Arbeitsstunden stagnierten hingegen (6 Stunden in beiden Jahren). Im Vergleich mit den anderen teilnehmenden Ländern nimmt Deutschland wie bereits 2005 einen Platz im Mittelfeld ein.

²²⁹ Da in CVTS1 nicht in allen Ländern alle vorgesehenen Wirtschaftsbereiche in die Befragung einbezogen wurden, ist der Vergleich mit späteren Erhebungen eingeschränkt.

²³⁰ Siehe <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/education/data/database> (Abrufdatum: 24.10.2013). Dort sind die Ergebnisse der drei letzten Erhebungen abrufbar.

²³¹ Es fehlen die Ergebnisse aus Dänemark, Irland und Norwegen.

Nachfolgend wird untersucht, wie die weiterbildenden Unternehmen ihr Angebot an Weiterbildungskursen organisieren. Weitere Auswertungen auf der Grundlage von CVTS4 finden sich auch in **Kapitel C**.

E Die europäischen Erhebungen zur betrieblichen Weiterbildung (CVTS)

Mit den europäischen Erhebungen zur betrieblichen Weiterbildung (CVTS = Continuing Vocational Training Survey) sollen für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und weitere interessierte Staaten (Beitrittskandidaten der Europäischen Union wie Kroatien 2010; Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA wie Norwegen) regelmäßig vergleichbare Daten zur betrieblichen Weiterbildung in Unternehmen bereitgestellt werden. Die Befragung wird in Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten aus den Wirtschaftsbereichen Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Energieversorgung, Wasserversorgung (einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen), Baugewerbe, Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen), Gastgewerbe, Verkehr und Lagerei, Information und Kommunikation, Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen, Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen, Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen durchgeführt.²³²

Unter betrieblicher Weiterbildung wird dabei vorausgeplantes, organisiertes Lernen verstanden, das vollständig oder teilweise von den Unternehmen finanziert wird. Erfasst werden Angaben zur Weiterbildungspolitik der Unternehmen und zu den verschiedenen Formen der Weiterbildung (Lehrveranstaltungen in der Form von Kursen und Seminaren sowie andere Formen der betrieblichen Weiterbildung, wie Einarbeitung und Unterweisung am Arbeitsplatz durch Vorgesetzte, Spezialisten oder Kollegen, Weiterbildung durch Teilnahme an Lern- und Qualitätszirkeln, durch selbstgesteuertes Lernen, durch Jobrotation oder Austauschprogramme und durch den Besuch von Informationsveranstaltungen).

²³² Dies entspricht den Abschnitten B bis N sowie R und S der NACE Rev. 2. In CVTS1 wurden nicht in allen Ländern alle vorgesehenen Wirtschaftsbereiche in die Befragung einbezogen.

Bisher wurden 4 europäische Weiterbildungserhebungen durchgeführt: An CVTS1 (1993) beteiligten sich 12 Länder, an CVTS2 (1999) 25 Länder, an CVTS3 (2005) 28 Länder und an CVTS4 29 Länder. Bei der Interpretation der europäischen Vergleichsdaten sollten stets die Datenqualität, die nationalen Rahmenbedingungen und die historisch gewachsenen Strukturen berücksichtigt werden. Für CVTS3 prüfte das BIBB gemeinsam mit Partnern im Auftrag von Cedefop die Datenqualität und legte inhaltliche Analysen vor (Cedefop 2010). Ein ähnliches Evaluationsprojekt, wiederum finanziert von Cedefop, wird 2013/2014 für CVTS4 durchgeführt. Das BIBB ist hier mit weiteren Partnern beteiligt.

Interne und externe Weiterbildungskurse – betriebliches Angebot

Im EU-28-Durchschnitt²³³ bieten 56 % der Unternehmen ihren Beschäftigten Weiterbildungsmaßnahmen in Form von Weiterbildungskursen an. Dabei sind große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern festzustellen: Schweden weist mit einem Anteil von 76 % den höchsten Wert auf, Rumänien mit 16 % den niedrigsten, Deutschland liegt mit 61 % etwas über dem Durchschnitt. Betriebliche Weiterbildungskurse können unternehmensintern organisiert werden, es kann aber ebenso auf externe Angebote zurückgegriffen werden. In CVTS wird von internen Kursen gesprochen, wenn die Verantwortung für Ziele, Inhalte und Organisation beim Unternehmen selbst liegt. Der Veranstaltungsort kann sich dabei auch außerhalb des Unternehmens befinden (z. B. Seminarhotel oder angemieteter Raum), und die Dozenten/Dozentinnen können Beschäftigte des eigenen Unternehmens oder extern verpflichtet sein. Externe Kurse werden hingegen von externen Trägern (z. B. Kammern, Bildungswerken, Akademien) auf dem freien Markt angeboten. Die Verantwortung für die Konzeption, Organisation und Durchführung liegt hier im Wesentlichen beim externen Anbieter. Der Veranstaltungsort liegt häufig außerhalb des Unternehmens, die Kurse können aber auch in unternehmenseigenen Räumen stattfinden (Eurostat 2012, S. 26).

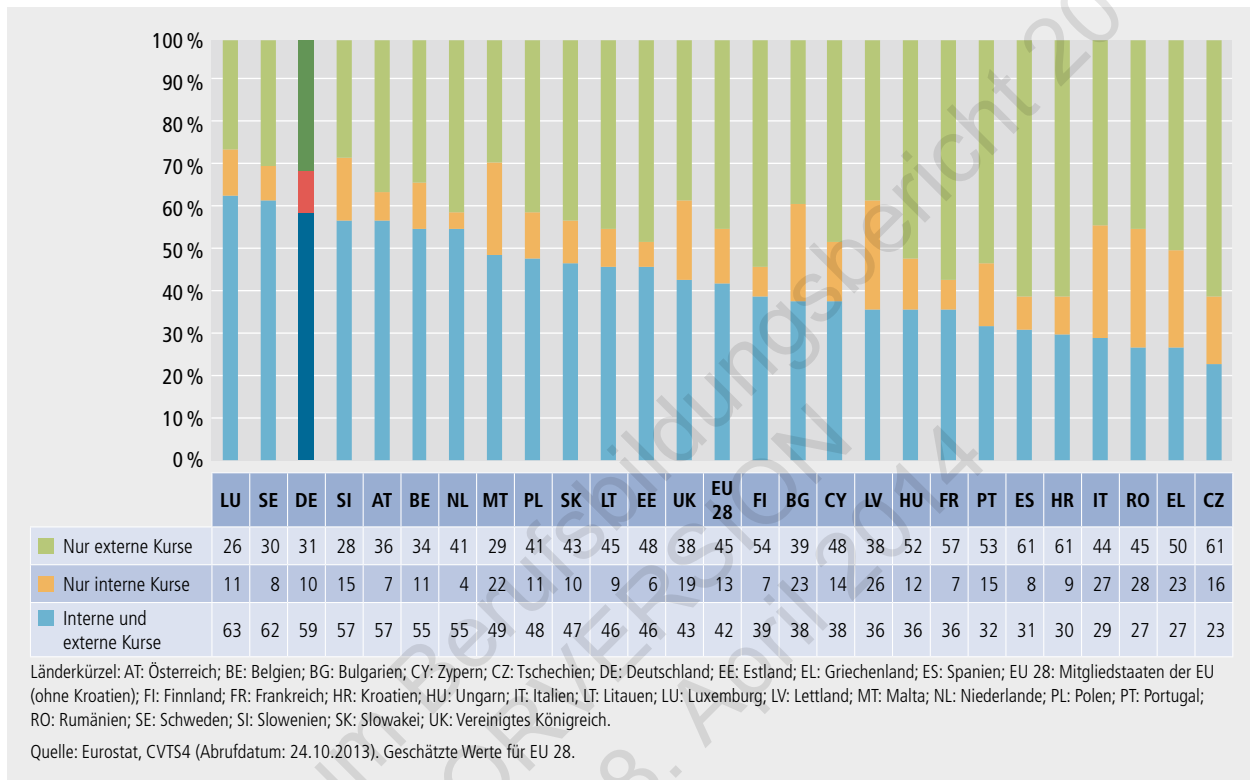
Bei der betrieblichen Entscheidung über die Organisationsform spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. Gerade für kleinere Unternehmen ist es oft kostengünstiger, auf externe Angebote zurückzugreifen, da für eine wirtschaftliche Realisierung eine gewisse Zahl von Teilnehmenden benötigt wird, die möglichst den gleichen Qualifizierungsbedarf haben sollten. Oft fehlt in kleineren Unternehmen auch das entsprechende Wissen und das Personal, um eigene Lehrveranstaltungen organisieren und durchführen zu können. Externe Kurse ermöglichen den Erfahrungsaustausch mit Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen aus anderen Unternehmen, sodass neue Impulse und Erkenntnisse in das Unternehmen gelangen. Ein wichtiger Vorteil der internen Kurse liegt dagegen in ihrer unternehmensspezifischen Ausrichtung.²³⁴ Die Themen, Inhalte und Methoden können auf den Bedarf des Unternehmens zugeschnitten werden und versprechen eine bessere Nutzbarkeit und Übertragbarkeit des Gelernten in den Arbeitsalltag. Da bei internen Kursen meist keine Reise- und Übernachtungskosten anfallen und eine größere Zahl von Beschäftigten des Unternehmens teilnimmt, sind sie für größere Unternehmen oft kostengünstiger als externe Kurse (vgl. Bellmann/Leber 2006; Schönfeld/Behringer 2013).

Nachfolgend wird dargestellt, welche Organisationsformen die Unternehmen in den verschiedenen Ländern nutzen → **Schaubild B1.2.2-1**. Dabei werden nur die Unternehmen mit Kursen betrachtet. In den einzelnen Ländern ist daher ein unterschiedlich großer Anteil der Unternehmen einbezogen: In allen Ländern werden deutlich häufiger externe als interne Kurse angeboten. In 20 Ländern bieten mindestens 80 % der kurs anbietenden Unternehmen externe Kurse an, in 11 Ländern inklusive Deutschlands liegt der Anteil sogar bei 90 % oder mehr. In Malta, Bulgarien, Griechenland, Lettland, Italien und Rumänien ist der Anteil etwas geringer, aber selbst Rumänien erreicht noch einen Wert von 72 %. Der EU-28-Durchschnitt beträgt 87 %.

²³³ Da die Ergebnisse von zwei EU-Mitgliedstaaten noch fehlen, lassen sich EU-28-Durchschnittswerte derzeit noch nicht zuverlässig schätzen.

²³⁴ Allerdings können auch externe Kurse unternehmensspezifisch ausgerichtet werden, insbesondere wenn nur Beschäftigte eines Unternehmens teilnehmen und das Unternehmen bereit ist, für individuelle Absprachen zu bezahlen.

Schaubild B1.2.2-1: Anteil der Unternehmen mit internen Kursen, externen Kursen oder beiden Kursformen 2010 (in % der Unternehmen mit Kursen)



Viele Unternehmen organisieren auch interne Kurse für ihre Beschäftigten. In 19 der 26 Länder bietet mindestens die Hälfte der kurs anbietenden Unternehmen diese an, der EU-28-Durchschnitt liegt bei 55 %. Luxemburg hat mit 74 % den höchsten Wert; Deutschland hat mit 69 % ebenfalls einen relativ hohen Anteil. Die geringsten Anteilswerte werden mit 39 % in Tschechien, Spanien und Kroatien erreicht. Viele Unternehmen nutzen beide Organisationsformen. In 7 Ländern, die mit Ausnahme Sloweniens alle in Nord- und Westeuropa liegen, bietet mehr als die Hälfte der Unternehmen sowohl interne als auch externe Kurse an; in Deutschland sind es 59 %. In 8 Ländern beschränkt sich die Mehrheit der kurs anbietenden Unternehmen auf externe Kurse. Ausschließlich interne Kurse werden selten angeboten. Nur in 6 Ländern werden etwas höhere Anteile erreicht; der höchste Anteilswert liegt bei 28 % in Rumänien.

Im Vergleich zum Jahr 2005 zeigt sich eine interessante Entwicklung. In 19 der 24 Länder, für die für beide Jahre Ergebnisse vorliegen, hat sich bei den kurs anbietenden Unternehmen der Anteil der Unternehmen mit internen Kursen erhöht. Dieser Trend war bereits im Vergleich der Jahre 1999 und 2005 zu erkennen. Für die Hälfte der 20 Länder, für die vergleichbare Ergebnisse für 3 Erhebungszeitpunkte vorliegen, ist jeweils ein Anstieg der Anteile für interne Kurse festzustellen. Umgekehrt haben sich nur in Frankreich und Portugal die Anteile der Unternehmen mit internen Kursen von 1999 über 2005 bis 2010 verringert. In Deutschland war die Entwicklung differenzierter. Gab es zwischen 1999 und 2005 noch einen starken Anstieg um 13 Prozentpunkte (von 59 % auf 72 %), so hat sich der Anteil der kurs anbietenden Unternehmen mit internen Kursen 2010 leicht verringert (-3 Prozentpunkte).

Beim Angebot an externen Kursen fielen die Veränderungen wesentlich schwächer aus. In Deutschland

lagen die Anteilswerte zu den 3 Erhebungszeitpunkten jeweils bei 90 % bzw. 91 % der kurs anbietenden Unternehmen. Auch in den anderen europäischen Ländern sind meist nur relativ geringe Veränderungen zu verzeichnen. In 14 Ländern hat sich der Anteil der kurs anbietenden Unternehmen mit externen Kursen zwischen 2005 und 2010 zwar verringert, aber nur in Lettland, Italien und Slowenien waren Rückgänge von 10 und mehr Prozentpunkten zu verzeichnen.

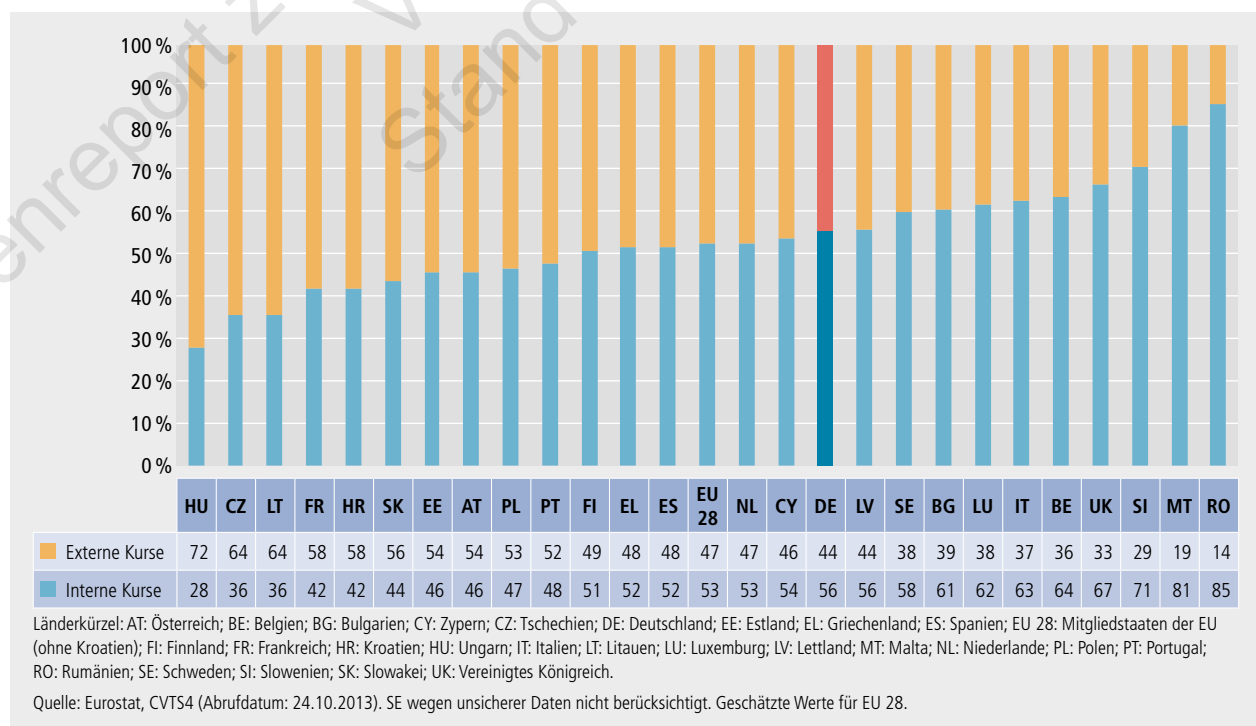
Teilnahmestunden in internen und externen Weiterbildungskursen

Da bereits die Teilnahme eines einzelnen Beschäftigten ausreicht, um als ein Unternehmen mit einem externen bzw. internen Kursangebot klassifiziert zu werden, sagt der Anteil nur wenig darüber aus, welche quantitative Bedeutung die jeweilige Kursform für das Weiterbildungsangebot des Unternehmens hat. Um ein umfassenderes Bild zu gewinnen, wird nachfolgend eine Auswertung nach Stundenanteilen vorgenommen. Betrachtet man den Anteil der Stunden, die auf externe bzw. interne Weiterbildungskurse

entfallen, sind die Unterschiede wesentlich geringer als beim Anteil der Unternehmen, die die jeweiligen Kurse anbieten. Dies hängt u. a. damit zusammen, dass an internen Kursen zumeist eine größere Zahl von Beschäftigten eines Unternehmens teilnimmt, an externen Kursen jedoch häufig nur eine Person und entsprechend auch die Stundenzahl niedriger ausfällt. Im EU-28-Durchschnitt ist der Anteil der internen Kursstunden an allen Kursstunden mit 53 % leicht höher als der der externen Kursstunden → **Schaubild B1.2.2-2**. In 16 Ländern einschließlich Deutschland verzeichnen die internen Kurse einen höheren Anteil. In 8 Ländern ist das Übergewicht mit Anteilen über 60 % besonders ausgeprägt, insbesondere in Malta und Rumänien mit Anteilen von 81 % bzw. 85 %. In 10 Ländern entfällt der größere Teil der Kursstunden auf externe Kurse. Besonders hohe Anteile werden in Ungarn mit 72 % sowie in Tschechien und Litauen mit jeweils 64 % erreicht.

Die Präferenz für interne bzw. externe Kurse, gemessen am Stundenvolumen, hat sich in den meisten Ländern und im EU-28-Durchschnitt zwischen 2005 und 2010 nicht verändert. Zwar stieg in 12 Län-

Schaubild B1.2.2-2: Anteil der externen bzw. internen Kursstunden an den gesamten Kursstunden 2010 (in %)



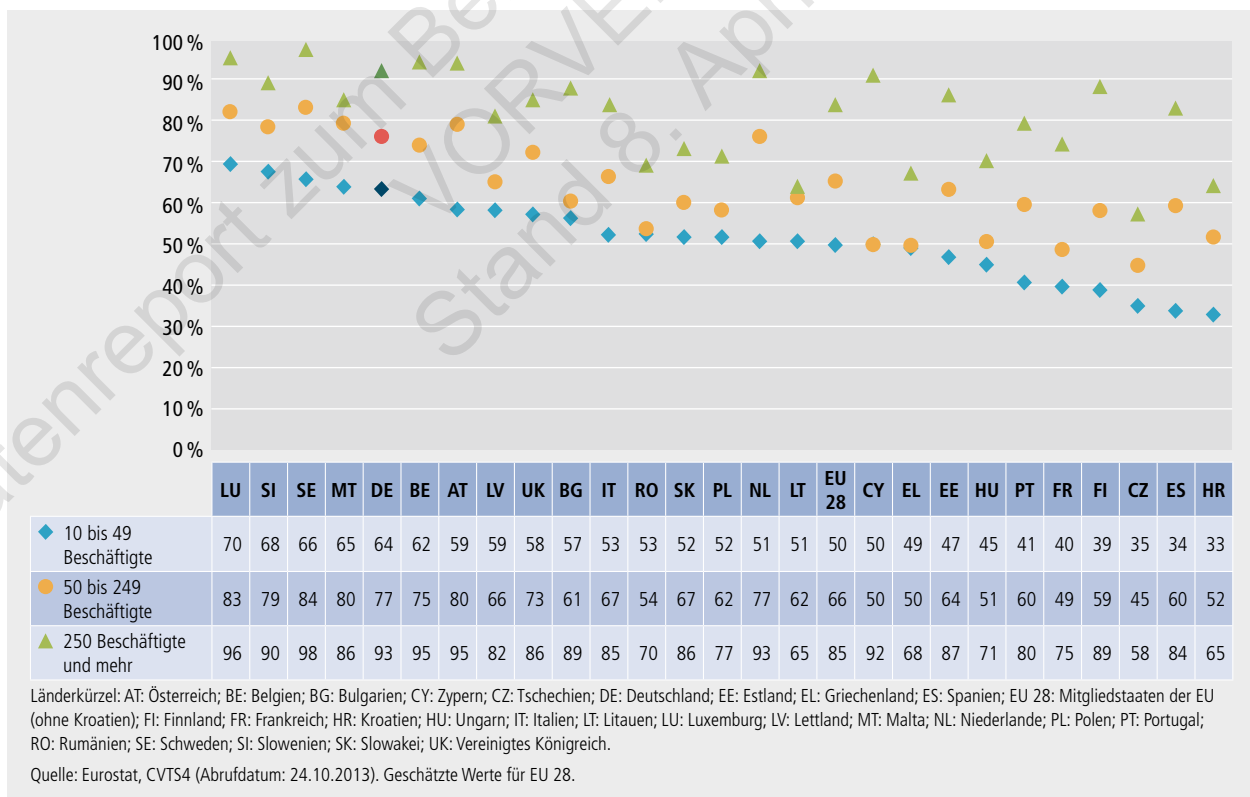
dem der Anteil der internen Kursstunden an allen Kursstunden an und in 8 Ländern der Anteil der externen Kursstunden. Dies führte jedoch in den meisten Ländern nicht dazu, dass die 50 %-Marke überschritten wurde. In Lettland, den Niederlanden, Slowenien und Zypern haben 2010 im Gegensatz zu 2005 interne Kurse einen höheren Anteil an den gesamten Kursstunden, in Tschechien sind nun die externen Kursstunden wichtiger. Nimmt man noch die Ergebnisse von 1999 in die Betrachtung auf, zeigt sich, dass in Belgien, Bulgarien, Deutschland, Italien, Luxemburg und Rumänien zu allen 3 Erhebungszeitpunkten ein höherer Stundenanteil auf die internen Kurse entfiel. Die externen Kurse wiesen hingegen in Estland, Litauen und Ungarn jeweils einen höheren Stundenanteil auf. In Deutschland ist das deutliche Übergewicht an internen Kursstunden, das noch

1999 und 2005 mit einem Anteilswert von jeweils 63 % vorhanden war, geringer geworden. 2010 entfielen 56 % der Kursstunden auf interne Kurse.

Betriebliches Angebot und Teilnahme- stunden nach Unternehmensgrößenklassen

Wie bereits dargestellt sprechen einige Gründe für eine stärkere Nutzung von externen Kursen durch kleinere Unternehmen. Bei einer Auswertung nach Unternehmensgrößenklassen²³⁵ ist daher ein stärkerer Zusammenhang mit dem Angebot an internen Kursen und ein schwächerer bei externen Kursen zu erwarten. In allen Ländern steigt der Anteil der kurs anbietenden Unternehmen mit internen Kursen mit der Unternehmensgröße an → **Schaubild B1.2.2-3**. Dennoch nutzen auch viele kleine Unternehmen

Schaubild B1.2.2-3: Anteil der Unternehmen mit internen Kursen nach Unternehmensgrößenklassen 2010 (in % der Unternehmen mit Kursen)



235 Kleine Unternehmen: 10 bis 49 Beschäftigte; mittlere Unternehmen: 50 bis 249 Beschäftigte; große Unternehmen: 250 und mehr Beschäftigte.

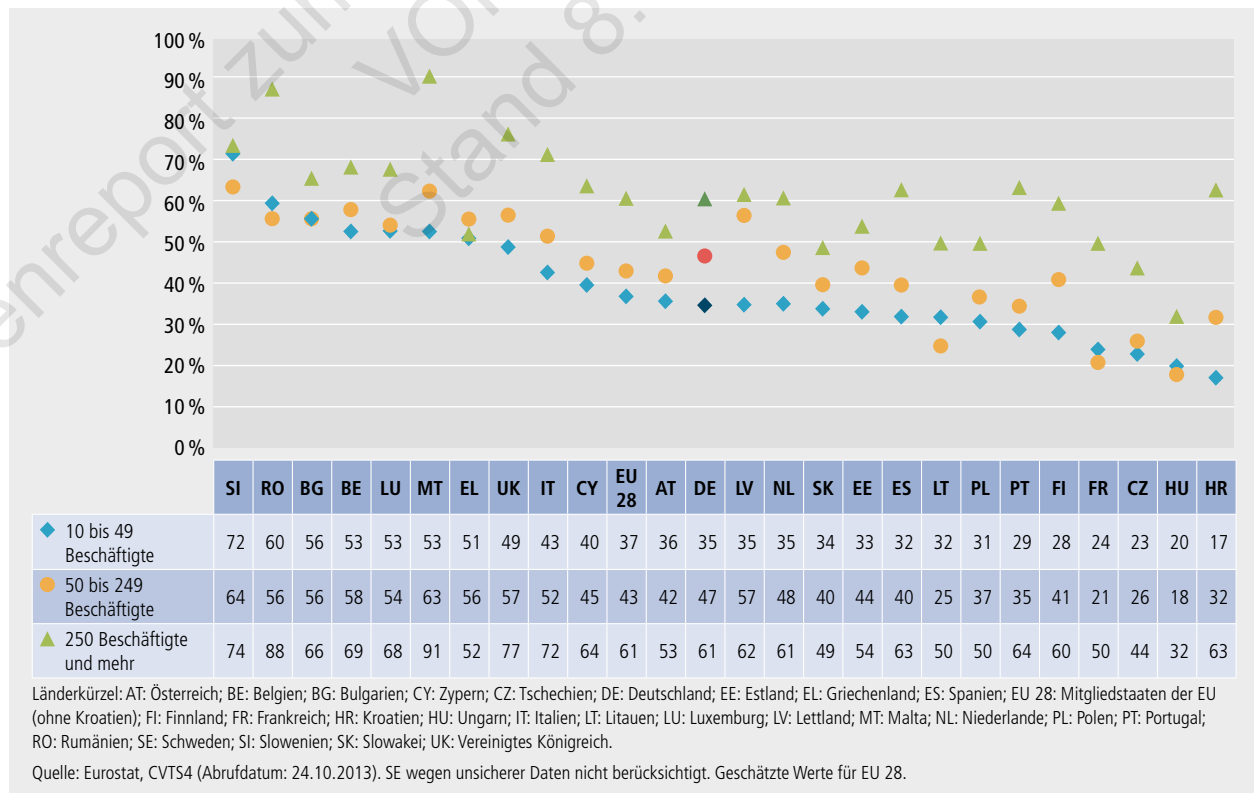
interne Kurse. Der EU-28-Durchschnitt liegt bei 50% und in 16 Ländern führen mehr als 50% der kurs anbietenden Kleinunternehmen interne Kurse durch. Gegenüber 2005 zeigt sich ein verändertes Bild. Damals lag der Anteil der kurs anbietenden Kleinunternehmen mit internen Kursen noch in 17 der 24 Länder, für die für beide Jahre vergleichbare Ergebnisse vorliegen, unter 50%. 2010 haben in allen Ländern mit Ausnahme Frankreichs und Tschechiens mehr als die Hälfte der kurs anbietenden Unternehmen mittlerer Größe interne Kurse angeboten, in 9 Ländern liegt der Anteil sogar über 70%. Großunternehmen nutzen interne Kurse fast flächendeckend, in 22 Ländern liegt der Anteil über 70%, in 8 Ländern bei 90% oder mehr. Der niedrigste Wert wurde mit 58% in Tschechien gemessen.

In Deutschland ist der Anteil der kurs anbietenden Unternehmen mit internen Kursen sehr hoch: 64% bei Kleinunternehmen, 77% bei mittleren Unter-

nehmen und 93% bei Großunternehmen. In allen Größenklassen liegt Deutschland damit klar über dem EU-28-Durchschnitt und in der Spitzengruppe der Länder (Platz 5 bzw. 6). Im Vergleich zum Jahr 2005 haben sich die Anteilswerte jedoch leicht verringert (-3 Prozentpunkte bei kleinen und mittleren Unternehmen und -2 Prozentpunkte bei Großunternehmen).

Beim Angebot an externen Kursen gibt es wesentlich geringere Unterschiede nach der Unternehmensgröße. Zwar steigt auch hier mit Ausnahme von 5 Ländern der Anteil der kurs anbietenden Unternehmen mit externen Kursen mit der Unternehmensgröße an, aber in der Hälfte der Länder und im EU-28-Durchschnitt liegt die Differenz zwischen der Größenklasse mit dem höchsten und dem niedrigsten Anteil unter 10 Prozentpunkten; die größte Differenz wird mit 22 Prozentpunkten in Lettland gemessen. Bei den internen Kursen beträgt die entsprechende

Schaubild B1.2.2-4: Anteil der internen Kursstunden an den gesamten Kursstunden nach Unternehmensgrößenklassen 2010 (in %)



Differenz in 23 Ländern mehr als 20 Prozentpunkte. In 9 Ländern bieten 90% oder mehr der kurs anbietenden Kleinunternehmen externe Kurse an, bei den mittleren Unternehmen trifft dies auf 18 Länder zu und bei den Großunternehmen auf 21. Die entsprechenden Werte für Deutschland sind 88% bei den Kleinunternehmen, 93% bei den mittleren Unternehmen und 97% bei den Großunternehmen. Im Vergleich zum Jahr 2005 gab es bei den kleinen und mittleren Unternehmen kaum Veränderungen, bei den Großunternehmen gab es einen Anstieg um 3 Prozentpunkte.

Betrachtet man nun die Stundenanteile, die auf externe bzw. interne Kurse entfallen, zeigt sich bei den kleinen Unternehmen ein eindeutiges Übergewicht der externen Kursstunden → **Schaubild B1.2.2-4**. In 18 Ländern werden mehr Stunden in externen als in internen Kursen verbracht, im EU-28-Durchschnitt erreichen sie einen Anteil von 63%. Auch bei den mittleren Unternehmen entfallen im EU-28-Durchschnitt noch 57% der Kursstunden auf externe Kurse, in 15 Ländern liegt ihr Anteil über 50%. Bei den Großunternehmen erreichen jedoch die internen Stunden einen höheren Anteilswert; der EU-28-Durchschnitt beträgt 61%. In allen Ländern außer in der Slowakei, in Tschechien und in Ungarn liegen die Anteilswerte bei 50% oder mehr, in 16 Ländern sogar bei 60% und mehr. In Deutschland bieten zwar sehr viele kurs anbietende Kleinunternehmen interne Kurse an, die zeitliche Bedeutung ist aber mit einem Anteil von 35% an den Gesamtkursstunden relativ gering. Im Vergleich zum Jahr 2005 hat sich der Anteil um 2 Prozentpunkte verringert. Auch bei den mittleren Unternehmen entfällt auf die externen Kursstunden ein höherer Anteil, mit 47% zu 53% ist das Verhältnis zwischen internen und externen Kursstunden aber deutlich ausgeglichener. 2005 war die Verteilung mit Werten von 52% für interne Kurse und 48% für externe Kurse noch umgekehrt. Bei den Großunternehmen liegen zwar die internen Kurse mit einem Anteil von 61% eindeutig vorne, ihr Anteil hat sich aber im Vergleich zu 2005 deutlich verringert (-10 Prozentpunkte). Insgesamt hat in Deutschland in allen 3 Größenklassen der Anteil der internen Kursstunden an allen Kursstunden abgenommen, die externen Kurse haben entsprechend an Bedeutung gewonnen.

Fazit: Hoher Anteil kurs anbietender Unternehmen mit externen Kursen, aber ausgeglichenes Bild bei Berücksichtigung der Stundenanteile

Der überwiegende Teil der kurs anbietenden Unternehmen nutzt externe Kurse, um seine Beschäftigten weiterzubilden. Selbst in Rumänien, dem Land mit dem niedrigsten Anteil, nimmt in fast drei Viertel der kurs anbietenden Unternehmen zumindest ein Teil der Beschäftigten an externen Kursen teil. Der Anteil der kurs anbietenden Unternehmen mit internen Kursen ist zwar deutlich niedriger als der entsprechende Anteil bei den externen Kursen, dennoch bietet in 19 Ländern mindestens die Hälfte der kurs anbietenden Unternehmen solche Kurse an. Der Anteil der kurs anbietenden Unternehmen mit internen Kursen ist in vielen Ländern zwischen 2005 und 2010 gestiegen, in Deutschland kam es allerdings zu einem leichten Rückgang. Kleinunternehmen nutzen interne Kurse deutlich seltener als größere Unternehmen, in Deutschland erreichen sie mit 64% jedoch einen recht hohen Wert. Viele kurs anbietende Unternehmen bieten sowohl interne als auch externe Kurse an.

Obwohl der Anteil der Unternehmen mit einem externen Kursangebot so hoch ist, ist die quantitative Bedeutung der externen Kurse – gemessen als Anteil der externen Stunden an den gesamten Kursstunden – deutlich geringer. In 16 Ländern entfällt auf interne Kurse ein höherer Stundenanteil als auf externe Kurse; der EU-28-Durchschnittswert beträgt 53%. Dieser Gesamtdurchschnittswert wird durch die hohen Stundenanteile für interne Kurse bei den Großunternehmen bestimmt, bei kleinen und mittleren Unternehmen ergibt sich in der Mehrzahl der Länder und auch im EU-28-Durchschnitt ein höherer Anteilswert für externe Kurse. Die Verteilung ist in Deutschland ähnlich.

(Gudrun Schönfeld, Friederike Behringer)

B1.2.3 Betriebliche Weiterbildung und andere Strategien zur Deckung des Personalbedarfs

Vor dem Hintergrund steigender Qualifikations- und Tätigkeitsanforderungen kommt der betrieblichen Weiterbildung eine zentrale Rolle bei der Deckung des betriebspezifischen Qualifizierungsbedarfs zu. anhand der Daten des BIBB-Qualifizierungspanels aus dem Jahr 2013 (vgl. Kapitel A4.10.4) geht der folgende Beitrag zunächst auf die Gründe ein, die Betriebe dazu bewegen, Weiterbildungsmaßnahmen für ihre Beschäftigten zu fördern. Anschließend wird der Zusammenhang zwischen der betrieblichen Weiterbildung und weiteren betrieblichen Strategien zur Personalbedarfsdeckung betrachtet. Dazu zählen die betriebliche Ausbildungsbeteiligung und die Rekrutierung von Arbeitskräften auf dem externen Arbeitsmarkt.

Umfang und Beweggründe der Weiterbildungsbeteiligung von Betrieben

Die Weiterbildungsbeteiligung gibt den Anteil der weiterbildungsaktiven Betriebe gemessen an allen Betrieben an. Nach der im BIBB-Qualifizierungspanel verwendeten Definition wird nur dann von betrieblicher Weiterbildung gesprochen, wenn Betriebe ihre Beschäftigten für die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen ganz oder teilweise freistellen oder die Kosten für die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen ganz oder teilweise übernehmen. Dazu zählen Weiterbildungsaktivitäten wie die Teilnahme von Beschäftigten an Kursen sowie an informeller, nicht kursförmiger Weiterbildung. Beispiele informeller Weiterbildungsformen sind geförderte Qualitätszirkel, Informationsveranstaltungen, Weiterbildung am Arbeitsplatz über Unterweisungen oder reguläre Einarbeitung oder selbstgesteuertes Lernen mit speziellen Computerprogrammen. Weiterbildungsmaßnahmen von Auszubildenden, Praktikantinnen und Praktikanten oder Volontärinnen und Volontären werden nicht berücksichtigt.

Das BIBB-Qualifizierungspanel 2013 weist betriebliche Aktivitäten für das Jahr 2012 aus. Nach den Ergebnissen des BIBB-Qualifizierungspanels haben

im Jahr 2012 mehr als zwei Drittel (70,0%) der etwa 2 Mio. Betriebe mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in Deutschland Weiterbildungsmaßnahmen für ihre Beschäftigten gefördert **E**. Die Weiterbildungsbeteiligung ist damit gegenüber dem Vorjahreswert von 72,3% leicht zurückgegangen, bewegt sich aber auf einem ähnlich hohen Niveau (vgl. Mohr/Troltsch/Gerhards 2013).²³⁶

E Methodische Hinweise zur Erfassung der Weiterbildungsbeteiligung im BIBB-Qualifizierungspanel und im IAB-Betriebspanel

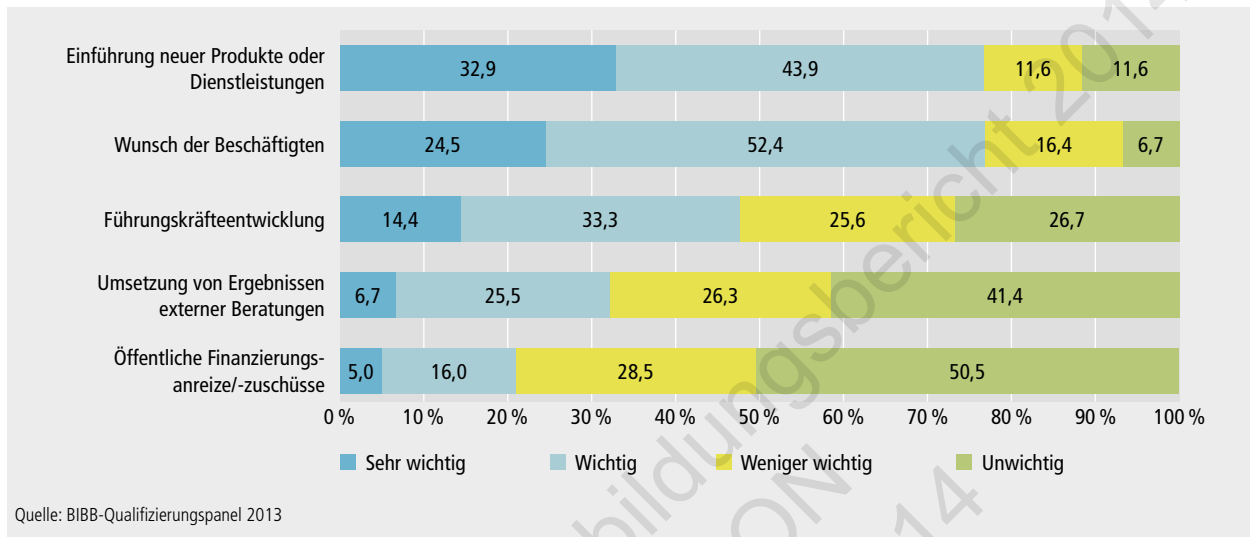
Das BIBB-Qualifizierungspanel und das IAB-Betriebspanel kommen bei der Weiterbildungsbeteiligung zu unterschiedlichen Ergebnissen (70% bzw. 53%, vgl. Kapitel B1.2.1). Diese Differenz ist in erster Linie auf Unterschiede beim Erhebungsdesign und den Referenzzeiträumen zurückzuführen. Beim BIBB-Qualifizierungspanel werden die Weiterbildungsmaßnahmen des *gesamten Jahres* berücksichtigt, während im IAB-Betriebspanel nur Weiterbildungsmaßnahmen innerhalb der *ersten Jahreshälfte* betrachtet werden. Betriebe, die ausschließlich in der zweiten Jahreshälfte Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt haben, werden folglich beim IAB-Betriebspanel nicht als Betriebe mit Weiterbildungsbeteiligung erfasst.

Welche Beweggründe sind für die Weiterbildungsbeteiligung von Betrieben von Bedeutung? → **Schaubild B1.2.3-1** stellt anhand einer vierstufigen Skala dar, ob einzelnen Beweggründen aus Sicht der Betriebe eine wichtige bzw. unwichtige Rolle bei der Entscheidung für die Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen zukommt.²³⁷ Die Beweggründe sind nach ihrer durchschnittlichen Wichtigkeit sortiert. Für jeden dritten Betrieb (32,9%) mit Weiterbildungsbeteiligung ist die Einführung neuer Produkte oder Dienstleistungen ein sehr wichtiger und für weitere 43,9% ein wichtiger Grund dafür, dass Weiterbil-

²³⁶ Auch nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels (vgl. Kapitel B1.2.1) hat sich die Weiterbildungsbeteiligung im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr kaum verändert, allerdings ist hier ein leichter Anstieg (um einen Prozentpunkt) zu verzeichnen. Trotz dieser Differenz lässt sich jedoch bei beiden Erhebungen eine vergleichbare Entwicklung über die letzten 3 Jahre beobachten.

²³⁷ Betriebe, die bei einem Beweggrund die Antwortkategorie „trifft nicht zu“ angegeben haben, werden bei der Auswertung für den entsprechenden Beweggrund nicht berücksichtigt.

Schaubild B1.2.3-1: Beweggründe von Betrieben für die Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen (in %)



Weiterbildungsmaßnahmen für die Beschäftigten gefördert werden. Die betriebliche Weiterbildung wird genutzt, um den Bedarf an neuen Qualifikationsanforderungen abzudecken. Ähnlich wichtig für die Entscheidung von Betrieben, Weiterbildungsmaßnahmen durchzuführen, ist der Wunsch der Beschäftigten nach entsprechenden Weiterbildungsangeboten. Mehr als drei Viertel der Betriebe geben an, dass dieser Beweggrund eine sehr wichtige (24,6 %) oder wichtige (52,4 %) Rolle spielt. Dies ist als Hinweis darauf zu interpretieren, dass sich die Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen zu einem hohen Maß an der Nachfrage vonseiten der Beschäftigten orientiert und möglicherweise auch als Instrument zur Mitarbeiterführung – beispielsweise zur Motivationssteigerung – eingesetzt wird. Bei fast jedem zweiten Betrieb ist ferner die Führungskräfteentwicklung ein sehr wichtiger (14,4 %) oder wichtiger (33,3 %) Grund für Investitionen in Weiterbildungsmaßnahmen für Beschäftigte. Die Umsetzung von Ergebnissen externer Beratungen ist immerhin bei etwa jedem dritten Betrieb ein sehr wichtiges (6,7 %) oder wichtiges (25,5 %) Motiv für Weiterbildungsmaßnahmen.

Überraschend ist dagegen die geringe Bedeutung, die öffentlichen Finanzierungsanreizen oder -zuschüssen zukommt. Für die Hälfte der Betriebe (50,5 %) spielen öffentliche Finanzierungsanreize oder -zuschüsse bei der Entscheidung für Weiterbil-

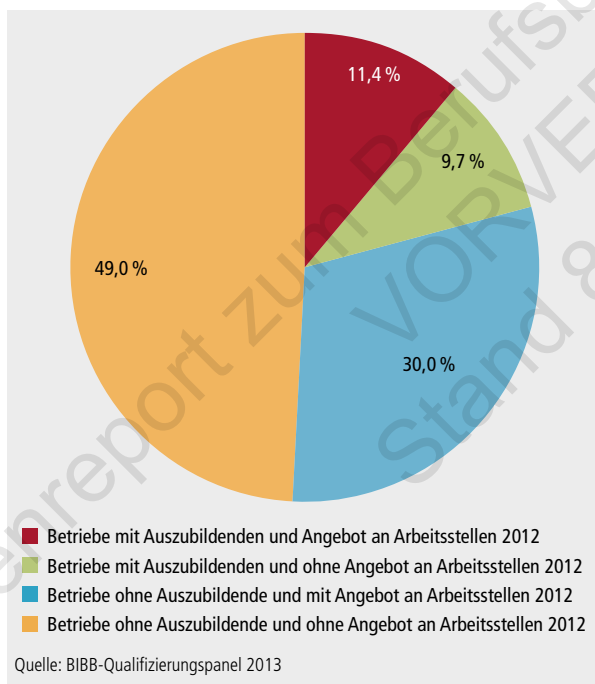
dungsmaßnahmen eine unwichtige Rolle, und nur jeder fünfte Betrieb sieht darin einen sehr wichtigen (5,0 %) oder wichtigen (16,0 %) Beweggrund für die Entscheidung, Weiterbildungsmaßnahmen für Beschäftigte durchzuführen.

Weiterbildungsbeteiligung und andere Strategien zur Personalbedarfsdeckung

Empirische Untersuchungen zu betrieblichen Bildungsaktivitäten zeigen, dass Investitionen in die betriebliche Ausbildung häufig mit einem Weiterbildungsengagement dieser Betriebe einhergehen und als komplementäre Strategien zur Sicherung des betrieblichen Fachkräftebedarfs eingesetzt werden (Bellmann/Krekel/Stegmaier 2010). Des Weiteren hat sich gezeigt, dass Betriebe, die Arbeitsstellen anbieten und so versuchen, ihren Bedarf an neuen Fachkräften über die Rekrutierung von Arbeitskräften auf dem externen Arbeitsmarkt zu decken, häufiger weiterbildungsaktiv sind als Betriebe ohne Angebot an Arbeitsstellen (Mohr/Troltsch/Gerhards 2013). Im Folgenden wird der Zusammenhang zwischen der betrieblichen Weiterbildungsbeteiligung und anderen betrieblichen Strategien der Personalbedarfsdeckung genauer betrachtet. Hierfür wird zunächst eine Typisierung von Betrieben vorgenommen und zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben sowie Betrieben mit und ohne Angebot an Arbeitsstellen differenziert.

Aus der Kombination aus Ausbildungsbeteiligung und externer Rekrutierung von Arbeitskräften ergeben sich 4 Betriebstypen, die sich wie folgt verteilen → **Schaubild B1.2.3-2**: Von den insgesamt rund 21,1 % Betrieben, die im Jahr 2012 Auszubildende beschäftigt, hat mehr als die Hälfte der Betriebe (11 %) zusätzlich Arbeitsstellen angeboten. Knapp ein Drittel aller Betriebe (30,0 %) hat im Jahr 2013 Arbeitsstellen angeboten, jedoch keine Auszubildenden beschäftigt. Mit 49,0 % zählt knapp jeder zweite Betrieb zur Gruppe der Betriebe, die im Jahr 2012 weder selbst auszubildeten noch Arbeitsstellen angeboten haben.

Schaubild B1.2.3-2: Betriebstypen nach Ausbildungsbeteiligung und Angebot an Arbeitsstellen 2012 (in %)



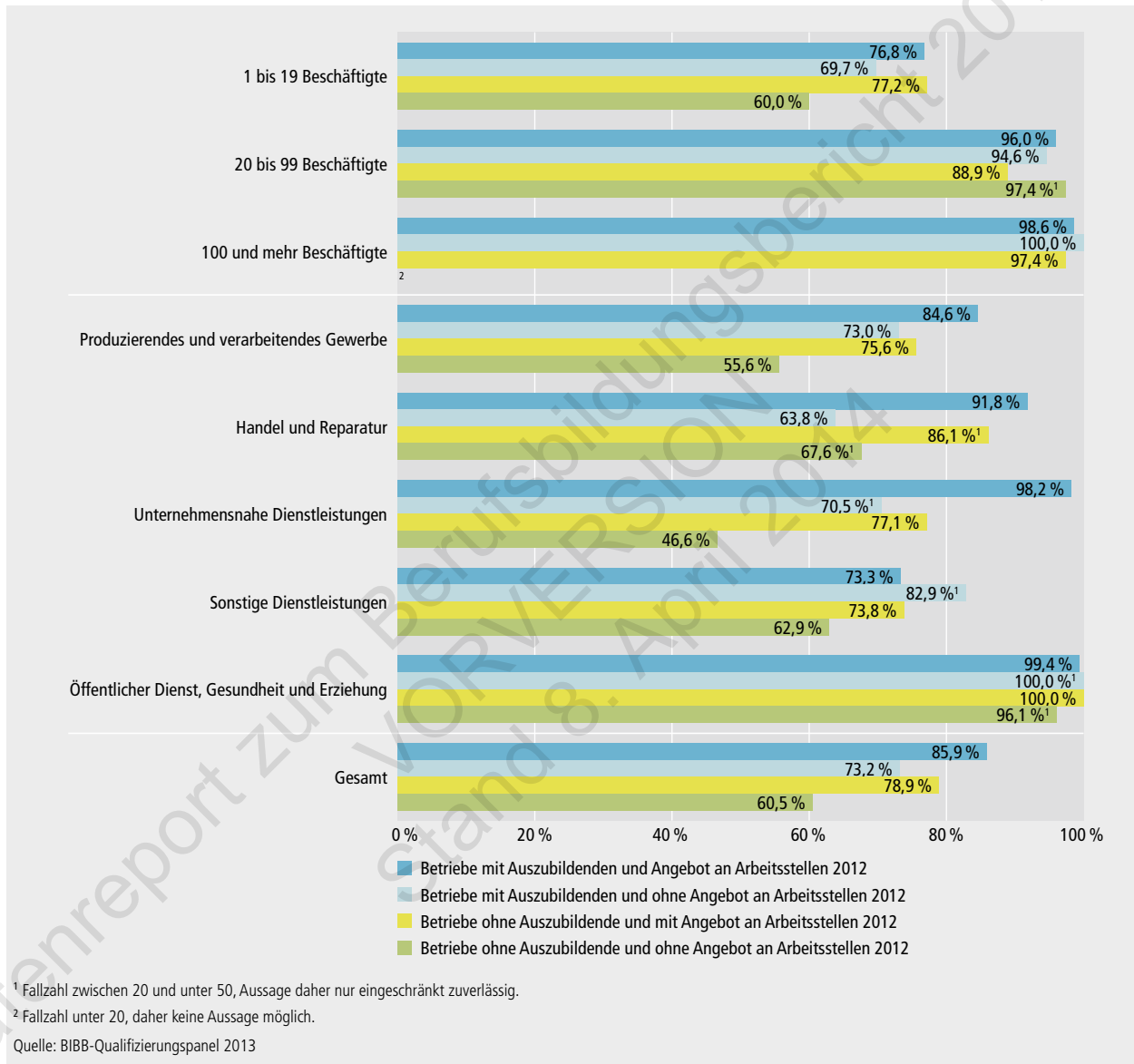
Weiterbildungsbeteiligung unterschiedlicher Betriebstypen

→ **Schaubild B1.2.3-3** gibt für die 4 Betriebstypen den jeweiligen Anteil der Betriebe an, die im Jahr 2012 Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt haben. Nach den Betriebstypen differenziert ergibt sich folgendes Resultat: Mit 85,9 % weist die Gruppe der Betriebe, die im Jahr 2012 sowohl Auszubildende

beschäftigten als auch Arbeitsstellen angeboten haben, den höchsten Anteil an Weiterbildungsbetrieben auf. Der zweithöchste Anteil findet sich bei Betrieben, die Arbeitsstellen angeboten haben, aber keine Ausbildungsbetriebe sind (78,9%). Werden Auszubildende beschäftigt, aber keine Arbeitsstellen angeboten, liegt der Anteil der Weiterbildungsbetriebe bei 73,2%. Der mit Abstand niedrigste Anteil an Weiterbildungsbetrieben (60,5%) entfällt auf die Gruppe der Betriebe, die im Jahr 2012 weder ausgebildet noch Arbeitsstellen angeboten haben. Dies lässt sich möglicherweise damit erklären, dass innerhalb dieser Gruppe ein vergleichsweise geringer Bedarf an Qualifizierungsmaßnahmen und Fachkräften besteht, denn insgesamt bekräftigen diese Ergebnisse, dass die betriebliche Ausbildung sowie die Rekrutierung externer Fachkräfte eine komplementäre Strategie zur betrieblichen Weiterbildung darstellt.

Neben dem Gesamtvergleich der Betriebstypen wird eine weitere Differenzierung nach den Strukturmerkmalen Betriebsgrößenklasse und Wirtschaftssektoren vorgenommen. Wie die Ergebnisse in → **Schaubild B1.2.3-3** zeigen, nehmen die Unterschiede zwischen den 4 Betriebstypen mit zunehmender Betriebsgröße ab. Bei Klein- und Kleinstbetrieben mit bis zu 19 Beschäftigten sind deutliche Unterschiede zwischen den 4 Betriebstypen erkennbar: Bei Betrieben, die Auszubildende beschäftigen und/oder Arbeitsstellen angeboten haben, ist der Anteil der Weiterbildungsbetriebe höher als in der Gruppe der Betriebe ohne Auszubildende und ohne Arbeitsstellenangebot. Hingegen liegt die Weiterbildungsbeteiligung bei allen Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten bei nahezu 100%. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um Ausbildungsbetriebe handelt oder ob diese Betriebe Arbeitsstellen angeboten haben. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass mit steigender Betriebsgröße auch die Wahrscheinlichkeit steigt, dass Betriebe ausbilden oder Arbeitsstellen anbieten. Beim Vergleich zwischen den 4 Betriebstypen fällt zudem bei Betrieben mit 20 bis 99 Beschäftigten auf, dass Betriebe, die im Jahr 2012 nicht auszubildeten und keine Arbeitsstellen angeboten haben, den höchsten Weiterbildungsanteil aufweisen; allerdings ist diese Aussage aufgrund der geringen Fallzahl vorsichtig zu interpretieren und nur eingeschränkt zuverlässig.

Schaubild B1.2.3-3: Weiterbildungsbeteiligung unterschiedlicher Betriebstypen nach ausgewählten Strukturmerkmalen 2012 (in %)



Auch beim Vergleich der Wirtschaftssektoren (vgl. **E** in Kapitel A4.10.4) sind einzelne Ergebnisse aufgrund der geringen Fallzahlen nur eingeschränkt zuverlässig. Insgesamt bestätigt sich jedoch auch hier, dass Betriebe, die weder ausbilden noch Arbeitsstellen angeboten haben, eine vergleichsweise geringe Weiterbildungsbeteiligung aufweisen. Besonders deutlich wird dies bei Betrieben aus dem produzierenden und verarbeitenden Gewerbe sowie Betrieben aus dem Wirtschaftssektor „Unternehmensnahe

Dienstleistungen“. Auffällig ist zudem die überdurchschnittlich hohe Weiterbildungsbeteiligung im Wirtschaftssektor „Öffentlicher Dienst, Gesundheit und Erziehung“. Hier investieren nahezu alle Betriebe in Weiterbildungsmaßnahmen ihrer Beschäftigten unabhängig davon, ob andere Strategien zur Deckung des Fachkräftebedarfs zum Einsatz kommen.

(Sabine Mohr, Klaus Troltsch, Christian Gerhards)

B2 Weiterbildungsanbieter

B2.1 Ergebnisse der wbmonitor Umfrage 2013

Themenschwerpunkt der **wbmonitor** Umfrage 2013 **E** war die Herstellung von Transparenz über Lerndienstleistungen und neue Angebotsformen jenseits klassischer Veranstaltungen, die in der Bildungsberichterstattung bislang unzureichend erfasst sind (vgl. Kapitel B2.1.2). Wie jedes Jahr wurde das Wirtschaftsklima in der Weiterbildung ermittelt sowie Strukturdaten der Anbieterlandschaft erhoben (vgl. Kapitel B2.1.1). Die Ergebnisse basieren auf den gewichteten und hochgerechneten Angaben von 1.419 Einrichtungen.

E wbmonitor Umfragen

wbmonitor ist ein Kooperationsprojekt des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (DIE). Jährlich im Mai werden alle dem **wbmonitor** bekannten Anbieter beruflicher und/oder allgemeiner Weiterbildung (2013: 15.900 Anbieter) dazu aufgerufen, den Fragebogen zu wechselnden Themenschwerpunkten, Wirtschaftsklima, Leistungen und Strukturen online zu beantworten. Für weitere Informationen und Definitionen siehe www.wbmonitor.de.

B2.1.1 Wirtschaftsklima und Anbieterstrukturen im Fokus des wbmonitor

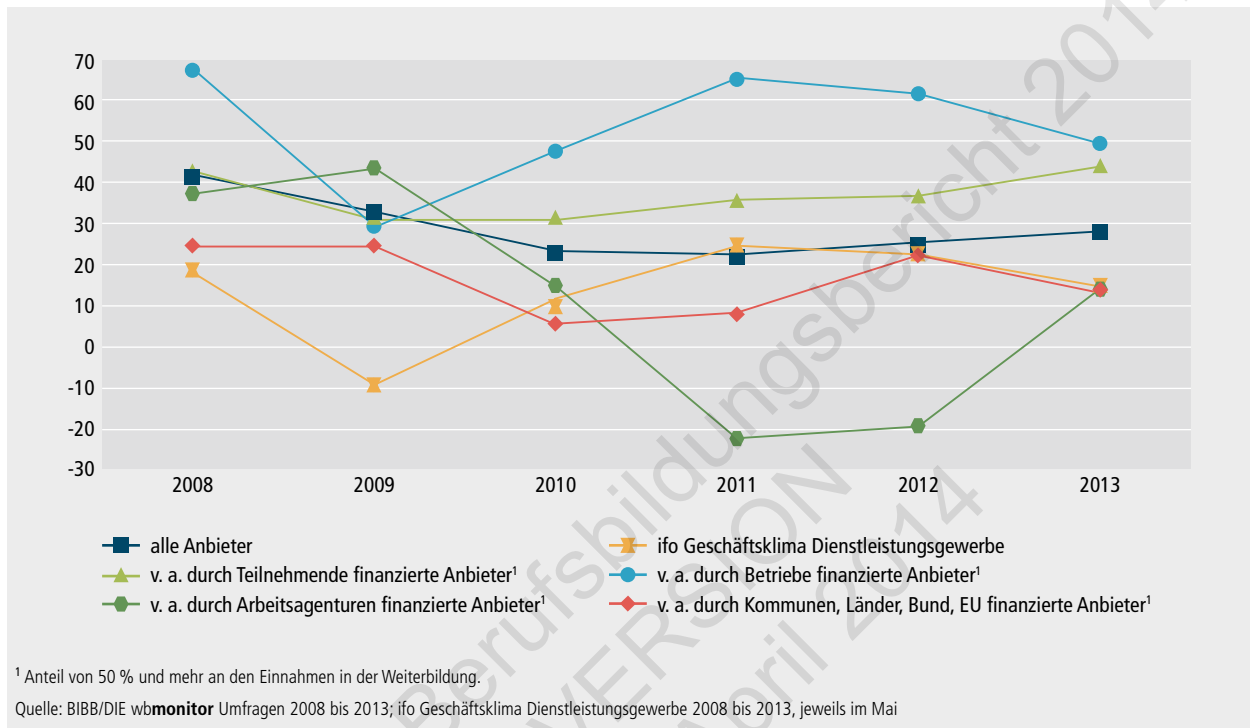
Mit +28 liegt im Jahr 2013 der **wbmonitor** Klimawert **E** für alle Anbieter wenige Punkte höher als in den Vorjahren (2012: +25; 2011: +23; 2010: +24) → **Schaubild B2.1.1-1**. Die Betrachtung der 4 Hauptsegmente der Weiterbildungsbranche relativiert jedoch den Eindruck der wirtschaftlichen Stabilität. Während sich die wirtschaftliche Stimmung der überwiegend von Teilnehmenden finanzierten und insbesondere der überwiegend von Arbeitsagenturen/Jobcentern finanzierten Anbieter positiv entwickelt hat, haben sich die Klimawerte derjenigen Anbieter abgeschwächt, die ihre Einnahmen überwiegend von Betrieben oder von Kommunen,

Ländern, Bund und/oder EU beziehen. Die Weiterbildungsbranche ist 2013 wirtschaftlich zweigeteilt: Im Vergleich zu der guten wirtschaftlichen Situation der überwiegend durch private Mittel (Betriebe/Teilnehmende) finanzierten Anbieter ist das Wirtschaftsklima der vorrangig durch öffentliche bzw. BA-Mittel finanzierten Anbieter deutlich verhaltener, aber dennoch leicht positiv.

E wbmonitor Klimawert

Der **wbmonitor** Klimawert bildet die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation durch die Weiterbildungsanbieter ab. Er berechnet sich aus dem geometrischen Mittel der Differenzen zwischen den positiven und negativen Urteilen über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage sowie die Erwartung in einem Jahr. Die Anbieterangaben werden anhand des Dozentenstundenvolumens des Vorjahres gewichtet. Die Werte liegen zwischen -100 und +100. Der **wbmonitor** Klimawert ist eine konzeptionelle Adaption des ifo Geschäftsklimas.

Überwiegend betrieblich finanzierte Anbieter unterscheiden sich 2013 in ihrem Wirtschaftsklima wesentlich geringer von den überwiegend von Arbeitsagenturen/Jobcentern finanzierten Einrichtungen als in den beiden Vorjahren. Lagen die Klimawerte dieser Teilgruppen 2012 im Wertebereich von -100 bis +100 noch 82 Punkte auseinander, hat sich dieser Abstand 2013 auf nun nur noch 36 Punkte mehr als halbiert. Zurückzuführen ist dies in erster Linie auf die deutliche Verbesserung des Wirtschaftsklimas der hauptsächlich von den Arbeitsagenturen/Jobcentern finanzierten Einrichtungen. Mit einem starken Anstieg des **wbmonitor** Klimawertes um 35 Punkte haben sie die Talsohle der letzten 2 Jahre durchschritten, weisen 2013 kein negatives Wirtschaftsklima mehr auf (+14) und befinden sich sogar auf dem Niveau der gesamten Dienstleistungsbranche (ifo Geschäftsklima für das Dienstleistungsgewerbe im Mai 2013: +15, vgl. ifo Institut 2013). Diese Anbieter konnten offensichtlich von der wieder leicht angestiegenen Förderung der beruflichen Weiterbildung profitieren – im Mai 2013 befanden sich mit 160.000 Personen 9 % mehr in einer nach SGB III oder SGB II geförderten beruflichen Weiterbildung als im Vorjahresmonat

Schaubild B2.1.1-1: Entwicklung der **wbmonitor** Klimawerte von 2008 bis 2013

(vgl. Bundesagentur für Arbeit 2013). Bei Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung insbesondere im Rechtskreis SGB II nahm die Anzahl der Förderfälle um 20 % im Vergleich zum Vorjahresmonat zu. Zugleich ist zu vermuten, dass während des Fördertiefs der letzten beiden Jahre eine Marktberreinigung stattgefunden hat und sich eine aktuell weniger angespannte Konkurrenzsituation positiv in der Wirtschaftslage bemerkbar macht.

Parallel zu der vom ifo gemessenen rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten Dienstleistungsbranche bei stagnierendem Bruttoinlandsprodukt (vgl. Statistisches Bundesamt 2013) schwächt sich das Wirtschaftsklima der überwiegend betrieblich finanzierten Anbieter 2013 im Vergleich zu den beiden Vorjahren weiter ab. Mit einem Klimawert von +50 bleiben diese jedoch die Anbietergruppe mit der insgesamt besten wirtschaftlichen Stimmung. Nahezu aufschließen konnten die überwiegend von Teilnehmenden finanzierten Anbieter, deren Klimawert 2013 mit +45 das Maximum dieser Teilgruppe seit Einführung des **wbmonitor** Klima-

wertes im Jahr 2007 erreicht hat. Der seit 2010 kontinuierliche Anstieg des Wirtschaftsklimas dieser Teilgruppe unterstreicht die wachsende Bedeutung eigenverantworteter Weiterbildungsaktivitäten insbesondere im beruflichen Kontext.

Bei überwiegend durch öffentliche Mittel, d. h. von Kommunen, Ländern, Bund und/oder EU finanzierten Anbietern hat sich die wirtschaftliche Stimmung im Vergleich zum Vorjahr eingetrübt. Ihr **wbmonitor** Klimawert (+13) liegt auf dem gleichen Niveau wie derjenige der überwiegend von Arbeitsagenturen/Jobcentern finanzierten Einrichtungen. Hierfür dürfte das um 15 Punkte gesunkene Wirtschaftsklima der Volkshochschulen mit ausschlaggebend sein (+7).

Tabelle B2.1.1-1: Klimawert, wirtschaftliche Lage und Erwartung für ausgewählte Teilgruppen von Weiterbildungsanbietern 2013

		Klimawert	Lagebeurteilung	Erwartung in einem Jahr	Anzahl Anbieter (Lage)
		gemittelt aus Lage und Erwartung	Saldo ¹ positiv/negativ	Saldo ¹ besser/schlechter	Hochrechnung auf Basis von n Anbietern
Alle Anbieter		28	34	22	1.086
Art der Einrichtung	kommerziell privat	35	31	38	294
	gemeinnützig privat	31	41	21	192
	Bildungseinrichtung eines Betriebes	11	10	12	38
	Volkshochschule	7	19	-5	184
	berufliche Schule, (Fach-)Hochschule, Akademie	44	45	43	111
	wirtschaftsnah (Kammer, Innung, Berufsverband u. Ä.)	51	60	42	73
	Einrichtung einer Kirche, Partei, Gewerkschaft, Stiftung, eines Verbandes, Vereins	30	38	23	181
Art der Einrichtung, zusammengefasst²	privat/wirtschaftsnah	36	35	37	405
	(eher) gemeinnützig	31	40	22	373
	schulisch/öffentlich	17	26	8	295
Standort	alte Länder	30	35	24	884
	neue Länder mit Berlin	21	26	16	202
Angestellte/Beamte in der WB	0 bis 9	28	32	25	703
	10 bis 49	22	33	11	275
	50 und mehr	50	50	49	56
Einnahmen/Zuwendungen von Teilnehmenden	keine Einnahmen	30	31	30	190
	1 bis 25 %	25	28	21	357
	26 % bis 49 %	10	20	1	155
	50 % und mehr	45	53	38	350
Einnahmen/Zuwendungen von Betrieben	keine Einnahmen	21	29	13	373
	1 bis 25 %	26	33	19	384
	26 % bis 49 %	38	43	34	88
	50 % und mehr	50	46	53	207
Einnahmen/Zuwendungen von Arbeitsagenturen	keine Einnahmen	31	37	25	542
	1 bis 25 %	36	40	32	297
	26 % bis 49 %	20	16	23	59
	50 % und mehr	14	25	4	154
Einnahmen/Zuwendungen von Kommunen, Ländern, Bund, EU	keine Einnahmen	44	44	43	454
	1 bis 25 %	31	34	28	261
	26 % bis 49 %	13	32	-4	144
	50 % und mehr	13	20	6	193
Zum Vergleich	ifo Dienstleistungsgewerbe	15	21	10	

¹ Der Saldo ist die Differenz der positiven und negativen Anteilswerte mit einer theoretischen Spanne von +100 bis -100.

² 1: privat und kommerziell tätige, wirtschaftsnah oder betriebliche Bildungseinrichtung; 2: privat und gemeinnützig tätige oder Einrichtung einer gesellschaftlichen Großgruppe (Kirche, Partei o. Ä.); 3: Berufliche (Fach-)Hochschule oder VHS.

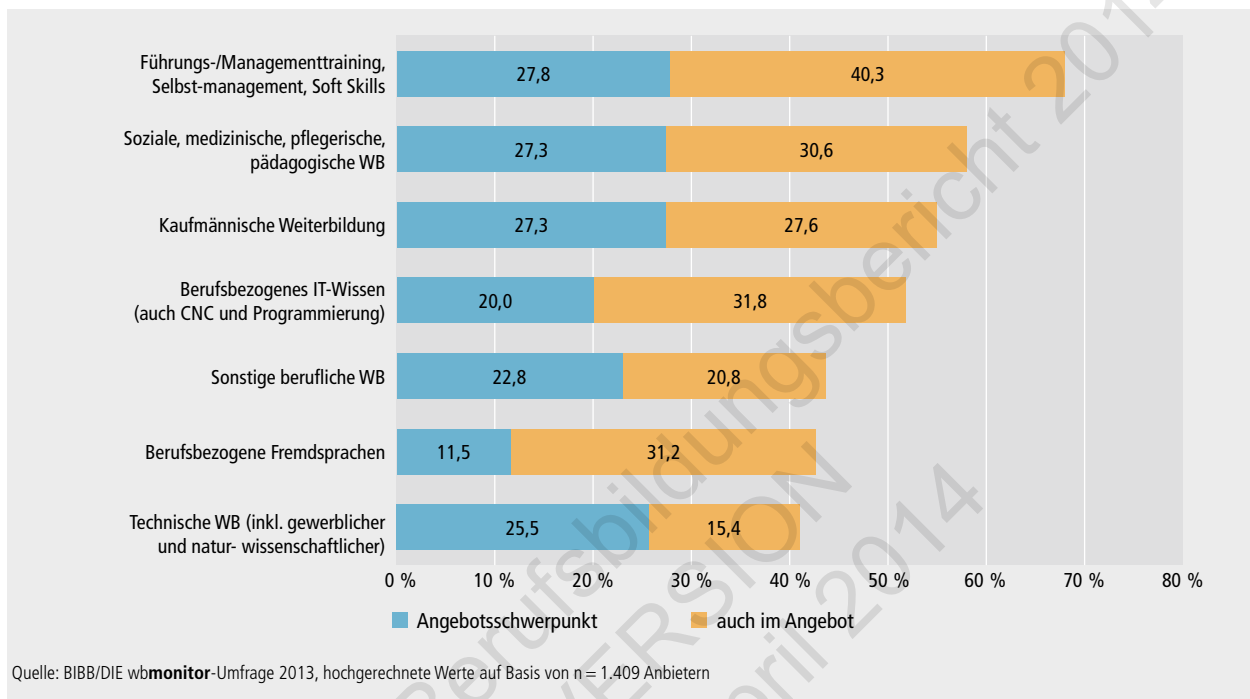
Quelle: BIBB/DIE wbmonitor-Umfrage 2013, hochgerechnete Werte auf Basis von n = 1.086 gültigen Angaben

Strukturinformationen aus der wbmonitor Umfrage 2013

Das thematische Spektrum an Angeboten beruflicher Weiterbildung ist in Deutschland breit, und die Versorgungssituation kann als flächendeckend ange-

sehen werden (vgl. Koscheck/Ohly 2014). Probleme bereiten kann allerdings die Auswahl eines zur Verwirklichung des persönlichen Bildungsziels geeigneten Anbieters bei fehlenden einheitlichen Standards zur Beurteilung der Angebotsqualität.

Schaubild B2.1.1-2: Themenfelder der beruflichen Weiterbildung (Mehrfachnennungen, Angaben in %)



Der am häufigsten angebotene Themenkomplex sind Führungs- und Managementtrainings sowie Qualifizierungen in Selbstmanagement und Soft Skills; 68,1 % aller Anbieter haben dies im Angebot, 27,8 % als Angebotsschwerpunkt → **Schaubild B2.1.1-2**. Unter den überwiegend betrieblich finanzierten Anbietern sind diese fachübergreifenden Qualifizierungen sogar für nahezu jeden zweiten Anbieter ein Hauptgeschäftsfeld (47,8 %). Mehr als die Hälfte aller Anbieter bieten mit sozialen, medizinischen, pflegerischen oder pädagogischen Weiterbildungen (57,9 %) oder mit kaufmännischen Weiterbildungen (54,9 %) fachspezifische Themen als Angebotsschwerpunkt oder zusätzliches Angebot an. Insbesondere die überwiegend von den Arbeitsagenturen/Jobcentern finanzierten Einrichtungen weisen ein stark fachlich ausgerichtetes Angebot auf (Angebotsschwerpunkt kaufmännische Weiterbildung: 57,2 %; technische Weiterbildung: 44,5 %; berufsbezogenes IT-Wissen: 39,4 %). Nur jeder zehnte Weiterbildungsanbieter (11,5 %) bietet berufsbezogene Fremdsprachen als Angebotsschwerpunkt an (auch im Angebot bei 31,2 %).

Heterogen wie das angebotene Themenspektrum sind auch die Anbietertypen in der Weiterbildung. Mit 45,2 % sind private Einrichtungen die größte Gruppe der zum Zeitpunkt der Umfrage 2013 dem **wbmonitor** bekannten aktiven Weiterbildungsanbieter, wobei 27,4 % kommerziell und 17,8 % gemeinnützig ausgerichtet sind. Einrichtungen in der Trägerschaft gesellschaftlicher Großgruppen (Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Stiftungen, Verbände, Vereine u. Ä.) stellen 16,7 % des Anbieterspektrums, gefolgt von Volkshochschulen mit 13,5 %. Die restlichen Anbietertypen bilden zusammen genommen ein Viertel aller Anbieter (dies sind: betriebliche Bildungseinrichtungen: 3,7 %; berufliche Schulen: 6,5 %; [Fach-]Hochschulen, Akademien: 4,2 %; wirtschaftsnahe Einrichtungen: 8,4 % sowie Sonstige: 1,8 %).

(Stefan Koscheck)

B2.1.2 Lerndienstleistungen und neue Angebotsformen in der Weiterbildung

Lerndienstleistungen und Angebotsformen von Weiterbildungsanbietern gehen heute über das hinaus, was durch die Abfrage von Kursen, Lehrgängen und Vortragsveranstaltungen in den Statistiken der Bildungsberichterstattung (z. B. Volkshochschul-Statistik, Weiterbildungsstatistiken der Länder) abgebildet wird. Der damit verbundene Personalaufwand wird somit ebenfalls nicht transparent. Hier mehr Licht ins Dunkel zu bringen war Ziel der **wbmonitor** Umfrage 2013. Schwerpunktmäßig wurden Umfang und Themenspektrum von Weiterbildungsberatungen, Prüfungsleistungen sowie Formen des Lernens mit digitalen Medien erfasst. Darüber hinaus waren die befragten Weiterbildungsanbieter aufgefordert, aus ihrer Sicht ungewöhnliche oder besondere Angebotsformen zu beschreiben, die sie realisiert haben.

Engagement der Anbieter belegt hohen Stellenwert von Weiterbildungsberatung

Weiterbildungsberatung hat in den letzten 10 Jahren im bildungspolitischen Diskurs zur Förderung des lebenslangen Lernens erheblich an Bedeutung gewonnen. Ihr werden wichtige Unterstützungsfunktionen auf der individuellen Ebene bei bildungs- und berufsbiografischen Entscheidungen, unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten zur Erhöhung der Effektivität und Effizienz des Bildungssystems und auf der gesellschaftspolitischen Ebene zur Verbesserung der Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe und sozialen Integration zugewiesen (vgl. Schiersmann 2009). Weiterbildungsberatung wird von einem herausragenden Anteil von 85 % der Anbieter, die hierzu Angaben machten, durchgeführt. Professionelle Weiterbildungsberatung erfordert sowohl Fachwissen bzgl. Weiterbildung und ihrer Rahmenbedingungen als auch Beratungskompetenzen (vgl. Schiersmann 2009, S. 762; Schiersmann/Weber 2013, S. 285 ff.). In fast der Hälfte dieser Weiterbildungseinrichtungen (45 %) verfügten *alle* eingesetzten Beratenden über eine spezielle formale Qualifikation dafür, bei 38 % der Anbieter mit Beratungsangebot war zumindest ein Teil des beratenden Personals einschlägig qualifiziert, und nur in etwa jeder 10. Einrichtung (11 %)

verfügte keine/-r der Beratenden über eine entsprechende Qualifikation.²³⁸

Entsprechend den vielfältigen Funktionen der Weiterbildungsberatung ist das Spektrum an Beratungsthemen sehr breit. Wie die Anbieter berichten, ist für fast alle Themen in den letzten 5 Jahren ein Anstieg der Nachfrage zu verzeichnen → **Schaubild B2.1.2-1**.

Beratung bietet Orientierung in der Weiterbildung

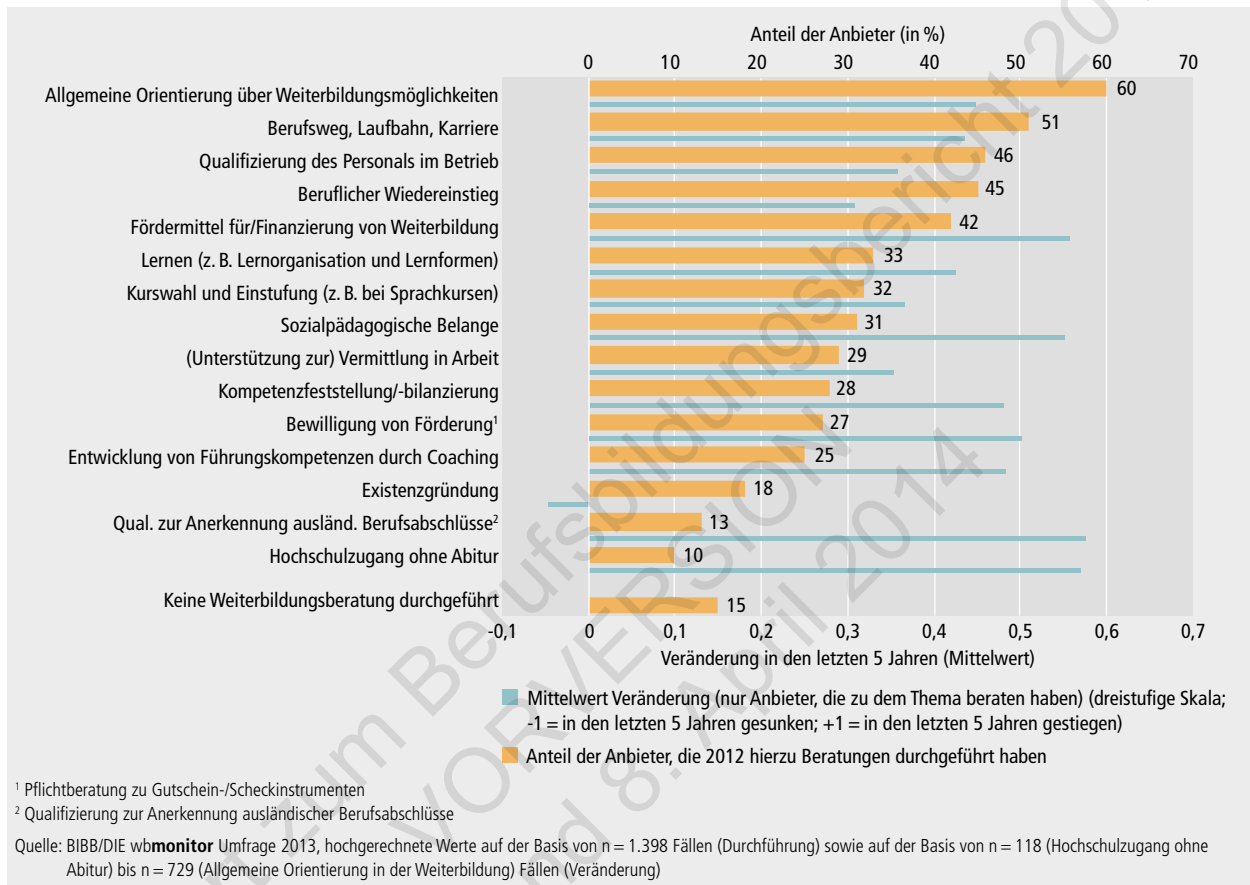
Weiterbildungsberatung soll Entscheidungshilfe bei Weiterbildungsfragen leisten und Ratsuchenden eine bessere Übersicht über den vielfältigen und unübersichtlichen Weiterbildungsmarkt vermitteln. 2012 ging es in den durchgeführten Beratungen am häufigsten um eine „allgemeine Orientierung über Weiterbildungsmöglichkeiten“. Diese bezog sich entweder auf das eigene Angebot oder im Rahmen trägerübergreifender Beratung auch auf Angebote anderer Weiterbildungsanbieter. 60 % der Angaben machenden Einrichtungen haben eine solche Lotsenfunktion wahrgenommen → **Schaubild B2.1.2-1**, von den Volkshochschulen (VHS) und den wirtschaftsnahen Anbietern (Kammern, Innungen, Berufsverband oder Ableger davon etc.) waren es jeweils mehr als vier Fünftel (84 % bzw. 83 %). Orientierungshilfe bei der konkreten „Kurswahl und Einstufung (z. B. bei Sprachkursen)“ wurden ebenfalls überdurchschnittlich häufig von VHS durchgeführt (88 %; alle Anbieter: 32 %).

Weiterbildungsberatung im Beruf

Weiterbildungsberatungen beziehen sich häufig auf berufliche Entwicklungsprozesse und Veränderungen als Anlässe für (potenzielle) Weiterbildungsaktivitäten sowie deren Rahmenbedingungen, insbesondere Finanzierung/Förderung. Zum zweithäufigsten Beratungsthema „Berufsweg, Laufbahn, Karriere“ hat 2012 etwa die Hälfte (51 %) der Anbieter beraten. Beratungen hinsichtlich der „Qualifizierung des Personals im Betrieb“, die von 46 % der Anbieter durchgeführt wurden, richten sich primär nicht an die Beschäftigten selbst, sondern an Betriebsleitun-

238 6 % entfielen auf „Weiß nicht“.

Schaubild B2.1.2-1: **Beratungsthemen von Weiterbildungsanbietern 2012 (Mehrfachnennungen) und deren Veränderung in den letzten 5 Jahren**



gen sowie Personalentwickler/-innen. Statt individueller Weiterbildungsinteressen stehen betriebliche Qualifizierungsbedarfe im Fokus. Diese Beratungen können in Zusammenhang mit Organisations- bzw. Unternehmensberatungen stehen.

Beratung zur Finanzierung von Weiterbildung gewinnt an Bedeutung

Besonders deutlich zugenommen haben in den vergangenen 5 Jahren Beratungen zu „Fördermitteln für/Finanzierung von Weiterbildung“. Grund hierfür dürfte der Ausbau der nachfrageorientierten Fördermodelle und -programme sein, die sich vor allem an Beschäftigtengruppen mit unausgeschöpftem Arbeitsmarktpotenzial (wie Geringqualifizierte, Ältere), mit niedrigem Einkommen sowie in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) richten. Beratung ist oftmals erforderlich, um Interessenten über die für sie häufig

intransparenten Förderbedingungen zu informieren (vgl. Käßlinger 2013). Im Jahr 2012 leisteten 42 % der Anbieter derartige Orientierungshilfe. Deutlich spezifischer ist die Beratung zur „Bewilligung von Förderung (Pflichtberatung zu Gutschein-/Scheckinstrumenten)“, die nach eigener Aussage immerhin gut ein Viertel der Anbieter (27 %) sowie knapp die Hälfte der VHS (47 %) durchgeführt hat. Die Ausgabe der Gutscheine (bspw. der Bildungsprämie) darf nur durch speziell zugelassene Stellen erfolgen.

Weiterbildungsberatung begleitet Übergänge

Weiterbildungsberatungen und -teilnahmen finden oft in Zusammenhang mit persönlichen Umbruchsituationen statt und begleiten Übergänge in neue Lebenszusammenhänge. Der „Berufliche Wiedereinstieg“ war 2012 bei 45 % der Anbieter ein Beratungsthema.

Gut ein Viertel der Anbieter (28 %) hat 2012 zu „Kompetenzfeststellungen/-bilanzierungen“ beraten, die dem/der Ratsuchenden Aufschluss über die eigenen Stärken bringen sollen. Die Erfassung und Sichtbarmachung insbesondere auch nonformaler und informell erworbener Kompetenzen bedarf in der Regel professioneller Unterstützung und hat im Zuge des Paradigmenwechsels im Bildungsbereich von der Input- zur Outputorientierung an Bedeutung gewonnen (vgl. Gnahs 2010).

Die „Qualifizierung zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse“ bzw. „Hochschulzugang ohne Abitur“ waren 2012 zwar nur bei jeweils rund jedem 10. Weiterbildungsanbieter (13 % bzw. 10 %) Beratungsthema; hier waren allerdings die stärksten Zunahmen zu verzeichnen. Ersteres hat erst durch das im Frühjahr 2012 eingeführte „Anerkennungsgesetz“ (vgl. Kapitel E4) Relevanz erhalten, wonach eine Gleichwertigkeitsprüfung ausländischer Abschlüsse mit deutschen Berufsabschlüssen sowie die Feststellung eines evtl. Weiterbildungsbedarfs zur Erlangung der Gleichwertigkeit garantiert wird. Die wachsende Beratungsnachfrage bzgl. des „Hochschulzugangs ohne Abitur“ steht in Zusammenhang mit Bemühungen, beruflich Qualifizierten den Zugang zur akademischen Bildung zu ermöglichen und die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu fördern.²³⁹ Besonders beratungsaktiv sind hier (Fach-)Hochschulen, Akademien (31 %), berufliche Schulen sowie wirtschaftsnahe Einrichtungen (jeweils ein Fünftel).

Lernprozessbegleitende Beratung

Weiterbildungsberatung erfolgt nicht nur im Vorfeld einer möglichen Weiterbildungsteilnahme. Als Lernberatung, die eng an konkrete Lernprozesse gekoppelt ist und in Bezug auf eher selbstgesteuerte Lernprozesse bspw. in Kombination mit netzbasierten oder computergestützten Lernformen besondere Relevanz besitzt, gehört sie ebenso zum Themenspektrum. Den **wbmonitor**-Ergebnissen zufolge hat 2012 ein Drittel der Anbieter Beratungen zum „Lernen (z. B. Lernorganisation und Lernformen)“ durchgeführt (33 %).

Überdurchschnittliche Werte erzielten wiederum die beruflichen Schulen (48 %) und die VHS (45 %).

Online-Beratung ist im Kommen, persönliche Beratung dominiert

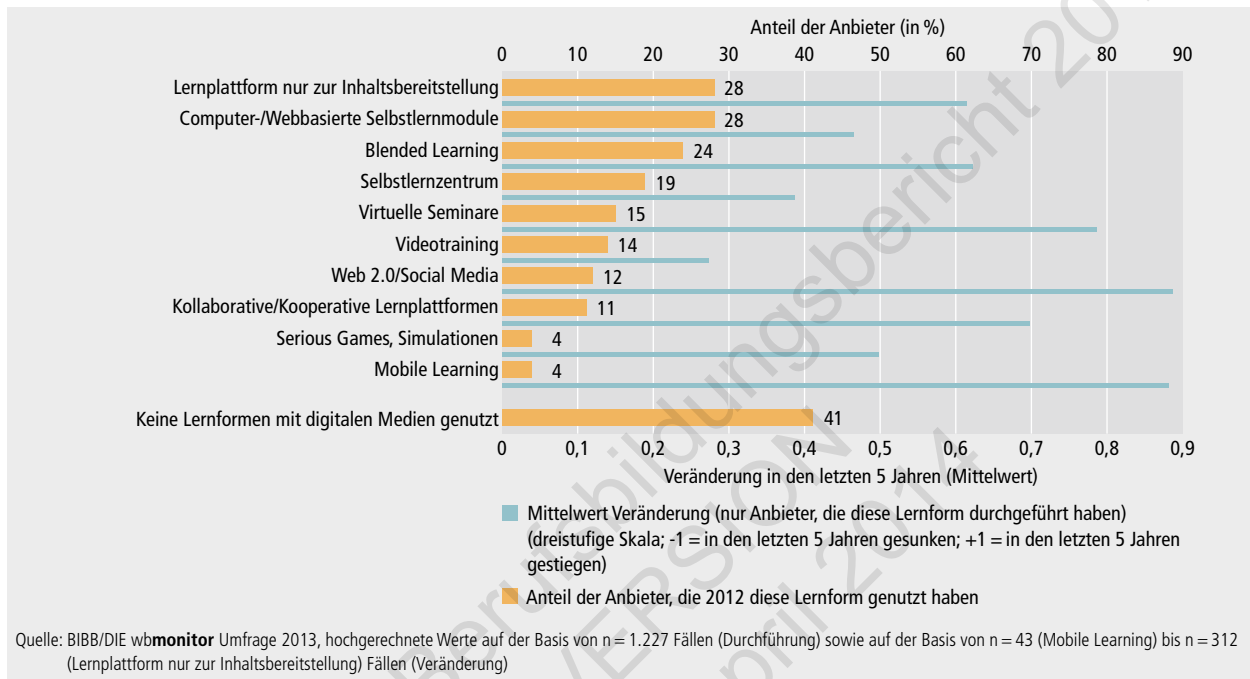
Unter den Beratungsformen hat die Online-Beratung in den letzten Jahren am stärksten zugenommen. Bezogen auf die Anbieter, die 2012 Weiterbildungsberatung durchgeführt und Angaben zur Beratungsform gemacht haben, praktizierten 42 % Online-Beratungen. Sie entspricht modernen Kommunikationsgewohnheiten und kann orts- und zeitunabhängig stattfinden. In den meisten Fällen erfolgte Weiterbildungsberatung jedoch als Face-to-Face-Gespräch (91 % dieser Anbieter) und als eher niedrigschwellige telefonische Beratung (82 %). Im Gegensatz zur Komm-Struktur gängiger Bildungs- und Beratungsangebote betreibt die aufsuchende Beratung und Information (z. B. zur Herstellung eines Erstkontaktes und insbesondere zur Erreichung sogenannter bildungsferner Bevölkerungsgruppen) einen vergleichsweise hohen Aufwand, um potenzielle Weiterbildungsinteressenten zu erreichen. Beratungen in dieser sogenannten Geh-Struktur (vgl. Bremer/Kleemann-Göhring 2011, S. 15) wurden 2012 von 38 % dieser Anbieter praktiziert.

Prüfungen und Tests in der Weiterbildung

Eine weitere Lerndienstleistung der Weiterbildungsanbieter ist die Abnahme von Prüfungen und Tests. Diese dienen häufig dem Erwerb von Abschlüssen und Zertifikaten, die im deutschen Bildungssystem eine besondere Bedeutung besitzen, da sie als Berechtigungen Zugang zu weiteren Bildungsgängen ermöglichen und Voraussetzung für den Eintritt in diverse Positionen auf dem Arbeitsmarkt sind (vgl. Severing 2011). Insgesamt gaben knapp drei Viertel (74 %) der Anbieter, die hierzu Angaben machten, an, im Jahr 2012 Prüfungen oder Tests durchgeführt zu haben. Am häufigsten waren dies berufliche (Abschluss-)Prüfungen (Zertifikatskurse, anerkannte Abschlüsse etc.) (59 %). Prüfungen zu Computer-/PC-Kenntnissen (ECDL-Computerführerschein, Webdesign, Netzwerkadministration etc.) wurden von gut jedem fünften Anbieter durchgeführt (23 %), ebenso wie Sprachtests (21 %). Prüfungen für den Erwerb des „Zertifikats Integrationskurs“, durch das Orientierungswissen zur deutschen Rechts- und Gesellschaftsord-

²³⁹ Siehe Beschluss der KMK vom 6. März 2009 (www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Hochschulzugang-erfolqualifizierte-Bewerber.pdf).

Schaubild B2.1.2-2: Nutzung von Lernformen mit digitalen Medien 2012 (Mehrfachnennungen) und deren Veränderung in den letzten 5 Jahren



nung sowie deutsche Sprachkenntnisse nachgewiesen werden und das der Förderung der Integration von Migranten und Migrantinnen dient, wurden von 15 % der Anbieter durchgeführt. Bei ebenfalls 15 % der Anbieter wurden im Rahmen des Nachholens von Schulabschlüssen allgemeinbildende schulische Abschlussprüfungen veranstaltet. Einbürgerungstests, die Voraussetzung für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft sind, gaben 11 % der Anbieter an.

Tests, die nicht zu einem Zertifikat führen, sondern lediglich der Einstufung der Weiterbildungsinteressierten dienen und z. B. im Vorfeld einer Teilnahme an Sprachkurse angesiedelt sind, wurden von fast einem Drittel der Anbieter abgenommen (33%). Während allen anderen Prüfungen und Tests leichte Zuwächse in den letzten 5 Jahren bescheinigt wurden, ist der Trend bei den Computer-/PC-Kenntnissen rückläufig (Mittelwert: -0,2).

Lernformen mit digitalen Medien zeigen große Wachstumspotenziale

Die technischen Neuerungen und Entwicklungen bei den digitalen Medien sind gewaltig. Entsprechend

hoch sind die Zuwächse in der Nutzung digitaler Medien im Kontext von Lehren und Lernen, die von den Weiterbildungsanbietern berichtet werden. Dies gilt insbesondere bei der Anwendung von Mobile Learning (z. B. Apps) und Web 2.0/Social Media, wozu Blogs, Wikis, Gruppen bei Facebook etc. zählen. Von diesen Zuwächsen ist jedoch nur eine Minderheit der Weiterbildungsanbieter betroffen, weil die Verbreitung dieser Lernformen noch gering ist: 2012 setzten lediglich 12 % der Anbieter, die Angaben machten, Web 2.0 und Social Media in Lernformen und 4 % Mobile Learning ein → [Schaubild B2.1.2-2](#). Am häufigsten wurden Lernplattformen zur Inhaltsbereitstellung (z. B. von Schulungsunterlagen) sowie computer- bzw. webbasierte Selbstlernmodule eingesetzt (jeweils 28 %). Insgesamt nutzten 59 % der Anbieter, die sich zu diesem Themenbereich äußerten, Lernformen mit digitalen Medien; (Fach-)Hochschulen bzw. Akademien sind hier besonders aktiv (80 %). Komplette auf Lernformen mit digitalen Medien verzichten bisher 41 % der Anbieter.

(Meike Weiland, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

B2.2 Angebote der Träger der Erwachsenenbildung zur beruflichen Weiterbildung

B2.2.1 Berufliche Weiterbildung an Volkshochschulen

Die Volkshochschulen haben in vielen Bundesländern per Landesgesetz große Bedeutung bei der Versorgung der Bevölkerung mit Weiterbildung. In manchen Bundesländern hat die Bereitstellung einer Volkshochschule durch die Kommunen die Funktion der Grundversorgung mit einwohnerbezogener Förderung durch das Land (z. B. Niedersachsen), in anderen stehen die Volkshochschulen neben freien Trägern, die von Land und Kommunen gefördert werden (z. B. Bayern, Brandenburg). Der Bund ist grundsätzlich für die berufliche Weiterbildung verantwortlich, während die Länder die Verantwortung für allgemeine und politische Weiterbildung innehaben (vgl. Deutscher Bildungsrat 1970, S. 51). Dennoch schließen die Weiterbildungsgesetze der Länder in der Regel neben allgemeiner und politischer Weiterbildung auch die berufliche Weiterbildung ein (für einen Überblick über die Landesgesetze siehe Grotlischen/Haberzeth/Krug 2011, S. 358; zur Einordnung der Landesregelungen in das Gesamtsystem der Erwachsenenbildung siehe Nuissl 2011). Die Volkshochschulen sind in allen Bundesländern als öffentlich geförderte Weiterbildungseinrichtungen vertreten und bieten ein thematisch breit gefächertes Bildungsangebot, das in großen Teilen ohne Zugangsbeschränkungen für die gesamte Bevölkerung offensteht (vgl. Süsmuth/Sprink 2011, S. 473 ff.).

Die Volkshochschul-Statistik **E** erfasst als bundesweite Statistik des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV) und seiner Mitgliedseinrichtungen seit 1962 die personelle und finanzielle Ausstattung der Volkshochschulen sowie das Angebot in verschiedenen Veranstaltungsarten, Unterrichtsstunden und Belegungen; die statistische Erhebung wird jährlich vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) durchgeführt.²⁴⁰ Seit 1998 besteht

die Systematik, in der auch heute noch die thematische Zuordnung der erfassten Veranstaltungen stattfindet. Es gibt 6 sogenannte Programmbereiche: (1) Politik – Gesellschaft – Umwelt, (2) Kultur – Gestalten, (3) Gesundheit, (4) Sprachen, (5) Arbeit – Beruf, (6) Grundbildung – Schulabschlüsse. Der Programmbereich Arbeit – Beruf umfasst unter anderem Lehrgänge zu den Themen IuK-Anwendungen²⁴¹, Büropraxis, Rechnungswesen, berufsqualifizierende Grund- und Fachlehrgänge sowie Angebote zum Themenfeld Organisation/Management (siehe für die einzelnen Fachgebiete Hunte mann/Reichart 2013, Tabelle 10). Beruflich verwertbare Kenntnisse und Qualifikationen werden auch in anderen Programmbereichen vermittelt, z. B. als Erzieherfortbildung (Programmbereich 1) oder als Sprachkurs mit Zertifikatserwerb (Programmbereich 4), sind allerdings dort aufgrund der Erhebungsmethodik nicht identifizierbar **E**.

E Volkshochschul-Statistik

In **→ Tabelle B2.2.1-1** sind **Kursveranstaltungen** sowie die dazugehörigen Unterrichtsstunden und Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf ausgewiesen. Die dargestellten Summen beziehen sich jeweils auf das zugehörige Kalenderjahr. Ein Kurs ist definiert als eine Weiterbildungsveranstaltung mit mindestens 3 Unterrichtsstunden, die am Sitzort der Volkshochschule stattfindet. Eine Unterrichtsstunde umfasst 45 Minuten. Unter einer Belegung wird ein Teilnahmefall an einer Veranstaltung verstanden. Wenn dieselbe Person in einem Beobachtungszeitraum an mehreren Veranstaltungen teilnimmt, wird sie mehrfach als Belegung gezählt, die Anzahl der Belegungen ist also höher als die Anzahl der Personen, die an den Veranstaltungen teilnehmen. Außer im Programmbereich Arbeit – Beruf findet berufliche Weiterbildung auch in anderen Programmbereichen statt (z. B. im Programmbereich Sprachen: „Wirtschaftsenglisch“). Da die Erfassung der Veranstaltungen jedoch nach inhaltlichen Aspekten und nicht nach dem Zweck erfolgt, den die Teilnehmenden mit ihrem Besuch verfolgen, ist eine Ausdifferenzierung berufsbezogener Veranstaltungen hier nicht möglich. Daher sind die berichteten Werte als

240 Vgl. die online verfügbaren Jahresbände www.die-bonn.de/publikationen/recherche.aspx?schlagwort=volkshochschul-statistik+arbeitsjahr und Pehl/Reitz.

241 „Informations- und Kommunikationstechnik“: PC-Kurse oder Kurse zum Umgang mit (teils fachspezifischer) Software.

Mindestzahlen des Angebots beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen zu interpretieren.²⁴²

Dargestellt sind jeweils die in den Volkshochschulen im Berichtsjahr durchgeführten Kurse sowie die zugehörigen Unterrichtsstunden und Belegungen. In der Regel sind die Angebote der Volkshochschulen öffentlich ausgeschrieben (z. B. über das Programmheft, die Website) und allen Interessierten (ggf. verbunden mit der Anforderung von Vorkenntnissen) zugänglich. Auftrags- und Vertragsmaßnahmen sind Veranstaltungen für einen geschlossenen Teilnehmerkreis, die die Volkshochschule im Auftrag eines Dritten (z. B. lokale Arbeitsgemeinschaft als Träger [ARGE] für Leistungen nach dem SGB II, Bundesagentur für Arbeit, andere staatliche Instanz oder privatwirtschaftliches Unternehmen) durchführt. Diese werden seit 1998 getrennt erfasst. Vor 1998 sind diese Veranstaltungen in der Gesamtsumme enthalten. Neben den Kursen gibt es an den Volkshochschulen noch andere Veranstaltungsarten (Einzelveranstaltungen, Studienfahrten, Studienreisen), die in der Tabelle nicht eingeschlossen sind; im Programmbereich Arbeit – Beruf machen diese weniger als 1 % der Unterrichtsstunden aus.

Die in → **Tabelle B2.2.1-2** ausgewiesene **VHS-Weiterbildungsdichte** ist definiert als die Unterrichtsstunden in Kursen an VHS pro 1.000 Einwohner/-innen des jeweiligen Versorgungsgebiets auf Länderebene (Datenbasis für Bevölkerungsstand auf Landesebene bis einschließlich Berichtsjahr 2008: 30. Juni des Berichtsjahres; ab Berichtsjahr 2009: 31. Dezember des dem Berichtsjahr vorhergehenden Jahres). In der Tabelle ist diese Kennzahl jeweils nur auf die Veranstaltungen im Programmbereich Arbeit – Beruf bezogen und nach Landesteilen (alte/neue Bundesländer) differenziert.

Bei der **Erhebung der Teilnahmefälle nach Geschlecht** wird nicht zwischen offenen Kursen und Auftrags- und Vertragsmaßnahmen differenziert. Die Prozentanteile beziehen sich auf die Teilnehmenden in den Kursangeboten im Programmbereich Arbeit – Beruf insgesamt. Nicht für alle Teilnahmefälle liegt die Information zum Geschlecht vor. Die Erfassungsquote betrug im Berichtsjahr 2012 83,8 % der Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf.

Angebot beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen

Gemäß der Statistik umfasste das Kursangebot der Volkshochschulen an beruflicher Weiterbildung im Jahr 2012 bundesweit knapp 63.200 Veranstaltungen → **Tabelle B2.2.1-1**. Die Gesamtzahl der Kurse war damit, wie alle anderen Indikatoren auch, gegenüber dem Vorjahr rückläufig (zur langfristigen Entwicklung in den Jahren seit 1991 siehe genauer BIBB-Datenreport 2010, Kapitel B2.2.1). Unterrichtsstunden und Belegungen gingen mit Raten von 11,7 % bzw. 7,7 % stärker zurück als Kurse (-6,5 %).

Auch bei den Auftrags- und Vertragsmaßnahmen nahmen Kurse (-0,9 %), Unterrichtsstunden (-17 %) und Belegungen (-3,2 %) gegenüber 2011 ab. Es waren 12,9 % der Kursveranstaltungen, 34,4 % der Unterrichtsstunden und 17,5 % der Belegungen diesem Angebotssegment zuzuordnen – ein etwas geringerer Anteil bei allen Indikatoren als im Vorjahr.

Auftrags- und Vertragsmaßnahmen umfassen in der Regel deutlich mehr Stunden als offene Angebote; 2012 beinhaltete eine Auftrags- und Vertragsmaßnahme in der beruflichen Weiterbildung 77,3 Unterrichtsstunden, ein Kurs im offenen Angebot hingegen nur 22,0 Unterrichtsstunden. Die durchschnittliche Dauer beider Kursformen ist jedoch der Tendenz nach in den letzten Jahren zurückgegangen, bei den Auftrags- und Vertragsmaßnahmen war der Rückgang im letzten Jahr besonders stark (der Wert betrug 2011 noch 92,3 Unterrichtsstunden/Kurs).

Im Jahr 2012 umfasste der Programmbereich Arbeit – Beruf 11 % der Kurse an Volkshochschulen, mit 12,5 % der Unterrichtsstunden und 9,1 % der Belegungen (Huntemann/Reichart 2013, Tabelle 9).

242 Ab 2014 findet, gefördert durch das BMBF, eine große Revision der VHS-Statistik im Rahmen des Verbunds Weiterbildungsstatistik statt (vgl. **Kapitel B2.2.3**). Ziel dieser Revision ist unter anderem, berufsbezogene Veranstaltungen und Angebote in einem neuen Kategoriensystem explizit auszuweisen. Die erste Erhebung nach dem neuen System wird voraussichtlich zum Berichtsjahr 2017 erfolgen.

Tabelle B2.2.1-1: Kursveranstaltungen im Programmbereich Arbeit – Beruf an Volkshochschulen 1991 bis 2012¹

Jahr	Kurse	davon in Auftrags- und Vertragsmaßnahmen ²	Unterrichtsstunden	davon in Auftrags- und Vertragsmaßnahmen	Belegungen	davon in Auftrags- und Vertragsmaßnahmen
1991	57.305		2.488.042		776.436	
1992	61.165		2.627.921		819.944	
1993	62.709		2.511.608		824.698	
1994	64.931		2.454.588		831.082	
1995	70.606		2.754.100		869.417	
1996	76.357		2.877.652		912.512	
1997	80.965		2.776.602		934.566	
1998	85.188	4.397	3.061.012	651.734	964.542	58.369
1999	91.123	6.311	3.181.715	831.049	1.011.132	81.062
2000	103.783	7.001	3.384.369	857.737	1.141.382	87.758
2001	102.402	7.823	3.281.324	868.904	1.076.983	90.395
2002	90.075	7.321	3.197.180	978.760	913.724	89.158
2003	82.473	6.807	2.902.186	946.622	823.996	85.159
2004	78.809	7.325	2.587.382	819.748	761.649	75.495
2005	73.736	6.436	2.307.864	690.382	709.790	79.013
2006	73.482	6.922	2.342.569	776.598	711.772	88.690
2007	74.171	7.691	2.326.551	772.029	719.025	96.782
2008 ³	74.248	8.499	2.260.828	708.435	713.115	106.312
2009	72.480	9.286	2.277.573	743.589	693.740	115.600
2010	70.794	9.089	2.298.725	870.572	667.924	117.205
2011	67.570	8.235	2.086.992	760.502	617.806	103.140
2012	63.163	8.160	1.842.342	630.993	570.004	99.794

¹Bis einschließlich 1997 wurden die Themen der Angebote an Volkshochschulen nach sog. „Stoffgebieten“ gegliedert. Die bis zu diesem Jahr dargestellten Zahlen wurden aus den Stoffgebieten Verwaltung und Kaufmännische Praxis (vollständig) sowie anteilig aus Mathematik – Naturwissenschaften – Technik, Stoffgebietsübergreifende und sonstige Kurse und Haushaltsführung zusammengestellt.

²Bis einschließlich 1997 sind die Auftrags- und Vertragsmaßnahmen in den Gesamtsummen für Kurse, Unterrichtsstunden und Belegungen enthalten.

³Zahlen nachträglich korrigiert.

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Volkshochschul-Statistik

Weiterbildungsdichte beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen

Wie → **Tabelle B2.2.1-2** zeigt, ist das Angebot an beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen in den alten Ländern deutlich höher als in den neuen Ländern. Bezogen auf die Einwohnerzahl in beiden Gebieten war die Versorgung mit Angeboten der Volkshochschulen im Programmbereich Arbeit – Beruf in Westdeutschland über den betrachteten Zeitraum hinweg stets höher (siehe für die Beschreibung der Entwicklung seit 1991 BIBB-Datenreport 2010, Kapitel B2.2.1).

Im Jahr 2012 sind die Unterrichtsstunden in den neuen Ländern mit 8,4 % gegenüber dem Vorjahr etwas weniger stark zurückgegangen als in den alten Ländern (-12,0 %). Allerdings ist der langfristige Rückgang in den neuen Ländern deutlich größer – er beträgt seit dem Jahr 2000 in den neuen Ländern 63,5 %, in den alten Ländern 43,0 %.

Die VHS-Weiterbildungsdichte im Programmbereich Arbeit – Beruf **E** betrug 2012 noch 9,6 Unterrichtsstunden pro 1.000 Einwohner/-innen der neuen Länder und 26,2 Unterrichtsstunden pro 1.000 Einwohner/-innen in den alten Ländern. Dort entfiel 2012 mit 36,7 % ein deutlich höherer Anteil der

Tabelle B2.2.1-2: Umfang beruflicher Weiterbildung in den alten und neuen Ländern 1991 bis 2012

Jahr	Unterrichtsstunden im Programmbereich Arbeit – Beruf		VHS-Weiterbildungsdichte im Programmbereich Arbeit – Beruf	
	Alte Länder	Neue Länder	Alte Länder	Neue Länder
1991	2.076.114	411.928	33,7	22,7
1992	2.118.474	509.447	33,8	28,5
1993	2.012.506	499.102	31,8	28,0
1994	2.011.693	442.895	31,6	25,0
1995	2.312.364	441.736	36,1	25,0
1996	2.443.463	434.189	37,9	24,7
1997	2.365.970	410.632	36,7	23,4
1998	2.637.742	423.270	40,9	24,2
1999	2.787.144	394.571	43,1	22,7
2000	2.965.697	418.672	45,7	24,2
2001	2.888.080	393.244	44,3	22,9
2002	2.861.131	336.049	43,7	19,7
2003	2.611.431	290.755	39,8	17,1
2004	2.335.414	251.968	35,6	14,9
2005	2.080.288	227.576	31,7	13,6
2006	2.121.535	221.034	32,3	13,2
2007	2.101.481	225.070	32,0	13,6
2008 ¹	2.045.805	215.023	31,2	13,0
2009	2.088.543	189.030	31,8	11,5
2010	2.116.519	182.206	32,4	11,1
2011	1.920.277	166.715	29,4	10,2
2012	1.689.713	152.629	26,2	9,6

¹ Zahlen nachträglich korrigiert.

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Volkshochschul-Statistik

Unterrichtsstunden auf Auftrags- und Vertragsmaßnahmen als in den neuen Ländern (6,7%).

Verteilung der Teilnahmefälle an beruflicher Weiterbildung in Volkshochschulen nach Geschlecht

Der Frauenanteil liegt im Kursbereich insgesamt bei etwa drei Viertel der Teilnahmefälle (seit 1991 zwischen 73,1 % und 75,8 %; vgl. Huntemann/Reichart; Pehl/Reitz; Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes). Im Programmbereich Arbeit – Beruf ist der Frauenanteil bei den Teilnahmefällen geringer. Im Jahr 2012 lag er bei 64,7 % und erreichte damit einen Höchstwert seit Erfassung dieses Merkmals. Seit 1997 lag der Frauenanteil im Programmbereich Arbeit – Beruf über der 60 %-Marke, mit seitdem steigender Tendenz bei leichten Schwankungen.

Die Volkshochschulen sind ein Anbieter, der niedrigschwellige berufsbildende Angebote für die breite Bevölkerung (z. B. im Bereich der EDV-Kenntnisse) vorhält, aber auch an berufsfachlichen Qualifizierungen beteiligt ist. Auch für Frauen, die durch ihre im Durchschnitt geringere Beteiligung am Erwerbsleben seltener Gelegenheit zu beruflicher Weiterbildung haben, öffnen die Volkshochschulen einen Zugang zu beruflicher Weiterbildung. Darüber hinaus wird an den Volkshochschulen im Rahmen von Auftrags- und Vertragsmaßnahmen zielgruppenspezifische Weiterbildung durchgeführt, etwa für Arbeitssuchende (vgl. **Kapitel B3.1**) oder für Beschäftigte von Betrieben (vgl. **Kapitel B1.2**).

(Elisabeth Reichart, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

B2.2.3 Weiterbildungsstatistik im Verbund

Seit dem Berichtsjahr 2002 werden in der Weiterbildungsstatistik im Verbund **E** jährlich Daten zu Personal, Finanzierung und Veranstaltungsprofilen der im Verbund zusammengeschlossenen Weiterbildungsorganisationen veröffentlicht. Die statistische Erhebung wird vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE) durchgeführt. Zu den im Verbund zusammengeschlossenen Organisationen gehören der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (BAK AL), die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) und die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE). Der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) ist assoziiertes Mitglied im Verbund. Die Daten des DVV werden in **Kapitel B2.2.1** gesondert aufgeführt. Die folgenden Darstellungen beziehen sich auf die Verbände AdB, AL, DEAE und KBE. Der AdB hatte sich 2009 einmalig nicht an der jährlichen Erhebung beteiligt, bei der Interpretation der Daten und einem Vergleich mit Vorjahreszahlen ist dies zu berücksichtigen.

Die im Verbund zusammengeschlossenen Einrichtungen bieten ein breites thematisches Spektrum an Weiterbildung an, die berufliche Weiterbildung stellt einen Teil des Angebotes dar. Die thematische Zuordnung der durchgeführten Veranstaltungen erfolgt anhand der Systematik Politik – Gesellschaft, Familie – Gender – Generationen, Religion – Ethik, Umwelt, Kultur – Gestalten, Gesundheit, Sprachen, Arbeit – Beruf, Grundbildung – Schulabschlüsse. Die Veranstaltungen des im Folgenden dargestellten Themenbereichs Arbeit – Beruf werden anhand verschiedener thematischer Oberkategorien erfasst, wie Arbeitstechniken, Interessenvertretung, kaufmännische Praxis, Management, Wirtschaft. Neben den Veranstaltungen des Bereichs Arbeit – Beruf können auch die Veranstaltungen der anderen Themenbereiche für die Teilnehmenden von beruflichem Interesse sein und für eine berufliche Weiterbildung genutzt werden. Da die Veranstaltungen jedoch nach inhaltlichen Kriterien erfasst und anders als im *Adult Education Survey* (vgl. **Kapitel B1.1**) nicht der Zweck der Teilnahmen erfragt wird, ist hier eine vollständi-

ge Abbildung von berufsbezogenen Veranstaltungen nicht möglich. Die dargestellten Daten können somit als Mindestwerte für berufliche Weiterbildung interpretiert werden.

E Weiterbildungsstatistik im Verbund (Verbundstatistik)

Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich ausschließlich auf die durchgeführten Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Belegungen eines Kalenderjahres aus dem Themenbereich Arbeit – Beruf der Verbände AdB, BAK AL, DEAE und KBE. Als Veranstaltung gezählt werden durchgeführte Kurse, Seminare und Lehrgänge, Studienfahrten und -reisen sowie Vorträge und andere Kurzformen mit bis zu 3 Unterrichtsstunden. Eine Unterrichtsstunde umfasst 45 Minuten. Unter einer Belegung wird ein Teilnahmefall an einer Veranstaltung verstanden. Eine Person, die mehrere Veranstaltungen belegt, wird mehrfach gezählt. Die Anzahl der Belegungen kann daher höher sein als die Anzahl der teilnehmenden Personen.

2011 bilden 2.218 Einrichtungen die Grundgesamtheit der Mitgliedseinrichtungen der im Verbund zusammengeschlossenen Träger von Weiterbildung. Die Erfassungsquoten fallen bei den Verbänden unterschiedlich aus, sie variieren zwischen 35 % und 98 %. Erfasst wurden die Daten von Einrichtungen, die dargestellten Ergebnisse wurden auf Basis der Erfassungsquoten auf die Grundgesamtheit hochgerechnet (vgl. Horn/Ambos 2013).

Nicht für alle Teilnahmefälle liegen Informationen zum Geschlecht vor. Die in **→ Tabelle B2.2.3-2** dargestellten Prozentangaben beziehen sich auf die jeweils gültigen Nennungen. Für insgesamt 72 % der Belegungen in Veranstaltungen mit mehr als 3 Unterrichtsstunden im Bereich Arbeit – Beruf wurden Angaben zum Geschlecht gemacht.

Angebot beruflicher Weiterbildung

Das im Themenbereich Arbeit – Beruf abgebildete Angebot von AdB, BAK AL, DEAE und KBE umfasst im Jahr 2011 knapp 25.000 Veranstaltungen, die mit rund 958.000 Unterrichtsstunden durchgeführt werden und 420.000 Belegungen verzeichnen können **→ Tabelle B2.2.3-1**.

Tabelle B2.2.3-1: **Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Belegungen im Themenbereich „Arbeit und Beruf“ im Verbund Weiterbildungsstatistik 2011**

Themenbereich „Arbeit und Beruf“ (Hochrechnung)						
Bundes-organisationen	Veranstaltungen	Anteil an allen Veranstaltungen in %	Unterrichtsstunden	Anteil an allen Unterrichtsstunden in %	Belegungen	Anteil an allen Belegungen in %
AdB	2.483	12,2	46.348	11,1	45.636	9,3
BAK AL	3.622	38,9	337.232	60,2	52.262	36,7
DEAE	5.458	3,1	77.063	4,9	96.700	2,7
KBE	13.431	5,2	497.157	13,9	225.126	3,9
Insgesamt	24.994	5,4	957.800	15,6	419.725	4,2

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Weiterbildungsstatistik im Verbund 2011

Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies für die 2010 an der Statistik beteiligten Organisationen einen Zuwachs bei den Unterrichtsstunden sowie einen Rückgang bei den Veranstaltungen und den Teilnahmen. Die Unterrichtsstunden steigen um 3 %, die Veranstaltungen gehen um 3 % zurück, die Teilnahmen um 12 %.

Für den Verbund insgesamt betrachtet nimmt die berufliche Weiterbildung eine eher nachrangige Rolle ein. Der Bereich Arbeit – Beruf umfasst 5 % der insgesamt durchgeführten Veranstaltungen, der Anteil der Teilnahmen an der Summe aller Belegungen liegt bei 4 %. Der Anteil der Unterrichtsstunden am Gesamtvolumen liegt deutlich höher, er erreicht 16 %. Dieser höhere Anteil ist erklärbar durch die im Rahmen beruflicher Weiterbildungsangebote durchgeführten Auftrags- und Vertragsmaßnahmen für geschlossene Gruppen, die durchschnittlich länger dauern als offene Angebote.

Ein differenzierterer Blick auf die einzelnen Verbände zeigt, dass die berufliche Weiterbildung in unterschiedlichem Ausmaß das jeweilige inhaltliche Programmprofil prägt. Ein Vergleich zwischen den Organisationen des Verbundes weist deutliche Unterschiede in der thematischen Schwerpunktsetzung auf. Bei dem Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben stellt die berufliche Weiterbildung einen relevanten Teil des Angebots dar, wobei hier die Verbindung zwischen politischer und beruflicher Weiterbildung im Fokus steht. Zu den Themen Interessenvertre-

terung, Mitbestimmung und Tarifrecht werden 3.600 Veranstaltungen und 337.000 Unterrichtsstunden durchgeführt. Der Anteil der Veranstaltungen mit beruflichen Themen liegt bei 39 % des Gesamtprogramms, der Anteil am gesamten Unterrichtsstundenvolumen beträgt 60 %.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten bietet knapp 2.500 Veranstaltungen mit mehr als 46.000 Unterrichtsstunden zu den Themen Wirtschaft, Arbeit, Management und Arbeitstechniken an. Der Anteil der Veranstaltungen mit beruflichen Themen am Gesamtprogramm liegt bei 12 %, der Anteil der Unterrichtsstunden am Gesamtvolumen bei 11 %.

Bei den konfessionell getragenen Bildungsstätten zeigt sich ein etwas anderes Bild. Das inhaltliche Profil wird nicht durch berufliche Weiterbildung geprägt. Dennoch ist das Angebotsvolumen an beruflicher Weiterbildung, gemessen an der Anzahl der Veranstaltungen, größer als beim BAK AL.

Die KBE stellt mit 13.500 Veranstaltungen und mehr als 497.000 Unterrichtsstunden das größte Angebotsvolumen im Bereich Arbeit – Beruf. Nach Anzahl der Unterrichtsstunden und durchgeführter Veranstaltungen ist sie unter den in diesem Kontext dargestellten Organisationen auch die größte Anbieterin von Weiterbildung. Im Gesamtangebot spielt die berufliche Weiterbildung allerdings eine nachrangige Rolle – die KBE versteht sich primär als Anbieterin religiöser und kultureller Weiterbildung.

Tabelle B2.2.3-2: **Belegungen differenziert nach Geschlecht der Teilnehmenden im Themenbereich „Arbeit und Beruf“ im Verbund Weiterbildungsstatistik 2011**

Themenbereich „Arbeit und Beruf“ Veranstaltungen mit mehr als 3 Unterrichtsstunden (Hochrechnung)							
Bundes- organisationen	Veranstaltungen	Unterrichts- stunden	Belegungen	davon Frauen	Anteil von Frauen in %	davon Männer	Anteil von Männern in %
AdB	2.372	46.009	43.350	23.245	55,8	18.397	44,2
BAK AL	3.549	335.125	50.885	15.710	30,9	35.145	69,1
DEAE	3.328	72.068	49.924	16.779	68,2	7.841	31,8
KBE	7.386	474.524	96.251	40.816	71,7	16.118	28,3
Insgesamt	16.635	927.726	240.411	96.549	55,5	77.502	44,5

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Weiterbildungsstatistik im Verbund 2011

Deutlich sichtbar wird dies an dem Verhältnis des Themenbereichs Arbeit – Beruf zum Gesamtangebot: Der Anteil dieser Veranstaltungen liegt bei 5 %, der Anteil am Unterrichtsstundenvolumen bei 14 %. Der andere konfessionelle Trägerverband, der DEAE, bietet knapp 5.500 Veranstaltungen mit rund 77.000 Unterrichtsstunden an. Die Themenbereiche religiöse Bildung, Lebensformen und politische Bildung werden von der DEAE als Aufgabenschwerpunkte erachtet, berufliche Weiterbildung hat einen eher untergeordneten Stellenwert. Der Anteil der Veranstaltungen im Themenbereich Arbeit – Beruf liegt bei 3 %, der Anteil am gesamten Unterrichtsstundenvolumen bei 5 %.

Teilnehmende an beruflicher Weiterbildung nach Geschlecht

Laut Adult Education Survey 2010 und 2012 beteiligen sich Frauen im Vergleich zu Männern etwas häufiger an individueller beruflicher Weiterbildung (vgl. Kapitel B1.1). Dieses Bild zeigt sich bei den Mitgliedseinrichtungen des Verbundes in ähnlicher Weise. Der Anteil an Belegungen durch Frauen im Bereich Arbeit – Beruf liegt bei 56 %, der Männeranteil liegt bei 44 %.

Deutliche Unterschiede gibt es zwischen den einzelnen Verbänden. Beim BAK AL ist der Anteil der männlichen Teilnehmer mit 69 % am höchsten, auch

im Gesamtprogramm des Verbandes überwiegen mit einem Anteil von 60 % die männlichen Teilnehmer. Während der BAK AL mit seinem Fokus auf politisch orientierte berufliche Weiterbildung eher männliche Teilnehmer erreicht, sind bei den konfessionellen Trägern KBE und DEAE mehr als zwei Drittel der Teilnehmenden an beruflicher Weiterbildung Frauen. Bei der KBE werden 72 % der Belegungen von beruflicher Weiterbildung durch Teilnehmerinnen gebucht. Der Frauenanteil an den Belegungen im Bereich Arbeit – Beruf liegt damit über dem durchschnittlichen Anteil weiblicher Belegungen an beruflicher Weiterbildung im Verbund, allerdings überwiegt mit 74 % auch der Frauenanteil an den Belegungen im Gesamtprogramm der KBE. Bei der DEAE liegt der Anteil der Frauen an beruflichen Veranstaltungen bei 68 % und damit nur leicht unter dem Frauenanteil von 70 % im Gesamtprogramm der KBE. Beim AdB bildet die Geschlechterverteilung das Verhältnis im Verbund insgesamt ab. Der Anteil an Belegungen durch Frauen im Bereich Arbeit – Beruf liegt bei 56 %, der Männeranteil bei 44 %. Die Verteilung der Teilnahmen nach Geschlecht zeigt → [Tabelle B2.2.3-2](#).

(Christina Weiß, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

B2.3 Fernlernen

Die Erhebung von Daten zu Angebots-, Anbieter- und Teilnahmestrukturen bei Fernlehrgängen hat in Deutschland eine langjährige Tradition: Seit 1984, also seit fast 30 Jahren, werden die Anbieter dieser Bildungsangebote jährlich auf freiwilliger Basis im Rahmen der Fernunterrichtsstatistik befragt. Dabei wurde – trotz Veränderungen im Hinblick auf die erhebende Stelle – der Fragebogen fast unverändert beibehalten. Der Fachverband „Forum DistanzE-Learning (FDL)“ übernahm 2009 die Befragung und zeichnet seither für die Fernunterrichtsstatistik verantwortlich. Zusätzlich wurde für die nachfolgende Darstellung ergänzendes Datenmaterial der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) und des Gemeinnützigen Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) herangezogen.

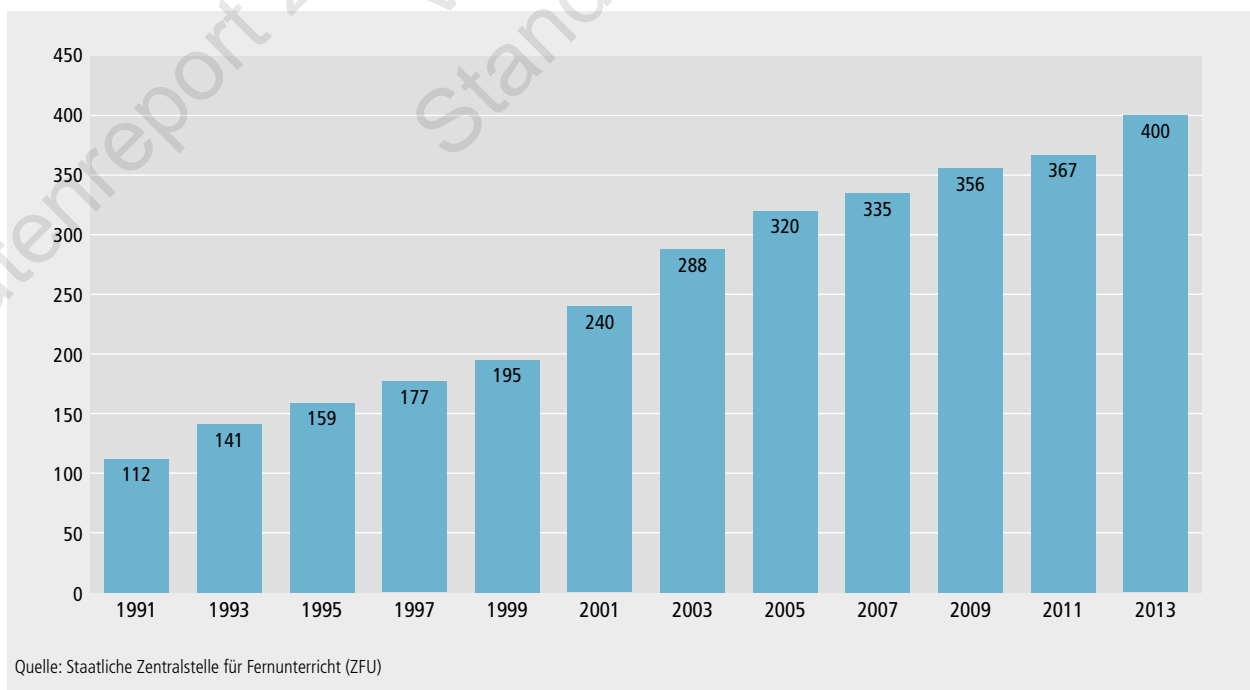
Anbieter von Fernlehrgängen

Die Zahl der bei der ZFU registrierten Anbieter hat sich im Vergleich zum Vorjahr wieder deutlich erhöht, und zwar von 383 (Stichtag 1. August 2012)

auf 400 (Stichtag 1. August 2013). Dies entspricht einer Zunahme um 4,3%. Seit der Wiedervereinigung (hier: seit 1991) hat sich somit ihre Anzahl von 112 auf 400 mehr als verdreifacht → **Schaubild B2.3-1**. Der kontinuierliche Anstieg in den 1990er-Jahren dürfte nicht zuletzt auf den erhöhten Weiterbildungsbedarf in den damals neuen Bundesländern zurückzuführen sein, während die fast sprunghafte Zunahme im Zeitraum 1999 bis 2005 wohl vor allem der technologischen Entwicklung (E-Learning) geschuldet war. Der kontinuierliche Anstieg verweist darüber hinaus auf die inhaltliche Ausdifferenzierung der Angebotspalette, in der sich eine große Zahl kleiner und kleinster Anbieter mit zum Teil hoch spezialisierten Nischenprodukten behauptet.

Nähere Aussagen über die Anbieterstruktur ermöglicht die Fernunterrichtsstatistik 2012 des FDL. Im Rahmen dieser Erhebung wurden 352 Fernlehrinstitute angeschrieben, von denen sich 105 (29,8%) an der Befragung beteiligten. Im Vergleich zum Vorjahr (345 angeschriebene Institute) hat sich damit die Zahl der einbezogenen Anbieter zwar leicht erhöht, jedoch ließ die Beteiligungsbereitschaft im Zeitver-

Schaubild B2.3-1: Anbieter von zugelassenen Fernlehrgängen im Zeitraum 1991 bis 2013



lauf deutlich nach. 2011 beteiligten sich noch 34,8 % der angeschriebenen Institute an der Fernunterrichtsstatistik; 2010 waren es 38,1 %.

Die Marktsituation der 352 vom FDL befragten Fernlehrinstitute stellt sich folgendermaßen dar: Der größte Teil der angeschriebenen Anbieter (310; 88,1 %) ist relativ spezialisiert und bietet weniger als 11 Lehrgänge an; jeweils weitere 17 (4,8 %) haben bis zu 20 bzw. 21 bis 50 unterschiedliche Lehrgänge in ihrem Portfolio. 3 Anbieter (0,9 %) halten zwischen 51 und 100 verschiedene Lehrgänge bereit. Mehr als 100 Lehrgänge werden von 5 Instituten (1,4 %) angeboten.

Im Hinblick auf die Anzahl der Teilnahmen zeigt sich folgendes Bild: Von den beteiligten Instituten (n = 105) haben 9 mehr als 5.000 Teilnahmen jährlich, 12 zwischen 1.001 und 5.000. 24 geben 101 bis 1.000 Teilnahmen an und 23 Institute 11 bis 100 Teilnahmen. 6 Institute haben 1 bis 10 jährliche Teilnahmen, und 31 weisen keine Teilnahmen aus.

Teilnehmende an Fernlehrgängen

Für das Jahr 2012 erhob der FDL bei den beteiligten Instituten insgesamt 172.353 Teilnahmen an staatlich zugelassenen Fernlehrgängen. Im Vergleich zu 2011 (180.910 Teilnahmen) verringerte sich ihre Zahl damit um 4,7 %.²⁴³ Mit 52,2 % ging der Frauenanteil 2012 im Vergleich zu 2011 (52,8 %) geringfügig zurück; die etwas stärkere Beteiligung von Frauen in (nicht akademischen) Fernlehrgängen, die seit einigen Jahren zu beobachten ist, setzte sich fort. Hinsichtlich des Alters der Teilnehmer/-innen zeigen sich im Vergleich zu den Vorjahren nur geringfügige Änderungen: Noch immer sind zwei Drittel (65,2 %)

Tabelle B2.3-1: **Teilnehmende an Fernlehrgängen nach Altersgruppen (in %)**

bis 20 Jahre	3,7 %
21–25 Jahre	16,9 %
26–30 Jahre	20,9 %
31–35 Jahre	16,1 %
36–40 Jahre	11,3 %
41–50 Jahre	16,8 %
51 und mehr Jahre	6,7 %
Alter unbekannt	7,6 %

Quelle: Forum DistanzE Learning 2013, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

der Fernlernenden zwischen 21 und 40 Jahre alt (2011: 65,8 %) → **Tabelle B2.3-1**.

Fernlehrgänge – Angebot

Analog zur Anbieterentwicklung ist im aktuellen Berichtsraum – wie in den Vorjahren – eine deutliche Zunahme von staatlich zugelassenen Fernlehrgängen zu beobachten. Zum Stichtag 1. August 2013 waren bei der ZFU 3.076 zulassungspflichtige Bildungsangebote registriert, von denen ihren Angaben zufolge 2.811 beruflich verwertbare Themen behandeln und 265 der Freizeitgestaltung dienen. Im Vergleich zum Vorjahr (insgesamt 2.982 registrierte Fernlehrgänge) stieg das Gesamtangebot damit um 3 % an. Während sich der Anstieg bei den berufsbildenden Themen auf 2,8 % belief (absolut: 74 zusätzliche zulassungspflichtige Angebote im Vergleich zu 2012), nahmen zulassungspflichtige Angebote zur Freizeitgestaltung im Vergleich zum Vorjahr um 5,7 % zu (absolut: 15 zusätzliche Kurse).

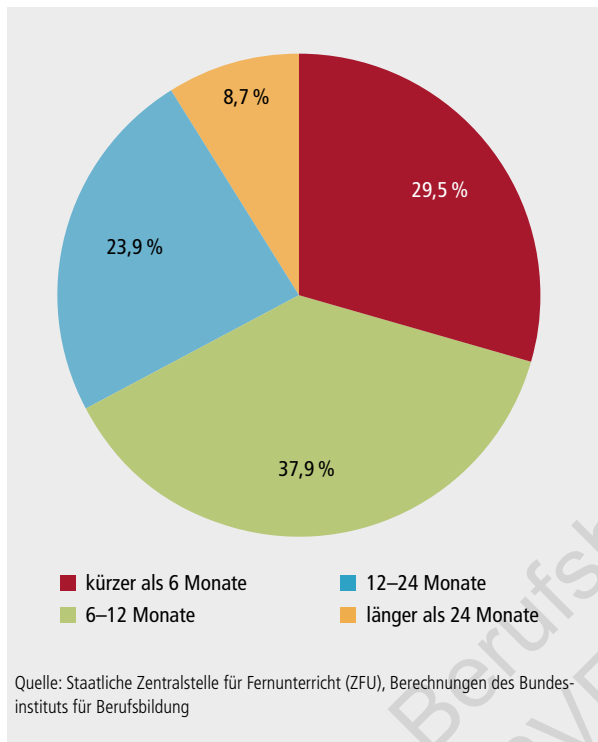
Von den 3.076 staatlich zugelassenen Bildungsangeboten im Fernlernen bereiten knapp zwei Drittel (1.984; 64,5 %) auf eine Abschlussprüfung vor, während 1.092 ohne abschließende Lernerfolgskontrolle enden. Damit setzt sich der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Trend zu Prüfungsabschlüssen in leicht abgeschwächter Form fort (prozentualer Anteil der Fernlehrgänge mit Abschlussprüfung 2012: 64,8 %). Dabei können nach Angaben der ZFU bei mehr als zwei Drittel der Bildungsangebote

243 Zusätzlich zu den erhobenen Daten ergänzt der FDL die Teilnehmezahlen um Schätzungen, die auf seiner Branchenkenntnis und seinem Marktüberblick basieren: Für das Jahr 2012 geht er von weiteren 68.400 Teilnehmenden aus und kommt somit auf insgesamt 240.753 Teilnahmen an staatlich zugelassenen Fernlehrgängen in 2012.

2011 wurden 181.677 Teilnehmende erhoben und weitere 63.140 geschätzt, sodass die Fernunterrichtsstatistik 2011 des FDL insgesamt 244.817 Teilnahmen an staatlich zugelassenen Fernlehrgängen auswies.

Grundlage für die Aufbereitungen der Fernunterrichtsstatistik des FDL im Datenreport des BIBB bilden ausschließlich die empirisch erhobenen Daten. Würden die Schätzungen ebenfalls berücksichtigt, wäre zwar 2012 im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls ein leichter Rückgang bei den Teilnahmen an zugelassenen Fernlehrgängen zu verzeichnen, jedoch belief sich dieser nur auf ca. 1,7 %.

Schaubild B2.3-2: Lehrgangsdauer (in %)



(67,2 %) nonformale Abschlüsse in Form von Teilnahmezertifikaten des Anbieters erworben werden. Einen öffentlich-rechtlichen Abschluss ermöglichen 20,5 % und eine allgemeinbildende Schul- bzw. eine Fachschulprüfung 11,5 % der Angebote. Weitere 0,8 % bereiten auf verbandsinterne Prüfungen vor.

Wie im Vorjahr haben rund zwei Drittel der zugelassenen Fernlehrgänge eine Laufzeit von bis zu 12 Monaten → [Schaubild B2.3-2](#).

Am häufigsten wurden erneut Lehrgänge mit Bildungsinhalten zu „Wirtschaft und kaufmännischer Praxis“ besucht (27,5 %; 2011: 27,3 %). An dieser Dominanz hat sich seit 1983 kaum etwas geändert. Während auch andere Lehrgangsinhalte über die Jahre hinweg eine relativ „eingepegelte“ Beteiligung aufweisen (z. B. EDV-Lehrgänge, die hier seit 2000 ausgewiesen werden), scheint die Beteiligung bei anderen Themen (z. B. Sprachlehrgänge) zyklisch zu verlaufen oder im Laufe der Zeit eher abzunehmen (z. B. Mathematik, Naturwissenschaften, Technik) → [Tabelle B2.3-2](#).

Tabelle B2.3-2: Teilnahme an nicht akademischen Fernlehrgängen nach Themenbereichen 1983, 1990, 2000, 2006 und 2012 (in %)

Themenbereiche	1983	1990	2000	2006	2012
Wirtschaft und Kaufmännische Praxis	32,0	35,0	29,0	25,0	27,5
Allgemeinbildende Schulabschlüsse			13,0	17,5	15,5
Betriebswirt/-in, Techniker/-in, Übersetzer/-in	22,0	22,0	7,0	9,0	13,7
Freizeit, Gesundheit, Haushaltsführung	9,0	8,5	10,5	14,5	12,8
EDV-Lehrgänge	k.A.	k.A.	6,5	7,0	8,2
Pädagogik/Psychologie	2,0	2,5	10,5	7,5	7,8
Mathematik, Naturwissenschaften, Technik	13,5	13,0	13,0	6,0	6,0
Sprachen	17,0	14,5	4,5	9,0	5,8
Sonstige	4,5	4,5	6,0	4,5	2,7
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt (bis 2006); Forum DistanCE-Learning (2012); Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung. Die Angaben bis einschl. 1990 beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet.

Entwicklung bei Fernstudiengängen

Wie bereits 2011 stieg auch 2012 die Zahl der Fernstudierenden wieder deutlich an: So weist die Aufbereitung der Fernstudienstatistik des FDL für 2012 insgesamt 142.468 Fernstudierende aus, von denen 114.182 an einer Fern- und 28.286 an einer Präsenzhochschule immatrikuliert waren. Im Vergleich zu 2011, bei der die auf Daten des Statistischen Bundesamtes beruhenden Berechnungen des FDL 132.960 Fernstudierende erbracht hatten, ist dies eine Steigerung um 9.508 bzw. 7,2%. Dabei legten insbesondere die staatlichen Hochschulen deutlich zu (2011: 92.232 Fernstudierende; 2012: 101.764 Fernstudierende – dies entspricht einem prozentualen Anstieg um 10,3%), während die Zahl der Fernstudierenden an Privathochschulen leicht zurückging (2011: 40.728; 2012: 40.704). Die Beteiligung von Frauen an einem Fernstudium erhöhte sich nach den Berechnungen des FDL im Vergleich zum Vorjahr geringfügig (Gesamtdurchschnitt 2012: 44,5%; 2011: 43,8%). Damit dominieren im hochschulischen Sektor auch weiterhin männliche Fernstudierende.

Das gemeinnützige Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) untersuchte 2013 das Immatrikulationsverhalten von Studierenden ohne Abitur bzw. Fachhochschulreife. Danach haben „von den insgesamt 12.000 Studienanfängern und -anfängerinnen ohne allgemeine Hochschulreife und Fachhochschulreife im Jahr 2011 [...] 6.022 [ein Universitätsstudium] aufgenommen“. Dennoch kann – legt man die tatsächlichen prozentualen Beteiligungsquoten zugrunde – „von einer Präferenz der beruflich Qualifizierten [...] für die Fachhochschulen gesprochen werden. [...] Eine weitere Besonderheit im universitären Bereich ist zudem, dass sich von den dort verzeichneten 6.022 beruflich qualifizierten Studienanfänger/-innen mehr als die Hälfte an einer einzigen Hochschule eingeschrieben hat, und zwar an der FernUniversität in Hagen.“ Dort besitzen „38,68 % der Erstsemester [...] weder die allgemeine noch die Fachhochschulreife [...] Alle übrigen Universitäten kommen im Durchschnitt auf lediglich 0,81 %“ (Gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung 2013, ohne Seitenangabe).

(Angela Fogolin)

Datenreport zum VORBEREITEN
Stand 8. April 2013

B3 Öffentlich geförderte Weiterbildung

B3.1 SGB-III- und SGB-II-geförderte Weiterbildungsmaßnahmen

Qualifizierung im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Instrumente wird durch die Agenturen für Arbeit nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) gefördert. Die Förderung hilfebedürftiger erwerbsfähiger Personen durch die Jobcenter erfolgt nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) **E**. Zu den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, die Personen in den Rechtskreisen SGB II und SGB III Qualifizierung ermöglichen, zählen die berufliche Weiterbildung, die berufliche Weiterbildung für behinderte Menschen sowie die ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit → **Tabelle B3.1-1**.

E Fördervoraussetzungen

Mit dem im Dezember 2011 beschlossenen „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ traten zu unterschiedlichen Zeitpunkten des Jahres 2012 Neuregelungen des SGB III und SGB II in Kraft. Die Fördermöglichkeiten für berufliche Weiterbildung wurden geringfügig geändert.

Die Förderung der beruflichen Weiterbildung ist mit Wirkung vom 1. April 2012 in den §§ 81 ff. SGB III geregelt. Voraussetzung für eine Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) ist die Feststellung, dass durch eine

Weiterbildung eine berufliche Eingliederung erreicht oder drohende Arbeitslosigkeit abgewendet werden kann oder dass sie wegen fehlenden Berufsabschlusses notwendig ist. Außerdem muss eine Beratung durch die Agentur für Arbeit stattgefunden haben, und Maßnahme und Träger müssen für die Förderung zugelassen sein. Liegen die Voraussetzungen für eine Förderung vor, wird grundsätzlich ein Bildungsgutschein ausgestellt, mit dem die Übernahme der Weiterbildungskosten zugesichert wird. Der Bildungsgutschein kann zeitlich befristet sowie regional und auf bestimmte Bildungsziele beschränkt werden.

Neben den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die durch die Agenturen für Arbeit nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) gefördert werden, gehören auch hilfebedürftige erwerbsfähige Personen, die nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) gefördert werden, zu den förderfähigen Personen. Im Rechtskreis SGB II können abweichend von dem üblichen Bildungsgutscheinverfahren Weiterbildungsmaßnahmen vergeben werden, wenn die Eignung und die persönlichen Lebensverhältnisse der/des Arbeitssuchenden dies erfordern und keine geeignete Maßnahme verfügbar ist. Dadurch soll die Weiterbildungsteilnahme arbeitsmarktfremder Personengruppen erleichtert werden (§ 16 Abs. 3a SGBII).

Für Sonderprogramme der BA gelten spezielle Förderbedingungen.

Förderstatistik der BA

In der Förderstatistik werden Förderungen bzw. Teilnahmen von Personen an Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung erfasst. Gezählt werden nicht Personen, sondern Förderfälle

Tabelle B3.1-1: Teilnahme an beruflicher Weiterbildung in den Rechtskreisen SGB III und SGB II im Jahr 2012

	Teilnehmerbestand (Jahresdurchschnitt)			Zugänge/Eintritte/Bewilligungen (Jahressumme)		
	insgesamt	SGB III	SGB II	insgesamt	SGB III	SGB II
Berufliche Weiterbildung 2012	147.482	76.533	70.949	319.426	149.812	169.614
Förderung der beruflichen Weiterbildung	132.926	64.783	68.143	299.652	134.024	165.628
Allgemeine Maßnahmen zur Weiterbildung Reha	7.403	4.664	2.739	8.780	4.841	3.939
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	6.685	6.618	67	6.720	6.673	47
ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit	468	469	–	4.274	4.274	–

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2013: Arbeitsmarkt 2012, Datenstand: Juni 2013

bzw. Teilnahmen; eine Person, die in einem Zeitraum oder an einem Zeitpunkt mehrere Förderleistungen erhält, wird daher mehrfach gezählt.

Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW)

Die Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung nach SGB III (Arbeitsförderung) und seit 2005 auch nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) ist eines der wesentlichen Elemente der aktiven Arbeitsförderung. Sie soll die individuellen Chancen von Menschen am Arbeitsmarkt und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessern. Dazu können Qualifikationen an geänderte Anforderungen angepasst oder bislang fehlende Berufsabschlüsse erworben werden.

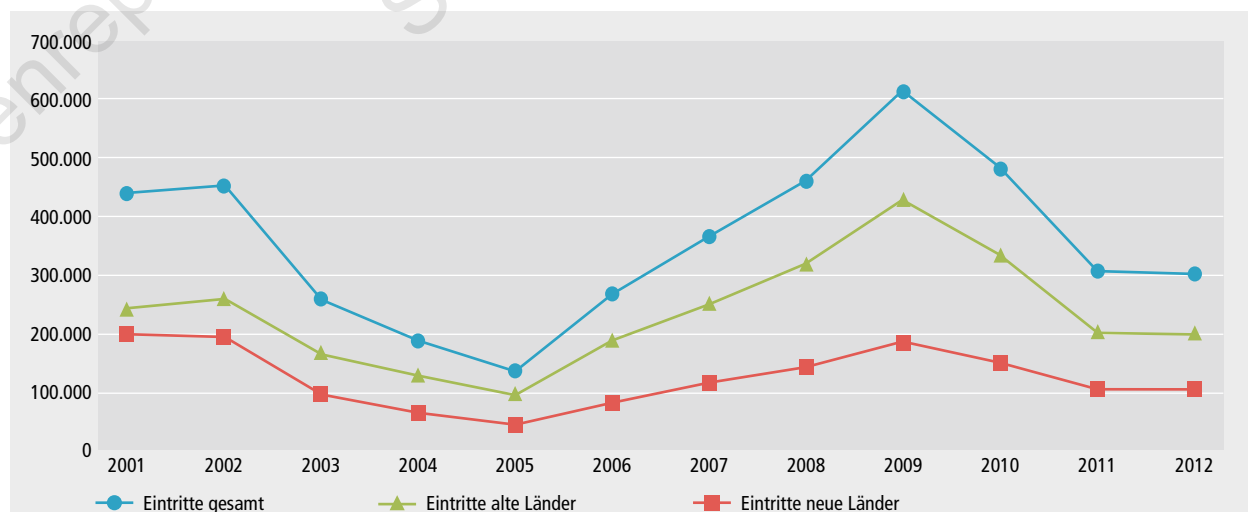
In den vergangenen Jahren ist die Förderung der beruflichen Weiterbildung zunächst zwischen 2000 und 2005 durch Umsteuerung des Mitteleinsatzes im Rahmen der regionalen Arbeitsmarktprogramme reduziert worden. Der Rückgang von FbW-Maßnahmen setzte sich abgeschwächt bis zum Jahr 2005 fort. Ab 2006 erfolgte vorübergehend eine verstärkte Förderung beruflicher Weiterbildung, die ihren Höhepunkt 2009 erreichte. Seit 2010 ging die Förde-

rung wieder zurück. 2012 hat sich die Förderung mit 299.652 Eintritten in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung jedoch gegenüber dem Vorjahr mit einem Rückgang um 1,8 % kaum verändert → [Schaubilder B3.1-1 und B3.1-2](#).

Die Anzahl der Eintritte von Frauen in FbW-Maßnahmen ist im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr fast unverändert. Ihr Anteil an allen Zugängen ist auf 46,3 % gestiegen. Der Anteil von Maßnahmen mit Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf hat sich seit 2008 fast verdoppelt. Von den 299.652 Eintritten im Jahr 2012 entfielen 39.485 auf Maßnahmen mit Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf; das entspricht einem Anteil von 13,2 %. Viele Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung nehmen jedoch an Weiterbildungen teil, die nicht abschlussbezogen sind. Von den Eintritten in berufliche Weiterbildung entfielen 2012 35,4 % auf Personen ohne Berufsabschluss (2011: 33,2 %; 2010: 30,7 %) → [Tabelle B3.1-2](#).

Der Anteil der unter 25-Jährigen bei den Eintritten ist 2012 geringfügig gegenüber dem Vorjahr gesunken und betrug 9,7 %. Das Ziel bei der Betreuung unter 25-Jähriger mit Qualifikationsbedarf besteht eher in der Vermittlung in Berufsausbildung. Der Anteil

Schaubild B3.1-1: Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und SGB III von 2001 bis 2012



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2011: Teilnehmer in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik; Bundesagentur für Arbeit 2012: Arbeitsmarkt 2011; Bundesagentur für Arbeit 2013: Arbeitsmarkt 2012

Schaubild B3.1-2: **Durchschnittlicher Jahresbestand in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und SGB III von 2001 bis 2012**

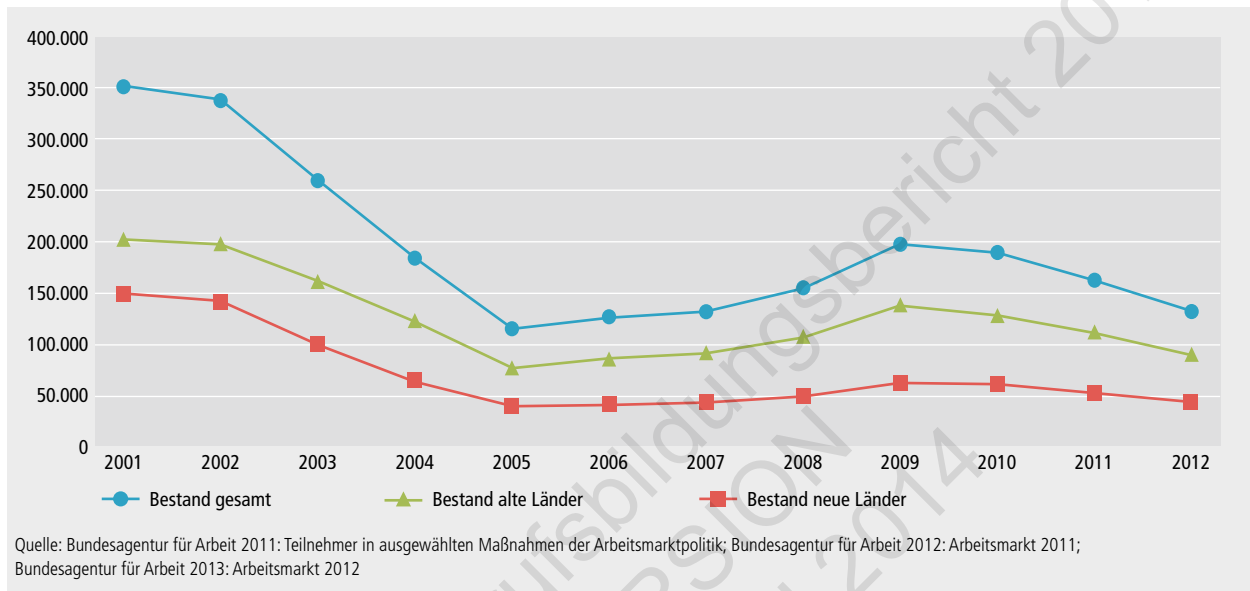


Tabelle B3.1-2: **Eintritte in FbW nach ausgewählten Merkmalen (in %)**

Eintritte in FbW nach ausgewählten Merkmalen	2009	2010	2011	2012
Frauenanteil an Eintritten in FbW	41,1	42,3	45,3	46,3
Anteil von Maßnahmen mit Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf	7,3	10,7	11,4	13,2
Anteil von Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung	30,5	30,7	33,2	35,4
Anteil von unter 25-Jährigen	12,0	10,1	10,6	9,7
Anteil von Ausländern	11,0	10,8	12,3	13,7
Anteil von Langzeitarbeitslosen	7,8	11,4	12,7	12,6

Quelle: Statistisches Bundesamt 2010, 2011, 2012, 2013; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

der Ausländer/-innen an den Eintritten in Weiterbildung ist leicht gestiegen auf 13,7%; der Anteil von Langzeitarbeitslosen hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert und betrug 12,6% (Statistisches Bundesamt 2010, 2011, 2012, 2013).

Mit den Teilnehmerzahlen gingen 2012 auch die ausgegebenen Fördermittel zurück. Die Gesamtausgabemittel im Rechtskreis SGB III für die Förderung der Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung lagen bei 1,44 Mrd. € (2011: 1,7 Mrd. €). Diese Ausgaben setzen sich aus den Weiterbildungskosten aus dem Eingliederungstitel (Lehrgangskosten,

Fahrtkosten, Kinderbetreuungskosten, Kosten für auswärtige Unterkunft und Verpflegung) und den Ausgaben für die Gewährung von Arbeitslosengeld bei Weiterbildung zusammen. In der Grundsicherung gingen die Gesamtausgaben für die Förderung der beruflichen Weiterbildung ebenfalls zurück und betrugen 571,62 Mio. € (2011: 645 Mio. €) (Bundesagentur für Arbeit 2012, 2013).

Um die Herausforderungen der Wirtschaftskrise zu bewältigen und einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wurden auch im Jahr 2012 zielgruppenspezifische FbW-Programme fortgeführt. Qualifizie-

rungsangebote für nicht aus SGB-Mitteln förderbare Bezieher/-innen von Kurzarbeitergeld wurden darüber hinaus aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert.

WeGebAU (Förderung der Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer/-innen in Unternehmen)

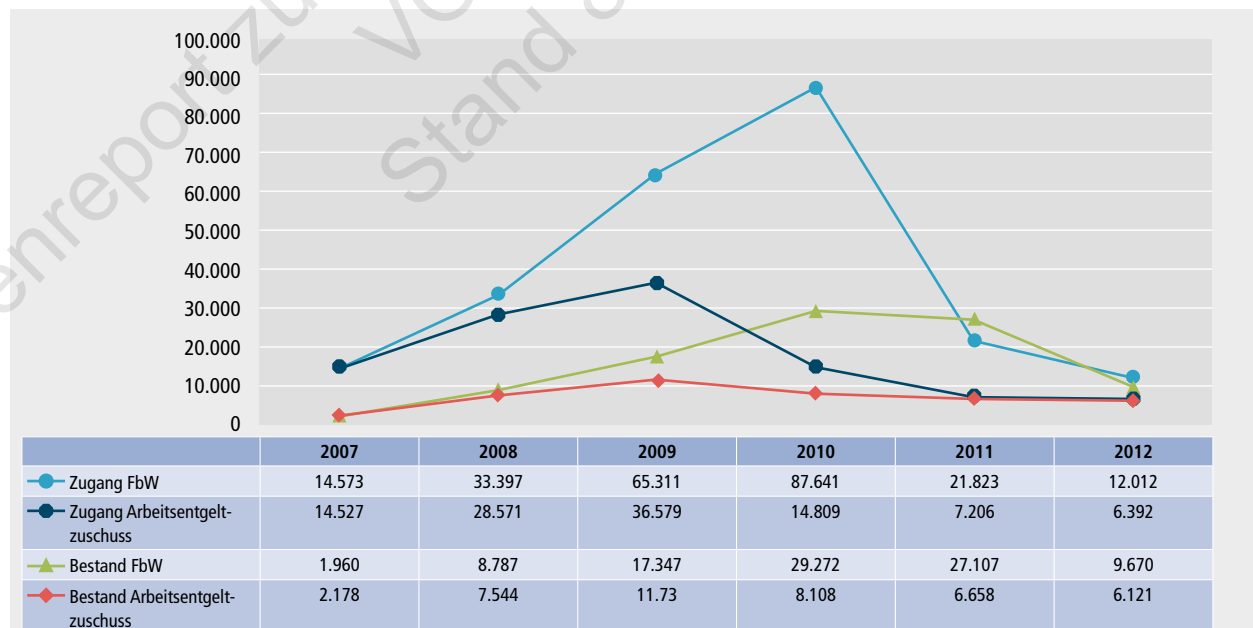
Im Fokus des erstmals 2006 aufgelegten Programms steht eine Anschubfinanzierung für die Weiterbildung von Geringqualifizierten und von beschäftigten Älteren, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, um ihnen zusätzliche Qualifikationen für den Arbeitsmarkt zu verschaffen und ihre Beschäftigungschancen und Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten bzw. zu erweitern. Im Rahmen des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland (Konjunkturpaket II) wurden die Förderungsmöglichkeiten befristet bis 31. Dezember 2010 um die Personengruppe der Arbeitnehmer/-innen erweitert, deren Berufsabschluss mit einer Ausbildungsdauer von mindestens 2 Jahren mindestens

4 Jahre zurückliegt und die in den letzten 4 Jahren nicht an einer mit öffentlichen Mitteln geförderten beruflichen Weiterbildung teilgenommen haben. Mit dem im Dezember 2011 beschlossenen „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ wurden die Fördermöglichkeiten des WeGebAU-Programms zum 1. April 2012 entfristet.

Das Sonderprogramm WeGebAU bietet 2 Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung:

- **Zuschüsse zu Weiterbildungskosten (WK)**
Für gering qualifizierte Beschäftigte (§ 81 Abs. 2 SGB III) oder für ältere Beschäftigte in Betrieben mit weniger als 250 Beschäftigten, die das 45. Lebensjahr vollendet haben (§ 82 SGB III), erstatten die Agenturen für Arbeit bzw. die Jobcenter die Lehrgangskosten für Maßnahmen, die außerhalb des Betriebs durchgeführt werden, voll oder teilweise und geben einen Zuschuss zu den notwendigen übrigen Weiterbildungskosten. Neu aufgenommen wurde eine bis 2014 befristete Regelung zur Weiterbildungsförderung

Schaubild B3.1-3: Sonderprogramm „WeGebAU“ – Zugang und Bestand 2007 bis 2012¹



¹ Wird die Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme sowohl mit der Übernahme der Weiterbildungskosten nach §§ 77 ff. SGB III als auch mit der Gewährung eines Arbeitsentgeltzuschusses an den Arbeitgeber nach § 235c SGB III gefördert, wird sie hier je Förderung und damit doppelt ausgewiesen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2010: Qualifizierungsförderung, 03.2010; Bundesagentur für Arbeit 2011, 2012, 2013: Zugang und Bestand in das Sonderprogramm „WeGebAU 2007 ff.“

von jüngeren Beschäftigten (unter 45 Jahren) in KMU. Sie können unter der Voraussetzung gefördert werden, dass sich der Arbeitgeber mit mindestens 50 % an den Lehrgangskosten beteiligt (§ 131a SGB III). Insbesondere Beschäftigte von kleinen und mittleren Unternehmen soll damit die Aufnahme einer Weiterbildung ermöglicht werden, in der Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt werden, die über ausschließlich arbeitsplatzbezogene kurzfristige Anpassungsfortbildungen hinausgehen. Diese Förderungen sind nicht begrenzt auf Weiterbildungen, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führen; auch Teilqualifikationen können erworben werden → [Schaubild B3.1-3](#).

- **Förderung mit Arbeitsentgeltzuschuss**
Für die Qualifizierung ungelernter oder gering qualifizierter Arbeitnehmer/-innen kann der Arbeitgeber einen Zuschuss zum Arbeitsentgelt für weiterbildungsbedingte Ausfallzeiten sowie eine Pauschale zu den Sozialversicherungsbeiträgen erhalten. Die Zuschüsse können bis zur Höhe des Betrages erbracht werden, der sich als anteiliges Arbeitsentgelt einschließlich des darauf entfallenden pauschalierten Arbeitgeberanteils am Gesamtsozialversicherungsbeitrag für weiterbildungsbedingte Zeiten ohne Arbeitsleistung errechnet (Rechtsgrundlage: § 81 Abs. 5 SGB III).

Nach einem Rückgang der Eintritte um ca. 70 % von 102.450 im Jahr 2010 auf 29.029 im Jahr 2011, der insbesondere auf den Wegfall der Fördergrundlage für qualifizierte Beschäftigte zurückzuführen war, ist die Zahl der Eintritte in das Programm weiterhin zurückgegangen und lag 2012 bei 18.404 Förderungen → [Schaubild B3.1-3](#).

FbW- und ESF-geförderte Qualifizierung während der Kurzarbeit

Für Qualifizierungen während der Kurzarbeit gab es 2012 folgende Fördermöglichkeiten:

- **Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) während Kurzarbeitergeldbezug für gering qualifizierte Bezieher/-innen von Kurzarbeitergeld**
In diesem Sonderprogramm wurde seit 2009 die Weiterbildung von gering qualifizierten

Bezieherinnen und Bezieher von Kurzarbeitergeld gefördert. Das Programm ist im Jahr 2012 ausgelaufen. Die berufliche Weiterbildung gering qualifizierter Beschäftigter während des Bezugs von Kurzarbeitergeld kann seit 1. April 2012 auf Grundlage des § 81 Abs. 2 SGB III gefördert werden.

- **ESF-finanzierte Qualifizierung für Bezieher/-innen von Kurzarbeitergeld**
Im Rahmen des ESF-BA-Programms konnte die berufliche Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sich in Kurzarbeit befinden, gefördert werden. Seit 1. Januar 2009 waren die Bezieherinnen und Bezieher von Transferkurzarbeitergeld und die von konjunkturellem und saisonalem Kurzarbeitergeld in die ESF-Förderung einbezogen. Die Befristung dieser Förderung wurde verlängert bis 31. März 2012 mit Ausfinanzierung bis 30. September 2012. Die Höhe der Förderung war abhängig von der Art der Qualifizierung, der Betriebsgröße und dem förderungsfähigen Personenkreis. Unterschieden wurde z. B. zwischen allgemeinen Qualifizierungsmaßnahmen, deren Inhalte über den betrieblichen Arbeitsplatz hinaus verwendbar sind, und spezifischen Qualifizierungsmaßnahmen, deren Inhalte in erster Linie den betrieblichen Arbeitsplatz des/der Beschäftigten betreffen. Zur Sicherstellung der Qualität wurden grundsätzlich nur zugelassene Maßnahmen gefördert. Maßnahmen im eigenen Betrieb mit eigenem Trainerpersonal konnten gefördert werden, wenn der Qualifizierungsbedarf in einem Qualifizierungsplan nachvollziehbar begründet wurde. Die Antragstellung erfolgte durch den Arbeitgeber. Eine Förderung war nur im Zeitraum des Bezugs von Kurzarbeitergeld möglich.

Die Eintritte in Qualifizierung während Kurzarbeit sind, wie die Eintritte in Kurzarbeit, im Jahr 2012 weiter stark zurückgegangen → [Tabelle B3.1-3](#).

Initiative zur Flankierung des Strukturwandels

Da Geringqualifizierte auch weiterhin schlechtere Arbeitsmarktchancen haben und gleichzeitig ein

Tabelle B3.1-3: Zugang zu FbW- und ESF-geförderter Qualifizierung während der Kurzarbeit

Jahr	insgesamt	Förderung der beruflichen Weiterbildung während Kurzarbeitergeldbezug	ESF-geförderte Qualifizierung während Kurzarbeit		
			insgesamt	während des Bezugs von Transfer-Kurzarbeitergeld	während des Bezugs von konjunkturellem oder Saison-Kurzarbeitergeld
2009	147.871	24.612	123.259	11.028	112.231
2010	71.595	5.614	65.981	12.914	53.067
2011	9.503	982	8.521	3.632	4.889
2012	4.296	22	4.274	2.646	1.628

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2011: Arbeitsmarkt in Zahlen, Geförderte Qualifizierung während Kurzarbeit; Bundesagentur für Arbeit 2014: Zugang und Bestand von Teilnehmern in berufliche Weiterbildung während Kurzarbeit (§ 77 Abs. 2 SGB III) und Zugang und Bestand von Teilnehmern in ESF-geförderte Qualifizierung während Kurzarbeit, Datenstand Dezember 2012

Tabelle B3.1-4: Initiative zur Flankierung des Strukturwandels

Zugang	Initiative zur Flankierung des Strukturwandels gesamt			FbW berufliche Weiterbildung mit Abschluss			FbW sonstige berufliche Weiterbildung		
	gesamt	männlich	weiblich	gesamt	männlich	weiblich	gesamt	männlich	weiblich
2010	36.020	21.885	14.135	21.446	12.855	8.591	14.574	9.030	5.544
2011	21.762	12.820	8.942	12.943	7.653	5.290	8.819	5.167	3.652
2012	30.297	14.703	15.594	15.447	8.504	6.942	14.850	6.198	8.562
Jahresdurchschnittsbestand									
2010	14.110	8.626	5.484	9.594	5.916	3.678	4.516	2.710	1.805
2011	27.769	16.091	11.679	22.505	13.266	9.238	5.265	2.824	2.441
2012	27.733	15.642	14.092	23.495	12.990	18.537	6.239	2.652	3.587

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2014: Zugang und Bestand im Sonderprogramm Initiative zur Flankierung des Strukturwandels, Datenstand Dezember 2013

Fachkräftemangel prognostiziert wird, unterstützt die Bundesagentur für Arbeit seit 2010 mit der „Initiative zur Flankierung des Strukturwandels“ (IFlaS) den in einzelnen Bereichen und Regionen erkennbaren Strukturwandel durch geeignete, auch längerfristige Qualifizierungen. Geringqualifizierten wird im Rahmen von IFlaS ermöglicht, einen anerkannten Berufsabschluss oder eine zertifizierte Teilqualifikation zu erwerben.

Zu diesem Zweck wurden im Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Optimierung der Qualifizierungsangebote für gering qualifizierte Arbeitslose/ Teilqualifikationen“ in ausgewählten Berufen Teilqualifikationen entwickelt, die an typischen betrieblichen Abläufen ausgerichtet sind (vgl. Kapitel B3.4). Diese Teilqualifikationen decken in ihrer Summe das jeweilige Berufsbild ab und ermöglichen somit

Geringqualifizierten grundsätzlich den Erwerb eines Berufsabschlusses über die Externenprüfung. Die Teilqualifikationen wurden in ausgewählten Arbeitsagenturen unter Beteiligung von Jobcentern im Rahmen beruflicher Weiterbildungsmaßnahmen erprobt. Die Erprobung wurde 2012 fortgesetzt (Bundesagentur für Arbeit 2014).

Im Jahr 2012 entfielen von den 30.297 Zugängen im Programm wie im Vorjahr 61 % auf abschlussorientierte Maßnahmen, das sind 9 % weniger als im Vorjahr. Insbesondere Frauen treten zu einem geringeren Anteil in abschlussorientierte Maßnahmen ein. Diese Differenz war in den Vorjahren nicht zu beobachten → [Tabelle B3.1-4](#).

(Katrin Gutschow)

B3.2 Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Das seit 1996 existierende, von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)²⁴⁴ – sog. „Meister-BAföG“ – begründet einen individuellen Rechtsanspruch auf Förderung von beruflichen Aufstiegsfortbildungen, d. h. von Meisterkursen oder anderen auf einen vergleichbaren Fortbildungsabschluss vorbereitenden Lehrgängen **E**.

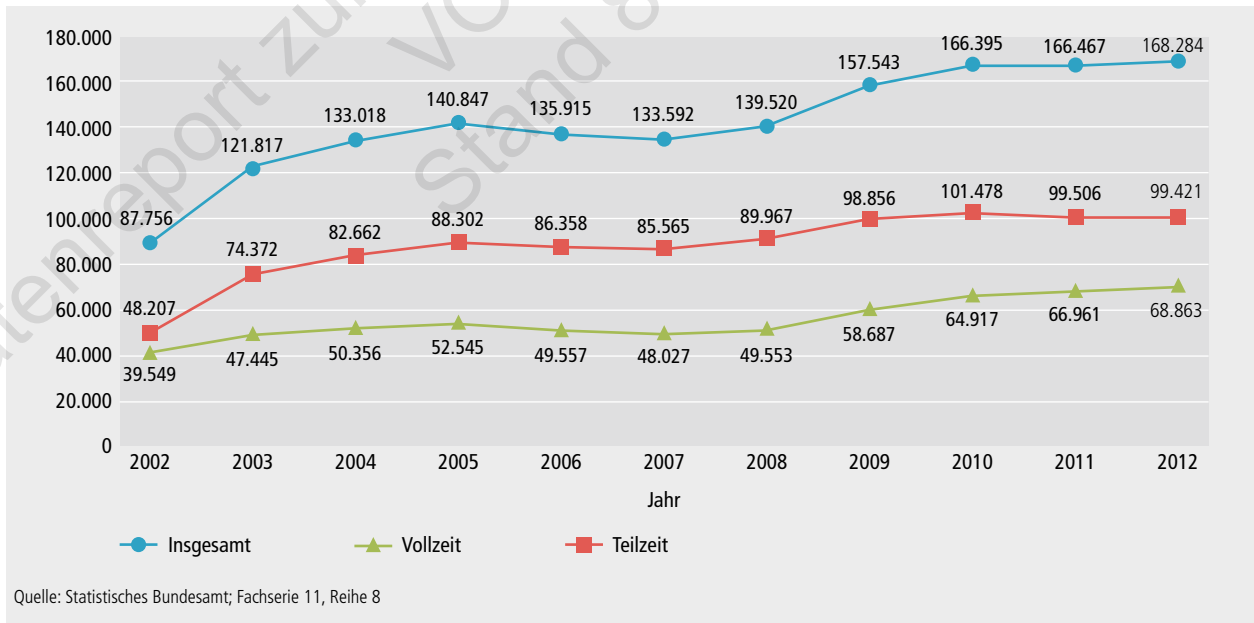
E Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Das AFBG unterstützt die Erweiterung und den Ausbau beruflicher Qualifizierungen, um durch Höherqualifizierung dem Fachkräftemangel zu begegnen und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu sichern. Für die berufliche Fortbildung ist das AFBG ein umfassendes Förderinstrument in grundsätzlich allen Berufsbereichen – unabhängig

davon, in welcher Form die Fortbildung durchgeführt wird (Vollzeit/Teilzeit, schulisch/außerschulisch/mediengestützt/Fernunterricht). Über Darlehensteilerlasse hinaus werden Anreize geschaffen, nach erfolgreichem Abschluss der Fortbildung den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Die Förderung ist an bestimmte persönliche, qualitative und zeitliche Anforderungen geknüpft. Nicht gefördert werden Fortbildungsabschlüsse, die über dem angestrebten Fortbildungsabschluss liegen, wie z. B. ein Hochschulabschluss bzw. Bachelor.

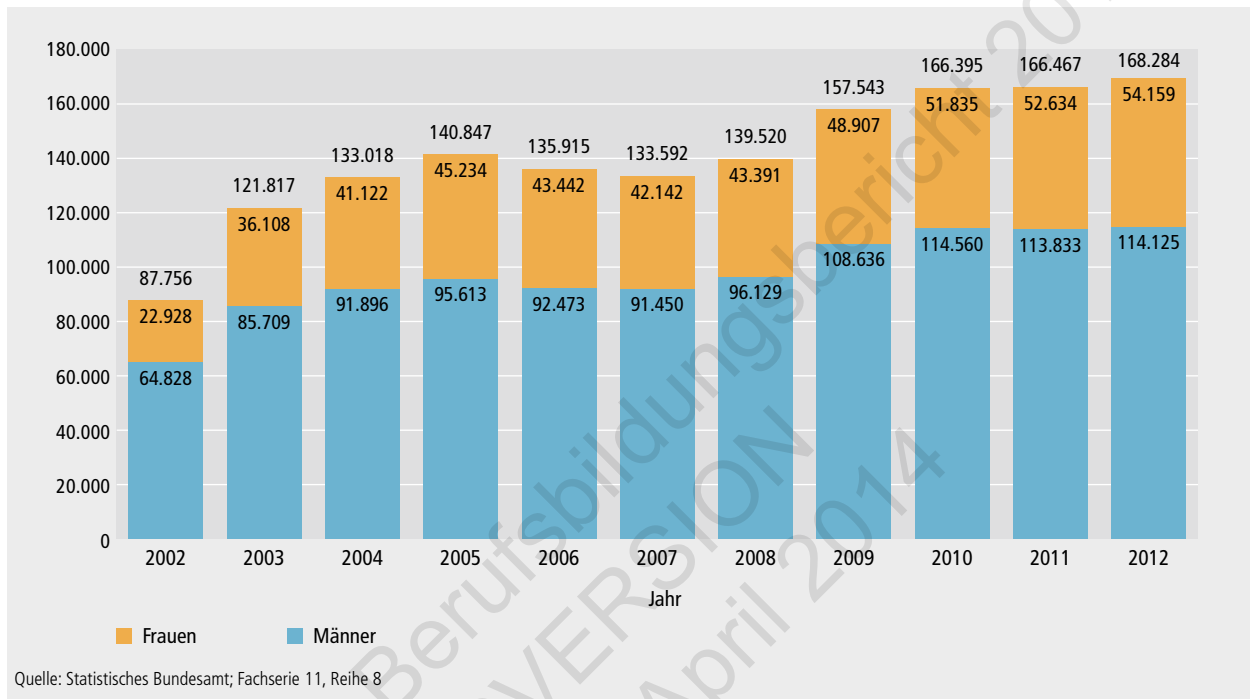
Durch das Erste und das Zweite Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes wurden die Leistungen des AFBG deutlich verbessert (vgl. **E** im BIBB-Datenreport 2012). Die Förderung beinhaltet den sogenannten Maßnahmenbeitrag, der unabhängig vom Einkommen und Vermögen gewährt wird. Bei Vollzeitmaßnahmen kann ein Beitrag zum Lebensunterhalt beantragt werden. Unterhaltsbeiträge sind einkommens- und vermögensabhängig. Für Familien gibt es besondere Förderkonditionen. Die Darlehen zum „Meister-BAföG“ werden bei der Kreditanstalt

Schaubild B3.2-1: Bewilligungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Vollzeit und Teilzeit von 2001 bis 2012



244 Siehe www.bmbf.de/pub/afbg.pdf und www.meister-bafog.info.

Schaubild B3.2-2: Geförderte Personen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Frauen und Männer von 2002 bis 2012



für Wiederaufbau (KfW) in Bonn beantragt und von ihr gewährt. Sie sind während der Fortbildung und während einer Karenzzeit von 2 Jahren – maximal bis zu 6 Jahren – zins- und tilgungsfrei. Ob sie ein Darlehen in Anspruch nehmen wollen, entscheiden die Geförderten selbst. Die Förderungshöchstdauer bei Vollzeitmaßnahmen liegt bei 24, bei Teilzeitmaßnahmen bei 48 Monaten. Gliedert sich der Kurs oder Lehrgang in mehrere Teile (Maßnahmenabschnitte), müssen diese innerhalb eines bestimmten Zeitraums absolviert werden (bei Vollzeit innerhalb von 36 Monaten, bei Teilzeit innerhalb von 48 Monaten). Für weitere Informationen siehe www.meister-bafoeg.info/.

Nach der im September 2012 erschienenen AFBG-Statistik (Statistisches Bundesamt 2013a) betrug die Zahl der Geförderten im Jahr 2012 168.284 Personen. Dies entspricht einer Steigerung im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 %. Eine Vollzeitmaßnahme absolvierten 68.863 (40,9 %), eine Teilzeitmaßnahme 99.401 (59,1 %) Personen → **Schaubild B3.2-1**. Gegenüber dem Vorjahr betrug die Veränderungsrate bei den geförderten Personen in Vollzeit +2,8 %, in Teilzeit -0,9 %.

Der Frauenanteil an den insgesamt geförderten Personen lag bei 32,2 % (54.159) → **Schaubild B3.2-2**. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl um 2,9 %. Bei den Vollzeitmaßnahmen waren 28,3 % weiblich, ein leichter Anstieg um 1,5 % im Vergleich zum Vorjahr. Der Frauenanteil in Teilzeitmaßnahmen lag wie im Vorjahr bei 34,9 %. Wie in den Jahren zuvor lag der Hauptanteil der Geförderten im Alter von 20 bis unter 35 Jahren (83 %). Den größten Anteil der Teilnehmenden unter den Geförderten stellten im Gegensatz zum Vorjahr die 20- bis unter 25-Jährigen (34,2 %), gefolgt von den 25- bis unter 30-Jährigen (33,6 %). Die Gruppe der 30- bis unter 35-Jährigen (15,2 %) lag an dritter Stelle, danach folgten die 35- bis unter 40-Jährigen (7,5 %). Differenziert man bei der Gruppe der insgesamt Geförderten nach Frauen und Männern, war bei den Frauen die Gruppe der Teilnehmenden von 20 bis unter 25 Jahren wiederum an erster Stelle, bei den Männern die Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen. Bei den insgesamt Geförderten in Vollzeit waren die Teilnehmenden von 20 bis unter 25 Jahren am stärksten vertreten, gefolgt von den 25- bis unter 30-Jährigen. In Teilzeitfortbildungen

war wie im Vorjahr die stärkste Gruppe die 25- bis unter 30-Jährigen, gefolgt von den 20- bis unter 25-Jährigen.

Die Förderungen im Bereich Industrie und Handel nahmen mit 98.751 (58,7 %) wie in den Vorjahren die Spitzenposition ein, gefolgt vom Handwerksbereich mit 52.609 Förderbewilligungen (31,3 %). Bei den Vollzeitfällen ist der Handwerksbereich mit 23.893 Förderbewilligungen bei den Männern an erster Stelle, danach folgen 22.001 männliche Personen im Bereich Industrie und Handel.

An Förderleistungen wurden im Jahr 2012 insgesamt 545,92 Mio. € bewilligt (Statistisches Bundesamt 2013b). Darin enthalten sind Zuschüsse in Höhe von 176,203 Mio. € und Darlehen in Höhe von 369,717 Mio. €. Die Veränderungsrate beim finanziellen Aufwand insgesamt gegenüber dem Vorjahr betrug +1,3 %. In Anspruch genommen wurden von 155.478 Förderungswilligen insgesamt 466,617 Mio. € (Zuschüsse 176,203 Mio. €, Darlehensanteil 290,414 Mio. €). Der bewilligte durchschnittliche monatliche Förderungsbetrag pro Person im Jahr 2012 lag bei 1.162 €.

Nach erfolgreichem Abschluss der Weiterbildungsmaßnahme erhalten geförderte Personen auf Antrag einen Erlass von 25 % von ihrem Restdarlehen zum Maßnahmenbeitrag. 2012 wurden insgesamt 15,754 Mio. € bei 20.705 Geförderten erlassen.

Im Jahr 2013 bewilligte die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Rahmen des AFBG 61.078 Darlehen (2012: 56.473) mit einem Zusagevolumen von 296 Mio. €. Dies ist eine Steigerung von 10,9 % gegenüber dem Vorjahr mit einem Fördervolumen von 267 Mio. €. Die Ausgaben nach § 28 AFBG, einschließlich der Erstattung an die Kreditanstalt für Wiederaufbau nach § 14 Abs. 2, übernehmen der Bund zu 78 % und die Länder zu 22 %. Der Bundesanteil am AFBG wird vollständig vom Bundesministerium für Bildung und Forschung getragen.

(Brigitte Seyfried)

B3.3 Programm Weiterbildungsstipendium und Aufstiegsstipendium – Studieren mit Berufserfahrung

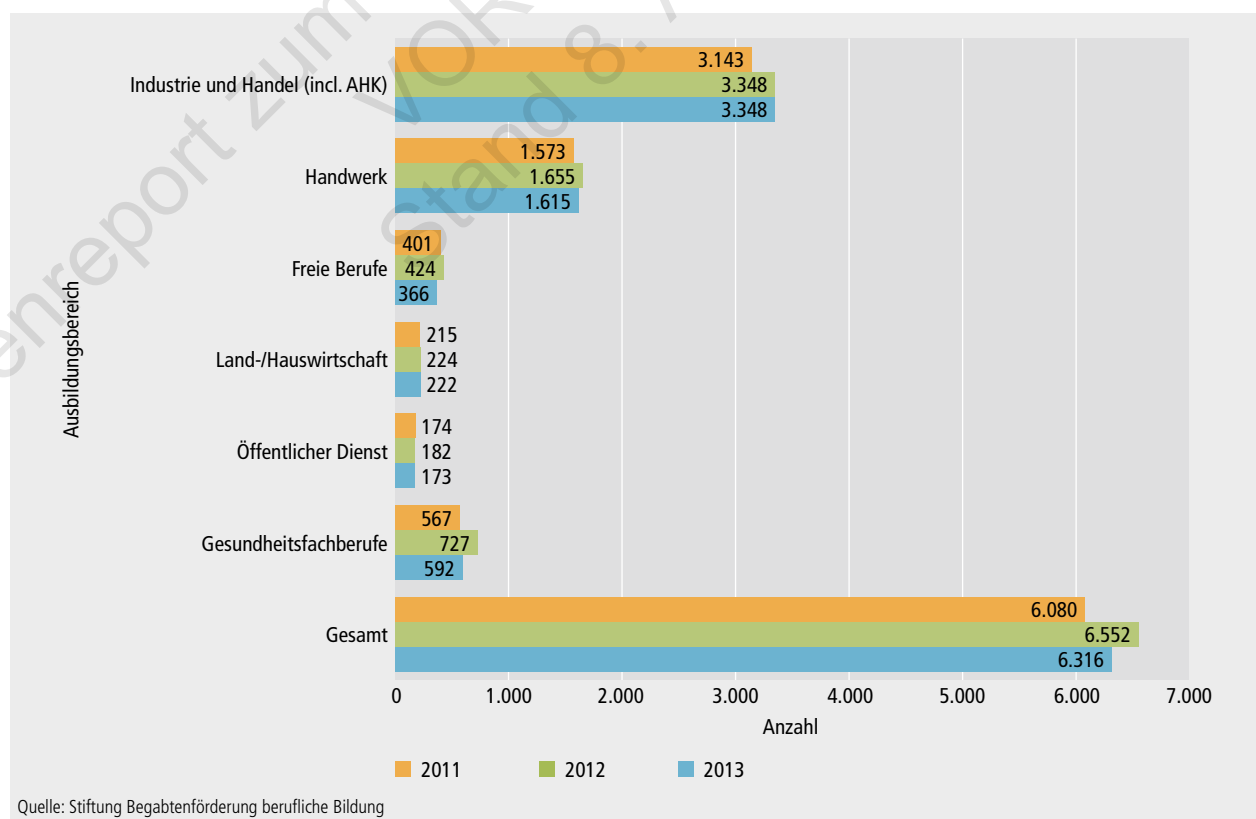
B3.3.1 Programm Weiterbildungsstipendium

Das Programm Weiterbildungsstipendium des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt talentierte Berufseinsteiger/-innen bei der weiteren Qualifizierung im Anschluss an den erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung. Das Stipendium fördert fachliche Weiterbildungen, zum Beispiel zum/zur Techniker/-in, zum/zur Handwerksmeister/-in oder zum/zur Fachwirt/-in, aber auch fachübergreifende Weiterbildungen, wie EDV-Kurse oder Intensivsprachkurse sowie berufsbegleitende Studiengänge. Gefördert werden Maßnahme-, Fahrt- und Aufenthaltskosten, zudem die Aufwendungen für notwendige Arbeitsmittel.

Stipendiatinnen und Stipendiaten können Zuschüsse von insgesamt 6.000€ für beliebig viele förderfähige Weiterbildungen innerhalb des dreijährigen Förderzeitraums beantragen. Die Stipendiatin/Der Stipendiat trägt einen Eigenanteil in Höhe von 10% der förderfähigen Kosten pro Maßnahme.

Voraussetzung für die Aufnahme in das Programm Weiterbildungsstipendium ist eine überdurchschnittliche berufliche Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft. Diese kann nachgewiesen werden durch ein sehr gutes Ergebnis der Berufsabschlussprüfung, durch eine besonders erfolgreiche Teilnahme an einem überregionalen beruflichen Leistungswettbewerb oder durch einen begründeten Vorschlag des Arbeitgebers oder der Berufsschule. Die für die Berufsausbildung zuständigen Stellen/Kammern führen das Förderprogramm weitgehend eigenverantwortlich und ohne Kostenersatz vor Ort durch. Vom BMBF mit der zentralen Administration des Programms beauftragt ist die SBB – Stiftung Be-

Schaubild B3.3.1-1: Aufnahmen nach Ausbildungsbereichen 2011 bis 2013



gabenförderung berufliche Bildung. Der Deutsche Industrie und Handelskammertag (DIHK), der Deutsche Handwerkskammertag (DHKT) und der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) unterstützen als Gesellschafter der SBB das Programm.

Das Programm „Begabtenförderung berufliche Bildung“ startete im Jahr 1991 mit der Aufnahme von 1.713 dual ausgebildeten, besonders leistungsfähigen jungen Berufstätigen durch 192 für die Berufsbildung zuständige Stellen. Für diese Stipendiatinnen und Stipendiaten der ersten Stunde standen anfänglich Fördermittel in Höhe von (umgerechnet) 5 Mio. € für ihre berufliche und persönliche Weiterbildung bereit.

Nach dem Erreichen der 100.000er-Marke im Jahr 2012 wurden 2013 mehr als 6.200 neue Stipendiatinnen und Stipendiaten von knapp 300 Kammern und anderen zuständigen Stellen neu in das Förderprogramm aufgenommen → **Schaubild B3.3.1-1**. Für die Förderung der 3 aktiven Stipendiatenjahrgänge stellte das BMBF 2013 rund 21,8 Mio. € zur Verfügung. Im Jahr 2013 wurden insgesamt 879 Stipendiatinnen und Stipendiaten mit Migrationshintergrund in das Förderprogramm aufgenommen, das entspricht einem Anteil von 13,9%. Den niedrigsten Anteil stellen die Landwirtschafts- und Hauswirtschaftsberufe mit 4,5%, den höchsten die freien Berufe mit 19,7%.

B3.3.2 Programm Aufstiegsstipendium

Das BMBF-Förderprogramm „Aufstiegsstipendium“ schafft Studienanreize für Berufserfahrene mit oder ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung. Als einziges Begabtenförderprogramm unterstützt es sowohl berufsbegleitend Studierende als auch Vollzeitstudierende für die Dauer ihres Studiums (Regelstudienzeit). Vollzeitstudierende erhalten monatliche Zuschüsse i. H. v. 750€ und ggf. eine Betreuungspauschale für eigene Kinder. Für einen berufsbegleitenden Studiengang werden 2.000€ pro Jahr zur Verfügung gestellt. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten erhalten die Förderung ausschließlich für ein erstes Studium an staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen. Herausragende Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums können

die Weiterförderung für einen Masterabschluss beantragen. Vollzeitstudierende können für die Dauer von maximal einem Studienjahr das Studium an einer ausländischen Hochschule fortsetzen. Hierfür wird zusätzlich zur Grundförderung eine monatliche Pauschale von 200€ gewährt.

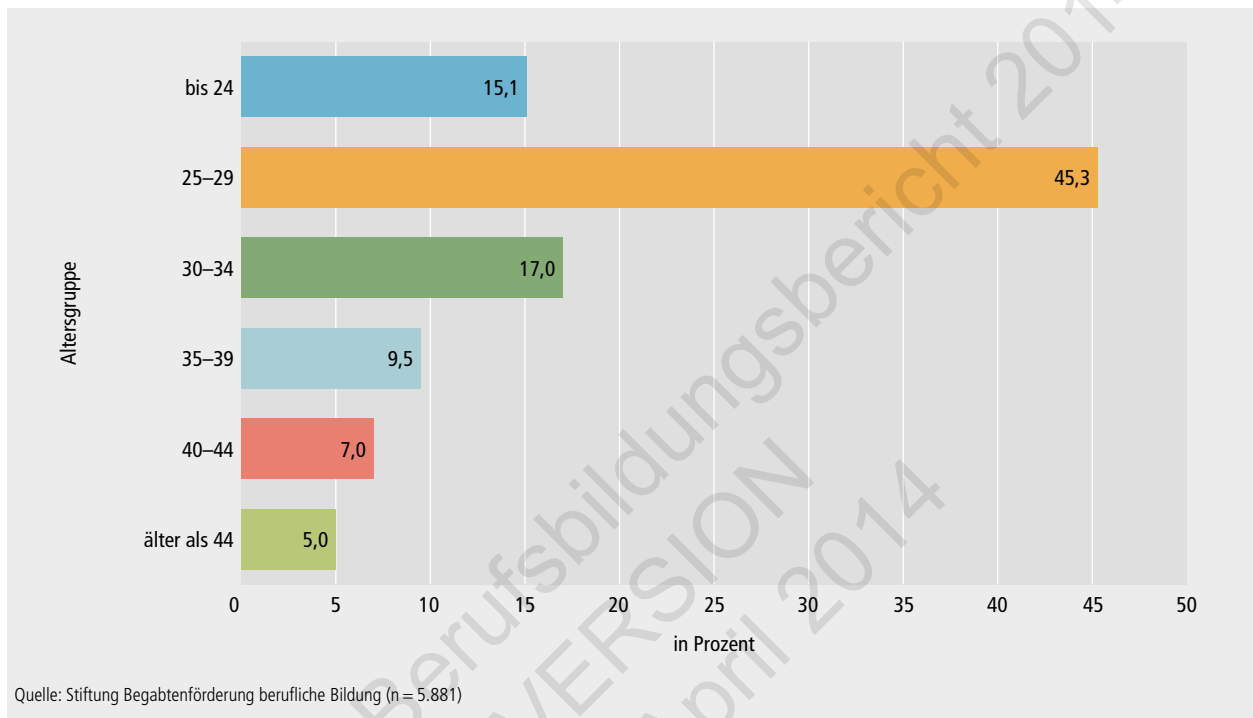
Mit der Durchführung des Programms ist die SBB – Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung beauftragt. Das Aufstiegsstipendium startete im Jahr 2008. Seitdem wurden 5.881 Stipendiatinnen und Stipendiaten aufgenommen, alleine 2013 gab es 946 Neuaufnahmen. Seit Beginn des Programms konnte insgesamt gut einem Viertel aller Bewerberinnen und Bewerber ein Stipendium zugesprochen werden. Bis Ende 2013 hatten 1.202 Geförderte das Studium erfolgreich beendet.

Förderberechtigt sind besonders leistungsfähige Berufstätige, die eine abgeschlossene Berufsausbildung oder Aufstiegsfortbildung, Berufserfahrung von mindestens 2 Jahren und noch keinen Hochschulabschluss haben. Bereits Studierende müssen sich vor dem Ende des zweiten Studienseesters bewerben. Die besondere Leistungsfähigkeit in Ausbildung und Beruf kann durch die Note der Berufsabschlussprüfung oder durch die besonders erfolgreiche Teilnahme an einem überregionalen beruflichen Leistungswettbewerb oder durch einen begründeten Vorschlag des Arbeitgebers nachgewiesen werden. Jeder/Jede fünfte Bewerber/-in reicht einen Arbeitgebervorschlag ein.

Die am Aufstiegsstipendium Interessierten bewerben sich selbst und durchlaufen ein dreistufiges Auswahlverfahren. Die ersten beiden Auswahlstufen werden online am PC absolviert, in der letzten Stufe führen sie ein strukturiertes Auswahlgespräch mit Jurorinnen und Juroren aus Wirtschaft oder Wissenschaft.

Der Anteil von Stipendiatinnen und Stipendiaten mit Migrationshintergrund ist kontinuierlich gestiegen und lag 2013 bei 16,2% (153 von 946). Die Altersstruktur der 5.881 aufgenommenen Stipendiatinnen und Stipendiaten belegt, dass ein weiteres bildungspolitisches Ziel des Förderprogramms erreicht wird, i. e. auch langjährig Berufstätigen ein Erststudium zu ermöglichen → **Schaubild B3.3.2-1**. 38,5% der

Schaubild B3.3.2-1: Alter der Stipendiatinnen und Stipendiaten



Geförderten sind zum Zeitpunkt der Aufnahme in das Förderprogramm 30 Jahre oder älter. Beim Start in das Studium sind die Geförderten mit 30,3 Jahren im Durchschnitt 6,4 Jahre älter als die „traditionell Studierenden“ mit 23,9 Jahren (Middendorff u. a. 2013).

(Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung, Bundesministerium für Bildung und Forschung)

B3.4 Förderung des nachträglichen Erwerbs eines Berufsabschlusses

Berufsabschlüsse können nachträglich im Rahmen einer Umschulung nach §§ 58 ff. BBiG, § 42e bis 42i HwO oder über die Zulassung zur Prüfung nach § 45 Abs. 2 BBiG oder § 37 (2) HwO (Externenprüfung) erworben werden. Mit **Umschulungen** werden Erwerbstätige, die ihre bisherige Tätigkeit aufgeben müssen oder wollen, auf eine neue berufliche Tätigkeit vorbereitet. Geförderte Umschulungen sind im Vergleich zur Regelausbildung im Allgemeinen um mindestens ein Drittel der Ausbildungszeit gekürzt (vgl. [Kapitel B1.3 und B4.4](#)). Mit der sogenannten **Externenprüfung** können Personen für den Beruf, in dem sie tätig sind, ein anerkanntes Zertifikat erwerben. Die Vorbereitung auf die Abschlussprüfung kann auf unterschiedliche Art erfolgen: Die benötigten Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten können parallel zur Berufstätigkeit autodidaktisch angeeignet werden oder im Rahmen betrieblicher Weiterbildungsangebote oder in speziellen Kursen erworben werden. Maßnahmen zur Vorbereitung auf die Externenprüfung werden von der Bundesagentur für Arbeit in der Regel in einem zeitlichen Umfang von 6 Monaten gefördert.

Weil eine große Anzahl junger Erwachsener noch keine abgeschlossene Berufsausbildung hat (vgl. [Kapitel A9.3](#)) und die Einmündungs- und Erfolgsaussichten bei – gegenüber der normalen Ausbildungszeit verkürzten – Umschulungen gering sind, wurde Mitte der 1990er-Jahre das Konzept der abschlussorientierten **Nachqualifizierung** entwickelt. Darunter werden Weiterbildungsmaßnahmen verstanden, die auf den nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses vorbereiten und die sich insbesondere an Personen richten, deren berufliche Integration durch das Fehlen beruflicher Qualifikationen erschwert ist. Im Rahmen der abschlussorientierten Nachqualifizierung werden – wie in einer dualen Ausbildung – Arbeiten und Lernen verknüpft. Durch den modularen Aufbau können erworbene Kompetenzen, z. B. aus Arbeitserfahrungen, absolvierten Qualifizierungen des sogenannten Übergangssystems oder abgebrochenen Ausbildungen berücksichtigt werden. Die Ausbildungsdauer orientiert sich an der regulären Dauer von dualen Ausbildungsgängen. Ein Berufsabschluss

kann über die sogenannte Externenprüfung erreicht werden. Nachqualifizierung, die diesem Konzept folgt, ist bisher kein Regelangebot. Die Datenlage **E** zum nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses ist sowohl heterogen als auch unvollständig.

E Datenlage zum nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses

Abschlussorientierte Nachqualifizierungen stellen eine nicht präzise zu quantifizierende Teilmenge der Teilnehmenden an der Externenprüfung (zzgl. Berufe nach landesrechtlichen Regelungen) und der Förderzahlen abschlussorientierter Maßnahmen der BA dar:

Die Berufsbildungsstatistik erfasst die jährliche Anzahl der externen Teilnehmenden an Abschlussprüfungen in nach BBiG geordneten Berufen (vgl. [Kapitel A4.8](#)). Hierbei wird danach unterschieden, ob die Zulassung aufgrund einschlägiger berufspraktischer Erfahrung oder aufgrund eines einem anerkannten Ausbildungsberuf gleichgestellten schulischen Bildungsgangs erfolgte. Daten über die Anzahl der Nachqualifizierungen liegen nicht vor.

Die Teilnahmestatistik der Bundesagentur für Arbeit (vgl. [Kapitel B3.1](#)) weist Zugänge und Jahresdurchschnittsbestände für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung mit Abschluss eines anerkannten Ausbildungsberufes aus. Darin sind Umschulungen, Vorbereitungen auf die Externenprüfung und abschlussbezogene Nachqualifizierungen zusammengefasst. Diese Daten liegen nach Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus und Rechtskreis differenziert vor.

Ansätze zur Förderung des nachträglichen Erwerbs eines Berufsabschlusses

Zurzeit werden abschlussorientierte Qualifizierungen auf Bundesebene in folgenden Programmen angesprochen:

- Das von BMBF mit der Laufzeit 2008 bis 2013 aufgelegte Programm „**Perspektive Berufsabschluss**“ zielt in der Förderinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ darauf, nachhaltig geeignete Rahmenbedingungen für Nachqualifizierung zu schaffen und damit zur Verringerung des Anteils an- und ungelernerter junger Erwachsener mit und ohne Beschäftigung

beizutragen. Dazu werden im Zusammenwirken mit den regional tätigen Arbeitsmarktakteuren Konzepte für bedarfsgerechte Nachqualifizierung regional angepasst implementiert, bestehende Fördermöglichkeiten transparent gemacht und gebündelt und Beratungs- und Unterstützungsstrukturen aufgebaut.²⁴⁵

- Mit bundeseinheitlichen Ausbildungsbausteinen, die seit 2009 im vom BMBF geförderten Programm **JOBSTARTER CONNECT** erprobt werden, sollen Teilbereiche der beruflichen Bildung – vom sogenannten Übergangsbereich bis hin zur Nachqualifizierung – effizienter und tragfähiger gestaltet werden, um noch mehr jungen Menschen eine Berufsqualifizierung und einen Einstieg ins Erwerbsleben zu ermöglichen.²⁴⁶ In der Nachqualifizierung werden Feststellungsverfahren erprobt, die es ermöglichen, bereits vorhandene berufliche Handlungskompetenzen zu ermitteln und darauf aufbauend Nachqualifizierungsangebote für jene Ausbildungsbausteine zu konzipieren, für die noch keine ausreichenden Handlungskompetenzen vorliegen. Durch die Bescheinigung erworbener beruflicher Handlungskompetenz soll insbesondere die Zulassung zur externen Berufsabschlussprüfung über die Glaubhaftmachung beruflicher Handlungsfähigkeit nach § 45 Abs. 2 Satz 2 BBiG bzw. § 36 Abs. 2 Satz 2 HwO erleichtert werden.
- Die (zum Teil abschlussbezogene) Weiterbildung gering qualifizierter (beschäftigter oder arbeitsloser) Arbeitnehmer/-innen kann nach § 81 SGB III gefördert werden. Die Fördermöglichkeiten für Geringqualifizierte wurden mit dem im Dezember 2011 beschlossenen „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ ab April 2012 ausgeweitet. Auch Personen, die wegen Kindererziehung oder Pflege naher Angehöriger mehr als 4 Jahre nicht in ihrem Beruf tätig waren, können nun gefördert werden. Bisher waren die Fördervoraussetzungen auf das Fehlen eines Berufsabschlusses oder eine mehr als 4-jährige an- und ungelernete

Tätigkeit, die die Ausübung des erlernten Berufs unwahrscheinlich macht (§ 81 Abs. 2 SGB III), begrenzt. Das BA-Sonderprogramm **WeGebAU** (Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen), mit dem abschlussbezogene Maßnahmen für gering qualifizierte Beschäftigte finanziert werden konnten, wurde mit den Regelungen des „Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ entfristet. Des Weiteren fördert die Bundesagentur für Arbeit den Erwerb von anerkannten Berufsabschlüssen bzw. Teilqualifikationen im Rahmen der Initiative zur Flankierung des Strukturwandels. Im BA-Projekt „Optimierung der Qualifizierungsangebote für gering qualifizierte Arbeitslose“ wurde in diesem Zusammenhang im Jahr 2012 die Erprobung von Teilqualifikationen in 13 Regionen und 4 Berufen fortgesetzt. Das Erprobungskonzept enthält Elemente eines modularen Nachqualifizierungskonzepts. Die Bundesagentur für Arbeit berichtet über eine im Vergleich zu allen Weiterbildungsteilnehmenden im Bundesgebiet günstigere Eingliederungsquote. In der zweiten Erprobungsphase habe sich der Anteil von Personen, die mehr als eine Teilqualifikation erwerben, erhöht; die Anzahl der Personen, die über die Teilqualifikationen bisher einen Berufsabschluss erworben haben, sei gering (4,1 % der ersten Erprobungsphase). Zudem haben diese Personen größtenteils ihren Berufsabschluss im Rahmen einer Umschulung erworben (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2013).

Mit der Initiative „Erstausbildung junger Erwachsener“ vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und der Bundesagentur für Arbeit, die im Februar 2013 gestartet wurde, wird das Ziel verfolgt, insbesondere junge Erwachsene (25- bis unter 35-Jährige) ohne Berufsabschluss in der Arbeitslosenversicherung und Grundsicherung sowie gering qualifizierte Beschäftigte für eine abschlussorientierte Qualifizierung zu gewinnen. Diese Qualifizierungen können insbesondere als betriebliche Einzelumschulungen, Lehrgänge zur Vorbereitung auf die Externenprüfung oder in den o. g. Teilqualifikationen erfolgen.

(Katrin Gutschow)

245 Für weitere Informationen siehe www.perspektive-berufsabschluss.de/de/105.php.

246 Für weitere Informationen siehe www.jobstarter.de/de/1208.php.

B3.5 Ausgaben der öffentlichen Hand für Weiterbildung

→ **Tabelle B3.5-1** dokumentiert die Ausgaben aus öffentlichen Haushalten für Weiterbildung von 2001 bis 2013. Der größte Teil der Aufwendungen steht in Zusammenhang mit der beruflichen Weiterbildung. Teilweise sind aber auch Ausgaben für allgemeine, politische, kulturelle und wissenschaftliche Weiterbildung erfasst, da diese nicht immer eindeutig von den Aufwendungen für die berufliche Weiterbildung getrennt werden können.

Der Bund beteiligt sich an der Weiterbildungsfinanzierung durch die Förderprogramme verschiedener Ministerien. Die Ausgaben für diese Programme werden in den Haushalten zu Titeln zusammengefasst. Gemäß Funktionenplan nach § 14 Bundeshaushaltsordnung (BHO) kennzeichnen die Funktionskennziffern (FKZ) 152, 153 und 155 die Titel, welche in der Jahresrechnungsstatistik des Statistischen Bundesamtes (StBA) dem Bereich Weiterbildungsförderung zugerechnet werden. Einige dieser Titel stehen allerdings schwerpunktmäßig in Zusammenhang mit dem allgemeinen oder tertiären Bildungswesen bzw. enthalten auch Ausgaben für Programme, die einen stärkeren Bezug zur Förderung der beruflichen Ausbildung aufweisen (vgl. **Kapitel A8.2**). Umgekehrt gibt es Titel, die laut Funktionskennziffer eigentlich nicht den Weiterbildungsausgaben zugeordnet sind, aber dennoch eindeutig der Weiterbildungsförderung dienen. Dies betrifft etwa die „Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und die Leistungen für Menschen mit Behinderung sowie für die speziellen Maßnahmen für Jüngere des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) im Bereich des SGB II. Daher greift → **Tabelle B3.5-1** nicht auf die Jahresrechnungsstatistik zurück, sondern weist jene Haushaltstitel aus, die verursachungsgerecht der Weiterbildung zuzurechnen sind. Haushaltstitel des Bundes (sowie die zu Ländern, Gemeinden und BA gehörigen Tabellenpositionen), die in bedeutendem Umfang auch Ausbildungsausgaben enthalten, sind durch ein Kreuz am Ende der Zeile gekennzeichnet.

Ähnlich wie der Bund sind auch die Länder durch Programme verschiedener Ministerien an der Weiterbildungsförderung beteiligt. Die beschriebene Abgrenzungsproblematik besteht auch hier. Angesichts der Vielzahl an Länderhaushalten ist es praktisch kaum möglich, alle Haushaltstitel zu identifizieren, welche tatsächlich den Weiterbildungsausgaben hinzugerechnet werden sollten. Aus diesem Grund wird auf die Jahresrechnungsstatistik des StBA zurückgegriffen. Sie weist für sonstige Weiterbildungszwecke (FKZ 153) einen geplanten Beitrag der Länder in Höhe von 293 Mio. € im Jahr 2012 aus.²⁴⁷ Förderprogramme sind dort – wie zuvor beschrieben – aber nur dann enthalten, wenn sie per Funktionskennziffer explizit dem Bereich Weiterbildung des Funktionsplans zugeordnet sind. Viele Programme mit Weiterbildungsbezug zählen beispielsweise zum Bereich Arbeitsmarktpolitik, weswegen der tatsächliche Beitrag der Länder zur Weiterbildungsförderung durch die Jahresrechnungsstatistik vermutlich unterschätzt wird. Zudem wird die Teilnahmeförderung explizit nicht unter Funktion 153 subsumiert. Eine BIBB-Erhebung zur Höhe der Fördermittel in Weiterbildungsprogrammen kommt zu dem Ergebnis, dass die (geplanten) Ausgaben der Länder im Jahr 2010 größenordnungsmäßig im Bereich von 0,5 Mrd. € lagen. Hierbei handelt es sich allerdings um eine sehr grobe Schätzung, die mit erheblichen Unsicherheiten belastet ist (vgl. Müller/Koscheck 2011); für die Folgejahre liegen keine Informationen vor. Über die Größe der Schnittmenge zwischen dem in der Jahresrechnungsstatistik ausgewiesenen Betrag für Weiterbildungsausgaben und der BIBB-Schätzung des Programmolumens ist keine Aussage möglich.

Weiterhin finanzieren die Länder – teilweise gemeinsam mit Gemeinden und Zweckverbänden – die Volkshochschulen (VHS) und Einrichtungen der Lehrerfortbildung. Die entsprechenden Ausgaben können ebenfalls der Jahresrechnungsstatistik entnommen werden. Da die tatsächliche Belastung der öffentlichen Haushalte dargestellt werden soll, ist bei der Nutzung der Jahresrechnungsstatistik das Konzept der Grundmittel anzuwenden. Hier werden die Nettoausgaben mit den unmittelbaren Einnahmen

²⁴⁷ Bei Redaktionsschluss lagen dem Statistischen Bundesamt keine aktuellen Daten aus der Jahresrechnungsstatistik für das Jahr 2013 vor.

der öffentlichen Hand – wie etwa Teilnehmergebühren bei VHS-Kursen – verrechnet. Die Ausgaben für VHS sind jedoch anhand der Jahresrechnungsstatistik nicht nach beruflicher und nicht beruflicher Weiterbildung differenzierbar. Näherungsweise wurde daher der Anteil des VHS-Programmbereichs „Arbeit – Beruf“ aus den Gesamtausgaben der Länder und Gemeinden für VHS sowie dem in der Volkshochschulstatistik ausgewiesenen Anteil des Programmbereichs am Gesamtvolumen der unterrichteten Stunden geschätzt. Es sei aber darauf hingewiesen, dass auch die anderen Programmbereiche „Politik – Gesellschaft – Umwelt“, „Kultur – Gestalten“, „Gesundheit“, „Sprachen“ und „Grundbildung – Schulabschlüsse“ in weiten Teilen berufsrelevante Qualifikationen vermitteln.

Darüber hinaus sind die Länder an der Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung beteiligt (vgl. **Kapitel B3.2**). Ihr Anteil ist gesetzlich auf 22 % festgelegt und kann aus den Angaben im Haushalt des BMBF berechnet werden, welches den gesamten Bundesanteil von 78 % trägt. Der BMBF-Haushaltstitel verrechnet die Rückzahlung von Darlehen aus vergangenen Perioden mit den in der jeweiligen Periode an Geförderte ausgezahlten Mitteln. Daher gibt er keinen Aufschluss über die tatsächliche Höhe der Förderung in der jeweiligen Periode (siehe hierzu Fachserie 11, Reihe 8 des Statistischen Bundesamtes). Im Mittelpunkt dieses Beitrages steht allerdings ohnehin die Belastung der öffentlichen Haushalte. Nicht zu vergessen ist auch der Länderbeitrag zu den Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) für Schüler/-innen in Fachschulklassen mit abgeschlossener Berufsausbildung. Diese Förderung wird zu 100 % als Zuschuss gewährt und gemeinsam von Bund und Ländern getragen → **Tabelle B3.5-1**.

Schließlich finanzieren die Länder Fachschulen und Hochschulen. Die Ausgaben der Hochschulen für Weiterbildungszwecke sind allerdings bei den in → **Tabelle B3.5-1** aufgeführten Länderausgaben nicht berücksichtigt. Eine vom BMBF geförderte Studie zur Struktur und Organisation der Weiterbildung an Hochschulen kommt zu dem Ergebnis, dass ein großer Teil der Kosten durch Teilnahmeentgelte gedeckt wird (vgl. Hanft/Knust 2007).

Zur Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) auf Basis des SGB III durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) (vgl. **Kapitel B3.1**) zählen im Wesentlichen die Kosten der Weiterbildung, das Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung sowie die Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei beruflicher Weiterbildung. Arbeitslosengeld wird nach Auskunft der BA als „Arbeitslosengeld bei Weiterbildung“ ausgewiesen, sobald es während der Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme gewährt wird. In der Regel besteht aber ohnehin ein Anspruch auf Arbeitslosengeld aufgrund von Arbeitslosigkeit, sodass die Ausgaben genau genommen nicht in voller Höhe als Bildungsausgaben interpretiert werden dürfen. Da sich der Anspruch auf Arbeitslosengeld wegen Arbeitslosigkeit bei Teilnahme an einer Weiterbildung um die Hälfte der Weiterbildungsdauer erhöht, dürfte der den Bildungsausgaben zuzurechnende Anteil aber bei mindestens 50 % liegen.

Gesondert zu berücksichtigen sind gegebenenfalls die Leistungen der BA für Menschen mit Behinderung (vgl. **Kapitel A7.1**). Der größte Teil dieser Leistungen kann jedoch laut Angaben der BA nicht eindeutig der Erstausbildung oder Weiterbildung zugeordnet werden. Zudem ist – wie auch beim Arbeitslosengeld – zu hinterfragen, ob es sachgerecht ist, die Ausgaben ihrem Zweck nach in voller Höhe als Bildungsausgaben zu interpretieren.

Aufgrund einer Verschlechterung der arbeitsmarktpolitischen Handlungsspielräume sind die Ausgaben der BA seit 2001 stark zurückgegangen, in den letzten Jahren aber einigermaßen stabil gewesen. Im Zuge der am 1. April 2012 in Kraft getretenen Instrumentenreform wurden die Voraussetzungen zur Förderung einer beruflichen Weiterbildung – wenn auch zeitlich befristet – leicht erweitert (vgl. Pressemitteilung 012/2012 der BA zur Instrumentenreform).

Neben der Aus- und Weiterbildungsförderung auf Basis des SGB III ist die BA auch für die Durchführung der durch das BMAS finanzierten Maßnahmen auf Basis des SGB II zuständig. Das Kriterium für die Förderung nach SGB II ist eine Phase der Arbeitslosigkeit, die länger als ein Jahr andauert; deshalb finden sich im Rechtskreis SGB III ähnliche berufs-

Tabelle B3.5-1: Öffentliche Aufwendungen für die Weiterbildung (Teil 1)

	2001	2006	2010 ¹⁴	2011	2012	2013	Aus- bildung ¹⁵
	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	
BMBF¹							
Internationaler Austausch und Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung	0,007	0,005	0,010	0,011	0,012	0,011	X
Innovationen und Strukturentwicklung der beruflichen Bildung	k.A.	0,044	0,050	0,101	0,091	0,088	X
BIBB (Betrieb und Investitionen)	0,028	0,027	0,030	0,028	0,030	0,039	X
Begabtenförderung in der beruflichen Bildung	0,014	0,015	0,035	0,039	0,042	0,045	X
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) ²	0,045	0,122	0,149	0,170	0,167	0,175	
Weiterbildung und lebenslanges Lernen	k.A.	0,036	0,048	0,060	0,077	0,040	
BAföG für Schüler in Fachschulklassen mit abgeschlossener BB3	0,053	0,069	0,080	0,083	0,081	k.A.	
BMWi¹							
Berufliche Bildung für den Mittelstand – Fortbildungseinrichtungen ⁴	0,027	0,023	0,024	0,024	0,028	0,029	
BMAS⁵							
Leistungen für Menschen mit Behinderung im Rechtskreis SGB II ⁵							X
• Zuschüsse zu den Kosten beruflicher Weiterbildung für behinderte Menschen	k.A.	0,022	0,026	0,023	0,019	0,018	
• Teilnahmekosten für Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben	k.A.	0,076	0,084	0,076	0,065	0,062	
Förderung der beruflichen Weiterbildung im Rechtskreis SGB II ⁵	k.A.	k.A.	0,827	0,645	0,572	0,558	X
Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei beruflicher Weiterbildung ungelerner und von Arbeitslosigkeit bedrohter Arbeitnehmer (AEZ-WB)	k.A.	k.A.	0,001	0,001	0,000	0,000	X
Länder⁶							
Fachschulen ⁷	k.A.	0,510	0,640	0,697	0,725	k.A.	X
BAföG für Schüler in Fachschulklassen mit abgeschlossener BB ³	0,029	0,037	0,043	0,045	0,044	k.A.	
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) ²	0,013	0,034	0,051	0,048	0,053	0,049	
Volkshochschulen (FKZ 152)	0,176	0,139	0,144	0,149	0,153	k.A.	
davon: Programmbereich „Arbeit – Beruf“ ⁸	0,038	0,022	0,021	0,011	0,019	k.A.	
Sonstige Weiterbildung (FKZ 153) ⁹	0,432	0,275	0,271	0,293	0,293	k.A.	X
Einrichtungen der Lehrerfortbildung (FKZ 155)	0,130	0,097	0,091	0,102	0,124	k.A.	
Weiterbildungsprogramme der Länder ⁹	k.A.	k.A.	ca. 0.5	k.A.	k.A.	k.A.	
Gemeinden und Zweckverbände⁶							
Volkshochschulen (FKZ 152)	0,229	0,213	0,196	0,198	0,200	k.A.	
davon: Programmbereich „Arbeit – Beruf“ ⁸	0,050	0,033	0,029	0,014	0,025	k.A.	
Sonstige Weiterbildung (FKZ 153) ⁹	0,053	0,046	0,062	0,063	0,064	k.A.	X

Tabelle B3.5-1: Öffentliche Aufwendungen für die Weiterbildung (Teil 2)

	2001	2006	2010 ¹⁴	2011	2012	2013	Aus- bildung ¹⁵
	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	
Bundesagentur für Arbeit⁵							
Berufsfördernde Bildungsmaßnahmen für Behinderte							
• für Weiterbildungsmaßnahmen	k.A.	0,272	0,179	0,179	0,179	0,186	
• nicht auf berufliche Erstausbildung oder Weiterbildung aufteilbare Bildungsausgaben	k.A.	1,690	1,871	1,806	1,747	1,716	X
Berufliche Weiterbildung ¹⁰	k.A.	0,527	0,958	0,824	0,674	0,857	
Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung ¹¹	k.A.	0,714	0,962	0,877	0,771	0,935	
Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei der beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	k.A.	0,014	0,106	0,073	0,066	0,077	
Förderung von Jugendwohnheimen ¹²	0,044	0,004	–	–	–	0,001	X
Aus Mitteln des ESF mitfinanzierte ergänzende Qualifizierungsangebote bei Bezug von Kurzarbeitergeld, Saison-Kurzarbeitergeld oder Transferkurzarbeitergeld ¹³	–	–	0,043	0,011	0,004	0,003	

¹ Ist-Werte gemäß Haushaltsrechnungen des Bundes. Haushaltsansätze für 2013.

² Die ausgewiesenen Werte geben keinen Aufschluss über die in der jeweiligen Periode tatsächlich an Geförderte ausgezahlten Mittel, vgl. Anmerkung im Text.

³ Förderung für Schüler in Fachschulklassen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen. Ist-Werte für alle angegebenen Kalenderjahre gemäß BAföG-Statistik des Statistischen Bundesamtes. Die Angaben wurden zu 65 % dem Bund und zu 35 % den Ländern zugerechnet. Bis zum Datenreport 2012 nicht berücksichtigt.

⁴ Bis zum Jahr 2011 wurden diese Ausgaben unter dem Haushaltstitel „Förderung überbetrieblicher Fortbildungseinrichtungen“ geführt. Erfasst ist die Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten mit Schwerpunktsetzung auf Fort- und Weiterbildungsaktivitäten.

⁵ Ist-Ausgaben für das jeweilige Haushaltsjahr.

⁶ Ist-Werte für 2001, 2006 und 2010. Vorläufige Ist-Werte für 2011, Haushaltsansätze für 2012. Soll-Werte für 2013 lagen bei Redaktionsschluss nicht vor.

⁷ Grundlage für die Schätzung der Ausgaben in den Kalenderjahren 2001, 2006, 2010 und 2011: Schülerzahlen der im jeweiligen Kalenderjahr endenden und beginnenden Schuljahre sowie Ausgaben für die beruflichen Schulen. Grundlage der Schätzung für das Jahr 2012: Schülerzahlen des Schuljahres 2011/2012 sowie Ausgaben für die beruflichen Schulen. Ab dem Datenreport 2011 wurde das Ausgabenkonzept von Nettoausgaben auf Grundmittel umgestellt. Da dies auch rückwirkend für die Jahre ab 2007 geschah, unterscheidet sich die Angabe für das Jahr 2010 leicht von der entsprechenden Angabe in früheren Datenreporten.

⁸ Geschätzt auf Grundlage des Anteils des Programmbereichs „Arbeit – Beruf“ am Gesamtvolumen der Unterrichtsstunden (2006: 15,7 %, 2007: 15,5 %, 2008: 14,9 %, 2009: 14,9 %, 2010: 15,0 %, 2011: 13,9 %, 2012: 12,5 %).

⁹ Die Funktion 153 fasst die ehemaligen Funktionen 151 (Förderung der Weiterbildung) und 153 (Andere Einrichtungen der Weiterbildung) zusammen. Der in der Jahresrechnungstatistik unter Funktion 153 geführte Betrag weist unter Umständen eine in ihrer Höhe unbekannte Schnittmenge mit der BIBB-Schätzung des Mittelvolumens in Weiterbildungsprogrammen der Länder auf, vgl. Anmerkungen im Text.

¹⁰ Entspricht der Position „Weiterbildungskosten“ im Datenreport 2012. Enthalten sind Teile des Integrationsfortschrittsprogramms sowie das Sonderprogramm WeGebAU.

¹¹ Siehe Anmerkungen im Text.

¹² Die institutionelle Förderung im Bereich der Aus- und Weiterbildung wurde 2009 abgeschafft. Seit April 2012 können jedoch wieder Leistungen für den Aufbau, die Erweiterung, den Umbau und die Ausstattung von Jugendwohnheimen erbracht werden.

¹³ Gefördert werden gering qualifizierte Arbeitnehmer, die keine berufliche Ausbildung vorweisen können oder seit mindestens 4 Jahren anstatt der gelernten Tätigkeit einer anderen an- oder ungelerten Tätigkeit nachgehen.

¹⁴ Für Angaben zu den Jahren 2007 bis 2009 siehe Datenreporte 2012 und 2013.

¹⁵ Positionen, die in signifikantem Umfang auch Ausgaben für die berufliche Erstausbildung enthalten, sind mit Kreuz gekennzeichnet.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Bundeshaushaltspläne
 Bundesministerium der Finanzen, Haushaltsrechnung des Bundes
 Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2 – Berufliche Schulen
 Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.1 – Rechnungserg GesamtHH
 Bundesagentur für Arbeit, Quartalsberichte
 Bundesagentur für Arbeit, Statistiken zu Einnahmen und Ausgaben in den Rechtskreisen SGB II und SGB III
 Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Volkshochschulstatistik
 Auskünfte des Statistischen Bundesamtes (Januar 2013) und der Bundesagentur für Arbeit (Januar 2014)

fördernde Bildungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderung und Jüngere wie im Rechtskreis SGB II.

Die von Bundesministerien, BA und Ländern bereitgestellten Mittel werden in einigen Fällen durch EU-Mittel ergänzt. Die entsprechenden Programme werden durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert. Je nach Zielgebiet liegt der Kofinanzierungssatz bei bis zu 50% oder 75%. In der Förderperiode 2007 bis 2013 standen insgesamt ca. 9,4 Mrd. € für Bund und Länder zur Verfügung. Allerdings ist laut ESF derzeit keine Auskunft darüber möglich, in welcher Höhe in den einzelnen Jahren tatsächlich Ausgaben für die berufliche Aus- und Weiterbildung aus ESF-Mitteln getätigt wurden. Die unter Prioritätsachse B der Programmstruktur zu subsumierenden Ausgaben dienen fast vollständig der Weiterbildung.²⁴⁸ Über die gesamte Förderperiode standen Bund und Ländern hierfür insgesamt 2,84 Mrd. € zur Verfügung. Aber auch die übrigen Prioritätsachsen können Ausgaben mit Bezug zur beruflichen Aus- und Weiterbildung enthalten, sodass sich die jährlich der Aus- und Weiterbildung zugutekommenden ESF-Mittel größenordnungsmäßig zwischen 0,5 und 1 Mrd. € bewegen dürften. Die ESF-Mittel für Weiterbildung sind aber nicht gesondert in → **Tabelle B3.5-1** aufgeführt, da sie zumindest teilweise bereits in den dort aufgeführten Haushaltstiteln der Ministerien berücksichtigt sind. Denn nicht alle Ministerien weisen die verwendeten ESF-Mittel separat aus. Eine Aussage darüber, wie stark sich der Finanzierungsbeitrag der öffentlichen Hand durch ESF-Zuschüsse im Vergleich zu den Angaben in der Tabelle noch erhöht, ist daher nicht ohne Weiteres möglich.

(Normann Müller)

248 A: Anpassungsfähigkeit und Unternehmergeist, B: Verbesserung des Humankapitals, C: Beschäftigung und soziale Integration, D: technische Hilfe, E: transnationale Maßnahmen.

B3.6 Tarifvertraglich geregelte Finanzierung der beruflichen Weiterbildung

Tarifliche Regelungen zur betrieblichen Weiterbildung wurden von den Tarifparteien spätestens seit der Jahrtausendwende flächendeckend auch in großen Branchen vereinbart (Bahn Müller/Hoppe 2012). Allein die Qualifizierungsvereinbarungen in der chemischen Industrie (2003), der Metall- und Elektroindustrie (2001 und 2006), im öffentlichen Dienst (2005/2006) und im Versicherungsgewerbe (2007) regelten laut Bahn Müller und Hoppe Weiterbildungsansprüche für 5 Mio. Beschäftigte. Regelungen zur Ermittlung des betrieblichen Weiterbildungsbedarfs und Bedingungen für Qualifizierungsgespräche sind häufig Bestandteile dieser Vereinbarungen. Ein zentraler Regelungsgegenstand ist auch die Weiterbildungsfinanzierung. Dabei tragen die Arbeitgeber grundsätzlich die Kosten für betrieblich notwendige oder zweckmäßige Qualifizierungsmaßnahmen. Je nach Art der Qualifizierungsmaßnahme kann jedoch auch ein Eigenbeitrag der Beschäftigten vereinbart werden. In den Tarifvereinbarungen der chemischen Industrie oder des öffentlichen Dienstes werden die Betriebsparteien aufgefordert, hierbei „die Grundsätze einer fairen Kostenverteilung unter Berücksichtigung des betrieblichen und individuellen Nutzens“ zu wahren. Die Mehrzahl der tariflichen Qualifizierungsvereinbarungen schreibt eine einzelbetriebliche Finanzierung der Weiterbildung fest. Nur wenige Tarifverträge beteiligen alle Betriebe des Tarifbereichs über ein Fondssystem an der Weiterbildungsfinanzierung und begreifen damit die Qualifizierung von Fachkräften nicht mehr als einzelbetriebliches Problem, sondern als Herausforderung für die gesamte Branche (Berger/Moraal 2012).

Tariffonds zur Weiterbildungsfinanzierung

Der zentrale Ansatz eines tariflichen Branchenfonds zur Finanzierung betrieblicher Weiterbildung beruht auf der Entkopplung der betrieblichen Weiterbildungsentscheidung von der betrieblichen Weiterbildungsfinanzierung. So zahlen alle Betriebe, die einem solchen Tarifvertrag unterliegen, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Bruttolohnsumme oder

einen festen Beitrag pro Beschäftigten in einen meist von beiden Tarifparteien paritätisch verwalteten Fonds ein → **Tabelle B3.6-1**. Aus diesem Fonds können Betriebe, die in die Weiterbildung ihrer Beschäftigten investieren, ihre Kosten refinanzieren.

Bahn Müller (2009) hebt 3 Vorteile der tariflichen Fondsfinanzierung hervor. So ermöglichen Tariffonds eine Weiterbildungsfinanzierung unabhängig von konjunkturellen Schwankungen und der aktuellen wirtschaftlichen Lage eines Betriebes, wenngleich die Beitragszahlung an die Beschäftigtenzahlen in der jeweiligen Branche gekoppelt ist und die Höhe der zur Verfügung stehenden Fondsmittel somit auch von der aktuellen Wirtschaftslage abhängig ist. Durch die paritätische Beteiligung von Arbeitgebern und Gewerkschaften orientieren sich Finanzierungsentscheidungen weniger an betrieblichen Einzelinteressen, sondern mehr am Bedarf der gesamten Branche. In eher klein- und mittelbetrieblich geprägten Branchen entlasten Tariffonds gerade kleinere Einzelbetriebe nicht nur finanziell, sondern auch bei der Organisation von Weiterbildungsmaßnahmen.

Tariffonds beruhen auf „Kompensationstarifverträgen“ in eher kleinen Branchen

Trotz der hier genannten Vorteile stimmen die Arbeitgeberverbände einer Fondslösung zur Weiterbildungsfinanzierung oft erst dann zu, wenn die Gewerkschaften ihrerseits auf andere Forderungen verzichten. Insofern handelt es sich bei Qualifizierungstarifverträgen immer um sogenannte „Kompensationstarifverträge“, da der Finanzierungsbeitrag der Arbeitgeber meist durch Verzicht der Arbeitnehmer/-innen kompensiert wird. So nahmen diese beim Tariffonds der Textil- und Bekleidungsindustrie z. B. eine geringere Steigerung ihres Urlaubsgeldes in Kauf. Auch bei dem erstmals für Leiharbeiter/-innen vereinbarten Qualifizierungstarifvertrag werden zwar die Weiterbildungskosten über den Tariffonds bzw. vom Arbeitgeber getragen. Hingegen ist der Zeitaufwand für die Weiterbildung durch die auf einem Arbeitszeitkonto angesammelte Mehrarbeit der Leiharbeiter/-innen zu bestreiten.

Bisher einigten sich die Tarifparteien vorrangig kleinerer Branchen mit meist klein- und mittelbetrieblicher

Struktur auf die Einrichtung eines überbetrieblichen Tariffonds zur Weiterbildungsfinanzierung. Entsprechend liegt die Zahl der Beschäftigten, die insgesamt in den Geltungsbereich eines Tariffonds fallen, bei nur knapp 100.000. Noch geringer ist hierbei die Zahl der Beschäftigten, für deren betriebliche Weiterbildung diese Fonds genutzt werden. So finanzierten z. B. die tarifgebundenen Arbeitgeber in der Textil- und Bekleidungsindustrie ihre Weiterbildungsaktivitäten gerade einmal bei knapp 2 % der insgesamt 51.534 Beschäftigten über den Weiterbildungsfonds. Im Durchschnitt nahmen sie dabei 392 € pro Weiterbildungsteilnehmer/-in in Anspruch. Damit veränderten sich die fondsfinanzierten Weiterbildungsaktivitäten in der Textil- und Bekleidungsindustrie auf Arbeitgeberseite kaum gegenüber den Vorjahren 2011 und 2012. Intensiver wurde der tarifliche Qualifizierungsfonds hingegen in der Miederindustrie genutzt. Mehr als ein Drittel (35 %) der rund 1.700 Beschäftigten profitierte im Jahr 2013 mit jeweils durchschnittlich rund 1.500 € von einer fondsfinanzierten Weiterbildung. Dieser Beschäftigtenanteil hatte sich gegenüber den Vorjahren 2011 und 2012 mehr als verdoppelt. Auch der Qualifizierungsfonds Land- und Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein trug im letzten Jahr bei 17 % der gut 4.800 ständig beschäftigten Arbeitnehmer/-innen mit durchschnittlich 273 € pro Teilnahme zur Finanzierung von beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen bei. Während dieser Finanzierungsbetrag pro weitergebildeten Beschäftigten in den letzten 3 Jahren weitgehend gleich blieb, war der Anteil der Beschäftigten, die hiervon profitierten, im Vergleich zum Jahr 2011 (13 %) gestiegen. Im Gerüstbaugewerbe lag der Anteil der Beschäftigten, deren Weiterbildung über die Sozialkasse im Zeitraum 2010 bis 2012 finanziert wurde, bei knapp 2 %. Hierbei wurden schätzungsweise durchschnittlich 6.000 € z. B. für eine Fortbildung zum geprüften Gerüstbau-Kolonnenführer oder Gerüstbau-Fachmonteur aus der Sozialkasse erstattet.

Das derzeit von tariflichen Weiterbildungsfonds verwaltete Mittelvolumen lässt sich nicht genau beziffern, da es nicht immer ausschließlich für Weiterbildung, sondern auch für Ausbildung, Altersvorsorge und Gesundheitsförderung der Arbeitnehmer/-innen verwendet wird. Schätzungsweise standen 2012 und 2013 jeweils tarifliche Fondsmittel in Höhe von ca. 4,9 Mio. € für die Finanzierung der beruflichen

Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur Verfügung. Hiervon wurden in den betreffenden Branchen rund 3,9 Mio. € zur Finanzierung der Weiterbildungsteilnahme der Beschäftigten ausgezahlt.

Tarifliche Fonds zur Finanzierung der Weiterbildungsteilnahme bestehen derzeit in den folgenden Branchen:

Textil- und Bekleidungsindustrie

Im Wirtschaftsbereich Textil und Bekleidung haben sich die Tarifparteien von 3 kleinen Branchen auf überbetriebliche Fondslösungen zur Weiterbildungsfinanzierung geeinigt. Zu Beginn des Jahres 2012 trat die neu verhandelte Tarifvereinbarung zur überbetrieblichen Fondsfinanzierung der Weiterbildung in der *Miederindustrie* in Kraft. Erstmals wurde dieser Tariffonds im Jahr 1963 ausgehandelt und seitdem immer wieder verlängert. In der aktuellen Vereinbarung verpflichten sich die Arbeitgeber, 3,4 % der Bruttolohn- und Gehaltssumme in einen Fonds zur Altersversorgung, Bildung und Gesundheitsförderung der Arbeitnehmer/-innen einzuzahlen.

In der *Branche Textil Service* trat im Jahr 2009 ein Tarifvertrag in Kraft, bei dem der Industrieverband Textil Service – intex – e. V. und die IG Metall übereinkamen, „die Aus-, Fort-, Weiterbildung, präventiven Gesundheitsschutz sowie die Altersversorgung der Beschäftigten zu fördern“. Die intex-Mitgliedsbetriebe verpflichten sich zu diesem Zweck, jährlich 35 € je Beschäftigten an einen Verein zur Verwaltung des Tariffonds abzuführen.

Im Jahr 1997 vereinbarten die Tarifparteien der *Textil- und der Bekleidungsindustrie* den Tarifvertrag zur Förderung von Aus-, Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten in diesem Industriezweig. Zentrale Elemente dieses Tarifvertrags waren die Regelung eines individuellen Weiterbildungsanspruchs für die Beschäftigten bei gleichzeitiger Begrenzung des jährlichen Anspruchs auf maximal 2 % der Belegschaft und die Einführung eines paritätisch verwalteten Bildungsfonds. Die Fondsmittel stehen jeweils zur Hälfte für arbeitgeberseitig und für arbeitnehmerseitig veranlasste Weiterbildung zur Verfügung.

Land- und Forstwirtschaft

Mitte der 1990er-Jahre vereinbarten die für Land- und Forstwirtschaft zuständigen Tarifparteien einen tariflichen „Qualifizierungsfonds“ für das ostdeutsche Tarifgebiet. Die Besonderheit dieses Fonds bestand darin, dass über ihn Qualifizierungsmaßnahmen gefördert wurden, die sich auch an ehemalige Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft richteten, die eine Wiederaufnahme der land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeit anstrebten. Mit Datum vom 10. November 2006 wurde der Qualifizierungsfonds der Land- und Forstwirtschaft e. V. (QLF) schließlich liquidiert. Die Modalitäten des eingestellten Tariffonds waren im Jahr 2001 Vorbild für die Errichtung von Qualifizierungsfonds, die die Tarifparteien der Forstwirtschaft in Niedersachsen und der Land- und Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein sowie in Hessen vereinbarten.

Gerüstbaugewerbe

Der finanziell bedeutendste Tariffonds mit langer Tradition ist die *Sozialkasse im Gerüstbaugewerbe* (Berger/Häusele/Moraal 2012). Die Tarifvertragsparteien des Gerüstbaugewerbes vereinbarten dieses tarifliche Fondsmodell im Jahr 1981. Aus dieser Sozialkasse werden die tarifvertraglich geregelten Sozialleistungen einschließlich der Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung finanziert. Förderfähig sind nach Tarifvertrag dieser Branche nur die Fortbildungslehrgänge zum/zur geprüften Gerüstbau-Kolonnenführer/-führerin, zur Vorbereitung auf die Ausbildereignungsprüfung und zur Abschlussprüfung Gerüstbauer/Gerüstbauerin gemäß § 45 Abs. 2 Berufsbildungsgesetz. Die Teilnahmen an diesen Lehrgängen wurden im Jahr 2012 mit 1,9 Mio. € aus der Sozialkasse bezuschusst.

Feinstblechpackungsindustrie

Die Einrichtung von Weiterbildungsfonds wurde auch in der Feinstblechpackungsindustrie im Jahr 2002/2004 mit dem Qualifizierungstarifvertrag vereinbart. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um einen überbetrieblichen Qualifizierungsfonds, der für alle Mitgliedsbetriebe der Tarifgemeinschaft Feinstblechpackungsindustrie gemeinsam zu bilden war.

Vielmehr verpflichtet der Tarifvertrag die Mitgliedsbetriebe, einen entsprechenden Fonds „auf betrieblicher Ebene“ einzurichten. Vereinbart wurde, dass in diesen jeweils vom Arbeitgeber und Betriebsrat gemeinsam verwalteten Qualifizierungsfonds „1,3645 % der jährlichen Entgeltsumme (...) der unter den persönlichen Geltungsbereich fallenden Beschäftigten“ abgeführt werden. Direkte Weiterbildungskosten wie z. B. Lehrgangskosten werden über diesen Fonds erstattet, während der Arbeitgeber alle „indirekten oder Folgekosten“ z. B. Vertretungskosten trägt.

Weiterbildungsfonds Zeitarbeit

Eine weitere Ausnahme stellt die tarifliche Fondsregelung zur Finanzierung beruflicher Weiterbildung von Leiharbeitern dar, die zwischen der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und dem Zeitarbeitsunternehmen Technicum GmbH (Tochter der USG People Germany) im Dezember 2011 vereinbart wurde (vgl. BIBB-Datenreport 2013, Kapitel B3.6). Seit Oktober 2013 fließen monatlich 0,8 % der Bruttolohnsumme des Mitgliedsunternehmens Technicum in diesen Fonds ein. Der Tarifvertrag legt weiter fest, dass „zusätzliche Mittel für den ‚Weiterbildungsfonds Zeitarbeit‘ (...) auf freiwilliger Basis durch die Entleihkunden der Zeitarbeitsunternehmen erbracht werden“ können. Den Zeitaufwand für die Weiterbildung müssen die Leiharbeiter/-innen allerdings „durch Abbau von Zeitguthaben aus dem Arbeitszeitkonto“ bestreiten. Im Frühjahr 2014 sollen erste fondsfinanzierte Qualifizierungsmaßnahmen für Leiharbeitnehmer/-innen beantragt werden können.

Die → **Tabelle B3.6-1** verdeutlicht, dass die für Weiterbildung zur Verfügung stehenden Fondsmittel oft nur zum Teil ausgeschöpft werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Tariffonds weder im Gerüstbaugewerbe noch in den Textilbranchen ausschließlich auf die alleinige Weiterbildungsfinanzierung fokussiert sind. Sie dienen teilweise ebenso der Ausbildungsfinanzierung wie auch der Förderung anderer tariflich festgelegter Sozialleistungen. In diesem Zusammenhang ist auch der im Jahr 2008 in der chemischen Industrie aufgelegte Demografiefonds zu erwähnen. Er dient in erster Linie der Schaffung alters- und leistungsgerechter Arbeitsbedingungen

Tabelle B3.6-1: Tarifliche Branchenfonds zur Weiterbildungsfinanzierung für das Jahr 2013^a

	Textilbranche				Land- und Forstwirtschaft ^b		Gerüstbaugewerbe
	Tarifvertrag zur Förderung von Aus-, Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten der Textilindustrie und der Bekleidungsindustrie ^c		Tarifvertrag zur Sicherung und Förderung der Beschäftigten, der Wettbewerbsfähigkeit und zur tarifpolitischen Zusammenarbeit in der Branche Textil Service ^d	Tarifvereinbarung über die Errichtung eines Vereins und einer Stiftung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Niederindustrie ^d	Qualifizierungsfonds Land- und Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein ^e	Qualifizierungsfonds Forstwirtschaft Niedersachsen ^f	Sozialkasse des Gerüstbaugewerbes (Angaben für 2012) ^g
	arbeitgeberseitig ¹	arbeitnehmerseitig ^d					
Anzahl der tarifgebundenen Betriebe	355		11	3	1.849 ²	250	2.939
Anzahl der Arbeitnehmer im Tarifbereich	51.534		13.924	1.703	4.806	330	21.200 ³
Beitragseinnahmen	625.500 €		k.A.	k.A.	263.000 €	27.000 €	114.760.000 € ⁴
Tarifliche Beitragsregelung	12,50 € p. a. für Vollzeitbeschäftigte, für Teilzeit-MA anteilig nach Arbeitszeit		35 € je Beschäftigten/Jahr	3,4 % der jährlichen Bruttolohn- und Gehaltssumme	5,11 €/Monat für die ständig beschäftigten Arbeitnehmer/-innen und Auszubildenden im Geltungsbereich des Tarifvertrags	Monatlicher Beitrag: 5 € für den Arbeitgeber und 3 € für den Arbeitnehmer	2,5 % der Brutto-lohnsumme für Aus- und Weiterbildung
Weiterbildungsbudget 2013 gesamt (inkl. Mittel aus Vorjahren)	506.300 € ⁵	k.A.	674.006 €	900.000 €	293.000 €	50.000 €	11.855.000 € ⁶
Genutzte Mittel	362.450 €	k.A.	294.414 €	900.000 €	224.075 € ⁷	23.000 €	1.900.000 €
Anzahl der Betriebe, die Fondsmittel beansprucht haben	116	nicht registriert	8	3	nicht registriert	25	188
Anzahl der Arbeitnehmer, die den Fonds beansprucht haben	924	452	607	602	820	39	316

Anmerkungen:

¹ Zeitraum: 01. Juli 2012 bis 30. Juni 2013.² Stichtag: 31. Dezember 2013.³ Gewerbliche Beschäftigte im Jahresdurchschnitt.⁴ Gesamtbeitragseinnahmen zur Finanzierung tariflicher Leistungen inkl. Berufsbildung.⁵ Weiterbildungsbudget für 2012.⁶ Für berufliche Aus- und Weiterbildung zur Verfügung stehender Betrag. Keine explizite Trennung des Budgets für die Aus- und die Weiterbildung.⁷ Hinzu kommen verbindlich erteilte Bezuschussungszusagen für Weiterbildungsmaßnahmen in Höhe von gut 8.000 €, die noch in den nächsten Wochen einzulösen sind.

Quellen:

⁸ Der Weiterbildungsfonds Zeitarbeit ist in der Übersicht nicht aufgeführt, da er nach Auskunft der Abteilung Tarifpolitik der IG BCE zu Redaktionsschluss des Datenreports seine operative Tätigkeit noch nicht aufgenommen hatte.⁹ Für den Tariffonds der Land- und Forstwirtschaft Hessen lagen keine Angaben vor.^c Verein zur Aus-, Fort- und Weiterbildung Aschaffenburg^d Stiftung zur Förderung von Bildung, Erholung und Gesundheitshilfe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Kritische Akademie Inzell^e Qualifizierungsfonds Land- und Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein e.V.^f Qualifizierungsfonds Forstwirtschaft Niedersachsen e.V.^g Sozialkasse des Gerüstbaugewerbes

und flexibler Übergänge in den Ruhestand. In der Verbindung mit Langzeitkonten ist allerdings auch hier eine Fondsnutzung für Qualifizierungszwecke nicht ausgeschlossen. Das Beispiel des Demografietarifvertrags in der chemischen Industrie zeigt, dass derartige tarifliche Fondsmodelle zur Berufsbildungsfinanzierung nicht auf kleine Branchen begrenzt bleiben müssen. Dies verdeutlicht auch ein

Blick in die Niederlande. Im Jahr 2007 wurden hier 140 Aus- und Weiterbildungsfonds (O&O Fonds) in 116 Wirtschaftszweigen gezählt. 86 % der 6,9 Mio. Arbeitnehmer/-innen in den Niederlanden fielen dabei in den Geltungsbereich dieser O&O Fonds (Donker van Heel u. a. 2008, S. 10).

(Klaus Berger)

B3.7 Programm Bildungsprämie

Im Rahmen des Programms Bildungsprämie wird seit dem 1. Dezember 2008 die Beteiligung Erwerbstätiger mit niedrigem und mittlerem Einkommen an individueller beruflicher Weiterbildung gefördert. Die Bildungsprämie wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und aus dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union (ESF) gefördert. Aufgrund der positiven Ergebnisse der 1. Förderphase, die am 30. November 2011 endete, wurde eine 2. Förderphase mit leicht veränderten Förderkonditionen bis zum 30. Juni 2014 aufgelegt **E**. Insgesamt wurden rd. 244.000 Prämiegutscheine und 27.000 Spargutscheine bis zum 31. Dezember 2013 ausgegeben. Nach den Erfahrungen aus der 1. Förderphase ist davon auszugehen, dass knapp 80 % der Prämiegutscheine eingelöst werden.

E Programm „Bildungsprämie“

Mit der Bildungsprämie können Weiterbildungsmaßnahmen unterstützt werden, die berufsspezifische Kenntnisse bzw. Fertigkeiten vermitteln, sowie Weiterbildungen, die der Stärkung der allgemeinen Beschäftigungsfähigkeit dienen. Die Bildungsprämie umfasst 2 Finanzierungsinstrumente, die kumulativ anwendbar sind:²⁴⁹

- **Prämiegutschein:** Mit dem Prämiegutschein unterstützt der Bund Erwerbstätige in ihrem Fortbildungsinteresse, indem 50 % der Weiterbildungskosten übernommen werden, maximal jedoch 500 €. Den Gutschein können Personen erhalten, die mindestens 15 Stunden pro Woche erwerbstätig sind und deren zu versteuerndes Jahreseinkommen 20.000 € bei Alleinstehenden (bzw. 40.000 € bei gemeinsamer Veranlagung) nicht übersteigt.
- **Spargutschein:** Mit dem Weiterbildungssparen wird im Vermögensbildungsgesetz eine Entnahme aus dem angesparten Guthaben erlaubt, um Weiterbildung auch dann zu finanzieren, wenn die Sperrfrist noch nicht abgelaufen ist. Die Arbeitnehmersparzulage geht dabei nicht verloren. Der Spargutschein kann auch als Ergänzung des Prämiegutscheins für den verbleibenden

finanziellen Eigenanteil genutzt werden. Damit können aufwendige und oftmals langfristige Weiterbildungen leichter finanziert werden.

Für den Erhalt eines Prämien- und/oder Spargutscheins ist die Teilnahme an einem Beratungsgespräch in einer der bundesweit etwa 550 Beratungsstellen obligatorisch. Der Prämiegutschein kann im Rahmen der 2. Förderphase des Programms alle 2 Kalenderjahre beantragt werden. Eine 3. Förderphase ist geplant.

Struktur der Programmteilnehmer/-innen

Bei einer Betrachtung der Teilnehmerstruktur zeigt sich, dass über beide Förderperioden der überproportional hohe Frauenanteil stabil bleibt → **Tabelle B3.7-1**. Mit 76 % sind auch in der 2. Förderphase mehr als drei Viertel der Beratenen weiblich. Multivariate Analysen auf der Basis des Adult Education Survey (AES) 2012 zeigen ebenfalls einen signifikanten Effekt der Geschlechtszugehörigkeit derart, dass Frauen signifikant häufiger an individueller berufsbezogener Weiterbildung²⁵⁰ teilnehmen als Männer (**vgl. Kapitel B1.1, Kapitel C, Kuper/Unger/Hartmann 2013, S. 103 f.**).

Für die Bildungsprämie relativiert sich dieser geschlechtsspezifische Effekt, wenn man weitere Variablen in die Betrachtung einschließt. Gefragt nach dem Wirtschaftsbereich, in dem die Person aktuell beschäftigt ist, nennt im Rahmen des obligatorischen Beratungsgesprächs beinahe die Hälfte (44 %) das „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“, mit deutlichem Abstand folgen die Bereiche „Erziehung und Unterricht“ (12 %) und „Unternehmensbezogene Dienstleistungen“ (11 %). Differenziert man den aktuellen Wirtschaftsbereich zusätzlich nach dem Geschlecht der Beratenen, zeigt sich, dass in der Gruppe der im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialbereich Beschäftigten 86 % Frauen sind → **Schaubild**

249 Weitere Informationen zum Programm Bildungsprämie finden sich unter www.bildungspraemie.info.

250 „Individuelle berufsbezogene Weiterbildung liegt vor, wenn die Weiterbildung erstens nicht überwiegend während der bezahlten Arbeitszeit erfolgt ist und wenn der Arbeitgeber keine direkten (pagatorischen) Kosten übernommen hat. Zudem muss die so als nicht betrieblich identifizierte Weiterbildungsteilnahme nach Angabe der Befragten in erster Linie aus beruflichen Gründen motiviert gewesen sein, um zur individuellen berufsbezogenen Weiterbildung gezählt zu werden“ (Kuper/Unger/Gnahn 2013, S. 165).

Tabelle B3.7-1: Programm Bildungsprämie – Kernindikatoren im Zeitverlauf (relative Anteile in %)

	1. Förderphase (Dezember 2008 – November 2011)	2. Förderphase (Dezember 2011 – Juni 2014) ¹
Geschlecht		
männlich	26	25
weiblich	74	75
Alter		
unter 25	12	12
25 bis unter 35	32	33
35 bis unter 45	30	27
45 bis unter 55	22	23
55 und älter	4	5
Bildung		
ISCED 1 & 2	3	3
ISCED 3 & 4	66	64
ISCED 5 & 6	31	33
Migrationshintergrund		
ohne Migrationshintergrund	85	82
mit Migrationshintergrund	15	18
Beschäftigungsstatus		
Beschäftigte Vollzeit	40	35
Beschäftigte Teilzeit	36	41
Selbstständige	19	21
förderfähige Nichterwerbstätige	4	3
Nichtförderfähige für PG	0	0
Betriebsgröße		
in KMU beschäftigt (0–250 Beschäftigte)	89	89
nicht in KMU beschäftigt (über 250 Beschäftigte)	11	11
BIK-Region		
Stadtregion/Ballungszentrum	64	66
Mittelzentrengebiet	21	20
Unterezentrengebiet	15	14

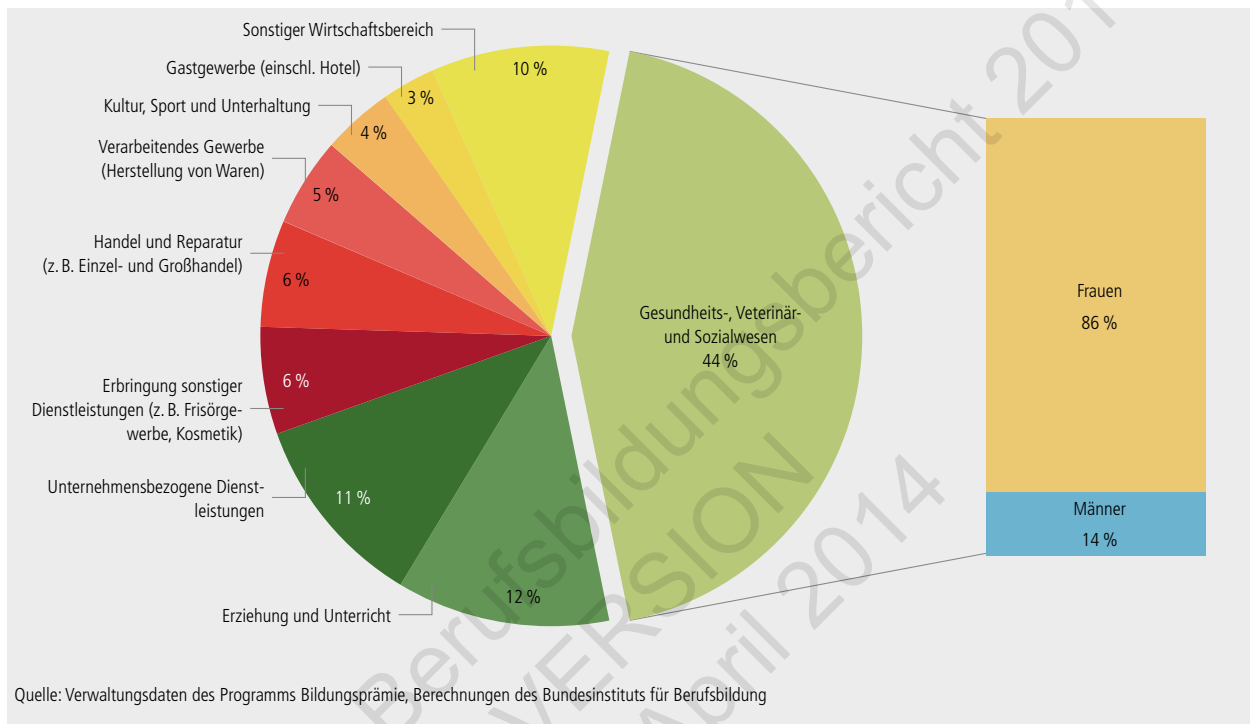
¹ Stand: 31. Dezember 2013.

Quelle: Verwaltungsdaten des Programms Bildungsprämie, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

B3.7-1. Dieser Teil des Arbeitsmarktes wird auch in seiner Beschäftigungsstruktur allgemein eindeutig von Frauen dominiert. Dies belegt auch die Statistik der Bundesagentur für Arbeit zu den sozialversiche-

rungspflichtig Beschäftigten. Im Jahr 2012 waren rund 80 % der Beschäftigten im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen weiblich (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2013, S.130).

Schaubild B3.7-1: **Programmteilnehmer/-innen nach Wirtschaftsbereichen**



Ähnliches gilt für den Beschäftigungsstatus: Fast die Hälfte der Frauen im Programm (48 %) ist teilzeitbeschäftigt. Auch dieses Verhältnis spiegelt die Situation am Arbeitsmarkt wider. Insgesamt sind bundesweit die erwerbstätigen Frauen mit rund 45 % deutlich häufiger teilzeitbeschäftigt als Männer (9 %). Der hohe Frauenanteil im Programm ist von daher zu einem großen Teil die Folge der hohen Frauenanteile in den genannten Subgruppen.

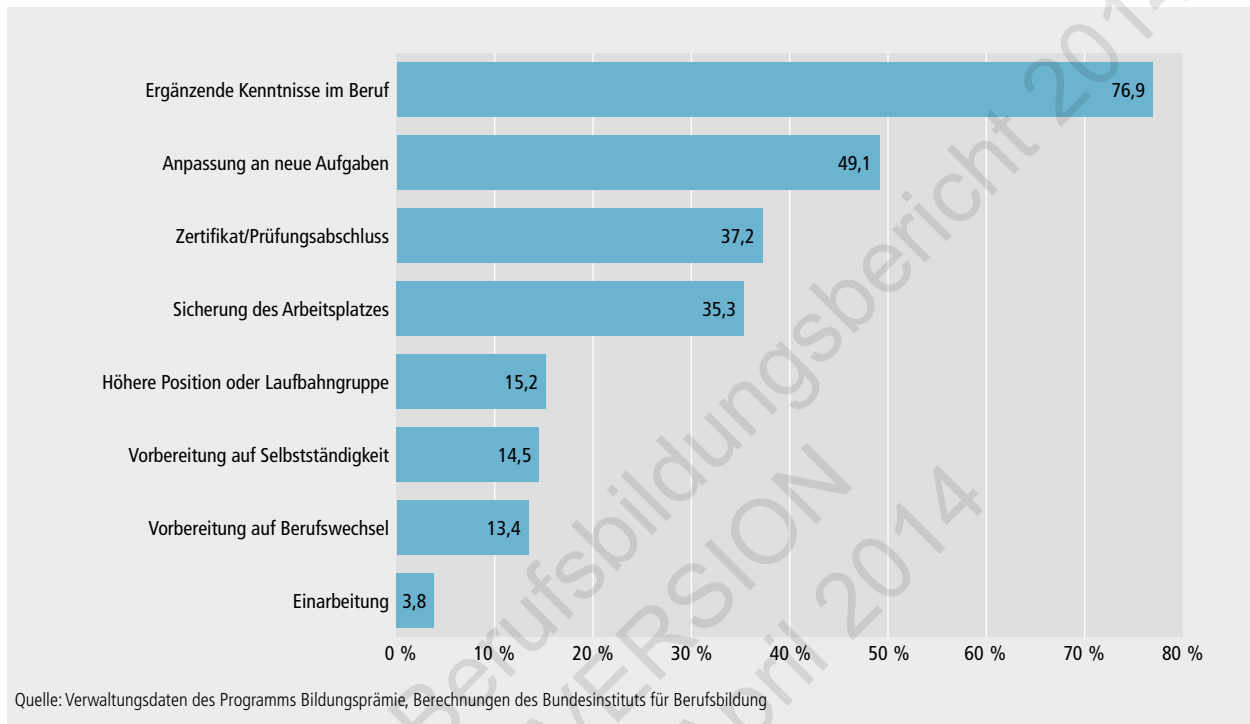
Auch in Bezug auf das Bildungsniveau der Programmteilnehmer/-innen ergeben sich kaum prozentuale Verschiebungen zwischen der 1. und 2. Förderphase. Formal gering qualifizierte Personen (ISCED 1 & 2) liegen auch in der 2. Förderphase hinsichtlich ihrer Beteiligung am Programm mit einem Anteil von 3 % deutlich gegenüber Personen mit mittlerem (65 %) und hohem Qualifikationsniveau (32 %) zurück.

Andere Personengruppen wiederum, die nach Ergebnissen des AES seltener an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, sind im Vergleich dazu im Programm „Bildungsprämie“ überdurchschnittlich

vertreten. Dies gilt vor allem – wie erwähnt – für teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (41 %). Bemerkenswert ist, dass auch der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund von der 1. zur 2. Förderphase noch einmal deutlich gestiegen ist (15 % vs. 18 %).

Motive und Ziele für die Weiterbildung

Welche Motive und Ziele mit der geförderten Weiterbildung die Teilnehmer/-innen verfolgen, ist in → **Schaubild B3.7-2** dargestellt. Von 76 % der Befragten werden ergänzende Kenntnisse im Beruf als Weiterbildungsziel angegeben, gefolgt von der Anpassung an neue Aufgaben (49 %), der Erlangung eines Zertifikats bzw. Prüfungsabschlusses (38 %) und der Sicherung des Arbeitsplatzes (36 %). Insgesamt zeigt sich, dass für die Programmteilnehmer/-innen weniger der berufliche Aufstieg im Vordergrund steht als vielmehr eine grundsätzliche Verbesserung ihrer Fähigkeiten, sei es um neue Tätigkeitsanforderungen leichter bewältigen zu können oder den eigenen Arbeitsplatz zu sichern. Damit erfolgt hier eine klare inhaltliche Abgrenzung zum Aufstiegsfortbil-

Schaubild B3.7-2: **Motive und Ziele der Weiterbildung (in %)**

dungsförderungsgesetz (AFBG, [vgl. Kapitel B3.2](#)), da die geförderte Weiterbildung nicht vornehmlich dem Ziel einer vertikalen Verbesserung in Form eines beruflichen Aufstiegs dient, sondern vielmehr einer horizontalen Verbreiterung der eigenen Fähigkeiten zur Absicherung der beruflichen Existenz.

Die Unterschiede zwischen Frauen und Männern bezüglich ihrer Weiterbildungsziele sind kaum erwähnenswert – mit einer Ausnahme: Männer (21 %) geben deutlich häufiger als Frauen (15 %) an, mit der geförderten Weiterbildung die Erlangung einer höheren Position bzw. Laufbahngruppe anzustreben.

Informationen zur geförderten Maßnahme

Die Inhalte der mit dem Prämiegutschein geförderten Weiterbildungen gestalten sich ähnlich wie die des aktuellen Wirtschaftsbereichs der Teilnehmer/-innen. Auch bei den tatsächlich realisierten Maßnahmen dominiert der Gesundheitsbereich mit knapp 50 %. Ebenfalls hoch ist der Anteil der Kurse zum Thema Betreuung/Pädagogik und der Sprachkurse. Die durchschnittliche Förderung pro ausgezahlten

Gutschein beträgt in der 2. Förderphase rund 350 €. Die damit bezahlten Kursgebühren liegen im Mittel bei ca. 920 € (Stand: 31. Dezember 2013).

(Stephan Kroll)

B4 Geregelt Fortbildungsabschlüsse

B4.1 Regelungen des Bundes, der Länder und der zuständigen Stellen für die berufliche Fortbildung und Umschulung

„Die berufliche Fortbildung soll es ermöglichen, die beruflichen Kenntnisse und Fertigkeiten zu erhalten, zu erweitern, der technischen Entwicklung anzupassen oder beruflich aufzusteigen. Die berufliche Umschulung soll zu einer anderen beruflichen Tätigkeit befähigen“ (§ 1 Abs. 3, 4 Berufsbildungsgesetz [BBiG]). Rechtsgrundlagen für Fortbildungs- und Umschulungsverordnungen **E** sind neben BBiG und Handwerksordnung (HwO) das Seemannsgesetz²⁵¹ und das Bundesbeamtengesetz. Durch Absolvieren der darin geregelten Prüfungen werden staatlich anerkannte Fortbildungs- und Umschulungsabschlüsse erworben.

E Fortbildungsordnungen

Im Gegensatz zu Ausbildungsordnungen, in denen u. a. die zu vermittelnden beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten, sachlich und zeitlich gegliedert, festgeschrieben werden, definieren die als Rechtsverordnungen erlassenen Fortbildungsregelungen im Wesentlichen die Prüfungsanforderungen. Nach den Regelungen des BBiG und der HwO sind darüber hinaus in den Fortbildungsordnungen festzulegen (§ 53 Abs. 2 BBiG bzw. § 42 Abs. 2 HwO):

- die Bezeichnung des Fortbildungsabschlusses,
- das Ziel, der Inhalt und die Anforderungen der Prüfung,
- die Zulassungsvoraussetzungen sowie
- das Prüfungsverfahren.

Umschulungsordnungen

Bei den Umschulungsordnungen (§ 58 BBiG bzw. § 42e HwO) wird eine geordnete und einheitliche Regelung festgelegt. Bestandteil der Rechtsverordnungen sind folgende Sachverhalte:

- die Bezeichnung des Umschulungsabschlusses,
- das Ziel, der Inhalt, die Art und Dauer der Umschulung,

- die Anforderungen der Umschulungsprüfung und die Zulassungsvoraussetzungen sowie
- das Prüfungsverfahren der Umschulung.

Es gibt 222 Rechtsverordnungen und Regelungen des Bundes für die berufliche Fortbildung und Umschulung:

- 94 Rechtsverordnungen über handwerkliche Meisterprüfungen → **Tabelle B4.1-1 Internet**
- 7 fortgeltende Regelungen bei handwerklichen Meisterprüfungen → **Tabelle B4.1-2 Internet**
- 48 Rechtsverordnungen über die Anforderungen in Meisterprüfungen → **Tabelle B4.1-3 Internet**
- 71 Rechtsverordnungen zur beruflichen Fortbildung → **Tabelle B4.1-4 Internet**
- 1 Rechtsverordnung zur Regelung der beruflichen Umschulung → **Tabelle B4.1-5 Internet**
- 1 Rechtsverordnung über die Eignung der Ausbilder → **Tabelle B4.1-6 Internet**

In den Jahren 2012 und 2013 wurden 12 Rechtsverordnungen des Bundes für die berufliche Fortbildung erlassen. In chronologisch- alphabetischer Anordnung handelt es sich um folgende Berufe:

- Fleischermeister/-in (4. Oktober 2012)
- Müllermeister/-in (11. Oktober 2012)
- Modellbauermeister/-in (27. Dezember 2012)
- gepr. Fachkaufmann/Fachkauffrau für Logistiksysteme (13. Februar 2013)
- gepr. Fachwirt/-in für Güterverkehr und Logistik (13. Februar 2013)
- gepr. Fachwirt/-in für Personenverkehr und Mobilität (13. Februar 2013)
- gepr. Industriemeister/-in Fachrichtung Schuhfertigung (13. Februar 2013)
- gepr. Sozialversicherungsfachwirt/-in (13. Februar 2013)
- gepr. Zweirad-Service-Techniker/-in (13. Februar 2013)
- Textilgestaltermeister/-in (26. April 2013)
- Behälter- und Apparatebauermeister/-in (30. April 2013)
- gepr. Industriemeister/-in Fachrichtung Glas (18. September 2013)

251 Es liegen keine Rechtsverordnungen vor.

Regelungen der zuständigen Stellen für die berufliche Fortbildung und Umschulung

Die zuständigen Stellen (siehe Teil 4 des Verzeichnisses der anerkannten Ausbildungsberufe) können Rechtsvorschriften zu den Themen Fortbildung (§ 54 BBiG bzw. § 42a HwO) und Umschulung (§ 59 BBiG bzw. § 42f HwO) erlassen. Gegenwärtig gibt es 2.879 Rechtsvorschriften zu 763 Fortbildungsberufen und 33 Rechtsvorschriften von zuständigen Stellen zu 20 Umschulungsberufen.

Die landesrechtlichen Weiterbildungsregelungen für Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen können → **Tabelle B4.1-7 Internet** entnommen werden.

(Joachim von Hagen)

B4.2 Neuere Entwicklungen in Fortbildungsordnungen

Neue Fortbildungsberufe 2013

Im Jahr 2013 sind insgesamt 7 Fortbildungsordnungen nach § 53 BBiG bzw. § 42 HwO (Verordnungsgeber Bundesministerium für Berufsbildung) in Kraft getreten. Dies sind im Einzelnen:

- Geprüfter Sozialversicherungsfachwirt und Geprüfte Sozialversicherungsfachwirtin,
- Geprüfter Zweirad-Service-Techniker und Geprüfte Zweirad-Service-Technikerin,
- Geprüfter Industriemeister FR Schuhfertigung und Geprüfte Industriemeisterin FR Schuhfertigung,
- Geprüfter Fachwirt für Personenverkehr und Geprüfte Fachwirtin für Personenverkehr,
- Geprüfter Fachwirt für Güterverkehr und Geprüfte Fachwirtin für Güterverkehr,
- Geprüfter Fachkaufmann für Logistiksysteme und Geprüfte Fachkauffrau für Logistiksysteme,
- Geprüfter Industriemeister FR Glas und Geprüfte Industriemeisterin FR Glas.

Zuordnung bundes geregelter Aufstiegsfortbildung zum DQR

Der Deutsche Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (DQR) bildet in der akademischen und in der beruflichen Bildung erzielte Lernergebnisse bildungsbereichsübergreifend ab. Er ermöglicht, Qualifikationen aus allen Bereichen der Bildung sowohl in Deutschland als auch in Europa zu vergleichen und verständlicher zu machen. Der DQR unterscheidet dafür insgesamt 8 Qualifikationsniveaus. Die Qualifikationen der bundesgeregelter Aufstiegsfortbildung werden auf den Niveaus 5 bis 7 verortet; die akademischen Qualifikationen (Bachelor, Master, Promotion) auf den Niveaus 6 bis 8. Das jeweils zugeordnete DQR-Niveau wird künftig in Zeugnissen ausgewiesen. Damit wird die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung gesellschaftlich anerkannt.

Bildung einer Gesamtnote in Fortbildungsordnungen

Im Zusammenhang mit der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung soll die Durchlässigkeit zwischen der beruflichen Bildung und der Hochschulbildung erhöht werden. Dazu gehört, dass in den Zulassungsverfahren der Studiengänge die Abschlussnoten aus der beruflichen Bildung analog zu schulischen Abschlussnoten behandelt werden. Voraussetzung dafür ist, dass Abschlussnoten vergeben werden. Im Bereich der beruflichen Aufstiegsfortbildung weisen jedoch die meisten der Fortbildungsordnungen keine Gesamtnote, sondern mehrere Einzelnoten für einzelne Prüfungsleistungen aus. Künftig sollen alle Zeugnisse der bundesgeregelter Fortbildung (nach § 53 BBiG und § 42 HwO) eine Gesamtnote ausweisen. Hierfür müssen Regelungen zur Bildung einer Gesamtnote entwickelt werden.

Insgesamt handelt es sich um 80 Fortbildungsordnungen in der Zuständigkeit des BMBF, die Benotungsregelungen haben, bei denen jeweils mehrere Noten ausgewiesen werden. Um eine Gesamtnote zu bilden, müssen die Noten zueinander ins Verhältnis gesetzt und gewichtet werden. Diese Aufgabe hat ein Sachverständigen-gremi-

um unter Federführung des BIBB unternommen. Gewichtungskriterien sind Niveau und Umfang der zu prüfenden Qualifikation sowie darüber hinaus Umfang, Komplexität, Differenziertheit und Tiefe der Prüfungsaufgaben sowie ggf. der Prüfungsaufwand seitens der Prüfungsteilnehmer/Prüfungsteilnehmerinnen.

Neue Prüfungsformen in der bundesgeregelten Aufstiegsfortbildung

Im Zusammenhang mit der Bildung einer Gesamtnote für bundesgeregelte Fortbildungsprüfungen werden die Prüfungsformen angepasst. Seit 2012 besteht die Fortbildungsprüfung jeweils aus einer schriftlichen Prüfungsleistung und einer mündlichen Prüfungsleistung, die gleichgewichtig zu einer Gesamtnote führen. Grundlage dafür ist eine betriebliche Situationsbeschreibung, aus der offene Aufgabenstellungen abgeleitet werden, die eigenständige, d. h. auch unterschiedliche Lösungen und somit mehr Prüfungsgerechtigkeit ermöglichen. Mit dieser Prüfungsform wird dem Bedeutungszuwachs kommunikativer Kompetenzen und der Komplexität der beruflichen Aufgaben Rechnung getragen.

Um die Lehr- und Prüfungspraxis zweckdienlicher zu unterstützen, werden künftig die Rahmenlehrpläne, die unter Federführung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages entwickelt wurden, durch die Entwicklung von Musteraufgaben ersetzt und dadurch mehr Transparenz für die Bildungsträger, Teilnehmer/-innen und Prüfer/-innen geschaffen.

Zeugniserläuterungen

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat in Abstimmung mit den Ressorts und den Spitzenorganisationen der Sozialpartner die Zeugniserläuterungen für den Geprüften Fachwirt im Gesundheits- und Sozialwesen und die Geprüfte Fachwirtin im Gesundheits- und Sozialwesen als Grundlage für die weitere Erarbeitung von Zeugniserläuterungen für Fortbildungsordnungen festgelegt. Das heißt, in jedem Neuordnungsverfahren werden auf dieser Grundlage Zeugniserläuterungen erstellt. Für die anderen (nicht unmittelbar in Neu-

ordnungsverfahren befindlichen) Fortbildungsordnungen werden sukzessive Zeugniserläuterungen entwickelt.

Neuartiger Fortbildungsberuf für Logistikgestaltung

Im Zuge der Neugestaltung des logistischen Fortbildungsangebotes des Bundes, welches die Fortbildungen

- Geprüfter Logistikmeister/Geprüfte Logistikmeisterin,
- Geprüfter Meister für Kraftverkehr/Geprüfte Meisterin für Kraftverkehr,
- Geprüfter Fachwirt für Personenverkehr und Mobilität/Geprüfte Fachwirtin für Personenverkehr und Mobilität,
- Geprüfter Fachwirt für Güterverkehr und Logistik/Geprüfte Fachwirtin für Güterverkehr und Logistik,
- Geprüfter Fachwirt für Einkauf/Geprüfte Fachwirtin für Einkauf einschließt, wurde darüber hinaus mit der Fortbildung
- Geprüfter Fachkaufmann für Logistiksysteme/Geprüfte Fachkauffrau für Logistiksysteme ein neuartiges Qualifikationsprofil geschaffen, welches sich auf die Gestaltung der Logistikkette bzw. des Logistiknetzes richtet.

Das Fortbildungsangebot richtet sich an logistisch Beschäftigte in allen Branchen und qualifiziert für die eigenständige und verantwortliche Gestaltung logistischer Prozesse, für entsprechende Führungsaufgaben, für die logistische Beratung von Kunden sowie das Entwickeln, Planen und Umsetzen logistischer Lösungen.

(Ulrich Blötz, Herbert Tutschner)

B4.3 Berufliche Weiterbildung an Fachschulen

Berufliche Weiterbildung gewinnt angesichts einer sich verändernden Arbeitswelt zunehmend an Bedeutung und ist ein wichtiger Schritt zur Weiterentwicklung der Beschäftigungsfähigkeit jeder und jedes Einzelnen. Im Bereich der geregelten Weiterbildung haben Weiterbildungsinteressierte die Möglichkeit, Abschlüsse zu erwerben, die auf einer Rechtsverordnung des Bundes (§ 53 Berufsbildungsgesetz [BBiG]/§ 42 Handwerksordnung [HwO]), auf Kammerregelungen der zuständigen Stellen (§ 54 BBiG/§ 42a HwO) oder auf Landesgesetzen beruhen (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2012, S. 5). Zu den landesrechtlich geregelten beruflichen Weiterbildungsoptionen zählen u. a. die Weiterbildungsgänge an Fachschulen. Sie schließen an eine berufliche

Erstausbildung und an Berufserfahrungen an (vgl. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister 2013, S. 2).²⁵² Die Daten zu Fachschulen werden vom Statistischen Bundesamt in der Fachserie 11, Reihe 2 (Berufliche Schulen) veröffentlicht (vgl. **E** im BIBB-Datenreport 2013, Kapitel B4.3).

Fachschulen, Klassen und Schüler/-innen nach Bundesländern

Bundesweit gibt es im Schuljahr 2012/2013 in Deutschland insgesamt 1.416 Fachschulen (+1,9% zum Vorjahr) mit insgesamt 185.202 Schüler/-innen (+2,5% zum Vorjahr) → **Tabelle B4.3-1**. Der Ausländeranteil liegt bundesweit bei 3,5%. Ein Ausländeranteil unter 1,0% ist in den Bundesländern Thüringen (0,1%), Sachsen-Anhalt (0,3%), Mecklenburg-Vorpommern (0,3%), Brandenburg (0,5%) und

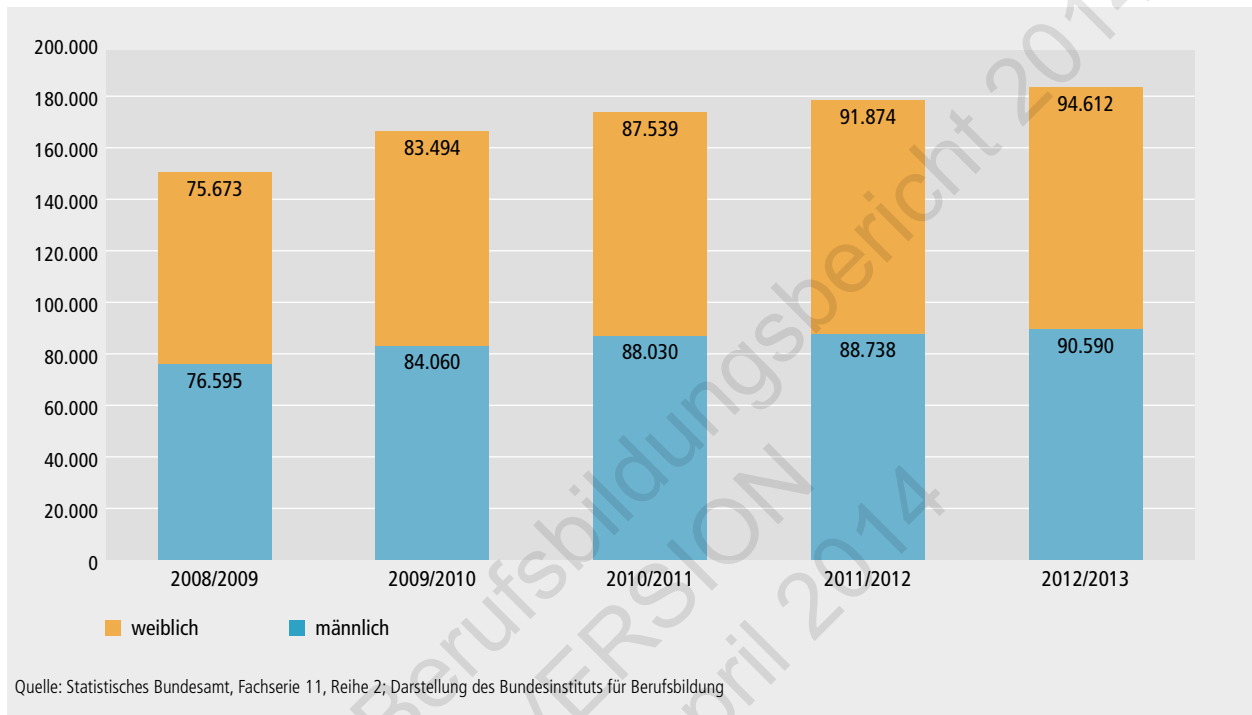
Tabelle B4.3-1: Fachschulen 2012/2013: Schulen, Klassen und Schüler/-innen nach Ländern

Land	Schulen	Klassen	Schüler/-innen	
			insgesamt	darunter: Ausländer/-innen
Baden-Württemberg	234	1.017	21.094	4,7 %
Bayern	224	775	16.288	2,4 %
Berlin	53	476	10.083	5,7 %
Brandenburg	36	321	6.415	0,5 %
Bremen	4	37	840	6,8 %
Hamburg	19	208	4.842	6,2 %
Hessen	120	758	15.327	7,6 %
Mecklenburg-Vorpommern	22	115	2.319	0,3 %
Niedersachsen	121	692	14.570	1,4 %
Nordrhein-Westfalen	269	2.273	49.753	4,0 %
Rheinland-Pfalz	70	571	12.770	4,7 %
Saarland	14	117	2.621	2,3 %
Sachsen	104	638	12.317	0,8 %
Sachsen-Anhalt	49	204	3.932	0,3 %
Schleswig-Holstein	34	255	5.602	1,4 %
Thüringen	43	345	6.429	0,1 %
Deutschland	1.416	8.802	185.202	3,5 %

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

²⁵² Fachschulen können darüber hinaus Ergänzungs-/Aufbaubildungsgänge sowie Maßnahmen der Anpassungsweiterbildung anbieten. Für die Auswertung der Daten bedeutet dies, dass eine eindeutige Differenzierung zwischen Abschlüssen beruflicher Weiterbildung und anderen Bildungsgangabschlüssen an Fachschulen nicht in jedem Fall gegeben ist.

Schaubild B4.3-1: Entwicklung der Schüler/-innen an Fachschulen 2008/2009 bis 2012/2013



Sachsen (0,8 %) zu verzeichnen. Wie im Vorjahr hat Hessen mit 7,6 % den höchsten Anteil.

Betrachtet man die Entwicklung der Zahl der Schüler/-innen an Fachschulen seit dem Schuljahr 2008/2009 insgesamt in Deutschland, so zeigt sich ein Anstieg um mehr als ein Fünftel (+21,6 %), von insgesamt 152.268 Schüler/-innen im Schuljahr 2008/2009 auf 185.202 im Schuljahr 2012/2013, mit einem ausgewogenen Verhältnis im Hinblick auf den Männer- und Frauenanteil im gesamten Betrachtungszeitraum → **Schaubild B4.3-1**.

Die Weiterbildungsgänge an Fachschulen führen in unterschiedlichen Organisationsformen – in Vollzeit- oder Teilzeitform – zu einem staatlichen postsekundären Berufsabschluss nach Landesrecht (vgl. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister 2013, S. 2). Betrachtet man die Anteile der Fachschüler/-innen, die eine berufliche Weiterbildung in Vollzeit und in Teilzeit absolvieren, zeigt sich, dass bei steigender Gesamtzahl der Schüler/-innen der Anteil der Schüler/-innen in beruflichen Weiterbildungsgängen in Teilzeitform rückläufig ist: Im

Betrachtungszeitraum ist der Anteil an beruflicher Weiterbildung in Teilzeitform von 35,5 % im Jahr 2008/2009 auf 34,2 % im Jahr 2012/2013 gesunken, mit einem leichten Anstieg um 0,1 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr.

Absolventen und Absolventinnen 2012 nach Berufsgattung

Insgesamt haben 59.223 Absolventen/Absolventinnen im Schuljahr 2012 die Abschlussprüfung an Fachschulen bestanden. Dies ist ein Anstieg um 4,9 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Anzahl der Abschlüsse ist in den einzelnen Berufsgattungen **E** sehr unterschiedlich. Mit 49.095 Absolventen/Absolventinnen haben insgesamt 82,9 % die Weiterbildung in einem der 10 am stärksten besetzten Berufsgattungen abgeschlossen → **Schaubild B4.3-2**.

E Berufsgattungen nach der Klassifikation der Berufe (KldB) 2010

„Für die Daten zu Schülerinnen und Schülern und Absolventen/Abgängerinnen erfolgte mit dem Schuljahr 2012/2013 die

Schaubild B4.3-2: Absolventen/Absolventinnen 2012 in den 10 stärksten Berufsgattungen

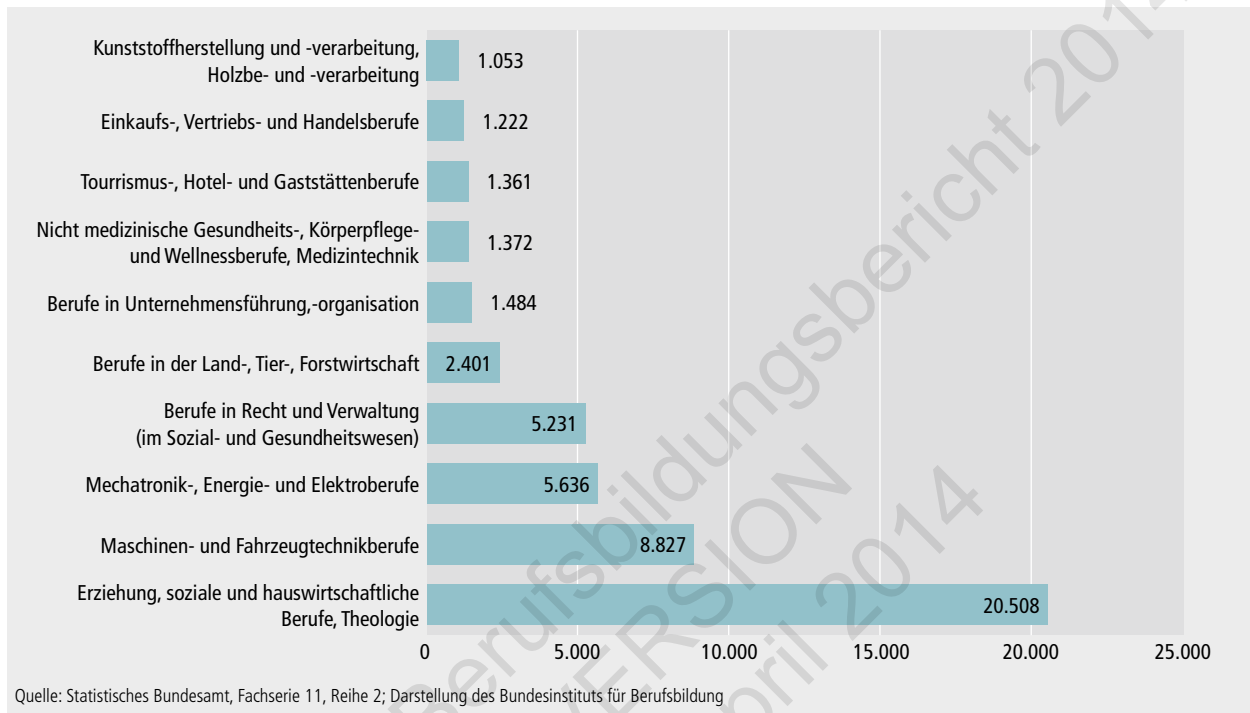


Tabelle B4.3-2: Absolventen/Absolventinnen an Fachschulen nach Berufsgattung, rechtlichem Status der Schule und Geschlecht 2012 (Auswahl: 10 stärkste Berufsgattungen)

Berufsgattung	Absolventen/ Absolventinnen		davon aus:			
			öffentlichen Schulen		privaten Schulen	
	insgesamt	weiblich in %	zusammen	weiblich in %	zusammen	weiblich in %
Erziehung, soziale und hauswirtschaftliche Berufe, Theologie	20.508	81,2 %	9.467	86,0 %	11.041	77,0 %
Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe	8.827	4,5 %	7.177	4,9 %	1650	2,4 %
Mechatronik-, Energie- und Elektroberufe	5.636	2,1 %	4.802	2,1 %	834	1,7 %
Berufe in Recht und Verwaltung (im Sozial- und Gesundheitswesen)	5.231	89,9 %	3.241	90,9 %	1.990	88,4 %
Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft	2.401	12,5 %	2.401	12,5 %	0	0,0 %
Berufe in Unternehmensführung, -organisation	1.484	53,5 %	1.069	52,4 %	415	56,4 %
Nicht medizinische Gesundheits-, Körperpflege- und Wellnessberufe, Medizintechnik	1.372	75,7 %	924	76,7 %	448	73,7 %
Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe	1.361	53,3 %	919	56,6 %	442	46,4 %
Einkaufs-, Vertriebs- und Handelsberufe	1.222	55,0 %	1004	56,1 %	218	50,0 %
Kunststoffherstellung und -verarbeitung, Holzbe- und -verarbeitung	1.053	7,3 %	974	7,2 %	797	0,9 %

Basis: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Umstellung von der Klassifikation der Berufe (KldB) 1992 auf die KldB 2010. Die Ergebnisse für Teilzeitberufsschulen, Berufsfachschulen (beruflicher Abschluss außerhalb und gemäß BBiG/HwO), Fachschulen, Fachakademien und für Schulen des Gesundheitswesens werden nach Berufsgattungen (5-Steller der KldB 2010) nachgewiesen“ (Statistisches Bundesamt 2014, S. 4).

Vor diesem Hintergrund erfolgt die Darstellung der Entwicklung der beruflichen Weiterbildung an Fachschulen im BIBB-Datenreport einerseits als Fortschreibung der vorangegangenen Beiträge, andererseits werden die Daten auf Grundlage der KldB 2010 aufbereitet (→ **Schaubild B4.3-2, Tabelle B4.3-2**).

Der Frauenanteil insgesamt liegt 2012 bei 47,7%. Betrachtet man den Anteil differenziert nach Berufsgattungen, so zeigt sich auch im Bereich der beruflichen Weiterbildung an Fachschulen die

Fortführung der geschlechtsspezifischen Wahl des Bildungsgangs → **Tabelle B4.3-2**.

Für die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung gibt es je nach individueller Voraussetzung unterschiedliche finanzielle Fördermöglichkeiten von Bund und Ländern wie z. B. das Meister-BAföG, das Weiterbildungsstipendium oder die Förderung nach SGB III. Bildungsurlaub oder Bildungsfreistellung sind weitere Unterstützungsmaßnahmen, die in den meisten Bundesländern gesetzlich geregelt sind.

Für fachlich tiefer untergliederte länderspezifische Angaben sei an dieser Stelle auf die Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter für den Bereich Schulen verwiesen:

(Maria Zöller)

Land	E-Mail	Homepage
Baden-Württemberg	poststelle@stala.bwl.de	www.statistik-bw.de
Bayern	poststelle@lfstad.bayern.de	www.statistik-bayern.de
Berlin	Bildung@statistik-bbb.de	www.statistik.berlin-brandenburg.de
Brandenburg	statistik.schuldaten@statistik-bbb.de	www.statistik-berlin-brandenburg.de
Bremen	office@statistik.bremen.de	www.bremen.de/fo/statistik
Hamburg	schulen.ausbildung@statistik-nord.de	www.statistik-nord.de
Hessen	schulen@statistik-hessen.de	www.statistik-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	statistik.auskunft@statistik-mv.de	www.statistik-mv.de
Niedersachsen	schulstatistik@lskn.niedersachsen.de	www.lskn.niedersachsen.de
Nordrhein-Westfalen	auskunft-schulstatistik@it.nrw.de	www.it.nrw.de
Rheinland-Pfalz	info@statistik.rlp.de	www.statistik.rlp.de
Saarland	bildung@lzd.saarland.de	www.statistik.saarland.de
Sachsen	info@statistik.sachsen.de	www.statistik.sachsen.de
Sachsen-Anhalt	info@stala.mi.sachsen-anhalt.de	www.statistik.sachsen-anhalt.de
Schleswig-Holstein	schulen.ausbildung@statistik-nord.de	www.statistik-nord.de
Thüringen	auskunft@statistik.thueringen.de	www.statistik.thueringen.de

B4.4 Fortbildungs-/Meisterprüfungen nach BBiG

Die berufliche Fortbildung gehört zur Berufsbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes (BBiG). Ziel der beruflichen Fortbildung ist nach § 1 Abs. 4 BBiG, die beruflichen Kenntnisse und Fertigkeiten zu erhalten, zu erweitern, der technischen Entwicklung anzupassen (Anpassungsfortbildung) oder den beruflichen Aufstieg zu ermöglichen (Aufstiegsfortbildung). Das System der geregelten beruflichen Aufstiegsfortbildung weiter auszubauen wird als eine wichtige berufsbildungspolitische Aufgabe gesehen (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2009, S. 43).²⁵³ Eine Aufstiegsfortbildung wird in der Regel nach einer Berufsausbildung und einschlägiger, meist mehrjähriger Berufserfahrung abgelegt. Zu den quantitativ bedeutsamsten geregelten Fortbildungsberufen zählen Meister/-in, Techniker/-in, Betriebswirt/-in, Fachwirt/-in oder Fachkaufmann/-kauffrau.

Eine Aufstiegsfortbildung erhöht im Gegensatz zur beruflichen Weiterbildung das formale Qualifikationsniveau. Im Rahmen des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) werden Abschlüsse zum/zur Meister/-in, Techniker/-in, Fachwirt/-in gleichwertig mit dem Bachelor auf der Niveaustufe 6 eingeordnet. Eine Aufstiegsfortbildung eröffnet damit Karrierechancen, die in anderen Ländern ausschließlich Hochschulabsolventinnen und -absolventen vorbehalten sind.

Aufstiegsfortbildungen nach BBiG sind durch Regelungen des Bundes oder der Kammern festgelegt.²⁵⁴ Der Bund kann nach § 53 BBiG bzw. § 42 der HwO für die berufliche Aufstiegsfortbildung sogenannte Fortbildungsordnungen erlassen. Sie schaffen eine bundesweit einheitliche Grundlage hinsichtlich der zu vermittelnden Inhalte sowie der Prüfungsbestim-

mungen für staatlich anerkannte Fortbildungsabschlüsse. Sind bundeseinheitliche Regelungen nicht erlassen, können die zuständigen Stellen (Kammern) nach § 54 BBiG bzw. § 42a der Handwerksordnung (HwO) selbst Fortbildungsprüfungsregelungen für ihren regionalen Zuständigkeitsbereich festlegen.²⁵⁵ Derzeit bestehen ca. **2.900** Kammerregelungen und rund **200 #Aktualisierungsvorbehalt#** Rechtsverordnungen des Bundes (vgl. Kapitel B4.1).

Teilnahme an Fortbildungs-/Meisterprüfungen nach BBiG 1992 bis 2012

Berichtet werden nachfolgend ausgewählte Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes **E** für verschiedene Berichtsjahre. Die Statistik erfasst die bei den zuständigen Stellen abgelegten Fortbildungsprüfungen nach § 53 und § 54 BBiG.

E Berufsbildungsstatistik (Erhebung des Statistischen Bundesamtes zum 31. Dezember)

Die Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes erhebt jährlich u. a. die Teilnahmen und den Prüfungserfolg an Fortbildungsprüfungen und Umschulungsprüfungen. Die Statistik ist eine Vollerhebung, für die Auskunftspflicht besteht. Differenzierungsmerkmale sind Geschlecht, Ausbildungsbereich, Prüfungserfolg, Fortbildungsberuf, Geburtsjahr der Teilnehmer und regionale Merkmale.

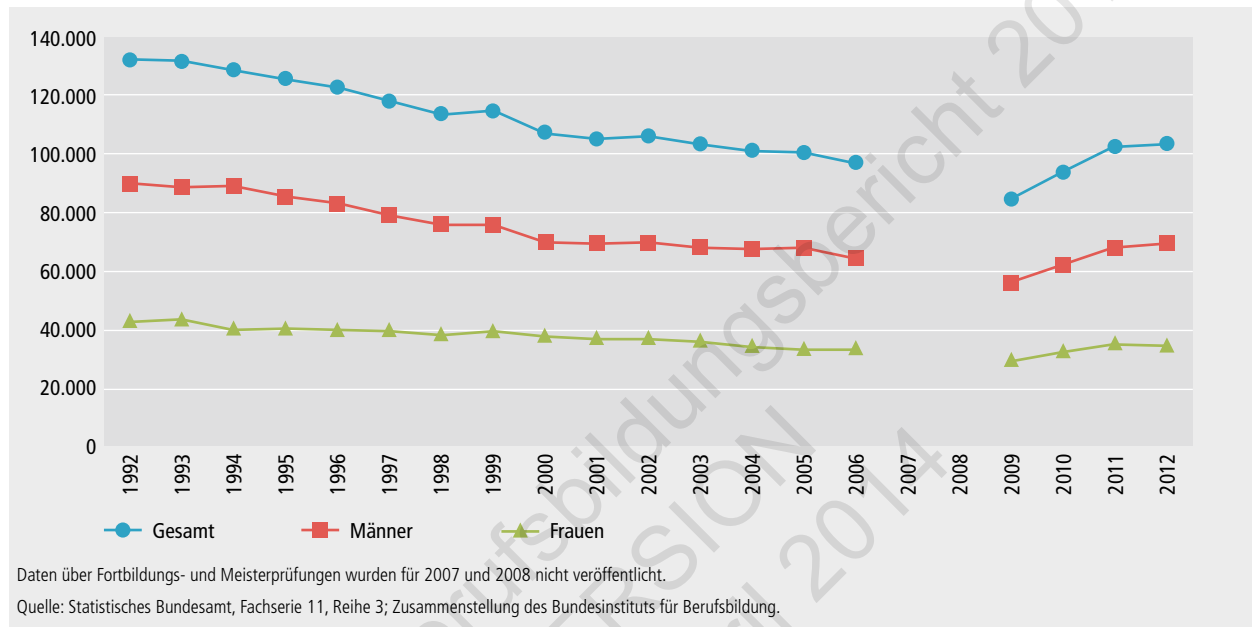
Die zuständigen Stellen melden die während des Kalenderjahres (Berichtsjahr ist Kalenderjahr) bei ihnen abgelegten Fortbildungsprüfungen (inkl. Meisterprüfungen) und Umschulungsprüfungen. Bei Fortbildungsprüfungen, die aus mehreren Teilen (z. B. Kursen, Modulen) bestehen, werden Prüfungen und Teilnehmer/-innen erst erfasst, wenn es

253 Die Teilnahme an Aufstiegsfortbildungen können durch staatliche Förderinstrumente wie das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (vgl. Kapitel B3.2), die Bildungsprämie (vgl. Kapitel B3.7) sowie das Aufstiegs- oder Weiterbildungsstipendium (vgl. Kapitel B3.3) unterstützt werden (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2012, S. 56 ff.).

254 Neben den auf Bundes- oder Kammerebene geregelten Berufen nach BBiG/HwO gibt es auch Fortbildungen zum/zur Techniker/-in, die in Fachschulen auf Landesebene durchgeführt werden. Diese werden in der Schulstatistik des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 11, Reihe 2) ausgewiesen (vgl. Kapitel B4.3).

255 Fortbildungsprüfungen mit der längsten Tradition sind Meisterprüfungen im Handwerk. Sie werden in der Regel mit dem Ziel durchgeführt, einen Betrieb selbstständig zu führen und Auszubildende ordnungsgemäß auszubilden (§§ 45 bzw. 122 Abs. 2 HwO). Meisterprüfungen im Bereich von Industrie und Handel (Industriemeister/-in, Fachmeister/-in) ermöglichen den Aufstieg zur technischen Führungskraft der mittleren Ebene in industriellen und anderen nicht handwerklichen Gewerbebetrieben. Daneben werden Meisterprüfungen im öffentlichen Dienst, in der Landwirtschaft und in der Hauswirtschaft abgelegt. Bundeseinheitlich geregelte Meisterprüfungen ersetzen durch ihren pädagogischen Prüfungsteil die Ausbilder-Eignungsprüfung gemäß Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) (vgl. Kapitel A4.10.4).

Schaubild B4.4-1: Entwicklung der bestandenen Fortbildungs- und Meisterprüfungen nach Geschlecht 1992 bis 2012



sich um die letzte Stufe handelt, nach deren erfolgreichem Abschluss die neue Berufsbezeichnung geführt werden darf. Gezählt werden auch jene Prüfungen, die nicht erfolgreich bestanden wurden, sofern keine weitere Wiederholungsmöglichkeit besteht. Es wird zudem erfasst, ob es sich bei der jeweiligen Prüfung um eine Wiederholungsprüfung handelt oder nicht. Der Prüfungserfolg wird danach unterschieden, ob die Prüfung bestanden oder nicht bestanden wurde bzw. endgültig nicht bestanden worden ist.

Die Rechtsgrundlage der Statistik (§§ 4 und 5 Berufsbildungsförderungsgesetz [BerBiFG]) blieb für die Erhebungen der Jahre von 1993 bis 2006 unverändert. Für diesen Zeitraum liegen somit miteinander vergleichbare, in Form fester Merkmalskombinationen erfasste Daten vor (sog. Aggregatdaten). Mit der Revision der Berufsbildungsstatistik, deren Bestimmungen zum April 2007 in Kraft traten, wurde die Erhebung auf eine Individualdatenerfassung umgestellt. Zu den inhaltlichen und methodischen Umstellungen der Berufsbildungsstatistik vgl. Klaukien (2011) und Schmidt (2008).

Seit 1992 ist ein deutlicher Rückgang der bestandenen Fortbildungsprüfungen zu verzeichnen, wobei sich die Gesamtzahl der bestandenen Fortbildungsprüfungen seit Anfang des Jahrtausends wieder

etwas stabilisiert hat²⁵⁶ → **Schaubild B4.4-1**. Die entsprechenden absoluten Werte finden sich in → **Tabelle B4.4-1 Internet**. Die erfolgreichen Prüfungen sind zwischen 1992²⁵⁷ und 2006 durchschnittlich um 27 % zurückgegangen von 132.424 im Berichtsjahr 1992 auf 96.526 im Berichtsjahr 2006. Seit 2009 ist ein kontinuierlicher Anstieg der Prüfungszahlen zu

256 Dieser Rückgang ist nicht auf eine Veränderung der Kernzielgruppe (20- bis 44-Jährige mit Ausbildungsabschluss) zurückzuführen (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2011). Auch Effekte der deutschen Vereinigung, die aufgrund des hohen Interesses an Aufstiegsfortbildung zu sehr hohen Teilnehmerzahlen Anfang der 1990er-Jahre geführt haben, können nur bedingt eine Rolle spielen. Denn dem hohen Rückgang in den neuen Bundesländern zwischen 1992 (23.826) und 2012 (16.413) um 31 % steht ein ähnlich hoher Rückgang um 20 % (von 108.598 [1992] auf 86.574 [2012]) in den alten Bundesländern gegenüber (vgl. Statistisches Bundesamt 2013). Gründe für diesen langfristigen Rückgang könnten der Rückgang der Ausbildung im Bereich Handwerk und der Strukturwandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft sein. Auch der teilweise Wegfall der Meisterpflicht zur Führung eines Betriebs seit 2004 könnte zu einem Rückgang der Meisterprüfungen geführt haben. Des Weiteren waren Veränderungen auf der Unternehmensebene (Rationalisierungsmaßnahmen, neue Organisationsformen und Produktionskonzepte, Hierarchieabbau) wie sie seit Mitte der 1990er-Jahre zu beobachten sind, mit einem relativ starken Beschäftigungsabbau für Meister/-innen und Techniker/-innen verbunden (vgl. Plicht 1998).

257 Betrachtet man die Entwicklung der bestandenen Fortbildungs-/Meisterprüfungen zwischen 1980 und 1992 für das frühere Bundesgebiet, dann zeigt sich eine fast kontinuierliche Zunahme von 61.654 Personen mit bestandener Prüfung auf 108.598. Auch in neuen Bundesländern wurde das Maximum an bestandenen Fortbildungs-/Meisterprüfungen im Jahr 1992 mit 23.826 Prüflingen erreicht (vgl. Statistisches Bundesamt 2013).

Tabelle B4.4-2: **Teilnahmen an Fortbildungs- und Meisterprüfungen mit bestandener Prüfung nach Fachrichtung 1992 und 2012**

	1992	2012	Veränderung abs.	Veränderung in %
Kaufmännische Fortbildungsprüfungen	52.948	55.404	2.456	4,6 %
Fachkaufmann/Fachkauffrau	7.341	8.106	765	10,4 %
Betriebswirt/Betriebswirtin	2.759	3.663	904	32,8 %
Fachwirt/Fachwirtin	9.833	31.353	21.520	218,9 %
Sonstige kaufmännische Fortbildungsprüfungen	33.015	12.282	-20.733	-62,8 %
Gewerblich-technische Fortbildungsprüfungen	77.486	44.571	-32.915	-42,5 %
Industriemeister/Industriemeisterin	15.047	9.966	-5.081	-33,8 %
Fachmeister/Fachmeisterin	2.075	2.049	-26	-1,3 %
Handwerksmeister/Handwerksmeisterin	44.405	22.674	-21.731	-48,9 %
Sonstige Meisterprüfungen	4.656	2.088	-2.568	-55,2 %
Sonstige gewerblich-technische Fortbildungsprüfungen	11.303	7.797	-3.506	-31,0 %
Sonstige Fortbildungsprüfungen	1.990	3.009	1.019	51,2 %
Insgesamt	132.424	102.987	-29.437	-22,2 %

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3; Zusammenstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

verzeichnen, sodass die Zahl bestandener Fortbildungsprüfungen 2012 mit 102.987 wieder ähnlich hoch war wie 2003 (103.137).²⁵⁸ Im Berichtsjahr 2012 haben 69.012 Männer und 33.975 Frauen eine Fortbildungsprüfung bzw. Meisterprüfung bestanden. Bezogen auf die 118.497 Teilnahmen an Fortbildungsprüfungen bzw. Meisterprüfungen insgesamt lag die Prüfungserfolgsquote somit bei 86,9% (88,3% bei Männern und 84,2% bei Frauen). Die meisten Prüfungen wurden wie in den Jahren zuvor in den beiden Ausbildungsbereichen Industrie und Handel und Handwerk durchgeführt → **Tabelle B4.4-1 Internet**.

Differenziert nach Geschlecht wird deutlich, dass die Prüfungszahlen bei Männern stärker gesunken sind als bei Frauen. Zwischen 1992 und 2006 ist bei Männern ein Rückgang um 29,1% von 90.027 auf 63.846 zu verzeichnen. 2012 wurden wieder 69.012 erfolgreiche Prüflinge gezählt (plus 8,1%). Die

Anzahl der Frauen mit bestandener Fortbildungs-/Meisterprüfung verringerte sich zwischen 1992 und 2006 demgegenüber deutlich weniger von 42.397 auf 32.680 (22,9%). 2012 stieg die Zahl der erfolgreichen Prüfungen auch bei den Frauen wieder auf 33.975 an → **Tabelle B4.4-1 Internet**.

Nach Prüfungsgruppen differenziert zeigt sich im Vergleich der Jahre 1992 und 2012, dass insbesondere bei den Meisterprüfungen mit einem traditionell geringen Frauenanteil die Prüfungszahlen zurückgegangen sind → **Tabelle B4.4-2**. Betrachtet man die häufigsten Fachrichtungen, wird deutlich, dass der Rückgang zulasten der Handwerksmeister/-innen (Rückgang zwischen 1992 und 2012 um 49%; minus 21.731) und Industriemeister/-innen (Rückgang zwischen 1992 und 2012 um 34%; minus 5.081) ging. Gewinne gab es hingegen im kaufmännischen Bereich. Bei der stark besetzten Prüfungsgruppe Fachwirt/Fachwirtin haben sich die Prüfungszahlen mehr als verdreifacht von 9.833 auf 31.353 (plus 219%). Auch die Fachrichtungen Fach- und Betriebswirt haben steigende Prüfungszahlen zu verzeichnen. Der Anteil kaufmännischer Fortbildungsprüfungen an

²⁵⁸ Durch die Neukonzeption der Statistik im Jahr 2007 ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse vor und nach der Umstellung nur eingeschränkt möglich. Seit 2009 hat sich die Vollständigkeit der Meldungen sowie die Qualität der Daten verbessert.

Tabelle B4.4-3: **Teilnahmen an Fortbildungs- und Meisterprüfungen mit bestandener Prüfung nach Fachrichtung und Geschlecht 2012**

	Gesamt	Männer		Frauen	
	absolut	absolut	in %	absolut	in %
Kaufmännische Fortbildungsprüfungen	55.404	30.390	54,9	25.017	45,2
Fachkaufmann/Fachkauffrau	8.106	3.699	45,6	4.407	54,4
Fachwirt/Fachwirtin	31.353	18.732	59,7	12.621	40,3
Fachkraft für Datenverarbeitung	2.079	1.284	61,8	798	38,4
Fremdsprachliche Fachkraft	2.211	435	19,7	1.776	80,3
Fachkraft für Schreibtechnik	507	153	30,2	351	69,2
Betriebswirt/Betriebswirtin	3.663	2.682	73,2	984	26,9
Sonstige kaufmännische Fortbildungsprüfungen	7.485	3.405	45,5	4.077	54,5
Gewerblich-technische Fortbildungsprüfungen	44.571	38.073	85,4	6.498	14,6
Industriemeister/Industriemeisterin	9.966	9.525	95,6	441	4,4
Fachmeister/Fachmeisterin	2.049	1.725	84,2	324	15,8
Handwerksmeister/Handwerksmeisterin	22.674	18.303	80,7	4.371	19,3
Sonstige Meisterprüfungen	2.088	1521	72,8	564	27,0
Sonstige gewerblich-technische Fortbildungsprüfungen	7.797	6.996	89,7	801	10,3
Sonstige Fortbildungsprüfungen	3.009	552	18,3	2.460	81,8
Fachhelfer im Gesundheitswesen	2.505	147	5,9	2358	94,1
Andere Fortbildungsprüfungen	504	402	79,8	102	20,2
Insgesamt	102.987	69.012	67,0	33.975	33,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3; Zusammenstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

allen bestandenen Prüfungen ist zwischen 1992 und 2012 von 40,0 % auf 53,8 % angestiegen.

Nach Prüfungsgruppen und Geschlecht differenziert zeigt sich, dass 55.404 der 102.987 bestandenen Fortbildungsprüfungen im Berichtsjahr 2012 den kaufmännischen Fortbildungsprüfungen (unabhängig vom Ausbildungsbereich) zuzuordnen sind (Frauenanteil: 45,2 %) → **Tabelle B4.4-3**. Bedeutende Fachrichtungen waren mit 31.353 bestandenen Prüfungen die Fortbildungen zum Fachwirt/zur Fachwirtin mit einem Frauenanteil von 40,3 %, zum Fachkaufmann/zur Fachkauffrau mit 8.106 erfolgreichen Prüflingen und einem Frauenanteil von 54,4 %, zum Betriebswirt/zur Betriebswirtin mit 3.663 erfolgreichen Prüflingen und einem Frauenanteil von

26,9 %. Unter den 44.571 bestandenen Prüfungen im gewerblich-technischen Bereich befanden sich hingegen nur 14,6 % Frauen. Bedeutende Fachrichtungen waren hier Handwerksmeister/Handwerksmeisterin mit 22.674 Prüflingen und einem Frauenanteil von 19,3 %, Industriemeister/Industriemeisterin (9.966 Prüflinge, Frauenanteil 4,4 %), Fachmeister/Fachmeisterin (2.049 Prüflinge, Frauenanteil 15,8 %).

(Anja Hall)

B4.5 Erwerbstätige mit Fortbildungsabschluss – Entwicklungen im Zeitverlauf

Eine mit Erfolg bestandene Aufstiegsfortbildung führt zu einem anerkannten Fortbildungsabschluss mit einer eigenen Berufsbezeichnung. Sie erhöht im Gegensatz zur beruflichen Weiterbildung das formale Qualifikationsniveau und bietet Karrierechancen, die in anderen Ländern ausschließlich Hochschulabsolventinnen und -absolventen vorbehalten sind.²⁵⁹ Die Aufstiegsfortbildung wird in der Regel nach einer Berufsausbildung und einschlägiger, meist mehrjähriger Berufserfahrung absolviert. Zu den quantitativ bedeutsamsten geregelten Fortbildungsberufen zählen Meister/-in, Techniker/-in, Betriebswirt/-in, Fachwirt/-in oder Fachkaufmann/-kauffrau. a. ufstiegsfortbildungen nach BBiG/HwO sind durch Regelungen des Bundes (§ 53 BBiG bzw. § 42 HwO) oder der Kammern (§ 54 BBiG bzw. § 42a HwO) festgelegt (vgl. **Kapitel B4.4**). Neben diesen geregelten Berufen gibt es auf Landesebene auch Fortbildungen zum/zur Techniker/-in, die in Fachschulen angeboten werden (vgl. **Kapitel B4.3**). Das System der geregelten beruflichen Aufstiegsfortbildung weiter auszubauen wird als eine wichtige berufsbildungspolitische Aufgabe gesehen (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2009, S. 43).

Neben der Entwicklung der jährlichen Fortbildungsprüfungen (vgl. **Kapitel B4.3 und B4.4**) ist von Interesse, wie hoch der Anteil der Personen mit einem Fortbildungsabschluss unter allen Erwerbstätigen ist, unabhängig davon, wann die Fortbildung abgeschlossen wurde. Dies kann auf Basis verschiedener Mikrozensus **E**, im Zeitverlauf berechnet werden. Daneben kann mit den Erwerbstätigenbefragungen des BIBB **E** aufgezeigt werden, wie sich die Personengruppe mit einem „Fortbildungsabschluss“ nach Fachrichtungen (Meister/-in, Techniker/-in, Betriebswirte/-in, Fachwirte/-in und Fachkaufmann/-kauffrau) zusammensetzt und wie sich der Anteil der Erwerbstätigen speziell mit Meister- und Technikerabschluss im Zeitverlauf entwickelt hat.

²⁵⁹ Im Rahmen des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) werden Abschlüsse zum/zur Meister/-in, Techniker/-in, Fachwirt/-in gleichwertig mit dem Bachelor auf der Niveaustufe 6 eingeordnet.

Erwerbstätige mit Fortbildungsabschluss im Jahr 2011

Wie viel Prozent der Erwerbstätigen haben einen Fortbildungsabschluss erworben? Eine valide Berechnung dieser Quote ist auf Basis des Mikrozensus **E** erst seit 2011 möglich, da ein „Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss“ zuvor zusammen mit Abschlüssen einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, einer Verwaltungsfachhochschule und einer Berufsakademie erfasst wurde.

E Mikrozensus

Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik des Statistischen Bundesamtes über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, an der jährlich 1 % aller Haushalte in Deutschland beteiligt sind. Dabei werden jährlich etwa 830.000 Personen aus rund 390.000 Privathaushalten zu unterschiedlichen Themenfeldern befragt, u. a. zu Erwerbstätigkeit, Beruf und Ausbildung. Für die Erhebung besteht gemäß § 7 Mikrozensusgesetz Auskunftspflicht.

Erfassung von Fortbildungsabschlüssen im Mikrozensus

Bis zum Mikrozensus 2009 wurde ein „Abschluss einer Meister-/Technikerausbildung oder gleichwertiger Fachschulabschluss“ zusammen mit Abschlüssen einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens (also Abschlüssen auf der Ebene der Erstausbildung) sowie Abschlüssen einer Berufsakademie oder einer Verwaltungsfachhochschule (Hochschulebene) erfasst. Seit 2010 werden Abschlüsse an Berufsakademien und Verwaltungsfachhochschulen und seit 2011 auch die Abschlüsse einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens gesondert ausgewiesen.²⁶⁰ Die Kategorie „Fortbildungsabschluss“ (höchster Abschluss) wurde im Zeitverlauf wie folgt erfasst:

²⁶⁰ In den Erhebungen 1996 bis 1998 blieb unklar, wo sich Personen mit Abschlüssen einer Verwaltungsfachhochschule, einer Berufsakademie oder einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens einordneten, da diese Abschlüsse nicht beispielhaft vorgegeben waren. Die Kategorien lauteten „Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss“ sowie „Abschluss einer Lehrausbildung oder gleichwertiger Berufsfachschulabschluss“. Auch eine Betrachtung bis 1996 ist aufgrund der Umstellung vom letzten auf den höchsten beruflichen Ausbildungs- oder Hochschulabschluss im Jahr 1996 nicht möglich.

1999–2001	Meister-/Technikerausbildung oder gleichwertiger Fachschulabschluss, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fachakademie oder einer Berufsakademie, Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule
2002–2009	Meister-/Technikerausbildung oder gleichwertiger Fachschulabschluss, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fachakademie oder einer Berufsakademie
2010	Abschluss einer Meister-/Technikerausbildung oder gleichwertiger Fachschulabschluss, einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens oder einer Fachakademie
2011	Meister/-in, Techniker/-in oder gleichwertiger Fachschulabschluss

Die Berechnungen führen für 2011 zu folgenden Ergebnissen: 6,7 % der *Erwerbstätigen* in Deutschland (absolut 2.624.428 Erwerbstätige) geben einen Fortbildungsabschluss als höchsten Ausbildungsabschluss an.²⁶¹ Bei den Männern liegt die Quote mit 8,8 % höher als bei den Frauen mit 4,3 % → **Tabelle B4.5-1**.

Mit rund 7 % ist die valide Quote der Erwerbstätigen mit Fortbildungsabschluss damit geringer, als bislang angenommen wurde. Berechnungen auf Basis früherer Mikrozensususerhebungen, in denen Fortbildungsabschlüsse zusammen mit den Abschlüssen einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, einer Berufsakademie oder Verwaltungsfachhochschule erfasst wurden, überschätzten die Fortbildungsquote somit um rund ein Drittel. Dies gilt insbesondere für Frauen, da schulische Ausbildungsgänge in Gesundheitsdienstberufen einen Frauenanteil von rund 80 % haben (vgl. Statistisches Bundesamt 2012). Die Fortbildungsquote (inkl. Schulen des Gesundheitswesens) auf Basis des Mikrozensus bis 2010 ist daher für Frauen weit stärker überschätzt als für Männer.

Männliche Erwerbstätige mit Fortbildungsabschluss 1999 bis 2011

Um Veränderungen im Zeitverlauf nachzugehen, wurden die folgenden Analyseschritte auf Männer beschränkt und die über die Jahre wechselnden Kategorien so erweitert, dass Vergleiche möglich werden (größter gemeinsamer Zähler). Die Quote wird hierdurch zwar etwas überschätzt; die Überschätzung der Werte sollte jedoch über die Jahre ähnlich groß sein, sodass relative Veränderungen und Entwicklungen erkennbar werden → **Schaubild B4.5-1**.

Tabelle B4.5-1: **Erwerbstätige im Alter von 15 bis 65 Jahren mit Fortbildungsabschluss 2011 (in %)**

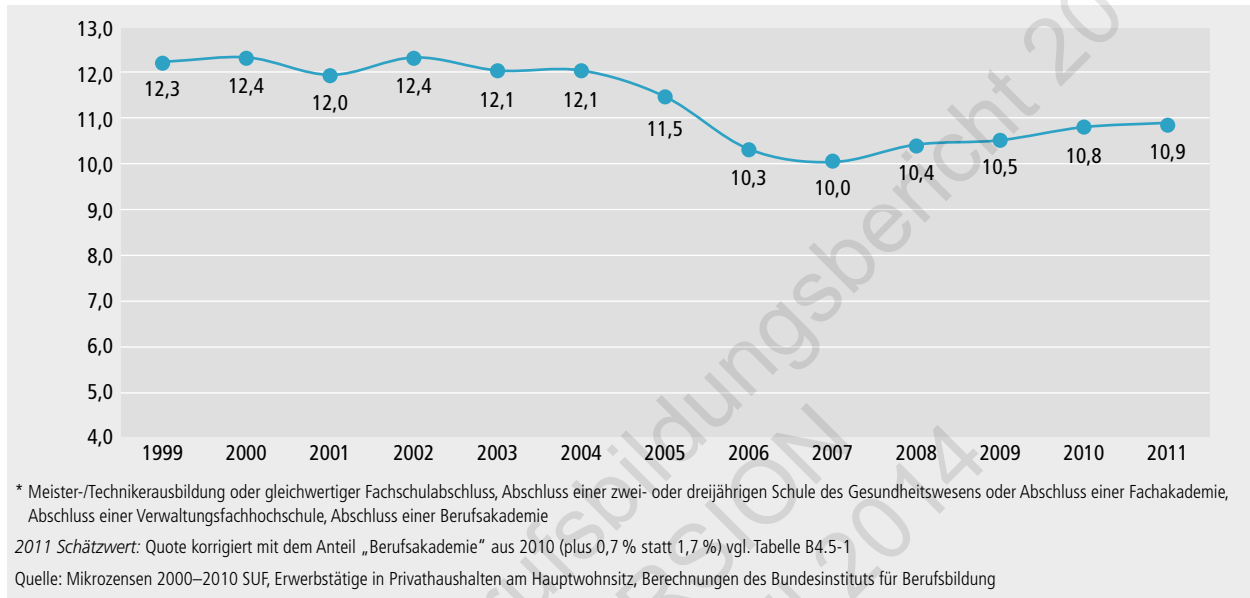
	Männer	Frauen	Gesamt
Meister/-in, Techniker/-in oder gleichwertiger Fachschulabschluss, Fachschule der DDR, Fachakademie	8,8	4,3	6,7
Schule des Gesundheitswesens (zwei- oder dreijährig)	0,6	4,5	2,4
Verwaltungsfachhochschule	0,8	0,7	0,8
Berufsakademie/Duale Hochschule ¹	1,7	1,9	1,7

¹Kategorie mit 2010 (nur „Berufsakademie“) evt. nicht vergleichbar.

Quelle: Sonderauswertung des StBA aus dem Mikrozensus 2011, Erwerbstätige in Privathaushalten am Hauptwohnsitz

261 Unter Erwerbspersonen (Personen, die erwerbstätig sind oder aktiv eine Beschäftigung suchen und dem Arbeitsmarkt unmittelbar zur Verfügung stehen [ILO-Konzept]) liegt die Quote mit 6,5 % (Männer: 8,5 %, Frauen: 4,2 %) etwas darunter.

Schaubild B4.5-1: Männliche Erwerbstätige im Alter von 15 bis 65 Jahren mit Fortbildungsabschluss* 1999 bis 2010 (in %)



Der so berechnete Anteil der *männlichen Erwerbstätigen* mit Fortbildungsabschluss lag 1999 bei 12,3 % und sank dann kontinuierlich auf 10,0 % im Jahr 2007.²⁶² Seit 2008 ist wieder ein leichter Anstieg zu beobachten; 2010 wurden 10,8 % erreicht. Führt man diese Berechnungen bis 2011 weiter, so liegt die entsprechend geschätzte Quote bei 10,9%.²⁶³ Zur Erinnerung: Die valide Erfassung der männlichen Erwerbstätigen mit Fortbildungsabschluss (also ohne Abschlüsse einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, einer Verwaltungsfachhochschule oder einer Berufsakademie) erbrachte für 2011 eine Quote von 8,8 % → **Tabelle B4.5-1**.

Um welche konkreten Fortbildungsabschlüsse es sich jeweils handelt, kann mit dem Mikrozensus nicht berechnet werden. Solche Analysen sind hingegen auf Basis der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012 möglich. In dieser wurden alle abgeschlosse-

nen Aus- und Fortbildungsabschlüsse erfasst, sodass die Ergebnisse nach der Art der Aufstiegsfortbildung differenziert werden können.

Männliche Erwerbstätige mit Meister-/Technikerabschluss im Zeitverlauf

Berichtet werden nachfolgend Ergebnisse auf Basis der Erwerbstätigenbefragungen des BIBB **E** für die Jahre 1979 bis 2012.

E Erwerbstätigenbefragungen des BIBB

Die BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragungen 2006 und 2012 sind telefonische, computerunterstützte Repräsentativbefragungen (CATI) von jeweils 20.000 Erwerbstätigen in Deutschland, die gemeinsam vom BIBB und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) durchgeführt wurden (siehe www.bibb.de/arbeit-im-wandel). Grundgesamtheit sind Erwerbstätige ab 15 Jahren (ohne Auszubildende). Als Erwerbstätigkeit gilt eine Tätigkeit von regelmäßig mindestens 10 Stunden pro Woche gegen Bezahlung („Kernerwerbstätige“). Die Daten wurden durch Gewichtung nach zentralen Merkmalen auf Basis des Mikrozensus an die Strukturen der Grundgesamtheit angepasst. Die BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragungen schließen

262 Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass Veränderungen auf der Unternehmensebene (Rationalisierungsmaßnahmen, neue Organisationsformen und Produktionskonzepte, Hierarchieabbau), wie sie seit Mitte der 1990er-Jahre zu beobachten sind, mit einem relativ starken Beschäftigungsabbau für Meister/-innen und Techniker/-innen verbunden waren (vgl. Plicht 1998 sowie **Kapitel B4.4**).

263 Hierbei handelt es sich um einen Schätzwert, da die Kategorie „Berufsakademie“, wie sie noch 2010 ausgewiesen wurde, 2011 in „Berufsakademie/Duale Hochschule“ verändert wurde und unklar ist, inwieweit die Erhöhung des Anteils Berufsakademie von 0,7 % 2010 auf 1,7 % 2011 damit zusammenhängt.

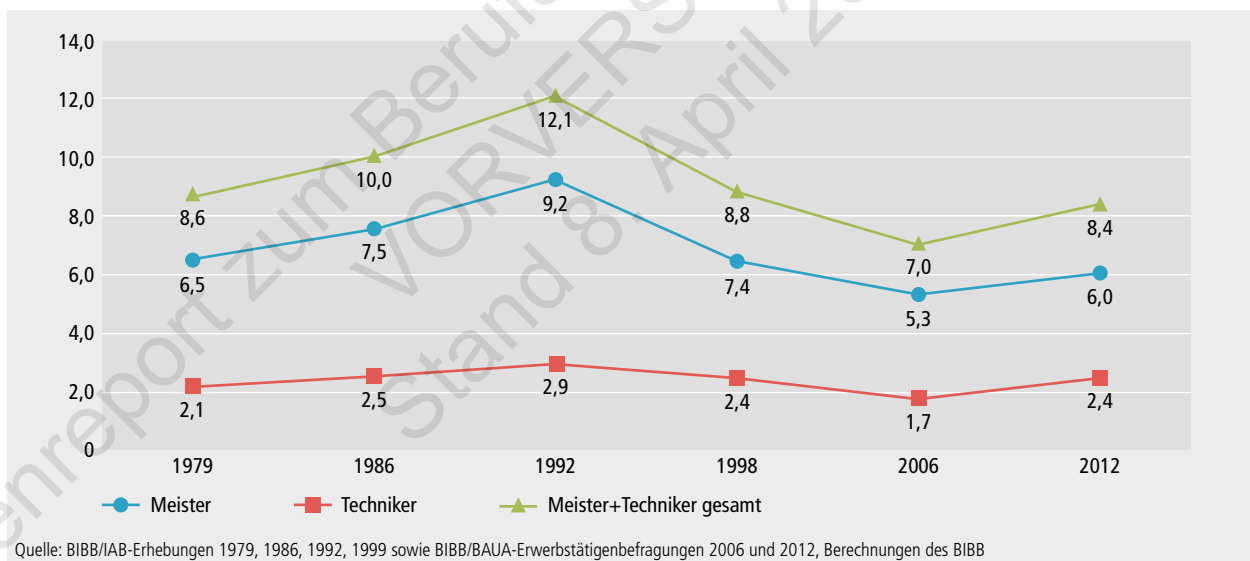
Tabelle B4.5-2: **Art der Aufstiegsfortbildung von Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 65 Jahren mit Fortbildungsabschluss (in %)**

	Gesamt	Männer	Frauen
Fortbildungsabschluss	7,6	10,1	4,4
<i>darunter:</i>			
Meister/-in	3,4	5,6	0,8
Techniker/-in	1,4	2,3	0,3
Fach-, Betriebswirt/-in	1,5	1,5	1,5
Fachkaufmann/-frau	0,8	0,5	1,2
Sonstige Aufstiegsfortbildung ¹	0,4	0,3	0,6

¹ Z. B. geregelte Fortbildungsabschlüsse im Gesundheitsbereich.

Quelle: BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schaubild B4.5-2: **Anteil westdeutscher Erwerbstätiger Männer im Alter von 15 bis 65 Jahren mit Meister-/Technikerabschluss (in %)**



konzeptionell an die vom BIBB und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) durchgeführten BIBB/IAB-Erhebungen an, die in den Jahren 1979, 1986, 1992 und 1999 durchgeführt wurden. Ein Zeitvergleich erfordert eine Vereinheitlichung der entsprechenden Stichprobenbasis (kleinster gemeinsamer Nenner).

7,6 % der *Erwerbstätigen* können 2012 als höchsten Ausbildungsabschluss eine Aufstiegsfortbildung nachweisen → **Tabelle B4.5-2**. Der entsprechende Anteil liegt im Mikrozensus 2011 bei angeglicherer

Stichprobe (Kernerwerbstätige ohne Auszubildende) bei 7,3 %²⁶⁴, was für eine valide Erfassung in der Erwerbstätigenbefragung spricht. Auch hier ist die Quote für Männer mit 10,1 % deutlich höher als für Frauen (4,4 %). Die *Art des Abschlusses* variiert dabei stark nach dem Geschlecht. Während Männer mehrheitlich einen Meister- oder Technikerabschluss vorweisen können (55,5 % bzw. 19,3 %), schließen

264 Bezogen auf alle Erwerbstätigen lag die Quote bei 6,7 % → **Tabelle B4.5-1**.

Frauen meist eine kaufmännische Fortbildung als Fach-/Betriebswirtin (33,5 %) oder Fachkauffrau (26,8 %) ab.²⁶⁵

Da in früheren Erhebungen lediglich Meister- und Technikerabschlüsse differenziert erfasst wurden und die Fallzahlen für Frauen zu gering sind, beschränkt sich der nachfolgende Zeitvergleich auf *westdeutsche* männliche Erwerbstätige im Alter von 15 bis 65 Jahren. Die Berechnungen führen zu folgenden Ergebnissen: Der Anteil männlicher Erwerbstätiger mit Meister- oder Technikerabschluss (höchster Abschluss), erreichte im Befragungsjahr 1992 mit 12,1 % den höchsten Wert. Seit dem Tiefstand im Jahr 2006 (7,0 %) stieg die Quote der Erwerbstätigen mit einem Fortbildungsabschluss zum Meister oder Techniker wieder an und erreichte 2012 einen Wert von 8,4 % → **Schaubild B4.5-2**. Eine differenzierte Betrachtung nach Meister- und Technikerabschlüssen zeigt, dass die Anteile der Technikerabschlüsse unter westdeutschen männlichen Erwerbstätigen zwischen 2 % und 3 % liegen. Der Anteil der Erwerbstätigen mit einem Meisterabschluss ist hingegen zwischen 1992 (9,2 %) und 2012 (6,0 %) stark gesunken. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf sinkende Fortbildungsprüfungen in Handwerk und Industrie, insbesondere bei Fortbildungen zum Handwerks- und Industriemeister (**vgl. Kapitel B4.4**).

Fazit

Den Anteil der Erwerbstätigen mit Fortbildungsabschluss im Zeitverlauf zu berechnen war Ziel dieses Beitrags. Aus methodischen Gründen musste sich die Darstellung auf Basis des Mikrozensus auf Männer und auf Basis der Erwerbstätigenbefragungen auf Meister und Techniker beschränken. Es zeigt sich bei beiden Erhebungen, dass das hohe Niveau Ende der 1990er-Jahre heute zwar nicht mehr erreicht

wird, der Negativtrend der letzten Jahre scheint aber gestoppt zu sein. Seit dem Tiefstand 2007 stieg auf Basis des Mikrozensus der Anteil der Männer mit Aufstiegsfortbildung unter den Erwerbstätigen wieder an. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch unter männlichen Erwerbstätigen, die einen Meister- oder Technikerabschluss erreicht haben: Die Quote fiel zwischen 1999 und 2006 ab und stieg dann bis 2012 wieder an.

Ein Bedeutungsverlust der Aufstiegsfortbildung in der Erwerbstätigkeit kann somit nicht festgestellt werden. Auch bei der Entwicklung der bestandenen Fortbildungsprüfungen zeigt sich ein Ende des Abwärtstrends (**vgl. Kapitel B4.4**). Wie sich die positive Entwicklung der letzten Jahre, die anhand verschiedener Datenquellen zum Ausdruck kommt, fortsetzt, sollte in den nächsten Jahren weiter beobachtet werden.

(Anja Hall)

²⁶⁵ In der Regel baut eine Aufstiegsfortbildung auf eine zuvor abgeschlossene duale Berufsausbildung auf. Rund 90 % der Erwerbstätigen, die einen Fortbildungsabschluss zum/zur Meister/-in, Techniker/-in, Betriebswirt/-in, Fachwirt/-in oder Fachkaufmann/-kauffrau aufweisen können, haben auf Basis der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012 zuvor eine duale Ausbildung abgeschlossen. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch eine Absolventenbefragung des Deutschen Industrie- und Handelskammertags von 2011, in der 84 % der Absolventen und Absolventinnen einer Fortbildungsprüfung zuvor eine duale Ausbildung abgeschlossen haben (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2012).

C Schwerpunktthema: Lernen Erwachsener in Deutschland im europäischen Vergleich

Bildungs- und beschäftigungspolitisch wird auf nationaler Ebene wie auch in der Europäischen Union dem lebenslangen Lernen ein hoher Stellenwert eingeräumt, und es wurden Zielmarken definiert, die zu einem festgelegten Zeitpunkt erreicht werden sollen. So haben sich Bund und Länder beim Dresdner Bildungsgipfel im Oktober 2008 darauf verständigt, gemeinsam mit den Sozialpartnern die Weiterbildungsbeteiligung der 25- bis 64-Jährigen bis 2015 auf 50 % zu steigern (Bundesregierung/Regierungschefs der Länder 2008, S. 14) und damit ein bereits 2007 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung formuliertes Ziel übernommen (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2007). Auch der von der Bundesbildungsministerin eingesetzte Innovationskreis Weiterbildung hatte schon im Frühjahr 2008 empfohlen, die Beteiligung der 25- bis 64-Jährigen an formalisierter Weiterbildung bis 2015 auf 50 % zu steigern und als heranzuziehende Datenquelle den Adult Education Survey (AES) benannt (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008, S. 8).

Auf europäischer Ebene wurde mit der „Lissabon-Strategie“ (Rat der Europäischen Union 2000) Bildung stärker als je zuvor als Element der wirtschafts- und sozialpolitischen Strategie erachtet. Ein zentraler Bestandteil dieser Strategie ist das lebenslange Lernen. Im Rahmen einer damals neuen „Offenen Methode der Koordinierung“ (OMK; Europäische Kommission 2001, S. 28) und im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip im Bildungsbereich wurden Ziele vereinbart, die von der Union insgesamt (also nicht von den Mitgliedstaaten einzeln) verwirklicht werden sollen. Auch die Verständigung über Indikatoren, Benchmarks, kontinuierliches Monitoring sowie die regelmäßige Bewertung der erzielten Fortschritte gehören zu den Elementen der OMK im Bildungsbereich. Im Jahr 2003 wurde das Ziel vereinbart, dass bis 2010 der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter, die sich am lebenslangen Lernen beteiligen, 12,5 % betragen sollte (Rat der Europäischen Union 2003); diese Zielmarke wurde 2009 auf 15 % bis zum Jahre 2020 erhöht (Rat der Europäischen Union

2009). Als Datenquelle für das Monitoring wurde der Labour Force Survey (LFS) vereinbart.

Die beiden Datenquellen AES und LFS unterscheiden sich in dem, was mit dem jeweiligen Indikator der Beteiligung am lebenslangen Lernen gemessen wird, erheblich (vgl. **Kapitel C1**); aus diesem Grund liegen die angestrebten Zielmarken sehr weit auseinander. Dies ist für sich genommen noch vergleichsweise unproblematisch. Die Datenquellen unterscheiden sich aber auch in den Ergebnissen hinsichtlich der Entwicklung der Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen und führen daher zu divergierenden Bewertungen der bislang erreichten Erfolge hinsichtlich des politischen Ziels, die Weiterbildungsbeteiligung zu steigern: Nach den Ergebnissen des LFS liegt in der Europäischen Union die Beteiligung am lebenslangen Lernen 2012 niedriger als im Jahr 2005, auch wenn der Rückgang zum Stillstand gekommen ist und für 2012 eine leicht höhere Teilnahmequote ausgewiesen wurde als für 2011 → **Tabelle C2.1-1**. Die Europäische Kommission sieht hier ein Zurückbleiben hinter den selbstgesetzten Zielen (Rat der Europäischen Union/Europäische Kommission 2012, S. 15; European Commission 2013, S. 66/67). In Deutschland liegt die Beteiligung am lebenslangen Lernen, wie sie mit dem LFS-Indikator gemessen wird, unter dem EU-Durchschnitt. Nach den Ergebnissen des AES hat sich zwischen 2007 und 2011/2012²⁶⁶ die Beteiligung Erwachsener an formaler und non-formaler Bildung im Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten erhöht → **Schaubild C2.1-1**.

266 Für die freiwillige Piloterhebung zum AES war kein Erhebungszeitraum vorgegeben. So wurde in Schweden und im Vereinigten Königreich bereits im Herbst 2005 mit der Befragung begonnen, in der Schweiz wurde sie erst im Jahr 2009 abgeschlossen, die anderen Länder lagen dazwischen. Diese freiwillige Piloterhebung wird von Eurostat und auch im deutschen Kontext als AES 2007 bezeichnet. Für die erste verpflichtende Erhebung hat sich im europäischen Kontext die Bezeichnung AES 2011 durchgesetzt. Diese nimmt Bezug auf den Beginn des Zeitraums, in dem die Befragung durchzuführen war (Juli 2011 bis Juni 2012). In Deutschland wurde 2010 eine weitere Befragung nach dem AES-Konzept durchgeführt. In Deutschland wird der AES jeweils nach dem Erhebungsjahr benannt (AES 2007, AES 2010 und AES 2012, vgl. **Kapitel B1.1**). In diesem Kapitel wird für die erste verpflichtende AES-Erhebung die Bezeichnung AES 2011/2012 verwendet.

In Deutschland hat sich die Teilnahmequote der 25- bis 64-Jährigen an non-formaler Weiterbildung auf 49 % erhöht – mit entsprechend positiver Bewertung: „Das Ziel einer Weiterbildungsbeteiligung von 50 % im Jahr 2015, das Bund und Länder sich 2008 beim Dresdner Bildungsgipfel gesetzt hatten, ist damit schon jetzt nahezu erreicht“ (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2013).

Die unterschiedlichen Konzepte und Methoden der verschiedenen Datenerhebungen zum lebenslangen Lernen müssen daher genauer betrachtet werden, um divergierende Ergebnisse einordnen zu können. Dabei wird neben AES und LFS auch die dritte Erhebung im Europäischen Statistischen System zum lebenslangen Lernen einbezogen (**Kapitel C1**). **Kapitel C2** stellt dar, welcher Anteil der Erwachsenen in Europa an formaler und non-formaler Bildung beteiligt ist und welche Entwicklung in den letzten Jahren zu verzeichnen war. **Kapitel C3** befasst sich mit der unterschiedlichen Beteiligung verschiedener Personengruppen, **Kapitel C4** nimmt speziell die betriebliche Weiterbildung in Unternehmen unterschiedlicher Größen und in unterschiedlichen Formen in den Fokus. Stets geht es dabei um das Lernen Erwachsener in Europa und um die Position Deutschlands im europäischen Vergleich.

C1 Europäische Datenquellen zum lebenslangen Lernen

Insgesamt 3 Erhebungen im Europäischen Statistischen System (ESS) haben das Lernen Erwachsener zum Gegenstand: Der Labour Force Survey (LFS), der Adult Education Survey (AES) und der Continuing Vocational Training Survey (CVTS). Sie basieren auf Verordnungen, die innerhalb der EU bindend sind. Ziel sind europäisch vergleichbare Statistiken → **Tabelle C1-1**.

C1.1 Der Labour Force Survey **E**

Der LFS enthält seit vielen Jahren auch Fragen zu Aus- und Weiterbildung, bezogen auf einen Zeitraum von 4 Wochen vor der Befragung. Ab 2003 wurde „die Unterscheidung zwischen formaler Bildung und

anderen Formen von Lernaktivitäten“ (Europäische Kommission 2002, Artikel 1) eingeführt und die Definition von lebenslangem Lernen erweitert. Die „anderen Formen“ von Lernaktivitäten, die auch als „Unterrichtsaktivitäten“ (taught activities) bezeichnet werden, umfassen Lehrgänge, Seminare, Konferenzen und Privatunterricht. Die im LFS verwendeten Konzepte entsprechen teilweise der Classification of Learning Activities (CLA; Eurostat 2006) **E**.

E Formen der Bildungsbeteiligung: Definition der formalen und non-formalen Bildung und des informellen Lernens

Die Klassifikation der Lernaktivitäten (CLA; Eurostat 2006) unterscheidet 3 Formen von Lernen/Bildung:

- Die *formale* Bildung findet innerhalb des nationalen Bildungssystems statt, das aus Schule, Berufsbildung und Tertiärbildung besteht. Die erzielbaren Zertifikate sind im jeweiligen nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) verortet (reguläre Bildungsgänge), die Bildungsgänge sind hierarchisch strukturiert mit einer Abfolge von Stufen und Klassen (Eurostat 2006, S. 23).
- Die *non-formale* Bildung beinhaltet Lernaktivitäten außerhalb des formalen Bildungssystems. Die strukturierte Aktivität führt entweder zu keinem Zertifikat oder zu einem, das nicht im NQR verortet ist. Dazu gehören alle Aktivitäten im Rahmen einer Lehrer-Lerner-Beziehung, also Kurse, Seminare, Konferenzen, Fernstudien, Privatunterricht. Auch geplantes Training und Schulung am Arbeitsplatz in Anwesenheit eines Tutors (Vorgesetzte, Kollegen) gehören dazu (Eurostat 2006, S. 23–25).
- Das *informelle* Lernen umfasst sämtliche Aktivitäten, die explizit einem Lernziel dienen, aber weniger strukturiert sind. Zum informellen Lernen gehören zum einen Lernaktivitäten außerhalb von Lehr-/Lernsettings (Verwendung von Lehrmitteln, Beobachten anderer Personen, Lern- oder Qualitätszirkel). Zum anderen gehören auch Lernaktivitäten mit einem Coach, Experten o. ä. dazu, z. B. spontane Anleitung durch Kollegen oder Vorgesetzte bei akuten Problemen am Arbeitsplatz.²⁶⁷ Informelles Lernen kann fast überall stattfinden, z. B. in der Familie, mit Freunden oder am Arbeitsplatz. Die CLA schließt nicht-intentionales Lernen auch beim informellen Lernen aus (Eurostat 2006, S. 9 und 25/26).

267 Die Grenze zwischen non-formalen und informellen Lernaktivitäten am Arbeitsplatz wird von Kuwan/Seidel (2013) kritisch diskutiert.

Tabelle C1-1: Zusammenfassung der wichtigsten Merkmale von LFS, AES und CVTS

Merkmale	LFS	AES	CVTS
Referenzperiode	4 Wochen	1 Jahr	1 Jahr
Erhebungszeitpunkte	ab 1983	2005–2009 (Piloterhebung), 2011/2012	1993, 1999, 2005 und 2010
Befragte	Haushalte	Individuen	Unternehmen
Frequenz des Indikators	jährlich	Lt. Regulierung alle 5 Jahre	Lt. Regulierung alle 5 Jahre
Definition lebenslanges Lernen	intentionales formales und non-formales Lernen in ausgewählten Formen	intentionales formales, non-formales und informelles Lernen	intentionales formales, non-formales und informelles Lernen in ausgewählten Formen
Teilnahmequote	Anteil der Personen im Alter von 25–64 Jahren, die in den letzten vier Wochen vor der Erhebung an einem regulären Bildungsgang (als Schüler, Student oder Auszubildender) und/oder an Lehrgängen, Seminaren oder Tagungen außerhalb des regulären Bildungssystems teilgenommen oder Privatunterricht erhalten haben.	Anteil der Personen im Alter von 25–64 Jahren, die in den letzten 12 Monaten vor der Befragung an formalen und/oder an non-formalen Lernaktivitäten (einschließlich des Lernens am Arbeitsplatz) teilgenommen haben. Erhoben, aber derzeit nicht in die Teilnahmequote einbezogen: Informelle Lernaktivitäten	Anteil der Beschäftigten, die während eines Kalenderjahres an betrieblich finanzierten Weiterbildungskursen teilgenommen haben. Erhoben, aber nicht in die Teilnahmequote einbezogen: Anteil der Beschäftigten, die an nicht-kursförmigen Weiterbildungsformen teilgenommen haben
Fragetechnik	unterschiedlich	gestützt	gestützt
Erhebungstyp	Fokus Arbeitsmarkt	Fokus Lernen Erwachsener	Fokus betriebliche Weiterbildung
Rechtliche Grundlage	Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates vom 9. März 1998; Verordnung (EG) Nr. 377/2008 der Kommission vom 25. April 2008	Verordnung (EU) Nr. 823/2010 der Kommission vom 17. September 2010	Verordnung (EU) Nr. 822/2010 der Kommission vom 17. September 2010
Proxy-Interviews	ja, alle Staaten, oft hoher Anteil	Proxies in 6 Ländern, in 5 Ländern Anteile von 10% und mehr	nein
Abdeckung	Personen in privaten Haushalten im Alter von 15 und mehr Jahren	Personen in privaten Haushalten im Alter von 25–64 Jahren, in einigen Ländern werden auch Personen im Alter von 18–24 bzw. 65 Jahren und älter befragt	Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten in den Wirtschaftsbereichen B bis N sowie R und S der NACE Rev. 2

Quelle: Adult Education Survey (AES), Labour Force Survey (LFS), Continuing Vocational Training Survey (CVTS); Zusammenstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

LFS und AES beziehen sich für die Erfassung der Bildungsaktivitäten beide auf die CLA. Während im AES alle 3 Lernformen erhoben werden, bezieht der LFS das informelle Lernen nicht mit ein und berücksichtigt bei den non-formalen Bildungsaktivitäten das Lernen am Arbeitsplatz nicht.

Die Beteiligung an regulärer Bildung, wie sie im LFS derzeit gemessen wird, weist kaum Unterschiede zu formaler Bildung in der CLA auf. Die Beteiligung an non-formaler Bildung (Lehrgänge, Seminare, Konferenzen oder Privatunterricht) ist im LFS jedoch eng definiert; insbesondere das vorausgeplante Training am Arbeitsplatz (guided on the job training) ist nicht enthalten. Der LFS liefert daher derzeit nur Informationen zur Beteiligung an ausgewählten Typen non-formalen Lernens.

Die Formulierung der Fragen und die Ausführlichkeit von Erläuterungen und Beispielen ist in den

teilnehmenden Staaten unterschiedlich (Eurostat 2013c). Holford und Mleczko (2012) machen auf Zusammenhänge der Formulierung der Fragen im LFS mit der jeweils gemessenen Beteiligung am lebenslangen Lernen aufmerksam. Die stellvertretende Beantwortung durch ein anderes Haushaltsmitglied (Proxy-Interview), die in allen EU-Mitgliedstaaten möglich ist, dürfte zu einer verzerrten Schätzung der Teilnahme am lebenslangen Lernen führen (Kuwan/Larsson 2008, S. 24 f.) – vor allem Lernaktivitäten außerhalb des regulären Bildungssystems dürften davon betroffen sein.

Der LFS-Indikator zum lebenslangen Lernen, der auch für den Benchmark im Rahmen der Lissabon-Strategie genutzt wird, steht seit vielen Jahren zur Verfügung. Allerdings haben die erwähnten konzeptionellen Veränderungen zu Brüchen in der Zeitreihe geführt; die kräftigen Anstiege in den Jahren 2003

und 2004 spiegeln kaum reale Verbesserungen, sondern vor allem die Erweiterung der Definitionen wieder (Behringer/Pfeifer 2005). Ab 2005 sind starke methodische Veränderungen zwar seltener geworden, beeinträchtigen aber immer noch die Vergleichbarkeit zwischen den Ländern und im Zeitverlauf.

E **Arbeitskräfteerhebung (LFS = Labour Force Survey)**

Die Arbeitskräfteerhebung ist eine vierteljährliche Stichprobenbefragung von Haushalten, die auf der Grundlage von Verordnungen der europäischen Kommission und des Rates (Europäischer Rat 1998; Europäische Kommission 2008a) regelmäßig in den EU-Mitgliedstaaten, den Beitrittskandidatenländern und den Ländern der europäischen Freihandelszone EFTA durchgeführt wird. In Deutschland ist sie in den Mikrozensus integriert. In den einbezogenen Haushalten sind Interviews mit allen Haushaltsmitgliedern im Alter von 15/16 und mehr Jahren zu führen. Für die Erhebung werden in allen beteiligten Ländern einheitliche Definitionen und Erhebungsmerkmale angestrebt; der Harmonisierungsprozess ist bei den Fragen zum lebenslangen Lernen jedoch noch nicht abgeschlossen. Die Erhebung liefert vor allem Informationen zum Arbeitsmarkt, aber auch zu Bildungsstand und Aus- und Weiterbildung.

Der Stichprobenansatz ist in den Mitgliedstaaten nicht einheitlich; europaweit wurden 2012 in einem durchschnittlichen Quartal rund 1,4 Mio. Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren einbezogen (in Deutschland je Quartal rund 130.000 Personen; vgl. Eurostat 2013d). In Deutschland, in 10 anderen Staaten der EU, in Norwegen, der Türkei und partiell in der Schweiz besteht Auskunftsspflicht der Befragten bzw. des Haushalts. Die Antwortquote lag 2012 zwischen 28 % und 98 %; der höchste Wert wurde in Deutschland erreicht. Allerdings können im LFS die Fragen an die einzelnen Personen im Haushalt durch eine andere erwachsene Person im Haushalt stellvertretend beantwortet werden. Ein erheblicher Teil der Antwortquote wird durch solche Proxy-Interviews erreicht; ihr Anteil lag zwar 2012 in den nordischen Mitgliedstaaten recht niedrig, in den meisten Staaten Europas jedoch zwischen 20 % und 50 % (Deutschland: 26 %), in 4 Staaten sogar über 50 %.

Der LFS ist die Datenbasis für den **Benchmark zum lebenslangen Lernen**. Die Beteiligung am lebenslangen Lernen wird gemäß Verordnung EG Nr. 377/2008 der

Kommission (Europäische Kommission 2008a) in 2 Formen erhoben. Gefragt wird dabei, ob die befragte Person im Zeitraum der letzten 4 Wochen vor der Befragung

- Schüler/-in, Student/-in oder Auszubildende/-r in einem regulärem Bildungsgang war
- außerhalb des regulären Bildungssystems an Lehrgängen, Seminaren oder Konferenzen teilgenommen oder Privatunterricht erhalten hat.

In ergänzenden Hinweisen von Eurostat (2012) wird empfohlen, diese direkten Fragen mit Beispiellisten zu ergänzen. Die Staaten setzen diese Empfehlung unterschiedlich um. Eurostat veröffentlicht die Ergebnisse des LFS zum lebenslangen Lernen in seiner frei zugänglichen Datenbank. Die anonymisierten EU-Mikrodaten des LFS sind für die Forschung zugänglich.

Quellen: Europäischer Rat 1998; Europäische Kommission 2008a; Eurostat 2012c; Eurostat 2013d

C1.2 Der Adult Education Survey (AES) – Erhebung über die Beteiligung und Nichtbeteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen **E**

Der im Rahmen des Lissabon-Prozesses vereinbarte LFS-Indikator zum lebenslangen Lernen war von Beginn an Gegenstand der Kritik (2003). Der Rat der Europäischen Union (2003, Fußnote 5) verwies auf eine Projektgruppe von Eurostat, die „an einer neuen Erhebung über Erwachsenenbildung, die ein besseres Bild über die Teilnahme vermitteln soll“, arbeitete. Diese neue Erhebung ist der AES, der zwischen 2005 und 2009 zunächst auf freiwilliger Basis erprobt und 2011/2012 erstmals auf verpflichtender Rechtsgrundlage durchgeführt wurde. Eine Wiederholung alle 5 Jahre ist in der Verordnung (Europäische Kommission 2010a) vorgesehen.

In den meisten Staaten ist der AES eine Einthemenbefragung, die Lernaktivitäten im Erwachsenenalter (formal, non-formal und informell; siehe CLA) in den Mittelpunkt stellt und vielfältige Zusatzinformationen zum Lernen Erwachsener in diesen Formen liefert. Besonderer Wert wird auf die Benennung

von Beispielen gelegt, um den befragten Zielperson zu veranschaulichen, was zum lebenslangen Lernen gehört, und ihre Erinnerung anzuregen. Der Referenzzeitraum sind jeweils die letzten 12 Monate vor der Befragung.

Eurostat hat in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die methodischen Vorgaben, Definitionen und Indikatoren für die Piloterhebung erarbeitet und für die erste verpflichtende Erhebung überarbeitet. Grundlegende Veränderungen bei den wichtigsten Indikatoren und Konzepten hat es dabei nicht gegeben – mit Ausnahme von Veränderungen beim informellen Lernen und bei der Abgrenzung zwischen formaler und non-formaler Aus- und Weiterbildung²⁶⁸. Allerdings ist diese letztgenannte Abgrenzung für die Befragten (nach Äußerungen von nationalen Experten) immer noch schwierig und es ist noch nicht bekannt, ob die intendierte Veränderung der Abgrenzung tatsächlich in allen Staaten umgesetzt wurde. Die Veränderung der Abgrenzung müsste sich in Verschiebungen zwischen formaler und non-formaler Bildung (zu Lasten der formalen Bildung) niederschlagen. Insgesamt erscheint es daher sachgerecht, für den europäischen Vergleich den Indikator zum lebenslangen Lernen auf die formalen und non-formalen Lernaktivitäten gemeinsam zu beziehen, also eine andere Abgrenzung zu wählen als für die nationale Berichterstattung, die in Deutschland für den Begriff „Weiterbildung“ lediglich die Daten zum non-formalen Lernen nutzt (vgl. **Kapitel B1.1**).

E Adult Education Survey (AES)

Der AES als „Datenerhebung über die Beteiligung und Nichtbeteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen (Erhebung über die Erwachsenenbildung)“ (Europäische Kommission 2010a) wurde in den Jahren 2011/2012

268 Das wichtigste Kriterium für die Unterscheidung zwischen formaler und non-formaler Bildung ist gemäß CLA die Verortung im nationalen Qualifikationsrahmen. Die nationalen Qualifikationsrahmen unterscheiden sich allerdings danach, wie ausführlich sie konkrete, einzelne Bildungsmaßnahmen im nationalen Qualifikationsrahmen benennen, was im AES 2007 unterschiedliche Zuordnung identischer Maßnahmen in den einzelnen Staaten nach sich zog. Für den AES 2011/2012 wurde als zusätzliches Kriterium formuliert, dass nur Bildungsgänge mit einer theoretischen Mindestdauer von 6 Monaten der formalen Bildung zugerechnet werden sollten (vgl. ausführlicher Behringer/Kuwan/Schönfeld 2013, S. 333f).

erstmalig verpflichtend für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union²⁶⁹ auf der Grundlage von Verordnungen des europäischen Parlaments und des Rates, die u. a. den europäischen Standardfragebogen und Leitlinien zur Methodik enthalten, durchgeführt. Die Verordnung sieht vor, die Befragung alle 5 Jahre zu wiederholen. Zwischen 2005 und 2009 gab es auf freiwilliger Basis in 29 Ländern eine Piloterhebung zum AES.

In den einzelnen Ländern wurde jeweils eine repräsentative Stichprobe der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung²⁷⁰ zu ihren Lernaktivitäten in den letzten 12 Monaten vor der Erhebung befragt. Insgesamt beteiligten sich 2011/2012 mehr als 150.000 Personen an der Befragung (in Deutschland 7.099). In einigen Ländern besteht Auskunftspflicht der Befragten; in Deutschland ist die Befragung für die Zielpersonen freiwillig. Die Antwortquote lag 2011/2012 mit Ausnahme Belgiens, Luxemburgs und Österreich bei 50 % und mehr (in Deutschland bei 51 %). Proxy-Interviews, also die Beantwortung des Fragebogens nicht durch die Zielperson selbst, sondern durch ein anderes Haushaltsmitglied, sollten möglichst vermieden werden. In 6 Staaten wurden Proxy-Interviews eingesetzt, in Tschechien, Griechenland und Ungarn lag der Anteil der Proxy-Interviews bei einem Drittel und mehr. In den meisten Staaten wurde der AES 2011/2012 als eigenständige Befragung durchgeführt; nach derzeitigem Informationsstand war er nur in Belgien in eine andere Befragung – den LFS – integriert.²⁷¹

Das Lernen Erwachsener wird getrennt nach formaler Bildung, non-formaler Bildung und informellem Lernen erfasst (siehe Kasten zu den Formen der Bildungsbeteiligung). Zusätzlich werden Informationen zum soziodemografischen Hintergrund, zur Bildungsbiografie, zu den Themen und zu den Anbietern von Bildungsmaßnahmen, zu Weiterbildungsbarrieren, Teilnahmemotiven, direkten Weiterbildungskosten und zeitlichem Aufwand, Nutzeneinschätzungen, neuen Lernformen (E-Learning) und Kompetenzen im Bereich der PC-Kenntnisse und Fremdsprachen erfragt.

Eurostat veröffentlicht Ergebnisse aus AES auf seiner Homepage. Zum informellen Lernen wurden aus AES 2011/2012 noch keine Tabellen veröffentlicht. Konzeptionell hat es in

269 Ebenfalls beteiligten sich die Schweiz, Norwegen und Serbien.

270 In einzelnen Ländern wurde die Stichprobe auf die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen (z. B. in Deutschland) bzw. der 65-Jährigen und Älteren ausgeweitet. Eurostat veröffentlicht jedoch nur Ergebnisse für die 25- bis 64-Jährigen.

271 Der EU-Qualitätsbericht zum AES 2011/2012 wurde noch nicht veröffentlicht.

diesem Bereich starke Veränderungen zwischen der Piloterhebung und dem AES 2011/2012 gegeben, die von den Staaten jedoch nicht immer umgesetzt wurden (vgl. Kuwan/Seidel 2013, S. 264 ff.) und sich in Problemen der Vergleichbarkeit zwischen den Staaten und zwischen den Erhebungswellen niederschlagen. Der anonymisierte europäische AES-Mikrodatensatz 2007 ist für die Forschung zugänglich; für den AES 2011/2012 steht dies noch aus. Die Qualität von AES wird zurzeit in einem Projekt im Auftrag von Cedefop²⁷² evaluiert.

Quellen: Europäische Kommission 2010a; Eurostat 2013a; Eurostat 2013b

C1.3 Der Continuing Vocational Training Survey (CVTS) – die Europäische Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung **E**

Die Entwicklung des CVTS hatte einen langen Vorlauf. Bereits in den 1980er-Jahren versuchte die Europäische Kommission, vorhandene Datenquellen für vergleichende Analysen zu nutzen, und erarbeitete eine Liste fehlender Informationen und sonstiger Mängel. In verschiedenen Arbeitsgruppen wurde das Erhebungskonzept für eine Unternehmensbefragung zur betrieblichen Weiterbildung einschließlich Definitionen und methodischen Richtlinien entwickelt (Moraal/Schönfeld 2009) und in einer freiwilligen Piloterhebung 1993 erstmals erprobt. Auf der Grundlage der Arbeit einer Task Force bei Eurostat (unter Beteiligung der Mitgliedstaaten) sowie eines Methodenprojektes im Rahmen des Leonardo da Vinci-Programms der Europäischen Kommission wurde CVTS weiterentwickelt und 1999 erneut auf freiwilliger Grundlage durchgeführt. Seit 2005 ist CVTS eine für die EU-Mitgliedstaaten verpflichtende Erhebung, die alle 5 Jahre durchgeführt werden soll. Im Zuge der Modernisierung der EU-Statistiken steht auch CVTS auf dem Prüfstand; nach derzeitigem Diskussionsstand soll er aber 2016 erneut durchgeführt

272 An dem Projekt „Analysis of CVTS and AES“ sind neben dem BIBB das 3s research laboratory (Wien) als Konsortialführer sowie die Humboldt-Universität Berlin, die Universität Tallinn und das Centre d'études et de recherches sur les qualifications (Céreq Marseille) beteiligt. Ergebnisse liegen noch nicht vor.

werden. Die Erhebung soll dabei wieder qualitative und quantitative Informationen zum Angebot und zur Nutzung verschiedener Formen der Weiterbildung, zu Teilnehmenden, Weiterbildungsvolumen, betrieblichen Ausgaben, Weiterbildungsstrategien der Unternehmen und hemmenden und fördernden Faktoren betrieblicher Weiterbildung liefern.

E Europäische Erhebungen zur betrieblichen Weiterbildung (CVTS)

Die europäischen Erhebungen zur betrieblichen Weiterbildung (CVTS = Continuing Vocational Training Survey) werden in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und weiteren interessierten Staaten (Beitrittskandidaten der Europäischen Union wie 2010 Kroatien; Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA wie Norwegen) durchgeführt. Seit 2005 sind dies für die EU-Mitgliedstaaten verpflichtende Erhebungen auf der Basis von Verordnungen, die u. a. die zu erhebenden Daten und Details der Durchführung festlegen (Europäisches Parlament/Europäischer Rat 2005; Europäische Kommission 2010b); davor wurden die Befragungen auf freiwilliger Basis durchgeführt. Befragt werden Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten aus den Wirtschaftsbereichen B bis N sowie R und S der NACE Rev. 2 (Eurostat 2012a, S. 2f.).²⁷³ In bisher 4 Erhebungen wurden europäisch vergleichbare Daten insbesondere zu Angebot, Umfang, Formen, Organisation und Kosten der betrieblichen Weiterbildung sowie zur betrieblichen Bildungspolitik und zu Bildungsstrategien für die Jahre 1993 (CVTS1 mit 12 teilnehmenden Ländern), 1999 (CVTS2, 25 Länder), 2005 (CVTS3, 28 Länder) und 2010 (CVTS4, 29 Länder) ermittelt.

Bei CVTS4 waren in der Mehrzahl der Länder die Unternehmen auskunftspflichtig, in Deutschland war die Teilnahme für die Unternehmen freiwillig. Insgesamt beteiligten sich in Europa mehr als 100.000 Unternehmen, in Deutschland 3.047. Die Rücklaufquote lag in den meisten Ländern, für die bisher Qualitätsberichte vorliegen, bei 50 % und mehr. Die niedrigste Quote wurde in Deutschland mit 29 % gemessen.

273 B-E: Verarbeitendes Gewerbe/Herstellung von Waren, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, sonstige Industrie; F: Baugewerbe/Bau; G-I: Handel, Verkehr und Lagerei; J-K: Information und Kommunikation, Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; L-N: Grundstücks- und Wohnungswesen, Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen; R-S: Kunst, Unterhaltung und Erholung, sonstige Dienstleistungen. In CVTS1 wurden nicht in allen Ländern alle vorgesehenen Wirtschaftsbereiche in die Befragung einbezogen.

Eurostat veröffentlicht Ergebnisse aus CVTS im Internet. Der Zugang zu den anonymisierten europäischen Mikrodaten für die Forschung wurde in der Vergangenheit für CVTS3 wegen mangelnder Personalressourcen bei Eurostat faktisch nicht gewährt, obwohl in den geltenden Verordnungen CVTS explizit in der Liste der Datensätze aufgeführt, zu denen Zugang für die Forschung gewährt werden konnte. Nach der Neuregulierung des Zugangs zu vertraulichen Daten für Zwecke der Forschung (Europäische Kommission 2013) wird die Liste der Datensätze, zu denen Zugang gewährt werden kann, nicht mehr in der Verordnung festgeschrieben, sondern von Eurostat auf der Website veröffentlicht. Diese Liste umfasst CVTS3 (für 2005), aber nicht CVTS4 (für 2010). Die Nutzung der CVTS-Daten in der empirischen Weiterbildungsforschung bleibt daher wohl weiterhin unter ihren Möglichkeiten (Behringer/Käpplinger/Pätzold 2009, S. 8f.). Die Qualität von CVTS3 wurde in einem Forschungsprojekt unter Leitung des BIBB²⁷⁴ im Auftrag von Cedefop evaluiert (Cedefop 2010). Derzeit wird zu CVTS4 ebenfalls ein solches Projekt im Auftrag von Cedefop durchgeführt.²⁷⁵

Quellen: Europäisches Parlament/Europäischer Rat 2005; Europäische Kommission 2010b; Eurostat 2012a; Eurostat 2012b

Die Abgrenzung dessen, was im CVTS unter betrieblicher Weiterbildung gefasst wird, orientiert sich nicht an der CLA und den dort verwendeten Trennlinien. Das hat den Hintergrund, dass der CVTS lange vor der CLA existierte, ist aber vor allem darin begründet, dass die speziell für die Personenbefragung AES entwickelte CLA für den CVTS als Unternehmensbefragung nicht praktikabel ist (Eurostat 2012a, S. 10). CVTS differenziert die Weiterbildungsformen nach Kursen, d. h. formalisierten und vom Arbeitsplatz getrennten Formen der Weiterbildung, und „anderen“, stärker arbeitsintegrierten Formen der Weiterbildung, die noch weiter untergliedert sind **E**. Nach den Definitionen der CLA wären Kurse – je nach angestrebten Zielen – dem formalen oder dem non-formalen Bereich zuzuordnen, die nicht kursförmige Weiterbildung i. d. R. dem non-formalen oder infor-

mellen Lernen. Kohärenz zwischen AES und CVTS ist auch auf der Ebene der einzelnen Lernaktivitäten nur sehr eingeschränkt gegeben (vgl. ausführlicher Behringer/Käpplinger/Moraal 2008).

E Formen betrieblicher Weiterbildung in CVTS

Betriebliche Weiterbildung: Vorausgeplantes, organisiertes Lernen, das vollständig oder teilweise von den Unternehmen finanziert wird (durch Übernahme direkter Kosten oder durch Weiterbildung während der Arbeitszeit) und dessen vorrangiges Ziel die berufliche Weiterbildung der Beschäftigten ist. Die betriebliche Weiterbildung findet in der Form von **Kursen** und **anderen Formen** statt.

Kurse: Lehrveranstaltungen, die ausschließlich der betrieblichen Weiterbildung dienen und vom Arbeitsplatz getrennt stattfinden (z. B. in einem speziellen Schulungsraum). Die Teilnehmenden werden in einem vorab von den Organisatoren festgelegten Zeitraum von Weiterbildungspersonal unterrichtet.

Andere Formen der betrieblichen Weiterbildung:

- **Weiterbildung am Arbeitsplatz:** Vorausgeplante Phasen der Unterweisung durch Vorgesetzte, Spezialisten oder Kollegen und Lernen durch die normalen Arbeitsmittel und andere Medien (Einarbeitung).
- **Job-Rotation innerhalb des Unternehmens und Arbeitsplatztausch mit anderen Unternehmen (durch Austauschprogramme, Abordnungen, Studienbesuche):** Sie gelten nur dann als Weiterbildungsmaßnahme, wenn sie im Voraus geplant sind und dem spezifischen Zweck dienen, die Fähigkeiten der Teilnehmenden weiterzuentwickeln. Nicht dazu gehören routinemäßige Versetzungen, die nicht im Rahmen eines geplanten Weiterbildungsprogramms erfolgen.
- **Informationsveranstaltungen:** Hierzu gehört z. B. der Besuch von Fachvorträgen, Fachtagungen, Kongressen, Symposien, Kolloquien, Workshops, Fachmessen und Erfahrungsaustauschkreisen. Die Teilnahme zählt jedoch nur dann als Weiterbildung, wenn der vorrangige Zweck der Teilnahme die Weiterbildung ist.
- **Lern- und Qualitätszirkel:** In Lernzirkeln kommen Beschäftigte regelmäßig mit dem vorrangigen Ziel zusammen, sich über die Anforderungen der Arbeitsorganisation, der Arbeitsverfahren und des Arbeitsplatzes weiterzubilden. Qualitätszirkel sind Arbeitsgruppen, deren

274 Als Partner waren in diesem Projekt das Centre d'études et de recherches sur les qualifications (Céreq Marseille) und das Istituto per lo sviluppo della formazione professionale dei lavoratori (Isfol Rom) beteiligt.

275 Siehe Fußnote 7.

Ziel es ist, durch Diskussion Probleme zu lösen, die mit der Produktion oder dem Arbeitsplatz zusammenhängen. Sie gelten nur dann als Weiterbildung, wenn Weiterbildung der vorrangige Zweck für die Teilnahme ist.

- **Selbstgesteuertes Lernen:** Hierzu gehören vorausgeplante individuelle Weiterbildungsaktivitäten, z. B. durch E-Learning, mit audiovisuellen Hilfen wie Videos, computergestütztem Lernen und anderen Medien.

Quelle: Eurostat 2012b, S. 25 f.

C1.4 Teilnahmequoten in den 3 europäischen Erhebungen zum lebenslangen Lernen

Zusammenfassend wird hier erläutert, was die Teilnahmequoten in den 3 europäischen Erhebungen jeweils messen. Die CLA wurde speziell für den AES entwickelt und wird auch für den LFS herangezogen. Allerdings bedeutet die Bezugnahme auf die CLA nicht, dass beide Erhebungen in gleicher Breite zu allen Bereichen des Lernens Erwachsener Informationen erheben:

- Der Indikator zum lebenslangen Lernen auf der Grundlage des LFS (Benchmark-Indikator) umfasst den Anteil der Personen, die in den letzten 4 Wochen vor der Erhebung an einem regulären Bildungsgang (als Schüler, Student oder Auszubildender) und/oder an Lehrgängen, Seminaren oder Konferenzen außerhalb des regulären Bildungssystems teilgenommen oder Privatunterricht erhalten haben. Nicht einbezogen werden die informellen Lernaktivitäten sowie das Lernen am Arbeitsplatz. Diese Angaben werden auf die Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen bezogen (Eurostat 2013e).
- Im AES werden formale, non-formale und informelle Lernaktivitäten in den letzten 12 Monaten vor der Befragung erhoben. Die von Eurostat ausgewiesene Teilnahmequote bezieht jedoch nur die formalen und non-formalen Bildungsaktivitäten ein, informelles Lernen wird zumindest derzeit

für die Teilnahmequote nicht berücksichtigt.²⁷⁶

Das Lernen am Arbeitsplatz ist im AES dem non-formalen Lernen zugeordnet.²⁷⁷ Eurostat weist die Teilnahmequote für die Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen für 2007 und für 2011/2012 aggregiert und differenziert nach formalen vs. non-formalen Lernaktivitäten aus. Wegen der veränderten Abgrenzung zwischen formalen und non-formalen Lernaktivitäten im Manual für den AES 2011/2012 werden in diesem Kapitel stets die Teilnahmequoten für formale und non-formale Aktivitäten zusammengefasst ausgewiesen.²⁷⁸

- CVTS bezieht sich nicht auf die CLA, sondern unterscheidet Kurse und „andere“ Formen betrieblicher Weiterbildung. Die Teilnahmequote bezieht nur betrieblich finanzierte Weiterbildungskurse während eines Kalenderjahres ein; die Beteiligung an nicht-kursförmigen Weiterbildungsformen wird in gesonderten Teilnahmequoten ausgewiesen, eine Aggregation ist nicht möglich. Die Angaben zu den Teilnehmenden an Weiterbildung werden bezogen auf die Beschäftigten in den befragten Unternehmen (ohne Altersgrenze). Leiharbeitskräfte und Auszubildende sind dabei nicht zu berücksichtigen. Weil Unternehmen (und nicht die Beschäftigten selbst) befragt werden, gehen nur kursförmige Weiterbildungsaktivitäten in die Teilnahmequote ein, die der Arbeitgeber ganz oder teilweise (durch Arbeitszeit oder Übernahme direkter Kosten) finanziert. Aufgrund der Stichprobe des CVTS sind Beschäftigte in Mikrounternehmen (mit höchstens 9 Beschäftigten) und in bestimmten Branchen nicht berücksichtigt.

²⁷⁶ Ergebnisse zum informellen Lernen werden derzeit von Eurostat nur für den AES 2007 veröffentlicht. Die methodischen Leitlinien im EU-Manual wurden für den AES 2011/2012 verändert, aber nicht in allen Ländern einheitlich umgesetzt; die Vergleichbarkeit zwischen den Staaten und im Zeitverlauf ist dadurch beeinträchtigt.

²⁷⁷ Kritisch zu dieser Zuordnung Kuwan/Seidel (2013), S. 265.

²⁷⁸ Diese Abgrenzung weicht von der Definition für die Beteiligung an Weiterbildung im nationalen Kontext ab, die sich nur auf die Beteiligung an non-formalen Lernaktivitäten bezieht (vgl. Kapitel B1.1).

C2 Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen

Im Folgenden wird auf der Grundlage der 3 europäischen Datenquellen zum Lernen Erwachsener analysiert, wie hoch die Beteiligung in der jeweils aktuellsten Erhebung ist und welche Entwicklungen es in den letzten Jahren in der EU gegeben hat.²⁷⁹ Auf der Grundlage der verschiedenen Erhebungen sollen erstens die jeweiligen Beteiligungsquoten dargestellt und verglichen werden. Die Unterschiede der jeweiligen Abgrenzung des Erfassungsgegenstands sowie der Erhebungsmethodik resultieren in deutlichen Niveauunterschieden. Deshalb soll zweitens untersucht werden, ob ähnliche oder widersprechende Trends der Beteiligung am lebenslangen Lernen je nach Datenquelle auftreten. Von besonderem Interesse ist jeweils die Position Deutschlands im europäischen Vergleich.

C2.1 LFS und AES: Stand und Entwicklung der Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen

Nach den Ergebnissen des LFS beteiligten sich im Jahr 2012 in der EU 9,0% der 25- bis 64-Jährigen in einem Zeitraum von 4 Wochen am lebenslangen Lernen → **Tabelle C2.1-1**. Dieser Wert ist, wie bereits eingangs erwähnt, weit entfernt vom angestrebten Benchmark für 2020. Seit 2005²⁸⁰ ist der von Eurostat geschätzte Durchschnitt der EU28 bis 2011 rückläufig und erst im Jahr 2012 steigt er wieder leicht an. Die Entwicklung des EU-Durchschnitts spiegelt nicht nur reale Veränderungen, sondern ist auch von Brüchen der Zeitreihe beeinflusst, die in einer Reihe von Ländern²⁸¹ wegen methodischer Veränderungen in dem Bestreben nach besserer Vergleichbarkeit der erhobenen Daten auftraten. In einer Modellrechnung der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit

mit Centre for Research on Lifelong Learning (CRELL) wurden für einzelne Jahre korrigierte Durchschnittswerte ermittelt, die den Effekt der Zeitreihenbrüche ausgleichen sollen. Dabei ergaben sich im Vergleich der Jahre 2006 und 2011 recht stabile Werte (European Commission 2012, S. 48 f.). Insgesamt hält es die Europäische Kommission für nicht wahrscheinlich, dass der angestrebte Benchmark bis 2020 erreicht werden kann (ebd., S. 49).

Die Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen ist nach dem LFS in den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich; die Teilnahmequote lag im Jahr 2012 zwischen 1,4 % und 31,6 %. In der Spitzengruppe mit einer Teilnahmequote von mindestens 20 % finden sich alle nordischen Staaten (neben den EU-Mitgliedstaaten Dänemark, Finnland und Schweden auch Island und Norwegen) und die Schweiz. Gute Werte von mindestens 15 % erreichten auch die Niederlande und das Vereinigte Königreich. In Deutschland waren 2012 7,9 % der Erwachsenen am lebenslangen Lernen beteiligt; dieser Wert liegt unter dem EU28-Durchschnitt. Deutschland nimmt damit Rangplatz 13 der EU-Staaten und Rangplatz 16 aller europäischen Staaten ein, die sich am LFS beteiligten. Gegenüber 2005 hat sich der Wert für Deutschland (7,7 %) kaum verändert; die zwischenzeitlichen Schwankungen bewegten sich in einem engen Korridor von 0,4 Prozentpunkten. Auch 2005 war bereits eine unterdurchschnittliche Beteiligung der Erwachsenen in Deutschland am lebenslangen Lernen zu verzeichnen (EU28-Durchschnitt 9,5 %, Rangplatz 12 innerhalb der EU, Rangplatz 15 aller europäischen Staaten mit Beteiligung am LFS).

Nach den Ergebnissen des AES 2011/2012 haben sich in den letzten 12 Monaten vor der jeweiligen Befragung im EU-Durchschnitt 40 % der 25- bis 64-Jährigen an formaler und/oder non-formaler Aus- und Weiterbildung beteiligt. Dieser Wert liegt deutlich über dem Wert aus dem LFS, weil es – wie in **Kapitel C1** dargestellt – Unterschiede in der Abgrenzung des lebenslangen Lernens, in der Länge der Referenzperiode sowie in der methodischen Anlage der Befragungen gibt. → **Schaubild C2.1-1** zeigt die Unterschiede zwischen den Staaten Europas: Die höchsten Anteile Erwachsener in formaler und/oder non-formaler Aus- und Weiterbildung (mit Werten

279 Das vorliegende Kapitel wurde am 26. März 2014 abgeschlossen und stützt sich auf die zu diesem Zeitpunkt zugänglichen Veröffentlichungen.

280 In den Jahren 2003 bis 2005 wurden in fast allen Staaten methodische und konzeptionelle Veränderungen des LFS vorgenommen, die Werte vor 2005 werden daher nicht in die Zeitreihe einbezogen.

281 Details zu den betroffenen Ländern und zu den Zeitpunkten der Brüche finden sich in → **Tabelle C2-1**.

Tabelle C2.1-1: Teilnahme der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren am lebenslangen Lernen
(LFS 2005 bis 2012)

Land	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
EU 28	9,5	9,4	9,3	9,3	9,2	9,1	8,8	9,0
BE	8,3	7,5	7,2	6,8	6,8	7,2	7,1	6,6
BG	1,3	1,3	1,3	1,4	1,4	1,2	1,3	1,5
CZ	5,6	5,6 ^d	5,7	7,8	6,8	7,5	11,4 ^b	10,8
DK	27,4	29,2	29,0	29,9	31,2	32,5	32,3	31,6
DE	7,7	7,5	7,8	7,9	7,8	7,7	7,8	7,9
EE	5,9	6,5	7,0	9,8	10,5	10,9	12,0	12,9
IE	7,4	7,3	7,6	7,0	6,3	6,8	6,8	7,1
GR	1,9	1,9	2,1	2,9	3,3	3,0	2,4	2,9
ES	10,5 ^b	10,4	10,4	10,4	10,4	10,8	10,8	10,7
FR	5,9	6,4	6,1	6,0	5,7	5,0	5,5	5,7
HR	2,1	2,9	2,4	2,2	2,3	2,2	2,3	2,4
IT	5,8	6,1	6,2	6,3	6,0	6,2	5,7	6,6
CY	5,9 ^b	7,1	8,4	8,5	7,8	7,7	7,5	7,4
LV	7,9	6,9	7,1	6,8	5,3	5,0	5,1 ^b	6,9
LT	6,0	4,9	5,3	4,9	4,5	3,9	5,7	5,2
LU	8,5	8,2	7,0	8,5	13,4 ^b	13,4	13,6	13,9
HU	3,9	3,8	3,6	3,1	2,7	2,8	2,7	2,8
MT	5,3	5,5	6,0	6,2	6,1	6,2	6,5	7,0
NL	15,9	15,6	16,6	17,0	17,0	16,6 ^b	16,7	16,5 ^p
AT	12,9	13,1	12,8	13,2	13,8	13,7	13,4	14,1
PL	4,9	4,7	5,1	4,7	4,7	5,2	4,4	4,5 ^p
PT	4,1	4,2	4,4	5,3	6,5	5,8	11,6 ^b	10,6
RO	1,6	1,3	1,3	1,5	1,5	1,3	1,6	1,4
SI	15,3	15,0	14,8	13,9	14,6	16,2	15,9	13,8
SK	4,6	4,1	3,9	3,3	2,8	2,8	3,9	3,1
FI	22,5	23,1	23,4	23,1	22,1	23,0	23,8	24,5
SE	17,4 ^p	18,4 ^p	18,6 ^p	22,2 ^b	22,2 ^p	24,4	24,9	26,7
UK	27,6	26,7	20,0 ^b	19,9	20,1	19,4	15,8 ^b	15,8
IS	25,7	27,9	27,0	25,1	25,1	25,2	25,9	27,3
NO	17,8	18,7	18,0	19,3	18,1	17,8	18,2	20,0
CH	27,0	22,5 ^d	26,8	27,9	23,9 ^d	30,6	29,9	29,9
MK		2,3	2,8	2,5	3,3	3,2	3,4	4,0
TR		1,8	1,5	1,9	2,3	2,5	2,9	3,2

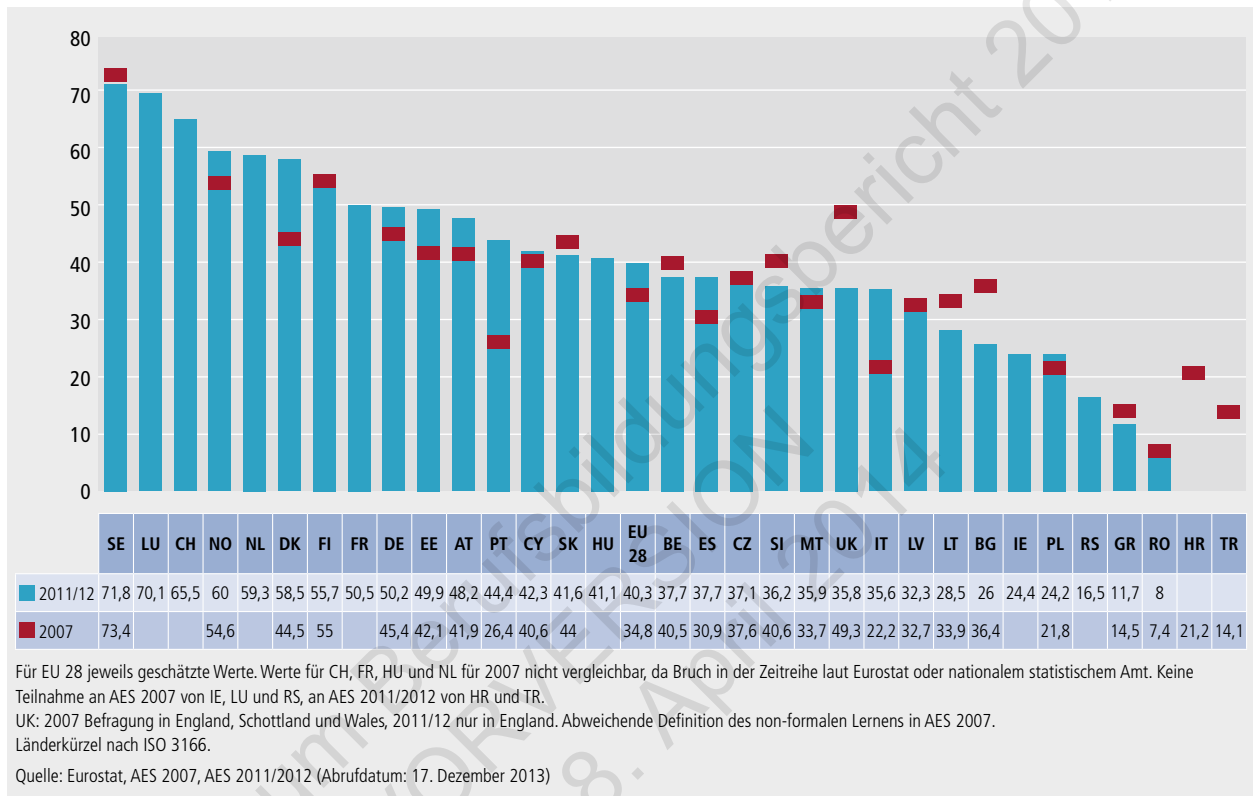
b: Bruch in der Zeitreihe, d: abweichende Definition; p: vorläufige Daten, 2005: keine Daten für MK, TR.
Länderkürzel nach ISO 3166.

Quelle: Eurostat, LFS (Abrufdatum: 13. Januar 2013)

zwischen 56 % und 72 %) werden in den skandinavischen Staaten (Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland) sowie in Luxemburg, in der Schweiz und in den Niederlanden erreicht. In Frankreich, Deutschland, Estland und Österreich haben Erwachsene ebenfalls überdurchschnittliche Teilnahmequoten (zwischen 48 % und 51 %). Bei den Staaten mit geringen Anteilen Erwachsener in formaler und/oder non-formaler Aus- und Weiterbildung finden sich vor allem osteuropäische Staaten sowie Griechenland.

Schlusslicht ist Rumänien mit einer Beteiligungsquote von 8 %. Der für Deutschland gemessene Wert liegt deutlich über dem Durchschnitt aller EU-Staaten; gemeinsam mit Estland erreicht Deutschland den Rangplatz 9. Allerdings wurden in den meisten nord- und westeuropäischen Staaten höhere Teilnahmequoten als in Deutschland erreicht; nur Österreich, Belgien, das Vereinigte Königreich und Irland haben niedrigere Teilnahmequoten als Deutschland.

Schaubild C2.1-1: **Beteiligung der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren an formaler und non-formaler Aus- und Weiterbildung (AES 2007, AES 2011/2012)**



Eurostat hat den EU28-Durchschnitt für AES 2007 auf 35 % geschätzt. Allerdings ist diese Schätzung mit Vorsicht zu interpretieren, weil in mindestens 3 Staaten nach Angaben von Eurostat oder der nationalen Datenproduzenten die Teilnahmequote im AES 2007 unterschätzt wurde.²⁸² Dennoch kann für die europäischen Staaten insgesamt auf der Grundlage der AES-Daten von einer spürbaren Erhöhung des Anteils Erwachsener, die sich am lebenslangen

Lernen beteiligen, ausgegangen werden. In den einzelnen europäischen Ländern zeigen sich dabei sehr unterschiedliche Entwicklungen. Für insgesamt 23 Länder liegen nach gegenwärtigem Stand für AES 2007 und AES 2011/2012 vergleichbare Resultate vor:

- Zunahmen hat es in vielen nord-, west- und süd-europäischen Ländern gegeben sowie in Estland, Polen und Rumänien; insgesamt verzeichnen 13 Staaten einen Anstieg. Die stärksten Zunahmen mit jeweils mehr als 10 Prozentpunkten gab es nach diesen Daten in Portugal, Dänemark und Italien. In einzelnen Staaten können nationale Veränderungen der Rahmenbedingungen hierfür eine Rolle spielen. Ein Beispiel ist Portugal (+18 Prozentpunkte, eine Zunahme von 68 %); hier kann eine mittlerweile eingeführte Verpflichtung der Arbeitgeber zur Weiterbildung ihrer Beschäftigten (ReferNet Portugal 2011, S. 29) zur Erklärung herangezogen werden. In Italien

282 AES 2007 war eine Piloterhebung ohne bindende Vorgaben, bei der mit methodischen Unterschieden zwischen den Staaten zu rechnen war. Als Konsequenz waren auch (durch später einheitlicheres Vorgehen) Brüche in der Zeitreihe bei AES 2011/2012 absehbar; ihre Häufigkeit ist geringer als erwartet und auch geringer als im LFS im Vergleichszeitraum. In vier Staaten (Frankreich, Ungarn, Niederlande und Schweiz) gibt es solche Brüche in der AES-Zeitreihe, die nach den Erläuterungen der Datenproduzenten als Unterschätzung der Werte für 2007 zu interpretieren sind (Eurostat 2013a, Centraal Bureau voor de Statistiek, Statistik Schweiz 2013). Darüber hinaus haben sich zwei Mitgliedsstaaten (Luxemburg und Irland) nicht an der Piloterhebung beteiligt; da es sich um Staaten mit vergleichsweise geringer Bevölkerungszahl handelt, dürfte der Effekt auf den EU-Durchschnitt aber gering ausfallen.

(+13 Prozentpunkte, eine Zunahme von 60 %) wurde AES 2011/2012 als eigenständige Befragung durchgeführt, während die Piloterhebung in eine andere Befragung integriert war. Auf der gegenwärtigen Informationsbasis kann nicht beurteilt werden, ob diese methodische Veränderung möglicherweise als ein Bruch der Zeitreihe anzusehen ist, die den Vergleich zwischen den beiden Erhebungen AES 2007 und AES 2011/2012 ausschließt. Eurostat hat darauf hingewiesen, dass möglicherweise bei weiteren Länder von einem Zeitreihenbruch auszugehen ist, sobald die nationalen Qualitätsberichte vorliegen (Eurostat 2013a). Für Dänemark (+14 Prozentpunkte, eine Zunahme von 31 %) liegen derzeit keine weiteren Informationen vor.

- Rückgänge sind in einigen osteuropäischen Staaten zu verzeichnen, darüber hinaus z. B. in Belgien, Griechenland und im Vereinigten Königreich. Insgesamt gibt es 10 Staaten mit Abnahmen der Teilnahmequote, wobei diese Rückgänge meist gering ausfallen. Für 2 Staaten – das Vereinigte Königreich und Bulgarien – werden Rückgänge von mindestens 10 Prozentpunkten ausgewiesen. In beiden Staaten gibt es nationale Berichte, die den Rückgang darstellen und mögliche Gründe benennen: Die wirtschaftliche Krisensituation mit einem Rückgang der Zahl der Beschäftigten (und folglich einem Rückgang der betrieblichen Weiterbildung pro Kopf der Bevölkerung), die geringere Bereitschaft oder Möglichkeit von Individuen und Betrieben, für das Lernen im Erwachsenenalter Kosten zu tragen, sowie geringerer Bedarf an computerbezogener Weiterbildung, weil mittlerweile ein Großteil der Bevölkerung über entsprechende Kompetenzen verfüge (National Statistical Institute Republic of Bulgaria 2013, S. 5; Department for Business 2012, S. 17 f.).²⁸³

C2.2 Methodische Unterschiede von LFS und AES als Ursache divergierender Ergebnisse

In **Kapitel C1** wurden wichtige methodische Unterschiede zwischen dem Indikator zum lebenslangen Lernen für den EU-Benchmark (auf der Grundlage des LFS) und der Teilnahmequote auf der Grundlage von AES dargestellt. 4 Unterschiede sind hier von besonderer Bedeutung:

1. Die Referenzperiode umfasst beim LFS-Indikator nur 4 Wochen, im AES 12 Monate. Dies schlägt sich u. a. in Niveauunterschieden nieder; wie zu erwarten, liegt in allen Staaten der AES-Indikator über dem LFS-Indikator.
2. Bestimmte Formen non-formaler Weiterbildung – geplantes Training/Unterweisung am Arbeitsplatz – sind im LFS ausgeschlossen, im AES jedoch enthalten. Diese Form der betrieblichen Weiterbildung hat in den einzelnen Staaten unterschiedlich quantitative Bedeutung. Entsprechende Tabellen sind derzeit in der Eurostat-Datenbank nicht veröffentlicht, Eurostat hat jedoch für ausgewählte Länder Ergebnisse auf der Grundlage der AES-Piloterhebung in einem Arbeitspapier veröffentlicht (Eurostat 2011). Von allen Teilnehmenden an non-formaler Bildung haben nach Eurostat-Angaben in den einzelnen Ländern zwischen 15 % und 84 % an betrieblicher Weiterbildung am Arbeitsplatz teilgenommen (ebd., Table 3). Allerdings ist Mehrfachteilnahme an verschiedenen Formen der Weiterbildung nicht selten und muss bei einer Berechnung der Teilnahmequote an non-formaler Bildung unter Ausschluss der Weiterbildung am Arbeitsplatz entsprechend berücksichtigt werden. Die Teilnahme an non-formaler Bildung ohne geplante betriebliche Weiterbildung am Arbeitsplatz – liegt nach Angaben von Eurostat (ebd., Table 5) in 3 Ländern (Bulgarien, Slowakei, Schweden) mehr als 20 Prozentpunkte unter der Teilnahme an non-formaler Bildung insgesamt, bei 8 anderen Ländern (Zypern, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Norwegen, Polen, Vereinigtes Königreich) ist sie zwischen 10 und 20 Prozentpunkten niedriger. In den übrigen 7 Ländern, die von Eurostat in diese Auswertung einbezogen wurden, spielt das Lernen am Arbeitsplatz eine

²⁸³ Für das Vereinigte Königreich kommt hinzu, dass für den AES 2007 Daten aus England, Schottland und Wales zur Verfügung stehen, für 2011/2012 nur aus England. Allerdings gab es im AES 2007 zwischen den Landesteilen nur geringe Unterschiede in der Teilnahmequote, sodass es nach derzeitigem Informationsstand keinen Hinweis auf starke Effekte dieser regionalen Teilstichprobe gibt.

quantitativ eher unbedeutende Rolle oder wird durch andere Weiterbildungsformen ergänzt; in diesen Ländern leistet der Ausschluss dieser Lernform im LFS praktisch keinen Erklärungsbeitrag zur Differenz der Teilnahmequoten zwischen LFS und AES. Insgesamt zeigen diese Analysen, dass die Differenz zwischen den AES-Teilnahmequoten und dem LFS-Indikator teilweise dadurch verursacht ist, dass im LFS eine relevante Lernform ausgeblendet ist. Der im LFS definitionsgemäß nicht erfasste Teil des Lernens Erwachsener ist je nach Land unterschiedlich groß (absolut und relativ).

3. Proxy-Interviews sind im LFS zulässig und werden in allen Staaten eingesetzt, in den skandinavischen Staaten allerdings nur in geringem Ausmaß. Im AES sollten Proxy-Interviews (gemäß Europäische Kommission 2008b, S. 7) vermieden werden und wurden nur in 6 Ländern eingesetzt. Bei einem Proxy-Interview antwortet die Zielperson nicht selbst, sondern ein anderes Haushaltsmitglied macht Angaben über die Zielperson. Die Zuverlässigkeit dieser Angaben ist je nach Sachverhalt unterschiedlich einzuschätzen, deshalb gibt es auch kein einheitliches Bild der Effekte von Proxy-Interviews (Zühlke 2008). Statistics Canada hatte auf der Grundlage von Forschungsergebnissen, die auf eine starke Untererfassung der Beteiligung am lebenslangen Lernen durch Proxy-Interviews hindeuten, den Einsatz von Proxy-Interviews im „Adult education and training survey“ ab 1992 nicht mehr zugelassen (Statistics Canada 2001, S. 65). Analysen auf der Grundlage des britischen LFS zeigen, dass bei direkten Interviews im Zeitverlauf steigende Teilnahmequoten am lebenslangen Lernen festzustellen waren, während es bei Proxy-Interviews keine Veränderung der Teilnahmequoten über die Zeit gab (Felstead/Green/Mayhew 1998, S. 65/66). Multivariate Analysen zeigen einen substantiellen negativen Einfluss des Proxy-Interviews auf die gemessene Beteiligung am lebenslangen Lernen (Green/Zanchi 1997 zitiert nach Felstead/Green/Mayhew 1998, S. 66). Proxy-Interviews haben nach diesen Untersuchungen einen dämpfenden Effekt auf die gemessene Teilnahmequote am lebenslangen Lernen. Je nach Verteilung der Proxy-Interviews auf verschiedene

Bevölkerungsgruppen ist dieser Methodeneffekt unterschiedlich ausgeprägt, sowohl bei differenzierter Betrachtung auf nationaler Ebene als auch beim Vergleich zwischen den einzelnen europäischen Staaten. Sofern dieser Effekt der Proxy-Interviews nicht nur in den untersuchten Staaten, sondern auch in anderen Staaten wirksam ist, könnten Niveauunterschiede im Ausmaß der Proxy-Interviews auch teilweise die Unterschiede der gemessenen Beteiligung am lebenslangen Lernen erklären. Für fundiertere Aussagen ist weitere Forschung erforderlich.

4. Eurostat (2011, S. 1) weist darauf hin, dass die Unterschiede der in AES und LFS ermittelten Teilnahmequoten auch dadurch bedingt sein könnten, dass es sich beim AES um eine Einthemenbefragung handelt, führt das Argument allerdings nicht weiter aus. Eine Einthemenbefragung bietet zunächst einmal die Möglichkeit der ausführlicheren Erhebung des interessierenden Sachverhalts, und damit auch die Möglichkeit, Erinnerungsproblemen entgegenzuwirken. Schon bei der Kontaktaufnahme mit den Zielpersonen kann zudem das Befragungsthema angesprochen und eingeführt werden. Allerdings könnte letzteres auch mit dem Nachteil verbunden sein, dass bei Umfragen mit freiwilliger Beteiligung diejenigen, die sich für das Thema nicht interessieren, häufiger eine Beteiligung ablehnen (Leverage-Saliency-Theorie; vgl. Groves/Singer/Corning 2000). Dies könnte bedeuten, dass sich an freiwilligen Weiterbildungsbefragungen weiterbildungsaktive oder -interessierte Personen überdurchschnittlich oft beteiligen, die somit dann in der realisierten Stichprobe überrepräsentiert wären. Dies würde dann dazu führen, dass die Weiterbildungs-beteiligung in freiwilligen Einthemenbefragungen (wie dem AES in Deutschland und früher dem Berichtssystem Weiterbildung BSW) überschätzt würde (Widany 2009, S. 143 f.). Der LFS ist dagegen in Deutschland wie in einigen anderen Staaten eine Befragung mit Auskunftspflicht, und die Fragen zur Weiterbildung spielen eine untergeordnete Rolle. Groves/Presser/Dipko (2004) haben die Leverage-Saliency-Theorie experimentell getestet; sie konnten zwar zeigen, dass bei thematischem Interesse eine erhöhte Teilnahmebereitschaft an Befragun-

Tabelle C2.2-1: Vergleich der Entwicklung der Teilnahmequoten am lebenslangen Lernen in LFS (2011 bis 2007) und AES (2011/2012 bis 2007)

Land	LFS: Teilnahme am lebenslangen Lernen in den letzten 4 Wochen vor der Erhebung		AES: Teilnahme an formaler und non-formaler Aus- und Weiterbildung in den letzten 12 Monaten vor der Erhebung	
	Differenz in Prozentpunkten 2011 bis 2007	Differenz in % 2011 bis 2007	Differenz in Prozentpunkten 2011/12 bis 2007	Differenz in % 2011/12 bis 2007
EU 28	-0,5	-5,4	5,5	15,8
BE	-0,1	-1,4	-2,8	-6,9
BG	0,0	0,0	-10,4	-28,6
CZ	5,7	100,0 ^b	-0,5	-1,3
DK	3,3	11,4	14,0	31,5
DE	0,0	0,0	4,8	10,6
EE	5,0	71,4	7,8	18,5
IE	-0,8	-10,5	:	:
GR	0,3	14,3	-2,8	-19,3
ES	0,4	3,8	6,8	22,0
FR	-0,6	-9,8		^b
HR	-0,1	-4,2	:	:
IT	-0,5	-8,1	13,4	60,4
CY	-0,9	-10,7	1,7	4,2
LV	-2,0	-28,2 ^b	-0,4	-1,2
LT	0,4	7,5	-5,4	-15,9
LU	6,6	94,3 ^b	:	:
HU	-0,9	-25,0		^b
MT	0,5	8,3	2,2	6,5
NL	0,1	0,6 ^b		^b
AT	0,6	4,7	6,3	15,0
PL	-0,7	-13,7	2,4	11,0
PT	7,2	163,6 ^b	18,0	68,2
RO	0,3	23,1	0,6	8,1
SI	1,1	7,4	-4,4	-10,8
SK	0,0	0,0	-2,4	-5,5
FI	0,4	1,7	0,7	1,3
SE	6,3	33,9 ^{b, p (2007)}	-1,6	-2,2
UK	-4,2	-21,0 ^b	-13,5	-27,4
IS	-1,1	-4,1	:	:
NO	0,2	1,1	5,4	9,9
CH	3,1	11,6		^b
MK	0,6	21,4	:	:
RS	:	:	:	:
TR	1,4	93,3	:	:

b: Bruch in der Zeitreihe bei LFS in mindestens einem Jahr zwischen 2007-2011, bei AES zwischen 2007 und 2011/12 lt. Eurostat oder nationalem statistischem Amt; p: vorläufige Daten; : keine Teilnahme an einem oder beiden Erhebungszeitpunkten.

Länderkürzel nach ISO 3166.

Quelle: Eurostat, LFS (2007, 2011); AES (2007, 2011/2012); Abrufdatum: 15. Januar 2014; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

gen besteht, die Effekte waren jedoch in ihren Experimenten nicht stark genug, um von einer Verzerrung der Befragungsergebnisse zu sprechen. Für eine Beurteilung der Erklärungskraft der Leverage-Saliency-Theorie für Befragungen im Themenfeld Weiterbildung sind die Befunde derzeit nicht ausreichend. Nach Kenntnis der Autorinnen gibt es aber auch keine eindeutigen Hinweise auf eine Überschätzung der Teilnah-

mequote in freiwilligen Einthemenbefragungen durch einen Leverage-Saliency-Effekt. Auch hier besteht noch eine Forschungslücke.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Es gibt Unterschiede zwischen dem AES und dem LFS, vor allem das im AES breitere Fragenprogramm mit Erinnerungstützen, Beispielen und teilweise auch Listenvorlagen. AES liegt ein umfassenderer Begriff

des lebenslangen Lernens zugrunde, was sich u. a. in den Niveauunterschieden der jeweils gemessenen Teilnahmequoten niederschlägt. Der AES bildet dabei nicht nur ein breiteres Spektrum des Lernens Erwachsener in einem längeren Referenzzeitraum ab, es gibt auch trotz der im Vergleich zum LFS wesentlich kleineren Stichprobe Argumente für eine höhere Qualität der Informationen aus dem AES im Vergleich zum LFS.

AES und LFS unterscheiden sich auch in den Ergebnissen zur Entwicklung der Teilnahmequoten in den einzelnen Staaten → **Tabelle C2.2-1**. In einigen Staaten, darunter Deutschland, ist laut AES von einem Anstieg des lebenslangen Lernens zwischen 2007 und 2011/2012 auszugehen, während laut LFS keine oder eine deutlich schwächere positive Entwicklung zu verzeichnen ist. In Italien, Zypern und Polen hat sich die Teilnahmequote im LFS sogar negativ entwickelt, während sie im AES gestiegen ist; eine solche Entwicklung kann dann eintreten, wenn die im LFS nicht erfasste betriebliche Weiterbildung am Arbeitsplatz an relativer Bedeutung gewinnt und andere Formen möglicherweise sogar verdrängt.²⁸⁴ Überraschend und widersprüchlich sind die Fälle, in denen eine positive oder stabile Entwicklung des LFS-Indikators mit einer rückläufigen Teilnahmequote laut AES einhergeht. Es liegen keine Informationen vor, die eine Aufklärung dieses Widerspruchs erlauben; Aufklärung könnten nur zusätzliche Informationen aus den nationalen statistischen Ämtern oder von Eurostat bringen. Möglicherweise können auch die Ergebnisse eines derzeit laufenden Projektes im Auftrag von Cedefop, welches die Qualität von AES und CVTS auf europäischer Ebene untersucht, zur Aufklärung beitragen.²⁸⁵

C2.3 CVTS: Stand und Entwicklung der Beteiligung an betrieblicher Weiterbildung

Auf der Grundlage von CVTS4 (für das Jahr 2010) hat Eurostat geschätzt, dass sich im EU28-Durchschnitt 38 % der Beschäftigten an betrieblicher Weiterbildung beteiligen → **Schaubild C2.3-1**. Dies stellt eine deutliche Steigerung gegenüber 2005 (CVTS3; geschätzter EU28-Durchschnitt 33 %) dar, der Wert von 1999 (CVTS2; 39 %) ist damit nahezu wieder erreicht. Die Beteiligung an Weiterbildungskursen ist in den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich (zwischen 16 % in Griechenland und 61 % in Tschechien), gegenüber 1999 haben sich die Unterschiede leicht verringert. 2010 hat nur in 3 Staaten (Tschechien, Belgien und Luxemburg) mindestens die Hälfte der Beschäftigten an betrieblich finanzierten Weiterbildungskursen teilgenommen. In 10 Staaten (8 osteuropäische Staaten, Griechenland und Vereinigtes Königreich) wurde weniger als ein Drittel der Beschäftigten einbezogen.

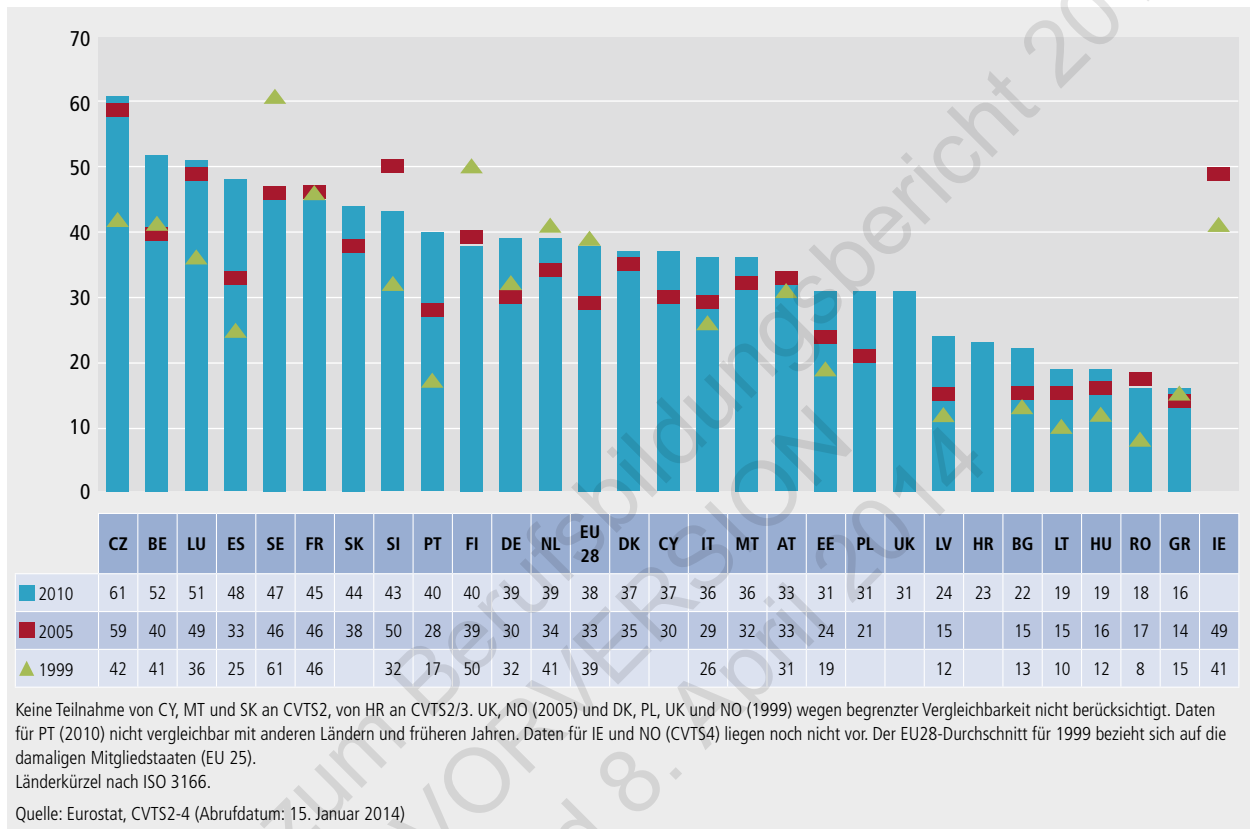
In Deutschland haben im Jahr 2010 mit 39 % deutlich mehr Beschäftigte an kursförmiger betrieblicher Weiterbildung teilgenommen (vgl. **Kapitel B1.2.2**) als 2005 (30 %) und 1999 (32 %). Dennoch liegt Deutschland nach wie vor im Mittelfeld der EU28, da auch die meisten anderen Länder Zuwächse verzeichneten, die teilweise sehr kräftig ausfielen (z. B. Spanien). In den meisten Staaten Nord- und Westeuropas wurden höhere Teilnahmequoten als in Deutschland erzielt, nur 4 nord- oder westeuropäische Staaten (Niederlande, Dänemark, Österreich, Vereinigtes Königreich) haben niedrigere Teilnahmequoten als Deutschland.

CVTS unterscheidet sich von AES und LFS in der Operationalisierung des lebenslangen Lernens und die Teilnahmequoten beziehen sich auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen. Für einen Vergleich der Teilnahmequoten aus AES und CVTS müsste die Bezugsbasis der Teilnahmequote für beide Erhebungen einheitlich gewählt werden (Beschäftigte in

284 Nach den Ergebnissen von CVTS ist in Italien und Zypern die Teilnahmequote an Weiterbildung am Arbeitsplatz deutlich gestiegen, in Polen jedoch nicht (vgl. **Kapitel C4.2**).

285 Siehe Fußnote 272.

Schaubild C2.3-1: Anteil der Teilnehmenden an betrieblichen Weiterbildungskursen 2010, 2005 und 1999 (in % der Beschäftigten in allen Unternehmen)



Unternehmen bestimmter Größe und Branchen).²⁸⁶ In einer ersten, groben Annäherung können Teilnahmequoten für Beschäftigte insgesamt verglichen werden. Das breitere Spektrum der erfassten Lernaktivitäten im AES (betrieblich finanzierte Weiterbildungskurse wie im CVTS, zusätzlich aber betrieblich finanzierte andere Weiterbildungsformen wie vorausgeplantes Lernen am Arbeitsplatz sowie individuell finanzierte Lernaktivitäten mit oder ohne Berufsbezug) lässt erwarten, dass die Teilnahmequo-

ten im AES höher ausfallen als in CVTS. Gleichzeitig führt die Selektion der Unternehmen in CVTS (vor allem der Ausschluss der Mikrounternehmen) wegen des Zusammenhangs von Weiterbildungsaktivitäten mit der Unternehmensgröße zu einer im Vergleich zu allen Beschäftigten höheren Teilnahmequote. Empirisch zeigt der Vergleich der Teilnahmequoten aller Beschäftigten aus CVTS und AES in fast allen Staaten und im geschätzten EU28-Durchschnitt eine höhere Beteiligung im AES.

²⁸⁶ Auf der Grundlage der Mikrodaten aus dem deutschen AES lässt sich die Entwicklung der Beteiligung an betrieblicher Weiterbildung für die abhängig Beschäftigten in den von CVTS berücksichtigten Branchen und Unternehmensgrößen näherungsweise ermitteln. Auf der Grundlage von AES (Vergleich 2007 und 2012) und CVTS (Vergleich 2005 und 2010) zeigt sich eine Zunahme der Beteiligung an betrieblicher Weiterbildung; das Ausmaß der Veränderungen ist jedoch unterschiedlich, u. a. wegen der nicht ganz identischen Abgrenzung betrieblicher Weiterbildung und der Lage der Referenzzeiträume (vgl. ausführlicher Behringer/Bilger/Schönfeld 2013, S. 148 ff.).

Unabhängig von der jeweils gemessenen Höhe der Teilnahmequote der Beschäftigten kann auch die Entwicklung der Beteiligung Beschäftigter am lebenslangen Lernen untersucht werden. Nach den Ergebnissen von CVTS hat sich im EU28-Durchschnitt und in den meisten EU-Staaten zwischen 2005 und 2010 die Beteiligung der Beschäftigten an

betrieblicher Weiterbildung erhöht. Slowenien ist das einzige Land, in dem ein nennenswerter Rückgang zu verzeichnen war. Im Vergleich von AES 2007 mit AES 2011/2012 gibt es insgesamt 9 Länder mit einer allerdings zumeist nur leicht rückläufigen Entwicklung der Beteiligung der Beschäftigten am lebenslangen Lernen (Belgien, Bulgarien, Griechenland, Litauen, Slowenien, Slowakei, Schweden, Tschechien und Vereinigtes Königreich). In der Mehrzahl der Länder, für die Ergebnisse für beide Erhebungen und jeweils zwei Zeitpunkte verglichen werden können, zeigt sich eine gleichgerichtete Entwicklungsrichtung. Gegensätzliche Entwicklungen sind zumeist schwach ausgeprägt. Substanzielle gegenläufige Entwicklungen zeigen sich nur in Belgien, Bulgarien, Litauen und der Slowakei. Sie sollten angesichts der unterschiedlichen Referenzzeiträume, der nicht ganz einheitlichen Bezugsbasis der Teilnahmequote und der unterschiedlichen Einbeziehung der Aktivitäten des lebenslangen Lernens nicht überinterpretiert werden. Genauere Analysen sind derzeit nicht möglich, weil dafür differenziertere Veröffentlichungen von Eurostat oder der Zugang zu den anonymisierten Mikrodaten erforderlich sind.

C3 Beteiligung verschiedener Personengruppen am Lernen im Erwachsenenalter

Dass es in Deutschland und in vielen europäischen und außereuropäischen Staaten ungleiche Zugangschancen zu Aus- und Weiterbildung für verschiedene Personengruppen gibt, ist schon lange bekannt und wird durch aktuelle Analysen z. B. mit dem deutschen AES (vgl. Leven u. a. 2013; Behringer/Bilger/Schönfeld 2013) erneut bestätigt. In diesem Kapitel wird anhand der Merkmale Alter, Bildungsstand und Geschlecht dargestellt, wie ungleich die Beteiligung verschiedener Bevölkerungsgruppen an Aus- und Weiterbildung innerhalb der einzelnen Staaten ausgeprägt ist. LFS und AES stellen Differenzierungen der Weiterbildungsbeteiligung für alle 3 Gruppierungen zur Verfügung, CVTS nur für die Geschlechtszugehörigkeit.

C3.1 Alter

Alle europäischen Länder sind vom demografischen Wandel betroffen, das Ausmaß ist jedoch unterschiedlich. Wegen der steigenden Lebenserwartung wurden in vielen Ländern die Rentensysteme reformiert und das Renteneintrittsalter erhöht. Der Anteil der Älteren wird in der Gesamtbevölkerung, aber insbesondere auch unter den Erwerbstätigen, weiter zunehmen. Damit verbunden ist die Notwendigkeit, das vorhandene Wissen über einen längeren Zeitraum aktuell zu halten und an neue Herausforderungen anzupassen. Eine stärkere Beteiligung Älterer an Weiterbildung steht daher in vielen Ländern auf der bildungspolitischen Agenda.

Für die nachfolgende Analyse werden die Beteiligungsquoten der einzelnen Altersgruppen nicht in absoluter Höhe, sondern jeweils in Relation zueinander verwendet. Die Teilnahmequote der mittleren Altersgruppe (35 bis 54 Jahre) stellt dabei in jedem Land die Bezugsgröße dar, deren Teilnahmequote auf 100 % gesetzt wird. Für die jüngere (25 bis 34 Jahre) und die ältere Altersgruppe (54 bis 64 Jahre) werden entsprechend relative Beteiligungsquoten berechnet.

Nach den Ergebnissen des AES 2011/2012²⁸⁷ ist die Teilnahmequote der Jüngeren an formaler und non-formaler Aus- und Weiterbildung in allen europäischen Ländern höher und die der Älteren niedriger als jene der Referenzgruppe der 35- bis 54-Jährigen → **Tabelle C3.1-1**. Dabei sind die Unterschiede zwischen der jüngeren und der mittleren Altersgruppe in fast allen Staaten wesentlich geringer als die zwischen der mittleren und der älteren Altersgruppe. Im europäischen Durchschnitt ist die relative Teilnahmequote der Jüngeren 14 % höher als die der Referenzgruppe, bei den Älteren ist sie 37 % niedriger.

287 Vgl. hierzu Behringer/Kuwan/Schönfeld 2013. Ähnliche Analysen wurden bereits mit den Daten des AES 2007 durch Rosenblatt (2010) und Rosenblatt/Bilger (2011) durchgeführt. Bei den Analysen zum AES 2011/2012 wurde die Vorgehensweise jedoch weiterentwickelt: Zum einen wurde die Beteiligung an formaler und non-formaler Aus- und Weiterbildung insgesamt analysiert, da die Differenzierung zwischen den beiden Lernformen in den einzelnen Ländern nicht immer einheitlich vorgenommen wurde. Zum anderen ist die Bezugsgröße die Teilnahmequote der mittleren Altersgruppe und nicht der nationale Durchschnitt. Dies bietet den Vorteil, dass die Bezugsgröße nicht von der relativen Größe der einzelnen Kategorien beeinflusst ist, und ist auch durch den Bezug auf eine konkrete Gruppe anschaulicher.

Tabelle C3.1-1: **Beteiligung an formaler und non-formaler Aus- und Weiterbildung nach Altersgruppen (AES 2011/2012)**

Land	Teilnahmequote insgesamt (in %)	relative Teilnahmequote (Index, 35 bis 54 Jahre = 100)			Maß der gesamten Ungleichheit ¹
		25 bis 34 Jahre	35 bis 54 Jahre	55 bis 64 Jahre	
EU 28	40,3	114	100	63	52
SE	71,8	105	100	76	28
CH	65,5	109	100	81	28
DE	50,2	110	100	74	36
DK	58,5	113	100	75	38
AT	48,2	111	100	71	39
UK	35,8	117	100	73	44
LU	70,1	112	100	68	44
NO	60,0	113	100	64	49
FI	55,7	107	100	58	49
CY	42,3	115	100	64	51
SI	36,2	110	100	58	52
IE	24,4	119	100	67	52
FR	50,5	113	100	61	52
LV	32,3	110	100	57	53
IT	35,6	113	100	59	54
BG	26,0	107	100	52	55
NL	59,3	117	100	62	55
MT	35,9	107	100	49	58
CZ	37,1	107	100	50	58
SK	41,6	108	100	48	60
EE	49,9	130	100	65	64
ES	37,7	126	100	61	65
HU	41,1	114	100	48	66
LT	28,5	128	100	55	72
BE	37,7	122	100	49	73
PT	44,4	129	100	47	82
PL	24,2	147	100	39	108
RS	16,5	170	100	37	134
RO	8,0	168	100	26	142
GR	11,7	180	100	27 ^a	152

Für EU 28 jeweils geschätzte Werte. U: Daten mit geringer Zuverlässigkeit. Keine Teilnahme von HR und TR an AES 2011/12

¹ Differenz zwischen der höchsten und niedrigsten relativen Teilnahmequote. Abweichungen in der Differenz sind auf Rundungseffekte zurückzuführen. Länderkürzel nach ISO 3166.

Quelle: Eurostat, AES 2011/2012 (Abrufdatum: 15. Januar 2014); Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

In einigen Ländern sind die Unterschiede zwischen den 25- bis 34-Jährigen und den 35- bis 54-Jährigen mit einer um maximal 10 % höheren Beteiligungsquote gering. Hierzu zählen Schweden, Bulgarien, Finnland, Malta, Tschechien, die Slowakei, die Schweiz, Slowenien, Lettland und Deutschland. In anderen Ländern werden die Jüngeren jedoch wesentlich häufiger als die Referenzgruppe an Weiterbildung beteiligt. Eine um mindestens 30 % höhere relative Teilnahmequote findet sich in Estland, Polen, Rumänien, Serbien und Griechenland. Dabei ist zu

berücksichtigen, dass in diesen Ländern die Teilnahmequoten insgesamt sehr niedrig sind, sodass die relative Teilnahmequote zwar ein starkes Gefälle in der Beteiligung an Aus- und Weiterbildung zugunsten der Jüngeren aufzeigt, diese dennoch nur vergleichsweise selten an Aus- und Weiterbildung teilnehmen.

Die relative Teilnahmequote der Älteren beträgt im europäischen Durchschnitt 63 % der Referenzgruppe. Relative Teilnahmequoten von mindestens 70 % werden in der Schweiz, Schweden, Dänemark, dem

Vereinigten Königreich, Österreich und Deutschland erreicht. Hier werden die Älteren also vergleichsweise stark in die Aus- und Weiterbildung einbezogen. In einigen Ländern (Polen, Serbien, Rumänien, Griechenland) werden sie jedoch bei einer relativen Teilnahmequote von weniger als 40 % wesentlich seltener als die mittlere Altersgruppe an Aus- und Weiterbildung beteiligt.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass in allen Ländern die Teilnahme Erwachsener an Aus- und Weiterbildung zwischen den Altersgruppen ungleichmäßig verteilt ist, das Ausmaß der Ungleichheit (siehe letzte Spalte in → **Tabelle C3.1-1**) jedoch unterschiedlich stark ausfällt. Relativ geringe Unterschiede gibt es in Schweden, der Schweiz, Deutschland, Dänemark und Österreich, sehr große in Polen, Serbien, Rumänien und Griechenland. Zumindest tendenziell zeigt sich ein Zusammenhang der Höhe der nationalen Teilnahmequote mit der Differenzierung der Beteiligung nach dem Lebensalter.²⁸⁸ In Ländern mit hoher nationaler Teilnahmequote ist das Gefälle relativ schwach, in Ländern mit niedriger nationaler Teilnahmequote sind die Unterschiede zwischen den Altersgruppen besonders deutlich.

Auch auf der Grundlage der Daten des LFS für das Jahr 2011²⁸⁹ wurden relative Teilnahmequoten für diese Altersgruppen berechnet. Es ergibt sich ein in den Grundzügen ähnliches Bild wie auf der Grundlage des AES: Auch nach den Ergebnissen des LFS werden für die Jüngeren in allen Ländern höhere Teilnahmequoten an formaler und non-formaler Aus- und Weiterbildung als in der Referenzgruppe der 35- bis 54-Jährigen ausgewiesen, die Älteren haben durchweg niedrigere Teilnahmequoten. Die Länder mit relativ geringen Unterschieden zwischen den Altersgruppen sind weitgehend dieselben wie nach dem AES (Schweiz, Vereinigtes Königreich, Dänemark, Schweden), und auch die größten Unterschiede zeigen sich für dieselben Länder (Polen, Ungarn und Griechenland, dazu noch die Türkei und Mazedonien, für die nur Daten im LFS vorliegen).

Im Detail zeigen sich aber auch Unterschiede. So sind in Deutschland wie im EU28-Durchschnitt die Unterschiede zwischen den Altersgruppen laut LFS deutlich ausgeprägter als laut AES: Nach LFS-Daten sind in Deutschland die 25- bis 34-Jährigen dreimal so häufig an Aus- und Weiterbildung beteiligt wie die 35- bis 54-Jährigen. Die 55- bis 64-Jährigen sind nach den LFS-Ergebnissen nur knapp halb so häufig an Aus- und Weiterbildung beteiligt wie die mittlere Altersgruppe, während nach den Ergebnissen des AES die relative Beteiligung der Älteren mittlerweile 74 % der Beteiligung der mittleren Altersgruppe erreicht hat. Methodische Unterschiede, vor allem die unterschiedliche Abgrenzung der einbezogenen Lernaktivitäten Erwachsener, aber auch die Verteilung der Proxy-Interviews auf die Altersgruppen, dürften diese Unterschiede entscheidend mitbeeinflusst haben.

Bei der Analyse der unterschiedlichen Beteiligung der Altersgruppen an Aus- und Weiterbildung müssen 2 Sachverhalte berücksichtigt werden: Zum einen ist die Teilnahmequote der Jüngeren auch dann hoch, wenn die erste Ausbildung lange dauert (z. B. durch lange Studienzeiten) oder wegen ungünstiger Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt hinausgezögert wird (beispielsweise weil eine Fortsetzung der Bildungsphase gegenüber offener Arbeitslosigkeit präferiert wird). Zum anderen beteiligen sich Erwachsene insbesondere aus beruflichen Gründen an Aus- und Weiterbildung. Daher haben ältere Personen, die sich aus dem Erwerbsleben zurückgezogen haben, ein geringeres Interesse und auch weniger Gelegenheiten, an Aus- und Weiterbildung teilzunehmen, weil das große Segment der betrieblichen Weiterbildung dann für sie nicht mehr zugänglich ist. Um dies genauer zu untersuchen und den Unterschieden im Erwerbsverhalten der Älteren in den europäischen Staaten Rechnung zu tragen, wäre eine Analyse nach Beschäftigungsstatus und Altersgruppen nötig – allerdings hat Eurostat bislang weder entsprechende Tabellen in seinem Datenportal veröffentlicht noch die Mikrodaten für den AES 2011/2012 zugänglich gemacht.

288 Korrelationskoeffizient (Bravais-Pearson) -0,77.

289 Für den detaillierteren Vergleich der Beteiligung am lebenslangen Lernen nach den Ergebnissen des LFS und des AES wird für den LFS das Jahr 2011 gewählt, um eine möglichst gute Übereinstimmung der Referenzperioden mit dem AES zu erreichen.

C3.2 Bildungsstand

Die Beteiligung an Aus- und Weiterbildung wird stark durch den Bildungshintergrund bestimmt. Dabei gilt: Je niedriger der Bildungsstand, desto geringer ist auch die Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen. Insbesondere mit Blick auf den Arbeitsmarkt wird die geringe Beteiligung von Geringqualifizierten auf nationaler wie auf europäischer Ebene als problematisch angesehen, da Geringqualifizierte – gerade auch in ökonomischen Krisensituationen – überdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind und ihre Arbeitsmarktchancen insgesamt deutlich schlechter sind als jene von besser qualifizierten Personen.

Der Zusammenhang zwischen Bildungsstand und Weiterbildungsbeteiligung wird in der Literatur mit unterschiedlichen Erklärungsmustern diskutiert; sie knüpfen zum ersten an Nutzenerwartungen und Lernerfahrungen der Individuen, zum zweiten an Weiterbildungserfordernissen an den Arbeitsplätzen und an der Segmentierung der Arbeitsmärkte, und zum dritten an den Weiterbildungsangeboten an, die sich für Personen mit unterschiedlichem Bildungsstand jeweils unterschiedlich darstellen (vgl. zusammenfassend Käßpinger/Kulmus/Haberzeth 2013, S. 32 ff.). Entsprechend gibt es verschiedene Ansatzpunkte für das Bestreben, gerade für formal Geringqualifizierte das Lernen im Erwachsenenalter zu steigern. Der europäische Vergleich zeigt, in welchen Ländern es besser als in anderen gelingt, auch geringqualifizierte Personen in Aus- und Weiterbildung einzubeziehen.²⁹⁰ Die Einteilung der Personen nach ihrem Bildungshintergrund erfolgt nach ISCED-Levels.²⁹¹ Unterschieden werden 3 Gruppen: Geringqualifizierte (ISCED 0 bis 2), Personen mit mittlerem (ISCED 3 bis 4) und Personen mit hohem (ISCED 5 bis 6) Qualifikationsniveau. Wie bei der Analyse nach Altersgruppen werden nicht die absoluten Teilnahmequoten ausgewiesen, sondern die relativen Teilnahmequoten, wobei Personen mit mittlerem Bildungsniveau als Referenzgruppe dienen.

290 Vgl. hierzu ebenfalls Behringer/Kuwan/Schönfeld 2013.

291 Die „Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen“ (ISCED) ist ein Instrument zur Erstellung international vergleichbarer Bildungsstatistiken. In der hier verwendeten Version (ISCED 1997) werden 7 Bildungsebenen unterschieden: 0–2: Elementar-, Primar- und Sekundarbereich I; 3–4: Sekundarbereich II und nichttertiäre Bildung nach dem Sekundarbereich; 5–6: Tertiärbereich.

Nach den Daten des AES 2011/2012 liegt die relative Weiterbildungsquote der Geringqualifizierten im EU28-Durchschnitt bei 58 %. Die Einbeziehung der Geringqualifizierten gelingt mit einer relativen Teilnahmequote von 82 % am besten in Luxemburg → **Tabelle C3.2-1**. Außerdem sind – allerdings mit deutlichem Abstand – die skandinavischen Staaten mit relativen Teilnahmequoten zwischen 62 % und 69 % vergleichsweise erfolgreich. Auch Ungarn (62 %) und Deutschland (60 %) liegen noch über dem europäischen Durchschnittswert. In diesen Ländern ist die Teilnahmequote an Weiterbildung generell hoch. Aber nicht in allen Ländern mit hoher Gesamtteilnahmequote sind die Geringqualifizierten überdurchschnittlich gut einbezogen. Insbesondere für die Schweiz (relative Teilnahmequote für Geringqualifizierte von 48 %), die Niederlande (53 %) und Österreich (53 %) trifft dies nicht zu. Besonders schlechte Teilnahmechancen haben die Geringqualifizierten mit relativen Teilnahmequoten von unter 40 % im Vergleich zu qualifizierten Personen in Slowenien (38 %), Polen (35 %), Griechenland (33 %), Tschechien (31 %) und Rumänien (20 %).²⁹²

Die Hochqualifizierten sind in allen europäischen Ländern stärker an Aus- und Weiterbildung beteiligt als Personen mit mittlerer Qualifikation: die relative Teilnahmequote liegt im Durchschnitt der EU28 bei 163 %. In Lettland, Serbien, Griechenland, Polen, Rumänien und Litauen ist das Lernen Erwachsener in besonders starkem Maße auf die Hochqualifizierten konzentriert; deren relative Teilnahmequoten liegen bei mehr als 200 %, teilweise sogar bei mehr als 300 %. Andererseits gibt es auch Staaten, in denen die Hochqualifizierten nur rund 20 % häufiger an Aus- und Weiterbildung beteiligt sind als die mittlere Qualifikationsgruppe; zu nennen sind hier vor allem Luxemburg, Portugal und Schweden.

In allen europäischen Ländern gibt es eine ungleiche Beteiligung von gering- und hochqualifizierten Personen an Aus- und Weiterbildung, aber das Maß der Ungleichheit ist unterschiedlich stark ausgeprägt.

292 In Griechenland, Rumänien und Litauen sind die Angaben für die Geringqualifizierten von Eurostat als wenig zuverlässig gekennzeichnet und daher mit Vorsicht zu interpretieren, für die Slowakei und Serbien sind sie nicht verfügbar.

Tabelle C3.2-1: **Beteiligung an formaler und non-formaler Aus- und Weiterbildung nach Bildungsniveau (AES 2011/2012)**

Land	Teilnahmequote insgesamt (in %)	relative Teilnahmequote (Index, Isced 3-4 = 100)			Maß der gesamten Ungleichheit ¹
		Isced 0-2	Isced 3-4	Isced 5-6	
EU 28	40,3	58	100	163	105
LU	70,1	82	100	121	39
SE	71,8	64	100	122	59
DK	58,5	69	100	137	68
PT	44,4	53	100	121	69
FI	55,7	67	100	140	73
NL	59,3	53	100	126	73
NO	60,2	62	100	138	76
UK	35,8	53	100	137	83
HU	41,1	62	100	146	84
CH	65,5	48	100	132	84
ES	37,7	56	100	143	87
FR	50,5	57	100	148	91
DE	50,3	60	100	151	92
MT	35,9	42	100	135	93
AT	48,2	53	100	156	102
EE	50,0	55	100	161	106
IT	35,6	45	100	156	111
BG	26,0	50	100	162	112
CY	42,3	47	100	175	128
IE	24,5	52	100	183	131
BE	37,7	46	100	189	144
SI	36,2	38	100	182	144
CZ	37,1	31	100	189	158
LV	32,3	43	100	221	178
GR	11,7	33 ^u	100	260	228
PL	24,2	35	100	310	275
RO	8,0	20 ^u	100	311	291
LT	28,5	45 ^u	100	341	296
SK	41,6	:	100	179	:
RS	16,5	:	100	241	:

Für EU 28 jeweils geschätzte Werte. ^u: Daten mit geringer Zuverlässigkeit. : Daten nicht verfügbar. Keine Teilnahme von HR und TR an AES 2011/2012.

¹ Differenz zwischen der höchsten und niedrigsten relativen Teilnahmequote. Abweichungen in der Differenz sind auf Rundungseffekte zurückzuführen. Länderkürzel nach ISO 3166.

Quelle: Eurostat, AES 2011/2012 (Abrufdatum: 15. Januar 2014); Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tendenziell ist das Bildungsgefälle umso flacher, je höher die Gesamtteilnahmequote ist. Die Ausnahme bilden hier das Vereinigte Königreich und Spanien, die bei einer unterdurchschnittlichen Gesamtteilnahmequote ein vergleichsweise geringes Bildungsgefälle aufweisen. Zwar fallen in Deutschland die qualifikationsspezifischen Unterschiede etwas geringer aus als im Durchschnitt der EU, dennoch ist die qualifikationsspezifische Ungleichheit beim Lernen Erwachsener in 12 Ländern geringer als in

Deutschland. Im Vergleich zu den Ergebnissen zur unterschiedlichen Beteiligung verschiedener Altersgruppen, bei der für Deutschland eine vergleichsweise gleichmäßige Beteiligung aller Altersgruppen ermittelt wurde (nur für 2 Länder ergab sich ein geringeres Maß der Ungleichheit als in Deutschland), fällt die größere Ungleichheit verschiedener Qualifikationsgruppen bei der Beteiligung am Lernen im Erwachsenenalter auf.

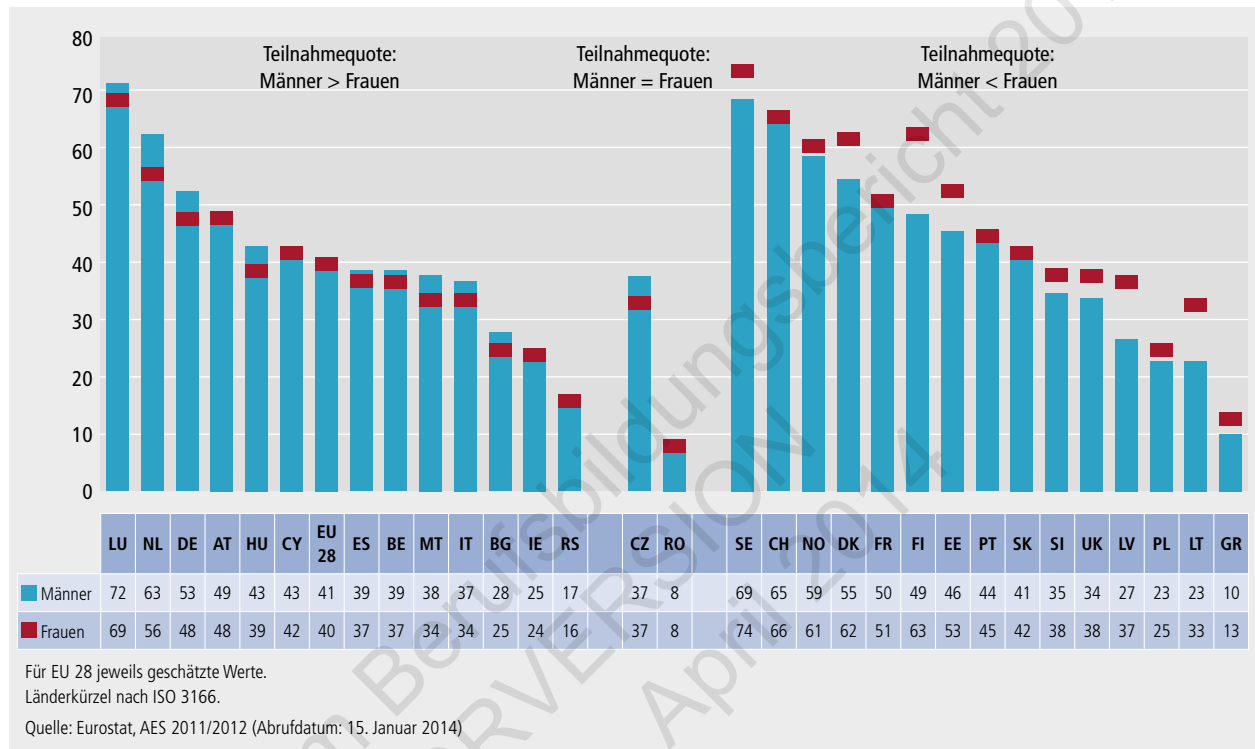
Auch auf der Grundlage der Daten des LFS für 2011 zeigt sich das bekannte Bild: In allen Ländern nehmen Geringqualifizierte seltener, Hochqualifizierte häufiger an Aus- und Weiterbildung teil als die Gruppe der Personen mit mittlerer Qualifikation; eine Ausnahme zeigt sich lediglich in Kroatien mit gleich hoher Beteiligungsquote der mittleren und höheren Qualifikationsgruppe. Im Detail zeichnet der LFS jedoch ein anderes Bild als der AES: Im Durchschnitt der EU28 ist nach den Ergebnissen des LFS die Ungleichheit in der qualifikationsspezifischen Beteiligung am Lernen Erwachsener größer als nach den Ergebnissen des AES; dies ist ein ähnlicher Befund wie bei der altersgruppenspezifischen Beteiligung. Zwar sind auch nach den LFS-Daten die Geringqualifizierten in Dänemark, Norwegen und Schweden ähnlich gut wie die Referenzgruppe mit mittlerem Qualifikationsniveau in Aus- und Weiterbildung einbezogen. Mit den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Portugal und Belgien haben jedoch in 4 Ländern die Geringqualifizierten nach dem LFS vergleichsweise gute Chancen der Einbeziehung in Aus- und Weiterbildung im Erwachsenenalter (relative Teilnahmequoten über dem EU-Durchschnitt), während nach den Ergebnissen des AES ihre relativen Teilnahmequoten nur unterdurchschnittlich sind. Ungarn und insbesondere Luxemburg haben nach dem AES relativ hohe Teilnahmequoten der Geringqualifizierten (62 % bzw. 82 %), während diese Quoten nach dem LFS deutlich unter dem EU28-Durchschnitt liegen (19 % bzw. 33 %). In Deutschland weist die relative Teilnahmequote der Geringqualifizierten nach den Ergebnissen des AES auf eine leicht überdurchschnittliche Einbeziehung der Geringqualifizierten in Aus- und Weiterbildung im Vergleich zu anderen europäischen Ländern hin (60 % im Vergleich zu 58 % im EU28-Durchschnitt), während der LFS eine vergleichsweise schlechtere Einbeziehung der Geringqualifizierten ausweist (45 % im Vergleich zu 51 % im EU28-Durchschnitt).

C3.3 Geschlechtszugehörigkeit

Über viele Jahre hinweg wurde in Deutschland in der empirischen Weiterbildungsforschung eine geringere Weiterbildungsbeteiligung von Frauen festgestellt (vgl. z. B. Behringer 1999; Leber 2002). In neueren Erhebungen haben sich die Teilnahmequoten von Männern und Frauen jedoch zunehmend angeglichen. Allerdings wurde seit 1979 auf der Grundlage der regelmäßig durchgeführten Erhebungen des Berichtssystems Weiterbildung und später des AES immer wieder dokumentiert, dass die Unterschiede in der Weiterbildungsbeteiligung von Männern und Frauen auf andere Faktoren als die Geschlechtszugehörigkeit zurückzuführen sind (vgl. z. B. Behringer 1980, S. 153 ff.; Kuper/Unger/Hartmann 2013; Leven u. a. 2013, S. 80). Immer wieder wurde auch mit anderen Erhebungsdaten gezeigt, dass deskriptiv teilweise noch vorhandene Unterschiede – jedenfalls für Deutschland – in multivariaten Analysen verschwinden, wenn für verschiedene Merkmale der beruflichen Lebenssituation (wie Erwerbstätigkeit, Arbeitsvolumen, Branche, Unternehmensgröße, Qualifikation und Einkommen) kontrolliert wird (vgl. z. B. Hubert/Wolf 2007; Krekel/Walden 2007; Leber/Möller 2008). Auch europaweit ergeben sich keine Hinweise auf einen generell schlechteren Zugang von Frauen zum lebenslangen Lernen. Die europäischen Durchschnittswerte in verschiedenen Erhebungen zeigen meist nur geringe Unterschiede in der Aus- und Weiterbildungsbeteiligung von Männern und Frauen. Betrachtet man jedoch einzelne Länder, sind je nach verwendeter Datenquelle abweichende Muster zu erkennen.

Die Teilnahmequoten an Aus- und Weiterbildung sind mit 41 % bzw. 40 % im EU28-Durchschnitt für Männer und Frauen im AES 2011/2012 nahezu identisch → **Schaubild C3.3-1**. In 13 Ländern ist die Teilnahmequote der Männer höher als die der Frauen. Die Differenz ist jedoch meist gering; größere Unterschiede von mehr als 3 Prozentpunkten zugunsten der Männer sind nur in den Niederlanden, Deutschland, Ungarn und Malta zu verzeichnen. In 15 Ländern liegen die Frauen vorne, darunter 7 Staaten mit einer Differenz der Teilnahmequote von mehr als 3 Prozentpunkten. Insbesondere in den baltischen und skandinavischen Staaten mit

Schaubild C3.3-1: **Beteiligung an formaler und non-formaler Aus- und Weiterbildung nach Geschlecht (AES 2011/2012)**



Ausnahme Norwegens beteiligen sich deutlich mehr Frauen an Aus- und Weiterbildung als Männer. Auch im Vereinigten Königreich haben die Frauen eine um mehr als 3 Prozentpunkte höhere Teilnahmequote. In der Mehrzahl der Länder sind aber nur geringe Unterschiede feststellbar.

Der europaweite Vergleich der Ergebnisse des AES 2011/2012 mit denen des AES 2007 zeigt, dass die Muster der Aus- und Weiterbildungsbeteiligung nach Geschlecht in dieser Zeit in den meisten Ländern relativ stabil geblieben sind: In den Ländern, in denen es 2007 eine höhere Beteiligung von Männern bzw. Frauen gab, war dies auch 2011/2012 der Fall. Nur in der Slowakei, Portugal und Griechenland nahmen 2011/2012 im Gegensatz zu 2007 mehr Frauen als Männer an Aus- und Weiterbildung teil, in Tschechien haben sich die Teilnahmequoten angeglichen, 2007 lagen hier die Männer noch deutlich vorne. In Deutschland beteiligten sich zu beiden Erhebungszeitpunkten mehr Männer als Frauen an Aus- und Weiterbildung. 2007 lag die Teilnahmequote der

Männer bei 48 %, 2011/2012 bei 53 %. Die entsprechenden Werte für Frauen waren 42 % (2007) bzw. 48 % (2011/2012).

Interessant wäre die Analyse der geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Intensität der Aus- und Weiterbildung und in den verschiedenen Segmenten des Lernens Erwachsener; Eurostat hat die dazu erforderlichen Daten derzeit jedoch noch nicht veröffentlicht, und der europäische Mikrodatsatz des AES 2011/2012 ist noch nicht der Forschung zugänglich gemacht worden.²⁹³ Auswertungen auf der Grundlage des deutschen AES zeigen deutliche Unterschiede in der Weiterbildungsbeteiligung je nach Art der Weiterbildung. Berücksichtigt man nur non-formale Weiterbildungsmaßnahmen und differenziert zwischen betrieblicher Weiterbildung,

²⁹³ Auch eine europaweit vergleichende Analyse der geschlechtsspezifischen Unterschiede für Erwerbstätige oder Erwerbsspersonen ist derzeit noch nicht möglich, weil die hierfür erforderlichen Tabellen von Eurostat noch nicht veröffentlicht wurden.

individuell berufsbezogener Weiterbildung und nicht-berufsbezogener Weiterbildung (vgl. zur Abgrenzung der Segmente Bilger/Kuper 2013), so ist die Teilnahmequote von Männern in der betrieblichen Weiterbildung deutlich höher als die der Frauen, dagegen ist der Anteil weiterbildungsaktiver Frauen in der nicht-berufsbezogenen Weiterbildung höher. In multivariaten Analysen verschwindet bei der betrieblichen non-formalen Weiterbildung die Wirkung der Geschlechtszugehörigkeit, wenn Merkmale der Erwerbssituation kontrolliert werden. Bei der individuell berufsbezogenen Weiterbildung wie bei der nicht-berufsbezogenen non-formalen Weiterbildung zeigen sich in den multivariaten Analysen dagegen höhere Teilnahmechancen für Frauen (Kuper/Unger/Hartmann 2013).

Verwendet man die Daten des LFS 2011, entsteht ein etwas anderes Bild der Beteiligung von Frauen und Männern an Aus- und Weiterbildung. Im europäischen Durchschnitt haben hier im Gegensatz zum AES 2011/2012 Frauen eine höhere Teilnahmequote als Männer (9,5 % zu 8,1 %) → **Tabelle C3.3-1**. Auch in fast allen Ländern beteiligen sich Frauen häufiger als Männer an Aus- und Weiterbildung. Nur in 2 Staaten (Schweiz und Luxemburg) gibt es deutlich höhere Teilnahmequoten der Männer (Differenz 1 Prozentpunkt oder höher), aber 15 Länder mit deutlich höheren Teilnahmequoten der Frauen. AES und LFS kommen also zu sehr unterschiedlichen Aussagen hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Beteiligung am lebenslangen Lernen.

Im Zeitverlauf²⁹⁴ gibt es nach den Ergebnissen des LFS zwar Unterschiede in der Höhe der Differenz der Teilnahmequoten von Männern und Frauen, die Richtung der Differenz bleibt aber abgesehen von wenigen Ausnahmen in einzelnen Jahren in den verschiedenen Ländern erhalten. In Deutschland gibt es nach den Ergebnissen des LFS nur geringe geschlechtsspezifische Unterschiede beim lebenslangen Lernen; 7,9 % der Männer und 7,7 % der Frauen beteiligten sich 2011 in den letzten 4 Wochen vor der Befragung an Aus- und Weiterbildung.

Tabelle C3.3-1: Beteiligung an formaler und non-formaler Aus- und Weiterbildung nach Geschlecht (LFS 2011)

Land	Männer	Frauen	Differenz der Teilnahmequoten von Männern und Frauen
CH	31,0	28,7	2,3
LU	14,2	13,0	1,2
EL	2,6	2,3	0,3
TR	3,0	2,7	0,3
DE	7,9	7,7	0,2
RO	1,6	1,5	0,1
MK	3,4	3,3	0,1
HR	2,3	2,3	0,0
BG	1,3	1,4	-0,1
HU	2,6	2,9	-0,3
NL	16,5	16,9	-0,4
CZ	11,2	11,6	-0,4
CY	7,3	7,7	-0,4
MT	6,2	6,8	-0,6
BE	6,7	7,4	-0,7
FR	5,2	5,9	-0,7
IT	5,3	6,0	-0,7
IE	6,4	7,2	-0,8
PT	11,1	12,1	-1,0
PL	3,9	4,9	-1,0
SK	3,4	4,4	-1,0
EU 28	8,1	9,5	-1,4
ES	10,0	11,6	-1,6
NO	17,1	19,2	-2,1
AT	12,2	14,5	-2,3
LV	3,8	6,2	-2,4
LT	4,3	6,9	-2,6
UK	^{14,0}	17,5	-3,5
SI	13,7	18,2	-4,5
EE	9,2	14,5	-5,3
IS	22,8	29,0	-6,2
FI	19,9	^{27,7}	-7,8
SE	18,5	31,6	-13,1
DK	25,6	39,0	-13,4

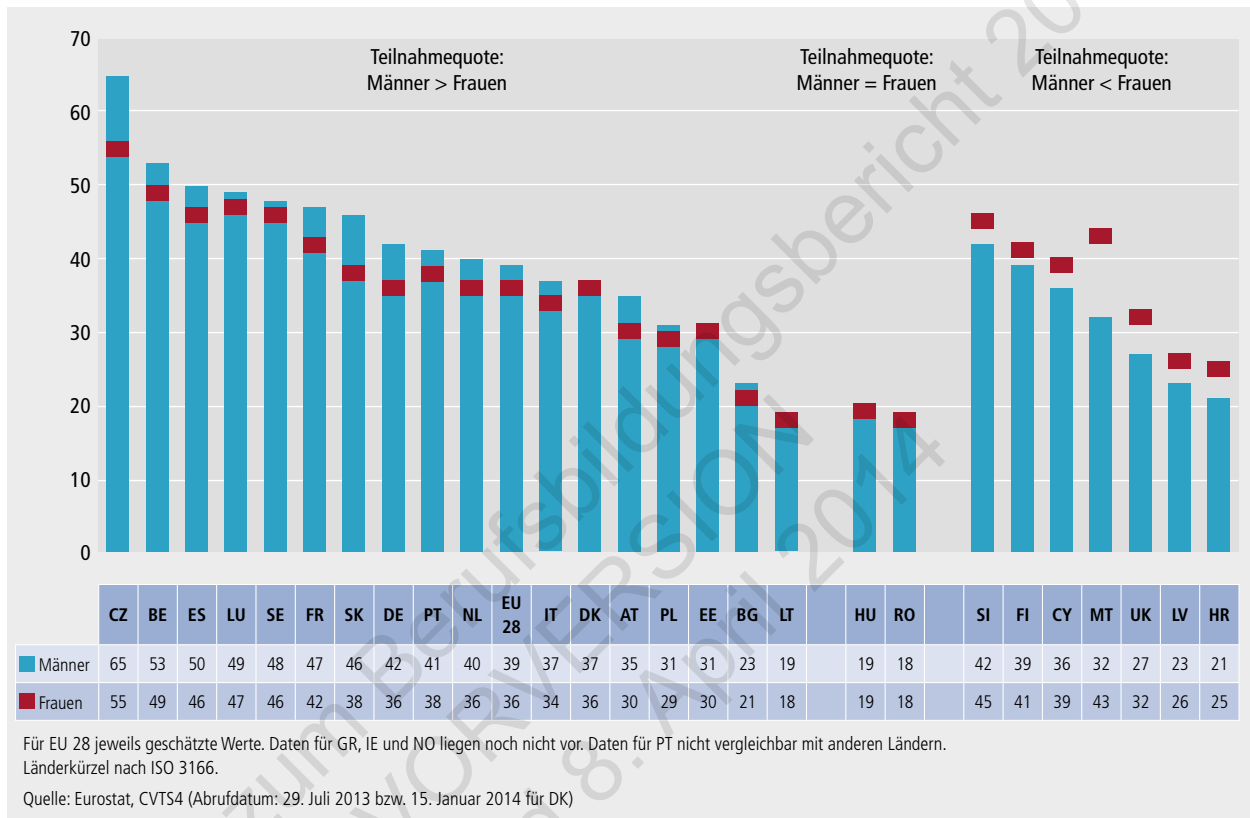
Länderkürzel nach ISO 3166. Sortierung nach Differenz der Teilnahmequoten von Männern und Frauen.

Quelle: Eurostat, LFS (Abrufdatum: 13. Februar 2014); Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Auch CVTS liefert Informationen zum geschlechtsspezifischen Zugang zu Weiterbildung, allerdings begrenzt auf betriebliche Weiterbildung (vgl. **Kapitel C1**). Daher sind hier auch nur Erwerbstätige einbezogen, und entsprechend der Grundgesamtheit von CVTS nur in Unternehmen mit 10 und mehr Be-

294 Betrachtet wurden die Jahre 2005 bis 2012.

Schaubild C3.3-2: Anteil der Teilnehmenden an betrieblichen Weiterbildungskursen 2010 nach Geschlecht (in % der Beschäftigten in allen Unternehmen)



schäftigten und in ausgewählten Branchen. Die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen ist anders als die der Männer; nach wie vor arbeiten mehr Frauen als Männer in Deutschland wie in anderen Ländern in Teilzeit, weil sie die Betreuung von Kindern oder die Pflege von Familienangehörigen übernehmen, und nach wie vor unterbrechen mehr Frauen als Männer die Erwerbstätigkeit für längere Zeit ganz. Dies lässt eine tendenziell geringere Beteiligung der Frauen an betrieblicher Weiterbildung erwarten, weil dies die Zeit verringert, die für Weiterbildungsmaßnahmen zur Verfügung stehen könnte, aber auch den Anreiz für die Unternehmen reduzieren könnte, Frauen an Weiterbildung zu beteiligen, weil der spätere Nutzen geringer ist und bei langer Familienphase ganz ausbleiben könnte. Daneben spielen jedoch noch andere geschlechtsspezifische Unterschiede der Erwerbstätigkeit eine Rolle, vor allem die berufliche Stellung und die Qualifikationsanforderungen der Tätigkeit.

Im europäischen Durchschnitt sind im Jahr 2010 Männer mit 39% häufiger an betrieblicher Weiterbildung beteiligt als Frauen (36%) → **Schaubild C3.3-2**. Auch in der Mehrzahl der Länder zeigt sich eine höhere Beteiligung der Männer. In 17 Ländern weisen sie höhere Teilnahmequoten auf, in 10 Ländern betragen die Unterschiede 3 Prozentpunkte und mehr. Besonders große Unterschiede zugunsten der Männer gibt es in Tschechien (+10 Prozentpunkte), der Slowakei (+8 Prozentpunkte) und in Deutschland (+6 Prozentpunkte), aber auch in Frankreich und Österreich (jeweils +5 Prozentpunkte) sowie in Belgien, Spanien und den Niederlanden (jeweils +4 Prozentpunkte) sind die Abstände relativ groß. Bereits 2005 zeigten sich in 6 dieser 8 Länder deutlich höhere Teilnahmequoten für Männer. Höhere Teilnahmequoten für Frauen wurden 2010 in 7 Ländern gemessen. Insbesondere in Malta (+11 Prozentpunkte), im Vereinigten Königreich (+5 Prozentpunkte) und in Kroatien (+4 Prozent-

punkte) werden Frauen häufiger an betrieblicher Weiterbildung beteiligt.

Die Muster der Weiterbildungsbeteiligung sind auch nach den CVTS-Daten weitgehend stabil. In Dänemark, Estland, Spanien und Luxemburg wiesen Frauen 2005 noch eine höhere Teilnahmequote als Männer auf, 2010 war dies umgekehrt. In Zypern lagen 2005 Frauen und Männer gleichauf, 2010 liegen die Frauen mit 3 Prozentpunkten vorne.

Je nach verwendeter Datenquelle ergibt sich jeweils ein etwas anderes Bild der Beteiligung von Frauen und Männern am lebenslangen Lernen. Während sich nach dem AES die Beteiligung als relativ ausgeglichen dargestellt, weist der LFS deutliche Vorteile für Frauen aus, bei CVTS mit Bezug auf die betriebliche Weiterbildung der Beschäftigten liegen jedoch die Männer vorne. Die unterschiedlichen Definitionen und Abgrenzungen sowie die methodischen Besonderheiten der 3 Datenquellen schlagen sich nicht nur in Niveau-Unterschieden der gemessenen Beteiligung nieder, sondern vermitteln auch teilweise ein unterschiedliches Bild bezüglich der Einbeziehung verschiedener Bevölkerungsgruppen. Dennoch gibt es einige Länder, in denen in allen 3 Datenquellen höhere Teilnahmequoten für Frauen ausgewiesen werden. Hierzu zählen Lettland, Slowenien, Finnland und das Vereinigte Königreich. In Dänemark, Estland und Litauen weisen AES und LFS jeweils höhere Quoten für Frauen aus, in CVTS liegen Männer und Frauen ungefähr gleichauf. Für diese Länder kann also mit einiger Sicherheit die Aussage getroffen werden, dass Frauen häufiger an Aus- und Weiterbildung teilnehmen oder es zumindest keine Hinweise auf eine geringere Beteiligung der Frauen gibt. Umgekehrt gibt es mit Luxemburg nur ein Land, in dem Männer in allen 3 Datenquellen höhere Teilnahmequoten haben. In Bulgarien, Deutschland und den Niederlanden liegen sie bei AES und CVTS vorne, im LFS gibt es keine großen Unterschiede. In Rumänien ergeben sich nach allen 3 Datenquellen kaum Unterschiede in der Aus- und Weiterbildungsbeteiligung von Männern und Frauen. Für die anderen Länder lassen sich keine eindeutigen Aussagen darüber treffen, ob Männer oder Frauen häufiger Zugang zum lebenslangen Lernen haben.

C4 Betriebliche Weiterbildung

Auf den Zusammenhang zwischen der Größe eines Unternehmens und dessen Weiterbildungsaktivität wird in der theoretischen und empirischen Literatur immer wieder hingewiesen. Viele internationale (vgl. z. B. Brunello/Garibaldi/Wasmer 2007; Behringer/Descamps 2009) und nationale Studien (vgl. z. B. Backes-Gellner 2006; Grund/Martin 2012; Leber 2009) zeigen, dass kleine und mittlere Unternehmen im Vergleich zu Großunternehmen²⁹⁵ weniger weiterbildungsaktiv sind. Die Unternehmensmerkmale, die ihrerseits Auswirkungen auf das Weiterbildungsverhalten eines Unternehmens haben, hängen aber auch mit dem Wirtschaftszweig des Unternehmens zusammen. Zu nennen sind hier z. B. die Technikorientierung einer Branche oder der Innovationsdruck, aber auch die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten. So sind Branchen mit hohem Anteil geringqualifizierter Beschäftigter meist weniger weiterbildungsaktiv.

Die einzelnen europäischen Staaten unterscheiden sich in ihrer Wirtschaftsstruktur und in der Verteilung der Unternehmen und der Beschäftigten auf die verschiedenen Unternehmensgrößenklassen. Über 99 % der Unternehmen in der EU sind kleine und mittlere Unternehmen, in denen im Durchschnitt zwei Drittel der Beschäftigten tätig sind. In Kleinstunternehmen mit höchstens 9 Beschäftigten, die in CVTS nicht einbezogen werden, sind in der EU rund 30 % der Erwerbstätigen beschäftigt – der Anteil ist in den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich. Der Anteil der Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen ist in den südeuropäischen und in den baltischen Staaten sowie in Bulgarien deutlich überdurchschnittlich. Umgekehrt ist der Beschäftigtenanteil in Großunternehmen im Vereinigten Königreich, in Deutschland, Finnland und Frankreich deutlich überdurchschnittlich.

Nachfolgend wird der Anteil der weiterbildenden Unternehmen nach Unternehmensgröße dargestellt, bevor auf die Teilnahmequote der Beschäftigten eingegangen wird.

²⁹⁵ In CVTS verwendete Definition: Kleine Unternehmen 10–49 Beschäftigte, mittlere Unternehmen 50–249 Beschäftigte, Großunternehmen 250 und mehr Beschäftigte.

C4.1 Betriebliche Weiterbildung in Unternehmen verschiedener Größe

2010 bieten im europäischen Durchschnitt 93 % der Großunternehmen, 81 % der mittleren und 63 % der kleinen Unternehmen ihren Beschäftigten Weiterbildungsmaßnahmen an. Dabei gibt es bei den Großunternehmen vergleichsweise geringe nationale Unterschiede im Anteil weiterbildender Unternehmen; mit Ausnahme von Rumänien (64 %) und Polen (75 %) liegt er zwischen 80 % und 100 %. In Deutschland beteiligen sich 96 % der Großunternehmen an

Weiterbildung. Auch bei den mittleren Unternehmen werden noch hohe Quoten weiterbildungsaktiver Unternehmen erreicht. Mit Ausnahme von 6 Ländern finanzieren mindestens 70 % der mittleren Unternehmen Weiterbildung für ihre Beschäftigten, in Deutschland sind es 82 %. In Dänemark beteiligen sich mit einem Anteil von 98 % nahezu alle mittleren Unternehmen an Weiterbildung, den niedrigsten Anteil hat Rumänien mit 36 %.

Bei den kleinen Unternehmen sind die Unterschiede wesentlich größer: die Werte variieren zwischen

Tabelle C4.1-1: Anteil der Teilnehmenden an betrieblichen Weiterbildungskursen 2010 nach Unternehmensgrößenklasse 2010 (in % der Beschäftigten in allen Unternehmen)

Land	Teilnahmequote insgesamt (in %)	relative Teilnahmequote (Index, 50 bis 249 Beschäftigte = 100)			Maß der gesamten Ungleichheit ¹
		10–49 Beschäftigte	50–249 Beschäftigte	250 und mehr Beschäftigte	
EU 28	38	74	100	135	62
DK	37	90	100	93	10
SE	47	83	100	110	27
UK	31	89	100	118	29
AT	33	79	100	115	36
CZ	61	77	100	117	40
HR	23	100	100	142	42
DE	39	80	100	126	46
NL	39	83	100	129	46
FI	40	100	100	150	50
BE	52	67	100	120	53
ES	48	78	100	136	58
SK	44	64	100	123	59
PT	40	64	100	124	60
EE	31	71	100	132	61
FR	45	64	100	133	69
LU	51	77	100	157	80
SI	43	67	100	167	100
LT	19	65	100	165	100
IT	36	66	100	169	103
HU	19	73	100	187	113
LV	24	64	100	177	114
CY	37	77	100	197	119
MT	36	45	100	182	136
PL	31	43	100	229	186
RO	18	55	100	255	200
GR	16	64	100	282	218
BG	22	50	100	275	225

Für EU 28 jeweils geschätzte Werte. Daten für IE und NO liegen noch nicht vor. Daten für PT nicht vergleichbar mit anderen Ländern.

¹ Differenz zwischen der höchsten und niedrigsten relativen Teilnahmequote. Abweichungen in der Differenz sind auf Rundungseffekte zurückzuführen. Länderkürzel nach ISO 3166.

Quelle: Eurostat, CVTS4 (Abrufdatum: 15. Januar 2014); Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

16 % in Polen und 89 % in Dänemark. In Deutschland liegt der Anteil der weiterbildungsaktiven Kleinunternehmen mit 69 % um 6 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt.

Auch die Teilnahmequote der Beschäftigten an betrieblicher Weiterbildung hängt mit der Unternehmensgröße zusammen. In allen Ländern mit Ausnahme Dänemarks sind 2010 die Teilnahmequoten der Beschäftigten in Großunternehmen am höchsten und in Kleinunternehmen mit Ausnahme Finnlands und Kroatiens am niedrigsten. In den beiden letztgenannten Ländern ist die Teilnahmequote in kleinen und mittleren Unternehmen gleich hoch, in Dänemark haben die mittleren Unternehmen die höchste Teilnahmequote. Im EU-Durchschnitt nehmen 25 % der Beschäftigten in Kleinunternehmen an mindestens einem betrieblich finanzierten Weiterbildungskurs teil, aber 34 % der Beschäftigten in mittleren Unternehmen und 46 % der Beschäftigten in Großunternehmen. In Deutschland liegt in Kleinunternehmen die Teilnahmequote bei 28 % und damit über dem EU-Durchschnitt, bei den mittleren Unternehmen entspricht sie mit 35 % in etwa dem Durchschnitt, bei den Großunternehmen ist sie mit 44 % leicht unterdurchschnittlich.

Relative Teilnahmequoten mit den mittleren Unternehmen als Referenzgruppe zeigen, dass in der EU die Chance der Teilnahme an betrieblichen Weiterbildungskursen für Beschäftigte in Kleinunternehmen 26 % geringer ist als für Beschäftigte in mittleren Unternehmen, dagegen ist sie für Beschäftigte in Großunternehmen 35 % höher → **Tabelle C4.1-1**. Dabei zeigen sich markante Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten: In den skandinavischen Staaten, im Vereinigten Königreich, in Kroatien, den Niederlanden und Deutschland unterscheiden sich die Teilnahmequoten der Beschäftigten in Kleinunternehmen nur wenig von denen der Beschäftigten in mittleren Unternehmen (relative Teilnahmequoten 80 % oder höher), in Finnland und Kroatien gibt es gar keinen Unterschied. Die Teilnahmechancen der Beschäftigten in Kleinunternehmen in Bulgarien, Malta und Polen bleiben dagegen deutlich unter jenen der Beschäftigten in mittleren Unternehmen (relative Teilnahmequoten 50 % oder niedriger). Auch die generell besseren Teilnahmechancen der Beschäftigten

aus Großunternehmen sind in den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich ausgeprägt: In Schweden, dem Vereinigten Königreich, Österreich, Tschechien und Belgien sind die Teilnahmequoten der Beschäftigten in Großunternehmen maximal 20 % höher als jene der Beschäftigten in mittleren Unternehmen. In Polen, Rumänien, Griechenland und Bulgarien sind die Teilnahmechancen der Beschäftigten in Großunternehmen sogar mehr als doppelt so hoch als die der Beschäftigten in mittleren Unternehmen. In Deutschland sind die Unterschiede der Beteiligung der Beschäftigten an betrieblicher Weiterbildung nach Unternehmensgröße relativ gering. Im Vergleich zum Jahr 2005 haben sich diese Unterschiede allerdings erhöht, da in kleinen Unternehmen die Teilnahmequote nur leicht (in absoluten Werten von 25 % auf 28 %), in mittleren (von 27 % auf 35 %) und großen Unternehmen (von 33 % auf 44 %) aber deutlich stärker gestiegen ist.

C4.2 Kurse und andere Formen betrieblicher Weiterbildung

Unternehmen bieten ihren Beschäftigten nicht nur betrieblich finanzierte Weiterbildung in Form von Kursen an, sondern auch in arbeitsplatznahen Formen. Dazu gehören eher traditionelle Formen wie die Unterweisung am Arbeitsplatz oder Informationsveranstaltungen, aber auch modernere Typen wie Lern- und Qualitätszirkel und selbstgesteuertes Lernen. Die Grenze zwischen Arbeit und Lernen ist bei diesen Formen betrieblicher Weiterbildung teilweise fließend, was die empirische Erfassung schwierig macht (vgl. Moraal/Grünewald 2004). Die Schwierigkeit der Erfassung bezieht sich dabei nicht auf den Anteil der Unternehmen, die entsprechende Weiterbildung anbieten, sondern vielmehr auf detaillierte Informationen, wie beispielsweise die Teilnahmequote (vgl. Cedefop 2010, S. 107 f.).

Nach den Ergebnissen von CVTS4 haben in den Mitgliedstaaten der EU im Jahr 2010 66 % der Unternehmen betriebliche Weiterbildung für ihre Beschäftigten finanziert. 56 % der Unternehmen haben Kurse finanziert, 53 % andere Weiterbildungsformen. Die Höhe der Anteile zeigt bereits, dass die verschiedenen Formen oft parallel in den Unterneh-

Tabelle C4.2-1: Anteil der weiterbildenden Unternehmen nach Form der Weiterbildung 2010 (in % aller Unternehmen) und Entwicklung im Vergleich zu 2005

Land	Jede Art von Weiterbildung	Weiterbildungskurse	Andere Weiterbildungsformen	Entwicklung 2010 bis 2005 – Differenz in Prozentpunkten		
				Jede Art von Weiterbildung	Weiterbildungskurse	Andere Weiterbildungsformen
EU 28	66	56	53	6	7	5
BE	78	72	62	15	24	7
BG	31	21	29	2	0	5
CZ	72	62	60	0	-1	1
DK	91	76	84	6	-5	23
DE	73	61	66	4	7	0
EE	68	57	55	1	1	5
EL	28	21	23	7	2	10
ES	75	71	53	28	33	15
FR	76	71	45	2	0	1
HR	57	50	44			
IT	56	47	41	24	20	21
CY	72	48	66	21	1	39
LV	40	27	33	4	-3	6
LT	52	37	46	6	11	4
LU	71	65	59	-1	4	-5
HU	49	38	36	0	4	-5
MT	54	38	52	8	7	9
NL	79	70	69	4	0	17
AT	87	72	77	6	5	6
PL	22	20	14	-13	-4	-13
PT	65	44	55			
RO	24	16	20	-16	-12	-13
SI	68	41	65	-5	-21	5
SK	69	54	62	9	16	13
FI	74	67	58	-3	-3	2
SE	87	76	74	9	4	14
UK	80	60	75			

Für EU 28 jeweils geschätzte Werte. Daten für IE und NO liegen noch nicht vor. Daten für PT (2010) nicht vergleichbar mit anderen Ländern. Daten für PT und UK (2005) nicht vergleichbar mit Werten von 2010. Keine Teilnahme von HR an CVTS3. Länderkürzel nach ISO 3166.

Quelle: Eurostat, CVTS3/4 (Abrufdatum: 24. März 2014); Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

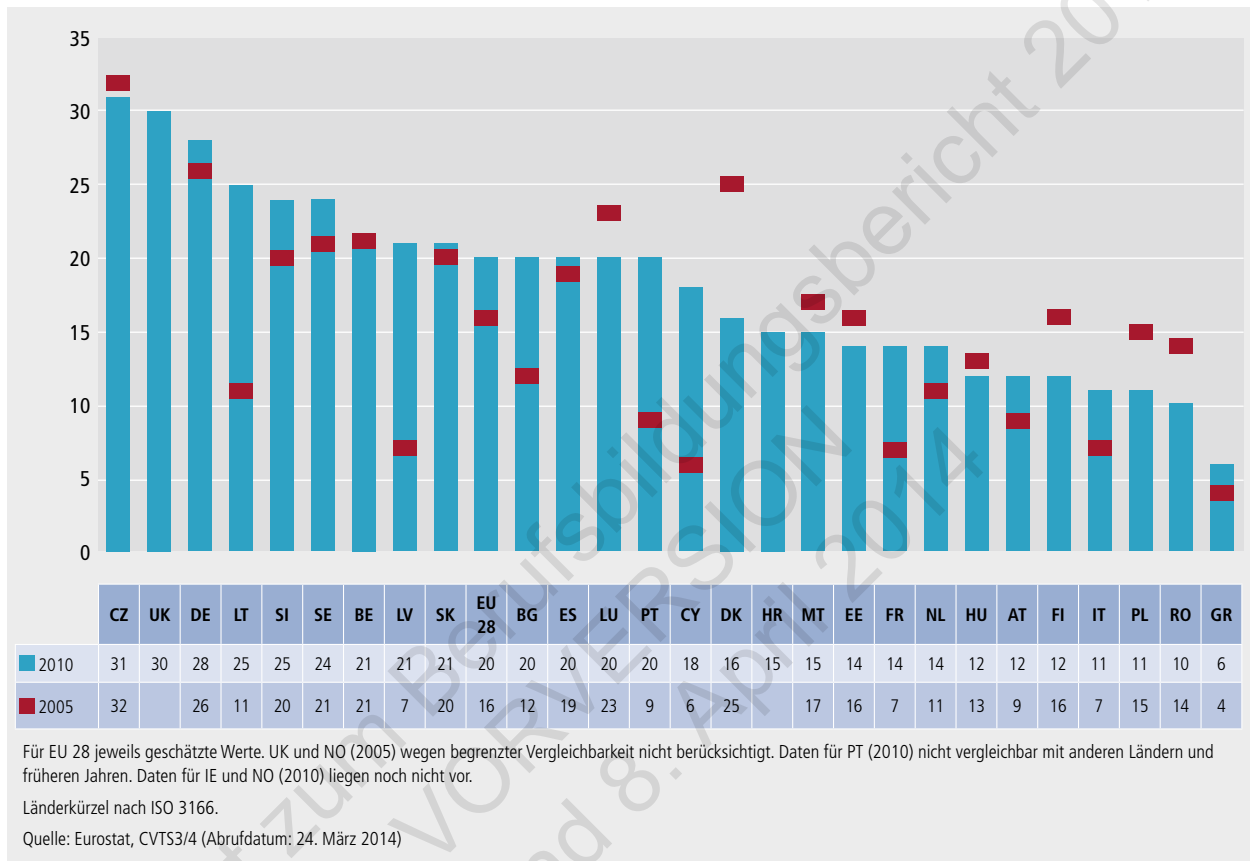
men angeboten werden. Im Vergleich zu 2005 haben beide Anteilswerte zugenommen. Die Verteilung der Weiterbildungsformen in den einzelnen Staaten ist dabei sehr unterschiedlich → **Tabelle C4.2-1**:

- In allen nord- und westeuropäischen Staaten ist der Anteil der Unternehmen, die Weiterbildungskurse anbieten, höher als der von Eurostat geschätzte Durchschnitt der EU28, und auch der Anteil mit Angeboten an anderen Weiterbildungsformen ist in fast allen Staaten überdurchschnittlich. Lediglich Frankreich fällt durch einen unterdurchschnittlichen Anteil der Unternehmen auf, die andere Weiterbildungsformen anbieten. Dies könnte mit kulturellen Präferenzen, aber auch mit institutionellen Faktoren zusammenhängen, etwa

der Bevorzugung der Kurse im französischen Fondssystem (vgl. Behringer/Descamps 2009).

- In den südeuropäischen wie in den osteuropäischen Staaten gibt es erhebliche Unterschiede im Angebot an Weiterbildung: In Spanien, Tschechien und Estland bieten die Unternehmen überdurchschnittlich oft Weiterbildungskurse an, in allen anderen Staaten wird der EU28-Durchschnitt nicht erreicht. Beim Angebot an anderen Weiterbildungsformen werden nicht nur in Tschechien und Estland, die auch überdurchschnittlich hohe Anteile an kurs anbietenden Unternehmen aufweisen, sondern zudem noch in der Slowakei, Slowenien, Zypern und Malta überdurchschnittliche Werte erreicht.

Schaubild C4.2-1: Anteil der Teilnehmenden an Weiterbildung am Arbeitsplatz 2010 und 2005
(in % der Beschäftigten in allen Unternehmen)



In fast allen nord-, west- und südeuropäischen Staaten ist der Anteil der Unternehmen, die andere Weiterbildungsformen finanzieren, im Jahr 2010 höher als 2005; Ausnahmen sind Deutschland (konstanter Anteil) und Luxemburg (Rückgang). Auch der Anteil der kurs anbietenden Unternehmen ist hier in fast allen Ländern gestiegen (Ausnahmen: Rückgänge in Dänemark und Finnland, Konstanz in den Niederlanden und Frankreich). In den osteuropäischen Staaten ergibt sich kein einheitliches Bild.

Noch 2005 spielte in Deutschland die betriebliche Weiterbildung in anderen Formen eine besondere Rolle; von einem „deutschen Spezifikum bezüglich der hohen und wachsenden Bedeutung der anderen Weiterbildungsformen“ wurde gesprochen (Behringer, Käßplinger 2011, S. 18). Die Ergebnisse von 2010 legen nahe, dass 2010 in vielen Ländern ein höherer Anteil der Unternehmen andere Weiterbil-

dungsformen finanziert, zumeist ohne dass dies mit einem Rückzug aus der kursförmigen Weiterbildung einhergeht. Die Ergebnisse über die 3 Wellen von CVTS zeigen jedoch auch, dass die Präferenz von Kursen oder anderen Weiterbildungsformen in vielen Ländern nicht stabil ist.

Eine Abschätzung der Bedeutung der anderen Weiterbildungsformen würde sich idealerweise auf eine Beteiligungsquote an diesen anderen Formen insgesamt stützen. Diese liegt jedoch nicht vor; in CVTS werden die Beteiligungsquoten für jede der anderen Formen einzeln ermittelt. Die Schätzung von Bandbreiten ist möglich, ergibt aber für Deutschland und viele andere Länder kein klares Bild, ob Kurse oder andere Formen dominieren.

Vorausgeplante Weiterbildung am Arbeitsplatz (Unterweisungen, Einarbeitung durch Vorgesetzte oder Kollegen) ist in CVTS den anderen Weiterbildungs-

formen zugeordnet, in AES überwiegend den non-formalen Lernaktivitäten, und im LFS explizit ausgeschlossen. Nach den Ergebnissen aus CVTS4 waren im EU28-Durchschnitt 20 % der Beschäftigten in Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten in den ausgewählten Branchen an dieser Form betrieblicher Weiterbildung beteiligt → **Schaubild C4.2-1**. Dies ist zwar deutlich niedriger als die Teilnahmequote an Weiterbildungskursen (38 %), aber doch beachtlich.

Gegenüber 2005 hat die Beteiligung an Weiterbildung am Arbeitsplatz im Durchschnitt der EU deutlich zugenommen, die relative Veränderung ist stärker als bei der Teilnahme an Weiterbildungskursen. Der Bereich, der im LFS nicht in die Teilnahmequote einbezogen wird, ist jedenfalls nach den Ergebnissen aus CVTS insgesamt größer geworden.²⁹⁶ In den einzelnen Staaten ist dabei sowohl die Beteiligung am Lernen am Arbeitsplatz (zwischen 31 % und 6 % der Beschäftigten in 2010) als auch ihre Entwicklung (starke Zunahme z. B. in Litauen und Lettland jeweils 14 Prozentpunkte, starke Abnahme, z. B. Dänemark 9 Prozentpunkte) sehr unterschiedlich.

Die arbeitsplatznahen Formen der Weiterbildung sind ein wichtiger Bereich. Die verstärkte Bearbeitung dieses Feldes in der Forschung könnte auch dazu beitragen, die Disparitäten der Ergebnisse der verschiedenen europäischen Erhebungen zur Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen aufzuklären.

C5 Zusammenfassung

Die Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen zu steigern, ist seit langem ein politisches Ziel. Hierzu wurden sowohl national wie auf EU-Ebene Zielmarken definiert, die zu einem festgelegten Zeitpunkt erreicht sein sollen:

- Im Rahmen der Lissabon-Strategie wurde (erstmalig 2003) ein Ziel vereinbart, das im Durch-

schnitt der EU-Staaten erreicht werden soll: im Jahr 2020 sollen 15 % der 25- bis 64-Jährigen innerhalb eines Zeitraums von 4 Wochen an formaler und/oder non-formaler Aus- und Weiterbildung teilnehmen.

- In Deutschland haben sich Bund und Länder das Ziel gesetzt, bis 2015 die Weiterbildungsbeteiligung der 25- bis 64-Jährigen, bezogen auf einen Zeitraum von 12 Monaten, auf 50 % zu steigern.

Nicht nur die Ziele, sondern auch die Datengrundlagen zur Messung des jeweiligen Standes der Zielerreichung wurden dabei festgelegt: im Rahmen der Lissabon-Strategie der Labour Force Survey, auf nationaler Ebene der Adult Education Survey. Diese beiden Erhebungen bilden gemeinsam mit dem Continuing Vocational Training Survey die wesentliche Datengrundlage für empirische Aussagen zum Lernen Erwachsener in der EU und den einzelnen Mitgliedstaaten. Sie unterscheiden sich aber in ihrer Abgrenzung dessen, was als Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen erfasst werden soll, sowie in der Methodik der Erfassung dieser Lernaktivitäten.

Der Labour Force Survey (LFS) hat dabei die engste Abgrenzung des lebenslangen Lernens: Er bezieht formale und non-formale Aus- und Weiterbildungsaktivitäten ein, schließt dabei allerdings vorausgeplantes Training/Unterweisung am Arbeitsplatz aus und bezieht sich auf einen relativ kurzen Zeitraum vor der Befragung. Bei Proxy-Interviews (stellvertretende Beantwortung des Fragebogens durch andere Erwachsene im Haushalt), die im LFS in den meisten Ländern einen relativ großen Anteil haben, besteht die Gefahr der Untererfassung insbesondere der non-formalen Bildungsaktivitäten. Auch die oft ungestützte Fragetechnik dürfte sich dämpfend auf die gemessene Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen auswirken. Der LFS liefert also einen Indikator der Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen, der einen engen Ausschnitt des Lernens Erwachsener erfasst; der „fehlende“ Teil hat in den europäischen Staaten absolut und relativ unterschiedliche Bedeutung. Darüber hinaus ist durch die methodische Anlage der Befragung eine Unterschätzung wahrscheinlich, die sich zudem durch länderspezifische Varianten der Frageformulierungen, der

²⁹⁶ **Kapitel C1** diskutiert Auswertungen von Eurostat auf der Grundlage von AES 2007, die Teilnahmequoten an non-formaler Bildung unter Ausschluss von Weiterbildung am Arbeitsplatz zur Verfügung stellen. Entsprechende Analysen auf der Grundlage von AES2011/12 wurden bislang nicht veröffentlicht. Aus methodischen Gründen ist es in CVTS nicht möglich, den Teil der Beschäftigten zu identifizieren, die sowohl an betrieblichen Weiterbildungskursen als auch an Weiterbildung am Arbeitsplatz teilgenommen haben.

Ausführlichkeit von Erläuterungen und Beispielen sowie des unterschiedlichen Anteils von Proxy-Interviews und ihrer Verteilung auf verschiedene Bevölkerungsgruppen jeweils unterschiedlich auswirkt.

Der Adult Education Survey (AES) erfasst alle Formen intentionalen Lernens, als Teilnahmequote wird von Eurostat die Beteiligung an formalen und non-formalen Lernaktivitäten ausgewiesen sowie (derzeit nur für 2007) gesondert die Beteiligung am informellen Lernen. Die Abgrenzung zwischen formalen und non-formalen Lernaktivitäten wurde im AES 2011/2012 etwas anders definiert als im AES 2007, sodass für Vergleiche zwischen den Wellen die zusammengefasste Quote heranzuziehen ist. Geplantes Training und Schulung am Arbeitsplatz sind dem non-formalen Lernen zugeordnet. Im AES kommt ein breiteres Fragenprogramm zum Einsatz, es werden Erinnerungsstützen (Nennung von Beispielen, Listenvorlagen) verwendet und der Gegenstandsbereich ausführlich erläutert. AES wird in den einzelnen Staaten überwiegend als Einthemenbefragung durchgeführt; dies ist mit dem Vorteil verbunden, dass schon bei der Kontaktaufnahme in das Thema eingeführt werden kann. Allerdings wird auch diskutiert, dass freiwillige Einthemenbefragungen zur Überrepräsentierung der am Thema interessierten Bevölkerungsgruppen und in der Folge möglicherweise zu Überschätzungen der gemessenen Teilnahmequote führen könnten. Nach Kenntnis der Autorinnen gibt es keine eindeutigen Hinweise auf solche Verzerrungen.

Der Continuing Vocational Training Survey (CVTS) erfasst intentionales formales, non-formales und informelles Lernen in ausgewählten Formen, das zumindest teilweise während der Arbeitszeit erfolgt oder für das der Arbeitgeber Kosten trägt. Als Teilnahmequote wird die Beteiligung an betrieblich finanzierten Weiterbildungskursen während eines Kalenderjahres ausgewiesen; die Beteiligung an nicht-kursförmiger Weiterbildung wird gesondert dargestellt. CVTS ist eine Befragung der Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten in vielen Branchen. Die Teilnahmequote bezieht sich auf die Beschäftigten in diesen Unternehmen.

Die 3 Erhebungen kommen zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen:

- Nach dem LFS waren im Jahr 2011 in der EU 8,8 % der 25- bis 64-Jährigen in einem Zeitraum von 4 Wochen am lebenslangen Lernen (formal und/oder non-formal) beteiligt; in Deutschland wird mit einer Teilnahmequote von 7,8 % nur ein unterdurchschnittlicher Wert erreicht.
- Nach dem AES 2011/2012 waren in der EU 40 % der 25- bis 64-Jährigen in einem Zeitraum von 12 Monaten am lebenslangen Lernen (formal und/oder non-formal) beteiligt; in Deutschland wird mit einer Teilnahmequote von 50 % ein überdurchschnittlicher Wert erreicht.
- Nach CVTS nahmen im Jahr 2010 38 % der Beschäftigten in Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten an betrieblich finanzierten Weiterbildungskursen teil; die für Deutschland ausgewiesene Teilnahmequote liegt mit 39 % geringfügig über dem Durchschnitt.

Niveauunterschiede zwischen den Ergebnissen der 3 Erhebungen sind wegen der Unterschiede hinsichtlich der Länge der Referenzperioden (4 Wochen vs. 12 Monate), der Abgrenzung des lebenslangen Lernens und der Bezugspopulation (Gesamtbevölkerung vs. abhängig Beschäftigte) zu erwarten. Sie sind darüber hinaus von den methodischen Gegebenheiten der jeweiligen Erhebungen beeinflusst (vor allem ungestützte oder gestützte Fragetechnik, Proxy-Interviews).

Die 3 Surveys kommen jedoch auch hinsichtlich der Entwicklung der Beteiligung am lebenslangen Lernen zu unterschiedlichen Ergebnissen:

- LFS: Die von Eurostat geschätzte durchschnittliche Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen in der EU hat sich zwischen 2005 und 2011 rückläufig entwickelt und ist 2012 wieder leicht angestiegen. Diese Entwicklung ist auch von Brüchen in der Zeitreihe beeinflusst; nach Modellrechnungen der Europäischen Kommission ergibt sich Stabilität im Vergleich der Jahre 2006 und 2011. Die in Deutschland gemessenen Teilnahmequoten schwanken in einem Korridor von 7,5 % bis 7,9 % ohne eindeutige Entwicklung.
- AES: Die von Eurostat geschätzte durchschnittliche Teilnahmequote an formaler und non-formaler Aus- und Weiterbildung für EU28 hat sich zwischen AES 2007 und AES 2011/2012 um

5 Prozentpunkte erhöht, auch für Deutschland ist eine Erhöhung um 5 Prozentpunkte zu verzeichnen.

- CVTS: Die von Eurostat geschätzte durchschnittliche Beteiligung an betrieblich finanzierter kursförmiger Weiterbildung der Beschäftigten in der EU hat sich von 1999 (39 %) nach 2005 (33 %) zunächst verringert; 2010 lag diese Teilnahmequote bei 38 %. Auch in Deutschland war zwischen 1999 (32 %) und 2005 (30 %) ein Rückgang zu verzeichnen, der vergleichsweise schwach ausfiel, anschließend gab es eine kräftige Steigerung bis 2010 (39 %). Die betrieblich finanzierte kursförmige Weiterbildung in Deutschland, die 1999 und 2005 einen kleineren Teil der Beschäftigten einbezog als im EU-Durchschnitt, erreicht mittlerweile einen ähnlichen Anteil der Beschäftigten wie im europäischen Durchschnitt.

Unterschiedliche Entwicklungen der gemessenen Teilnahmequoten können dann auftreten, wenn die Teilbereiche des lebenslangen Lernens, die nicht in allen Erhebungen enthalten sind, sich anders entwickeln als der gemeinsame Erfassungsgegenstand aller Erhebungen. Der Ausschluss des Lernens am Arbeitsplatz im LFS und die Einbeziehung in AES und CVTS ist ein solcher Bereich, der zu unterschiedlicher Entwicklung der jeweils gemessenen Beteiligungsquoten beiträgt: Die Teilnahmequote der Beschäftigten an geplanten Phasen der Weiterbildung am Arbeitsplatz hat nach den Ergebnissen von CVTS im Durchschnitt der EU und auch in Deutschland zwischen 2005 und 2010 zugenommen.

Mit Blick auf das bildungspolitische Ziel einer generellen Steigerung der Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen legen die Ergebnisse gegensätzliche Bewertungen nahe: Nach dem LFS ist in der EU kein Fortschritt bei der Beteiligung am lebenslangen Lernen feststellbar, vielmehr ist die durchschnittliche Teilnahmequote gesunken; die Erreichung des selbstgesetzten Ziels bis 2020 ist unwahrscheinlich. Nach dem AES zeigt sich dagegen eine merkbliche Erhöhung der Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen in der EU, wenn auch nicht in allen Staaten. In Deutschland ist nach den Ergebnissen des AES die Beteiligungsquote kräftig gestiegen, das 2008 beim Dresdner Bildungsgipfel gesetzte Ziel ist

nahezu erreicht. Auch die Ergebnisse aus CVTS deuten nach 2005 auf eine deutliche Zunahme der Teilnahme Beschäftigter an betrieblicher Weiterbildung in Deutschland und im europäischen Durchschnitt hin. Auch hinsichtlich der Einbeziehung verschiedener Bevölkerungsgruppen werden unterschiedliche Ergebnisse erzielt: Nach dem AES ist das Gefälle der Einbeziehung verschiedener Altersgruppen in das lebenslange Lernen deutlich geringer als nach dem LFS, und auch für die Einbeziehung der Geringqualifizierten zeichnet der AES ein positiveres Bild als der LFS.

Die disparaten Ergebnisse der Surveys sind auf unterschiedliche methodische Vorgehensweisen zurückzuführen, die sich auch in Qualitätsunterschieden der erhobenen Daten niederschlagen. Der LFS erreicht zwar eine höhere Genauigkeit, es gibt aber gute Argumente für eine höhere Qualität der Informationen aus dem AES im Vergleich zum LFS. Jenseits der methodischen Fragen ist vor allem die unterschiedliche Abgrenzung des lebenslangen Lernens relevant. Der LFS berücksichtigt einen wesentlichen Teil des Lernens Erwachsener nicht; er bildet also mit seinem Indikator zum lebenslangen Lernen einen Teilbereich ab – aber eben nicht „alles Lernen während des gesamten Lebens, das der Verbesserung von Wissen, Qualifikationen und Kompetenzen dient und im Rahmen einer persönlichen, bürgergesellschaftlichen, sozialen, bzw. beschäftigungsbezogenen Perspektive erfolgt“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001, S. 9), und nicht das lebenslange Lernen in allen Kontexten (vgl. Delors/International Commission on Education for the Twenty-First Century 1996). Eine Begründung für diese starke Einengung des Spektrums des lebenslangen Lernens (wie sie im LFS vorgenommen wurde) fehlt jedoch. AES und CVTS bilden ein breiteres Spektrum des Lernens Erwachsener ab, einschließlich eines im LFS fehlenden, aber quantitativ bedeutsamen und möglicherweise zunehmenden Teilbereichs des lebenslangen Lernens. Nach Auffassung der Autorinnen bilden AES und CVTS die Realität des lebenslangen Lernens adäquater ab als der LFS.

(Friederike Behringer; Gudrun Schönfeld)

D Förderung von Berufsbildungsinnovationen durch Programme, Modellversuche und überbetriebliche Berufsbildungszentren

Das Wichtigste in Kürze

Berufliche Bildung ist einem stetigen Veränderungs- und Modernisierungsprozess unterworfen. Dies gilt für die Übergänge zwischen Schule und Ausbildungssystem, zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem und für die berufliche Weiterbildung. Zahlreiche Programme und Modellinitiativen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und anderer Akteure (z. B. Bundes- und Länderministerien, Europäische Kommission, Bundesagentur für Arbeit) zu unterschiedlichen Themenbereichen liefern wichtige Impulse und stoßen den Veränderungsprozess an. Eine wesentliche Rolle in diesem Prozess spielt der Ausbau von überbetrieblichen Berufsbildungszentren zu Kompetenzzentren.

Zunächst wird im **Kapitel D1** ein umfassender Überblick über die Programme zur Förderung der Berufsausbildung der Bundes- und Länderministerien sowie der Bundesagentur für Arbeit und der Integrationsämter gegeben. Dabei handelt es sich um zeitlich begrenzte Programme und Programme im Bereich gesetzlicher Aufgaben nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG). Die Finanzierung erfolgt aus Haushaltsmitteln des Bundes, der Länder und der Kommunen, aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und der Bundesagentur für Arbeit sowie aus Eigenmitteln der Träger. Die Übersicht verdeutlicht die Vielfalt der Förderlandschaft. In den vergangenen Jahren gab es zahlreiche Initiativen zur Koordination der Maßnahmen des Bundes (z. B. die Initiative Bildungsketten) und der Länder; unterschiedliche Instrumente im Übergangsbereich wurden zu aufeinander abgestimmten Konzepten zusammengefasst (etwa in Hamburg und Nordrhein-Westfalen).

Kapitel D2 liefert einen Überblick über Modellversuche in der beruflichen Bildung. Modellversuche nehmen innovative Trends auf und leiten beispielhaft praktische Schritte für bildungspolitische Neu-

entwicklungen in inhaltlicher, methodischer und struktureller Perspektive ein. Im Jahr 2013 gab es insgesamt 34 Modellprojekte in den drei Förderschwerpunkten „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“, „Qualitätsentwicklung und -sicherung in der betrieblichen Berufsausbildung“ sowie „Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“. Die einzelnen Projekte haben Ende des Jahres 2010 bzw. Anfang des Jahres 2011 begonnen und sind entweder im Jahr 2013 bereits beendet worden oder kommen im ersten Halbjahr 2014 zum Abschluss. Zurzeit erfolgt der Transfer der Ergebnisse in Berufsbildungswissenschaft und -praxis.

Ergänzend findet sich in **Kapitel D2** eine Darstellung der im Jahr 2012 gestarteten BMBF-Initiative „ANKOM – Förderung von Maßnahmen für den Übergang von der beruflichen in die hochschulische Bildung“.

Im **Kapitel D3** wird das Instrument der überbetrieblichen Berufsbildungszentren und deren Entwicklung zu Kompetenzzentren dargestellt. Sie verfolgen Neuentwicklungen in Forschung und Technik, bewerten deren Nutzen für mittelständische Unternehmen und unterstützen die Umsetzung in die betriebliche Praxis durch passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen. Kompetenzzentren tragen dadurch erheblich zur Implementierung neuer Technologien und damit zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei. Der Fokus liegt in diesem Kapitel auf dem Bereich der Elektromobilität. Hier hat das BIBB im vergangenen Jahr rund 5 Mio. für das Programm „Spannende Ausbildung! – E-Mobilität in überbetrieblichen Berufsbildungszentren“ aus dem Energie- und Klimafonds der Bundesregierung zur Entwicklung neuer Qualifizierungsangebote für Auszubildende und für die zur Vermittlung des Themas erforderliche Ausstattung zur Verfügung gestellt.

(Michael Heister)

D1 Bundes- und Länderprogramme zur Förderung der Berufsausbildung

Vorbemerkung

Mit einer Vielzahl von Programmen fördern Bund, Länder und Europäische Union die Schaffung und Sicherung zusätzlicher Ausbildungsplätze, die Ausbildungsfähigkeit und den Übergang von jungen Menschen in die berufliche Ausbildung sowie die Leistungsfähigkeit des Berufsbildungssystems. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über die im Jahr 2013 bestehenden Programme zur Förderung der Berufsausbildung. Der Begriff „Förderprogramm“ wird dabei analog zum Haushaltsrecht des Bundes und der Länder verwendet. Als Förderprogramm gilt eine Regelung, auf deren Grundlage finanzielle Leistungen an Stellen außerhalb der Bundes- bzw. Landesverwaltung zur Erfüllung bestimmter Zwecke bzw. übergeordneter Ziele erbracht werden.²⁹⁷

Befragung zur Förderung der Berufsausbildung

Die Grundlage der Dokumentation bildet eine schriftliche Befragung der zuständigen Bundes- und Landesministerien bzw. -behörden, die von November 2013 bis Februar 2014 durchgeführt wurde. Basierend auf einer begleitenden Auswertung der Förderdatenbank des Bundes²⁹⁸ sowie den Ergebnissen der Befragung zur Förderung der Berufsausbildung der Jahre 2009 bis 2013²⁹⁹ wurden insgesamt 278 Fragebögen an 136 Adressaten versandt. Die Beteiligung der Fördergeber war ausgesprochen positiv. Die Rücklaufquote betrug bezogen auf die Zahl

der Fragebögen 98,6 %³⁰⁰; nicht alle Fragebögen wurden jedoch vollständig ausgefüllt.

Folgende Merkmale wurden im Rahmen der Befragung erhoben:

- Programmtitel,
- zuständiges Ministerium,
- zuständige Antrags- bzw. Bewilligungsstelle,
- Fördergegenstand,
- Antragsberechtigte,
- Zielgruppen,
- Art und Höhe der Förderung,
- Art und Anzahl der Förderfälle,
- Mittelvolumen und -herkunft,
- Programmlaufzeit,
- Rechtsgrundlage.

Ziele und Zielgruppen der Förderung

Öffentliche Förderprogramme verfolgen das Ziel, Anreize zur Verwirklichung wirtschaftlich und sozial erwünschter Vorhaben zu bieten, die ohne finanzielle Unterstützung nicht bzw. nicht im gewünschten Umfang oder zum gewünschten Zeitpunkt durchgeführt würden. Die Förderung im Bereich der Berufsausbildung konzentriert sich daher auf spezifische Themen und Akteure des Berufsbildungssystems. Im Rahmen der Dokumentation wurden folgende Schwerpunkte identifiziert:

- die Schaffung und Sicherung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze,
- die systematische Förderung der Berufsorientierung und -vorbereitung,
- die Förderung benachteiligter und behinderter Jugendlicher,
- die Vermittlung von Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben in Anschlussausbildungen,
- die Vermittlung von Altbewerberinnen und -bewerbern und Ausbildungsabbrecherinnen und -abbrechern,
- die Stärkung der Verbundausbildung,
- die Mitfinanzierung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten und -lehrgänge,

²⁹⁷ Vgl. § 23 Bundeshaushaltsordnung (BHO) i. V. m. VV § 23 BHO. Es muss sich um Zuwendungen zur Deckung von Ausgaben des Empfängers für einzelne abgegrenzte Vorhaben (Projektförderung) handeln. Nicht berücksichtigt werden demnach Zuwendungen zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben des Zuwendungsempfängers (institutionelle Förderung), Sachleistungen, Transferleistungen sowie öffentliche Aufträge. In die Darstellung einbezogen wurden demgegenüber auch die gesetzlichen Förderinstrumente des SGB.

²⁹⁸ Mit der Förderdatenbank gibt die Bundesregierung einen umfassenden und aktuellen Überblick über die Förderprogramme des Bundes, der Länder und der Europäischen Union. Die Förderdatenbank steht im Internet unter der Adresse www.foerderdatenbank.de zur Verfügung.

²⁹⁹ Vgl. BIBB-Datenreport 2010, 2011, 2012 und 2013, Kapitel D1.

³⁰⁰ Dort, wo keine Antworten aus der Befragung vorliegen, basiert die Dokumentation auf einer ergänzenden Auswertung öffentlich zugänglicher Informationsquellen (insbesondere Richtlinien und Merkblätter der Fördergeber).

- die Mitfinanzierung außerbetrieblicher Ausbildungsangebote,
- die Stärkung der Ausbildungsberatung und -akquise,
- die Vermittlung von Zusatzqualifikationen für Auszubildende,
- die Förderung transnationaler Ausbildung sowie
- die Förderung von Modellprojekten und innovativen Vorhaben zur Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems.

Im Rahmen der Berufsausbildungsförderung werden fast ausschließlich Zuschüsse gewährt. Unmittelbar Begünstigte sind in erster Linie ausbildende Betriebe sowie Maßnahme- bzw. Projektträger im Bereich der Berufsausbildung. In geringem Umfang werden über die Förderbanken der Länder auch Darlehen zur Schaffung und Sicherung zusätzlicher Ausbildungsplätze an Unternehmen vergeben. Förderschwerpunkte und -voraussetzungen sind zwischen Bund und Ländern sowie von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich ausgestaltet.

Die vollständige Dokumentation der Förderprogramme und umfangreiche Tabellen mit Basisinformationen, Aufstellungen zu Förderfällen und Fördermitteln sowie zusammengefassten Informationen können im Internetangebot zum BIBB-Datenreport unter <http://datenreport.bibb.de> abgerufen werden.

(Michael Fritsche, Martin Nospickel, Wolters Kluver Deutschland)

D2 Modellversuche

Nach drei Jahren intensiver Arbeit legen die Projekte in den BIBB-Modellprogrammen in diesem Jahr ihre Ergebnisse vor. In enger Zusammenarbeit von Praxis und Wissenschaft wurden in den vom BMBF geförderten Projekten innovative Instrumente, Methoden, Verfahren und Curricula entwickelt und erprobt, die jetzt zur Verfügung gestellt werden.

Die Modellprogramme greifen konkrete Anforderungen und Probleme der Praxis auf und entwickeln und erproben hierfür Lösungen. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie wissenschaftlich fundiert, begleitet und evaluiert werden. Die Umsetzung der Projekte ist in einen intensiven Dialog von Wissenschaft, Politik und Praxis eingebettet; so haben sich die Projektpartner mit Akteuren aus den jeweiligen Regionen und in den Branchen hochgradig vernetzt. Die insgesamt 34 Projekte haben mit 4.170 Kooperationspartnern zusammengearbeitet; darunter waren rd. 3.630 Betriebe. Damit wird eine Weiterführung und Verbreitung der Projektergebnisse gewährleistet. Auf der Programmebene werden die Projekte ausgewertet und übergreifende Transferprodukte, wie beispielsweise eine „Checkliste“ für Qualitätsentwicklung und -sicherung in der betrieblichen Ausbildung, zur Verfügung gestellt. Über die geförderten Modellprojekte im Einzelnen informiert → **Table D2-1 Internet**.

Berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung

Nicht erst seit der Energiewende sind die betrieblichen Anforderungen an Klimaschutz, Energieeffizienz und einen verantwortlichen Umgang mit natürlichen Ressourcen gestiegen. Deshalb haben sechs Modellprojekte Lösungen erarbeitet, wie die berufliche Aus- und Weiterbildung ganz konkret in ausgewählten Branchen am Ziel einer nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet werden kann. Große Anerkennung findet das Modellprogramm auch durch die Auszeichnung als UN-Dekade-Projekt im Bereich der Berufsbildung.

Der Förderschwerpunkt „Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (BBNE) (Laufzeit 2010 bis 2013) steht in enger Beziehung zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014). Die Modellversuche entwickelten Lösungskonzepte für die Gestaltung und Weiterentwicklung der Berufsbildung in den Branchen Metall/Elektro mit Schwerpunkt „Erneuerbare Energien“, Bauen und Wohnen, Chemie und Ernährung. Die Projekte haben innerhalb der Berufsfelder auf Makro-, Meso- und Mikroebene Qualifikationsanforderungen identifiziert und analysiert, Curricula entwickelt sowie Lernmodule für den Ausbildungsprozess formuliert.

Im Bereich der Metall- und Elektroberufe sind wichtige Grundlagen für die Ordnungsarbeit entstanden. Für ein mögliches neues Berufsprofil zum Fachexperten bei Montage, Inbetriebnahme und Service von Offshore-Windanlagen wurden vom Modellversuch „Offshore-Kompetenz“ der Universität Bremen und weiterer Partner Kernarbeitsprozesse erforscht und definiert.

Im Bereich der Elektromobilität und erneuerbaren Energien stellt eine Informationsplattform, die das Institut für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim und die Metropol-Solar Rhein-Neckar e.V. entwickelten, erstmalig alle Aus- und Weiterbildungsangebote dar.

Für die von der der Universität Oldenburg und dem Bundestechnologiezentrum für Elektrotechnik in Oldenburg (BFE) neu entwickelte, kammerzertifizierte Generalisten-Fortbildung „Fachwirt/-in Erneuerbare Energie und Energieeffizienz“ startet mittlerweile der dritte Lehrgang, der sehr gut von Teilnehmenden diverser Berufe angenommen wird.

Im Berufsfeld Ernährung wurde von der Fachhochschule Münster/Institut für berufliche Lehrerbildung anhand von Kriterien einer nachhaltigen Gemeinschaftsverpflegung ein umfassendes Rahmencurriculum für Ernährungs- und Hauswirtschaftsberufe entwickelt, das diese Berufe inhaltlich modernisiert. Das Projekt wurde zweimal als UN-Dekade-Projekt „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ im Bereich der Berufsbildung ausgezeichnet.

Im Bereich Chemie sind von der Rhein-Erft Akademie (REA) Hürth praktische Handreichungen für den Aus- und Weiterbildungsprozess entwickelt worden. Sie bieten insbesondere dem Aus- und Weiterbildungspersonal zahlreiche Anregungen zur Umsetzung in der Praxis. Das Projekt wurde als UN-Dekade-Projekt „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ im Bereich der Berufsbildung ausgezeichnet.

Im Bereich Bauen und Wohnen wurden die Schnittstellenkompetenz und die Verzahnung der Gewerke hinsichtlich energieeffizienten Bauens neu herausgearbeitet. Auf dieser Grundlage wurden neue Lernmodule vom Netzwerk KOMZET Bau und Energie – ein Zusammenschluss der Kompetenzzentren in der Bauwirtschaft – entwickelt, die Aspekte der nachhaltigen Entwicklung thematisieren und insbesondere auf eine Verbesserung der Qualität der Bauausführung zielen.

Speziell für den Transfer der Projektergebnisse haben das BIBB und die wissenschaftliche Begleitung am 28. Mai 2013 im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Berlin die Tagung „Fit für die Zukunft“ veranstaltet und moderiert.³⁰¹ An dieser Veranstaltung nahmen zahlreiche Vertreter/-innen aus den Bereichen Berufsbildung, Wirtschaft und Politik teil. Die Zwischen- und Endergebnisse aller 6 Projekte werden in 2 Veröffentlichungen ausführlich dargestellt.³⁰²

(Andrea Mohoric)

Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung

Das Matching von Auszubildenden und Betrieb ist eine grundlegende Voraussetzung für eine erfolgreiche Berufsausbildung. Doch wie finden diese zueinander? Die Projekte im Modellprogramm „Neue

³⁰¹ Siehe www.bbne.bibb.de/de/64001.htm.

³⁰² Siehe Themenheft berufsbildung 141, Juni 2013 und Infoblatt im Förderschwerpunkt November 2013 (www.bibb.de/dokumente/pdf/Infoblatt_BBnE_Web.pdf).

Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“ sind dieser Frage nachgegangen. Sie erkunden Wege, um Betriebe zu unterstützen, geeignete Auszubildende zu finden und dabei auch das Potenzial der vermeintlich leistungsschwächeren Jugendlichen zu berücksichtigen. Das Leitmotiv dieses Modellprogramms ist, diese Jugendlichen nicht als Problem zu sehen, sondern die zunehmende Heterogenität im Sinne eines Diversity-Ansatzes als Chance zu verstehen, bisher brachliegende Talente zu entdecken und die Ausbildung zu verbessern.

In den 17 Modellversuchen und im Rahmen der Zusammenarbeit innerhalb des Programmnetzwerkes werden vielfältige Handlungsansätze, Methoden und Instrumente erarbeitet und erprobt. Bestehende Förderangebote werden geprüft und um innovative Herangehensweisen ergänzt. Im Fokus stehen dabei nach wie vor die Unternehmen, die unmittelbar in die Aktivitäten zur Vorbereitung und bei der Ausbildungsbegleitung auch der jungen Menschen, die zuvor nicht im Fokus der Betriebe standen, einbezogen werden. Hierzu sind vor allem neue Matchingprozesse gefordert.

Die Kooperationen und die regionalen und überregionalen Netzwerke der Modellversuche mit Partnern der Berufsbildung und des Arbeitsmarktes konnten im zurückliegenden Jahr zu 1.226 Partnerschaften weiter ausgebaut und erweitert werden → **Tabelle D2-1 Internet**. Im Austausch der Ausbildungsakteure und bei der Betriebsakquise wurde deutlich, dass es in manchen Branchen und Regionen heute bereits außerordentlich schwierig ist, Ausbildungsplätze zu besetzen. Die Ausbildung Jugendlicher, die von den Betrieben in Zeiten höherer Bewerberzahlen nicht eingestellt worden wären, bedarf allerdings einer kontinuierlichen Begleitung durch entsprechende Dienstleistungsangebote. In den Modellversuchen ist z. B. das externe Ausbildungsmanagement gezielt für den neuen Umgang mit der Heterogenität ausgebaut und erweitert worden.

Die neuen bzw. angepassten Instrumente und Handlungsansätze sind bereits unter wissenschaftlicher Begleitung sowie in der Diskussion mit Akteuren aus der Praxis und der Politik über den Kontext des

Modellversuchs hinaus erprobt worden. Sie befinden sich derzeit im Prozess des Transfers und der Verfestigung. Ausgangspunkt sind dabei Handlungsfelder, die im Verlauf der Arbeit auf der Basis der Förderrichtlinie und unter Beachtung der Bildungskette weiterentwickelt worden sind.

Bei den Handlungsfeldern „Netzwerkarbeit“ und „Qualifizierung des Ausbildungspersonals“ handelt es sich um solche, die einen übergreifenden Charakter haben und jeweils in engem Zusammenhang zu den Handlungsfeldern „Ausbildungsmarketing“, „Berufsvorbereitung im Betriebe“ und „Ausbildungsmanagement“ stehen. Die einzelnen Instrumente und Handlungsansätze der Modellversuche sind jeweils den Handlungsfeldern zugeordnet, in denen ihre Schwerpunkte liegen.

Die Handlungsansätze und Instrumente sind zunächst im Netzwerk (Modellversuche, WB, PL, BMBF) und anschließend in vielfältigen regionalen Transferveranstaltungen, runden Tischen, Beiräten, auf den Arbeitsforen und Netzwerktreffen des Programms sowie in öffentlichen Transferveranstaltungen zur Diskussion gestellt worden.³⁰³ Die zahlreichen Teilnehmer/-innen gaben hilfreiche Anregungen und Impulse für die weitere Programmarbeit und wirken als Multiplikatoren im aktuellen Transfer- und Verfestigungsprozess.

(Marion Trimkowski, Gisela Westhoff)

Qualitätsentwicklung und -sicherung in der betrieblichen Ausbildung

Qualität ist ein Dauerthema in der beruflichen Bildung. Befeuert wird es zurzeit einerseits über die Herausforderung, den Bedarf an qualifizierten Fachkräften zu decken und andererseits die berufliche Bildung auch in Konkurrenz zu den Hochschulen attraktiv zu gestalten. Nicht zuletzt verlangt

³⁰³ Z. B. auf dem Christiani-Ausbildertag (Dokumentation unter www.bibb.de/heterogenitaet), im Workshop 15 „Neue Wege in die duale Ausbildung — Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“ auf den Hochschultagen Berufliche Bildung sowie im Workshop 22 Demographischer Wandel und Fachkräftesicherung im Berufsbildungsraum Rhein-Ruhr (www.bwpat.de/ausgabe/ht2013).

die Europäische Union europaweit vergleichbare Standards und Verfahren der Mitgliedsländer für Qualitätssicherung auf allen Ebenen der beruflichen Bildung, um den Aufbau des gemeinsamen Bildungsraums zu fördern. In einem bundesweiten Modellprogramm werden daher Wege zur Steigerung und Sicherung der Qualität der betrieblichen Berufsausbildung in Handwerk, Industrie und im Dienstleistungsbereich gefördert, entwickelt und erprobt. Das Modellprogramm fokussiert die Lücke zwischen Modernisierungsdiskursen und den faktischen Auszubildendenverhältnissen, insbesondere in KMU. Es ist Teil nationaler und europäischer bildungspolitischer Initiativen zur Steigerung der Attraktivität und Wertigkeit der Berufsbildung sowie zur Sicherung des Fachkräftebedarfs.

Aus insgesamt 10 Modellversuchen stehen 90 differenzierte Konzepte und Instrumente mit hohem Reflexionsanteil zur Verfügung, um die Ausbildung in KMU zu unterstützen und zu optimieren. Im Rahmen der Modellversuche wurden alltägliche Prozesse von der Auszubildendengewinnung und Planung der Ausbildung bis zur Prüfungsvorbereitung analysiert und professioneller gestaltet. Mit Blick auf die Lernenden wie die Betriebe wurden zahlreiche Instrumente zur Strukturierung, Förderung der Kommunikation und Reflexion in und mit der betrieblichen Ausbildung in KMU mit Erfolg erprobt. Dabei spielt die Anwendung des Qualitätszyklus eine besondere Rolle. Wichtig ist, dass Qualitätssicherung und -entwicklung auf der Ebene der Lehr- und Lernprozesse in den Betrieben ankommt. Grundlegend hierfür sind Instrumente, mit denen sich die Beteiligten am Ausbildungsprozess gemeinsam auf Ziele verständigen und diese beispielsweise in Leitbildern definieren. Die Kommunikation zwischen den Auszubildenden und dem ausbildenden Personal im Betrieb ist hierbei zu intensivieren und systematisch zu gestalten, damit Konflikte, Qualitäts- und Leistungsdefizite frühzeitig erkannt und behoben werden. Die Modellversuche zeigen, dass mithilfe regelmäßiger Feedback-Gespräche Konflikte, die die Ausbildung gefährden, vermieden werden konnten.

Zudem zielen die Konzepte auf eine verbesserte Kooperation der Lernorte, um Lernen qualitativ zu planen, zu gestalten und zu reflektieren. Hierfür

stehen zum Abschluss des Modellprogramms praxisbewährte und einfach zu handhabende Materialien für Betriebe und Bildungsdienstleister zur Verfügung. In seiner dreijährigen Laufzeit konnte insgesamt ein Netzwerk mit rund 50 strategischen Institutionen und ca. 1.500 betrieblichen Verbund- und Kooperationspartnern aufgebaut werden.

Mit der wissenschaftlichen Begleitung der 10 Modellversuche war das Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb) in Zusammenarbeit mit dem Institut für Berufspädagogik und Allgemeine Pädagogik am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) betraut. Die zentralen Ergebnisse des Programms wurden auf einer Abschlussveranstaltung³⁰⁴ vorgestellt und mit rund 140 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Praxis diskutiert. Der Transfer hat begonnen; dies zeigen erste Erfolge in Richtung auf Verstärkung und Bekanntmachung, die auf betrieblicher Ebene wie auch in der Politik zu verzeichnen sind. So haben zwei Bundesländer die Übernahme einer Anschlussfinanzierung für einzelne Modellprojekte zugesagt. Aus dem Programm resultieren mehrere Veröffentlichungen für Praxis und Wissenschaft.³⁰⁵

(Dorothea Schemme)

BMBF-Initiative „ANKOM – Förderung von Maßnahmen für den Übergang von der beruflichen in die hochschulische Bildung“

Mehr Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und Hochschule erfordert ein zielgruppenspezifisches Übergangsmanagement. Mit den zwischen 2005 und 2008 in der BMBF-Förderinitiative „ANKOM – Anrechnung“ entwickelten und erprobten Verfahren zur Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge konnten hierzu wesentliche Beiträge geleistet werden. Die 2012 gestartete BMBF-Förderinitiative „ANKOM – Übergänge von der beruflichen in die hochschulische Bildung“

304 Weitere Informationen zur Tagung unter www.bibb.de/ausbildungsqualitaet.

305 Weitere Informationen zum Programm und den konkreten Projekten bietet die Internetseite www.bibb.de/qualitaet.

knüpft an diese Ergebnisse an. In 20 Projekten werden bis Oktober 2014 für die Zielgruppe beruflich Qualifizierter unterstützende Maßnahmen und Modelle des Studieneinstiegs und der Studiengestaltung entwickelt und erprobt, die insbesondere der Lebens- und Arbeitssituation Berufstätiger Rechnung tragen.³⁰⁶ Die Mehrzahl der Projekte (19) wird an privaten und öffentlichen Universitäten und Fachhochschulen durchgeführt und ein Projekt bei einem Bildungsträger. Die in die Projekte einbezogenen Fachbereiche umfassen u. a. Studiengänge der Informationswissenschaften (Bibliotheksmanagement, Archivwesen etc.), der Sozialen Arbeit, Pflegewissenschaften, Landwirtschaft, Chemie, Biologie, Betriebswirtschaft, Optometrie, Berufs-/Betriebspädagogik, des Maschinenbaus, Finanzmanagements und des Gesundheitsmanagements.

Wissenschaftlich begleitet wird die Initiative „ANKOM – Übergänge“ vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) – ehemals HIS-Institut für Hochschulforschung der HIS GmbH – in Kooperation mit dem Institut für Innovation und Technik (iit) der VDI/VDE-IT. Projektträger des Programms ist das BIBB. Im Rahmen der Projektträgerschaft steht im BIBB ein Expertiseteam für Fragen zu den in die Projekte einbezogenen Fortbildungsberufen zur Verfügung. Als operativer Kooperationspartner der wissenschaftlichen Begleitung hat das BIBB neben der prozessbegleitenden Beratung die Aufgabe, Fragestellungen und Konzeptansätze in die Arbeits- und Auswertungsprozesse einzubringen, die im Zuständigkeitsbereich der beruflichen Bildung liegen und von denen ein innovativer Beitrag zu den Zielen der Initiative erwartet wird. Zu diesem Zweck werden in den Projekten momentan Aspekte der Information und Beratung beruflich Qualifizierter und der Verzahnung von Fortbildungsordnungen und Hochschulstudiengängen untersucht.

In Hinblick auf die Ziele der Projekte zeichnen sich durchweg positive Entwicklungen ab. So befinden sich von den eingangs geplanten Maßnahmen und Modellen u. a. folgende bereits in der Erprobung:

eine webbasierte Portfolioanalyse, Mentoring- und Coaching-Programme, zielgruppenspezifische Sprechstunden, Self-Assessment-Tools und Orientierungsvideos für Studieninteressierte. Einige der Projekte konnten bereits umfassende virtuelle Lernumgebungen mit integrierten Orientierungs- und Brückenkursen sowie onlinebasierte Beratungsportale entwickeln, um den Übergang von der beruflichen in die hochschulische Bildung zu erleichtern. Insbesondere die Informations- und Beratungsangebote werden vermehrt in Kooperation mit Einrichtungen der beruflichen Bildung konzipiert und umgesetzt. Über die im Vorfeld formulierten Projektziele hinaus konnten weitere zukunftsweisende Maßnahmen, wie z. B. die Umsetzung standortübergreifender Prüfungen via Skype, generiert werden.

Für die Zukunft ist zu erwarten, dass weitere den Übergang zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung erleichternde Maßnahmen entwickelt werden, deren Implementierung auch nach Ende der Förderphase Thema sein wird.

(Egon Meerten, Kim-Maureen Wiesner)

³⁰⁶ Weiterführende Informationen sowie eine Übersicht der einzelnen Projekte inklusive der jeweiligen Projektskizzen finden sich unter www.bibb.de/ankom oder <http://ankom.his.de/>.

D3 Förderung von überbetrieblichen Berufsbildungszentren (ÜBZ) und Kompetenzzentren

Als Partner der dualen Berufsausbildung und der beruflichen Weiterbildung übernehmen überbetriebliche Berufsbildungszentren (ÜBZ) eine wichtige Rolle. Sie ergänzen die betriebliche Ausbildung durch die Vertiefung vor allem fachpraktischer Ausbildungsinhalte. Überwiegend für die im Handwerk angesiedelten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) kann so ein unterstützendes Angebot zur Gewährleistung der Ausbildung unterbreitet werden. Anderenfalls könnten KMU Teile der Ausbildungsinhalte nur schwer vermitteln (vgl. Kielwein 2005). Insbesondere neue technologische Entwicklungen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung erfordern entsprechend novellierte und neue Qualifizierungsangebote. Somit wird zur Sicherung der Ausbildungsfähigkeit von Betrieben beigetragen, in denen technologische Innovationen auch aufgrund ihrer zunehmenden Spezialisierung nur schwer in den Ausbildungsalltag zu integrieren wären. Aus dieser Situation ergibt sich schon immer „der Bildungsauftrag, den überbetriebliche Berufsbildungsstätten gleichsam als Äquivalent zur betrieblichen Lehrwerkstatt wahrzunehmen haben. Sie haben die Aufgabe, den betrieblichen Qualifizierungsanteil außerhalb des Betriebes in allen Phasen der betrieblichen Ausbildung zu ergänzen“ (Kielwein 2005, S. 7).

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert die ÜBZ seit den 1970er-Jahren. Ziel ist es, die berufliche Bildung in ganz Deutschland auf gleich hohem Niveau und dem jeweilig neuesten Stand der Technik zu halten. Das BIBB fördert im Auftrag des BMBF³⁰⁷ investive Vorhaben, die im Bereich der beruflichen Erstausbildung angesiedelt sind → [Tabelle D3-1](#). Neben den durch das BIBB betreuten Vorhaben werden Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung, die ebenfalls ein wichtiges Aufgabenfeld der ÜBZ darstellen, in einer gemeinsamen Richtlinie vom Bundesamt für Wirtschaft und Aus-

fuhrkontrolle im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft gefördert → [Tabelle D3-2](#).

Durch die Gestaltung der Bildungsangebote in den ÜBZ wird sichergestellt, dass neben der Qualitätssicherung auch die wichtige Funktion der ÜBZ als Wegbereiter und Vorreiter bei der Einführung neuer Lehr-/Lernkonzepte wahrgenommen werden kann. Hierzu trägt u. a. die Tatsache bei, dass die Zentren über Bildungspersonal verfügen, das entsprechend der Anforderung einer hochwertigen Ausbildung qualifiziert ist und somit auch dem Anspruch gerecht wird, der sich aus den heterogenen Gruppen der Aus- und Weiterzubildenden ergibt.

Neu entstehende Anforderungen an die Qualifizierung von Fachkräften finden sich für die berufliche Aus- und Weiterbildung immer wieder. Entwicklungen, wie sie beispielsweise aktuell im Bereich der Elektromobilität zu finden sind, verdeutlichen dies eindrücklich. Es wird erforderlich, Qualifikationen zu erwerben, die für einzelne Ausbildungsberufe bisher nur von geringer Relevanz waren. In der Folge müssen auch Berufsbilder und die zugehörigen Ordnungsmittel angepasst werden. Als Beispiel sei hier auf den neu geordneten Ausbildungsberuf zum/zur Kfz-Mechatroniker/-in verwiesen.

Ganz in diesem Sinne startete 2013 die Qualifizierungsoffensive „Spannende Ausbildung! – E-Mobilität in Überbetrieblichen Berufsbildungszentren“ mit dem Ziel, Qualifizierungsangebote zur Elektromobilität für Auszubildende in den Bereichen Kraftfahrzeugtechnik, Elektro- und Informationstechnik sowie Zweiradtechnik zu konzipieren. Außerdem können über diese Qualifizierungsoffensive notwendige Ausstattungen in den Werkstätten (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2013) getätigt werden. Das BMBF stellte hierfür 5 Mio. € aus Mitteln des nationalen Energie- und Klimafonds für die ÜBZ zur Verfügung. Die Nachfrage nach Förderung überstieg die zur Verfügung stehenden Mittel erheblich und zeigt, welches großes Interesse an diesem Bereich besteht.

Auch das Projekt „Netzwerk Qualifizierung Elektromobilität (NQuE)“, das das BIBB, die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen und die Hochschule Ingolstadt gemeinsam durchführen,

³⁰⁷ Dies geschieht unter finanzieller Beteiligung des jeweiligen Bundeslands sowie der Träger der Bildungsstätte.

Tabelle D3-1: Verteilung der verausgabten Mittel im Rahmen der ÜBZ-Förderung – Bundesinstitut für Berufsbildung

Haushaltsjahr	ÜBZ	Kompetenzzentren (KomZet)	Insgesamt ausgezahlte Mittel (ÜBZ + KomZet)
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
2009	rd. 41,8	rd. 4,2	46
2010	rd. 42,0	rd. 1,0	43
2011	rd. 39,0	rd. 1,0	40
2012	rd. 39,0	rd. 1,0	40
2013	rd. 39,0	rd. 1,0	40

Anmerkung: Die Beträge beinhalten – prozentual verteilt – die erforderlichen Gutachterkosten.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

Tabelle D3-2: Verteilung der verausgabten Mittel im Rahmen der ÜBZ-Förderung – Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)

Haushaltsjahr	ÜBZ	Kompetenzzentren (KomZet)	Insgesamt ausgezahlte Mittel (ÜBZ + KomZet)
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
2009	rd. 15,7	rd. 9,90	25,60
2010	rd. 22,2	rd. 1,81	24,01
2011	rd. 22,8	rd. 1,49	24,29
2012	rd. 22,5	rd. 5,56	28,06
2013	rd. 24,3	rd. 4,46	28,76

Anmerkung: Die Beträge beinhalten – prozentual verteilt – die erforderlichen Gutachterkosten.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

startete 2013. Hier werden Qualifizierungsmaßnahmen sowohl im Bereich der beruflichen als auch der akademischen Bildung mit einem Bezug zur Elektromobilität identifiziert und bewertet. So soll ein Netzwerk relevanter Bildungsakteure aufgebaut werden, in dem auch die ÜBZ eine wichtige Rolle spielen. Das Netzwerk hat zum Ziel, Handlungsempfehlungen zu entwerfen, welche die Entwicklung eines leistungsfähigen Mobilitätskonzeptes forcieren. Hierfür werden Ergebnisse der Pilotprojekte, die im Rahmen der Schaufenster Elektromobilität³⁰⁸ durch-

geführt werden, aber auch darüber hinausgehende Angebote hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit im bestehenden Aus- und Weiterbildungssystem diskutiert. Damit wird gleichzeitig ein Kommunikationsprozess zwischen den Akteuren unterschiedlicher Branchen unterstützt.

Einen wichtigen Beitrag für innovative Qualifizierungsangebote in der Aus- und Weiterbildung leisten ergänzend die ÜBZ, die sich zu Kompetenzzentren weiterentwickeln. Seit Anfang der 2000er-Jahre fördert der Bund diese qualitative Weiterentwicklung ausgewählter ÜBZ. Ziel ist es, geeignete Bildungsstätten zu modernen, kundenorientierten Berufsbil-

308 Siehe www.schaufenster-elektromobilitaet.org.

dungsdienstleistern zu entwickeln und ihnen eine Leuchtturmfunktion für andere ÜBZ zu übertragen. Die von den Kompetenzzentren erarbeiteten berufspädagogischen Konzepte, die vor allem aus den Erkenntnissen von Forschung und Entwicklung resultieren und im Hinblick auf ihre Verwertung für klein- und mittelständische Unternehmen überprüft werden, ermöglichen somit einen Transfer in die Bildungspraxis und aus ihr heraus. Die Förderung eines Kompetenzzentrums setzt die Qualifizierung des ÜBZ in einem fachlichen Schwerpunkt voraus und verlangt die Vorlage eines tragfähigen Geschäftsmodells. Im Laufe der Entwicklungsphase sind zahlreiche Anforderungen zu erfüllen, die in „9 Handlungsfeldern“ (vgl. Kielwein 2005, S. 60) definiert sind, die das Kompetenzzentrum zu einer „lernenden Organisation“ wachsen lassen und auch künftige dynamische Entwicklungen ohne staatliche Förderung ermöglichen sollen.

Kompetenzzentren leisten somit nicht nur einen wichtigen Beitrag für die Verbesserung der Ausbildungsqualität durch die von ihnen im Rahmen ihres Kompetenzschwerpunktes realisierten Projekte, sondern sie können auch durch ihre eigene Neuausrichtung anderen ÜBZ als Beispiel dienen. Um dies zu ermöglichen stellt der Bund mit der Kompetenzzentrenförderung nicht nur Mittel für investive Maßnahmen zur Verfügung, sondern auch für das erforderliche Personal. Das BIBB begleitet die Zentren auf diesem Weg.

(Christiane Köhlmann-Eckel, Alexandra Kurz,
Antje Leichsenring)

E Monitoring zur Internationalisierung der Berufsbildung

Das Wichtigste in Kürze

Ziel des Kapitels ist es, aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen deutscher Berufsbildung innerhalb eines europäischen und internationalen Kontexts zu verorten und die indikatorengestützte Berichterstattung des Datenreports zum Berufsbildungsbericht der Bundesregierung unter Bezug auf Entwicklungen im Rahmen der Internationalisierung der beruflichen Bildung sowie mit Blick auf international vergleichende Studien, Indikatoren und Benchmarks zu erweitern.

Das internationale Interesse an der dualen Berufsbildung ist weiterhin groß. Daher behandelt dieser Teil ausführlich die unterschiedlichen Formen der Ausgestaltung dualer und betriebsintegrierter Aus- und Weiterbildung in europäischen und außereuropäischen Industrieländern. Hinsichtlich der Indikatoren und Benchmarks, die im Rahmen des gemeinsamen Arbeitsprogramms der EU als gemeinsames Monitoringinstrument vereinbart worden sind, liegen im Vergleich zum Vorjahresbericht keine neuen Erkenntnisse vor, sodass hier auf die entsprechenden Darstellungen im BIBB-Datenreport 2013, Kapitel E verwiesen sei. Mit Blick auf die Entwicklung der grenzüberschreitenden Mobilität in der beruflichen Bildung werden Daten aus dem EU-Berufsbildungsprogramm LEONARDO DA VINCI zusammengefasst dargestellt. Nachdem das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen (Anerkennungsgesetz) im April 2014 zwei Jahre in Kraft ist, liegt ein wachsender Datenbestand zur Umsetzung des Gesetzes vor. Neben den Zahlen zur Nutzung des Portals „Anerkennung in Deutschland“ werden die statistischen Daten auf Bundesebene dargestellt und erläutert, die Anhaltspunkte zu Nutzung und Auswirkungen des Anerkennungsgesetzes geben.

Folgende Ergebnisse sind hervorzuheben:

- International gesehen gibt es verschiedene Formen betriebsintegrierter Ausbildung. Das aus-

gebaute System der dualen Berufsausbildung mit der Integration in die Sekundarstufe II und dem spezifischen Beschäftigungsstatus der Auszubildenden, über das wir in Deutschland verfügen, ist im internationalen Vergleich eher eine Ausnahme. In anderen Ländern existieren dualisierte Modelle in bestimmten Berufen oder einzelnen Regionen. Diese sind häufig im Bereich der Weiterbildung verortet. Daher ist es wichtig, das Arbeitsmarktssystem und das Bildungssystem zu betrachten. Weitere Formen dualisierter Berufsbildung stellen die kooperative Berufsbildung (Co-operative Education) und die alternierende Berufsausbildung (Alternance) dar.

- Die in den Medien häufig verwendete Kennziffer der Jugendarbeitslosigkeit in der EU berechnet sich aus der Relation der arbeitslosen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren zu den Erwerbspersonen in diesem Alter. Junge Menschen, die sich noch im Bildungssystem befinden, gelten formal als nicht erwerbstätig und fließen daher nicht in diese Berechnung ein. Wird die Gruppe der Nichterwerbspersonen in die Berechnung einbezogen, so sinkt der Anteil junger Arbeitsloser EU-weit deutlich und liegt im Durchschnitt bei 9,7 %. Deutschland hat nach dieser Berechnung einen Anteil von 4,7 % und führt damit die Rangliste der europäischen Staaten an.
- Die Steigerung der regionalen Mobilität hat in der deutschen und europäischen Bildungspolitik weiterhin hohe Priorität. Auf EU-Ebene ist bis 2020 beabsichtigt, dass 6 % der 18- bis 34-Jährigen mit einem berufsbildenden Abschluss einen Auslandsaufenthalt von mindestens 2 Wochen während ihrer Ausbildung nachweisen. Für Deutschland hat der Bundestag im Januar 2013 das Ziel festgeschrieben, dass mindestens 10 % der Auszubildenden entsprechende Erfahrungen im Ausland sammeln. Der geschätzte prozentuale Anteil liegt für Deutschland aktuell bei etwas mehr als 4 %. Im EU-Berufsbildungsprogramm LEONARDO DA VINCI haben sich im Zeitraum 2007 bis 2013 die Teilnehmezahlen im Bereich

der Erstausbildung mehr als verdoppelt. Die durchschnittliche Dauer des Auslandsaufenthaltes liegt bei ca. 5 Wochen.

- Bis Ende 2012 wurden knapp 11.000 Anträge auf Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen gestellt. Hiervon bezogen sich fast 80 % auf die Anerkennung eines in Deutschland reglementierten Berufs. Mehrheitlich besitzen die Antragstellenden die Staatsbürgerschaft eines EU-Landes. Die deutliche Mehrheit der nachfolgenden Bescheide stellt eine volle Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation mit dem deutschen Referenzberuf fest. Der Informations- und Beratungsbedarf zu den Verfahren der beruflichen Anerkennung ist weiter gestiegen. Im Ausland überwiegt auch hier die Nutzung durch Besucher aus einem Staat der EU bzw. des europäischen Wirtschaftsraums.

(Birgit Thomann)

E1 Internationale Vergleichsstudien, Indikatoren und Benchmarks zur beruflichen Aus- und Weiterbildung

Im letzten BIBB-Datenreport wurde über Stand und Verlauf der sieben Bildungsbenchmarks der EU-Kommission berichtet. Im Berichtszeitraum hat es hinsichtlich dieser Benchmarks keine größeren Veränderungen gegeben.

Eine nennenswerte und für die Berufsbildung relevante Veränderung ist allerdings die Veröffentlichung der Ergebnisse von PISA 2012 im Dezember 2013, bei der sich eine Verbesserung der Position Deutschlands hinsichtlich der europäischen Benchmark „Grundkompetenzen“ ergibt.³⁰⁹ Gemessen werden hier die Lese- und Rechenleistungen und die Leistungen in Naturwissenschaften. In Mathematik und in der Lesekompetenz haben sich die Leistungen deutscher Schüler/-innen am Ende der Sekundarstufe I seit der letzten Studie von 2009 verbessert.

Angesichts der mit der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise einhergehenden Arbeitslosigkeit, von der in besonderem Maße junge Erwachsene betroffen sind (vgl. Kapitel E im BIBB-Datenreport 2011 und 2012), wird die duale Berufsausbildung vor allem hinsichtlich ihres Beitrages zum erfolgreichen Übergang von der Schule in die Arbeitswelt gewürdigt und als Referenzmodell vorgeschlagen. Aus diesem Grund haben die Arbeitsminister der G-20-Staaten die duale Berufsbildung in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Auch die Europäische Kommission hat im Juli 2013 eine „Europäische Allianz für duale Berufsausbildung“ ausgerufen. Diese Initiative nimmt den Umsetzungsprozess der Berliner Konferenz vom 10. Dezember 2012 auf und hebt sie auf eine europäische, alle Mitgliedsstaaten umfassende Ebene.

In den Hintergrund ist dabei eine andere Diskussion um Berufsbildungssysteme getreten: in den letzten 10 Jahren wurde in der internationalen Debatte oft die These vertreten, dass eine zu frühe und zu spezialisierte Berufsbildung die individuellen Entwicklungs- und Karrieremöglichkeiten einschränke. Empirische Evidenz für diese These wurde zum Beispiel dahin gehend vorgelegt, dass für junge Menschen mit berufsbildendem Abschluss zwar ein guter Übergang in den Arbeitsmarkt gewährleistet werden könne, aber Erwachsene mit beruflichem Abschluss größere Schwierigkeiten haben, aus einer Arbeitslosigkeit wieder in Erwerbstätigkeit einzutreten, als diejenigen mit einem Hochschulabschluss (Hanushek/Wößmann/Zhang 2011). Die OECD hat sich in 2 aufeinander folgenden Projekten nun verstärkt der Berufsbildung zugewendet und würdigt damit die Stärken ausgebauter Berufsbildungssysteme im internationalen Vergleich (Fazekas/Field 2013; Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2010). Hinsichtlich der Relevanz von Grundkompetenzen sei insbesondere auf den zweiten Global Report on Adult Learning and Education (GRALE) verwiesen, der im Auftrag der UNESCO insbesondere Fragen der Alphabetisierung und der Basiskompetenzen für erfolgreiche Lernprozesse thematisiert (UNESCO 2013). Überdies sind im Jahr 2012 die ersten Ergebnisse der OECD-Studie PIAAC erschienen, einer groß angelegten Vergleichsstudie, in der die Grundkompetenzen Erwachsener gemes-

309 Vgl. www.pisa.tum.de/.

sen werden. Differenzierte Auswertungen für die berufliche Bildung und ihren Zusammenhang mit der Entwicklung von Grundkompetenzen bei Erwachsenen stehen allerdings noch aus (Rammstedt 2013).

E2 Formen betriebsintegrierter Ausbildung in Europa

Jugendarbeitslosigkeit in Europa

Die alarmierend hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern ist einer der wichtigsten Gründe für das hohe Interesse, das der dualen Berufsbildung in den letzten zwei Jahren entgegengebracht wird. Im BIBB-Datenreport 2012 (Kapitel E1.1, Schaubild E1.1-2) ist die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in den letzten 20 Jahren in den OECD-Ländern dokumentiert. Es zeigen sich erhebliche Unterschiede sowohl im Hinblick auf das Niveau als auch bei den Entwicklungsverläufen. Aktuelle Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit finden sich in → **Tabelle E2-1**.

In der Diskussion der letzten Monate ist mit Blick auf die Interpretation dieser Daten zu berücksichtigen, dass diese Jugendarbeitslosigkeit aus der Relation der arbeitslosen jungen Menschen (5,6 Mio. in der EU-28) zu allen Erwerbspersonen in dieser Altersgruppe (24,4 Mio.) berechnet wird, wobei die Nichterwerbspersonen (33 Mio.) nicht berücksichtigt sind, die sich überwiegend noch im Bildungssystem befinden. Wird beispielsweise eine Jugendarbeitslosigkeitsquote von 56,3% für Griechenland gemessen, so bedeutet das nicht, dass über die Hälfte der jungen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren in Griechenland arbeitslos sind, sondern dass jede zweite Erwerbsperson (d. h. Erwerbstätige und diejenigen, die eine Erwerbstätigkeit anstreben) in dieser Altersgruppe arbeitslos ist → **Tabelle E2-1** und **E**. Wird auch die Gruppe der Nichterwerbspersonen in die Berechnungen einbezogen und die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen in Relation zur Bevölkerung im gleichen Alter gesetzt, ergeben sich insgesamt niedrigere Anteilswerte: Der EU-Durchschnitt liegt bei 9,7%; für Spanien (20,6%), Griechenland (16,1%) und Portugal (14,3%) werden die höchsten

Anteile an jungen Arbeitslosen in der Altersgruppe ermittelt, während Deutschland mit einem Anteil von 4,1% auch hier die Rangliste der europäischen Staaten anführt.

E Messung von Jugendarbeitslosigkeit im internationalen Vergleich – relative Jugendarbeitslosigkeit

Bei den Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit ist im Hinblick auf Vergleichbarkeit und Aussagekraft Vorsicht geboten: So werden z. B. in Deutschland die Auszubildenden im dualen System zu den Erwerbspersonen gerechnet, da ihre Ausbildungsverhältnisse – anders als bei schulischen Ausbildungen – als Arbeitsverhältnisse gelten. Um z. B. konjunkturelle Effekte zu kontrollieren, muss man die Jugendarbeitslosigkeit des jeweiligen Landes in Relation zur Gesamtarbeitslosigkeit (nach ILO-Definition) setzen. Hierzu sind in → **Tabelle E2-1** die Arbeitslosenquoten der unter 25-Jährigen den Arbeitslosenquoten der 25- bis 74-Jährigen gegenübergestellt. Der daraus resultierende Quotient (relative Jugendarbeitslosigkeit) zeigt, inwieweit Jugendliche unter den Arbeitslosen in besonderem Maße benachteiligt sind. Trotz einer Erhöhung dieses Quotienten (der im Jahr 2001 noch bei 1,01 gelegen hatte) auf 1,56 im Jahr 2012 sind Jugendliche in Deutschland unter den Arbeitslosen im europäischen Vergleich nach wie vor am geringsten benachteiligt (Rangplatz 1). In Norwegen ist das Risiko für junge Menschen im Vergleich zu den älteren Menschen (bei einer ähnlichen Arbeitslosenquote) hingegen mehr als doppelt so groß wie in Deutschland (Rangplatz 24).

Eine andere Kennzahl zur Arbeitslosigkeit von Jugendlichen setzt die Anzahl der arbeitslosen Jugendlichen in ein Verhältnis mit allen Personen (Erwerbs- und Nichterwerbspersonen) in derselben Altersgruppe. Sie gibt damit den Anteil der Arbeitslosen an der Altersgruppe an.

Begonnen hat das verstärkte Interesse der Europäischen Kommission und der Mitgliedsstaaten für duale Berufsbildung angesichts der schlechten Arbeitsmarktsituation für Jugendliche Mitte der 2000er-Jahre. In vielen, insbesondere südeuropäischen Ländern wurde die Situation bemängelt, dass sich an die abgeschlossene Ausbildung eine Phase der Aneinanderreihung von unregelmäßigen und prekären Beschäftigungsverhältnissen anschließt. Dieses Phänomen wurde mit besonderem Blick auf

Tabelle E2-1: Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit und relative Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich

Land	Arbeitslosenquote in % Personen von 15 bis 24 Jahren Jugendarbeitslosigkeit			Ranking (2012) ALQ (15–24)	Arbeitslosenquote in % Personen von 25 bis 74 Jahren			Betroffenheit der Jüngeren im Vergleich zu den Älteren: (ALQ 15–24)/ (ALQ 25–74)			Ranking (2012) ALQ (15–24)/ ALQ (25–74)	Anteil der Arbeitslosen an der Altersgruppe der Personen von 15 bis 24 Jahren (2012)
	2005	2009	2012		2005	2009	2012	2005	2009	2012		
Europäische Union (27 Länder)	18,7	20,0	22,8	von 28¹	7,7	7,6	9,1	2,43	2,63	2,51	von 28¹	9,7
Belgien	21,5	21,9	19,8	10	7,1	6,6	6,4	3,03	3,32	3,09	19	6,2
Dänemark	8,6	11,2	14,1	5	4,2	5,0	6,3	2,05	2,24	2,24	5	9,1
Deutschland	15,5	11,2	8,1	1	10,6	7,3	5,2	1,46	1,53	1,56	1	4,1
Griechenland	26,0	25,8	55,3	28	8,4	8,3	22,0	3,10	3,11	2,49	10	16,1
Spanien	19,7	37,8	53,2	27	7,7	15,9	22,7	2,56	2,38	2,34	6	20,6
Frankreich	21,1	23,5	24,6	16	7,9	7,8	8,7	2,67	3,01	2,83	16	9,0
Italien	24,0	25,4	35,5	25	6,2	6,4	8,9	3,87	3,97	3,97	25	10,1
Lettland	13,6	33,6	28,4	22	8,3	14,9	13,5	1,64	2,26	2,10	2	11,4
Luxemburg	14,3	16,5	18,0	7	3,8	4,1	4,2	3,76	4,02	4,29	28	5,0
Niederlande	9,4	7,7	9,5	4	4,5	3,0	4,5	2,09	2,57	2,11	3	6,6
Österreich	10,3	10,0	8,7	3	4,3	3,9	3,6	2,40	2,56	2,42	9	5,2
Portugal	16,1	20,0	37,7	26	6,8	8,7	14,0	2,85	2,30	2,69	13	14,3
Schweden	22,6	25,0	23,7	15	5,7	5,9	5,7	3,96	4,24	4,16	27	12,4
Vereinigtes Königreich sowie Norwegen	12,8 11,4	19,1 8,9	21,0 8,6	13 2	3,3 3,4	5,5 2,2	5,7 2,3	3,88 3,35	3,47 4,05	3,68 3,74	23 24	12,4 4,8

¹ EU-27 plus Norwegen.

Quelle: Eurostat; Daten aus Labour Force Survey (LFS); Arbeitslosigkeit nach ILO-Konzept; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Hochschulabsolventen als „Generation Praktikum“ diskutiert. In Spanien, Italien, Griechenland und Frankreich wurde diese Diskussion von öffentlichen Jugendprotesten begleitet und z. B. auch von der Vertretung der europäischen Jugendlichen, dem European Youth Forum, aufgenommen.

Während das Phänomen „Generation Praktikum“ in Deutschland in erster Linie für den eng abgegrenzten Bereich von Hochschulabsolventen diskutiert und vielfach überschätzt wurde, spielt das Problem in einigen Ländern eine quantitativ größere Rolle, vor allem auch deswegen, da die Stellen des mittleren Qualifikationsniveaus häufiger als in Deutschland mit Hochschulabsolventen besetzt werden (vgl. BIBB-Datenreport 2011, Kapitel E1).

Die Europäische Kommission richtet ihr Interesse nicht zuletzt auf dieses Thema, weil in vielen europäischen Ländern Mittel des Europäischen

Sozialfonds (ESF) bei der Unterstützung der Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen und damit für Praktika und Formen dualer Berufsausbildung zum Einsatz gelangen. Hierfür ist seitens der Kommission ein Beratungsportal³¹⁰ eingerichtet worden, an dem das BIBB beteiligt ist.

Formen von Dualität in der Berufsbildung

Entsprechend war es zunächst die Generaldirektion Beschäftigung der EU-Kommission, die sich auf der Grundlage eines Parlamentsbeschlusses diesem Thema in 2 Überblicksstudien widmete (European Commission u. a. 2012; European Commission/IKEI 2012). Im Nachgang der Studien wurde eine öffentliche Konsultation zur Qualität von Praktika (Traineeships/Internships) durchgeführt, die in die Emp-

³¹⁰ Siehe ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1045&intPagelId=1867&langId=en.

Tabelle E2-2: Betriebliche Berufsausbildung (Apprenticeship) und Praktika (Traineeship)

	Betriebliche Berufsausbildung (Apprenticeship)	Praktikum (Traineeship)
Umfang	Ausbildung mit beruflichem Abschluss	Betriebliche Praxis als Ergänzung eines Ausbildungsprogramms oder des individuellen Bildungswegs
Ziel	Beruflicher Abschluss/Formale Qualifikation	Dokumentierte Praxiserfahrung
Ebenen des Bildungssystems	I. d. R. EQR-Ebenen 3–5	Alle Ebenen (auch vorberufliche Bildung und Hochschulbildung), teilweise auch nach Abschluss der Ausbildung
Inhalte	Gesamtes Bündel an für den Beruf benötigtem Wissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten	Orientierung und/oder Teile des für einen Beruf erforderlichen Wissens und entsprechender Fertigkeiten und Fähigkeiten
Lernen im Arbeitsprozess	Gleichwertig zu schulischem Unterricht	Üblicherweise als Zusatz zu Unterricht oder als Option
Zeit	Festgelegt, mittel- und langfristig (bis vier Jahre)	Unterschiedlich, meistens kurz- oder mittelfristig (häufig unter einem Jahr)
Status und Entlohnung	Arbeitnehmer mit entsprechendem Vertragsverhältnis, Entlohnung auf tariflicher und/oder gesetzlicher Grundlage	Praktikant/Schüler/Student häufig auf der Basis einer Vereinbarung mit Betrieb oder Bildungsinstitution Unterschiedlich, häufig unbezahlt
Steuerung	Geregelt; häufig drittelparitätisch	Häufig kaum oder ungeregelt
Akteure	Sozialpartner, Bildungsanbieter, Staat	Einzelne Individuen, Betriebe, Staat, Bildungsanbieter

Quelle: European Commission, Hadjivassiliou et al. (2012). Study on a comprehensive overview on traineeship arrangements in Member States. Final Synthesis Report. Brussels, Institute for Employment Studies, Istituto per la Ricerca Sociale; Bundesinstitut für Berufsbildung, modifiziert und übersetzt durch den Autor.

fehlung eines europäischen Rahmens für Praktika gemündet ist. Davon sind sogenannte „Apprenticeships“ (betriebliche Berufsausbildungsverhältnisse) ausgeschlossen worden, bei denen davon ausgegangen wird, dass bereits eine ausreichende Regelung vorliegt (European Commission 2012). Grundsätzlich ist aber festzustellen, dass beide Formen, insbesondere auch die betriebliche Berufsausbildung, in vielen Ländern vorkommen, nicht nur in den sogenannten dualen Systemen. Um die beiden Konzepte besser voneinander abzugrenzen, ist im Zusammenhang mit der Studie zu Praktika in Europa die folgende idealtypische Gegenüberstellung → **Tabelle E2-2** entstanden. Es wird deutlich, dass der Begriff „Apprenticeship“ in Bezug auf viele verschiedene Aspekte enger definiert und geregelt ist.

Während die betriebliche Berufsausbildung (Apprenticeship) in der Regel auf einen beruflichen Abschluss abzielt, kann ein Praktikum (Traineeship) sehr viele verschiedene Funktionen erfüllen. Als kleinster gemeinsamer Nenner geht es in der Regel

darum, dass Praxiserfahrung dokumentiert wird. Beim Begriff Praktikum ist nicht festgelegt, auf welcher Ebene des Bildungssystems dieses stattfindet. Praktika reichen von Berufsorientierungspraktika in der Sekundarstufe bis zu Praktika im Hochschulbereich oder sogar nach Abschluss des Studiums. Während es für Praktikanten auch aus diesem Grund teilweise gar keine oder nur sehr wenige und verschiedene Minimalregelungen hinsichtlich des Status und der Entlohnung gibt, gelten Auszubildende in der Berufsausbildung als Arbeitnehmer/-innen und sind entsprechend reguliert. Duale Berufsausbildungsverhältnisse gibt es in der Regel auf der Ebene des Sekundarschulbereichs, teilweise auch als Teil postsekundärer Bildungsgänge. In einigen Ausnahmen wird der Begriff sogar für duale Formen der Hochschulbildung mit betrieblichem Ausbildungsvertrag genutzt (z. B. in Italien und Frankreich). Im folgenden Abschnitt werden verschiedene Formen und Typen der systematischen Integration betrieblichen Lernens in die Berufsbildung vorgestellt.

Apprenticeship – betriebliche Berufsausbildung

„Apprenticeships“, also geregelte betriebliche Berufsausbildungsverhältnisse, gibt es in vielen Ländern, z. B. auch in den USA und Kanada. Häufig sind diese im postsekundären Bildungssegment oder in der Weiterbildung angesiedelt. Sie sind teilweise nur betrieblich und teilweise sozialpartnerschaftlich gesteuert und kontrolliert und sehen als betriebliche „Aufstiegsfortbildung“ Lernen „on the Job“ und „off the Job“ vor, also alternierendes Lernen während des Arbeitsprozesses und begleitenden Unterricht. Ein wesentlicher Unterschied zur deutschen dualen Berufsausbildung ist z. B. das Alter der Auszubildenden, das im Regelfall zwischen 25 und 39 Jahren liegt. Diese Programme werden in den USA und in Kanada bundesweit über das Arbeitsministerium geregelt. In Kanada werden sie dem Bildungsbereich der „Adult Education“, also der Erwachsenenbildung, zugerechnet.

Ein anderer Staat, in dem „Apprenticeships“ noch verbreiteter sind, aber auch nicht dem Sekundar-schulwesen zugeordnet werden, ist Australien → **Schaubild E2-2**. Hier findet die ausgebaute duale Berufsausbildung in Form von „Apprenticeships und Traineeships“ statt, die aber dem postsekundären Bildungssegment zugeordnet werden (Grollmann/Smith 2007).

In einigen Ländern existiert eine der deutschen dualen Berufsausbildung ähnliche Form der Berufsausbildung nur in einigen wenigen Berufen (z. B. in Frankreich → **Schaubilder E2-1 und E2-2**, Italien [Südtirol] und Belgien [deutschsprachiger Teil Ostbelgiens] als regionale Besonderheit).

Systeme dualer Berufsausbildung

Die betriebliche Berufsausbildung, integriert in die Sekundarstufe II des Bildungssystems, mit hoher quantitativer Bedeutung und kombiniert mit einem spezifischen Beschäftigtenstatus (betrieblicher Ausbildungsvertrag), ist international betrachtet eine Ausnahmeerscheinung. Die Länder, die über ein solches ausgebautes „duales System“ verfügen, sind Deutschland, Dänemark, Österreich und die Schweiz.

Das quantitative Gewicht dieser Form der Berufsausbildung variiert allerdings auch zwischen diesen Systemen → **Schaubilder E2-1 und E2-2**.

Weitere Formen dualisierter Berufsausbildung – kooperative Berufsausbildung, alternierende Ausbildung

Sehr häufig trifft man auf dieser Ebene des Bildungssystems z. B. das Modell der „Co-operative Education“, z. B. in den nordamerikanischen Community Colleges. Die Kooperation ist hier eine Zusammenarbeit, die vor Ort zwischen Unternehmen und Bildungsanbietern (College, Universität) initiiert wird und nicht durch irgendeine Form bundesweit regulierter und institutionalisierter Dualität vorgegeben ist. Anreiz ist z. B. der Wettbewerb mit anderen Anbietern ähnlicher Ausbildungsgänge und die Intention, die Arbeitsmarktnähe der eigenen Programme zu demonstrieren bzw. die praktische Relevanz der Ausbildung nachvollziehbar zu erhöhen. Weitere Anreize können sich für die Institutionen aufgrund finanzieller Vorteile durch Zuwendungen aus der Wirtschaft oder lokaler Steuergelder ergeben. Ein Ausbildungsvertrag zwischen Betrieb und Auszubildenden liegt in der Regel nicht vor (Grollmann/Lewis 2004).

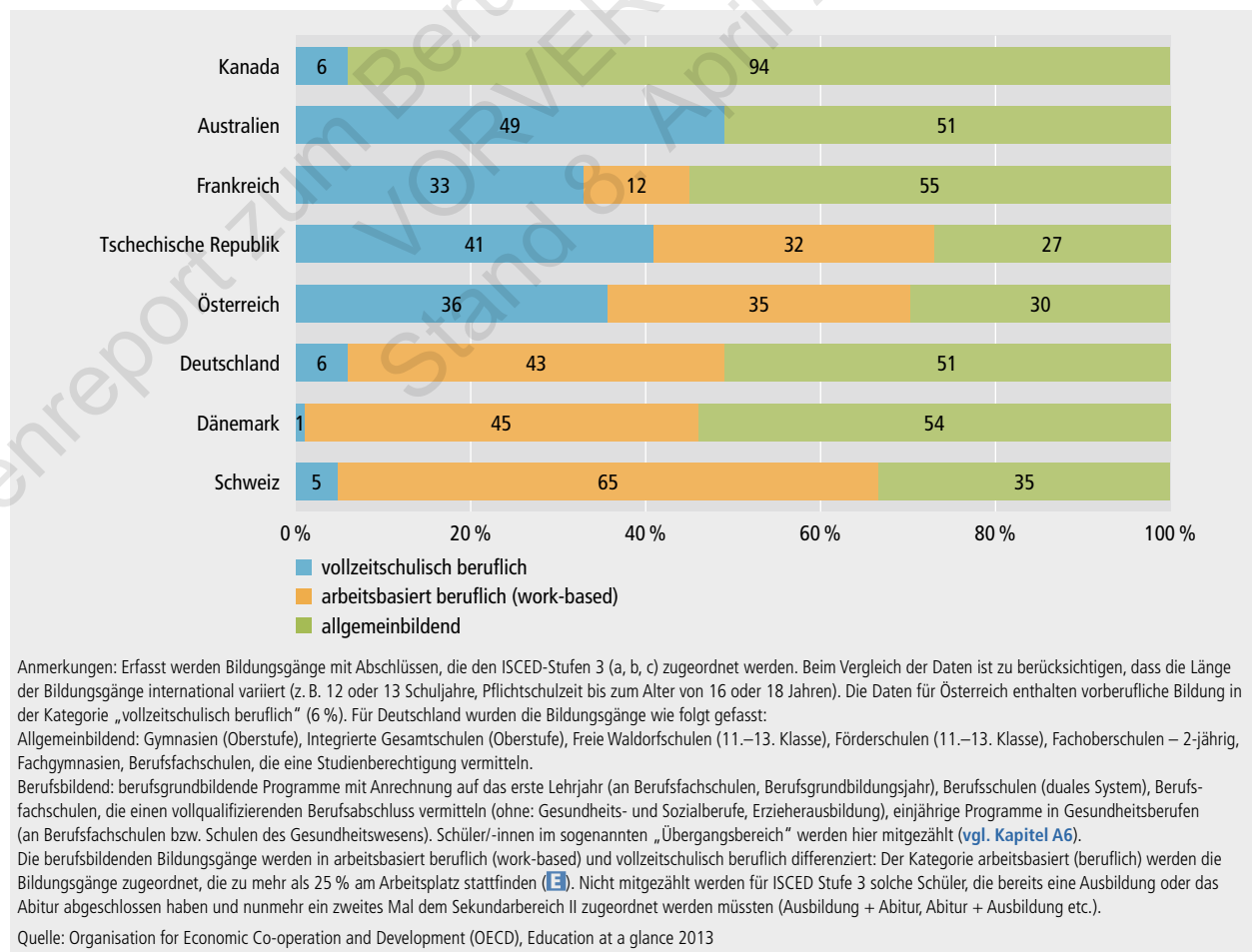
In verschiedenen Berufsausbildungssystemen findet man auch die Koexistenz einer dualen Berufsausbildung (betriebliche Berufsausbildung als Teil des Bildungssystems) mit einer schulischen Berufsausbildung, die längere Praxisphasen, also z. B. Schülerpraktika, einbezieht. Die alternierende Ausbildung („Alternance“) entspricht diesem Modell: Phasen von Blockunterricht in der Schule wechseln sich mit unterschiedlich langen Phasen betrieblicher Praktika ab. Diese Form dualen Lernens findet man sowohl in der dualen Berufsausbildung wie auch in stärker schulisch ausgerichteten Berufsausbildungssystemen, etwa in Frankreich oder Finnland. Insgesamt nehmen die Menge und die Dauer solcher Praktika in der Sekundarstufe I/II in Europa zu. Da diese Arrangements häufig auf besonderem Engagement auf der lokalen Ebene beruhen, gibt es nur wenig zuverlässige und gesicherte Daten über diese Form der Kooperation.

Bezieht man also auch Praktika während der Berufsbildung in die Analyse dualer Berufsbildungspraxis mit ein, so ist Dualität ein sehr weit verbreitetes Merkmal. Im Prinzip stellen das unregelmäßige oder nur teilweise geregelte Praktikum auf der einen Seite und die geregelte betriebliche Berufsausbildung auf der anderen Seite die Pole eines Kontinuums verschiedener Ausprägung von Dualität dar. Ein entscheidender Unterschied ist der Status der/des Lernenden als Beschäftigte/-r auf der einen und Schüler/-in oder Student/-in auf der anderen Seite. Ein weiterer wesentlicher Unterschied ist die Art und Weise und das Ausmaß der Integration betrieblichen Lernens in das Sekundarschulsystem.

Internationale Vergleichsdaten zur dualen Formen der Berufsbildung

→ **Schaubild E2-1** weist den Anteil arbeitsbasierten Lernens an der Berufsbildung im Sekundarbereich II aus. In Belgien z. B. sind die 3 % dualer Ausbildungsverhältnisse darauf zurückzuführen, dass in der deutschsprachigen Gemeinschaft Ostbelgiens eine duale Ausbildung existiert, während sie ansonsten weitgehend schulisch organisiert ist. Frankreich und die Tschechische Republik sind typische vollzeitschulische Berufsbildungssysteme, in denen aber auch betriebliches Lernen einen Teil des Curriculums darstellt. Der praktische Anteil liegt aber weit unter dem Anteil in den Systemen dualer Berufsausbildung in Deutschland, Dänemark, Österreich und

Schaubild E2-1: Anteil der Schüler/-innen im Sekundarbereich II in berufsbildenden und allgemeinbildenden Bildungsgängen im europäischen und internationalen Vergleich 2011 (in %)



der Schweiz. Das OECD-Konzept für „Combined school and work-based programmes“ **E** sieht einen Anteil von mindestens 25 % betriebsbasierter Ausbildung vor, damit Bildungsgänge dieser Kategorie zugeordnet werden können.

E Combined school and work-based programmes nach OECD-Messkonzept

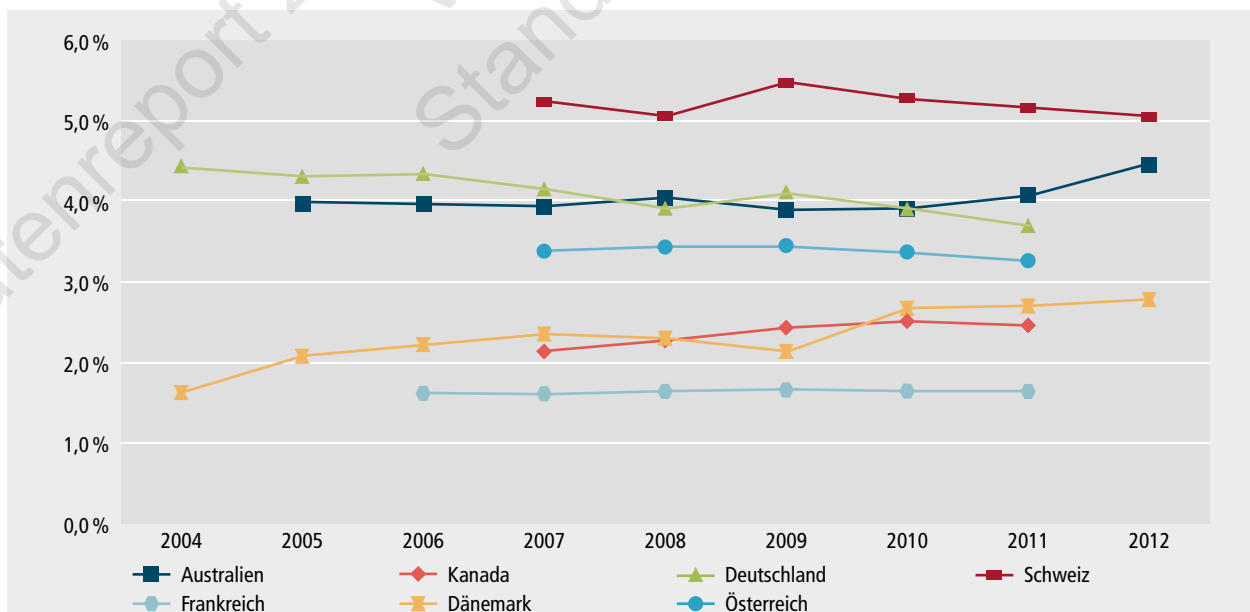
In kombinierten schul- und arbeitsbasierten Bildungsgängen werden Unterricht und Unterweisung zwischen der Schule und dem Arbeitsplatz aufgeteilt. Häufig findet die Unterweisung hauptsächlich am Arbeitsplatz statt. Bildungsgänge werden als kombinierte schul- und arbeitsbasierte Bildungsgänge klassifiziert, wenn weniger als 75 % des Programms im Rahmen einer schulischen Umgebung oder als Fernlernen stattfinden. Bildungsgänge, bei denen mehr als 90 % am Arbeitsplatz stattfinden, werden ausgeschlossen. Kombinierte schul- und arbeitsbasierte Bildungsgänge sind solche, in denen beide Elemente Teil eines integrierten formalen Ausbildungsgangs sind (Organisation for Economic Co-operation and Development, Education at a Glance 2013; Übersetzung aus dem Glossar durch den Autor).

In der Tschechischen Republik findet dieser praktische Teil in der Regel in speziellen schulischen Ausbildungswerkstätten statt und nicht in Betrieben. Der schulische Teil wird um Praktika ergänzt (Refernet Czech Republic 2012). In Frankreich werden 12 % der betrieblichen Berufsausbildung zugerechnet (Centre d'analyse stratégique 2013; European Commission/IKEI 2012); die weiteren 33 % können aber durchaus auch Betriebspraktika enthalten.

Eine hohe quantitative Bedeutung hat das arbeitsbasierte Lernen in den Systemen der dualen Berufsausbildung in Deutschland, Dänemark und der Schweiz. Österreich fällt hier mit einem verhältnismäßig geringen Anteil auf, was auf die stark ausgebaute schulische Berufsbildung mit der Möglichkeit zur Doppelqualifikation (Berufsbildung und Hochschulzugangsberechtigung/Berufsmatura) zurückzuführen ist.

In allen Fällen dualer Berufsausbildung ist aber die praktische Ausbildung im Betrieb der Regelfall und die Unterweisung in schulischen Ausbildungseinrichtun-

Schaubild E2-2: Anteil der Auszubildenden an den Erwerbstätigen (Ausbildungsquoten) im internationalen Vergleich (in %)



Quelle: Daten zu den Erwerbstätigen aus der ILO-Datenbank (ILOSTAT) auf Basis der nationalen Erwerbstätigenbefragungen. Die Daten zu den Ausbildungsverträgen basieren auf den Angaben der nationalen Statistikämter. Abweichungen zur Ausbildungsquote in Kapitel A4.10.1 ergeben sich aus dem unterschiedlichen Nenner: hier „Erwerbstätige“; in der Berechnung für Deutschland „sozialversicherungspflichtig Beschäftigte“.

gen eine Ausnahme. In → **Schaubild E2-1** sind außerdem Kanada und Australien aufgenommen. Kanada verfügt über eine kaum nennenswert ausgebildete Berufsbildung in der Sekundarstufe II (Grollmann/Wilson 2002). Entsprechend wird auch keine duale Berufsbildung ausgewiesen. Australien dagegen weist einen Anteil von 49 % für die Berufsausbildung aus. In den OECD-Daten wird allerdings für Australien der Anteil dualer Berufsbildung nicht angegeben. Typischerweise findet die Berufsbildung mit betrieblichen Anteilen im Anschluss an die Sekundarstufe II statt und wird der Weiterbildung zugerechnet (vgl. Steedman 2010). Daher ist es sinnvoll, sich die betriebliche Berufsausbildung auch als Anteil der Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt anzuschauen (vgl. z. B. Robinson 2001) → **Schaubild E2-2**. Zieht man diesen Indikator **E** in Betracht, dann rückt Australien durchaus ins Interesse, denn hier ist diese Quote fast ebenso hoch wie in Deutschland (Australien 4,0 % und Deutschland 4,2 % im Jahr 2008). In der internationalen Bildungsstatistik der OECD oder der UNESCO wird diese beachtliche Größenordnung jedoch nicht abgebildet.

E Ausbildungsquote im internationalen Vergleich

In Deutschland wird die Ausbildungsquote als Anteil der Auszubildenden an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten berechnet (vgl. **Kapitel A4.10.1**). Da es hinsichtlich der Organisation von Beschäftigungsverhältnissen große nationale Unterschiede gibt, wurden für den internationalen Vergleich die Ausbildungsquoten auf Grundlage der Erwerbstätigen (Nenner) berechnet. Die Angaben zu den Erwerbstätigen stammen von der ILO; die Angaben zu den betrieblichen Auszubildenden (Zähler) basieren auf den Angaben der nationalen Ausbildungsstatistiken. Hinter den genannten Apprenticeships verbergen sich sehr unterschiedliche konkrete Regelungen und Arrangements der Inhalte und Formen.

Länderbeispiele für die Gestaltung betriebsintegrierter und dualer Berufsausbildung

Anhand wichtiger Kernmerkmale werden Beispiele für die unterschiedliche Ausgestaltung dualer Berufsausbildungspraxis vorgestellt. Besondere Merkmale werden erläuternd für jedes Land hervorgehoben.

Dänemark

Dänemark verfügt über ein duales Berufsbildungssystem. Besonderheiten in Dänemark sind die Umlagefinanzierung der dualen Berufsausbildung und die besondere Stellung der Schulen. Die dänischen Berufsschulen integrieren die Funktionen der Kammern, der überbetrieblichen Ausbildungsstätten und der Berufsschulen. Sie sind zentrale Anlaufstellen für die Umsetzung und Steuerung beruflicher Bildung auf regionaler Ebene. Jeder Betrieb in Dänemark zahlt in Abhängigkeit von seiner Beschäftigtenzahl in einen Berufsausbildungsfonds ein. Es bestehen insgesamt 4 Möglichkeiten des Ausbildungsvertrages: ein „normaler“ Ausbildungsvertrag mit einem Betrieb in einem dualen Ausbildungsverhältnis, ein Vertrag mit einem Betrieb bereits vor Aufnahme der beruflichen Grundbildung, kürzere Verträge bei verschiedenen Betrieben und ein Vertrag mit der Schule als Ersatz für einen betrieblichen Ausbildungsvertrag (Buske/Grollmann 2010).

Frankreich

Seit den 1980er-Jahren haben sich die Lehrlingsausbildungsverträge (Apprentissage) in Frankreich aufgrund verschiedener Reformen verdoppelt. Eine weitere Reform ist für 2014 vorgesehen. Eine französische Besonderheit ist die Möglichkeit, die Lehrlingsausbildung auch im Rahmen von akademischen Ausbildungsprogrammen und mit entsprechenden Abschlüssen zu absolvieren. Allerdings findet der Großteil der Lehrlingsausbildung auf niedrigeren Qualifikationsebenen statt. Überdies gibt es jenseits des in das Bildungssystem integrierten betrieblichen Ausbildungsvertrages einen kürzeren sogenannten Professionalisierungsvertrag, der in das System der beruflichen Weiterbildung integriert ist. Die für das Ausbildungsverhältnis gezahlten Löhne orientieren sich am Minimallohn und steigen graduell mit dem Alter der Auszubildenden. Auch in Frankreich existiert eine Ausbildungsabgabe, die von den Betrieben direkt an eine Bildungsinstitution gezahlt wird. Betriebliche Auszubildendenverhältnisse werden überdies von den Regionalbehörden finanziell subventioniert (Centre d'analyse stratégique 2013; European Commission/IKEI 2012; Steedman 2010).

Australien

Duale Ausbildungsverhältnisse in Australien haben in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Die klassische betriebliche Ausbildung („Apprenticeship“), so wie sie in den Handwerksberufen traditionell existierte, ist auf andere Bereiche wie Dienstleistungen ausgedehnt worden. Traditionelle Apprenticeship-Verträge in den klassischen handwerklichen und Produktionsberufen wurden durch sogenannte „Traineeships“ ergänzt, bei denen ebenfalls ein Ausbildungsvertrag mit einem Betrieb existiert. Diese Traineeships sind aber kürzer (ca. 2 Jahre). Auszubildende im australischen System haben in der Regel ihre Pflichtschulzeit bereits absolviert. Die schulische Unterweisung findet in der Regel in sogenannten Further Education Colleges, also im postsekundären Bereich (TAFE), statt. Es werden finanzielle Fördergelder an Betriebe und an Auszubildende gezahlt (Robinson 2001; Steedman 2010).

Kanada

Auch in Kanada wird als „Apprenticeship“ ein vertraglich geregeltes Ausbildungsverhältnis zwischen einem Betrieb und einem Arbeitnehmer verstanden.³¹¹ Jede der kanadischen Provinzen regelt diese Form der Ausbildung selbst. Allerdings gibt es eine bundesweite Anerkennung von Ausbildungsprogrammen (red seal = rotes Siegel). In der Regel finden drei Viertel des Lernens am Arbeitsplatz und ein Viertel im Rahmen von begleitendem Unterricht statt. Die duale Ausbildung findet nach Absolvierung der Pflichtschulausbildung (12 Jahre) statt. Bildungsträger sind in der Regel die sogenannten Community Colleges oder ähnliche Institutionen des postsekundären Bildungswesens. Die Ausbildung im Rahmen von Apprenticeships findet in erster Linie in Produktions- und Handwerksberufen statt. Betriebe bekommen steuerliche Vergünstigungen, wenn sie Ausbildungsverhältnisse anbieten. Individuen können finanzielle Zuwendung vom Bund bekommen, wenn sie sich in einer bestimmten Phase ihrer dualen Ausbildung befinden, um damit Anreize für den Abschluss der Ausbildung zu geben. Auch Betriebe

werden teilweise in der Ausbildung mit finanziellen Mitteln unterstützt (Grollmann/Wilson 2002).

Resümee

Die betriebliche und die duale Berufsausbildung erfreuen sich international einer sehr großen Aufmerksamkeit. Sie werden als ein wesentliches Mittel gesehen, Jugendarbeitslosigkeit einzudämmen. Viele Staaten sind daher damit beschäftigt, Reformpläne umzusetzen und zu erarbeiten, in denen die Berufsausbildung stärker auf betrieblicher Ebene erfolgt. Auch die OECD wendet sich zunehmend dem Thema der betrieblichen Berufsbildung zu. Allerdings sind die Spielarten von Dualität in der Berufsbildung vielfältig. Sie umspannen ein Kontinuum von weitestgehend unregulierten Praktikumsverhältnissen bis hin zu Formen der geregelten betrieblichen Berufsausbildung innerhalb eines ausgebauten dualen Berufsbildungssystems. Typische Formen der Integration von Betrieben in die Berufsbildung sind die betriebliche Berufsausbildung („Apprenticeship“, Lehrlingsausbildung), die kooperative Berufsbildung (Co-operative Education) und die alternierende Ausbildung (Alternance).

Nur im ersten Fall beruht die Berufsausbildung auch auf einem vertraglich geregelten Ausbildungsverhältnis mit einem Betrieb. Ein solches betriebliches, vertraglich geregeltes Ausbildungsverhältnis ist von solchen Formen der Dualität zu unterscheiden, in denen arbeitsbasiertes Lernen im Rahmen des Schülerstatus während der schulischen Berufsbildung stattfindet. Zu den betrieblichen und den schulischen Formen dualer Berufsbildung sind Daten vorgestellt worden, die aufzeigen, dass dualisierte Formen der Berufsbildung auch in vielen Ländern existieren, die gemeinhin nicht als duale Berufsausbildungssysteme klassifiziert werden.

Deutschland mit seinem System der dualen Berufsausbildung, in dem ein betriebliches, vertraglich geregeltes Ausbildungsverhältnis in das formale Berufsbildungssystem integriert ist, steht international gesehen mit der Schweiz und Österreich allerdings gesondert da. Dänemark, das üblicherweise auch den dualen Berufsausbildungssystemen zugerechnet wird, verfügt über eine wesentlich geringere betriebliche Ausbildungsbeteiligung und stellt damit

311 Siehe www.hrsdc.gc.ca/eng/jobs/trades/, http://caf-fca.org/index.php?page=apprenticeship-101&hl=en_CA.

innerhalb der dualen Berufsausbildungssysteme eine Besonderheit dar.

Insbesondere die Integration einer starken betrieblichen Ausbildungsbeteiligung in Kombination mit einem vertraglich geregelten Ausbildungsverhältnis dürfte ein Garant für eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit sein. Aus diesem Grund ist das „duale Prinzip“ oder die Dualität, die man in fast allen Berufsbildungsgängen der Welt findet, deutlich von geregelten, vertraglich basierten betrieblichen Ausbildungsverhältnissen zu unterscheiden. Auf der anderen Seite zeigen die hier vorgestellten Daten, dass es hinsichtlich der Etablierung des dualen Prinzips als wesentliches Qualitätsmerkmal beruflicher Bildung weltweit eine größere Homogenität gibt, als man zunächst annehmen würde.

(Philipp Grollmann, Robert Helmrich)

E3 Mobilität in Ausbildung und Beruf

Das Programm für lebenslanges Lernen (PLL) unterstützt die bildungspolitischen Ziele der Europäischen Union. Die Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) ist im Rahmen des PLL verantwortlich für die Durchführung des Berufsbildungsprogramms LEONARDO DA VINCI und des Programms GRUNDTVIG im Bereich der allgemeinen Erwachsenenbildung. Zentrales Instrument des PLL ist die Projektförderung. LEONARDO DA VINCI fördert u. a. Mobilitätsprojekte, die Auslandsaufenthalte zu Lernzwecken von jungen Erwachsenen in der Ausbildung sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und dem Bildungspersonal ermöglichen. Darüber hinaus können in Deutschland Innovations-transferprojekte, Partnerschaften und vorbereitende Maßnahmen beantragt werden. Auslandsaufenthalte bieten eine hervorragende Möglichkeit, internationale Berufskompetenz zu erwerben. Fremdsprachenkenntnisse, internationale Fachkenntnisse sowie interkulturelle Kenntnisse sind wichtige Bausteine einer international zukunftsfähigen Qualifizierung.

Die Steigerung der Mobilität in der Berufsbildung hat in der europäischen und nationalen Bildungspolitik

eine hohe Priorität. Im Kontext des gemeinsamen europäischen Arbeitsprogramms wurde das Ziel definiert, die Mobilität in der Berufsbildung bis zum Jahr 2020 auf 6 % zu steigern (Europäischer Rat 2011). Auf nationaler Ebene hat der Bundestag im Januar 2013 das Ziel formuliert, dass im Jahr 2020 mindestens 10 % der Auszubildenden während ihrer Ausbildung Auslandserfahrung sammeln (Deutscher Bundestag 2012). Die Aktion LEONARDO DA VINCI wird einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung dieser Ziele leisten.

Aktion LEONARDO DA VINCI Mobilität 2013

Im Jahr 2013 wurden Förderungen für über 20.000 Stipendiatinnen und Stipendiaten in knapp 700 Projekten bewilligt → **Tabelle E3-1**. Damit setzt sich der starke Anstieg der beantragten und bewilligten Lernaufenthalte auch im Jahr 2013 weiter fort. Die Zahl der Teilnehmenden im Bereich der Erstausbildung hat sich von 2007 bis 2013 mehr als verdoppelt → **Schaubild E3-1**. Einer Mobilitätsstudie nach lag die Quote der im Rahmen ihrer Berufsbildung international mobilen Auszubildenden und Berufsfachschüler und -schülerinnen in den Jahren 2007 bis 2009 bei durchschnittlich 3,0 % (vgl. Friedrich/Körbel 2011). Aufgrund der deutlichen Zuwächse im LEONARDO-DA-VINCI-Programm in den letzten 4 Jahren kann inzwischen davon ausgegangen werden, dass diese Zahl auf über 4,0 % angestiegen ist. Insgesamt absolvierten im Jahr 2013 gut 30.000 junge Menschen im Rahmen ihrer Erstausbildung einen Auslandsaufenthalt. Im LEONARDO-DA-VINCI-Programm haben diese Auslandsaufenthalte in der Erstausbildung eine durchschnittliche Dauer von mehr als 5 Wochen. Zwei Drittel der Stipendien wurden dabei an Auszubildende vergeben, ein Drittel an Berufsfachschüler/-innen.

In der Regel beantragen Projektträger Stipendien für die Lernenden oder Lehrenden ihrer Einrichtungen im jährlichen Antragsverfahren. Davon zu unterscheiden sind die sogenannten Poolprojekte und das LEONARDO-DA-VINCI-Mobilitätszertifikat.

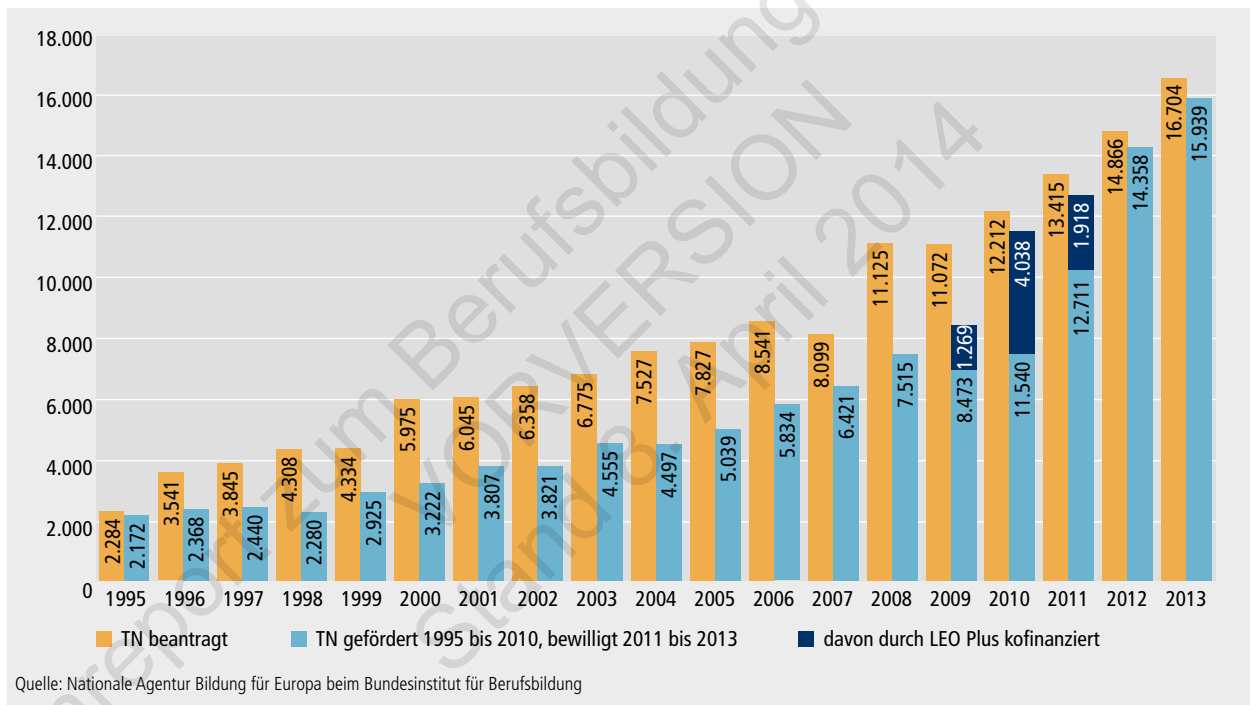
Die Poolprojekte ermöglichen den individuellen Zugang von Einzelpersonen zu einem LEONARDO-DA-VINCI-Stipendium. Insbesondere Auszubildende

Tabelle E3-1: Mobilitätsförderung 2013 im Rahmen des Programms LEONARDO DA VINCI

Antragsrunde 2013 LEONARDO DA VINCI Mobilität beantragt/bewilligt						
	Zahl der Projekte beantragt	Zahl der Projekte bewilligt	Zahl der Teilnehmer beantragt	Zahl der Teilnehmer bewilligt	Budget beantragt	Budget bewilligt
					in Mio €	in Mio €
Erstausbildung	543	527	16.704	15.939	25,8	25,8
Personen am Arbeitsmarkt	97	77	3.388	2.286	8,7	7,6
Fachkräfte in der Berufsbildung	80	76	2.206	2.041	2,5	2,5
Gesamt	720	680	22.298	20.266	37,0	35,9

Quelle: Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung, Stand: September 2013

Schaubild E3-1: LEONARDO DA VINCI Mobilität 1995 bis 2013 – Teilnehmende in der Erstausbildung



und Mitarbeiter/-innen von kleinen und mittleren Unternehmen sowie international unerfahrene Bildungseinrichtungen bekommen so Zugang zu einem Stipendium, ohne dass ihr Unternehmen oder ihre Einrichtung zwingend ein Projekt durchführen muss. Über 3.900 Stipendien wurden so im Jahr 2013 bundesweit ausgeschrieben. Interessenten finden die Individualstipendien auch in der Poolprojekt-Datenbank auf der Homepage der Nationalen Agentur beim BIBB.

Das LEONARDO-DA-VINCI-Mobilitätszertifikat ist der andere besondere Zugang zu einer Mobilitätsförderung. Für erfahrene Projektträger, die bereits

erfolgreich Mobilitätsprojekte durchgeführt haben und die Projektförderung mit einer strategisch angelegten Internationalisierung verbinden, wurde im Jahr 2009 die Möglichkeit des LEONARDO-DA-VINCI-Mobilitätszertifikats geschaffen. Es gibt eine bis zu 4-jährige Förderperspektive mit einem vereinfachten Antrags- und Berichtsverfahren. Seit der Einführung wurden über 130 Mobilitätszertifikate vergeben. Das Zertifikat fördert die institutionelle Wirkung der Mobilität. So ist zu beobachten, dass die Institutionen ihre Bildungsgänge internationalisieren, das Personal international qualifizieren und sich als internationale Kompetenzzentren in ihrem regionalen oder sektoralen Umfeld positionieren.

Das Leistungspunktesystem in der Berufsbildung (ECVET) stellte im Jahr 2013 eine Nationale Priorität im Rahmen der Aktion LEONARDO-DA-VINCI-Mobilität dar. Es wurden 18 Projekte mit über 1.000 Stipendien bewilligt. Die Anzahl der Auslandsaufenthalte, die nach den ECVET-Kriterien durchgeführt werden, haben sich damit im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. In der Begleitung aller laufenden Mobilitätsprojekte wurde deutlich, dass es eine große Anzahl von Berufsbildungseinrichtungen gibt, die planen, ihr Projekt auf der Grundlage der ECVET-Kriterien weiterzuentwickeln. Die Nationale Agentur beim BIBB bietet in Zusammenarbeit mit der Nationalen Koordinierungsstelle ECVET Informationen und Veranstaltungen für Projektträger an. Im Mittelpunkt stehen dabei Aspekte der Beschreibung von Lernergebnissen, des Zuschnittes von Lernergebniseinheiten, der internationalen Partnerschaft und der Kompetenzfeststellung.

ERASMUS+

Ende Juni 2013 verständigten sich die EU-Mitgliedsstaaten mit dem EU-Parlament unter irischem EU-Ratsvorsitz über grundlegende Eckwerte des neuen EU-Programms für Bildung, Jugend und Sport. ERASMUS+ heißt das neue Programm, es startet zum 1. Januar 2014. Es löst damit das Programm für lebenslanges Lernen, Jugend in Aktion sowie die internationalen EU-Hochschulprogramme ab. Die nächste Generation der EU-Bildungsprogramme eröffnet für die Jahre 2014 bis 2020 neue Perspektiven der Gestaltung von Mobilität und europäischer bzw. internationaler Bildungszusammenarbeit.

Die voraussichtliche Mittelausstattung bis Ende der Programmlaufzeit beträgt mindestens 13 Mrd. €. Davon entfallen auf die 4 Bildungsbereiche – Schule, Hochschule, berufliche Bildung sowie Erwachsenenbildung – 77,5% der Gesamtmittel; dies entspricht einem Anteil von rund 10 Mrd. €. Die Aktivitäten in der beruflichen Bildung werden weiterhin unter dem Namen LEONARDO DA VINCI gefördert.

(Berthold Hübers)

E4 Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Am 1. April 2012 ist das „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ (BQFG; Anerkennungsgesetz) in Kraft getreten. Damit werden die Möglichkeiten der Anerkennung eines im Ausland erworbenen Berufsabschlusses für diejenigen Berufe, die in der Zuständigkeit des Bundes liegen, erweitert. Für diejenigen Berufe, die auf Länderregelungen beruhen, wurden bis zum Jahresende 2013 entsprechende Landesenerkennungsgesetze in 11 Bundesländern verabschiedet.

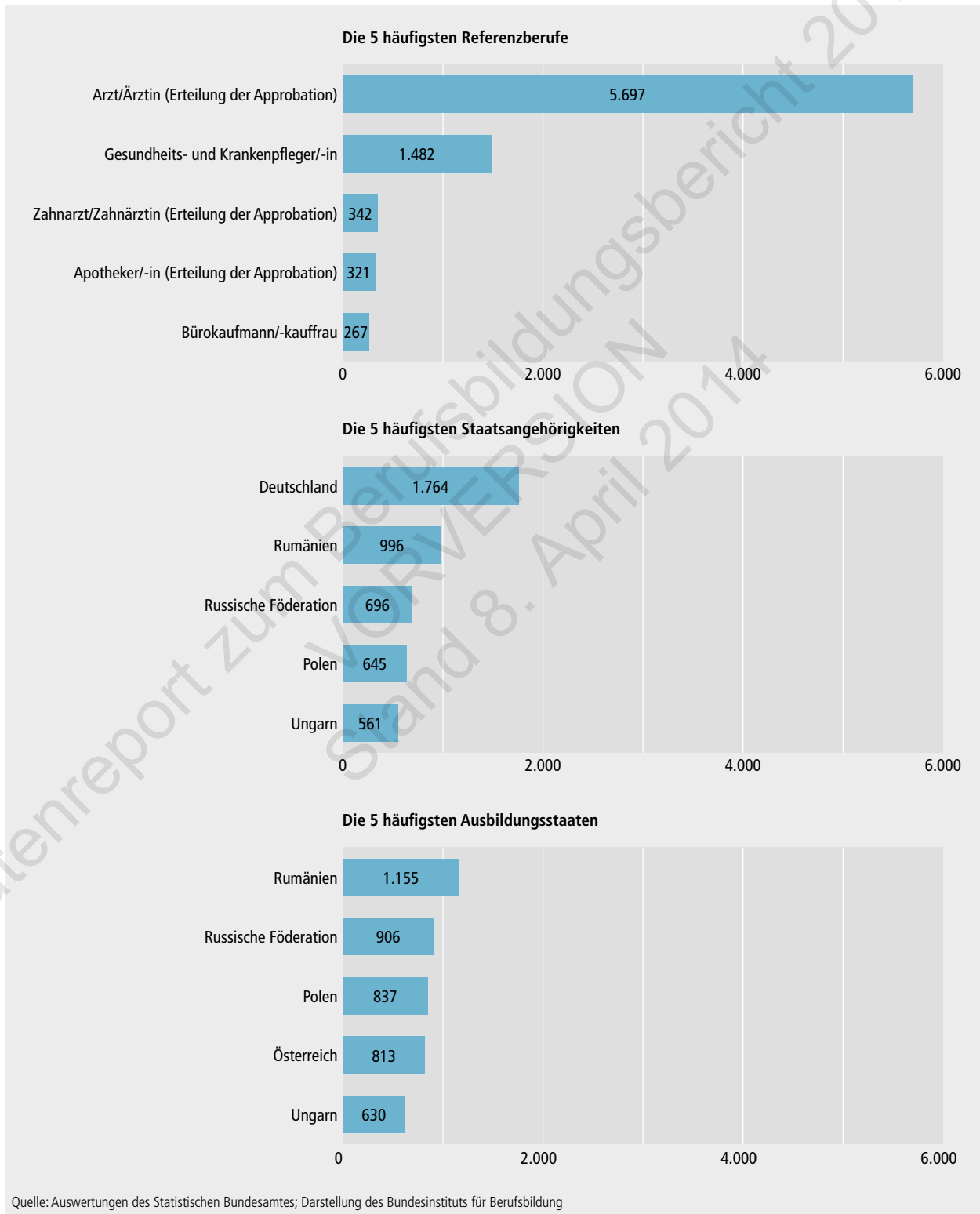
Die amtliche Statistik nach § 17 BQFG³¹², welche im Oktober 2013 für den Zeitraum vom 1. April 2012 bis zum 31. Dezember 2012 vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht wurde, ermöglicht es, ein erstes Bild von den Auswirkungen des Bundesgesetzes zu geben. Sie gibt Auskunft über die bei den zuständigen Stellen eingegangenen Anträge und über die von ihnen bis Jahresende getroffenen Entscheidungen. Neben diesen Meldungen für 2012 wird im Folgenden eine weitere Informationsquelle herangezogen, die als ein Frühindikator des öffentlichen Interesses an beruflicher Anerkennung gelten kann: die Zugriffszahlen auf das Anerkennungsportal. Während sich die nachfolgend ausgewertete amtliche Statistik nur auf die Berufe in Bundeszuständigkeit bezieht (nur für diese haben die statistischen Ämter Meldungen gesammelt), enthalten die im Anschluss dargestellten Zugriffszahlen sowohl Abrufe von Informationen zu bundes- als auch landesrechtlich geregelten Berufen.

Statistik der Anträge und Bescheide im Jahr 2012

Im Berichtszeitraum wurden 10.989 Anträge auf die Anerkennung einer im Ausland erworbenen Berufsqualifikation gestellt. Fast 80% aller Anträge beziehen sich auf die Anerkennung eines reglementierten Berufes, die restlichen 20% auf nicht reglementierte Berufe **E**. Diese Diskrepanz ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass bei reglementierten Berufen die

³¹² Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz, Artikel 1 des Anerkennungsgesetzes.

Schaubild E4-1: **Häufigste Referenzberufe, Staatsangehörigkeiten und Ausbildungsstaaten von Antragstellenden nach BQFG**



Anerkennung eine Voraussetzung für die Berufsausübung ist. Wie der Blick auf die 5 häufigsten Referenzberufe zeigt → **Schaubild E4-1**, besteht ein besonderes Interesse an Anerkennung bei den medizinischen Gesundheitsberufen. Mehr als die Hälfte aller Antragstellenden strebten die Erteilung der Approbation als Ärztin oder Arzt an. Dies kann unter anderem damit erklärt werden, dass durch das Anerkennungsgesetz die Approbation als Ärztin oder Arzt von der Staatsangehörigkeit entkoppelt wurde (wie z. B. auch bei der Approbation als Zahnärztin oder Zahnarzt und der Approbation als Tierärztin oder Tierarzt). Auch Drittstaatsangehörige können jetzt approbiert werden.

E Berufe im Anerkennungsgesetz des Bundes

Augenblicklich fallen rund 600 Berufe unter das Anerkennungsgesetz des Bundes. Dabei wird zwischen reglementierten und nicht reglementierten Berufen unterschieden.

Bei reglementierten Berufen ist die Anerkennung eine Voraussetzung für die Berufsausübung in Deutschland. Reglementiert sind zum Beispiel die Gesundheitsberufe, so Ärztin/Arzt (Approbation), Apotheker/-in und Altenpfleger/-in, aber auch einige Meisterberufe im Handwerk, wie z. B. Bäckermeister/-in.

Nicht reglementierte Berufe sind die dualen Ausbildungsberufe, also z. B. der Industriemechaniker oder Maurer, aber auch bestimmte Fortbildungsabschlüsse. Hier ist die Gleichwertigkeitsprüfung keine zwingende Voraussetzung für eine Arbeitsaufnahme, sondern dient der Transparenz. Im Bereich des Zuwanderungsrechts ist mit der neu geschaffenen Beschäftigungsverordnung die Anerkennung auch in den Ausbildungsberufen eine Voraussetzung für die Zuwanderung zum Zwecke der Arbeit in Deutschland.

Insgesamt haben mehr als die Hälfte aller Antragstellenden die Staatsbürgerschaft eines EU-Staates, und mehr als ein Fünftel die eines der übrigen europäischen Staaten. Mit mehr als 15 % ist die deutsche Staatsbürgerschaft am häufigsten vertreten. Bei den Ländern, in denen die Antragstellenden ihre Ausbildung absolviert haben, steht Rumänien mit mehr als 10 % aller Anträge an erster Stelle → **Schaubild E4-1**. Mehr als die Hälfte aller Berufsqualifikationen wurden in Ländern der EU erworben, mehr als ein Viertel in den Ländern des restlichen Europas.

Von den 10.989 gestellten Anträgen wurden bis zum 31. Dezember 2013 bereits 7.980 beschieden. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen reglementierten und nicht reglementierten Berufen. Bei reglementierten Berufen wurden bereits 81,8 % der Anträge entschieden, bei nicht reglementierten Berufen sind es 36,1 %. Eine Erklärung für diesen Unterschied könnte sein, dass bei einigen reglementierten Berufen eine automatische Anerkennung für Bürgerinnen und Bürger aus der EU, dem EWR bzw. der Schweiz erfolgen kann.³¹³ Diese automatische Anerkennung beinhaltet keine Gleichwertigkeitsprüfung. Ein weiterer Grund könnte sein, dass die zuständigen Stellen für reglementierte Berufe aufgrund der automatischen Anerkennung bereits Erfahrungen mit Anerkennungen hatten, welche im Bereich der nicht reglementierten Berufe nicht vorlagen.

Betrachtet man, wie diese Anträge entschieden wurden → **Schaubild E4-2**, so zeigt sich, dass die Quote der Bescheide, die keine Gleichwertigkeit feststellen, bei den reglementierten Berufen mit 3,5 % sehr niedrig ist. 12,7 % der Bescheide in reglementierten Berufen ordneten eine Ausgleichsmaßnahme an, nach deren Durchführung die Feststellung der vollen Gleichwertigkeit möglich ist und die am Stichtag 31. Dezember 2012 noch ausstand. Bei nicht reglementierten Berufen stellten fast zwei Drittel der Bescheide eine volle Gleichwertigkeit fest, jedoch liegt der Anteil der Bescheide, die keine (weder volle noch teilweise) Gleichwertigkeit feststellen, bei über 20 %. 9,1 % der Bescheide stellen eine teilweise Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation mit dem deutschen Referenzberuf fest. Diese Bescheide weisen die vorhandenen Berufsqualifikationen und die wesentlichen Unterschiede zu der inländischen Berufsbildung aus. Damit können Fachkräfte, die einen solchen Bescheid erhalten, ihre Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt nachweisen bzw. gezielt Fort- und Weiterbildungen durchführen, um vorhandene Defizite auszugleichen.

³¹³ Aufgrund der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, ABl. L 255 vom 30. September 2005, S. 22; L 271 vom 16. Oktober 2007, S. 18; L 93 vom 4. April 2008, S. 28; L 33 vom 3. Februar 2009, S. 49, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 279/2009, ABl. L 93 vom 7. April 2009, S. 11.

Schaubild E4-2: Ergebnisse der Anerkennungsverfahren nach BQFG bei reglementierten und nicht reglementierten Berufen

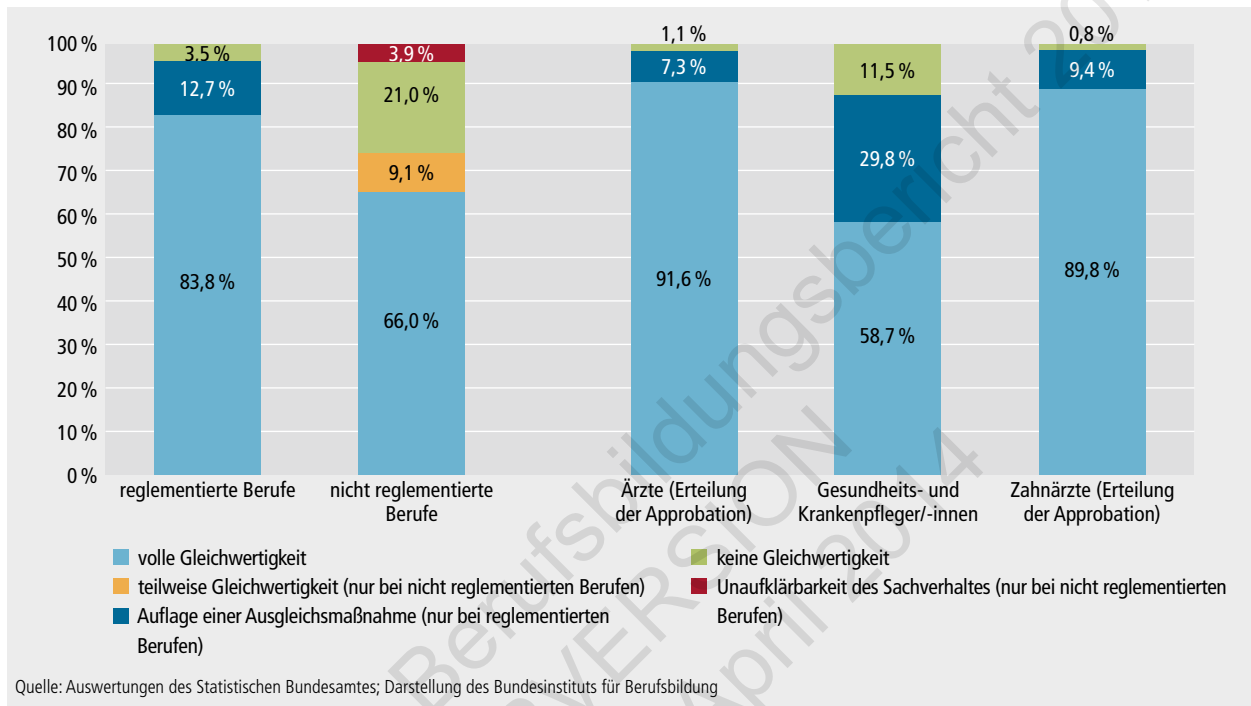
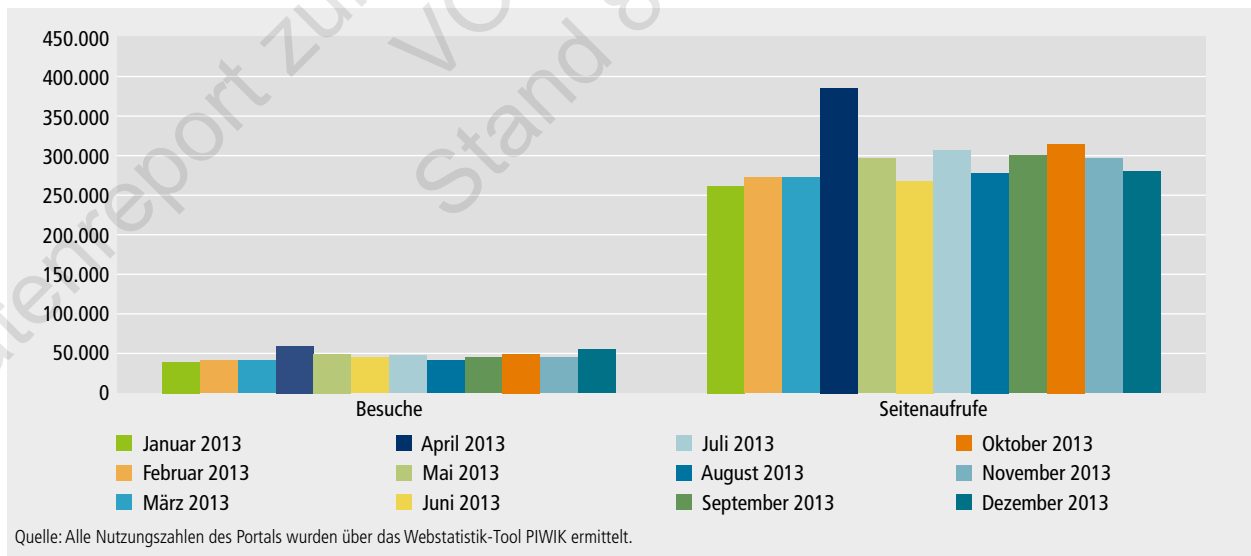



Schaubild E4-3: Seitenaufrufe und Besucher des Portals Anerkennung in Deutschland 2013



Die Art der Bescheide bei den 3 häufigsten Referenzberufen → **Schaubild E4-2** zeigt, dass es deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Berufen gibt. Während bei Anträgen auf die Approbation als Ärztin/Arzt bzw. als Zahnärztin/Zahnarzt jeweils


nur knapp 1 % der Bescheide keine Gleichwertigkeit feststellt, sind es bei Anträgen auf die Anerkennung als Gesundheits- und Krankenpfleger/-in 11,5 %.
(Jessica Erbe, Tom Wünsche)

Informationsportal zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Die Nachfrage nach Informationen zu den Verfahren der beruflichen Anerkennung ist im Portal „**Anerkennung in Deutschland**“  2013 weiter gestiegen.

Anerkennung in Deutschland

Das Internetportal „Anerkennung in Deutschland“ (www.erkennung-in-deutschland.de) bietet seit April 2012 Informationen zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in deutscher und englischer Sprache an. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) mit der Herausgabe dieses offiziellen Informationsportals zur beruflichen Anerkennung betraut. Das Projekt wird im Rahmen des Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung – IQ“ finanziert.

In  **Schaubild E4-3** wird die Entwicklung der Zugriffszahlen (Seitenansichten und Besuche) auf das Internetangebot im Verlauf des Jahres 2013 dargestellt. Nach einer großen Resonanz zum ersten Jahrestag des Gesetzes im April pendelte sich die Nutzung des Portals auf hohem Niveau ein. Insgesamt

samt nutzten 559.708 Besucherinnen und Besucher das Portal im Jahr 2013 und haben 3.532.728 Seitenansichten getätigt. Insgesamt haben sich seit April 2012 somit 816.733 Besucher mit 5.621.978 Seitenansichten im Portal informiert.

Ab April wurde eine deutschlandweite Informationsoffensive gestartet, in der Kampagnenmotive in neun Sprachen auf Online-Bannern, Plakaten, Postkarten, Videos und Anzeigen auf die Vorteile des Gesetzes und den Service des Portals aufmerksam machen. Die Besucherzahlen stiegen deutlich auf durchschnittlich rund 45.000 Besucherinnen und Besucher im Monat. Im Vorjahr lag der Monatsdurchschnitt noch bei knapp 28.000 Personen.

Der Anerkennungs-Finder und Profi-Filter

Für Personen ohne Vorwissen über das deutsche Berufsbildungssystem gibt es seit 2012 das Online-Tool „Anerkennungs-Finder“, das die Recherche des deutschen Referenzberufes erleichtert und berufsspezifische Informationen zum Anerkennungsverfahren bietet sowie – abhängig vom gewünschten Arbeitsort – die nächstgelegene für die Anerkennung zuständige Stelle anzeigt. Diese komplexe Dienstleistung ist das Alleinstellungsmerkmal des Aner-

Tabelle E4-1: Nutzung der deutschen Berufsprofile (2012 bis 2013)

Beruf	Zuständigkeit Bund/Land	Regelung	Einmalige Seitenansichten	Seitenansichten
Lehrer/-in	Land	reglementiert	23.045	32.094
Arzt/Ärztin	Bund	reglementiert	16.829	23.915
Ingenieur/-in	Land	reglementiert	16.312	22.981
Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	Bund	reglementiert	13.932	18.878
Erzieher/-in	Land	reglementiert	10.647	14.973
Betriebswirt/-in	keine Zuständigkeit	nicht reglementiert	5.812	8.509
Sozialpädagoge/Sozialpädagogin, Sozialarbeiter/-in	Bund	reglementiert	5.205	7.134
Psychologe/Psychologin	Bund	reglementiert	4.579	6.240
Zahnarzt/Zahnärztin	Bund	reglementiert	4.281	6.358
Altenpfleger/-in	Bund	reglementiert	4.159	6.296

Quelle: Alle Nutzungszahlen des Portals wurden über das Webstatistik-Tool PIWIK ermittelt.

Tabelle E4-2: Aufrufe der englischen Berufsprofile (2012 bis 2013)

Beruf	Zuständigkeit Bund/Land	Regelung	Einmalige Seitenansichten	Seitenansichten
Ingenieur/-in	Land	reglementiert	10.882	14.927
Arzt/Ärztin	Bund	reglementiert	5.529	7.511
Lehrer/-in	Land	reglementiert	2.559	3.746
Facharzt/Fachärztin für Allgemeinmedizin	Land	reglementiert	2.274	3.272
Fachinformatiker/-in	Bund	nicht reglementiert	2.231	2.804
Zahnarzt/Zahnärztin	Bund	reglementiert	2.153	3.483
Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	Bund	reglementiert	1.951	2.911
Ingenieur/-in, Beratende	Land	reglementiert	1.811	2.782
Apotheker/-in	Bund	reglementiert	1.623	2.686
Informatiker/-in	keine Zuständigkeit	nicht reglementiert	1.438	2.333

Quelle: Alle Nutzungszahlen des Portals wurden über das Webstatistik-Tool PIWIK ermittelt.

kennungs-Finders, dessen Datenbank zurzeit über 700 Berufsprofile und über 1.500 Adressdatensätze der zuständigen Stellen umfasst. Die im Anerkennungs-Finder 2013 am häufigsten aufgerufenen deutschen Berufsprofile sind in [→ Tabelle E4-1](#) aufgeführt, die Nutzung der englischen Berufsprofile zeigt [→ Tabelle E4-2](#).

Seit März 2013 ergänzt der Profi-Filter den Anerkennungs-Finder. Der Filter erlaubt eine schnelle Übersicht über Berufe und zuständige Stellen und umfasst Filtermöglichkeiten u. a. nach Berufsgruppen oder Reglementierungen. Die 42.102 Seitenansichten im Zeitraum von März bis Dezember 2013 deuten darauf hin, dass der Filter von seiner Zielgruppe, den Beraterinnen und Beratern, gut genutzt wird.

Sowohl in der deutschen als auch in der englischen Portalversion werden Informationen zu den Verfahren am häufigsten zu reglementierten Berufen abgerufen. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass eine Anerkennung der ausländischen Qualifikation in den reglementierten Berufen Voraussetzung für die Berufsausübung bzw. Titelführung in Deutschland ist.

Datengrundlage der Datenbank

Etliche der stark nachgefragten Berufe fallen nicht unter das Bundesgesetz, sondern liegen in der Zuständigkeit der Länder. Bisher sind in 11 Bundesländern entsprechende Länder-Anerkennungsgesetze in Kraft getreten. Das Portal vermittelt interessierte Besucher/-innen auch bei diesen Berufen an die für das Anerkennungsverfahren zuständigen Stellen.

Auf Grundlage eines Beschlusses der Arbeitsgruppe der für die Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen koordinierend zuständigen Ressorts (AG „Koordinierende Ressorts“) der Länder, welche für den Vollzug des Gesetzes verantwortlich sind, wurde ein Aktualisierungsverfahren zur Qualitätssicherung der Kontaktdaten der für die Gleichwertigkeitsverfahren zuständigen Stellen vereinbart. Im August 2013 wurden alle zuständigen Stellen gebeten, die zu ihrer Stelle erfassten Informationen (Kontaktdaten und Berufezuständigkeit) in einem Online-Tool zu überprüfen und ggf. zu korrigieren. Insgesamt haben sich 706, d. h. knapp die Hälfte der Stellen, beteiligt, darunter mehrheitlich Stellen der Kommunalverwaltungen sowie Kammern.

Tabelle E4-3: Besucher der 10 wichtigsten Herkunftsländer (2012 bis 2013)

Land	Besucher
Deutschland	466.064
Russische Föderation	33.217
USA	23.139
Spanien	17.853
Polen	15.910
Niederlande	14.798
Großbritannien	13.364
Indien	11.704
Italien	11.683
Türkei	11.266

Quelle: Alle Nutzungszahlen des Portals wurden über das Webstatistik-Tool PIWIK ermittelt.

Nutzung im Ausland

Im Jahresdurchschnitt griffen 42 % der Portalbesucherinnen und -besucher aus dem Ausland auf das Portal zu. Die häufigsten Herkunftsländer sind in → **Tabelle E4-3** aufgeführt. 69 % der Auslandsbesucher/-innen kommen aus einem Land der EU oder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), und nur 31 % sind aus einem sogenannten Drittstaat. Dieses bisher eher geringe Interesse bei Personen in Drittstaaten dürfte u. a. darauf zurückzuführen sein, dass die Zuwanderungsmöglichkeiten nach Deutschland für Drittstaatsangehörige noch stärker beschränkt sind.

(Sabine Breiderhoff)

Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild A1.1-1:	Zusammenhang zwischen der jährlichen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts und des Ausbildungsplatzangebots 1993 bis 2013	14
Schaubild A1.1-2:	Bundesweite Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots 1992 bis 2013.....	15
Schaubild A1.1-3:	Problemtypen auf dem Ausbildungsmarkt.....	20
Schaubild A1.1-4:	Der Zusammenhang zwischen der Marktlage (Angebots-Nachfrage-Relation) und der Quote unbesetzter betrieblicher Ausbildungsplatzangebote in den 154 Arbeitsagenturbezirken im Jahr 2013.....	21
Schaubild A1.1-5:	Zusammenhang zwischen der Marktlage (Angebots-Nachfrage-Relation) und der Quote erfolgloser Ausbildungsplatznachfrager in den 154 Arbeitsagenturbezirken im Jahr 2013.....	23
Schaubild A1.1-6:	Bundesweite Entwicklung der Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Personen in duale Berufsausbildung (in %).....	26
Schaubild A1.1-7:	Entwicklung der Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Frauen und Männer (in %)	26
Schaubild A1.4-1:	Betriebliche Ausbildungsstellenangebote je 100 Nachfragende nach erweiterter Definition in den Arbeitsagenturbezirken im Jahr 2012	66
Schaubild A2.3-1:	Die Zahl der institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen 1997 bis 2025 (Ist-Werte bis 2013, rot markiert) und Trend (blaue Linie)	77
Schaubild A3.1-1:	Wahrscheinlichkeit der Einmündung in betriebliche Ausbildung bei bestimmten Merkmalsausprägungen (in %).....	86
Schaubild A3.1-2:	Bewertung des Verbleibs durch die Bewerber/-innen nach Migrationshintergrund (in %).....	89
Schaubild A3.2-1:	Einmündungsquoten der Altbewerber/-innen und erstmaligen Bewerber/-innen in betriebliche bzw. betriebliche/außerbetriebliche Ausbildung (in %)	91
Schaubild A4.1.1-1:	Struktur anerkannter Ausbildungsberufe (2004 bis 2013)	95
Schaubild A4.1.1-2:	Anzahl der Ausbildungsberufe nach Ausbildungsdauer (2003 bis 2012).....	97
Schaubild A4.2.1-1:	Entwicklung der Zahl der Auszubildenden am 31. Dezember von 1992 bis 2012 nach Zuständigkeitsbereichen (Basis = 1992).....	102
Schaubild A4.2.2-1:	Entwicklung der Ausbildungsquoten im öffentlichen Dienst.....	112
Schaubild A4.3-1:	Ausbildungsanfänger/-innen und andere Arten von Neuabschlüssen, Bundesgebiet 2012.....	121
Schaubild A4.7-1:	Vorzeitige Vertragslösungen in den ersten 48 Monaten nach Ausbildungsbeginn der Anfängerkohorte 2008 nach Zuständigkeitsbereichen (kumulierter Anteil der gelösten Verträge in %)	174
Schaubild A4.9-1:	Verbleib in betrieblicher Ausbildung – Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund 2004 bis 2012.....	185
Schaubild A4.10.1-1:	Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung in Deutschland zwischen 1999 und 2012 (Referenzjahr 1999 = 100 %).....	189
Schaubild A4.10.1-2:	Entwicklung von Ausbildung und Beschäftigung in Deutschland zwischen 1999 und 2012 (Referenzjahr 1999 = 100 %)	191
Schaubild A4.10.1-3:	Entwicklung der geschlechtsbezogenen Ausbildungsquoten in Deutschland zwischen 1999 und 2012	191

Schaubild A4.10.1-4: Prozentuale Verteilung der Auszubildenden und Ausbildungsbetriebe auf Betriebsgrößenklassen 1999, 2011 und 2012 in Deutschland.....	194
Schaubild A4.10.3-1: Ausbildungsbetriebsquoten in den Ausbildungsjahren 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 nach Strukturmerkmalen (in %)	204
Schaubild A4.10.3-2: Veränderungen in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung zwischen den Ausbildungsjahren 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 (in %)	205
Schaubild A4.10.3-3: Veränderungen in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung zwischen den Ausbildungsjahren 2010/2011 und 2011/2012 nach Betriebsgrößenklassen (in %).....	206
Schaubild A4.10.3-4: Veränderungen in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung zwischen den Ausbildungsjahren 2011/2012 und 2012/2013 nach Betriebsgrößenklassen (in %).....	207
Schaubild A4.10.3-5: Veränderungen in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung zwischen den Ausbildungsjahren 2010/2011 und 2011/2012 nach Wirtschaftssektoren (in %).....	208
Schaubild A4.10.3-6: Veränderungen in der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung zwischen den Ausbildungsjahren 2011/2012 und 2012/2013 nach Wirtschaftssektoren (in %)	208
Schaubild A4.10.3-7: Veränderung des Anteils an Ausbildungsbetrieben mit Ausbildungsstellenangeboten für die Ausbildungsjahre 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 an allen Ausbildungsbetrieben nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %)	209
Schaubild A4.10.3-8: Veränderung des Anteils an Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen an allen Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten für das Ausbildungsjahr 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %).....	211
Schaubild A4.10.3-9: Anteil an Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten an allen Ausbildungsbetrieben und Anteil an Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsstellen an allen Betrieben mit Ausbildungsstellenangeboten im Ausbildungsjahr 2012/2013 nach ausgewählten Strukturmerkmalen (in %)	213
Schaubild A4.10.3-10: Anteil von Betrieben mit vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen in den letzten 3 Jahren an allen Betrieben, die in dieser Zeit Auszubildende hatten (in %) ..	214
Schaubild A5-1: Die „schulische“ Berufsausbildung in den Ländern 2013 (100% = Anfänger/-innen im iABE-Sektor „Berufsausbildung“)	222
Tabelle A5.3-2: Vorbildung der Anfänger/-innen in der Ausbildung (2012)	227
Schaubild A6.1-1: Junge Menschen in formaler Bildung (FormBild) nach Altersgruppen 2006 bis 2012 (in %) (Bestandsdaten; 100% = Wohnbevölkerung im jeweiligen Alter) ...	231
Schaubild A6.1-2: Jugendliche in den Sektoren der iABE nach Alter 2012 (in %) (Bestandsdaten;100% = Wohnbevölkerung im jeweiligen Alter)	231
Schaubild A6.1-3: Entwicklung der Sektorenteile am Ausbildungsgeschehen 2005 bis 2013 (100% = alle Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen).....	235
Schaubild A6.2-1: Anteile der Sektoren am Ausbildungsgeschehen in den Bundesländern 2013 (100%= alle Anfänger/innen im Ausbildungsgeschehen)	237
Schaubild A7.1-1: Teilnehmende in BvB und BaE in West- und Ostdeutschland (Jahresdurchschnittsbestand).....	247
Schaubild A7.1-2: Maßnahmen der Berufsvorbereitung der Bundesagentur für Arbeit – Teilnehmende in ausgewählten Maßnahmen (Jahresdurchschnittsbestand)	250

Schaubild A7.1-3:	Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit zur Förderung der Berufsausbildung...	253
Schaubild A8.1-1:	Entwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen 1992 bis 2013.....	265
Schaubild A9.2-2:	Arbeitsmarktentwicklung bis zum Jahr 2030 nach Erwerbstätigen und Erwerbspersonen – in Mio. Personen.....	276
Schaubild A9.2-3:	Entwicklung des Neuangebotes an Erwerbspersonen im Vergleich zu aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Personen 2012 bis 2030 (in Mio.).....	277
Schaubild A9.2-4:	Erwerbstätige und Erwerbspersonen nach Qualifikationsniveaus (ISCED).....	278
Schaubild A9.2-5:	Gewinn- und Verlustrechnung für Fach- und Arbeitskräfte vor und nach Einbezug beruflicher Flexibilität nach Berufshauptfeldern 2005 bis 2030.....	279
Schaubild A9.2-6:	Bilanzierung auf Berufshauptfeldebene nach Personen und Stunden im Jahre 2030.....	282
Schaubild B1.2.3-1:	Beweggründe von Betrieben für die Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen (in %).....	308
Schaubild B1.2.3-2:	Betriebstypen nach Ausbildungsbeteiligung und Angebot an Arbeitsstellen 2012 (in %).....	309
Schaubild B1.2.3-3:	Weiterbildungsbeteiligung unterschiedlicher Betriebstypen nach ausgewählten Strukturmerkmalen 2012 (in %).....	310
Schaubild B2.1.1-1:	Entwicklung der wbmonitor Klimawerte von 2008 bis 2013.....	312
Schaubild B2.3-1:	Anbieter von zugelassenen Fernlehrgängen im Zeitraum 1991 bis 2013.....	326
Schaubild B2.3-2:	Lehrgangsdauer (in %).....	328
Schaubild B3.1-1:	Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und SGB III von 2001 bis 2012.....	331
Schaubild B3.1-2:	Durchschnittlicher Jahresbestand in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und SGB III von 2001 bis 2012.....	332
Schaubild B3.1-3:	Sonderprogramm „WeGebAU“ – Zugang und Bestand 2007 bis 2012.....	333
Schaubild B3.2-1:	Bewilligungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Vollzeit und Teilzeit von 2001 bis 2012.....	336
Schaubild B3.2-2:	Geförderte Personen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Frauen und Männer von 2002 bis 2012.....	337
Schaubild B3.3.1-1:	Aufnahmen nach Ausbildungsbereichen 2011 bis 2013.....	339
Schaubild B3.3.2-1:	Alter der Stipendiatinnen und Stipendiaten.....	341
Schaubild B4.3-1:	Entwicklung der Schüler/-innen an Fachschulen 2008/2009 bis 2012/2013.....	361
Schaubild B4.3-2:	Absolventen/Absolventinnen 2012 in den 10 stärksten Berufsgattungen.....	362
Schaubild B4.4-1:	Entwicklung der bestandenen Fortbildungs- und Meisterprüfungen nach Geschlecht 1992 bis 2012.....	365
Schaubild B4.5-1:	Männliche Erwerbstätige im Alter von 15 bis 65 Jahren mit Fortbildungsabschluss*1999 bis 2010 (in %).....	370
Schaubild B4.5-2:	Anteil westdeutscher Erwerbstätiger Männer im Alter von 15 bis 65 Jahren mit Meister-/Technikerabschluss (in %).....	371
Schaubild C2.1-1:	Beteiligung der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren an formaler und non-formaler Aus- und Weiterbildung (AES 2007, AES 2011/2012).....	383
Schaubild C2.3-1:	Anteil der Teilnehmenden an betrieblichen Weiterbildungskursen 2010, 2005 und 1999 (in % der Beschäftigten in allen Unternehmen).....	388

Schaubild C3.3-1:	Beteiligung an formaler und non-formaler Aus- und Weiterbildung nach Geschlecht (AES 2011/2012).....	395
Schaubild C3.3-2:	Anteil der Teilnehmenden an betrieblichen Weiterbildungskursen 2010 nach Geschlecht (in % der Beschäftigten in allen Unternehmen).....	397
Schaubild C4.2-1:	???	402
Schaubild E2-1:	Anteil der Schüler/-innen im Sekundarbereich II in berufsbildenden und allgemeinbildenden Bildungsgängen im europäischen und internationalen Vergleich 2011 (in %).....	423
Schaubild E2-2:	Anteil der Auszubildenden an den Erwerbstätigen (Ausbildungsquoten) im internationalen Vergleich (in %).....	424
Schaubild E3-1:	LEONARDO DA VINCI Mobilität 1995 bis 2013 – Teilnehmende in der Erstausbildung	428
Schaubild E4-1:	Häufigste Referenzberufe, Staatsangehörigkeiten und Ausbildungsstaaten von Antragstellenden nach BQFG	430
Schaubild E4-2:	Ergebnisse der Anerkennungsverfahren nach BQFG bei reglementierten und nicht reglementierten Berufen.....	432
Schaubild E4-3:	Seitenaufrufe und Besucher des Portals Anerkennung in Deutschland 2013	432

Datenreport zum Berufsberatungsjahresbericht 2014
 VORVERSION
 Stand 8. April 2014

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle A1-1:	Ausbildungsmarktentwicklung von 2009 bis 2013 (Stichtag 30. September)	10
Tabelle A1.1-1:	Entwicklung der Zahl der Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, der registrierten Ausbildungsstellenbewerber aus früheren Schulentlassjahrgängen und der institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen	13
Tabelle A1.1-2:	Entwicklung der Ausbildungsmarktverhältnisse 2012 und 2013 nach Bundesländern.....	16
Tabelle A1.1-3:	Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots nach Zuständigkeitsbereichen 2009 bis 2013	17
Tabelle A1.1-4:	Ausbildungsberufe mit Besetzungs- und Versorgungsproblemen 2012 und 2013, Deutschland.....	19
Tabelle A1.1-5:	Herkunft und Verbleib der Ausbildungsstellenbewerber, für die im vierten Quartal des Kalenderjahres 2013 zeitweise oder dauerhaft ein Vermittlungsauftrag für den Beginn einer Berufsausbildung bis Ende 2013 bestand	24
Tabelle A1.2-1:	Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Ländern von 1995 bis 2013.....	29
Tabelle A1.2-2:	Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2013 und Veränderung gegenüber 2012 nach Ländern und Zuständigkeitsbereichen	31
Tabelle A1.2-3:	Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen von 1997 bis 2013 in Deutschland	32
Tabelle A1.2-4:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2013 nach strukturellen Merkmalen.....	34
Tabelle A1.2-5:	Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen, deren Ausbildungsordnung eine zweijährige Ausbildungsdauer vorsieht	38
Tabelle A1.2-6:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 2009 neu erlassenen oder modernisierten Berufen in Deutschland	41
Tabelle A1.2-7:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Anschlussverträge mit Veränderungsrate zum Vorjahr unterteilt nach Regionen und Zuständigkeitsbereichen 2011 bis 2013	44
Tabelle A1.3-1:	Bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldete Berufsausbildungsstellen, Berichtsjahre 2011, 2012 und 2013	47
Tabelle A1.3-2:	Geschlecht, Schulabschluss, besuchte Schule, Staatsangehörigkeit und Alter der bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen, Berichtsjahre 2012 und 2013	48
Tabelle A1.3-3:	Verbleib der im Berichtsjahr 2013 bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen	50
Tabelle A1.3-4:	Entwicklung der Zahl der bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen, welche die Schule bereits vor dem Berichtsjahr verließen	52
Tabelle A1.3-5:	Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2013 bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – Bundesgebiet.....	54

Tabelle A1.3-6:	Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2013 bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – alte Länder	55
Tabelle A1.3-7:	Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2013 bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Bewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – neue Länder.....	56
Tabelle A1.3-8:	Bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldete unbesetzte Ausbildungsstellen und unvermittelte Bewerber/-innen, Berichtsjahre 2012 und 2013 nach Ländern	58
Tabelle A1.3-9:	Unbesetzte Ausbildungsstellen und unvermittelte Bewerber/-innen, Berichtsjahre 2012 und 2013 nach Berufsbereichen.....	60
Tabelle A1.3-10:	Unvermittelte Bewerber/-innen nach Geschlecht, Schulabschluss, besuchter Schule, Staatsangehörigkeit und Alter, Berichtsjahre 2012 und 2013	62
Tabelle A1.4-1:	Ausgewählte Indikatoren zur regionalen Ausbildungsmarktsituation 2013	65
Tabelle A2.2-1:	Einschätzung der Ausbildungsmarktentwicklung zum 30. September 2014 (Angaben in Tsd.)	73
Tabelle A2.3-1:	Vorausgeschätzte Entwicklung der Zahl der Schulabgänger/-innen und -absolventen und -absolventinnen bis zum Jahr 2025	75
Tabelle A3.1-1:	Persönliche Merkmale der Bewerber/-innen nach Migrationshintergrund (in %)	79
Tabelle A3.1-2:	Schulische Qualifikation der Bewerber/-innen nach Migrationshintergrund (in %)	80
Tabelle A3.1-3:	Aktivitäten und Unterstützung der Bewerber/-innen im Such- und Bewerbungsprozess nach Migrationshintergrund.....	82
Tabelle A3.1-4:	Einmündung der Bewerber/-innen in betriebliche bzw. betriebliche/außerbetriebliche Berufsausbildung nach Migrationshintergrund und Schulabschluss (Anteil je Personengruppe in %).....	83
Tabelle A3.1-6:	Verbleib der Bewerber/-innen am Jahresende 2012 nach Migrationshintergrund (in %).....	88
Tabelle A3.2-2:	Merkmale der Altbewerber/-innen (Verteilungen) und Einmündung in betriebliche bzw. betriebliche/außerbetriebliche Ausbildung (Einmündungsquoten und Einflüsse auf die Einmündung).....	93
Tabelle A4.1.1-1:	Anzahl der Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit (2004 bis 2013)	97
Tabelle A4.1.2-1:	Anzahl der neuen und modernisierten Ausbildungsberufe (2004 bis 2013).....	98
Tabelle A4.1.2-2:	Neue und modernisierte Ausbildungsberufe 2013.....	99
Tabelle A4.2.1-1:	Auszubildende am 31. Dezember nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet sowie West- und Ostdeutschland 1992 bis 2012	103
Tabelle A4.2.1-2:	Frauenanteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 1992 bis 2012 (in %).....	107
Tabelle A4.2.1-3:	Weibliche Auszubildende (Bestände) in männlich und weiblich besetzten Ausbildungsberufen, Westdeutschland 1980, 1995 und 2012, Ostdeutschland 1995 und 2012	108
Tabelle A4.2.1-4:	Ausländeranteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 1992 bis 2012 (in %).....	109

Tabelle A4.3-1:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen sowie Ländern 2011 und 2012.....	114
Tabelle A4.3-2:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen und Ländern (absolut und in % der Neuabschlüsse) 2012	116
Tabelle A4.3-3:	Ausbildungsanfänger/-innen, Anschlussverträge, Mehrfachausbildungen und Vertragswechsler nach Ländern bzw. Zuständigkeitsbereichen; als Teilgruppen der Neuabschlüsse und Teilgruppen der begonnenen Ausbildungsverträge (absolut und in % der Neuabschlüsse bzw. der begonnenen Verträge) 2012.....	123
Tabelle A4.4-1:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Produktions- und Dienstleistungsberufen, Bundesgebiet 1980 und 1993 bis 2012	126
Tabelle A4.4-2:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in technischen Ausbildungsberufen, Bundesgebiet 1980 und 1993 bis 2012	129
Tabelle A4.4-4:	Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in zweijährigen Ausbildungsberufen an allen Neuabschlüssen, Westdeutschland, Ostdeutschland und Bundesgebiet 1993 bis 2012	131
Tabelle A4.4-5:	Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Berufen für Menschen mit Behinderung, Bundesgebiet, Westdeutschland und Ostdeutschland 1993 bis 2012, in % der Neuabschlüsse	133
Tabelle A4.4-6:	Staatlich anerkannte Ausbildungsberufe und Ausbildungsregelungen der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderung (§ 66 BBiG/§ 42m HwO) nach Art der Förderung, Berichtsjahr 2012	133
Tabelle A4.5-1:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Alter, Bundesgebiet 1993 bis 2012 (in %).....	136
Tabelle A4.5-2:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Alter und Region 2012 (in %).....	137
Tabelle A4.5-3:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag, Ausbildungsanfänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen nach Alter, Bundesgebiet 2012.....	138
Tabelle A4.5-4:	Ausbildungsanfängerquote nach Personenmerkmal und Region, 2009 bis 2012 (in %).....	140
Tabelle A4.5-5:	Ausbildungsabsolventenquote nach Personenmerkmal und Region, 2009 bis 2012 (in %).....	142
Tabelle A4.6.1-1:	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 2012 (Mehrfachnennungen möglich).....	144
Tabelle A4.6.1-2:	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Bundesländern 2012 (Mehrfachnennungen möglich).....	145
Tabelle A4.6.1-3:	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung, Berichtsjahre 2010 bis 2012 (Mehrfachnennungen möglich).....	146
Tabelle A4.6.1-4:	Auszubildende mit Neuabschluss und vorheriger Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach höchstem allgemeinbildendem Schulabschluss, Berichtsjahr 2012	147

Tabelle A4.6.1-5:	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Personengruppen, Bundesgebiet 2012 (Mehrfachnennungen möglich).....	148
Tabelle A4.6.2-1:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Region 2012	150
Tabelle A4.6.2-2:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Zuständigkeitsbereich, Bundesgebiet 2009 bis 2012	151
Tabelle A4.6.2-3:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, Bundesgebiet 2012	153
Tabelle A4.6.2-4:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss und Berufsgruppen, Bundesgebiet 2012	154
Tabelle A4.6.2-5:	Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und ohne Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2012.....	155
Tabelle A4.6.2-6:	Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2012	156
Tabelle A4.6.2-7:	Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Realschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2012.....	157
Tabelle A4.6.2-8:	Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Studienberechtigung am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2012.....	158
Tabelle A4.7-1:	Vorzeitige Vertragslösungen nach Zuständigkeitsbereichen und Zeitpunkt der Vertragslösung (absolut und in %), Bundesgebiet 2012	163
Tabelle A4.7-2:	Vorzeitige Vertragslösungen und Vertragslösungsquote in % der begonnenen Ausbildungsverträge, Bundesgebiet 1993 bis 2012	167
Tabelle A4.7-3:	Vertragslösungsquoten (LQ_{neu} in %) nach Personenmerkmalen und Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 2012.....	168
Tabelle A4.7-4:	Vertragslösungsquoten (LQ_{neu} in %) nach Lösungszeitpunkt und Personenmerkmalen sowie Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 2012.....	169
Tabelle A4.7-5:	Vertragslösungsquoten in % der begonnenen Ausbildungsverträge (LQ_{neu}) nach Zuständigkeitsbereichen und Ländern 2012.....	171
Tabelle A4.7-6:	Ausbildungsberufe mit den höchsten und niedrigsten Vertragslösungsquoten in %, Bundesgebiet 2012.....	172
Tabelle A4.7-7:	Vertragslösungsquoten (in %) in den 20 am stärksten besetzten dualen Ausbildungsberufen, Bundesgebiet 2012	173
Tabelle A4.8-1:	Teilnahmen an Abschlussprüfungen in der beruflichen Ausbildung und Prüfungserfolg 2000 bis 2012, Deutschland	178
Tabelle A4.8-2:	Teilnahmen an Abschlussprüfungen 2012 und Prüfungserfolg nach Zuständigkeitsbereichen, Deutschland	179
Tabelle A4.8-3:	Erste Teilnahme an Abschlussprüfungen in 2012 und Prüfungserfolg nach Zuständigkeitsbereichen, Deutschland.....	181
Tabelle A4.8-6:	Teilnahmen an Externenprüfungen 2012 nach Zuständigkeitsbereichen, Deutschland.....	182
Tabelle A4.10.2-1:	Ausbildungsberechtigung (in %).....	198

Tabelle A4.10.2-2:	Ausbildungsberechtigung nach Betriebsgröße (in %)	199
Tabelle A4.10.2-4:	Ausbildungsaktivität nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)	200
Tabelle A4.10.2-5:	Übernahmequote nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)	201
Tabelle A4.10.4-1:	Bestandene Ausbildereignungsprüfungen 2010, 2011 und 2012 nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder	217
Tabelle A4.10.4-2:	Bestandene Meisterprüfungen 2010, 2011 und 2012 nach Ausbildungs- bereichen und Geschlecht	217
Tabelle A4.10.4-3:	Zahl der Ausbilder/-innen 2010, 2011 und 2012 nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder	218
Tabelle A4.10.4-4:	Zahl der Ausbilder/-innen 2010, 2011 und 2012 nach Geschlecht, alte und neue Länder	218
Tabelle A4.10.4-5:	Alter des Ausbildungspersonals 2010, 2011 und 2012 nach Geschlecht	219
Tabelle A5-1:	Anfänger/-innen in vollqualifizierenden schulischen Ausbildungsgängen (Schüler/-innen im 1. Schuljahr)	221
Tabelle A5.1-1:	Berufsausbildungen nach BBiG/HwO – rein schulisch vs. dual (2012).....	223
Tabelle A5.2-1:	Stark besetzte Ausbildungen nach Landesrecht im Vergleich (2012).....	225
Tabelle A5.3-1:	10 stärkste Ausbildungen in Gesundheits- und Sozialberufen 2012	226
Tabelle A6.1-1:	Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungs- berichterstattung (iABE) sowie ausgewählte Referenzgrößen – Bundesübersicht 2005 bis 2013	232
Tabelle A6.2-1:	Anfänger/-innen in den Sektoren 2005 und 2013 nach Bundesländern.....	239
Tabelle A6.3-1:	Höherqualifizierungsquoten im Übergangsbereich – Anteile der Absolventen/ Abgänger mit neu erworbenem allgemeinbildenden Abschluss 2012	241
Tabelle A7.1-1:	Regelangebote der Bundesagentur für Arbeit.....	246
Tabelle A7.1-2:	Auswahl für den Bereich der Benachteiligtenförderung relevanter Förder- initiativen und Sonderprogramme des Bundes 2012.....	246
Tabelle A7.2-1:	Zusatzqualifikationen – Modelle, Anzahl der Unternehmen und Auszubildenden 2004 bis 2013	255
Tabelle A7.2-2:	Anbieter von Zusatzqualifikationen 2004 bis 2013	256
Tabelle A7.2-3:	Inhaltliche Schwerpunkte von Zusatzqualifikationen 2004 bis 2013	256
Tabelle A 7.2-4:	Regionale Verteilung von Zusatzqualifikationen 2004 bis 2013.....	257
Tabelle A7.3-1:	Duale Studiengänge 2004 bis 2013	259
Tabelle A7.3-2:	Anbieter von dualen Studiengängen 2004 bis 2013	260
Tabelle A7.3-3:	Fachrichtung von dualen Studiengängen 2004 bis 2013	261
Tabelle A7.3-4:	Regionale Verteilung dualer Studiengänge 2004 bis 2013.....	261
Tabelle A7.3-5:	Fachrichtung von dualen Studiengängen für die Weiterbildung 2012 und 2013	262
Tabelle A8.1-1:	Nominaler und realer Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen (AV) sowie nominaler Anstieg der Tarifverdienste 2005 bis 2012.....	266
Tabelle A8.2-1:	Öffentliche Aufwendungen für die berufliche Ausbildung.....	268
Tabelle A8.3-1:	Auszug aus dem Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft – Ausgaben in Mrd. €	272
Tabelle A9.1-1:	Arbeitslosenzugänge nach erfolgreich beendeter dualer Ausbildung in Deutschland nach Geschlecht 2010 bis 2012	274

Tabelle A9.2-1:	Berufliche Flexibilitätsmatrix 2011 auf der Ebene der Berufshauptfelder	280
Tabelle A9.3-1:	Junge Erwachsene ohne Berufsausbildung von 1996 bis 2011	283
Tabelle A9.3-2:	Junge Erwachsene ohne beruflichen Abschluss im Alter von 20 bis 34 Jahren 2011	284
Tabelle A9.3-3:	Studienberechtigte aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen 2000 und 2010 (Anteile an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung in %)	285
Tabelle A9.3-4:	Anteil nicht formal Qualifizierter im Alter von 20 bis 34 Jahren nach Schul- abschluss und Geschlecht (in %)	286
Tabelle A9.3-5:	Erwerbstätigenquoten nach formaler Qualifikation, Geschlecht und Alters- gruppe (in %)	286
Tabelle A9.3-6:	Erwerblosenquote und Hartz IV als Haupteinkommensquelle nach Geschlecht und formaler Qualifikation 2011 (Anteile in %).....	287
Tabelle A9.3-7:	20- bis 34-Jährige ohne Berufsabschluss nach Migrationsstatus 2011 (in %).....	287
Tabelle A9.3-8:	Erwerbsstatus 20-bis 34-Jähriger 2011 (Anteil in %)	288
Tabelle A9.3-9:	Erwerbseinkommen als Haupteinkommensquelle 2011 (Anteile in %)	288
Tabelle B1.1-1:	Teilnahmequoten an berufsbezogener Weiterbildung nach verschiedenen Differenzierungsmerkmalen 2007 bis 2012 (in %)	292
Tabelle B1.2.1-1:	Weiterbildungsbeteiligung nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)	298
Tabelle B1.2.1-2:	Weiterbildungsquote nach Qualifikationen, alte und neue Länder (in %)	299
Tabelle B2.1.1-1:	Klimawert, wirtschaftliche Lage und Erwartung für ausgewählte Teilgruppen von Weiterbildungsanbietern 2013.....	313
Tabelle B2.2.1-1:	Kursveranstaltungen im Programmbereich Arbeit – Beruf an Volks- hochschulen 1991 bis 2012	321
Tabelle B2.2.1-2:	Umfang beruflicher Weiterbildung in den alten und neuen Ländern 1991 bis 2012	322
Tabelle B2.2.3-1:	Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Belegungen im Themenbereich „Arbeit und Beruf“ im Verbund Weiterbildungsstatistik 2011	324
Tabelle B2.2.3-2:	Belegungen differenziert nach Geschlecht der Teilnehmenden im Themen- bereich „Arbeit und Beruf“ im Verbund Weiterbildungsstatistik 2011	325
Tabelle B2.3-1:	Teilnehmende an Fernlehrgängen nach Altersgruppen (in %)	327
Tabelle B2.3-2:	Teilnahme an nicht akademischen Fernlehrgängen nach Themenbereichen 1983, 1990, 2000, 2006 und 2012 (in %)	328
Tabelle B3.1-1:	Teilnahme an beruflicher Weiterbildung in den Rechtskreisen SGB III und SGB II im Jahr 2012	330
Tabelle B3.1-2:	Eintritte in FbW nach ausgewählten Merkmalen (in %)	332
Tabelle B3.1-3:	Zugang zu FbW- und ESF-geförderter Qualifizierung während der Kurzarbeit	335
Tabelle B3.1-4:	Initiative zur Flankierung des Strukturwandels.....	335
Tabelle B3.5-1:	Öffentliche Aufwendungen für die Weiterbildung	346
Tabelle B3.6-1:	Tarifliche Branchenfonds zur Weiterbildungsfinanzierung für das Jahr 2013.....	352
Tabelle B3.7-1:	Programm Bildungsprämie – Kernindikatoren im Zeitverlauf (relative Anteile in %).....	354
Tabelle B4.3-1:	Fachschulen 2012/2013: Schulen, Klassen und Schüler/-innen nach Ländern	360

Tabelle B4.3-2:	Absolventen/Absolventinnen an Fachschulen nach Berufsgattung, rechtlichem Status der Schule und Geschlecht 2012 (Auswahl: 10 stärkste Berufsgattungen)	362
Tabelle B4.4-2:	Teilnahmen an Fortbildungs- und Meisterprüfungen mit bestandener Prüfung nach Fachrichtung 1992 und 2012	366
Tabelle B4.4-3:	Teilnahmen an Fortbildungs- und Meisterprüfungen mit bestandener Prüfung nach Fachrichtung und Geschlecht 2012	367
Tabelle B4.5-1:	Erwerbstätige im Alter von 15 bis 65 Jahren mit Fortbildungsabschluss 2011 (in %)	369
Tabelle B4.5-2:	Art der Aufstiegsfortbildung von Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 65 Jahren mit Fortbildungsabschluss (in %)	371
Tabelle C1-1:	Zusammenfassung der wichtigsten Merkmale von LFS, AES und CVTS	375
Tabelle C2.1-1:	Teilnahme der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren am lebenslangen Lernen (LFS 2005 bis 2012)	382
Tabelle C2.2-1:	Vergleich der Entwicklung der Teilnahmequoten am lebenslangen Lernen in LFS (2011 bis 2007) und AES (2011/2012 bis 2007).....	386
Tabelle C3.1-1:	Beteiligung an formaler und non-formaler Aus- und Weiterbildung nach Altersgruppen (AES 2011/2012)	390
Tabelle C3.2-1:	Beteiligung an formaler und non-formaler Aus- und Weiterbildung nach Bildungsniveau (AES 2011/2012).....	393
Tabelle C3.3-1:	Beteiligung an formaler und non-formaler Aus- und Weiterbildung nach Geschlecht (LFS 2011).....	396
Tabelle C4.1-1:	Anteil der Teilnehmenden an betrieblichen Weiterbildungskursen 2010 nach Unternehmensgrößenklasse 2010 (in % der Beschäftigten in allen Unternehmen) ...	399
Tabelle C4.2-1:	Anteil der weiterbildenden Unternehmen nach Form der Weiterbildung 2010 (in % aller Unternehmen) und Entwicklung im Vergleich zu 2005	401
Tabelle D3-1:	Verteilung der verausgabten Mittel im Rahmen der ÜBZ-Förderung – Bundesinstitut für Berufsbildung.....	415
Tabelle D3-2:	Verteilung der verausgabten Mittel im Rahmen der ÜBZ-Förderung – Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA).....	415
Tabelle E2-1:	Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit und relative Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich	420
Tabelle E2-2:	Betriebliche Berufsausbildung (Apprenticeship) und Praktika (Traineeship).....	421
Tabelle E3-1:	Mobilitätsförderung 2013 im Rahmen des Programms LEONARDO DA VINCI	428
Tabelle E4-1:	Nutzung der deutschen Berufsprofile (2012 bis 2013).....	433
Tabelle E4-2:	Aufrufe der englischen Berufsprofile (2012 bis 2013)	434
Tabelle E4-3:	Besucher der 10 wichtigsten Herkunftsländer (2012 bis 2013).....	435

Verzeichnis der Tabellen und des Schaubilds im Internet

Tabelle A1-2 Internet:	Eckwerte zur Ausbildungsmarktentwicklung in den Berichtsjahren 2001 bis 2013. Teil 1: Entwicklung in Deutschland insgesamt
Tabelle A1-2 Internet:	Eckwerte zur Ausbildungsmarktentwicklung in den Berichtsjahren 2001 bis 2013. Teil 2: Entwicklung in Westdeutschland
Tabelle A1-2 Internet:	Eckwerte zur Ausbildungsmarktentwicklung in den Berichtsjahren 2001 bis 2013. Teil 3: Entwicklung in Ostdeutschland
Tabelle A1-3 Internet:	Eckwerte zum Ausbildungsmarkt. Teil 1: Eckdaten für das Berichtsjahr 2013
Tabelle A1-3 Internet:	Eckwerte zum Ausbildungsmarkt. Teil 2: Eckdaten für das Berichtsjahr 2012
Tabelle A1-3 Internet:	Eckwerte zum Ausbildungsmarkt. Teil 3: Veränderung der Eckwerte zum Ausbildungsmarkt 2013 gegenüber 2012 (absolute Differenzbeträge)
Tabelle A1-3 Internet:	Eckwerte zum Ausbildungsmarkt. Teil 4: Veränderung der Eckwerte zum Ausbildungsmarkt 2013 gegenüber 2012 (in %)
Tabelle A1-3 Internet:	Eckwerte zum Ausbildungsmarkt. Teil 5: Eckdaten für das Berichtsjahr 2011
Tabelle A1-3 Internet:	Eckwerte zum Ausbildungsmarkt. Teil 6: Eckdaten für das Berichtsjahr 2010
Tabelle A1-3 Internet:	Eckwerte zum Ausbildungsmarkt. Teil 7: Eckdaten für das Berichtsjahr 2009
Tabelle A1.4-2 Internet:	Ausgewählte Indikatoren zur regionalen Ausbildungsmarktsituation nach Arbeitsagenturbezirken 2013
Tabelle A1.4-3 Internet:	Ausbildungsbetriebs- und Ausbildungsquoten in den Arbeitsagenturbezirken 2012
Tabelle A3.1-5 Internet:	Einflussgrößen auf die Einmündungschancen in betriebliche Berufsausbildung – Ergebnisse einer binären logistischen Regression (ungewichtet)
Tabelle A3.2-1-Internet:	Einflüsse auf die Einmündung in betriebliche bzw. betriebliche/außerbetriebliche Ausbildung (binäre logistische Regressionen)
Tabelle A4.4-3 Internet:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 1996 neu geschaffenen dualen Ausbildungsberufen, Bundesgebiet 1996 bis 2012
Tabelle A4.8-4 Internet:	Erfolge bei der ersten Teilnahme an Ausbildungsabschlussprüfungen in 2012 nach Bundesländern
Tabelle A4.8-5 Internet:	Teilnehmende an Erstprüfungen und Erfolge in den 25 Ausbildungsberufen mit den höchsten Erstprüfungszahlen in 2012 insgesamt und nach Schulabschluss
Tabelle A4.10.1-1 Internet:	Ausbildungsbetriebe nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2011 und 2012
Tabelle A4.10.1-2 Internet:	Betriebe nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2011 und 2012
Tabelle A4.10.1-3 Internet:	Ausbildungsbetriebsquote nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2011 und 2012
Tabelle A4.10.1-4 Internet:	Ausbildungsbetriebe nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2011 und 2012
Tabelle A4.10.1-5 Internet:	Betriebe nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2011 und 2012
Tabelle A4.10.1-6 Internet:	Ausbildungsbetriebsquote nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2011 und 2012
Tabelle A4.10.1-7 Internet:	Ausbildungsbetriebe nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2011 und 2012
Tabelle A4.10.1-8 Internet:	Betriebe nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2011 und 2012

- Tabelle A4.10.1-9 Internet: Ausbildungsbetriebsquote nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-10 Internet: Auszubildende nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-11 Internet: Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-12 Internet: Ausbildungsquote nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-13 Internet: Auszubildende nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-14 Internet: Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-15 Internet: Ausbildungsquote nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-16 Internet: Auszubildende nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-17 Internet: Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-18 Internet: Ausbildungsquote nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-19 Internet: Ausbildungsbetriebe nach Wirtschaftszweigen in Deutschland 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-20 Internet: Betriebe nach Wirtschaftszweigen in Deutschland 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-21 Internet: Ausbildungsbetriebsquote nach Wirtschaftszweigen in Deutschland 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-22 Internet: Ausbildungsbetriebe nach Wirtschaftszweigen in den alten Ländern 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-23 Internet: Betriebe nach Wirtschaftszweigen in den alten Ländern 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-24 Internet: Ausbildungsbetriebsquote nach Wirtschaftszweigen in den alten Ländern 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-25 Internet: Ausbildungsbetriebe nach Wirtschaftszweigen in den neuen Ländern 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-26 Internet: Betriebe nach Wirtschaftszweigen in den neuen Ländern 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-27 Internet: Ausbildungsbetriebsquote nach Wirtschaftszweigen in den neuen Ländern 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-28 Internet: Auszubildende nach Wirtschaftszweigen in Deutschland 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-29 Internet: Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen in Deutschland 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-30 Internet: Ausbildungsquote nach Wirtschaftszweigen in Deutschland 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-31 Internet: Auszubildende nach Wirtschaftszweigen in den alten Ländern 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-32 Internet: Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen in den alten Ländern 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-33 Internet: Ausbildungsquote nach Wirtschaftszweigen in den alten Ländern 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-34 Internet: Auszubildende nach Wirtschaftszweigen in den neuen Ländern 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-35 Internet: Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen in den neuen Ländern 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-36 Internet: Ausbildungsquote nach Wirtschaftszweigen in den neuen Ländern 2011 und 2012
- Tabelle A4.10.1-37 Internet: Betriebliche Ausbildungsbeteiligung nach Bundesländern 2012
- Tabelle A4.10.1-38 Internet: Ausbildung und Beschäftigung nach Bundesländern 2012

Tabelle A4.10.1-39 Internet:	Ausbildung und Beschäftigung nach Geschlecht
Tabelle A4.10.1-40 Internet:	Auszubildende, Beschäftigte und Ausbildungsquote nach Berufen in Deutschland 2012
Tabelle A4.10.1-41 Internet:	Auszubildende, Beschäftigte und Ausbildungsquote nach Berufen in den alten Ländern 2012
Tabelle A4.10.1-42 Internet:	Auszubildende, Beschäftigte und Ausbildungsquote nach Berufen in den neuen Ländern 2012
Tabelle A4.10.2-3 Internet:	Ausbildungsberechtigung nach Betriebsgröße, alte und neue Länder – in %
Schaubild A9.2-1-Internet:	Aufbau der BIBB-IAB Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen
Tabelle B1.2.1-3 Internet:	Weiterbildungsquote nach Betriebsgröße und Qualifikationen, alte und neue Länder
Tabelle B4.4-1 Internet:	Teilnahmen an Fortbildungs- und Meisterprüfungen nach BBiG 1992 bis 2012 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht
Tabelle D2-1 Internet:	Modellversuchsförderschwerpunkte

Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2014
VORVERSION
Stand 8. April 2014